RUDOLF MORSEY

Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923

Herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

1966

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

Gesamtherstellung:
Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Schutzumschlag: Johannes Mühle
Printed in Germany

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 32

Vorwort

Die vorliegende Studie erwuchs aus der Arbeit an den zusammen mit Erich Matthias (Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte in Mannheim) veröffentlichten Editionen zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus im ausgehenden Kaiserreich (erschienen 1959/1962) und über das Ende der Parteien im Jahre 1933 (1960). Für die Möglichkeit, diese Forschungen im Rahmen meiner Tätigkeit bei der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" in Bonn weiterführen und abschließen zu können, habe ich der Kommission und vor allem ihrem Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Karl Dietrich Bracher (Bonn), in besonderem Maße zu danken.

Da der Archivbestand der Deutschen Zentrumspartei in Berlin als verloren gelten muß, erwies sich eine umfassendere Durchsicht von Akten staatlicher Provenienz sowie von Materialien und Nachlässen in Privatbesitz als notwendig. Für die Benutzung dieser Quellen, über die das Verzeichnis auf Seite 622 Auskunft gibt, und für die dabei gewährten großzügigen Hilfeleistungen bin ich folgenden Archiven und ihren Leitern zu Dank verpflichtet: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Stadtarchiv Bonn, Staatsarchiv Düsseldorf, Staatsarchiv Hannover, Bundesarchiv Koblenz, Staatsarchiv Koblenz, Stadtarchiv Köln, Staatsarchiv Ludwigsburg, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München Abt. II: Geheimes Staatsarchiv, Staatsarchiv Münster, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Pfälzische Landesbibliothek Speyer, Hauptstaatsarchiv Stuttgart und Bistumsarchiv Trier.

Für die Möglichkeit, die in Privatbesitz befindlichen Nachlässe der ehemaligen Zentrumsabgeordneten Th. Eßer, W. Maier-Kaufbeuren und R. ten Hompel einsehen zu können, habe ich Herrn Rechtsanwalt Dr. Paul Eßer (Düsseldorf), Frau Dr. Maria Probst geb. Mayer (München), MdB, und Frau Magda Schmid-ten Hompel (Münster) zu danken. Mein Dank gilt ferner denjenigen ehemaligen Zentrumspolitikern, die bereitwillig briefliche oder mündliche Auskünfte erteilten und eine lebendige Einführung in das Thema vermittelten. Ihre Namen sind im Quellen- und Literaturverzeichnis aufgeführt.

Zwei Briefe von Joseph Wirth an Peter Spahn wurden mir von Herrn Ministerialrat C. P. Spahn (Bad Godesberg), zwei Briefe des DVP-Abgeordneten Jacob Rießer an H. Rießer von Herrn Botschafter a. D. Dr. Hans E. Rießer (Genf) freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Für die Möglichkeit, eine Aufzeichnung des früheren BVP-Abgeordneten Irl benutzen und Abschriften der Briefe von Hermann Cardauns an Georg von Hertling einsehen zu können, habe ich Herrn Professor Dr. Ernst Deuerlein (München/Dillingen) zu danken.

Eine unentbehrliche Hilfe für die Fertigstellung der Arbeit bildeten die reichen Bestände der Bibliothek des Deutschen Bundestags in Bonn. Die stete und unbürokratische Hilfsbereitschaft der Leiter und Mitarbeiter dieser Bibliothek verdient besonders erwähnt zu werden.

Die vorliegende Studie ist im Sommersemester 1965 von der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn als Habilitationsschrift angenommen worden. Für Hinweise, die der Druckfassung zugute gekommen sind, habe ich in erster Linie Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Max Braubach (Bonn) zu danken.

Zu einem späteren Zeitpunkt hoffe ich eine Fortsetzung der Zentrumsgeschichte vom Jahre 1924 an vorlegen zu können. Zunächst jedoch wird eine Edition der Protokolle über die Sitzungen der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Zentrumspartei erscheinen, die für die Jahre 1926 bis 1933 vorliegen. Diese Edition entsteht in Zusammenarbeit der Münchner „Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern" (als Besitzerin dieser Quelle) und der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" in Bonn.

Für das Mitlesen der Korrekturen habe ich Herrn Dr. Helmut Metzmacher, der auch das Register angefertigt hat, und Herrn cand. rer. pol. Peter Tilgner zu danken, für mannigfache Hilfeleistungen während der Vorbereitung und Niederschrift des Manuskripts den Mitarbeiterinnen der Kommission, insbesondere Fräulein Irmgard Blechschmidt.

Bonn, im Februar 1966. R. M.

Inhalt

Seite

Verzeichnis der Abkürzungen 11

Zur Einführung

1. Die Aufgabe 13
2. Die Quellen 15
3. Verlauf und Stand der Forschung 25

ERSTER TEIL

Der Weg des Zentrums im ausgehenden Kaiserreich

Erstes Kapitel: Die Problematik der Partei am Vorabend des Weltkriegs

1. „Heraus aus dem Turm!“ 33
2. Möglichkeiten und Grenzen einer Volkspartei 42
3. Bedeutung und Zusammensetzung der Reichstagsfraktion 49

Zweites Kapitel: Wandlungen im Weltkrieg

1. Im Zeichen des alten Kurses 53
2. Die Wende vom Juli 1917 61
3. Das Dilemma unter der Reichskanzlerschaft Hertlings 66

ZWEITER TEIL

Zwischen Novemberrevolution und Weimarer Nationalversammlung

Erstes Kapitel: Lähmung und Neuformierung

1. Der Schock des 9. November 1918 79
2. Parteipolitisches Wiedererwachen 88
3. Neuformierung des alten Zentrums? 94
4. Die Kölner Programm-Diskussion 99
5. Die Berliner Leitsätze 104

Zweites Kapitel: Adolf Hoffmann als Retter des Zentrums?

1. Sammlung aus Furcht vor einem neuen Kulturkampf 110
2. „Los von Berlin“ 117
3. Die Rheinlandbewegung um die Jahreswende 1918/19 125
4. Neue Richtlinien für die alte Partei 128
5. Schützenhilfe im Wahlkampf gegen die „Roten“ 133

Drittes Kapitel: Die Entscheidung des 19. Januar 1919

1. Der Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung 143
2. „Lebensziel" der Zentrumsabgeordneten 149
3. Sozialstruktur, landsmannschaftliche Herkunft und altersmäßige Gliederung der Zentrumsfraktionen im Reich und in Preußen 154

DRITTER TEIL

Der Anteil des Zentrums an der Begründung der Deutschen Republik

Erstes Kapitel: In der politischen Verantwortung

1. Konstituierung der Zentrumsfraktionen 163
2. Der Kampf um den Eintritt in die Weimarer Koalition 165
3. Kritik an der Regierungsbeteiligung 172
4. Auftakt der politischen Arbeit 176

Zweites Kapitel: Die Schicksalsstunden in Weimar

1. Das Ringen um die Annahme des Friedensvertrags 180
2. Die Entscheidung des 23. Juni 1919 188
3. Die Verurteilung des „Gewaltfriedens" 192

Drittes Kapitel: Mitgestalter der Weimarer Reichsverfassung

1. Die Ausgangssituation einer Minderheitspartei 196
2. Stellungnahme zu Einzelfragen
   a) Reich-Länder-Verhältnis 199
   b) Schulfragen 208
   c) Verhältnis von Staat und Kirche 217
   d) Wirtschafts- und Sozialpolitik 221
3. Zustimmung zum Verfassungskompromiß 230
4. Der „Verfassungsstreit" im deutschen Katholizismus 236
5. Der Anteil an der Neuordnung des Finanz- und Steuerwesens 242

Viertes Kapitel: Die Entwicklung der Rheinlandfrage

1. Neugliederungsbestrebungen im deutschen Westen 246
2. Klärung der Fronten 252
3. Zentrums-„Halt" in der Rheinlandbewegung 261

VIERTER TEIL

Zentrumspolitik im republikanischen Alltag

Erstes Kapitel: Von Krise zu Krise

1. Das Dilemma einer Koalitionspartei 273
2. Die Separation der Bayerischen Volkspartei 280
3. Bestandsaufnahme auf dem 1. Reichsparteitag (Januar 1920) 285
4. Die Krise um Erzberger 297
5. Gegen Rechts-Putsch und Links-Diktatur 302

Zweites Kapitel: Die Niederlage der Weimarer Koalition

1. Wahlkampf aus der Defensive 311
2. Risse im Zentrumsturm: Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 . 320
3. Sozialstruktur, landsmannschaftliche Herkunft und altersmäßige Gliederung der Zentrumsfraktion 324

FÜNFTER TEIL

Gab es 1920—1922 eine „katholische Demokratie"?

Erstes Kapitel: Übergangslösung Fehrenbach

1. Regierungsbildung auf neuer Koalitionsgrundlage 329
2. Zustimmung zum Regierungsprogramm 334
3. Ruhige Monate unter einem schwachen Kanzler 340
4. Politische Bilanz um die Jahreswende 1920/21 347
5. Abgesang einer Übergangsregierung 353

Zweites Kapitel: Der Zentrumsturm wankt

1. Erzbergers Wiederkehr und das Brauns/Stegerwald-Projekt einer neuen Volkspartei 360
2. Stegerwalds „Essener Programm": Ein gescheiterter Vorgriff auf die Zukunft 369
3. Das Ende der Debatten um die „Volkspartei" 374

Drittes Kapitel: Die republikanische Ära der Zentrumspolitik

1. Das Ringen um die Annahme des Londoner Ultimatums und die Regierungsbildung unter Wirth 379
2. Wirths Bekenntnis zur Weimarer Republik 386
3. Erzbergers letzter Auftritt 393
4. Kritische Monate für Partei und Regierung 400
5. Vergebliche Vorleistungen der „Erfüllungspolitik" 409

Viertes Kapitel: Der umstrittene Linkskurs

1. Rückkehr zur schwarz-roten Koalition: Die Bildung des 2. Kabinetts Wirth . 418
2. Kompromißpolitik 423
3. Das Ergebnis des 2. Reichsparteitags (Januar 1922) 430
4. Ein neues Programm für die alte Partei 437

Fünftes Kapitel: Das Zentrum als Stütze des 2. Kabinetts Wirth

1. Von Cannes bis Rapallo 443
2. Am Rande neuer Krisen 452
3. „Der Feind steht rechts!" — aber nur für Wirth 457
4. Neuauflage des Zentrumsstreits 467
5. Politische Dissonanzen auf dem Münchener Katholikentag 475
6. Ein neues Bekenntnis zur alten Parteilinie 480
7. Gescheiterter Sammlungsruf: Rücktritt des Kabinetts Wirth 484
8. Rückblick auf die Ära Wirth 490

SECHSTER TEIL

Krisenjahr 1923

Erstes Kapitel: Im Schatten des Ruhrkonflikts

1. Tolerierung einer Übergangsregierung 499
2. Innenpolitische Einigung im Zeichen des „passiven Widerstands“ 504
3. Zunehmende Kritik an der Regierung Cuno 509

Zweites Kapitel: Die bedrohte Reichseinheit

1. In der Großen Koalition unter Stresemanns Kanzlerschaft 516
2. Der Anteil von Zentrumspolitikern an der Währungsstabilisierung 524
3. Kritik am parlamentarischen System 526
4. Die Rheinlandkrise vom November 1923 530
5. Unrühmliches Ende der Großen Koalition 545
6. Auftakt zur Ära Marx 550

SIEBENTER TEIL

Die Last der Tradition

Erstes Kapitel: Das Führerproblem im Zentrum

1. Der gouvernementale Politiker: Peter Spahn 559
2. Ein politischer Praktiker: Adolf Gröber 565
3. Der Mann des Ausgleichs: Carl Trimborn 570
4. Exponent des mittleren Kurses: Wilhelm Marx 576
5. Überkommene Honoratiorenführung 578

Zweites Kapitel: Die unzureichende Organisation

1. Weder Honoratioren- noch Mitgliederpartei 583
2. Aufbau der Parteiorganisation 586
3. Die Zusammensetzung des Parteiapparats 588
4. Die Zahl der Mitglieder 591
5. Die Jugendorganisationen: Windthorstbunde und Studentische Ortsgruppen . 592
6. Berufsständische Beiräte 595

Drittes Kapitel: Das Dilemma einer Wählerpartei

1. Am Rande eines Defizits 599
2. Die zersplitterte Parteipresse 603

Ergebnisse: „Mit der alten Fahne in die neue Zeit“ 607

Quellen- und Literaturverzeichnis 623

Personenregister 643

Verzeichnis der Abkürzungen

BGStA München	Bayerisches Geheimes Staatsarchiv München
HPBl.	Historisch-Politische Blätter
Interfrakt. Ausschuß	Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18
KV	Kölnische Volkszeitung
Offizieller Bericht	Offizieller Bericht des [1.—5.] Reichsparteitags des Zentrums
Pol. Archiv	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Protokolle	Protokolle des 8. [Verfassungs-]Ausschusses der Deutschen Nationalversammlung
Schulthess	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender
Sitzungsberichte	Sitzungsberichte der Verhandlungen der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung bzw. des Preußischen Landtags
StA	Staatsarchiv
Sten. Berichte	Stenographische Berichte der Verhandlungen der Nationalversammlung bzw. des Reichstags
WAZ	Westdeutsche Arbeiterzeitung
WUA	Das Werk des Untersuchungsausschusses des Reichstags
Zentralblatt	Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften

Zur Einführung

1. Die Aufgabe

Im Zuge eines ungewöhnlichen und auch historiographisch bemerkenswerten Aufschwungs der parteigeschichtlichen Forschung in der Bundesrepublik[1]) sind in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten erschienen, die über spezielle Darstellungen zur Geschichte von Ideen und Fraktionen[2]) hinausführen. Für unsere Fragestellung braucht nicht untersucht zu werden, ob damit der Anschluß an entsprechende Forschungen, insbesondere der angelsächsischen Geschichtswissenschaft, hergestellt worden und inwieweit darin eine Reaktion auf die früh einsetzende Beschäftigung mit außenpolitischen und militärgeschichtlichen Problemen für die Zeit der Weimarer Republik zu sehen ist. In zunehmendem Maße wurde die parteigeschichtliche Forschung durch Art und Umfang der inzwischen zugänglich gewordenen Quellen bedingt und bestimmt. Sie nahm in jüngster Zeit immer eindeutiger Ausgang und Richtung von historischen Fragestellungen.

Dabei läßt sich jedoch eine dreifache Begrenzung der einschlägigen Forschung nicht übersehen. Es handelt sich zunächst um eine offensichtliche Scheu vor biographischen Würdigungen (mit Ausnahme von SPD-Politikern), sodann um eine weitgehende Konzentration auf bestimmte Abschnitte in der Geschichte der Sozialdemokratie[3]) und schließlich um das Fehlen einer parteigeschichtlichen Darstellung, die einen größeren Zeitraum umfaßt. So sind insbesondere die mittleren Jahre der Weimarer Republik, und das nicht nur im Hinblick auf die Parteiengeschichte, ein noch weithin unerforschtes Gebiet.

Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, die Geschichte und politische Wirksamkeit der Deutschen Zentrumspartei von der innenpolitischen Wende im Juli 1917 an in der nach dem Eintritt in die neue demokratische Staatsordnung anschließenden Epoche der „latenten Bürgerkriegssituation“[4]) bis hin zur Krise

[1]) Sigmund *Neumann*, Zum Studium des modernen Parteiwesens, in: Parteien in der Bundesrepublik, S. XVII, spricht (1955) von einem „plötzlichen Durchbruch von gleichzeitigen Ansätzen in der gesamten westlichen Welt“ und von einer damit verbundenen „tiefgreifenden, wenn auch stillen Revolution unseres politischen Denkens“.

[2]) So noch 1961 *Nipperdey*, Organisation, S. 5: Die Geschichte der deutschen Parteien sei bisher „im wesentlichen als Ideen- oder Fraktionsgeschichte“ behandelt worden.

[3]) *Schulz*, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 25, bezeichnet es als Folge der intensiven Beschäftigung mit der Geschichte der SPD, daß das Schicksal der Demokratie in Deutschland „nicht gerade selten“ von der inneren Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie abhängig erscheine.

[4]) So *Eschenburg*, Weimarer Republik, in: Die improvisierte Demokratie, S. 65.

des Reiches im November 1923 darzustellen. Das Ende der kurzlebigen Großen Koalition unter Stresemann und der Beginn der Reichskanzlerschaft des Zentrumspolitikers und Parteivorsitzenden Wilhelm Marx (30. November 1923) bildeten den Anfang einer neuen Parteienkoalition, sicherten die geglückte Währungsstabilisierung und fielen mit dem Ende lokaler Putsche und separatistischer Bewegungen zusammen. Damit leiteten sie den Beginn eines Zustands „relativer Stabilität"[5]) des Weimarer Staates ein. Die politische und parteigeschichtliche Zäsur vom Jahresende 1923 rechtfertigt es, eine Studie über die Geschichte des Zentrums in der ersten deutschen Republik zunächst bis zu einem Augenblick zu führen, in dem ein bereits im Jahre zuvor (nach dem Rücktritt Wirths) eingeschlagener neuer Kurs der Partei im Zeichen der „Volksgemeinschaft" seinen Ausdruck fand.

Diese Arbeit bildet damit einen Beitrag zu der noch ausstehenden kritischen Biographie der Zentrumspartei als „politisch-historischer Individualität".[6]) Eine solche Gesamtdarstellung müßte das unauflösliche Ineinander von Ideen und Interessen, Politik und Organisation, Führungsauslese und Machtausübung, Willensbildung und Willensäußerung berücksichtigen und alle diese Komplexe zusammengenommen in den Rahmen des Parteiengefüges der Weimarer Republik und des Pluralismus der modernen Gesellschaft einbeziehen. Auf Grund des zugänglichen Quellenmaterials — das im folgenden Kapitel näher umschrieben wird — und angesichts des Fehlens notwendiger Vorarbeiten ist eine derartige Studie noch nicht möglich.

So gibt es beispielsweise, um nur einige Desiderata zu nennen, erst Ansätze für eine Sozialgeschichte der deutschen Katholiken[7]), aber noch keine soziologische Analyse der Zentrumswählerschaft oder auch nur der Zentrumsmitglieder. Notwendig wären Untersuchungen über Funktion und Tätigkeit eines lokalen oder regionalen Zentrumsverbands auf Landes- oder (in Preußen) auf Provinzialebene. Es fehlen Forschungen über die Ideenwelt und Wirksamkeit des (katholisch-)politischen Föderalismus und Konservativismus („Rechtskatholiken"). Auch fehlt jede Vorarbeit über das politische Verhalten z. B. des deutschen Episkopats — wie sie soeben für die Mitglieder der Freisinger Bischofskonferenz in ihrem Verhalten zum Nationalsozialismus vorgelegt worden ist[8]) — sowie über Form und Umfang einer etwaigen Einflußnahme auf die Zentrumspolitik.[9]) Das

---

[5]) Theodor *Schieder*, Weimarer Republik, in: Staatslexikon 8[6], 1963, Sp. 505.

[6]) Vgl. *Nipperdey*, Organisation, S. 6.

[7]) Vgl. neuerdings Clemens *Bauer*, Der deutsche Katholizismus und die bürgerliche Gesellschaft, in: Katholizismus, S. 32; Karl *Erlinghagen*, Katholisches Bildungsdefizit (Herder-Bücherei Bd. 195). Freiburg i. Br. 1965, passim.

[8]) Vgl. Ludwig *Volk*, Der bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930—1934. Mainz 1965.

[9]) Die SED-parteiliche These von *Ruppel* (Zur Tätigkeit des Nuntius Pacelli, S. 299), das Zentrum sei nur das ausführende Organ einer Politik gewesen, „die vom Vatikan und seinen Beauftragten in Deutschland inspiriert wurde", sei nur als Kuriosum erwähnt.

gilt ebenso für das politische Verhalten des Klerus und der katholischen Akademikerschaft und Jugendbewegung. Verlauf und Auswirkungen der Rheinlandbewegung sind bisher ebensowenig zureichend untersucht worden wie die Bildung und das Funktionieren der Koalitionsregierungen wechselnder parteipolitischer Zusammensetzung. Es fehlen Unterlagen über die Struktur, Entwicklung und Politik der Zentrumspresse, insbesondere der „Kölnischen Volkszeitung" und der „Germania".

Noch nicht erforscht sind der innerkatholische Strukturwandel seit der Jahrhundertwende, die Folgen des „preußischen" und obrigkeitsstaatlich-„nationalen" Einbruchs in katholische Schichten sowie das Verhältnis des deutschen Katholizismus zur bürgerlichen bzw. industriellen Gesellschaft.[10]) Weder für die großen Zentrumspolitiker noch auch für bedeutende Kirchenführer existiert eine zureichende Biographie (wenn überhaupt eine), in der dieser hier nur angedeutete Hintergrund der politischen Entscheidungen und geistigen wie sozialen Verhaltensweisen in der Zeit vor und nach 1918 sichtbar würde.

Auch Ursachen, Verlauf und Auswirkungen des tiefgreifenden Modernismusstreits vor dem Ersten Weltkrieg sowie spätere Veränderungen des geistigen und kirchlichen Bewußtseins (Wandel im Kirchenbegriff und in der katholischen Sozialphilosophie) und kirchlicher Lebensvollzüge (Liturgische Erneuerung mit der Gefahr des Spiritualismus, neue Seelsorge mit der Gefahr einer Vereinseitigung des Pfarrprinzips und einer Übersteigerung des Diözesanföderalismus), ebenso wie der Wandel im Verhältnis der Kirche zur Öffentlichkeit und zur Politik (Organisations- und Verbandskatholizismus, Auswanderung aus dem Volksverein, Katholische Aktion): Sie harren noch der speziellen Erforschung und übergreifenden Einordnung. Die an verschiedenen Stellen der vorliegenden Arbeit zum Ausdruck kommenden Bezüge zu einzelnen der eben angedeuteten Probleme können hier nicht weiter vertieft werden. Die vom Thema ebenso wie von der Quellenlage her gebotene Konzentration auf die Zentrumspartei dürfte jedoch vielfach deutlich machen, wo sich künftige Einzeluntersuchungen ansetzen lassen.

2. Die Quellen

Jeder Versuch, die Geschichte der Deutschen Zentrumspartei von 1917 bis zum November 1923 unter angemessener Berücksichtigung ihrer unmittelbaren Vorgeschichte darzustellen, begegnet erheblichen äußeren Schwierigkeiten. Aus der Zeit der Weimarer Republik liegen zwar, von Angehörigen und Politikern des Zentrums verfaßt, zahlreiche Publikationen zur jüngsten Geschichte der eigenen

[10]) Ein vorzüglicher Ansatz zur „Bestandsaufnahme" im wissenschaftlichen, staatsphilosophischen und sozialtheoretischen Bereich findet sich bei *Bauer*, Das Staatslexikon. Zur Vollendung der 6. Auflage (1964), in: Dt. Katholizismus, S. 54 ff. Dazu vgl. die ältere Darstellung (1922) von Hermann *Sacher*, Das neue Staatslexikon (s. Lit.-Verz.).

Partei vor. Sie sind jedoch unter tagespolitischen Gesichtspunkten und oft genug aus Anlaß der zahlreichen Wahlkämpfe entstanden. Als Quellen können sie die Aufmerksamkeit der Forschung nur in einem entsprechend bedingten Maße beanspruchen. Das 1929 von K. A. Schulte herausgegebene Sammelwerk „Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik" enthält unter den Beiträgen seiner insgesamt 23 Mitarbeiter (davon 12 Reichstagsabgeordnete) einige beachtenswerte Einzelstudien. Der als Ganzes allerdings mehr repräsentative als instruktive Band beschränkte sich jedoch bewußt darauf, dem späteren Historiker nur „Bausteine zur objektiven Geschichtsforschung" liefern zu wollen.[1])

Von 1927 bis 1932 erschien die neunbändige Parteigeschichte des Kölner Parlamentariers, Juristen und Historikers Carl Bachem, der sein Werk auf eine Aufforderung von Zentrumsführern hin geschrieben hat.[2]) Der Absatz des Werkes wurde von seiten der Partei zwar nachdrücklich, aber offensichtlich ohne großen Erfolg, unterstützt.[3]) Bachem bezog im achten Band (1931) die Entwicklung des Zentrums nach 1914/18 nur noch in einem „kurzen Überblick" mit ein[4]), der sich mehr durch eine Fortsetzung der Intention des Gesamtwerks als durch die Weiterführung der früheren detaillierten Darstellung auszeichnet.[5]) Der Verfasser war sich darüber im klaren, daß eine ausführliche Beschreibung der Zentrumspolitik in der Zeit nach 1918 „vielleicht mindestens ebenso viele Bände" in Anspruch nehmen werde wie sein „Versuch" einer Geschichte des Zentrums bis zum Weltkrieg. Nach der erklärten Absicht Bachems sollte sein Werk durch „objektive Darstellung" des Werdegangs der Partei „ganz von selbst" ein Programm bedeuten.[6]) Es sollte den Zusammenhang zwischen der — bei der Generation des Verfassers als selbstverständlich geltenden und oft genug heraufbeschworenen — „großen Vergangenheit" des Zentrums und dem

[1]) Vgl. S. 6.

[2]) Vgl. Bd. 1, S. 1. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 in Berlin hatte der Abg. *Brauns* das Fehlen von „grundlegenden Schriften über Programm und Geschichte der Partei und ihrer Politik" beklagt. Vgl. Offizieller Bericht, S. 77.

[3]) Auf dem 4. Reichsparteitag am 16. November 1925 in Kassel berichtete der Parteivors. *Marx* von dem bevorstehenden Abschluß des Bachemschen Manuskripts, das allerdings erst in Druck gehen könne, wenn 150 Subskriptionen vorlägen: „Ich hoffe, daß unser Parteitag in dieser Richtung eine für die Zentrumspartei, für die Politik und für die politische Wissenschaft unseres ganzen Volkes überaus wichtige Tat tut, indem er [...] vielleicht schon das Fundament schafft, damit mit der Drucklegung des Werks sofort begonnen werden kann." Vgl. Offizieller Bericht, S. 29.

[4]) Vgl. Bd. 8, S. XV, XVII.

[5]) In Bd. 9, S. XVIII, nannte Carl *Bachem* seine Darstellung über die Zeit nach 1914 ein „Gerippe" und einen „dürftigen Leitfaden der äußeren Geschehnisse. Ein Mehreres war für mich heute noch nicht erreichbar."

[6]) So am 18. Oktober 1921 an P. Spahn. Nachl. Bachem 465. Ähnlich im Vorwort zu Bd. 1, S. 4, 28. Am 10. November 1920 bezeichnete *Bachem* gegenüber Trimborn die Fertigstellung seines Werkes als den besten Dienst, den er der Zentrumspartei leisten könne: „Wenn ich das Buch nicht mache, wird kein anderer dazu im Stande sein." Nachl. Bachem 465.

Denken und Fühlen der „heutigen jungen Generation" der Partei herstellen.[7]) Mit seiner Arbeit wollte Bachem zugleich einen im übertragenen Sinne „historischen" Beitrag zur Bewältigung der Gegenwart leisten.[8]) Der Kölner Justizrat machte allerdings kein Hehl daraus, daß er sich lieber eine „berufenere und berufsmäßig vorgebildete Feder" gewünscht hätte[9]), da er sich doch immer mehr als „Jurist und tätiger Mitarbeiter an der laufenden Zentrumspolitik" gefühlt habe denn als Geschichtsschreiber.[10]) Sein Werk, das streckenweise heute noch die beste Darstellung innenpolitischer Zusammenhänge im Wilhelminischen Deutschland bildet, ist weitaus mehr als nur eine unentbehrliche Materialsammlung.[11])

Zu den nach wie vor grundlegenden Publikationen zur Geschichte und zur „politischen Ideenwelt des Zentrums", wie der Titel einer Schrift von Joos (1928) lautet, nach 1914/18 zählen J. Traumanns „Organisations-Handbuch für Zentrumswähler" (1924), das von G. Schreiber herausgegebene „Politische

[7]) Bd. 8, S. XVII, XIX. Am 17. Januar 1922 teilte *Bachem* dem Referendar G. Hüffer mit, daß er nicht zum Reichsparteitag des Zentrums nach Berlin gefahren sei, weil er der Partei und dem Katholizismus einen besseren Dienst erweisen könne, „wenn ich jetzt meine ganze Zeit und Kraft konzentriere auf die Vollendung meiner Zentrumsgeschichte, die, wie mir scheint, immer notwendiger wird, wenn die Tradition des alten Zentrumsgeistes nicht verblassen soll." Nachl. Bachem 465. Am 9. Mai 1922 schrieb *Bachem* dem Parteisekretär Hilngrainer: „Ich glaube, daß schließlich ein ganz gutes Werk herauskommt, das namentlich unseren jüngeren Zentrumsanhängern Freude machen wird!" Ebd. Am 22. Januar 1928 teilte *Bachem* Reichskanzler Marx mit, daß die Bände 4 und 5 noch vor den Wahlen vorliegen würden: „Das ist dann mein Beitrag zur Wahlarbeit." Nachl. Marx XXXII. Am 13. April 1931 informierte *Bachem* den Abg. Bell, daß er großen Wert darauf lege, Band 8 noch vor den nächsten Wahlen herauszubringen. Nachl. Bachem 978. Am 8. November 1932 würdigte August *Pieper* (in einem Schreiben an C. Bachem) die Tatsache, daß es Bachem gelungen sei, den Wert der „Tradition Windthorsts und seiner Jünger", die nach 1918 abgebrochen sei, „sozusagen auf allen Blättern aufleuchten zu lassen". Nachl. Pieper.

[8]) Vgl. Bd. 1, S. 9: „Unser Volk, und in ihm der katholische Volksteil und die Zentrumspartei, haben sicher noch eine große Aufgabe zu erfüllen." In diesen Zusammenhang gehört auch *Bachems* Anregung vom 13. April 1931 an Bell, die literarischen Vereinsgaben der Görres-Gesellschaft „mehr nutzbar" zu machen für Studien aus der Geschichte des Zentrums: „Wir haben ja sonst nichts, wo wir solche Sachen unter die Leute bringen können." Nachl. Bachem 978.

[9]) Bd. 1, S. 1.

[10]) Am 3. Juni 1931 an Müller-Fulda. Nachl. Bachem 888. Dazu *Bachems* Vorwort in Bd. 9, S. XIX. Bereits nach dem Erscheinen der ersten Bände stellte Franz *Wetzel* in einer Rezension dieser „Quellenkunde großen Stils" (in: Hochland 26/II, 1929, S. 542) die Frage, ob nicht eine Partei, die „sich so eindringlich mit dem Studium ihres eigenen Werdens befaßt, also literarisch wird, nicht langsam ihren Lebensrhythmus einbüße, altere, selbst Geschichte werde". Wetzel glaubte, daß diese Gefahr am sichersten gebannt werden könne, „wenn die jüngere Generation der Deutschen Zentrumspartei, wenn überhaupt der katholische Nachwuchs in unserem Volke aus dem politischen und kulturellen Ringen unserer Väter die Kraft zur Eigenverantwortung in Hinsicht der künftigen Gestaltung politischer Lebensformen des deutschen Katholizismus — lieber möchten wir sagen: des katholischen Deutschtums — zieht. Karl Bachems Werk ist für solche Erkenntnisbildung und politische Willensschulung ein fast unerschöpflicher Quell von Anregungen."

[11]) Das Urteil von Wilhelm *Mommsen:* „wichtige Materialsammlung" (Zur Methodik der dt. Parteigeschichte, in: HZ 147, 1933, S. 53) wird dem Werk nicht gerecht. Vgl. demgegenüber das Urteil von *Epstein* (Erzberger's Position in the Zentrumsstreit, S. 2): „the fullest party history ever written", und von Franz *Schnabel*, in: Zs. für Politik 17, 1928, S. 665 ff.

Jahrbuch" (3 Bände, 1925/28)[12]) und die 1928 erschienene wegweisende politisch-statistische Untersuchung von J. Schauff, „Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei" (unter dem Gesichtspunkt „wieviel Katholiken Zentrum wählen"). Sie stellte, wie der Verfasser ausdrücklich hervorhob, einen Anfang dar[13]) und verdiente es, ergänzt und für die Zeit von 1924 bis 1933 fortgeführt zu werden. Es ist auffallend, daß sowohl Schulte als auch Bachem, Schreiber und Schauff, wenngleich zu verschiedenen Zeiten, der Reichstagsfraktion des Zentrums angehörten. Auch der publikationsfreudigste Interpret der Zentrumsideen, Joos, war Abgeordneter des Reichstags. Die eben genannten und zahlreiche andere Publikationen dürfen allerdings nicht zu der Annahme verleiten, daß die Zentrumspolitiker besonderen Wert darauf gelegt hätten, bei jeder Gelegenheit den Weg ihrer Partei in die deutsche Republik nachzuzeichnen. Im Gegenteil. Dieser Weg war untrennbar mit dem Namen Erzberger, mit der Separation der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum, mit Vorwürfen wegen angeblicher Preisgabe katholischer Prinzipien und programmatischer Zentrumsforderungen, mit der Zustimmung zur Annahme des Versailler Vertrags und des Londoner Ultimatums verknüpft; er war zudem belastet mit dem problematischen „Verfassungsstreit", mit der Erinnerung an die „Erfüllungspolitik" und den Wirth-Kurs und nicht minder mit einer Abwehr periodisch wiederkehrender Ausfälle gegen die vermeintlich separatistische und nicht genügend „nationale" Haltung einzelner Zentrumspolitiker.

Die im Zuge der Kriegsschulddiskussion seit 1919 in rascher Abfolge erscheinenden Memoiren und Publikationen zur Vorgeschichte, zum Verlauf und zum Ausgang des Weltkriegs veranlaßten von führenden Zentrumspolitikern nur Erzberger — und auch ihn in erster Linie zur Abwehr der inzwischen gegen seine frühere Tätigkeit erhobenen Vorwürfe —, einen rasch niedergeschriebenen Band „Erlebnisse im Weltkrieg" (1920) zu veröffentlichen. Er enthält manche Details zur Politik der Reichstagsfraktion des Zentrums.[14]) Bis zum Ende der

[12]) Auf dem 4. Reichsparteitag des Zentrums am 16. November 1925 in Kassel bezeichnete *Fehrenbach* den 1. Bd. dieses Jahrbuchs als ein Werk, das in der mehr als 50jährigen Geschichte der Partei keinen Vorläufer habe. Vgl. Offizieller Bericht, S. 18. *Marx* nannte das Jahrbuch „überaus empfehlenswert". Ebd., S. 29.

[13]) S. 7.

[14]) Im Bundesarchiv (Nachl. Erzberger) befindet sich ein Exemplar dieses Buches mit handschriftl. Zusätzen von Joseph Hammer, eines langjährigen Freundes und späteren Nachlaßverwalters von Erzberger. Dieses Ex. ist zusammen mit dem übrigen Nachlaß — der fast ausschließlich Materialien aus der Zeit des Krieges enthält — der Forschung nicht zugänglich. Über das Schicksal und den Inhalt des Erzberger-Nachlasses vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 493; ferner Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. XLV f. Nach *Bredt* (Der deutsche Reichstag, S. 17) waren Erzbergers Memoiren abgestellt auf Selbstverteidigung, „aber eine große Linie, ein großes Ziel ist nicht darin enthalten". Über konkrete Fälle Erzbergerscher „Redigier- und Retuschiertätigkeit" vgl. *Lutz*, Zu Erzbergers zweiter römischer Reise, S. 278 f., mit dem allgemeinen Hinweis, in diesen Memoiren seien „alles Einzelgeschehen und alle Einzelaktionen des Zentrumspolitikers eingereiht in den übergreifenden und sinngebenden Zusammenhang eines christlich-übernationalen Versöhnungs- und Ausgleichswillens".

Republik konnten sich von den führenden Zentrumspolitikern nur Stegerwald (1924), von den weniger bekannten Zentrumsparlamentariern nur der Reichstagsabgeordnete (1912—1933) Carl Diez entschließen (1929), Erinnerungen aus der Zeit vor oder nach 1918 zu veröffentlichen.[15])

Nach 1945 erschienen Bruchstücke von Memoiren nur aus der Feder von J. Joos (1948) und G. Schreiber (1949), denen jedoch keine ungedruckten schriftlichen Zeugnisse aus der Zeit ihrer politischen Tätigkeit vor 1933 mehr zur Verfügung standen. Beide Verfasser publizierten in verschiedenen späteren Studien und Aufsätzen einzelne ergänzende Nachträge. Die 1964 erschienenen Lebenserinnerungen des von den Herausgebern als „Staatsmann" apostrophierten badischen Zentrumspolitikers Heinrich Köhler (1878—1949) bilden die bisher wertvollste Quelle zur Geschichte, Struktur und Politik eines regionalen Zentrumsverbands, insbesondere natürlich für die Verhältnisse im deutschen Südwesten.[16]) In der vorliegenden Arbeit sind in erster Linie Köhlers Darstellungen über den Verlauf des Novemberumsturzes in Baden und seine Charakteristiken führender Zentrumspolitiker, vor allem die von Wirth und Fehrenbach, ausgewertet.

An der von jeher zu beobachtenden und bereits früher erwähnten Tatsache[17]), daß sich im Gegensatz zu prominenten sozialdemokratischen oder liberalen Politikern die führenden Zentrumsabgeordneten nicht zur Niederschrift von Erinnerungen entschließen konnten, hat sich bis heute wenig geändert. Das Fehlen solcher Quellen erweist sich um so nachteiliger, als die zwischen 1933 und 1945 eingetretenen Verluste sowohl an parteiamtlichem als auch an privatem Material ungewöhnlich hoch sind.

Die „alte Garde" der prominenten Zentrumsführer und -parlamentarier konnte sich nach dem Beispiel ihrer Vorgänger nicht vom Mandat trennen. So starben seit 1918 als aktive Politiker Gröber, Trimborn, Burlage, Hitze, Erzberger[18]), P. Spahn, Dransfeld, Fehrenbach, Schofer, Porsch[18a]), Herold, Heß. Weder von ihnen noch auch von den nach 1933 bzw. 1945 verstorbenen führenden Politikern und Abgeordneten, wie Becker-Arnsberg, Bell[19]), Bolz[20]), Brauns,

---

[15]) Diez hat am 26. August 1921 Erzberger auf jenem Spaziergang begleitet, bei dem Erzberger erschossen und Diez schwer verletzt wurde.

[16]) Vgl. meine Rezension in: Neue Polit. Literatur 10, 1965, S. 305 ff.

[17]) Vgl. *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 282.

[18]) Über den Nachl. Erzbergers s. Anm. 14.

[18a]) Ein Teil seines Nachlasses befindet sich im früheren Diözesanarchiv in Breslau.

[19]) In einem Schreiben *Bells* vom 15. April 1931 an C. Bachem heißt es u. a., er habe ein Manuskript seiner Erinnerungen dem Reichsarchiv übergeben. Nachl. Bachem 978. Auf eine entsprechende Anfrage hin teilte das Deutsche Zentralarchiv Potsdam mit, daß dort ein solches Manuskript nicht vorhanden sei. Alma *Luckau* hat 1937 im Archiv des Reichstags Aufzeichnungen von *Bell* und *Mayer-Kaufbeuren* über die Vorgänge bei der Annahme des Versailler Vertrags gefunden und publiziert (vgl. unten S. 188), deren Originale als verloren gelten müssen.

[20]) Der geringe Bestand des Bolz-Nachlasses, fast ausschließlich Briefe an seine Frau, ist von M. *Miller* in seiner Bolz-Biographie (1951) erschöpfend verarbeitet worden.

Dessauer, Ersing, Giesberts, Gronowski, v. Guérard, Hackelsberger, Hermes, Hirtsiefer, Hofmann-Ludwigshafen, Joos, Kaas, Lauscher, Mausbach, Müller-Fulda[21]), Rheinländer, Schreiber, Stegerwald[22]), Ulitzka[23]), H. Weber, ist ein nennenswerter oder überhaupt ein spezifisch politischer Nachlaß mit Material zur Zentrumsgeschichte erhalten. Ein noch vorhandener Nachlaß Wirth — in dem sich möglicherweise autobiographische Aufzeichnungen befinden[24]) — ist bisher ebensowenig zugänglich wie der Nachlaß Trimborn.

Das Archiv der Zentrumspartei in Berlin (im Reichsgeneralsekretariat) sowie die entsprechenden Bestände der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses — die sich nach einer Mitteilung von Johannes Bell in sorgfältig geordnetem Zustand befanden[25]) — scheinen durch Kriegseinwirkung vollständig verloren gegangen zu sein.[26]) Das gleiche dürfte auch

[21]) Am 12. Juli 1930 schrieb *Müller-Fulda* an C. Bachem: „Historische Sachen habe ich eigentlich nicht [aufbewahrt], nur einige Privatbriefe ohne politischen Inhalt." Nachl. Bachem 978. Auf Drängen Bachems, Erinnerungen niederzuschreiben, antwortete *Müller:* „Mich interessieren am meisten die gegenwärtigen und ‚kommenden' Dinge, jedenfalls viel mehr als die Vergangenheit." Ebd.

[22]) In einem Schreiben *Stegerwalds* vom 7. April 1940 an Eßer hieß es über die Niederschrift von Memoiren: „Ich schrecke davor immer wieder zurück, weil ich vielen noch lebenden Menschen im eigenen Lager sehr ernst den Spiegel vorhalten müßte. Dr. [August] P[ieper] sagt mir, diese Bedenken müßten resolut beiseite geschoben werden, weil es Pflicht aller Menschen sei, die ein politisches Wollen und einen politischen Lebensinhalt hinter sich haben, sagen müßten [sic], *was war*, damit künftige Generationen nicht wieder die gleichen Fehler machten wie die vorausgegangenen." Nachl. Eßer. Einen Vorschlag Stegerwalds vom Februar 1941, Eßer solle sich mit ihm zur gemeinsamen Herausgabe von Memoiren zusammentun, lehnte Eßer ab. S. auch Anm. 45.

[23]) Vgl. *Ulitzka*, Erinnerungen, S. 277: „Nicht eine Geschichte des Kampfes um die oberschlesische Heimat wollte ich schreiben. Das konnte ich auch nicht, denn mir steht nur mein Gedächtnis zur Verfügung."

[24]) In einem Schreiben *Wirths* vom 10. August 1933 aus Luzern an den Staatssekretär der Reichskanzlei, Lammers, heißt es: „Ich besitze glücklicherweise noch einige sehr interessante Dokumente. Aber [...] sie sind in meiner Wohnung auch nicht durch die sorgfältigste Durchsuchung zu erreichen." Bundesarchiv R 43 I/3633. Wenige Tage später (1. September) kündigte *Wirth* dem Staatssekretär aus Bern an, daß er infolge verleumderischer Angriffe nunmehr darangehen müsse, über seine Ministertätigkeit „Einiges niederzuschreiben". Gleichzeitig übersandte er eine vierzehnseitige „Aufzeichnung über den Rapallo-Vertrag". Am 13. September 1933 schrieb er, daß er „geschichtliche Studien über die Nachkriegszeit" in Genf betreibe, die er anschließend in London und Paris fortsetzen wolle. Ebd. Am 22. Februar 1937 teilte *Wirth* Botschafter von Hassell in Rom mit, daß er politische Erinnerungen niedergeschrieben habe. Pol. Archiv, Vatikan-Botschaft, Spezialakte Wirth. In einer Meldung des Luzerner *Vaterland* Nr. 119 vom 20. Mai 1939 hieß es, Wirth sei in Paris (wo er seit 1937 wohnte) damit beschäftigt, eine „Geschichte der Vorgänge in Europa nach dem Weltkrieg" zu schreiben. Der 1950 von Georg *Schreiber* veröffentlichte „erste" Entwurf des Reichskonkordats — der, wie wir heute wissen, bereits Vorläufer hatte — wurde Schreiber 1948 von Wirth zur Verfügung gestellt. Vgl. *Schreiber*, Der erste Entwurf des Reichskonkordats, S. 167.

[25]) Am 15. April 1931 an Bachem. Vgl. *Morsey*, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 282 Anm. 7. Nach einer Mitteilung *Bells* vom 22. Februar 1932 an Bachem existierte ein „streng vertrauliches Geheimarchiv" der Zentrumsfraktion, das nur mit Genehmigung des Fraktionsvorstands geöffnet werden dürfe. Nachl. Bachem 890.

[26]) Vgl. die entsprechende Mitteilung Vockels bei *Grebing*, Zentrum, S. I. Unter den Materialien des früheren Reichstagsabgeordneten (1924—1933) A. Wegmann befindet sich eine undatierte

für einen von der Gestapo beschlagnahmten Bestand von Parteiakten zutreffen.[27]) Geringe Restbestände des Reichsgeneralsekretariats, ausschließlich Zeitungsausschnitte, befinden sich im Archiv der (Ost-)CDU in Berlin. Als verloren gelten müssen auch die Akten der einzelnen Landesverbände sowie lokaler Organisationen (mit Ausnahme von Düsseldorf und Bonn).[28]) Bemerkenswerterweise fließen die Quellen zur Geschichte der Zentrumspartei etwa vom Jahresbeginn 1924 an um ein vielfaches breiter und gleichmäßiger als für die voraufgehenden Jahre.

Angesichts dieser alles andere als günstigen Akten- und Quellenlage gewinnen einige bisher unbekannte Materialien an Gewicht. Für die vorliegende Arbeit konnten folgende Nachlässe, in der Regel erstmals, benutzt und ausgewertet werden: Georg Graf von Hertling, Wilhelm Marx[29]), Wilhelm Mayer-Kaufbeuren, Maximilian Pfeiffer, August Pieper, Rudolf ten Hompel, Thomas Eßer und Johannes Henry (langjähriger Vorsitzender der Bonner Zentrumspartei). Im Nachlaß ten Hompel (M.d.R. 1920—1928) fanden sich zahlreiche Protokolle von Sitzungen der Reichstagsfraktion, des Fraktionsvorstands und des Reichsparteiausschusses 1920—1922, wobei nicht zu entscheiden ist, ob es sich um private Niederschriften oder offizielle Protokollabschriften handelt. Hinzu kommt der Nachlaß von Carl Bachem, dessen Bestände allerdings für die Zeit nach 1918 nicht mehr den Umfang der von Bachem gesammelten Materialien zur früheren Geschichte des Zentrums besitzen.

Aufstellung aus der Zeit nach der Auflösung des Zentrums im Juli 1933 über den Inhalt von 41 Kisten partei- bzw. fraktionseigenen Materials (Bücher, Zeitungen, Reichstags-Berichte, Drucksachen usw.). Nach dieser Liste waren 16 Kisten mit „Archivmaterial" im Umfang von insgesamt 1501 Aktenordnern gefüllt. Dazu mündl. Auskünfte der Fraktionssekretärin (1924 bis 1933) Luise Becher.

[27]) Am 23. Februar 1937 fragte die *Reichsleitung der NSDAP* (Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums) in Berlin bei der Gestapo nach dem Verbleib von Akten des Vorstands der Zentrumsfraktion des Reichstags, die nach einer Auskunft des Reichstagsdirektors von einem Kommando der Gestapo seinerzeit abgeholt worden seien („Gerade diese Akten sind aber für die Stellung des Gegners in dem entscheidenden Kampf um die Bewegung außerordentlich aufschlußreich"). Daraufhin erfolgte am 24. Mai 1937 die Antwort, daß sich die Akten der früheren Zentrumspartei zur „Auswertung" beim Sicherheitshauptamt befänden und daß deren Sichtung — laut Auskunft dieses Amtes vom 11. Mai 1937 — infolge anderer „vordringlicher Arbeiten" noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Bundesarchiv NS 11/ vorl. 26.

[28]) Der Duisburger Großindustrielle Peter *Klöckner* teilte am 6. September 1933 auf eine Anfrage von Jarres (über einen Vorgang aus dem Jahre 1925) mit, er habe alle Zentrumsakten vernichtet, „weil nach Auflösung der Partei diese Aktenstücke keinen Zweck mehr hatten". Nachl. Jarres vorl. 49.

[29]) Dazu vgl. Hugo *Stehkämper*, Nachlässe und Sammlungen, Verbands-, Vereins-, Familien- und Firmenarchive im Stadtarchiv Köln. Köln 1963, S. 53 ff. Nach einer Bemerkung von *Amelunxen* (Ehrenmänner, S. 131 f.) ist Marx nach 1933 in seinem Bonner „Tuskulum" mit der „gewissenhaften Stilisierung" seiner Memoiren beschäftigt gewesen, „die sich später leider nicht als druckfähig erwiesen, weil sie zu bürokratisch abgefaßt waren". Das Manuskript dieser Memoiren bietet in der Tat streckenweise wesentlichere Aufschlüsse über die Persönlichkeit und Denkweise des Verfassers als über die von ihm jahrelang geführte Reichs- und Zentrumspolitik.

Bei Carl[30]) Bachem (1858—1945) handelt es sich um den seltenen Fall, daß ein ebenso aktiver wie angesehener Politiker — dessen parlamentarische Tätigkeit (M.d.R. 1889—1906, M.d.L. 1889—1904) eine eigene Untersuchung lohnen würde — seit seiner Jugendzeit alles ihm erreichbare Material zur Geschichte des Zentrums und der katholischen Bewegung im weitesten Sinne (Volksverein, Verbände, Presse, Katholikentage, Missionen) ebenso unverdrossen wie systematisch gesammelt hat. Dieses Material ergänzte Bachem durch „sorgfältige Aufzeichnung" von Gesprächen[31]) sowie durch nachträgliche Befragungen der jeweils beteiligten Parteiführer — die er seinerseits zur Niederschrift ihrer Erinnerungen ermunterte[32]) —, wobei er sich durchaus der Problematik dieser Methode bewußt blieb.[33]) Auf der Grundlage dieser über Dezennien hin zusammengetragenen Quellen entstanden statt der ursprünglich vorgesehenen drei Bände[34]) schließlich neun Bände „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 1815—1914". An der Abfassung des Manuskripts arbeitete der Kölner Politiker und Publizist, der seine Arbeit 1918 im 60. Lebensjahr begonnen hatte, mit asketischer Konzentration und Anspruchslosigkeit[35])

---

[30]) Nur auf einigen seiner Buchtitel findet sich die Schreibweise Karl.

[31]) Vgl. Zentrumspartei, Bd. 1, S. 3. S. auch Anm. 39.

[32]) Am 11. September 1910 fragte *Müller-Fulda* bei Hertling an, ob es ratsam sei, eine „Geheimgeschichte" der Reichsfinanzreform von 1909 zu schreiben, wozu ihn Carl Bachem ermuntert habe. Nachl. Hertling. Eine Antwort Hertlings ist nicht zu ermitteln.

[33]) Vgl. das Vorwort zu Bd. 1, S. 4. In einem Schreiben vom 16. September 1930 an Müller-Fulda hieß es: „Ich habe mir alle Mühe gegeben klarzustellen, wie es im Dezember 1918 [richtig: März 1919] gegangen hat, als in Preußen die Sozialdemokraten mit dem Zentrum zusammen die Regierung gebildet haben. Aus am Zehnhoff war nichts mehr herauszukriegen, da er schon zu altersschwach war; von Porsch ist erst recht nichts zu bekommen: er lehnt immer ab, wenn ich den Versuch mache, ihn auszupumpen; Bell weiß von Preußen auch nichts, Giesberts auch nicht; Mausbach auch nicht usw. So muß ich darauf verzichten, in meinem 8. Bande diese sehr wichtige Sache sorgfältig zu behandeln, und muß mit einigen allgemeinen Redewendungen über sie hinwegzuschlüpfen versuchen." (Vgl. Zentrumspartei, Bd. 8, S. 387.) Im Anschluß daran klagte Bachem über „unsere modernen Professoren", die sich um die zeitgenössische Geschichtsschreibung „nicht im mindesten" kümmerten: „Finke ediert lustig acta aragonensia, Beyerle ist jetzt hier und studiert im Stadtarchiv alle alten Pergamenturkunden über die Rechtsstellung der Kölner Pfarreien im Mittelalter, ist aber nicht dazu zu bringen, genau aufzuzeichnen, was er in Weimar, namentlich bei der Ausarbeitung der Verfassung, erlebt hat; Schulte ist ja etwas moderner; er ist in seinen ‚Tausend Jahren' und ‚Frankreich und das linke Rheinufer' wenigstens bis auf die Neuzeit gekommen; aber für die zeitgenössische parlamentarische Geschichte hat auch er kein Interesse." Nachl. Bachem 978.

[34]) So am 16. Juni 1923 an eine Verwandte. Ebd. 465. Nach einer Anzeige des Verlags (auf dem Umschlag des Berichts über den 4. Reichsparteitag des Zentrums vom November 1925) sollte das Werk 8 Bände umfassen „und voraussichtlich innerhalb von zwei Jahren" erscheinen. Dazu vgl. Anm. 36.

[35]) In einem Schreiben *Bachems* vom 10. Mai 1930 an einen hessischen Ministerialrat — von dem Bachem vergeblich Material zur Geschichte des hessischen Zentrums erbeten hatte — findet sich der Satz: „Ich selbst erhalte für mein ganzes Werk ein Honorar, welches noch nicht einmal die baren Auslagen für die Herstellung desselben, für meinen Sekretär, Reisen, Bücher usw. deckt, so daß ich für meine persönliche Arbeit, welche gewiß nicht klein war und mich jetzt seit 12 Jahren unausgesetzt in Anspruch nimmt, nichts erhalte." Nachl. Bachem 978.

von 1918 bis 1932.[36]) Große Teile seiner Niederschrift ließ der Verfasser vor der Drucklegung von seinen früheren Fraktionskollegen P. Spahn, Porsch, Müller-Fulda, Pichler und Pieper sowie Schofer, aber auch von einem Historiker wie Aloys Schulte durchsehen.[37])

Wichtige Teile des umfangreichen Materials, insbesondere aus der Kriegszeit, konnte Bachem jedoch aus inneren Gründen (Rücksichtnahme auf lebende Persönlichkeiten und Informanten sowie auf den politisch-pädagogischen Zweck seines Werkes) und äußeren Hemmnissen (wachsender Umfang des Werkes, das kein Verkaufserfolg wurde) nicht auswerten.[38]) Bachem verwahrte indes diese Materialien — abgesehen von einer einzigen bisher bekannten Vernichtungsaktion[39]), deren Umfang nicht näher zu bestimmen ist[40]) — sorgfältig auf; sie sollten dereinst, wie er am 21. März 1912 an Hertling schrieb[41]), der historischen Erkenntnis „gute Dienste" leisten „und nur ordentlich durchforscht" werden.[42]) Bachem hoffte eine Zeitlang, daß es ihm noch vergönnt sein werde, eine „wesentlich verbesserte" Neuauflage des Werkes vorlegen zu können.[43]) Der Verfasser mußte es dann jedoch erleben, daß bereits im Herbst 1933 die

---

[36]) Dem Parteisekretär Hilngrainer teilte *Bachem* am 9. Mai 1922 mit, daß er „unausgesetzt und wirklich fleißig" an seinem Manuskript arbeite. Ebd. 465. Dazu vgl. *Hoeber*, Karl Bachem, S. 138; *ders.*, Carl Bachem, S. 24: „Seit Herbst 1918 widmete er sich fast ausschließlich dieser [...] Arbeit." Bereits Mitte 1926 habe das Manuskript der auf acht Bände berechneten Geschichte vorgelegen.

[37]) Vgl. Bd. 1, S. 10; Georg *Schreiber*, Deutschland und Österreich. Köln, Graz 1956, S. 150, Anm. 9. Nach einer mündl. Mitteilung von G. Schreiber hat die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft für den Druck von Bachems Werk einen Zuschuß geleistet.

[38]) Am 16. September 1930 schrieb *Bachem* an Müller-Fulda: „Alles, was Sie mir bisher geschrieben haben, bewahre ich natürlich auf das sorgfältigste auf. Dafür habe ich ja ein gut geordnetes Archiv angelegt. [...] Es stehen manche Dinge darin, welche man heute noch nicht veröffentlichen kann, aber sie sind dann doch für die Zukunft gesichert. Was möglich war, habe ich ja in meinem Zentrumswerk benutzt. Aber für alles reichte leider der Raum nicht. Mehr als neun Bände erklärt der Verlag für untragbar; dürfte auch richtig sein." Nachl. Bachem 978.

[39]) Am 26. Oktober 1922 teilte er Müller-Fulda mit: „Auch ich habe vor 2 Jahren eine ganze Menge Aufzeichnungen vernichtet, welche sich z. B. auf Erzberger bezogen. Ich hatte während des Krieges zahlreiche Aufzeichnungen gemacht über Mitteilungen, die ich von Erzberger hatte, hatte ihm diese dann vorgelegt und nachher durch seine Unterschrift beglaubigen lassen. Darunter war vieles, was allerhand Leute kompromittierte, die in Rom, Wien etc. wohnten, auch vieles, was sich später als unglaubliche Uneinsichtigkeiten Erzbergers herausstellte. Nachdem Erzberger ermordet war, hatte ich nicht Lust, ihm noch Steine ins Grab nachzuwerfen." Ebd. 890. Danach ist *Epsteins* Urteil (Erzberger, S. 493) über Bachem zu modifizieren.

[40]) Im Nachlaß befinden sich noch zahlreiche Aufzeichnungen, die von Erzberger signiert sind.

[41]) Nachl. Bachem 55. Ähnlich an vielen anderen Stellen seiner Korrespondenz.

[42]) So am 23. Juli 1930 an Müller-Fulda. Ebd. 978. Vgl. auch den Hinweis in Bd. 5 seines Werkes (S. 447 Anm. 2), in dem *Bachem* bereits 1929 mitteilte, daß er sein Material dem Archiv der Stadt Köln übergeben werde, wo es ab 1940 benutzt werden könne.

[43]) So am 30. Mai 1932 an Prälat C. Kümmel (Stuttgart), der ihm Material zur Geschichte des Württemb. Zentrums zugeleitet hatte. Nachl. Bachem 978. Einige Jahre zuvor (Schreiben vom 16. Dezember 1929 an eine Verwandte) hatte *Bachem* noch mit einer baldigen Neuauflage gerechnet, „da der Absatz ja recht flott geht". Ebd. 808.

noch beim Verlag Bachem in Köln vorhandenen Exemplare von der Gestapo beschlagnahmt und eingestampft wurden.[44])

Der Verlust parteiinterner Quellen zwang dazu, um so intensiver das umfangreiche Schrifttum des Zentrums zu ermitteln und in stärkerem Umfang sowohl Akten staatlicher Provenienz als auch zeitgenössische Zeitungen bzw. Zeitschriften auszuwerten. Unter den staatlichen Akten verdienen die Bestände der Reichskanzlei, insbesondere die Protokolle über Kabinettssitzungen, über Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der (Koalitions-)Parteien und über Sitzungen des Interfraktionellen Ausschusses an erster Stelle genannt zu werden. Da vom Februar 1919 bis zum Mai 1932 Politiker des Zentrums allen Koalitionsregierungen des Reiches angehörten, fand ihre Politik in den amtlichen Akten einen entsprechenden, allerdings stark gefilterten Niederschlag. Details zur Politik Erzbergers konnten aus Akten der Reichskanzlei im Deutschen Zentralarchiv Potsdam belegt werden, die der Verfasser bei früheren Studien in Potsdam eingesehen hat. Die Kölner Akten zur Rheinlandbewegung boten wichtige Aufschlüsse auch zur Zentrumspolitik in der Frage Reich und Länder. In der Zeitgeschichtlichen Sammlung des Bundesarchivs Koblenz 105 fand sich die deutsche Erstfassung der Memoiren von Adam Dorten, deren französische Ausgabe 1945 erschienen ist. Dem „reichischen" Aspekt sowie der westdeutschen Sicht ließ sich in einzelnen Fällen durch die Auswertung von Berichten der bayerischen und württembergischen Vertretung in Berlin (und der bayerischen Gesandtschaft beim Hl. Stuhl) eine eigene Note hinzufügen. Das gilt auch — mit anderen Blickpunkten — von der Benutzung einschlägiger Akten des Auswärtigen Amtes.

Die bereits erwähnte Tatsache, daß nur einzelne Zentrumsführer einen Nachlaß hinterlassen oder gar Memoiren veröffentlicht haben, dürfte der Hauptgrund dafür sein, daß es nur für wenige Zentrumspolitiker eine historisch-kritische Biographie gibt wie etwa die von K. Epstein über Erzberger (1959, deutsche Ausgabe 1962). Allgemeinere Würdigungen fanden in den letzten Jahren E. Bolz (M. Miller, 1951) und J. Schofer (P. Enderle, 1957). Biographische und monographische Teilstudien galten J. Wirth (K. Griewank, 1951; J. Becker, 1962), G. Schreiber (R. Morsey, 1957), H. Weber (1961) und H. Köhler (J. Becker,

[44]) Der ehem. Zentrumsabgeordnete des Preuß. Landtags (1921—1932) Leo *Schwering* schrieb im Aug. 1958 (in: Echo der Zeit Nr. 30): „Im Jahre 1935 fühlte sich Karl Bachem gesundheitlich sehr schlecht. [...] Infolgedessen übergab er mir sein Handexemplar der Zentrumsgeschichte, das ich noch besitze, mit all den vielen eigenhändigen Eintragungen und Bemerkungen für eine Neuauflage mit der Bitte, diese vorzubereiten, wenn das Ende der Nazis sichtbar werde. Dabei bemerkte er resigniert, wie schwer es ihn immer behindert habe, daß fast alle christlichen Politiker aus dem Leben schieden, ohne eine Zeile zu hinterlassen. Da stehe es ganz anders bei den Liberalen und Marxisten." Dazu mündl. Auskünfte von L. Schwering, der C. Bachem zur Wiederkehr des 100. Geburtstags einen Gedenkartikel gewidmet hat; in: Beilage des KNA-Dienstes vom Sept. 1958. Vgl. auch Karl *Buchheim*, Der Geschichtsschreiber des Zentrums, in: Rhein. Merkur Nr. 38 vom 19. September 1958.

1963). Ältere Biographien über Gröber (1921) und Trimborn (1922, beide von H. Cardauns), Stegerwald (P. Weber, 1932)[45]) und Brüning (R. R. Beer, 1931; A. Nobel, 1932; Th. Kampmann, 1932) oder biographische Skizzen über Gröber und Trimborn (von C. Bachem, 1927/28) schneiden im Vergleich zu neueren Versuchen über Stegerwald (J. Deutz, 1952), Kaas (A. Wynen, 1953) und Brüning (W. Vernekohl, 1961)[46]) bemerkenswert gut ab. Die „autorisierte" Biographie Adenauers (P. Weymar, 1955) verdient nur wegen einiger dort gedruckter Quellen erwähnt zu werden. Zu wenig beachtet wurden bisher die von A. Hagen verfaßten biographischen Porträts der württembergischen Zentrumspolitiker Gröber, Erzberger und Bolz (1954) sowie Andre, Bock und Graf (1963).

[45]) Die von *Schorr* herausgegebene Inhaltsübersicht über das Stegerwald-Archiv (1964) verzeichnet fast ausschließlich Zeitungsartikel. Eine Stegerwald-Biographie von H. J. *Schorr* ist soeben erschienen (Recklinghausen 1966).

[46]) Sammelband mit Beiträgen von Th. Heuss, W. Schütz, Th. Kampmann, O. A. Friedrich, R. R. Beer, W. Vernekohl, A. Nobel und O. Eulerich.

3. Verlauf und Stand der Forschung

Die spärliche spezifisch parteigeschichtliche Literatur aus der Zeit der Weimarer Republik (L. Bergsträsser, F. Rachfahl[1]), G. Frhr. v. Pölnitz[2])) widmete der Geschichte des Zentrums in den Kriegs- und den ersten Nachkriegsjahren bemerkenswert knappen Raum. S. Neumanns Forschungsansätze und Ergebnisse (1932) kamen nicht mehr zur Auswirkung, während J. Hansens zehn Jahre zuvor (1922) gewonnene Einsichten über die innere Entwicklung des Rheinischen Zentrums[3]) von der parteigeschichtlichen Forschung übersehen worden sind. Eine zeitweilig sehr rege Diskussion im deutschen Katholizismus — aber auch außerhalb (z. B. Hellpach, Decker) — über die innere Problematik des Zentrums (und überhaupt einer „katholischen" Partei) bildete den Anstoß zu zahlreichen Veröffentlichungen (Haeuser, Walterbach, Kiefl, Tischleder, Neundörfer, Beyerle). Sie galten vorwiegend einer Interpretation der „richtigen" oder „falschen" katholischen Staats- und Gesellschaftsauffassung bzw. deren Umsetzung in praktische Politik. Parallel dazu lief eine intensive Diskussion über die „Rückkehr des deutschen Katholizismus aus dem Exil", wie Peter Wust drei aufrüttelnde Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung" im Mai 1924 betitelt hatte.[4])

Das 1928 von der Reichsregierung herausgegebene Sammelwerk „Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918—1928" mit nicht weniger als vierzig Einzelbeiträgen

[1]) Zentrumspartei, in: Polit. Handwörterbuch, Bd. 2, S. 1011 ff.

[2]) Zentrumspartei, in: Staatslexikon 5[5], 1932, Sp. 1577 ff.

[3]) In: Geschichte des Rheinlandes, Bd. 1, S. 391 ff.

[4]) Vgl. den von Karl *Hoeber* hrsg. Sammelband „Die Rückkehr aus dem Exil" (1926).

verzichtete auf einen Überblick über die parteigeschichtliche Entwicklung dieses Dezenniums, gewiß ein Symptom für das Selbstverständnis und demokratische Bewußtsein der regierenden Republikaner. Einzelne, auch das Zentrum einschließende Beobachtungen und Analysen in allgemeineren Darstellungen der Übergangszeit vom Kaiserreich zur Republik, so insbesondere die Arbeiten von A. Rosenberg, fanden zunächst nicht die gebührende Aufmerksamkeit. Das 1930—1932 herausgekommene zweibändige Werk von P. Wentzcke, „Ruhrkampf", das auf amtlichen Auftrag hin entstanden ist[5]), bildet eine wichtige Quelle auch zur Geschichte der Rheinlandbewegung, mit der sich die Politik des Rheinischen Zentrums zeitweise aufs engste verknüpfte. Die Ergebnisse der guten Studie von G. Senger „Die Politik der Deutschen Zentrumspartei zur Frage Reich und Länder von 1918—1928", die im Frühjahr 1933 erschien, wurden von der Forschung vorerst nicht zur Kenntnis genommen. Ein neues Zeitalter war angebrochen.

Daß E. Ritter seine Darstellung „Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland" 1934 erscheinen lassen konnte, dürfte der eingestandenen „nationalpolitischen" Zweckbestimmung dieses Buches zu verdanken gewesen sein, das zu seinem Teil das „Einigungswerk" Hitlers fördern wollte.[6]) Dennoch finden sich bei Ritter, der wesentlich an der Entstehung des Zentrumsprogramms von 1922 beteiligt, später jedoch zusehends in das Lager Papens abgewandert war, aufschlußreiche Hinweise zur „Linksschwenkung" des Zentrums in der Weimarer Republik. Eine Kategorie für sich bilden die 1933/34 erschienenen, gegen das inzwischen aufgelöste Zentrum gerichteten NS-Pamphlete von F. W. Ilges und H. Schmid — unter dem Motto: „Den Reichsfeinden mitten ins Herz!" —, die nur wegen des auszugsweisen Abdrucks aus den Kölner „Akten betr. Rheinlandbewegung" erwähnenswert sind. Das gleiche gilt für die Dissertation von G. Röhrken (1935), in der sich ebenfalls Bruchstücke dieser Aktenauszüge abgedruckt finden, die seitdem (teilweise ohne Quellenangabe) in verschiedene Publikationen übergegangen sind (E. Schulte, Volz, Peck, Bertsch, Klein).

Nach 1945 hat die parteigeschichtliche Forschung zunächst dem Zentrum keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die am 5. Juli 1933 erfolgte Auflösung dieser Partei ermunterte weder zu nachträglichen Gedenkworten noch zu Jubiläumsartikeln. Die prominenten CDU-Politiker, die ehemals dem Zentrum angehört hatten, vermieden zunächst einen historischen Rückblick. Die Gründer des „neuen" Zentrums gingen bei ihrem Rückgriff auf die Traditionen der „alten" Partei von einem verklärten Geschichtsbild aus, das der Wirklichkeit nicht entsprach.

---

[5]) Vgl. Wolfgang *Klötzer*, In memoriam Paul Wentzcke. Heidelberg 1963, S. 19. Ebd. heißt es ferner: „Das Mißtrauen des Auswärtigen Amtes, das [...] schon die ganze Auflage aufkaufen wollte, legte sich erst, als von Frankreich verlautete, daß man sich dort für die längst Geschichte gewordene Episode gar nicht mehr interessierte."

[6]) S. 9.

Die Tatsache, daß Brüning seit etwa 1946 stereotyp das baldige Erscheinen seiner Memoiren ankündigte, verhinderte offensichtlich lange Zeit Publikationen zur Zentrumsgeschichte. Die unergiebige Dissertation von P. W. Klinke, Die Deutsche Zentrumspartei und die demokratische Frage (1951), wurde von der Forschung kaum zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse der wesentlich fundierteren Dissertation von H. Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918—1928 (1953), flossen später in Studien der Verfasserin über die christlichen Parteien in der Weimarer Republik (1958) und dann in ihre Parteiengeschichte (1962) ein. K. Buchheim widmete in seiner Geschichte der christlichen Parteien (1953) der politischen Wirksamkeit des Zentrums nach 1918 nur wenige Zeilen. Die gegen Brüning und Kaas polemisierende Studie von E. Alexander [d. i. Alex Emmerich], Church and Society in Germany (1953), kann nicht — wie der Verfasser noch Jahre später glaubte[7]) — als erste zusammenfassende und systematische Darstellung der Geschichte der sozialen und politischen Bewegung im deutschen Katholizismus gelten.

Verschiedene Arbeiten über die (Früh-)Geschichte der CDU (H. G. Wieck, E. Deuerlein, G. Schulz, L. Schwering) gingen auf die Geschichte der Zentrumspartei nur mehr oder weniger summarisch ein, Schulz noch am gründlichsten. Als erster unterzog dann K. D. Bracher in seiner „Auflösung der Weimarer Republik" (zuerst 1955) auch die Zentrumspolitik in den letzten Jahren der Republik einer kritischen Würdigung. Die nur wegen ihrer Themenstellung, nicht aber ihrer Ausführung hier zu nennende Darstellung der Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland von J. Rovan (1956) basiert fast ausschließlich auf Bachems Zentrumsgeschichte und widmet der Zeit nach 1914 bemerkenswert wenig Raum. Ein Aufsatz des amerikanischen Historikers J. K. Zeender (1957) bot einen allzu knappen Überblick über das politische Verhalten der Zentrumspartei im Ersten Weltkrieg. Dieses Thema fand einige Jahre später in der Kölner Dissertation von E. Heinen (1962) über Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion eine willkommene Ergänzung.[8])

In den von E. Matthias und R. Morsey bearbeiteten Editionen „Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18" (1959) und „Die Regierung des Prinzen Max von Baden" (1962) waren inzwischen neue Quellen auch für die Politik des Zentrums in den entscheidenden Monaten zwischen der Julikrise von 1917 und dem 9. November 1918 zugänglich gemacht worden. Dieses Material ist seitdem in einigen Aufsätzen und Darstellungen auch für die Geschichte der Zentrumspartei verarbeitet worden (insbesondere von Heinen, Epstein und R. Patemann). Der Münchener Dissertation von Louise Wilhelm, Erzberger im Deutschen Reichstag 1903—1914 (1962), kann man nur wünschen, daß sie der Forschung nicht bekannt wird.

---

[7]) Vgl. *Alexander*, Adenauer, S. 132.

[8]) Vgl. meine Rezension, in: Publizistik 9, 1964, S. 189 ff.

In dem im Auftrage der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" herausgegebenen Sammelwerk „Das Ende der Parteien 1933" (1960) nahm die Darstellung und Dokumentation der Geschichte und des Untergangs des Zentrums im Zeitraum von 1928/1930 bis zum 5. Juli 1933 breiten Raum ein (R. Morsey). Diese Studie löste ebenso wie das Sammelwerk als Ganzes eine nachhaltige Diskussion aus, lockte neues Quellenmaterial hervor und zog die Publikation weiterer Arbeiten des Verfassers zum Ende der Zentrumspartei und zum Abschluß des Reichskonkordats nach sich. Daran knüpfte sich eine Reihe von kritischen und weiterführenden Aufsätzen (K. Buchheim, R. Leiber, J. Becker, E. Deuerlein, K. O. Frhr. v. Aretin). Diese Erörterungen mündeten seit dem Frühjahr 1961 (E. W. Böckenförde, H. Buchheim u. a.) in eine breite Diskussion über das politische Verhalten der deutschen Katholiken im Jahre 1933 ein.

Im Rahmen dieser noch andauernden Debatten[9]) lenkten K. Buchheim und E. Deuerlein den Blick auf das politische Verhalten der deutschen Katholiken in den Anfängen der Republik. Diese Linie führte H. Lutz unter einer speziellen Fragestellung weiter (1963), während J. K. Zeender das Verhalten der Katholiken bei der Reichspräsidentenwahl 1925 (1963) und die Vorstellungen einer Interkonfessionellen Partei im deutschen Katholizismus von 1900—1922 (1964) untersuchte, allerdings auf einer schmalen Quellenbasis. In der populär gehaltenen Darstellung von W. Spael (1964) über die Pionier- und Krisenzeiten des deutschen Katholizismus seit 1890 werden die Problematik und das Wirken der Zentrumspartei nur am Rande erwähnt.

Inzwischen hatte Th. Nipperdey in seiner vorbildlichen Untersuchung „Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918" (1961), die er als „Verfassungsgeschichte der modernen Herrschaftsinstitution" verstand, auch dem Zentrum (unter Einbeziehung der Funktion des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und der Katholikentage sowie des „Volksvereins", der Rolle der Geistlichkeit und der Christlichen Gewerkschaften) ein knappes, aber höchst instruktives Kapitel gewidmet. Seine Ergebnisse wurden durch ein kurzes Kapitel über die organisatorische Entwicklung der Zentrumspartei in der Arbeit von P. Molt, „Der Reichstag vor der improvisierten Revolution" (1963) — die ferner über die soziale Zusammensetzung der Zentrumsfraktionen von 1898—1918 unterrichtet — nur unwesentlich ergänzt. Sie bieten einen willkommenen Anknüpfungspunkt für die Darstellung der Kontinuität bzw. Andersartigkeit der organisatorischen Entwicklung nach 1918.

---

[9]) Zuletzt: Konrad *Repgen*, Hitlers Machtergreifung und der deutsche Katholizismus. Augsburg 1964 (als Ms. gedr.); Guenter *Lewy*, The Catholic Church and Nazi Germany. New York, Toronto 1964 (dt. Ausgabe: Die katholische Kirche und das Dritte Reich. München 1965); Ludwig *Volk*, Zwischen Geschichtsschreibung und Hochhuthprosa, in: Stimmen der Zeit 90, 1965, S. 29 ff.; Karl Otmar *Frhr. v. Aretin*, Katholische Kirche und Nationalsozialismus, in: Merkur 19, 1965, S. 1188 ff.

Als der Verfasser dieser Arbeit zu einem Beitrag für eine zum 80. Geburtstag von Georg Schreiber geplante Festschrift der „Historischen Kommission Westfalens" eingeladen wurde, widmete er seinem früheren Mentor eine kleine Studie über das politische Verhalten der Zentrumspartei in den Wochen zwischen der Novemberrevolution und dem Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung (1963). Dieser Beitrag ist in erweiterter und vollständig umgearbeiteter Form in den vorliegenden Band eingegangen. Georg Schreiber (gest. 24. Februar 1963) hat das Erscheinen der ihm zugedachten Festschrift „Dona Westfalica" nicht mehr erlebt. Ihm, dem Reichstagsabgeordneten (1920—1933) und Kulturpolitiker ebenso wie dem Historiker und Wissenschaftsorganisator[10]), verdanke ich in einem weiteren Sinne eine lebendige Hinführung auf das Thema dieser Arbeit, deren Anfänge er mit drängend-ermunterndem, aber nicht minder kritisch-zügelndem Zuspruch begleitet hat.

[10]) Dazu vgl. Johannes *Spörl*, Begegnung mit Georg Schreiber, in: Histor. Jb. 83, 1964, S. 246 ff. Ferner Schriftenverzeichnis Georg Schreiber, zusammengestellt von R. *Morsey*. Münster 1958.

ERSTER TEIL

Der Weg des Zentrums im ausgehenden Kaiserreich

Erstes Kapitel

Die Problematik der Partei am Vorabend des Weltkriegs

1. „Heraus aus dem Turm!"

„Das deutsche Problem heißt: Das Zentrum bleibt ausschlaggebende Partei bis zu dem Tage, wo eine Mehrheit links vom Zentrum aus Reichstagswahlen hervorgeht." Friedrich Naumann (1910).[1])

Den deutschen Katholiken und ihren parlamentarischen Repräsentanten ist der Weg aus der politischen Defensive der Kulturkampfzeit und aus dem Ghetto der zunächst zwangsweise eingenommenen, dann aber aus Gewöhnung und Trägheit länger als notwendig beibehaltenen Positionen geistiger und gesellschaftlicher Inferiorität nicht leicht gemacht worden, und er ist ihnen nicht leicht gefallen. In dem Maße, in dem die aus der politischen Abwehrsituation erwachsene innere Geschlossenheit[2]) der katholischen Volksminderheit (1910: 36,7 v.H. der Gesamtbevölkerung) verlorenging und in dem die Zentrumsfraktion des Reichstags zum „unentbehrlichen Bestandteil"[3]) jeder Majoritätsbildung und stetigen Reichspolitik wurde, trat die eigentliche Problematik dieser Partei zutage. Das ursprüngliche und selbstverständliche Verhältnis zu ihrem „geschichtlichen Mutterboden"[4]), der überwiegenden Mehrheit der bekenntnistreuen katholischen Bevölkerung des Reiches, lockerte sich. Der Weg des Zentrums im preußisch-protestantisch geprägten Wilhelminischen Deutschland blieb seitdem nicht nur mit divergierenden politischen Tendenzen und sozialen Konflikten, sondern auch mit ideologischen Spannungen belastet.

Obschon weiterhin allein die Zentrumsabgeordneten im Reich wie in den Bundesstaaten für die politischen Belange und kirchlichen Freiheiten der deutschen Katholiken eintraten, verlor das Zentrum in einem unaufhaltsamen Prozeß Stimmen der katholischen Wählerschaft. Je mehr durch den parlamen-

[1]) Die politischen Parteien, S. 48.

[2]) Vgl. *Scheler*, Krieg und Aufbau, S. 286 f.: „Daß die deutschen Katholiken ihr stärkstes Einheitsbewußtsein [...] in der Reaktion gegen den ihnen aufgenötigten, im Grunde außerreligiösen politisch motivierten ‚Kulturkampf' ausgebildet haben, der sie selbst wieder nicht als Katholiken, sondern als vermeintlich ‚zentrifugale' Elemente des neuen Reiches traf, hat die Lage und den Charakter des Katholizismus in Deutschland in toto in einem Maße bestimmt, das nicht leicht überschätzt werden kann."

[3]) So *Hertling*, Vom deutschen Zentrum, S. 227. Ähnlich *Naumann*, Die politischen Parteien, S. 39.

[4]) Vgl. *Neundörfer*, Katholizismus und Zentrum, S. 119.

tarischen Einsatz der Zentrumsabgeordneten an sozial- und wirtschaftspolitischen Teilzielen erreicht und an staatsbürgerlichen und kirchlichen Freiheiten gesichert werden konnte, je weniger blieben der prinzipielle Anspruch der Partei und der von ihr mehr pragmatisch gesteuerte als programmatisch vorgezeichnete Kurs unangefochten.[5]) In dem gleichen Maße, in dem das Bewußtsein schwand, daß die Zentrumspartei als Vertreterin religiös-kirchlicher Belange lebensnotwendig sei, und in dem der soziale Status die Wählerentscheidung in stärkerem Maße zu beeinflussen begann als das konfessionelle Bekenntnis[6]), trat die Diskussion über den weltanschaulichen und politischen Charakter und damit über das Lebensprinzip des Zentrums beherrschend in den Vordergrund.

Diese Diskussion hatte die Entwicklung der Partei „wie ein Schatten"[7]) von ihren Anfängen an begleitet. Sie wurde wenige Jahre nach dem Tode des „christlichen Demokraten" Ernst Lieber (gest. 1902) — dessen biographische Würdigung ein Desiderat ist — zum innerparteilichen Sprengstoff, zumal auf Lieber keine ähnlich überragende oder auch nur in annähernd gleichem Maße respektierte Führerpersönlichkeit folgte. Mit zunehmender Distanz von der „Heroenzeit" des Kulturkampfs wuchs die Einsicht in die Problematik der kollegial ausgeübten und in den „Geruch des Gouvernementalen" geratenen Parteiführung. Sie lag formell in den Händen der Reichstagsfraktion bzw. ihres Vorstands, an dessen Spitze von 1893—1909 Alfred Graf Hompesch, von 1909—1912 Georg Frhr. von Hertling stand. Ihm folgte Peter Spahn (1912—1917), der bereits seit der Jahrhundertwende zu den führenden Zentrumspolitikern zählte und auch unter Hertlings Ägide großen Einfluß besaß. In der Bülow-Zeit galt Spahns Zylinder als Führerzeichen in der damaligen Reichspolitik.[8]) Spahn verkörperte den Prototyp des vom preußischen Beamtenethos geprägten Honoratiorenpolitikers, der lieber im Einvernehmen mit der Reichsleitung bzw. der preußischen Regierung und deren Bürokratie als mit dem Parlament oder den robust nach vorn drängenden Vertretern der eigenen Fraktion zusammenarbeitete.[9])

---

[5]) Zum Abschluß des 2. Reichsparteitags am 17. Januar 1922 in Berlin erklärte der Zentrumsveteran Felix *Porsch:* „Parteipolitisch schwierig sind die Verhältnisse erst geworden mit dem Augenblick, wo der Kulturkampf abflaute, als man die Möglichkeit hatte, mehr als einen Weg zu gehen." Vgl. Offizieller Bericht, S. 109.

[6]) Entsprechende Einzeluntersuchungen stehen noch aus. Für einen Teil des westfäl. Industriegebiets heißt es bei Hans *Graf* (Die Entwicklung der Wahlen und der politischen Parteien in Groß-Dortmund. Hannover 1958, S. 24): Bis in die 80er Jahre hinein hätten die Dortmunder Bürger überwiegend nach ihrer Konfession gewählt, die Katholiken fast geschlossen Zentrum. Darin sei jedoch seit den 90er Jahren durch die Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstruktur und durch die sozialen Kämpfe ein Wandel eingetreten.

[7]) So *Deuerlein*, Zentrumsstreit, S. 103.

[8]) Vgl. Hans *Rechberg*, Das Führerproblem im Zentrum, in: Allg. Rundschau Nr. 39 vom 24. September 1925, S. 628.

[9]) Am 10. April 1907 teilte Friedrich *Althoff* dem Chef der Reichskanzlei, Loebell, mit, er habe am 11. März 1907 Spahn sen. geschrieben: „Wie ist es nur menschenmöglich, daß das Zentrum Erzberger noch länger in seinen Reihen duldet?" DZA Potsdam, Reichskanzlei 2040.

Für die Zentrumspartei erwies es sich als Existenzfrage, den Ausgleich sozialer Gruppeninteressen im deutschen Katholizismus herzustellen und ein staatspolitisches Programm zu vertreten, in dessen Rahmen der Einsatz für kirchen- und kulturpolitische Belange einen gebührenden Platz fand. Als Lehre der Kulturkampfzeit, in der sich die Katholiken nicht in eine staatsfeindliche Haltung hatten drängen lassen, gehörte es zu ihrem Bewußtsein, daß ohne religiöse Freiheit keine staatsbürgerliche Freiheit möglich ist: „wird jene bedroht, so ist auch letztere in Gefahr".[10]) Der immer wieder aufflackernde Streit über die Definition der von Bismarck als konfessionell abgestempelten und damit dem Zeitgeist entsprechend diskreditierten Partei führte zu nervösen und oft genug höchst überflüssigen Entgegnungen, zu konfessioneller Polemik und zu wechselseitiger Versteifung der politischen Fronten.

Die inneren Auseinandersetzungen kosteten die Zentrumspartei viel Kraft. Und das in einem Zeitpunkt, da sie auf dem Höhepunkt einer „verantwortungsbewußten nationalen Politik"[11]) angelangt war und sich in Fortsetzung des unter Ernst Lieber eingeschlagenen Kurses mit Wärme ebenso zum Reich und seinem „Weltmachtsstreben"[12]) wie zum herrschenden Regierungssystem und zur Person des Kaisers bekannte. Die Mehrheit der deutschen Katholiken hatte sich auf den Boden des kleindeutschen Nationalstaats gestellt und von den Verfechtern der traditionellen föderalistischen Konzeption im Staatsaufbau distanziert. Mit einer teilweise überraschend weitgehenden Anpassung an den National- und „Preußengeist", an die Ideen des imperialistischen Zeitalters und an den Stil des Wilhelminischen Reiches verband sich in bemerkenswert unreflektierter Weise eine betont hervorgekehrte Anhänglichkeit an die übernationale römische Kirche. Eine merkliche Distanz zur Hohenzollerndynastie und zur Person des regierenden Kaisers war am stärksten im süddeutschen Raum zu verzeichnen.

In den letzten Jahren vor Ausbruch des Weltkriegs wurde gleichzeitig auf drei Ebenen, einer politisch-parlamentarischen („Zentrumsstreit"), einer gewerkschaftlich-organisatorischen („Gewerkschaftsstreit") und einer — hier nicht weiter zu verfolgenden — literarisch-künstlerischen („Literaturstreit") der

---

[10]) Vgl. Winand *Virnich*, Die Centrumsfraction und der Culturkampf. Mainz 1879, S. 60 f. Dazu *Nipperdey*, Grundzüge, S. 817: „So hatte z. B. das Zentrum kaum ein Programm, war aber weltanschaulich weit über den Rahmen konfessionspolitischer Ziele hinaus fixiert."

[11]) Vgl. *Ritter*, Der Weg des polit. Katholizismus, S. 127. Am 4. März 1907 bezeichnete *Hertling* im Reichstag das Zentrum als „Partei der nationalen Mitarbeit". Vgl. Sten. Berichte Bd. 227, S. 221. Ferner Clemens *von Delbrück*, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. München 1924, S. 31 f.: „Das Zentrum [...] war eine nationale Partei geworden."

[12]) Bei der Feier des vierzigjährigen Parteijubiläums im März 1911 erklärte *Hertling*: „Heute rühmen wir uns, daß die Ausgestaltung der Flotte wesentlich durch die Mitarbeit des Zentrums zustande kam." In: *Vierzig Jahre Zentrum*, S. 23. Nach *Hansen* (in: Geschichte des Rheinlandes, S. 404) ist die Militärvorlage vom Dez. 1910 von rhein. Liberalen als „Militärvorlage von Zentrumsgnaden" apostrophiert worden.

sogenannte Integralismusstreit geführt.[13]) Er verquickte sich mit dem theologischen Modernismusstreit und dem Streit um die sogenannte Borromäus-Enzyklika (1910).[14]) In dem zeitlich weitgehend parallellaufenden und sich in den Personen wie in den grundsätzlichen Fragen vielfach überschneidenden Zentrums- und Gewerkschaftsstreit[15]) — wobei der letztere eine Art „Vorpostengefecht" gewesen war[16]) — ging es um die Notwendigkeit, die Möglichkeit und die Grenzen einer Interkonfessionalität der Christlichen Gewerkschaften und des Zentrums und damit um das Maß ihrer Einflußnahme auf Staat und Gesellschaft. Dahinter standen das Problem der Stellung des katholischen Volksteils in der Gesamtnation und die Einsicht in die Möglichkeiten einer großen christlichen „Staatspartei".

Die Forderung nach einer politischen Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen in Deutschland wurde im Sinne Windthorsts für die Zentrumspartei von der „Kölner Richtung" (Julius und Carl Bachem, Hermann Cardauns, „Kölnische Volkszeitung") und für die Christlichen Gewerkschaften von der „M.Gladbacher Richtung" (Franz Hitze, August Pieper, Heinrich Brauns) mit Nachdruck vertreten.[17]) Dabei fühlten sich die Gladbacher in ihrem Kampf von der Zentrumspartei nicht immer genügend unterstützt.[18]) Die „Bachemiten" — wie die Verfechter der Kölner Richtung nach der Publikation des programmatischen Aufsatzes von Julius Bachem „Wir müssen aus dem Turm heraus!" (März 1906)[19]) genannt wurden — gingen von der Erkenntnis aus, daß auf dem

---

[13]) So Robert *v. Nostitz-Rieneck*, Integralismus, in: Staatslexikon 2^5, 1927, Sp. 1496 ff.; vgl. auch Otto B. *Roegele*, Integralismus, ebd. 4^6, 1959, Sp. 338 ff.

[14]) Dazu vgl. Josef *Schnitzer*, Der katholische Modernismus, in: Zs. für Politik 5, 1912, S. 1 ff. Bei Erich *Przywara*, Modernismus, in: Staatslexikon 3^5, 1929, Sp. 1373 ff., wurde Modernismus als „kritischer Katholizismus" bezeichnet, den in Deutschland die jeweiligen Gegenparteien des politisch-sozialen und literarisch-künstlerischen Integralismus vertreten hätten. Vgl. ferner den vorzüglich abgewogenen Artikel „Modernismus" von Roger *Aubert*, ebd., 5^6, 1960, Sp. 797 ff.

[15]) Die neueste Literatur für den Zentrumsstreit zitiert bei *Epstein*, Zentrumsstreit; für den Gewerkschaftsstreit bei Ernst *Deuerlein*, Gewerkschaftsstreit, in: Staatslexikon 3^6, 1959, Sp. 943 ff. Zu ergänzen sind: *Kudera*, Gewerkschaftsstreit (1957); Lothar *Hardick*, Bischof Bernhard Döbbing (1855—1916), in: Westfäl. Zs. 109, 1959, bes. S. 169 ff.; *Schreiber*, Westdeutsche Charaktere, S. 63 ff.; *Franz-Willing*, Bayerische Vatikangesandtschaft, S. 105 ff. Die schärfste Kritik an *Bachems* Darstellung über den Zentrumsstreit (Zentrumspartei, Bd. 7) und damit an seiner Grundposition („Kölner Richtung") vom Standpunkt der letzten „Integralen" von 1909 findet sich bei Carl Maria *Kaufmann* und Gottfried *Brunner* in der von Kaufmann hrsg. Zeitschrift „Der Fels" (Monatszeitschrift für Gebildete aller Stände) 25, 1930/31, S. 201 ff., 241 ff., 287 ff.

[16]) So *Erzberger*, Roma locuta, in: Allg. Rundschau Nr. 26 vom 27. Juni 1914, S. 462.

[17]) Am 8. November 1932 schrieb A. *Pieper*, der langjährige geistliche Direktor des M.Gladbacher „Volksvereins", an Carl Bachem: „Ich habe im Gewerkschaftsstreit stets betont, daß die Sicherung des nichtkonfessionellen Charakters der Gewerkschaften [...] für mich den Hauptwert darin habe, daß er zur Konsequenz habe die Sicherung des staatspolitischen, nichtkonfessionellen Charakters des Zentrums." Nachl. Pieper.

[18]) Heinrich *Brauns* drängte am 14. Juni 1912 den Abg. Hitze zu einer Stellungnahme der Zentrumsfraktionen zugunsten der Christlichen Gewerkschaften. Nachl. Bachem 320a.

[19]) HPBl. 137/I, 1906, S. 376 ff. (abgedr. bei *Hoeber*, Zentrumscharakter, S. 16 ff.; *Bergsträßer*, Politischer Katholizismus, Bd. 2, S. 332 ff.); J. *Bachem*, Nochmals: Wir müssen aus dem Turm

Boden des modernen Verfassungsstaats eine konfessionell ausgerichtete parlamentarische Vertretung weder eine Daseinsberechtigung noch die Möglichkeit dauernden Bestands haben würde.[20])

Gegen diese Auffassung opponierte eine zahlenmäßig sehr kleine Gruppe von „Ideologen"[21]) (um die Abgeordneten Hermann Roeren und Franz Bitter sowie um Edmund Schopen und um Hans Graf Oppersdorff), die im Namen der Geschlossenheit und Ganzheit des katholischen Lebens eine Definition der Partei und eine Politik auf konsequent (integraler) „katholischer" Grundlage forderte (Osterdienstagskonferenz von 1909). Sie lehnte es ab, das Zentrum zu einer interkonfessionellen Partei umzubilden, da sie von einem Zustrom protestantischer Wähler einen Niedergang des Zentrums befürchtete. Diese Kreise sahen in „Köln" nicht nur einen politischen Gegner, sondern auch eine „innere Gefahr" für den deutschen Katholizismus, wie es der Titel einer 1910 erschienenen Schrift von Schopen zum Ausdruck brachte.

Im gleichen Sinne vertrat im Streit um die weltanschauliche Ausrichtung der Gewerkschaften eine „integralistische" Gruppe der Katholischen Arbeitervereine, übrigens fast ausschließlich unter Führung von Adligen und Geistlichen (v. Savigny, Graf Oppersdorff, Fournelle, Fleischer), die Notwendigkeit einer strikten gewerkschaftlichen Abschließung der katholischen Arbeiter in Fachabteilungen im Rahmen der Katholischen Arbeitervereine. Der Einfluß der relativ wenigen „integralen" Zentrumspolitiker und der ebenfalls zahlenmäßig sehr kleinen „Berliner Richtung", die jedoch über eine weniger auflagen- als lautstarke literarische Vertretung verfügte („Kölner Korrespondenz", „Klarheit und Wahrheit", „Petrus-Blätter", „Apologetische Rundschau", „Ständeordnung"), beruhte wesentlich auf der Protektion durch den einflußreichen Fürstbischof von Breslau, Georg Kardinal Kopp, und den Trierer Bischof Michael Felix Korum. Die „Berliner" glaubten sich, gewiß zu Recht, im Einklang mit den religiösen und kirchenpolitischen Intentionen Pius' X.

Hinter diesem Streit um die politischen Konsequenzen des geschichtlichen (im Unterschied zum systematischen) Integralismus standen verschiedene gesellschafts- und wirtschaftspolitische Anschauungen (über die Zulässigkeit des Streiks, Organisationsfragen, „Arbeit als Ware"). Sie resultierten bei den

---

heraus, ebd., S. 503 ff. *Kluke*, Geschichte der politischen Parteien, S. 43, verwechselt Carl mit Julius Bachem.

[20]) Vgl. Julius *Bachem*, Nochmals vom deutschen Zentrum, in: Hochland 4/II, 1907, S. 464. Am 21. Februar 1898 hatte *Lieber* geschrieben: „Das Zentrum ist [...] eine politische Partei. Mit diesem [...] Standpunkte steht und versinkt es selbst." Abgedr. bei *Hoeber*, Zentrumscharakter, S. 139; J. *Bachem*, Zentrum, S. 22. Dazu die Würdigung J. Bachems durch Martin *Spahn*, in: Hochland 15/II, 1918, bes. S. 18.

[21]) So Julius *Bachem* am 24. Juli 1909 an Hertling. Nachl. Hertling 37.

„Kölnern" aus einer demokratischen, den Interessen der Arbeiterschaft aufgeschlossenen Haltung, bei den „Trierern" (und ebenso bei einem großen Teil des Schlesischen Zentrums)[22]) aus einer konservativ-agrarisch geprägten Grundauffassung, die auf eine Rückkehr zu ständischen Gesellschaftsvorstellungen abzielten.[23]) Diese teilweise romantisch interpretierten Auffassungen erleichterten es den „Kölnern", ihre Gegner als weltfremd und doktrinär zu kennzeichnen. Im letzten jedoch ging es um die Frage nach dem von der integralen Minderheit der „Zionswächter" erhobenen Anspruch einer kirchlichen potestas directa auch in außerkirchlichen Angelegenheiten. Diesen Anspruch hatte die Zentrumspartei stets zurückgewiesen, besonders nachdrücklich und unvergessen im Septennatsstreit von 1887.[24]) Sie war trotz ihrer in der überwiegenden Mehrzahl katholischen Wähler und Abgeordneten eine politische und nicht eine konfessionelle Partei geblieben.

Die Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit, mit der der Zentrums- und Gewerkschaftsstreit von beiden Seiten mit dem Vorwurf des gegenseitigen „Mauerfraßes am Zentrumsturm" geführt und von Außenstehenden geschürt wurde, löste eine Art Psychose im deutschen Katholizismus aus. Es kam zu gegenseitigen Anfeindungen und Verleumdungen bis hin zu massiven kirchlichen Verdächtigungen von Anhängern der „Kölner Richtung". Infolge dieser Auseinandersetzungen, in die auch der Episkopat verwickelt war, herrschte besonders im Sommer 1912 vor der Publikation der Enzyklika „Singulari quadam" eine „furchtbare Aufregung" bei den deutschen Katholiken.[25]) Sie befanden sich in einer „geradezu unerträglich gewordenen Situation".[26])

---

[22]) In einem Aufsatz „Die schlesische Zentrumspartei" polemisierten die *HPBl.* 148, 1911, S. 857 ff. gegen eine Preisgabe des konfessionellen Charakters der Schles. Zentrumspartei, die sich „ausschließlich" aus dem kathol. Volke rekrutiere. Der § 17 des Wahlstatuts der Schles. Zentrumspartei — wonach jeder Kandidat „überzeugungstreuer Katholik" sein müsse — dürfe nicht preisgegeben werden, wie auch Porsch auf dem Parteitag des Schles. Zentrums am 10. Oktober 1911 in Breslau erklärt habe.

[23]) Am 30. Januar 1933 schrieb August *Pieper* an Bernhard Letterhaus: „Mir war von Anfang an klar, daß der Gewerkschaftsstreit politisch und sozial reaktionär war, der Kampf gegen den interkonfessionellen Charakter der Gewerkschaften nur einen Deckmantel bildete." Nachl. Pieper.

[24]) Vgl. Rudolf *Morsey*, Probleme der Kulturkampf-Forschung, in: Histor. Jahrb. 83, 1964, S. 225 ff.

[25]) So der Verleger der KV, F. X. *Bachem*, am 18. Juni 1912 an den Auditor der Rota Romana Prälat Heiner. In dem Schreiben hieß es ferner: „Es wird lange Jahre gebrauchen, um den großen Schaden gutzumachen, der in diesen Wochen der katholischen Sache Deutschlands zugefügt worden ist." Nachl. Bachem 320a. Zwei Jahre später beklagte es Theodor *Brauer* (Ein Wort zur Gewerkschaftsfrage, in: Hochland 11/II, 1914, S. 91), daß der deutsche Katholizismus auf die Gewerkschaftsfrage in den letzten Jahren „einen großen Teil seiner besten Kräfte" konzentriert habe.

[26]) So *Hertling* am 2. März 1912 an Cardauns, dem er ferner schrieb: „Der Nuntius [in München, Frühwirth] bat mich, alle Freunde dringend zu mahnen, die Ruhe nicht zu verlieren und jeden unvorsichtigen Schritt ängstlich zu vermeiden." Nachl. Cardauns. Dazu vgl. Angelus *Walz*, Andreas Kardinal Frühwirth (1845—1933). Wien 1950, S. 340 ff.

Infolge der als „unheilvoll" angeprangerten „Verdächtigungen"[27]) des Monsignore und früheren vatikanischen Unterstaatssekretärs der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten (bis 1911), Umberto Benigni[28]), gelang es der Zentrumspartei nicht, für ihren Standpunkt bei der Kurie Gehör und Verständnis zu finden, um die „Quertreiberzentrale" ausschalten und die „exaltierten Wirrköpfe"[29]) abschütteln zu können. Den seit langem andauernden „Wettlauf" um die Gunst des Heiligen Vaters und des Heiligen Stuhles[30]) — die für das Zentrum lebenswichtig war, solange die Konfession die stärkste Klammer bildete — konnte die Partei bis zum Kriegsausbruch nicht zu ihren Gunsten entscheiden. Die nachträgliche Indizierung einer Rede des angesehenen badischen Zentrumsführers Pfarrer Wacker über „Zentrum und kirchliche Autorität" vom 15. Februar 1914 in Essen anläßlich einer großen Kundgebung „gegen die Quertreiber"[31]) bedeutete einen Schlag, von dem sich Wacker nicht mehr erholt hat. Sie war darüber hinaus ein schwerer Schock für die Partei[32]), aber zugleich auch der letzte Sieg der „Integralen".

Der Zentrumsstreit war zu diesem Zeitpunkt praktisch zugunsten der Kölner Richtung entschieden. Die Reichstagsabgeordneten Roeren und Bitter waren 1912 aus der Fraktion ausgeschieden, Graf Oppersdorff ausgeschlossen worden. Die nach Julius Bachem benannte Richtung im Zentrum hatte sich durchgesetzt, wenngleich die Hoffnungen auf einen Zustrom von protestantischen Wählern unerfüllt blieben. Die „Kölner" besaßen starken Rückhalt in der schlagkräftigen Organisation der Rheinischen Zentrumspartei, die Carl Trim-

[27]) Vgl. *Grosche*, Der Weg aus dem Ghetto, S. 23.

[28]) Gegenüber der einseitig negativen Wertung Benignis durch Josef *Schmidlin* (Papstgeschichte der neuesten Zeit, Bd. 3, München 1936, S. 162 ff.), *Bachem* (Zentrumspartei, Bd. 7, passim) und neuerdings durch *Becker* (Die Problematik der Zentrumspartei, S. 162 Anm. 54, sowie in *Köhlers* Lebenserinnerungen, S. 32 Anm. 39) ist die Stimme der Gegenseite bisher nicht zur Kenntnis genommen worden. Sie kommt am deutlichsten bei Gottfried *Brunner*, Monsignore Benigni — ein Vielverleumdeter (in: Der Fels 29, 1934/35, Nr. 1, S. 20 ff., auszugsweise abgedr. in: Ecclesiastica 1935, Nr. 1, S. 5 ff.) zum Ausdruck. Brunner hat sich lange als Mittelsmann zwischen Benigni und dem zwielichtigen Herausgeber der „Apologetischen Rundschau", Carl Maria Kaufmann, betätigt. Er bezeichnet die Wahrung der kirchlichen Autorität als das Hauptanliegen Benignis. Dessen Tätigkeit bedarf dringend einer kritischen Untersuchung.

[29]) So Stephan *Ehses*, Erinnerungen an Hertling, in: *Dyroff*, Reden, S. 172.

[30]) Vgl. *Deuerlein*, Gewerkschaftsstreit, S. 52. Bereits am 29. Dezember 1889 hatte *Windthorst* an Prof. Reuß (Trier) geschrieben: „Es ist mir ein peinliches Gefühl zu wissen, daß von einer gewissen Seite keine Gelegenheit ungenützt bleibt, die Zentrumsfraktion in Rom anzuschwärzen [. . .]." Vgl. *Wacker*, Zentrum und kirchliche Autorität (s. die folg. Anm.), S. 28; *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 32 ff.

[31]) Unter diesem Titel erschienen die anläßlich der Kundgebung gehaltenen Reden von *Wacker*, *Marx* und *Bell* im Druck (Essen 1914). Im gedr. Text hat Wacker seine Rede stark erweitert. Dazu vgl. *Schofer*, Erinnerungen an Wacker, S. 96 f. Dazu vgl. *Franz-Willing*, Bayerische Vatikangesandtschaft, S. 110 f.

[32]) Am 5. Juli 1914 beklagte sich *Fehrenbach* bei Hertling: „Rom scheint nicht zu ahnen, was es — auf Betreiben zweier Deutscher: Esser und Heiner — in Deutschland an Werten zerstört." Nachl. Hertling 38. P. Thomas Esser O.P. war Sekretär der Index-Kongregation. Über Professor Franz Heiner vgl. Anm. 25.

born inzwischen geschaffen hatte, und in der „Kölnischen Volkszeitung", deren Kurs vor allem Julius Bachem und Hermann Cardauns bestimmten.[33]) Die Unterstützung durch den M.Gladbacher Volksverein, die Einrichtung von Parteitagen des Rheinischen Zentrums (seit 1905), eine stärkere Entpolitisierung der Katholikenversammlungen, das Aufblühen der 1895 gegründeten Schulungsorganisation des Zentrums („Windthorstbunde"), die sich 1907 — wenn auch gegen erhebliche Widerstände — zur Aufgabe des konfessionellen Prinzips entschlossen hatte, der Fortfall der Satzungsbestimmung, wonach Pfarrer als „geborene" Mitglieder des lokalen Zentrumsvorstands galten: Alle diese Vorgänge unterstrichen das Bestreben, das Zentrum als ausschließlich politische Partei erscheinen zu lassen.

Der am 8. Februar 1914 als zentrale Spitze ins Leben gerufene Reichsparteiausschuß legte in diesem Sinne am Tage seiner Konstituierung ein Bekenntnis zum Geist der Parteigründer ab, wenn er sich für das Zusammenwirken von Katholiken und Nichtkatholiken innerhalb der Zentrumspartei aussprach, die erneut als „grundsätzlich politische Partei" deklariert wurde.[34]) Unter bewußtem Verzicht auf jede weitere Definition des Zentrums, die man vierzig Jahre lang nicht vermißt hatte, glaubte man den Prinzipienstreit mit der traditionellen Formel beendigen zu können: „Das Zentrum soll bleiben wie es war und ist." Nach einem nicht minder traditionellen Appell an die politische Einigkeit der einzeln angesprochenen Berufsstände schloß dieser Aufruf mit einer ungewöhnlich scharfen Zurechtweisung „grundloser Angriffe" auf die kirchliche Gesinnung altverdienter katholischer Mitglieder des Zentrums: „Die Träger dieser Verdächtigungen haben sich selbst außerhalb der Partei gestellt; sie sind als Feinde des Zentrums zu betrachten und zu behandeln."

Diese Kundgebung, der die im Augustinus-Verein zusammengeschlossenen Vertreter der Zentrumspresse „auf das lebhafteste" zustimmten[35]), knüpfte an eine inhaltlich entsprechende Erklärung der führenden Zentrumsgremien (Vorstände der beiden Berliner Fraktionen und des Landesausschusses der Preußischen Zentrumspartei) vom 28. November 1909 an: „Die Zentrumspartei ist grundsätzlich eine politische, nichtkonfessionelle Partei."[36]) Sie erregte für kurze Zeit noch einmal die Gemüter, bedeutete aber ein „erlösendes Wort" zur rechten Zeit[37]) und zog einen Schlußstrich unter den Zentrumsstreit. Er klang dann auch

[33]) Die publizistische Tätigkeit von Cardauns, den eine lebenslange Freundschaft mit Hertling verband, wäre einer Untersuchung wert. Das gleiche gilt, in verstärktem Maße, für Julius Bachem.

[34]) Vielfach abgedruckt, so bei *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 7, S. 433 f. Nach dieser Vorlage auch bei *Mommsen*, Parteiprogramme, S. 247 f., allerdings mit dem falschen Datum 8. Februar 1911.

[35]) Auf der Generalversammlung am 2. März 1914 in Berlin, in deren Verlauf *Porsch* erklärte: „Das katholische Volk ist des unkatholischen Kampfes der Quertreiber müde geworden." Vgl. Augustinus-Blatt 18, 1914, S. 15.

[36]) Vielfach abgedruckt, so bei *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 7, S. 236 f. Nach dieser Vorlage auch bei *Mommsen*, Parteiprogramme, S. 245 f.

[37]) So Fritz *Nienkemper* am 2. März 1914 (s. Anm. 35), S. 14.

bald ab. Das lag allerdings in erster Linie nicht an der „Überholung **und** Überwindung der Fragestellung“[38]), sondern am Tod von Kardinal Kopp (4. März 1914)[39]), am Ausbruch des Weltkriegs und am Tode Pius' X. (20. August 1914), der übrigens in seinen letzten Lebensmonaten die frühere kritische Haltung gegenüber der Zentrumspolitik revidiert hatte.[40]) Bereits am 25. September 1914 sah Hertling mit dem Pontifikat Benedikts XV. „ruhigere Zeiten“ für die deutschen Katholiken heraufziehen.[41])

Aber trotz aller Kundgebungen und Beschwichtigungsversuche war die Zentrumsproblematik nicht geklärt, sondern deren Diskussion nur abgebrochen und damit vertagt worden. Sie flackerte nach 1918 auf anderer Ebene und unter anderen Voraussetzungen erneut auf.[42]) Im Oktober 1919 wurden die Berliner Fachabteilungen den Christlichen Gewerkschaften angegliedert. Die letzten „Integralisten“ um C. M. Kaufmann zehrten in ihrer unbedeutenden Zeitschrift „Apologetische Rundschau“ (später „Der Fels“) noch fast zwei Jahrzehnte lang von diesem Streit, bevor sie 1933 ins nationalsozialistische Lager übergingen. Daß der Zentrumsstreit nicht gerade dazu beitrug, protestantische Wählermassen für die Partei zu gewinnen, ist verständlich. Der „Zentrumsturm“ blieb weiterhin das parlamentarische Symbol des politischen Selbstbehauptungswillens einer Mehrheit der deutschen Katholiken.

---

[38]) So *Roegele*, Integralismus (s. Anm. 13), Sp. 340.

[39]) Am 11. Februar 1914 äußerte Franz *Behrens*, evangel. Vorstandsmitglied der Christl. Gewerkschaften, gegenüber Unterstaatssekretär Wahnschaffe die Auffassung, daß es ohne Kardinal Kopp keinen Gewerkschaftsstreit gegeben hätte. Pol. Archiv, Päpstl. Stuhl 26, Bd. 3. Am 15. April 1914 hieß es in einem Schreiben von Carl *Bachem* an einen Jesuitenpater in Japan: „Sie glauben gar nicht, wie alles bei uns aufgeatmet hat, als Kardinal Kopp starb. Es war beinahe wie das Aufatmen beim Tode Bismarcks.“ Nachl. Bachem 981. — Der Verfasser beabsichtigt demnächst eine Edition des umfangreichen (kirchen-)politischen Briefwechsels von Kardinal Kopp vorlegen zu können, dessen Persönlichkeit und überragende Bedeutung als Vermittler zwischen der Reichsleitung und der Kurie über einen Zeitraum von dreißig Jahren hin noch kaum gewürdigt ist.

[40]) Am 7. Mai 1914 schrieb der Münchener Erzbischof Kardinal *Bettinger* an Hertling, er habe aus einer Audienz bei Pius X. den Eindruck gewonnen, daß nicht mehr die „geringste Befürchtung“ bestände, „daß der Sturmlauf der Integralen gegen Zentrum, Christliche Gewerkschaften und Volksverein“ zu einem Erfolge komme. Nachl. Hertling 38.

[41]) Schreiben an Cardauns; Nachl. Cardauns.

[42]) Die Formulierung von *Ritter* (Der Weg des politischen Katholizismus, bes. S. 146) und neuerdings von *Eschenburg* (Carl Sonnenschein, in: Die improvisierte Demokratie, S. 123), dem Gewerkschaftsstreit sei mit dem Ausbruch des Weltkriegs „tatsächlich und endgültig ein Ende“ gesetzt worden, trifft für die spezifische Form des Streits „Köln/M.Gladbach contra Berlin/Breslau/Trier“ zu, nicht jedoch für die dahinterliegende Problematik, die nach 1918 erneut eine Rolle spielte. Richtig *Grosche*, Der Weg aus dem Ghetto, S. 25: „Nach dem ersten Weltkrieg flackerte der Kampf [...] noch einmal auf.“ Auf einer Berliner Zentrumsversammlung am 17. November 1918 forderten verschiedene Redner, den Gewerkschaftsstreit sofort zu beenden. Vgl. *Germania* Nr. 544 vom 21. November 1918. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 in Berlin erklärte Joseph *Mausbach:* „Es war eine rechte Freude [...], als wir in diesem Herbst hörten, daß der langjährige Streit zwischen den Gewerkschaften beglichen [...] worden sei.“ Vgl. Offizieller Bericht, S. 119.

2. Möglichkeiten und Grenzen einer Volkspartei

„Die Zentrumsarbeit ist eine saure Arbeit; heute ist sie viel schwieriger als im Kulturkampf." Trimborn am 23. Oktober 1913.[1])

Der zeitweise leidenschaftlich geführte Integralismusstreit blieb nicht ohne politische Auswirkungen. Er erklärt zu einem erheblichen Teil die Niederlage, die das Zentrum bei der Reichstagswahl im Januar 1912 durch einen Rückgang seiner Mandate von 105 auf 91 (von 26,4 auf 22,9 v.H.) bei einem Rückgang des prozentualen Stimmenanteils von 19,3 auf 16,3 v.H. hinnehmen mußte.[2]) Der Ausgang dieser Wahl ließ in ganz anderem Maße als das Ergebnis der im gleichen Jahre erfolgten Wahl zum Preußischen Abgeordnetenhaus — bei der die Partei nur ein einziges Mandat einbüßte (1908: 104 Abgeordnete; 1912: 103, d. h. 22,2 v.H.)[3]) — erkennen, wie wenig es dem Zentrum bisher gelungen war, als „wahre Staatspartei" die „splendid isolation" (Julius Bachem)[4]) zu durchbrechen und die katholisch-partikulare Ausgangsposition hinter sich lassen zu können. Erneut zeigte sich die Grenze der politischen Machtsphäre einer Minderheitspartei, die Hertling einige Jahre zuvor klar erkannt hatte.[5])

Dieser Sachverhalt tritt noch eindeutiger zutage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Zentrum seine überragende Stellung im Reichstag seit 1874 in erster Linie der günstigen Wirkung des geltenden Wahlrechts und der bis 1918 konstanten Wahlkreiseinteilung verdankte. Auf diese Weise fiel der auf konfessionell-landschaftlicher Basis gewählten Partei regelmäßig ein volles Viertel an Reichstagsmandaten mehr zu, als es der prozentualen Stimmabgabe der Wählerschaft entsprochen hätte.[6]) Das war um so bemerkenswerter, als die Wahl-

[1]) Auf der Generalversammlung des Augustinus-Vereins. Vgl. *Augustinus-Blatt* 17, 1913, S. 69.

[2]) Nach einem Erlaß des Reichskanzlers *von Bethmann Hollweg* vom 16. Februar 1914 mußte der preuß. Gesandte beim Hl. Stuhl, v. Mühlberg, den Kardinalstaatssekretär erneut darauf hinweisen, „daß wir eine Zertrümmerung der Christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen zulassen können". Der Gesandte sollte hinzufügen, daß die „immer wiederkehrende Beunruhigung" der Christlichen Gewerkschaften bereits großen Schaden angerichtet habe: Genaue Kenner der Verhältnisse seien überzeugt, „daß ohne den Gewerkschaftsstreit die letzten Reichstagswahlen wesentlich anders ausgefallen sein würden". Pol. Archiv, Päpstl. Stuhl 26, Bd. 3.

[3]) Von den Abgeordneten der Reichstagsfraktion gehörten 29 gleichzeitig dem Preuß. Abgeordnetenhaus an (= 32,3 v. H.). 1907 war der Prozentsatz genau doppelt so hoch (65,5 v. H.) gewesen. Vgl. *Molt*, Reichstag, S. 47.

[4]) „Heraus aus dem Turm!" (s. das voraufgehende Kapitel, Anm. 19), S. 384, 386. Julius *Bachem* kommentierte den Ausgang der Wahl (in: Der Tag vom 17. Januar 1912) mit dem Satz: „Am 12. Januar ist unverkennbar eine Flutwelle des politischen Radikalismus über Deutschland hinweggegangen."

[5]) Vom deutschen Zentrum, S. 228. Am 28. April 1909 schrieb *Hertling* an den Zentrumswahlverein in Frankfurt a. M., die Partei sei „tatsächlich" die Vertretung des katholischen Volksteils in Deutschland. Nachl. Hertling 37.

[6]) Vgl. *Schauff*, Die deutschen Katholiken, passim. Nach der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 schrieb die *Germania* Nr. 35 vom 23. Januar 1919: „Hätten wir 1912 schon nach dem Verhältniswahlsystem gewählt, so würde das Zentrum nicht 90, sondern einige 70 Mandate erhalten haben."

beteiligung der Katholiken seit 1881 — also nach dem Abflauen des Kulturkampfs — regelmäßig unter dem Reichsdurchschnitt (1887—1898: um 3 v.H., 1903: um 6 v.H., 1907—1912: um 2 v.H.) lag, auch später noch in den Jahren der Weimarer Republik. Auf der anderen Seite führte die sprichwörtliche Treue des „Zentrumsvolks" dazu, daß von den insgesamt 104 Stammsitzen, also Wahlkreisen, in denen seit 1874 eine einzelne Partei ununterbrochen die Mehrheit erzielte, das Zentrum allein 73 behauptete.

Das geltende Wahlrecht bevorzugte die parlamentarische Vertretung von bäuerlich-ländlichen Bezirken gegenüber städtisch-industriellen Ballungsgebieten und schmälerte damit den politischen Einfluß der Großstadt- und Industriebevölkerung. (In den Großstädten betrug der Prozentsatz der Katholiken 28,6 v.H.). Auf diese Weise entsandten die bayerischen Zentrumswähler hauptsächlich auf Kosten der westdeutschen Industriegebiete durchschnittlich acht Abgeordnete mehr in die Reichstagsfraktion, als es dem prozentualen Stimmenanteil dieser Wählerschaft entsprochen hätte.[7]) Von den 1912 gewählten 91 Zentrumsabgeordneten kamen 51 aus Preußen, 29 aus Bayern, 6 aus Baden, 4 aus Württemberg und 1 aus Oldenburg. Für die Zukunft der Partei mußte es bedenklich stimmen und denjenigen Kritikern der „Kölner Richtung" recht geben, die vor der Illusion eines Zuzugs aus evangelischen Bevölkerungskreisen warnten, daß bereits seit dem Ende des Kulturkampfs die Zahl der wahlberechtigten (männlichen) Katholiken, die für die Zentrumspartei votierten, kontinuierlich abnahm.

1912 gaben nur noch 54,6 v.H. aller wählenden (nominellen) Katholiken dem Zentrum ihre Stimme (1907: 63,8 v.H.; höchster Stand 1881: 86,3 v.H.). Im Durchschnitt der drei letzten Vorkriegswahlen (1903—1912) entschieden sich in Bayern 60,3 v.H., in den übrigen Reichsgebieten 64,3 v.H. der wählenden Katholiken für die Zentrumspartei. Dabei wies Oldenburg — mit einer katholischen Einwohnerschaft von nur 22,7 v.H. — auch 1912 wieder den mit Abstand höchsten prozentualen Anteil von Zentrumsstimmen auf (98,2 v.H.), gefolgt von Aachen (86,2), Trier (83,5) und Münster (83,2); daran schlossen sich in größerem Abstand die Oberpfalz (78,6), Sigmaringen (76,5), Minden (72,6) und Köln (70,6). Einen Anteil von über 60 v.H. Zentrumsstimmen erreichten Koblenz, Unterfranken, Schwaben, Kassel, Niederbayern und Düsseldorf.[8])

Wieweit 1912 der Prozentsatz der Zentrum wählenden Katholiken (54,6 v.H.) unter dem des bekenntnistreuen katholischen (männlichen) Kirchenvolks lag, ist mit Sicherheit ebensowenig auszumachen wie die Zahl derjenigen Katholiken,

---

[7]) Vgl. *Schauff*, ebd., S. 27. Auf einer Tagung der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 23. Juni 1918 erklärte der Essener Arbeitersekretär *Kloft:* „Von Köln bis Hamm werden für die Zentrumspartei nahezu ebensoviel Stimmen abgegeben wie im rechtsrheinischen Teil des Königreichs Bayern. Infolge der Mandate überwiegt aber der bayerische Einfluß in den Fraktionen wie der süddeutsche überhaupt." Vgl. Bericht, S. 22.

[8]) Nach *Schauff*, Die deutschen Katholiken, S. 74 f., 92.

die nicht dem Zentrum ihre Stimme gaben.[9]) Die 1912 von dem Kölner Erzbischof Kardinal von Hartmann genannte Zahl von 800000 katholischen Arbeitern, die sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören sollten[10]), ist bereits 1914 als viel zu hoch gegriffen angefochten worden.[11]) Von den 1912 gewählten 397 Abgeordneten des Reichstags bezeichneten sich außer den Mitgliedern des Zentrums (mit einer Ausnahme: Richter-Pfalz) sowie den elsaß-lothringischen und polnischen Abgeordneten noch 15 Parlamentarier als katholisch. Davon gehörten jeweils 3 den Fraktionen der SPD und der Nationalliberalen sowie jeweils 2 den Konservativen, der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Bayerischen Bauernbund an. Ein einzelner katholischer Abgeordneter war fraktionslos, während ein vierter SPD-Abgeordneter sich „deutsch-katholisch" nannte und Graf Oppersdorff als einer der „Quertreiber" außerhalb der Zentrumsfraktion stand.

Da allein das Zentrum Anhänger und Wähler in allen sozialen Schichten des Volkes und auch in allen Teilen des Reiches umfaßte — was Erzberger dahin interpretierte, daß diese Partei den deutschen Reichsgedanken am klarsten spiegle[12]) —, erfüllte es im doppelten Wortsinn die Funktionen einer ausgleichenden Volkspartei, mit allen Vorzügen und allen Schwierigkeiten[13]): einmal im Rahmen des Parteiensystems innerhalb des deutschen Konstitutionalismus[14]) und zum andern innerhalb des eigenen Lagers, in dem es einen permanenten Ausgleich herstellen mußte.[15]) Jede einseitige Interessenvertretung bedeutete

[9]) Nach dem Ergebnis einer Analyse der Reichstagswahlen von 1907 durch *Klöcker* (Konfession, S. 93) befanden sich unter den SPD-Wählern 11,1 v.H. Katholiken. Für 1912 kommt *Eitner*, Die Stärke der Protestanten und Katholiken, der allerdings nur zwischen mehrheitlich „protestantischen" und mehrheitlich „katholischen" Wahlkreisen unterscheidet, zu folgendem Ergebnis (S. 692): In den 144 (von 397) „katholischen" Wahlkreisen wurden bei der Hauptwahl rd. 3,8 Mill. Stimmen abgegeben, davon für SPD-Kandidaten rd. 0,7 Mill. (18,1 v.H.).

[10]) Vgl. *Ritter*, Volksverein, S. 333.

[11]) Ein namentlich nicht genannter Autor kam auf Grund wahlstatistischer Analysen zu dem Ergebnis (in: Klarheit und Wahrheit 3, 1914, S. 20 f.), daß „kaum mehr als 300 000" Katholiken SPD gewählt hätten. Am 23. Oktober 1913 erklärte der spätere Zentrumsabgeordnete *Gerig* in der Generalversammlung des Augustinus-Vereins (s. Anm. 1, S. 70), daß mindestens 40 000 Katholiken dem Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband angehörten.

[12]) Vgl. Das deutsche Zentrum, S. 104.

[13]) F. *Naumann*, Die politischen Parteien, S. 39, verzeichnet folgenden „ganz sachgemäßen Ausdruck" eines Zentrumsabgeordneten: „Alle Schwierigkeiten, die das Deutsche Reich im großen hat, haben wir vorher im kleinen innerhalb unserer eigenen Partei."

[14]) Vgl. neuerdings *Molt*, Reichstag, S. 296: „Die deutschen Parteien wären vor 1918 vermutlich noch stärker von wirtschaftspolitischen Interessen abhängig geworden, hätten nicht die Katholiken eine quer durch alle Schichten und Interessen reichende Volkspartei erfolgreich aufbauen und erhalten können."

[15]) Diesen Sachverhalt umschrieb Carl *Bachem* 1911 im „Gedenkblatt" zum vierzigjährigen Bestehen der Zentrumsfraktion folgendermaßen (S. 12): „Gerade in dem arg zersplitterten Parteiwesen unseres Vaterlandes bedarf es einer starken Partei, welche darauf angewiesen ist, in sich schon auszugleichen, was in den Parlamenten nach Gestaltung ringt, eine Partei der Parität der Konfessionen, der gesetzgebenden Faktoren und der Stände, eine Partei der Vermittlung zwischen Reich und Einzelstaaten, eine Partei des gesunden Ausgleichs zwischen den

„Sprengpulver" für das Zentrum.[16]) Die Partei blieb gezwungen, eine Politik des Lavierens und der mittleren Linie zu verfolgen, die keine spektakulären Parlamentsanträge und Wahlversprechungen erlaubte und häufig genug als reiner politischer Opportunismus erscheinen mußte.

Innerhalb der breit gefächerten sozialen Basis der Zentrumswählerschaft überwog das mittelständisch-agrarische Element. Das erklärt sich nicht nur aus der schon erwähnten parlamentarischen Bevorzugung der ländlichen Gebiete infolge des Wahlrechts, sondern auch aus einer mangelnden Anpassung der Partei an die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft. So fehlten in der Fraktion fast vollständig Vertreter der Arbeiterschaft[17]), aber auch Vertreter industrieller Belange.[18]) Diese wußten allerdings trotzdem ihre Interessen besser zu vertreten als die Arbeiterschaft[19]), die seit der Jahrhundertwende vergeblich auf eine stärkere parlamentarische Vertretung drängte.[20]) Die in den 1890er Jahren aus industriellen Kreisen ergangene Anregung zum Zusammenschluß von Angehörigen des Zentrums aus Handel und Industrie führte im Winter 1913/14 im Rheinland und in Westfalen zur Gründung von eigenen „Handels- und Industriebeiräten", die allerdings erst nach dem Weltkrieg ihre Arbeit aufnahmen.[21]) Ihr Vorbild waren die gut organisierten Bauernvereine, insbesondere Westdeutschlands, die die ersten Interessenvertretungen innerhalb der Zentrumspartei bildeten und die schon früh mit Erfolg für die Aufstellung agrarisch interessierter Kandidaten sorgten.[22]) Weit stärker noch als die Fraktion des Reichstags wies die Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses

---

berechtigten Interessen von Staat und Kirche, von Monarchie und Volksvertretung, von Bürokratismus und Individualismus, von Kapital und Arbeit, zwischen den Gesichtspunkten eines rüstigen Fortschritts und eines berechtigten Festhaltens an geschichtlich Gewordenem, endlich eine Partei des Gleichgewichts zwischen den Bestrebungen der verschiedenen Stände und Berufszweige im deutschen Volke, alles dieses im Sinne einer regelnden Tätigkeit des Staates zum Wohle der Gesamtheit und innerhalb dessen zum Schutze der Schwachen."

[16]) So *Trimborn* auf der Generalversammlung des Augustinus-Vereins am 23. Oktober 1913. Vgl. *Augustinus-Blatt* 17, 1913, S. 68.

[17]) Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 20. Januar 1920 in Berlin führte der Berliner Arbeitersekretär *Treffert* aus: „Jahrzehntelang gab es im Reichstag nur einen Arbeitervertreter im Zentrum [. . .], und doch sind die Arbeiter dem Zentrum treu geblieben." Vgl. Offizieller Bericht, S. 63.

[18]) Am 23. Oktober 1913 (s. Anm. 16, S. 69) erklärte *Spahn:* „Wenn geklagt wird, daß zu wenig Industrielle im Reichstag säßen, so mögen die Industriellen ihr Gewissen erforschen, ob sie denn genügend geeignete Kandidaten gestellt haben."

[19]) Das gab *Spahn* (s. die vorige Anm.) unumwunden zu.

[20]) Am 6. November 1902 hielt die *Niederrhein. Volkszeitung* (Nr. 672) die Erweiterung der Wahlkomitees für notwendig. Die Arbeiter seien nicht damit zufrieden, „daß *für* sie etwas geschieht, sondern es soll *mit* ihnen geschehen".

[21]) S. unten S. 595 ff.

[22]) Dazu vgl. neuerdings Klaus *Müller*, Zentrumspartei und agrarische Bewegung im Rheinland 1882—1903, in: Spiegel der Geschichte, Festgabe für Max Braubach, hrsg. von Konrad *Repgen* und Stephan *Skalweit*. Münster 1964, S. 828 ff.

eine „sehr einseitige agrarische Zusammensetzung" auf[23]), die die ablehnende Haltung gegenüber der Reform des preußischen Wahlrechts im Weltkrieg verständlich macht.

In der Arbeiterschaft blieb die Zahl der Zentrumsanhänger dort am stärksten, wo die katholischen Arbeiter in dem gleichen Gebiet und in dem gleichen Beruf verblieben.[24]) In rheinisch-westfälischen Großstädten und Industriegebieten, in denen sich das Zentrum nur „mit äußerster Mühe"[25]) halten konnte, bestand ein Kausalzusammenhang zwischen der Stärke der Christlichen Gewerkschaften und der Stimmabgabe für das Zentrum. Konsequenzen aus der Tatsache, daß infolgedessen der deutsche Katholizismus zur Vertretung seiner politischen Belange auf das Bündnis mit den Christlichen Gewerkschaften angewiesen war, hat die Zentrumsführung vor 1918 jedoch nicht gezogen. Das Urteil von Molt (das zudem nicht belegt ist), wonach Klerus und katholisches Volk sowohl die Zahl der Mandate als auch die Zusammensetzung der Zentrumsfraktion des Reichstags vor 1912/18 als durchaus „befriedigend" angesehen hätten[26]), kann schon — ganz abgesehen von der verallgemeinernden Formulierung — deswegen nicht zutreffen, weil damit dieses Zentrumsvolk dem seit 1881 sichtbaren kontinuierlichen Rückgang der eigenen Mandate zugestimmt hätte. Eine derartige Resignation gegenüber der parlamentarischen Entmachtung der eigenen Repräsentanten ist um so unwahrscheinlicher, als sich die Mehrzahl der deutschen Katholiken der politischen Konsequenzen ihrer Minderheitssituation stets bewußt blieb.

Der starken sozialpolitischen Aktivität der Reichstagsfraktion des Zentrums, allerdings auf einer sozial-konservativen und teilweise patriarchalischen Grundhaltung[27]), fiel in zunehmendem Maße die Aufgabe zu, die katholische industrielle Arbeiterschaft vor einem Abgleiten in das sozialistische Lager zu bewahren bzw. für die eigene Partei zurückzugewinnen. Neben der Tätigkeit des Volksvereins, der die ökonomischen und sozialen Spannungen in der Zentrumswählerschaft neutralisierte und vor allem einer Abkehr der westdeutschen Arbeiterschaft von der Partei entgegenwirkte[28]), war es die traditionelle sozialpolitische Einstellung,

---

[23]) So Adam *Stegerwald*, Preußen und das Reich, in: Deutsche Arbeit 2, 1917, S. 293 f. Diese Zusammensetzung entspreche bereits „seit langem" nicht mehr der Zusammensetzung der Zentrumswählerschaft.

[24]) Vgl. *Decker*, Zentrumskrise, S. 421. Zu verallgemeinernd Wolfgang *Köllmann*, Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft 1850—1914, in: Vierteljahrschr. für Sozial- und Wirtschaftsgesch. 50, 1964, S. 497: Die kathol. Arbeiterschaft habe auch weiterhin in der Zentrumspartei ihren politischen Ort gefunden.

[25]) So Carl *Bachem* am 16. Januar 1912 an Bischof Bertram von Hildesheim. Nachl. Bachem 319.

[26]) Vgl. Reichstag, S. 340.

[27]) Nach dem Urteil von *Frank* (Die bürgerlichen Parteien, S. 44) wurde die soziale Gesinnung der Partei begrenzt durch ihre „agrarische Grundstimmung".

[28]) Vgl. *Nipperdey*, Organisation, S. 282.

die verhinderte, daß das Zentrum zu einer „Bourgeoispartei" (Hertling)[29]) oder zu einer einseitigen agrarischen Interessenvertretung zusammenschrumpfte. Allein eine konsequent durchgehaltene Politik des politischen Kompromisses auf einer mittleren Linie, die nicht spekulativ begründet zu werden brauchte[30]), konnte die divergierenden wirtschaftlichen und sozialen Interessen der heterogenen Fraktion und Wählerschaft, wie sie besonders deutlich bei der Annahme der Zollvorlage 1902 und der Reichsfinanzreform 1909 in Erscheinung getreten waren, auf einen Nenner bringen. An dem permanenten Gelingen dieses Ausgleichs hing die Existenz der Partei.

Dem Ziel dieses Ausgleichs diente auch die Taktik der Zentrumsabgeordneten, im Reichstag mit einer Fülle von Einzelgesetzen zugunsten jeden besonderen Berufes und Standes, insbesondere des Mittelstands, hervorzutreten[31]), um jeder Berufsgruppe in den Wahlkämpfen das Ergebnis solchen Einsatzes vorweisen zu können. Es blieb das Charakteristikum dieser Wahlaufrufe, daß sie jeweils die verschiedenen Berufsstände namentlich ansprachen. Dennoch beruhte weder auf der Ausgleichsideologie noch auch in dem Einsatz für einzelberufliche Interessen die Zugkraft der Zentrumspartei für ihre relativ konstante Wählerschaft. Der immer wiederholte Rückgriff auf den bestandenen Kulturkampf und die mit einem Appell an die konfessionelle Bindung der Anhänger verbundene Warnung vor neuen Kulturkämpfen[32]) bildeten die stärkste und gleichzeitig letzte Zuflucht, um die errungene Schlüsselstellung im Reichstag wahren und das eigene „Parlament im Parlament" zusammenhalten zu können.

Wie so oft bei einer Minderheitsgruppe führten auch beim Zentrum die von Zeit zu Zeit, insbesondere bei der regelmäßigen Erneuerung des Toleranzantrags, in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommenden antikatholischen und antikirchlichen Gefühle zu einem engeren Zusammenschluß, der interessenpolitisch bedingte Spannungen zurücktreten ließ. Umgekehrt bot die traditionelle imparitätische Personalpolitik den Zentrumspolitikern eine dauernde Angriffsfläche.[33]) Diese machten sich zum Vorkämpfer staatsbürgerlicher Rechte und demokratischer Gleichberechtigung.

[29]) Politische Parteibildung, S. 53.

[30]) Eine solche eigenwillige Interpretation findet sich z. B. bei G. *Raederscheidt*, Die geistigen Grundlagen der Zentrumspartei (in: Abendland 4, 1929, S. 102): „Dieses Prinzip der Mitte bedeutet für die Zentrumspartei die Annahme der in der Seinsordnung gegebenen Tatsachen und Spannungen, sie richtig zu erfassen und die Aufgabe, diese Spannungen auf einer höheren Ebene zu einem Ausgleich zu bringen, also in einer geistigen Mitte zu einigen, so daß schöpferisch etwas Neues, Wertvolles für die praktische Arbeit jeweilig sich ergibt."

[31]) Vgl. *Naumann*, Die politischen Parteien, S. 40 f.

[32]) 1911 schrieb Carl *Bachem* (s. Anm. 15, S. 12): „Die Kämpfe der Zukunft werden anscheinend nicht leichter sein wie diejenigen der Vergangenheit. Namentlich scheinen schwere kirchenpolitische Kämpfe nochmals bevorzustehen." Ähnlich 1914 *Brauweiler*, Zentrumsstreit, S. 89.

[33]) Dazu vgl. das Kapitel „Die Vertretung der Katholiken in den höheren und höchsten Beamtenstellen Preußens und des Reiches seit Beendigung des Kulturkampfes" bei *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 9, S. 65 ff.

In katholischen Gegenden und Familien, insbesondere bürgerlichen und agrarischen Zuschnitts, war es jahrzehntelang schwer denkbar, einen anderen als einen Zentrumskandidaten zu wählen.[34]) In der Parteiagitation kam es häufig genug vor, daß der Zentrumsstimmzettel geradezu als „Eintrittskarte zum Himmelreich" galt.[35]) Trimborn hat die herkömmliche Auffassung 1921 präzis mit dem Diktum umschrieben: „Schon durch die Taufgnade gehört jeder Katholik zum Zentrum."[36]) Die allgemeinen Katholikentage dienten zwar längst nicht mehr als „Herbstmanöver" oder „Herbstparaden" des Zentrums, wohl aber als Treffpunkte für die politischen und geistlichen Führer der deutschen Katholiken und als Plattform für die Reden von Zentrumspolitikern, die als katholische Laienführer auftraten. Daß sich die Partei über einen so langen Zeitraum auf eine breite und verhältnismäßig konstante Massenbasis stützen konnte, verdankte sie aber nicht nur dem gern zitierten „Zentrumsgeist", sondern auch der mannigfachen konkreten Hilfestellung im vorpolitischen Raum von seiten des Klerus („Kaplanokratie") und der zahlreichen kirchlichen Organisationen und Vereine. Hinzu kam die Unterstützung durch eine im Kulturkampf entstandene Presse — 1912 betrug die Gesamtauflage der 446 katholischen Zeitungen über 2,6 Mill. Exemplare[37]) — und insbesondere durch den formell selbständigen, aber durch Personalunion mit den führenden Zentrumspolitikern eng verbundenen „Volksverein für das katholische Deutschland" (Trimborn, Hitze, Gröber, Pieper, Marx und andere Abgeordnete gehörten dessen Vorstand an).

Dieser Verein betrieb im größten Teil des Reichsgebiets religiöse und sozialpolitische Massenschulung. Er arbeitete damit gleichzeitig als eine Art politischer Volkshochschule für die Zentrumswählerschaft. Sein Schwerpunkt lag im rheinisch-westfälischen Gebiet. In einigen Gegenden des Reiches (Trier und Schlesien sowie Bayern rechts des Rheins, Ostdeutschland) vermochte er hingegen nur schwer oder gar nicht Fuß zu fassen. Seinen politischen Ansichten (im Sinne der „Kölner Richtung") und seinen arbeiterfreundlichen sozial-

---

[34]) Vgl. *Wacker*, Zentrum und kirchliche Autorität, in: Gegen die Quertreiber, S. 14: „Wenn der treu katholische Mann bei uns in Deutschland am öffentlichen Leben sich beteiligt, so kann er nach Lage der Dinge nicht anders als zum Zentrum stehen, wenn er nicht in Gegensatz zu sich selbst kommen will." Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln begrüßte *Trimborn* den Kölner Oberbürgermeister Adenauer als Zentrumsmann „von Geburt an, durch die Tradition einer guten christlichen Familie". Vgl. Bericht, S. 8 f.

[35]) So *Frank*, Die bürgerlichen Parteien, S. 44. Beispiele aus der Zentrumspropaganda bei *Bertram*, Die Wahlen von 1912, S. 242 f.

[36]) Zitiert bei *Ritter*, Der Weg des politischen Katholizismus, S. 311. Friedrich *Muckermann* schrieb 1927 (Um die Einigkeit unter den deutschen Katholiken, in: Stimmen der Zeit 113, S. 321 f.): „Die Tatsache allein, daß man katholisch war und katholisch handelte, wurde auch schon zum Kennzeichen des politischen Standortes." Auf eine Frage des Verf. an Georg *Schreiber*, wann er in das Zentrum eingetreten sei, lautete die Antwort: In das Zentrum ist man nicht eingetreten, sondern hineingeboren.

[37]) Vgl. die Aufstellung im *Augustinus-Blatt* Nr. 4, April 1914, S. 22; *Löffler*, Geschichte der katholischen Presse, S. 78 f.

politischen Konzeptionen (A. Pieper, H. Brauns) erwuchs in dem Breslauer Fürstbischof Kardinal Kopp der einflußreichste Gegenspieler. Der Volksvereinspolitik gelang es, vorerst einen stärkeren Abzug von Arbeiterwählern, insbesondere des westdeutschen Industriegebiets, aus dem Zentrum zu verhindern.

3. Bedeutung und Zusammensetzung der Reichstagsfraktion

Infolge der „geistlichen" Hilfestellung sowie des Einsatzes von Sekretären der Christlichen Gewerkschaften und der Katholischen Arbeitervereine, mehr aber noch der Dienste des Volksvereins konnte die Zentrumspartei lange auf einen eigenen organisatorisch-bürokratischen Unterbau verzichten. Er entstand erst allmählich etwa seit der Jahrhundertwende auf regionaler Basis.[1]) Ein vor den Reichstagswahlen von 1907 aus Mitgliedern der letzten Zentrumsfraktion gebildetes Zentral- oder Aktionskomitee, das Direktiven für die Stichwahl ausgab, beschloß im Sommer 1907, auf breiterer Grundlage (Zuziehung von Vertretern der Zentrumspresse usw.) ein Zentralkomitee für die Gesamtpartei zu bilden. Dessen erste Aufgabe sollte es sein, einen Reichsparteitag einzuberufen, der dann alljährlich stattfinden sollte.[2]) Der Initiative dieses Gremiums (Spahn, Schädler, Gröber, Fehrenbach, Porsch, Trimborn, Herold, Fritzen) entstammte der Reichsparteiausschuß, der sich allerdings erst 1914 offiziell konstituierte. Bereits drei Jahre zuvor (November 1911) hatte er jedoch die von Gröber entworfene Satzung der Deutschen Zentrumspartei vorläufig angenommen.[3])

Der als Folge des Integralismusstreits zunehmende Rückgang des kirchlichen Einsatzes für die Partei mußte durch eine eigenständige, demokratisch gewählte und aufgebaute Organisation aufgewogen werden, um die bei der zunehmenden Politisierung der Wählerschaft notwendige Integration der „divergierenden Interessen"[4]) leisten zu können. 1911 wurde in Düsseldorf von August Hommerich, dem späteren Chefredakteur der „Germania", unter aufmunterndem Zuspruch Trimborns („Fangen Sie ruhig einmal an!") der erste Frauenverein des Zentrums gegründet, der bald über 1000 Mitglieder zählte.[5]) Im Zuge dieser Entwicklung des Zentrums wuchsen auch Zahl und Bedeutung programmatischer

---

[1]) Dazu vgl. *Nipperdey*, Organisation, S. 265 ff.; *Molt*, Reichstag, S. 265 ff. Aus dem Herbst 1902 datieren die ersten gedruckten „Grundsätze für die Parteiorganisation" des Rheinischen Zentrums, die auf Trimborn zurückgingen. Nachl. Bachem 190.

[2]) Protokoll einer Konferenz von Zentrumsparlamentariern und Zentrumsjournalisten am 22./23. Juli 1907 in M.Gladbach. Nachlaß Hertling 36.

[3]) Vgl. Vierzig Jahre Zentrum, S. 45 ff.; *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 7, S. 430 ff.

[4]) Vgl. *Nipperdey*, Organisation, S. 268. *Molt*, Reichstag, S. 267, spricht von der „konservativen, aber dabei doch integrationsfördernden Parteistruktur".

[5]) Vgl. *Hommerich*, Das Wahlrecht der Zukunft, in: *Germania* Nr. 549 vom 24. November 1918.

Kundgebungen, die es allerdings auch in Zukunft strikt vermieden, die Partei auf eine politische Linie festzulegen.[6])

Auf diese Weise blieb die für eine derart heterogen zusammengesetzte Fraktion erforderliche Handlungsfreiheit gewahrt[7]), was sich wiederum förderlich für die Geschlossenheit des Zentrums auswirkte. Der gleichsam als Ersatz eines all-

Legislaturperiode	XI.	XII.	XIII.
Wahljahr	1903	1907	1912
Fraktionsstärke a)	100	105	91
v.H. der Gesamtmandate	25,2.	26,5.	22,9.
Adlige [Groß-]Grundbesitzer[8])	[4]	[3]	[5]
Bürgerliche [Groß-]Grundbesitzer	3	3	2
Landwirte und Pächter	14	8	6
Bürgerliche Beamte und Pensionäre (außer Lehr- und wissenschaftlichen Berufen)	21	22	18b)
Freie Berufe	10	9	6c)
Lehrer und Gelehrte	3	5	7d)
Geistliche und kirchliche Angestellte	20	17	13
Publizistische Berufe	4	2	2
Vertreter des gewerblichen Großbürgertums	2	1	1
Vertreter industrieller Interessen	8	8	8e)
Angehörige des gewerblichen Bürgertums	4	5	8
Angehörige kleinbürgerlicher Berufe	5	8	6f)
Parteifunktionäre	2	2	2g)
Gewerkschaftsfunktionäre	1	5	5
Arbeiter und Angestellte	1	—	—

a) Geringfügige Verschiebungen bei der Summierung der einzelnen Spalten gegenüber der Gesamtzahl der Abgeordneten erklären sich durch Fraktionswechsel, Hospitantenverhältnis usw.
b) Davon allein 14 Richter.
c) Ausschließlich Rechtsanwälte.
d) In der Mehrzahl Gymnasiallehrer.
e) In der Mehrzahl mittlere und kleinere Unternehmer.
f) In der Mehrzahl selbständige Handwerker.
g) Ausschließlich Redakteure.

[6]) Diesen Sachverhalt hat Julius *Bachem* (in: Staatslexikon 3^4, 1911, Sp. 1596) folgendermaßen umschrieben: „Ein ins einzelne gehendes Programm hat die Zentrumspartei nicht aufgestellt, sie trägt unter Hochhaltung ihrer allgemeinen Programmsätze veränderten Verhältnissen Rechnung. [...] Der Grundzug ihres Wesens ist Schutz und Förderung jedes berechtigten Interesses auf was immer für einem Gebiet des öffentlichen Lebens. Dadurch charakterisiert sie sich als eine Volks- und Staatspartei. Politische Fragen, bei denen die Weltanschauung in Betracht kommt, sucht sie vom Standpunkt des Christentums zu lösen."

[7]) Wenn *Nipperdey*, Organisation, S. 284, feststellt, die Politik der Reichstagsfraktion als ausschlaggebender Minorität sei „im wesentlichen Taktik" gewesen, so war diese Taktik allerdings nichts anderes als überaus erfolgreiche „Politik".

[8]) Für diese Gruppe findet sich bei *Molt* kein eigenes Schaubild. An zwei Stellen (S. 92, 95) wird die Gesamtzahl der adligen Großgrundbesitzer in den Zentrumsfraktionen der Legislaturperioden von 1893—1912 mit 19 angegeben. Die in unserer Tabelle in eckigen Klammern angegebenen Zahlen für diese Spalte finden sich bei *Kremer*, Der soziale Aufbau, S. 28, unter der Rubrik „Rittergutsbesitzer".

gemeinen Programms vor Parlamentsneuwahlen erlassene Aufruf an die Öffentlichkeit schloß stets mit der traditionell-unverbindlichen Kampfparole „Für Wahrheit, Recht und Freiheit!" Er war jeweils von sämtlichen Vorstandsmitgliedern der letzten Fraktion unterschrieben.

Entsprechend der sehr heterogenen Sozialstruktur der Wählerschaft fanden sich in der Zentrumsfraktion des Reichstags die „verschiedensten Elemente"[9]) zusammen. Ein Überblick über die soziale Zusammensetzung der Zentrumsfraktion nach der (hauptberuflichen) Erwerbsstellung der Abgeordneten in den letzten drei Legislaturperioden des Kaiserreichs ergibt sich aus der auf Seite 50 abgedruckten Tabelle.[10])

Da der Fraktion kein hoher Reichs- und Staatsbeamter a. D. und nur wenige Arbeitervertreter angehörten, lag das Schwergewicht bei hauptberuflichen Juristen, gefolgt von Geistlichen und Agrariern. Das kam in der Zusammensetzung des Fraktionsvorstands deutlich zum Ausdruck (Vorsitzender: Oberlandesgerichtspräsident Spahn; stellvertretende Vorsitzende: Domdechant Schädler und Landgerichtsdirektor Gröber). Er bestand seit 1912 neben den genannten drei Vorsitzenden — von denen übrigens keiner seinen Wohnsitz in Westdeutschland oder Berlin hatte — aus folgenden Abgeordneten: Erzberger (Schriftsteller), Fehrenbach (Rechtsanwalt), Giesberts (Arbeitersekretär), Glowatzki (Pfarrer), Herold (Gutsbesitzer), Hitze (Universitätsprofessor), Horn (Fürstbischöflicher Stiftsrat), Jaeger (Verleger), Müller-Fulda (Fabrikbesitzer), Speck (Oberregierungsrat) und Trimborn (Rechtsanwalt). Von ihnen waren Schädler, Glowatzki und Hitze Geistliche. Bei der Wahl von Vertretern aus den verschiedenen Reichsgebieten fällt auf, daß Westdeutschland nur relativ schwach vertreten war (Herold, Trimborn, Hitze, Giesberts). Nach dem Ausscheiden Hertlings (Februar 1912) gehörte von den 9 Adligen in der Fraktion (1907: 12) — deren Politik bis in die 1890er Jahre hinein stark von Politikern vorwiegend aristokratisch-konservativer Herkunft geprägt worden war — kein einziger mehr dem Fraktionsvorstand an. Dessen linken Flügel bildeten Erzberger und Giesberts, in deren Wahl die äußere Anerkennung der Christlichen Gewerkschaften Ausdruck fand.[11])

[9]) So *Hertling*, Politische Parteibildung, S. 52.

[10]) Bei der nebenstehenden Übersicht handelt es sich um einen für die Zentrumsfraktion zusammengestellten Auszug aus verschiedenen Schaubildern, die sich bei *Molt*, Reichstag, zwischen S. 111 und S. 243 finden. Da Molt jeweils die Abgeordneten aller Reichstagsfraktionen der Zeit von 1893—1912 — und diese immer nur zusammengefaßt und nicht nach den einzelnen Legislaturperioden aufgegliedert — berücksichtigt, hat er auf eine namentliche Zuordnung der Parlamentarier zu den einzelnen Berufsgruppen verzichtet. Infolgedessen ist es kaum möglich, seine Angaben im einzelnen nachzuprüfen, was sich für unseren Zusammenhang auch nicht als notwendig erweist. Eine wesentlich andere und in 41 Positionen weitaus stärker aufgefächerte berufliche Gruppierung der Zentrumsabgeordneten von 1871—1912 findet sich in der Arbeit (1934) von *Kremer*, Aufbau, S. 28. Bereits vorher (1927) hatte *Kamm*, Abgeordnetenberufe, S. 12 ff. — wiederum nach anderen Gesichtspunkten — eine „Berufstabelle" für die Zeit von 1912—1924 zusammengestellt. Vgl. schließlich noch die neuere tabellarische Aufgliederung der Zentrumsabgeordenten (1903 und 1912) bei *Bertram*, Die Wahlen von 1912, S. 199, 203.

[11]) Vgl. *Molt*, Reichstag, S. 247.

Die Partei wurde ausschließlich von Parlamentariern nach Honoratiorenart geführt. Sie besaß keinen gewählten oder gar hauptamtlich tätigen Vorsitzenden, keine reichseinheitliche Organisation und keinen zentralen bürokratischen Apparat. Die Geschäftsführung des 1914 gegründeten Reichsparteiausschusses lag beim Berliner Sekretariat des Landesausschusses der Preußischen Zentrumspartei. Unter diesen Umständen mußte zwangsläufig der politische Einfluß derjenigen Abgeordneten dominieren, die in Berlin wohnten und sich als Berufsparlamentarier betätigen konnten. Das traf in erster Linie für Erzberger zu. Er bildete infolge einer ungewöhnlichen parlamentarischen Karriere durch Fleiß, Kenntnis und Betriebsamkeit, durch umfassende publizistische Tätigkeit, durch seinen überragenden Einfluß im Haushaltsausschuß des Reichstags sowie durch seine Stellung als Referent für den Militäretat längst eine Art eigener Fraktion.[12]) Es ist symptomatisch, daß gleichzeitig mit seiner Wahl in den Parteivorstand 1912 Hertling aus dem Parlament ausschied, der ein stärkeres Gegengewicht gegen Erzberger gebildet hatte als andere führende Fraktionsmitglieder.[13]) Seitdem gab es für den württembergischen Parlamentarier, der von seinem Landsmann Gröber protegiert wurde, nur noch einen einzigen ernstzunehmenden Gegenspieler im Vorstand: P. Spahn. Das politische Ringen zwischen diesen beiden Exponenten des Zentrums[14]) bestimmte in den nächsten Jahren den Kurs der Fraktion.

---

[12]) In einem Schreiben *Bassermanns* vom 19. März 1914 an Bülow hieß es, Erzberger sei, seitdem Hertling, Schädler und Fritzen ausgeschieden, Spahn einflußlos geworden und Gröber seinen schwäbischen Schild nicht mehr über den Landsmann halte, „Beherrscher der Lage". Bundesarchiv Nachl. Bülow 107. Dazu vgl. die spätere Äußerung (1927) von Martin *Spahn:* „Mein Vater fühlte sich stets vom Reichskolonialamt, vom Reichsmarineamt und vom Preußischen Kriegsministerium [die direkt mit Erzberger verhandelten] am meisten in der Führung seiner Fraktion gehemmt." WUA 7/II, S. 237.

[13]) Am 20. Dezember 1906 hatte *Hertling* gegenüber Graf Droste (Darfeld/Westfalen) die Wiederannahme einer Reichstagskandidatur mit dem Hinweis begründet, es sei wünschenswert, „daß Leute meiner Gesinnung und Denkweise in der Fraktion bleiben" und die Richtung Erzberger nicht allein den Ton angebe. Nachl. Hertling 35. Am 12. Oktober 1928 teilte *Müller-Fulda* Carl Bachem mit, Hertling habe ihm 1909 gesagt: Man möge von Erzberger denken, was man wolle, er werde doch einmal der Führer der Fraktion werden. Nachl. Bachem 890. Am 21. Februar 1912, unmittelbar nach seinem Ausscheiden aus der Fraktion, schrieb *Hertling* an Cardauns: „Ich hatte ein sehr gutes Verhältnis mit Erzberger, und die Klagen, die früher über sein unerträgliches Wesen erhoben wurden, fingen an zu verstummen; seine geradezu unschätzbare Kraft wurde mehr und mehr anerkannt." Nachl. Cardauns.

[14]) Im Zusammenhang der heftigen Diskussion über den Eintritt von Martin Spahn in die Zentrumsfraktion (Nov. 1910) — die die Fraktion zu sprengen drohte — schrieb der Berliner Korrespondent der KV, *Eisele*, seiner Redaktion am 23. November 1910: „Ist P. Spahn weg [worauf die Erzberger-Gruppe hinarbeite], dann ist der letzte starke Damm gegen Erzberger gefallen und der Parteivorstand eine Schachfigur Erzbergers, da Gröber sein Kind Erzberger nie ganz verleugnen wird." Nachl. Bachem 298.

Zweites Kapitel

Wandlungen im Weltkrieg

1. Im Zeichen des alten Kurses

Daß die deutschen Katholiken zu den „tragfähigsten Pfeilern" des Reiches gehörten[1]), erwies sich im Verlauf des Krieges. Zu dessen Beginn hatte das Zentrum längst seinen „einträglichen Frieden" mit Reich und Staat gemacht[2]), ohne indes eine „positiv akzentuierte Distanz"[3]) gegenüber dem protestantisch geprägten Wilhelminischen Deutschland ganz aufzugeben. Trotz aller inzwischen erkämpften Errungenschaften, deren Fortbestand allein mit der weiteren Existenz des Zentrums als gesichert galt, verblieben für die Partei noch genügend politische und soziale Forderungen: nach Annahme des „Toleranzantrags", nach völliger Aufhebung des Jesuitengesetzes, nach paritätischer Berücksichtigung der katholischen Staatsbürger bei Besetzung der Staatsämter, nach Weiterführung sozialpolitischer Reformen, nach einer Reform des Koalitionsrechts durch Änderung des Vereinsgesetzes.

Mit dem Ausbruch des Krieges traten alle politisch begründeten und gefühlsmäßig bedingten Vorbehalte gegenüber dem Hohenzollernreich und Preußen in den Hintergrund. Von der nationalen Erhebung und rauschhaften Begeisterung der Augusttage von 1914 wurden auch „trotz noch bestehender Ausnahmegesetze"[4]) die deutschen Katholiken mitgerissen. Ihr nationaler Aufbruch unter dem Zeichen des Kaiserworts „Ich kenne keine Parteien mehr" sollte endgültig die früheren Beschimpfungen der Zentrumsanhänger als „Reichsfeinde" und ultramontane Befehlsempfänger tilgen.[5]) Daß sich das Reich in einem gerechten,

[1]) Vgl. Hermann *Platz*, Der französische und der deutsche Kulturkampf in ihren Ursachen und Folgen, in: *Pfeilschifter*, Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg, S. 314.

[2]) So Werner *Conze*, Die deutschen Parteien, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 14. 1910 sprach F. *Naumann* (Die politischen Parteien, S. 75) von einer „gewissen vorsichtigen Zufriedenheit" des Zentrums mit dem gegenwärtig erreichten Zustande.

[3]) Vgl. *Eschenburg*, Die europäischen Demokratien, in: Die improvisierte Demokratie, S. 81.

[4]) So Arnold *Rademacher*, Katholizismus und modernes Leben, in: *Thimme*, Vom inneren Frieden, S. 104.

[5]) Nach *Lutz*, Demokratie, S. 21, erhofften die deutschen Katholiken von den Blutopfern des Krieges ihre „endgültige nationale Rehabilitierung". Für diesen Zusammenhang vgl. ferner Aloys *Schulte*, Die Konfessionen im neuen Deutschland, in: Süddeutsche Monatsh., Okt. 1914, S. 51 ff., sowie die zahlreichen Stimmen (A. Rademacher, P. Lippert, J. Mausbach, A. Stegerwald, J. Bachem) bei *Thimme*, Vom inneren Frieden (1916). Vgl. das spätere, aus aktuellem Anlaß formulierte Urteil von Ferdinand *Muralt*, Politischer Katholizismus und politische Kultur in Deutschland (in: Hochland 30/II, 1933, S. 241): „Niemand wagte und wagt auch im gegnerischen Lager an der tadellosen vaterländischen Pflichterfüllung des deutschen Katholikentums zu zweifeln."

weil ausschließlichem Verteidigungskrieg befand, wurde im katholischen Deutschland nirgendwo in Frage gestellt. Mit Stolz sah man sich als Zeuge einer „großen, aber auch sehr ernsten Zeit".[6]) Die technische Perfektion, mit der sich die Mobilmachung vollzog, verleitete Erzberger zu dem naiv-überheblichen Satz: „So etwas macht uns einfach niemand nach."[7])

Im Schatten des politischen und konfessionellen Burgfriedens betätigte sich die Zentrumspartei als zuverlässige Stütze der Reichsleitung. Deren Parole von der Notwendigkeit einer innenpolitischen Neuorientierung — ebenso eine Folge nüchterner Einsicht in die „veraltete und morsche Staatsmaschine"[8]) wie der Honorierung der „vaterländischen" Haltung der breiten Volksmassen, nicht minder natürlich auch ein anspornendes Zukunftsziel — fand im Zentrum uneingeschränkt positiven Widerhall. Damit verband sich eine allgemeine Hoffnung auf „innenpolitische Positionsgewinne".[9])

Vom August 1914 an verknüpfte sich der Kurs dieser Partei in elementarer Weise mit der politischen Aktivität und Impulsivität, aber auch der Sprunghaftigkeit und Wendigkeit eines einzelnen Politikers: Matthias Erzberger.[10]) Seit seinem Eintritt in den Reichstag (1903) war er das enfant terrible der Zentrumsfraktion. In seinem politischen Aufstieg spiegelte sich das Vordringen des sozial-fortschrittlichen Zentrumsflügels und das Schwinden des Einflusses der aristokratischen wie der juristisch vorgebildeten Führergeneration innerhalb der Gesamtpartei. Seit dem Kriegsausbruch verstand es Erzberger, sich durch Art und Umfang seiner Auslandspropaganda für das Reich gleichermaßen beim Reichskanzler wie beim Auswärtigen Amt unentbehrlich zu machen. In den nächsten Jahren blieb er die stärkste parlamentarische Potenz des Reichstags und bis Anfang Juli 1917 eine sichere Stütze der Politik Bethmann Hollwegs[11]) und der Obersten Heeresleitung. Auf Grund seines tatsächlichen und vermeintlichen Wissens um den wirklichen Stand der militärischen Lage und der Kräfteverhältnisse auf beiden Seiten, der Regierungspläne und Friedensmöglichkeiten, auf Grund seiner Kenntnisse aus internationalen Fühlungnahmen im Auf-

[6]) So Julius *Bachem* am 11. September 1914 an Eßer. Nachl. Eßer. Vgl. Heinrich *Schrörs*, Die Kirche im Weltkriege (in: Kraft aus der Höhe. Ein Heimatgruß ehemaliger und jetziger Universitäts-Professoren an ihre Kommilitonen im Felde, hrsg. von Heinrich *Finke*. Kempten, München 1915, S. 72): „Kommende Geschlechter werden uns beneiden, daß wir diese gewaltige Zeit erleben durften."

[7]) Europa gegen Deutschland, in: Allg. Rundschau Nr. 34 vom 22. August 1914, S. 594.

[8]) Vgl. Franz *Röhr*, Gedanken zur politischen Neuorientierung, in: Deutsche Arbeit 2, 1917, S. 485.

[9]) Vgl. *Lutz*, Demokratie, S. 43.

[10]) Dazu vgl. *Epstein* (Erzberger, S. 116 ff.), dem allerdings bei der Abfassung seiner Biographie zahlreiche Erzberger-Briefe, Berichte und Denkschriften (z. B. an das Auswärtige Amt, an Bülow, Hertling, Harden, Oberst Bauer u. a.) sowie die Erzberger-Akten im Deutschen Zentralarchiv Potsdam nicht zugänglich waren.

[11]) *Erzberger* teilte am 28. September 1916 Hertling mit, daß sich der Reichsparteiausschuß in Frankfurt a. M. darauf geeinigt habe, während der Dauer des Krieges auf keinen Kanzlerwechsel hinzuarbeiten. BGStA München, Pol. Archiv VII/41.

trage der Reichsleitung entwickelte sich Erzberger zum Motor der Zentrumspolitik.

Infolge der fortdauernden Protektion durch Gröber, der Abwesenheit von Trimborn (der bis 1917 in Brüssel bei der deutschen Zivilverwaltung in Belgien tätig war), der Passivität und des Starrsinns von Peter Spahn[12]), der zeitweiligen Rückendeckung durch Parlamentarier wie Fehrenbach, Müller-Fulda und Giesberts und infolge seines vorerst sehr engen Kontakts mit Hertling beherrschte Erzberger vollständig die Reichstagsfraktion. Deren Mitglieder überraschte und überfuhr er immer aufs neue mit unkontrollierbaren politischen und militärischen Situationsanalysen, aus denen er jeweils sofort konkrete Aktionen ableitete. Seinen Einsatz für ausgreifende Kriegszielforderungen verband Erzberger mit hektischen, aber erfolglosen Einwirkungen auf neutrale Staaten und Einzelpersönlichkeiten einschließlich des Papstes — dem er regelmäßig Berichte über die politische Lage in Deutschland und bei den Mittelmächten zuleitete — zugunsten des Reiches.

Den überragenden Einfluß dieses Politikers vermochten seine Gegenspieler in der Fraktion um Spahn und Herold und den kleinen Kreis der adligen Abgeordneten (mit Ausnahme des Freiherrn von Rechenberg) in keiner Phase des Krieges völlig zu neutralisieren[13]), geschweige denn auszuschalten. Der offene und verdeckte Kampf um die Politik und Person Erzbergers machte deutlich, wie sehr der Zentrumspartei ein überragender und allgemein respektierter Vorsitzender fehlte. Von den geistlichen Abgeordneten in der Fraktion trat keiner nach außen hervor. Es gab kein Regulativ gegen einen „Aktivisten" wie Erzberger, der mit Vorliebe auf dem Gebiet der Außenpolitik agierte und dabei außer mit politisch-diplomatischen auch mit militärtechnischen Argumentationen aufwartete, deren Unterlagen den übrigen Abgeordneten unzugänglich blieben.

Nicht zuletzt war es Erzbergers Wirken zu verdanken, daß der schon für 1916 vorgesehene Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges noch um ein volles Jahr hinausgeschoben werden konnte. Über diese Frage, in der selbst Gröber gegen Erzberger stand, trat am frühesten die Uneinigkeit in der Zentrumsfraktion zutage. Eine drohende Fraktionsspaltung im Herbst 1916, bei der auch grundsätzliche innerparteiliche Gegensätze eine Rolle spielten (so über Ziel und Tempo der Parlamentarisierung sowie über eine weitergehende Sozialpolitik: Regelung der Arbeitslosenfürsorge, Erfassung der Kriegsgewinne), konnte durch eine

---

[12]) In einer Aufzeichnung Carl *Bachems* vom 9. April 1915 heißt es, er habe am Vortage zwischen Spahn und Erzberger zu vermitteln gesucht: „Aber Spahn wollte nicht. Nun gab ich's auf. Mag das Schicksal seinen Weg gehen. Es wird zum Schaden Spahns sein." Nachl. Bachem 934.

[13]) Inwieweit P. Spahn, nach dem Zeugnis seines Sohnes, versucht hat, über Helfferich auf den Reichskanzler gegen Erzberger einzuwirken, läßt sich nicht feststellen. Aufschlußreich ist der spätere Hinweis (1927) von Martin *Spahn*, daß die „alte Generation" der Zentrumsführer bis 1917 nicht damit gerechnet hat, daß von Erzbergers Sprunghaftigkeit ein „wirklicher Umschwung" im Reichstag herbeigeführt werden könnte. Vgl. WUA 7/II, S. 234.

Kompromiß-Resolution vom 7. Oktober 1916 noch einmal verhindert werden.[14]) Der Burgfrieden blieb gestört, wenngleich der eingefahrene annexionistische Kurs der Zentrumsfraktion[15]) — den Erzberger bis zum Sommer 1917 anführte und der insbesondere auch von den bayerischen Abgeordneten unterstützt wurde, die im Sinne Hertlings (aber gegen Gröber)[16]) eine Angliederung des Elsaß an Bayern erstrebten[17]) — unter ermunternder Zustimmung insbesondere der „Kölnischen Volkszeitung" weitergesteuert wurde.

Dieses führende westdeutsche Zentrumsblatt mit einer eigenen auflagestarken Kriegsausgabe für die Truppe ließ sich in seinen utopischen Kriegszielforderungen und seinem blinden Hurra-Patriotismus vom Kriegsausbruch an bis zum September 1918 kaum von einer anderen Zeitung übertreffen.[18]) Die von der Redaktion befolgte „Treibertaktik" lief darauf hinaus, Bethmann Hollweg immer wieder auf annexionistische Maximalforderungen festzulegen und ihn „zu treiben, daß er nicht mehr weiter zurückweicht."[19]) Die Kölner Redaktion unter der maßgeblichen Leitung der beiden Brüder Franz Xaver und Carl

---

[14]) Dazu vgl. die bemerkenswert unergiebige Kölner Diss. von Willy *Bongard*, Die Zentrumsresolution vom 7. Oktober 1916. Köln 1937. — Am 8. Oktober 1916 informierte *Erzberger* den Grafen Hertling über das Zustandekommen der Resolution (s. Anm. 11).

[15]) Vgl. die Erklärung *Spahns* am 9. Dezember 1915 im Reichstag. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 437. Dazu *Wacker*, Zentrumspartei, passim. In einer Entschließung des Reichsparteiausschusses vom 25. Oktober 1915 hieß es: „Die furchtbaren Opfer [...] rufen nach einem verstärkten Schutze unseres Landes im Osten und Westen sowohl durch Gebietserwerbungen [...] als auch durch Schaffung ausreichender Bürgschaften, welche die volkswirtschaftliche Versorgung [...] dauernd gewährleisten." Am 28. Oktober 1915 übersandte *Gröber* eine Abschrift dieser Resolution an Bachem mit dem Hinweis, daß die Zensurbehörde die Veröffentlichung untersagt habe. Nachl. Bachem 65.

[16]) Das ergibt sich aus einem Schreiben *Erzbergers* vom 13. September 1915 an Hertling. BGStA München, Pol. Archiv VII/41.

[17]) Über eine Sitzung des Reichsparteiausschusses am 8. April 1915 in München heißt es in einer Aufzeichnung *Bachems:* „Die Sitzung war veranlaßt durch die Bayern. Es ergab sich, daß die elsaß-lothringische Frage ihnen die Hauptsache war." Nachl. Bachem 934. Am 8. und 9. März 1916 trat die *KV* Nr. 199 und 200 (auf Initiative von Erzberger und im Einverständnis mit Hertling) für die Angliederung des Elsaß an Bayern ein, die auch von Fehrenbach unterstützt wurde. Vgl. Karl-Heinz *Janßen*, Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18. Göttingen 1963, S. 92, 195, 324. Am 19. September 1916 forderte die Zentrumsfraktion des Bayer. Landtags (auf Initiative Erzbergers) die Regierung zu energischen Schritten auf, um die Angliederung des Elsaß „in einem für Bayern günstigen Sinne herbeizuführen". Ebd., S. 117, 258. Dazu vgl. *Held*, Heinrich Held, S. 27 f.

[18]) Vgl. im einzelnen *Heinen*, Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion, der einleuchtend die unterschiedliche Haltung der KV und der Germania herausarbeitet. In der Festschrift „Hundertfünfundzwanzig Jahre J. P. Bachem Köln" (1943) heißt es (ohne Pag.): „Von der Kriegsausgabe der KV sagte Ludendorff im Jahre 1917, daß sie ihm ‚eine kriegsstarke Division' wert sei."

[19]) So Carl *Bachem* am 24. August 1916 an den Berliner Korrespondenten der KV, Eisele. Nachl. Bachem 937. Dazu *Heinen*, Zentrumspresse, S. 33. Am 9. Juni 1917 schrieb *Bachem* an Eisele: „Wir vermeiden es, Bethmann [...] anzugreifen, drängen ihn aber weiter zu kraftvoller Haltung, suchen die allgemeine Stimmung in unserem Sinne zu heben und warten das übrige einstweilen ruhig ab. Das ist auch schon nötig im Interesse der Zentrumspartei. Wenn wir in Ihrer Art vorgehen wollten, würde es ganz unmöglich sein, sie noch zusammenzuhalten." Nachl. Bachem 940.

Bachem — ihr Vetter Julius Bachem war 1915 wegen der vom Verlag gesteuerten politischen Linie des Blattes aus der Redaktion ausgeschieden — hielt einen Rekord an forsch-„nationaler" und „vaterländischer" Haltung. Auf diese Weise glaubte man dazu beitragen zu können, die Vorurteile gegen die deutschen Katholiken abzubauen.[20])

Im Winter 1916/17 schien die konservative Führung des Zentrums (Spahn, Porsch, Herold, auch Gröber) wieder zum Zuge zu kommen. Erzberger, mit der Auslandspropaganda vollauf beschäftigt, hielt sich nach außen etwas zurück[21]) und sprach sich sogar gegen eine „Neuorientierung" der Partei aus, da der alte Rahmen dehnbar genug sei für neue Aufgaben.[22]) Erzbergers unwiderstehlicher Optimismus war so groß, daß er seit dem Sommer 1915 wiederholt beim Reichskanzler den Fürsten Bülow als Vorsitzenden der künftigen deutschen Friedensdelegation vorschlug. Seine Zuversicht, daß diese Wahl auch vom Zentrum akzeptiert werden würde[23]), war allerdings ein Irrtum. Hertling bezeichnete Bülows Nominierung und erst recht dessen Wiederkehr als Reichskanzler geradezu als ein „nationales Unglück".[24]) Wenig später gehörte Erzberger zu denjenigen Politikern, die den früheren Reichskanzler vergeblich als Nachfolger Bethmann Hollwegs propagierten.

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes im April 1917 war ein später Erfolg der Zentrumspolitik. Die Fraktion meldete bei verschiedenen Gelegenheiten ihre

[20]) Schreiben Carl *Bachems* vom 16. April 1918 an Eisele; zit. bei *Heinen*, ebd., S. 224. Nach *Löffler*, Geschichte der katholischen Presse, S. 83, vertrat die KV einen „schlechthin deutschen Standpunkt". Vgl. auch das Kapitel „Die KV im Weltkrieg", in: *Hoeber*, F. X. Bachem, S. 64 ff.; ferner *Zeender*, The German Center Party, S. 10 f. Nach einer Aufzeichnung von Wilhelm *Marx* vom 11. August 1936 hat die KV „fast ausschließlich" die Meinung des Generalstabs vertreten. Nachl. Marx II/6. Am 18. Juni 1917 schrieb *Hertling* an Cardauns: „Was sagst Du dazu, daß ich ab 1. Juli die K.V. abgeschafft habe, obwohl ich sie von Anfang an gehalten habe und auch zu ihren ältesten Mitarbeitern gehöre, aber das tolle Draufgängertum und zuletzt der Skandal mit dem Stimmensammeln an der Front waren mir zu widerwärtig. Ich fürchte, es wird auch nach dem Kriege nicht mehr gelingen, der K.V. ihre Stellung als führendes Blatt der deutschen Katholiken wieder zu geben." Nachl. Cardauns.

[21]) In einem „streng vertraulichen" Schreiben *Giesberts'* vom 8. August 1917 an Reichskanzler Michaelis — im Anschluß an eine Besprechung vom Vortage, in der Spahn, Porsch und Giesberts den Kanzler über die Stellung Erzbergers in der Fraktion und über sein Vorgehen in der Frage der Friedensresolution unterrichtet und Michaelis davor gewarnt hatten, Erzberger „in die Opposition gegen die Regierung zu treiben" (nach einer Mitteilung des Abg. *Pfeiffer* vom 11. August 1917 für die Zentrums-Parlamentskorrespondenz; Durchschlag im Nachl. Pfeiffer) — heißt es: Erzbergers Ansehen in der Fraktion sei in den letzten Jahren „etwas gesunken"; die Fraktion sei ihm oft nicht gefolgt: „Die einzigen, die ihm energisch entgegenzutreten wagten, waren die Arbeiter-Abgeordneten." DZA Potsdam, Reichskanzlei 1391/4.

[22]) Auf einer Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei am 27. September 1916 in Frankfurt a. M. Nachl. Bachem 523.

[23]) Schreiben vom 18. Dezember 1916 an *Bülow*, der postwendend erklärte, er werde im Falle seiner Nominierung Erzberger als „außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister" vorschlagen. Nachl. Bülow 73.

[24]) Am 6. Januar 1917 an *Erzberger*, der antwortete, daß Bülow der geeignetste Kandidat sei: „Daß Fürst Bülow wieder Kanzler zu werden wünscht, halte ich für ausgeschlossen." Abschrift dieses Briefwechsels ebd.

alten paritätspolitischen Forderungen an (Reden Spahns am 11. Oktober 1916 und 27. Februar 1917 im Reichstag sowie von Herold und Linz im Preußischen Abgeordnetenhaus), bekam nunmehr auch deren Berechtigung ausdrücklich von der Reichsleitung bestätigt, konnte aber in dieser Frage im Zeichen der Kriegswirtschaft nicht viel erreichen.

Den Intentionen der Zentrumsabgeordneten um Spahn und Gröber entsprach ebenso die Eröffnung des U-Boot-Krieges im Februar 1917 wie auch das Hinausschieben der Reform des preußischen Wahlrechts. Eine Übernahme des gleichen Wahlrechts auf Preußen und eine Neueinteilung der Wahlkreise mit dem Ziel, der industriellen und großstädtischen Bevölkerung des weitaus größten Bundesstaats eine ihrer Kopfzahl entsprechende parlamentarische Vertretung zu verschaffen, mußte eine grundlegende Änderung der bisherigen Parteienkonstellation nach sich ziehen. Die Führung des Preußischen Zentrums befürchtete, die traditionelle Rolle der Partei als „ausschlaggebender Faktor“[25]) auf Kosten einer sozialistisch-linksliberalen Mehrheit zu verlieren. Infolgedessen war die Wahlrechtsvorlage für das Preußische Zentrum der seit Jahrzehnten bedeutsamste Gesetzentwurf.[26]) Das Dilemma für die Gesamtpartei wie für die preußische Zentrumsführung lag auf der Hand, da sich die überwiegende Mehrheit der Zentrumspolitiker mit Ausnahme einiger „extremer Agrarier“[27]) keinen Illusionen darüber hingab, daß das bisherige Dreiklassenwahlrecht „unhaltbar“ geworden war.[28])

Die konservative Führungsgruppe sträubte sich verzweifelt dagegen — wie es der Vorsitzende des Preußischen Zentrums, Felix Porsch, umschrieb[29]), — parteipolitischen Selbstmord zu begehen.[30]) Sie bemühte sich zunächst ihrer traditionellen Taktik entsprechend mit Erfolg darum, eine definitive Stellungnahme in der Wahlrechtsfrage möglichst lange zu vermeiden und eine entsprechende Regierungsvorlage abzuwarten. Mit hinhaltendem Lavieren zwischen den „demokratischen“ Forderungen der Fraktionsmehrheit des Reichstags und

---

[25]) *Herold* am 27. September 1916 (s. Anm. 22).

[26]) So der preuß. Landtagsabg. Stiftspropst *Kaufmann*, in: KV Nr. 72 vom 26. Januar 1918. *Porsch* bezeichnete in einer Denkschrift für die preuß. Bischöfe vom 13. April 1918 die Wahlrechtsvorlage als die vielleicht „folgenschwerste Vorlage, mit welcher diese parlamentarischen Körperschaften bisher beschäftigt worden sind“. Nachl. Bachem 893. S. auch Anm. 34.

[27]) So Carl *Bachem* am 18. April 1917 an Porsch. Nachl. Bachem 851.

[28]) So *Porsch*, ebd.

[29]) Das geht aus dem in Anm. 27 genannten Schreiben *Bachems* an Porsch hervor, der um Verhaltensmaßregeln in der Wahlrechtsfrage gebeten hatte.

[30]) *Bachems* Antwort an Porsch (s. Anm. 27) ist eine langatmige Umschreibung des Dilemmas der Zentrumspartei auf Grund einer (nicht mehr vorhandenen) statistischen Untersuchung des Generalsekretärs des Preuß. Zentrums, *Klöcker*, wonach die Partei in Preußen nach der Übernahme des Reichstagswahlrechts zur „politischen Bedeutungslosigkeit“ herabsinken würde. *Patemann*, Wahlreform, S. 167, urteilt demgegenüber (ohne Kenntnis von Klöckers Analyse), daß die Zentrumspartei vom gleichen Wahlrecht „kaum wesentliche Einbußen“ zu befürchten gehabt hätte.

denen der Gegenkräfte der agrarisch-konservativ geprägten Landtagsfraktion verging viel Zeit. Es gelang den Vorsitzenden beider Gremien, Spahn und Porsch, einen Entschluß hinauszuzögern und doch gleichzeitig den in der Wahlrechtsfrage vorpreschenden Abgeordneten und Gewerkschaftsführern — hinter denen auch die führenden Männer des M.Gladbacher Volksvereins und der Katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands standen — freie Hand zu lassen. Diese „extrem demokratischen" Kräfte[31]), die in der Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses eine Minderheit bildeten, befanden sich jedoch taktisch in der günstigeren Position. Sie konnten, abgesehen von allen aktuellen politischen Begründungen, mit dem für die innerparteiliche Diskussion besonders zugkräftigen Traditionsargument aufwarten, daß das Zentrum seit 1873 für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eingetreten war.[32])

Im Bewußtsein, daß weder dem Preußischen Staatsministerium noch der Obersten Heeresleitung daran gelegen war, die Wahlrechtsvorlage beschleunigt einzubringen, stellte sich die Partei nach außen hin auf den Boden der kaiserlichen Osterbotschaft. Für den Fall, daß es hart auf hart kommen sollte, war daran gedacht, die Regierungsvorlage mit dem preußischen Innenminister abzustimmen oder im Ausschuß zu „überarbeiten".[33]) In diesem Sinne nahm die Zentrumsfraktion bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Preußischen Abgeordnetenhaus die Vorlage „unter Vorbehalt" (Porsch) an, wobei sie fest darauf rechnete, in der Folge einige „Sicherungen" einbauen zu können.

Die Generation der noch vom Kulturkampf geprägten Zentrumsführer erschrak vor der Aussicht, mit einer Einbuße der eigenen Parteistellung in Preußen die mühsam erkämpften politischen Errungenschaften und kirchlichen Freiheiten zu verlieren. Mit einer Dezimierung der Zentrumsmandate und der Herrschaft sozialistischer und liberaler Parteien sahen die alten Zentrumsführer und mit ihnen die Mehrheit des preußischen Episkopats[34]) und des Klerus

---

[31]) So Carl *Bachem* am 28. April 1917 an Porsch. Nachl. Bachem 851.

[32]) Vgl. *Patemann*, Wahlreform, S. 13 u. ö. Eine Flugschrift (Nr. 2) der Rhein. Zentrumspartei von 1908 „Zentrum und Wahlrecht" schloß mit der Versicherung (S. 19), die Zentrumspartei werde auch in Zukunft die „treue, unentwegte Hüterin, Verfechterin und Vorkämpferin des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts für die Volksvertretung in Reich und Land" sein.

[33]) Bei *Bachem* (s. Anm. 27) folgendermaßen umschrieben: „Es wird also darauf ankommen, soviel Hemmungen, die in christlich-konservativem Sinne wirken, durchzusetzen, als nötig ist, um eine absolute Herrschaft einer sozialdemokratisch terrorisierten Linken hintanzuhalten. In diesem Sinne muß man, wenn man die Osterbotschaft annimmt, zunächst an ein Pluralwahlrecht denken. [...] Die einzige Pluralität, welche fühlbar wirken würde, daran kann man nun einmal nicht vorbei, würde eine Pluralität des Besitzes, zumal des ländlichen Besitzes sein. Hier wird man alles herauszuschlagen suchen müssen, was nur möglich ist."

[34]) Angeführt vom Erzbischof von Köln, Felix Kardinal Hartmann. Dazu vgl. *Patemann*, Wahlreform, S. 196, 214 f., 259; ferner die von Patemann übersehene Äußerung des Abg. *Joos* vom 12. Oktober 1927 im Parlamentar. Untersuchungsausschuß; WUA 5, S. 213. Dazu neuerdings *Patemann*, Der deutsche Episkopat und das preußische Wahlrechtsproblem 1917/18 (1965). Am 13. April 1918 übermittelte *Porsch* den preuß. Bischöfen eine Denkschrift über die Bedenken

das Gespenst eines Kulturkampfs heraufziehen[35]) (Abschaffung der Bekenntnisschule, Trennung von Staat und Kirche, „Klassenherrschaft" der Industriearbeiter, Abhängigkeit von einer linksdemokratischen Parlamentsmehrheit)[36]), das der jüngeren Generation keine Furcht mehr einjagte.[37]) Hatte Windthorst seinerzeit mit der Forderung des gleichen Wahlrechts für Preußen eine christlich-konservative Mehrheit gegen die Kulturkämpfer schaffen wollen, so stand nunmehr zu befürchten, daß die Wirkung genau entgegengesetzt sein und eine antikirchlich eingestellte Majorität zur Folge haben würde.

Es entsprach den Lehren der Vergangenheit, wenn die Zentrumsführer eine liberale Parlamentsmehrheit vom Standpunkt der religiösen Interessen aus für gefährlicher hielten als eine sozialdemokratische Majorität. Von ihr konnte man einen festen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien und damit einen hinreichenden Schutz gegen kulturkämpferische Experimente erhoffen. Unter solchen Vorzeichen stand der Versuch, alles zu tun, um nicht noch selbst mit-

---

des Zentrums gegenüber der Wahlrechtsvorlage. Der Breslauer Politiker bezeichnete die Annahme der inzwischen eingebrachten Vorlage als einen „Sprung ins Dunkle", verschwieg aber nicht, daß die Partei keinen Wahlkampf über die Frage des gleichen Wahlrechts überstehen würde. Als Politiker wie als Katholik, so schloß Porsch, halte er es für seine „Gewissenspflicht, *für* das gleiche Wahlrecht zu stimmen." Nachl. Bachem 893. (*Patemann*, Wahlreform, S. 169 f., referiert die Denkschrift nach einem Durchschlag im Nachlaß des preuß. Unterstaatssekretärs Heinrichs und vermutet zu Unrecht, daß die Denkschrift auf Verlangen der Regierung angefertigt worden sei.) Kardinal *Hartmann* machte noch im Mai 1918 gegenüber Porsch nachdrücklich seine Bedenken geltend, wollte allerdings die Zentrumsfraktion nicht in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränken. (Die gleiche Haltung nahm der Erzbischof gegenüber der Kölnischen Volkszeitung ein, wie Carl *Bachem* am 19. Oktober 1918 Porsch berichtete. Nachl. Bachem 464). Nach einem Hinweis des Fürstbischofs *Bertram* (Breslau) vom 20. April 1918 an Hertling hätten sich die Bischöfe in der Wahlrechtsfrage, „ohne das verabredet zu haben, die größte Zurückhaltung" in der Öffentlichkeit auferlegt, „in der Erwägung, daß ein vorzeitiges Hervortreten einen nicht nutzbringenden Sturm gegen die kirchliche Autorität zur Folge haben würde". Nachl. Hertling 41.

[35]) 160 Geistliche des Industriegebiets erörterten am 6. Februar 1918 in Essen die Konsequenzen, die sich aus einer Wahlrechtsänderung für die Stellung der Kirche und Schule in Preußen ergeben würden. Da die Einführung des gleichen Wahlrechts eine „gefährliche Mehrheit" der Linken bringen würde, sei es „Pflicht des katholischen Volksteils, verfassungsmäßige Sicherungen für diese hohen Güter zu fordern". Nachl. Marx IX.

[36]) In dem Schreiben *Bachems* vom 18. April 1917 an Porsch (s. Anm. 27), in dem er ausführlich alle voraussichtlichen negativen Folgen des allgemeinen Wahlrechts erörterte, wurde zum Schluß dasjenige Wahlrecht als das beste bezeichnet, „welches uns die beste und im guten Sinne freiheitlichste Verwaltung der Staatsgeschäfte bringt." Der Kölner Justizrat übersah nicht, daß Wahlrechtsfragen Machtfragen sind und daß eine Partei, die davon überzeugt sei, daß nach ihren Grundsätzen „das Staatsgeschäft und die höheren Interessen des Volkes am besten besorgt werden würden", darauf achten müsse, „daß sie dazu auch die nötige Macht behält oder erlangt".

[37]) Am 28. April 1917 schrieb *Bachem* an Porsch (s. Anm. 31): „Schlimm ist auch, daß alle die verhältnismäßig jungen Leute, welche jene demokratische Richtung führen, vom Kulturkampf fast nichts mehr wissen und an seinen Lehren achtlos vorbeigehen." Am 18. Februar 1922 gestand Carl *Bachem* dem Fürsten Alois zu Löwenstein, daß ihn sein früheres Eintreten in der KV gegen „Wahlrechtsexperimente" zum „bestgehaßten Mann" in Köln gemacht habe. Nachl. Bachem 975.

zuhelfen, „den Ast abzusägen, auf dem wir sitzen".[38]) Diese Politik wurde später auch von Zentrumspolitikern als eine „unglaubliche Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit"[39]) verurteilt.

[38]) So in der Denkschrift von *Porsch* (s. Anm. 34).

[39]) So Wilhelm *Marx* in seinen ungedruckten Erinnerungen. Nachl. Marx IX.

2. Die Wende vom Juli 1917

> „Daß heute das Zentrum seinen vollen Anteil an der Regierung haben kann und sogar seinen Mann an der Spitze, ist ein Zeichen dafür, daß wir in Deutschland doch beginnen, die Politik nicht mehr aus ideologischen Gesichtspunkten zu machen, sondern praktisch, positiv, national."
> Friedrich Holdermann (Januar 1918)[1]).

Eine seit 1917 zu verzeichnende Lösung auch der deutschen Katholiken von ihrer „Loyalität zum wilhelminischen System"[2]) blieb nicht ohne Auswirkungen für die Politik der Zentrumspartei. Die bekannten Ereignisse der Julikrise 1917, die zu einer innenpolitischen Umgruppierung im Sinne des parlamentarischen Systems führten, verknüpften sich aufs engste mit dem Namen Erzbergers. Auf Grund einer schonungslos realistischen, von manchen Fraktionskollegen als „defätistisch" verurteilten Analyse der außenpolitischen und militärischen Situation (Mißerfolg des unbeschränkten U-Boot-Krieges) und der innenpolitischen Lage des Reiches[3]) (rapider Rückgang der Kriegsstimmung auch bei den katholischen Arbeitern[4]) und Bauern, Ernährungsschwierigkeiten, Gefahr einer Isolierung der Fraktion, starkes Drängen der Christlichen Gewerkschaften auf weitere Zustimmung der SPD zu den Kreditvorlagen[5]), Verhinderung eines „Scheidemannfriedens") und seines österreichischen Bundesgenossen erfolgte am 6. Juli 1917 Erzbergers aufsehenerregender Vorstoß im Hauptausschuß des Reichstags, der kurz darauf den Rücktritt Bethmann Hollwegs nach sich zog.

Durch diese Aktion, die auch im Parteiinteresse notwendig schien, um nicht

[1]) Der Aufstieg des Zentrums, in: Deutsche Politik 3, 1918, S. 112.

[2]) Vgl. *Lutz*, Demokratie, S. 52.

[3]) Über das Zusammenwirken von „Real- und Idealfaktoren" in Erzbergers Aktion vgl. *Lutz*, ebd., S. 55. Ferner *Epstein*, Erzberger, S. 208 ff.

[4]) Vgl. die Äußerungen *Giesberts'* im Erzberger-Prozeß, zit. in: Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. XXIX Anm. 75.

[5]) Bereits am 8. Januar 1916 hatte Carl *Bachem* Erzberger über eine Besprechung zwischen Zentrumsführern (darunter Spahn) und Gewerkschaftsführern berichtet und u. a. geschrieben: „Es zeigte sich, daß die Christlichen Gewerkschaftsführer, in erster Linie Stegerwald, wenn im März der Reichstag zusammenkommt, unter allen Umständen die Deckungsvorlage mit der Sozialdemokratie machen möchten. Das ist ja von ihrem Standpunkt aus und angesichts ihrer sehr schwierigen Lage gegenüber der Sozialdemokratie menschlich verständlich." Nachl. Bachem 851.

allein der SPD die Verbreitung des Friedensgedankens zu überlassen[6]), wurde die bis dahin dominierende konservative Führergruppe ebenso wie die widerstrebende Mehrheit der Zentrumsfraktion überrascht und gelähmt. Sie führte geradewegs zur Resolution der neuformierten Reichstagsmehrheit vom 19. Juli für einen Verständigungsfrieden. Die Initiative dafür stammte von Erzberger, auch wenn bereits damals andere Politiker den „Ruhm für sich in Anspruch nehmen wollten".[7]) Erzberger hoffte, künftig das Zentrum zum Motor und Mittelpunkt einer neuen parlamentarischen Mehrheitsbildung machen zu können. Seit Anfang Juli wirkte der neu gebildete Interfraktionelle Ausschuß des Reichstags als Organ der Linksmehrheit im Sinne der Friedensresolution und der Forderung nach Einführung des parlamentarischen Regierungssystems.[8]) Im Juli 1917 vollzog sich durch Umkehrung des bisherigen innenpolitischen Bündnisses eine Neuorientierung des deutschen Parteiensystems: Das Zentrum bildete — solange sich die Nationalliberalen beteiligten — die Mitte einer „großen Koalition" und, ohne die Nationalliberalen, den rechten Flügel einer Linksmehrheit. Die hier gestellten Signale wiesen gradlinig in die Zukunft von Weimar. Sie lenkten allerdings für nachträgliche Beobachter vielfach allzusehr den Blick von der nicht nur strukturell bedingten Schwäche der neuen Koalition ab. Der parlamentarischen Mehrheit fehlte mehr noch als der Wille zum Handeln der überzeugende Führer, den auch das Zentrum nicht nominieren konnte (und wollte). Erzberger verzichtete auch in Zukunft nicht auf waghalsige außenpolitische Prognosen.[9])

An der innenpolitischen Wende vom Juli 1917 schieden sich die Geister innerhalb der Zentrumspartei.[10]) In deren Reihen wurden Erschrecken und Kritik laut, die sich nicht zuletzt gegen die Art des Erzbergerschen Vorgehens richtete.[11]) Daß sich nur sieben Abgeordnete des konservativen Flügels der

[6]) So nach einem vom Abg. *Pfeiffer*, einem der engsten Mitarbeiter Erzbergers, verfaßten Entwurf vom 14. Juli 1917 für eine Fraktionserklärung. Nachl. Pfeiffer. Vgl. ferner *Bredt*, Der deutsche Reichstag, S. 108 ff.

[7]) So *Pfeiffer*, in: Allg. Rundschau Nr. 29 vom 21. Juli 1917, S. 482.

[8]) Vgl. Interfrakt. Ausschuß (1959); Klaus *Epstein*, Der Interfraktionelle Ausschuß und das Problem der Parlamentarisierung 1917/18, in: HZ 191, 1960, S. 562 ff.

[9]) Am 7. Juli 1917 erklärte er im Interfrakt. Ausschuß: „Rußland kommt in wenigen Wochen auf unsere Seite." Vgl. Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. 15.

[10]) Bereits am 10. Mai 1917 hatte der Vertreter der KV in Berlin, *Eisele*, nach Köln berichtet: „So ziemlich einmütig steht die Partei gegen Erzberger" (Nachl. Bachem 940), was in dieser Verallgemeinerung zweifellos nicht zutraf. Bisher nicht zugänglich ist eine im Spätjahr 1917 angefertigte Denkschrift der Zentrumsfraktion des Reichstags über deren „aus vaterländischen Beweggründen diktierte" Haltung in der Julikrise 1917, die nach dem Friedensschluß der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte. Vgl. *KV* Nr. 983 vom 16. Dezember 1917.

[11]) Am 7. Juni 1921 erklärte Ministerpräsident *Stegerwald* im Preuß. Landtag: „Den Grundgedanken der Resolution billige ich auch heute noch; dagegen hat die Art, wie sie inszeniert worden ist, gerade das Entgegengesetzte dessen bewirkt, was beabsichtigt war." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 1639. Ähnlich wenige Tage später in einem Interview (vgl. *Germania* Nr. 331 vom 14. Juni 1921), wobei er hinzufügte, Erzberger habe übersehen, daß die preußische Regierung sowie der Generalstab „und fast sämtliche Wirtschaftskräfte gegen ihn waren".

Fraktion[12]) gegen die Friedensresolution ausgesprochen hatten[13]) — Spahn war einige Tage zuvor infolge eines Schlaganfalls „kampfunfähig" geworden, Gröber in diesen Wochen erkrankt[14]) —, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zahl der Opponenten gegen die Resolution in dem Maße wuchs, in dem der Schock über den Erzbergerschen Überraschungsvorstoß nachließ.

Auf einer telegraphisch einberufenen Tagung des Reichsparteiausschusses am 23./24. Juli in Frankfurt a. M. gelang es Erzberger, die 64 anwesenden Delegierten — die von seinen Ausführungen über die Kriegslage „einfach niedergeschmettert" waren — für die Friedensresolution zu gewinnen[15]), nicht aber sie von deren Notwendigkeit zu überzeugen.[16]) Den Anbruch einer „neuen Zeit" glaubte man, wie es in einer Resolution des Ausschusses hieß, mit den alten Grundsätzen der Partei bestehen zu können. Noch am 2. August suchte der bayerische Ministerpräsident Hertling vergeblich nach einer befriedigenden Aufklärung über Erzbergers Motive: „Die im Umlauf befindlichen Deutungen sind natürlich sehr verschiedenartig, aber alle für Erzberger nicht erfreulich."[17]) Nach dem Scheitern der päpstlichen Friedensvermittlung verstärkte sich im Herbst 1917 die Neigung, die Friedensresolution als zeitlich befristet[18]) und Ende Dezember gar als „erledigt" (Fehrenbach) zu betrachten.[19])

Das Zusammengehen mit der Linken wurde als abrupte politische Kehrtwendung und als ein Abweichen von der traditionellen Zentrumslinie empfunden.[20]) Es irritierte und empörte viele Zentrumsanhänger, die zutiefst über den Berliner „Blitz aus heiterem Himmel" erschraken, auf den sie von ihrer

---

[12]) Diese Tatsache bezeichnete *Erzberger* in der Weimarer Nationalversammlung am 28. Juli 1919 als ein „öffentliches Geheimnis" und gab dazu folgenden Kommentar: „Ist einer von den sieben Herren in die Nationalversammlung gewählt worden? Auch nicht aufgestellt! Kein einziger, weil sie vom Unwillen des Volkes politisch hinweggefegt worden sind." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 2024.

[13]) Darunter befanden sich Pfleger (vgl. Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. 64; ferner Mitteilung des Abg. *Werr* vom 10. Januar 1918; Nachl. Bachem 943), Schwarze-Lippstadt (vgl. Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. 65) und Frhr. v. Franckenstein (vgl. *Lenk*, in: Lebensläufe aus Franken, Bd. 6, S. 199). Nach *Bachem* (Zentrumspartei, Bd. 9, S. 434) haben sich 5 Zentrumsabgeordnete gegen die Resolution ausgesprochen.

[14]) Dazu vgl. Martin *Spahn*, Friedensresolution und päpstliche Friedensvermittlung, in: Hochland 24/II, 1927, S. 572 f.

[15]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 9, S. 437 f.; *Baur*, Mein politischer Lebenslauf, S. 43; *Epstein*, Erzberger, S. 229 ff.; *Schulthess* 1917/I, S. 727.

[16]) Vgl. Fritz *Fischer*, Deutschlands Griff nach der Weltmacht. Düsseldorf 1961, S. 555.

[17]) Schreiben an den bayer. Gesandten beim Hl. Stuhl, v. Ritter. Vgl. *Franz-Willing*, Bayerische Vatikangesandtschaft, S. 164.

[18]) Vgl. *Fehrenbachs* Erklärung im Reichstag am 9. Oktober 1917. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3807 f. Dazu vgl. Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. 571.

[19]) Vgl. Kuno *Graf Westarp*, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. 2. Berlin 1935, S. 566 f.; Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. 638; Bd. 2, S. 218, 235.

[20]) Dazu vgl. die (sehr unergiebige) Diss. von *Illich*, Über die Haltung der Zentrumspresse zur Parlamentarisierung 1917/18 (1932).

Presse nicht vorbereitet waren.[21]) Es bedurfte einiger Zeit, ehe sich der überwiegende Teil der Zentrumspresse hinter die Juli-Resolution stellte, gegen die weiterhin besonders im rheinisch-westfälischen Gebiet die Anhänger eines Siegfriedens Sturm liefen. Nicht wenige Angehörige der älteren Zentrumsgeneration befürchteten, daß die Partei künftighin das schwächste Glied in dem Bunde mit „international-pazifistischen" Linkskreisen, mit religionsfeindlich eingestellten Sozialdemokraten und antikirchlich gesinnten Freisinnigen darstellen würde.[22]) In geradezu klassischer Deutlichkeit hat Carl Bachem das Dilemma der Partei folgendermaßen umschrieben[23]): „Mit einer [. . .] politisch-demokratischen Entwicklung könnte man ja wohl noch zurecht kommen. Aber unsere Demokratie ist nicht nur politisch-demokratisch, sondern auch in religiösen Dingen ‚freisinnig' und ‚sozial-demokratisch'." Vielerorts befürchtete man, daß die „Erzbergereien" die Zentrumspartei ruinieren würden.[24])

Der innere Zusammenhalt schwächte sich; der konservative Parteiflügel sah sich überrannt und ausgeschaltet. Die Mißstimmung gegen Erzberger wuchs besonders in Bayern[25]), so daß schließlich im Juni 1918 die Gefahr bestand, daß sich die Bayern vom Zentrum trennen würden.[26]) Im Süden des Reiches wollte man am wenigsten einsehen, daß allein Erzbergers Politik einen Auszug der katholischen Arbeiterschaft aus dem Zentrum verhinderte.[27]) Die gleichen Kreise, die auch weiterhin mit nachhaltiger Unterstützung durch die Mehrheit des preußischen Episkopats gegen die Reform des preußischen Wahlrechts

---

[21]) So Carl *Bachem* am 30. Oktober 1928 an Müller-Fulda. Danach sei die Resolution „ohne alle journalistische Vorbereitung" inszeniert worden, wodurch die Zentrumspresse in die „furchtbarste Verlegenheit kam". Nachl. Bachem 890. Ähnlich *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 9, S. 434 und *Kisky*, Augustinus-Verein, S. 214 f. *Meerfeld*, Zentrumspartei, S. 104, sprach von der ‚anfänglich völlig direktionslosen Parteipresse".

[22]) Aufzeichnung *Bachems* vom 23. August 1917, in der es ferner hieß: „Die bisherige ‚nationale' Politik der K.V. ist damit entwurzelt. Die Arbeit der vergangenen Zeit, um den deutschen Katholiken die Gleichberechtigung zu erkämpfen durch tüchtige nationale Leistungen, ist vergeblich geworden." Nachl. Bachem 800.

[23]) Am 25. August 1917 an Reichsrat Franz von Buhl. Ebd. 941.

[24]) So *Porsch* am 25. August 1917 an Bachem. In seiner Antwort vom 27. August 1917 bestätigte *Bachem* diese pessimistische Prognose: „Die KV steht jetzt so ziemlich allein." Ebd. 941.

[25]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Schlittenbauer* am 12. September 1917 auf einer Tagung des bayer. Christl. Bauernvereins. *Schulthess* 1917/I, S. 797.

[26]) Vgl. *Schwend*, Bayern, S. 59. Bereits am 5. Mai 1917 hatte *Eisele* nach Köln berichtet (Nachl. Bachem 940), daß die bayer. Abgeordneten in einer Sitzung der Zentrumsfraktion am 4. Mai 1917 eine stärkere Berücksichtigung bei der Besetzung der Reichstagsausschüsse verlangt hätten.

[27]) So schrieb der *Vorwärts* am 22. Mai 1918 (Nr. 138): „Unterliegt die kluge Politik Erzbergers, dann ist die Sozialdemokratie im Kampfe um die Massen des katholischen Volkes in Deutschland den gefährlichsten Konkurrenten los." Zit. in: Die deutsche Zentrumspartei im Weltkrieg (o. Verf.), in HPBl. 161, 1918, S. 853. Ähnlich der SPD-Abg. *Meerfeld*, Zentrumspartei, S. 104: „Ein Versagen des Zentrums gegenüber den Wünschen und Forderungen der Volksmassen und den kriegspolitischen Geboten der Stunde drohte parteiverwüstende Wirkungen zu haben und der Sozialdemokratie frisches Wasser auf die Mühlen zu liefern."

Sturm liefen[28]), opponierten gegen die Friedensresolution und die „Linkspolitik". Die föderalistischen Kräfte im Zentrum hatten, wie es Epstein plastisch umschreibt[29]), „ein Grauen" vor den unitarischen Folgen jeder Form von Parlamentarisierung.

Mit der Übernahme des preußischen Justizministeriums durch Peter Spahn im August 1917 verließ Erzbergers einflußreichster Gegner die Reichstagsfraktion, deren Zügel er praktisch schon längst verloren hatte.[30]) Spahn war froh, aus dem „ganzen Fraktionsbetrieb" herauszukommen.[31]) Er verhielt sich von diesem Zeitpunkt an „absolut ablehnend" gegenüber der Zentrumspolitik[32]), auf die er bis Kriegsende keinen Einfluß mehr nahm. Der Fraktionsvorsitz ging auf Gröber über, der sich inzwischen nicht mehr mit Erzbergers Politik identifizierte. Die beiden südwestdeutschen Abgeordneten Gröber und Fehrenbach — der im Sommer 1918 das Reichstagspräsidium übernahm — sowie der Vorsitzende des Rheinischen Zentrums, Trimborn, bestimmten in Zukunft neben Erzberger entscheidend die Geschicke der Reichstagsfraktion und damit den Kurs der Gesamtpartei. Sie zählten alle mehr oder weniger zum „demokratischen" Fraktionsflügel, ohne deswegen auf eine spezifische „Linkspolitik" festgelegt zu sein.

---

[28]) Einzelheiten s. bei *Patemann*, Wahlreform, passim. Zu ergänzen ist das Schreiben des Breslauer Fürstbischofs *Bertram* vom 20. April 1918 an Hertling (Nachl. Hertling 41), in dem Bertram die bekannten Besorgnisse des preuß. Episkopats über die Folgen der Wahlrechtsreform zum Ausdruck brachte und Hertling bat, eine „Verständigung über befriedigende Sicherungen für die Zukunft von Kirche und Schule 1. durch verfassungsmäßige Bestimmungen über bessere Gewähr für Fortdauer des jetzt geltenden Rechtszustandes und 2. durch eine die Interessen des christlich gesinnten Volkes besser schützende Wahlkreis-Gestaltung anzuregen". Wenngleich sich Bertram darüber im klaren war, daß Sicherungen von „absolut fester Gewähr" nicht zu schaffen seien, wollte er doch von seiten der preuß. Regierung den Versuch einer Verständigung über bestimmte Sicherungen unternommen wissen. Der Fürstbischof verkannte nicht die schwierige Situation des Reichskanzlers, glaubte aber, daß der „jetzige Augenblick von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der gesamten religiösen Güter unseres Volkes" sei. Abschließend hieß es in einer bemerkenswerten Verkennung der Fronten: „Ein Wahlgesetz, das den heimkehrenden Kriegern die Gefährdung der höchsten Güter beschert, würde auch von den katholischen Arbeitern, die gleiches Wahlrecht wünschen, nicht als würdiger Vaterlandsdank betrachtet werden." Eine Antwort Hertlings ist bisher nicht zu ermitteln. Der jüngste Aufsatz von *Patemann*, Der deutsche Episkopat und das preuß. Wahlrechtsproblem 1917/18 (s. Lit.-Verz.), ist eine willkommene Ergänzung der immer noch sehr begrenzten Kenntnisse über die episkopale Haltung zu politischen Fragen.

[29]) Der Interfrakt. Ausschuß (s. Anm. 8), S. 575.

[30]) Am 15. März 1917 beklagte *Eisele* die Tatsache, daß eine „eigentliche Führung" der Fraktion fehle. Nachl. Bachem 939.

[31]) Mitteilung des Abg. *Werr* am 10. Januar 1918 an Bachem. Ebd. 943.

[32]) Spätere Mitteilung (1927) von Martin *Spahn*. Vgl. WUA 7/II, S. 239.

3. Das Dilemma unter der Reichskanzlerschaft Hertlings

Die Übernahme der Reichskanzlerschaft durch Graf Hertling Anfang November 1917 — des ersten Zentrumspolitikers, der in einer verfahrenen politischen Situation das Steuer des Reiches übernahm — war gewiß eine eindeutige Anerkennung für die „nationale" Haltung der Zentrumspartei und auch für den süddeutschen Politiker selbst, in dessen wissenschaftlicher Laufbahn sich das Schicksal der deutschen Katholiken seit dem Abbau des Kulturkampfs spiegelte.[1]) Die prophetische Äußerung von Staatssekretär Solf, daß die Übernahme der Kanzlerschaft durch Hertling in protestantischen Kreisen als „eigenartiges Geschenk zum Reformationsjubiläum" aufgefaßt und daß die deutschen Katholiken für einen schlechten Frieden verantwortlich gemacht werden würden[2]), sollte sich erfüllen. Die Zentrumsfraktion, die auf Hertlings Berufung keinerlei Einfluß genommen hatte, sah sich durch die Kanzlerschaft ihres langjährigen Fraktionsmitglieds und zeitweiligen Fraktionsvorsitzenden (1909 bis 1912), die Erzberger vergebens zu verhindern gesucht, während Trimborn sich dafür ausgesprochen hatte[3]), vor ein Dilemma gestellt. Hertling blieb von der Obersten Heeresleitung abhängig und zeigte sich nicht gewillt, den Weg zum Parlamentarismus zu ebnen oder mitzugehen.[4]) Sein zunehmender Kräfteverfall blieb nicht verborgen.[5]) Die Zentrumsfraktion mußte zunächst eine Politik decken oder zumindest tolerieren, die nicht wenige Abgeordnete für unzeitgemäß und gefährlich hielten. Die Kluft zwischen dem gouvernemental und konservativ eingestellten Reichskanzler und der auf Demokratisierung und Parlamentarisierung drängenden Mehrheit der Fraktion vertiefte sich zusehends. Als Folge des zwischen Fraktion und Zentrumspresse bestehenden schlechten Verhältnisses[6]) konnte auch nach außen hin nicht der Anschein von Überein-

[1]) Über ein Gespräch zwischen Hertling und dem Kölner Verleger Franz X. Bachem sowie Carl Bachem am 2. Dezember 1917 notierte sich Carl *Bachem:* „Wir wünschten ihm Glück und guten Erfolg für seine Reichskanzlertätigkeit und sprachen ihm die tiefe Befriedigung der Katholiken und Zentrumsleute aus, daß einer aus unsern Reihen der einzige gewesen sei, den man für fähig befunden habe, den verfahrenen Karren der Reichspolitik wieder ins Geleise zu bringen. Das nahm er freundlich auf und bemerkte: ‚Es ist schon eine große Veränderung der Lage, wenn ich daran denke, daß ich einst in Bonn nicht Professor werden konnte und jetzt Reichskanzler bin.'" Nachl. Bachem 883.

[2]) Am 29. Oktober 1917 zu Erzberger. Vgl. Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. 333.

[3]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 253, 255.

[4]) Vgl. Karl *Graf von Hertling*, Reichskanzlei, S. 25: Sein Vater sei ein „absoluter Gegner" der Parlamentarisierung gewesen.

[5]) Unmittelbar vor Hertlings Ernennung hatte Carl *Bachem* am 1. November 1917 sorgenvoll an P. Spahn geschrieben: „Es scheint, daß Hertling wirklich Reichskanzler wird. Nach den Nachrichten über seinen körperlichen Zustand, welche wir erhielten, halte ich es für unmöglich, daß seine Kanzlerschaft lange dauert. Was dann?" Nachl. Bachem 464.

[6]) In einer Denkschrift der Vorsitzenden des Augustinus-Vereins (Verleger Lambert *Lensing*-Dortmund) und der „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz"-Gesellschaft (F. X. *Bachem*) vom 12. September 1918 wurden auf Wunsch Gröbers detaillierte Vorschläge für ein Berliner „Zentralbüro" der Partei entwickelt, dessen Errichtung vom Reichsausschuß des Zentrums am 30. Juni

stimmung zwischen den verschiedenen Strömungen und Exponenten der Zentrumspolitik und dem Reichskanzler aufrechterhalten werden.

Mitte Dezember sah sich die Fraktion gezwungen, mit einer offiziellen Erklärung[7]) „irrigen Auffassungen" bei den Zentrumsanhängern entgegenzutreten und „künftigen Legendenbildungen" vorzubeugen. Danach bestand zwischen dem Reichskanzler, der Obersten Heeresleitung und der Fraktion in der Frage der päpstlichen Friedensvermittlung keinerlei Gegensatz. Energisch wies die Erklärung — wie es der Abgeordnete Giesberts bereits einige Wochen vorher getan hatte[8]) — den Vorwurf zurück, wonach sich die Reichstagsfraktion einem „Linksblock" angeschlossen habe. Die Zusammenarbeit innerhalb der „Mehrheitsparteien" sei im Hinblick auf das „Endziel der glücklichen Beendigung des Krieges" begründet und ausdrücklich „für die Kriegsdauer" begrenzt worden. Der offensichtlich als besonders notwendig empfundene Hinweis, die Fraktion sei von Programm und Tradition der Partei nicht abgewichen, galt in erster Linie ebenso den Kritikern Erzbergers wie die weitere Versicherung, wonach die Fraktion auch künftig nachdrücklich die Interessen von Kirche und Schule vertreten werde. In diesem Zusammenhang hieß es, daß die Fraktion über den Verdacht erhaben sei, bei ihrer Stellung zur preußischen Wahlrechtsvorlage „irgendwie die idealen und kulturellen Interessen" der Partei verleugnet zu haben. Zum Schluß der Erklärung wurde um das Vertrauen der Wähler geworben, das bisher stets „Stolz und Rückgrat" der Fraktion gewesen sei. Diese Wendung zeigt zur Genüge, wie sehr sich die Kluft zwischen Fraktion und Wählerschaft vertieft hatte.

Eine um die Jahreswende 1917/18 aus Anlaß einer Reise Erzbergers nach Wien einsetzende Entfremdung zwischen Hertling und Erzberger — der bereits seit der Übernahme der Reichskanzlerschaft durch Michaelis kaum noch amtliche Aufträge von der Reichsleitung erhalten hatte und den Hertling jetzt von allen amtlichen Tätigkeiten ausschaltete[9]) — konnte im Februar/März 1918

1918 beschlossen worden war. In dieser Denkschrift, die die Schaffung eines gemeinsamen „Zentrumsparteи- und Pressehauses" befürwortete — das ein angesehener Zentrumsparlamentarier leiten solle — und den Wunsch aussprach, die Zentrumspresse zum „wichtigsten Bindeglied zwischen Fraktion und Partei" werden zu lassen, hieß es: „Man darf es ruhig aussprechen, daß die Zentrumspresse in bezug auf Unterrichtung über wichtige politische Vorgänge gegenwärtig am unerfreulichsten in der gesamten Presse dasteht." Photok. im Besitz des Verf.

[7]) Vgl. *KV* Nr. 983 vom 16. Dezember 1917.

[8]) In einem Artikel „Zentrum und Sozialdemokratie", in: *KV* Nr. 846 vom 28. Oktober 1917.

[9]) In den Akten des DZA Potsdam, Reichskanzlei 1391/4, befindet sich eine von Hertling angeforderte Aufzeichnung der Nachrichtenabteilung des Ausw. Amtes (von Ende Jan. 1918) über Erzbergers Beziehungen zum Auswärtigen Amt. Darin heißt es u. a.: „Die Werbearbeit des Herrn Erzberger ist im allgemeinen recht erfolgreich gewesen, was ihm der frühere Herr Reichskanzler [v. Bethmann Hollweg] in einem warm gehaltenen Schreiben bezeugt hat. [. . .] Erzberger hat sich dem Auswärtigen Amt gegenüber stets als loyal erwiesen und ihm außerordentliche Dienste geleistet. [. . .] Seine Beziehungen zum Vatikan sind für das Auswärtige Amt von nicht zu unterschätzender Bedeutung." Am 15. Mai 1918 bezeichnete *Hertling* in einem Schreiben an Staatssekretär von Kühlmann die Kritik Erzbergers als ein „bewußtes Vorgehen" gegen die

nur formell behoben werden.[10]) Sie spitzte sich im Mai 1918, nach einer Rede Erzbergers im Hauptausschuß, zu einer persönlichen, öffentlich ausgetragenen Gegnerschaft zu. Dabei stellte sich der Fraktionsvorstand auf die Seite des Reichskanzlers[11]), während Erzberger die überwiegende Mehrheit der Fraktion ebenso hinter sich wußte[12]) wie die Arbeiterwählerschaft des Zentrums.

Diese Arbeiterwählerschaft brachte auf einer Kundgebung am 23. Juni 1918 in Bochum ihre von der Leitung der Partei „in vielen Dingen abweichende Meinung" unüberhörbar zum Ausdruck. Aus den Reihen der 1200 Delegierten kam es zu scharfen Angriffen auf die Partei, der das Fehlen politischer Zielsicherheit, entschiedener Führung und engerer Fühlung mit der Wählerschaft, das Fehlen eines organisatorischen Unterbaus und des „rechten Geistes" in massiver Form vorgehalten wurde. Insbesondere das Verhalten zahlreicher Abgeordneter der Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses in der Wahlrechtsfrage wurde leidenschaftlich kritisiert: „Denjenigen Abgeordneten, die in der für uns so wichtigen politischen Frage, nämlich im Ausbau der Rechte der Arbeiter als Staatsbürger, versagt haben, sind die katholischen Arbeiter nicht mehr in der Lage, ihre Stimme zu geben."[13]) Hinzukommende Mißverständnisse und Preßtreibereien von linksliberaler wie von konservativ-alldeutscher Seite trugen dazu bei, daß sich die durch die Kriegsnervosität gesteigerte Erregung allerorts Luft machte. Die so offenkundig zutage liegenden Interessengegensätze innerhalb des Zentrums weckten „bei den Freunden die Befürchtung, bei den Gegnern die Hoffnung" auf eine Spaltung der Fraktion und Partei.[14]) Hertling ging so weit,

---

Regierung und die Oberste Heeresleitung: „Unter diesen Umständen halte ich es für unangängig, daß er noch weiter wie bisher von einer Reichsbehörde zur Mitarbeit herangezogen wird und Verfügung über Reichsmittel hat. Ew. Exzellenz bitte ich daher, mir baldigst Vorschläge für eine Auflösung des bisher mit Mitteln des Reiches unterhaltenen Propagandabüros des Abg. Erzbergers zu machen. [. . .] Nach den mündlichen Äußerungen Ew. E. darf ich mich im übrigen wohl versichert halten, daß der Abg. Erzberger zu irgendwelchen politischen Aufträgen seitens des Auswärtigen Amtes nicht mehr benützt wird." Ebd.

[10]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 257.

[11]) Am 10. Mai 1918 sprach *Gröber* dem Reichskanzler das „volle Vertrauen" der Partei aus. Vgl. *KV* Nr. 368 vom 11. Mai 1918, wo dieses Votum massiv gegen Erzberger gekehrt wurde: „Für eine Kritik, wie sie der Abg. Erzberger an der Reichsleitung übte, ist also in der Zentrumsfraktion fortan kein Platz mehr. Auch der Abg. Erzberger wird sich solche Extratouren versagen müssen, sofern er noch Wert darauf legt, mit seiner Haltung im Rahmen der Zentrumspolitik zu bleiben."

[12]) Hinweis aus dem Mai 1918 im Nachl. Bachem 892.

[13]) Vgl. Bericht, S. 36.

[14]) Vgl. *Selbst*, Zeitlage und kirchliches Leben im Kriegsjahr 1917/18, in: Kirchl. Handb. 7, 1917/18, S. 78. Ferner *Grebing*, Zentrum und kathol. Arbeiterschaft, S. 18. Am 27. Juli 1918 erklärte *Stegerwald* in Köln: „Äußerlich betrachtet steht sie [die Zentrumspartei] auf dem Höhepunkt ihrer Macht. [. . .] Im Innern dagegen besteht seit langer Zeit ein Zwiespalt, wie wohl noch nie seit Bestehen der Partei." Arbeiterwähler und Zentrumspartei, S. 7. Am 12. Oktober 1918 schrieb der Kölner Rechtsanwalt *Stocky* an Trimborn: „Soweit ich [im Rheinland] die Entwicklung übersehen kann, wird es auf die Dauer zur Absplitterung eines rechten Flügels des Zentrums kommen." Nachl. Bachem 853. *Nipperdey*, Parteien, S. 282, spricht von der „Perspektivelosigkeit" der Politik, die kritisiert wurde.

einem gleichgesinnten adligen Zentrumsabgeordneten gegenüber Erzberger als Verderber für die Zentrumspartei, das Reich und die katholische Kirche hinzustellen.[15]) Die „Kölnische Volkszeitung", die sich im Juni 1918 ostentativ als „große unabhängige vaterländische Zeitung" und als das „größte Blatt der Deutschen Zentrumspartei" bezeichnete[16]), machte sich zum Sprachrohr der Kritik dieser Minderheit: „Wir unsererseits — und wir wissen uns darin einig mit sehr weiten Kreisen der Zentrumspartei — sind nicht in der Lage, den Abg. Erzberger als den maßgebenden Führer der Zentrumspartei anzuerkennen, dem die Partei durch Dick und Dünn zu folgen hätte. Es wird dem Abg. Erzberger nicht gelingen, aus der alten großen Zentrumspartei einfach eine Erzbergerpartei zu machen."[17]) In der Kritik gegen die Orientierung der Politik der Reichstagsfraktion „nach links" formierte sich ganz allmählich eine Opposition, die sich von vermeintlich „katholischen Grundsätzen" her[18]) „konservativem Denken" verpflichtet fühlte[19]) und die nach 1919/20 in die Deutschnationale Volkspartei überwechselte.

Die einhellige Zustimmung zu den Friedensverträgen von Brest-Litowsk und die auch in der Zentrumsfraktion nach Beginn der Frühjahrsoffensive zunächst wieder zum Ausdruck kommende Hoffnung auf einen für Deutschland günstigen Kriegsausgang ließen die Verfechter der Friedensresolution in ein schiefes Licht geraten. Mit sichtlicher Genugtuung konnten die annexionistisch gesinnten Abgeordneten feststellen, daß die Resolution keineswegs das Zustandekommen von Verträgen gehindert habe, die jenes Selbstbestimmungsrecht beiseite schoben, auf das man sich wenige Monate später zugunsten der eigenen Sache so nachdrücklich berufen sollte. In der gleichen Weise wie in Brest-Litowsk hoffte man gegenüber künftigen Friedensaktionen und Verhandlungen „völlig freie Hand" zu haben, „auch hinsichtlich Gebietserweiterung und Kriegskostenentschädigung."[20]) Die „Kölnische Volkszeitung", die im Kielwasser der alldeutschen Annexionisten segelte und dafür namentlich von Angehörigen des katholischen

---

[15]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 270, sowie die Aufzeichnung des Abg. Friedrich *Graf v. Galen* vom Okt. 1918; Interfrakt. Ausschuß, Bd. 2, bes. S. 796.

[16]) Vgl. Nr. 466 vom 15. Juni 1918.

[17]) Nr. 366 vom 10. Mai 1918.

[18]) So in der Schrift von Engelbert *Tilmann*, Die Abirrung des Reichstagszentrums von den katholischen Grundsätzen (1918). Der im „integralen Lager" stehende Verfasser setzte seine Kritik in den Trierer Petrus-Blättern (Nr. 47 vom 20. August und Nr. 48 vom 27. September 1918) fort.

[19]) So Martin *Spahn*, Das preußische Wahlrecht und die künftige Stellung Preußens im Reich, in: Hochland 16/II, (Okt.) 1918, S. 59.

[20]) So *Trimborn* am 2. April 1918 auf dem Delegiertentag der Rhein. Zentrumspartei in Köln. In einer Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am 16. Januar 1918 hatte *Trimborn* erklärt: „Wir sind gegen Annexionen, aber nicht gegen Grenzberichtigungen." Vgl. Interfrakt. Ausschuß, Bd. 2, S. 101.

Adels Beifall erhielt[21]), betätigte sich erneut als Sprachrohr des „alten" Zentrums und jener Kreise, die auf regionaler Ebene systematisch gegen Erzberger Stimmung machten, dessen „parteizersetzendes" Treiben seit dem Juli 1917 aufs schärfste verurteilten[22]) und gegen die „Flaumacher" zu Felde zogen. Das alte „Sieg- und Niederwerfungsdenken" gewann erneut die Oberhand.[23]) Es zeigte sich, wie wenig das Friedens- und Versöhnungsprogramm von 1917 wirklich akzeptiert worden war.

Von der bei allen Mehrheitsparteien im Frühjahr und Sommer 1918 zu verzeichnenden Orientierungslosigkeit blieb die Zentrumsfraktion nicht verschont. In dieser für die Partei bedrohlichen Situation erließ der Reichsausschuß des Zentrums am 30. Juni 1918 neue, im wesentlichen von Gröber ausgearbeitete „Richtlinien", durch die sich wie ein roter Faden der beschwörende Ruf zur „geschlossenen Einigkeit" zog.[24]) Diese aus Kreisen der Kölner Zentrumspartei (Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" und Vertretern der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung) seit dem November 1917 geforderten und im Entwurf ausgearbeiteten Richtlinien[25]) standen unter dem Motto „Eine neue Zeit ist angebrochen", das im November 1918 in anderer Weise Wirklichkeit wurde, als es den Verfassern des Programms vorschwebte. Die Richtlinien umschrieben im Hinblick auf die Verfassungsentwicklung nur allgemein die traditionellen Parteiziele (Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches, einer starken Monarchie und „kraftvollen Volksvertretung"). Sie sprachen sich vieldeutig für eine „volkstümliche und freiheitliche" Ausgestaltung der Verfas-

---

[21]) Ende Mai 1918 waren selbst dem annexionsfreudigen Carl *Bachem* die Durchhalte-Artikel des KV-Korrespondenten in Berlin, Eisele, derart auf die Nerven gefallen, daß er bei seinem Bruder F. X. Bachem für eine Lösung des Vertragsverhältnisses mit Eisele plädierte (die einige Monate später erfolgte). Carl Bachem hatte eingesehen, daß Eisele infolge seines „hochfahrenden Wesens" von den Zentrumsabgeordneten gemieden wurde, da er „fast ausschließlich" mit Graf Westarp, v. Heydebrand und Stresemann verkehrte. Nachl. Bachem 942.

[22]) Vgl. bei *Epstein*, Erzberger, S. 272, den Abdruck einer „Muster"-Resolution des Ortskomitees der Paderborner Zentrumspartei von Mitte Mai 1918. Am 23. Mai 1918 wurde Hertling (wie auch der OHL) in einer Entschließung der *Münsterischen Zentrumspartei* das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen, das Vorgehen Erzbergers scharf kritisiert und sein Ausscheiden aus dem Hauptausschuß des Reichstags gefordert. Vgl. Eduard *Schulte*, Kriegschronik der Stadt Münster 1914/18. Münster 1930, S. 336 f.

[23]) Vgl. *Lutz*, Demokratie, S. 64. Nach *Erzberger*, Erlebnisse, S. 302, wurde der Kampf gegen ihn innerhalb der Partei „hauptsächlich von adligen Kreisen und Persönlichkeiten, die der Vaterlandspartei nahestanden", geführt, ohne daß es gelungen sei, seine Stellung in der Fraktion und der Partei zu erschüttern.

[24]) Abgedr. bei *Bachem*, Politik und Geschichte, S. 18 ff.; *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 64 ff.; *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 363 ff.

[25]) Die Entstehungsgeschichte der Richtlinien ist ausführlich mitgeteilt in der *KV* Nr. 525 vom 6. Juli 1918, abgedr. bei *Bachem*, Politik und Geschichte, S. 22 f. Danach bestand der erste Entwurf aus 7 Punkten, die dann im Verlaufe der Diskussionen auf 25 Punkte erweitert wurden. Bachems Buch sollte dem Zweck dienen, die neuen Richtlinien aus der „bisherigen geschichtlichen Entwicklung der Zentrumsarbeit" zu erklären und zu begründen (S. 13).

sung aus, ohne konkret die Parlamentarisierung oder Demokratisierung zu fordern.[26]) Sie fixierten illusionäre außenpolitische Wunschvorstellungen wie den Ausbau (!) der deutschen „Weltstellung" und des Kolonialgebiets und die Förderung der Christianisierung der Eingeborenen. Sie verblieben in ihren kirchenpolitischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Forderungen ganz im herkömmlichen und programmatisch-unverbindlichen Rahmen. Daß es opportun schien, eine so unbedeutende Forderung wie die nach „Abschaffung des Duellzwanges" überhaupt aufzunehmen, zeigt, wie wenig die Zeichen der Zeit noch erkannt wurden.[27])

Der Ruf zur Einigkeit verhallte nicht ungehört. Das Zentrum, das sich seiner „Schicksalsstunde"[28]) bewußt war, erwies erneut seine Fähigkeit, erhebliche Interessengegensätze im Zeichen der gemeinsamen weltanschaulichen Grundeinstellung innerhalb der eigenen Reihen durchzukämpfen und auszugleichen. Auch die unzufriedenen Arbeiterwähler vermieden einen Bruch mit der Partei.[29]) In ihren Reihen herrschte Einmütigkeit in der Abwehr von Angriffen, die während der Regierung Hertlings unter dem Eindruck des 400jährigen Luther-Jubiläums im Spätherbst 1917 den konfessionellen Burgfrieden bedrohten.[30]) Von der gleichen Geschlossenheit zeugten bis hin zum letzten Tage des Krieges zahlreiche Bekundungen der Treue zum Kaiser und des Willens zum Durch-

---

[26]) In einem gedruckten Entwurf dieser Richtlinien waren eingangs Vorschläge zum organisatorischen Ausbau der Partei und der Zentrumspresse entwickelt, die in die Richtlinien selbst keinen Eingang fanden. In diesem, mit einem baldigen deutschen Sieg rechnenden Entwurf lautete Punkt 8 des Abschnitts „Aufgaben der inneren Politik": „Kampf der Siegesverwilderung." Nachl. Marx IX.

[27]) Franz X. Bachem und Carl Bachem hatten bei ihrem Besuch am 2. Dezember 1917 bei Hertling (s. Anm. 1) auch die Abschaffung des Duellzwangs zur Sprache gebracht, aber vom Reichskanzler keine Zusage dafür erhalten können.

[28]) So *Brauns* auf dem Delegiertentag der Rhein. Zentrumspartei in Köln. Vgl. *KV* Nr. 269 vom 6. April 1918. Brauns gehörte neben Stegerwald zu denjenigen Zentrumspolitikern, die als Nichtparlamentarier besonders aktiv (Brauns vom Volksverein, Stegerwald von den Christl. Gewerkschaften aus) für Parlamentarisierung und Demokratisierung eintraten. Beide Männer zählten auch zu den energischsten Vorkämpfern einer von Grund auf neugestalteten Organisation der Zentrumspartei und ihrer Presse sowie einer interkonfessionellen Grundlage der Partei im Sinne von Julius Bachem. So war es nur zutreffend, wenn der dem rechten Parteiflügel zuzurechnende Carl *Bachem* 1916 wiederholt von einer „Koalition" (oder „Entente") J. Bachem-Brauns-Stegerwald sprach. Nachl. Bachem 854.

[29]) Auf einer Versammlung von Arbeiterwählern am 27. Juli 1918 in Köln erklärte *Stegerwald:* „Die Arbeiter sind nicht willens, der offen dargelegten Schwierigkeiten wegen die Flinte ins Korn zu werfen und einfach den Auszug aus der Partei in Massen zu vollziehen. Wir müssen vielmehr bestrebt sein, auf dem Zentrumswagen sitzen zu bleiben, uns auf ihm einen angemessenen Platz zu erarbeiten." Arbeiterwähler, S. 45. Auf der vorhergegangenen Bochumer Tagung (s. Anm. 13) hatte es Arbeitersekretär *Gilsing* (Bochum) so formuliert: „Die Treue der Zentrumsarbeiter ist zur historischen Wahrheit geworden." Vgl. Bericht, S. 3.

[30]) In einer Aufzeichnung *Stresemanns* vom 11. November 1917 hieß es: „Von unserem Standpunkt aus kam vor allen Dingen [bei der Berufung Hertlings zum Reichskanzler] die Tatsache in Betracht, daß wir eine Zentrumskanzlerschaft in den Tagen der vierhundertjährigen Gedächtnisfeier der Reformation schwer ertragen konnten." Vgl. Interfrakt. Ausschuß, Bd. 1, S. 578.

halten.[31]) Einigkeit bestand schließlich darin, die Friedensbemühungen des Reichskanzlers Prinz Max von Baden zu unterstützen.[32]) Als Bindeglied für die Geschlossenheit des Zentrums wirkte auch die „Regierungsfähigkeit" der Partei, die im Sommer 1918 außer dem Reichskanzler den Reichstagspräsidenten (Fehrenbach) sowie den preußischen Justizminister (P. Spahn) stellte.

Die zweideutige Politik der Regierung Hertling, wie sie besonders in der Frage der Selbstbestimmung im Baltikum und der Annexionen im Osten zutage trat, und ihre Schwäche gegenüber der Obersten Heeresleitung, die sich in der Preisgabe Kühlmanns so augenscheinlich erwies[33]), belasteten die Politik der Zentrumsfraktion. Sie beharrte im Zustand ungewohnter Passivität. Dennoch ermöglichte es die parlamentarische Mittellage der Partei, daß das Zentrum zum engsten Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft wurde: „Der linke Flügel konnte die Revolution sein — der rechte bekannte sich zur Tradition."[34]) Die letztere Richtung schien vorerst zu obsiegen, da es Hertling während seiner Kanzlertätigkeit gelang, den Einfluß Erzbergers zeitweilig zu neutralisieren[35]), dessen Politik auch Stegerwald kritisierte.[36]) Noch Mitte September 1918 fand Erzberger mit seinem Drängen im Interfraktionellen Ausschuß nach einer

---

[31]) Statt anderer Hinweise nur zwei Beispiele aus dem westfäl. Raum: Am 1. November 1918 hieß es im *Münsterischen Anzeiger:* „Das Treuegelöbnis [des Herrenhauses] zum Monarchen und zur Dynastie findet im Lande ein sehr lebhaftes Echo, besonders bei unserer Zentrumspartei." Vgl. *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 1. Fünf Tage später bekannte sich auch *Stegerwald* — ebenso wie es die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands taten — noch einmal ausdrücklich zum deutschen Kaisertum; ebd., S. 12.

[32]) Am 21. Oktober 1918 erklärte der badische Zentrumspolitiker *Wirth:* „Wie auch die Entschlüsse der Reichsregierung fallen werden, ein entschlossenes Volk steht hinter ihr." Vgl. *Reiß-Vašek*, Die Umstellung der Zentrumspartei, S. 613. Ferner *Snell*, Die Republik aus Versäumnissen, S. 211.

[33]) In einer Aufzeichnung *Erzbergers* vom 27. September 1918 heißt es, der „größere Teil" der Zentrumsfraktion würde den Rücktritt Hertlings begrüßen, da es der Reichskanzler nicht vermocht habe, „sich gegen die Militärs durchzusetzen". Vgl. Interfrakt. Ausschuß, Bd. 2, S. 702.

[34]) *Schulz*, CDU, S. 10.

[35]) Vgl. *Zeender*, Center Party, S. 462. Zweifellos nicht ganz zu Unrecht heißt es bei *Erzberger*, Erlebnisse, S. 300, Hertling habe es als seine wichtigste Aufgabe angesehen, ihn „politisch kaltzustellen" und mit Hilfe Gröbers eine „langsame Rechtsschwenkung" des Zentrums herbeizuführen.

[36]) Nach *Reiß-Vašek*, Die Umstellung der Zentrumspartei, S. 608 f. hat Stegerwald im Aug. 1918 „aufs schärfste" mit der Politik Erzbergers abgerechnet, der nicht das Zeug zu einem „ersten Führer der Partei" besitze. Stegerwalds Gedankengang wird ebd. (ohne Beleg) folgendermaßen wiedergegeben: „Die Friedensresolution sei im Grundgedanken ganz gut, aber die Art, wie die Gesamtaktion aufgezogen worden sei, ließe zu wünschen übrig, sie enthalte zuviel Ideologie der Sozialdemokraten und sei nach deren Diktat zustande gekommen. In der Zentrumspartei komme nun der kleinbürgerliche süddeutsche Demokrat und der in ihm verkörperte Kantönli-Geist stärker als erträglich zur Geltung statt der Denkweise der industriellen Arbeiter Westdeutschlands, die mehr Wähler stellten als Baden und Württemberg zusammen. Die Fraktionen müßten sich den Wünschen der Wähler anpassen. Trotz aller Unzufriedenheit wollten die Arbeiter Westdeutschlands nicht aus dem Zentrum austreten, sondern der Partei einen großzügigen, staatserhaltenden und trotzdem volkstümlichen Charakter geben."

neuen, „glaubwürdigen Regierung", von der allein er einen annehmbaren Frieden erhoffte, keine Resonanz bei der Fraktionsmehrheit. Diese stimmte am 23. September Gröber zu, der jede Aktion gegen Hertling ablehnte (Trimborn: „Es könne niemand von uns verlangen, daß wir unseren früheren Parteivorsitzenden zum Opfer bringen, um eine unbekannte Größe einzutauschen").[37]) Die Fraktionsmehrheit befürwortete mehr aus Loyalität denn aus politischer Einsicht das Verbleiben des Reichskanzlers, der nach wie vor nicht bereit war, die „im Innern eingeschlagenen Wege" mitzugehen.[38]) Erzberger suchte den Sturz des Reichskanzlers dadurch herbeizuführen, daß er auf die Aufnahme der SPD in die Regierung hinarbeitete[39]) und die Bedeutung der (von Hertling innerlich nicht akzeptierten) Friedensresolution und der Parlamentsmehrheit hervorkehrte.[40])

Die Ende September fertiggestellten Richtlinien der Mehrheitsparteien[41]), die Gröber und Erzberger mit formuliert hatten, bildeten die Grundlage für das Regierungsprogramm des neuen Reichskanzlers Prinz Max von Baden. Die Zentrumsfraktion nahm an dieser Regierungsbildung, bei der drei Mitglieder des Fraktionsvorstands (Gröber, Trimborn und Erzberger) als Staatssekretäre in das Kabinett eintraten[42]), starken Anteil. Deren rechter Flügel einschließlich des Vorsitzenden Gröber hatte vergeblich die Bildung eines Kabinetts der „großen Koalition" von Westarp bis Ebert befürwortet (27. September). Die Anfang Oktober ebenso überstürzt wie das Waffenstillstandsangebot unter dem Druck der Obersten Heeresleitung erzwungene Parlamentarisierung kam für die Zentrumsfraktion — die nach der Ernennung von Gröber und Trimborn zu Staatssekretären die Abgeordneten Bell und Herold (neben Mayer-Kaufbeuren) als engeren Vorstand gewählt hatte — überraschend.[43]) Bei der Beratung des

[37]) Nach einer Aufzeichnung des Abg. *Pfeiffer* („Gang der politischen Ereignisse im September/Oktober 1918") vom 10. Oktober 1918. Nachl. Pfeiffer.

[38]) Schreiben vom 12. Oktober 1918 an Cardauns. Nachl. Cardauns.

[39]) Vgl. seine Ausführungen in der Vorstandssitzung der Fraktion am 23. September 1918; Interfrakt. Ausschuß, Bd. 2, S. 672. Dazu *Erzberger*, Erlebnisse, S. 308.

[40]) In der Fraktionssitzung am 23. September 1918 (s. Anm. 37).

[41]) Gedr.: Interfrakt. Ausschuß, Bd. 2, S. 783 ff.

[42]) In seiner Antwort auf den Glückwunsch von Carl *Bachem* („Es ist doch etwas Großes, daß jetzt auch das Zentrum mit auf den Bock gekommen ist, nachdem es so lange Jahre nur als Vorspann sich mußte benutzen lassen") schrieb der neue Staatssekretär *Trimborn* am 14. Oktober 1918: „Du hast recht, es ist ein ungeheures Opfer, was ich bringe. Ich habe mich gewehrt wie ein Löwe. Aber es war niemand da, den wir präsentieren konnten, nachdem Dr. Bell wegen seiner Jugendlichkeit als Chef über Exzellenzen strikt abgelehnt worden war. Gröber, Herold, Hitze, Fehrenbach drangen in mich, und so habe ich mich schließlich ergeben. Heute empfinde ich die Last des neuen Amtes nur noch schwerer. Ich habe noch keine frohe Stunde gehabt. Das einzig Tröstliche war bisher: die außerordentlich freundliche Aufnahme, die ich seitens der Beamtenschaft gefunden habe." Nachl. Bachem 464.

[43]) Nach der Aufzeichnung *Pfeiffers* vom 10. Oktober 1918 (s. Anm. 37) waren zunächst Trimborn, Mayer-Kaufbeuren und Erzberger als Staatssekretäre vorgesehen. Die beiden Erstgenannten hätten sich Bedenkzeit ausgebeten, während Erzberger seiner Nominierung sofort zugestimmt habe. Auf Wunsch des neuen Reichskanzlers sei dann Gröber (an Stelle Mayer-Kaufbeurens) in die Regierung eingetreten. Dazu vgl. die Aufzeichnung des Abg. *Graf Galen* vom 10. Oktober 1918; Die Regierung des Prinzen Max, S. 125.

Programms der Mehrheitsparteien in der Zentrumsfraktion am 2. Oktober sprachen sich die Mitglieder des rechten Flügels (Frhr. v. Franckenstein, Fürst Salm, Graf Magnis, Graf Galen, Frhr. v. Aretin, Graf Sandizell, Pfleger und Gerlach) gegen die Ausschaltung der Rechtsparteien und die enge „Verbrüderung" mit der SPD aus.[44]) Graf Galen hielt es am 10. Oktober für besser, „daß Deutschland in viele Teile zerschlagen wird, als daß die Bande, die uns jetzt regiert, am Ruder bleibt."[45]) Zu dieser „Bande" gehörten auch drei führende Abgeordnete der Zentrumsfraktion.

Buchstäblich bis zum letzten Augenblick des Wilhelminischen Reiches widerstrebten die Zentrumsabgeordneten der Abdankung des Kaisers, für die Gröber im Unterschied zur überwiegenden Mehrheit seiner Fraktion noch am 8. November keine „politische Notwendigkeit" sehen wollte.[46]) Nach der kurz zuvor erfolgten Annahme der Verfassungsänderungen (28. Oktober) wurde die Abdankung als unnötig und sogar bedrohlich für die Reichseinheit empfunden[47]), deren Erhaltung für Erzberger das „wichtigste Ziel" überhaupt war.[48]) Daß ein prominenter Zentrumspolitiker in dieser Situation auf Drängen des Kriegskabinetts und des Reichskanzlers die Leitung der Waffenstillstandskommission übernahm[49]) und damit die Liquidation der deutschen Niederlage einleitete, die als erstes die vom Zentrum bis zuletzt gestützte Monarchie hinwegfegte,

---

[44]) Nach einem Hinweis im Nachl. Pfeiffer, wobei der Name Graf Sandizell mit einem Fragezeichen versehen ist.

[45]) Vgl. Die Regierung des Prinzen Max, S. 126.

[46]) Vgl. den Verlauf der Sitzung der Zentrumsfraktion und des Interfrakt. Ausschusses am Vormittag des 8. November 1918; Die Regierung des Prinzen Max, S. 582, 599. Ferner *Germania* Nr. 525 vom 9. November 1918. Am 19. Januar 1920 erklärte *Fehrenbach* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums: „Gröber war Monarchist aus innerster Überzeugung. Wir, seine Fraktionsgenossen, erinnern uns noch lebhaft jenes Nachmittags des 7. November 1918, wo er in der Fraktionssitzung [vgl. Die Regierung des Prinzen Max, S. 605 Anm. 7] seiner monarchischen Gesinnung und seiner Anhänglichkeit an den Kaiser beredten Ausdruck gab." Vgl. Offizieller Bericht, S. 2. Carl *Sonnenschein* begann am 8. November 1918 einen Aufruf an die kathol. deutschen Studenten mit einem Bekenntnis zum monarchischen Gedanken. Vgl. *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 209.

[47]) In der *Germania* Nr. 517 vom 5. November 1918 hieß es: Weder die innen- noch die außenpolitische Situation erfordere eine Abdankung des Kaisers. *Erzberger* erklärte in der Sitzung des Kriegskabinetts am 7. Oktober 1918: „Republik wäre Untergang des Reichs. Süddeutsche Staaten sind streng monarchisch." Vgl. Die Regierung des Prinzen Max, S. 98. In einer Versammlung des Westfäl. Zentrums am 5. November 1918 in Hamm bekannte sich *Stegerwald* zum Kaisertum als „Einheitspol" des deutschen Volkes: „In derselben Stunde, wo man im Reiche die Republik errichtet, [. . .] wäre es mit der Reichseinheit dahin." Vgl. *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 12. Dort auch ein Huldigungstelegramm der Kathol. Arbeitervereine Westdeutschlands vom gleichen Tage an den Kaiser. In einem Anfang Nov. geschriebenen Artikel *Stegerwalds* „Das Alte stürzt!" (in: Dt. Arbeit 3, 1918, S. 491) hieß es: „Wir bleiben Monarchisten auch in der Zukunft."

[48]) Vgl. seine Ausführungen am 5. November 1918 im Interfrakt. Ausschuß; Die Regierung des Prinzen Max, S. 513.

[49]) Vgl. das Kapitel „Erzbergers Delegierung zu den Waffenstillstandsverhandlungen", ebd., S. LVII ff.; *Epstein*, Erzberger, S. 307 ff.

klingt wie eine Ironie der Geschichte. Erzberger, der noch im Oktober ein Buch über den Völkerbund als Weg zum Weltfrieden veröffentlicht hatte, glaubte fest an die Möglichkeit einer Verbindung von säkularen und kirchlichen Ideen (Wilson und Benedikt XV.) und damit an die Chance eines Ausgleichsfriedens.[50]) Er erwies seiner Partei und dem Reich einen Dienst, der ihm und seiner Partei schlecht gelohnt werden sollte. Während der Staatssekretär in Compiègne weilte, vollzog sich in Deutschland jene Umwälzung des 9. November 1918, die als „November-Revolution" in die Geschichte eingegangen ist. Der einzige Politiker des Zentrums, der in dieser turbulenten Situation in der Lage gewesen wäre, Einfluß auf die Geschehnisse in Berlin nehmen zu können, weilte fern vom Schauplatz der innerdeutschen Ereignisse.

[50]) Vgl. *Lutz*, Demokratie, S. 60.

ZWEITER TEIL

Zwischen Novemberrevolution und Weimarer Nationalversammlung

Erstes Kapitel

Lähmung und Neuformierung

1. Der Schock des 9. November 1918

„‚Herr, rette uns, wir gehen unter!' so hieß es kürzlich im Sonntagsevangelium. Etwas anderes können wir zur Zeit nicht sagen und nur hoffen, daß Er, der es allein vermag, dem Sturm gebieten werde."
Georg Graf von Hertling am 15. November 1918.[1])

Die sich überstürzenden Ereignisse des militärischen Zusammenbruchs, die nach den Kieler Matrosenunruhen rasch um sich greifenden revolutionären Bewegungen, die Anfänge der Münchener Räterepublik, die Flucht des Kaisers, das Verschwinden aller Dynastien und die Ausrufung der Republik am frühen Nachmittag des 9. November trafen die Anhänger der Zentrumspartei vollständig unerwartet und unvorbereitet.[2]) Sie wurden ebenso überrascht von den Anfängen lokaler Räteherrschaft wie von der Übernahme der Berliner Regierung durch „Volksbeauftragte". Zwischen dem 9. November 1918 und dem 19. Januar (Wahltermin) bzw. 6. Februar 1919 (Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar) vollzogen sich innerhalb des deutschen Parteiensystems Umgruppierungen, die den Anfängen und der Struktur der Republik ihren Stempel aufdrückten. Von den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen dieser Wochen blieb auch die Deutsche Zentrumspartei nicht unberührt. Erst später zeigte sich, daß der November-Umsturz keineswegs *den* historischen Einschnitt bezeichnete, den die Zeitgenossen darin sahen.[3])

[1]) An Hermann Cardauns; abgedr. bei *Deuerlein*, Der deutsche Katholizismus, S. 24. Ähnlich im Dez. 1918 an Hermann v. Grauert: „Der Feind im Lande, das Reich in Trümmer, die Monarchie wie von einem Windstoß hinweggeweht! Was steht noch von dem, wofür ich mich in ehrlicher Absicht eingesetzt habe, was wird noch weiter zu Grunde gehn? Gott helfe uns, das ist das Einzige, was man sagen kann." Zit. bei Hermann *Cardauns*, Erinnerungen an Graf Hertling, in: *Dyroff*, Reden, S. 167.

[2]) Der am Abend des 8. November 1918 in einer Versammlung des Zentrumsvereins von Berlin-Neukölln gesprochene Satz eines Redners: Im neuen Deutschland werde der katholische Volksteil neue Aufgaben und Pflichten haben (vgl. *Germania* Nr. 526 vom 9. November 1918), zielte schwerlich auf das durch die Ereignisse des folgenden Tages umgewandelte „neue Deutschland".

[3]) Über das „verwirrende Zusammen- und zugleich Gegeneinanderwirken revolutionärer, reformerischer und traditionalistischer Bestrebungen und Elemente" vgl. neuerdings *Bracher*, in: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, S. 863. Ferner Gerhard *Schulz*, Der „Nationale Klub von 1919" zu Berlin (Jb. für die Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands 11, 1962, S. 210), der von der „großen, zwingend erscheinenden Kontinuitätslinie" spricht, die die letzte Periode des Kaiserreiches mit der Nachkriegsepoche verbunden habe.

Die Empfindungen der deutschen Katholiken über die revolutionären Vorgänge vom 9. November verdeutlichen neben der als Motto über diesem Kapitel stehenden Aussage Hertlings zur Genüge zwei weitere Zitate aus dem November/Dezember 1918. In den „Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland" schrieb ein namentlich nicht genannter, offensichtlich geistlicher Verfasser[4]): „So erleben wir jetzt nach innen und außen eine Zeit der Trostlosigkeit, wie es seit den Tagen der Machabäer und der Zerstörung Jerusalems eine solche kaum gegeben hat; wir leben in jener Mitternachtsstunde der Karfreitagsfinsternis, von der der gefesselte Heiland sprach: Das ist eure Stunde, ihr Mächte der Finsternis." Der Bonner Kirchenhistoriker Heinrich Schrörs faßte den gleichen Sachverhalt in die Worte[5]): „Deutschland hat in diesen Tagen einen Umsturz seines Staatswesens erlebt, nach Breite und Tiefe so ungeheuerlich, wie ihn die Geschichte bis dahin nicht kannte."

An der Vorbereitung und Durchführung dieses Umsturzes[6]), der von Zentrumspolitikern später als „Unrecht"[7]) und „nationales Unglück"[8]), als „verhängnisvolle und beklagenswerte Tat", als „häßlicher Vorgang"[9]) mißbilligt[10]) und verurteilt wurde[11]) — um schließlich von Trimborn „in aller Form" mit einem „Verdikt" belegt zu werden[12]) —, hatte sich die Zentrumspartei nicht beteiligt. Ihre Anhänger waren wie betäubt durch den Schock des 9. November, der die deutschen Katholiken in den folgenden Jahren wie ein Trauma

---

[4]) Neujahr 1919, in: HPBl. 163, 1919, S. 4.

[5]) Katholische Staatsauffassung, S. 1.

[6]) Der preuß. Zentrumsabg. *Grebe* urteilte einige Jahre später (in: Allg. Rundschau 23, 1926, S. 737): „Ein Zusammenbruch war's, kein Umsturz." Ähnlich *Stegerwald* auf dem 11. Kongreß der Christl. Gewerkschaften 1926 in Dortmund. Vgl. Arbeiterschaft, Volk und Staat, S. 13. Am 25. November 1928 hieß es in der von Joseph *Joos* und Emil *Ritter* hrsg. Wochenzeitung *Der deutsche Weg:* „Die sogenannte Revolution war überhaupt kein Verfassungswechsel, sondern eine Katastrophe, der die Katholiken ebenso bestürzt und wehrlos gegenüberstanden wie die konservativen und rechtsliberalen Protestanten."

[7]) So der Abg. *Lauscher* am 15. Januar 1922 auf dem 2. Reichsparteitag des Zentrums. Vgl. Offizieller Bericht, S. 115.

[8]) So *Trimborn* am 4. Dezember 1918 in Köln. Vgl. *KV* Nr. 957 vom 5. Dezember 1918.

[9]) Vgl. *Beyerle*, Die Katholiken und der Volksstaat von Weimar, S. 91.

[10]) So *Gröber* am 13. Februar 1919 in der Nationalversammlung. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 53. Am 26. Januar 1922 erklärte der Abg. *Hager* im Preuß. Landtag: „Die Zentrumspartei hat weder die Revolution gemacht, noch hat sie sie gebilligt." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 5, Sp. 6596.

[11]) In der Preuß. Landesversammlung erklärte der Abg. *Wildermann* am 30. März 1920: „Wir in der Zentrumsfraktion halten jede Revolution, mag sie von rechts oder von links kommen, mag sie stattgefunden haben im November 1918 oder März 1920, für ein Verbrechen." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10514.

[12]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln (vgl. Bericht, S. 45) und auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 19. Januar 1920 in Berlin (vgl. Offizieller Bericht, S. 6).

begleiten sollte.[13]) Zu den Auswirkungen dieser „November-Tat", mochte man sie vom weltanschaulichen und politischen Standort aus „verwerfen"[14]) und nicht als „rechtsbegründend und Recht schaffend" ansehen[15]), mußte die Zentrumspartei sofort Stellung nehmen, wollte sie nicht den Anschluß an die politische Entwicklung verpassen oder von den Ereignissen überrollt werden. Es blieb keine Schonfrist, um nach alter Zentrumstradition einen Entschluß hinauszögern oder bedingungsweise äußern zu können. Da dem politischen Umsturz weder eine Änderung des sozialen noch des wirtschaftlichen Gefüges folgte — so daß die „Revolution" im Sinne ihrer Urheber unvollendet blieb —, kam gar keine Diskussion darüber auf, ob das Zentrum etwa noch eine Existenzberechtigung besitze oder ob seine bisherigen Zielsetzungen vielleicht auf andere Weise als im Rahmen der überkommenen Parteiform verfochten werden könnten. Eine sozusagen „existentielle" Entscheidung wurde von keiner Partei verlangt.

In der ungeklärten Situation kam dem Zentrum die Tatsache zugute, daß die Monarchie und damit auch der Kristallisationspunkt der bisherigen Verfassung von ihren Trägern sang- und klanglos aufgegeben worden war: „Nicht das Zentrum hat den Thron verlassen, sondern der Kaiser hat sein Volk verlassen."[16]) Die geradezu „verblüffende Tatsache"[17]) der schlagartig erfolgten Abdankung oder stillschweigenden Resignation sämtlicher deutscher Fürsten trug in der Folge wesentlich dazu bei, den Bann des 9. November zu lösen und dem Eindringen des republikanischen Gedankens auch in solche Kreise Vorschub zu leisten, die nie an eine Verfassungsänderung oder Preisgabe der monarchischen Grundlage gedacht hatten.[18])

---

[13]) Auf dem Kölner Parteitag am 15. September 1919 (s. die vorige Anm.) erklärte der Abg. *Joos:* „Die Leute sind verwirrt durch die Revolution. Wir müssen sie innerlich wieder aufrichten." Vgl. Bericht, S. 72. Auf dem Trierer Katholikentag am 12. Oktober 1919 formulierte der Abg. *Kaas* (Staat und Kirche, S. 5) den Satz: „Zweifellos fanden sich gerade unter dem gläubigen Volksteil und nicht zuletzt unter den Katholiken die treuesten und, wenn nicht die lautesten, so doch die zuverlässigsten Bekenner des monarchischen Gedankens." 1922 urteilte *Joos* (Zentrumsprogramm, S. 9): „Die christliche Arbeiterschaft war ehedem monarchisch gesinnt. Der Sturz der Monarchie, noch mehr die näheren Umstände waren für viele überaus schmerzliche Erfahrungen."

[14]) So *Trimborn* (s. Anm. 12), S. 5.

[15]) So Wilhelm *Marx*, in: Nationale Arbeit, S. 11.

[16]) So *Schofer*, Politische Briefe, S. 22. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 19. Januar 1920 erklärte der badische Finanzminister *Wirth:* „Die Throne sind nicht gestürzt, weil wir treulos geworden sind, sie sind ob der Politik zugrunde gegangen, welche die Träger der Throne geübt haben." Vgl. Offizieller Bericht, S. 26.

[17]) So *Mausbach*, Kulturfragen, S. 20.

[18]) Am 16. November 1918 schrieb Wilhelm *Marx* an einen Hagener Redakteur: „Ich halte persönlich die Wiederkehr der Monarchie für ausgeschlossen. Die Träger eines Systems, das einen derartigen furchtbaren Zusammenbruch erlitten hat, sind m. E. abgetan." Nachl. Marx XXXII. Ähnlich der Arbeitersekretär *Becker-Arnsberg* am 19. November 1918 an Stegerwald. Ebd. IX. Vgl. ferner *Hankamer*, Zentrum, S. 183: „Burlage sagte gelegentlich im Hauptausschuß des Reichstags, er sei bis zum Ausbruch der Revolution bereit gewesen, sich für seine monarchistische

Von hier aus führte allerdings noch ein langer Weg bis hin zur Tolerierung oder gar zur positiven Stellungnahme gegenüber der neuen Staatsform, zu der der linke Flügel des Zentrums am ungezwungensten Anschluß fand. Trotz der Ideengrundlage der Partei, die nicht auf die Monarchie festgelegt war, betrat das Zentrum nur zögernd und unsicher den Boden der neuen Tatsachen. Das lag weniger an dem Fehlen einer republikanischen Überlieferung im deutschen Katholizismus — der ja ebenso wie die Zentrumspartei aus dem 19. Jahrhundert eine demokratische Entwicklung kannte[19]) —, sondern vielmehr an der Art und Weise der Besitznahme und Ausübung der vollziehenden Gewalt als „Klassenherrschaft" und „proletarischer Diktatur".[20]) Das staatliche und gesellschaftliche Leben stand in Gefahr, in Anarchie zu versinken.[21])

Die aus der katholischen Staatslehre entnommene Erkenntnis, die Gröber einige Wochen später in die Worte kleidete, alle Obrigkeit sei von Gott, „die republikanische so gut wie die monarchische"[22]), wurde weder im November 1918 noch auch in den folgenden Jahren zum Gemeingut der Zentrumsanhänger. Die von der „Germania" am 20. November[23]) gewählte Formulierung, wonach die in Berlin weilenden Zentrumsabgeordneten — von deren Aktivität noch die Rede sein wird — mutig die Fahne der „christlichen Demokratie" ergriffen hätten, blieb ein vereinzelter Hinweis. Hier wurde unter „Demokratie" die konkrete Forderung nach politischer Selbstbestimmung auf dem Wege über die Wahl zur Nationalversammlung verstanden, von deren Ausgang man das Ende der Berliner „unchristlichen Diktatur" erwartete. Unter Verzicht auf nähere Begründung formulierte vier Wochen später der Berliner Landgerichtsdirektor und frühere Landtagsabgeordnete Itschert folgenden klassischen Satz, der eine gute Portion traditioneller Zentrumstaktik enthielt: Das Zentrum könne sich mit der Republik abfinden, weil es sich „nach Maßgabe der Dinge mit ihr abfinden muß".[24])

Gesinnung den Schädel einschlagen zu lassen; nachdem er aber gesehen, wie feige die privilegierten Träger dieses Gedankens bei dem Umsturz sich gezeigt, sei er bewußter Republikaner geworden." Einige Wochen nach der Revolution bezeichnete J. *Mausbach* (in: *KV* Nr. 163 vom 27. Februar 1919) die Abdankung der deutschen Fürsten als eine „positive Tatsache", auf die sich das „neue Volksrecht" habe stützen können. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums erklärte Peter *Spahn* am 22. Januar 1920: „Der Totentanz der Revolution hat Throne und Kronen gestürzt und diese Tatsache müssen wir zur Grundlage unserer weiteren Politik machen." Vgl. Offizieller Bericht, S. 130.

[19]) Neuerdings ausführlich nachgewiesen bei Karl *Buchheim*, Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert. München 1963. Vgl. ferner *Gundlach*, Zur Soziologie der katholischen Ideenwelt, S. 72, über die „demokratische Linie" in der katholischen Ideenwelt. Dazu *Lutz*, Demokratie, S. 67.

[20]) So *Epstein*, Erzberger, S. 326.

[21]) So in einer Denkschrift „Die Politik der deutschen Katholiken", die Wilhelm *Marx* im Juli 1925 Papst Pius XI. überreichte, um die politische Zusammenarbeit des Zentrums mit der SPD zu rechtfertigen. Pol. Archiv, Vatikan geh. 1/1, Bd. 1.

[22]) Am 13. Februar 1919 in der Nationalversammlung. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 51 f.

[23]) Nr. 543.

[24]) Vgl. *Germania* Nr. 594 vom 20. Dezember 1918.

Die Notwendigkeit, sich trotz des bisherigen programmatischen Bekenntnisses zur Monarchie und zum deutschen Konstitutionalismus der Vorkriegszeit und trotz starker innerer Vorbehalte gegen die Republik („Gefühle muß man zurückdrängen")[25]) entschlossen und konsequent auf den Boden der neugeschaffenen „vollendeten" Tatsachen zu stellen, bereitete dem Zentrum erhebliche Schwierigkeiten. Sie waren weitaus größer, als seitdem oft genug nicht nur Gegner, sondern auch prominente Sprecher in den eigenen Reihen — beide Seiten aus naheliegenden Gründen — wahrhaben wollten.[26]) Im Rückgriff auf kirchliche oder „katholische" Argumentationen wurde die allgemeine christliche Verpflichtung in den Vordergrund gestellt, an der Rettung des Vaterlands und an der Behebung der gegenwärtigen Not tatkräftig mitzuwirken. Noch ließ sich allerdings nicht absehen, ob und in welcher Weise die neugeschaffenen „Tatsachen" Bestand haben würden. Die frühe Einsicht von Peter Spahn (19. Dezember 1918), daß es sich nach Ausrufung der Republik „um etwas Dauerhaftes" handle[27]), darf nicht als Allgemeingut der Partei gelten. Zunächst stand keineswegs fest, welchen Inhalt die neue Republik bekommen sollte, die man nicht nur im katholischen Volksteil sehr bald als „Diktatur" der Linksparteien bekämpfte.

Die im Juli 1917 mehr aus politischem Zwang denn aus innerer Einsicht eingegangene Koalition der Reichstagsfraktion des Zentrums mit der Sozialdemokratie hatte bei den Anhängern des Zentrums weder die traditionelle politische Distanz zur Linken noch die weltanschaulich begründete Ablehnung des marxistischen Atheismus zu mildern vermocht. Die Furcht vor den Folgen und Errungenschaften der in Berlin, München und andernorts propagierten „sozialistischen Revolution" ist ein Faktum, das für alle Aktionen und Reaktionen der Zentrumspartei (wie auch anderer nicht-sozialistischer Gruppen) berücksichtigt werden muß.

Am 10. November stimmten die beiden kaiserlichen Exzellenzen und Staatssekretäre Trimborn und Gröber ebenso wie Reichstagspräsident Fehrenbach gleichsam als letzte Amtshandlung in einer Besprechung unter dem Vorsitz

[25]) So im *Badischen Beobachter* Nr. 523 vom 11. November 1918.

[26]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 unterstrich Reichsminister *Bell*, daß keine Partei in der Lage gewesen sei, „sich mit solch' starker und zielbewußter Entschlossenheit, Schnelligkeit und Elastizität den veränderten Verhältnissen anzupassen, ihr Programm umzustellen auf die grundlegend veränderten Zeitumstände" wie die Zentrumspartei. Vgl. Bericht, S. 80. Auf dem Parteitag des Preuß. Zentrums am 12. Dezember 1920 erklärte *Gronowski:* „Die Vorsehung hatte unser Unglück zugelassen. Die Führer der Zentrumspartei haben aber nicht verzagt, sondern haben mutig die neue Arbeit begonnen." Vgl. *KV* Nr. 976 vom 13. Dezember 1920. Nicht minder zweckbestimmt war die Argumentation des Abg. *Lauscher* am 8. Januar 1923 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums, daß das Zentrum auf Grund der von ihm vertretenen christlichen Staatslehre nach der Revolution „mit so wundervoller Sicherheit sofort die Einstellung und Operationslinie fand, die uns die deutsche Einheit gerettet und den Bürgerkrieg verhütet hat". Vgl. *KV* Nr. 18 vom 9. Januar 1923.

[27]) Auf einer Versammlung des Zentrumsvereins Berlin-Mitte. Vgl. *Germania* Nr. 594 vom 20. Dezember 1918. Ähnlich *Marx* (s. Anm. 18).

Eberts der Annahme der harten Waffenstillstandsbedingungen zu.[28]) Um eine Kapitulation des Heeres zu vermeiden, mußten erneut Zivilisten den zuerst von Erzberger betretenen Weg zur Liquidierung der militärischen Niederlage beschreiten. Unmittelbar nach dieser Entscheidung traten Gröber und Trimborn von ihren Ämtern als Staatssekretäre zurück. Die drei prominenten Zentrumspolitiker, von denen Fehrenbach zutiefst deprimiert[29]), Gröber „abgekämpft und krank" war[30]), verließen Berlin und begaben sich an ihre Heimatorte.[31]) Fehrenbach kehrte allerdings schon fünf Tage später für kurze Zeit in die Reichshauptstadt zurück. Dort war inzwischen (am Abend des 13. November), aus Compiègne kommend, Erzberger eingetroffen, der sich nicht resigniert zurückzog, sondern seinem Bedauern Ausdruck verlieh, am 9. November nicht in Berlin gewesen zu sein, um auf die künftige Entwicklung Einfluß nehmen zu können.[32]) Außer Erzberger, der weiterhin als Waffenstillstandskommissar amtierte, verblieb auch der Anfang Oktober 1918 als Unterstaatssekretär in das Reichsarbeitsamt eingetretene Abgeordnete Giesberts auf seinem Posten. Spahn als preußischer Justizminister erhielt formell erst am 27. November einen Nachfolger.[32a])

Das faktische Ende des 1912 gewählten Reichstags am 9. November bedeutete gleichzeitig das Ende der Reichstagsfraktion des Zentrums und der einzelnen Landtagsfraktionen. Damit befand sich die Zentrumspartei, die auf Reichsebene keinen gewählten Vorsitzenden und keinen Repräsentanten außerhalb der Reichstagsfraktion besaß, in einer buchstäblich kopflosen Lage. Der 1914 konstituierte und während des Krieges einige Male zusammengetretene (nicht gewählte) vielköpfige Reichsparteiausschuß konnte schon aus technischen Gründen nicht einberufen werden, um eine vorläufige Führungsspitze zu wählen.

---

[28]) Nach einer Denkschrift *Fehrenbachs* aus dem Jahre 1928 „Meine Erinnerungen aus der deutschen Revolution 1918". Nachl. Bachem 883. Vgl. ferner Conrad *Haußmann*, Schlaglichter. Frankfurt a. M. 1924, S. 272 ff.

[29]) Er schloß am 11. November 1918 in „vollständiger körperlicher und seelischer Auflösung" vor dem Zentralkomitee des Badischen Zentrums in Offenburg seine Rede mit den Worten: „Finis Germaniae". Vgl. *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 93; *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 439; *Enderle*, Schofer, S. 180. Dazu vgl. den Nachruf von Franz *Wetzel* auf Fehrenbach, in: Allg. Rundschau Nr. 15 vom 10. April 1926, S. 226: „Fehrenbach war ein zu guter Deutscher, als daß er nicht den Sieg unserer Waffen gewünscht, und zu wenig Republikaner, als daß er sich über den schmachvollen Sturz der Monarchie ehrlich gefreut hätte."

[30]) Vgl. *Hagen*, Gestalten, Bd. 3, S. 122.

[31]) Trimborn reiste am Abend des 11. November 1918 aus Berlin ab. Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 179.

[32]) *Graf Kessler* (Tagebücher, S. 30) notierte unter dem 14. November 1918 über ein Gespräch mit Erzberger: Der Staatssekretär habe es bedauert, während der Revolution nicht in Berlin gewesen zu sein, „sonst wäre keine rein sozialistische Regierung zustande gekommen".

[32a]) In seiner Eigenschaft als Staatsminister richtete *Spahn* zusammen mit dem Kriegsminister Scheüch am 16. November 1918 an Wilhelm II. die „alleruntertänigste" Bitte, das Heer und die Beamtenschaft im Reich und in Preußen „ihres Treueids zu entbinden". Pol. Archiv, Deutschland Nr. 88 Bd. 15. Der Kaiser kam dieser Bitte in seinem Thronverzicht am 28. November nach.

Aus dieser Situation heraus erklärt es sich, daß zunächst keine verbindlichen Direktiven an die Zentrumsanhänger ergingen. Ohnehin war es schon aus verkehrstechnischen Gründen schwierig genug, die Verbindung innerhalb des Reiches aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Umständen vollzog sich der Wiederbeginn des parteipolitischen Lebens innerhalb des Zentrums in den folgenden Tagen von einzelnen Landesverbänden her, ohne Rücksicht und Kenntnis auf die Vorgänge in der Hauptstadt des Reiches und Preußens. Diese Entwicklung begann in Baden, Württemberg und Hessen, ohne daß eine Absprache untereinander oder mit Berliner Stellen möglich gewesen wäre. Bereits am 10. November traten zwei führende Vertreter des Badischen Zentrums (J. Wirth und G. Trunk) in die neue provisorische Landesregierung in Karlsruhe ein. Dabei betätigten sich Trunk und mehr noch Heinrich Köhler als „Ministermacher", so daß Wirth erst am folgenden Tage von seiner Ernennung zum Finanzminister Kenntnis erhielt.[33]) In Baden lagen infolge des in „ruhigen Formen" vollzogenen Umsturzes[34]) und der revisionistischen Einstellung der badischen SPD[35]) die Verhältnisse für die Teilnahme an einer Koalitionsbildung mit der Linken von vornherein günstig. Zudem befürworteten sowohl der Freiburger Erzbischof Thomas Nörber als auch Großherzog Friedrich II. den Eintritt von Zentrumspolitikern in die Regierung. Bei Wirth bedurfte es allerdings keiner langen Überlegung zu dem Entschluß mitzuhelfen, den „Revolutionssturm" aufzufangen (Schofer) und gleichzeitig den Einfluß des Zentrums sowohl zur Abwehr sozialistischen Einflusses, als auch zur „Befriedigung der drängendsten Wünsche" des katholischen Volkes[36]) geltend zu machen.

Am folgenden Tage bestätigte das Zentralkomitee der Badischen Zentrumspartei in Offenburg mit großer Mehrheit die Entscheidung von Karlsruhe. Deren treibende Kraft war der Landtagsabgeordnete Köhler, der die Leitung der neugeschaffenen Pressestelle im Ministerium des Innern übernahm. Damit hatte das Badische Zentrum als erster Landesverband rückhaltlos den neuen Boden der Republik betreten. So waren vom traditionell demokratischen Süd-

---

[33]) Vgl. *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 81 f., 171. Nach Engelbert *Krebs*, Zur Ausräumung eines Zerrbilds, in: Schwarzwälder Volksfreund (Rottweil) Nr. 194 vom 24. August 1922, hat Wirth seine Ernennung am 11. November 1918 im Wartesaal des Karlsruher Bahnhofs dadurch erfahren, daß ihm Fehrenbach die entsprechende Meldung aus der Zeitung vorlas: „Das erste war, daß Wirth sich nach der Rechtslage erkundigte. Und erst als er die Gewißheit erhalten hatte, daß die provisorische Regierung vom rechtmäßigen Landesherrn [. . .] den Weg frei bekommen habe [. . .], nahm Wirth an." Nach einer späteren Schilderung *Wirths* vom Oktober 1924 (Unsere politische Linie, S. 7 f.) hat er nach „kurzem Bedenken" das angebotene Amt angenommen.

[34]) Vgl. *Rößler*, Der Badische Landtag, S. 27.

[35]) Vgl. *Becker*, Köhler, S. 424 f.

[36]) So *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 421. Vgl. ferner *Schofer*, Mit der alten Fahne, S. 104 f.; *Enderle*, Schofer, S. 179 f.

westen aus die Weichen gestellt, die auf die spätere Weimarer Koalition hinwiesen.[37])

Fast zum gleichen Zeitpunkt entsandten sowohl das Württembergische als auch das Hessische Zentrum auf Drängen der Sozialdemokraten hin je einen Vertreter in die neuen provisorischen Koalitionsregierungen in Stuttgart (Kiene) und Wiesbaden (v. Brentano di Tremezzo).[38]) Auch hier handelten die lokalen Zentrumsgremien aus der Überzeugung, durch ihre Mitarbeit in der improvisierten Exekutive eine bürgerkriegsähnliche Situation vermeiden zu können.[39]) Damit verband sich von vornherein das Bestreben, die Neuordnung der staatlichen Verhältnisse nicht allein Vertretern radikaler Programme zu überlassen. Am 11. November wurde in einem gemeinsamen Aufruf der drei württembergischen Parteien Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Nationalliberale Partei die Forderung nach einer Nationalversammlung erhoben. Die Parteien bekundeten ihren Willen, am Aufbau des Staates mitzuwirken und die provisorische Regierung zu unterstützen.[40]) Vier Tage später forderten die Zentrumsfraktion der Zweiten Kammer des Landtags und der Landesvorstand der Württembergischen Zentrumspartei in Stuttgart ihre Anhänger auf, die gegenwärtigen Regierungen im Reich und im Land in ihren Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, zur Volksernährung und zur Demobilmachung zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollten örtliche Volksräte aus Vertretern aller Berufe und Parteien gebildet und freiwillige Volkswehren („Bürgerwehren") errichtet werden.[41])

Das politische Verhalten der Zentrumsvertreter in Baden, Württemberg und Hessen führte de facto dazu, daß die Reichstags-Koalition von 1917 auf Regierungsebene außerhalb Preußens fortgesetzt wurde. Für das Zentrum bedeutete diese Koalitionsbereitschaft eine unter schweren Bedenken hingenommene Notlösung und nicht etwa eine erwünschte oder auch im Reich und in Preußen anzustrebende politische Partnerschaft.

Am 10. November trat in Köln die Zentrumspartei bereits an die Öffentlichkeit. In einer gut besuchten Versammlung forderte der Ortsvorsitzende, Oberpfarrer Kastert, für seine Partei Mitspracherecht bei der Sicherung geord-

---

[37]) Dazu vgl. J. A. *Zehnter*, Der politische Umsturz in Baden, in: Der Zentrumswähler für das Jahr 1921, S. 35 ff. Ferner W. E. *Oeftering*, Der Umsturz 1918 in Baden. Konstanz 1920, passim.

[38]) Vgl. *Miller*, Bolz, S. 99. Kiene war noch am 8. November 1918 in die letzte königliche Regierung berufen worden. Nach *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 419, nahm Kiene das Amt am 10. November 1918 erst an, nachdem auch der König sein Einverständnis dazu erteilt hatte.

[39]) Vgl. *Bachem*, ebd., S. 419 f.: Kiene erklärte, wenn er in die Regierung einträte, „so tue er das nur zur Rettung des Landes". Dazu *Hagen*, Johannes Kiene, in: Gestalten, Bd. 3, S. 154 f.

[40]) Vgl. *Purlitz*, Dt. Geschichtskalender, S. 120 ff. Bereits am 16. November 1918 übermittelte der Vorsitzende der provisorischen Regierung, *Blos*, dem Finanzministerium eine Liste der neuen Regierung „wegen Einweisung in die Gehalte". Staatsarchiv Ludwigsburg E 131/C I/5.

[41]) Vgl. *Purlitz*, ebd., S. 124.

neter Verhältnisse und der künftigen politischen Arbeit.[42]) Vom Boden seiner Grundsätze und Anschauungen aus erhebe das Zentrum den Anspruch, „klar, deutlich und deutsch" seine Stellung aussprechen zu können. Bereits bei dieser Gelegenheit bezeichnete ein Sprecher die „Liebe zum Volk" als Triebfeder für die Mitarbeit im neuen Staate. Die Versammlung forderte die Mitwirkung „möglichst aller Bevölkerungskreise" und die Umbildung des Arbeiter- und Soldatenrats in einen städtischen „Wohlfahrtsausschuß" und ersuchte den Oberbürgermeister, diese Umbildung rasch in die Wege zu leiten. Die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit bedeutete allerdings nach den Worten von Kastert noch keine Anerkennung der Republik. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Kuckhoff gab der Republik in Deutschland keine Chance und glaubte, die Demokratie in einer Monarchie am besten verwirklichen zu können. Auch die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" betrachtete die Republik noch keineswegs als vollendete Tatsache, sondern wollte die Entscheidung über die künftige Staatsform der Nationalversammlung überlassen.[43])

Ebenso schnell und genauso auf eigene Faust wie in Südwestdeutschland handelten — allerdings unter umgekehrten Vorzeichen — führende Mitglieder der süddeutschen Bauernvereine und des bayerischen Zentrumsflügels. Aus einem lange aufgespeicherten, durch die Folgen der Berliner Kriegswirtschaftspolitik noch verstärkten[44]) und nun allein auf das Zentrum konzentrierten Groll, als Reaktion auf die voraufgegangene „Linkspolitik" der Reichstagsfraktion sowie aus Abneigung gegen die Person und Tätigkeit Erzbergers nutzten bayerische Abgeordnete unter Führung von Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer den Augenblick zur Trennung vom Zentrum. Die am 12. November in Regensburg gegründete Bayerische Volkspartei sollte den „neuen Anforderungen" der Zeit gerecht werden; Heim hielt den seit langem herbeigesehnten Augenblick für gekommen, mit der Zentrumspartei „aufzuräumen".[45]) Die BVP wollte — nicht anders als das Zentrum bisher — als „allgemeine christliche Sammlungspartei" auch evangelischen Christen offenstehen.[46]) An dem gleichen Tage, an dem in Regensburg der Grundstein zur Bildung einer neuen Partei gelegt wurde, veröffentlichte die Berliner „Germania" einen offensichtlich verspätet eingegangenen undatierten Aufruf der Münchener Zentrumspartei, der in geradezu klassischer Weise die Parteifreunde aufforderte, Ruhe zu bewahren und sich den „gegebenen Verhältnissen" zu fügen.[47])

[42]) Vgl. *KV* Nr. 889 vom 11. November 1918.

[43]) Vgl. Nr. 887 vom 11. November 1918.

[44]) Im Programm der BVP fand sich der Satz: „Wir haben es satt, für die Zukunft von Berlin aus bis ins kleinste regiert zu werden." Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 403.

[45]) Vgl. *Renner*, Heim, S. 166.

[46]) Dazu vgl. *Schwend*, Bayern, S. 58 ff. Die parteiamtliche Publikation von Richard *Ringelmann*, Die Bayerische Volkspartei. München 1920, S. 5, bezeichnete die Gründung als eine „rettende Tat".

[47]) Nr. 529 vom 12. November 1918.

Die Nachricht von der Separation der BVP, die mit auffallender Verspätung in Westdeutschland wie in Berlin eintraf, wurde im Zentrum nördlich des Mains mit „lebhaftem Bedauern" aufgenommen.[48]) Man vermutete dahinter „Sonderbündelei"[49]) sowie „starke partikularistische Tendenzen" und möglicherweise auch den Versuch, dadurch die Deutsch-Österreicher für sich zu gewinnen, um auf diese Weise ein „Schwergewicht gegen Norddeutschland" zu schaffen[50]), sah aber in diesen turbulenten Tagen offensichtlich keine Möglichkeit, von Berlin oder Köln aus auf die bayerischen Entscheidungen einzuwirken. Deren Tragweite wurde unterschiedlich eingeschätzt.[51]) In der Folge blieb der Zentrumsführung, die vorerst im rechtsrheinischen Bayern keinen Stützpunkt mehr besaß, nichts anderes übrig, als ihren früheren Anhängern den Beitritt zur BVP nahezulegen. Über die künftige Rolle der neuen Partei im Rahmen der Reichspolitik gab man sich im Berliner Hauptquartier des Zentrums keinen Illusionen hin.[52]) Im übrigen war der erste Generalsekretär der BVP, Anton Pfeiffer, ein Bruder des ersten Generalsekretärs der Zentrumspartei, Maximilian Pfeiffer.

2. Parteipolitisches Wiedererwachen

Seit dem 11. November 1918 waren, wie bereits erwähnt, Gröber, Trimborn und Fehrenbach nicht mehr in Berlin, wo Erzberger am Abend des 13. November eintraf. Im Mittelpunkt der politischen Ereignisse fand sich keine Instanz oder führende Persönlichkeit der Zentrumspartei, um in den Tagen allgemeiner Lähmung eine wegweisende Parole ausgeben zu können. Ähnlich wie in Baden,

---

[48]) So *KV* Nr. 912 vom 19. November 1918.

[49]) So *Germania* Nr. 541 vom 19. November 1918.

[50]) So *Becker-Arnsberg* am 19. November 1918 an Stegerwald. Nachl. Marx IX. *Marx* nannte Heim und Schlittenbauer (in einem Schreiben vom 16. November 1918 an einen Hagener Redakteur) „unbelehrbare übertriebene Partikularisten". Ebd. XXXII. Wenige Wochen später (3. Januar 1919) schrieb Carl *Bachem* an den Zentrumssekretär Josef Hilngrainer: „Gar sehr haben wir hier bedauert, daß die neue Bayerische Volkspartei sich vom einigen deutschen Zentrum losgelöst hat. Hat man da nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet? Gewiß war die Berliner Wirtschaft während des Krieges sehr übel. Aber das war doch kein Grund gewesen, das deutsche Zentrum leiden zu lassen." Nachl. Bachem 464. Ähnlich der preuß. Abg. *Grebe*, Zentrum und deutschnationale Katholiken, S. 3: Die Ursache der Trennung der BVP vom Zentrum liege „nicht in konfessionellen Gründen, sondern in partikularistischen Bestrebungen". Allzusehr vereinfachend heißt es bei *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 267: Die Gründung der BVP sei „lediglich aus den Instinkten des bayerischen Partikularismus" heraus geschehen.

[51]) Vgl. *KV* Nr. 912 vom 19. November 1918: „Das alte Zentrum ist in Aufbau und Idee als freie politische Partei dadurch sehr gefährdet." Illusionen gab sich *Becker-Arnsberg* hin (in dem in der vorigen Anm. erwähnten Schreiben), wenn er glaubte, daß in Bayern in Kürze die Republikaner die Mehrheit erringen würden, „so daß die Schlittenbauer und Genossen mit ihren Bestrebungen nicht ans Ziel kommen werden".

[52]) Am 18. Dezember 1918 sprach Maximilian *Pfeiffer* gegenüber seinem Bruder Anton, dem Generalsekretär der BVP, die Ansicht aus, daß die BVP in der Nationalversammlung zur „absoluten Einflußlosigkeit" verurteilt sein würde. Nachl. Pfeiffer.

Württemberg und Hessen meldeten sich jetzt auch andernorts lokale Zentrumsgruppen zu Wort. Im Verein mit der Zentrumspresse drängten sie darauf, ein Lebenszeichen und eine politische Marschroute von den bisherigen Führern zu erhalten[1]), um nicht länger hinter der Entwicklung herzulaufen. Die „Germania" rief am 14. November zur raschen „Wiederbelebung" der durch den Krieg „arg mitgenommenen parteipolitischen Organisation" und zur Aufklärung der Wählerschaft auf.[2]) Von Westdeutschland aus wurde bereits Mitte November der baldige Zusammentritt eines Parteitags und die Vorlage eines richtungweisenden Programms von seiten der „berufenen Führer" — ein Topos der Zentrumssprache — gefordert.[3])

Da jedoch keiner dieser Führer ein Lebenszeichen von sich gab, sprangen einige der bisherigen Reichstagsabgeordneten des Zentrums in die Bresche, die in Berlin wohnten oder sich dort aufhielten. Sechs Angehörige der letzten Reichstagsfraktion — Faßbender, Giesberts, Koßmann, Pfeiffer, Frhr. von Rechenberg und Schiffer — fanden sich am 12. November zusammen und gaben zunächst ihrer Überzeugung Ausdruck, daß der alte Reichstag weiterhin die „einzige unverändert gebliebene Vertretung des deutschen Volkes" sei, deren Befugnisse „nicht willkürlich geschmälert" werden dürften.[4]) Diese Auffassung entsprach ganz der Ansicht Fehrenbachs, der sogar noch Wochen später der zunächst als „Reichskanzler Ebert-Haase" titulierten Regierung gegenüber den alten Reichstag für existent betrachtete.[5]) Demgegenüber nahm der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, Porsch, in realistischer Einsicht davon Abstand, die ehemalige Fraktion einzuberufen.[6]) Er hielt es allerdings für seine Pflicht, am 24. November beim Vorsitzenden des „politischen Kabinetts für Preußen" gegen die am 16. November ausgesprochene Auflösung des Abgeordnetenhauses zu protestieren, da sich die Parlamentarier noch im Besitz ihrer Mandate fühlten.[7])

Die Berliner Zusammenkunft der genannten sechs Zentrumsparlamentarier am 12. November bildete den Auftakt zu regelmäßigen Treffen dieser kleinen Gruppe. Zu ihr gesellten sich bald Parteifreunde verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Organisationen und Vertreter der Presse[8]), die sich für das Schicksal

[1]) Vgl. *KV* Nr. 897 vom 13. November 1918: „Auch das Zentrum wird nicht verfehlen dürfen, sich möglichst bald über seine Stellung zu den neuen Verhältnissen schlüssig zu werden."

[2]) Nr. 533.

[3]) Vgl. *KV* Nr. 901 vom 15. November 1918; *Tremonia* (Dortmund) Nr. 318 vom 17. November 1918.

[4]) Vgl. *Pfeiffer*, Zentrum, S. 18.

[5]) Vgl. *KV* Nr. 905 vom 16. November 1918; *Schulthess* 1918/I, S. 501 f.

[6]) Schreiben vom 16. November 1918 an alle ehem. Fraktionsmitglieder. *Porsch* verabschiedete sich gleichzeitig von seinen Kollegen und schloß: „Die Hoffnung auf ein Wiedersehen im Parlament wage ich nur bedingt auszusprechen." Nachl. Marx IX.

[7]) Nachl. Richthofen 5.

[8]) Vgl. *KV* Nr. 901 vom 15. November 1918; *Pfeiffer*, Zentrum, S. 17.

der Zentrumspartei verantwortlich fühlten. Die Führung dieses Gremiums lag seit dem 14. November bei dem inzwischen aus Compiègne zurückgekehrten Staatssekretär Erzberger. Das Bestreben dieser Zentrumsvertreter war zunächst darauf gerichtet, ihrerseits zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und zur Wahrung der bedrohten Einheit des Reiches beizutragen. Das Bemühen, den verfassungslosen Zustand rasch zu beendigen, führte die Berliner „Aktiven" sofort an die Seite derjenigen politischen Kräfte, die auf ein Verschwinden der sozialdemokratischen Diktatur und auf baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung drängten.

Seit dem 13. November trat die Berliner Gruppe mit einer Abfolge von Kundgebungen an die Öffentlichkeit, deren Entwürfe jeweils von Pfeiffer stammten. Der erste kurze Aufruf[9]), noch ohne Erzbergers Unterschrift, richtete sich ganz allgemein an die „Wähler in Stadt und Land". Er war nicht mehr als ein beschwörender Appell, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande zu sorgen. Damit verband sich die Mahnung abzuwarten, bis die Zentrumspartei „alle, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen", an die Wahlurne rufen werde. Dieser etwas hilflos wirkende Aufruf hatte mit den ihm folgenden Kundgebungen eines gemeinsam: Er vermied jeglichen Hinweis sowohl auf die Ereignisse der letzten Tage als auch auf einen in der Stunde des militärischen und dynastischen Zusammenbruchs etwa aufleuchtenden Funken neuen Beginnens. Der einzige halbwegs konkrete Hinweis des ersten Aufrufs („Schließt Euch von der Arbeit für öffentliche Einrichtungen nicht aus") ermunterte die Parteianhänger, in den neugeschaffenen lokalen (Räte-)Organisationen mitzuarbeiten und das Feld nicht allein sozialistischen Kräften zu überlassen.

Ähnlich forderte ein am gleichen Tage erlassener Aufruf von sechs in Berlin anwesenden Mitgliedern der letzten Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses — Giesberts, von dem Hagen, Hager, Itschert, König und Wildermann — die Zentrumsanhänger auf, die lokalen Parteiorganisationen auszubauen und zu stärken, um das Zentrum bei der (sehr vage umschriebenen) „Neuregelung der Verhältnisse" voll zur Geltung bringen zu können.[10]) Ein erster Schritt in Richtung auf dieses Ziel bedeutete ein namentlich unterzeichneter, vom 14. November datierter Aufruf der „in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags" — zu denen sich Erzberger gesellt hatte — an die „Männer und Frauen vom Zentrum".[11]) In diesem volkstümlich und streckenweise sogar poetisch gehaltenen Aufruf („Wir reden die Sprache des Volkes, und was wir denken und fordern, versteht jeder deutsche Mann und

[9]) Vgl. *Germania* Nr. 532 vom 13. November 1918; *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 68 f.

[10]) Vgl. *Germania* Nr. 532 vom 13. November 1918; *KV* Nr. 898 vom 14. November 1918.

[11]) Vgl. *Germania* Nr. 536 vom 15. November 1918; *KV* Nr. 901 vom 15. November 1918; *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 69 ff. (mit der falschen Datierung: 13. November 1918 und ohne Unterschriften).

jede deutsche Frau") zeichneten sich vage Umrisse eines künftigen Parteiprogramms ab.

Der Appell begann in traditioneller Weise mit einem allgemein gefaßten Bekenntnis zu den „urewigen Menschheitsidealen" Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit und formulierte dann ein nicht minder allgemein gehaltenes Verdikt über „Klassenherrschaft" und bolschewistische Diktatur. Konkret wurden ein „Frieden des Rechtes" und das Recht auf Selbstbestimmung gefordert, ein Postulat, das von nun an in allen programmatischen Kundgebungen wiederkehrte. Bis zum Zusammentritt der seit dem 9. November ununterbrochen verlangten Einberufung einer Nationalversammlung[12]) sollte der 1912 gewählte Reichstag die gesetzliche Vertretung des Volkes bilden. Situationsbedingt war die Mahnung, allerorts lokale Ausschüsse zu bilden und nicht weniger zäh und energisch zu sein als die „Feinde der Ordnung". Unter beschwörendem Hinweis auf den Kulturkampf wurde zur Einigkeit aller deutschen Stämme aufgerufen („In der Not zeigt sich die Treue") und die Verbundenheit mit den Zentrumsanhängern und „treuen Katholiken" in den gefährdeten Grenzgebieten des Reiches zum Ausdruck gebracht. Im Hinblick auf die künftige Wahlentscheidung der neuen weiblichen Wählermassen — deren wichtige Rolle man ebenso entdeckte wie das bisherige Versäumnis ihrer politischen Schulung[13]) — appellierte der Aufruf in lyrisch anmutenden Formulierungen an die Frauen („Starke Frauenherzen werden über schwache Männerwillen siegen"; „Die Herzen in die Höhe, der alte Gott lebt noch!"), für die alten Zentrumsideale einzutreten.

Diese von nun an wieder unablässig zitierten Ideale „Wahrheit, Recht und Freiheit" gaben jedoch keine Antwort auf die drängenden Probleme des Tages, unter denen die Fragen der künftigen Staatsform und Reichsgliederung zunächst vollständig ausgeklammert blieben. Die Berliner Zentrumsvertreter begnügten sich indes nicht nur mit den erwähnten Aufrufen, denen sie weitere folgen ließen, sondern suchten ähnlich wie ihre Parteifreunde in Baden, Hessen und Württemberg durch rasches Handeln den eigenen Einfluß geltend zu machen. Am 14. November beriefen sie aus ihrem Kreis einen dreiköpfigen Aktionsausschuß, bestehend aus je einem Abgeordneten der ehemaligen Landtagsfraktion (Wildermann) und der Reichstagsfraktion (Pfeiffer) sowie dem Leiter der „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz" (Fortmann). Einen Tag später wurde auf Initiative Erzbergers in Berlin ein Generalsekretariat des Zentrums errichtet, dessen Lei-

[12]) Vgl. *Germania* Nr. 526 vom 9. November 1918 (Abendausgabe).

[13]) Am 15. November 1918 veröffentlichte die *Germania* (Nr. 535) den Beitrag einer nicht namentlich genannten weiblichen Mitarbeiterin, in dem es u. a. hieß: „Die Sozialdemokratie hofft vom Frauenstimmrecht weitere Stärkung der eigenen Parteien. Es könnte auch anders sein!" Auf einer Versammlung der Breslauer Zentrumspartei am 20. November 1918 erklärte *Porsch*, das Zentrum sei bisher „in vollster Übereinstimmung mit den Frauen" nie für deren Wahlrecht eingetreten. Vgl. *Germania* Nr. 544 vom 21. November 1918. Einige Tage später schrieb der Chefredakteur der Germania August *Hommerich* (in Nr. 549 vom 24. November 1918), das Zentrum habe dem Frauenstimmrecht bisher „ziemlich indifferent" gegenübergestanden.

tung der Reichstagsabgeordnete (seit 1907) und langjährige Mitarbeiter Erzbergers (bis 1917) in dessen Propagandabüro, Maximilian Pfeiffer, übernahm.

Damit war ein von den Vertretern der Zentrumspresse zuletzt im September 1918 ausgesprochener Wunsch nach der Errichtung eines zentralen Parteibüros erfüllt. Von diesem „geistigen Mittelpunkt der Zentrumspolitik" aus[14]) wurde ohne Verzug damit begonnen, die Wahlen zur Nationalversammlung vorzubereiten (Vermittlung von Rednern, Anfertigung und Versand von Werbematerial usw.) und eine Zusammenkunft des Reichsparteiausschusses in die Wege zu leiten.[15]) Bereits am 16. November veröffentlichte die Berliner „Germania" den ersten Aufruf dieses Generalsekretariats um Geldspenden für den Wahlkampf. Das Amt des „Kassierers" übernahm der bisherige Reichstagsabgeordnete Freiherr von Rechenberg.[16])

Die in Berlin entwickelte Aktivität wurde bei den Zentrumsanhängern im Lande als ein Symptom „neu erwachter Tatkraft" dankbar begrüßt.[17]) Sie löste den noch vielerorts ungebrochenen Bann des Schweigens und beendete die kurze Zeitspanne „vollständigen parteipolitischen Verstummens". Von Mitte November an kam das Zentrum mit Hilfe der lokalen Presse gleichzeitig an verschiedenen Stellen des Reiches wieder „an Bord".[18]) Es erhob seine Stimme in zahlreichen Aufrufen[19]) und örtlichen Kundgebungen, in denen auch unter Hinweis auf die bolschewistische Gefahr baldige Wahlen zur Nationalversammlung gefordert wurden; jegliche „Klassenherrschaft" fand schärfste Ablehnung. Stets war von der Notwendigkeit die Rede, Ruhe und Ordnung zu wahren, bei der Lösung der vordringlichen Aufgaben (Sicherung der Lebensmittelversorgung, Demobilisierung) mitzuarbeiten und bei Durchführung dieser Aufgaben die Arbeiter- und Soldatenräte zu unterstützen. Die Hinnahme der neuen Staatsform als gegebene Tatsache verband sich mit einem Bekenntnis zu den eigenen „grundsätzlichen Überzeugungen".

---

[14]) So *Germania* Nr. 543 vom 20. November 1918.

[15]) Vgl. *Germania* Nr. 535 vom 15. November 1918 sowie *Pfeiffer*, Zentrum, S. 19.

[16]) Vgl. *Germania* Nr. 537 vom 16. November 1918.

[17]) Vgl. *KV* Nr. 903 vom 15. November 1918.

[18]) „Zentrum an Bord" lautete die Überschrift eines Leitartikels der *Tremonia* Nr. 315 vom 14. November 1918 und der KV Nr. 901 vom 15. November 1918.

[19]) Dazu zählt neben den bisher erwähnten Aufrufen der Berliner Gruppe auch der in der *Germania* Nr. 535 vom 15. November 1918 veröffentlichte Aufruf des Hauptvorstands der Sächs. Zentrumspartei, in dem das Zentrum als Partei der Ordnung bezeichnet wurde, die jetzt Sorge tragen müsse, daß kein Chaos entstehe. In einem Aufruf der Trierer Zentrumspartei vom 15. November 1918 war davon die Rede, aus den Idealen der Zentrumspartei „Mut und Kraft" zu schöpfen. Vgl. *Trierische Landeszeitung* Nr. 271 vom 15. November 1918. Am 17. November 1918 nahm auch der Vorstand der Rhein. Zentrumspartei zu den „bedeutungsvollen Vorgängen" der Gegenwart Stellung, nachdem „allmählich die Zukunft Deutschlands in ihren Umrissen erkennbar" geworden sei. Vgl. *KV* Nr. 907 vom 18. November 1918.

Auf verschiedenen Kundgebungen[20]) kamen erstmals auch Frauen zu Wort, so in Karlsruhe Clara Siebert und in Köln Christine Teusch sowie Minna Bachem-Sieger. Hingegen traten vorerst keine Politiker adliger Herkunft (Ausnahme: v. Brentano in Wiesbaden, Frhr. v. Rechenberg in Berlin) oder Angehörige des agrarisch-konservativen Parteiflügels in Erscheinung. Teilweise übernahmen Sekretäre der katholischen Arbeitervereine und der Christlichen Gewerkschaften mit ihren Organisationen die Rolle der fehlenden Zentrumssekretariate.

In allen Teilen des Reiches galt die Vorbereitung des bevorstehenden Wahlkampfs für eine Nationalversammlung des Reiches und für entsprechende Landesversammlungen als vordringliche Aufgabe. Nach dem Berliner Beispiel richteten sich die ersten Anstrengungen darauf, eine Parteiorganisation zu schaffen und die weibliche Wählerschaft anzusprechen. Von Breslau aus drängte Porsch am 16. November auf Nominierung auch von weiblichen Vertrauensleuten.[21]) Ein vom 18. November datierter Aufruf des Vorstands der Rheinischen Zentrumspartei (Trimborn, Jörg, Kastert)[22]) forderte sehr konkret 1. die sofortige „Wiederaufrichtung der Kreis- und Ortskomitees", in denen alle Schichten der Bevölkerung vertreten sein sollten, 2. die „Organisation der Frauen" mit Hilfe der bestehenden konfessionellen Organisationen, 3. den Beginn einer regen Versammlungstätigkeit[23]) und 4. das Aufbringen größerer Finanzmittel nach dem als vorbildlich hingestellten Beispiel von Köln. Dort sei es gelungen, innerhalb kürzester Zeit ganz bedeutende Summen zusammenzubringen. Hinter dem vordringlichen Bemühen um den Wiederaufbau bzw. Ausbau des organisatorischen Unterbaus traten konkrete politische Zielsetzungen fast vollständig in den Hintergrund. Allein Porsch richtete bereits am 16. November — also noch vor Bekanntwerden des neuen Wahlrechts — das Augenmerk auf das künftige Zusammengehen der bürgerlichen Parteien.[24])

---

[20]) In Düsseldorf fand am 16. November 1918 eine Zentrumskundgebung statt, auf der *Marx* referierte. Nachl. Marx IV. Auf der ersten Versammlung in Trier am 17. November 1918 erklärte der Vors. des Trierer Zentrums, Rechtsanwalt *Stöck*, die in den letzten Tagen viel gehörte Frage: „Wo bleibt das Zentrum? Schläft das Zentrum? Ist es tot oder schon begraben?" sei durch die große Zahl der anwesenden Parteianhänger beantwortet. Vgl. *Trierische Landeszeitung* Nr. 273 vom 18. November 1918. Über den Verlauf einer Versammlung von Zentrumswählern in Karlsruhe am 16. November 1918 vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 442. Mehr als 3000 Personen nahmen an einer Kundgebung des Kölner Zentrums am 17. November 1918 teil und erhoben in einem Telegramm an die Regierung Einspruch gegen die Fortdauer der Arbeiter- und Soldatenräte und gegen die Art, „wie die lokale Berliner Regierung Verfassungsbestimmungen durch Verordnungen mit Gesetzeskraft vorwegnimmt". Vgl. *KV* Nr. 909 vom 18. November 1918; *Germania* Nr. 542 vom 19. November 1918. Am gleichen Tage (Sonntag) fand auch in Münster eine Zentrumsversammlung statt. Vgl. *Germania* Nr. 542 vom 19. November 1918; *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 119 f.

[21]) In dem in Anm. 6 genannten Schreiben. Ferner *Germania* Nr. 543 vom 20. November 1918.

[22]) Nachl. Marx IX.

[23]) Ausdrücklich wurde daran erinnert, daß jetzt in Deutschland „vollständige Versammlungs- und Redefreiheit" herrsche.

[24]) S. Anm. 6.

Überblickt man die ersten lokalen Kundgebungen und das politische Wiedererwachen des Zentrums an verschiedenen Stellen des Reiches bis etwa Mitte November 1918, so gewinnt man den Eindruck, daß die Schockwirkung des 9. November die Partei zwar schwer getroffen, aber mit Ausnahme der älteren Führergeneration keineswegs gelähmt hatte. Unter dem Zwang, zu den Ereignissen sofort und unreflektiert Stellung nehmen zu müssen, und angesichts der Tatsache, daß es keine Möglichkeit gab, das Verhalten der einzelnen Parteivertreter und Landesverbände mit- und aufeinander abstimmen zu können, stand die eigentliche Problematik der Zentrumspartei in diesem Zeitraum nicht zur Debatte. War damit aber bereits die zentrale Frage nach der Existenzberechtigung des Zentrums in seiner bisherigen Gestalt und Programmatik positiv entschieden? Wurde nirgendwo aus nüchterner Einsicht in das Ausmaß der Katastrophe oder aus dem Bewußtsein eines staatlichen Zusammenbruchs und gesellschaftspolitischen Neubeginns eine Reform oder Preisgabe des Zentrums befürwortet, die man seit Jahren innerhalb und außerhalb der Partei diskutierte?

3. Neuformierung des alten Zentrums?

> „Wenn die künftige Nationalversammlung für die Republik entscheidet, so sind wir bereit, auch auf diesem Boden für das Wohl des Volkes zu arbeiten. Man wird uns erkennen als gute Republikaner, zugleich als gute Christen." KV Nr. 909 vom 18. November 1918.[1])

Der Versuch, den Zentrumsturm von innen her aufzubrechen und auf seinen Fundamenten eine interkonfessionelle, christlich-konservative (Volks-)Partei zu errichten, wurde im November 1918 von verschiedenen Seiten aus unternommen. Der frühere Verbandssekretär der Windthorstbunde, Eduard Stadtler, propagierte den Plan einer „konservativ-christlich-ständischen Volksbewegung", für den er Martin Spahn und Stegerwald zu gewinnen suchte. Die von Stegerwald geführten Christlichen Gewerkschaften sollten dabei den Kern der neuen Gruppierung bilden. Da es jedoch sowohl Spahn als auch Stegerwald nach anfänglichem Zögern ablehnten, an die Spitze einer großen „christlich-sozialen Volksgemeinschaft"[2]) zu treten, kam sie nicht zustande. Stadtler betätigte sich in der Folge als antibolschewistischer Agitator und Publizist, vorerst ohne

[1]) In einem Bericht über eine Zentrumskundgebung am 17. November 1918 in Köln (s. das vorige Kapitel, Anm. 20).

[2]) So *Weber*, Stegerwald, S. 40. Der bisherige Reichstagsabg. *Becker-Arnsberg* schrieb am 19. November 1918 aus Köln an Stegerwald in Berlin, er habe erfahren, daß mit einem Aufruf zur Gründung einer neuen Partei zu rechnen sei, an der sich auch Stegerwald beteiligen werde. Nachl. Marx IX. Martin *Spahn* schrieb im Frühjahr 1932 (in: Für den Reichsgedanken, S. 387), Stegerwald sei Ende 1918 bereit gewesen, das Zentrum aufzugeben und zusammen mit Batocki eine „neue, allgemeine deutsche und christliche Partei" ins Leben zu rufen, aber über die ersten Besprechungen nicht hinausgekommen.

parteimäßigen Hintergrund. Sein Weg führte ihn später zeitweise an die Seite Spahns und schließlich ins nationalsozialistische Lager.

Daß sich Stegerwalds Name mit dem Versuch verknüpfte, das Zentrum zu einer interkonfessionellen Volkspartei umzubilden, ist nicht verwunderlich. Der 1917 als erster Arbeiterführer in das Preußische Herrenhaus berufene Gewerkschaftler hatte sich bereits in den Kriegsjahren für eine entsprechende Umwandlung des Zentrums ausgesprochen. Dabei wollte er insbesondere die Interessen der Arbeiterwähler in der Reichstagsfraktion in ganz anderem Ausmaß als bisher berücksichtigt wissen. Daß Stegerwald jedoch im November 1918 nicht zum Handeln drängte, lag zweifellos weniger daran, daß er seiner monarchischen Vergangenheit verhaftet war, als vielmehr in der Tatsache, daß der Zusammenhalt der Christlichen Gewerkschaften und die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbunds seine ganze Aufmerksamkeit und Arbeitskraft erforderten. Zudem wirkte er in diesem Zeitraum entscheidend mit am Zustandekommen der Zentralarbeitsgemeinschaft.[3])

Ein Umbau des deutschen Parteiensystems im Sinne der früheren Parole von Julius Bachem „Heraus aus dem Turm" (1906) wurde jetzt auch von einem anderen Sozialpolitiker propagiert. Der geistliche Direktor beim Volksverein, Heinrich Brauns — nach einem Wort Martin Spahns[4]) derjenige unter den leitenden Männern von M.Gladbach, der die „Wurzeln seiner Urteilsbildung am tiefsten im Arbeiterviertel" des Zentrums hatte —, legte als erster einen Plan zur Erneuerung des deutschen Parteiensystems vor, über die er sich bereits während der Kriegszeit Gedanken gemacht hatte. So konnte er bereits am 13. November den rheinischen Zentrumsführern Trimborn, Marx und Kastert (Vorsitzender des Kölner Zentrums) die Grundlinien seiner Überlegungen zuleiten.[5])

Brauns, der zugleich für die Redaktion der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" (Joseph Joos) sprach, ging davon aus, daß das Zentrum in seiner überkommenen Form keine Zukunft haben werde. Er befürwortete die Gründung einer neuen Partei, deren Programm so beschaffen sein sollte, daß die „sozial und demokratisch gesinnten Elemente" des Zentrums „aus allen Ständen" bereitwilligst mitmachen könnten. Zur Gründung der neuen demokratisch und interkonfessio-

---

[3]) Am 14. Juli 1921 erklärte *Stegerwald* (als Ministerpräsident) im Preuß. Landtag: „Ich hatte nach der Revolution größere Pläne in der christlichen Arbeiterbewegung vor. Damals haben mich meine eigenen Kollegen im Stich gelassen. Wenn sie mich — in der Zwischenzeit haben sie mir Gefolgschaft geleistet — nach der Revolution nicht im Stich gelassen hätten, hätte ich kein Mandat zur Nationalversammlung, zur Preußischen Landesversammlung angenommen, hätte ich mich gar nicht in die politische Tätigkeit einschalten lassen." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 2779. Ähnlich kurz zuvor, am 7. Juni 1921; ebd., Sp. 1639.

[4]) Das Zentrum am Ziele seiner Entwicklung als Verfassungspartei, in: *Kathol. Korrespondenzblatt* Nr. 36 vom 16. September 1922 (Nachdruck).

[5]) Nachl. Marx IX. Bei Hermann Josef *Schmitt*, Brauns, in: Staatslexikon 2^6, 1958, Sp. 161 f., ist Brauns' Anteil an der Neubelebung des Zentrums ebensowenig erwähnt wie in anderen Monographien. Eine Biographie über Brauns ist ein Desiderat.

nell ausgerichteten christlichen Volkspartei sollten neben führenden Zentrumspolitikern solche Persönlichkeiten aufrufen, „hinter denen auch Organisationen stehen". Dieser Vorschlag zielte in erster Linie auf die Führer der Christlichen Gewerkschaften. Für Brauns galt es dabei als selbstverständlich, daß die bisherigen Gegner der „demokratischen Entwicklung" in den eigenen Reihen vorerst nicht politisch hervortreten dürften. Es entsprach der Konsequenz seiner Pläne, wenn er den Namen Zentrum und damit auch nach außen hin das Prinzip der „katholischen Partei" aufgeben wollte. Brauns hoffte, mit der ihm vorschwebenden Neugründung einen Abmarsch der katholischen Arbeitermassen zur SPD verhindern und angesichts der Wahlen zur Nationalversammlung „unseren führenden Kreisen und vor allem auch dem Klerus" eine politische Orientierung bieten zu können.[6])

Die von dem M.Gladbacher Sozialpolitiker entwickelten programmatischen Leitgedanken bekannten sich außenpolitisch zur Völkerverständigung und zum Gedanken des Völkerbunds in dem von Erzberger skizzierten Sinne.[7]) Im innenpolitischen Teil stand das Ziel eines neugegliederten bundesstaatlichen „Großdeutschland" im Vordergrund. Hier wurde ferner eine Volksregierung mit einem Monarchen als repräsentativer Spitze gefordert. Diese für den damaligen Zeitpunkt ungewöhnliche Formulierung, die auf eine ältere Vorlage hindeutet, erhielt jedoch vorsorglich den Zusatz: „Auf alle Fälle aber entschlossene Anerkennung der durch die Nationalversammlung zu beschließenden Verfassung". Neben weiteren Forderungen nach Einführung des gleichen Wahlrechts, des Verhältnis- und Frauenwahlrechts bestand das Wirtschaftsprogramm in dem Satz, das „Gemeininteresse" in den Vordergrund zu rücken und Kriegsgewinne steuerlich zu erfassen. Nach einem knappen Hinweis auf die notwendige Fürsorge für Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebenen hieß es nicht weniger knapp im kulturpolitischen Teil, daß eine „Vergewaltigung der Gewissen und der religiösen Genossenschaften" verhindert werden müsse.

Die Frage, ob diese zunächst noch nicht publizierte neue Parteikonzeption eine Mehrheit bei den Anhängern des Zentrums in Westdeutschland finden

---

[6]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums erklärte *Brauns* am 15. September 1919: „Es ist mir nachgesagt worden, ich hätte propagiert, das Zentrum hätte eine Linkspartei werden müssen. Einen solchen Standpunkt [. . .] habe ich nie vertreten." Vgl. Bericht, S. 86 f. Die Übereinstimmung Brauns' mit Joos ergibt sich aus einem Artikel „Das neue Zentrum", in: *WAZ* Nr. 1 vom 26. Januar 1919, in dem es — wahrscheinlich von *Joos* — hieß: „Wir stehen nicht an zu sagen, daß wir sogar die Annahme eines neuen Namens begrüßt hätten. [. . .] Beim Zusammenbruch der alten Parteien und dem Aufkommen neuer Gruppierungen kann damit gerechnet werden, daß ein zeitgemäßes zugkräftiges Programm dem Zentrum neue Anhänger zuführen wird, zumal aus der christlich-nationalen Arbeiterschaft; dieser Zuzug wäre zweifellos wesentlich durch die Namensänderung gefördert worden. Die Gründe, die für die vorläufige Beibehaltung des alten Namens gesprochen haben, erkennen wir jedoch durchaus an, zumal den einen, daß politische Geschäftemacher mit dem abgelegten Namen Zentrum Mißbrauch treiben könnten."

[7]) Der Völkerbund. Der Weg zum Weltfrieden. Berlin 1918 (erschienen im Oktober). Dazu vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 279 ff.

würde, ließ sich vorerst nicht beantworten. Die Formulierung in einem Leitartikel der „Kölnischen Volkszeitung" am 15. November: „Was wir bisher vertreten haben, behält in seinen Grundzügen auch in der neuen Ära seine Existenzberechtigung"[8]), schien wenig Raum zu lassen für die Bereitschaft zu einer Preisgabe des Zentrums. Noch war überhaupt nicht zu erkennen, auf welche Weise neue Wähler oder gar Wählermassen aus Kreisen der nichtkatholischen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, angesprochen und gewonnen werden konnten.

Die bereits erwähnten Erklärungen der in Berlin anwesenden Zentrumsabgeordneten vom 13./14. November enthielten keine zukunftsweisenden Gedanken. Dasselbe galt für weitere sechs Aufrufe des gleichen Berliner Kreises in der Zeit vom 15. bis zum 25. November.[9]) Diese Aufrufe wandten sich „An unsere Gesinnungsgenossen in Österreich" (15. November)[10]), an die „Arbeiter, Soldaten und Matrosen vom Zentrum"[11]), an die „Beamten, Lehrer und Angestellten" (19. November)[12]), an die „Bürger und Bauern im deutschen Vaterland" (25. November)[13]) und „An Deutschlands akademische Jugend"[14]). Hinzu kam ein weiterer Aufruf „Friede — Brot" vom 23. November[15]), in dem der sofortige Abschluß eines Vorfriedens gefordert wurde, um die Hungerblockade zu beendigen.

Stereotyp kehrte in diesen Kundgebungen die eindringliche Mahnung wieder, in den jeweiligen lokalen Beamten-, Bauern- oder Soldatenräten an der „Niederhaltung der schlechten Elemente" und an der „geordneten Regelung des öffentlichen Lebens" mitzuarbeiten.[16]) Damit verband sich ein Appell zur Abwehr der bolschewistischen Gefahr und die Forderung, möglichst rasch eine deutsche

[8]) Nr. 903. Überschrift: „Das Zentrum und die neue Zeit".

[9]) Vgl. *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 71 ff. Dort fehlt ein Aufruf „Parteifreunde in Preußen", veröffentlicht in der *Germania* Nr. 540 vom 18. November 1918.

[10]) Vgl. *Germania* Nr. 538 vom 16. November 1918; *KV* Nr. 909 vom 18. November 1918.

[11]) Vgl. *Germania* Nr. 537 vom 16. November 1918.

[12]) Vgl. *Germania* Nr. 543 vom 20. November 1918; *KV* Nr. 915 vom 20. November 1918.

[13]) Vgl. *Germania* Nr. 551 vom 26. November 1918; *KV* Nr. 931 vom 26. November 1918. Dieser Aufruf, der umfangreichste von allen, trägt ebenso wie der an die „Beamten, Lehrer und Angestellten" die Unterschrift: „Die Zentrumspartei".

[14]) Vgl. *Germania* Nr. 562 vom 2. Dezember 1918.

[15]) Vgl. *Germania* Nr. 549 vom 24. November 1918; *KV* Nr. 925 vom 24. November 1918.

[16]) In den Erinnerungen des Konstanzer Rechtsanwalts und örtlichen Zentrumsvors. *Baur*, Lebenslauf, S. 51, heißt es: „Ich riet nur denjenigen Gesinnungsgenossen, welche in die neu zu bildenden ‚Räte' gebeten wurden, in diese Räte einzutreten, um Schlimmstes zu verhindern. [...] Man entschloß sich überall, der drohenden Unordnung und Not entgegenzutreten und unsere Leute für die bevorstehende Wahl der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung vorzubereiten und vor allem vor dem drohenden Spartakismus und Bolschewismus der radikalen Soldaten- und Arbeiterräte zu warnen. Unser Reichstagsabgeordneter Diez übernahm im Seekreis die Führung der Bauernräte in der Absicht, die Bauernschaft vor den radikalen Elementen zu bewahren." Dazu vgl. die Lebenserinnerungen von *Diez*, S. 56, mit weiteren Einzelheiten, auch über Widerstände gegen den Versuch einer „Bodenreform".

Nationalversammlung einzuberufen. Die bilderreiche und streckenweise sogar poetische Sprache („Kommt zu uns, Brüder in Österreich!") der meisten Aufrufe läßt auf Pfeiffers Verfasserschaft schließen.

Die Berliner Erklärungen befaßten sich mit politischen und wirtschaftlichen Alltagsproblemen und vermieden jeden Hinweis auf eine künftige programmatische Neuausrichtung der Partei. Ein Satz wie der folgende: „Sammelt Euch unter der Fahne des Zentrums, es wird Euch in neuer Gestalt und Verfassung dem wahren Volksstaat entgegenführen", war ebenso vieldeutig wie nichtssagend.[17]) In der Formulierung aus dem Aufruf an die Österreicher: „Die Gedanken der christlichen Demokratie seien unser gemeinsames Ideal" ließ sich schwerlich ein Fernziel erkennen, da über Inhalt und Verwirklichung der „Christlichen Demokratie" alles andere als klare Vorstellungen bestanden.[18])

Abweichend von den übrigen Kundgebungen war nur der Aufruf an die Studenten namentlich von Pfeiffer unterzeichnet, der als „Generalsekretär der Deutschen Zentrumspartei (Christliche Volkspartei)" firmierte. In diesem Aufruf war auch im Text wiederholt vom Zentrum als der „christlichen Volkspartei" die Rede. Die Wendung, diese Partei erstrebe auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung die Freiheit von Forschung und Lehre, zeigt, wie sehr der leidige Zentrumsstreit der Vorweltkriegszeit entrückt war, in dem die von der Kölner Richtung verwandte Formel von der „christlichen Weltanschauung" Anlaß zu heftiger Polemik geboten hatte. Bedeutete die hier von Pfeiffer benutzte Formulierung vom Zentrum als der „Christlichen Volkspartei" schon den Beginn einer Umwandlung der Partei oder einer Preisgabe ihres Namens? Oder erklärt sie sich hinreichend aus dem auch bei anderen Parteien sichtbaren Bestreben, ihrem Namen den Zusatz „Volkspartei" und „Deutsch" einzufügen?

Diese Fragen ließen sich an Hand der zahlreichen Berliner November-Aufrufe nicht entscheiden. Ihre Klärung war erst von der Publikation des in Aussicht gestellten umfassenderen Parteiprogramms zu erwarten.

---

[17]) Nicht viel anders verhält es sich mit folgendem Satz in der *Germania* Nr. 545 vom 22. November 1918: Die Zentrumsideale behielten auch für die neue Zeit ihren „unvergleichlichen Wert und ihre unersetzliche Bedeutung".

[18]) In einer Enzyklika „Graves de communi" von 1901 hatte Leo XIII. die französische „démocratie chrétienne" darüber belehrt, daß der Begriff der christlichen Demokratie nicht politisch, sondern rein sozial-caritativ zu verstehen sei. Der Papst hatte damit eine Entpolitisierung der katholischen Sozialbewegung eingeleitet. Vgl. Hans *Maier*, Herkunft und Grundlagen der christlichen Demokratie, in: Christliche Parteien in Europa. Osnabrück 1964, S. 38 f. Der Terminus Christliche Demokratie war durch scharfe Angriffe der römischen Eiferer (Benigni) im Integralismusstreit vor 1914 in ein Zwielicht geraten, da die „Bachemiten" als „schuldig des Demochristianismus" bezichtigt wurden. Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 7, S. 300.

4. Die Kölner Programm-Diskussion

Berlin blieb nicht der einzige Platz, an dem derartige innerparteiliche Diskussionen stattfanden. Im rheinisch-westfälischen Raum, dessen Zentrumspolitiker sich stärker ihren zahlreichen Arbeiterwählern verpflichtet fühlten, spielte die bereits erwähnte Initiative von M.Gladbach eine entscheidende Rolle. Auch hier fällt es auf, daß die in Westdeutschland beheimateten Parteiführer (vor allem Trimborn und Marx) sich vorerst nicht zu Wort meldeten.

Brauns' Vorschläge zur Umgestaltung des Zentrums und zur Preisgabe seines Namens lagen Mitte November als ausgearbeiteter Programmentwurf vor.[1]) Sie bildeten damit eine Diskussionsbasis, auf deren Grundlage die ersten Entschlüsse gefaßt werden konnten. Bei ihrer Formulierung griff man auf die vom Reichsausschuß der Partei verabschiedeten Richtlinien des Zentrums vom 30. Juni 1918 zurück. Das geschah zunächst in einer Versammlung von Vertretern westdeutscher Arbeiterzentrumswähler — die im Sommer 1918 mehrfach kritisch zur Politik der Reichstagsfraktion Stellung genommen hatten — am 16. November in Duisburg, an der „führende Persönlichkeiten" der Partei und der Parteipresse[2]) teilnahmen. Hier kam es zu heftigen Debatten mit dem Ergebnis, daß an Brauns' Entwurf zwei tiefgreifende Korrekturen vorgenommen wurden. Zum einen wollte die Mehrzahl der Anwesenden unter Hinweis auf die „fleckenlose Vergangenheit der Partei auch in sozialer Beziehung"[3]) den Namen Zentrum nicht preisgeben, ohne daß sich allerdings der Kreis der Mehrheit oder der Minderheit näher umschreiben ließe.[4]) In Duisburg gelang es allerdings den Antragstellern durchzusetzen, daß ihr Vorschlag „Christlich-demokratische Volkspartei" dem alten Namen Zentrum als Zusatz angefügt wurde.

Die zweite Konzession der „Reformer" betraf die Preisgabe des Bekenntnisses zur Monarchie, die Brauns und einigen Gewerkschaftssekretären in diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht leichtfiel.[5]) Die Entscheidung über die Staats-

---

[1]) Der Wortlaut ließ sich bisher nicht auffinden.

[2]) Vgl. *Hankamer*, Zentrum, S. 188, wo diese „grundlegende" Versammlung allerdings irrtümlich auf Mitte Dez. 1918 datiert ist.

[3]) Ebd.

[4]) Zur Mehrheit in dieser Frage zählte auch W. *Marx*, der am gleichen Tage schrieb, daß er in einer Zentrumsversammlung in Düsseldorf alles getan habe, den alten Parteinamen zu retten: „Allerdings wird der Zusatz gewünscht: ‚Christliche Volkspartei'". Nachl. Marx IV. In einem Schreiben von *Marx* vom 16. November 1918 an einen Hagener Redakteur hieß es: „Hervorragende Zentrumsleute in Köln haben mir gegenüber die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß auch der Name der Partei geändert werden müsse. Aber das sind Fragen, die sich später erörtern lassen können. Vorläufig heißt es, eine Parole für die Wahl zur Nationalversammlung zu finden." Ebd. XXXII.

[5]) In einem Bericht über die Kölner Versammlung vom 18. November 1918 (von der noch zu sprechen sein wird), den *Becker-Arnsberg* am 19. November 1918 Stegerwald übermittelte, hieß es: „Unsere Gewerkschaftler [. . .] davon zu überzeugen, daß die Monarchie der Vergangenheit angehört, ist mir sehr schwer geworden." Nachl. Marx IX.

form sollte auf Vorschlag von Marx[6]) der Nationalversammlung überlassen bleiben. Die Verteidiger des Zentrums in seiner bisherigen Form konnten für den Fortbestand der Partei ein Argument anführen, das sich als durchschlagend erwies und jetzt wie später alle Pläne auf eine Preisgabe des alten Namens zum Scheitern verurteilte. Sie verwiesen darauf, daß sich angesichts der neuen „linksliberalen Attentate auf die Gewissensfreiheit" — gemeint ist die radikale Kulturpolitik der neuen preußischen Regierung, von der noch die Rede sein wird — an der entscheidenden Zielsetzung des Zentrums nichts geändert habe: Die Partei sei vor allem gegründet worden, „um die von der Staatsomnipotenz und dem modernen Liberalismus bedrohte Religionsfreiheit zu verteidigen, die konfessionelle Gleichberechtigung im Staatsleben zu erkämpfen und die christliche Schule gegen die Anschläge ihrer Gegner zu schützen".[7]) Dieses Argument gewann im Laufe der folgenden Wochen aus gegebenem Anlaß derart an Gewicht, daß es binnen kurzer Zeit die Diskussion über die Zukunft des Zentrums entschied.

Der am 16. November von der Duisburger Konferenz abgeänderte M.Gladbacher Programmentwurf wurde zwei Tage später bei einer Zusammenkunft von führenden Vertretern der Kölner Zentrumspartei und der „Kölnischen Volkszeitung" in den Räumen der Redaktion dieser Zeitung diskutiert. Die zwölf Teilnehmer stellten ein wesentlich anderes, für die Rheinische Zentrumspartei gewiß nicht weniger repräsentatives Gremium dar als die Duisburger Versammlung, wenngleich auch in Köln Vertreter von Landwirtschaft, Industrie und Handel gänzlich fehlten: F. X. Bachem (Verleger), K. Hoeber (Hauptschriftleiter), J. Kuckhoff (Studienrat), Reuter (Redakteur), Rings (Parteisekretär), F. Feinhals-Mülheim (?), Kastert (Oberpfarrer) sowie die Gewerkschaftssekretäre Bergmann, Schlack, J. Kaiser, Sedlmayr und J. Becker-Arnsberg.

Als Ergebnis dieser Konferenz — über deren Verlauf ein ausführlicher Bericht vorliegt[8]) — ergab sich Übereinstimmung darüber, den Namen Zentrum, für dessen Preisgabe insbesondere Becker-Arnsberg vergeblich plädiert hatte, beizubehalten. Der Kölner Gewerkschaftssekretär setzte es allerdings durch, diesem Namen den Zusatz „Freie deutsche Volkspartei" anzufügen. Bewußt wurden die aus dem früheren Zentrumsstreit belasteten Bezeichnungen „Christlich-demokratische" oder „Christlich-soziale Partei" vermieden, die der kirchlichen

[6]) In dem in Anm. 4 erwähnten Schreiben von *Marx* hieß es dazu: „Ich habe meine Meinung Herrn Dr. Brauns dahin zum Ausdruck gebracht, daß in dem neuen Programmentwurf weder für noch gegen die Monarchie bzw. Republik Stellung genommen werden dürfe. Man solle einfach sagen, über die Staatsform entscheidet die Nationalversammlung und diesem Beschluß werden wir uns unterwerfen." Marx fügte noch hinzu: „Man mag so monarchisch denken wie man will, ich persönlich halte die Wiederkehr der Monarchie für ausgeschlossen." Nachl. Marx XXXII.

[7]) Vgl. *Hankamer*, Zentrum, S. 188.

[8]) Von *Becker-Arnsberg* an Stegerwald (19. November 1918) mit Abschriften an Erzberger, Brauns, Joos, Marx, Gronowski, Lensing und Bell (s. Anm. 5).

Hierarchie Anlaß zum Eingreifen hätten geben können. Zugunsten der Beibehaltung des alten Namens sprach vor allem die Überlegung, daß von ihm bäuerliche und weibliche Wähler besonders angesprochen würden und daß möglicherweise „integrale Elemente" (Pfarrer Kruchen wurde namentlich genannt) oder „separatistische Elemente"[9]) den Namen Zentrum benutzen könnten, um damit eine rein katholische Partei zu begründen. Außerdem galt es als ungewiß, ob bei einer Änderung des Namens aus „gläubig protestantischen, aber fortschrittlich denkenden Kreisen" genügend Zuzug zu erwarten sein werde.

In der Kölner Konferenz vom 18. November bestand Einigkeit darüber, den interkonfessionellen Charakter der Partei klar hervortreten zu lassen und für die Abfassung des ersten Wahlaufrufs auch nichtkatholische Politiker sowohl aus dem Lager der Gewerkschaftsführer als auch der Konservativen zu gewinnen. Ebenso war man einig darüber, die bisherigen Führer des Zentrums zunächst in den Hintergrund treten zu lassen. Über die Frage der Staatsform herrschte keine Einmütigkeit, da offensichtlich vor allem die Gewerkschaftsvertreter an der Monarchie festhalten wollten. Deswegen kam es hier genau wie vorher in Duisburg zu dem Kompromiß, der Nationalversammlung die Entscheidung über diese Frage zu überlassen.

Entweder auf Beschluß der Konferenz oder — was wahrscheinlicher ist — auf eigene Initiative von Becker-Arnsberg wurde Stegerwald gebeten, zusammen mit Erzberger und „anderen Freunden" in der Reichshauptstadt mit „evangelischen fortschrittlichen Kreisen" Fühlung zu nehmen und über das Ergebnis und die weiteren Vorarbeiten „baldigst" mit den Zentrumsvertretern im Rheinland zu beraten: „Hier im Westen liegt der Schwerpunkt des Zentrums, und wenn wir uns in Rheinland und Westfalen mal einig wären, dann wird, bis auf Bayern, auch Süddeutschland sich uns anschließen und Bayern schon nachkommen."

Das Ergebnis der Duisburger und Kölner Konferenzen vom 16. und 18. November schlug sich in einem am 19. November formulierten Aufruf nieder, den die „Kölnische Volkszeitung" zusammen mit einem Programmentwurf am folgenden Tage in großer Aufmachung veröffentlichte.[10]) Aufruf und Programmentwurf erschienen ohne Unterschrift und ließen durch keinen Hinweis ihre Verfasser bzw. Verfechter erkennen, die ohne weiteren Zusatz als ein Kreis „hervorragender Parteifreunde" bezeichnet wurden. Der Aufruf hob die grundsätzliche Gegnerschaft des Zentrums zur Sozialdemokratie hervor, der künftig keinerlei Zugeständnisse mehr gemacht werden dürften. (Dieser Hinweis ist als nachträgliche massive Kritik an der Politik der Reichstagsfraktion zu verstehen und bedeutete gleichzeitig bereits eine Parole für den bevorstehenden Wahlkampf.) Er hob den Parteifreunden gegenüber zwar den „veränderten Aufgaben-

[9]) So *Trimborn* am 4. Dezember 1918 in Köln. Vgl. *KV* Nr. 957 vom 5. Dezember 1918.

[10]) Nr. 915. Abgedr. bei *Purlitz*, Dt. Geschichtskalender, S. 336 ff. Dieser Aufruf fehlt bei *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner.

kreis" hervor, vergaß jedoch nicht, vorbeugend darauf hinzuweisen, daß die Partei grundlegende Änderungen ihres Programms nicht vorzunehmen brauche.

In der Tat konnte nach dem Wortlaut des Programmentwurfs von derartig tiefgreifenden Änderungen, geschweige denn von einem vollständigen Flaggenwechsel, keine Rede sein. Der Entwurf hielt sich ganz an das herkömmliche Schema (A. Außenpolitik, B. Innenpolitik, C. Wirtschafts- und Sozialpolitik, D. Kulturpolitik) und ließ nicht nur jeden Hinweis auf die Konsequenzen der militärischen Niederlage und des inneren Zusammenbruchs, sondern auch realistischer politischer Einsicht vermissen. So wurde im ersten Abschnitt wie selbstverständlich ein „gerechter Anteil an der Kolonialarbeit der Kulturvölker" gefordert. Von den auf das Reich zukommenden Kriegsfolgelasten war keine Rede. In seinem zweiten Teil sprach sich der Entwurf für die Erhaltung des Reiches als Bundesstaat und die politische Zusammenfassung der kleineren Bundesstaaten aus, ebenso für das gleiche Wahlrecht. Er überging die Frage der künftigen Staatsform sowie die des Anschlusses von Österreich. Dem erhofften Wählerzustrom aus Arbeiterkreisen galten die Forderungen des dritten Teiles, wonach Sozialpolitik, Wohnungsbau und Siedlungsreform zu fördern seien. Im Zuge „gemeinnütziger Bodenpolitik" sollten Großgrundbesitzer (aber nicht schematisch der gesamte Großgrundbesitz)[11]) unter „entsprechender Abfindung" gesetzlich enteignet und alle Fideikommisse beseitigt werden. In die gleiche Richtung zielten die weiteren Postulate nach schärfster Erfassung der hohen Einkommen, der großen Vermögen und des „unverdienten Vermögenszuwachses" sowie nach der Einziehung aller Kriegsgewinne. Im vierten, kulturpolitischen Teil hieß es im Anschluß an die Forderungen nach Gewissens- und Religionsfreiheit sowie nach Anerkennung des Elternrechts: „Abwehr gegen willkürliche und gewaltsame Änderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse." Schließlich sollte einer nicht näher definierten „entarteten Kunst und Literatur" der Kampf angesagt werden.

Mit der raschen Vorlage und Publikation des Programmentwurfs wollten die Kölner Zentrumsvertreter das Abwandern von Parteianhängern verhindern[12]) und gleichzeitig eine Basis für die Programm-Diskussion des künftigen Gesamt-

[11]) Auf diesen Unterschied wurde in einem Artikel „Die Reform des Zentrums" (*KV* Nr. 924 vom 23. November 1918) von einem namentlich nicht genannten früheren Zentrumsabgeordneten ausdrücklich aufmerksam gemacht mit dem Hinweis: „*Allen* Großgrundbesitz will niemand enteignen, weil für die Entwicklung unserer Agrarwirtschaft Mustergüter erforderlich sind."

[12]) Die *KV* Nr. 925 vom 24. November 1918 druckte die Zuschrift eines offensichtlich an der Beratung des Entwurfs beteiligten Zentrumsvertreters ab, in der es u. a. hieß: „Der Kölner Gruppe [. . .] schien Eile geboten. Der [. . .] von einem Berliner Bankhaus telegraphisch in der ganzen westlichen Zentrumspresse bestellte Aufruf der neuen Berliner Demokratischen Partei [vom 16. November 1918] krebste mit den Namen Giesberts und Stegerwald." Auf diesen Aufruf bezog sich offensichtlich der Eingang des erwähnten Berichts von *Becker-Arnsberg* an Stegerwald vom 19. November 1918 (s. Anm. 5): „Gestern abend telegraphierte ich Dir aus den Räumen der ‚Kölnischen Volkszeitung', mit Parteibildung vorläufig Zurückhaltung zu üben."

parteitags schaffen. Das Bestreben, den neuen Verhältnissen so schnell wie möglich mit einem neuen Programm Rechnung zu tragen, entsprang in erster Linie der Besorgnis vor den Wahlen zur Nationalversammlung. Vor deren Termin, dem man keineswegs mit besonderer Zuversicht entgegensah, wollte man den inneren und äußeren Umbildungsprozeß der Partei beendet wissen, um sie, dem Zuge der Zeit entsprechend, der Wählerschaft „als etwas ganz Neues“[13]) präsentieren zu können.

Von dem Bestreben, der Zentrumspartei durch Reformen an Haupt und Gliedern und durch die Heranziehung jüngerer Kräfte frisches Blut zuzuführen[14]), ist in dem Kölner Programmentwurf vom 19. November wenig zu spüren. Noch weniger handelte es sich dabei um einen „sozusagen revolutionären Parteiakt“, wie Becker-Arnsberg, einer der Teilnehmer der Konferenz vom 18. November, allzu optimistisch glaubte feststellen zu können.[15]) Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Einsicht durchgesetzt, daß ein Abbruch des Zentrumsturms den Verlust eines großen Teiles der bisherigen Stammwähler zur Folge haben würde. Demgegenüber ließ sich nicht annähernd abschätzen, wie viele Wähler für eine auf den Trümmern des alten Zentrums neugegründete Partei votieren würden. Aus diesem Grunde entschlossen sich die „Kölner“ dazu, die Zentrumsflagge nicht einzuziehen. Vorläufig schien der als zugkräftig und zeitgemäß empfundene Zusatz „Freie deutsche Volkspartei“ zu genügen, um den politischen Charakter des Zentrums auch im Namen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Wie sich wenig später herausstellte, befürwortete keiner der alten Parteiführer (Spahn, Porsch, Gröber, Trimborn) einen Wechsel des Parteinamens.

Es dürfte den Intentionen Beckers-Arnsberg entsprochen haben, mit der Annahme des von ihm beantragten Namenszusatzes „Freie deutsche Volkspartei“ zumindest eine Vorentscheidung im Sinne der republikanischen Staatsform getroffen zu haben, die in dem Programmentwurf bewußt ausgeklammert blieb. Eine briefliche Äußerung des früheren Zentrumspolitikers Carl Bachem vom 19. November[16]) dürfte die „republikanische“ Gesinnung — der ja Marx bereits Ausdruck gegeben hatte, während uns Zeugnisse von anderen Parteiführern aus diesen Tagen noch fehlen — ebenso wie die realistische Einschätzung der Lage durch den genannten Kölner Kreis zutreffend wiedergeben: „Es ist selbstverständlich, daß wir uns der neuen Ordnung, welche jetzt wird, auch wenn es die Republik sein sollte, was ich trotz allem für wahrscheinlich halte, rückhaltlos anschließen müssen. Einer haltlosen ‚Legitimität‘ zuliebe uns politisch selbst mattzusetzen und von der Mitarbeit in der neuen Republik auszuschließen, hat

---

[13]) So *KV* Nr. 917 vom 21. November 1918.

[14]) So *KV* Nr. 924 vom 22. November 1918 („Die Umgestaltung des politischen Parteilebens“).

[15]) S. oben Anm. 5.

[16]) An den Korrespondenten der KV in Berlin, Hofmann. Nachl. Bachem 464.

gar keinen Sinn."[17]) Bachems anschließende Bemerkung: „Nur durch Mitarbeit können wir unseren religiösen Interessen einigermaßen nützen" bildet zum einen das Resultat unliebsamer Erfahrungen des Zentrums als Oppositionspartei und läßt zum andern den Primat der kirchen- und kulturpolitischen Zielsetzungen erkennen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die hier erwähnten religiösen Interessen durch die Politik des amtierenden preußischen Kultusministers Adolf Hoffmann aufs äußerste bedroht waren. Davon wird noch die Rede sein.

[17]) Diesen Sachverhalt bestätigt ein Hinweis in dem schon mehrfach genannten Schreiben *Beckers-Arnsberg* vom 19. November 1918 (s. Anm. 5): „Die KV glaubt auch, daß die Republik die gegebene Staatsform sei. F. X. Bachem sagte mir, darüber herrsche in der KV keine Meinungsverschiedenheit."

5. Die Berliner Leitsätze

Die von der Zentrale des M.Gladbacher Volksvereins aus entwickelte Initiative, die darauf abzielte, den konfessionellen Traditionsrahmen zu sprengen und die Zentrumspartei im Sinne einer interkonfessionellen christlichen (Mehrheits-) Partei umzugestalten, bildete neben den Partei-Richtlinien vom 30. Juni 1918 nicht nur die Grundlage für die Duisburger und Kölner Beratungen und den Kölner Programmentwurf vom 19. November, sondern auch für entsprechende Diskussionen der in Berlin versammelten Zentrumsvertreter.[1]) Zu dieser Gruppe von Zentrumsabgeordneten des ehemaligen Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses unter Führung von Erzberger und Pfeiffer hatten sich inzwischen Mitglieder der Zentrumspresse, der christlichen Arbeiterorganisationen, der Bauernverbände und der katholischen Frauenvereine gesellt.[2])

Dieser Kreis, der sich mit Ausnahme der bereits oben genannten früheren Abgeordneten namentlich nicht näher umschreiben läßt — Sonnenschein beispielsweise gehörte dazu —, einigte sich am 20. November über den Entwurf eines neuen Zentrumsprogramms, dem ebenso wie in Köln ein kurzer Aufruf vorangestellt wurde.[3]) Die Verfasser dieses Programms kannten zu diesem Zeitpunkt vermutlich das Ergebnis der voraufgegangenen und teilweise parallel laufenden Kölner Beratungen, nicht aber deren Zustandekommen und auch nicht

[1]) In einem „Die Reform des Zentrums" überschriebenen Artikel eines namentlich nicht genannten früheren Zentrumsabgeordneten *(KV* Nr. 924 vom 23. November 1918) wird dieser Sachverhalt folgendermaßen umschrieben: Wer die beiden Entwürfe aufmerksam vergleiche, werde erkennen, daß ihnen „eine gleichlautende Unterlage gedient hat".

[2]) Das wird in einer Vorbemerkung zur Veröffentlichung des Berliner Programmentwurfs (s. die folgende Anm.) ausdrücklich hervorgehoben.

[3]) Vgl. *Germania* Nr. 544 vom 21. November 1918 („Zentrum und politische Neuordnung"); *KV* Nr. 919 vom 22. November 1918; *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 79 ff. Dazu *Kisky*, Augustinus-Verein, S. 219.

den Kreis der rheinischen Initiatoren.[4]) Sie konnten vor der Publikation ihres Entwurfs nicht mehr von Brauns informiert werden, der erst einige Tage später nach Berlin fuhr.[5]) Der ausdrückliche Hinweis, daß der Berliner Entwurf nicht nur im Einverständnis mit den schon genannten Organisationen[6]), sondern auch im Einvernehmen mit leitenden Personen der Rheinischen und der Westfälischen Zentrumspartei erlassen worden sei, dürfte sich zur Genüge aus der Tatsache erklären, daß auch dieser Entwurf — ebenso wie der Kölner — auf den M.Gladbacher Vorschlägen basierte. Von ihnen mußte man in der Reichshauptstadt annehmen, daß sie die Billigung der rheinischen und westfälischen Zentrumsführer gefunden hatten.

Trotz der gemeinsamen Grundlage gab es bemerkenswerte Unterschiede zwischen dem Kölner „Entwurf" und den Berliner „Leitsätzen"[7]), wenn auch beide in vier Abschnitte unterteilt waren und sachlich in vielen Punkten übereinstimmten. Zunächst waren die „Leitsätze" viel ausführlicher gehalten, insbesondere in den Abschnitten Außen- und Innenpolitik. Neu war hier in einem einleitenden Teil die Forderung nach sofortigem Abschluß eines Präliminar- und nach baldigem Abschluß eines „Weltfriedens", die unschwer Erzbergers Handschrift erkennen läßt. Die anschließenden Formulierungen über den Völkerbund, das „ewige Recht", die zwischenstaatliche Schiedsgerichtsbarkeit und die völkerrechtlich gesicherte Unabhängigkeit des Hl. Stuhles entstammten nahezu wörtlich den Zentrums-Richtlinien vom Juni 1918. Das gleiche galt auch für die Forderungen: „Schaffung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes" und „Förderung der Erziehung und Christianisierung der Eingeborenen".[8]) Neu hingegen war das Postulat nach gegenseitiger und gleichzeitiger Abrüstung.[9])

---

[4]) Das letztere wurde in einer Zuschrift an die *KV* (Nr. 925 vom 24. November 1918) von einem offensichtlich an den Kölner Beratungen beteiligten Zentrumsvertreter hervorgehoben.

[5]) Am 19. November 1918 teilte *Brauns* dem Kölner Oberpfarrer Kastert mit (Abschr. im Nachl. Marx IX): „Nach Heimkehr von Duisburg fand ich eilige Berufung nach Berlin. Ich reise Sonntag [24. November 1918] und Montag hin, und nehme heut' Dienstag und morgen Mittwoch an einer Beratung in der gleichen Richtung wie [in] Duisburg teil, da wird Veröffentlichung wahrscheinlich für Gesamt-Deutschland erfolgen. Das neue Generalsekretariat in Berlin, Französische Straße 62, II (Generalsekretär Dr. Pfeiffer) hat auch Fühlung mit Bayern. Man wünscht, daß ich vorläufig in Berlin bleibe und die Dinge mitberate." In den in den 1930er Jahren niedergeschriebenen Erinnerungen von Wilhelm *Marx* heißt es dazu: „Dr. Brauns übernahm es, die damals geradezu lebensgefährliche Reise nach Berlin [Brauns habe bis Hannover in der halbgeöffneten Türe des Zuges stehen müssen] zu übernehmen." Ebd. XXXII.

[6]) S. Anm. 1.

[7]) So im Abdruck der *KV* (s. Anm. 3) überschrieben.

[8]) Die Begründung dafür gab *Trimborn* am 4. Dezember 1918 in einer Kölner Zentrumsversammlung in einer bezeichnenden Mischung von ideell verbrämter wirtschaftlicher Interessenvertretung und falscher politischer Situationsanalyse mit dem Satz: „Schon wirtschaftliche Gründe und das Recht [!], an der Christianisierung der Welt mitzuwirken, zwingen uns, diese Forderung zu erheben." Vgl. *KV* Nr. 957 vom 5. Dezember 1918.

[9]) Der Chefredakteur der Germania, August *Hommerich*, kommentierte den außenpolitischen Teil mit dem Satz: Das „Friedensgebäude" des Zentrums sei ein so einheitliches Ganzes, „wie man es in der Theorie nur aufzustellen vermag". *Germania* Nr. 547 vom 23. November 1918.

Der Abschnitt „Innenpolitik" nahm in den Berliner Leitsätzen mehr als den doppelten Umfang des entsprechenden Teiles im Kölner Programmentwurf ein. An Stelle der Forderung, das Reich als Bundesstaat zu erhalten, fand sich hier die Wendung von einem „von starkem Nationalbewußtsein getragenen Volksstaat". Neu aufgenommen waren die Forderungen nach „schleuniger Einberufung" der Nationalversammlung und Schaffung einer Verfassung, nach Sicherung des Berufsbeamtentums sowie nach Meinungs-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit.

Das Kapitel „Wirtschafts- und Sozialpolitik" deckte sich weitgehend mit dem Kölner Entwurf. Allerdings sprachen sich die Berliner Leitsätze, wiederum anknüpfend an die Richtlinien vom Juni 1918, für die „grundsätzliche Erhaltung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln" aus. Im gleichen Atemzuge wurde jedoch der Ersatz der „privatkapitalistischen Monopole" durch eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung" gefordert. Das übergeordnete, nicht näher definierte Gemeinwohl sollte überhaupt als Richtschnur der gesamten Wirtschaftspolitik gelten. In den Leitsätzen war keine Rede davon, Großgrundbesitz (gesetzlich) zu enteignen und alle Fideikommisse zu beseitigen. Im Unterschied zum Kölner Entwurf, der eindeutig die Einziehung aller Kriegsgewinne verlangte, sprachen sich die Berliner Leitsätze nur für deren steuerliche Erfassung aus.[10])

Im letzten Abschnitt „Kulturpolitik" fanden sich ebenfalls einige bemerkenswerte Zusätze. So wurden ausdrücklich der Fortbestand der „konfessionellen Volksschule" sowie die Freiheit der kirchlichen Gesellschaften und Vereine, Ordensgenossenschaften und Kongregationen gefordert — wiederum nach dem Vorbild der Richtlinien vom Juni 1918. Dieser stärkere Rückgriff erklärt es auch, daß in den Berliner Leitsätzen mehr „christliche" und mehr konkrete kirchen- und kulturpolitische Postulate Aufnahme fanden und daß etwa die Forderung fehlte, Großgrundbesitz zu enteignen. Der Kölner Entwurf zielte von seinen Intentionen her auf Umgestaltung, die Berliner Fassung auf eine zeitgemäße Erneuerung des (alten) Zentrums.

Bei der Publikation der Berliner Richtlinien am 21. November wies die „Germania" in einer eigenen Notiz etwas herablassend darauf hin, daß auch ein Kreis rheinischer Zentrumsvertreter einen Programmentwurf veröffentlicht habe — worin der alte Parteiname den Zusatz „Freie deutsche Volkspartei" führe —, der jedoch laut Auskunft des Generalsekretärs Pfeiffer nicht als Kundgebung der Gesamtpartei anzusehen sei.[11]) Aus diesem Grunde fühlte sich die Redaktion des Berliner Blattes der Mühe enthoben, auf den Kölner Entwurf näher einzugehen. Da umgekehrt die westdeutschen Zentrumszeitungen ausführlich über den Berliner Entwurf berichteten, vollzog sich die innerparteiliche

[10]) Zu diesem Unterschied wurde in dem in Anm. 1 erwähnten Artikel bemerkt: „Man täusche sich nicht darüber: Parteien, die diese Forderung [nach der Einziehung aller Kriegsgewinne] nicht erheben, werden bei den nächsten Wahlen einen Zusammenbruch erleiden."

[11]) Nr. 544.

Programm-Diskussion auf der Grundlage der zuletzt veröffentlichten Fassung. Sie war weniger als der zeitlich voraufgehende Kölner Entwurf, um es summarisch auszudrücken, sozialfortschrittlich oder „links" gerichtet, d. h. vom Einfluß der M.Gladbacher Richtung bestimmt. Ein Kommentar der „Germania" vom 22. November bezeichnete das Ergebnis der Berliner Beratungen nicht zu Unrecht als „Leitsätze für so ziemlich alles, was wir im neuen Deutschland für erstrebenswert und notwendig halten." Mit Genugtuung konstatierte das Blatt, daß die „entscheidenden Fundamente unserer Weltauffassung" auf ihrem alten Platz zu finden seien.[12])

Über das Ausmaß der erforderlichen Erneuerung und über den Grad der notwendigen Anpassung an die gegebene Lage gingen die Ansichten in der heterogenen Wählerschaft des Zentrums erheblich auseinander. Der Andrang zahlreicher „Novemberzentrumsleute"[13]), der demonstrative Anschluß einzelner evangelischer Persönlichkeiten oder kleiner Gruppen und die verkehrstechnisch kaum mögliche Verständigung innerhalb des Reichsgebiets erschwerten weiterhin eine gemeinsame Willensbildung. Ein Termin für das Zusammentreten des Reichsparteiausschusses ließ sich noch nicht angeben. Um so ungestörter konnten die Diskussionen über das endgültige Programm weitergehen. Das Generalsekretariat des Zentrums in Berlin (Pfeiffer) und das der Rheinischen Zentrumspartei in Köln (Jörg), die eigens um Zustimmung oder Meinungsäußerung zu den publizierten Programmentwürfen gebeten hatten, brauchten sich in den nächsten Wochen über mangelnde Stellungnahmen aus dem Kreis der Zentrumsanhänger nicht zu beklagen.[14])

Die zunächst vor allem im Rheinland und in Berlin, aber auch in Württemberg[15]) entwickelte Aktivität einzelner Zentrumsvertreter und -gruppen mobilisierte jetzt die konservativen Kräfte in der Partei, die bisher geschwiegen hatten. Aus diesen Kreisen wandten sich die ersten Stimmen gegen überstürzte Versuche, den Zentrumsturm abzubrechen, und gegen die Absicht, die bisherigen Führer der Partei in den Hintergrund treten zu lassen. Sie warnten vor einer Preisgabe des alten Namens, vor einer Auflösung einzelner Landesorganisationen und der Zentrumseinheit[16]), vor einem zu starken Zug nach links[17]) und vor einer zu raschen Preisgabe des Bekenntnisses zur monarchischen Staatsform.[18]) Einzelne

[12]) Nr. 545.

[13]) So *Trimborn* auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums am 15. September 1919. Vgl. Bericht, S. 8.

[14]) Vgl. einen entsprechenden Hinweis des Abg. *Joos*, Das neue Zentrum, in: *WAZ* Nr. 1 vom 26. Januar 1919.

[15]) Dazu vgl. *Miller*, Bolz, S. 101.

[16]) So beispielsweise Chefredakteur Karl *Hoeber* in *KV* Nr. 917 vom 21. November 1918.

[17]) So in einer Zuschrift „aus Mittelstandskreisen" in *KV* Nr. 928 vom 25. November 1918.

[18]) Ein frühes Zeugnis dafür ist ein Schreiben des ehem. Reichstagsabg. *Fürst Salm-Reifferscheidt* (Schloß Dyck, Rheinland) vom 18. November 1918 an W. Marx. Nachl. Marx XXXII. Öffentliche Kritik an der Preisgabe des monarchischen Bekenntnisses übten kurz darauf die *Petrus-Blätter* (Trier) Nr. 11, S. 92 (Dez. 1918). Ein Beispiel für den raschen Gesinnungswechsel

Formulierungen im Kölner Programmentwurf, wie „restlose Erfassung aller Kriegsgewinne" und „Enteignung von Großgrundbesitz", wurden aus agrarisch-konservativen Kreisen als „demagogische Schlagwörter" kritisiert, die man besser den Sozialdemokraten überlassen sollte, um damit das leichtgläubige Volk zu „ködern".[19]) Als Vertreter „der in der Partei rechts Stehenden" richtete der Sprecher der Christlichen Bauernschaft der Rheinlande, Landesökonomierat Bollig, „ernste Mahnungen" an die Parteiinstanzen.[20])

Der in Hamm tagende Provinzialausschuß der Westfälischen Zentrumspartei rief am 26. November die Zentrumsanhänger auf, jede „einseitige Parteiherrschaft" abzulehnen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung beizutragen und in örtlichen „Wohlfahrtsausschüssen" mitzuarbeiten. Nach einem Bekenntnis zum „demokratischen Volksstaat" billigte der Ausschuß die Berliner Leitsätze als brauchbare Grundlage eines endgültigen Programms. Er sprach sich jedoch — einer Anregung des Augustinus-Vereins (Verleger Lensing-Dortmund) folgend[21]) — dafür aus, unter allen Umständen den Namen Zentrum beizubehalten, eventuell mit dem Zusatz „Christlich-demokratische Volkspartei". Den evangelischen Christen sollte der Eintritt in die Partei erleichtert werden.[22]) Ein „Ortsausschuß Köln der Vereinigung zur Wahrung der Interessen des Mittelstandes innerhalb der Zentrumspartei" kritisierte am 27. November in einem Schreiben an Marx die „privaten" Programmentwürfe, an deren Ausarbeitung kein Vertreter des Mittelstands beteiligt gewesen sei. Dem von Justizrat H. Wirtz unterzeichneten Schreiben[23]) waren neben konkreten wirtschaftlichen Wünschen des Mittelstands eigene Programmvorschläge angefügt. Darin wurde ein grundsätzliches Bekenntnis zur Monarchie als Gewissenspflicht bezeichnet und die „Behandlung" des Wirtschaftslebens nach den Grundsätzen der christlichen Sittenlehre gefordert.

Im Gegensatz zu solchen Stimmen aus dem konservativen Parteilager bezeichnete das „den veränderten Verhältnissen angepaßte" Wahlprogramm des von jeher demokratisch ausgerichteten Württembergischen Zentrums vom 27. November die Wiederherstellung der Monarchie als ausgeschlossen. Hier fand sich ein eindeutiges Bekenntnis zur „demokratisch-republikanischen Staatsform" und zur Treue zum Reich, verbunden mit einer Ablehnung des

---

in dieser Frage ist Carl *Sonnenschein*, der noch am 8. November 1918 ein Bekenntnis zur Monarchie abgab und zehn Tage später schrieb (vgl. *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 216): „Ich bin mit Ihnen darüber einig, daß wir nicht rückwärts schauen, sondern am neuen Deutschland bauen wollen. Die Republik ist das Gegebene. Gestalten wir sie so, daß unser christliches Volkstum in ihr Platz hat und sich in ihr entwickeln kann."

[19]) Vgl. *Petrus-Blätter*, ebd., S. 93.

[20]) Vgl. *Bolligs* spätere Mitteilung auf der ersten Versammlung der Christl. Bauernschaft der Rheinlande am 29. Januar 1919. Bericht, S. 4 f.

[21]) Vgl. *Kisky*, Augustinus-Verein, S. 219.

[22]) Vgl. *Germania* Nr. 562 vom 2. Dezember 1918; *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 166 f.

[23]) Nachl. Marx IX.

Einheitsstaats.[24]) Auch das Badische Zentrum vermied ein Bekenntnis zur Monarchie. In Karlsruhe lehnte man eine Listenverbindung mit den Konservativen ab und hielt „Namen und Banner" des Zentrums die Treue. Von einer neuen „Christlich-sozialen Volkspartei" befürchtete man nach möglichen Augenblickserfolgen auf längere Sicht eine Gefahr für die „weltanschauliche Geschlossenheit" der Partei.[25])

Die unterschiedlichen Auffassungen über die künftige Staatsform, über die sich beide Programmentwürfe ausschwiegen, die uneinheitlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die Differenzen über die — abgekürzt umschriebene — Frage: (altes) Zentrum oder (neue) Christlich-demokratische Volkspartei, verdeutlichen die Spannweite der Auffassungen. Darin sahen extreme Verfechter der konfessionellen Grundlage des Zentrums den Beweis für das Weiterbestehen des alten Zentrumsstreits aus der Vorweltkriegszeit.[26]) Einigkeit bestand hingegen in den vage umschriebenen, teilweise irrealen außenpolitischen Zielsetzungen einschließlich der viel erörterten Forderung nach einer Reform des auswärtigen Dienstes[27]), in der Forderung nach stärkerer Demokratisierung des innerparteilichen wie des gesamten politischen Lebens.[28]) Ferner bestanden keinerlei Differenzen in den kirchen- und kulturpolitischen Fragen, insofern das Zentrum für die Freiheit der Kirche und der (Bekenntnis-)Schule im weitesten Sinne eintrat.

---

[24]) Vgl. *Germania* Nr. 556 vom 28. November 1918; *KV* Nr. 937 vom 28. November 1918; *Purlitz*, Dt. Geschichtskalender, S. 128 ff.

[25]) Vgl. *Schofer*, Mit der alten Fahne, S. 113, 115, 119 f.

[26]) Vgl. *Petrus-Blätter* (s. Anm. 18).

[27]) Die Forderung nach einer Reform des Auswärtigen Dienstes („Entfeudalisierung", Vereinigung von diplomatischer und konsularischer Laufbahn, Neugliederung des Ausw. Amtes nach dem Prinzip der Regionalabteilungen, stärkere Berücksichtigung wirtschaftlicher Momente, Aufnahme von „Außenseitern") ist längst vor 1914 erhoben worden — und nicht einmal in erster Linie von der Zentrumspartei. Sie fand sich auch in den Richtlinien des Zentrums vom 30. Juni 1918. Es entsprach der zupackenden Art *Erzbergers*, wenn er bereits am 25. November 1918 dem Volksbeauftragten „Exzellenz" Haase auf dessen Wunsch hin konkrete Vorschläge für „durchgreifende Änderungen" im Auswärtigen Dienst übermittelte (Bundesarchiv, Nachl. Richthofen 5). Erzberger ging von der Annahme aus, daß David die Leitung des Ausw. Amtes übernehmen und daß „schnellstens" die Verschmelzung der politischen mit der handelspolitischen Abteilung durchgeführt werden würde. Für den Posten des Unterstaatssekretärs schlug er den Gesandten v. Rosenberg vor, als Personalreferent die Geheimräte Schüler oder Köpke aus dem Konsulatsdienst (Schüler wurde ernannt), damit auf diese Weise die Vereinigung der diplomatischen mit der konsularischen Karriere „nach außen deutlich" hervortrete. Neben weiteren Namen für verschiedene Auslandsposten schlug Erzberger als Gesandten in der Schweiz den SPD-Landtagsabgeordneten Adolf Müller vor (der ernannt wurde), für einen Gesandtenposten in den skandinavischen Staaten einen Hamburger Senator, als Botschafter beim Hl. Stuhl den Gesandten v. Bergen (der ernannt wurde). Abschließend beklagte der Staatssekretär das Fehlen praktischer Wirtschaftskenntnisse bei den „meisten Beamten", während man umgekehrt Industriellen und Kaufleuten nicht ohne weiteres leitende politische Stellungen anvertrauen könne.

[28]) In einer Zentrumskundgebung am 4. Dezember 1918 in Köln erklärte *Marx:* „Die Demokratie muß in der Zentrumspartei vorherrschen." Vgl. *KV* Nr. 957 vom 5. Dezember 1918.

Zweites Kapitel

Adolf Hoffmann als Retter des Zentrums?

1. Sammlung aus Furcht vor einem neuen Kulturkampf

„Auf der Durchsetzung der wesentlichen Gedanken der Zentrumsgesinnung beruht mehr wie je das Heil des Vaterlandes."
Carl Bachem am 20. November 1918.[1])

Die für die Zukunft entscheidende Frage lautete: Konnte bei den skizzierten unterschiedlichen politischen Auffassungen innerhalb der Zentrumspartei die aus der weltanschaulichen Geschlossenheit resultierende Gemeinsamkeit in kirchen- und kulturpolitischen Fragen ein tragfähiges Fundament bilden, um das Zentrum nicht nur zusammenzuhalten, sondern ihm auch neue Wähler zuzuführen? Diese Frage war bis in die letzten Novembertage hinein offen, zumal bis dahin noch immer keine Stellungnahme der prominenten Parteiführer (Spahn, Gröber, Fehrenbach, Hitze, Trimborn, Herold, Porsch u. a.) vorlag. Von der Mehrzahl der alten Zentrumsanhänger wurden vorerst jene im Zuge der Zeit liegenden Bestrebungen unterstützt, die einerseits den interkonfessionellen Charakter der Partei und andererseits deren „demokratisches Parteileben"[2]) stärker zum Ausdruck bringen wollten.

Zu diesem Zeitpunkt fehlte auch noch jede öffentliche Stellungnahme von seiten des Episkopats. Bischof Karl Joseph Schulte von Paderborn, der künftige kirchen- und kulturpolitische Auseinandersetzungen befürchtete, brachte am 23. November dem Generalsekretär des Zentrums, Pfeiffer, seinen Wunsch zum Ausdruck, daß das Zentrum „mit rückhaltlos katholischer Färbung" an die Front treten solle.[3]) Er dürfte damit die Ansicht der Mehrheit zumindest des preußischen Episkopats ausgesprochen haben, deren prominenteste Vertreter

[1]) In der Vorrede seines Buches Politik und Geschichte der Zentrumspartei, S. 9.

[2]) So *Trimborn* in einer Zentrumsversammlung am 4. Dezember 1918 in Köln. Vgl. *KV* Nr. 957 vom 5. Dezember 1918.

[3]) Durchschlag im Nachl. August Pieper. In diesem Schreiben stimmte der Bischof „im allgemeinen" den Berliner Leitsätzen zu, wünschte allerdings, „viel schärfer" Unterrichtsfreiheit zu fordern, die bei einer Trennung von Kirche und Staat allein „Rettung" bringen könne. Weiter hieß es: „Gott sei Dank haben Sie die Forderung der konfessionellen Volksschule in dem Programmentwurf wieder aufgenommen. Um Gottes willen dürfen wir jetzt nichts freiwillig aufgeben oder durch Schweigen als verloren betrachten. Das ist die unglückliche Taktik von M.Gladbach gewesen! So will es auch der Klerus und das Volk." Die Forderung des Bischofs nach „rückhaltlos katholischer Färbung" des Zentrums war u. a. begründet mit dem „Anschluß" der katholischen Frauenverbände an das Zentrum. Der Brief ist nur auszugsweise abgedr. bei *Ritter*, Volksverein, S. 373 f.

(der Erzbischof von Köln und der Fürstbischof von Breslau) sich wenige Monate vorher noch massiv gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen zur Wehr gesetzt hatten.

In der für die Neuformierung des Zentrums noch ungeklärten Situation in der zweiten Novemberhälfte von 1918 kam der Partei ein äußeres Ereignis zu Hilfe, das sie aufschreckte und binnen kürzester Frist zu einer Abwehrhaltung drängte, aus der heraus schlagartig ein lange vermißtes Zusammengehörigkeitsgefühl erwuchs. Unter dem Eindruck eines drohenden Kulturkampfs traten die innerparteilichen Gegensätze vorübergehend in den Hintergrund. Die unmittelbare Folge war das Weiterbestehen des Zentrums in seiner bisherigen Form.

Die am 13. November erlassene erste Kundgebung[4]) der aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten zusammengesetzten vorläufigen preußischen Regierung enthielt auch Richtlinien über die künftige Kirchen- und Kulturpolitik. Danach sollte u. a. eine Einheitsschule unter Befreiung von „politischer und kirchlicher Bevormundung" eingerichtet und die Trennung von Kirche und Staat in die Wege geleitet werden. Durch zwei am 27. und 29. November erlassene Verordnungen sollten die Reste der geistlichen Aufsicht in den Volksschulen beseitigt werden und der Religionsunterricht als Schulfach entfallen.[5]) Diese Maßnahmen bedeuteten den Auftakt zur Entkonfessionalisierung des Schullebens oder — wie es die Bischöfe kurz darauf nannten — zur Entchristlichung der Schule. Da nach einer später dementierten Meldung der „Germania"[6]) die bisherigen Staatszuschüsse an die Kirchen vom 1. April 1919 an wegfallen sollten, war im christlichen Deutschland die Besorgnis vor einer bevorstehenden Säkularisierung des Kirchen- und Klosterguts weit verbreitet.[7])

Der Versuch, dieses radikale Programm einer „gottentfremdeten Kulturpolitik"[8]) in praktische Politik umzusetzen, ist untrennbar mit dem Namen des linksextremen Politikers und „fanatischen Atheisten"[9]) Adolf Hoffmann („Zehn-Gebote-Hoffmann") verknüpft. Seine Ernennung zum Kultusminister — zusammen mit dem Mehrheitssozialisten Konrad Haenisch, der sich gegenüber Hoffmann nicht durchsetzen konnte — wurde als gezielte Provokation

[4]) Vgl. *Schulthess* 1918/I, S. 477 f.

[5]) Vgl. ebd., S. 532 f. Der Aufsatz von Hermann *Giesecke*, Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19 (Vierteljahrsh. für Zeitgesch. 13, 1965, S. 162 ff.) ist schon von der Quellen- und Literaturbasis her unzureichend.

[6]) Nr. 541 vom 19. November 1918.

[7]) Am 16. November 1918 hatte *Hoffmann* von der geistlichen Abteilung des Kultusministeriums eine Denkschrift über die „Wirkung der Einstellung der Staatszuschüsse in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung" angefordert, die er am 23. November 1918 erhielt. An den weiteren Beratungen über diese Frage wurden die Beamten des Ministeriums nicht beteiligt. Sie protestierten dagegen am 21. Dezember 1918 beim Staatsministerium. StA Hannover, Abt. P Tit. II.1 Nr. 1, Bd. IX. S. auch Anm. 49.

[8]) So *Hankamer*, Preußen und die Rheinlande, S. 114.

[9]) So *Epstein*, Erzberger, S. 326.

gegenüber dem christlichen Volksteil empfunden und als „geschmackloser Treppenwitz der Weltgeschichte" glossiert[10]), da Hoffmann nach seinen Worten nicht „Mi-nister", sondern „Ausmister" sein wollte.[11]) Weite Kreise der Bevölkerung außerhalb der Sozialisten und Linksliberalen erschraken vor den ersten kirchen- und religionsfeindlichen „Errungenschaften" der Revolution.[12]) An Stelle der erhofften demokratischen Mitbestimmung aller Bevölkerungsschichten und an Stelle eines Volksstaats, „in dem doch Freiheit für alle" herrschen sollte[13]), schien eine „Diktatur des Proletariats" angebrochen zu sein, zumal die Regierung am 18. November auch die „Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Gewerbebetriebe" angekündigt hatte.

Das Gespenst eines neuen Kulturkampfs zog drohend herauf. Es wurde bereits unmittelbar nach dem Umsturz vom 9. November in den schwärzesten Farben an die Wand gemalt.[14]) Die Ereignisse der Folgezeit erwiesen, wie stark bei der älteren Generation die Erinnerungen an die „Heroenzeit" des Bismarckschen Kulturkampfs noch lebendig waren. Wenngleich auch in Zentrumskreisen der neue

[10]) *KV* Nr. 899 vom 14. November 1918.

[11]) Vgl. Franz *Osterroth*, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1. Hannover 1960, S. 137. Dazu vgl. *Hoffmanns* Darstellung, „Unter den Linden", in: Die Revolution (Jb. der USPD) 1920, S. 178 ff., wo vom „schwarzen Raubvögelgezücht" die Rede ist und das Kultusministerium als „Brutnest für systematische Gehirnlähmung" bezeichnet wurde (S. 179). Vgl. ferner Julie *Braun-Vogelstein*, Ein Menschenleben. Heinrich Braun und sein Schicksal. Tübingen 1932, S. 463 f.: „Als dieser mit seiner Muttersprache wenig vertraute ‚Unabhängige' [...] berufen wurde, richtete Heinrich [Braun] nach anderthalb Jahrzehnten zum erstenmal wieder ein Wort an Karl Kautsky [...]: ‚Adolf Hoffmann ist als preußischer Unterrichtsminister eine Schmach für die Sozialdemokratie jeder Richtung und die gesamte Arbeiterbewegung, [...] eine dauernde Kompromittierung der Revolution. [...] Kautskys Eingeständnis, ‚daß man eben zu Zeiten gegen gewisse Strömungen nicht ankämpfen kann', belastete ihn nur, statt ihn zu entschuldigen, wenigstens in Heinrichs Augen. Der bestürmte nun den politischen Führer der ‚Unabhängigen', Hugo Haase, und erhielt von ihm den denkwürdigen Bescheid: gerade Adolf Hoffmann eigne sich trefflich für dieses Amt, weil er selber unter mangelnder Bildung leide; wie kein anderer wisse er darum den Wert des Unterrichts zu schätzen."

[12]) Am 22. März 1919 erklärte der Kölner DVP-Abg. *Moldenhauer* in der Preuß. Landesversammlung, daß Hoffmanns „Eingriffe" auch in protestant. Kreisen eine „außerordentliche Beunruhigung" hervorgerufen hätten. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 520.

[13]) So der Zentrumsabg. *Rürup* am 9. Juli 1919. Ebd., Bd. 3, Sp. 3213.

[14]) Vgl. *Germania* Nr. 535 vom 15. November 1918 (gegen „kulturkämpferische Vergewaltigung"). Die *Tremonia* Nr. 331 vom 30. November 1918 erschien mit der vierspaltigen Überschrift: „Der neue Kulturkampf". Die *Trierische Landeszeitung* überschrieb am 16. Dezember 1918 (Nr. 296) einen Leitartikel: „Der Kulturkampf in vollem Gange". Auch die Wiener *Schönere Zukunft* brachte am 16. Januar 1919 (Nr. 16) einen Artikel von A. *Felden* mit der Überschrift: „Der Beginn des neuen Kulturkampfes in Deutschland" (S. 274 ff.). Dazu vgl. Peter *Sinthern*, Kirchliche Zeitläufte, in: Theol.-prakt. Quartalschrift 73, 1920, S. 128 ff. („Die erste Phase des deutschen Kulturkampfs") sowie Friedrich *Thimme*, Das Verhältnis der revolutionären Gewalten zur Religion und zu den Kirchen, in: Revolution und Kirche, S. 39: „Allein schon durch die Persönlichkeit Hoffmanns, von dem man sich nun einmal des Bösesten versah, ist die Atmosphäre eines neuen Kulturkampfs geschaffen worden, vor dem die Altmeister der Sozialdemokratie so dringend gewarnt hatten." Der Bonner Kirchenhistoriker Wilhelm *Neuß* sprach Mitte Dez. 1918 vom „Kulturkampfwahnsinn der Diktatoren". Vgl. *Fuchs*, Die Bonner Universität, S. 26.

Kultusminister als Persönlichkeit nicht ernst genommen wurde, so wußte man nur zu gut, daß sich in kurzer Zeit „viel kaputt schlagen" ließ, „was später niemand mehr flicken kann".[15]) Nicht nur die im westdeutschen Raum dominierende katholische Bevölkerung fühlte sich „im Kern ihres Lebens und Strebens" getroffen.[16]) Bereits am 12. November hatte der hessische Arbeiter- und Soldatenrat die gleichen radikalen kulturpolitischen Forderungen aufgestellt, während kurz darauf die sozialistischen Kultusminister in Bayern, Sachsen, Württemberg[17]), Braunschweig und Hamburg erkennen ließen, daß sie im wesentlichen den Hoffmannschen Standpunkt „raschen und bedenkenfreien Vorgehens in der Kirchentrennungsfrage" teilten.[18])

Gegen die radikalen kulturpolitischen Zielsetzungen der extremen Linken, deren Kräfte stark überschätzt wurden, erwuchs besonders in Preußen eine Protestbewegung, in der sich, wie der Mainzer Generalvikar Joseph Selbst schrieb[19]), das „katholische und gläubig-protestantische" Volk „wie *ein* Mann" erhob: „Auf zahllosen Massenversammlungen vernahm man einen Schrei der Entrüstung und einen Sturm des Widerspruchs, der mit elementarer Gewalt über das Land hin drang und im Wirrwarr der Revolution selbst in Berlin nicht überhört werden konnte." In der Reichshauptstadt bildete sich ein „Interkonfessioneller Ausschuß", um in den bevorstehenden Auseinandersetzungen die gemeinsamen Interessen zu vertreten.[20]) Hoffmann gelang es in „dankenswerter Weise", auch die „schläfrigsten Katholiken aufzupeitschen", sie auf den gefährdeten kulturpolitischen Besitzstand aufmerksam zu machen[21]) und damit ihr Selbstbewußtsein langsam wieder aufzurichten.[22])

Außerhalb des Episkopats und kirchlicher Organisationen, deren Proteste in der zweiten Novemberhälfte einsetzten[23]) und zu zwei Schreiben der preußischen Bischöfe vom 2. und 16. Dezember an die preußische Regierung führten[24]) — nachdem der Kölner Erzbischof, Kardinal von Hartmann, bereits am 18. No-

---

[15]) So Carl *Bachem* am 19. November 1918 an den Korrespondenten der KV in Berlin, Hofmann. Nachl. Bachem 464.

[16]) So *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 1, S. 17. Zu Hoffmann vgl. auch *Wende*, Becker, S. 68.

[17]) Dazu vgl. August *Hagen*, Geschichte der Diözese Rottenburg, Bd. 3. Stuttgart 1960, S. 296.

[18]) Vgl. *Thimme*, Das Verhältnis der revolutionären Gewalten (s. Anm. 14), S. 29 f., 36. Ebd. S. 30 f. wird nachgewiesen, inwieweit Hoffmanns Pläne — auf Grund einer Denkschrift des sozialistischen Schriftstellers Alfred Dieterich — ein „fast sklavisch getreuer Abklatsch der französischen Trennungsgesetzgebung" vom Anfang des Jahrhunderts waren.

[19]) Zeitlage und kirchliches Leben im Jahre 1918/19, in: Kirchl. Handb. 8, 1919, S. 131.

[20]) Dazu *Mehnert*, Evangelische Kirche und Politik, S. 164 f.

[21]) Vgl. Wilhelm *Marx*, in: Kirchl. Handb. 11, 1922/23, S. 77.

[22]) Vgl. *Lutz*, Demokratie, S. 68.

[23]) Vgl. den von der *KV* Nr. 921 vom 22. November 1918 und *Germania* Nr. 548 vom 23. November 1918 im Namen des preuß. Episkopats veröffentlichten Protest des Kölner Erzbischofs Kardinal *von Hartmann*.

[24]) Vgl. *Germania* Nr. 566 vom 4. Dezember 1918; Nr. 590 vom 18. Dezember 1918.

vember gegenüber Erzberger seinen Sorgen Ausdruck verliehen hatte[25]) —, machte sich das Zentrum zum entschiedensten Sprecher der betroffenen christlichen Bevölkerung.[26]) Von Mitte November an verurteilten nahezu alle Zentrumskundgebungen — angefangen mit einem Aufruf von Mitgliedern der ehemaligen preußischen Zentrumsfraktion[27]) — aufs schärfste die Fortsetzung der „Kriegsdiktatur in anderer Form“[28]) und die „Vergewaltigung der Katholiken und Protestanten“[29]) durch die „Jakobinermaßregeln“[30]) Adolf Hoffmanns. Er wurde als „Kulturschädling“ nicht nur von Zentrumsseite mit höhnischem Spott und ausgefallenen Schimpfworten reichlich bedacht[31]), wobei sich einige Zeit später die „Kölnische Volkszeitung“ in folgende Beschimpfung steigerte: „Großschnäuziger ungebildeter Berliner Gottesleugner, widerwärtiger Zyniker, üble Blüte aus dem Berliner Großstadtsumpf, grinsender Wasserspeier vor einem Monumentalgebäude, geistiger Thersites.“[32])

Der in Preußen drohende Kulturkampf vervielfachte den Ruf nach der Nationalversammlung. Zu deren Zusammentritt wurde die Regierung besonders von Erzberger gedrängt, der sich neben Ebert als der führende politische Kopf in dieser Übergangszeit erwies.[33])

---

[25]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 326.

[26]) Vgl. *Porschs* Erklärung vom 16. November 1918, in: *Germania* Nr. 543 vom 20. November 1918. *Erzbergers* Antwort vom 21. November 1918 an Kardinal Hartmann (s. die vorige Anm.) lautete, das Zentrum verpflichte sich, Hoffmanns Pläne zu bekämpfen, was mit Erfolg allerdings erst durch eine „bürgerliche Mehrheit“ in der künftigen Nationalversammlung möglich sei.

[27]) Vgl. *KV* Nr. 911 vom 18. November 1918.

[28]) So *Germania* Nr. 558 vom 29. November 1918. Beispielhaft war eine Kundgebung der Breslauer Zentrumspartei am 20. November 1918, zu der etwa 4000 Personen erschienen waren und auf der neben Zentrumspolitikern (Herschel, Porsch) auch Fürstbischof Bertram das Wort ergriff. Dabei erklärte *Porsch* u. a., der bevorstehende Kulturkampf zwinge dazu, der „alten Zentrumsfahne“ treu zu bleiben. Vgl. *Germania* Nr. 544 vom 21. November 1918.

[29]) *KV* Nr. 912 vom 19. November 1918. Einige Stimmen aus dem süddeutschen Raum zit. bei *Lutz*, Demokratie, S. 69.

[30]) So *KV* Nr. 928 vom 25. November 1918.

[31]) Ebd. heißt es z. B.: „Mann ohne Bildung [...], gestachelt von diktatorischem Machtkitzel“, „Kultuspascha“. Der münsterische Professor Joh. *Plenge* protestierte „als wissenschaftlicher Sozialist“ am 20. November 1918 bei Ebert gegen den „plötzlichen Machtkoller“ Hoffmanns, dessen Ernennung für die SPD eine „dauernde geschichtliche Schande“ sein werde. Vgl. *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 133.

[32]) 17. Dezember 1918; zit. bei *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 282. Die *Trierische Landeszeitung* Nr. 276 vom 22. November 1918 schrieb: Hoffmann könne, „wie er selbst zugeben muß, nicht richtig sprechen und schreiben“. In *Herders Zeitlexikon*, Bd. 1, 1921, Sp. 709, findet sich folgende Charakteristik: „Als ‚Freigeist‘ ein Musterbild geschwätziger, bloßstellungslustiger Unbildung, trotzdem und deswegen einflußreicher Führer des linkssozialistischen Berlinertums.“ Nach *Schreiber*, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 77, war Hoffmann „mehr Bajazzo als Minister“. Dazu ferner *Schreiber*, Deutsche Kirchenpolitik, S. 297.

[33]) *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 9, S. 423, hält es für zweifelhaft, ob sich Ebert hätte durchsetzen können, „wenn Erzberger nicht hinter ihm gestanden hätte“. Nach *Epstein*, Erzberger, S. 326, hätte sich Erzberger ohne Eberts Versprechen baldiger Wahlen nicht bereit erklärt, das Amt des Waffenstillstandskommissars beizubehalten.

Die nach der „Mobilmachung aller religiösen Kräfte“[34]) angelaufenen und bis weit über den 19. Januar 1919 (Wahlen zur Nationalversammlung) hinausreichenden Protestaktionen von Einzelpersonen und Verbänden des katholischen und gläubig-protestantischen Kirchenvolks[35]) verliehen den kirchen- und kulturpolitischen Forderungen der Zentrumspartei nachhaltige Resonanz.[36]) Das publizistische Hochspielen und Ausschlachten dieser Zusammenhänge beherrschte den politischen Blickwinkel. Infolge der in den „revolutionären Flitterwochen“ sichtbar werdenden kulturellen „Endziele“ der Sozialdemokratie wurden — wie es Ludwig Kaas umschrieb[37]) — die „christliche Volksseele“ aufgerüttelt und der Wahlkampf zu einem Kampf für Ideale erhoben. Noch bevor die eigentliche Agitation für die Wahl zur Nationalversammlung überhaupt begonnen hatte, stand die Parole fest, unter der die Zentrumspartei diese Wahl erfolgreich zu bestehen hoffte. Die Gelegenheit schien günstig, die „gläubigen Volkskreise aller Konfessionen“ für das Zentrum gewinnen und gleichzeitig das „Vorurteil vom konfessionellen Charakter“ der Partei beseitigen zu können.[38])

Innerhalb kürzester Zeit war der Protestwelle ein erster Erfolg beschieden: Bereits am 21. November gab Konrad Haenisch zu erkennen, er bremse in der Frage Kirche und Staat „tagtäglich nach Kräften“.[39]) Und schon am 18. Dezember mußte Haenisch in einem Schreiben an das Staatsministerium zugeben, daß die Politik seines Mitregenten Hoffmann gescheitert sei: „Eine Überstürzung der

---

[34]) So *Germania* Nr. 535 vom 15. November 1918.

[35]) In den Akten des Preuß. Staatsministeriums (s. Anm. 7) befinden sich insgesamt 876 Protestschreiben von Einzelpersonen bzw. Organisationen. *Thimme*, Das Verhältnis der revolutionären Gewalten (s. Anm. 14, S. 40), spricht von „ganzen Bergen von Protesten und Eingaben aus allen Landesteilen und aus allen Klassen der Bevölkerung“. In einer Flugschrift der Zentrumspartei (Nr. 5) faßte Maximilian *Pfeiffer* Stimmen katholischer und evangelischer Kirchenbehörden (so der Untertitel) zusammen unter dem Titel „Kampf um die heiligsten Güter“. Berlin 1918.

[36]) Vgl. *Germania* Nr. 560 vom 30. November 1918: „Adolf Hoffmann und seine Gegner“. Ebd. Nr. 566 vom 4. Dezember 1918: „Des Zehngebote-Hoffmanns neuestes Gebot“. Ebd. Nr. 576 vom 10. Dezember 1918: „Hoffmanns Diktatur“. Über Protestkundgebungen der Münsterischen Zentrumspartei vom 27. November und 11. Dezember 1918, bei denen der spätere Abg. Georg *Schreiber* referierte — der auch die Entwürfe verschiedener Resolutionen und Protestschreiben an Ebert und Haenisch anfertigte —, vgl. *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 180, 206, 262 ff.; *Schreiber*, Kirchenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, S. 297 ff.; *Morsey*, Aus westfälischer Wissenschaft und Politik, S. 10 f.

[37]) Auf dem Parteitag der Rhein. Zentrumspartei in Köln am 16. September 1919. Vgl. Bericht, S. 110. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 in Berlin erklärte *Kaas:* „Die Berliner Kulturkampfparole weckte im Lande ein Echo, daß im Kultusministerium die Scheiben zu zittern begannen.“ Vgl. Offizieller Bericht, S. 120.

[38]) So *KV* Nr. 993 vom 18. Dezember 1918.

[39]) An Plenge; vgl. *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 141. Der *Vorwärts* hatte am 21. November 1918 ein Telegramm des Kölner SPD-Politikers *Meerfeld* bekanntgegeben, das dieser im Auftrag der SPD-Organisation Obere Rheinprovinz an die „Berliner Regierung“ gerichtet hatte: „Die kommende feindliche Besetzung verursacht im Rheinland eine neue nationalistische Welle, die unsere Errungenschaften gefährdet. Wir ersuchen dringend, die Wahlen zur Nationalversammlung zu beschleunigen. Die Trennung von Kirche und Staat darf nur durch die Gesetzgebung eines rechtmäßigen Parlaments erfolgen.“

Trennung von Staat und Kirche, ihre Verwirklichung durch bloßes Dekret [...] würde meiner Auffassung nach zu den schwerstwiegenden politischen Konsequenzen führen." Haenisch wollte die „berechtigten Interessen der kirchlichen Schichten im preußischen Volke" unter allen Umständen geschont wissen.[40])

Unter dem Druck der „christlichen Proteste"[41]) hob Haenisch am 28. Dezember den Erlaß Hoffmanns — der Ende Dezember sein Amt grollend verlassen mußte — vom 29. November über den Fortfall des Religionsunterrichts de facto auf.[42]) Wenige Tage später sah er sich gezwungen, dem Staatsministerium mitzuteilen[43]), daß Hoffmanns voraufgegangener Erlaß vom 27. November über die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht nicht zu Recht bestehe, da er nicht in der vorgeschriebenen Form (in der Gesetzessammlung) publiziert worden sei.[44]) Dieses Faktum gab namens des Preußischen Staatsministeriums Minister Hirsch am 9. Januar 1919 bekannt.[45]) Auf höhnischen Spott brauchte er nicht zu warten.[46]) Kaum war jedoch der „Elefant" Hoffmann aus dem Porzellanladen entfernt, so fuhr Haenisch fort, allerdings mit stärkerer Zurückhaltung nach außen und mit „etwas mehr Pfiffigkeit"[47]), die sozialistische Kulturpolitik weiterzuführen.[48]) Erst mit der Einberufung der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung nahm die Berliner „Kulturdiktatur" ein vorläufiges Ende. Der Kampf verlagerte sich in die Parlamente.

---

[40]) StA Hannover (s. Anm. 7).

[41]) So *Germania* Nr. 604 vom 28. Dezember 1918. Der Generalsekretär der Zentrumspartei, *Pfeiffer*, hatte am 28. November 1918 in einer Berliner Zentrumskundgebung erklärt: „Wir sind im Laufe der Zeit mit ganz anderen Dynastien fertig geworden als mit der Dynastie Adolf Hoffmann." Vgl. *Germania* Nr. 558 vom 29. November 1918.

[42]) Offiziell hieß es, die Durchführung des Erlasses habe „überall dort, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stößt", bis zur Entscheidung durch die preuß. Nationalversammlung zu unterbleiben. Vgl. *Schulthess* 1918/I, S. 533.

[43]) Am 6. Januar 1919; StA. Hannover (s. Anm. 7).

[44]) Vgl. auch *Haenischs* Erklärung gegen Hoffmann im Berliner Tageblatt Nr. 8 vom 5. Januar 1919. Dazu *Thimme*, Das Verhältnis der revolutionären Gewalten (s. Anm. 14), S. 33.

[45]) Schreiben an Kardinal v. Hartmann. Vgl. *KV* Nr. 34 vom 13. Januar 1919. Dazu *Schulthess* 1918/I, S. 525; *Thimme* (s. die vorige Anm.), S. 41. Auf einer Sitzung des Rats der Volksbeauftragten mit Vertretern der preuß. Regierung am 28. Dezember 1918 hatte *Hirsch* zugegeben, daß die preuß. Regierung von Hoffmanns Erlassen erst aus der Zeitung erfahren habe. Bundesarchiv R 43 I/1325.

[46]) Vgl. *KV* Nr. 36 vom 14. Januar 1919 unter der Überschrift „Unglaublich!"

[47]) So *Sinthern*, Kirchliche Zeitläufte (s. Anm. 14), S. 131. Vgl. *Germania* Nr. 1 vom 1. Januar 1919 „Minister Haenisch und der neue Kulturkampf".

[48]) Am 11. März 1921 erklärte der Abg. *Gronowski* im Preuß. Landtag: „Einer der Herren Redner von rechts stellte die neugierige Frage, ob das Zentrum sich noch weitere vier Wochen den Kultusminister Haenisch gefallen lassen will. Meine Herren, darüber haben wir nie einen Zweifel gelassen, daß Kultusminister Haenisch nicht unser Mann ist, daß er und die Zentrumspartei sich in Weltanschauungsfragen gegenüberstehen wie Feuer und Wasser; und danach haben wir unsere ganze Politik eingerichtet. Aber Ihnen (nach rechts) will ich eins sagen, so hundsgemein schlecht wie Ihre Kultusminister vor Jahrzehnten unsere Weltanschauung bekämpft haben, hat Haenisch sie nicht bekämpft." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 56.

Haenisch hatte nun nicht etwa in erster Linie aus Rücksichtnahme auf die religiösen Gefühle des christlichen Volksteils und auf die Wahlkampfsituation den Rückzug angetreten, sondern aus Besorgnis vor „ernstzunehmenden Absonderungsbestrebungen" in den westlichen und östlichen Grenzprovinzen Preußens, die eine Folge von Hoffmanns Politik waren.[49]) Bereits am 9. Dezember hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Solf, an Ebert geschrieben, die Politik Hoffmanns bedrohe den Zusammenhang Preußens mit den Rheinlanden und habe in Oberschlesien die deutsche Widerstandskraft gegen die polnischen Aspirationen aufs schwerste erschüttert.[50]) Haenisch selbst machte in einem Schreiben vom 18. Dezember das Staatsministerium auf die „schwerstwiegenden" politischen Konsequenzen aufmerksam, die eine Weiterbefolgung der kulturpolitischen Linie zur Folge haben würde: „Insbesondere würden die separatistischen Tendenzen in den östlichen und westlichen Provinzen Preußens dadurch auf das wirksamste gefördert werden."[51]) Hoffmanns Vorgehen drohte das durch die Umwälzung des 9. November bedenklich gelockerte Staatsgefüge Preußens zu sprengen.[52])

[49]) So hieß es in dem in Anm. 7 erwähnten Protestschreiben der leitenden Beamten des Kultusministeriums vom 21. Dezember 1918.

[50]) Polit. Archiv, Personalakte Solf.

[51]) S. Anm. 7. Bereits vorher hatte *Plenge* aus Münster (s. Anm. 31) an Haenisch telegraphiert (20. November 1918): „Achtung! Antichristliche Autokratie befördert Separatismus des preußischen Westens. Bewegung beginnt." Und am 7. Dezember 1918: „Sie ahnen nicht, in welchem Maße das ‚Los von Berlin' ‚selbständiges Rheinland-Westfalen' hier Resonanz bekommen hat. Und fast die ganze Verantwortung dafür fällt dem preußischen Kultusministerium zu." Vgl. *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 132, 235.

[52]) Am 30. Dezember 1918 schrieb Kurt *Riezler* an Brockdorff-Rantzau, die Stimmung in den preuß. Provinzen lasse keinen Zweifel daran, daß eine „weitere Radikalisierung Berlins das Reich und auch Preußen in Stücke zerreißt." Pol. Archiv, Deutschland Nr. 88 Bd. 16.

2. „Los von Berlin"

Die als „Jakobinermaßregeln" kritisierten kulturpolitischen Erlasse Hoffmanns, der weithin als Personifikation der „proletarischen" oder „bolschewistischen" Diktatur galt, stießen vor allem in den Grenzgebieten des Reiches auf erbitterten Widerstand. Sie beschworen im Rheinland und in Schlesien politische Gefahren für den inneren Bestand Preußens und damit auch des Reiches herauf.[1]) Lange zurückgedrängte föderalistische Kräfte drängten zur Aktivität. Sie hielten die Einheit des Reiches für gefährdet durch die Herrschaft der Berliner „Demagogen" im „geistig und sittlich verrotteten" Berlin auf der einen und die

[1]) Am 13. Dezember 1918 erklärte *Trimborn* in Elberfeld (s. Anm. 6 des folgenden Kap.), je mehr man in das Trierer Land komme, je häufiger höre man: „Ehe wir uns unter Hoffmann beugen sollen, wollen wir lieber Franzosen werden."

„rohe Diktatur" des „hergelaufenen, rassefremden Eindringlings" Kurt Eisner im „guten Bayernland" auf der andern Seite.[2])

Unter der Parole „Los von Berlin" und „Los von Preußen" meldeten sich vor allem in den westlichen Grenzgebieten des Reiches regionale und lokale Selbständigkeitsbestrebungen zu Wort. Sie bildeten den Auftakt der permanenten Reichsreform-Debatten. Diese Bestrebungen datierten gewiß nicht erst vom 9. November 1918 — an dem in Köln bereits einige Angehörige des Zentrums (Froberger, Hoeber, Kastert, K. Müller) mit Plänen zur Trennung des Rheinlands von Preußen an den Kölner Oberbürgermeister Adenauer herantraten —, erhielten aber ebenso gewiß unverhofften Auftrieb durch das als unchristlich und undemokratisch kritisierte Berliner „Willkürregiment"[3]) der sozialistischen „Novembermänner".[4]) Die „Germania" kritisierte die kulturkämpferischen Maßnahmen Hoffmanns, der glaube, so fest im Sattel zu sitzen, daß er mit der preußischen Einheit spielen und Berlin größten Gefahren aussetzen dürfe.[5])

Aus Besorgnis vor einem drohenden Kulturkampf, aus unverhohlener Abneigung gegen die als „höchst überflüssig und unnötig" empfundene Revolution[6]), aus Furcht vor einem Einbruch des Kommunismus und vor den unabsehbaren Folgen des bevorstehenden Einmarsches fremder Truppen griffen viele „treu-

---

[2]) So *KV* Nr. 953 vom 4. Dezember 1918. Am 6. Dezember 1918 hieß es in der *Tremonia* (Dortmund) Nr. 337: „Nach der Berliner Pfeife, wie sie jetzt geblasen wird, wird im Westen nicht getanzt."

[3]) So *KV* Nr. 928 vom 25. November 1918. Ähnlich der Gießener Theologe Martin *Schian*, Adolf Hoffmanns Kulturpolitik, in: Deutsche Stimmen [DVP] 31, 1919, S. 9. In der Preuß. Landesversammlung erklärte der DVP-Abg. *Moldenhauer* am 22. März 1919, daß unter den „sehr starken Eindrücken der jüngsten Zeit", aus denen die Forderung nach einer Absplitterung von Preußen erwachsen sei, die „Eingriffe" Hoffmanns eine große Rolle gespielt hätten. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 519 f. Bei *Heuss*, Naumann, S. 463, ist von den „törichten" Erlassen Hoffmanns die Rede, durch die die Selbständigkeitsbewegungen wenn nicht veranlaßt, so doch gefördert worden seien. Ferner *Hankamer*, Preußen und die Rheinlande, S. 114 f.

[4]) In der Zuschrift eines Studenten (*KV* Nr. 975 vom 11. Dezember 1918) hieß es: „Sind wir der Stiefelputzer Liebknechts oder gar A. Hoffmanns?" Am 1. Januar 1919 schrieb die *Germania* (Nr. 1), die „allgemeine Mißwirtschaft" der Revolution habe auch den Zusammenhalt des Reiches gelockert, „ja in Gefahr gebracht". Vgl. ferner *Faßbender*, Westdeutschland, S. 29 f. Allzu generalisierend *Dorten*, La Tragédie Rhénane, S. 34: „Un seul cri retentit à travers toute la Rhénanie: ‚Los von Berlin!'"

[5]) Nr. 565 vom 4. Dezember 1918. Dazu vgl. *Kluke*, Gestalten der Weimarer Republik, S. 5: Auf die Kulturpolitik der preußischen Regierung habe die katholische Bevölkerung des Rheinlands mit einer Bewegung für einen selbständigen rheinischen Bundesstaat geantwortet: „Diese Bewegung ist zu Unrecht oft als rheinischer Separatismus und als landesverräterisch bezeichnet worden, weil später einige verräterische und törichte Männer sich für die Ziele der französischen Rheinpolitik hatten einfangen lassen."

[6]) So der Kölner Zentrumsabg. *Kastert* in der Preuß. Landesversammlung am 22. März 1919. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 492. In einer Resolution der Zentrumspartei des Wahlkreises Trier (vgl. *Germania* Nr. 556 vom 28. November 1918) hieß es, die geplanten Maßnahmen Hoffmanns seien geeignet, eine Bewegung zu fördern, die auf eine „politische Selbständigmachung" des Rheinlands von Preußen hinauslaufen würde.

deutsche Rheinländer“[7]) zur Selbsthilfe. Sie befürchteten eine (teilweise) Annexion des Rheinlands durch französische und belgische Truppen, eine Befürchtung, die vor allem in den letzten Kriegsmonaten von deutscher Seite zur Stärkung des Widerstandswillens immer wieder genährt worden war.[8]) Sie glaubten sich von Berlin, wo die sozialistischen Kräfte nicht einmal das äußere Chaos zu bannen vermochten, im Stich gelassen. Sie sahen die Schaffung eines selbständigen rheinischen Bundesstaats im Rahmen des Reiches als den „einzig möglichen Weg zur Rettung des Deutschtums in den Rheinlanden“ an[9]) und wollten sich durch freiwilligen Entschluß von Preußen lossagen, um nicht durch französische Gewaltmaßnahmen vom Reich losgerissen zu werden.[10]) Eine ähnliche Bewegung in Oberschlesien wollte auf diese Weise das östliche Grenzgebiet vor einer Annexion durch Polen bewahren.[11])

Unter dem Motto „Berlin ist nicht Deutschland“[12]) und „Rheinisches Recht für rheinisches Land“[13]) erwuchs teilweise in Rückgriff auf vorpreußische Traditionen im Rheinland und unter Berufung auf die politische und kulturelle Stammeseinheit der Rheinländer[14]) eine bemerkenswert starke Volksbewegung. Unverhüllt kam die traditionelle Abneigung gegen jenes Preußen zum Ausdruck, dessen „stammesfremde Beherrscher“[15]) in der Behandlung der Westprovinzen als

---

[7]) So Wilhelm *Marx* in seinen später niedergeschriebenen Erinnerungen. Nachl. Marx XXIX.

[8]) Vgl. A. *Köhler*, Deutsches Zentrum, S. 12, Anm. 2.

[9]) So *Marx* (s. Anm. 7). Am 14. Dezember 1918 hieß es in der *Germania* Nr. 584: Gerade der Wille, beim Reich zu bleiben, habe den Anstoß zu den Los von Berlin-Bestrebungen gegeben. Der Abg. *Heß* erklärte am 24. März 1919 in der Preuß. Landesversammlung: „Wir auf dem linken Rheinufer [...] waren von der inneren Überzeugung geleitet, daß die Gründung einer westdeutschen Republik aus nationalen Erwägungen notwendig wäre; denn wir glaubten, der begründeten Ansicht sein zu müssen, daß die Unversehrtheit des ganzen deutschen Reichsgebiets nur auf diesem Wege zu sichern wäre.“ Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 562.

[10]) *Heß* ebd. Ähnlich der Zentrumsabg. *Pfeiffer* am 10. April 1919 in der Nationalversammlung (vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 918) und der Abg. *Lauscher* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 in Köln (vgl. Bericht, S. 163).

[11]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Herschel* am 25. November 1920 im Reichstag. Sten. Berichte, Bd. 345, S. 1256.

[12]) So lautete die Überschrift eines Artikels der *KV* Nr. 907 vom 17. November 1918, auf den hin die Redaktion eine Flut von zustimmenden Kundgebungen erhielt. Daraufhin wagte sich die *KV* Nr. 923 vom 23. November 1918 schon etwas weiter vor mit der Behauptung, daß sich seit dem 9. November der „Schwerpunkt Deutschlands“ von Berlin weg wieder „in die Mitte des alten, eigentlichen Deutschlands“ verlagert habe und auf einer „ungefähr von Köln nach Passau sich hinziehenden Linie“ zu suchen sei. Die Redaktion enthielt sich zwar noch jeden Vorschlags zur „praktischen Lösung“ der neuen Lage, ließ aber keinen Zweifel daran, daß bei der Neugestaltung des Reiches die „bisherige Zurücksetzung des industriereichen, große wirtschaftliche Werte schaffenden Westens“ ein Ende haben müsse.

[13]) So *KV* Nr. 953 vom 4. Dezember 1918.

[14]) Dagegen vgl. Joseph *Hansen*, Rheinland und Rheinländer, in: Westdeutsche Monatsh. für das Geistes- und Wirtschaftsleben 1, 1925, S. 309; Ursula *Lewald*, Zur Namensgeschichte des Rheinlands, in: Neues Rheinland, H. 36, 1964, S. 8 f.

[15]) So *KV* Nr. 953 vom 4. Dezember 1918.

„Melkkuh“[16]) ein Jahrhundert lang eine denkbar ungeschickte Hand bewiesen hatten.[17]) Lange zurückgedrängte Ansprüche nach einer politischen und kulturellen Sonderstellung des Rheinlands meldeten sich gebieterisch zu Wort. Von den deutschen Westgebieten aus (Pfalz, Hessen-Nassau, Rheinland und Westfalen)[18]) wollten weite Kreise der Bevölkerung — keineswegs nur Angehörige des Zentrums[19]), wenngleich Kölner Zentrumspolitiker in der vordersten Reihe standen — einen föderalistischen Neubau des Reiches in die Wege leiten. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker[20]) forderten sie, im Zusammenhang mit den allenthalben diskutierten Plänen über eine neue Reichsgliederung, Preußen zu zerlegen und die Berliner Hegemonie zu beseitigen. Sie betrachteten eine Westdeutsche Republik als den Grundstein eines „neuen, freien Deutschland“[21]), das an die Zeiten deutscher Geschichte vor 1866 anknüpfen sollte.[22]) Dementsprechend lautete die Parole: „Treue zum Reich, los von Berlin!“

---

[16]) Vgl. *Schwarz*, Die Weimarer Republik, S. 35.

[17]) Über den Zusammenhang des preuß. Auftretens im Rheinland und der Agitation zur Gründung einer „besonderen westdeutschen Republik“ vgl. *Hirsch*, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 200. Am 22. März 1919 erklärte *Kastert* (s. Anm. 6), „daß das Kapitel des alten Preußens und seiner Sünden gegen das Rheinland ein ganz eigenartiges und ein ganz reichhaltiges Kapitel preußischer Regierungskunst oder besser Regierungsunkunst ist.“ Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 490. Vgl. *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 1, S. 17: „Aus der Tiefe der Erinnerung erhoben sich ältere, fast vergessene Ansprüche auf eine Sonderstellung der Rheinprovinz im preußischen und deutschen Staate. Eine tiefe Abneigung gegen Berlin, die die bürgerliche Demokratie und der ‚politische Katholizismus‘ seit langem empfanden, ward durch das eigenwillige Vorgehen der ‚Novembermänner‘ im Reich und in Preußen verschärft.“

[18]) Bereits am 19. November 1918 trat Georg *Schreiber* (unter Pseudonym) in der KV für einen engeren politischen Zusammenschluß von Rheinland und Westfalen „zum Besten des deutschen Volkstums“ ein. Vgl. *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 131 f., 135.

[19]) Dazu vgl. *Faßbender*, Westdeutschland, S. 30: „Die ‚Essener Volkszeitung‘ (Nr. 30 vom 6. Februar 1919) erhebt Anspruch darauf, daß sie zuerst diese Forderung [‚Los von Berlin‘] ausgesprochen habe, und zwar in einem Aufsatze, der weder von einem Katholiken noch von einem Zentrumsmann stammte. Mag das stimmen oder mag einem anderen das Urheberrecht gebühren, jedenfalls sprach jener Ruf nur aus, was Tausende fühlten und wollten; und diese Stimmung erhielt auch nach dem Ausscheiden von Hoffmann aus dem Ministerium neue Nahrung.“ In einer von der *Deutschen Allg. Zeitung* Nr. 645 vom 14. Dezember 1918 veröffentlichten Stellungnahme erklärte *Marx* — der selbst Gegner dieser Bestrebungen war (vgl. Anm. 29) —, daß der Gedanke einer Rheinisch-Westfälischen Republik in „weitesten Kreisen“ auch außerhalb des Zentrums „stürmische und enthusiastische Zustimmung“ gefunden habe. Zu den Befürwortern einer Aufteilung Preußens gehörten neben Hugo *Preuß* — der diese Auffassung am 4. Dezember 1918 Götz Briefs mitteilte, der sie seinerseits noch am gleichen Tage Adenauer berichtete (Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 1) — u. a. Oberpräsident *v. Batocki*, Theodor *Heuss* und Friedrich *Meinecke*.

[20]) So *KV* Nr. 953 vom 4. Dezember 1918.

[21]) Der spätere DVP-Abg. und Reichsminister Paul *Moldenhauer* schrieb 1919 (Von der Revolution zur Nationalversammlung. Berlin 1919, S. 18): „Die rheinische Zentrumspartei will [...] unter allen Umständen eine rheinische Republik innerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches.“

[22]) Vgl. *KV* Nr. 953 vom 4. Dezember 1918.

Zwei Wochen lang war von der neuen Bewegung wenig zu spüren. Gespräche zwischen Zentrumsangehörigen (Adenauer) und Vertretern der Liberalen (Falk) und der SPD (Meerfeld) führten zu keinerlei Ergebnissen. Diese Situation änderte sich am Abend des 4. Dezember. Unter dem Eindruck des für den folgenden Tag erwarteten Einmarsches alliierter Truppen in Köln versammelten sich in zwei von der örtlichen Zentrumspartei veranstalteten Parallelversammlungen annähernd 5000 Personen. Sie bekannten sich zu den Zielen der Partei — über die Trimborn und Marx an Hand der Programmentwürfe vom 19./20. November referierten[23]) — und anschließend zu einer vom Chefredakteur der „Kölnischen Volkszeitung", Karl Hoeber, verlesenen Resolution, der gegenüber sich Marx und Trimborn allerdings ostentativ in Schweigen hüllten.[24]) Diese Resolution[25]) war in einer der Versammlung unmittelbar voraufgegangenen Sitzung des Beirats der Rheinischen Zentrumspartei — gegen das Votum von Marx und bei vorsichtiger Reserve von Trimborn[26]) — beschlossen worden, gegenüber weitergehenden Vorschlägen, die auf die Ausrufung einer Rheinischen Republik abzielten. In der Resolution wurden die „anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien" in den Ländern am Rhein (einschließlich Westfalens) aufgefordert, „baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reiche angehörigen selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik" in die Wege zu leiten. Von den genannten Gebieten aus sollte der Wiederaufbau eines neuen demokratischen Staatswesens beginnen.

Der Versammlungsleiter Oberpfarrer Kastert, geschäftsführender Vorsitzender des Rheinischen Zentrums, der einleitend erklärt hatte: „Wir hier auf dem linken Rheinufer, besetzt von den Heeren der Alliierten, wir bleiben deutsch!"

---

[23]) Davon wird noch die Rede sein.

[24]) Am 22. März 1919 schilderte *Kastert* in der Preuß. Landesversammlung die Vorgeschichte und den Verlauf der Kundgebung, deren Zustandekommen vom Beirat der Rhein. Zentrumspartei einige Tage zuvor beschlossen worden sei. Kastert teilte dabei mit, daß Trimborn und Marx „mit keinem Wort an die Sache [der Rheinisch-Westfälischen Republik] gerührt" hätten: „Sie haben [nach ihren Referaten] an der weiteren Entwicklung des Abends gar keinen Anteil gehabt; das nehmen wir ganz auf unser Konto." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 496.

[25]) Vgl. *KV* Nr. 957 vom 5. Dezember 1918; *Germania* Nr. 568 vom 5. Dezember 1918; *Schulthess* 1918/I, S. 544. *Dorten*, La Tragédie Rhénane, S. 38 ff., macht aus seinem Ärger über das Zentrum und insbesondere Adenauer kein Hehl. Der Text der Resolution auch abgedr. bei A. *Köhler*, Deutsches Zentrum, S. 16, und *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 209. Entstellende Wiedergaben bei *Ilges-Schmid*, Hochverrat, S. 17; *Peck*, Adenauer, S. 20.

[26]) Die *KV* Nr. 976 vom 12. Dezember 1918 erklärte ausdrücklich, daß die Resolution keine Kundgebung des Zentrums gewesen sei. Aus diesem Grunde hätten auch Trimborn und Marx nicht den Vorsitz der Versammlung geführt „und in keiner Weise zustimmend" zu der Resolution Stellung genommen. Vgl. ferner *Kasterts* Ausführungen in der Preuß. Landesversammlung (s. Anm. 24), Sp. 497. Am 11. Februar 1919 bestätigte *Kastert* in der Hauptversammlung der Kommunalpolit. Vereinigung des Rhein. Zentrums in Köln, daß Marx und Bell dem Gedanken einer Westdeutschen Republik „von vornherein abhold" gewesen seien, während Trimborn den Plan an sich begrüßt, aber Bedenken geltend gemacht habe, ob es „notwendig" sei, ihn in einer Zentrumsversammlung zu verkünden; Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2. Ferner *Cardauns*, Trimborn, S. 181 f.

(ähnlich Trimborn: „Heute am letzten Abend, wo wir frei sind, wollen wir noch einmal rufen: ‚Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein!'"), hob in seinem Schlußwort ausdrücklich hervor, daß die Forderungen der Resolution nicht aus „unserer Eigenschaft als Zentrumsleute, sondern als denkende und überzeugte Rheinländer" stammten.[27]) Dennoch faßten sie in diesem Augenblick vermutlich die Haltung der Mehrheit des Rheinischen, sicher aber die des Kölner Zentrums zusammen. Einzelne prominente rheinische Zentrumspolitiker, insbesondere Marx, distanzierten sich allerdings auch in der Folgezeit — ebenso wie der Kölner Erzbischof[28]) — eindeutig von diesen Plänen[29]) auf ein „freies Rheinland in einem freien Deutschland" (Hoeber). Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer hatte an der Versammlung am 4. Dezember nicht teilgenommen, war jedoch vorher über die Absicht, dort die „bundesstaatliche Selbständigkeit" zu proklamieren, informiert worden. Es ist anzunehmen, daß er den Text der Resolution nicht gekannt hat.[30]) Adenauer hatte es — auf eine telephonische Mitteilung aus Berlin hin, wonach sich der Rat der Volksbeauftragten gegen jede Absplitterung ausgesprochen haben sollte[31]) — strikt abgelehnt[32]), sich an

---

[27]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 in Köln erklärte der Abg. *Brauns* „im Namen der Parteileitung", daß die Kundgebung nicht von der Parteileitung inszeniert worden sei, was Kastert auf Wunsch von Trimborn ja auch ausdrücklich erwähnt habe. Vgl. Bericht, S. 192.

[28]) Am 6. Dezember 1932 teilte Prof. Götz *Briefs* (Berlin) dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer auf dessen Bitte hin Einzelheiten über seine, Briefs', Reise nach Köln am 3./4. Dezember 1918 mit. Danach hatte Briefs am 3. Dezember 1918 Kardinal Hartmann aufgesucht, der „entsetzt" gewesen sei, daß sein Name im Zusammenhang mit „hochverräterischen Absichten" genannt werde. Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 6. Auszüge dieses Briefes bei *Ilges-Schmid*, Hochverrat, S. 23, und *Peck*, Adenauer, S. 25 f., der Text und Kommentierung großenteils von Ilges-Schmid (ohne Zitierung) übernommen hat.

[29]) Über *Marx'* konsequent ablehnende Haltung zu den Zielen der Versammlungsteilnehmer vom 4. Dezember 1918 vgl. Anm. 26 sowie seine Stellungnahme im *Düsseldorfer Tageblatt* vom 12. Dezember 1918, in der *Düsseldorfer Zeitung* Nr. 655 vom 23. Dezember 1918 und in der *Deutschen Allg. Zeitung* Nr. 645 vom 14. Dezember 1918. Dazu vgl. *Schwend*, Bayern, S. 67. Nach einem Artikel „Die rheinische Politik und der ‚Fall Kastert-Kuckhoff'" (in: *HPBl.* 164, 1919, S. 39) waren die rhein. und westfäl. Zentrumsabgeordneten „bei weitem nicht alle" in dieser Frage einig. Vgl. auch Georges *Clémenceau*, Größe und Tragik eines Sieges. Dt. Ausg. Stuttgart ²1930, S. 152: „Wenn man hierin [in der Resolution vom 4. Dezember 1918] das Anzeichen einer Autonomiebewegung in Richtung auf Frankreich sehen will, dann muß man dem Sinn der Worte schon starke Gewalt antun."

[30]) Vgl. seine Mitteilung auf der Elberfelder Tagung vom 13. Dezember 1918 (s. Anm. 6 des folgenden Kapitels).

[31]) Nach dem erwähnten Schreiben von *Briefs* (s. Anm. 28) hat dieser die ihm von Adenauer am 3. Dezember 1918 mitgeteilten Pläne der für den folgenden Abend einberufenen Versammlung am Mittag des 4. Dezember 1918 in Berlin Staatssekretär Preuß vorgetragen. Dessen Antwort habe gelautet, daß der Rat der Volksbeauftragten damit nicht einverstanden sei; Adenauer möge Sorge tragen, daß in der Versammlung nichts proklamiert werde, was der Entscheidung der Regierung vorgreife. Diese Antwort habe er, Briefs, telephonisch an Adenauer übermittelt (vgl. *Ilges-Schmid*, Hochverrat des Zentrums, S. 22 f.). Adenauer scheint diesen Bescheid nicht weitergegeben zu haben.

[32]) So *Kastert* am 11. Februar 1919 (s. Anm. 26).

die Spitze der Selbständigkeitsbewegung zu stellen, wenngleich er mit den Autonomiebestrebungen sympathisierte.

Der am 5. Dezember in Köln an die Öffentlichkeit getretene, kurz zuvor gegründete überparteiliche „Freiheitsbund der deutschen Rheinlande" (Eckert, Hoeber, Meerfeld) verschwand rasch wieder von der politischen Bühne. Als schärfster Kritiker der Berliner „Anarchie" und als Vorkämpfer der rheinischen Eigenständigkeit betätigte sich die „Kölnische Volkszeitung" unter ihrem Verleger F. X. Bachem, Chefredakteur Karl Hoeber und dem aus dem Elsaß stammenden Redakteur Joseph Froberger. Das führende westdeutsche Zentrumsorgan lief unter der Parole „Weg mit Berlin!" gegen die „Diktatur von Minderheitsgruppen" und die „Narrheiten der Spartakusleute" Sturm.[33]) Es forderte im Zeichen der „aufs äußerste gefährdeten Rheinlande"[34]) ein freies Rheinland in einem neugegliederten Deutschland. Im Rahmen des von ihr vertretenen Programms — in dem sich die Kölner Redaktion mit der Parteileitung des Zentrums einig glaubte, wenngleich das nicht der Fall war[35]) — entwickelte das Kölner Blatt den Gedanken, Deutschland in vier große, leistungsfähige Republiken (darunter die Rheinisch-Westfälische Republik) an Stelle der 26 Bundesstaaten zu gliedern. Die Vormachtstellung Preußens sollte gebrochen und der Neuaufbau des Reiches auf „bundesstaatlicher demokratischer Grundlage"[36]) in die Wege geleitet werden: „Wir Rheinländer sind die besten Deutschen, die es geben kann."[37])

Wenn auch die „Kölnische Volkszeitung" bis Mitte Dezember hin, während das Schicksal des linksrheinischen Gebiets weiterhin ungeklärt blieb[38]), immer neue Zustimmungen zu ihrem Programm aus dem gesamten Rheinland, aber auch aus Westfalen, Hessen und Hannover erhielt, waren die Kritiker an den rheinischen Autonomieplänen längst hervorgetreten. Die Parteien außerhalb des Zentrums, die im November noch geschwankt hatten, machten von nun an kein Hehl aus

[33]) Vgl. *KV* Nr. 959 vom 6. Dezember 1918. Nach der Auffassung von *Brüggemann*, Rheinische Republik, S. 10, wollte sich die KV an die Spitze einer „volkstümlichen Bewegung" stellen, um auf diese Weise ihre „kriegshetzerische Vergangenheit am schnellsten vergessen zu machen".

[34]) So hieß es in einem Telegramm *Adenauers* vom 10. Dezember 1918 an Fehrenbach, in dem Adenauer „auf das dringendste" bat, den Reichstag zur Bestätigung der „Regierung Ebert-Haase" sofort nach Koblenz oder Limburg a. d. L. einzuberufen, um eine „zu Friedensverhandlungen fähige Regierung" zu bekommen. Die Vorgeschichte dieses Telegramms ergibt sich aus einem Protokoll über eine Besprechung vom 10. Dezember 1918 in Köln, das bei *Ilges-Schmid*, Hochverrat des Zentrums, S. 24 f., sowie *Peck*, Adenauer, S. 26, auszugsweise abgedruckt und verfälschend kommentiert ist.

[35]) *Trimborn* beklagte sich bereits am 12. Januar 1919 darüber, daß die KV die „intensive" Werbung für die Rheinische Republik vorher nicht mit der Parteileitung abgesprochen habe. Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 182.

[36]) So *KV* Nr. 976 vom 12. Dezember 1918.

[37]) So *Trierische Landeszeitung* Nr. 282 vom 29. November 1918.

[38]) Am 29. Dezember 1918 schrieb *Adenauer* an den Direktor der AEG in Berlin, Hamspohn: „Man will uns, wie ich bestimmt annehme, zu einem Pufferstaat machen." Gegen solche englisch-französischen Pläne könnten allein die USA „helfen". Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 1.

ihrer ablehnenden Haltung.[39]) Der Rat der Volksbeauftragten verurteilte am 11. Dezember[40]) die Bestrebungen zur „Abtrennung und Selbständigmachung" ehemaliger Teile des Reiches oder Preußens. Er verwies auf die künftige Nationalversammlung als der zuständigen Instanz für die Neuregelung des deutschen Staatsgebiets.

Diese Kundgebung galt aber nicht nur den westdeutschen, sondern auch den (ober-)schlesischen Autonomieforderungen. Das geht klar aus dem Verlauf der Beratungen des Rats der Volksbeauftragten mit Vertretern der preußischen Regierung, des Volksrats Breslau und des Zentralsoldatenrats für Schlesien am 28. Dezember 1918 in Berlin hervor.[41]) Nach den Berichten der Breslauer Vertreter hatte auch im Osten Preußens die Kulturpolitik Hoffmanns den Anstoß zu Bestrebungen schlesischer Zentrumskreise gegeben, unter der Parole „Oberschlesien den Oberschlesiern" auf die Bildung einer eigenen Republik hinzuarbeiten.[42])

Von den Volksbeauftragten war Haase bereit, sofort die Kulturautonomie und (für die Polen) polnischen Schulunterricht zuzugestehen, um eine Trennung Oberschlesiens zu verhindern, die die Gründung einer selbständigen Republik Schlesien nach sich ziehen würde. Für den preußischen Minister Breitscheid stellte sich die Situation in Schlesien ähnlich dar wie in der Rheinprovinz, wenngleich dort, wie er behauptete, die Hoffmannschen Erlasse nur als Vorwand dienten; ausschlaggebend sei die Abneigung gegen die sozialistische Republik, da „großkapitalistische" Kreise mit Hilfe einer Autonomie von den „lästigen Steuern und der lästigen Politik in Deutschland" loszukommen suchten.[43]) Breitscheid gab zu, daß wahrscheinlich durch eine Zerschlagung des größten Landes die „einzelnen Teile" des Reiches besser zusammengehalten werden könnten als im Verbande Preußens. Die Teilnehmer der Beratung glaubten, durch rasches Handeln (Aufklärung der Bevölkerung, Änderung der preußischen Kulturpolitik, Zugeständnisse in bezug auf die kulturelle Autonomie, Wechsel in den höchsten Verwaltungsspitzen) den Autonomiebestrebungen in Oberschlesien den Wind aus den Segeln nehmen zu können.

---

[39]) Das Urteil von *Brüggemann* (DDP), Rheinische Republik, S. 9, daß ohne das „parteipolitische Interesse" des Zentrums die rheinische Bewegung nicht zustande gekommen wäre, ist polemisch zugespitzt. (Seine Formulierung vom Zentrum als „Vorwerk der Romkirche", S. 12, läßt zur Genüge den Standpunkt des Verfassers erkennen.) Das andere Extrem bildet die Behauptung der *KV* Nr. 982 vom 14. Dezember 1918, wonach das Verlangen nach einer Rheinisch-Westfälischen Republik die „begeisterte Zustimmung weitester Bevölkerungskreise *aller* Parteirichtungen" gefunden habe.

[40]) Vgl. *KV* Nr. 976 vom 12. Dezember 1918; *Schulthess* 1918/I, S. 560.

[41]) Nach dem stenogr. Protokoll der Sitzung im Bundesarchiv R 43 I/1325.

[42]) Dazu vgl. *Vogel*, Deutsche Presse, S. 57 u. ö.

[43]) Als daraufhin der SPD-Politiker *Landsberg* die Bestrebungen dieser Kreise als „hochverräterisch" verurteilt wissen wollte, entgegnete *Breitscheid:* „Dann müssen wir auch Trimborn an die Wand stellen!"

3. Die Rheinlandbewegung um die Jahreswende 1918/19

Bereits seit dem November 1918 hatten sich auch im Zentrum kritische Stimmen gegen die rheinischen „Los von Berlin"-Bestrebungen erhoben, in deren Gefolge im westfälischen Raum Pläne zur Schaffung einer „Ems-Republik" diskutiert wurden. Die rheinischen Sonderwünsche fanden in keinem der verschiedenen Programmentwürfe des Zentrums Unterstützung oder auch nur Aufnahme. Die Entscheidung über den künftigen Reichsaufbau sollte ebenso wie die über die künftige Staatsform der Nationalversammlung vorbehalten bleiben. Am 7./8. Dezember warnten der „Westfälische Merkur" und der „Münsterische Anzeiger" nach dem Beispiel der „Germania" vor einer voreiligen Entscheidung.[1]) Zwei Tage später verstärkte der frühere münsterische Landtagsabgeordnete Adolf Schmedding diese Warnung.[2]) Entschiedene Gegner des Projekts waren von vornherein Stegerwald und Erzberger.[3]) Der Bonner Kirchenhistoriker Wilhelm Neuß, der am 13. Dezember in der „Kölnischen Zeitung" gegen eine Rheinisch-Westfälische Republik Stellung nahm, wollte die Befürworter dieser Pläne nicht pauschal verurteilt sehen: „Ich weiß, daß sehr hervorragende Mitglieder auch des Kölner Zentrums — das Zentrum des Reichs oder Preußens hat ohnehin mit der Bewegung nichts zu tun — Gegner des Plans sind, wie anderseits genug Nicht-Zentrumsanhänger mit ihm sympathisieren."[4])

Der am 12. Dezember in Hamm unter Herolds Vorsitz tagende Provinzialausschuß der Westfälischen Zentrumspartei distanzierte sich nach einem Referat Schmeddings von den Plänen, sofort eine Rheinisch-Westfälische Republik zu errichten; es dürfe nicht Sache einer einzelnen Partei sein, diese noch nicht spruchreife Frage entscheiden zu wollen. Dennoch ließ sich der Ausschuß eine Hintertür offen, wenn er von der Möglichkeit sprach, daß Verhältnisse eintreten könnten, „welche die Errichtung einer Rheinisch-Westfälischen Republik wünschenswert machen". Welche Verhältnisse konkret gemeint waren, ergab sich aus dem Schluß der Resolution: „Sollten die Regierungen [in Berlin] nicht in kürzester Frist die Herbeiführung geordneter und gesetzlicher Zustände im Reich und in Preußen erwirken, wird die Volksbewegung in den westlichen

[1]) Vgl. *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 246.

[2]) Ebd., S. 254 ff.

[3]) Am 21. Februar 1919 erklärte *Stegerwald* in der Nationalversammlung: „Ich bin an diesen Bestrebungen nicht beteiligt. Ich habe mich im Wahlkampf über diese Frage gar nicht engagiert." Der Kern der rheinischen Bestrebungen liege in der Frage: „Welches ist der sicherste Weg, daß wir unter allen Umständen deutsch bleiben?" Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 264. Über *Erzbergers* Haltung vgl. Anm. 11.

[4]) Der Artikel abgedr. bei *Fuchs*, Die Bonner Universität, S. 24 ff.

Landesteilen für Abtrennung von Preußen in stark zunehmendem Maße wachsen."[5])

In Berlin begann man den Ernst der Situation zu erkennen. Am 13. Dezember 1918 traf der preußische Staatsminister Breitscheid in Elberfeld mit den Spitzen der rheinischen Provinz, der Kommunalverwaltung, der Parteien und der Presse zu einer Besprechung über die rheinische Frage zusammen.[6]) In dieser Sitzung, zu der die preußische Regierung eingeladen hatte, lehnte Trimborn jede Verantwortung für die Kölner Resolution vom 4. Dezember ab, die von der „Kölnischen Volkszeitung" ausgegangen sei. Er behielt sich allerdings vor, den Plan einer Rheinisch-Westfälischen Republik weiter zu verfolgen, wenn dieser sich als Rettung vor der Annexion erweisen oder wenn die Aufteilung Preußens und die Neugliederung des Reiches „in Frage kommen" sollten.[7]) Demgegenüber erklärte Marx kategorisch: „Ich bin bis heute nach wie vor gegen die Bildung dieser Republik."

Als Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung" verteidigte Redakteur Froberger den Ursprung „unserer Propaganda" für die Rheinisch-Westfälische Republik mit dem Hinweis, daß den französischen Versuchen, bei rheinischen Katholiken Sympathien für Frankreich zu erwecken und sie für den Gedanken eines Anschlusses zu gewinnen, entgegengetreten werden mußte. Die Resolution vom 4. Dezember habe bekunden sollen, daß keine Trennung vom Reich beabsichtigt sei und daß die übrigen Parteien zu gemeinsamer Arbeit aufgefordert werden sollten. Adenauer — der nach Frobergers Mitteilungen von diesen Gedankengängen seinerzeit unterrichtet worden war — kritisierte die Kölner Initiative vom 4. Dezember als die „größte Dummheit" und als „ungeheuren Mißgriff". Seine Behauptung, daß er „vollständig überrascht" gewesen sei, dürfte sich allerdings nur auf den Text der Resolution beziehen. Der Oberbürgermeister hob hervor, daß die Kölner Pläne nicht Angelegenheit einer Partei gewesen seien und nicht auf einen Zentrumsstaat hinauslaufen sollten: „Ich selbst würde einem neuen Staatsgebilde, in welchem der Pastor und der Küster herrschten, die sozia-

---

[5]) Vgl. *Germania* Nr. 582 vom 13. Dezember 1918; *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 266 f. Nach der *KV* Nr. 982 vom 14. Dezember 1918 lagen die in Hamm als Bedingung für eine Gründung der Rhein.-Westfäl. Republik genannten Voraussetzungen vor. Dazu vgl. *Schreiber*, Deutsche Kirchenpolitik, S. 300 f. In Versammlungen des Rhein. Zentrums am 13. und 20. Dezember 1918 erklärte *Bell*, die Bildung der Rhein. Republik sei noch nicht spruchreif; vgl. *Schulte*, ebd., S. 273; *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 35.

[6]) Der stenogr. Bericht ist gedruckt in der *Düsseldorfer Zeitung* Nr. 655 vom 23. Dezember 1918 („Wie die Rheinisch-Westfälische Republik ‚gemacht' worden ist"), auszugsweise bei *Schulte*, Münstersche Chronik 1918, S. 271 f. Ferner Materialien im Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 1, sowie *Klein*, Separatismus, S. 61 f.

[7]) Schreiben vom 14. Dezember 1918 an den Generalsekretär der Rhein. Zentrumspartei, Jörg; auszugsweise abgedr. bei *Cardauns*, Trimborn, S. 182. Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln erklärte *Trimborn*, daß die legalen rheinischen Selbständigkeitsbestrebungen von Anfang an seine „volle Sympathie" gehabt hätten. Vgl. Bericht, S. 52.

listische Republik vorziehen." Adenauer versicherte, ohne damit auf Widerspruch zu stoßen, er habe das Ansinnen einiger „Heißsporne", die Republik zu proklamieren, auf das entschiedenste abgelehnt.

Die Elberfelder Besprechung, in deren Verlauf Breitscheid[8]) geraten hatte, die Agitation für die Republik nunmehr ruhen zu lassen und den Entscheid der Nationalversammlung abzuwarten, vermochte die Förderer der rheinischen Autonomiepläne nicht zum Schweigen zu bringen.[9]) Die grundsätzliche Stellung der Rheinischen Zentrumspartei kam in einem von Trimborn und Marx unterzeichneten Wahlaufruf vom 28. Dezember zum Ausdruck, in dem es eindeutig hieß: „Die Reichseinheit wollen wir unter allen Umständen aufrechterhalten wissen."[10]) Auf der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei am 30. Dezember in Frankfurt a. M. — von der noch die Rede sein wird — sprach sich die Mehrheit der 36 Teilnehmer unter Führung von Erzberger, Gröber und Herold eindeutig gegen die rheinischen Selbständigkeitspläne aus. Als ihr Befürworter traten der Kölner Verleger F. X. Bachem, der hessische Justizminister v. Brentano und der Generalsekretär des Zentrums, Pfeiffer, auf. Eine entsprechende, von F. X. Bachem vorgelegte Resolution wurde auf Drängen des Vorsitzenden Gröber zurückgezogen, da angesichts der bevorstehenden Wahlen nur einstimmige Beschlüsse gefaßt werden sollten.[11])

Im besetzten linksrheinischen Gebiet blieb die politische Situation nach wie vor ungeklärt und bedrohlich. Ein am 7. Januar 1919 in Köln gebildeter interfraktioneller Ausschuß, dem 12 Mitglieder, darunter Vertreter der SPD und der DDP, unter Leitung Adenauers angehörten, war einhellig der Meinung, „daß die Rheinisch-Westfälische Republik kommen müsse"; um sie ins Leben zu rufen, sei jedoch — so hieß es sehr verklausuliert im Kurzprotokoll[12]) — eine

[8]) In den Erinnerungen von W. *Marx* heißt es, Breitscheid sei „ganz als Regierungsmann" aufgetreten: „Gehrock, hoher Stehkragen, edle Gesten!" Nachl. Marx IV.

[9]) Die historisch-politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und aktuell-politischen Argumente für eine Trennung des Rheinlands von Preußen („Ein freies Rheinland im freien Deutschland!") finden sich zusammengefaßt bei Joseph *Kuckhoff*, Die Länder am Rhein im neuen Deutschen Reich, in: Allg. Rundschau Nr. 50 vom 14. Dezember 1918, S. 722 ff. In einem Artikel „Randbemerkungen zur Rheinisch-Westfälischen Republik" in der *Germania* Nr. 584 vom 14. Dezember 1918 kam dazu folgendes Argument zum Ausdruck: Das katholische Volk im Rheinland werde nur in „äußerster Gewissensnot" zur Loslösung von Preußen schreiten, weil es wisse, daß dann in Preußen die Diaspora-Katholiken als „wehrlose Minderheit" zurückbleiben würden.

[10]) Vgl. *KV* Nr. 3 vom 2. Januar 1919.

[11]) Im Nachl. Bachem 523 befindet sich eine Aufzeichnung von Carl *Bachem* über die Redaktionskonferenz der KV vom 3. Januar 1919, in der F. X. Bachem über die Tagung des Reichsausschusses berichtete. Daß Erzberger zu den Gegnern der westdeutschen Republik-Pläne gehörte, wird auch bestätigt durch Ausführungen des Dortmunder Verlegers *Lensing* in der Hauptversammlung der Kommunalpolit. Vereinigung des Zentrums in Köln am 11. Februar 1919. Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2.

[12]) Stadtarchiv Köln, ebd., Bd. 1. Dieser eine Satz (ohne Hinweis darauf, daß es sich um eine interfrakt. Besprechung handelte) zit. bei *Ilges-Schmid*, Der Hochverrat des Zentrums, S. 39. Von da übernommen bei *Peck*, Adenauer, S. 33, und *Klein*, Separatismus, S. 90. Aus einem Briefwechsel zwischen Ilges und Oberpräsident Frhr. von Lüninck in Koblenz aus dem Juni

militärische Macht notwendig, die nur im Einverständnis mit der Entente aufgestellt werden könne. Bei den Teilnehmern bestand allerdings keine Einigkeit über die räumliche Ausdehnung der Republik und über den Zeitpunkt, an dem man mit dieser Idee offiziell an die Öffentlichkeit treten sollte. Im übrigen entwickelte der neugewählte Ausschuß keinerlei Aktivität. Erzberger umschrieb die Situation zutreffend, als er am 27. Januar dem bayerischen Zentrumspolitiker Mayer-Kaufbeuren mitteilte, es sei nicht richtig, daß „unsere Freunde im Rheinland" für eine Aufteilung Preußens einträten: „Einige mögen es tun, andere sind scharfe Gegner. Die Westfalen halten sich sehr stark zurück."[13])

Die „Los von Berlin"-Bewegung kam jedoch im besetzten Gebiet keineswegs zur Ruhe, sondern machte durch lokale und schwer kontrollierbare Gruppen nachdrücklich von sich reden. Ihre weitere Entwicklung, in deren Verlauf der Zusammentritt der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung eine Zäsur bedeutete, wird in einem späteren Kapitel behandelt. In der von der Parteiführung nicht unterstützten, aber zunächst auch nicht gebremsten „Los von Berlin"-Bewegung[14]) sowie in der Kampagne gegen die preußische Kulturpolitik trat die auf regionaler Ebene entwickelte Aktivität des Zentrums um die Jahreswende 1918/19 am sichtbarsten zutage.

4. Neue Richtlinien für die alte Partei

Die mit der Publikation der Kölner und nachhaltiger noch der Berliner Leitsätze vom 19./20. November 1918 begonnene Diskussion um das künftige Programm der Partei und die Grundlinien ihrer Politik kam vier Wochen später zu einem vorläufigen Abschluß. Nach eingehenden Beratungen zwischen Vertretern des rheinisch-westfälischen und des Berliner Zentrums einigte man sich auf „Leitsätze für die Politik des neuen [!] Zentrums". Sie wurden am 20. Dezem-

1933 geht hervor, daß *Ilges* im Auftrage der neuen Kölner Stadtverwaltung ein Gutachten über die Tätigkeit Adenauers im Zusammenhang mit der Rheinlandbewegung anfertigen sollte. Zu diesem Zweck erhielt er Einsicht in die einschlägigen Akten.

[13]) Nachl. Mayer-Kaufbeuren. Am 20. Januar 1919 teilte das Mitglied des „Zentralrats der Deutschen Sozialistischen Republik", Heinrich *Schäfer*, dem Kölner Oberbürgermeister mit, die Regierung stehe der Schaffung einer Westdeutschen Republik „in dem von uns in Aussicht genommenen Ausmaß" skeptisch gegenüber; bindende Beschlüsse über die Gliederung des neuen Preußens seien noch nicht gefaßt worden. Stadtarchiv Köln, ebd. Nach dem Zeugnis *Schäfers*, der „Vertrauensmann" des Kölner Arbeiter- und Soldatenrats beim Oberbürgermeister gewesen war, hatte Adenauer nicht die Absicht, in der Frage der Rheinlandbewegung „etwas Entscheidendes" gegen den Willen der Regierung zu unternehmen. Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919, S. 35.

[14]) Der Kölner SPD-Abg. *Meerfeld* erklärte am 21. Februar 1919 in der Nationalversammlung, daß Vorwürfe gegen Männer wie Trimborn und andere unberechtigt seien. Nach Meerfelds Auffassung wäre die rheinische, „vielleicht die rheinisch-westfälische Republik" schon verwirklicht worden, „wenn nicht die Parteien außerhalb des Zentrums dieser Entwicklung Widerstand entgegengesetzt hätten". Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 262. Darauf antwortete *Stegerwald*, daß die rheinische Frage für seine politischen Freunde keine Parteifrage sei. Ebd., S. 264.

ber zusammen mit dem Aufruf der Berliner Leitsätze vom 20. November unter dem Motto „Ruf zur Sammlung" als Diskussionsbasis für die „endgültige Fassung" des Parteiprogramms veröffentlicht.[1])

Die Tatsache, daß die neuen Leitsätze an die vier Wochen zuvor in Berlin publizierte Fassung anknüpften, läßt erkennen, daß zu diesem Zeitpunkt diejenigen Kräfte in der Partei unterlegen waren, die eine grundlegende Reform des Zentrums einschließlich einer Aufgabe des alten Namens anstrebten. Das zeigte sich noch deutlicher, als bereits zehn Tage später der kurzfristig nach Frankfurt a. M. einberufene Reichsparteiausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Gröber in Anwesenheit von 36 Teilnehmern — u. a. Erzberger, Herold, Müller-Fulda, Fürst Löwenstein, Graf Praschma, v. Savigny, Pfeiffer, Gerstenberger, v. Brentano und F. X. Bachem, dazu als Vertreter des Katholischen Frauenbundes Hedwig Dransfeld und Frau Heßberger[2]) — die für die Gesamtpartei vorläufig verbindlichen Richtlinien beschloß. Sie basierten auf dem letztgenannten Entwurf der Leitsätze, der nur noch in einzelnen Punkten modifiziert und ergänzt wurde und in seiner endgültigen Redaktion die Handschrift Gröbers trug.[3]) Der provisorische Charakter dieser Richtlinien kam bei ihrer Publikation[4]) durch den Hinweis zum Ausdruck, daß sich der Reichsparteiausschuß sowohl die Vorlage eines neuen Grundsatzprogramms als auch einer neuen Parteisatzung vorbehalte.

Gegenüber den im November veröffentlichten Berliner Leitsätzen lauteten die wichtigsten neuen Forderungen in dem neu eingefügten einleitenden Abschnitt „Verfassung": Wahrung der Einheit des Reiches und seines bundesstaatlichen Charakters, Stärkung des Reichsgedankens, Zuständigkeit der Bundesstaaten für die Regelung der kirchen- und schulpolitischen Fragen, Zusammenschluß mit allen „anschlußbereiten deutschen Stämmen"[5]), Einführung der Wahlpflicht

[1]) Vgl. *KV* Nr. 997 vom 20. November 1918. Dazu *Pfeiffer*, Zentrum und politische Neuordnung, passim.

[2]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 263.

[3]) Mitteilung von F. X. *Bachem* in der Redaktionskonferenz der KV am 3. Januar 1919. Nachl. Bachem 523. Auf dem 2. Reichsparteitag des Zentrums am 16. Januar 1922 in Berlin erklärte Emil *Ritter* (als Referent für das neue Zentrumsprogramm), am 30. Dezember 1918 habe der Reichsparteiausschuß die Richtlinien vom Juli 1918 und das Wahlprogramm „westdeutscher und Berliner Parteikreise" zu einem einheitlichen offiziellen Wahlprogramm verbunden. Vgl. Bericht, S. 62.

[4]) Vgl. *KV* Nr. 4 vom 2. Januar 1919; *Germania* Nr. 3 vom 3. Januar 1919; *Heilfron*, Nationalversammlung, Bd. 1, S. 136 ff.; *Klöcker*, Zentrumsfraktion, S. 6 ff.; *Schulthess* 1918/I, S. 608 f.; *Purlitz*, Dt. Geschichtskalender, S. 342 ff.; *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 82 f.; *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 366 ff.; *Volz*, Novemberumsturz, S. 278 ff.

[5]) Für den Anschluß Österreichs setzte sich besonders *Erzberger* ein, auf dessen Veranlassung der frühere Reichstagsabgeordnete Frhr. von Rechenberg eine Informationsreise nach Wien unternahm. Mitgeteilt bei *Bachem* (s. Anm. 3). Frau *Teusch* hatte es abgelehnt, diese Reise zu unternehmen; mündl. Auskunft von C. Teusch. Ebenfalls im Auftrage Erzbergers begab sich der damalige Vorsitzende der münsterischen Ortsgruppe der Zentrumsstudenten, Josef *Kannengießer* — zusammen mit Ludger Westrick, dem heutigen Bundesminister — nach Wien, um unter der dortigen Studentenschaft für den Anschluß an Deutschland zu werben. Mündl. Mitteilung von J. Kannengießer.

und Beteiligung der Beamten durch selbstgewählte Ausschüsse und Kammern an der „würdigen" Ordnung ihrer Dienstverhältnisse. Ferner wurde die Aufnahme von Grundrechten in die Verfassung verlangt.

Die im Abschnitt „Außenpolitik" — gegenüber der letzten Fassung von der ersten an die zweite Stelle versetzt — bekundete Absage an die Machtpolitik (für ein besiegtes Volk nicht ungewöhnlich) und das Bekenntnis zum Rechtsgedanken und Völkerbund entsprachen nahezu wörtlich der Vorlage, was praktisch eine Rehabilitierung Erzbergers und seiner Verständigungspolitik der beiden letzten Kriegsjahre bedeutete.[6]) Es fehlten auch nicht der Anspruch auf Kolonialbesitz[7]) und das Verlangen nach völkerrechtlicher Bürgschaft für die Unabhängigkeit des Hl. Stuhles. Verschwunden war allerdings die Forderung nach gegenseitiger und „weitestgehender Abrüstung". Dafür sprach sich ein Zusatz für die Erziehung des Volkes zu „besserem Verständnis" der außenpolitischen Fragen aus.[8])

Der dritte Teil „Innenpolitik" — untergliedert in „Kulturpolitik", „Wirtschaftspolitik" und (neu eingefügt) „Finanzpolitik", während die Berliner Leitsätze nur die beiden erstgenannten Kapitel, noch dazu in umgekehrter Reihenfolge, enthielten — stand im Zeichen eines postulierten demokratischen Neuaufbaus auf allen Gebieten. Auf Grund der jüngsten politischen Entwicklung fanden sich hier einige alte Zentrumsforderungen erweitert oder präzisiert. So wurde eigens eine „gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen und Anstalten der verschiedenen Glaubensbekenntnisse auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens" und freie Betätigung sowie paritätische Förderung der „christlichen Liebestätigkeit" verlangt. Einer „entarteten Kunst und einer verkommenen Literatur" sollte der Kampf gelten. (Dieser Satz entsprach dem Kölner Entwurf vom 19. November.) Zusätzlich wurde gefordert, daß für die Sicherung eines „genügenden Religionsunterrichts" an allen Schulen Sorge getragen und die Freiheit des Unterrichts und der Wissenschaft gewährleistet bleiben müsse.

Im Abschnitt „Wirtschafts- und Sozialpolitik" nahm der Passus über die Förderung der mittelständischen Berufsgruppen[9]) — ganz offensichtlich auf

[6]) Dazu vgl. die *WAZ* (Nr. 1 vom 26. Januar 1919) in einem Artikel „Das neue Zentrum" (wahrscheinlich aus der Feder von Joseph *Joos*): „Wer sich in die Erinnerung ruft, daß es noch vor wenigen Monaten unmöglich war, in der Zentrumspartei eine einheitliche Stellung in der Kriegszielpolitik herbeizuführen, weil sich große Teile der Partei und einzelne Preßorgane in den alldeutschen Gedankenkreis verrannt hatten, der wird in der programmatischen Festlegung der ‚Verständigungspolitik' eine ganz wesentliche Sache sehen."

[7]) Die Aufnahme dieser Forderung kommentierte Leo *Schwering* (Zentrum und Außenpolitik, in: *Germania* Nr. 61 vom 7. Februar 1919) mit dem Satz: „Damit zeigt die Partei sich gerade hier als national in echtem Sinne empfindend, aber auch als weitblickend und zukunftsfroh."

[8]) Das begrüßte *Schwering* (s. die vorige Anm.) mit dem Hinweis, daß auch das Zentrum wie alle übrigen Parteien bisher „reine Opportunitätspartei" in Fragen der Außenpolitik gewesen sei.

[9]) Auf der ersten Versammlung der Christl. Bauernschaft der Rheinlande am 29. Januar 1919 in Köln teilte Landesökonomierat *Bollig* mit, daß in dem „neuesten" Programmentwurf „unserem Einspruch" in „dem einen oder anderen Punkte" Rechnung getragen worden sei. Bericht, S. 5.

Drängen der verschiedenen Standesorganisationen hin — größeren Raum ein. Der entscheidende (den Kölner Leitsätzen vom 19. November entstammende) Satz war in bezeichnender Weise entschärft worden, wenn es jetzt hieß: „Mehrung und Erweiterung der bäuerlichen Betriebe unter Heranziehung von Staatsdomänen und unwirtschaftlich ausgedehnten Großgrundbesitzes gegen Entschädigung". Ein Verschwinden der „privatkapitalistischen Monopole" wurde nicht mehr gefordert. Statt dessen tauchte im Zusammenhang einer etwas verklausulierten Formulierung ein neuer Terminus auf, der diesem Wirtschaftsprogramm das Gepräge gab: „Grundsätzliche Erhaltung der auf persönlichem Eigentum beruhenden, nach dem Solidaritätsprinzip dem Gesamtwohl der Gesellschaft untergeordneten Privatwirtschaft." Ebenfalls neu aufgenommen war der Schlußsatz der Richtlinien: „Ablehnung jeder Entwertung der Kriegsanleihen."

Der Gedanke der Gemeinwirtschaft, der Solidarität und des sozialen Ausgleichs lag im Zuge der Zeit. Er traf nach dem „gewaltigen Erlebnis der kollektiven Schicksalsverbundenheit und Verantwortlichkeit"[10]) und vor allem nach dem Umbruch vom November 1918 auf besondere Aufgeschlossenheit und Aufnahmebereitschaft. Bei den allenthalben im deutschen Katholizismus geführten Diskussionen über das Problem Kapitalismus-Sozialismus stand eine ältere, vom Volksverein (Brandts, Hitze, Pieper, Brauns) geförderte kritische Beurteilung des herrschenden kapitalistischen Geistes („Mammonismus") vorübergehend eindeutig im Vordergrund.[11]) Hingegen war von der Absicht, „Kapitalisten" mit christlicher Sozialgesinnung zu erfüllen, in diesen unruhigen Wochen noch ebensowenig die Rede wie von der Notwendigkeit einer berufsständischen Organisation und korporativen Selbstverwaltung der Wirtschaft oder gar der Gesellschaft. Die Gefahr des drohend bevorstehenden wirtschaftlichen Chaos bereitete den Ideengängen des „christlichen Solidarismus" von vornherein einen günstigen Boden.

Von einem verstärkten Aufgreifen sozialer Fragen versprach sich die Zentrumspartei, in deren Reihen die namhaftesten Führer des traditionsbewußten sozialen Katholizismus standen (Franz Hitze, August Pieper, Carl Trimborn, Adam Stegerwald), einen leichteren Übergang zur neuen staatlichen Ordnung und zudem einen Zustrom von Wählern aus den Reihen der Christlichen Gewerkschaften. Gleichzeitig hoffte man dadurch das Abgleiten von Arbeiterwählern in

---

[10]) So *Jostock*, Katholizismus, S. 174; *ders.*, Der soziale Gedanke, S. 149 f. Zu diesem Komplex ferner *Briefs*, Die wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen des Katholizismus, S. 206, 217 u. ö.; *Lauscher*, Die Arbeit an der Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 186. Über das Verhalten der deutschen Katholiken zum Kapitalismus vor 1914 vgl. *Scheler*, Krieg und Aufbau, S. 333 f.

[11]) Kennzeichnend dafür war die 1918 erschienene Schrift von Joseph *Eberle*, Die Überwindung der Plutokratie. In Wahlanzeigen der Berliner Zentrumspartei hieß es: „Nieder mit dem Kapitalismus — hoch der christliche Sozialismus!" Vgl. *Germania* Nr. 10 vom 7. Januar 1919 u. ö.

das sozialistische Lager verhindern und ein besonders zeitgemäßes Bindeglied für die heterogene Zentrumswählerschaft schaffen zu können.[12])

Ein Programm sozialen Ausgleichs unter der Bezeichnung „Christlicher Solidarismus" verband sich seit langem mit dem Namen des Sozialtheoretikers Heinrich Pesch S. J. Es sollte auf sozialphilosophischer Grundlage ein Gegenstück zum individualistisch-kapitalistischen wie zum kollektivistisch-sozialistischen Wirtschaftssystem bilden. In einer im Dezember 1918 vom Generalsekretariat der Zentrumspartei herausgegebenen Broschüre „Nicht kommunistischer, sondern christlicher Sozialismus"[13]) propagierte Pesch sein System der „Gemeinwirtschaft". Es baute auf deutschrechtlichen und christlichen Genossenschaftsgedanken auf und wurde in diesen Wochen stets als „christlicher Sozialismus" bezeichnet.[14]) Sein Ziel wollte Pesch erreichen durch die „Einordnung der Einzelwirtschaften in die volkswirtschaftliche Einheit und durch Unterordnung unter die volkswirtschaftliche Aufgabe einer der erreichten Kulturhöhe entsprechenden und gesicherten Bedarfsversorgung des Gesamtvolkes". Der Wirtschaftstheoretiker propagierte Mittelstandspolitik, kollektives Arbeitsrecht, berufsgenossenschaftliche Verfassung unter Ablehnung der allgemeinen Verstaatlichung. Wie wenig konkrete Hilfe derart theoretische Formeln für den politischen Alltag boten, zeigte sich bereits einige Wochen später bei den wirtschaftspolitischen Diskussionen der Nationalversammlung.

Die am 30. Dezember 1918 in Frankfurt a. M. beschlossenen Richtlinien des Zentrums wurden mit einem von Gröber unterzeichneten Aufruf veröffentlicht, in dem von der „neuen Ordnung" die Rede war, die in eine demokratische Republik überführt werden müsse. Das Zentrum bekannte sich einmal mehr zu seinen „alten sturmerprobten Grundsätzen" und bezeichnete sich ohne Änderung des Namens — die der Reichsparteiausschuß ausdrücklich abgelehnt hatte — als „Christliche Volkspartei" für alle Staatsbürger christlicher Religion.[15])

---

[12]) Nach der *WAZ* (s. Anm. 6) konnten sich die kathol. Arbeiter mit dem „jetzigen verfassungs- und wirtschaftspolitischen Programm" rückhaltlos einverstanden erklären. Im Spätherbst 1919 erklärte *Wirth* auf dem Parteitag des Badischen Zentrums, daß der soziale Gedanke „freigeworden" sei und marschiere. Vgl. *Reiß-Vašek*, Die Umstellung der Zentrumspartei, S. 677.

[13]) Flugschriften der Zentrumspartei Nr. 4. Die Broschüre ist datiert: Berlin 23. Dezember 1918. H. *Lechtape*, Pesch, in: Staatslexikon 4^5, 1932, Sp. 134, umschreibt Peschs Grundgedanken folgendermaßen: „Wir bedürfen eines regelnden Prinzips und regelnder Faktoren. Das regelnde Prinzip bietet die aus dem Staatszweck abgeleitete volkswirtschaftliche Aufgabe: Bedarfsversorgung des Volkes im Sinne wahren Volkswohlstandes. Die regelnden Faktoren sind die berufsgenossenschaftlichen Organisationen, der Staat mit seiner ergänzenden, nicht verdrängenden Aufgabe und nicht zuletzt das Gewissen der einzelnen." Dazu vgl. den Artikel von Gustav *Gundlach*, Solidarismus, ebd., Sp. 1613 ff. Ferner *Karrenberg*, Christentum, Kapitalismus und Sozialismus, S. 261 ff.; *Preller*, Sozialpolitik, S. 222.

[14]) Vgl. auch *Pesch*, Die Volkswirtschaft der Zukunft, in: *Germania* Nr. 583 vom 14. November 1918.

[15]) Einige Tage zuvor hatte sich Peter *Spahn* ebenfalls gegen eine Namensänderung ausgesprochen, die er jedoch dann akzeptieren würde, wenn sie dem Beitritt „weiterer Kreise" zur Partei förderlich sei. Vgl. *Germania* Nr. 594 vom 20. Dezember 1918.

Konsequent war sowohl in den Frankfurter Beratungen als auch in den Richtlinien die für viele Katholiken quälende Frage einer etwaigen Wiederherstellung der Monarchie ausgeklammert worden.[16]) Demgegenüber hatte das Württembergische Zentrum in einem voraufgegangenen Wahlaufruf die Wiederkehr der Monarchie als „ausgeschlossen" bezeichnet.

An vielen Orten, insbesondere in Berlin, trat das Zentrum unter der Flagge „Christliche Volkspartei" in Erscheinung, in Oberschlesien, wo sich angesichts der von der Annexion bedrohten Gebietsteile die Agitation des regionalen Zentrumsverbands besonders schwierig gestaltete, als „Katholische Volkspartei" unter Führung des Pfarrers und späteren Abgeordneten Ulitzka.[17]) Die gewählte Nationalversammlung, die über die künftige Staatsform, Staatsordnung und Reichsgliederung entscheiden mußte, schwebte wie ein Rettungsanker in höchster Gefahr vor Augen. Von ihrer Autorität und von ihren Mehrheitsbeschlüssen erwartete man die sittliche und rechtliche Grundlegung einer neuen und dauerhaften Ordnung zum Wohle der Gesamtheit.[18]) Die wiederholten Versuche, die Fehrenbach bis Mitte Dezember hin unternahm, um den alten Reichstag als die weiterhin allein rechtmäßige Volksvertretung hinzustellen[19]), erledigten sich durch die Bekanntgabe des Termins für die Wahl zur Nationalversammlung.

5. Schützenhilfe im Wahlkampf gegen die „Roten"

Im Wahlkampf erhielt das Zentrum von verschiedenen Seiten massive Unterstützung. Zum einen ermahnten die deutschen Bischöfe die Katholiken — und

[16]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 264. *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 217, bezeichnet Sonnenschein in seinem Ringen um Monarchie oder Republik als ein „Musterbeispiel für die innere Not so vieler deutscher Katholiken in der gleichen Frage". Der Sozialtheoretiker Theodor *Brauer* schrieb in einem Artikel „Zur Nationalversammlung" (in: Deutsche Arbeit 4, 1919, S. 9): Entscheidende Bedeutung komme der Frage „Monarchie oder Republik" in diesem Augenblick nicht zu: „Entscheidend ist vielmehr, mit welcher Staatsform die politische Einheit des deutschen Volkes am festesten verankert werden kann. Zeigt sich, daß die Neuschöpfung unserer Verfassung jetzt und in absehbarer Zeit nur auf dem Boden der Republik durchführbar ist, dann liegt darin ein Argument, das stärker wiegt wie alle anderen für die endgültige Entscheidung über Deutschlands Staatsform."

[17]) Am 27. Januar 1919 teilte *Erzberger* Mayer-Kaufbeuren mit, daß die oberschles. „Katholische Volkspartei" in der Nationalversammlung dem Zentrum beitreten werde. Nachl. Mayer-Kaufbeuren.

[18]) In einem Artikel „Die Mitarbeit des Zentrums an der Reichsregierung" (in: *KV* Nr. 163 vom 27. Februar 1919) schrieb J. *Mausbach:* Das „natürliche Recht, das dem monarchisch regierten Volke die Pflicht der Treue gegen den erblichen Fürsten" auferlege und ihm die Revolution verbiete, gebe demselben Volke, „wenn einmal die alte Ordnung unwiederbringlich dahingesunken ist, die sittliche Macht und Pflicht, sich selbst aus freier Entschließung eine neue und dauernde Rechtsordnung zu geben".

[19]) Vgl. insbesondere seine Schreiben vom 2. Dezember 1918 an Henry in Bonn (Nachl. Henry) sowie vom 13. Dezember 1918 an alle bisherigen Abgeordneten (*KV* Nr. 978 vom 13. Dezember 1918) und die am 13. Dezember 1918 abgegebene Presseerklärung (*KV* Nr. 979 vom 13. Dezember 1918).

die Vorsitzenden der großen katholischen Organisationen darüber hinaus noch eigens ihre Mitglieder —, sich an der Wahl zu beteiligen und nur für solche Abgeordnete zu votieren, die geeignet und gewillt seien, den gegenwärtigen „gottlosen Bestrebungen" einen festen Damm entgegenzusetzen.[1]) Darüber hinaus wandten sich die Bischöfe von Köln, Trier, Paderborn, Münster, Osnabrück und Hildesheim in einem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 8. Januar 1919 gegen den christentumsfeindlichen Sozialismus, der in den „Wirrnissen der Gegenwart" in katholische Volkskreise einzudringen versuche. Die Bischöfe erklärten kategorisch, zwischen Sozialismus und Christentum gäbe es nur ein „Entweder-Oder".[2]) In einer von annähernd 4000 Personen besuchten Versammlung der Breslauer Zentrumspartei am 20. November sprachen neben den Zentrumspolitikern Porsch und Herschel der Breslauer Fürstbischof Bertram („Haltet treu zu den Führern des katholischen Volkes in den Parlamenten") und der Jesuitenpater Cohausz.[3]) Hier zeigte sich besonders eindrucksvoll die enge Verbundenheit von Partei und Kirche als Folge der radikalen Kulturpolitik der preußischen Regierung.

Zum anderen bekannten sich jetzt auch vereinzelt evangelische Kreise zum Zentrum. In Berlin entwickelte ein „Bund christlicher Demokraten, Evangelischer Zweigverein des Zentrums" starke Aktivität zugunsten des Zentrums als Christlicher Volkspartei, die allein in der Lage sei, „uns Evangelischen" politische Heimstatt zu bieten.[4]) Als führende Persönlichkeiten dieses Bundes traten Pfarrer Johannes Haecker, Theologieprofessor Karl Dunkmann, Rechtsanwalt Arno v. Rehbinder und Bankier Albert Weidner hervor. Unter Hinweis darauf, daß das Zentrum stets einen interkonfessionellen Standpunkt vertreten habe, begrüßte es Dunkmann, daß der Name Zentrum nicht aufgegeben worden sei; er könne als „Sammelname für alle religiösen Kräfte mit Einschluß auch des Judentums" wirksam sein. Dunkmann verkannte allerdings die Aufgabe der Partei, wenn er von ihr eine religiöse Wiedergeburt des deutschen Volkes erwartete.[5]) Der bereits im November zur gemeinsamen Abwehr der radikalen

[1]) So z. B. in dem Aufruf des Kölner Erzbischofs Felix Kardinal *v. Hartmann* (vgl. *KV* Nr. 1 vom 1. Januar 1919). Den längsten Aufruf veröffentlichte der Präses des Diözesanverbandes der kathol. Arbeiter- und Knappenvereine (vgl. *KV* Nr. 18 vom 7. Januar 1919).

[2]) Vgl. *KV* Nr. 31 vom 12. Januar 1919; *Germania* Nr. 20 vom 13. Januar 1919; *Schulte*, Münstersche Chronik 1919, S. 69, 100. Dazu *Selbst*, Zeitlage und kirchliches Leben 1918/19, in: Kirchl. Handb. 8, 1918/19, S. 133. In einer Kundgebung des Breslauer Fürstbischofs *Bertram* vom 21. Januar 1919 hieß es ebenso eindeutig, den Katholiken sei der „Anschluß" an die sozialistischen Parteien nicht erlaubt. Vgl. *Germania* Nr. 36 vom 23. Januar 1919. Zu dem gleichen Ergebnis kam eine Broschüre von Viktor *Cathrein* S. J., Sozialdemokratie und Christentum oder: Darf ein Katholik Sozialdemokrat sein? Freiburg i. Br. 1919.

[3]) Vgl. *Germania* Nr. 544 vom 21. November 1918, Nr. 549 vom 24. November 1918.

[4]) Vgl. den Aufruf vom 7. Januar 1919 bei *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 87 ff. (Die *KV* Nr. 50 veröffentlichte diesen Aufruf erst am Abend vor der Wahl.) Ferner Pfarrer *Haecker*, Evangelische und Katholiken in der Christlichen Volkspartei, in: *Germania* Nr. 19 vom 12. Januar 1919.

[5]) Vgl. Religion, Konfession, Politik, S. 15. Dazu *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 266.

preußischen Kulturpolitik gegründete „Interkonfessionelle Ausschuß" in Berlin bemühte sich, das gegenseitige Mißtrauen abzubauen, das ja nicht nur auf evangelischer Seite bestand. Nachdrücklich setzte sich auch Carl Sonnenschein für ein politisches Zusammengehen der katholischen und evangelischen Bevölkerung ein[6]), was mit dazu beitrug, seine eigene Position in Berlin zu festigen.

Zum dritten unterstützten jetzt auch jüdische Bürger die Zentrumspartei, zu der sie — wie der Kölner Rabbiner Scheftelowitz am 5. Januar in einer Kundgebung der Partei erklärte — das Vertrauen hegten, daß sie auf dem Boden ihres demokratischen und sozialen Programms auch für die Gleichberechtigung der Juden eintreten werde.[7])

Symptomatisch für den Wahlkampf war die größte Zentrumskundgebung, die Berlin jemals erlebt hatte, arrangiert von dem „unternehmungslustigen" Generalsekretär[8]) des Zentrums, Pfeiffer. Am Neujahrstag 1919 nahmen im Zirkus Busch vor etwa 20 000 Teilnehmern Pfeiffer, Sonnenschein, der Direktor des Technikerverbandes (und spätere Reichsminister) Höfle und Pfarrer Haecker scharf gegen die Sozialdemokratie Stellung. Anschließend vereinigten sich die Zuhörer mit den Teilnehmern einer gleichzeitig im Lustgarten abgehaltenen Zentrumsversammlung, bei der Unterstaatssekretär Giesberts und Professor Dunkmann referiert hatten, zu einem — wie die „Tremonia" schrieb[9]) — „wahren Kreuzzug" von zuletzt ungefähr 60000 Personen. Sie zogen mit schwarz-rot-goldenen und schwarz-weiß-roten Fahnen unter dem Gesang des Deutschlandliedes, des „Großer Gott wir loben Dich" und „Ein' feste Burg ist unser Gott" zum preußischen Kultusministerium, um gegen die Politik Hoffmanns zu protestieren.[10]) Dieses eindrucksvolle Berliner Ereignis prägte sich seinen Teilnehmern nachhaltig ein.[11]) Es wurde allerdings mancherorts als Beweis für die Möglichkeit

[6]) Vgl. sein Schreiben vom 18. Januar 1919 bei *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 219 (dort das falsche Datum 18. Februar): „Die Anteilnahme gläubiger evangelischer Kreise am Zentrum hier in Brandenburg, ebenso in Pommern und Ostpreußen, ist bemerkenswert. Ich halte es für möglich, daß sie einen Wendepunkt in dem Verhältnis der beiden Konfessionen zueinander bildet. Der Evangelische Bund wehrt sich lebhaft gegen diese Annäherung. Das wird jedoch nicht hindern, daß recht erhebliche Bürgermassen zu uns kommen." Von der Tätigkeit des Berliner „Evangelischen Zweigvereins" des Zentrums befürchteten die *Petrus-Blätter* (Nr. 20 vom 11. Februar 1919, S. 153 f.) eine Aufweichung der kathol. Grundlage des Zentrums.

[7]) Vgl. *KV* Nr. 20 vom 8. Januar 1919; *Schulte*, Münstersche Chronik 1919, S. 210 mit Anm. 1. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 in Berlin nahm *Schreiber* scharf gegen den Antisemitismus Stellung, der vom Zentrum immer abgelehnt worden sei. Schreiber erwähnte dabei auch die Rede des Rabbiners Scheftelowitz in Köln. Vgl. Offizieller Bericht, S. 132.

[8]) So *Marx* in seinen Erinnerungen, wo es über diese Kundgebung hieß: „Was man damals noch alles riskieren konnte!" Nachl. Marx XXXII.

[9]) Nr. 4 vom 4. Januar 1919.

[10]) Vgl. *Germania* Nr. 2 vom 2. Januar 1919; *KV* Nr. 9 vom 4. Januar und Nr. 12 vom 5. Januar 1919.

[11]) Vgl. *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 218: „Es war wie ein Zug durchs Rote Meer und wie um die Mauern Jerichos." Ferner Hans *Grundei*, Die Rückkehr des Katholizismus aus dem Exil durch die Wüste, in: Die Rückkehr aus dem Exil, hrsg. von Karl Hoeber, S. 58: „Wer die [...]

eines politischen Zusammengehens von Katholiken und Protestanten ungebührlich überschätzt.[12])

Das Zentrum bestritt die Wahlagitation, ohne Belastung mit den Vorgängen am und nach dem 9. November, mit ungewöhnlichem Schwung[13]), mit geradezu „vaterländischer Begeisterung"[14]) und (in Berlin) mit „vollendeter Anpassung an die moderne Technik".[15]) Die Partei hatte infolge der „Tollheiten" Adolf Hoffmanns leichte Arbeit, „so leicht, wie noch niemals vorher".[16]) Sie führte den Wahlkampf auf der Grundlage der Frankfurter Richtlinien[17]) für die Wiederherstellung des Rechtsstaats und gegen den — wie es im Parteijargon hieß — „Saustall der Revolution"[18]) und die Errungenschaften des „Berliner Bolschewismus".[19]) Die Partei wollte so rasch wie möglich den vielerorts bürgerkriegsähnlichen Zuständen und dem Versuch der Arbeiter- und Soldatenräte, eine Diktatur (nach dem Diktum von Richard Müller: „Der Weg zur Nationalversammlung führt über unsere Leiche") aufzurichten, ein Ende bereiten.[20])

Das Zentrum stellte den Einsatz für die christlichen Kulturbelange, der viel-

---

unvergeßliche Kundgebung der Berliner Diasporakatholiken am 1. Januar 1919 [...] mitmachte, wer beobachten konnte, mit welcher Wucht der rheinische Katholizismus sich damals gegen das völlig verrückt gewordene Berliner Regiment wehrte, und mit welcher Energie führende Männer im katholischen Lager den Kampf gegen die sozialistische ‚Kulturoffensive' aufnahmen, [...] der mußte glauben, daß nun die Zeit der großen Synthese [...], der großen, innerlich starken, so lange und so heiß ersehnten Volksgemeinschaft angebrochen sei."

[12]) Z. B. in der *KV* Nr. 12 vom 5. Januar 1918. Demgegenüber hieß es in den *Petrus-Blättern* Nr. 17 vom Januar 1919, S. 132: Diese Massendemonstration dürfe nicht als Demonstration für das Zentrum betrachtet werden; Männer wie Pfarrer Haecker seien „eben doch nur weiße Raben".

[13]) Nach einer Formulierung von Joseph *Heß* (Zur Frage der Westdeutschen Republik, in: *KV* Nr. 136 vom 18. Februar 1919) herrschte seit dem 9. November 1918 in der Zentrumspartei ein Schwung, „wie ihn selbst die ältesten Führer noch nie gekannt haben".

[14]) So Joseph *Mausbach* in einem Rückblick anläßlich des Urteils im Münchener Hitler-Prozeß („Die Strafbarkeit des Hochverrats"), in: *KV* Nr. 255 vom 4. April 1924.

[15]) So Carl *Sonnenschein*, Der Zentrumssieg in Berlin, in: *Germania* Nr. 36 vom 23. Januar 1919; *KV* Nr. 67 vom 24. Januar 1919. Bereits am 6. Dezember 1918 hatte die *Germania* (Nr. 570) gefordert, den „letzten Mann und die letzte katholische Frau" zu mobilisieren.

[16]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 265; *Epstein*, Erzberger, S. 326.

[17]) Als Heinrich *Schrörs* im Sommer 1919 den Vorwurf erhob, das Zentrum sei von seinem Frankfurter Programm abgewichen, machte Carl *Bachem* darauf aufmerksam, daß man in Frankfurt nur Leitsätze und kein Programm beschlossen habe. Vgl. *KV* Nr. 624 vom 11. August 1919. *Schwering*, Frühgeschichte der CDU, S. 74, bezeichnet die Leitsätze vom 30. Dezember 1918 als „Muster einer zeitentsprechenden Kehrtwendung, die Beharrung mit Fortschritt entsprechend den neuen Zeitumständen klug vereint".

[18]) So der Generalsekretär der Partei, *Pfeiffer*, auf einer Berliner Zentrumskundgebung am 22. Dezember 1918, wobei er die zentrale Räteführung als „Rat der Deserteure" bezeichnete. Vgl. *Germania* Nr. 598 vom 23. Dezember 1918.

[19]) Vgl. *KV* Nr. 975 vom 11. Dezember 1918.

[20]) Vgl. *KV* Nr. 979 vom 13. Dezember 1918: „Die bisherigen Leistungen unserer neuen Demokratie waren fast geeignet, das Bild des alten [...] Obrigkeitsstaates mit seiner peinlichen Ordnung und strengen Gesetzmäßigkeit noch zu guter Letzt geradezu mit dem Kranze des Märtyrertums zu umgeben."

zitierten „heiligsten Güter“[21]), und die Forderungen ihres sozialen Wirtschaftsprogramms in den Vordergrund.[22]) Unter allen Umständen suchte die Partei eine absolute Mehrheit der marxistischen Parteien, die unter dem Eindruck des verlorenen Krieges und der revolutionären Welle vielfach als sicher galt, zu verhindern.[23]) Auf diese Weise vermochte die Partei ihrem Wahlkampf offensiven Charakter zu sichern und ihre Anhänger nicht nur im gemeinsamen kulturpolitischen Abwehrkampf zu vereinen.[24]) Infolge der Kulturkampfatmosphäre in Preußen brauchte der katholische Klerus als traditioneller Wahlhelfer des Zentrums nicht erst eigens mobilisiert zu werden. Er führte seinerseits den Wahlkampf „geradezu begeistert“.[25])

Das neue Generalsekretariat des Zentrums in Berlin unter Leitung Pfeiffers entwickelte eine starke, offensichtlich von Erzberger inspirierte Aktivität. Von hier aus wurden die regionalen Zentrumsverbände mit Broschüren und Wahlplakaten versorgt. Für diese Tätigkeit standen Pfeiffer ausreichende Mittel zur Verfügung.[26]) Wenngleich über deren Herkunft keine Gewißheit besteht, so darf angenommen werden, daß das Geld auf wiederholte eindringliche Aufrufe hin von wohlhabenden Bürgern als „Kriegsschatz“ und „Kriegsanleihe“[27]) im Zeichen

---

[21]) Am 25. Januar 1919 überschrieb die *Germania* Nr. 40 ihren Wahlaufruf für die Wahlen zur Preuß. Landesversammlung vom 26. Januar 1919 mit den Worten: „Es geht um die heiligsten Güter!“

[22]) In einer Resolution, die der Zentralausschuß der Berliner Zentrumspartei in einer Kundgebung am 28. November 1918 faßte, hieß es sehr allgemein: Im Wahlkampf seien „politische und Kulturfragen in den Vordergrund zu stellen, daneben auch die wirtschaftlichen“. Vgl. *Germania* Nr. 558 vom 29. November 1918.

[23]) Eine sozialdemokratische Mehrheit, schrieb einige Zeit später die *WAZ* Nr. 9 vom 21. März 1919, wäre „wohl das größte Unglück für Deutschland“ gewesen.

[24]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 270. Über die Bedeutung einer kraftvollen Vertretung der christlichen Kulturbelange hieß es in einem Artikel „Das neue Zentrum“ (in: *WAZ* Nr. 1 vom 26. Januar 1919): „Die katholischen Arbeiter sind gelegentlich verdächtigt worden, als ob ihnen an der christlichen Kulturpolitik (konfessionelle Schule und was damit zusammenhängt) nicht soviel gelegen sei. Wenn diese Unterstellung jemals zutreffend gewesen wäre, dann wären die katholischen Arbeiter längst andere parteipolitische Wege gegangen, als sie bisher gegangen sind. Auch für die Zukunft wird die Stellung der Partei, die die katholischen Arbeiter gewinnen will, zu den christlichen Grundkräften im deutschen Volksleben von entscheidender Bedeutung sein.“

[25]) Vgl. Joseph *Mausbach*, Die Mitarbeit des Zentrums an der Reichsregierung, in: *KV* Nr. 163 vom 27. Februar 1919.

[26]) F. X. *Bachem* teilte in einer Redaktionskonferenz der KV am 3. Januar 1919 mit, daß Pfeiffer auf der Tagung des Reichsparteiausschusses am 30. Dezember 1918 in Frankfurt a. M. über seine Tätigkeit berichtet habe: „Sein [Pfeiffers] Vortrag habe den besten Eindruck gemacht; was bisher von dem Generalsekretär bereits geleistet worden sei, sei bewundernswert; Geld sei reichlich vorhanden; für das nächste Jahr seien die Kosten [wohl gemeint: des Generalsekretariats] gedeckt.“ Nachl. Bachem 523.

[27]) „Kriegsschatz“: In einem Aufruf der Berliner Zentrumspartei. Vgl. *Germania* Nr. 546 vom 22. November 1918. Am 20. November 1918 erklärte der bisherige Abg. *Herschel* auf einer Kundgebung der Breslauer Zentrumspartei: Der Zentrumswahlfonds müsse die „erste große Kriegsanleihe des katholischen Volkes“ werden. Vgl. *Germania* Nr. 544 vom 21. November 1918.

des Kampfes gegen die „Roten" und gegen das „Chaos" gespendet worden war.[28]) Demgegenüber standen den lokalen Zentrumsorganisationen offensichtlich nicht entsprechende Mittel zur Verfügung.[29]) Neben dem Generalsekretariat betätigte sich in Berlin Carl Sonnenscheins „Soziales Archiv" als Parteisekretariat für die neugegründeten Studentischen Ortsgruppen des Zentrums.[30]) Mit einer öffentlichen Versammlung der Berliner Gruppe in den Räumen der Universität am 10. Dezember 1918 fand zum ersten Mal im Gebäude einer deutschen Hochschule eine Kundgebung des Zentrums statt.[31])

Unter dem Motto „Getrennt marschieren, vereint schlagen", ging das Zentrum in der Hälfte aller Wahlkreise[32]) Listenverbindungen mit den übrigen bürgerlichen Parteien ein — die man, allerdings vergeblich, um den eigenen Kern herum zu gruppieren hoffte[33]) —, um eine drohende Mehrheit der Linken zu verhindern. Auch wenn sich das Zentrum in höherem Maße als andere Parteien seiner früheren Anhänger sicher glaubte, suchte es in den „intellektuellen Kreisen aller Berufe", die bisher abseits gestanden hatten, neue Wählerschichten.[34]) Die Wahlagitation des Zentrums machte keinen Unterschied zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialdemokraten und bezeichnete die SPD als „einzigen Feind" des deutschen Volkes und Schuldigen an der Revolution.[35]) Daraus folgerte man: „Volk, strafe die Sozialdemokratie!"[36])

Die traditionelle Abneigung der Zentrumsanhänger gegen den marxistischen Sozialismus war, wie sich zeigen sollte, durch das Zusammengehen der Reichstagsfraktion des Zentrums und der Sozialdemokratie seit 1917 keineswegs gemildert worden. Die engere persönliche Fühlungnahme zwischen einzelnen Abgeordneten beider Parteien erleichterte zwar einige Wochen später die Bildung der Weimarer Regierungskoalition, trat jedoch im Wahlkampf als entschärfendes

---

[28]) Mündl. Mitteilung von R. Heinen. Nach einer weiteren Mitteilung sind damals dem oberschlesischen Zentrumsführer Pfarrer Ulitzka eine Million Mark zur Verfügung gestellt worden, um eine Zentrumszeitung gründen zu können. Der damalige Gründer und Vorsitzende der Studentischen Zentrumsgruppe in Münster, J. *Kannengießer*, hat zusammen mit Sonnenschein von Erzberger 20000 Mark erhalten. Mündl. Mitteilung von J. Kannengießer.

[29]) Einige Wochen nach der Wahl rief der Zentralausschuß der Berliner Zentrumsvereine zu Geldspenden auf, um die Wahlkampfschulden bezahlen zu können. Vgl. *Germania* Nr. 76 vom 15. Februar 1919.

[30]) Vgl. *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 213 f.

[31]) Darauf wies *Sonnenschein* als Referent dieses Abends (neben Pfeiffer) eigens hin. Vgl. *Germania* Nr. 580 vom 12. Dezember 1918.

[32]) Vgl. die Aufgliederung bei *Hartenstein*, Deutsche Volkspartei, S. 66.

[33]) So P. *Spahn* am 15. Dezember 1918 in einer Rede in Berlin. Vgl. *Leonhardt*, Zentrumspolitik seit der Revolution, in: Deutsche Stimmen [DVP] Nr. 37 vom 14. September 1919, S. 622 f.

[34]) So hieß es in einem Aufruf der Düsseldorfer Zentrumspartei vom 21. November 1918. Nachl. Marx IX. In diesen Zusammenhang gehört ein Vortrag von J. *Mausbach* über Sozialismus und Christentum, der am 17. Dezember 1918 vor Studenten und Akademikern in Münster gehalten und kurz darauf als Broschüre verbreitet wurde.

[35]) So *KV* Nr. 48 vom 18. Januar 1919 (am Vortage der Wahl).

[36]) So ein Leitartikel der *Tremonia* Nr. 5 am 5. Januar 1919.

oder gar verbindendes Moment nicht hervor. Erzberger, seit 1917 Mitbegründer und stärkster Verfechter dieser Koalition, konnte infolge seiner Tätigkeit als Waffenstillstandskommissar nicht aktiv in die Wahlagitation eingreifen. Sein Mandat war durch eine günstige Plazierung auf der württembergischen Landesliste (hinter dem Spitzenkandidaten Gröber) gesichert.[37]) Auf diese Weise erhielten Erzbergers Gegner in den eigenen Reihen keine Gelegenheit, sich an seiner Person oder Politik zu reiben.

„Gegen Klassenverhetzung und Anarchie" lautete die unterschiedlich variierte Parole des Zentrums auf den Wahlplakaten. Diese rückten vor allem in Berlin die Bezeichnung „Christliche Volkspartei" eindeutig in den Vordergrund, während sie andernorts vielfach als Untertitel auftauchte.[38]) Über die Auswirkungen des herabgesetzten Wahlalters, des neuen (auch vom Zentrum in seinen Richtlinien geforderten) Verhältnis- und Frauenwahlrechts[39]) und der neuen Wahlkreiseinteilung versuchte man sich klare Vorstellungen zu verschaffen.[40]) Die den Sozialdemokraten längst bewußte Tatsache[41]), daß das alte Wahlrecht die Zentrumspartei erheblich begünstigt hatte, drang jetzt auch in das Bewußtsein der Katholiken.[42]) Von vornherein bestand Klarheit über die ausschlaggebende Rolle der neuen weiblichen Wählerschaft.[43]) An ihre tatsächliche politische Gleichberechtigung vermochte sich allerdings die ältere

[37]) *Epstein*, Erzberger, S. 327.

[38]) Vgl. die Plakatabbildungen bei *Heilfron*, Nationalversammlung, Bd. 1, S. 154 ff., und *Schulte*, Münstersche Chronik 1919, S. 153, 163, 167, 170.

[39]) *Trimborn* bezeichnete auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln das Verhältniswahlrecht als das „demokratischste Wahlrecht der Welt". Vgl. Bericht, S. 49.

[40]) Als einer der ersten Zentrumspolitiker hatte Carl *Bachem* am 20. November 1918 (Politik und Geschichte der Zentrumspartei, S. 11) geschrieben: Die Zentrumspartei habe das Verhältniswahlrecht nicht zu fürchten; wenn es gelänge, einen „brauchbaren Maßstab" für dessen Durchführung zu finden, könne das als ein Fortschritt bezeichnet werden. Nur sechs Wochen später hieß es demgegenüber in einem Schreiben vom 3. Januar 1919 an J. Hilngrainer: „Leider ist die Aussicht für eine solche [gemeint: antisozialistische] Mehrheit nicht gut. Das neue Wahlrecht mit großen Wahlkreisen und Verhältniswahlrecht ist doch den Sozen besonders günstig." Nachl. Bachem 464. Richtig beurteilte Peter *Spahn* die Situation, wenn er am 19. Dezember 1918 in einer Versammlung des Zentrumsvereins Berlin-Mitte das Verhältniswahlrecht als „an sich ungünstig" für die Zentrumspartei bezeichnete, aber hinzufügte, daß die Frauen den Ausschlag geben würden. Vgl. *Germania* Nr. 594 vom 20. Dezember 1918.

[41]) In der SPD-Reichstagsfraktion am 17. Oktober 1918 hatte der Abg. *Landsberg* erklärt, die wichtigste Forderung der SPD sei die nach einem Proportionalwahlrecht: „Denn ohne das bekommen wir die Mehrheit nicht im Reiche. Sonst schalten wir das Zentrum nicht aus." Vgl. Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898—1918, bearb. von Erich *Matthias* und Eberhard *Pikart*, Bd. 2. Düsseldorf 1966, S. 488.

[42]) Der Chefredakteur der Germania, August *Hommerich*, zog daraus die Folgerung (Nr. 549 vom 24. November 1918), daß es unter dem neuen Wahlrecht darauf ankomme, überall Zählkandidaturen aufzustellen.

[43]) Sowohl in einem Aufruf der Kölner (18. November 1918) als auch der Düsseldorfer Zentrumspartei (21. November 1918) war von der Notwendigkeit die Rede, mit Hilfe der katholischen Frauenorganisationen „die Mitarbeit der Frau zu organisieren". Nachl. Marx IX.

Generation der Zentrumspolitiker nur schwer zu gewöhnen.[44]) Besonders die Mitglieder des Katholischen Frauenbundes betätigten sich als eifrige Wahlhelfer, nicht nur in der politischen Schulung ihrer Anhänger, sondern auch durch den Druck und die Verbreitung von Flugblättern und die Aufbringung eines Wahlfonds von 52 000 Mark, der aber nur einen Teil der gesamten Spenden darstellte.[45])

In diesem Wahlkampf, bei dem die bürgerlichen Parteien aus dem Schußfeld blieben („Sie sind neu im politischen Leben; niemand weiß, was Sie leisten können")[46]), vertrat der Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald insofern ein eigenes Konzept, als er im Sinne seiner früheren Bestrebungen den politischen Zusammenschluß der christlich-nationalen Arbeiterschaft befürwortete.[47]) Mit dieser Forderung vermochte er jedoch jetzt so wenig wie später eine Umgruppierung des deutschen Parteiensystems in die Wege zu leiten. Infolge des ebenso kurzen wie heftigen Wahlkampfs trat nach außen hin eine Geschlossenheit des Zentrums zutage, die latente Spannungen und Interessengegensätze zu überbrücken, aber nicht zu beseitigen vermochte.[48])

Das zeigte sich auf der von Trimborn geleiteten Sitzung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei am 8. Januar in Köln. Hier fand Brauns, wie so oft von Stegerwald sekundiert, mit seiner Forderung, bei der Nominierung von Zentrumskandidaten eine schärfere Trennungslinie zum alten Zentrum („Alles, was in der Vergangenheit nach rechts vorbelastet ist, muß heraus!") zu ziehen, heftigen Widerspruch, besonders von Joseph Heß.[49]) Die rheinischen Mittelstandsvertreter distanzierten sich von der forcierten „Links-

[44]) Noch am 24. August 1918 hatte der Kölner Abg. Joseph *Kuckhoff* geschrieben (in: Allg. Rundschau Nr. 34, S. 480): „Was insbesondere die rein politische Seite der Frauenfrage angeht, etwa die Teilnahme der Frau an den Parlamenten, so dürfte darüber vorläufig überhaupt eine einmütige Auffassung innerhalb der deutschen Zentrumspartei nicht vorhanden sein. Es dürfte doch wohl eine große Frage sein, ob sich eine volle Gleichberechtigung der Frau in der Politik mit den sonstigen Grundsätzen des Zentrums von Volks- und Familienwohl verträgt." Etwa zur gleichen Zeit formulierte Carl *Bachem:* „Sollte die Entwicklung über kurz oder lang dahin führen, daß das [...] allgemeine Frauenstimmrecht bei den politischen Wahlen eingeführt wird, so ist zu sagen, daß für die Zentrumspartei ein Gesichtspunkt grundsätzlicher Art, das Frauenstimmrecht abzulehnen, nicht besteht." Politik und Geschichte, S. 54.

[45]) Nach den Mitteilungen der Abg. *Dransfeld* auf dem 1. Reichsparteitag am 21. Januar 1920 in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 100.

[46]) So Leo *Schwering*, Zentrum und Reichsgedanke, in: *KV* Nr. 42 vom 16. Januar 1919.

[47]) Vgl. *KV* Nr. 33 vom 12. Januar 1919.

[48]) Vgl. *Trimborns* Versuche, „Klassenansprüche" innerhalb der Partei auszugleichen; *Cardauns*, Trimborn, S. 183 f.

[49]) Aufzeichnung *Bachems;* Nachl. Bachem 854. Ebd. hieß es weiter: „Es ließ sich aber nicht verkennen, daß [...] über die vollständige Nichtberücksichtigung der Wähler, welche ‚in ihrer Vergangenheit nach rechts vorbelastet sind', große Mißstimmung herrschte." In einem Schreiben *Trimborns* vom 23. Dezember 1918 hieß es: „Ich halte es für gut, wenn wir auch mit *neuen* Männern kommen. Die Liste darf nicht eine alte Leier darstellen." Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 184.

richtung" der Arbeitervertreter.[50]) Die monarchisch gesinnten Anhänger des Zentrums fühlten sich durch die bisweilen ungewohnt heftige Wahlagitation zurückgestoßen, zumal die „mehr links gerichteten Arbeitersekretäre" die Frage der Staatsform nicht selten in „robuster Weise" behandelten.[51]) Die vielfach erheblichen Schwierigkeiten bei der Aufstellung der örtlichen Kandidatenlisten[52]) veranlaßten Carl Bachem am 3. Januar 1919 zu der besorgten Frage: „Wie will man da das Zentrum zusammenhalten?"[53]) Die hier ausgesprochenen Zweifel, ob die weltanschauliche Gemeinsamkeit und die derzeitige einhellige kulturpolitische Abwehrhaltung auf die Dauer als politisches Bindeglied ausreichen würden, waren nur zu berechtigt. Auch anderen Zeitbeobachtern war es klar, daß das Zentrum — nach einer Formulierung von Carl Sonnenschein — „nicht ewig" vom Kulturkampf würde leben und zehren können.[54])

Der unter ungewöhnlichen außenpolitischen Belastungen und Imponderabilien nicht minder als unter chaotischen innenpolitischen Verhältnissen geführte Wahlkampf war der denkbar ungeeignetste Zeitpunkt, um von der Basis der Zentrumspartei aus eine Umgruppierung des überkommenen Parteiensystems in die Wege zu leiten. Die Zeit war viel zu kurz, um entschlossen mit neuen Ideen und Persönlichkeiten in den Vordergrund treten zu können. Die in diesem Zeitpunkt noch ungeklärte politische Situation wurde von keinem Zentrumsführer genutzt, um eine neue parteipolitische Konzeption in die Tat umzusetzen. Nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung verfestigte und versteifte sich die politische Situation in einem Tempo und in einem Maße, das schwerlich vorausgesehen werden konnte. In Zukunft verstärkte sich der Eindruck, daß kein anderer als Adolf Hoffmann entscheidend dazu beigetragen habe, das Zentrum in seiner überkommenen Form zu retten.

Als gutes Omen betrachtete die Zentrumspartei das Ergebnis der Wahl zur Badischen Nationalversammlung am 5. Januar 1919, nach der das Zentrum mit 39 von 107 Abgeordneten (= 36,5 v.H.) die stärkste Fraktion bildete.[55]) Es hatte damit seine frühere Stellung (1913: 39,8 v.H.) fast behauptet und stellte

[50]) So in einem Schreiben *Bachems* vom 3. Januar 1919 an Hilngrainer; Nachl. Bachem 464. Kurz darauf hieß es in der *WAZ* Nr. 1 vom 26. Januar 1919: „Abgeordnete, die vom Wehen der Zeit unberührt geblieben sind, [...] dürfen der Wählerschaft nicht mehr als Kandidaten präsentiert werden."

[51]) Dazu vgl. *Rosenfeld*, Zeitlage und kirchliches Leben 1919/20, S. 103. Bereits im Dez. 1918 hatten die *Petrus-Blätter* (Nr. 11, S. 92) geschrieben: „Vor allem ist es uns aufgefallen, daß man sich im Zentrum so leicht mit dem Aufhören der Monarchie abgefunden hat. Daß man sagt, man habe dabei nicht mitgewirkt, ist alles. [...] Wenn man so laut betont, daß der gegenwärtige Zustand nicht endgültig ist, ist auch die Monarchie noch nicht abgetan."

[52]) Vgl. *Trimborns* Ausführungen auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln. Bericht, S. 3.

[53]) Vgl. Anm. 50.

[54]) Mündl. Mitteilung von E. *Ritter*. Dazu *Eschenburg*, Sonnenschein, in: Die improvisierte Demokratie, S. 350.

[55]) Vgl. *KV* Nr. 22 vom 9. Januar 1919; *Rößler*, Der Badische Landtag, S. 34.

den neuen Präsidenten der Landesversammlung.[56]) Aus den Wahlen zur Württembergischen verfassunggebenden Landesversammlung am 12. Januar ging das Zentrum als drittstärkste Partei (hinter SPD und DDP) mit 31 von 150 Abgeordneten hervor (5 mehr als 1912). Bei den bayerischen Landtagswahlen vom gleichen Tage errang die Bayerische Volkspartei mit 36,7 v.H. der Stimmen die meisten Sitze (66 von 180).

Im Zentrum war man sich des historischen Wegstücks, das die Partei seit der Gründung des Kaiserreichs zurückgelegt hatte, vollauf bewußt. Weithin herrschte die Überzeugung, daß die eigene Kraft beim Wiederaufbau des Reiches unentbehrlich sein würde: „Ohne die Millionenpartei des Zentrums würde der Reichswagen Bismarcks unter den furchtbaren Zeitläuften, die uns noch bevorstehen, endgültig und rettungslos versinken in Sozialismus und marxistischem Doktrinarismus, im bürgerlichen politischen Unvermögen und seiner notorischen Uneinigkeit."[57]) Wie honorierten die deutschen Wähler nach der „gewaltigsten aller Wahlschlachten"[58]) am „Tage der Entscheidung"[59]) diese Überzeugung?

[56]) Vgl. Alfred *Rapp*, Die Parteibewegung in Baden 1905—1928. Karlsruhe 1929, S. 8. Von den neu gewählten Abgeordneten, die sämtlich katholisch waren, hatten 23 bereits dem früheren Landtag angehört. Neu hinzugekommen waren u. a. 4 Frauen. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 21. Januar 1920 (vgl. Offizieller Bericht, S. 103) wies die Abg. Frau *Dransfeld* darauf hin, daß in die badischen und württemb. Landtage „prozentual mehr weibliche Abgeordnete" des Zentrums eingezogen seien als in den preußischen Landtag.

[57]) So *Schwering* (s. Anm. 46).

[58]) *Germania* Nr. 597 vom 22. Dezember 1918.

[59]) *Germania* Nr. 30 vom 18. Januar 1919.

Drittes Kapitel

Die Entscheidung des 19. Januar 1919

1. Der Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung

Auf Grund der zum ersten Male abgegebenen Frauenstimmen, des gegenüber der Vorkriegszeit geänderten Wahlverfahrens und infolge der zahlreichen Neuwähler[1]) stieg die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 1912 auf das Dreifache. Dem Zentrum einschließlich der BVP (18 Abgeordnete), der oberschlesischen Katholischen Volkspartei (8 Abgeordnete) und der hannoverschen Christlichen Volkspartei (3 Abgeordnete) — die mit den Deutsch-Hannoveranern eine Listenverbindung eingegangen war[2]) — fielen bei 5 980 216 Stimmen (= 19,7 v.H., ohne Hannoveraner etwa 18,9 v.H.) 89 von 423 Mandaten (= 21,2 v.H. der Mandate) zu. Unter den weiblichen Abgeordneten, die erstmals in ein deutsches Parlament einzogen (insgesamt 8,6 v.H.), befanden sich 5 Mitglieder des Zentrums (Dransfeld, Neuhaus, Schmitz, Teusch, H. Weber) und 1 Abgeordnete (Zettler) der BVP (= 6,8 v.H. der Fraktionsstärke).

Genau wie bei allen Reichstagswahlen seit 1881 lag die Wahlbeteiligung der katholischen Wahlberechtigten wieder unter dem Reichsdurchschnitt, insgesamt um 2 v.H.[3]) In 8 von insgesamt 35 Wahlkreisen konnten Zentrum bzw. BVP die Mehrheit der Stimmen erreichen, in 2 Wahlkreisen (Koblenz-Trier und Köln-Aachen) sogar die absolute Mehrheit. Eine Aufgliederung des prozentualen Anteils der für Zentrum/BVP abgegebenen Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen (bezogen auf das alte Reichsgebiet) ergibt folgendes Bild[4]):

---

[1]) Das vorsichtig-zurückhaltende Urteil von *Schauff*, Die dt. Katholiken, S. 61, daß das Wahlrecht der 20- bis 25jährigen auf die Stärke des Zentrums „kaum von Einfluß" gewesen sei (da für eine „entgegengesetzte Anschauung" alle statistischen Grundlagen fehlten), müßte noch überprüft werden.

[2]) Nach *Schauff*, ebd., S. 19, wurden 270 771 Stimmen für den vom Zentrum und der Deutsch-Hannoveranischen Partei gemeinsam aufgestellten Wahlvorschlag abgegeben, während bei allen früheren wie späteren Wahlen die Hannoveraner mit eigenen Listen auftraten. Der Anteil der Zentrumsstimmen dürfte nach *Franz*, Wahlen in Niedersachsen, S. 36 Anm., bei etwa 50 000 (nach *Schauff*, ebd., etwas niedriger) gelegen haben.

[3]) Vgl. *Schauff*, ebd., S. 60.

[4]) Nach der ebd., S. 53 f., abgedruckten Tabelle, die allerdings anders (nach der amtlichen Reihenfolge der Wahlkreise) gegliedert ist.

Zentrum-/BVP-Stimmen in v.H.	Zahl der Wahlkreise	Namen der Wahlkreise
10—1	15	Ostpreußen, Liegnitz, Berlin, Thüringen, Potsdam II und I, Frankfurt/O., Dresden-Bautzen, Magdeburg, Hamburg, Merseburg, Schleswig-Holstein, Pommern, Leipzig, Chemnitz-Zwickau
20—11	5	Breslau, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt, Westpreußen, Posen
30—21	7	Weser-Ems, Südhannover-Braunschweig, Westfalen-Süd, Düsseldorf-Ost, Franken, Pfalz, Württemberg
40—31	2	Oberbayern-Schwaben, Baden
50—41	4	Düsseldorf-West, Niederbayern-Oberpfalz, Oppeln, Westfalen-Nord
60—51	2	Köln-Aachen, Koblenz-Trier

Bezogen auf das neue Reichsgebiet ergaben sich in einigen Wahlkreisen Verschiebungen, von denen allerdings nur wenige größere Abweichungen als 1 v.H. aufwiesen. Dabei handelte es sich um folgende Wahlkreise:

	1919	
	altes Reichsgebiet (ohne Elsaß-Lothr.)	neues Reichsgebiet (ohne Saargebiet)
Koblenz-Trier	57,9	62,7
Weser-Ems	25,4	19,7
Frankfurt/O.	1,8	4,5
Süd-Hannover-Braunschweig . .	21,7	18,6

Gegenüber der letzten Reichstagswahl von 1912 konnte das Zentrum (bezogen auf das alte Reichsgebiet) in einigen Gebieten einen bemerkenswerten Zuwachs von Stimmen verzeichnen: So in den neuen Wahlkreisen Berlin und Potsdam I und II zusammen um mehr als das Doppelte von insgesamt 4,4 auf 12,2 v.H. — wahrscheinlich mitbedingt durch die vorübergehende Anwesenheit zahlreicher Soldaten —, ebenso in Westpreußen von 7 auf 14,2 v.H. (frühere Polenstimmen), ferner in Oppeln von 36,8 auf 48,4 v.H., in beiden Hessen von insgesamt 21,4 auf 34,4 v.H., in Breslau von 11,8 auf 20,9 v.H. und in der Pfalz von 17,1 auf 27,6 v.H. Den stärksten Zuwachs meldeten die östlichen Grenzteile Liegnitz von 1,9 auf 9,4 v.H. und Posen von 0,9 auf 10,4 v.H. Die stärksten Stimmenrückgänge verzeichneten die Wahlkreise Niederbayern-Oberpfalz von 66,1 auf 49,7 v.H., Köln-Aachen von 66,1 auf 59,7 v.H. und Koblenz-Trier von 59,1 auf 57,9 v.H. Nahezu unverändert blieb der Prozentsatz der Zentrumsstimmen in Westfalen-Nord (42,1 gegenüber 41,8 v.H.), in Düsseldorf-West (49,8 gegenüber 50,9 v.H.) und in Franken (28,1 gegenüber 26,6 v.H.).

Diese Zahlen verdeutlichen einen starken Rückgang der Zentrumsstimmen in überwiegend katholischen Gebieten, der durch einen Zuwachs in Gebieten mit überwiegend evangelischer Bevölkerung (katholische Halb- oder Ganzdiaspora) ausgeglichen werden konnte. Die Partei gewann gegenüber 1912 genau 3 v.H. Stimmen. Die beträchtliche Zunahme der Zentrumsstimmen in Westpreußen und Posen, wo nur die deutsche Bevölkerung zur Wahl ging, die früher teilweise für polnische Kandidaten gestimmt hatte, kam der Partei allerdings nur für diese eine Wahl zugute.

Obgleich erst für die Reichstagswahlen von 1920 an genaue Zahlen über das Verhältnis von männlichen und weiblichen Zentrumswählern vorliegen, so dürfte sich der von dieser Zeit an bis 1933 nahezu konstante Anteil von etwa 60 v.H. Frauenstimmen[5]) (Reichsdurchschnitt ca. 53 v.H.) auch für die Wahl von 1919 zugrunde legen lassen.[6]) Das ist selbst dann sehr wahrscheinlich, wenn man davon ausgeht, daß das Übergewicht weiblicher Stimmen für die Zentrumspartei in vornehmlich katholischen Gegenden besonders stark war[7]) und gerade in einem Teil dieser Gebiete die Zentrumspartei Verluste hinnehmen mußte. Der vorwiegend in den mehrheitlich katholischen Gebieten des Reiches, aber auch in Berlin im Zeichen eines drohenden Kulturkampfs geführte Wahlkampf hat nicht zuletzt die weibliche Wählerschaft beeindruckt.[8]) Die männlichen Wählerstimmen allein hätten dem Zentrum statt 19,7 v.H. einen Anteil von 16,8 v.H. aller männlichen Wählerstimmen gebracht.[9])

Von den Stimmen der insgesamt 30,4 v.H. wahlberechtigten (nominellen) Katholiken (bei einem Anteil von 32,3 v.H. Katholiken an der Gesamtbevölkerung)[10]), erhielten Zentrum bzw. BVP 62,8 v.H. (ohne Frauen 56,4, ohne Berücksichtigung der Frauen und der Diasporagebiete 53,9 v.H.).[11]) Die relativ meisten

[5]) Ebd., S. 64 ff.

[6]) Nach *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 271, hat es Bezirke gegeben, „wo man nachrechnen konnte, daß bis zu 70 Prozent der Zentrumsstimmen von Frauen herkamen". Bei der Stadtverordnetenwahl in Köln im Frühjahr 1919 entfielen auf die Partei sogar 68000 Frauen- und nur 34000 Männerstimmen. Mitgeteilt von den Delegierten *Dransfeld* und *Gosewinkel* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 21. Januar 1920. Vgl. Offizieller Bericht, S. 100, 104. Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln erklärte Carl *Bachem* am 17. September 1919: „Die Frauen sind heute nicht nur die bessere Hälfte unserer Partei, sondern auch die größere Hälfte." Vgl. Bericht, S. 229.

[7]) Vgl. *Bremme*, Die politische Rolle der Frau, S. 69.

[8]) Nachdem das Wahlergebnis zur Preuß. Landesversammlung vorlag, dankte die *Germania* Nr. 43 vom 28. Januar 1919 besonders den weiblichen Zentrumswählern und dem Kathol. Frauenbund.

[9]) Vgl. *Schauff*, Katholiken, S. 63. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 21. Januar 1920 in Berlin erklärte die Abg. *Dransfeld*, daß der Zentrumserfolg vom Januar 1919 in erster Linie der Beteiligung der Frauen zu danken sei. Vgl. Offizieller Bericht, S. 100.

[10]) Die Differenz ergibt sich daraus, daß der katholische Bevölkerungsteil eine größere Kinderzahl besaß und infolgedessen eine prozentual geringere Zahl der Wahlberechtigten stellte.

[11]) Vgl. *Schauff*, Katholiken, S. 76. Die *Germania* Nr. 58 vom 5. Februar 1919 (von Schauff nicht benutzt) hatte ungefähr richtig geschätzt, wenn sie den kathol. Anteil der Wählerstimmen mit 64 v.H. bezifferte.

katholischen Wählerstimmen gewann das Zentrum — außer in Bayern, wovon noch die Rede sein wird — in Gebieten, die einen sehr hohen Anteil (mehr als 55 v.H.) katholischer Bevölkerung aufwiesen, so in Trier (wo die 89,4 v.H. Zentrumsstimmen genau dem Prozentsatz des katholischen Bevölkerungsanteils entsprachen), Münster (83,9 bei einem katholischen Bevölkerungsanteil von 74,6 v.H.) und Aachen (81,9 bei einem Anteil von 93,7 v.H.).[12]) Der Prozentsatz der katholischen Wählerstimmen in den überwiegend katholischen Gebieten betrug im Durchschnitt 68,2 bzw. ohne Frauen 61,4 v.H.

In Württemberg, Hessen und in denjenigen preußischen Regierungsbezirken, die einen katholischen Bevölkerungsanteil zwischen 30 und 43 v.H. aufwiesen, lag der Prozentsatz der Zentrum wählenden Katholiken etwas niedriger, im Durchschnitt bei 63,6 v.H. bzw. ohne Frauen bei 57,2. Für Gebiete mit einem Prozentsatz von 14 bis 23 v.H. katholischer Bevölkerung lautete die Durchschnittsziffer 60,6 v.H. (ohne Frauen 54,5). In den bayerischen Gebieten — sowohl in den überwiegend katholischen wie überwiegend evangelischen—lagen die entsprechenden Ziffern erheblich niedriger.[13]) Sie lauteten für die am stärksten katholisch besiedelten Gebiete Niederbayern (98,6 v.H. katholischer Bevölkerungsanteil) 40,3 v.H., Oberpfalz (91,7 v.H.) 65,4 v.H. und Oberbayern (90 v.H.) 38,7 v.H.

Von den katholischen Wahlberechtigten wählten 1919 im Reich — außer Bayern — 66,5 v.H. (in Bayern 49,6 v.H. BVP) Zentrum, im Durchschnitt der Wahlen von 1919 bis 1924 62,3 v.H. (ohne Frauen 56,1 v.H.), von den katholischen Wahlberechtigten in Bayern 52 v.H. BVP (ohne Frauen 46,8 v.H.).[14]) Von denjenigen katholischen Wahlberechtigten, die nicht Zentrum bzw. BVP ihre Stimme gaben, votierte im außerbayerischen Reichsgebiet mehr als die Hälfte jetzt und später für Linksparteien, der andere Teil für Rechtsparteien (1924 im Verhältnis von 54 : 46), in Bayern im Verhältnis von 70 : 30, in Württemberg 51 : 49, in Baden 60 : 40.[15])

Ein genauerer Aufschluß über die Relation zwischen Katholizität und Stimmabgabe ergibt sich, wenn die Zahl der bekenntnistreuen Katholiken zur Zahl der Zentrumswähler in ein Verhältnis gesetzt wird.[16]) Die entsprechenden Zahlen lie-

[12]) *Schauff*, ebd., S. 80. Die Angaben über den prozentualen Anteil der katholischen Bevölkerung sind nicht ganz korrekt, da sie dem Ergebnis der Volkszählung von 1925 entsprechen.

[13]) Ebd., S. 76.

[14]) Ebd., S. 106 f.

[15]) Ebd., S. 113, 115, 121, 123 f. Die genauen Ziffern für 1919 liegen nicht vor. Die *Germania* Nr. 58 vom 5. Februar 1919 (s. Anm. 11) schätzte, daß 25,6 v.H. katholischer Wählerstimmen, die nicht dem Zentrum zufielen, für die SPD und 12,4 v.H. für andere bürgerliche Parteien abgegeben wurden.

[16]) Im Dez. 1919 hieß es in einem Artikel „Zum neuen Zentrum" (in: *Petrus-Blätter* Nr. 11, S. 91), die Stärke des Zentrums im Reichstag und in den meisten bundesstaatlichen Parlamenten habe zwar nicht der Zahl der „katholisch Getauften" entsprochen, „wohl aber jener, die noch ein Interesse an ihrer katholischen Religion haben".

gen allerdings für 1919 nicht vor. Für die folgenden Jahre geht Schauff von einem Prozentsatz von 81 v.H. bekenntnistreuer Katholiken aus (was reichlich hoch erscheint). Von den Stimmen dieser Wähler entfielen 1924 in Preußen auf das Zentrum 71,8 v.H., wobei diese Ziffer in den überwiegend katholischen Gebieten bis auf 89,7 v.H. (Aachen) und in Oldenburg sogar bis auf annähernd 100 v.H. anstieg (in Württemberg 80,7 v.H., Baden 70,1 v.H., Bayern 56,4 v.H.). Im Reichsdurchschnitt wählten 1924 von den bekenntnistreuen Katholiken etwa 76 v.H. Zentrum, in Bayern 56,4 v.H. BVP.[17])

Das Zentrum hatte bei der Wahl am 19. Januar 1919 hinter der SPD (165 Abgeordnete) als stärkste bürgerliche Partei den zweiten Platz belegt und auch in evangelischen Kreisen Anhänger gewonnen, deren Zahl auf etwa eine halbe Million geschätzt wurde.[18]) Zum ersten Mal war im „roten" Berlin mit den Stimmen nichtkatholischer Wähler ein Zentrumskandidat (M. Pfeiffer) durchgekommen.[19]) Eine Woche später, am 26. Januar, konnte die Partei bei den Wahlen zur verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung mit 21,9 v.H. der Stimmen (1913: 22,9 v.H.) von insgesamt 401 Abgeordneten 88 — darunter 5 Frauen — durchbringen.[20]) Berücksichtigt man die ungeklärte politische Situation, das für das Zentrum ungünstigere Wahlrecht und auch die Tatsache, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen — mit einem hohen Anteil katholischer Einwohner — nicht mehr wählen durfte, so konnte das Zentrum mit dem Ausgang der Januarwahlen zufrieden sein.

Die Partei fühlte sich als „gestärkter Sieger".[21]) Die befürchtete sozialistische Mehrheit war nicht zustande gekommen. Die „Germania" gab eine traditionelle Parteiansicht wieder, wenn sie konstatierte, das Zentrum habe die „treueste und sicherste Wählerschaft hinter sich", die ihm bei jedem Wahlsystem zu einer

---

[17]) Vgl. *Schauff*, Katholiken, S. 137 ff.

[18]) Vgl. *Germania* Nr. 58 vom 5. Februar 1919. Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 17. September 1919 erklärte der Abg. *Brauns*, die Zahl nichtkatholischer Wähler sei in Berlin „ganz besonders beträchtlich" gewesen. Bericht, S. 326.

[19]) Der Stolz darüber kam in einem Artikel der *Germania* „Das Berliner Wahlergebnis" (Nr. 34 vom 21. Januar 1919) zum Ausdruck. Der Wahlkampf vor dem „Zentrumssieg in Berlin" war — wie Carl *Sonnenschein* am 23. Januar 1919 in der *Germania* (Nr. 36, übernommen am 24. Januar 1919 von der *KV* Nr. 67) unterstrich — in dreifacher Hinsicht chrarakteristisch: 1. durch die Wendung zum Zentrum in „evangelischgläubigen Kreisen", 2. durch die „gefühlsmäßige Herausarbeitung des antikapitalistischen und christlichdemokratischen Motivs" und 3. durch das „Erwachen der jungen akademischen katholischen Intelligenz". Einige Jahre später schrieb Hans *Pfeiffer* (in: Das Neue Reich Nr. 48 vom 27. August 1922, S. 942), der auf der Berliner Zentrumsliste an zweiter Stelle stehende Pfarrer Haecker sei durchgefallen, „weil die Protestanten ihn nicht wählten".

[20]) Bei den Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin am 23. Februar 1919 erhielt die Christliche Volkspartei 8 Mandate (von 147 Mandaten), bei den am gleichen Tage stattfindenden Landtagswahlen in Oldenburg 10 (von 39).

[21]) Vgl. *Germania* Nr. 43 vom 28. Januar 1919. Einige Tage später (Nr. 64 vom 8. Februar 1919) wies das Blatt auf die „neugefaßten" Richtlinien vom 30. Dezember 1918 hin, die das Vertrauen der Wähler gefunden hätten.

„angemessenen Vertretung" verhelfen würde.[22]) Die Tatsache, daß große Wählermassen der Arbeiterschaft (allerdings nicht in den industriellen Ballungsgebieten) dem Zentrum — im Unterschied zu den anderen bürgerlichen Parteien — in „vorbildlicher Weise"[23]) treu geblieben waren, wurde nicht zuletzt auf die frühere erfolgreiche sozialpolitische Tätigkeit der Partei zurückgeführt. Die erstrebte Ausweitung des bisher fast ausnahmslos von Katholiken gewählten Zentrums zu einer interkonfessionellen Christlichen Volkspartei war zunächst nur in Berlin in die Wege geleitet. Immerhin hatte sich die am Vortage der Wahl ausgesprochene Hoffnung von Carl Sonnenschein: „Hoffentlich kommt wenigstens *ein* evangelischer Kandidat irgendwo in Deutschland in unseren Listen durch!"[24]), erfüllt. Unter den für Zentrum bzw. BVP gewählten Abgeordneten befanden sich drei Protestanten[25]) — davon allerdings ein Hospitant —, die in der Folge nicht besonders hervortraten. Von Parlamentariern anderer Fraktionen bezeichneten sich insgesamt 18 Abgeordnete als katholisch.[26])

Die Zentrumspartei konnte „ungebrochen, in alter Stärke"[27]) in die am 6. Februar in Weimar eröffnete Deutsche Nationalversammlung einziehen, die, wie sich schnell herausstellte, die „alte Mehrheitsgemeinschaft aus dem verflossenen Reichstage" aufwies.[28]) Allerdings war dem Zentrum weder ein entscheidender Einbruch in neue Wählerschichten noch in die Domänen oder in das Wählerreservoir anderer politischer Gruppen gelungen. Es war zudem eine völlig offene Frage, ob die weltanschauliche Gemeinsamkeit in Zukunft ausreichen würde, um die sich verstärkt ankündigenden Interessengegensätze in politischen und wirtschaftspolitischen Fragen auszugleichen. Alle derartigen Spannungen waren durch den gemeinsamen, die Gegensätze überschattenden Kampf gegen die radikale preußische Kulturpolitik vorübergehend vollständig in den Hintergrund getreten.[29])

---

[22]) Nr. 35 vom 23. Januar 1919. Wenige Wochen später urteilte die *Germania* (Nr. 88 vom 22. Februar 1919): Aller Revolution und allem Bolschewismus zum Trotz habe der Zentrumsturm, im Gegensatz zu den extremen Parteien, bei den Wahlen seine alte Widerstandskraft bewiesen.

[23]) So der Abg. *Ersing*, Das Zentrum und die Arbeiterschaft, in: Der Zentrumswähler 1920, S. 271.

[24]) Vgl. *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 219.

[25]) Colshorn (Hospitant von der Deutsch-Hannoverschen Partei), Richter (Pfalz) und Schneider Franken).

[26]) Davon gehörten 8 der SPD an, 4 dem Bayerischen Bauernbund, 3 der DDP, 2 der DVP und 1 der DNVP.

[27]) So Gustav *Stresemann*, Nationalversammlung und Parteien (29. Januar 1919); in: Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Berlin 1919, S. 97.

[28]) Vgl. Friedrich *Naumann*, Das Wahlergebnis im Reich, in: Die Hilfe Nr. 5 vom 30. Januar 1919, S. 54.

[29]) Wenige Tage nach den Wahlen schrieb *Stresemann* (s. Anm. 27): „Ob der Zentrumsturm den Stürmen der Gegenwart Trotz geboten hätte, wenn nicht Adolf Hoffmann als Kultusminister eine Art neuen Kulturkampfes in Deutschland erwirkt hätte, kann füglich bezweifelt werden." Wenige Zeilen später: die Unabhängigen Sozialdemokraten „mit ihrem unvergleichlichen Kultus-

Welchen Weg aber sollte die Partei in Zukunft unter der alten Devise „Für Wahrheit, Recht und Freiheit!" und mit der „alten Fahne" (Schofer) gehen, um aus dem legendären Zentrumsturm herauszutreten? Den Zeitgenossen blieb es noch verborgen, daß die „Schicksalskurve der Zentrumspartei"[30]) weiter abwärts verlief. Sie drängten auf den raschen Zusammentritt der Nationalversammlung, um dem „Bolschewismus in Deutschland" ein Ende zu machen.[31])

2. „Lebensziel" der Zentrumsabgeordneten

In seinem wenig bekannten, nichtamtlichen Handbuch „Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung" (1919) hat der Bibliothekar des Reichsmilitärgerichts in Berlin, Georg Maas, außer den Kurzbiographien der am 19. Januar 1919 gewählten Parlamentarier auch deren „Lebensziel" veröffentlicht. Auf entsprechende Anfragen hin erhielt der Herausgeber von insgesamt 47 (der 89) Abgeordneten der „Christlichen Volkspartei" eine Antwort. Im folgenden sind diese Antworten im Wortlaut wiedergegeben.

Dabei fällt zunächst auf, daß alle prominenten Politiker einer Stellungnahme ausgewichen sind und daß sich in der Hauptsache nur die neugewählten Abgeordneten zur Angabe eines „Lebensziels" gewinnen ließen. Im übrigen ist, wie nicht anders zu erwarten, ein großer Teil der Aussagen sehr allgemein und unverbindlich gehalten, zumal „Lebensziel" offensichtlich mehr im Sinne einer Katechismus-Frage als im Sinne konkreter politischer Zielsetzung verstanden worden ist. Dennoch sind manche Angaben, soweit sie über das Bekenntnis allgemeiner Pflichterfüllung, die traditionelle Formel „Wahrheit, Recht und Freiheit" und (sinngemäß): Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches hinausgehen, für die politische Biographie einzelner Persönlichkeiten höchst aufschlußreich. Sie erweisen die Stärke der konfessionellen Bindung und ein bemerkenswertes Zutrauen in eine christlich-demokratisch gestaltete politische Zukunft.

---

minister" hätten das Zentrum „aus aller Not" befreit. Am 31. Oktober 1920 erklärte *Stegerwald* auf einer Tagung des Reichsparteiausschusses, Adolf Hoffmann sei die Rettung des Zentrums gewesen. Nachl. ten Hompel. Dazu vgl. *Linneborn*, Kirchenpolitik, in: Nationale Arbeit, S. 197: „Gerade die Eingriffe in die kirchlichen Rechte hatten zur Folge, daß die Zentrumswähler ihrer Partei auch nach der Revolution die Treue hielten."

[30]) So war eine von J. *Schauff* 1928 verfaßte Denkschrift betitelt, die als Weiterführung seiner unmittelbar zuvor erschienenen Studie „Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei" den Ausgang der Reichstagswahl von 1928 mit einbezog, der in dem Buch nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Das Ergebnis der von Schauff festgestellten kontinuierlich fallenden Zentrumskurve wurde von der Zentrumsführung (ebenso wie von der BVP-Führung) höchst unwillig aufgenommen und offiziell niemals zur Diskussion gestellt. Mündl. Mitteilungen von J. Schauff und H. Vockel.

[31]) So *Germania* Nr. 58 vom 5. Februar 1919.

Name	Lebensziel
Allekotte, Joseph	Die Religion bildet die Grundlage für irdisches und ewiges Wohlergehen. Religion aber bedingt ein Bekenntnis mit praktisch geübter Toleranz.
Astor, Jacob	Erhaltung eines gesunden Mittelstandes, dem Fundament eines gedeihlichen Staats- und Volkslebens.
Becker, Josef	Für mich selbst: Arbeit, viel Arbeit. Für mein Vaterland: Ein einiges starkes Reich, ein starker christlicher Geist, ein tiefer Gerechtigkeitssinn, eine edle, glühende Vaterlandsliebe. Für die Welt: Das Wohl der ganzen Menschheit.
Bell, Johannes	Kampf für Recht, Freiheit und Wahrheit.
Bergmann, Theodor	„Allen wohl, niemand wehe!" Dieser Wahlspruch soll meines Strebens Richtschnur sein.
Beyerle, Konrad	Meinem Gotte, meinem Volke, meinen Lieben!
Bitta, Joseph	Motto: „Der Mensch denkt, Gott lenkt." Die Hauptsache ist: Das Morsche begraben, den Mut nicht verlieren und alle Kräfte einsetzen, um wieder zu geordneten Verhältnissen auf christlich demokratischer Grundlage zu gelangen.
Blank, Lorenz	Lösung der Arbeiterfrage auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. Freie Bahn dem Tüchtigen.
von Brentano di Tremezzo, Otto	Für Wahrheit, Recht und Freiheit.
Burlage, Heinrich-Eduard	Arbeit für Familie, Staat und Kirche.
Diez, Carl	„Selbst besser zu werden und den Menschen nützlich sein." Wird dieser Lebensgrundsatz Gemeingut der Menschheit sein, sind die Lebens- und Weltprobleme gelöst.
Dransfeld, Hedwig	Entwicklung der Persönlichkeit im Dienste der Gemeinschaft.
Ehrhardt, Franz	Persönlich: Entwicklung meiner Kräfte bis zur größten Leistungsfähigkeit. Für Deutschland: Weckung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des Volkes und Landes. Ein freies, tüchtiges, mit anderen Völkern in Frieden lebendes deutsches Volk.
Ersing, Joseph	Ein einig Deutsches Reich unter Einschluß Deutsch-Österreichs.

Name	Lebensziel
Frerker, Wilhelm	Arbeiten für die Erhaltung eines gesunden, kräftigen Mittelstandes.
Gerstenberger, Liborius	Den Menschen zu dienen um Gottes willen, um so nach diesem Zeitenelend zur ewigen Vereinigung mit Gott zu gelangen.
Grunau, August	Meine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Den wirtschaftlich Schwachen durch meine Tätigkeit helfen. An der wirtschaftlichen Wiedererstarkung unseres Vaterlandes mitarbeiten.
Hagemann, Josef	Meine ganze Kraft will ich einsetzen für den Neuaufbau und die Wiedererstarkung meines Vaterlandes, für die christlichen Ideale unseres Volkes, für meine Partei und unsere christliche Arbeiterbewegung.
Hebel, Benedikt	Das Glück meiner Mitmenschen in einem geordneten Staatswesen und in Verbindung mit der christlichen Kirche! Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen, die eines guten Willens sind.
Herschel, Hans	Ausgleich der schweren Interessengegensätze der einzelnen Bevölkerungsklassen im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit.
Imbusch, Heinrich	Für mich: Weitere Arbeit im Sinne der bis jetzt geleisteten; für den Arbeiterstand: Überwindung der vor uns liegenden gewaltigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und weitere geistige und sittliche Hebung; für unser Volk und Vaterland: Wirtschaftliche Aufrichtung durch planmäßige Weckung, Indienststellung und Verwendung aller Kräfte; geistige Aufrichtung insbesondere durch Überwindung des materialistischen Zeitgeistes, höhere Schätzung der geistigen Werte und stärkere Fruchtbarmachung der Kräfte des Christentums.
Irl, Martin	Erhaltung und Förderung des selbständigen Mittelstandes.
Jaud, Josef	Die ganze Kraft für den schwer um seine Existenz ringenden Handwerker- und Gewerbestand.
Joos, Joseph	Alle Kräfte und Anlagen für die Erlösung der wirtschaftlich Unselbständigen aus Armut, geistig-sittlicher Not und Verwilderung, aus schmerzlicher Nichtbeachtung und Unterbewertung durch eine im Besitz und äußeren Formen erstarrte Zeitrichtung.
Kaas, Ludwig	Pax — intra et extra muros!

Name	Lebensziel
Koch, Johann	Freie Bahn dem Tüchtigen. — Weg mit historisch oder traditionell aufgetürmten Schranken. — Den wahren inneren Menschen, nicht das Gewand in den Vordergrund alles Geschehens.
Kreutz, Franz	Hebung der unteren Schichten der Eisenbahner (Beamten und Arbeiter) aus ihrer entsetzlich großen Not. Hebung der gesamten unteren Volksschichten, insbesondere auf fachliche Schulung zur Tüchtigkeit.
Kubetzko, Josef	Für mich selbst: Streben nach vorwärts. Für meine Mitarbeiter: Verbesserung ihrer Lage. Für mein Vaterland: Wiedererstarkung, Frieden, Ruhe und Ordnung.
Maxen, Wilhelm	Meinem Gott und meinem Volke gilt mein Schaffen bis zum letzten Atemzug.
Müller, Richard	Frieden, Ordnung und gesetzliche Zustände herbeizuführen, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern.
Otte, Waldemar	Christliche Wahrheit, wahre Freiheit, freies Recht im demokratischen Deutschland, heute und immerdar!
Pfeiffer, Maximilian	Freude.
Puschmann, Alois	Mitarbeit an der Hebung der Lage der Arbeiterschaft und der Versöhnung der einzelnen Klassen der menschlichen Gesellschaft.
Rheinländer, Anton	Eigene Vervollkommnung. Hebung der Volkskultur in den breitesten Volksschichten. Erstarkung Deutschlands im friedlichen Wettbewerb der Kulturvölker.
Sagawe, Robert	Mein Lebensziel: Die Armen mit den Reichen zu versöhnen nach den Grundsätzen wahrer Gerechtigkeit und Liebe. Meine Lebensfreude: Diesem Ziel meine Kräfte widmen zu dürfen.
Schiffer, Karl Mathias	Für mich: Arbeit; für meine Berufsgenossen: Hebung ihrer Lage; für die Arbeiterschaft im allgemeinen: Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben; für das deutsche Volk: Freiheit, Tüchtigkeit und Erfüllung mit dem Geiste des Christentums.
Schneider, Alexander	Ich mache mir zur Aufgabe den Dienst am sozialen Zusammenleben der Menschen durch Hinwirken auf einen weniger kasuistischen, dafür desto konstruktiveren Ausbau unseres Rechtssystems, durch bewußte Vervollkommnung des großen Hilfsmittels der Güterverteilung: des Geldwesens, durch Betonung der Notwendigkeit einer

Name	Lebensziel
	eigenen Pflege für das Bewußtsein der inneren Zusammengehörigkeit der Menschen, wie sie ihren geschichtlichen Ausdruck im kirchlichen Gemeinschaftsleben gefunden hat.
Schümmer, Wilhelm	Sozialpolitische Betätigung.
Stapfer, Michael	Leben und leben lassen. Wer sagt, daß du anders als durch Arbeit zu etwas kommst, der lügt.
Szczeponik, Thomas	Ich hielt es immer für meine Aufgabe, an der Stelle, an der ich gerade stand, gern das Beste zu leisten. Der Gehorsam gegen Gott verbürgt des Menschen und des Volkes Glück. Er ist die höchste Pflicht, die höchste Freiheit und das höchste Recht.
Taucher, Eugen	Bisher die Berufstätigkeit und Anteilnahme an der Entwicklung der Stadt Amberg, nunmehr an der Wiederaufrichtung des deutschen und bayerischen Vaterlandes in Freiheit mit Ordnung.
Tremmel, Peter	Einsetzung all meiner Kräfte zur Hebung des Arbeiterstandes unter der Devise: „Freie Bahn dem Tüchtigen." Förderung des Weltfriedens nach der Engelsbotschaft: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind."
Ulitzka, Karl	Verwirklichung des christlichen Ideals im eigenen Leben. Für das Vaterland: Staatswesen auf christlicher Grundlage. Erneuerung der Welt im christlichen Geiste.
Weber, Helene	Die Kulturarbeit am deutschen Volke, besonders die Erarbeitung neuer Wege und Methoden, um die Erneuerung der Frauen und der weiblichen Jugend zu beeinflussen.
Zawadzki, Konstantin	Für mich: Arbeit am Gemeinwohl. Fürs Volk: Gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Unbedingte Religionsfreiheit.
Zehnter, Johann Anton	Friede, Völkerbund, Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens, Heranziehung des ganzen Volkes zur Führung des Staates.
Zettler, Marie	Im Interesse unseres Volkes den Frauen zur verantwortungsbewußteren Auswirkung ihrer geistig-sittlichen und physischen Kräfte zu verhelfen.

3. Sozialstruktur, landsmannschaftliche Herkunft und altersmäßige Gliederung der Zentrumsfraktionen im Reich und in Preußen

a) Sozialstruktur

In der sozialen Zusammensetzung der Zentrumsfraktion, der die BVP-Vertreter in Weimar angehörten, fanden die politischen und sozialen Wandlungen der jüngsten Vergangenheit sichtbaren Niederschlag. Der „spontane Ruck nach links“[1]) spiegelte sich besonders augenfällig in der fast „völligen Ausmerzung“ adliger Abgeordneter.[2]) Die Fraktion der Nationalversammlung zählte in ihren Reihen kein einziges Mitglied des grundbesitzenden Adels mehr[3]), dessen Vertreter jahrzehntelang den konservativen Flügel in der Partei gebildet hatten. Nur noch ein einziger Adliger, der hessische Rechtsanwalt und derzeitige Justizminister in Wiesbaden, v. Brentano, gehörte der Fraktion an. Hingegen hatte sich die Zahl der neugewählten Vertreter aus den Reihen der Verbandsvorsitzenden und der Sekretäre der Christlichen Gewerkschaften einschließlich derjenigen der Katholischen Arbeitervereine und anderer katholischer Verbände (Volksverein, Frauenbund) um mehr als das Vierfache erhöht.[4]) Damit blieb der prozentuale Anteil der Gewerkschaftsfunktionäre in der Fraktion kaum hinter dem der Gewerkschaftsangehörigen in der SPD-Fraktion zurück.[5])

---

[1]) So der Abg. *Heß* am 18. Februar 1920. Vgl. *KV* Nr. 134 vom 19. Februar 1920.

[2]) So in der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz. Vgl. *Germania* Nr. 98 vom 28. Februar 1919. — *Trimborn* hatte sich ohne Erfolg für die Kandidatur des Staatskommissars für das preuß. Wohnungswesen, Frhr. v. Coels, eingesetzt. Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 184. Am 19. Januar 1920 erklärte *Trimborn* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums in Berlin, daß der Adel, der tich der Partei gegenüber „durchaus korrekt benommen“ habe, durch den „Sturm der Revolusion“ auch im Zentrum „in die hintere Reihe“ gedrängt worden sei. Vgl. Offizieller Bericht, S. 17.

[3]) Am 1. März 1920 lobte die *KV* (Nr. 165) ausdrücklich Karl Fürst zu Löwenstein dafür, daß er „auch nach der für ihn sicherlich schmerzlichen Tatsache, nicht wieder als Zentrumsabgeordneter aufgestellt worden zu sein, doch nicht schmollend und tadelnd beiseite“ getreten sei, sondern sich auch weiter an der politischen Mitarbeit in den Reihen des Zentrums beteiligt habe. Weiter hieß es dann: „Das gleiche lobenswerte Verhalten beobachteten die Herren Hans Graf Praschma, Graf Strachwitz, Freiherr von Kerckerinck zur Borg, Clemens Freiherr von Loë.“ Einige Jahre später (1927) bezeichnete *Hankamer* (Zentrum, S. 189) die Tatsache, daß man 1918/19 die „treubewährten Vertreter der Aristokratie“ vollständig aus der Fraktion ausgeschlossen habe, als einen Fehler, „der sich in der Jetztzeit rächt“.

[4]) In einem Artikel „Die Weimarer“ (in: *WAZ* Nr. 17 vom 16. Mai 1919) sprach der Abg. *Joos* von 17 Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären. Nach *Grebing*, Zentrum, S. 127, hat sich die Zahl gegenüber 1912 verfünffacht. Demgegenüber ergibt sich aus den Aufschlüsselungen von *Thieringer*, Gewerkschaften, S. 102 f., daß der Zentrumsfraktion 18 hauptberufliche Gewerkschaftsfunktionäre angehörten, unter Hinzurechnung der Gewerkschaftsangehörigen 24. Diese Ziffer auch bei *Frey*, Christliche Gewerkschaften, S. 90. *Kamm*, Abgeordnete und Beruf, S. 15, zählt 18 Gewerkschaftsbeamte, zuzüglich 3 Parteifunktionäre (und 5 Privatbeamte). *Bollig* (s. Anm. 6) sprach im Januar 1919 von 23 Vertretern der Christl. Gewerkschaften. In einem Artikel des Abg. Johannes *Bergmann* in der *KV* Nr. 118 vom 12. Februar 1919 hieß es, daß annähernd 30 Abgeordnete aus der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung hervorgegangen seien.

[5]) Vgl. *Thieringer*, Gewerkschaften, S. 102 f. Ein völlig anderes Bild ergibt sich allerdings für die SPD-Fraktion nach der Aufgliederung bei *Kamm*, Abgeordnete und Beruf, S. 13.

Am stärksten, um mehr als die Hälfte, hatte sich die Zahl der Vertreter agrarischer Belange (aus der Land- bzw. Weinbauwirtschaft) vermindert[6]), ähnlich auch die der selbständigen Industriellen[7]) und der Staatsbeamten. Gegenüber einem erheblich verminderten Anteil von Justizbeamten war die Zahl der Rechtsanwälte und Redakteure gestiegen. Ebenfalls erheblich gestiegen war die Zahl der Lehrer und Professoren. Zu der geringen Zahl der selbständigen Handwerker[8]) waren 2 Arbeiter neu hinzugekommen. In den Zusammenhang der in der Berufsaufgliederung erkennbaren „Linkswendung" gehört auch die gegenüber der Reichstagsfraktion von 1912 um ein Viertel geringere Zahl der geistlichen Abgeordneten (Brauns, Gerstenberger, Hebel, Hitze, Kaas, Leicht, Mausbach, Maxen, Ulitzka), von denen übrigens nur zwei als Pfarrer amtierten (Maxen und Ulitzka). In der Fraktion fehlte ein Vertreter der Angestelltenschaft. Auch gehörte ihr kein Arzt an.

[6]) In der ersten Versammlung der Christl. Bauernschaft der Rheinlande am 29. Januar 1919 in Köln erklärte Landesökonomierat *Bollig*, daß in den Zentrumsinstanzen, die für die „Auswahl der Kandidaten" maßgeblich seien, an leitender Stelle „kaum ein einziger Landwirt" stehe; infolgedessen „haben wir innerhalb der Zentrumspartei nicht gut abgeschnitten". Gegenüber 23 Vertretern der Christlichen Gewerkschaften seien nur 8 Landwirte vertreten. Bericht, S. 5 f. Ähnliche Klagen kamen auch aus der BVP, wo ebenfalls bei der Kandidatenaufstellung die „Bauernschaft zugunsten der Arbeiterschaft ziemlich stiefmütterlich" behandelt worden sei. Vgl. Alois *Hundhammer*, Geschichte des Bayerischen Bauernbundes. München 1924, S. 172. Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 17. September 1919 in Köln verteidigte *Bollig* die Gründung der Christl. Bauernschaft, die notwendig gewesen sei, da die Landwirtschaft bei der Aufstellung der Kandidaten sowohl zur Nationalversammlung als auch zur Preuß. Landesversammlung „zweifelsohne wesentlich zu kurz" gekommen sei. Vgl. Bericht, S. 259 f. Ähnlich der Abg. Joseph *Heß* auf der Generalversammlung der Christl. Bauernvereine am 18. Februar 1920. Vgl. *KV* Nr. 134 vom 19. Februar 1920. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 19. Januar 1920 in Berlin sprach *Frhr. von Kerckerinck zur Borg* von dem „Unwillen" in weiten Kreisen der Bauernschaft „über die ihnen zuteil gewordene Behandlung bei der Mandatsverteilung der letzten Wahlen". Vgl. Offizieller Bericht, S. 19. Über die Gründung der Christl. Bauernschaft vgl. *Jacobs*, Schorlemer, S. 43.

[7]) Der münsterische Generaldirektor *ten Hompel* kritisierte auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 20. Januar 1920 die mangelhafte Vertretung der „Interessen von Handel und Industrie", die es an der „notwendigen Organisation" habe fehlen lassen, um durch eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten zu sein. Offizieller Bericht, S. 59.

[8]) Es ist nicht recht ersichtlich, wieso nach den späteren Ausführungen des Abg. *Eßer* das Ergebnis der Wahlen, „vom Standpunkt des Handwerks" aus betrachtet, „äußerst unbefriedigend" gewesen sein soll. Vgl. *KV* Nr. 745 vom 25. September 1920.

Eine Gegenüberstellung der sozialen Gliederung der fast gleichstarken Zentrumsfraktionen der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung[9]) ergibt ein stärker „konservatives" Bild für die preußische Landesvertretung.

1919	Nationalversammlung		Landesversammlung	
	Zahl der Abgeordn.	v.H. der Fraktion	Zahl der Abgeordn.	v.H. der Fraktion
Landwirte				
a) Großgrundbesitz	1	1,1	—	—
b) Mittelbesitz	3	3,3	5	5,7
c) Kleinbesitz	4	4,4	1	1,1
Kaufleute	2	2,2	—	—
Industrielle	1	1,1	2	2,3
Gewerbetreibende	1	1,1	—	—
Staatsbeamte	3	3,3	8	9,1
Justizbeamte	8	8,9	11	12,5
Beamte a. D.	1	1,1	—	—
Gemeindebeamte	2	2,2	—	—
Lehrer, Professoren	12	13,2	19	21,6
Geistliche	5	5,5	6	6,8
Rechtsanwälte	8	8,9	7	7,9
Privatbeamte	5	5,5	6	6,8
Parteifunktionäre	3	3,3	1	1,1
Gewerkschaftsfunktionäre	18	20,0	11	12,5
Schriftsteller, Redakteure	6	6,7	5	5,7
Rentner	2	2,2	—	—
Handwerker	3	3,3	4	4,5
Arbeiter	2	2,2	1	1,1
Sonstige	—	—	1	1,1
	90		88	

[9]) Nach *Kamm*, Abgeordnete und Beruf, S. 13, 15, 21, 23. Die entsprechende Aufgliederung bei *Klöcker*, Zentrumsfraktion, S. 42 f. — die die einzelnen Abgeordneten namentlich den entsprechenden Berufsgruppen zuordnet —, weicht in einzelnen Angaben geringfügig von der Zuordnung bei Kamm ab, die deswegen hier angeführt ist, weil sie unter einheitlichen Berufsbezeichnungen einen größeren Zeitraum (1913—1925; für den Reichstag 1912—1924) einbezieht.

Für die verfassunggebende Preußische Landesversammlung ergibt sich im Vergleich zur voraufgegangenen und zur folgenden Landtagswahl nachstehende Berufstabelle der Zentrumsabgeordneten[10]):

	1913	1919	1921
Landwirte	19	6	10
Kaufleute, Industrielle	3	2	2
Staatsbeamte			
a) höhere	5	1	6
b) mittlere	4	2	2
c) untere	—	5	3
Justizbeamte	24	11	6
Beamte a. D.	2	—	3
Gemeindebeamte	1	—	3
Lehrer, Professoren	6	19	13
Geistliche	12	6	5
Rechtsanwälte	9	7	2
Privatbeamte	5	6	8
Parteifunktionäre	1	1	3
Gewerkschaftsfunktionäre	2	11	11
Ärzte	—	—	1
Schriftsteller, Redakteure	—	5	—
Rentner	5	—	—
Handwerker	2	4	4
Arbeiter	1	1	—
Sonstige	2	1	2
	103	88	84

b) Landsmannschaftliche Herkunft

Entsprechend der geographischen Verteilung der Zentrumswählerschaft im Reich, die zu etwa 80 v.H. in Preußen beheimatet war — während Württemberg, Baden und Hessen zusammen nur etwa 17 v.H. stellten[11]) —, entstammte eine prozentual fast ebenso große Zahl der Abgeordneten der Nationalversammlung den preußischen Provinzen. Eine entsprechende Aufgliederung ergibt folgendes Bild, das — unter Berücksichtigung der verminderten Mandatszahl — durch den Vergleich mit den beiden voraufgegangenen Reichstagswahlen das stärker westdeutsch geprägte Gesicht der Fraktion erkennen läßt:

[10]) Vgl. *Kamm*, ebd., S. 23.

[11]) Vgl. *Schauff*, Katholiken, S. 51.

	1907	1912	1919
Ostpreußen	2	1	1
Westpreußen	—	1	1
Posen	—	—	1
Berlin	—	—	1
Schlesien	9	9	11
Thüringen	1	1	—
Hannover	2	1	2
Oldenburg	1	1	2
Westfalen	9	8	11
Hessen	2	3	5
Rheinland	27	26	27
Sigmaringen	1	1	—
Württemberg	4	4	4
Baden	8	6	5
Bayern	34	29	18
Elsaß-Lothringen	5	—	—
	105	91	89

In der Fraktionsführung waren, wie noch zu zeigen sein wird, westdeutsche Zentrumsvertreter entsprechend stark vertreten.

Als Folge des Rückgangs von Wählerstimmen des Zentrums in Schlesien und im Rheinland wies auch die landsmannschaftliche Herkunft der Zentrumsabgeordneten in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung eine Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit auf. Die Abgeordneten der Zentrumsfraktion kamen 1913 bzw. 1919 aus folgenden Gebieten[12]):

	1913	1919
Ostpreußen	4	2
Westpreußen	1	2
Stadt Berlin	—	1
Posen	—	2
Schlesien	26	16
Sachsen	2	1
Hannover	2	4
Westfalen	15	17
Hessen-Nassau	5	5
Rheinland	46	38
	101	88

[12]) Nach *Klöcker*, Zentrumsfraktion, S. 28.

c) Altersmäßige Gliederung

Das Durchschnittsalter der Zentrumsabgeordneten in der Nationalversammlung, also einschließlich der BVP, lag mit 50 Jahren unter dem Durchschnittsalter der 1912 gewählten Abgeordneten, das 52,6 Jahre betrug (und 1918 entsprechend höher war). Die kaum nennenswerte „Verjüngung" der Fraktion in der Nationalversammlung erklärte sich, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, in erster Linie aus einer Verstärkung der Gruppe der 40-50jährigen Parlamentarier, während 1912 die relativ größte Anzahl der Abgeordneten der Altersstufe zwischen 50-60 Jahren angehörte. Bemerkenswert ist noch, daß die Gruppe der noch nicht 50jährigen Abgeordneten nur einen Vertreter mehr zählte (45) als die Gruppe der über 50jährigen (44). Die „Kriegsgeneration" bildete eine Minderheit.[13]) Im einzelnen ergab sich folgende Aufgliederung (in der dritten Spalte zum Vergleich die Altersgliederung der Nationalversammlung):

	1912	1919	1919
Abgeordnete			
unter 30 Jahren	1[14])	—	3
30 bis 39 Jahre	10	13	45
40 bis 49 Jahre	23	32	158
50 bis 59 Jahre	27	24	148
60 bis 69 Jahre	23	18	57
70 bis 79 Jahre	3	2[15])	10
über 80 Jahre	1[16])	—	—
	88	89[17])	421

Die entsprechende Aufschlüsselung der Zentrumsabgeordneten der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung von 1919 nach den gleichen Gesichtspunkten bot ein ganz ähnliches Bild:

[13]) Vgl. das sehr zugespitzte, nicht nur auf das Zentrum zielende Urteil von *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 229: „Alle die Alten, die Väter der Unheilspolitik und der Greisenpolitik während des Krieges, die Erbmonarchen der Parlamentssitze, fanden sich wieder ein, als ob nichts inzwischen passiert wäre." Am 17. Februar 1919 kommentierte Georg *Bernhard* in der Vossischen Zeitung: „In allen Parteien herrscht mit unerbittlicher Strenge der Ring der alten Parlamentarier." Zit. bei *Hartenstein*, Deutsche Volkspartei, S. 75.

[14]) Arbeitersekretär Koßmann.

[15]) Herold, P. Spahn.

[16]) Pfarrer Lender.

[17]) Eine Aufschlüsselung der 6 weiblichen Abgeordneten nach dem Lebensalter ergibt folgendes Bild: 30—39: 3; 40—49: 2; 60—69: 1.

	1913[18])	1919[19])
Abgeordnete		
unter 35 Jahren	—	1
35 bis 39 Jahre	7	4
40 bis 49 Jahre	25	43
50 bis 59 Jahre	39	24
60 bis 69 Jahre	25	15
70 bis 79 Jahre	6	1[20])
über 80 Jahre	1	—
	103	88

Nicht weniger als ein Drittel (28) der in die Nationalversammlung gewählten Zentrumsparlamentarier hatte bereits dem alten Reichstag angehört.[21]) Darunter befand sich die gesamte alte Garde der Zentrumsführer mit den Senioren Spahn und Hitze (beide seit 1884 M.d.R.) an der Spitze: Erzberger (M.d.R. seit 1903), Fehrenbach (seit 1903), Giesberts (seit 1905), Gröber (seit 1887), Herold (seit 1898), Müller-Fulda (seit 1893) und Trimborn (seit 1896). Zu den neugewählten Abgeordneten gehörten Beyerle, Brauns, Ersing, Joos, Kaas, Mausbach, Stegerwald, Teusch, Ulitzka und Helene Weber.

Die Zahl der Doppelmandatare innerhalb der Zentrumsfraktionen war erheblich zurückgegangen. Während 1912 von den 88 Zentrumsmitgliedern des Reichstags 26 gleichzeitig auch einem einzelstaatlichen Landtag angehörten, waren es 1919 noch 17 Abgeordnete (davon 7 Mitglieder der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung). Erheblich vermehrt hingegen hatte sich 1919 die Zahl derjenigen Fraktionsmitglieder, die einer lokalen oder regionalen Wahlkörperschaft (Kreistag, Provinziallandtag) angehörten. Ein großer Teil der Abgeordneten, zumal in ländlichen Bezirken, war zudem als Vorsitzender (oder als Vorstandsmitglied) lokaler oder regionaler Verbände und Berufsgenossenschaften, Kammern oder Kassen — insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich — tätig. Eine nicht minder große Zahl der Parlamentarier zählte zu den Vorstandsmitgliedern lokaler caritativer oder kirchlicher Organisationen.

[18]) Vgl. A. *Plate*, Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus (22. Legislaturperiode 1913). Berlin 1914, S. 346. Sämtliche 103 Abgeordnete waren katholisch; vgl. ebd., S. 348.

[19]) Vgl. *Klöcker*, Zentrumsfraktion, S. 46. Sämtliche 88 Abgeordnete waren katholisch; ebd., S. 48.

[20]) Herold, der gleichzeitig Alterspräsident war.

[21]) Die Angabe von *Nipperdey*, Organisation, S. 404, daß „über die Hälfte" der Zentrumsabgeordneten bereits dem früheren Reichstag angehört habe, ist entsprechend zu berichtigen.

DRITTER TEIL

Der Anteil des Zentrums an der Begründung der Deutschen Republik

Erstes Kapitel

In der politischen Verantwortung

1. Konstituierung der Zentrumsfraktionen

„Die Fraktionspolitik ist doch wesentlich die Parteipolitik, die Fraktionen führen doch die Parteipolitik."
Abg. Trimborn am 16. September 1919.[1])

Am 5. Februar 1919 traten die vierzehn Tage zuvor gewählten Zentrumsabgeordneten der Nationalversammlung in Weimar in „räumlicher Enge"[2]) zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Da die Fraktion zunächst im Parlamentsgebäude (Theater) kein eigenes Beratungszimmer fand, mußte sie ihre Sitzungen im Gartensaal eines Hotels abhalten, bis sich ein größeres Lokal (ein Ankleideraum für Schauspieler im Theater) fand.[3]) In der ersten Sitzung der Fraktion wurden der Württemberger Adolf Gröber — der Vorsitzende des Reichsparteiausschusses und der letzte Fraktionschef — zum neuen Vorsitzenden gewählt, zu seinen Stellvertretern Trimborn, Mayer-Kaufbeuren und Becker-Arnsberg. Alle vier Abgeordnete gehörten bereits früher dem Reichstag an. In der Wahl des ausgesprochenen Arbeitervertreters Johannes Becker[4]) — der als einziger Abgeordneter neu in den Vorstand gelangte — sah die Berliner „Germania" nicht nur eine Entlastung der Fraktionsführung wegen der „Oktober-Politik", sondern auch eine Bekräftigung des Vorsatzes, auf „jenem Wege" zielbewußt fortzuschreiten.[5])

Die am 18. Februar vorgenommene Wahl der Mitglieder des erweiterten Fraktionsvorstands ergab ein stärkeres Vordringen des linken, sozial-fortschrittlichen Flügels in die Phalanx der Parteisenioren.[6]) Unter den 13 Vorstandsmit-

[1]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. Bericht, S. 108.

[2]) Vgl. *Diez*, Lebensgeschichte, S. 67.

[3]) Nach einer rückschauenden Betrachtung von *Müller-Fulda* aus dem Sommer 1928. Nachl. Bachem 883. Dazu vgl. die Schilderungen von Bolz bei *Miller*, Bolz, S. 112.

[4]) Seit 1913 Geschäftsführer des Gesamtverbands deutscher Krankenkassen in Köln (Wahlkreis Arnsberg), M.d.R. seit 1907, vorher u. a. Redakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung.

[5]) Vgl. Nr. 64 vom 8. Februar 1919. Nach einer Niederschrift *Erzbergers* (vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 327 Anm. 7) war zunächst Stegerwald als 4. Vorsitzender vorgesehen, dessen Wahl aber Erzberger wegen Stegerwalds chauvinistischer Haltung im Kriege und wegen dessen enger Verbindung zu Walther Rathenau mit Erfolg verhinderte.

[6]) Darüber beklagte sich später *Müller-Fulda* (31. Juli 1928 an Bachem; Nachl. Bachem 883), der schrieb, „man" habe als Abgeordneter früher erst nach „zehnjähriger treuer Dienstleistung" Aussicht gehabt, in den Vorstand „berufen" zu werden.

gliedern, von denen nicht weniger als 10 bereits früher dem Reichstag angehörten, befanden sich immerhin 8 mehr oder weniger ausgesprochene Vertreter oder zumindest Förderer der Belange der christlichen Arbeiterschaft, darunter 2 Geistliche: Becker-Nassau (Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftskartells für Groß-Berlin), Brauns, Erzberger, Giesberts, Hitze, Irl (Malermeister in Erding/Obb.), Schirmer (Schriftsteller und Arbeitersekretär in Pasing) und Stegerwald. Außer ihnen gehörten noch Bell, Herold, Marx, Müller-Fulda und P. Spahn zum erweiterten Vorstand[7]), in dem eine weibliche Abgeordnete fehlte. In dem zahlenmäßigen Übergewicht westdeutscher Zentrumsvertreter kam der entsprechende Anteil der westdeutschen Zentrumswählerschaft zum Ausdruck. Nicht minder deutlich war das qualitative Übergewicht der westdeutschen Parlamentarier, aus deren Reihen nicht nur die späteren Nachfolger Gröbers im Fraktions- und Parteivorsitz (Trimborn und Marx), sondern auch die Mehrzahl der vom Zentrum gestellten Minister stammte (Brauns, Bell, Marx, Giesberts). Der einzige Vertreter agrarischer Belange im Fraktionsvorstand, Herold, war ein besonders gewiegter und kluger „Lobbyist", der zudem einige Wochen später zusammen mit Marx auch in den Vorstand der Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung gewählt wurde. Herold trug wegen seiner langjährigen Doppelmitgliedschaft in beiden Parlamenten (und der entsprechenden Kassierung doppelter Diäten) den Spitznamen „Hin- und Herold".

Die Aufnahme eines Mitglieds der BVP in den engeren und zwei anderer Vertreter in den weiteren Fraktionsvorstand resultierte aus einem Fraktionsbeschluß vom 5. Februar, wonach sich Zentrum und BVP zu einer Arbeitsgemeinschaft unter der Bezeichnung Zentrum zusammenschlossen[8]), gegen den Willen des BVP-Extremisten Georg Heim, der nicht gefragt worden war.[9]) Die allgemein begrüßte Wiederherstellung der „Einheitsfront"[10]) gelang nur dadurch, daß die Zentrumsmehrheit der bayerischen Minderheit außerordentlich weit entgegenkam. Der BVP wurde ein eigenes Fraktionsstatut und das Recht zu eigenen Sitzungen zugestanden. Ferner sollte die BVP nach außen hin ihren landsmannschaftlichen Charakter wahren können. Da die Fraktion zudem den BVP-Abgeordneten Beyerle als Berichterstatter des wichtigen Verfassungsausschusses für Gliedstaaten nominierte, gestaltete sich die Arbeitsgemeinschaft für den kleineren Partner äußerst vorteilhaft.[11])

Als Vertreter der Gesamtfraktion wurde der frühere Reichstagspräsident Fehrenbach in der 2. Sitzung der Nationalversammlung am 7. Februar 1919 zu einem der drei Vizepräsidenten (neben Haußmann und Dietrich-Potsdam) gewählt. Wenige Tage später, am 14. Februar, erfolgte als „erste Frucht" inter-

[7]) Vgl. *KV* Nr. 138 vom 18. Februar 1919.

[8]) Vgl. *KV* Nr. 102 vom 6. Februar 1919.

[9]) Vgl. *Heim*, Weimar, S. 265 f.; *Renner*, Heim, S. 187.

[10]) So *Germania* Nr. 64 vom 8. Februar 1919.

[11]) So *Ringelmann*, Bayerische Volkspartei, S. 46.

fraktioneller Besprechungen (Gröber)[12]) seine Wahl zum Präsidenten, nachdem sein Vorgänger David als Minister in die Regierung Scheidemann eingetreten war. Die Zentrumsabgeordneten hatten auf der Übernahme des Vorsitzes durch ein Fraktionsmitglied bestanden, um nicht alle entscheidenden Funktionen (Reichspräsident, Reichsministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung) in den Händen von SPD-Politikern zu belassen.

Als sich im folgenden Monat die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung konstituierte, ergab sich ein ähnliches Bild wie bei der Wahl der Fraktion der Nationalversammlung. Vertreter des bürgerlich(-agrarischen) Zentrumsflügels bildeten den engeren Vorstand (Vorsitzender: Porsch, Stellvertreter: Herold und Marx), in den als Vertreter der Arbeiterschaft Gronowski eintrat. In den erweiterten Vorstand wurden zwölf Abgeordnete, darunter eine Frau und ein Kleriker, gewählt: Busch, Hager, Heß, Kamp, Linz, Müller (Neuwied), Neuber, Schmedding, Schmidt (Conz), Stoffels, Vogelsang und Wildermann.[13]) Sie stellten einen repräsentativen Querschnitt der in der Fraktion vertretenen Berufsgruppen dar und berücksichtigten dementsprechend stärker auch Vertreter der Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen.

[12]) Vgl. *Germania* Nr. 64 vom 8. Februar 1919.

[13]) Vgl. *Germania* Nr. 122 vom 17. März 1919.

2. Der Kampf um den Eintritt in die Weimarer Koalition

„Niemals hat die Zentrumspartei vor größeren und schwierigeren Aufgaben gestanden als beim Eintritt in die Nationalversammlung."
Abg. Mausbach am 22. Januar 1920.[1])

Mit dem Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung endete der seit dem 9. November 1918 bestehende politische und staatsrechtliche Schwebezustand. Von dem neuen Rechtsboden aus empfingen sowohl die noch zu wählende vorläufige Reichsregierung als auch die später zu schaffende Reichsverfassung ihre „rechtliche und sittliche Grundlage".[2]) Sie bildete den Ausgangspunkt für alle künftigen Entscheidungen des Zentrums, das alles daransetzte, um den Übergang von dem „revolutionären, rechtlosen" Zustand[3]) zur Verabschiedung einer neuen Verfassung möglichst zu beschleunigen. Der Wahlausgang vom 19. Januar 1919 hatte der Fraktion die Möglichkeit verschafft, in der Nationalversammlung mitbestimmenden Einfluß ausüben zu können.

[1]) Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 112.

[2]) So Joseph *Mausbach* in einer „Anmerkung" zum Münchener Hitler-Prozeß, in: *KV* Nr. 255 vom 4. April 1924.

[3]) So der Abg. *Gröber* am 10. Februar 1919 in der Nationalversammlung. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 26.

Bereits auf ihrer konstituierenden Sitzung am 5. Februar 1919 sah sich die Zentrumsfraktion vor eine der drei zentralen Entscheidungen gestellt, die sie während der Tätigkeit der Nationalversammlung zu treffen hatte und durch die sich das politische Schicksal des Zentrums von diesem Zeitpunkt an mit den Geschicken der Republik verknüpfte. Es ging um die Frage einer Teilnahme an der Regierungskoalition und damit an der Bildung einer Reichsregierung, die nach der parlamentarischen Konstellation von den Linksparteien allein nicht getragen werden konnte. Eine politische Zusammenarbeit mit SPD (und DDP) lag in der Linie der im Juli 1917 gebildeten parlamentarischen Mehrheit. Diese „Linkskoalition" hatte allerdings, wie bereits früher erwähnt, nicht einmal innerhalb der Reichstagsfraktion einhellige Zustimmung gefunden.

Die Zentrumsabgeordneten waren sich der Folgen ihrer Entscheidung bewußt. Auf der einen Seite mußte die neue Reichsregierung für die beginnende Liquidierung des verlorenen Krieges, also in erster Linie für die Unterzeichnung des Friedensvertrags, die Verantwortung übernehmen. Auf der anderen Seite würde der ersten Reichsregierung entscheidender Einfluß auf den Geist und die Gestaltung der künftigen Verfassung und damit auf die Grundlagen des Reiches, seine Gliederung, Staatsform und Wirtschaftsordnung zufallen.

Bei den politischen Überlegungen der Zentrumsabgeordneten spielte der Gedanke eine Rolle, denjenigen Kräften, die die Revolution gewollt oder vorangetrieben hatten, zunächst die Verantwortung zuzuschieben, also der SPD allein die Arbeit zu überlassen, „den Karren aus dem Dreck zu ziehen".[4]) Hinzu kam ein weiteres Moment, das den Entschluß der Zentrumsparlamentarier erschwerte. Die prinzipielle Gegensätzlichkeit zum marxistischen, atheistischen Sozialismus hatte soeben noch im Wahlkampf einen Höhepunkt erreicht. Ebensowenig wie Adolf Hoffmann besaß dessen Nachfolger, der vorsichtiger taktierende Mehrheitssozialdemokrat Konrad Haenisch, das Vertrauen des katholischen Volksteils.[5]) Die wenigen Wochen des „Kulturkampfs" hatten die Kluft gegenüber den Sozialdemokraten erheblich vertieft. Die Gemüter waren so erregt, daß Hoffmanns Rücktritt sich keineswegs, wie manche außenstehenden Beobachter annahmen, nachteilig auf den inneren Zusammenhalt der Zentrumsfraktion aus-

[4]) So *KV* Nr. 193 vom 10. März 1919. Ähnlich *Germania* Nr. 65 vom 9. Februar 1919: „Parteipolitische Rücksichten und Erwägungen müßten es [...] angezeigt erscheinen lassen, die furchtbare Schwere der Verantwortung, die nach dem verlorenen Krieg und vor allem nach der unseligen Revolution mit der Leitung der Reichsgeschäfte verbunden ist, die Sozialdemokratie, die sich nach eigenem Wunsch und eigener Wahl am 9. November mit der Führung der Reichsgeschäfte betraut hat, allein tragen zu lassen."

[5]) Der Abg. *Heß* erklärte am 9. Juli 1919 in der Preuß. Landesversammlung, er habe das Gefühl, als wenn Haenisch dem Zentrum gern „Zündstoff" vorlege, aus dem Bestreben heraus, „sich bei der sozialdemokratischen Fraktion als den starken Mann, als den Kulturkämpfer hinzustellen. Man weiß ja, was hier und da in befreundeten Fraktionen vorgeht, und da haben wir uns auch erzählen lassen, daß Herr Haenisch eben dieses Bestreben nicht nur hätte, sondern auch notwendig hätte." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 3, Sp. 3233 f.

wirkte.[6]) Der Gedanke lag nahe, der Regierung fernzubleiben und das parlamentarische Zünglein an der Waage zu bilden.

Wie so oft an Wegbiegungen in der Geschichte der Zentrumspolitik bestand auch dieses Mal bei einer Mehrheit der Fraktion Einigkeit darüber, ihre Politik nicht von gefühlsbestimmten Emotionen beeinflussen zu lassen. In dem Augenblick, in dem die DDP beschloß, mit der SPD nur dann eine Koalition einzugehen, wenn sich auch das Zentrum daran beteiligen würde, lag die Entscheidung bei der Zentrumsfraktion. Die Alternative, vor die sie sich damit — ohne ihr Zutun — gestellt sah, lautete: Entweder Eintritt in die Regierungskoalition, um ihr auf diese Weise eine breitere Grundlage zu vermitteln und die Gefahr der „Absplitterung ganzer Landesteile" zu verhindern[7]), oder Übergang in die Opposition, um nicht von einer Mehrheitsgruppe zwangsläufig und ohne Kompensationen dorthin gedrängt zu werden.

Am 5. Februar beschloß die Zentrumsfraktion, im Benehmen mit der SPD als der größten Fraktion die sachlichen Voraussetzungen für eine Übernahme der Mitverantwortung „im gegebenen Falle" zu klären.[8]) Unter den vier Sicherungen, die die Zentrumsabgeordneten als Voraussetzung für ihren Eintritt in die Regierung formulierten, stand bezeichnenderweise der „Schutz unserer kulturellen Güter" an erster Stelle. Die weiteren Bedingungen, über die eine Verständigung herbeigeführt werden sollte, lauteten im Sinne der Frankfurter Parteirichtlinien von Ende 1918: Sicherung des Privateigentums, Schutz gegen radikale Sozialisierung und Aufrechterhaltung des föderativen Charakters des Reiches. Ferner bestand die Fraktion darauf, entsprechend ihrer Stärke bei der Besetzung der Ministerposten berücksichtigt zu werden. Andere Wünsche nach einer „vernünftigen Wirtschaftspolitik" und nach der Aufstellung eines „Volksheeres" bezeichneten weitere Grundlinien künftiger Koalitionspolitik.[9])

Von vornherein herrschte in der Fraktion Klarheit darüber, daß selbst nach Annahme dieser Forderungen „schwerwiegende Bedenken" gegen eine Koalition mit der SPD nicht ausgeräumt sein würden. Ein Teil der Zentrumsabgeordneten stand in den Beratungen der nächsten Tage völlig unter dem Eindruck dieser Bedenken, die — nach Zeitungskommentaren zu schließen — durch warnende und mahnende Eingaben aus der Wählerschaft noch verstärkt wurden. Das

---

[6]) Friedrich *Naumann* hatte Ende Januar Zweifel geäußert, ob „alle Zentrumskreise geschlossen beieinander bleiben würden"; Das Wahlergebnis im Reich, in: Die Hilfe Nr. 5 vom 31. Januar 1919, S. 54.

[7]) So *Naumann* (s. Anm. 6), S. 54. Dazu *Haußmanns* Mitteilungen aus Weimar vom 4. Februar 1919 bei Conrad *Haußmann*, Schlaglichter, hrsg. von Ulrich *Zeller*. Frankfurt a. M. 1924, S. 275 f.

[8]) Vgl. *KV* Nr. 103 vom 6. Februar 1919. Am 8. Februar 1919 schrieb die *Germania* Nr. 64: „Es bedarf wohl kaum erst der Betonung der Selbstverständlichkeit, daß das starke deutsche Zentrum die an sich gewiß nicht lockende Übernahme der Mitverantwortlichkeit für das, was werden soll, im Schoße einer größeren Mehrheitsregierung nicht als Aschenbrödel tragen kann."

[9]) So *Germania* Nr. 65 vom 9. Februar 1919. Bei *Epstein*, Erzberger, S. 328, sind die Koalitionsforderungen der Fraktion — nach Erzbergers Niederschrift — in einem Drei-Punkte-Programm wiedergegeben.

Gewicht der bevorstehenden Entscheidung erklärt die außerordentlich langwierigen Diskussionen und „politische Gewissenserforschung“[10]) innerhalb der Fraktion, über deren Verlauf und wechselnde Frontbildung bisher keine Einzelheiten bekannt sind.[11])

Die auf der Grundlage der erwähnten Bedingungen einsetzenden Verhandlungen mit der SPD wurden von den Zentrumspolitikern Trimborn, Spahn und Burlage geführt.[12]) In der Fraktion arbeitete Erzberger konsequent auf einen Eintritt in die Koalition hin, um eine starke Mehrheit und Autorität für die künftigen außenpolitischen Entscheidungen zu bekommen und nicht der SPD die Führung allein zu überlassen.[13]) Unter diesen Gesichtspunkten befürworteten auch die älteren Fraktionsmitglieder sowie die neugewählten Akademiker den Eintritt in die Regierung[14]), für den sich ebenfalls Stegerwald aussprach.[15]) Dagegen opponierten zunächst einige jüngere Abgeordnete und Vertreter der Arbeiterschaft.[16]) Das Abstimmungsverhältnis in der Fraktion lautete schließlich 64 : 5 für eine Teilnahme an der Koalition, wobei die Gegenstimmen von Abgeordneten der BVP kamen.[17])

Grundsätzliche Bedenken der Fraktion gegen die Besetzung der drei wichtigsten Staatsämter (Reichspräsident, Reichsministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung) mit sozialdemokratischen Politikern konnten durch die Zusage der SPD ausgeräumt werden, einige Tage später für die Wahl Fehrenbachs — an Stelle von David, der als Minister ohne Portefeuille in die Regierung

---

[10]) So später der Abg. Joseph *Heß*, in: *KV* Nr. 134 vom 19. Februar 1920.

[11]) Nach der *Germania* Nr. 63 vom 8. Februar 1919 hat sich in der Fraktionssitzung am 5. Februar 1919 eine „erhebliche Minderheit“ gegen eine Beteiligung an der Regierung ausgesprochen. Die verfrühte Meldung des bayer. Vertreters in Berlin, *v. Preger*, vom 31. Januar 1919, daß die Bildung eines Koalitionsministeriums (vom Zentrum: Erzberger und Giesberts) in „sicherer Aussicht“ stehe (BGStA München, Pol. Archiv VII/100), könnte auf Informationen aus der Umgebung Erzbergers beruhen.

[12]) Vgl. *Severing*, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 237 f.; *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 275.

[13]) Vgl. seine Ausführungen auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 19. Januar 1920. Offizieller Bericht, S. 31. Ferner *Erzberger*, Erlebnisse, S. 367. In einem Schreiben *Erzbergers* an Nuntius Pacelli vom 24. Februar 1919 hieß es: „Gerade von englischer Seite wurde mir wiederholt gesagt, daß der Eintritt des Zentrums in die Regierung von erheblicher Bedeutung für den Ausgang der Friedensverhandlungen sein würde.“ Nachl. Bachem 890 (Abschrift); Teilabdruck bei *Epstein*, Erzberger, S. 328. Wieweit diese Mitteilung Erzbergers zutrifft, ist nicht nachzuprüfen.

[14]) Nach den ungedruckten Erinnerungen von *Marx*. Nachl. Marx IX.

[15]) Vgl. seine Ausführungen in der Nationalversammlung am 21. Februar 1919. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 263 ff. Am 7. Juni 1921 nahm Ministerpräsident *Stegerwald* im Preuß. Landtag zur Regierungsbildung vom Februar 1919 Stellung: „Ich war damals sehr intim an diesen Dingen beteiligt. Der Druck, der damals die Regierungsbildung beschleunigte, war die Tatsache, daß wir noch mitten in der Revolution standen, die Tatsache, daß damals in Mitteldeutschland noch alles drunter und drüber ging, und dieser starke innerpolitische Druck hat es zuwege gebracht, daß eine Regierung gebildet werden konnte.“ Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 1641.

[16]) Vgl. *Marx* (s. Anm. 14); *Mausbach*, Kulturfragen, S. 13; *Brauns*, Zentrum, S. 81.

[17]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 328.

überwechselte — zum Präsidenten der Nationalversammlung zu stimmen, was am 14. Februar geschah.[18])

Nach dreitägigen ausgiebigen Debatten[19]) fiel die Entscheidung am 8. Februar 1919. Aus „staatsbürgerlichem Pflichtgefühl“[20]), insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit einer stärkeren Parlamentsmehrheit angesichts der außenpolitischen Situation[21]), beschloß die Zentrumsfraktion „schweren Herzens“[22]), alle auch weiterhin bestehenden Bedenken gegen ein Zusammengehen mit der Linken zurückzustellen, „das Vaterland unter allen Umständen und um jeden Preis über die Partei zu setzen“[23]) und, um „Schlimmeres zu verhüten“[24]), mit SPD und DDP eine Koalition zu bilden.[25]) Dabei gab schließlich die Überlegung den Ausschlag, innerhalb der Regierung vielleicht nicht alle eigenen Wünsche durchsetzen, aber zumindest alle extremen Forderungen der Sozialdemokraten, vor allem im kirchen- und kulturpolitischen Bereich, abwehren zu können.[26]) Durch eine politische Teilnahme „aktiver Art“ hoffte man, auch die traditionelle imparitätische Personalpolitik ändern zu können. Das Zentrum wußte aus Erfahrung, wie eine Partei behandelt wird, die aus Regierung und Verwaltung ausgeschlossen blieb.[27]) Für die Entscheidung mancher Abgeordneter spielte schließlich auch das Argument eine Rolle, daß die SPD in eine „schaffende und

---

[18]) Vgl. *Severing*, Mein Lebensweg, Bd. 2, S. 238; Philipp *Scheidemann*, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2. Dresden 1928, S. 360.

[19]) So der Abg. und Reichsminister *Bell* am 15. September 1919 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. Bericht, S. 74.

[20]) Vgl. *Brauns*, Zentrum, S. 81. Die *KV* Nr. 111 vom 9. Februar 1919 schrieb: „Die Entscheidung fällt dem Zentrum nicht ganz leicht.“ Ähnlich *Germania* Nr. 65 vom 9. Februar 1919.

[21]) Vgl. *Germania* Nr. 63 vom 8. Februar 1919.

[22]) So *Germania* Nr. 65 vom 9. Februar 1919.

[23]) Ebd. Mit fast den gleichen Worten erklärte *Bell* am 15. September 1919 (s. Anm. 19, S. 75): „Wir haben uns gesagt, die Parteiinteressen müssen zurücktreten, wenn es sich darum handelt, das Vaterland zu retten.“

[24]) So der Abg. *Marx* in der *KV* Nr. 562 vom 21. Juli 1919 unter der Überschrift: „Das Zentrum und seine Grundsätze“.

[25]) In den Erinnerungen von *Marx* heißt es dazu: „Es war einfach Gewissenspflicht für das Zentrum, eine starke Mehrheit mitzubilden, da die Möglichkeit dazu ihm geboten wurde.“ Nachl. Marx IX.

[26]) Vgl. *KV* Nr. 163 vom 27. Februar 1919 (*Mausbach*) und Nr. 193 vom 10. März 1919. Sehr präzis umschrieb Domkapitular *Rosenberg* diesen Sachverhalt: Die Fraktion habe geglaubt, „damit dem Reiche zu dienen und zugleich am besten für ihre kulturellen und religiösen Ideale wirken zu können“. In: Kirchl. Handb. 19, 1919/20, S. 102. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums erklärte der Abg. *Kaas* am 22. Januar 1920: „Schweren Herzens beugten wir uns dem unerbittlichen Muß des Augenblicks — selbstverständlich unter Sicherung voller Aktionsfreiheit auf kulturellem Gebiete.“ Vgl. Offizieller Bericht, S. 121.

[27]) Am 13. Februar 1919 kennzeichnete der Fraktionsvors. *Gröber* diesen Sachverhalt mit dem Satz: Für das Zentrum sei der Gedanke wichtig gewesen, daß durch den Beitritt der Fraktion zur Regierungskoalition „auch die Politik der neuen Regierung eine andere wird, als wenn das Zentrum sich nicht anschließt“. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 52.

aufbauende Mehrheit" einbezogen werden müsse, um ein weiteres Abrutschen der Bevölkerung zum Radikalismus zu verhindern.[28])

Eine unverbindliche Ministerliste, die am 8. Februar kursierte[29]), enthielt die Namen von vier Zentrumsabgeordneten — Erzberger, Müller-Fulda, Stegerwald (auf dessen Ernennung die Sozialdemokraten drängten)[30]) und Bell — als künftige Ressortchefs. Einige Tage später war ernsthaft von Herold als Leiter eines neu zu schaffenden Reichsernährungsamts die Rede, während Becker-Arnsberg als Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsministerium und Herschel als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium genannt wurden.[31]) Als es der westfälische Zentrumsvorsitzende und Bauernführer Herold ablehnte, einen Ministerposten zu übernehmen, vermochte die Fraktion keinen anderen Abgeordneten als geeigneten Kandidaten für das Reichsernährungsamt vorzuschlagen.[32]) Dafür wurde das Zentrum dadurch entschädigt, daß Bell an die Spitze des Reichskolonialministeriums trat, das aus dem Reichskolonialamt umgewandelt wurde. Bei der Regierungsbildung am 13. Februar zogen schließlich außer Bell nur noch zwei Zentrumsvertreter (neben 7 der SPD und 4 der DDP) in das Kabinett Scheidemann ein, ohne allerdings eines der politisch entscheidenden Ressorts zu übernehmen[33]): Giesberts als Leiter des Reichspostministeriums[34]) und Erzberger als Minister ohne Portefeuille, der weiterhin alle Fragen des Waffenstillstands verantwortlich zu bearbeiten hatte.

Aus den gleichen Überlegungen heraus (allerdings unter Wegfall der außenpolitischen Gründe), die die Zentrumsfraktion zur Teilnahme an der Reichsregierung bewogen hatten, entschloß sich einige Wochen später auch die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung — ebenfalls nach langem Zögern — zum Eintritt in eine Koalitionsregierung mit SPD und DDP. Auf diese Weise hoffte man, die „deutsche Konsolidierungspolitik" zu stärken.[35]) Zunächst wollten auch in Preußen manche Zentrumsabgeordnete der SPD, dem „großen

[28]) Vgl. die Ausführungen der Abg. *Brauns* und *Stegerwald* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln. Vgl. Bericht, S. 83, 92. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums in Berlin am 16. Januar 1920 erklärte der Abg. *Herold:* „Die Sozialdemokratie [...] nicht in eine fruchtlose Opposition zu drängen, sondern an der Wiederaufrichtung des Vaterlandes verantwortlich mitarbeiten zu lassen, ist ein hervorragendes staatserhaltendes Bestreben." Vgl. Offizieller Bericht, S. 45.

[29]) Vgl. *Germania* Nr. 65 vom 9. Februar 1919.

[30]) Vgl. *Stegerwald*, Aus meinem Leben, S. 15, wo es weiter heißt: „Ich wurde zunächst als Postminister, später als Ernährungsminister, schließlich als Staatssekretär für das Reichsarbeitsministerium genannt. Ich lehnte ab."

[31]) Vgl. *Germania* Nr. 69 vom 12. Februar 1919.

[32]) Vgl. *Germania* Nr. 72 vom 13. Februar 1919.

[33]) Die *Germania* Nr. 70 vom 12. Februar 1919 kommentierte, die Zentrumspartei sei nicht gerade „imponierend" an der Ministerliste beteiligt.

[34]) *Giesberts* hat nach seinen Worten die Leitung des Ministeriums „auf Drängen der seligen Gröber, Erzberger, Trimborn und Hitze" angenommen. Vgl. seinen knappen Lebenslauf in: 25 Jahre Christliche Gewerkschaftsbewegung (1924), S. 182.

[35]) So *Germania* Nr. 139 vom 27. März 1919.

historischen Gegner“[36]), allein die Arbeit überlassen, „den Karren aus dem Dreck zu ziehen“.[37]) Die infolge unterschiedlicher Ansichten über die Schulfrage wiederholt unterbrochenen Koalitionsverhandlungen konnten schließlich nur durch einen von der DDP vorgeschlagenen Kompromiß abgeschlossen werden, wonach die Zentrumspartei „grundsätzlich“ nichts von ihrem Schulprogramm preiszugeben brauchte, sich aber damit abfinden mußte, daß der Charakter der Schule bis zum Erlaß eines entsprechenden Gesetzes von den Gemeinden bestimmt werden sollte.[38])

Nachdem in diesem Zusammenhang der Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung ein „gewisses Entgegenkommen“ in allen kulturpolitischen Fragen zugesagt worden war[39]), traten am 25. März die Abgeordneten am Zehnhoff (Justiz)[40]) und Stegerwald (Volkswohlfahrt) als Minister in die neue Regierung ein. Stegerwald entschloß sich dazu auf Drängen der Sozialdemokraten, die ihn, wie erwähnt, gern schon als Reichsminister im Kabinett Scheidemann gesehen hätten.[41]) Wenige Tage später erfolgte die Ernennung von sechs parlamentarischen Unterstaatssekretären[42]), von denen das Zentrum zwei stellte: Wilhelm Busch (im Landwirtschaftsministerium) und den geistlichen Studienrat Wildermann (im Kultusministerium), zu denen im Juni als dritter Wilhelm Linz

[36]) So der Abg. *Heß* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919. Vgl. Bericht, S. 129.

[37]) Vgl. *KV* Nr. 250 vom 29. März 1919 (genau wie Anm. 4). Das Blatt sprach von einem „überaus harten Opfer“ des Zentrums, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Wähler, die den Eintritt in die Koalition nicht überall verstehen würden.

[38]) Vgl. *KV* Nr. 236 vom 25. März 1919. Am 7. Juni 1921 bezeichnete Ministerpräsident *Stegerwald* die Regierungsbildung vom März 1919 insbesondere wegen der Gegensätze zwischen dem Zentrum und der SPD in den „Schulanschauungen“ als „Zangengeburt“. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 1642.

[39]) Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 137. Auf die Schwierigkeiten einer Verständigung in kulturpolitischen Fragen, aber gleichzeitig auch auf die Bedeutung des Zustandekommens einer SPD-Zentrum-DDP-Koalition machte ein (namentlich nicht genanntes) Mitglied der preuß. Zentrumsfraktion am 23. März 1919 in der *KV* aufmerksam (Nr. 231). Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die Bildung einer preußischen Regierung ohne Zentrumsvertreter „Rückwirkungen auf die Regierung im Reiche“ haben werde.

[40]) Nach *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 387, hatte die Fraktion eine Dreierliste (Spahn, Itschert, am Zehnhoff) präsentiert, aus der die Sozialdemokraten den letztgenannten Parlamentarier wählten.

[41]) Vgl. *Stegerwald*, Aus meinem Leben, S. 15 f.: „Unmittelbar vor der preußischen Regierungsbildung wurde mir von allen Seiten sehr zugesetzt; führende Sozialdemokraten hielten mir entgegen, daß ich schöne Vorträge hielte und Artikel schriebe, wenn es aber gelte, meine Anschauungen im öffentlichen Leben durchzuführen, dann zöge ich mich aus ‚Feigheit vor Verantwortung‘ zurück usw. So wurde ich im März 1919 zum Preußischen Minister für Volkswohlfahrt ‚gepreßt‘. Dieses Ministerium wurde neu geschaffen und mußte aus Aufgabengebieten, die vorher in den übrigen preußischen Ministerien verzettelt waren, neu aufgerichtet werden.“

[42]) Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 161. In den „Grundsätzen für die Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre und der Beiräte“ aus dem April 1919 hieß es: „Zweck der Einrichtung des parlamentarischen Unterstaatssekretärs ist die Sicherung der Einheitlichkeit der Staatsregierung, solange sie sich aus Vertretern mehrerer Parteien zusammensetzt.“ Pol. Archiv, Preußen 11 secr. Bd. 18.

kam (im Ministerium des Innern). Unter den fünf neuen „Beiräten", die als Relikte der Revolutionsära den Ministerien zugeteilt wurden, befanden sich ebenfalls zwei Zentrumsvertreter (Hermann Vogelsang: Handelsministerium; Albert Schmidt: Arbeitsministerium).

In Württemberg, Baden und Hessen bildeten die Zentrumsfraktionen, deren Vertreter seit dem November 1918 den provisorischen Landesregierungen angehört hatten, weiterhin die im Februar (Hessen), März (Württemberg) und April (Baden) gewählten Koalitionsregierungen mit SPD und DDP (Württemberg: Justizminister Kiene; Hessen: Justizminister v. Brentano; Baden: Finanzminister Wirth, Justizminister Trunk, Staatsräte Köhler, Weißhaupt und Wittemann).

3. Kritik an der Regierungsbeteiligung

Trotz der dreitägigen Debatten in Weimar kam der Entschluß der Zentrumsfraktion, zusammen mit der SPD und DDP die erste Reichsregierung zu bilden, für die Anhänger der Partei überraschend. Sie waren von der Zentrumspresse — die sich ihrerseits über mangelnde Information von seiten der Fraktion beklagte[1]) — nur unzureichend über das Für und Wider in der Fraktion und die dort zum Ausdruck gekommenen schweren Bedenken unterrichtet worden[2]); allein die „Germania" hatte (im Sinne Erzbergers) auf die Koalition hingearbeitet. Der Abschluß der von integralen Katholiken als „politische Mischehe mit der Häresie" apostrophierten Koalition[3]), die vielfach und nicht nur bei Gegnern der Partei als Beweis der „traditionellen Elastizität" des Zentrums galt[4]), ließ ungläubiges Erstaunen, scharfe Kritik und heftige Vorwürfe laut werden. Besonders überrascht und betroffen zeigten sich die weiblichen Wähler und die bäuerlichen Anhänger der Partei, denen im Wahlkampf die Sozialdemokratie als der Feind schlechthin bezeichnet worden war.[5]) Den Zentrumswählern wurde eine Belastungsprobe zugemutet, die um so härter war, als ihnen keine Frist des Übergangs und der Überlegung blieb. Da sie von ihren Abgeordneten gar nicht informiert worden waren[6]), leuchtete ihnen die Zwangslage der Fraktion nicht ein.

---

[1]) Nach *Hoebers* Ausführungen am 17. September 1919 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums. Bericht, S. 363.

[2]) Vgl. die Beschwerden des Delegierten *Deermann* am 15. September 1919. Ebd., S. 81.

[3]) So *Petrus-Blätter* Nr. 24 vom 11. März 1919, S. 189.

[4]) Vgl. z. B. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 257.

[5]) Über die Verstimmung der weiblichen Wähler berichtete die Delegierte Frl. *Gosewinkel* (Essen) auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 21. Januar 1920 in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 104. Der Abg. *Heß* erklärte am 18. Februar 1920 auf der Generalversammlung des Christl. Bauernvereins: „Den deutschen und nicht zuletzt den rheinischen Bauer trennt von den Linksparteien eine ganze Welt." Vgl. *KV* Nr. 134 vom 19. Februar 1920.

[6]) Das ergibt sich aus entsprechenden Klagen auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 29 (*Frhr. v. Rechenberg*) u. ö.

Andere Zentrumsanhänger wollten ihre Partei weder dem „Verdacht der Mitschuld" an dem als bevorstehend erwarteten Staatsbankerott[7]) noch der Verantwortung für die nachteiligen Folgen der befürchteten sozialistischen Experimente ausgesetzt wissen.[8]) Weiter kam die Besorgnis zum Ausdruck, daß die Teilnahme des Zentrums an einer Linkskoalition leicht als Deckung für manche revolutionären, der „sozialistischen Diktatur" zugeschriebenen Ausschreitungen angesehen werden könnte. Zudem bezweifelten die Skeptiker, ob die Koalition die „Geister des Umsturzes" würde bannen können. In diesem Zusammenhang fiel bereits das böse Wort vom parlamentarischen „Kuhhandel", das in der Folge nicht mehr verstummen sollte. Daß eine derartige Koalition Ausdruck des Wahlergebnisses und nicht Zeichen einer „Verbrüderung"[9]) war, leuchtete vielen Wählern nicht ein.

Die Abgeordneten mußten zunächst vereinzelt, dann in immer stärkerem Maße den Vorwurf hinnehmen, die Parteiprinzipien preisgegeben zu haben. Wenige Monate später, nach der Zustimmung der Fraktion zum Weimarer Schulkompromiß und zur Gesamtverfassung, verstärkten sich derartige Vorwürfe. Daraus erwuchs ein tiefgreifender und folgenschwerer „Verfassungsstreit" im katholischen Deutschland, von dem noch die Rede sein wird. Vom Frühjahr 1919 an datiert in Fortsetzung älterer Linien aus der Kulturkampfzeit („Staatskatholiken", „Septennatskatholiken") ein politisches Sonderdasein der sogenannten „Rechtskatholiken", deren Weg zwei Jahre später zumeist in das deutschnationale Lager führte.

Die einflußreichsten Parteiorgane des Zentrums sahen sich veranlaßt, die Beweggründe für den viel kritisierten Kurswechsel der Fraktion darzulegen und deren Politik zu erläutern. Die „Germania" benutzte diese Gelegenheit[10]), um — offensichtlich von Erzberger inspiriert — mit der „Flut von chauvinistischen Anwürfen" gegen die Zentrumspolitik der letzten Jahre aufzuräumen. Das Blatt ging davon aus, daß sich am prinzipiellen Verhalten der Partei gegenüber dem „sozialdemokratischen Atheismus" nichts geändert habe und verurteilte als Auftakt zu späteren Debatten jene „Pangermanisten" und alldeutschen Kriegsverlängerer, die mit ihrem Vabanquespiel Deutschland ins Verderben gestürzt hätten und die jetzt die Schuld am Unglück des Reiches der neuen Koalition zuschreiben wollten. Die an die Rechtsparteien gerichtete Frage der „Germania": „Warum haben sie es denn dem Zentrum trotz der vielfach noch vorhandenen Berührungspunkte ganz und gar unmöglich gemacht, an ihrer Seite zu stehen?" war allerdings nicht nur auf die Vergangenheit bezogen und konnte als Wink mit dem Zaunpfahl gedeutet werden.

---

[7]) Vgl. *Petrus-Blätter* (s. Anm. 3), S. 189.

[8]) Vgl. *Mausbach*, Kulturfragen, S. 13 ff.

[9]) Darauf wies die *Germania* Nr. 70 vom 12. Februar 1919 eigens hin.

[10]) „Zentrum und Sozialdemokratie", in: Nr. 88 und 89 vom 22. und 23. Februar 1919.

In der „Kölnischen Volkszeitung" nahm der angesehene Moraltheologe Joseph Mausbach ausführlich zur Kritik an der Zentrumsfraktion Stellung.[11]) Mausbach ging von der bereits erwähnten Enttäuschung bei den weiblichen Wählern aus und von tieferliegenden Bedenken, ob überhaupt die von der Nationalversammlung in Anspruch genommene Souveränität mit den christlichen Grundsätzen von Recht und Unrecht, Autorität und Revolution vereinbar sei. Der münsterische Abgeordnete bezeichnete das Wohl der Gesamtheit als Ziel des Staatslebens und stellte das „natürliche Recht" zur Gestaltung einer neuen und dauerhaften Rechtsordnung des Volkes heraus. Er bekräftigte das „verwerfende Urteil" über die von der Sozialdemokratie „angestiftete Revolution" und interpretierte die Zentrumspolitik als ehrliche Bereitschaft, am Neubau der deutschen Zukunft nach Kräften mitzuarbeiten und dabei ein möglichst vollkommenes, zeitgemäßes Werk anzustreben. Mausbach bezeichnete die „tiefempfundene Pflicht", in der Not des Vaterlands alle Kräfte dem Ganzen zu widmen, als ausschlaggebend für den Entschluß, in die Koalition einzutreten. Er machte kein Hehl daraus, daß durch positive Mitarbeit die traditionelle imparitätische Personalpolitik ein Ende finden würde.

Im Sinne der von der Zentrumspartei künftig eingenommenen Linie interpretierte Mausbach die Koalition als politische Zweckgemeinschaft, unbeschadet aller Grundsätze der Parteien und aller Gegensätze der Welt- und Staatsanschauung.[12]) Die inzwischen laut gewordene Kritik an der zu geringen eigenen Vertretung im Kabinett beantwortete der Abgeordnete nach einem Hinweis auf das Gewicht des von Fehrenbach eingenommenen Postens als Parlamentspräsident und die noch ausstehende Besetzung leitender Beamtenstellen[13]) mit dem lapidaren Satz: „Der maßgebende Einfluß des Staatssekretärs Erzberger auf die ganze Reichsleitung ist bekannt."

Daß Mausbachs Argumentationen dem Ergebnis der Fraktionsdebatten entsprachen, beleuchtet ein Schreiben Erzbergers vom 24. Februar an Nuntius Pacelli[14]), dem er die Beweggründe der Zentrumsabgeordneten für den Entschluß

---

[11]) Nr. 163 vom 27. Februar 1919.

[12]) In den *Petrus-Blättern* Nr. 26 vom 25. März 1919, S. 202, hieß es dazu: „Das einzige, was das Zentrum mit Erfolg tun kann, ist, eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes hintanzuhalten. [...] Das allein kann seinen Rechtstitel bilden zum Verbleib und zur Mitarbeit in der atheistisch-revolutionären Regierung."

[13]) Als *Erzberger* und *Dernburg* in einer Kabinettssitzung am 2. Mai 1919 daran erinnerten, daß dem Zentrum und der DDP die Besetzung von je 3 Unterstaatssekretärsstellen zugesagt worden war, beschloß das Kabinett, „der Frage zur Zeit nicht näherzutreten", zumal entsprechende Stellen im Etat nicht vorgesehen seien. Bundesarchiv R 43 I/1349.

[14]) Wir zitieren nach der auch von *Epstein*, Erzberger, S. 328 f., benutzten Abschrift im Nachl. Bachem 890. Als *Bachem* am 19. Dezember 1929 den Durchschlag des Originals an den Verwalter des Erzberger-Nachlasses zurückschickte, kommentierte er (ebd.): „Der Bericht enthält ja nichts wesentlich Neues, ist aber bedeutungsvoll wegen der Kürze und Prägnanz des Ausdruckes für diese Gründe."

zum Eintritt in die Regierung entwickelte. Die voraufgegangene Anfrage läßt erkennen, daß offensichtlich auch der Nuntius, mit dem Erzberger seit Jahren in Verbindung stand, von der Politik der Zentrumsfraktion überrascht war.[15]) In Erzbergers Antwort, die auf die Argumentation der Kurie berechnet war, kamen neben den bereits erwähnten außen- und innenpolitischen Erwägungen der Fraktion (Stabilität der Regierung; Gefahr von Unruhen und Anarchie bei reiner Linksregierung) vor allem die Einflußmöglichkeiten der Partei auf die künftige Gesetzgebung zur Sprache. Der Minister konnte darauf verweisen, daß es bereits gelungen sei, den ursprünglichen Verfassungsentwurf, der eine Trennung von Staat und Kirche und die Festlegung der konfessionslosen Simultanschule vorgesehen habe, zu ändern. Die damit erreichten „wesentlichen Erfolge" wollte Erzberger um so höher gewertet wissen, „als zu erwarten ist, daß die Entwicklung vorübergehend auf kurze Zeit nach links gehen, dann aber mit Bestimmtheit nach rechts gehen wird"; die größte Gefahr für die Kirche sei durch Mitarbeit des Zentrums[16]) verhütet worden.

Am 10. März versuchte die „Kölnische Volkszeitung" erneut, die immer noch vorhandenen „Mißverständnisse und Unklarheiten" bei den Zentrumsanhängern zu beseitigen[17]), da die Fraktion ein Interesse daran habe, daß ihre Politik verstanden und gebilligt werde. (Hier wurde in traditioneller Weise die Reichstagsfraktion als Führungsorgan der Partei angesprochen.) Eindeutig war der Hinweis, daß die „politische Vernunftehe" und „Arbeitsgemeinschaft mit beschränkten Zielen" in dem Augenblick beendet sein würde, in dem der Zentrumsfraktion die Verleugnung ihrer Grundsätze zugemutet werden würde. Schließlich folgte noch ein Argument, das in den folgenden Jahren bei nahezu jeder Regierungsbildung stereotyp wiederkehrte: Die Fraktion habe sich nicht zur Regierung gedrängt und habe auch nicht den Ehrgeiz, unter allen Umständen Kandidaten für Ministerämter zu stellen.

---

[15]) In einer von dem Vors. der Zentrumspartei, Reichskanzler a. D. *Marx*, im Juli 1925 Papst Pius XI. übermittelten Denkschrift „Die Politik der deutschen Katholiken" hieß es rückblickend in einer bemerkenswerten Akzentverschiebung in bezug auf die Rolle der SPD als der stärksten Fraktion: „In jenen Tagen erschien es den Führern der Zentrumspartei höchste Pflicht, alles daran zu setzen, um die Kräfte der Zerstörung zu binden, dem Reich und den Ländern eine neue Konstitution zu geben, in der sowohl die Grundrechte der Person wie die Freiheit der Kirche gewährleistet und eine christliche Erziehung gesichert waren. Notwendigkeit und Klugheit rieten gleicherweise zu einer mitverantwortlichen Heranziehung der Sozialdemokratie. [...] Die protestantisch konservativen Kreise, mit denen das Zentrum vor dem Kriege politisch zusammengearbeitet hatte, versagten sich der Neuordnung der staatlichen Verhältnisse und verharrten in einer gefährlichen Untätigkeit. Wollte die Zentrumspartei ihr Ziel erreichen, so durfte sie der Sozialdemokratie allein auch nicht vorübergehend die Herrschaft überlassen." Marx führte anschließend des näheren aus, inwiefern sich dieses „zeitbedingte Zusammenwirken" zwischen Zentrum und SPD in Parlament und Regierung für die Zentrumspartei positiv ausgewirkt habe. Davon wird später noch die Rede sein. Pol. Archiv, Vatikan geh. 1041.

[16]) Die Worte „durch Mitarbeit des Zentrums" fehlen in der Wiedergabe bei *Epstein* (s. Anm. 14).

[17]) Nr. 193.

Die von der „Kölnischen Volkszeitung" ausgesprochene Mahnung an die Zentrumswähler, mehr Vertrauen zu den Beschlüssen der Fraktion zu bekunden, fand sich einige Tage später auch in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung".[18]) Sie ging noch einen Schritt weiter und polemisierte gegen die „politische Unreife" der Wähler. Ihren Ausführungen sowie einem späteren Hinweis des Gewerkschaftssekretärs und Abgeordneten Gilsing (Bochum) zufolge[19]) hatten gerade die Arbeiterwähler inzwischen „viel Verständnis" für die Koalition mit der SPD gezeigt.

[18]) „Zentrum und Sozialdemokratie", in: *WAZ* Nr. 9 vom 21. März 1919.

[19]) Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 20. Januar 1920. Vgl. Offizieller Bericht, S. 65.

4. Auftakt der politischen Arbeit

Die Zusammenarbeit des Zentrums mit der Bayerischen Volkspartei in der Nationalversammlung begann mit einer Dissonanz. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt — mit dem sich die Nationalversammlung u. a. die Vollmacht erteilte, die künftige Reichsverfassung sowie auch „sonstige dringende Reichsgesetze" zu beschließen und zu verabschieden[1]) — ließen die bayerischen Abgeordneten keinen Zweifel darüber, daß sie diesem Gesetz nicht zustimmen würden. Heim verlas am 10. Februar im Plenum eine entsprechende Begründung seiner Parteifreunde[2]), die in einem „verspäteten Bemühen"[3]) die früheren bayerischen Sonderrechte aufrechterhalten wissen wollten. Demgegenüber ging es der Mehrheit der Zentrumsabgeordneten darum, so schnell wie möglich zu einem neuen Rechtszustand zu gelangen. Die Zustimmung der Zentrumsfraktion „in ihrer großen Mehrheit" zu dem erwähnten Gesetzentwurf verband Gröber allerdings mit einem Vorbehalt zu Einzelheiten der endgültigen Verfassung, wie ihn auch andere Parteien anmeldeten. Gröber bezeichnete die Annahme des Gesetzes als die notwendige Vorbedingung für die „Wiederherstellung der Rechtsordnung, für die Erlangung einer unbestreitbar rechtmäßigen Regierung und damit als Vorbedingung für Frieden und Brot."[4])

Die Annahme des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt am 10. Februar beendete die Tätigkeit der „Volksbeauftragten"-Regierung. Sie machte die Bahn frei für die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten — die am folgenden Tage mit den Stimmen der Zentrumsfraktion geschah — und die Ernennung einer von der

[1]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 12 ff.

[2]) Ebd., S. 21. Die *KV* Nr. 114 vom 10. Februar 1919 sprach abschwächend von „taktischen Meinungsverschiedenheiten" zwischen Zentrum und BVP in der vorhergegangenen Fraktionssitzung am Vortage.

[3]) So *Schwend*, Bayern, S. 89.

[4]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 26.

Mehrheit der Nationalversammlung bestätigten Regierung. Deren Leitung übernahm der SPD-Politiker Scheidemann als Reichsministerpräsident. Seine relativ kurze Regierungserklärung vom 13. Februar[5]) beruhte auf einer Absprache mit den Regierungsparteien und konnte vom Zentrum um so eher akzeptiert werden, als man darin „erfreuliche Anklänge" an die Parteirichtlinien vom 30. Dezember 1918 entdeckte[6]): Souveränität der Nationalversammlung, Schaffung einer starken Zentralgewalt, volle Parität, Hinweis auf soziale Lösung der Steuerprobleme und Berücksichtigung des „schwergeprüften" Mittelstands. Im wirtschaftspolitischen Teil war die Sozialisierungsfrage sehr behutsam umschrieben. Der kultur- und kirchenpolitische Bereich blieb bewußt ausgeklammert. Die Aufnahme des Satzes „Sicherstellung der Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung" entsprach einem Wunsch der Zentrumsvertreter.[7]) Sogar der Satz des Zentrumsprogramms vom Dezember 1918 „Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebiets" fand sich kommentarlos im Text des Regierungsprogramms wieder. Es enthielt nach den Worten der „Kölnischen Volkszeitung"[8]) nichts, „was den Grundsätzen unserer Partei irgendwie widerspräche". Das Blatt ergänzte: „Solange die Regierungspolitik sich im Rahmen *dieses* Programms hält, wird das Zentrum die Verantwortung für die Regierung mittragen."

Die Aussprache über die Regierungserklärung eröffnete der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Gröber, der auch in den folgenden Monaten als Hauptsprecher des Zentrums auftrat, mit grundsätzlichen Ausführungen über die Haltung seiner Partei seit der Revolution und über die Ziele der künftigen Parteiarbeit.[9]) Seine später oft zitierte Rede vom 13. Februar 1919 enthielt das Grundsatzprogramm der künftigen Zentrumspolitik. Ausgehend von einem Bekenntnis zu Nation und Staat und vom Gedanken der Pflichterfüllung zur Wiedererrichtung eines geordneten und leistungsfähigen Staatswesens bezeichnete Gröber die Schaffung von Friede und Ordnung, von Brot und Arbeit als Hauptaufgabe des Parlaments. Im einzelnen umschrieb er die Forderung nach der „Unversehrtheit" des deutschen Reichsgebiets. Er befürwortete die Gründung eines Völkerbunds, die Schaffung einer „Volkswehr" und die Umwandlung der Soldatenräte in eine Art von „Vertrauensausschüsse". Gröber begrüßte es, daß Grundrechte in die Verfassung aufgenommen werden sollten, und forderte die Freiheit auch der genossenschaftlichen Religionsübung. Die Regelung der Be-

[5]) Wortlaut ebd., S. 44 ff.

[6]) Vgl. *Germania* Nr. 73 vom 14. Februar 1919.

[7]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 erklärte der Abg. *Kaas:* „Das gemeinsam vereinbarte Regierungsprogramm der Koalition war ein rein politisches. Die Kulturfragen waren ausgemerzt. Sie wären heißes Eisen gewesen bei so heterogenen Elementen. [...] Ein paar Worte über Gewissensfreiheit und Freiheit der religiösen Übung waren das einzige, was man für selbstverständlich und unumstritten genug hielt, um in das Programm aufgenommen zu werden." Vgl. Bericht, S. 111.

[8]) Nr. 193 vom 10. März 1919.

[9]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 49 ff.

ziehungen zwischen Staat und Kirche wollte er auf Grund der geschichtlichen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und im Sinne des Zentrumsprogramms den Einzelstaaten überlassen, die entsprechende Regelungen „auf dem Boden der Freiheit" treffen sollten.

Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums kritisierte in diesem Zusammenhang revolutionäre Begleiterscheinungen in bezug auf das Verhältnis von Staat und Kirche sowie auf das „christliche Schulwesen". Er ging auf diese allgemein umschriebenen „Mißgriffe" nicht näher ein, hob jedoch hervor, daß in einzelnen Landesregierungen ein „ganz fataler Wind" wehe und daß es gut sei, wenn ein etwas kräftigerer Sturm vom Reich aus in die „muffigen Räume" hineinfahre. Gröber unterstrich mit Nachdruck die Rechtmäßigkeit der von der Nationalversammlung „eingesetzten" neuen Regierung und entwickelte in diesem Zusammenhang die für die künftige Zentrumspolitik entscheidende Überzeugung, daß alle Obrigkeit von Gott sei, „die republikanische so gut wie die monarchische". Als höchstes Gesetz habe das Wohl des ganzen Volkes zu gelten.

Als Hauptgründe für den Eintritt der Zentrumsfraktion in die Koalition bezeichnete der Zentrumssprecher die aus außenpolitischen Gründen notwendige Stärkung des Kabinetts und die Hoffnung seiner Partei, dadurch die Regierungspolitik mitbestimmen zu können. Das von Scheidemann vorgetragene Regierungsprogramm nannte Gröber ein „demokratisches Durchschnittsprogramm" auf Grund einer Koalitionsabsprache. Er unterstrich, daß für das Zentrum nur eine demokratische Staatsform, wie sie mit der Oktoberverfassung von 1918 eingeleitet worden sei, in Frage komme; die Revolution sei nicht notwendig und „kein Glück für das deutsche Volk" gewesen. Gröbers anschließendes nicht gerade überzeugendes Bekenntnis zur demokratischen Republik als Anerkennung vollendeter Tatsachen ließ erkennen, daß ihm dieses Bekenntnis nicht ganz leicht fiel.[10]) Um so überzeugender war sein Hinweis auf die Notwendigkeit einer föderativen Reichsgrundlage und die Ablehnung des „ungesunden Unitarismus", als dessen Reaktion der Ruf „Los von Berlin" zu verstehen sei. Gröber gab abschließend seiner Hoffnung auf einen baldigen Anschluß der Deutsch-Österreicher ebenso Ausdruck wie seiner Zuversicht auf eine sittliche und geistige Erneuerung des deutschen Volkes.

Die programmatischen Ausführungen des Zentrumssprechers waren ein nüchternes Bekenntnis zur sachlichen Koalitionsarbeit. Sie bedeuteten gleichzeitig eine Warnung an die sozialdemokratische Mehrheit zur Rücksichtnahme auf die beiden Koalitionspartner, die sich zu diesem Zeitpunkt zusammen auf

---

[10]) Im Januarheft der Zeitschrift Deutsche Arbeit (Jg. 4, S. 9) hatte Theodor *Brauer* („Zur Nationalversammlung") außer den „vollendeten Tatsachen" noch ein weiteres Argument angefügt, das in der Zentrumsargumentation vorerst wenig auftauchte: „Entscheidend ist vielmehr, mit welcher Staatsform die politische Einheit des deutschen Volkes am festesten verankert werden kann. Zeigt sich, daß die Neuschöpfung unserer Verfassung jetzt und in absehbarer Zeit nur auf dem Boden der Republik durchführbar ist, dann liegt darin ein Argument, das stärker wiegt wie alle anderen für die endgültige Entscheidung über Deutschlands Staatsform."

genau die gleiche Anzahl von Abgeordneten wie die SPD (163:163) stützen konnten. Im Sinne herkömmlicher Parteitaktik, aber auch in Anbetracht der drängenden und alle anderen Probleme überschattenden außenpolitischen Entscheidungen vermied es die Zentrumsfraktion, sich in den grundsätzlichen Fragen (Staatsform, Sozialisierung, Reichsgliederung) festzulegen. Der Wille, an der Bewältigung der drängenden Tagesaufgaben mitzuarbeiten, stand eindeutig im Vordergrund.

Bereits wenige Tage nach Beginn der Weimarer Arbeit sah sich die Fraktion gezwungen, Angriffe aus den Reihen der Deutschen Volkspartei auf die Tätigkeit Erzbergers als Leiter der Waffenstillstandsverhandlungen abzuwehren. Am 18. Februar begann der DVP-Abgeordnete Vögler[11]) die Reihe einer seitdem nicht mehr abreißenden Kette von Hetzreden gegen den Minister, in die bald auch andere Rechtskreise einstimmten. Bereits zu diesem Zeitpunkt schienen nicht nur Großindustrielle wie Vögler — wie sich Erzberger in seiner ersten Entgegnung ausdrückte — vergessen zu haben, „daß wir leider den Krieg verloren haben"[12]), sondern weite Kreise des Parlaments und der Bevölkerung. Die Folge der scharfen Angriffe auf Erzberger war ein von Gröber ausgesprochener Vertrauensbeweis der Zentrumsfraktion für einen Mann, der „für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre".[13]) Mit diesem Votum besaß der Minister allerdings keine Blankovollmacht der Fraktion für die von ihm vertretene Linie. Innerhalb kurzer Zeit verknüpfte sich Erzbergers Name zum zweiten Male untrennbar mit der Zentrumspolitik.

Nach der Ende Februar 1919 erfolgten Vorlage des Verfassungsentwurfs begann in Weimar das Ringen um die Gestaltung der künftigen Reichsverfassung. Am 27. März wurde der Notetat für 1919 und am 8. April der Reichshaushaltsplan eingebracht, den Reichsfinanzminister Schiffer als „Durchgangsetat zu noch schlimmeren Zuständen" bezeichnete. Die Beratung über diese Entwürfe und über andere Not- und Übergangsgesetze vermittelte den Abgeordneten einen Einblick in den katastrophalen Stand der Reichsfinanzen. Alle innenpolitischen Sorgen, wirtschaftlichen Notlagen und finanzpolitischen Erwägungen überschatteten jedoch bis zum Juni 1919 die Erörterungen über den Abschluß eines Friedensvertrags. Die Frage, ob er in der von den Alliierten vorgelegten Form überhaupt annehmbar sei, stellte die Zentrumsabgeordneten vor eine Entscheidung, deren Tragweite noch wesentlich größer war als der gewiß nicht leichte Entschluß über den Eintritt in die „Linkskoalition".

---

[11]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 132 ff.

[12]) Ebd., S. 145.

[13]) Ebd., S. 149.

Zweites Kapitel

Die Schicksalsstunden in Weimar

1. Das Ringen um die Annahme des Friedensvertrags

„Man weiß schon von vornherein, mit welchen Anwürfen das Zentrum wegen seiner Stellungnahme zur Friedensfrage von den rechts stehenden Parteien verdächtigt werden wird. [...] Das Zentrum seinerseits wird das Reich weder jetzt noch später einmal im Stich lassen."
Germania Nr. 278 vom 22. Juni 1919.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Reichsregierung, die am 12. März die deutschen Unterhändler für die Friedensverhandlungen nominierte, allzu optimistischen Gedanken über die künftige Friedensgestaltung hingab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die unter dem Vorsitz von Erzberger geführten Verhandlungen zur Ausführung des Waffenstillstandsvertrags, bei denen in Einzelfragen gewisse Zugeständnisse erreicht werden konnten, den Ausgangspunkt für die unrealistische Einschätzung der Situation bildeten. Ein Symptom dafür ist auch die Mitte März von der Regierung erbetene und erreichte Zusage des Trierer Bischofs Michael Felix Korum, an den Friedensverhandlungen in Paris teilzunehmen. Dort sollte er nach Erzbergers Vorschlag vom 19. März insbesondere die Rechte des linksrheinischen Gebiets vertreten, in den „allgemeinen großen Fragen den Standpunkt des Natur- und des göttlichen Rechtes" hervorheben und z. B. den Durchmarsch durch Belgien als Maßnahme „berechtigter Notwehr" verteidigen.[1]) Daß von wirklichen Verhandlungen überhaupt keine Rede sein würde, wagte zu diesem Zeitpunkt in Berlin niemand auszusprechen.

Auch die Zentrumsparlamentarier unterschätzten den Ernst der Lage. Als der Abgeordnete Pfeiffer am 10. April bei der Etatberatung die Hoffnungen seiner Fraktion auf den Friedensschluß erläuterte[2]), gab er zwar — ohne Zweifel nach Absprache mit Erzberger — Befürchtungen über die Möglichkeit eines französischen Revanchefriedens Ausdruck, bezeichnete aber nichtsdestoweniger die Räumung des besetzten Gebiets beim Friedensschluß als erste „unerläßliche" Forderung[3]) an das imaginäre „Weltgewissen", das in Zukunft noch viel zitiert werden sollte. Den ersehnten Friedensschluß erwartete die Zentrumsfraktion auf

[1]) Schriftwechsel im Bistumsarchiv Trier (Nachl. Korum) und im Bundesarchiv (R 43 I/1).
[2]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 915 ff.
[3]) Diese Forderung hatte *Erzberger* bereits am 21. März 1919 im Kabinett als vordringlich bezeichnet. Vgl. Bundesarchiv R 43 I/1349.

der Grundlage der 14 Punkte Wilsons und des darin proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Pfeiffer wollte zu diesem Zeitpunkt neben den „beweisbar und unbestreitbar deutschen Gebieten" im Osten auch Elsaß-Lothringen noch keineswegs verloren geben.[4]) Sein Bekenntnis zu den deutschen Ländern am Rhein wie im Osten schloß Posen ebenso wie Oberschlesien ein und — auf einer anderen Ebene — sogar die Kolonien, die dem Reich nicht „weggenommen" werden dürften. Eindeutig wies der Zentrumsabgeordnete die These von der deutschen Schuld am Kriegsausbruch zurück. Mit seinem Hinweis auf die Pflicht des Reiches, Kriegsschäden in Belgien wiedergutzumachen, verband er die Hoffnung auf einen echten Verhandlungsfrieden, da andernfalls ein Zeitpunkt kommen könne, „wo wir erklären: Nein! Diesen Frieden der Gewalt und des Zwanges unterschreiben wir nicht!"

Solche „unabdingbaren" Forderungen des Zentrums[5]) entsprachen dem Standpunkt der Regierung und der Mehrheit der Abgeordneten. Sie erwiesen sich kurze Zeit später ebenso illusionär wie der am 16. April formulierte Standpunkt des Ausschusses der Nationalversammlung für die Friedensverhandlungen und der in der letzten Aprilwoche veröffentlichte Vorschlag der Reichsregierung zur Gründung eines Völkerbunds.[6]) Der volle Ernst der Lage trat am 7. Mai zutage, als die deutsche Friedensdelegation in Paris die alliierten Forderungen ausgehändigt erhielt. Deren Bekanntgabe löste einen „Schrei der Empörung" in Deutschland aus.[7]) In der Kabinettssitzung am folgenden Tage wurden die Bedingungen einstimmig als „unerträglich" und „unerfüllbar" abgelehnt.[8]) Die Regierung beschloß, sofort in Verhandlungen einzutreten und die Bevölkerung mit allen Mitteln der Propaganda über die Situation aufzuklären. Erzberger bat am 9. Mai telegraphisch Bischof Michael Felix Korum von Trier, durch ein Hirtenwort mit dazu beizutragen, „daß jeder deutsche Katholik sich der ungeheuren Tragweite" des Friedens bewußt werde und „zu andächtiger Selbsteinkehr und zur Einsicht in den Ernst unserer Lage" gebracht werde.[9])

Zu den sofort einsetzenden öffentlichen Protesten gegen den aus dem feindlichen „Vernichtungswillen" resultierenden „Gewaltfrieden" zählten neben einer Kundgebung des Friedensausschusses der Nationalversammlung, die Fehrenbach

[4]) Auch in diesem Punkt befand sich Pfeiffer in Übereinstimmung mit entsprechenden Forderungen *Erzbergers* (s. die vorige Anm.).

[5]) Der Leitartikel der *Germania* Nr. 189 vom 27. April 1919 erschien unter der Überschrift „Unannehmbare Friedensbedingungen".

[6]) Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 195.

[7]) So *Erzberger*, Erlebnisse, S. 368. Vgl. auch Rudolf *Morsey*, Versailler Vertrag, in: Staatslexikon, Bd. 8[6], 1963, Sp. 184 ff.

[8]) Bundesarchiv R 43 I/1349. Die beiden Leitartikel der *Germania* in der Morgen- und Abendausgabe vom 8. Mai 1919 (Nr. 205 und 206) trugen die Überschrift „Die Bedingungen des Gewaltfriedens" und „Unannehmbare Friedensvorschläge".

[9]) Nachl. Korum.

nach Absprache mit den Parteiführern am 8. Mai abgab[10]), ein Aufruf des Generalsekretärs der Zentrumspartei.[11]) Pfeiffer sprach von einem „Faustschlag ins Angesicht der Menschheit" und rief dazu auf, Ruhe und Besonnenheit zu wahren. Ein am 10. Mai veröffentlichter Aufruf der Zentrumsfraktion an die Wähler der Partei lehnte die Bedingungen des Friedensentwurfs als „unerfüllbar" und „unerträglich" ab und mahnte ebenfalls zur Besonnenheit und Einigkeit.[12]) Unter Hinweis auf den Bruch des Vorfriedensvertrags wurden die 14 Punkte Wilsons als Verhandlungsgrundlage angesehen.

Am 11. Mai erhoben 15 prominente Politiker, Parlamentarier und Vertreter der verschiedenen sozialen katholischen Vereine und Verbände im Namen des „Rechtes, der christlichen Moral und der Kultur" Protest gegen den „Gewaltfrieden". An dessen Stelle forderten sie einen Frieden der „Versöhnung und der Heilung der Völker".[13]) Um dieses Ziel zu erreichen, appellierten die gleichen Persönlichkeiten in einem zweiten Aufruf an die „Katholiken der Welt".[14]) Zu den Unterzeichnern beider Manifeste gehörten die Zentrumspolitiker Gröber, Hitze, Mausbach und Porsch.

Die von der Reichsregierung mit Vertretern der Mehrheitsparteien sofort aufgenommenen Beratungen über einen gemeinsamen Protest führten zu dem Ergebnis, eine entsprechende Erklärung im Plenum der Nationalversammlung am 12. Mai in Berlin abzugeben. Die Welle von anti-alliierten Stellungnahmen zwang die Regierung dazu, bei allen Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß ihr die Kontrolle dieser Protestbewegung nicht entglitt und — wie es im Kabinettsprotokoll vom 9. Mai hieß[15]) — nicht in die Hände der „Konservativen und hakatistischen Kreise" geriet. Ein ausdrücklicher Beschluß der Reichsregierung lautete, bei allen noch so scharfen Ausdrücken politischer und moralischer Entrüstung über die Friedensbedingungen das Wort „unannehmbar" auf keinen Fall zu verwenden, um sich nicht von vornherein die Hände zu binden.

Als trotz dieses Beschlusses am Vormittag des 12. Mai die Fraktion der DDP ihre Minister dazu veranlaßte, sich zu dem „unannehmbar" zu bekennen[16]), fiel das Kabinett um. Es faßte entgegen dem Votum von Erzberger und von zwei sozialdemokratischen Ministern (Noske und David)[17]) einen neuen Beschluß, um eine durch das angedrohte Ausscheiden der DDP-Minister heraufziehende

[10]) Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 205.

[11]) Vgl. *Germania* Nr. 208 vom 9. Mai 1919; Nr. 209 vom 10. Mai 1919.

[12]) Vgl. *Germania* Nr. 211 vom 11. Mai 1919.

[13]) Vgl. *Germania* Nr. 213 vom 13. Mai 1919.

[14]) Vgl. *Germania* Nr. 217 vom 15. Mai 1919.

[15]) S. Anm. 8.

[16]) Vgl. *Heuss*, Naumann, S. 490: „Daß das ‚Unannehmbar' der Regierungserklärung Bedingung der demokratischen Kabinettsmitglieder gewesen war, wußte die Öffentlichkeit damals nicht."

[17]) Vgl. *Erzberger*, Erlebnisse, S. 368. Bei Philipp *Scheidemann*, Der Zusammenbruch. Berlin 1921, S. 241, ist nur von David die Rede. Ebenso bei *Scheidemann*, Memoiren, Bd. 2, S. 365.

Regierungskrise zu vermeiden. Im Sinne dieses Beschlusses legte sich dann Scheidemann mit Eberts Zustimmung in seiner anschließenden Rede in der Nationalversammlung auf die Formel „unannehmbar" fest.[18]) Auch der preußische Ministerpräsident Hirsch, der im Namen sämtlicher Länderregierungen sprach, nahm dieses Wort auf, das anschließend ebenfalls die Sprecher der SPD (Müller-Breslau) und DDP (Haußmann) benutzten.[19])

Gröber hingegen erhob namens der Zentrumsfraktion zwar „entschiedensten Protest" gegen den „Gewaltfrieden"[20]), vermied aber bewußt (weil von Erzbergers Gründen beeindruckt) die Formel „unannehmbar".[21]) Statt dessen ging er ausführlich auf die in dem alliierten Vertragsentwurf vorhandenen Abweichungen von den Wilsonschen Grundsätzen ein.[22]) Im Verlauf dieser Debatte kamen noch zwei weitere Zentrumssprecher zu Wort. Der schlesische Abgeordnete Bitta setzte sich für das Verbleiben von Oberschlesien, die rheinische Abgeordnete Helene Weber für das Verbleiben von Eupen und Malmedy beim Reich ein.[23]) Fehrenbach, der das Ergebnis der fünfstündigen Diskussion in dem Satz zusammenfaßte, „den Frieden können wir nicht annehmen", ließ sich unter dem Eindruck des Augenblicks zu der Drohung hinreißen: „Memores estote, inimici, ex ossibus ultor!"[24])

Das gleichzeitige Bekenntnis des Präsidenten der Nationalversammlung zu „Deutschland, Deutschland über alles!" stieß auf heftige Kritik einiger Regierungsmitglieder. Erzberger vermochte nur mit Mühe die Erregung verschiedener Minister, vor allem Gotheins, zu dämpfen und zu verhindern, daß Regierungsmitglieder öffentlich gegen den Präsidenten der Nationalversammlung auftraten.[25]) Demgegenüber erhielt Fehrenbach indirekte Schützenhilfe durch die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung, in der Herold unter dem Beifall seiner Parteifreunde den Vertragsentwurf als „unerträglich, unerfüllbar, unannehmbar" ablehnte und sich zu Scheidemanns Formulierung bekannte: „Die Hand müsse verdorren, welche sich und uns diese Fesseln anlegt."[26])

Bei den verzweifelten Versuchen der Regierung, den Alliierten Gegenvorschläge zu unterbreiten und Konzessionen zu erreichen, war es allein Erzberger, der unermüdlich neue Ideen entwickelte und das Für und Wider nach allen Seiten

---

[18]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1084; *Scheidemann*, Zusammenbruch, S. 242; *ders.*, Memoiren, Bd. 2, S. 366 f.

[19]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1085 f., 1093.

[20]) Ebd., S. 1087 ff.

[21]) Vgl. *Erzberger*, Erlebnisse, S. 369.

[22]) Auch das hatte *Erzberger* bereits am 21. März 1919 im Reichskabinett getan. Bundesarchiv R 43 I/1349.

[23]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1094 f., 1105.

[24]) Ebd., S. 1110 f.

[25]) Nach dem Protokoll der Kabinettssitzung vom 13. Mai 1919. Bundesarchiv R 43 I/1349.

[26]) Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 1525 f.

hin erwog.[27]) Ende Mai stand für ihn fest, daß die Regierung gezwungen sein würde, den Vertrag zu unterzeichnen. Der Zentrumsminister begründete diesen Standpunkt, den vor allem der Regierungschef bekämpfte, in einer auf Wunsch Scheidemanns angefertigten Denkschrift für den Reichspräsidenten und die Kabinettsmitglieder.[28]) Erzberger scheint der einzige gewesen zu sein, der auf einen raschen Entschluß drängte, um nicht von einem Ultimatum der Alliierten unter Termindruck gesetzt zu werden. Der Erhaltung der Reichseinheit als ausschlaggebenden Gesichtspunkt wollte er nach Ausweis der Kabinettsprotokolle allen anderen Erwägungen untergeordnet wissen.

Am 3. und 4. Juni fanden in Weimar in Anwesenheit Eberts eingehende Kabinettsberatungen über die „voraussichtlichen Folgen" bei Annahme oder Ablehnung des Vertrags statt.[29]) Dabei vermochte Erzberger für seine Ansicht, den Vertrag unter dem Druck der Gewalt zu unterzeichnen, zwar die SPD-Minister Noske und David zu gewinnen, nicht aber den Reichspräsidenten, seinen Fraktionskollegen Giesberts und die Regierungsmehrheit, auch nicht die Vertreter der preußischen Regierung. Das Ergebnis war der Beschluß, den Fraktionen der drei Koalitionsparteien die Entscheidung zu überlassen, ohne ihnen die Haltung der einzelnen Minister zur Frage der Unterzeichnung mitzuteilen.[30])

Ein anderer Vorschlag Erzbergers in der Kabinettssitzung am 10. Juni — der zu einem späteren Zeitpunkt im Parlament aufgegriffen wurde — ging dahin[31]), im Falle von „ungenügenden Zugeständnissen" der Entente einen Beschluß der Nationalversammlung herbeizuführen, „daß sie einen Frieden nicht annehmen könne ohne bestimmte, näher zu bezeichnende Punkte". Erzberger hoffte, daß die alliierten Regierungen über diesen Vorschlag mit sich reden lassen würden, ohne inzwischen gewaltsame Schritte zu unternehmen. Vor einem endgültigen Kabinettsbeschluß wurde sein Plan vertraulich mit je zwei Mitgliedern der einzelnen Fraktionen besprochen, nachdem ein Alternativvorschlag Erzbergers abgelehnt worden war, Neuwahlen auszuschreiben, für deren Dauer man einen Waffenstillstand erhoffte. Ein Vorschlag der Minister Landsberg und Giesberts, das Reich für den Fall ungenügender Zugeständnisse der Alliierten „unter Ab-

[27]) Dazu vgl. *Erzberger*, Erlebnisse, S. 370.

[28]) Abgedr. ebd., S. 371 ff.; *Scheidemann*, Zusammenbruch, S. 244 f. Dazu vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 356 ff. Auf einem Durchschlag dieser Denkschrift in den Akten der Reichskanzlei (Bundesarchiv R 43 I/5) ist handschriftlich vermerkt: „Darüber am 3. und 4. Juni 1919 im Kabinett verhandelt." S. die folgende Anm.

[29]) Vgl. den ausführlichen und zuverlässigen Bericht bei *Erzberger*, Erlebnisse, S. 373 f. Die Kabinettsprotokolle über die Sitzungen vom 3. und 4. Juni 1919 — ebenso über einige andere Sitzungen aus der Zeit vom 16. bis 25. Juni 1919 — ließen sich in den Akten der Reichskanzlei nicht ermitteln. Nach *Epstein* (Erzberger, S. 358, Anm. 57) befinden sich die beiden Protokolle im Nachl. Erzberger, wo sie mir nicht zugänglich waren. Vgl. auch *Hirsch*, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 171 f.; *Scheidemann*, Memoiren, Bd. 2, S. 371 f.

[30]) Kabinettssitzung vom 20. Juni 1919. Bundesarchiv R 43 I/1349.

[31]) Ebd.

lehnung der Unterschrift" dem Völkerbund zu unterstellen, fand keine Mehrheit im Kabinett.

Die bündige Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge durch die Entente löste am 13. Juni in der Zentrumsfraktion mehrtägige heftige Diskussionen über das Für und Wider der Vertragsannahme aus. Einigkeit bestand darüber, in dieser Frage keinen Fraktionszwang anzuwenden und jedem Abgeordneten „vor Gott, seinem Gewissen und dem deutschen Volke" die Verantwortung zu überlassen.[32]) Bei der Beschlußfassung sollten alle parteipolitischen Gesichtspunkte und sogar die Möglichkeit, daß das Zentrum eventuell über der Abstimmung auseinanderfallen könne, außer Betracht bleiben.[33]) Gröber erklärte in der Fraktion: Mag das Zentrum zugrunde gehen, wenn nur das Reich erhalten bleibt.[34]) Am 14. Juni sprach sich ein namentlich nicht genannter „namhafter Vertreter" der Fraktion dafür aus, den Vertrag abzulehnen, da seine Annahme die Ehre der Nation „auf ewige Zeiten" schänden würde.[35]) Diese Auffassung setzte sich jedoch nicht durch.

Am Nachmittag des 19. Juni kam eine Vierfünftel-Mehrheit der Fraktion[36]), in der Erzberger ebenso wie die von ihm beeinflußte „Germania" alles getan hatten, um die Abgeordneten für die Annahme zu gewinnen[37]), zu dem Beschluß, unter „gewissen Voraussetzungen und unter Protest" den Vertrag anzunehmen.[38]) Abgelehnt werden sollten diejenigen Punkte, „welche die Schuld am Kriege und die Ehre der Nation berühren" (keine Auslieferung der „Kriegs-

[32]) Vgl. *Sell*, Außenpolitik des Zentrums, T. 1, S. 18.

[33]) Vgl. Josef *Andre*, Parteien und Friedensfrage, in: Allg. Rundschau Nr. 28 vom 12. Juli 1919, S. 392.

[34]) Mitgeteilt von Hedwig *Dransfeld* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 17. September 1919 in Köln. Vgl. Bericht, S. 297. Das Diktum Gröbers ist im übrigen vielfach belegt, so bei *Andre* (s. die vorige Anm.); *Erzberger*, Erlebnisse, S. 375 (ohne Nennung Gröbers) und in einem Schreiben von *Müller-Fulda* vom 31. Juli 1928 an Bachem. Nachl. Bachem 883. Ferner mündl. Mitteilungen von C. Teusch und J. Joos. In ganz anderem Zusammenhang erklärte der Abg. *Herold* am 22. April 1921 im Preuß. Landtag: „Wir haben bei allen Verhandlungen [um die Regierungsbildung in Preußen], die wir geführt haben [...], den Ausspruch [...] Gröbers hochgehalten: Das Vaterland über die Partei!" Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 655.

[35]) Vgl. *Germania* Nr. 267 vom 15. Juni 1919.

[36]) Vgl. *Germania* Nr. 275 vom 20. Juni 1919.

[37]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 359. *Germania* Nr. 282 vom 25. Juni 1919: „Wir waren uns von Anfang an darüber klar, daß wir jede Desperadopolitik von uns fernhalten müßten. [...] Selbstverständlich konnten wir schon angesichts der schweren Friedensbedingungen auch in den letzten Tagen keine Werbeartikel für die Unterzeichnung schreiben."

[38]) In einer Mitteilung von *Müller-Fulda* aus dem Sommer 1929 an Carl Bachem (Nachl. Bachem 888) heißt es, die Fraktionen seien besonders von der Bevölkerung der Grenzgebiete mit Telegrammen bestürmt worden, die „deutsche Heimat nicht der Blutgier und Grausamkeit der feindlichen Horden preiszugeben"; auch von Wählern der Rechtsparteien sei damals die Zentrumsfraktion um Annahme des Vertrags ersucht worden. Dazu vgl. *Haußmann*, Schlaglichter, S. 281: „Gestern [7. Mai 1919] sagte ein Zentrumsabgeordneter zum Frieden: ‚In der Vorsehung habe ich mich schwer getäuscht.' Die Leute sind fauler, weil sie auf die Vorsehung rechnen."

verbrecher", keine Anerkennung des Bekenntnisses der „Kriegsschuld" und der Formel, daß Deutschland keine Kolonien verwalten könne).[39]) In diesen Punkten rechneten die von Erzberger beeinflußten Abgeordneten mit einem Entgegenkommen der Ententemächte.[40]) Zunächst gehörte zu diesen Bedingungen auch noch das Zugeständnis, daß die beliebig hohen Forderungen nach Kriegskostenentschädigung auf dem Verhandlungswege abzumildern seien.[41]) Es bestand kein Zweifel darüber, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen den Beginn eines neuen Krieges bedeuten würde.[42])

Auf der Basis der am 19. Juni in der Zentrumsfraktion gefaßten Beschlüsse ergab sich anschließend eine Verständigung mit einigen sozialdemokratischen Ministern, nicht aber mit Scheidemann und mit den Abgeordneten der DDP. Diese wollten sich — wie es der Zentrumsabgeordnete Bolz umschrieb[43]) — um die Verantwortung drücken. Sie waren längst auch „auf die alleräußerste Gefahr hin" entschlossen, den Vertrag abzulehnen.[44]) Trotz drängenden Eingreifens des Reichspräsidenten und trotz wiederholter Vermittlungsversuche und Kompromißvorschläge verblieben die Abgeordneten der Demokratischen Partei bei dieser Haltung, um eine Spaltung ihrer Fraktion zu verhindern.[45]) In der Nacht vom 18. zum 19. Juni war es praktisch schon zum Bruch der Regierungskoalition gekommen, nachdem das Kabinett in zwei Hälften (7 gegen 7 Stimmen) auseinandergefallen war: Für die Unterzeichnung hatten jetzt die 3 Zentrumsminister und 4 SPD-Minister gestimmt, dagegen 3 SPD-Minister, die 3 DDP-Minister und Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau.[46]) Am 20. Juni trat die Regierung zurück.

In dieser kritischen Situation drei Tage vor Ablauf des Ultimatums der Entente drängte der Reichspräsident darauf, sofort eine neue, handlungsfähige Regierung zu bilden. In der Zentrumsfraktion rechnete man damit, daß der SPD-Vorsitzende Hermann Müller die Nachfolge Scheidemanns antreten und daß Giesberts als Minister nicht wiederkehren würde.[47]) Es bestand kein Zweifel darüber, daß mit der Bildung eines neuen Kabinetts die Würfel zugunsten einer Annahme der Friedensbedingungen gefallen waren.

Unter dem Druck des Ultimatums konnte die neue Regierung bereits am folgenden Tage, 21. Juni, aus Vertretern der Sozialdemokratie (7 Minister) und

[39]) Vgl. *Germania* Nr. 275 vom 20. Juni 1919; *Erzberger*, Erlebnisse, S. 375.

[40]) Für *Erzbergers* unverwüstlichen Optimismus ist es bezeichnend, daß er noch am Abend des 21. Juni 1919 im Friedensausschuß erklärte: „Wir nehmen an, daß es nicht so schlimm wird, als man heute annimmt." Nachl. Haußmann 59.

[41]) Vgl. *Germania* Nr. 267 vom 15. Juni 1919; *Schulthess* 1919/I, S. 245.

[42]) Vgl. *Germania* Nr. 276 vom 21. Juni 1919.

[43]) Am 21. Juni 1919; bei *Miller*, Bolz, S. 124. Dazu *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 9, S. 414.

[44]) Vgl. *Haußmann*, Schlaglichter, S. 279 (4. Mai 1919), 280 (8. Mai 1919).

[45]) Vgl. *Germania* Nr. 278 vom 22. Juni 1919; *Haußmann*, Schlaglichter, S. 280 (5. Mai 1919), S. 285 (17. Mai 1919).

[46]) Vgl. *Erzberger*, Erlebnisse, S. 376 f.

[47]) Vgl. *Germania* Nr. 275 vom 20. Juni 1919.

des Zentrums (Bell, Erzberger, Giesberts) sowie der BVP (Mayer-Kaufbeuren) unter Leitung des SPD-Abgeordneten und bisherigen Reichsarbeitsministers Gustav Bauer ins Leben treten.[48]) Die Zentrumsfraktion stimmte nach den Worten ihres Vorsitzenden Gröber[49]) in dieser Stunde der „tiefsten Erniedrigung" Deutschlands aus dem Bewußtsein der „Verantwortung vor Gott und dem deutschen Volk" nach kurzem Überlegen der schwarz-roten Koalition zu, um den inneren Zusammenbruch des Reiches als Folge eines möglichen Bürgerkriegs zu vermeiden und „wenigstens" die Reichseinheit zu retten.[50]) Erst nachträglich gewann die Einsicht Raum, ob nicht Zentrum und SPD vielleicht etwas zu früh ihren Willen zu erkennen gegeben hatten, gegebenenfalls allein die Verantwortung zu übernehmen.

Die auf einer schwachen Mehrheit im Parlament basierende Koalitionsbildung bedeutete für die Zentrumsfraktion, die diese Lösung — ebenso wie die SPD-Fraktion — nicht von langer Hand angestrebt hatte[51]), ein neues „schweres Opfer".[52]) Man gab sich keinen Illusionen darüber hin, daß die Partei wegen ihrer Stellungnahme zur Friedensfrage von den Rechtsparteien auf das schärfste angegriffen werden würde.[53]) Die neue Koalition lud der Partei zusätzliche Verantwortung auf, einmal infolge der stärkeren Vertretung im Kabinett und zum anderen infolge der Übernahme des Reichsfinanzministeriums. Dieses fiel Erzberger zu (neben der Vertretung des Regierungschefs), der es mit der ihm eigenen Verantwortungsfreudigkeit auf Drängen des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers nach Rücksprache mit einigen Fraktionskollegen übernahm.[54]) Erzberger, der den Vorsitz der Waffenstillstandskommission niederlegte, war

---

[48]) Nach der in Anm. 38 erwähnten Mitteilung von *Müller-Fulda* hatten er selbst und Herold es abgelehnt, in das Kabinett einzutreten: „Auf Teilnahme dieser beiden hatte Ebert großen Wert gelegt."

[49]) Übereinstimmend wiedergegeben in den Pressemeldungen dieser Tage. Vgl. auch *Erzberger*, Erlebnisse, S. 378; *Andre*, Parteien und Friedensfrage (s. Anm. 33), S. 392; *Sell*, Die Außenpolitik des Zentrums, T. 1, S. 20.

[50]) Nach Ausführungen von *Giesberts* in der *Germania* Nr. 402 und 403 vom 3. und 4. September 1919 („Warum wir unterzeichneten") sowie von *Brauns* am 25. Juli 1919 in der Nationalversammlung; vgl. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1891 f. Ferner Eduard *David*, Eine zeitgemäße Erinnerung, in: Dt. Republik 1, 1926, S. 16: „Die Einsicht, daß die Annahme des Diktats die einzige Möglichkeit sei, das Reich vor dem Untergang und das deutsche Volk vor dem fürchterlichsten Schicksal zu retten, schlug [in der Zentrumsfraktion] durch."

[51]) Vgl. *Germania* Nr. 278 vom 22. Juni 1919; *Sell*, Die Außenpolitik des Zentrums, T. 1, S. 19; *Schreiber*, Grundfragen der Zentrumspolitik, S. 37 f.; *David* (s. die vorige Anm.), S. 15.

[52]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Herold* am 25. Juni 1919 in der Preuß. Landesversammlung (vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 2540) und des Abg. *Brauns* in der Nationalversammlung am 25. Juli 1919 (s. Anm. 50). Am 12. Juli 1919 bezeichnete der preuß. Landtagsabgeordnete *Grebe* in der *KV* (Nr. 537) das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie als eine „bittere Notwendigkeit" des Augenblicks.

[53]) Vgl. *Germania* Nr. 278 vom 22. Juni 1919 (daraus das Motto dieses Kapitels).

[54]) Vgl. *Erzberger*, Erlebnisse, S. 379. In einer Aufzeichnung Carl *Bachems* vom 3. März 1920 hieß es: „Daß es den Sozialdemokraten sehr paßt, wenn Erzberger die Steuergesetze machte, statt ihnen die Arbeit zu überlassen, ist ganz klar." Nachl. Bachem 890.

sich von vornherein darüber klar, daß ihm die undankbarste Aufgabe zugefallen war.[55]) Er hatte die Annahme seines neuen Postens davon abhängig gemacht, daß spätestens innerhalb von zwei Monaten die Steuergesetze (insbesondere das Kapitalertragssteuergesetz) von der Nationalversammlung verabschiedet sein würden.[56]) Zunächst war vorgesehen gewesen, daß Erzberger die Leitung eines neu zu bildenden Verkehrsministeriums übernehmen sollte.[57])

Daß sich die schwarz-rote Koalition für das Zentrum in vieler Hinsicht — wie es Müller-Fulda rückblickend umschrieb[58]) — als vorteilhafter erweisen sollte, „weil unter den Demokraten sich auch viele kulturkämpferische Nationalliberale angesammelt hatten", ließ sich in diesen Tagen noch nicht voraussehen. Tatsächlich erleichterte die neue Koalition die Arbeit der Regierung[59]), zumal die sozialdemokratische Fraktion auf Drängen Eberts bei den Koalitionsverhandlungen zugesagt hatte, die Forderungen des Zentrums „auf kulturellem und religiösem Gebiet" zu berücksichtigen, insbesondere die nach der Konfessionsschule.[60]) Auf Grund dieser Zusage kam der sogenannte „erste Weimarer Schulkompromiß" zustande, von dem noch die Rede sein wird.

[55]) Er erklärte am 8. Juli 1919 in der Nationalversammlung: „In der schwersten Stunde des Deutschen Reichs und der jungen Deutschen Republik habe ich so das schwerste Ressort der Reichsregierung übernommen." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1376. Dazu *Epstein*, Erzberger, S. 361.

[56]) Vgl. *Germania* Nr. 278 vom 22. Juni 1919.

[57]) Vgl. *Germania* Nr. 277 vom 21. Juni 1919; *Erzberger*, Erlebnisse, S. 378 f.

[58]) Vgl. Anm. 38.

[59]) So *Brauns* am 25. Juli 1919 (s. Anm. 50).

[60]) Vgl. *Germania* Nr. 278 vom 22. Juni 1919. Dazu *Schulz*, Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes. S. 42; *Landé*, Die Schule, S. 40.

2. Die Entscheidung des 23. Juni 1919

„Der Sonntag und Montag dieser Woche [22./23. Juni 1919] waren die traurigsten Tage, die die deutsche Geschichte erlebt hat."
Abg. Herold am 25. Juni 1919.[1])

Über das politische Verhalten der Zentrumsfraktion in den entscheidenden Verhandlungen über die Annahme des Friedensvertrags am 22. und 23. Juni sind wir bis ins einzelne unterrichtet.[2]) Die Fraktion hielt zunächst an dem

[1]) In der Preuß. Landesversammlung. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 2536.

[2]) Außer durch die in den folgenden Anmerkungen zitierten Quellen vor allem durch vier Aufzeichnungen von *Bell* und *Mayer-Kaufbeuren*. Diese Aufzeichnungen hat Alma *Luckau* 1937 im Archiv des Reichstags aufgefunden und später in englischer Übersetzung auszugsweise veröffentlicht, ohne das Datum der Niederschriften — deren Originale verloren sind — mitzuteilen: Unconditional Acceptance of the Treaty of Versailles (s. im Lit.-Verz.). Die erste dieser Aufzeichnungen ist jedoch nicht, wie ebd., S. 217 Anm. 16, angegeben, auch von F. Naumann mit unterzeichnet, sondern von dem damaligen Direktor der Nachrichtenabteilung des Ausw. Amtes,

Beschluß vom 19. Juni fest, der Unterzeichnung des Vertrags nur ohne die Kriegsschuld- und Auslieferungsartikel zuzustimmen. Den gleichen Beschluß faßte nach einer Diskussion über die am 22. Juni vom neuen Regierungschef Bauer abgegebene Regierungserklärung — zu der namens des Zentrums Gröber sprach[3]) — eine Mehrheit der Nationalversammlung (237 gegen 138 Stimmen bei 5 Enthaltungen). Von der Zentrumsfraktion stimmten 78 Abgeordnete dafür und 9 dagegen.[4]) Die anschließende Abstimmung über ein Vertrauensvotum für die neue Regierung ergab eine Mehrheit von 235 gegen 89 Stimmen bei 69 Enthaltungen. Nach dem voraufgegangenen Votum über die „Schicksalsfrage" (Heuss) der Nation erwartete man nunmehr ein wenigstens geringfügiges Entgegenkommen der Entente. Um so größer war die Bestürzung, als noch am späten Abend des gleichen Tages die Antwort eintraf, daß die Zeit der Verhandlungen vorüber sei und daß eine unzweideutige Erklärung über die bedingungslose Annahme des Friedensvertrags bis zum folgenden Tage 19 Uhr in Versailles vorliegen müsse.

Angesichts dieser Situation begannen fieberhafte Beratungen innerhalb der Regierung und der einzelnen Fraktionen, die die ganze Nacht über andauerten.[5]) Die Zentrumsabgeordneten Gröber und Trimborn nahmen an einer nächtlichen Kabinettsberatung teil, in der sich die Minister Bell und Mayer-Kaufbeuren dafür aussprachen, den Vertrag abzulehnen. Die Regierung kam zu keinem Entschluß. Unter dem Eindruck der zwiespältigen Haltung des Kabinetts begann am Vormittag des 23. Juni die entscheidende Beratung der Zentrumsfraktion. Sie wurde wesentlich durch eine Nachricht des für die militärische Sicherheit in Weimar zuständigen Generals Maercker beeinflußt. Dieser erschien in der Fraktionssitzung und teilte mit, daß für den Fall der Annahme des Vertrags das Offizierskorps nicht hinter der Regierung stehen werde und daß damit die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nicht mehr gewährleistet sei.[6])

Als unmittelbar nach dieser „ersten Militärrevolte" (Erzberger)[7]) auch Reichs-

---

Victor Naumann. Das geht aus einem Schriftwechsel zwischen Bell und Mayer-Kaufbeuren aus dem Okt. 1922 hervor (Nachl. Mayer-Kaufbeuren), in dem Bell wegen tendenziöser Darstellungen der Vorgänge um die Annahme des Versailler Vertrages die Zustimmung Mayers zur Publikation der Dokumente erbat. Da Mayer jedoch die seinerzeit vereinbarte Vertraulichkeit weiterhin gewahrt wissen wollte, unterblieb die Veröffentlichung.

[3]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1117 ff.

[4]) Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 258; *Erzberger*, Erlebnisse, S. 380; *Epstein*, Erzberger, S. 361.

[5]) In einer Wahlrede in Bonn am 1. Mai 1924 erklärte der Abg. *Bell* rückblickend: „Jene Nacht war das Furchtbarste, was einem Politiker [...] auferlegt werden kann. Wir standen vor der Tatsache: Finis Germaniae." Vgl. Deutsche Reichszeitung vom 2. Mai 1924.

[6]) Vgl. *Erzberger*, Erlebnisse, S. 380. Ferner *Sell*, Die Außenpolitik des Zentrums, T. 1, S. 20. Bereits am 19. Juni 1919 hatte der Chef der Admiralität, *von Trotha*, vor einer Unterzeichnung des Vertrags gewarnt, falls der Auslieferungsparagraph „zur Verwirklichung kommen sollte". Trotha hatte darauf hingewiesen, daß andernfalls das Offizierkorps der Marine nicht mehr zusammengehalten werden könne. Bundesarchiv R 43 I/5.

[7]) Erlebnisse, S. 380.

wehrminister Noske, der bis dahin konsequent für die Annahme des Vertrags eingetreten war, in der Fraktionssitzung des Zentrums erschien und „tieferschüttert" die Ausführungen des Generals bestätigte[8]), „schien die Todesstunde für Deutschland gekommen zu sein: Anarchie bei Unterzeichnung, Anarchie bei Ablehnung".[9]) Eine Probeabstimmung kurz vor 12 Uhr ergab, daß eine Mehrheit von 68 Zentrumsabgeordneten einschließlich der vier amtierenden Reichsminister[10]) entschlossen war, gegen 14 Abgeordnete — unter denen sich Marx befand[11]) — und bei einigen Enthaltungen die Unterzeichnung abzulehnen.[12]) Die BVP-Abgeordneten Heim und Schneider (Franken) verließen aus Protest gegen die Haltung der Mehrheit die Fraktion.[13]) Die Regierung, „eigens zu dem Zweck gebildet, den Vertrag anzunehmen"[14]), drohte auseinanderzufallen.

Der Beschluß der Zentrumsfraktion rief Bestürzung bei der SPD-Fraktion und Verwirrung vor allem bei den Rechtsparteien hervor, die jetzt „Farbe bekennen" mußten (Erzberger). Die Rechtsparteien wollten unter keinen Umständen die Regierungsverantwortung übernehmen. Sie suchten statt dessen auf das Zentrum einzuwirken, damit eine größere Anzahl von Zentrumsabgeordneten für die Annahme stimmen würde. Eine Besprechung des Reichspräsidenten mit den Kabinettsmitgliedern und den führenden Vertretern der beiden Koalitionsparteien, die kurz nach 12 Uhr begann, stand ebenso wie die voraufgegangenen Debatten unter dem Druck des Ultimatums, das um 19 Uhr ablief. Wenn wir David folgen dürfen, so war es seiner Initiative zu verdanken, daß in dieser Situation ein Ausweg gefunden wurde. Auf seine Bitte hin korrigierte Noske in der Besprechung mit Ebert seine „pessimistische Auffassung" vom Vortage so wesentlich, daß Erzberger sofort einen Beschluß der Zentrumsvertreter herbei-

---

[8]) Vgl. Gustav *Noske*, Von Kiel bis Kapp. Berlin 1920, S. 153; *ders.*, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach 1947, S. 107.

[9]) So *Erzberger*, Erlebnisse, S. 381. Dazu Josef *Andre*, Parteien und Friedensfrage, in: Allg. Rundschau Nr. 28 vom 12. Juli 1919, S. 392.

[10]) Dazu vgl. Friedrich *Payer*, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Frankfurt a. M. 1923, S. 300: „Selbst Erzberger soll, wie damals unwidersprochen behauptet wurde, ob absichtlich oder versehentlich, wußte man nicht, nicht mit den vierzehn gestimmt haben."

[11]) *Marx* begründete diese Entscheidung „gerade aus der Lage des besetzten Gebiets heraus". Nachl. Marx XXV.

[12]) Vgl. *KV* Nr. 484 vom 23. Juni 1919; *Germania* Nr. 279 vom 23. Juni 1919 und 281 vom 24. Juni 1919; *KV* Nr. 504 vom 30. Juni 1919; *Giesberts* in *Germania* Nr. 187 vom 9. Juli 1923 („Zur Geschichte der Unterzeichnung des Versailler Vertrags"). Ferner *Andre*, Parteien und Friedensfrage (s. Anm. 9), S. 392; *Diez*, Lebensgeschichte, S. 60; *Otte*, Das Zentrum in der Nationalversammlung, S. 21; Johann *Giesberts*, Unser gutes Gewissen, in: Deutsche Monatsh. für christl. Politik und Kultur 1, 1919, S. 16; *Heim*, Weimar, S. 266; A. *Köhler*, Deutsches Zentrum, S. 44 ff.; *Miller*, Bolz, S. 124.

[13]) Vgl. *Germania* Nr. 279 vom 23. Juni 1919. Schneider kehrte wenige Tage später in die Fraktion zurück.

[14]) So *Epstein*, Erzberger, S. 362.

führen konnte, wonach deren Mitglieder in der Regierung verbleiben konnten.[15]) Die Wendung brachte dann eine an den Reichspräsidenten gerichtete telegraphische Mitteilung Groeners[16]), worin der General (als Bestätigung eines unmittelbar zuvor geführten Telephongesprächs mit Ebert) die Aufnahme militärischer Kampfmaßnahmen als aussichtslos bezeichnete und seiner festen Zuversicht Ausdruck gab, daß die Offiziere auch bei Unterzeichnung des Vertrags ihre Pflicht tun würden.[17]) Damit waren die am Vormittag abgegebenen Erklärungen Maerckers hinfällig geworden.

Die Brücke zur Annahme des Friedensvertrags bildete schließlich eine durch Vermittlung von Zentrumsabgeordneten zustande gekommene Erklärung der Rechtsparteien, die „vaterländischen Gründe" derjenigen Abgeordneten ausdrücklich anzuerkennen, die sich für die Annahme des Vertrags aussprechen würden.[18]) Auf die öffentliche Bestätigung ihrer „nationalen" Haltung legten die Zentrumsparlamentarier eingedenk der alten Diffamierung als „Reichsfeinde" größten Wert.[19]) Nach diesem Kompromiß wurde das Kabinett Bauer in der Nachmittagssitzung der Nationalversammlung am 23. Juni 1919 in einer nicht namentlich durchgeführten Abstimmung[20]) mit großer Mehrheit ermächtigt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.[21]) Unter der Minderheit, die sich dagegen aussprach, befanden sich „etwa die Hälfte" der Zentrumsabgeordneten[22]), vor

---

[15]) Nach *David*, in: Dt. Republik 1, 1926, S. 18.

[16]) Die *Germania* sprach zunächst (Nr. 281 vom 24. Juni 1919) von dem Eingreifen eines „hochstehenden Generals", nannte aber bereits am folgenden Tage (Nr. 282) den Namen Groeners.

[17]) Das Telephonat ist aufgezeichnet in den Akten der Reichskanzlei. Bundesarchiv R 43 I/5. Dazu vgl. Wilhelm *Groener*, Lebenserinnerungen, hrsg. von Friedrich *Frhr. Hiller von Gaertringen*. Göttingen 1957, S. 508; *Erzberger*, Erlebnisse, S. 381. Dazu *Carsten*, Reichswehr, S. 51.

[18]) Nach *Sell*, Die Außenpolitik des Zentrums, T. 1, S. 21, erklärte der DNVP-Abg. *Schultz* (Bromberg) bei dieser Besprechung: „Es wird hier die Erklärung einer Selbstverständlichkeit verlangt; denn auch meine Freunde bezweifeln nicht den nationalen Beweggrund der Zustimmung."

[19]) Wenige Tage später schrieb Leo *Schwering* in der *KV* Nr. 503 vom 30. Juni 1919, die „nationalen Parteien" würden in Zukunft diejenigen sein, die bei „kräftigem Wirken für das Wohl des ganzen deutschen Volkes nach innen und außen den inneren Frieden über alles" stellen würden.

[20]) Ein DNVP-Antrag auf namentliche Abstimmung war abgelehnt worden (Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1141), da die Zeit wegen des laufenden Ultimatums drängte. Vgl. ferner *Haußmanns* Schreiben vom 24. Juni 1919 an seinen Sohn. Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit. Frankfurt a. M. 1923, S. 179.

[21]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1141.

[22]) So *Andre*, Parteien und Friedensfrage (s. Anm. 9), S. 393; A. J. *Rosenberg*, Zeitlage und kirchliches Leben im Jahre 1919/20, in: Kirchl. Handb. 9, 1919/20, S. 76; *Sell*, Die Außenpolitik des Zentrums, T. 1, S. 21. Zu den Nein-Sagern gehörten Helene Weber und Maria Schmitz. Vgl. Helene *Weber*, Frauen erstmalig im Parlament, in: Die Weimarer Nationalversammlung. Bonn 1960, S. 174. Dazu Christine *Teusch*, Die Parlamentarierin [H. Weber], in: Ernte eines Lebens, S. 78. Die Behauptung von *Otte* (Das Zentrum in der Nationalversammlung, S. 22), wonach der „größte Teil" der Fraktion gegen die Regierung gestimmt habe, ist schwerlich zutreffend.

allem Parlamentarier aus den besetzten Gebieten[23]), und der BVP-Obmann Heim, der bereits am Vormittag aus der Fraktion ausgetreten war.[24])

Wenige Tage später, bei der Debatte über die Ratifizierung des Vertrags am 9. Juli, erklärte der Zentrumspolitiker Peter Spahn, die Zustimmung seiner Fraktion geschehe nicht aus freiem Willen und innerer Überzeugung, sondern lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es keinen anderen Weg gäbe, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren.[25]) Anschließend gab Spahns Fraktionskollege Allekotte eine Erklärung „namens der nach dem Friedensvertrag vom Reich zu trennenden westlichen Gebietsteile" ab, in der gegen das „Unrecht" an den Einwohnern dieser Gebiete protestiert wurde. Allekotte geißelte das „Machtstreben" der Sieger und die Verfälschung des Selbstbestimmungsrechts. Er schloß mit der Versicherung des Vertrauens, „daß unsere Brüder und Schwestern in diesen Westgebieten in echter deutscher Treue sich bewähren und unverbrüchlich ausharren werden bis zu dem Tage, da sie wieder frei, offen und ungehemmt denen angehören können, zu denen sie nach Sprache, Sitte, Geschichte und Gemeinschaft des Blutes gehören."[26])

[23]) Am 25. Juli 1919 erklärte der Abg. *Brauns* in der Nationalversammlung, „mehrere Fraktionskollegen" hätten gegen den Friedensvertrag gestimmt, „weil sie Gebiete hier vertreten, die durch den Friedensvertrag vom Reiche getrennt werden sollen oder wenigstens in der Gefahr der Trennung stehen. Andere haben geglaubt, mit Rücksicht auf die bekannten Paragraphen über die Auslieferungspflicht auch dem Gesamtvertrage ihre Zustimmung versagen zu sollen." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1891 f.

[24]) In einem Artikel „Zur Unterzeichnung des Friedensvertrags" wies *Gröber* (*Germania* Nr. 363 vom 12. August 1919; *KV* Nr. 629 vom 13. August 1919) die von Heim in den Süddeutschen Monatsheften veröffentlichte Kritik an der Haltung der Zentrumsfraktion scharf zurück.

[25]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1409. Am 25. Juni 1919 schrieb ein namentlich nicht genanntes Mitglied der Zentrumsfraktion in der *Germania* (Nr. 282): „Das Nein hätte unabwendbar Revolution, vollendetes Chaos, die sichere Zerreißung des Reiches bedeutet."

[26]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1413 f.

3. Die Verurteilung des „Gewaltfriedens"

Der 22. und 23. Juni 1919 blieben vielen Zentrumsparlamentariern als die „wohl furchtbarsten Tage", die sie bis dahin erlebt hatten, im Gedächtnis.[1]) Die

[1]) So W. *Marx* in seinen Erinnerungen. Nachl. Marx XXV. Ähnlich *Bolz* (*Miller*, Bolz, S. 118), *Giesberts* (Unser gutes Gewissen, S. 17), *Diez* (Lebensgeschichte, S. 61) und *Andre* (am 13. Juli 1920 im Württemb. Landtag. Vgl. *Hagen*, Gestalten, Bd. 4, S. 166). Ein namentlich nicht genannter Abgeordneter schrieb am 25. Juni 1919 in der *Germania* (vgl. Anm. 25 des voraufgegangenen Kapitels): „Mancher von uns hat Stunden und Tage schmerzvoller Qual durchlebt." Am gleichen Tage erklärte *Herold* in der Preußischen Landesversammlung: „Traurige, niederdrückende, tief schmerzliche Tage habe ich, haben meine politischen Freunde [...] in Weimar erlebt." (Die Fortsetzung des Zitats steht als Motto auf Seite 188.) Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 2536. Noch unmittelbar unter dem Eindruck der Ereignisse schrieb Konrad *Beyerle* (in: Allg. Rundschau Nr. 27 vom 5. Juli 1919, S. 375): „Wer die Fraktionssitzungen des Zentrums [...] mitgemacht

Abgeordneten waren der „ehrlichen Überzeugung", durch ihr Verhalten ihre nationale Pflicht erfüllt zu haben.[2]) Das Leitmotiv für die Außenpolitik der Zentrumsfraktion in den nächsten Jahren umschrieb Brauns mit den Worten, seine Fraktion lehne den Friedensvertrag als eine „Tat des Unrechts und der schnödesten Vergewaltigung" ab.[3]) Wie ein Schwur klangen die Worte: „Wir werden nicht aufhören, seine Revision auf friedlichem Wege zu fordern und mit allen einwandfreien Mitteln nachdrücklichst zu betreiben." Brauns' unpathetische Formulierung „Der Friedensvertrag trägt seine zwingende Korrektur in sich" ist die Quintessenz der zeitgenössischen Situationsanalysen im Zentrumslager.

Die Zentrumspolitiker vertrauten auf den Wiederaufstieg des Volkes, auf seine „immanenten sittlichen Kräfte". Sie gingen davon aus, durch ihre Entscheidung die Einheit des Reiches und auch die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit Deutsch-Österreich gerettet zu haben. Kurze Zeit später gab Erzberger in der Nationalversammlung der Ansicht der Parlamentsmehrheit vom 23. Juni noch einmal Ausdruck mit dem Satz: „Der Friede mußte geschlossen werden, um die Einheit des Reiches zu retten."[4]) Von den Zentrumspolitikern wurde es als besonders schmerzlich empfunden, daß durch den Friedensvertrag vorzugsweise Katholiken vom Reiche gelöst wurden.[5]) Die Zeit galt als Bundesgenosse für das besiegte deutsche Volk. Man war davon überzeugt, daß das „sogenannte Friedens-

---

hat, wird dieser christlichen Volkspartei das Zeugnis nicht vorenthalten, daß sie in diesen schwersten Stürmen ihre Ideale nicht verlassen und ihre Entschließungen aus vaterländischer Gesinnung mit tiefstem sittlichem Ernste und reiflichster Überlegung sich selbst abgerungen hat. [...] Alles konzentrierte sich für sie in dem einen Punkte, die Ehre und sittliche Selbstachtung zu retten. Es gab auch dramatische Momente. Gegenüber der Forderung, lieber mit Ehren unterzugehen als einen schmachvollen Frieden zu unterzeichnen, mußte die kühle Überlegung die Oberhand gewinnen, daß sich wohl der einzelne als Opfer dahingeben könne, daß aber ein 60 Millionenvolk nicht untergeht und daß die brennende Sorge für die Zukunft dieses Volkes in dem Augenblick der höchsten Not vor der persönlichen Einstellung zurücktreten müsse. [...] Aber soviel haben Krieg und Revolution uns alle gelehrt, daß auch in dieser letzten Entscheidung die Rücksicht auf das Volk, die man früher so sträflich vernachlässigte, ausschlaggebend sein mußte."

[2]) So *Brauns* am 25. Juli 1919 in der Nationalversammlung. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1892. Ähnlich Reichsminister *Bell* am 15. September 1919 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln: „Jedenfalls sind wir bereit, die Verantwortung [für die Annahme des Friedensvertrags] nicht nur vor der jetzigen Generation, sondern auch vor der kommenden Generation zu tragen." Vgl. Bericht, S. 78.

[3]) Vgl. ebd.

[4]) Am 25. Juli 1919; vgl. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1942. Am 20. Juli 1919 schrieb Peter *Spahn* an Prälat P. M. Baumgarten: „Deutschland verliert durch den Frieden seine beiden Flügel, geblieben ist ihm aber der übrige Körper, der wäre ohne die Annahme des Friedensvertrages durch Sonderverträge der einzelnen Bundesgenossen zerrissen worden, so daß das Reich zerstört gewesen sei." Abgedr. bei *Patin*, Beiträge, S. 144. Rückblickend urteilte *Müller-Fulda* (31. Juli 1928 an Bachem): Wenn der Vertrag nicht unterzeichnet worden wäre, „hätten wir heute jenseits des Rheins kein deutsches Land mehr". Nachl. Bachem 883.

[5]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln wies *Trimborn* darauf hin, daß dieser Verlust in Zukunft in einer geringeren Mandatszahl des Zentrums zum Ausdruck kommen werde. Vgl. Bericht, S. 47.

dokument" nicht zu erfüllen sei und an seiner eigenen Unwahrhaftigkeit und Unmöglichkeit zugrunde gehen werde. Aus diesem Grunde galt eine baldige Revision des Vertrags als unabweisbare Notwendigkeit.[6])

Die pauschale Verurteilung des Versailler Vertrags als „Gewaltfrieden" und „Schmachfrieden", dem in späteren Jahren die Schuld für das deutsche Elend der Gegenwart zugeschrieben wurde, gehörte in Zukunft zum ständigen Repertoire der Zentrumsagitation. Der Protest gegen die „unsittliche Härte" dieses Vertrags kam auch in zahllosen Kundgebungen der deutschen Katholiken — einschließlich ihrer Bischöfe[7]) — zum Ausdruck, die bisweilen die Dolchstoßlegende blind übernahmen[8]), während andere die Härte der Friedensbedingungen als Folge der Revolution ansahen. Ebenso einhellig wie die Verurteilung des Vertrags war die Ablehnung der Kriegsschuldthese.

Aus der Verdammung des Versailler Vertrags erklärt sich auch die spätere überaus reservierte und zeitweilig (oberschlesische Frage, Saargebiet) sogar grundsätzlich ablehnende Haltung der Zentrumspartei gegenüber dem Völkerbund. Er wurde summarisch als „Vollstrecker des Vernichtungsfriedens" abgestempelt, wobei man gleichzeitig die Abweichung von der Völkerbundsidee und die fehlende Gleichberechtigung der Mitgliedsstaaten kritisierte.[9]) Erst mit zunehmendem Abstand vom Juni 1919 erkannten Zentrumspolitiker die Möglichkeiten, die sich der deutschen Politik von der Plattform des Völkerbundsforums aus zur Revision des Friedensvertrags boten. Der Gedanke, daß der Versailler Vertrag auch dem Schutz der deutschen Einheit dienlich sein könne — etwa gegenüber französischen Annexions- und Separationsbestrebungen im Rheinland —, rückte erst einige Jahre später in den politischen Gesichtskreis.

Die Bestimmungen des Versailler Vertrags galten für die deutschen Katholiken, unabhängig von ihrer politischen Bindung an verschiedene Parteien, als besonders schmerzliches Beispiel eines fehlenden christlichen Solidaritätsgefühls in internationalem Ausmaß. In der eigenen Misere hielt man verzweifelt Aus-

[6]) Vgl. die Ausführungen *Spahns* vom 9. Juli 1919. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1409. Ferner August *Nuß*, Unser Kampf um's Recht und Weltgewissen, in: Allg. Rundschau Nr. 27 vom 5. Juli 1919, S. 377.

[7]) Vgl. *Der Zentrumswähler für das Jahr 1920*, S. 59: „Man kann den vorstehenden Friedensvertrag nicht lesen, ohne im Innern zu erbeben und zu knirschen. Mit Recht hat der Erzbischof von Freiburg in seinem Hirtenbrief vom 22. September 1919 den Frieden von Versailles einen ‚Verarmungsfrieden', einen ‚Schmachfrieden', einen ‚Ohnmachtsfrieden', einen ‚Vernichtungsfrieden' genannt." Bekannt ist der Protest des Münchener Erzbischofs Kardinal *Faulhaber* auf dem Münchener Katholikentag Ende August 1922, wovon noch die Rede sein wird.

[8]) Vgl. z. B. Clemens *Graf von Galen* (der spätere Bischof von Münster), in: HPBl. 164, 1919, S. 224.

[9]) Vgl. Georg *Schreiber*, Der Völkerbund und die Idee des Völkerbundes, in: Das Zentrum Nr. 15 vom 15. Dezember 1921, S. 319. Am 29. November 1922 erklärte der Abg. *Loenartz* im Preuß. Landtag: „Ich verspreche mir vom Völkerbund gar nichts. Mit dem Völkerbund ist für uns der Begriff der Vergewaltigung Oberschlesiens und der schlimmsten Vergewaltigung unserer Saarbevölkerung verbunden." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 13622.

schau nach einem „katholischen Weltgewissen“[10]), von dem man einen Einspruch gegen den Versailler Vertrag erwartete, da dessen Folgen als bedrohlich für die „christliche Kultur Europas“ angesehen wurden.[11]) Daß auch Politiker, Parlamentarier und Publizisten des Zentrums zu den lautesten Annexionisten der ersten Kriegsjahre, zu den Anhängern der Vaterlandspartei und zu den Befürwortern des Friedens von Brest-Litowsk gehört hatten, trat im eigenen Bewußtsein vollständig in den Hintergrund. In zunehmendem Maße wurde die gegenwärtige Ordnung Europas als ein „Verbrechen“ bezeichnet, das auf einer Lüge und auf einem rechtsungültigen Vertrage beruhe.[12]) Theodor Haecker war keineswegs eine Ausnahme im deutschen Katholizismus, wenn er von der „Gotteslästerung von Versailles“ sprach.[13]) Aus einer solchen Auffassung heraus fühlten sich die Vertreter des politischen Katholizismus innerlich nicht an den Vertrag gebunden.

[10]) Auf dem Münchener Katholikentag Ende Aug. 1922 erklärte *Stegerwald:* „Ein Friedensvertrag solcher Härte ist unsittlich. Lassen Sie uns diese Unsittlichkeit immer wieder laut hinausrufen, damit [...] vor allen Dingen die Träger des Katholizismus in den alliierten Ländern sie hören, die sich mitschuldig machen an einem Vertrage, der jedem Katholizismus und seiner ewigen Sittennorm einfach Hohn spricht.“ Die Reden, S. 83. Noch deutlicher wurde der Kölner Oberbürgermeister *Adenauer:* „In der europäischen Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit gibt es kein Dokument, das so allen menschlichen, allen christlichen Grundsätzen hohnspricht, wie das Diktat von Versailles.“ Ebd., S. 44.

[11]) Besonders deutlich in einem Artikel von Anton *Fischer*, Rom und Versailles, in: Augsburger Postzeitung vom 31. Dezember 1920, in dem es ferner hieß: „Die Katholiken der verschiedenen Länder sind wohl eins in der Treue zum Heiligen Vater, aber das christliche Solidaritätsgefühl ist im Sumpfe eines einseitigen unchristlichen Nationalismus vielfach untergegangen. [...] Als Christen aber wissen wir: Es handelt sich beim Frieden von Versailles nicht um uns Deutsche nur, sondern um Sein und Nichtsein der christlichen Kultur Europas, um Christentum und Kirche selbst.“

[12]) So Hans *Eibl*, Lehren aus dem Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Schönere Zukunft Nr. 33 vom 15. Mai 1932, S. 759, der darauf hinwies, daß er seit zehn Jahren diese Gedanken vertrete.

[13]) Zit. bei Georg *Moenius*, Wir leben im Imperium Romanum, in: Allg. Rundschau Nr. 1 vom 5. Januar 1933, S. 3.

Drittes Kapitel

Mitgestalter der Weimarer Reichsverfassung

1. Die Ausgangssituation einer Minderheitspartei

„Die Vorsehung hatte unser Unglück zugelassen. Die Führer der Zentrumspartei haben aber nicht verzagt, sondern haben mutig die neue Arbeit begonnen." Abg. Gronowski am 12. Dezember 1920.[1])

Neben den Beratungen über die Annahme des Friedensvertrags nahmen die Zentrumsabgeordneten auch an der zweiten Hauptaufgabe der Nationalversammlung, der Ausarbeitung und Verabschiedung einer neuen Reichsverfassung, entscheidenden Anteil. Dabei gingen sie davon aus, daß eine politische Minorität eines besonderen verfassungsrechtlichen Schutzes bedürfe. Für die Mehrheit der Zentrumsparlamentarier stand von vornherein fest, daß unter den gegebenen Verhältnissen nur die Staatsform der Republik in Frage käme[2]), die Neuordnung „ehrlich demokratisch", „vernünftig sozial" sein und dem „christlichen Charakter des deutschen Volkes" Rechnung tragen müsse, um einen echten Volksstaat aufbauen zu können.[3]) Die Alternative in diesen Wochen lautete nicht: Monarchie oder Republik, sondern: Sozialistische oder demokratische Republik. Das Zentrum vermied auch weiterhin jede parteiamtliche Stellungnahme für oder gegen die Monarchie.

In den aus 28 Mitgliedern zusammengesetzten (8.) Verfassungsausschuß, dessen Vorsitz Conrad Haußmann (DDP) führte, entsandte das Zentrum sechs Abgeordnete. Darunter befanden sich die alten Parlamentarier und Parteiführer Spahn, Gröber und Trimborn und der neugewählte Abgeordnete Konrad Beyerle als ständige Mitglieder. Die beiden übrigen Plätze wurden mit wechselnden Mitgliedern besetzt, je nach den Materien, die zur Verhandlung standen.[4]) Auf diese Weise nahmen zeitweise Hitze und Brauns, Mausbach und Rheinländer, Frau Neuhaus und Stegerwald an den Ausschußberatungen teil, die „trotz der bedrängten und erhitzten Lage durchweg in ruhiger, fast akademischer Form"

[1]) Auf dem Parteitag des Preuß. Zentrums in Berlin. Vgl. *KV* Nr. 976 vom 13. Dezember 1920.

[2]) So *Beyerle*, Katholiken und Weimar, S. 92. Am 3. Juli 1919 bezeichnete es der Abg. *Andre* in der Nationalversammlung für „ausgeschlossen", daß „wir im Reich eine Republik haben und daß in den einzelnen Bundesstaaten wieder monarchistische Staatsverfassungen entstehen können". Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 1261.

[3]) So der Abg. *Spahn* am 28. Februar 1919 in der Nationalversammlung. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 379.

[4]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 289 f.

verliefen.[5]) Stärker als es ihrem zahlenmäßigen Einfluß im Parlament entsprach, wurden Zentrumsabgeordnete als Berichterstatter für wichtige Abschnitte der Verfassung gewählt: Spahn als Referent für den Abschnitt „Gesetzgebung" sowie für „Finanzen und Handel", Beyerle für „Gliedstaaten", Gröber für „Kirche und Schule" und Trimborn für „Rechtspflege". Dazu trat Stegerwald als stellvertretender Berichterstatter für das Kapitel „Sozialisierung". Ihm zur Seite standen Hitze und Brauns, während in allen Fragen weltanschaulicher Art der münsterische Moraltheologe Joseph Mausbach — der sich nach Abschluß der Arbeiten in Weimar wieder aus dem politischen Leben zurückzog — als maßgeblicher Berater wirkte. Er gewann auch außerhalb seiner Fraktion großes Ansehen und verstand sich z. B. besonders gut mit Friedrich Naumann.[6])

Die im allgemeinen sachliche Atmosphäre der Verhandlungen sowohl im Verfassungsausschuß als auch in den übrigen Ausschüssen der Nationalversammlung wurde von den Zentrumsabgeordneten wohltuend empfunden. Zumal der Beginn der Beratungen stand unter einem günstigen Stern, unter einer — wie sich Beyerle später ausdrückte[7]) — wahrhaften Verfassungsbegeisterung und dem Willen, „zum Wohle des schwer geprüften Vaterlandes" zusammenzuarbeiten: „Noch kannten wir damals ja den lähmenden Druck des Siegerdiktates von Versailles nicht." Als wenig angenehm erwiesen sich sehr bald Angriffe aus den eigenen Reihen, die naiv oder böswillig die politischen und parlamentarischen Möglichkeiten des Zentrums in Weimar (89 von 423 Abgeordneten; 6 von 28 im Verfassungsausschuß) überschätzten und sich in „harmloser Vertrauensseligkeit" der Hoffnung hingaben, daß das Verfassungswerk „allen billigen Wünschen der Katholiken Deutschlands und historischen Rechtsansprüchen" der Kirche vollkommen entsprechen werde.[8]) Auf Grund der zahlenmäßigen Stärke der Fraktionen im Verfassungsausschuß (SPD/USPD 12, Zentrum 6, DDP 5, DNVP 3, DVP 2) waren die Demokraten in allen kulturellen Fragen

[5]) Vgl. Joseph *Mausbach*, in: Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, hrsg. von Erich *Stange*. Bd. 3. Leipzig 1927, S. 81.

[6]) Vgl. *Mausbach*, ebd.; *Heuss*, Naumann, S. 465; Max *Meinertz*, Begegnungen in meinem Leben. Münster 1956, S. 45 f. Unmittelbar nach Mausbachs Tod (1931) schrieb *Beyerle*, Mausbach in Weimar (in: Hochland 28/II, 1931, S. 95): „Mausbach diente im engeren Kreise der führenden Männer des Zentrums, die den Verfassungssätzen über Kirche und Schule Form und Inhalt gaben und durch das Prävenire der guten Formulierung den andern den Rang abliefen, als der sach- und fachkundige Theologe. Mit dem Verfassungsprogramm der Paulskirche in der Hand, [...] so sah und hörte ich ihn mehr als einmal in den engeren Vorberatungen des Zentrumsgremiums seine klaren Gedankenreihen deduzieren. So kam es zu feingeschliffenen Gesetzesvorschlägen, in denen sich das beste geistige Erbe der deutschen Demokratie von 1848 mit Selbstgewonnenem zur Kraft durchschlagender Motivierung vereinigte. Steuerten Gröber und Trimborn ihre reichen Parlamentserfahrungen bei, gab Peter Spahn das sorgsam abgewogene rechtliche Argument, so Joseph Mausbach die sichere, aus Theologie und Moral gewonnene Richtlinie des religiös Erlaubten und Korrekten. Ihm folgten die andern gerne." Über Mausbachs parlamentarische Tätigkeit ferner *Donders*, in: Akadem. Bonifatius-Korrespondenz, S. 71 f., sowie *Schreiber*, Mausbach (1931).

[7]) Katholiken und Weimar, S. 92.

[8]) So *Mausbach*, Kulturfragen, S. 10.

in der Lage, den Ausschlag zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien und denen der Sozialdemokratie zu geben. Dieser Umstand sollte sich in wesentlichen Punkten für die Interessen des Zentrums nachteilig auswirken.

Im Weimarer Alltag sah sich die Fraktion mehrfach vor die Frage gestellt, ob sie durch weitere Mitarbeit die Gestaltung des Verfassungsentwurfs in ihrem Sinne wenigstens mit beeinflussen oder aber diese Arbeit durch parlamentarische Abstinenz den übrigen Parteien überlassen sollte. Besonders über die Möglichkeit und das Maß von Kompromissen in weltanschaulichen Fragen kam es zu ernsthaften Differenzen in der Fraktion, wovon noch die Rede sein wird. Die Zentrumsfraktion stimmte bei der Beratung der einzelnen Verfassungsabschnitte keineswegs immer mit ihren Koalitionspartnern, sondern unternahm in Fortsetzung der Vorkriegspolitik den Versuch, von Fall zu Fall für die Realisierung ihrer politischen Ziele eine jeweils anders zusammengesetzte Mehrheit zustande zu bringen. Der Kompromißcharakter der Verfassung resultiert aus der parlamentarischen Zusammensetzung der Nationalversammlung.

In den folgenden Kapiteln wird im einzelnen der Anteil der Zentrumsabgeordneten an der Gestaltung der entscheidenden Abschnitte der Verfassung dargestellt. Vorweg muß jedoch auf die Haltung des Zentrums zu den Grundrechten eingegangen werden, deren Aufnahme und Formulierung gerade aus der Situation einer Minderheitspartei erhebliche Bedeutung zukam. An der Aufnahme von Grundrechten, die der Verfassung ein überzeitliches Fundament verleihen sollten[9]), lag den Vertretern des Zentrums um so mehr, als sie sich von vornherein darüber im klaren waren, daß es, „wenn überhaupt, dann nur im Rahmen der Grundrechte gelingen konnte, diejenigen Werte, die ihm nach seinem Wesen, seinem Programm und seiner ganzen Überzeugung am teuersten sein mußten“[10]), wirksam zu schützen. In diesen Rechten konnten nach den Worten von Beyerle[11]) namentlich auf dem Gebiete der Kulturpolitik, die nach der Verfassung Sache der Gliedstaaten bleiben sollte, Richtlinien als Freiheitsgarantien der Gesamtheit und aller Konfessionen verankert werden.

Dem Rechtshistoriker Konrad Beyerle war es wesentlich zu verdanken, daß die im Regierungsentwurf stiefmütterlich behandelten und durch einen allzu populär gehaltenen Entwurf Friedrich Naumanns eher diskreditierten Grundrechte zu einem eigenen Hauptteil der Verfassung umgestaltet werden konnten.[12]) Beyerle entwickelte einen starken „Verfassungs-Enthusiasmus“ und betrachtete die Ausarbeitung des Grundrechte-Entwurfs und seine führende Mit-

[9]) Vgl. *Beyerles* Ausführungen am 11. Juli 1919 in der Nationalversammlung. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1503 f.

[10]) So *Lauscher*, Die Arbeit an der Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 175.

[11]) Am 3. März 1919 in der Nationalversammlung. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 464. Vgl. auch *Gröbers* Ausführungen im Verfassungsausschuß am 31. März 1919. Protokolle, S. 183.

[12]) Dazu vgl. *Beyerle*, Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen, in: *KV* Nr. 298 vom 4. Juli 1919; *ders.*, Zehn Jahre Reichsverfassung, S. 23 f.; *Mausbach*, Kulturfragen, S. 12; *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 291 f.

wirkung in dem eigens gebildeten Unterausschuß als einen Höhepunkt seines Lebens.[13]) Das Zentrum begrüßte die Aufnahme der Grundrechte als ein „Kulturprogramm" des neuen Deutschlands.[14]) Diese Grundrechte, die nach Mausbachs Worten[15]) mehr von „Religion und Kirche" enthielten als jede andere moderne Verfassung, trugen in entscheidendem Maße dazu bei, daß die neue Verfassung den Weg zur „Seele des katholischen Volksteils" fand.[16]) Die damit verankerten Rechte der Eltern und Freiheiten der katholischen Kirche und ihrer Religionsausübung für das ganze Reichsgebiet beseitigten die überkommenen Hemmnisse und die letzten Auswirkungen der Kulturkampfgesetzgebung.

[13]) So *Schwend*, Bayern, S. 100, wo sich eine ausgezeichnete Charakteristik von Beyerle findet. In einer kurzen Würdigung Beyerles durch den Abg. *Joos* heißt es: „Und da er als nicht praktischer Jurist, als Süddeutscher und gemütvoller Mensch Verständnis für die seelische Seite der Dinge sich bewahrt hat, wehrt er sich auch hartnäckig gegen allzu nüchterne Fassungen. Ihm verdanken wir manche Bereicherung des Inhalts der Grundrechte." Im Weimarer Parlament, in: *WAZ* Nr. 32 vom 30. August 1919.

[14]) So Joseph *Mausbach*, Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen, in *KV* Nr. 700 vom 7. September 1919; *ders.*, Kulturfragen, S. 32. Dazu *Beyerle*, Wesen und Entstehung der Grundrechte, in: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 148 ff.

[15]) Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 113.

[16]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 293.

2. Stellungnahme zu Einzelfragen

a) Reich-Länder-Verhältnis

> „Jetzt ist der Augenblick da, dem Deutschen Reiche eine gesunde organische Gliederung zu geben, eine Gliederung, die den berechtigten Tendenzen des Einheitsstaates und einem ehrlichen Föderalismus in glücklichem Ausgleich zu ihrem Rechte verhilft."
>
> Abg. Trimborn am 19. März 1919.[1])

Das „vielleicht schwierigste" Verfassungsproblem[2]), mit dem sich die Zentrumsabgeordneten der Nationalversammlung bei der Ausarbeitung der Reichsverfassung konfrontiert sahen, betraf die Gestaltung der inneren Struktur des Reiches, also des künftigen Verhältnisses von Reich und Ländern. Die Zentrumspartei erstrebte getreu ihrer föderalistischen, noch im Wahlkampf zum Ausdruck gebrachten Parole das Ziel eines „gestärkten Reiches mit bundesstaatlichem Aufbau"[3]), das dem Zusammenschluß mit allen „anschlußbereiten

[1]) Im Verfassungsausschuß. Vgl. Protokolle, S. 93.

[2]) Vgl. *Trimborns* Ausführungen vom 19. März 1919 (s. die vorige Anm.); *Lauscher*, Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 162.

[3]) So der Abg. *Beyerle* am 3. März 1919, der den Bundesstaat als „Quelle des Völkerglücks" feierte. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 464, 467.

Stämmen“[4]) — insbesondere dem erwünschten Anschluß Österreichs[5]) — keine Schwierigkeiten bereiten sollte. Die Richtlinien der Partei vom 30. Dezember 1918 enthielten ein klares Bekenntnis zur Reichseinheit[6]) und zum föderalistischen Prinzip. Sie übergingen die Frage, ob die bisherige Reichs- und Ländergliederung mit der überkommenen preußischen Hegemonie und den zahlreichen Kleinstaaten beibehalten werden sollten. Der Satz „Dem Reich ist die ausschließliche Regelung der wehrpolitischen und außenpolitischen Fragen, den Bundesstaaten die ausschließliche Regelung der kirchen- und schulpolitischen Fragen vorbehalten“ bedeutete nur eine sehr allgemein umschriebene Kompetenzabgrenzung. Dennoch war deutlich genug, daß sich die Zentrumspartei in ihren Richtlinien gegen Bestrebungen festgelegt hatte, das neue Reich als Einheitsstaat zu organisieren.

Gegenüber einer Mehrheit der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung, die im Sinne ihrer Wähler unter den „bodenständigen, festansässigen Elementen der Mittel- und Kleinstädte und vor allem des Landes“[7]) das föderalistische Prinzip befürwortete, vermochte sich eine von vornherein eindeutig unitarisch eingestellte Minderheit in der Fraktion nicht durchzusetzen. Sie stützte sich auf südwestdeutsche Abgeordnete unter Führung Erzbergers und auf neugewählte Parlamentarier aus Arbeiter- und Gewerkschaftskreisen. Die Fraktionsmehrheit, zu der geschlossen die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei zählten[8]), erhielt starken Auftrieb durch den längst wieder erwachten Lebenswillen und gewachsenen politischen Einfluß der Einzelstaaten.

In engem Zusammenhang mit der Frage einer Neugliederung des Reiches stand die Frage nach Art und Umfang einer verstärkten Reichsgewalt, die durch den Übergang zur republikanischen Staatsform neu gestellt war. Die Zentrumsfraktion hat sich durchgängig für eine Stärkung der Reichsbefugnisse ausgesprochen, um die zentrifugalen Kräfte, „die zwangsläufig in jedem Föderativsystem vorhanden sind“[9]), nicht übermächtig werden zu lassen und um in der Lage zu sein, die vom Reich zu leistenden Reparationen und Kriegsfolgelasten überhaupt zahlen zu können. Besonders im deutschen Westgebiet sollte eine Schwächung der Reichsgewalt verhindert werden.[10]) Nach dem Wegfall der Dynastien und der früheren preußischen Hegemonie mußten neue Klammern

[4]) Vgl. die Richtlinien vom 30. Dezember 1918 bei *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 83.

[5]) Vgl. die Ausführungen von P. *Spahn* am 28. Februar 1919. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 377.

[6]) Am 7. März 1919 bezeichnete es der Abg. *Spahn* im Verfassungsausschuß als „eine der wichtigsten Aufgaben“ des Reichsjustizamts, „über die Reichseinheit zu wachen“. Vgl. Protokolle, S. 39.

[7]) So *Lauscher*, Weimarer Verfassung, S. 165.

[8]) Dazu vgl. *Schwend*, Bayern, S. 89, 102 f.

[9]) Vgl. *Lauscher*, Weimarer Verfassung, S. 167.

[10]) So *Stegerwald* am 21. Februar 1919 in der Nationalversammlung. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 264.

der Reichseinheit geschaffen werden. Der Einsatz für eine stärkere Reichsgewalt (mit der Folge, daß die Aufsichtsbefugnisse über die Länder erweitert wurden und bisherige einzelstaatliche Reservatrechte verschwanden) erzeugte wachsende Mißstimmung im Lager der Bayerischen Volkspartei, lieferte aber auch den Vorkämpfern der Rheinlandbewegung Wasser auf ihre Mühlen.

Im Zentrumslager bestand keine Einigkeit über die Kernfrage aller politischen Überlegungen beim Neubau des Reiches: ob bzw. in welchem Umfang und zu wessen Gunsten Preußen verkleinert oder gar zerschlagen werden sollte. Eine von verschiedenen Seiten analog dem Verfassungsentwurf der Regierung geforderte Zerlegung des größten Gliedstaats[11]) konnte für das Zentrum, dessen Wählerschaft sich zu fast 80 v.H. aus preußischen Provinzen rekrutierte, die Gefahr bedeuten, in einem großen Teil des preußischen Gebiets zu einer mehr oder weniger einflußlosen regionalen Partei herabzusinken. Damit wären zugleich die Katholiken in den östlichen Landesteilen Preußens in eine religiöse wie politische Diaspora-Situation hineingedrängt und der politische Zusammenhalt des gesamtdeutschen Katholizismus gelockert worden. Diese Überlegungen waren der Grund für den Einsatz des Preußischen Zentrums, jetzt so gut wie bei den Reichsreform-Debatten der späteren Jahre, zugunsten des ungeschmälerten preußischen Besitzstands. Ein weiterer Grund lag darin, daß das Zentrum als Mitträger der preußischen Koalition die Möglichkeit erhielt, auf die Verfassung, Politik und Verwaltung des weitaus größten Landes Einfluß nehmen zu können. Je mehr sich in den folgenden Jahren diese Regierungskoalition konsolidierte, um so weniger zeigte sich das Zentrum an einer Reichsreform interessiert.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Gröber, vermied es, in seiner ersten programmatischen Rede am 13. Februar 1919 in der Nationalversammlung auf das heikle Thema der Reichsgliederung einzugehen. Dazu hatte er um so mehr Grund, als die rheinischen Autonomieforderungen keineswegs zur Ruhe gekommen waren. Gröber brachte klar die föderalistische Einstellung der Fraktion zum Ausdruck und bekannte sich zu einer „demokratischen Republik auf föderativer Grundlage". Er lehnte einen „ungesunden Unitarismus" und eine „übertriebene Zentralisierung" ab, die den Aufschrei „Los von Berlin" ausgelöst habe, in dessen Zeichen jetzt „ganz ruhige und solide Bürger" Selbständigkeit und Selbstbestimmung verlangten.[12]) Der Zentrumspolitiker ging weder auf die Stichhaltigkeit dieser Forderungen ein noch auf die Frage, wieweit seine Fraktion die Zentralgewalt im einzelnen ausgedehnt wissen wollte. Er begnügte sich mit der rhetorischen Frage: „Warum soll man denn den deutschen Stämmen

[11]) In der Sitzung des Verfassungsausschusses am 5. März 1919 setzte sich der Abg. *Mausbach* für den Ausdruck „Gliedstaaten" ein (statt „Länder"), da dieses Wort „in glücklicher Weise den organischen Zusammenhang der Teile des Staatswesens" wiedergebe. Vgl. Protokolle, S. 26.

[12]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 54. In der *KV* Nr. 136 vom 18. Februar 1919 bezeichnete der Abg. *Heß* die Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verbande des Reiches als eine „Schicksalsfrage für ganz Deutschland", die nichts mit Parteiinteressen zu tun habe.

nicht das Recht lassen, daß sie ihre eigenen Angelegenheiten selbst ordnen, natürlich [...] in Unterordnung unter das Gesamtwohl des Reiches?" In der Zuständigkeit der Gliedstaaten wollten die Zentrumsabgeordneten in erster Linie alle kulturellen Belange belassen, da sie vom Reichstag mit seiner Linksmehrheit nicht die genügende Rücksichtnahme auf die historische Entwicklung erwarteten.[13])

Ebensowenig wie Gröber äußerte sich ein anderer Sprecher der Fraktion zur Frage einer Neugliederung des Reiches. Die Verfechter einer Zerschlagung Preußens mußten damit rechnen, daß sie zu diesem Zeitpunkt mit ihren Absichten provinziellen Selbständigkeitsbestrebungen in den Grenzgebieten des Reiches (aber etwa auch in Hannover) Vorschub leisten würden und damit außenpolitische Gefahren heraufbeschworen. Umgekehrt wollten die Befürworter einer Westdeutschen Republik ihre Ziele möglichst noch vor Abschluß des Friedensvertrags, bei dem das Schicksal des linken Rheinufers „eine hervorragende Rolle" spielen mußte[14]), verwirklichen. Sie glaubten, durch die Existenz eines von Preußen unabhängigen Rheinlands mildere Friedensbedingungen für Gesamtdeutschland erreichen zu können. Andere rheinische Zentrumsvertreter sahen in der auf legalem Wege und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts herbeizuführenden Bildung eines neuen deutschen Gliedstaats das sicherste Mittel, um französische und belgische Annexionspläne zu vereiteln.[15]) Das Problem der Reichsgliederung blieb vorerst für die Zentrumsabgeordneten aufs engste mit der Frage der Rheinlandbewegung verknüpft.[16])

Die weiterhin bestehende Unklarheit in der Zentrumsfraktion über Ziel und Weg einer Reichsneugliederung[17]) und das offizielle Schweigen zur Frage der Rheinlandbewegung führten dazu, daß die Agitation für die provinzielle Selb-

[13]) Vgl. *Gröbers* Ausführungen am 17. März 1919 im Verfassungsausschuß. Protokolle, S. 78.

[14]) So der Abg. Joseph *Kuckhoff*, Um die westdeutsche Republik, in: Allg. Rundschau Nr. 8 vom 22. Februar 1919, S. 103.

[15]) So der Abg. *Kastert* am 22. März 1919 in der Preuß. Landesversammlung. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 503 f. *Kastert* erklärte in diesem Zusammenhang: „Der feste und unbeirrbare Wille der deutschen Bewohner einer westdeutschen Republik, deutsch zu bleiben, würde Frankreich jedes Recht nehmen, unter dem durchsichtigen Vorwande, Preußen nicht als Nachbarn an seiner Ostgrenze dulden zu können, Teile der rheinischen Lande in irgendeiner Weise vom Reiche loszulösen. [...] Diese rein nationalen, vaterländischen, nach unserer Meinung den wahren Interessen Deutschlands im allgemeinen und der Länder am Rhein insbesondere gerecht werdenden Erwägungen haben uns zu unserer Stellungnahme veranlaßt und geben uns das beruhigende Bewußtsein, daß wir, das Richtige wollend und erstrebend, dem Deutschen Reiche in schwerster Stunde aufrichtig und treu gedient haben." Ebd., Sp. 504.

[16]) Am 19. Februar 1919 erbat *Adenauer* angesichts erneuten Drängens von Kölner Aktivisten in der Autonomiefrage von Trimborn in Weimar eine Mitteilung über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen „betr. Westdeutsche Republik", um sein Verhalten „entsprechend einrichten" zu können. Vgl. *Ilges-Schmid*, Hochverrat, S. 66. Die telegraphisch angekündigte Antwort *Trimborns* fehlt in den Akten.

[17]) Am 5. März 1919 warnte *Gröber* im Verfassungsausschuß davor, das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten juristisch anstatt politisch zu erfassen: „Das Wohl des Ganzen liegt auch im Wohle der Einzelstaaten. [...] Kontinuität der Entwicklung ist praktisch notwendig, braucht aber theoretisch nicht festgelegt zu werden." Vgl. Protokolle, S. 26.

ständigkeit einen ungestörten Fortgang nahm. Gegenüber erneutem rheinischen Drängen, besonders als Folge der „Kasinoversammlung" vom 10. März in Köln[18]), sah sich die Reichsregierung veranlaßt, am 12. März auf Antrag von Reichsminister Bell (Zentrum) der „Lostrennungsbewegung" mit allem Nachdruck entgegenzutreten und entsprechende Abwehrmaßnahmen zu beschließen (Aufklärung über die französische Propaganda, Belieferung des besetzten Gebiets mit Nahrungsmitteln, Abgabe einer Regierungserklärung).[19]) Einen Tag später verlas Scheidemann in der Nationalversammlung eine Regierungserklärung, die jeden französischen Versuch einer Losreißung links- oder rechtsrheinischen Landes ebenso verurteilte wie entsprechende „eigennützige Bestrebungen" einzelner Personen.

Die ohne Debatte erfolgte einstimmige Annahme dieser Erklärung[20]) resultierte aus einer voraufgegangenen Absprache Scheidemanns mit den rheinischen Abgeordneten, als deren Ergebnis der Regierungsentwurf abgeändert worden war. Trimborn und Kaas hatten Vorwürfe Scheidemanns wegen mangelnder „nationaler Gesinnung" von Anhängern der rheinischen Bestrebungen entschieden zurückgewiesen. Trimborn, der sich in diesem Zusammenhang gegen die Gründung einer Rheinisch-Westfälischen Republik ausgesprochen hatte („Ich habe mein ganzes Leben in Treue zum Reich gelebt und will in Treue zum Reich sterben"), konnte der Reichsregierung den Vorwurf nicht ersparen, sie habe die Frage der Rheinischen Republik „von oben herab" behandelt; das besetzte Gebiet müsse sich darauf einstellen, „es mit Frankreich nicht ganz zu verderben".[21]) Im Unterschied zu seinen rheinischen Fraktionskollegen ver-

[18]) Veranstaltet von „Freunden der Errichtung eines im Rahmen des Deutschen Reiches zu bildenden westdeutschen Freistaats der Länder am Rhein und in den angrenzenden Gebieten". Hier wurde gefordert, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts einen im „Verbande des Deutschen Reiches verbleibenden" westdeutschen Freistaat als „Friedensrepublik" zu bilden. Zu den Unterzeichnern der Resolution gehörten nicht nur Repräsentanten der Kölnischen Volkszeitung (K. Hoeber, F. X. Bachem, R. Bachem) und Kölner Zentrumspolitiker (Kastert, Kuckhoff, Maus, Mönnig), sondern auch Mitglieder der DDP und andere rheinische Bürger (F. Stier-Somlo, Verleger A. Hahn, Konsul H. v. Stein), allerdings auch Dorten. Vgl. *KV* Nr. 196 vom 11. März 1919; *Dorten*, La Tragédie Rhénane, S. 59 ff.; *Volz*, Novemberumsturz, S. 455. Einige Tage zuvor, am 7. März 1919, hatte eine Resolution der Osnabrücker Zentrumspartei von der Nationalversammlung die Bildung eines „Weststaates mit fester Verankerung im Reichsganzen" gefordert. Vgl. *KV* Nr. 197 vom 11. März 1919.

[19]) Bundesarchiv R 43 I/1348.

[20]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 776. Dazu kommentierte die *KV* Nr. 207 vom 14. März 1919: Wer den Bestrebungen zur Errichtung einer Westdeutschen Republik die Tendenz auf Loslösung der Rheinlande vom Reich unterschiebe, sage „bewußt die Unwahrheit". Die Zeitung beklagte sich über das mangelnde Verständnis für die besetzten Gebiete „drüben" im Reich: „Man läßt uns mit unsern Sorgen und Nöten allein." Ähnlich in *KV* Nr. 222 vom 20. März 1919 („Notwendige Feststellungen").

[21]) Nach Notizen *Haußmanns;* Nachl. Haußmann 36. Der von Haußmann wiedergegebene Satz seiner Aufzeichnung — Sprecher: Haußmann — lautete: „Sie [d. h. die Zentrumsabgeordneten] dürfen der Sozialdemokratie nicht die klarste Vertretung des deutschen Gedankens überlassen." Ferner eine Aufzeichnung (ohne Datum und Unterschrift) im Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2.

urteilte Erzberger die jüngsten Vorgänge in Köln, womit er der Bewegung in rheinischen Zentrumskreisen wesentlich Abbruch tat.[22])

Die erneut in den Vordergrund gerückte Rheinlandfrage kam wenige Tage später, am 19. und 20. März, im Rahmen der Debatten des Verfassungsausschusses über die Möglichkeit einer Neubildung von Ländern ausgiebig zur Sprache. Gegenüber scharfen Angriffen des deutschnationalen Abgeordneten Traub („Der Verdacht muß entstehen, daß ein neuer Staat gebildet werden soll, in dem das Zentrum die überwiegende Gewalt hat")[23]) entwickelte dabei der Trierer Abgeordnete Kaas noch einmal den Zentrumsstandpunkt zur Frage eines „Westdeutschen Freistaats".[24]) Dabei habe es sich nicht um eine Parteiaktion des Zentrums gehandelt, sondern um eine rheinische Aktion. Kaas wies den Vorwurf, ein „Pfaffenstäätchen" anzustreben, ebenso scharf zurück wie den Vorwurf des preußischen Justizministers Heine von der „Fahnenflucht von Preußen". Er bezeichnete es als Ziel des Rheinischen Zentrums, „den uns zustehenden Platz im neuen Deutschland" in einem Augenblick zu erlangen, in dem eine grundlegende Neuregelung des deutschen Reichsorganismus ohnehin vorgenommen werden müsse.

Unter Hinweis auf die „Pädagogik" Preußens, als deren Ergebnis jetzt die Rheinlande von Preußen wegstrebten, wollte Kaas aus innenpolitischen Gründen (um spontane Entladungen des Volkswillens zu verhindern) wie aus außenpolitischen Gesichtspunkten (Zunahme der französischen Propaganda; Notwendigkeit, die rheinische Reichsfreudigkeit zu stärken) der rheinischen Bevölkerung die legale Möglichkeit für eine „spätere Verwirklichung der rheinischen Wünsche" zugestanden wissen; in deren Sanktionierung durch ein Reichsgesetz sah er das gesamtdeutsche Interesse hinreichend gesichert.

Mit dieser Argumentation unterstützte Kaas einen entsprechenden Zentrumsantrag zur Frage der Loslösung eines Landesteils aus dem bisherigen Staatsverband und zur Neubildung von Ländern, den Trimborn zuvor im Verfassungsausschuß eingebracht hatte. Dort suchten die Vertreter der SPD und DDP die Möglichkeit einer solchen Neubildung, die der Verfassungsentwurf nicht vorgesehen hatte, dadurch zu erschweren, daß sie außer einer Volksabstimmung auch noch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz forderten (um damit den Status quo zu zementieren). Demgegenüber wollte das Zentrum nach einer voraufgegangenen Volksabstimmung die erforderliche Genehmigung durch einfaches Reichsgesetz erteilt wissen. Um von vornherein Zwergstaaten und „Grenzlächerlichkeiten" zu verhindern, sollten die neu zu errichtenden Freistaaten mindestens zwei Millionen Einwohner umfassen.[25])

[22]) Vgl. *KV* Nr. 194 vom 15. März 1919; *Brüggemann*, Rheinische Republik, S. 75; *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 37 f.

[23]) Vgl. Protokolle, S. 105.

[24]) Ebd., S. 105 f. Vgl. ebd., S. 108, die zustimmenden Äußerungen von *Mausbach*.

[25]) Antrag Nr. 35. Vgl. Protokolle, S. 89, 92 f.

Trimborn suchte mit seinem Antrag provinziellen Autonomiebestrebungen einen legalen Weg zur Verwirklichung zu verschaffen und regionalem Selbständigkeitsdrang ein Ventil zu öffnen. In einem reichsunmittelbaren Rheinland sah er die Möglichkeit einer weitaus „besseren und innigeren Verklammerung" dieses Gebiets mit dem Reich, als wenn das Rheinland „auf dem Umwege über Preußen nur reichsmittelbar" bliebe. Der rheinische Zentrumsführer hielt den Augenblick für gekommen, das Reich, dessen Interessen allein maßgebend sein müßten, durch eine föderalistisch geprägte „gesunde organische Gliederung" zu stärken.[26]) Die Mehrheit des Verfassungsausschusses einigte sich schließlich auf eine Formel (den späteren Artikel 18), die für eine Neugliederung von Ländern den positiven Ausgang einer Volksabstimmung und die Sanktionierung durch einfaches Reichsgesetz forderte. Für das Inkraftsetzen dieses Artikels wurde allerdings von der Parlamentsmehrheit, nicht zuletzt unter dem Eindruck des gescheiterten Dorten-Putsches vom 1. Juni, eine zweijährige Sperrfrist eingebaut (Art. 167).[27])

Die Zukunft mußte zeigen, ob Artikel 18 eine Warnungstafel für Preußen bedeuten konnte, seine „Zentralisierungsgelüste" nicht zu überspannen und der Eigenart der einzelnen Landesteile freieren Spielraum als bisher zu gewähren.[28]) Jedenfalls suchte die Zentrumsfraktion, die in der Frage der Reichsgliederung auch die Verhältnisse in Oberschlesien zu berücksichtigen hatte[29]), noch eine zweite Warnungstafel für das größte Land aufzustellen. Bei der Gestaltung des späteren Artikels 63 Abs. 1 (Vertretung der Länder im Reichsrat) fand ein Antrag Trimborns Annahme, wonach die Hälfte der preußischen Vertreter zum Reichsrat von den Provinzialvertretungen bestellt werden mußte.[30]) Ob der hierin vorhandene Ansatzpunkt für eine föderalistische Reichsgliederung eine

[26]) Vgl. *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 38: „Das Neue und Bedeutungsvolle an seinen Ausführungen war aber, daß er die rheinische Frage dem Problem Preußen-Deutschland bewußt unterordnete und die Loslösungsbestrebungen als einen Teil der auf die Neugliederung Deutschlands gerichteten Tendenzen begrüßte." Vgl. ferner *Cardauns*, Trimborn, S. 182, und den Nachruf von Konrad *Beyerle* auf Karl Trimborn, in: Allg. Rundschau Nr. 32 vom 6. August 1921, S. 405.

[27]) Am 10. Oktober 1923 entwickelte der DDP-Abg. *Heile* Vorschläge zur Bekämpfung des westdt. Separatismus und schrieb in diesem Zusammenhang an Reichskanzler Stresemann, er sei 1919 zum „Vater des Art. 18" geworden und habe sich dadurch ein „nationales Verdienst" erworben, „indem es nur so dem rheinischen Zentrum möglich gemacht wurde, [. . .] der separatistischen Bewegung Herr zu werden". Bundesarchiv R 43 I/39.

[28]) So *Lauscher*, Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 170.

[29]) Nach Carl *Ulitzka*, Der dt. Osten und die Zentrumspartei, in: Nationale Arbeit, S. 145, haben am Zustandekommen des Art. 18 die oberschles. Zentrumsabgeordneten „maßgebend mitgewirkt und durchgesetzt, daß auch Oberschlesien die Möglichkeit gegeben wurde, sich nötigenfalls von Preußen zu trennen".

[30]) Am 26. März 1919 erklärte *Trimborn* im Verfassungsausschuß: „Es ist uns unerträglich, zusehen zu müssen, daß die kleinen Staaten Einfluß auf die Gesetzgebung des Reichs haben und wir großen Provinzen davon ausgeschlossen sind; dieser Zustand wird immer unerträglicher, je mehr die Reichskompetenzen sich vermehren, das ertragen unsere Interessen nicht." Vgl. Protokolle, S. 154.

Entwicklungschance besaß[31]), ließ sich damals nicht absehen. Die Zentrumsabgeordneten rechneten zu diesem Zeitpunkt noch damit, daß die preußischen Provinzen in größerem Umfang das Recht zur Selbstverwaltung erhalten würden.[32])

Das galt nicht zuletzt für Oberschlesien, wo die Zentrumspartei einen besonders schweren Stand hatte angesichts der Tatsache, daß dort nach wie vor starke Kräfte zur Trennung vom Reich drängten. Die zunächst erhobene Forderung nach stärkerer Provinzial-Autonomie[33]), der Preußen nachgeben wollte, genügte schon bald nicht mehr. Am 13. August 1919 sah der Abgeordnete Ulitzka die Gefahr des Verlustes von Oberschlesien als so groß an, daß er von der Reichsregierung das Zugeständnis gliedstaatlicher Autonomie forderte, um entsprechenden polnischen Zugeständnissen zuvorzukommen und das Gebiet beim Reich zu erhalten. Selbst die Annahme des Art. 18 der Reichsverfassung verfehle in diesem kritischen Augenblick infolge der zweijährigen Sperrfrist ihre „werbende Wirkung".[34]) Während die Reichsregierung angesichts des Ernstes der Lage zur Gewährung der Autonomie bereit war, wehrte sich die preußische Regierung gegen ein derartiges Zugeständnis. Sie war allerdings bereit, einem oberschlesischen Landesausschuß das Recht einzuräumen, die Bevölkerung gegenüber der Reichsregierung „und gegebenenfalls auch der Entente" zu vertreten.[35]) Die Zentrumsabgeordneten ließen auch in der Folgezeit nicht von ihren Forderungen ab, ohne damit Erfolg zu haben.[36])

Obgleich es in der Folge bekanntlich nicht zu einer durchgreifenden Neugliederung oder Neubildung von Ländern kam, so bildete dennoch die vom

[31]) *Lauscher* sah (auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919) durch Art. 63 die preuß. Provinzen in „unmittelbare Beziehung zum Reiche" gesetzt, „ein sehr beachtliches Moment der Auflockerung des preußischen Staatsgefüges". Vgl. Bericht, S. 172.

[32]) Einige Jahre später war klar, daß der Einfluß Preußens im Reichsrat durch die Halbierung der preuß. Stimmen nicht geschmälert worden war. Vgl. Karl-Heinz *Schoppmeier*, Der Einfluß Preußens auf die Gesetzgebung des Reiches (Abhdl. zur Reichsverfassung, H. 4). Berlin 1929, S. 33.

[33]) So der Abg. *Ulitzka* in einem Schreiben vom 14. Juli 1919 an Reichskanzler Bauer. Bundesarchiv R 43 I/349.

[34]) Ebd. Als im Jan. 1920 die Ernennung eines Besatzungskommissars für Oberschlesien zur Debatte stand, schlug der preuß. Innenminister *Heine* am 20. Januar 1920 Ulitzka als den geeignetsten Kandidaten vor: „Herr Pfarrer Ulitzka ist durchaus deutsch gesinnt und nimmt im Kampfe des Deutschtums gegen die Polen eine so prominente Stellung ein, daß er als unbedingt zuverlässig gelten muß. Als katholischer Geistlicher, Vorsitzender der oberschlesischen Zentrumspartei und Mitglied der Nationalversammlung genießt er in den weitesten Kreisen der oberschlesischen Bevölkerung — auch der nichtkatholischen, wie ich besonders hervorheben möchte — großes Ansehen und dürfte unzweifelhaft der gesamten deutschen Bevölkerung Oberschlesiens als Besatzungskommissar genehm sein. Den Großpolen hingegen wird er um so mehr eine Gefahr sein, als er eine nennenswerte Energie mit Gerechtigkeitssinn paart und wegen seiner polnischen Abstammung sicherlich auch einem großen Teil der polnisch sprechenden Bevölkerung Oberschlesiens als Besatzungskommissar sympathisch sein dürfte." Ebd.

[35]) Sitzung des Reichsministeriums am 11. September 1919. Ebd.

[36]) Vgl. unten S. 343.

Zentrum erreichte Fassung des Artikels 18 das Ventil, um den Autonomiebestrebungen einen legalen Weg öffnen[37]), überstürzte Entschlüsse hinausschieben und die Agitation jener Kreise entscheidend lähmen zu können, „die den Autonomiegedanken hochverräterischen Zwecken dienstbar zu machen suchten".[38]) Auf welcher Seite die Mehrheit des Rheinischen Zentrums stand, ging aus dem Verlauf der überaus heftigen Rheinland-Debatten vom 22. bis 24. März in der Preußischen Landesversammlung hervor. Bei dieser Gelegenheit nahmen die Zentrumssprecher Kastert und Heß ausführlich zur rheinischen Bewegung Stellung, die nicht „ureigenste Zentrumssache" (Kastert) gewesen sei. Die Ausführungen beider Redner, die „nationale Erwägungen" in den Vordergrund rückten, gipfelten in den Schlußworten von Heß: „Wir sind deutsch gewesen und wir wollen und werden deutsch bleiben."[39])

Einer von der Mehrheit der Landesversammlung angenommenen Resolution (Antrag Nr. 101), die sich gegen alle Loslösungsbestrebungen von Preußen und insbesondere gegen eine Westdeutsche Republik aussprach, stimmte die Zentrumsfraktion allerdings nicht zu. Deren Mehrheit wollte sich nicht in dieser Form auf den unversehrten Weiterbestand des preußischen Staates festlegen lassen. Die Fraktion enthielt sich infolgedessen der Stimme mit der Begründung, daß das Zentrum wegen seiner Haltung in der Rheinlandfrage in verletzender Weise behandelt worden sei. Durch dieses Votum blieb nach außen hin die Geschlossenheit der Fraktion gewahrt, in der etwa ein Drittel der Abgeordneten zu den Förderern oder Anhängern der rheinischen Selbständigkeitspläne zählte.[40]) Die Mehrheit der Zentrumsabgeordneten war nicht bereit, den rheinischen Aktivisten, als deren Sprachrohr sich nach wie vor die „Kölnische Volkszeitung" betätigte, bei der Förderung ihrer Pläne Hilfe zu leisten. Der Standpunkt der Zentrumspolitik zu diesem Zeitpunkt — in dem die Friedensbedingungen noch ausstanden — lautete, „daß die Rheinlande deutsches Land bleiben und bei dem bevorstehenden Friedensschluß nicht zum Opfer gebracht werden wollen".[41])

Unmittelbar nach Abschluß der Rheinlanddebatten in der Landesversammlung erfolgte die Bildung der preußischen Koalition und Regierung nach dem Muster der Weimarer Koalition. Von diesem Zeitpunkt an kamen von seiten

---

[37]) Am 21. März 1919 konnte *Adenauer* dem Abg. Trimborn mitteilen, er habe zu seiner Freude von dem Abg. Meerfeld (SPD) erfahren, daß die Mehrheit des Verfassungsausschusses sich den Gründen, „die uns von Anfang an zu unserer Stellungnahme bewogen haben, nun nicht mehr länger" verschließe; falls es noch nicht zu spät sein sollte, so hoffe er, daß die Rheinlande „von der ihnen nunmehr gebotenen Möglichkeit [einer Volksabstimmung] Gebrauch machen werden". Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2.

[38]) So *Lauscher*, Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 170.

[39]) Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 569.

[40]) Mitteilung des Abg. *Stöcker* (KPD) vom 28. Mai 1919 (unter Bezug auf eine Äußerung von Heß) in der Preuß. Landesversammlung. Vgl. ebd., Sp. 1897 f. Ähnlich die Abg. *Dransfeld* in der *KV* Nr. 587 vom 28. Juli 1919. Dazu vgl. *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 40 f.

[41]) So der Abg. *Pfeiffer* am 10. April 1919. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 327, S. 918.

des Preußischen Zentrums keine Bestrebungen auf Loslösung des rheinischen Gebiets von Preußen mehr zur Sprache. Immer stärker spielte in Zukunft der Gedanke eine Rolle, daß sich eine Abtrennung der Westgebiete von Preußen nachteilig auf die kulturelle Stellung des gesamtdeutschen Katholizismus auswirken würde, der damit außerhalb des rheinisch-westfälischen Gebiets im öffentlichen Leben „fast zur Ohnmacht" verurteilt sein würde.[42])

[42]) So *Faßbender*, Westdeutschland, S. 29.

b) Schulfragen

> „[. . .] denn es handelt sich um die Erziehung der Jugend, um diejenige Frage, in der es ein Weichen und Wanken in den Grundsätzen bei uns unter keinen Umständen geben kann und geben wird."
>
> Germania Nr. 569 vom 11. Dezember 1919.

Die bei den Sozialdemokraten und Demokraten vorhandene Tendenz zum Einheitsstaat bezog auch die reichsgesetzliche Regelung der Kirchen- und Schulfragen mit ein. Das Zentrum hingegen wollte seiner Tradition entsprechend die Zuständigkeit für diese Materien und deren Regelung zunächst den einzelnen Ländern und Landesparlamenten überlassen. Dieser Plan wurde jedoch aufgegeben, sobald sich herausstellte, daß das radikale kulturpolitische Vorgehen „gewisser Gliedstaaten"[1]) — in erster Linie Preußens — keineswegs ein Ende gefunden hatte. Damit tauchte für die Zentrumsabgeordneten die Frage auf, ob sich nicht künftighin die von ihnen vertretenen kultur- und kirchenpolitischen Belange besser mit Hilfe reichsgesetzlicher Regelungen sichern lassen würden. Die Frage wurde sehr rasch positiv entschieden. Dabei mußte man jedoch in Kauf nehmen, daß sich die vom Zentrum erhobenen Forderungen nur auf einer vom parlamentarischen Kompromiß vorgezeichneten politischen Mittellinie verwirklichen lassen würden. Spätere Zeugnisse erweisen, daß über die Grenzen des auf diese Weise Erreichbaren nicht überall realistische Vorstellungen herrschten.

Die Sorge vor künftigen Kulturkämpfen in katholischen Diasporagebieten Sachsen, Hamburg und Braunschweig, wo noch vor der Publikation der Reichsverfassung der Versuch unternommen wurde, vollendete schulpolitische Tatsachen zu schaffen, war keineswegs unberechtigt. Aber nicht nur Länderregierungen und Linksparteien, sondern auch gut organisierte Lehrervereine gaben ihrem Mißtrauen gegen vermeintliche konfessionelle „Ansprüche" lautstark Ausdruck und liefen Sturm gegen eine reichsgesetzliche Anerkennung der Konfessionsschule. Um so mehr versuchte daraufhin das Zentrum, durch die Grundsatzgesetzgebung des Reiches entsprechende Sicherungen zu erreichen und auf diese Weise radikale „Schulreformen" einheitlicher und erfolgreicher ihres

[1]) So *Mausbach*, Kulturfragen, S. 84.

„antichristlichen Charakters" entkleiden zu können.[2]) Dabei rechnete die Partei damit, daß es eine Mehrheit der SPD- und DDP-Abgeordneten im Sinne einer Äußerung von Friedrich Naumann: „Wir haben jetzt wahrhaftig anderes zu tun, als Kulturkampf zu führen!"[3]) nicht auf ernsthafte, die Koalition gefährdende Auseinandersetzungen ankommen lassen werde.

Im Mittelpunkt der parlamentarischen Debatten der ersten Lesung der Schulartikel (31. März bis 4. April) standen die Zentrumsforderungen nach einer verfassungsrechtlichen Sicherung der konfessionellen Schule und der Privatschule, deren Existenz besonders in den Diasporagebieten gefährdet war. Sie stießen bei den Abgeordneten der DDP und bei einigen der DVP — ganz abgesehen von denen der Linksparteien — auf stärksten Widerspruch. In diesen Forderungen sahen sich die Zentrumsvertreter von den Deutschnationalen unterstützt. Allerdings verfügten SPD und DDP, letztere als die eigentliche „Kulturkampfpartei der Tat"[4]), über eine gerade in den kulturpolitischen Fragen zuverlässige Mehrheit. Sie ließ es vorerst aussichtslos erscheinen, das erstrebte konfessionelle Schulideal verfassungsrechtlich verankern zu können. Die in dieser Frage unterschiedliche Landesgesetzgebung erschwerte eine reichseinheitliche Regelung. Bessere Aussichten bestanden hingegen für die Sicherung der Unterrichtsfreiheit (Privatschulen), für die man auf entsprechende Artikel in der Frankfurter Reichsverfassung und in der preußischen Verfassung von 1850 zurückgreifen konnte.

Die ersten Anträge der Zentrumsvertreter Ende März 1919 zielten darauf ab, den Religionsunterricht als „ordentliches Lehrfach", d. h. als Pflichtfach, für alle Schulen zu deklarieren und das Recht zu verankern, Privatschulen gründen und besuchen zu können.[5]) Die Sicherung des Religionsunterrichts sollte eine erste Bresche in die von der Linksmehrheit gebildete Front mit ihrer Forderung nach Trennung von Staat und Kirche schlagen. Ein Antrag, wonach der Reli-

[2]) So *Rheinländer*, Zentrum und Schulpolitik, S. 5. Dazu *Rosenberg*, in: Kirchl. Handb. 19, 1919/20, S. 102. Zu diesem Kapitel vgl. demnächst die Berliner phil. Diss. (1966) von Günther *Grünthal*, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik.

[3]) Das Wahlergebnis im Reich, in: Die Hilfe Nr. 5 vom 30. Januar 1919, S. 54.

[4]) So *Rheinländer*, Zentrum und Schulpolitik, S. 6. Vgl. *Naumann* (s. die vorige Anm.): „Es wirken [in der DDP] alte Konfessionsgegensätze durch allen Wandel der Dinge hindurch weiter."

[5]) In der Sitzung des Verfassungsausschusses am 3. April 1919 erklärte *Gröber:* „Von unserem Standpunkte aus ist eine konfessionelle Gestaltung der Volksschule das richtige. Wir sind aber der Meinung, daß sich über diese Frage in der Reichsverfassung eine allgemeine Bestimmung wegen der Verschiedenartigkeit der Gesetzgebung, die schon in den einzelnen Ländern bereits besteht, nicht treffen läßt. Nur über den Punkt muß vollständige Einheitlichkeit in der Regelung bestehen, daß in jeder öffentlichen, der Zwangspflicht unterliegenden Volksschule Religionsunterricht im Interesse der einzelnen Konfessionen und der allgemeinen Kultur erteilt werden muß. [. . .] Wenn wir hier den Ausdruck ‚ordentliches Lehrfach' gebrauchen, so ist es nicht bloß von redaktioneller Bedeutung. Wir betrachten es vielmehr als eine Notwendigkeit, den Religionsunterricht als Pflichtfach für die Schule zu bezeichnen, in dem Sinne, daß die Schule verpflichtet ist, dieses Fach lehren zu lassen, aber nicht in dem Sinne, daß die Schüler genötigt sind, den Religionsunterricht zu besuchen." Vgl. Protokolle, S. 209.

gionsunterricht als ordentliches Lehrfach gelten und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft erteilt werden sollte[6]), gelangte dadurch zur Annahme, daß das Zentrum mit tatkräftiger Hilfe von Friedrich Naumann — gegen starke Widerstände in seiner Fraktion[7]) — die Stimmen der DDP gegen die der SPD gewinnen konnte. Das gleiche Verfahren gelang allerdings nicht in der Frage der Privatschulen.

Die Aufnahme des von linksgerichteten Kreisen geforderten „allgemeinen Moralunterrichts" oder „religionsgeschichtlichen Unterrichts" wurde verfassungsmäßig für alle Schulen mit Ausnahme der religionslosen Schulen ausgeschlossen. In Anerkennung der Gewissensfreiheit stimmten die Zentrumsabgeordneten zu, jeden Lehrer selbst darüber entscheiden zu lassen, ob er Religionsunterricht erteilen wolle oder nicht.[8]) Die Erziehungsberechtigten sollten über die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht und an kirchlichen Feiern entscheiden. Die von der Linksmehrheit gemachten Zugeständnisse hinsichtlich des Religionsunterrichts sollten dem Zentrum den Hauptgrund seines Eintretens für die Privatschule, also die „Ausschaltung des religiös-konfessionellen

---

[6]) Dazu vgl. *Mausbach*, Religionsunterricht und Kirche, passim. — Am 6. April 1919 gab der Abg. *Mausbach* aus Weimar folgende Zwischenbilanz an W. Marx: „Wir haben natürlich nicht alles, aber doch manches erreicht. [. . .] Die Festlegung der simultanen ‚Grundschule' für Deutschland haben wir verhindert (der Ausdruck ‚für alle Bekenntnisse' ist gestrichen worden), auch den Religionsunterricht als ‚ordentliches Lehrfach in den Schulen' — also auch auf den höheren — gerettet. Das ‚ordentlich' habe ich genau fixiert: ‚pflichtmäßige, abgesehen von den gleich folgenden gesetzlichen Ausnahmen'. [. . .] Die kirchliche *Leitung* des Religionsunterrichts war nicht durchzusetzen — *in dieser Form;* der Ausdruck ‚in Übereinstimmung mit den Lehren und *Satzungen* der betreffenden Kirchen' schließt aber — nach der Verfassung der katholischen Kirche — die Notwendigkeit der ‚missio canonica in irgendeiner Form' ein, wie gleichfalls von den Gegnern anerkannt wurde. Am wenigsten befriedigend scheint die Fassung betreffend der Privatschulen; auch die Gewährung von öffentlichen Zuschüssen haben wir nicht durchgesetzt." Mausbach riet Marx, der gleichzeitig auch der Preuß. Landesversammlung angehörte, die Hauptaktion auf Preußen zu richten. Nachl. Marx VII.

Vierzehn Tage später, am 20. April 1919, hieß es, wiederum in einem Schreiben *Mausbachs* an Marx (ebd.): „Dem hochwürdigen Herrn [Bischof] von Paderborn habe ich in dieser Woche mündlich berichtet, ebenso unserem Bischof [von Münster]; sie waren mit unserer Haltung ganz einverstanden. Sie haben ganz recht: der Ausdruck ‚für alle gemeinsame Grundschule' entspricht nicht dem, was wir gefordert hatten, und ich hatte vor, als der Text am anderen Morgen vorlag, gleich Aufklärung zu fordern. Aber Haußmann, der in der Sache sehr objektiv war, riet mir, es nicht zu tun, da durch die Debatte unsere Absicht und der Wille der Mehrheit, uns entgegenzukommen, sichergestellt sei. Ich warte nur auf den gedruckten Bericht darüber; eventuell werde ich mit Gröber, Spahn usw. bei der 2. Lesung im Ausschuß eine Klarstellung beantragen.

Bezüglich des Religionsunterrichtes hatte Gröber den Ausdruck ‚ordentliches Lehrfach' in irgendeiner Verfassung gefunden. [. . .] Daß der Satz in einen Nebensatz verwandelt und mit der ‚Schulgesetzgebung' verbunden wird, schien uns unangenehm, aber nicht bedenklich. Die Umschreibung der ‚Leitung' (durch die Kirchen) hat eine besonders interessante Genesis. Der Ausdruck ‚gemeinschaftliche' kommt niemals vor, ist ein Druckfehler. Bezüglich der Unterrichtsfreiheit (Privatschule) habe ich doch noch einige Hoffnung auf Verbesserung; freilich an ‚ordentliche Zuschüsse' wage ich kaum mehr zu denken."

[7]) Vgl. *Heuss*, Naumann, S. 480.

[8]) So die Formulierung des Abg. *Marx* in einem Artikel „Hat die Zentrumspartei in Kulturfragen versagt?", in: *WAZ* Nr. 22 vom 29. Mai 1920.

Elements in den öffentlichen Schulen", nehmen und ihm damit den Verzicht auf die Privatschule erleichtern.[9]) Die gleiche Linksmehrheit erhob Anfang April die Simultanschule (als „religionslose", für alle gemeinsame Schule) zur einzig zulässigen Schulform. Dieses Vorgehen der Mehrheit des Verfassungsausschusses unterhöhlte nach Ansicht der Zentrumsabgeordneten die Rechtsbasis der Bekenntnisschule.[10])

Die Fraktion sah sich einem Proteststurm ihrer Wählerschaft ausgesetzt, so daß sich die Abgeordneten — mit einem hoffnungsvollen Blick auf die von ihnen mitgetragene Regierungskoalition — zu einer veränderten Taktik entschlossen.[11]) Bei der zweiten Lesung der Schulartikel am 18. Juni versuchte die Zentrumsfraktion, eine verfassungsmäßige Garantie der Bekenntnisschule und eine stärkere Sicherung der Privatschule zu erreichen.[12]) Als Minimalziel sollte mit Hilfe des elterlichen Antragsrechts die Möglichkeit verankert werden, Bekenntnisschulen errichten zu können. Zu diesem Zweck verwies der Abgeordnete Mausbach im Verfassungsausschuß auf die erhebliche politische Bedeutung der Schule für die abgetretenen — in ihrer großen Mehrheit katholischen — Gebiete; er kritisierte das Beispiel Sachsens, wo die Konfessionsschule von Minderheiten „zerstört" worden sei: „Wir wollen nur das Recht der Glaubensfreiheit christlich denkender Eltern unterstützen, und zwar nicht bloß der katholischen, sondern auch der evangelischen Mehrheiten und solcher Minderheiten, die die Größe haben, daß sie schultechnisch ohne Störung des Schulbetriebs berücksichtigt werden können." Die Fraktion wollte nach den Worten ihres Sprechers diesen Schutz ausdrücklich auch für die Israeliten gesichert wissen.[13])

Die Majorität des Verfassungsausschusses ließ sich jedoch weder durch Hinweis auf das „historische Recht" der Bekenntnisschule noch durch die Bezugnahme auf Gewissensfreiheit und Elternrecht, weder durch die Sorge um die katholischen Landesteile in den Grenzgebieten des Reiches noch durch moralischen Druck auf den SPD-Koalitionspartner[14]) zu einer Konzession bewegen.[15])

---

[9]) Vgl. *Lauscher*, Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 181.

[10]) Vgl. *Mausbach*, Kulturfragen, S. 86.

[11]) Vgl. *Rheinländer*, Zentrum und Schulpolitik, S. 8 f.: „Nicht bloß die Pflicht gegenüber seinem Programm und seinen Vorfahren in der Partei, auch die Verantwortung gegenüber seinen Wählern, die gerade wegen der Gefährdung der christlichen Schule das Wählen zur Nationalversammlung als heilige Pflicht betrachtet und das Höchste an Opfern und Anstrengungen geleistet hatten, zwang das Zentrum, verfassungsmäßige Garantien für die Erhaltung der konfessionellen Schule zu fordern."

[12]) Aus der Sicht des DDP-Abg. *Haußmann* wollte das Zentrum von den Kirchen- und Schulparagraphen „Stücke wegreißen". Vgl. *Haußmann*, Schlaglichter, S. 289.

[13]) Vgl. Protokolle, S. 524. In diesem Zusammenhang äußerte *Mausbach* u. a.: „Wir wollen Licht und Luft ebenso für die Simultanschule wie für die anderen Schularten in Deutschland."

[14]) *Mausbach* erklärte, das Zentrum sei der Sozialdemokratie „in sozialen Dingen entgegengekommen und [. . .] bereit, weiter in dieser Richtung mitzuarbeiten". Ebd., S. 525.

[15]) Dazu vgl. *Rheinländer*, Zentrum und Schulpolitik, S. 10.

Im Gegenteil wuchs die Gefahr, daß sich die Stellung des Religionsunterrichts auf Drängen der sächsischen Regierung, der liberalen Lehrerschaft und der SPD hin noch verschlechtern würde. Die parlamentarischen Verhältnisse ließen es für das Zentrum ausgeschlossen erscheinen, durch weiteren Sturmlauf in der Öffentlichkeit die Linksmehrheit umstimmen zu können.

In diesem für das Zentrum schwierigen Stadium der Beratungen traten die Demokraten aus der Regierungskoalition aus (20. Juni). Durch die Neubildung der Regierung allein aus Vertretern der SPD und des Zentrums ergab sich eine „vollständig neue Lage".[16]) Für die Teilnahme der Zentrumsfraktion an der schwarz-roten Koalition in einem Augenblick höchster außenpolitischer Gefährdung (Entscheidung über die Annahme des Versailler Vertrags) sicherten die Sozialdemokraten nach einem entsprechenden Vorstoß Gröbers bei Ebert zu[17]), dem Koalitionspartner in der Schulfrage entgegenzukommen.[18]) Der nach der Regierungsneubildung als Äquivalent für die von der Partei übernommene größere Verantwortung gesteigerte politische Einfluß des Zentrums wurde von der Fraktion sofort für die wichtigste Frage der Kulturpolitik „voll ausgenutzt".[19])

Die Fraktion setzte „alle ehrlichen Mittel der Überzeugung und der politischen Macht" in vertraulichen Besprechungen und Ausschußverhandlungen ein[20]), einschließlich der Drohung des Austritts aus der Regierung.[21]) Obwohl sich die Grundauffassungen von Zentrum und Sozialdemokratie über die Schulfrage auch weiterhin diametral gegenüberstanden[22]) — und die SPD-Fraktion sogar für die Herausnahme der Grundrechte aus der Verfassung eintrat —, gelang es der „politischen Zwangskonstellation"[23]), die kulturpolitischen Gegensätze für kurze Zeit zu entschärfen. Die Zentrumsvertreter zwangen den Koalitionspartner durch die Vorlage von nicht weniger als 16 Entwürfen[24]) zu einem Entgegenkommen. Als erste Frucht dieser Diskussionen, deren Verlauf noch nicht näher zu rekonstruieren ist, fand am 15. Juli ein Antrag Löbe-Gröber

---

[16]) So der Abg. *Kaas* am 16. September 1919 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. Bericht, S. 119.

[17]) Vgl. *Schulz*, Leidensweg, S. 42 f.

[18]) Vgl. *Landé*, Schule, S. 40 Anm. 64: „In welcher Weise das im einzelnen geschehen ist, ist authentisch nicht festzustellen."

[19]) So *Mausbach*, Kulturfragen, S. 88.

[20]) So wurde dieser Vorgang in einem „von besonderer Seite" stammenden Artikel der *KV* „Wer hat die konfessionelle Schule gerettet?" am 31. Mai 1920 umschrieben (Nr. 411).

[21]) Nach den Erinnerungen von W. *Marx*. Nachl. Marx VII.

[22]) Vgl. *Germania* Nr. 332 vom 24. Juli 1919. In diesen Zusammenhang gehört auch die scharfe Zurückweisung, die *Heß* am 9. Juli 1919 dem preuß. Kultusminister Haenisch (SPD) erteilte: „Man macht [. . .] wieder die Beobachtung, daß es gerade das gegenwärtige Kultusministerium [in der Schulfrage] für angebracht hält, uns hier zu wiederholten Malen mit Zündstoff zu kommen, der in der gegenwärtigen Zeit klüger vermieden würde." Sitzungsberichte, Bd. 4, Sp. 3233.

[23]) So *Kaas* am 16. September 1919 (s. Anm. 16).

[24]) So *Mausbach* in der *KV* Nr. 318 vom 28. April 1924.

über die Errichtung von Privatschulen eine Mehrheit; er erhielt in Artikel 147 der Reichsverfassung seine endgültige Gestalt.

Ein anderer Teil dieses sogenannten „ersten Weimarer Schulkompromisses", der von Vertretern beider Fraktionen (vom Zentrum: Gröber, Hitze, Mausbach, Burlage und Rheinländer) ausgehandelt worden war, betraf die Gestaltung der Bekenntnisschule, deren Errichtung auf Grund des Elternwillens möglich gemacht wurde. Damit war das Elternrecht grundsätzlich verankert, während das Nähere ein „baldigst zu erlassendes" Reichsschulgesetz regeln sollte. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes sollten die bestehenden Vorschriften in Kraft bleiben. Die Fraktion des Zentrums stimmte diesem Kompromiß geschlossen zu[25]), die der SPD mit Mehrheit. Die „durchaus erträgliche Regelung"[26]) dieses Schulkompromisses war angesichts der Mehrheitsverhältnisse ein beachtliches Ergebnis.[27])

Die am 18. Juli im Plenum erfolgte Annahme dieses Kompromisses[28]), den aus jeweils anderen Gründen die Abgeordneten der DDP — die sich zudem als frühere Koalitionspartner übergangen und desavouiert fühlten — wie die der Deutschnationalen ablehnten, fiel auch dem Zentrum nicht leicht, da zunächst die bekenntnisfreie „weltliche" Schule als Regelschule galt. Man wollte jedoch unter allen Umständen die „Gewissensfreiheit im modernen Staate" respektieren[29]) und dem „neuen demokratischen, freiheitlichen Deutschland", d. h. in erster Linie den katholischen Staatsbürgern und der eigenen Partei, einen Kulturkampf ersparen.[30])

Als jedoch sogleich radikale Schulreformer zusammen mit einem großen Teil der Presse gegen die „Preisgabe der modernen Einheitsschule" Sturm liefen, stellte es sich innerhalb von wenigen Tagen heraus, daß die Annahme des ersten Schulkompromisses im Plenum einer knappen Zufallsmehrheit — insbesondere wegen des Fehlens der meisten DDP-Abgeordneten, die zum Parteitag nach Halle abgereist waren — zu verdanken gewesen war. Da im Plenum zudem nur

---

[25]) Im Plenum der Nationalversammlung erklärte der Fraktionsvorsitzende *Gröber* am 18. Juli 1919, die Fraktion habe sich „einmütig" für die „soziale Einheitsschule" ausgesprochen. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1683. In der *KV* Nr. 558 vom 19. Juli 1919 begründete *Mausbach* im einzelnen den „Ausgleich in der Schulfrage".

[26]) So *KV* Nr. 552 vom 17. Juli 1919. Positiver urteilte *Mausbach*, der sie als „eine der besten dieser Formeln" bezeichnete; am 22. Januar 1920 auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums. Offizieller Bericht, S. 115.

[27]) *Lauscher* erklärte in einem Vortrag am 16. Januar 1921: „Diese Lösung war nach Lage der Sache die verhältnismäßig allerbeste, welche zu erreichen war." Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 321.

[28]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1715 ff. Dazu *Landé*, Schule, S. 43.

[29]) So *Mausbach*, Kulturfragen, S. 92.

[30]) Noch wenige Tage vorher hatte die *Germania* Nr. 308 vom 10. Juli 1919 gegen die in Preußen versuchte „Herausdrängung der Kirche aus der Schule" protestiert unter der Überschrift „Ein neuer Kulturkampf". Vgl. auch die Äußerungen von *Brauns* am 25. Juli 1919 in der Nationalversammlung. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1898.

ein Teil der SPD-Abgeordneten dem Kompromiß zugestimmt hatte, war unschwer vorauszusehen, daß in der dritten Lesung eine für das Zentrum ungünstigere Formel (Monopol der Simultanschule) mit erheblicher Mehrheit zur Annahme gelangen würde. Um dieser „schlimmsten aller Eventualitäten“[31]) vorzubeugen und um nicht „alles Kirchlich-Religiöse“ preiszugeben[32]), mußte sich das Zentrum auf neue Verhandlungen, insbesondere mit der DDP, einlassen. Deren Abgeordnete bildeten das Zünglein an der Waage und verstanden ihre Situation zu nutzen.[33])

Das Ergebnis dieser Verhandlungen, deren Verlauf ebenfalls nicht genau zu rekonstruieren ist[34]), führte am 30. Juli zu dem sogenannten „zweiten Schulkompromiß“ (Antrag Löbe-Gröber-Schiffer), dem die Zentrumsabgeordneten nur mit schweren Bedenken zustimmten. Er wurde am folgenden Tage von der Mehrheit der Nationalversammlung in dritter Lesung angenommen und fand so Eingang in die Verfassung. Er bedeutete eine erhebliche Abschwächung und „bedauerliche Verschlechterung“[35]) der ursprünglichen Zentrumsforderungen, da die „für alle gemeinsame Grundschule“ — also die Simultanschule im weitesten Sinne — als Regel und demgegenüber die konfessionelle Schule als Ausnahme festgelegt war. Die Bekenntnisschule mußte von den Erziehungsberechtigten eigens beantragt werden.[36]) Immerhin bildete das damit verfassungsmäßig anerkannte, wenngleich gegenüber der früheren Fassung abgeschwächte elterliche Antragsrecht eine Grundlage, die für die christliche Erziehung „wertvolle Sicherungen“ bieten konnte.[37]) Als vorteilhaft mußte gelten, daß hinter diesem Kompromiß eine große Mehrheit stand einschließlich der Deutschnationalen. (Deren Zustimmung wurde jedoch praktisch dadurch entwertet, daß die DNVP-

[31]) So *Lauscher*, Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 185. Nach *Heuss*, Naumann, S. 481, wurde die Regelung der Schuldinge zur „parteipolitischen Kernfrage“.

[32]) So *Mausbach* in *KV* Nr. 318 vom 28. April 1924.

[33]) Vgl. *Rheinländer*, Zentrum und Schulpolitik, S. 14. Am 15. Juli 1921 sprach der Abg. *Lauscher* von der „eigenartigen Position“ der DDP in Weimar, die diese Partei ausgenutzt habe. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 2853.

[34]) Vgl. *Fauth*, Der Kampf um die Schule, S. 60 f.

[35]) So *Marx* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 in Köln. Vgl. Bericht, S. 149. Ähnlich *Mausbach* am 22. Januar 1920 auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums. Vgl. Offizieller Bericht, S. 115.

[36]) Damit war nach *Heuss*, Naumann, S. 481, die Gemeinschaftsschule wieder aus ihrer „Aschenbrödelrolle“ herausgeholt. Am 19. Februar 1920 erklärte der Zentrumsabgeordnete *Gottwald* in der Preuß. Landesversammlung, die „katholische und evangelische Schule“ sei ein Glied bzw. eine Modifikation der „nationalen Einheitsschule“, aber keine Ausnahme: „Und der Unterschied zwischen dem Schulkompromiß der zweiten und dritten Lesung besteht nur darin, daß in der zweiten Lesung dieser konfessionellen Schule ein Recht gegeben war, während ihr in der dritten Lesung ein Anspruch eingeräumt worden ist, über den entschieden werden muß. Daß diese erhebliche Verschlechterung eingetreten ist, ist zum guten Teil die Schuld der Herren von der Deutschnationalen Partei, die [. . .] gegen das Schulkompromiß der zweiten Lesung gestimmt haben.“ Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 9541 f.

[37]) So *Mausbach* in der *KV* Nr. 608 vom 6. August 1919.

Fraktion noch am gleichen Tage die Verfassung als Ganzes ablehnte).[38]) Bis zum Erlaß des vorgesehenen Reichsgesetzes, in dem „das Nähere" geregelt werden sollte, blieb es bei der in den einzelnen Ländern bestehenden unterschiedlichen Rechtslage.[39])

Diese wurde vom Standpunkt des Zentrums aus verständlicherweise nicht als besonders günstig[40]), aber auch nicht in einem derartigen Maße als unbefriedigend empfunden, wie es z. B. bei Bachem erscheint[41]), der die Verfassungswirklichkeit zu wenig berücksichtigt. Wie sehr der Einsatz des Zentrums für die Konfessionsschule mit der Gefährdung der Existenz bzw. Geschlossenheit der Partei in Zusammenhang stand, wird noch vielfach zu zeigen sein. Einen wesentlichen Aspekt dieses Sachverhalts faßte ein Delegierter, der spätere Reichstagsabgeordnete und Referent für das Reichsschulgesetz, Pfarrer Offenstein, auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums wenige Monate später sehr deutlich in die Worte: „Durch den Verlust der Konfessionsschule verlieren wir [gemeint: in der Diaspora] auch einen großen Teil unserer Wählerschaft."[42]) Bekanntlich ist das von der Verfassung geforderte Reichsschulgesetz, das sich in der Folge mehr und mehr als innenpolitischer Ballast erweisen sollte, trotz verschiedener Anläufe niemals zustande gekommen. Von seinem „Leidensweg", der nicht zuletzt aus einer politisch motivierten „Freiheit der Paragraphenausdeutung" herrührte[43]), wird noch zu sprechen sein.

Mit der Annahme der Verfassung erhob sich im katholischen Deutschland wie im innerparteilichen Lager des Zentrums scharfe Kritik an der Haltung der Zentrumsfraktion in der Schulfrage[44]), der eine Preisgabe „christlicher Belange",

[38]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 in Köln erklärte *Marx:* „Es verdient aber auch mit aller Schärfe nun einmal darauf hingewiesen zu werden, daß wir jetzt mit Demokraten und Sozialdemokraten das erreicht haben, was wir in jahrelangen mühsamen Verhandlungen mit den Konservativen niemals haben fertig gebracht." Vgl. Bericht, S. 149.

[39]) Dazu vgl. *Mausbach*, Kulturfragen, S. 10 Anm. 1: „Tatsächlich war die staatliche Anerkennung und Rechtsstellung der konfessionellen Schule [. . .] in Preußen bisher eine so günstige wie in keinem andern Lande der Welt, vielleicht Spanien ausgenommen." Ebd., S. 85: „Während Bayern, Württemberg, der größte Teil Preußens usw. die konfessionelle Schule hatten, bestand in Baden, Hessen, Nassau, Westpreußen die Simultanschule mehr oder weniger als gesetzliche Regel."

[40]) 1932 bezeichnete der Abg. *Schreiber* die entsprechende Ländergesetzgebung als „im großen und ganzen gesehen" immerhin befriedigend. Vgl. Regierung ohne Volk. Köln 1932, S. 116.

[41]) Vgl. Zentrumspartei, Bd. 8, S. 325.

[42]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 135 (22. Januar 1920).

[43]) So *Heuss*, Naumann, S. 481. Der langjährige DNVP-Abg. *Mumm* schrieb später (Der christlich-soziale Gedanke. Berlin 1933, S. 102): „Es dürfte zutreffen, was mir damals [1919] von [. . .] Haußmann gesagt wurde: man habe mit Absicht hier und da Worte [im Text des 2. Schulkompromisses] gewählt, die je nach der späteren politischen Gesamtlage eine verschiedene Auslegung zuließen."

[44]) In der *KV* Nr. 605 vom 5. August 1919 setzte sich *Marx* mit solchen Besorgnissen auseinander, wobei er mit optimistischen Erwartungen dem Reichsschulgesetz entgegensah, das man für den kommenden Winter erwartete. Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 in Köln gab *Kaas* zu, daß eine „Verschlechterung" des ersten Schulkompromisses vorliege, wenngleich die Kritik daran „zu scharf" gewesen sei. Vgl. Bericht, S. 121.

erkämpfter Errungenschaften (im preußischen Volksschulunterhaltungsgesetz von 1906) und programmatischer Forderungen zum Vorwurf gemacht wurde. Diese Kritik ging teilweise so weit, daß sie die Ablehnung des zweiten Schulkompromisses selbst um den Preis eines Bruchs der Koalition für erforderlich gehalten hätte. Nur ganz allmählich vermochte sich — mit Ausnahme der Katholiken im deutschnationalen Lager, die aus dieser Kritik zu einem großen Teil ihr politisches Sonderdasein rechtfertigten — die Überzeugung durchzusetzen, daß die Weimarer Lösung das „Höchstmaß des Erreichbaren" auch für die kirchlichen Interessen und katholischen Schulforderungen bedeutete.[45]) Mit Sicherheit wäre der zweite Schulkompromiß ohne Mitarbeit des Zentrums ungünstiger ausgefallen.[46]) Der Abgeordnete Brauns umschrieb diesen Sachverhalt im Herbst 1919 mit dem Satz: „Wenn wir nicht auf den Boden der Toleranz getreten wären, würden wir überhaupt nichts erreicht haben."[47])

In der von nun an nicht mehr abreißenden Diskussion um die Schulfrage zeigte sich am frühesten die Überschätzung des politischen Einflusses der katholischen Parlamentarier, deren Minderheiten-Position immer wieder in Vergessenheit geriet. Auf der anderen Seite bildete die für die Zentrumspartei unbefriedigende Regelung der Schulfrage in Zukunft die Möglichkeit, um bei jeder Gelegenheit die „heiligsten Güter" und ihre Gefährdung in das Bewußtsein des katholischen Volkes zu rücken und die auf religiöser Gemeinsamkeit basierende Geschlossenheit in der Schulfrage als eine der wenigen politischen Klammern der Parteieinheit zu benutzen. Im Sommer 1920 wurde der bevorstehende Abstimmungstag der Erziehungsberechtigten über den konfessionellen, simultanen oder religionslosen Charakter der Schule als „Schicksalstag" der deutschen

[45]) Vgl. Joseph *Mausbach*, in: Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, hrsg. von Erich *Stange*. Bd. 3. Leipzig 1927, S. 81. Ebd., S. 82: „Das kulturpolitische Verdienst des Zentrums in Weimar ist nachher auch von unbefangenen und angesehenen Zeugen aus anderen Lagern so rückhaltlos anerkannt worden, daß die Kritiker immer kleinlauter geworden sind." In den später niedergeschriebenen Erinnerungen bezeichnete es Wilhelm *Marx* „geradezu als wunderbar", daß es gelungen sei, der konfessionellen Schule eine derartige Würdigung und Stellung zu verschaffen. Nachl. Marx VII.

[46]) Vgl. die Ausführungen von *Lauscher* am 3. Dezember 1919 in der Preuß. Landesversammlung. Sitzungsberichte, Bd. 6, Sp. 7159. *Lauscher* erklärte ebd. ferner: „Ich darf mich also der Hoffnung hingeben, daß sich nicht etwa die falsche Auffassung festsetzt, als ob das, was in Weimar endgültig festgesetzt worden ist, etwa das Ergebnis einer besonders erfolgreichen Aktion des Zentrums wäre oder gar den Wünschen und den Grundsätzen des Zentrums in besonders weitgehendem Maß Rechnung trüge. Das ist nicht der Fall." *Rheinländer* erklärte am 23. Januar 1922 im Reichstag, es sei dem Zentrum gelungen, durch den Schulkompromiß der konfessionellen Schule „verfassungsmäßiges Recht" zu sichern: „Das wollen wir nun [durch ein Reichsschulgesetz] ausbauen." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 352, S. 5487. Im Wahlkampf des Frühjahrs 1924 war es dann wiederum *Mausbach*, der die „Rettung der Bekenntnisschule" als „alleiniges Verdienst" des Zentrums hinstellte. Vgl. *Germania* Nr. 152 vom 25. April 1924; *KV* Nr. 318 vom 28. April 1924. Ähnlich bei *Grebe*, Zentrum und deutschnationale Katholiken (1924), S. 8.

[47]) Am 15. September 1919 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums. Vgl. Bericht, S. 86. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 in Berlin war es wiederum *Mausbach*, der den Schulkompromiß verteidigte. Vgl. Offizieller Bericht, S. 115.

Schule, ja des deutschen Volkes gekennzeichnet. Unter solchen Umständen waren alle künftigen Verhandlungen über das Reichsschulgesetz von vornherein mit Imponderabilien belastet, wie sie die sonst pragmatisch argumentierenden Zentrumsparlamentarier bei der Diskussion anderer Fragen nicht kannten.

c) Verhältnis von Staat und Kirche

Gemäß der föderalistischen Parteitradition und im Sinne der Richtlinien vom 30. Dezember 1918 wollten die Zentrumsabgeordneten in Weimar die Regelung der kirchen- und schulpolitischen Fragen allein der Zuständigkeit der Einzelstaaten überlassen.[1]) Gerade in diesen Bereichen sollten „überstürzte Änderungen" vermieden[2]) und in der Reichsverfassung nur der Grundsatz der Freiheit als allgemeine Richtschnur verbindlich festgelegt werden.[3]) Im Sinne dieser Auffassung enthielten sowohl das Programm der Regierung Scheidemann als auch der Regierungsentwurf der neuen Verfassung nur einige allgemeine, die historischen Rechte der christlichen Konfessionen nicht berührende Sätze über Religion und Schule. Die Frage einer grundlegenden oder teilweisen Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche blieb ausgeklammert.

Es dauerte jedoch nicht lange, bis in der Zentrumsfraktion Zweifel auftauchten, ob es angebracht sei, in dieser Beziehung „vorläufig alles beim alten" zu lassen.[4]) Angesichts neuer kulturpolitischer Maßnahmen einzelner Länder gewann die Einsicht Raum, daß es jetzt der in der Regierungskoalition vertretenen Zentrumspartei vermutlich leichter fallen würde als zu einem späteren Zeitpunkt, eine reichsgesetzliche Regelung und Sicherung des Verhältnisses von Staat und Kirche durchzusetzen.[5]) Die verfassungsmäßige Fixierung konkreter Mindestforderungen für die Kirchen- und Schulpolitik hätte sich nur mit einer parlamentarischen Zweidrittel-Mehrheit wieder abändern lassen. Nach einigen Wochen des „Tastens und Überlegens"[6]) stand der Entschluß fest, den „Radikalismus" der Einzelstaaten von Reichs wegen zu bremsen und Weimar als

---

[1]) Dementsprechend hatte auch *Marx* auf einer Kölner Zentrumskundgebung am 4. Dezember 1918 erklärt, daß die Frage einer Trennung von Staat und Kirche Angelegenheit der Einzelstaaten sei. Vgl. *KV* Nr. 957 vom 5. Dezember 1918.

[2]) So der Fraktionsvorsitzende Abg. *Gröber* am 17. März 1919 im Verfassungsausschuß. Vgl. Protokolle, S. 78.

[3]) Vgl. *Linneborn*, Kirchenpolitik, in: Nationale Arbeit, S. 199. Ferner *Mausbach*, Kulturfragen, passim.

[4]) So der Abg. *Kaas* am 16. September 1919 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. Bericht, S. 111.

[5]) Am 14. März 1919 notierte der führende DDP-Politiker Erich *Koch-Weser:* „Früher fürchteten die Rechte und das Zentrum den radikalen Reichstag, jetzt beginnen sie auf dem Gebiet des Schul- und Kirchenwesens die viel radikaleren Tendenzen mancher Einzelstaaten zu fürchten und suchen beim Reiche Schutz." Zit. bei *Schulz*, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 171.

[6]) So *Kaas* (s. Anm. 4), S. 111 f.

den gegebenen Kampfplatz zu betrachten.[7]) Zusammen mit den Rechtsparteien traten die Zentrumsabgeordneten entschlossen dafür ein, Grundlinien zum Schutz kirchlicher Rechte und Freiheiten in die Reichsverfassung aufzunehmen und entsprechende konkrete Mindestforderungen zu verankern.[8]) Weit stärker als die katholische Kirche bedurfte der Protestantismus, der nach dem Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments im organisatorischen Kern getroffen war, solchen Schutzes.

Der neue Kurs der Zentrumsfraktion lautete damit: Nicht unfruchtbare Proteste, sondern positive Mitarbeit, um die unvermeidliche Neuorientierung des Verhältnisses von Staat und Kirche in „erträglichen Bahnen" halten zu können. Praktische Mitarbeit galt als die beste und wirksamste Form der Abwehr.[9]) Im Zeichen dieser Politik, die nicht auf die Gewährung von Privilegien abzielte, sondern den Grundsatz von Freiheit und Gleichberechtigung angewendet wissen wollte, gelang es der Fraktion, wichtige kirchenpolitische Bestimmungen in die Verfassung einzubauen. Dabei mußten die Zentrumsabgeordneten allerdings ihrerseits einem Satz in Artikel 10 zustimmen, wonach das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundsätze für die „Rechte und Pflichten der Religionsgemeinschaften" aufstellen konnte.

Die wichtigsten der für die Regelung der religiösen Freiheit und des Verhältnisses von Staat und Kirche erreichten Ergebnisse lassen sich in aller Kürze folgendermaßen umschreiben. Es gelang, die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die freie Religionsausübung für alle Deutschen zu sichern (Art. 135). Das entsprach einem alten Anliegen der Partei, dessen parlamentarische Durchsetzung sie vor 1918 fast zwei Jahrzehnte lang („Toleranzantrag") vergeblich erstrebt hatte. Damit waren alle Hemmnisse beseitigt, denen in einzelnen Bundesstaaten die Abhaltung von katholischen Gottesdiensten, Prozessionen usw. unterlegen hatten. Die Freiheit des Bekenntnisses und seiner ungestörten Ausübung, die Beseitigung der Unterschiede zwischen öffentlicher und privater Religionsübung und der vom religiösen Bekenntnis unabhängig gemachte Zugang zu den öffentlichen Ämtern bedeuteten für die Zentrumspartei wertvolle Errungenschaften. Im Sinne der von ihnen selbst beanspruchten Gewissensfreiheit, auf deren Boden alle Bestimmungen über das Verhältnis von Staat und Kirche erwuchsen, stimmten die Zentrumsabgeordneten dem Artikel 136 der Reichsverfassung zu, wonach niemand zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen gezwungen werden durfte.

---

[7]) So *Kaas* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 121. Vgl. ferner die Ausführungen des Abg. *Mausbach;* ebd., S. 112 f.

[8]) Genau so hatte die Zentrumsfraktion im Jahre 1871 taktiert, ohne damit jedoch Erfolg zu haben. Vgl. Karl *Buchheim*, Ultramontanismus und Demokratie. München 1963, S. 218. Über den Einsatz zugunsten der kirchlichen Rechte der evangelischen Bevölkerung vgl. *Linneborn*, Kirchenpolitik, in: Nationale Arbeit, S. 198.

[9]) So *Kaas* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 in Köln (s. Anm. 4) S. 113. Ähnlich auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums (s. Anm. 7), S. 122.

In Abwehr sozialistischer und liberaler Bestrebungen gelang es der Zentrumsfraktion, eine vollständige Trennung von Staat und Kirche zu verhindern und durchzusetzen, daß die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt wurden. Sie erhielten das Recht, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten und ihre Ämter frei verleihen zu können. Damit waren endgültig auch die Reste der früheren Staatskirchenhoheit beseitigt und die Freiheit der Kirche gesichert.[10]) Wie immer man in der Folge die in Weimar erreichte Formel über die Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche bezeichnen mochte („hinkende Trennung", „Tendenz der Trennung", „Schwebezustand" u. a. m.), sie entsprach der geschichtlichen Entwicklung und verschaffte der künftigen näheren Ausgestaltung dieses Verhältnisses — wie sie in dem Ringen um den Abschluß eines Reichskonkordats zum Ausdruck kam — das erforderliche Fundament.

Gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Koalitionspartner gelang es den Zentrumsabgeordneten, die Anerkennung der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts durchzusetzen. Damit konnte nicht nur die von den Linksparteien erstrebte Degradierung der Kirchen auf den Standpunkt eines privaten Vereins verhindert, sondern ihnen auch — insbesondere im steuerlich-fiskalischen Bereich — ein bevorzugter Rang eingeräumt werden. Um eine einseitige Privilegierung auszuschließen, stimmte das Zentrum dafür, auch anderen Religionsgesellschaften unter näher umschriebenen Bedingungen eine entsprechende Rechtsstellung einzuräumen. Daß aus der Eigenschaft der Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften nicht besondere staatliche Aufsichtsrechte abgeleitet werden konnten („Korrelationstheorie"), wurde zwar nicht formell ausgesprochen, jedoch in der Praxis anerkannt. Größten Wert legten die Zentrumsvertreter auf die eindeutige Fixierung des (späteren) Artikels 137, dessen Text — den der SPD-Abgeordnete Meerfeld formuliert hatte („Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des Gesetzes") — auf Antrag von Gröber den Zusatz erhielt: „... innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes." Dieser so ergänzte Artikel, der jede Ausnahmegesetzgebung verhindern sollte und im folgenden Satz die Freiheit der Vergabe kirchlicher Ämter verbürgte, wurde das „Palladium" der vom Zentrum jahrzehntelang erstrebten Freiheit der Kirche.[11])

Daß es weiter gelang, in der Verfassung die Freiheit zur Gründung und Niederlassung von Orden, Genossenschaften usw. zu verankern, ihre freie Wirksamkeit, z. B. in der Erteilung des Schulunterrichts, zu garantieren und ihnen

[10]) Dazu vgl. Wilhelm *Marx*, Hat die Zentrumspartei in Kulturfragen versagt?, in *WAZ* Nr. 22 vom 29. Mai 1920.

[11]) So *Linneborn*, Kirchenpolitik, S. 205. Am 22. Januar 1920 (vgl. Anm. 7, S. 114) bezeichnete *Mausbach* die Freiheit der religiösen Genossenschaften als einen Fortschritt, „wie wir ihn unter dem alten Regime vielleicht noch in Jahrzehnten nicht erreicht hätten!"

den Erwerb der Rechtsfähigkeit zu sichern, verdient an der Tatsache gemessen zu werden, daß erst im Jahre 1917 die letzten Reste der Ausnahmebestimmungen gegen den Jesuitenorden aufgehoben worden waren. Auch das den Religionsgesellschaften zugestandene Recht, ihre Mitglieder zu besteuern, erwies sich als Sicherung gegenüber möglichem späteren Drängen auf eine Einschränkung der Staatszuschüsse oder auf stärkere Trennung von Staat und Kirche.

Die ferner erreichte verfassungsmäßige Sicherung der Staatsleistungen der Länder an die Kirchen und des kirchlichen Eigentums[12]) bedeuteten eine für die Kirchen außerordentlich günstige Rechtslage. Darüber hinaus gelang es dem Zentrum, die Existenz der Theologischen Fakultäten zu sichern, den staatlichen Schutz der Sonn- und Feiertage durchzusetzen — womit z. B. den katholischen Angehörigen der Reichswehr die Gelegenheit gegeben wurde, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen — und den Religionsgesellschaften die Möglichkeit zu verschaffen, seelsorgerische Tätigkeit im Heer, in Krankenhäusern, in Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten auszuüben. Ferner konnte die völlige Verweltlichung des Eides (die religiöse Eidesformel blieb zulässig) verhindert werden.

Die in Weimar von der Zentrumsfraktion im Zusammenwirken mit den Rechtsparteien durchgesetzten Rechte und Freiheiten der Kirchen waren zweifelsohne das Maximum dessen, was unter den gegebenen politisch-parlamentarischen Machtverhältnissen auf der Grundlage der Glaubens- und Gewissensfreiheit „überhaupt zu erreichen war".[13]) Dennoch ernteten die Zentrumsparlamentarier dafür keineswegs den einhelligen Dank des katholischen, geschweige denn des christlichen Volksteils.

---

[12]) Dazu vgl. Ernst Rudolf *Huber*, Die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung. Tübingen 1927.

[13]) So der Abg. *Kaas* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 123. Ähnlich hatte sich *Kaas* auf dem Trierer Katholikentag am 12. Oktober 1919 geäußert. Vgl. *Kaas*, Staat und Kirche, S. 11. Auf dem 1. Parteitag des Preuß. Zentrums am 12. Dezember 1920 erkannte *Porsch* „mit Dank" an, daß es gelungen sei, in die Weimarer Verfassung Bestimmungen über die Freiheit der Kirche aufzunehmen, „wie sie nie in unserem Vaterlande gewaltet haben und wie sie freier kein Land der Welt besitzt." Vgl. *KV* Nr. 975 vom 13. Dezember 1920. Am 17. Januar 1922 erklärte *Marx* auf dem 2. Reichsparteitag in Berlin: „Im Anfang des Jahres 1919 [. . .] hätte wohl niemand in unseren Reihen es für möglich gehalten, daß [. . .] die Rechte und Freiheiten der Kirche in einem solchen Umfang gewahrt werden könnten, wie es tatsächlich in der neuen deutschen Reichsverfassung geschehen ist!" Vgl. Offizieller Bericht, S. 73. Ganz ähnlich in den nachgelassenen Erinnerungen von *Marx;* Nachl. Marx IX. Der Zentrumsabgeordnete im Preuß. Landtag, *Grebe*, schrieb 1924: „Das Zentrum hat die Freiheit der Kirche gerettet. [. . .] Tatsächlich erfreut sich die Kirche einer viel größeren Bewegungsfreiheit als früher." Zentrum und die deutschnationalen Katholiken, S. 61.

d) Wirtschafts- und Sozialpolitik

Der Ausgang des Krieges und die Wirren der Revolutionswochen hatten die Diskussion des Kapitalismus-Problems im deutschen Katholizismus erheblich intensiviert.[1]) Die bisherige Ablehnung des Sozialismus mußte von der politischen Vertretung der deutschen Katholiken revidiert werden angesichts einer koalitionsbedingten Zusammenarbeit, die den Gesamtbereich der Wirtschafts- und Sozialfragen als zentralen Punkt gemeinsamen politischen Vorgehens einschloß. Aus einer antikapitalistischen Grundhaltung[2]) und aus dem Suchen nach neuen Wegen erwuchs vielerorts der Ruf nach einem „Solidarismus" oder „christlichen Sozialismus", der den Gegensatz zwischen Kapitalismus und marxistischem Sozialismus überwinden sollte. Dabei bestand die Gefahr, daß sich die Begriffe heillos verwischten.[3]) Terminus und Forderung wirtschaftlicher Sozialisierung ließen genügend Raum für unterschiedliche Interpretationen.

Die Zentrumsparlamentarier gingen davon aus, daß die beste Verfassung wertlos sei, wenn es nicht gelingen würde, das Reich wieder auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu stellen.[4]) Diese Erkenntnis bildete den einen Ausgangspunkt intensiver Bemühungen, um eine den Vorstellungen der Partei entsprechende Ordnung des Wirtschafts- und Soziallebens verfassungsmäßig zu verankern. Der zweite Ausgangspunkt bedeutete die Einsicht, daß der Umsturz vom November 1918 nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Revolution zum Ziele gehabt habe, der man Rechnung tragen müsse[5]), und sei es

[1]) Davon war bereits oben S. 131 die Rede.

[2]) Der Abg. *Imbusch* erklärte am 8. März 1919 in der Nationalversammlung: „Ungerechtfertigtes arbeitsloses Einkommen, wie es die kapitalistische Produktion vielfach schafft, muß verschwinden." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 583. In der gleichen Sitzung wies Reichsminister *Giesberts* darauf hin, daß die „schrankenlose Eigentumsentwicklung" und der „überspannte Eigentumsbegriff unter dem Gesichtswinkel mammonistischer, egoistischer Ideen" die Grundlage und die Ideenwelt für die Revolution gebildet hätten. Ebd., S. 591. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 20. Januar 1920 in Berlin gab der Bonner Justizrat *Abs* dem Kapitalismus und Mammonismus mit ihren Auswüchsen die Schuld an „unserem Elend". Vgl. Offizieller Bericht, S. 64.

[3]) Dagegen wandten sich in scharfer Form die *HPBl.* 164, 1919 („Sozialistisches und Utopistisches"), wenn es dort S. 206 hieß: „Theoretisch kann es gewiß einen ‚christlichen Sozialismus' geben; wie der Sozialismus sich aber historisch und besonders in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat und wie insbesondere heute die Dinge liegen, kann das Wort ‚christlicher Sozialismus' nur größte Unklarheit, Verwirrung und Verführung in der noch christlichen Arbeiterwelt hervorrufen. Der Sozialismus ist und bleibt in seiner übergewaltigen Mehrheit religionsfeindlich; er ist nicht nur der Vertreter eines sozialen Programmes oder Prinzipes, sondern ebenso einer im Wesen atheistischen und naturalistischen Weltanschauung." Und weiter: „Den Sozialismus verchristlichen wollen ist eine Utopie: er kann nur mit Beseitigung des heutigen sozialistischen — ähnlich wie der Liberalismus mit Beseitigung des kapitalistisch-materialistischen — Systems für Christentum und Kirche wieder gewonnen werden."

[4]) So Abg. *Brauns* am 7. März 1919. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 551.

[5]) Ebd., S. 552. Ähnlich Reichsminister *Giesberts* am folgenden Tage; ebd., S. 591. Vor Giesberts hatte der Abg. *Imbusch* erklärt: „Wäre die bisherige Wirtschaft als vollkommen empfunden worden, so würde das Verlangen nach einer Änderung nicht so stark hervortreten." Ebd., S. 591.

auch nur, um durch Einflußnahme auf die Gesetzgebung mögliche negative Folgen für die Wirtschaft abwehren zu können. Die bereits im November 1918 zustande gekommene Zentralarbeitsgemeinschaft war von der Zentrumspartei begrüßt worden, wenngleich man diesen Zusammenschluß schon kurze Zeit später abschwächend als eine unter anderen „Standesvertretungen" interpretierte[6]) und auf diese Weise der neuen Institution jede eigenständige politische Wirksamkeit absprach.

Die Zentrumsfraktion war sich der sozialpolitischen Tradition der Partei, die gerade in dieser Umbruchszeit in besonders hellem Licht erscheinen mußte und als Beweis fortschrittlicher Sozialgesinnung diente, als Erbe wie als Verpflichtung durchaus bewußt.[7]) In den alten Sozialpolitikern Hitze und Trimborn sowie in den neugewählten Parlamentariern Brauns und Stegerwald besaß die Fraktion besondere Sachkenner für diesen Fragenbereich. In den eigenen Reihen herrschte die Ansicht vor, das Zentrum sei durch seine aus „christlicher Soziologie" (!) geschöpften Wirtschafts- und Sozialideen, aus seiner sozialpolitischen Tradition heraus und aus seinem Gegensatz zu den liberalistischen Grundsätzen in dieser Hinsicht „besonders gut vorbereitet".[8]) Die Forderungen einer „gesunden"

Noch schärfer S. 592: Die Änderungen des „Herrenstandpunkts" in der Industrie seien zu spät gekommen, „und wir stehen vor der Tatsache, daß der Stimmung und der Forderung der Massen entgegengekommen werden muß". Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 20. Januar 1920 formulierte der Gewerkschaftssekretär Jakob *Kaiser:* „Die Revolution war doch nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale. Und als soziale Revolution ist sie noch heute wach." Vgl. Offizieller Bericht, S. 69.

[6]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Stegerwald* am 21. Februar 1919 in der Nationalversammlung: „Wir haben jetzt Landwirtschaftskammern, Handelskammern, Handwerkskammern und die Arbeitsgemeinschaften für die Unternehmer und Arbeiter in Industrie, Gewerbe und in der Landwirtschaft. Diese Arbeitsgemeinschaften können der sozialen Gesetzgebung wertvolle Vorarbeit leisten und sie zum Teil entlasten. Das bedeutet für unser politisches Leben und auch für unser Wirtschaftsleben einen gewaltigen Vorteil." Sten. Berichte, Bd. 326, S. 269. 1924 bezeichnete Heinrich *Brüning* (Gemeinschaftsideal und Sozialpolitik, in: Das Junge Zentrum 1, 1924, S. 109) die Zentralarbeitsgemeinschaft als Voraussetzung für die reibungslose Demobilisierung und damit als erste Voraussetzung der „Erstickung des Revolutionsgeistes".

[7]) Nach der Auffassung des Abg. *Ersing* war die Tatsache, daß dem Zentrum „große Wählermassen der Arbeiterschaft in vorbildlicher Weise Treue gehalten haben", der sozialpolitischen und sozialreformerischen Tätigkeit der Partei zu verdanken. Das Zentrum und die Arbeiterschaft, in: Der Zentrumswähler 1920, S. 271. *Stegerwald* bezeichnete es am 21. Februar 1919 in der Nationalversammlung als wesentliches Verdienst der Zentrumspartei, daß Deutschland „Weltwegweiser" für die gesetzliche Arbeiterfürsorge und Sozialpolitik geworden sei. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 265.

[8]) So *Lauscher*, Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 187. Vgl. auch *Tremmel* (Zentrum und Wohnungspolitik, S. 23 f.): „Die Zentrumspartei hat eine eigene wirtschafts- und sozialpolitische Einstellung. Diese unterscheidet sich ebenso scharf von der liberal-individualistischen wirtschaftlichen Ungebundenheit als auch von der starr-doktrinären, schematischen sozialistischen Gebundenheit. Das Zentrum kann von dieser eigenen Wirtschaftsauffassung nicht abgehen, ohne seine Tradition und Grundsätze, die sowohl in wirtschaftlichen als in sozialen Fragen christlich sind, aufzugeben."

Wirtschafts- und Sozialpolitik nach dem Vorbild „unserer alten, großen sozialen Führer" blieben ein Topos der Zentrumssprache.[9])

Die Richtlinien der Partei vom 30. Dezember 1918 hatten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik nur in sehr allgemeiner Form Stellung genommen und dabei einzelne unverkennbare Konzessionen an die „neue soziale Zeit" gemacht.[10]) Das Zentrumsprogramm stellte den „geordneten Aufbau der Volkswirtschaft" im Dienste der sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls in den Vordergrund, ohne daß dadurch allerdings das Bekenntnis zur Erhaltung des Privateigentums und der Privatwirtschaft eingeschränkt wurde. Weiter war von der Notwendigkeit des Schutzes der einzelnen Berufsstände, insbesondere eines „leistungsfähigen Mittelstandes", die Rede. Aus dem Rahmen dieser sehr allgemein umschriebenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen fiel die extrem zeitbezogene Forderung nach einer, wenngleich behutsamen, Bodenreform heraus; hieß es doch, bäuerliche Betriebe sollten vermehrt und erweitert werden unter Heranziehung von Staatsdomänen und „unwirtschaftlich ausgedehntem Großgrundbesitz", natürlich gegen Entschädigung. Das sehr knapp gehaltene sozialpolitische Programm forderte, die Sozialpolitik und die Rechtspflege „im Sinne erhöhter sozialer Gerechtigkeit und vermehrten wirtschaftlichen Schutzes" fortzuführen.

Angesichts solcher den unterschiedlichen Interessen entgegenkommenden Postulate und weitgehend interpretierbaren Sätze der Dezember-Richtlinien ließ sich nicht von vornherein absehen, wie sich die Zentrumsabgeordneten zu den beiden wichtigsten wirtschaftspolitischen Problemen stellen würden, die in den Gesetzentwürfen über die Frage der Sozialisierung und der Betriebsräte in Weimar zur Debatte standen. Selbst vom Standpunkt eines betont „christlichen Sozialismus" aus waren weniger positive als vielmehr bestimmte negative Grenzen vorgezeichnet: Ablehnung jeglicher Staatsallmacht im Wirtschaftsleben und Rückgriff auf die „gesunden Volkskräfte" im Sinne ständischer und genossenschaftlicher Grundlagen.[11]) Aber auch von hier aus ließ sich nicht entscheiden, wieweit beispielsweise durch die Mitarbeit von Standesorganisationen ein „vernünftiger Sozialismus" (Stegerwald)[12]) zu erreichen sein würde. Demgegenüber bestand Einmütigkeit über einen so allgemein umschriebenen Sachverhalt wie die „Ordnung des Wirtschaftslebens" (der spätere Art. 151 Abs. 1), die im Sinne der Zentrums-Richtlinien den „Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle" entsprechen sollte.

---

[9]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Eßer* am 7. Mai 1923 im Reichstag. Sten. Berichte, Bd. 359, S. 10873.

[10]) So Reichsminister *Giesberts* am 8. März 1919 in der Nationalversammlung. Ebd., Bd. 326, S. 591.

[11]) Vgl. *Stegerwalds* Ausführungen vom 21. Februar 1919. Ebd., S. 269.

[12]) S. die vorige Anm.

Als weitaus problematischer erwies sich die Stellungnahme zu Eingriffen in privates Eigentum im Sinne sozialistischer Forderungen nach Verstaatlichung von Produktionsmitteln. Das entsprechende programmatische Verlangen der Linksparteien, das auch weite Kreise der nicht sozialistisch orientierten Arbeiterschaft befürworteten, hatte durch die Organisation der Kriegswirtschaft wie durch die allgemein kritisierten hohen Kriegsgewinne einzelner Unternehmer verstärkten Auftrieb erhalten. Hier hatte sich viel politischer Zündstoff angesammelt. Das bekamen die Zentrumsabgeordneten in der Nationalversammlung zu spüren, so daß sie eine „doppelt schwere Verantwortung" für ihre Stellungnahme empfanden.[13])

Die Äußerungen der Zentrumssprecher in Weimar lassen keinen Zweifel daran, daß die Mehrheit der Fraktion entschlossen war, zugleich mit der neuen Verfassung auch neue Formen des Wirtschaftslebens zu akzeptieren, soweit sie dem Gesamtwohl dienlich erschienen. Mit diesem Zusatz hatte man allerdings gleichzeitig einen Vorbehalt angemeldet, der schon deswegen nicht zu umgehen war, weil sich gerade in wirtschaftlichen Fragen in der Fraktion auf Grund ihrer heterogenen Zusammensetzung keine Einstimmigkeit erzielen ließ.[14]) Demgegenüber bestand — wiederum in einer weniger konkreten Frage — Einigkeit darüber, daß es nicht genügen könne, Betriebe und Fabriken zu sozialisieren, sondern daß es vielmehr notwendig sein werde, die Arbeiterschaft für das schwierige Experiment der Gemeinwirtschaft erst „innerlich reif" zu machen.[15]) Dazu hielt man noch einen längeren Zeitraum für erforderlich.[16]) Nicht nur die Arbeitervertreter der Fraktion ließen deutlich genug ihren Willen erkennen, den Menschen stärker als Persönlichkeit im Rahmen der Wirtschaft gewürdigt

[13]) So *Briefs*, Die wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen, S. 222.

[14]) So versuchte die *KV* bereits am 10. März 1919 (Nr. 193) die Haltung der Fraktion in der Frage der Sozialisierung und der Arbeiterräte zu verteidigen: „Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, darf ganz allgemein gesagt werden, daß die Zentrumsfraktion nicht daran denkt, in der einen oder anderen Frage eine Politik zu treiben, die sie mit ihren bisher vertretenen Grundsätzen irgendwie in Konflikt brächte. Die Arbeiterräte sollen nach dem Willen der Fraktion kein politischer Machtfaktor werden und die Sozialisierung soll nicht über ein vernünftiges, erträgliches und nützliches Maß hinaus ausgedehnt werden. Eine gewisse Zurückhaltung im Urteil ist solange notwendig, bis die Gründe, welche die Politik der Fraktion in einem bestimmten Falle beeinflussen, bekannt sind. Auf der anderen Seite hat natürlich auch die Zentrumspartei im Lande das Recht zu beanspruchen, daß die Zentrumsminister nicht unter dem Einfluß ihrer Umgebung einer Mimikry unterliegen, bei der sie einen sozialistisch schillernden Anstrich bekommen." Dazu vgl. *Schieck*, Wirtschaftspolitik, S. 142.

[15]) So *Brauns* am 7. März 1919. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 553. Ähnlich *Imbusch* am 8. März 1919, der von der „Sozialisierung der Gesinnung" und Weckung des „rechten Gemeinsinns und Pflichtgefühls" sprach. Ebd., S. 585.

[16]) Am 27. Oktober 1920 erklärte der Abg. *Eßer* in der Preuß. Landesversammlung, von diesem Zeitpunkt sei man noch sehr weit entfernt: „Wenn wir keine arbeitsfreudigen, selbstlosen, das allgemeine Interesse über das eigene stellenden Menschen von hoch entwickeltem Pflicht- und Verantwortungsgefühl haben, dann ist an eine erfolgreiche Sozialisierung überhaupt nicht zu denken." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 13200 f.

zu sehen und ihm eine gebührende Stellung im Produktionsprogramm (Mitbestimmungsrecht) einzuräumen.[17])

Die von der Regierung ebenso wie von den Linksparteien als vordringlich empfundene „gemeinwirtschaftliche Organisation" des Bergbaus, von dem die gesamte wirtschaftliche Produktion am stärksten abhängig war, fand bei der Mehrheit der Zentrumsfraktion positive Aufnahme.[18]) Für die Gegner dieses Planes, die allerdings nach außen hin nicht hervortraten, dürfte nicht zuletzt die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß eine schroffe Opposition gegen den Sozialisierungsgedanken im gegenwärtigen Zeitpunkt dessen „Aussichten auf Verwirklichung" nur fördern würde.[19])

Die überwiegende Mehrheit der Fraktion wollte der „fundamentalen Forderung" (Lauscher) der Sozialdemokratie nach Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum entgegenkommen, in der Annahme, auf diese Weise dem Wirtschaftsleben neuen Auftrieb zu verleihen. Der auf der „Schattenseite des Lebens" verbliebenen Arbeiterschaft[20]) sollte damit zugleich das Tor auf ihrem Wege zu einem „weiteren sozialen Aufstieg" freigemacht werden.[21]) Die Zentrumsabgeordneten lehnten jedoch konsequent die vom sozialistischen Doktrinarismus unterschiedslos geforderte Überführung von Privateigentum in Gemeineigentum aus grundsätzlichen Erwägungen (Eigentumsfrage) wie aus wirtschaftlich-praktischen Bedenken (Gefahr von Produktionseinbußen, Verteuerung der Produktion) ab. Ebenso verurteilten sie lokale, „wilde" Sozialisierungsbestrebungen wie überhaupt jede Form von Enteignung, für die nicht eine angemessene Entschädigung erfolgen würde.[22]) Dennoch konnten sie nicht verhindern, daß die rechtliche Stellung des Eigentums im Verfassungstext schließlich eine gewisse Schwächung erfuhr (Art. 153). Erzberger sah sich mit seinem Drängen nach rascher Durchführung der Sozialisierung[23]) nur von einer Minderheit der Zentrumsabgeordneten unterstützt. Dabei ist es allerdings

---

[17]) Vgl. die Äußerungen des Abg. *Imbusch* am 8. März 1919 (s. Anm. 15). Am 12. März 1919 umschrieb der Abg. *Burlage* diesen Sachverhalt mit den Worten: Es gelte, den Bergarbeitern, „die emporstreben", zu Hilfe zu kommen. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 713.

[18]) Vgl. *Brauns* am 7. März 1919. Ebd., S. 554.

[19]) Vgl. *Eßer*, Zentrum und Mittelstand (1924), S. 14.

[20]) So *Imbusch* am 8. März 1919. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 581.

[21]) So *Brauns* am 7. März 1919. Ebd., S. 553.

[22]) So *Burlage* am 12. März 1919. Ebd., S. 711. Ferner S. 713: „In großen Dingen soll man sich auch damit schließlich zufrieden geben, daß man gewollt hat. Wenn wir in diesem Augenblick nicht gewollt hätten, dann müßten wir uns Vorwürfe machen."

[23]) Im Protokoll der Kabinettssitzung vom 19. März 1919 heißt es: „Reichsminister *Erzberger* empfahl, die Sozialisierung zu beschleunigen, um auf diesem Gebiete die Führung zu behalten. Die Ressorts möchten baldmöglichst Entwürfe über die Sozialisierung der Gas- und Wasserwerke, der Elektrizität und der Straßenbahnen vorlegen. Aus der gleichen Erwägung riet Reichsminister Dr. *David*, die Bestimmung zur Einführung des Rätesystems und zu seiner Verankerung in der Verfassung beschleunigt fertigzustellen. Den Anregungen wurde zugestimmt." Bundesarchiv R 43 I/1348.

noch fraglich, wieweit er seine im Kabinett vorgebrachten Pläne in den Sitzungen der Fraktion überhaupt zur Debatte stellte.

Die von der Fraktion zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, jedes weitere Sozialisierungsprojekt von Fall zu Fall sorgfältig prüfen zu wollen[24]), war um so realistischer, als bei der Regierung im Bewußtsein der Risiken des sozialpolitischen Experiments[25]) vorerst nicht die Absicht bestand, auch andere Wirtschaftszweige zu verstaatlichen. Die Zentrumsfraktion ließ von vornherein keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie eventuelle Pläne, auch landwirtschaftliche Stellen oder Betriebe des Handwerks und des Kleingewerbes zu vergesellschaften oder zu kommunalisieren, eindeutig ablehnen werde.[26])

Bei den älteren Zentrumsführern (Spahn, Gröber) zeigte sich ohnehin je länger je deutlicher das Bestreben, nicht die Wege für weitere Sozialisierungswünsche zu ebnen, sondern bremsend einzuwirken, um die revolutionäre Welle und die „durch die Revolution entstandenen gesellschaftlichen Bewegungen" (Spahn)[27]) so rasch wie möglich zum Stillstand zu bringen. In diesem Sinne gelang es insbesondere dem Einsatz des Abgeordneten Hitze, die dem Reich erteilte Ermächtigung (Art. 153 Abs. 2), zum Zwecke der Gemeinwirtschaft wirtschaftliche Unternehmen und Verbände durch Gesetz zusammenzuschließen, insofern einzuschränken, als diese Ermächtigung nur im Falle „dringenden Bedürfnisses" und bei angemessener Entschädigung gelten sollte.[28])

Noch ausgiebiger als die Frage der Sozialisierung beschäftigte die Zentrumsfraktion in Weimar die Frage, in welcher Form der Arbeiterschaft ein Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung in den Fabriken und Betrieben in Form von Arbeiter- und Betriebsräten zugestanden werden sollte. Hierbei ging es um eine neue politische Konzeption, da die Sozialgesetzgebung der Vorkriegszeit auf den Schutz des Arbeiters, aber nicht auf seine betriebliche Mitbestimmung ausge-

---

[24]) So *Imbusch* am 8. März 1919. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 583.

[25]) Vgl. die Ausführungen von Reichsminister *Giesberts* am 8. März 1919. Ebd., S. 591 f.

[26]) So *Burlage* am 12. März 1919. Ebd., S. 712. Vgl. auch *Brauns*, Zentrum und Wiederaufbau, in: *WAZ* Nr. 23 vom 5. Juni 1920; *Eßer*, Zentrum und Mittelstand, S. 14.

[27]) Am 31. März 1919 im Verfassungsausschuß. Vgl. Protokolle, S. 186. Ähnlich äußerte sich *Gröber* in der gleichen Sitzung (S. 183), indem er u. a. darauf hinwies, es sei noch unsicher, „ob die in der heutigen revolutionären Zeit aufgestellten Theorien auch wirklich zum Wohle des Vaterlandes dienen und für die Dauer festgelegt werden dürfen". Wenige Tage zuvor hatten die Trierer *Petrus-Blätter*, die jegliche Sozialisierung verurteilten („Katholiken und Revolution", Nr. 26 vom 25. März 1919, S. 202), geschrieben: Wenn das Zentrum die Sozialisierung mitmache „und das katholische Volk auf dieser schiefen Ebene mit sich reißt, dann ist vorerst jede Hoffnung geschwunden auf eine gründliche Erneuerung des sozialen Lebens".

[28]) 31. Mai 1919; vgl. Protokolle, S. 386 f. Das Resümee längerer Ausführungen des Abg. *Trimborn* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 zur Frage der Sozialisierung lautete: „Die allgemeine Sozialisierung ist ein Hirngespinst!" Trimborn erklärte ferner: „Wieweit Reich, Staat und Gemeinde sozialisieren, d. h. Privatbetriebe — natürlich gegen Entschädigung — in Verwaltung übernehmen oder sich in der Form gemischt-wirtschaftlicher Betriebe an der Produktion beteiligen sollen, ist eine Frage praktischer Prüfung im einzelnen." Vgl. Bericht, S. 59.

richtet war. Als Ziel schwebte den Zentrumsparlamentariern vor, die „frühere absolutistisch-monarchische Organisation" der Fabrik zu einer „mehr demokratisch-konstitutionellen Verfassung" auszubilden und die Arbeiter dadurch wieder als Menschen zur Geltung kommen zu lassen.[29]) Der Demokratie als Staats- und Lebensform sollte eine — zunächst sehr wenig präzisierte — Demokratisierung des Wirtschaftslebens folgen. Der spätere Artikel 165 („Räteparagraph") der Verfassung war ursprünglich gedacht als ein Ausbau jenes Artikels des Entwurfs, der die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellte.[30]) Nicht wenige Abgeordnete hofften, mit Hilfe des Rätegedankens die Arbeiter zu einer echten Mitbestimmung gelangen zu lassen, so daß sich das entsprechende Gesetz schließlich im Sinne des christlichen Solidarismus auswirken würde.[31])

Die Zentrumsfraktion lehnte es ab, die Arbeiterräte an die Stelle der Gewerkschaften treten zu lassen oder auch die vorhandenen berufsständischen Vertretungen (Handwerkskammern, Genossenschaften) zugunsten neuer Formen (Reichswirtschaftsrat, lokale Wirtschaftsräte) aufzugeben. Um weitere lokale und wilde Streiks zu verhindern, um die revolutionären Rätebewegungen in gesetzlich geregelte Bahnen lenken und um gleichzeitig die von radikalen Sozialisten erstrebte Aufnahme des politischen Rätegedankens in die Verfassung verhindern zu können — damit das Gesetz nicht als Vorstufe für eine Sozialisierung dienen konnte —, förderte die Fraktion die wirtschaftliche und soziale Ausgestaltung des Rätegedankens. In ihr glaubte man die „endliche Erfüllung" jahrzehntealter Zentrumsforderungen (Arbeitskammern, Ausbau der Arbeiterausschüsse) zu sehen.[32]) Dadurch hoffte man zugleich, den „verständigen Ten-

[29]) So in einem Artikel des Abg. *Hitze* über das Betriebsrätegesetz, in: *KV* Nr. 19 vom 8. Januar 1920. Dazu *Lauscher*, Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 190.

[30]) Vgl. *Brauns*, Das Betriebsrätegesetz, S. 18.

[31]) Nach Martin *Spahn* (Der Wiederaufbau Deutschlands, in: Das Neue Reich Nr. 38 vom 20. Juni 1919, S. 616) haben sich Hitze und der schlesische Gewerkschaftssekretär Ehrhard im Ausschuß bemüht, die Betriebsräte zu einem „Werkzeug" zu machen, das Unternehmer und Arbeiter wieder miteinander verklammere und so dem Geist des christlichen Solidarismus Geltung verschaffe. Am 14. Januar 1920 erklärte der BVP-Abg. *Schwarzer* in der Nationalversammlung: „Neben der nicht zu leugnenden politischen Stimmung, die zur Schaffung des Betriebsrätegesetzes geführt hat, muß vor allen Dingen das soziale Gewissen und das einfache Gerechtigkeitsgefühl mitbestimmend sein, den besitzlosen und schaffenden Arbeitnehmermassen ihre Lage erträglicher zu gestalten." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 331, S. 4220.

[32]) Vgl. *Hitze* (s. Anm. 29): „Was der Verband ‚Arbeiterwohl' schon 1882 in immer wiederkehrenden Mahnungen und Vorschlägen als erste und letzte ‚Wohlfahrts-Einrichtung' den Arbeitgebern empfohlen, was die Zentrumsfraktion schon 1891 bei der großen Arbeiterschutz-Novelle mit allem Nachdruck in Anträgen gefordert hatte: obligatorische Einführung von ‚Arbeiter-Ausschüssen' in Bergbau und Fabriken, wofür sie dann 1903 auch die Mehrheit der Arbeiterschutz-Kommission des Reichstages erreichte, und was endlich 1917 in dem ‚Hilfsdienstgesetz' für alle Hilfsdienstbetriebe (einschließlich der Landwirtschaft) Gesetz wurde, das soll durch die neue Vorlage nun allgemein und dauernd gesichert werden. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nannte man es ‚Ältesten-Kollegien', in den neunziger Jahren ‚Arbeiter-Ausschüsse', heute sind es die ‚Betriebsräte'." Im gleichen Sinne *Trimborn* am 15. September 1919 (s. Anm. 28), S. 60.

denzen" innerhalb der SPD[33]) Auftrieb geben und radikalere Vorstöße auffangen zu können. Nur zu gut waren sich die Zentrumsabgeordneten bewußt, daß mit dem Betriebsrätegesetz der Standpunkt des „patriarchalischen Arbeitsverhältnisses"[34]) endgültig zugunsten einer neuen Epoche im deutschen Sozial- und Wirtschaftsleben[35]) aufgegeben wurde, deren wirtschaftliche Folgen noch nicht abzusehen waren.

Immerhin konnte die Fraktion für sich in Anspruch nehmen, den „radikalen Regierungsentwurf" des Gesetzes — bei dessen Beratung das Zentrum infolge mangelnder Fühlungnahme mit dem federführenden Ressort (Reichsarbeitsministerium) wiederholt in „politische Zwangslagen" geriet[36]) — in eine „einigermaßen brauchbare Form" gebracht zu haben.[37]) Trotz aller Differenzen in der Fraktion über die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit des Betriebsrätegesetzes herrschte schließlich bei der Mehrheit Einigkeit darüber, daß das Gesetz einen „mächtigen Fortschritt in der Arbeitsverfassung" und gleichzeitig ein „gut Stück des Wiederaufbaus der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Deutschland" bedeutete.[38])

Für die Annahme des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte durch die Zentrumsabgeordneten (Herbst 1919) spielte allerdings eine wichtige Rolle die Tatsache, daß die SPD entschlossen war, über diese Frage eine Regierungskrise mit der Folge möglicher Neuwahlen herbeizuführen. Das Zentrum konnte sich keinen Wahlkampf unter der Parole für oder gegen das Betriebsrätegesetz leisten, da dessen Ausgang zweifelsohne einen „weiteren Ruck nach links" zur Folge gehabt hätte.[39]) Diese politische Zwangslage mußten auch diejenigen Zentrumsanhänger anerkennen, die — wie etwa der münsterische Generaldirektor ten Hompel — als Vertreter industrieller Belange die Folgen des Betriebsrätegesetzes als „unheilvoll" oder gar als „katastrophal" bezeichneten.[40])

Unter den gegebenen Verhältnissen galt es schon als ein Erfolg, daß es nach wiederholten Vorstößen im November 1919 gelang, den Abgeordneten Becker-Arnsberg als Beirat in das Reichsarbeitsministerium zu delegieren, wo er die Möglichkeit besaß, rechtzeitig Referentenentwürfe und Regierungsvorlagen kennenzulernen. Eine ähnliche Regelung strebte die Fraktion auch für das

[33]) So *Lauscher*, Weimarer Verfassung, S. 190.

[34]) So der Abg. *Ehrhardt* am 21. August 1919. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 329, S. 2744.

[35]) So der Abg. *Ersing*, Zentrum und Arbeiterschaft, in: Der Zentrumswähler 1920, S. 275.

[36]) Nach *Brauns*, Das Betriebsrätegesetz, S. 19.

[37]) So *Fonk*, Zentrum und Industrie, S. 28.

[38]) Vgl. *Brauns*, Das Betriebsrätegesetz, S. 20.

[39]) So der Abg. *Gilsing* auf einer Sitzung des Handels- und Industriebeirats der Westfäl. Zentrumspartei am 9. Januar 1920; Nachl. ten Hompel. Einige Tage später erklärte *Gilsing* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums in Berlin, das Betriebsrätegesetz enthalte „echt christliche Gedanken". Vgl. Offizieller Bericht, S. 65.

[40]) Auf den in der vorigen Anm. genannten beiden Tagungen; Nachl. ten Hompel sowie Offizieller Bericht, S. 59.

Reichswirtschaftsministerium an. Einen weitaus größeren Erfolg bedeutete für das Gros der Zentrumsabgeordneten bald die Tatsache, daß die Sozialisierungskommission praktisch einschlief und daß auch die Zwangswirtschaft allmählich abgebaut werden konnte. Auf einer völlig anderen — wiederum unpolitischen — Ebene lag die auch weiterhin gültige Forderung nach einer „Sozialisierung der Gewissen" und einer Betätigung christlicher Grundsätze in allen „Berufsklassen, auch bei den oberen Zehntausend."[41])

In der Folgezeit erlebten es die Zentrumsabgeordneten, daß die Wirtschaftspolitik weithin in einer Linie älterer, auf christlich-sozialem Boden vertretener Ideen verlief (Verständigung zwischen Kapital und Arbeit, Sozialpolitik auf dem Boden der gegebenen Privateigentums- und Wirtschaftsordnung, Gedanke der Arbeitsgemeinschaft, Anerkennung der sozialen Verpflichtung des Eigentums, Arbeit als Dienst am Ganzen): „All das war praktische, irgendwie ‚mittlere Linie' zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Standpunkt."[42]) Die für die Umbruchszeit charakteristische theoretische Zuspitzung der Gegensätze Kapitalismus-Sozialismus verlor sich vor den drängenden Aufgaben konkreter Wirtschaftspolitik, die Kriegsausgang und Friedensvertrag stellten.

Die politische Diskussion des Kapitalismus-Sozialismus-Problems zog eine breite literarische Erörterung dieses Komplexes ebenso nach sich wie eine neue Würdigung des christlichen Sozialismus, ohne daß sich daraus allerdings praktische Konsequenzen ergaben.[43]) Der Streit um prinzipielle Fragen und der weiterhin bestehende Gegensatz zum marxistischen Sozialismus wurden unter koalitionsbedingten Notwendigkeiten nach machtpolitischen Gesichtspunkten und nicht nach programmatischen Forderungen von Fall zu Fall entschieden. Der von Sozialtheoretikern und von einzelnen Zentrumspolitikern (Stegerwald) vertretene Gedanke berufsständischer Verfassung und Organisation entwickelte sich nicht zum Allgemeingut der Fraktion oder Partei.[44]) Er sollte erst in den letzten Jahren der Republik größeres Gewicht gewinnen. Von 1920 bis 1928 stand der führende Sozialpolitiker des Zentrums, Heinrich Brauns, an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums. Diese Tatsache erwies sich als entscheidend für die Praxis der deutschen Sozialpolitik im Sinne eines Ausgleichs der Klassen-

[41]) So der badische Landtagsabg. *Spang*, Das Zentrum und die Sozialisierung, in: Der Zentrumswähler 1920, S. 234.

[42]) So *Briefs*, Die wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen, S. 222 f.

[43]) Am 2. Oktober 1922 erklärte der Abg. *Treitscheid* im Preuß. Landtag: „Wir müssen alles daran setzen, nach dem Programm der Zentrumspartei die christliche Weltanschauung und die christliche Liebe in unser Wirtschaftsleben umzusetzen." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 12317.

[44]) Vgl. die Ausführungen *Spahns* am 21. März 1919 im Verfassungsausschuß: „Ein berufsständisches Oberhaus wäre mir sympathisch, doch verkenne ich nicht die technischen Schwierigkeiten, weil wir keine beruflichen, über das ganze Reich sich erstreckenden Organisationen haben. Eine Abhilfe scheint mir zur Zeit nur dadurch möglich, daß bei Auswahl der Abgeordneten für den Reichstag auf die verschiedenen Berufe möglichst weitgehende Rücksicht genommen wird. Mehr dürfte unter den jetzigen Verhältnissen nicht erreichbar sein." Protokolle, S. 123.

gegensätze auf dem Boden der gleichberechtigten Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.[45])

[45]) Vgl. die positive Würdigung Brauns' bei *Preller*, Sozialpolitik, S. 254.

3. Zustimmung zum Verfassungskompromiß

„Die Signatur der neuen Zeit ist nun einmal das Kompromiß, die Kompromißpolitik großen Stils." Abg. Heß am 16. September 1919.[1])

An der Beratung und endgültigen Fixierung der Verfassung waren die Abgeordneten der Zentrumsfraktion, wie an einigen Beispielen des näheren gezeigt werden konnte, in erheblichem Maße beteiligt gewesen. Naturgemäß hatten sie, ebenso wie die Vertreter der übrigen Parteien, manche eigene Ziele und Wünsche zurückstecken müssen, um den Verfassungskompromiß zustande zu bringen. Infolge der parlamentarischen Konstellation konnten sie insbesondere im kirchen- und schulpolitischen Bereich nicht alle Forderungen der katholischen Volksminderheit durchsetzen, aber immerhin Erfolge erzielen, die in der Opposition schwerlich erreichbar gewesen wären.

In dem erbitterten Ringen um die kulturpolitischen Verfassungsartikel war bei den Zentrumsabgeordneten die fehlende Hilfe von seiten des evangelischen Volksteils als nachteilig empfunden worden.[2]) Seit dem Frühsommer 1919 hatten sich die wenigen prominenten protestantischen Zentrumsanhänger (mit Ausnahme von Dunkmann und v. Rehbinder) wieder von der Partei zurückgezogen, in der sie innerlich nicht Fuß fassen konnten und von der sie sich nicht genügend respektiert fühlten.[3]) Umgekehrt hatte sich in der Zentrumspartei seit den

[1]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln; vgl. Bericht, S. 127.

[2]) 1927 schrieb *Kaas* (in: Abendland 2, S. 355): „Niemand kennt die Lücken und Mängel besser als die, welche in vorderster Front [in Weimar] Zeugen und Träger des erbitterten Ringens waren. [. . .] Niemand hat aber auch stärker als wir gefühlt, wie schwach unsere Kraft, wie gering unsere Kraftreserven waren, nicht durch unsere Schuld, sondern dadurch, daß der evangelische Volksteil der politischen und parlamentarischen Kampffront des christlichen Deutschland nicht diejenigen Kampfeinheiten einzureihen vermochte, die vermöge seiner zahlenmäßigen Überlegenheit von ihm hätten erwartet werden dürfen."

[3]) Am 12. Mai 1919 teilte Pfarrer *Haecker* dem Geschäftsführer der Zentrumspropaganda-Zentrale in Düsseldorf, Ständer, mit, daß er die erbetene Propagandaschrift nicht verfassen könne: Das Zentrum sei nicht die erhoffte neue christliche Partei geworden; zudem sei er in den Kreisen seiner „Konfessionsgenossen" auf äußerst heftigen Widerstand gestoßen. Haecker beklagte sich dann, daß man „uns Evangelische" zwar gern als Agitatoren benutzt, jedoch z. B. bei der Aufstellung der Kandidatenlisten nicht entsprechend berücksichtigt habe. Auch von der Fraktion der Nationalversammlung seien — nicht näher konkretisierte — „berechtigte Wünsche" bisher nicht ausreichend erfüllt worden. In seiner Antwort vom 16. Mai 1919 gab *Ständer* zu, daß Haeckers Ausführungen einen „berechtigten Kern" besäßen; er teilte der Fraktions- und Parteiführung den Vorgang mit. Nachl. Marx XXXII. In einer wenige Wochen später abgegebenen Erklärung bezeichnete *Haecker* sein Eintreten für die „Christliche Volkspartei" als einen Fehler. Vgl. *KV* Nr. 500 vom 29. Juni 1919; *Petrus-Blätter* Nr. 41, 1919, S. 362. Weitere Einzelheiten bei *Mehnert*, Evangelische Kirche und Politik, S. 170 ff.

Januarwahlen der Eindruck verstärkt, daß es sich bei den evangelischen Zentrumsanhängern um Offiziere ohne Mannschaften handelte, denen keine politischen Sonderrechte (bei Kandidatenaufstellung usw.) zugestanden werden sollten.

Zu den Verfassungsbestimmungen, die nicht den Wünschen des Zentrums entsprachen, gehörten auch die Festsetzung der Dauer einer Legislaturperiode auf vier anstatt auf fünf Jahre[4]), die Anerkennung des 1. Mai als eines nationalen Feiertags und die durch den Friedensvertrag geforderte Preisgabe der allgemeinen Wehrpflicht.[5]) Zur neuen Reichswehr, insbesondere ihrer Führungsspitze, fand das Zentrum weder jetzt noch später ein inneres Verhältnis[6]), wenngleich die Partei die Ausweitung des Militäretats ebenso wie die geheime militärische Wiederaufrüstung einschließlich der Zusammenarbeit mit der Roten Armee in der Folgezeit tatkräftig unterstützte (Wirth, Ersing).

Trotz innerer Reserve zum protestantisch geprägten Kaiserreich unter Hohenzollern-Führung fiel es einer großen Mehrheit der Zentrumsabgeordneten außerordentlich schwer, die Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot aufgeben bzw. in ihrer Geltung erheblich einschränken zu müssen.[7]) Diesen Verzicht hatten Gröber und Spahn im Verfassungsausschuß vergeblich und mit einem bemerkenswerten Aufgebot traditionalistisch-preußischer wie technisch-banaler Argumente zu verhindern gesucht.[8]) Es bedurfte erst eines nachdrücklichen Hinweises des österreichischen Historikers und Gesandten in Weimar, Ludo M. Hartmann, auf die schwarz-weiß-roten Reichsfarben als Symbol Kleindeutschlands und des Ausschlusses von Österreich, damit die Fraktion den von den Linksparteien in Anknüpfung an die demokratische Tradition der Paulskirche leidenschaftlich geforderten Flaggenwechsel zu Schwarz-Rot-Gold (mit den entsprechenden Ausnahmen bei der Seeflagge) akzeptierte. Das unter dem Druck der Koalitionspartner erfolgte Zugeständnis[9]) der „Revolutionsfahne" — deren Farben man seitdem in erster Linie als Ausdruck des „großdeutschen Gedankens"

[4]) Wie sie *Gröber* am 5. April 1919 im Verfassungsausschuß gefordert hatte. Vgl. Protokolle, S. 246.

[5]) Vgl. *Gröbers* Ausführungen am 7. März 1919. Ebd., S. 37.

[6]) Die Konzeptionslosigkeit des Zentrums in der Wehrfrage kritisierte Fritz *Zinnecke* in der *Germania* Nr. 354 vom 6. August 1919, wobei er die Frage, was die Partei bisher „bezüglich der Reichswehr" getan habe, mit den Worten beantwortete: „So gut wie nichts [. . .], wenn wir ehrlich sein wollen."

[7]) Vgl. *Germania* Nr. 307 vom 9. Juli 1919; *Mausbach*, Kulturfragen, S. 30.

[8]) Am 6. März 1919 wies *Spahn* allen Ernstes darauf hin, daß sich „gold" deswegen für die Reichsflagge nicht eigne, „weil es im Gebrauch schwarz wird". Vgl. Protokolle, S. 28. Am 3. Juni 1919 erklärte *Gröber:* „Hat denn Preußen [. . .] bei den vielfachen Änderungen, die es erlebt hat, jemals die Farben geändert? [. . .] Wir haben eine Flagge, die uns immer an unsere großen Erfolge auf See, an unsere großen kriegerischen Ereignisse, an hohe Ehren erinnert; und gerade das Unglück, das wir jetzt durchmachen, muß uns bestimmen, an unseren alten Farben festzuhalten." Ebd., S. 405.

[9]) Vgl. *Lauscher*, Weimarer Verfassung; in: Nationale Arbeit, S. 161.

interpretierte[10]) — bildete von nun an einen ständigen Ansatzpunkt für heftige Kritik des Zentrums von seiten der „national" orientierten Katholiken aus dem konservativen Lager.[11]) Gegenüber solchen Angriffen auf die „nationale Ehre" — noch dazu in einer so wenig „kapitalen Angelegenheit"[12]) — reagierte die Partei besonders empfindlich und teilweise mit bemerkenswert schwachen Gegenargumenten. So formulierte kein anderer als Mausbach den Satz: „Man lasse nur alle Bewohner in demokratischer Freiheit gewähren — schon die Sparsamkeit wird viele Bürger dazu bewegen, die alten Fahnen und Banner aufzubrauchen."[13])

Im Verhältnis zu der erwähnten Minusbilanz konnte die Zentrumsfraktion auf eine stattliche Reihe von Errungenschaften verweisen. So war es gelungen, Grundrechte und damit kulturpolitische Forderungen zu verankern, kirchliche Rechte und Freiheiten im weitesten Umfange garantiert zu erhalten und eine Trennung von Staat und Kirche im Sinne des altliberalen und sozialistischen Programms abzuwehren. Jahrelange vergebliche Bemühungen zur Annahme eines Toleranzantrags und zur Aufhebung der letzten Reste der Kulturkampfgesetzgebung hatten einen erfolgreichen Abschluß gefunden.

In der Kräfteverteilung zwischen Reich und Ländern war das Zentrum im allgemeinen den vom Regierungsentwurf vorgeschlagenen Weg gefolgt. In manchen Punkten hatte es jedoch einer Verstärkung der Reichsgewalt zugestimmt: So in Einzelheiten der Kompetenzerweiterung und der Reichsaufsicht. Das System des Regierungsentwurfs hatte die Fraktion jedoch akzeptiert und die Einführung der unbeschränkten Gesetzgebungskompetenz des Reiches ebenso abgelehnt wie die Übernahme der Justizverwaltung auf das Reich. Während Anträge zur Grundsatzgesetzgebung und zur Zollverwaltung gegen die Stimmen des Zentrums angenommen wurden, war der Versuch, die Zuständigkeit des Reichsrats einzuschränken, ebenso am Widerstand der Fraktion gescheitert wie Bestrebungen, den Einzelstaaten über den Regierungsentwurf hinaus entgegenzukommen. Die Fraktion wollte das Staatsgefühl der Länder auch bei der ihr notwendig erscheinenden Vereinheitlichung so weit wie möglich gewahrt wissen und zog den Weg der Verständigung dem der Majorisierung durch Reichsgesetz vor.[14])

Mit Hilfe des vom Zentrum durchgesetzten Artikels 18 war es möglich geworden, den Neugliederungswünschen einen legalen Weg zur Verwirklichung zu

[10]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Brauns* auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums am 15. September 1919 in Köln. Bericht, S. 88; *Schulte*, Das Zentrum und die neue Zeit, in: Nationale Arbeit, S. 38.

[11]) Vgl. z. B. Hermann *Frhr. v. Lüninck*, Das Zentrum am Scheideweg, in: HPBl. 165, 1920, S. 114.

[12]) So *Brauns* (s. Anm. 10).

[13]) *Mausbach*, Kulturfragen, S. 31.

[14]) Für diese Zusammenhänge vgl. *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 31 f.

verschaffen und eine spätere föderalistische Umgliederung des Reiches nicht zu verbauen. Zugleich konnten damit die „Los von Berlin"-Bestrebungen aufgefangen werden. In Weimar war es weiter gelungen, die überkommene Eigentumsordnung unangetastet zu wahren und eine wirtschaftliche Umstrukturierung im Sinne sozialistischer Vorstellungen zu verhindern. Nach der Annahme der Verfassung betrachtete das Zentrum die schwarz-rote Koalition als die „beste Gewähr"[15]) für den Zusammenhalt des Reiches.

Die Verfassung erwies sich trotz oder gerade wegen ihres Kompromißcharakters „vom christlichen Standpunkt aus nach Lage der Zeitverhältnisse als eine annehmbare und tragfähige Grundlage" des neuen Staatslebens.[16]) Sie bedeutete in nüchterner Sicht ein Maximum dessen, was unter den politischen Gegebenheiten zu erreichen war, und einen Wendepunkt in dem Verhältnis von Staat und Kirche.[17]) Der Freiheitsraum, der damit allen — also auch den katholischen — Staatsbürgern zukam, war größer als zuvor.[18]) Er entsprach der Staatsauffassung und den Ansprüchen des Zentrums weitaus mehr als manche Verfassungen anderer Staaten und der früheren Zeit.[19]) Die deutschen Katholiken besaßen das volle Bürgerrecht, das sie ihrerseits allen anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zugestanden. Die Zentrumsabgeordneten konnten mit Genugtuung darauf hinweisen, daß wesentlich mehr erreicht worden war, als man zu Beginn des Jahres hatte erhoffen können.[20]) In der Fraktion herrschte allerdings Klarheit darüber, daß Umfang und Charakter des gewonnenen

[15]) So der Abg. *Trimborn* am 15. September 1919 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. Bericht, S. 46.

[16]) So *Mausbach*, Kulturfragen, S. 12. Eine sonst nicht belegte Mitteilung findet sich bei *Müller-Fulda* (20. Juli 1928 an Bachem): „Ein Erzbischof hat mir später gesagt: ‚*Das* Gute hat die Revolution gebracht, daß sie uns von den Hohenzollern befreit hat.'" Nachl. Bachem 883.

[17]) So der Abg. *Kaas* am 22. Januar 1920 auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 122. Wilhelm *Marx* schrieb später in seinen Erinnerungen: Angesichts der Mehrheitsverhältnisse müsse „immer und immer wieder der Verwunderung Ausdruck gegeben werden, daß trotz- und alledem es den Anstrengungen der Verhandlungsführer gelungen ist, so vieles Günstige in das Verfassungsgesetz hineinzubringen". Nachl. Marx VII.

[18]) Am 16. September 1919 erklärte *Stegerwald* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln: „Daß in den letzten Monaten gegenüber Forderungen der Zentrumspartei im preußischen Staat mehr geschehen ist als in den voraufgegangenen Jahrzehnten, steht fest." Bericht, S. 204. Auf einer Wahlkundgebung in Ohligs unterstrich Reichskanzler *Marx* am 6. April 1924, daß auch ein Zentrumsmann mit der Weimarer Verfassung zufrieden sein könne. Vgl. *KV* Nr. 262 vom 7. April 1924.

[19]) So *Marx* in der Wahlbroschüre des Abg. *Schreiber*, Regierung ohne Volk (1932), S. 113.

[20]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Kaas* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 in Köln. Bericht, S. 117. Auf dem 1. Provinzialtag der Berliner Zentrumspartei am 21. September 1919 sprach der frühere Abg. *Frhr. v. Rechenberg* den Zentrumsparlamentariern „Dank und Anerkennung" für ihre Mitarbeit an der Reichsverfassung aus. Anschließend billigte der Parteitag die Haltung der Fraktion „in den Fragen der Verfassungs- und Kulturpolitik". Vgl. *Germania* Nr. 434 vom 22. September 1919. Der Abg. Wilhelm *Marx* schloß einen Artikel „Hat die Zentrumspartei in Kulturfragen versagt?" (in: *WAZ* Nr. 22 vom 29. Mai 1920) mit dem Satz: „Das Zentrum kann in Wahrheit und in gewissenhafter Überzeugung von sich sagen, daß es seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan habe."

Freiheitsraums in Zukunft positiv ausgestaltet werden mußten[21]) und daß dieses Ziel nur in dem Maße zu erreichen sein würde, in dem sich der katholische Volksteil bereit finde, um seine Rechte weiterhin zu kämpfen.[22]) Als schlagkräftigste Waffe des einzelnen Staatsbürgers zum Schutze dieser Rechte mußte ebenso wie in der Vergangenheit der Stimmzettel gelten.

Das vereinzelte Urteil eines rechtsstehenden geistlichen Beobachters, daß den katholischen Staatsbürgern schlimmere Zeiten bevorständen als jene unter den protestantischen Fürsten[23]), erwies sich sehr rasch als ebenso unzutreffend wie eine Wunschprophetie von 1921, wonach sich die Lage der Katholiken erst unter einer monarchischen Staatsform wieder bessern könne.[24]) Viel berechtigter war eine später folgendermaßen fixierte Frage: „Wie würde die Weimarer Verfassung aussehen, wenn wir nicht daran mitgearbeitet hätten, wenn wir Sozialisten und Demokraten die Verfassungsgesetzgebung allein überlassen hätten ?“[25])

Die nach Überwindung mannigfacher Widerstände und Schwierigkeiten[26]) am 31. Juli 1919 erfolgte Globalzustimmung aller Zentrumsabgeordneten zur Verfassung bedeutete ein Abweichen von manchen Richtlinien und Traditionen der Partei. Die Fraktion hatte insbesondere auf Drängen der beiden Minister Erzberger und Bell den unitaristischen Tendenzen des Staatsgrundgesetzes zugestimmt[27]) und so ihr Bekenntnis zur Wahrung des bundesstaatlichen Charakters erheblich modifiziert. Es ließ sich absehen, daß die nach der Verfassung dem Reich zustehenden Kompetenzen und vermehrten Aufsichtsbefugnisse — die allerdings ihre Grenze fanden in der in Art. 8 verankerten Pflicht des Reiches,

---

[21]) Vgl. H. *Bruders* S. J. (Die Verfassung von Weimar im Gegensatz zum früheren Staatskirchentum in Österreich und Bayern, in: Das Neue Reich Nr. 26 vom 26. März 1927, S. 508): „Das Unfertige [der Reichsverfassung] gibt den Katholiken Gelegenheit und Aussicht, die weitere Ausgestaltung in ihrem Sinne zu beeinflussen.“

[22]) So *Schreiber*, Mausbach, S. 18; *ders.*, Regierung ohne Volk, S. 116 f. Ferner *Marx* (s. Anm. 20): „Jetzt ist es Sache des katholischen Volkes, Hand anzulegen und die Mittel und Wege zu benutzen, die die Verfassung zur Förderung des kirchlichen und religiösen Lebens geschaffen hat.“ Im Rahmen eines Trauergottesdienstes für den verstorbenen Professor Mausbach erklärte der münsterische Dompropst Adolf *Donders*, Mausbach habe oft betont, daß in der Verfassung zwar nicht an sich dem Christentum und der Kirche alle Freiheiten gegeben seien, „daß uns aber viele Möglichkeiten zuteil geworden sind, dem Christentum und der Kirche Freiheit und Recht zu erobern“. In: Akadem. Bonifatius-Korrespondenz 46, 1932, S. 71 f.

[23]) So *Rosenberg*, Zeitlage und kirchliches Leben 1919/20, in: Kirchl. Handb. 1920, S. 83.

[24]) Vgl. Gustav *Stezenbach*, Die gegenwärtige Lage der deutschen Katholiken, in: Das Neue Reich Nr. 32 vom 8. Mai 1921, S. 636.

[25]) *Neun Jahre Zentrumspolitik* (1928), S. 7.

[26]) *Mausbach* bezeichnete es als „beinahe ein Wunder“, daß es gelungen sei, das Gesetzgebungswerk glücklich zustande zu bringen: „Kühle Zurückhaltung bei der Regierung, heftige Angriffe von seiten der zünftigen Juristen, offene und versteckte Gegnerschaft gegen die kirchlichen Freiheitsrechte und sozialwirtschaftliche Bedenken wechselten ab und verbündeten sich, ihm Hemmnisse zu bereiten.“ Vgl. *KV* Nr. 700 vom 7. September 1919.

[27]) In einer Sitzung des Reichsministeriums am 10. Juli 1919 waren *Bell* und *Erzberger* dafür eingetreten, im Verfassungsentwurf alle Hindernisse zu beseitigen, „die etwa noch gegen die Entwicklung zum Einheitsstaat“ enthalten sein könnten. Bundesarchiv R 43 I/1350.

auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen — eine Ausdehnung der Reichsverwaltung nach sich ziehen mußten.[28]) Durch den auch von der Zentrumsfraktion beschrittenen Weg zum Einheitsstaat (Verreichlichung des Heer-, Verkehrs- und Finanzwesens) mußte das Verhältnis zur Bayerischen Volkspartei belastet bleiben.

Im Zentrum war man sich nur zu gut bewußt, daß die Verfassung auch „im gegenwärtigen Zeitpunkt des Triumphes der Demokratie" Gefahren und Unzulänglichkeiten in ihrem Schoße barg[29]) und beispielsweise keineswegs das letzte Wort des Staates an die Kirche bedeutete.[30]) Eine von der Kurie gebilligte[31]) offizielle Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 20. August 1919, die gegen einige den Rechten der Kirche abträgliche Bestimmungen der neuen Reichsverfassung — Art. 10/1, Art. 137, Art. 138, Art. 143—149 — feierliche Verwahrung einlegte[32]), bedeutete keine grundsätzliche Kritik an der Haltung der Zentrumspartei; denn die Bischöfe erkannten gleichzeitig dankbar an, „was von Mitgliedern der Nationalversammlung in Verteidigung der kirchlichen Grundsätze zur Verbesserung und Ergänzung des ursprünglichen Entwurfs der Verfassung geschehen ist". Sie sprachen ferner die Hoffnung aus, daß sich eine friedliche Verständigung zwischen Staat und Kirche erzielen lassen werde. Bereits vorher hatte Mausbach von einer „hohen kirchlichen Stelle" den Auftrag erhalten, den katholischen Mitgliedern des Verfassungsausschusses namens der Kirche „für alle ihre Bemühungen" zu danken.[33])

Zum Abschluß dieses Kapitels verdient eine Äußerung Mausbachs festgehalten zu werden, die mit dem Quellenbefund übereinstimmt. Mausbach hob kurz nach seinem Ausscheiden aus der Fraktion hervor, daß sich in Weimar niemals eine doppelte Richtung in der Fraktion je nach der sozialen Schichtung und Reformfreudigkeit oder nach der stärkeren oder schwächeren Betonung kirchlicher Interessen bemerkbar gemacht habe.[34]) Mit zunehmendem Abstand von Weimar

[28]) Während der Verfassungsberatungen hatte *Bolz* aus Weimar geschrieben: „Den ‚Ländern' [...] wird notgedrungen das Rückgrat gebrochen." Vgl. *Miller*, Bolz, S. 128.

[29]) Vgl. *KV* Nr. 595 vom 1. August 1919.

[30]) So *Kaas* (s. Anm. 2), ebd.

[31]) Das ergibt sich aus einem Schreiben des Apostolischen Nuntius in Bayern, Erzbischof *Pacelli*, an den Reichsvertreter in München, Graf von Zech, vom 24. Dezember 1919. In diesem Schreiben wurde ferner ein „ausdrücklicher Vorbehalt" hinsichtlich der durch die Reichsverfassung einseitig verschobenen Beziehungen zwischen Staat und Kirche angemeldet. Pol. Archiv, Päpstl. Stuhl 15, Bd. 9.

[32]) Vgl. *Rosenberg*, Zeitlage und kirchliches Leben 1919/20, S. 107 f.; Auszüge bei *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 304.

[33]) Das teilte *Mausbach* am 22. Januar 1920 auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums mit. Vgl. Offizieller Bericht, S. 115. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 304, gibt dieses Zitat etwas anders wieder: „[...] für ihre ernsten und ehrlichen Bemühungen [...]." Das Organ des „Reichsausschusses der Katholiken in der DNVP", Katholisches Korrespondenzblatt, tadelte nachträglich (Nr. 3 vom 21. Januar 1922, S. 1), daß sich die Bischöfe eine „milde Beurteilung" der politischen Vorgänge in Weimar zugeeignet hätten.

[34]) Vgl. Kulturfragen, S. 18.

festigte sich bei den Fraktionsmitgliedern immer stärker die Überzeugung, in der entscheidenden Stunde den richtigen Weg gegangen zu sein.

Unter den veränderten Umständen und gegenüber rechts- und linksradikalen Strömungen konnte der politische Katholizismus die von ihm in Weimar erkämpften Errungenschaften nur auf dem Boden der neuen Staatsform sichern. Der Blick mußte sich in die republikanische Zukunft richten, von deren Mitgestaltung das Zentrum nicht ausgeschlossen werden konnte. Ob die Partei, die sich als Verfassungspartei eindeutig auf den Boden des neuen Reiches stellte, zur Republik mehr durch die Tatsachen „belehrt" als eigentlich „bekehrt" worden war[35]), ließ sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht entscheiden. Die Ansicht des badischen Staatsministers Trunk auf dem Katholikentag in Karlsruhe am 12. Oktober 1919: „Wir stehen auf dem Boden der neuen Verfassung, weil wir in ihm sehen die Stimme des Volkes, die vox populi, die für uns die vox Dei, die Stimme Gottes ist"[36]), darf zweifellos nicht als allgemein gültige Auffassung der Zentrumsanhänger gelten.

[35]) So *Guttmann*, Die nächste Phase der Republik, S. 307 f.

[36]) Zit. bei *Reiß-Vašek*, Die Umstellung der Zentrumspartei, S. 676.

4. Der „Verfassungsstreit" im deutschen Katholizismus

Die Meinung, daß die Zentrumsfraktion in Weimar den richtigen Weg gegangen sei, wurde im katholischen Lager keineswegs einhellig geteilt. Der Zentrumspartei erwuchsen schneller als erwartet ernsthafte Gegner und Widerstände. An Satz 2 „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" des ersten Artikels der Verfassung („Das Deutsche Reich ist eine Republik") — den die Bischöfe in ihrem Monitum nicht ausdrücklich beanstandet hatten — entzündete sich eine ebenso leidenschaftliche wie langwierige Diskussion im innerkatholischen Lager. Vorwürfe gegen die Politik der Weimarer Zentrumsfraktion gipfelten in der Behauptung, sie habe es an einer genügend klaren Betonung und kraftvollen Verteidigung der christlichen Grundsätze der Partei fehlen lassen.[1]) In der Abwehr solcher Vorwürfe kam es zu langwierigen Auseinandersetzungen, die für das Verhältnis des katholischen Volksteils zur Weimarer Republik symptomatische Bedeutung gewinnen sollten.

Nicht nur wegen der Verdächtigungen und Angriffe, die in erster Linie von „rechtsstehenden" Katholiken gegen das Zentrum erhoben und geführt wurden, sondern auch wegen der Dauer dieses grundsätzlichen und bis zum Untergang der Republik nicht ausgetragenen innerkatholischen „Verfassungsstreits"[2]) muß

[1]) Vgl. Hermann *Frhr. v. Lüninck*, Das Zentrum am Scheideweg, in: HPBl. 165, 1920, S. 61.

[2]) So *Deuerlein*, Der deutsche Katholizismus, S. 28, der diesen Ausdruck in Analogie zum Literatur-, Zentrums- und Gewerkschaftsstreit geprägt hat. Für den Gesamtzusammenhang vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 311 ff., der allerdings nur einen Bruchteil der Kontroversliteratur anführt.

näher darauf eingegangen werden; denn seit dem Sommer 1919 datiert eine Spaltung im politischen Denken der deutschen Katholiken, aus dem ein getrenntes und teilweise gegensätzliches Handeln resultierte.

Die Behauptung, der als Ergebnis langer Debatten formulierte Satz „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" sei mit der katholischen Lehre „schlechthin unvereinbar" — da in ihm als Grundstein der Verfassung die Lehre von der (absoluten) Volkssouveränität im Sinne Rousseaus enthalten sei[3]) —, stützte sich vor allem auf die entsprechende einseitige Interpretation dieses Satzes durch die Linksparteien. Ob dieser Satz, „der zwar einen richtigen katholischen Sinn zuläßt, aber von den Gegnern in gottlosem Sinne aufgefaßt und der Jugend in diesem Sinne gelehrt wird"[4]), so weitgehende und grundsätzliche inhaltliche Bedeutung überhaupt beanspruchen konnte, blieb dabei unerörtert.[5])

Schlagwortartig verdichtet richtete sich der Kampf gegen die angebliche Preisgabe katholischer oder gar christlicher Prinzipien, gegen den Wegfall der zwangsweisen religiösen Eidesformel[6]) (der notwendigen Konsequenz des allgemeinen Grundsatzes der Toleranz in Weltanschauungsfragen), gegen das Fehlen einer nominatio Dei und damit insgesamt gegen die „Verfassung ohne Gott".[7]) Dabei wurde stillschweigend unterstellt, daß vor und bis 1918 das „Gottesgnadentum" reale Bedeutung besessen habe[8]), und nicht erwähnt, daß die Reichsverfassungen von 1849 und 1871 den Namen Gottes ebenfalls nicht genannt hatten.

Die mit pseudotheologischen Argumentationen und integraler Tendenz vorgebrachten Angriffe gegen die Verfassung und deren Schöpfer erwiesen je länger

[3]) Grundlegend für diese innerkatholische Kritik wurden — neben späteren Publikationen von Martin *Spahn* — Aufsätze des Bonner Kirchenhistorikers Heinrich *Schrörs*, die er 1919 in Buchform (Katholische Staatsauffassung) und später in Zeitschriften publizierte. Seine Gedankengänge sind in dem Aufsatz „Volkssouveränität und Katholizismus" (HPBl. 170, 1922, S. 549 ff.) übersichtlich zusammengefaßt. Vgl. dazu *Schrörs*' Selbstbiographie, in: Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. 3, hrsg. von Erich *Stange*. Leipzig 1927, S. 40 f. (dort auch S. 43 ff. eine bibliogr. Übersicht der einschlägigen Publikationen).

[4]) So Augustin *Egger* O. S. B., Kommt die Staatsgewalt unmittelbar von Gott?, in: Theol.-prakt. Quartalschrift 73, 1920, S. 544.

[5]) Vgl. *Egger* (s. die vorige Anm.): Die Tatsache, daß die Sozialisten den Satz in ihrem Sinne auslegten, mache ihn „im vorliegenden Wortlaut und im Zusammenhang noch nicht zu einem unkatholischen oder sakrilegischen".

[6]) In zwei langen Artikeln in der *KV* Nr. 824 vom 20. Oktober 1919 und Nr. 923 vom 25. November 1919 nahm *Mausbach* zu dieser Frage Stellung, wobei er zu dem Ergebnis kam, daß kein sittliches Hindernis dem Eid auf die neue Verfassung entgegenstehe.

[7]) 1922 schrieb *Mausbach*, Religionsunterricht und Kirche, S. 26: „Was den Vorwurf der ‚Religionslosigkeit' angeht, den einzelne erheben, so wird es schwerfallen, auch nur eine einzige moderne Verfassung in der Welt zu nennen, die so zahlreiche und wichtige Bestimmungen über Religion enthält wie die deutsche Reichsverfassung."

[8]) Vgl. die Formulierung von Hans *Delbrück* (Die neue deutsche Verfassung, in: Preuß. Jahrbücher 177, 1919, S. 470): „Der Fundamentalsatz ‚Die Staatsgewalt geht vom Volke aus' ist zwar sinnlos, aber man mag ihn hinnehmen wie ehedem die Formel ‚von Gottes Gnaden'." Ferner *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 311 ff.

je mehr, daß es ihren Trägern um eine innere Ablehnung der Verfassung ging, deren freiheitliche Errungenschaften man nicht sehen wollte[9]) oder verkleinerte, deren Zukunftsmöglichkeiten man verkannte, der man jeden nationalen Charakter absprach.[10]) Indem man die rechtmäßig zustande gekommene Verfassung nicht als verpflichtend betrachtete und den neuen Staat als Produkt der Revolution wertete (Republik als Staatsform der Linken), fiel es nicht schwer, das vermeintlich theologisch begründete Verdikt über die Revolution auch — bewußt oder unbewußt — auf diesen Staat zu übertragen. Dabei wurde vergessen oder verschwiegen, daß der neue Staat nicht vom November 1918, sondern von der gewählten Nationalversammlung von Weimar her datierte, wo ein neuer legaler Anfang gesetzt worden war.

Solche Angriffe und Verdächtigungen schienen bisweilen so sehr an die Zeiten des verflossenen Zentrums- und Gewerkschaftsstreits zu erinnern, daß sich Carl Bachem — nicht zufällig gegenüber Mausbach — der Stoßseufzer entrang: „Der Integralismus ist wieder auf der ganzen Linie los."[11]) Die gegen das Zentrum erhobenen Vorwürfe wurden in den konservativ orientierten „Historisch-Politischen Blättern" (München), in den Trierer „Petrus-Blättern", in der in Frankfurt a. M. erscheinenden Zeitschrift „Der Fels" (Apologetische Rundschau) und in der „Görres-Korrespondenz"[12]) sowie in der „Christlichen Gesellschaft" publiziert. Dazu gesellte sich die Wiener Zeitschrift „Das Neue Reich" mit Beiträgen deutscher Autoren (Heinrich Schrörs, Hermann Frhr. v. Lüninck, P. Augustin Galen O. S. B.[13]), Gustav Stezenbach, Otto Lutz). Unter den Kritikern, die in den genannten Zeitschriften zu Wort kamen, befanden sich nicht wenige Geistliche: H. Schrörs, A. Galen, F. X. Kiefl, Ph. Haeuser, A. J. Rosenberg, C. M. Kaufmann. Im Laufe der nächsten Jahre[14]) steigerten sich Angriffe und Verdächtigungen auf das Zentrum[15]) in dem Maße, in dem der Katholikenausschuß der Deutschnationalen Volkspartei seine Tätigkeit akti-

[9]) Vgl. demgegenüber *Beyerle* (Katholiken und Volksstaat, S. 93): „Wo steht in der Bismarckschen Verfassung ein Wort zugunsten von Gewissensfreiheit, Kirche, christliche Schule, das nur entfernt an die Garantien heranreicht, die Weimar diesen religiösen Lebensgebieten gebracht hat?"

[10]) Vgl. z. B. *Haeuser*, Wir deutschen Katholiken, S. 50; Gustav *Stezenbach*, Die gegenwärtige Lage der deutschen Katholiken, in: Das Neue Reich Nr. 32 vom 8. Mai 1921, S. 635.

[11]) Am 22. Juli 1919. Nachl. Bachem 465.

[12]) Von einem Schwiegersohn Peter Spahns, Rechtsanwalt Karl Görres in Berlin, seit 1920 herausgegeben. Vgl. *Ritter*, Volksverein, S. 509.

[13]) Im Zuge einer Korrespondenz mit W. Marx erklärte Pater *Graf Galen* am 5. Juli 1921, bei seinen damaligen grundsätzlich gedachten Ausführungen sei das Zentrum „vollkommen aus dem Bereich" seiner Kritik geblieben. Nachl. Marx XXXII.

[14]) Genannt seien nur noch die Broschüren von *Lukassowitz* (1921) und später von Ferdinand *Frhr. von Fürstenberg* (1931).

[15]) Den Gipfel primitiver Argumentation erreichte dabei Paul *Siebertz* (Biograph des Fürsten Karl zu Löwenstein) in einem Pamphlet „Deutschland zur Zeit seiner größten Schmach" (1923), in dem es u. a. hieß (S. 25 f.): „Zentrum und Sozialdemokratie gaben dem ‚neuen Reich' eine

vierte. In einer Abfolge von Aufsätzen und Broschüren wurde gegen die Zentrumspartei polemisiert.

Dagegen setzten sich die dem Zentrum und der BVP verbundenen Katholiken von vornherein konsequent, aber keineswegs immer überzeugend, zur Wehr.[16]) Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden sie auch von Mitgliedern des Episkopats unterstützt.[17]) Mausbach, vermutlich durch die Initiative von Carl Bachem angeregt[18]), führte bald diesen Abwehrkampf mit dem großen Gewicht seines Namens in vorderster Linie. Er kam auch in den folgenden Jahren bis zu seinem Tode (1931) wiederholt auf diesen Zusammenhang zurück.[19])

Den Angriffen aus den katholischen Reihen begegneten Mausbach und andere aktive Parlamentarier (Lauscher, Beyerle, Schreiber), aber auch Theologen (Walterbach, Tischleder) und Juristen (C. Bachem, Ebers) außerhalb der Fraktion mit folgender Argumentation: Der beanstandete Satz „Die Staatsgewalt geht

---

Verfassung. Diese Grundsteinlegung für den neuen Bau aber war ein einziges verbrecherisches Abgehen von jeder historischen Denkweise. [...] Eine der unbegreiflichsten Früchte verwerflicher Kompromißpolitik, die Volkswohl und Reich an die Nutznießer der neuen Konstellation verschacherte, war die Eliminierung Gottes aus der Verfassung." In Abwehr der „gehässigen Schrift" Siebertz', die als Beispiel moderner Legendenbildung galt, schrieb die *KV* Nr. 282 vom 14. April 1923: „Welche andere neuzeitliche Verfassung in der ganzen Welt hat eine so ausführliche Garantie religiöser Rechte in ihre Bestimmungen aufgenommen?"

[16]) Am 22. Juli 1919 übermittelte *Bachem* (s. Anm. 11) an Mausbach das Konzept einer Entgegnung auf das Buch von Schrörs (vgl. Anm. 3) mit der Bitte um kritische Durchsicht: „Ich fühle selbst, daß meine Ausführungen schwach sind." In dem Begleitschreiben hieß es u. a.: „Ich habe mich bemüht, so ruhig und gelassen zu schreiben, wie möglich. Aber ich muß doch gestehen, daß es mir innerlich dabei kochte, daß ein Schrörs uns nun wieder einen solchen Knüppel zwischen die Beine wirft. Als ob es heute gar nichts Besseres zu tun gäbe! Diese Leute, die keine blasse Ahnung haben von der Schwierigkeit und Mühseligkeit der praktischen Politik und dann von ihrer bequemen Studierstube aus diejenigen schulmeistern, welche die mühsamste Last der praktischen politischen Arbeit tragen!"

[17]) Kardinal *Faulhaber* erklärte im Nov. 1919, die Zentrumsabgeordneten hätten sich durch ihre „entsagungsvolle Mitarbeit an der Reichsverfassung um unser Volk in seiner größten Not" und um die Kirche ein „unvergeßliches Verdienst" erworben. Abgedr. in: Bayer. Kurier Nr. 323 vom 18. November 1919. Erwähnt (ohne Quellenangabe) von *Mausbach* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920. Vgl. Offizieller Bericht, S. 115. Auf Faulhaber dürfte dasselbe zutreffen, was der Biograph des Trierer Bischofs Michael Felix Korum, *Treitz*, schreibt (S. 170): „Für die Politik Erzbergers konnte er sich nie erwärmen, und er war in seinem Innersten betroffen von der Leichtigkeit, wie man innerhalb der Partei sich mit den neuen Staatsverhältnissen abzufinden wußte." Das politische Verhalten der einzelnen Bischöfe und des Klerus zur Verfassung und Republik wäre eigener Untersuchungen wert.

[18]) Auf das Schreiben von Bachem hin (s. Anm. 11) antwortete er am 25. Juli 1919, er habe — ebenso wie Gröber — Bachems Ausführungen „mit vollem Beifall gelesen" und sogleich an die KV weitergeleitet: „Hier sitzt man so in unmittelbar drängender Arbeit, daß man auf diese Dinge leider nicht eingehen kann. Ich habe aber andere gebeten, auch darüber etwas zu schreiben."

[19]) Vgl. insbesondere seine Schrift „Kulturfragen in der deutschen Verfassung" (1920) sowie — als letzte öffentliche Stellungnahme in dieser Frage — seine Diskussionsbemerkung in einer Sitzung der staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf dem Katholikentag von 1930 in Münster. Vgl. Die 69. Generalversammlung der Deutschen Katholiken zu Münster in Westfalen vom 4. bis 8. September 1930, S. 297 f.

vom Volke aus" bedeute für den gläubigen Christen nicht die Leugnung göttlicher Führung und Fügung des Völkerlebens. Die „republikanische Idee der lebendigen Volksgemeinschaft" sei vielmehr ein Antrieb zur Entfaltung echter Sozialgesinnung. Seit Leo XIII. sei die gegnerische Einstellung kirchlicher Kreise gegen jede Art Republik, die sich aus der Kulturkämpferei liberal-republikanischer Verfassungsideen und der kirchenfeindlichen Haltung mancher Republiken erkläre, im Schwinden begriffen.[20]) Der Umsturz von 1918 habe der vollen Geltung des gläubig-christlichen, insbesondere des katholischen Volksteils im Volksganzen eine viel freiere Auswirkung eröffnet, als die „Fesseln der Staatsbevormundung und vielfachen Kirchengegnerschaft" im alten Staat zuließen.[21])

Im übrigen — so hieß es in dieser Argumentation weiter — müßten infolge der staatsrechtlichen Natur der Verfassung Satz 1 und 2 des ersten Artikels staatsrechtlichen Inhalts sein. Daraus folgere, daß der zweite Satz „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" die Erläuterung des vorhergehenden Satzes „Das Deutsche Reich ist eine Republik" darstelle und die Art dieser Republik (in Abgrenzung etwa von der Räterepublik) näher umschreibe. Damit bringe dieser Satz die einfache Feststellung zum Ausdruck, daß die Staatsgewalt in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung im Namen und Auftrag des Volkes durch die von ihm bestellten Organe ausgeübt werde (soweit nicht in Ausnahmefällen eine Volksabstimmung vorgesehen sei). Auf diese Weise sei nichts über die „Quelle der urschöpferischen Gewalt" des Staates (Mausbach) und über seinen Ursprung ausgesagt, auch kein Bekenntnis zu einer „bestimmten rechtsphilosophischen oder ethischen Auffassung" ausgesprochen (Ebers), schon gar nicht an eine „Leugnung der göttlichen Vorsehung als oberster Quelle der Völkergeschicke und allen Rechts" gedacht (Beyerle).

Der umstrittene Satz war überdies aus der belgischen Verfassung von 1831 übernommen worden.[22]) Er galt lediglich als der prägnante Ausdruck der staatspolitischen „Zentralidee der modernen Demokratie"[23]), des Volksstaats[24]),

[20]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums erklärte *Trimborn* am 15. September 1919: „Wir wollten nicht in den verhängnisvollen Fehler der französischen Katholiken verfallen, den zu korrigieren der kluge Leo XIII. sich so sehr bemühen mußte." Vgl. Bericht, S. 45.

[21]) Vgl. *Beyerle*, Republik, in: Staatslexikon 4^5, 1931, Sp. 905.

[22]) Nach *Ebers*, Reichsverfassung und christliche Staatslehre, in: Hochland 26, 1929, S. 567, stammte die Aufnahme dieses Satzes in die Reichsverfassung von Beyerle, während es in einem Nachruf auf Adolf Gröber (*Schermann*, in: Württemb. Nekrolog, S. 176) heißt, der § 1 der Verfassung sei nach Gröbers Vorschlag angenommen worden. Am 6. März 1919 hatte *Beyerle* im Verfassungsausschuß die Fassung vorgeschlagen: „Die Staatsgewalt im Reich und in den Gliedstaaten liegt beim Volke." Weiter sollte es dann heißen: „Die Ausübung der Staatsgewalt richtet sich nach der Verfassung." Dagegen hatte sich Peter *Spahn* ausgesprochen: „Die Souveränität liegt nicht allein beim Volke, sondern auch bei den Organen des Volkes." Vgl. Protokolle, S. 29.

[23]) So *Beyerle*, Katholiken und Volksstaat, S. 94, der hinzufügte: „Man sollte darum aufräumen mit der geschichtlichen Unwahrheit, daß dieser Satz undeutsch oder gar unchristlich sei."

[24]) *Trimborn* erklärte auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 19. Januar 1920: „Aus dem Obrigkeitsstaat ist der Volksstaat geworden. Das ist der Sinn des [...] Satzes: ‚Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.'" Vgl. Offizieller Bericht, S. 8.

und sprach die Souveränität des Volkes aus, die zum Wesen der „vom christlichen Standpunkt aus keinesfalls zu beanstandenden" demokratischen Republik gehörte.[25])

Der Verfassungsstreit erschwerte den Einsatz für die Wiedererstarkung des seit der Revolution arg strapazierten Rechtsempfindens und für die innere Annahme der aus der gesetzlichen Überwindung des Umsturzes und des Chaos erwachsenen Verfassung. Angesichts der weit auseinandergehenden Auffassungen im katholischen Lager bemühte sich die Zentrumspartei um eine abschwächende Interpretation. In diesem Sinne verwies der Abgeordnete Brauns im Plenum der Nationalversammlung darauf, daß mit der Annahme der neuen Verfassung und der republikanischen Staatsform dem „prinzipiellen Standpunkt des einzelnen" kein Eintrag geschehen solle. Brauns machte aber gleichzeitig kein Hehl daraus, daß die religiöse Überzeugung den Katholiken verpflichte, die praktisch und zu Recht bestehende staatliche Ordnung zu schützen. Nach seinen Worten betrachtete die Zentrumsfraktion das Verhältnis zum Staat als einen „natürlichen, gottgewollten Pflichtenkreis".[26])

Mag vielen Zentrumsanhängern, zumal in agrarischen und adlig-konservativen Kreisen, die Anerkennung des Reiches als Republik und als Konsequenz des revolutionären Umsturzes vom 9. November 1918 — den die Zentrumspartei weiterhin konsequent verurteilte — auch nicht leichtgefallen sein: 1919 gab es keine andere Lösung, nachdem in den Novembertagen 1918 die Monarchie als Kristallisationskern der bisherigen Staatsform von deren Trägern widerstandslos preisgegeben worden war. Die Zentrumsabgeordneten wußten allerdings nur zu gut, daß Verfassungsgrundsätze allein nicht weiterhelfen konnten, sondern daß der Geist entscheidend sein werde, „der die Organe des neuen Reiches beseelt".[27])

Welchen Geist die Partei in den folgenden Wochen und Monaten der Eingewöhnung in die Verfassungswirklichkeit entwickelte, wird im folgenden aufzuzeigen sein. Die bemerkenswerte innere Distanz zur Republik — „Es ist gar nicht nötig, überhaupt Republikaner zu werden"[28]) —, aber auch die optimistische Zukunftserwartung, die das Zentrum an das Einleben in die neuen Zustände knüpfte, umschrieb zum Jahresende 1919 der preußische Abgeordnete Gronowski

[25]) Vgl. *Lauscher*, Weimarer Verfassung, in: Nationale Arbeit, S. 160. Am 19. Januar 1920 unterstrich *Trimborn* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums in Berlin, der § 1 der Verfassung beinhalte „lediglich die tatsächliche Feststellung" und sei keine rechtsphilosophische oder theologische Aussage über den Ursprung der Staatsgewalt. Vgl. Offizieller Bericht, S. 8. Nach *Buchheim*, Christliche Parteien, S. 329, ist in diesem Streit mit einem „undemokratischen Trick" die Verwerflichkeit des Prinzips der Volkssouveränität aus der christlichen Lehre — Gott als Quelle aller Souveränität — abgeleitet worden.

[26]) 25. Juli 1919. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1897.

[27]) So *Spahn* am 28. Februar 1919. Vgl. ebd., Bd. 326, S. 379. Am 6. März 1919 erklärte *Spahn* im Verfassungsausschuß: „Die Verfassung bestimmt, wer die Staatsfunktion auszuüben hat; wie das dann die Theoretiker konstruieren, ist deren Sache." Vgl. Protokolle, S. 30.

[28]) So Reichsminister *Giesberts* am 27. Juli 1919 in einer Zentrumskundgebung in Düsseldorf. Vgl. *Germania* Nr. 341 vom 30. Juli 1919.

im Zuge einer temperamentvollen Verteidigung der vom Zentrum eingegangenen Weimarer Koalition mit dem Satz: „Die Reichsverfassung befriedigt uns nicht, aber wir verlangen, daß die Reichsverfassung loyal durchgeführt wird, und dann, glaube ich, werden wir nicht allzu starken inneren Kämpfen entgegengehen.“[29])

[29]) Am 15. Dezember 1919 in der Preuß. Landesversammlung. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 7, Sp. 8094.

5. Der Anteil an der Neuordnung des Finanz- und Steuerwesens

„Eine Rettung des deutschen Volkes auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft ist nur möglich, wenn ganz konsequent und zielbewußt der Weg zum deutschen Einheitsstaat beschritten wird. Das ist mein politisches Programm.“

Reichsfinanzminister Erzberger am 27. November 1919.[1])

Der Nationalversammlung in Weimar war als dritte große Aufgabe — nach der Annahme des Versailler Vertrags und der Beratung der Reichsverfassung — aufgegeben, geordnete Finanzverhältnisse zu schaffen. Diese Aufgabe, „so groß und so gewaltig, wie sie noch nie einem Volke erwachsen ist“[2]), wurde in einem kaum erwarteten Ausmaß durch die Erzbergersche Finanzreform gelöst, deren fiskalische Seite hier im einzelnen nicht behandelt zu werden braucht.[3]) Den Auftakt dieser Reform bildeten zehn Gesetzentwürfe (Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs u. a.), die noch vor der Verabschiedung der Reichsverfassung eingebracht wurden. Mit der Annahme der von Erzberger am 8. Juli 1919 begründeten Vorlagen[4]) erhielt das Reich im Unterschied zu der bisherigen Regelung in weitem Umfang direkte Steuern zugewiesen. Diese Entwicklung, die die Steuersouveränität der Einzelstaaten beseitigte, verstärkte sich noch durch die im Winter 1919/20 verabschiedeten weiteren Steuermaßnahmen (Kriegsabgaben auf Einkommen und Vermögen, Reichsnotopfer, Reichseinkommensteuer, Reichskörperschaftssteuer, Erbschaftssteuer, Tabaksteuer, Grunderwerbssteuer, Erhöhung der Umsatzsteuer).

Die Erzbergersche Finanzreform, eine „politische Großtat“[5]), ist die bedeu-

[1]) In der Nationalversammlung. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 331, S. 3803.

[2]) So der Abg. *Herold* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 20. Januar 1920. Vgl. Offizieller Bericht, S. 39.

[3]) Die einschlägige Literatur ist aufgeführt bei *Epstein*, Erzberger, S. 374 f. Dort fehlt allerdings ein Hinweis auf *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, sowie auf die Zustimmung der Parteitage des Rheinischen Zentrums und der Gesamtzentrumspartei (s. Anm. 22 und 23) zur Erzbergerschen Finanzpolitik.

[4]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 326, S. 1376 ff.

[5]) Vgl. *Brauns*, Zentrum und Wiederaufbau, in: *WAZ* Nr. 23 vom 5. Juni 1920. Dazu auch Heinrich *Brüning*, Die Arbeit der Zentrumspartei auf finanzpolitischem Gebiete, in: Nationale Arbeit, S. 356.

tendste politische Leistung, die sich mit dem Namen des umstrittenen Zentrumsführers verknüpft. Vor die Alternative gestellt, entweder die Kriegsanleihen zu annullieren und den Staatsbankerott zu erklären (um dann einen neuen Anfang setzen zu können) oder neue Einnahmen zu schaffen, um die ins Riesenhafte angewachsenen Schulden des Reiches aus der Zeit des Krieges und die Kriegsfolgelasten sowie die noch nicht absehbaren Verpflichtungen aus den Reparationsforderungen bezahlen zu können, hatte sich Erzberger für den zweiten Weg entschieden. Die Folge war, daß zahlreiche neue Steuern ausgeschrieben werden mußten und Kapital und Besitz in einer bis dahin nicht gekannten Höhe finanziell belastet wurden.

Der seit Juni 1919 amtierende Finanzminister betrachtete seine Steuerpläne allerdings nicht nur als Mittel, um den Staatsbankerott abzuwenden, der in erster Linie die Masse der kleinen Sparer getroffen hätte, sondern auch als Fundament, um zu einer Sanierung der Reichsfinanzen und zur Gerechtigkeit im Steuerwesen zu gelangen. Für ihn bedeutete die Finanzreform zugleich eine durchgreifende Sozialreform[6]), von der er sich eine Neuorganisation des gesamten Wirtschaftslebens erhoffte.[7]) Erzberger sah in der Realisierung seiner Pläne von einem übergeordneten gesellschaftspolitischen Standpunkt aus einen Weg zum Aufbau einer echten demokratischen Ordnung in Deutschland, „in der die Reichen sich mit den Armen in die Opfer zu teilen hätten und der Bolschewismus seine Anziehungskraft auf die unteren Klassen verlieren würde."[8]) Hinter allen technischen und politischen Erwägungen des Zentrumspolitikers stand seine Einsicht in die Notwendigkeit, das gesamte Wirtschafts- und Sozialleben im christlichen Sinne (Solidarismus) versittlichen und einem noch sehr vage umschriebenen „Sozialstaat der Zukunft" zum Siege verhelfen zu können.[9])

Mit seinen verschiedenen Maßnahmen, insbesondere der Errichtung der Finanzhoheit auf Kosten der Einzelstaaten, wollte Erzberger ganz bewußt im Sinne der ihm vorschwebenden unitarischen Gestaltung des Reiches[10]) neben der Verfassung neue Klammern der Reichseinheit schaffen. Es gelang dem Finanzminister, getrieben von der „äußersten Not des Reiches"[11]), innerhalb eines denkbar kurzen Zeitraums die bisherige „chaotische Verschiedenartigkeit"

---

[6]) Am 8. Juli 1919 erklärte *Erzberger* (s. Anm. 4), S. 1377: „Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister." Vgl. ferner die Ausführungen von Erzbergers Nachfolger als Reichsfinanzminister, *Wirth*, am 26. April 1920. Ebd., Bd. 333, S. 5439 f.

[7]) So *Erzberger* am 3. Dezember 1919. Vgl. ebd., Bd. 331, S. 3832.

[8]) So *Epstein*, Erzberger, S. 377.

[9]) Vgl. den Schluß seiner Rede am 3. Dezember 1919 (s. Anm. 7).

[10]) Der frühere bayer. Zentrumsführer Dompropst *v. Pichler* bezeichnete Anfang Okt. 1919 die Erzbergersche Finanzreform als den „größten Schritt auf dem Wege zum vollen Einheitsstaat", dem gegenüber man in Süddeutschland versuchen sollte, „zu retten, was noch zu retten ist". Die staatsrechtliche Entwicklung des Reiches, in: Allg. Rundschau Nr. 40 vom 4. Oktober 1919, S. 583 f.

[11]) So am 14. August 1919. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 329, S. 2432.

der Besteuerung zu beseitigen. Seine Reform stellte den größten Schritt zur nationalen Einheit dar, der seit 1867 getan worden war.[12]) In der gleichen Richtung wirkte auch der wesentlich von ihm in die Wege geleitete (und von Reichsminister Bell ressortmäßig betreute) Übergang der Eisenbahnen auf das Reich. Mit Hilfe der neuen zentralen Reichsfinanzverwaltung, die ihren Apparat über das ganze Reich ausdehnte und damit der Reichsgewalt einen starken Machtzuwachs einbrachte, glaubte Erzberger die Einnahmen den künftigen finanziellen Bedürfnissen des Reiches elastisch anpassen zu können. Daß Erzbergers Einsicht in die kommende, sich rapide verschlechternde inflationäre Entwicklung (mitbedingt durch immer höhere statt der von ihm erwarteten festen und dem Etat angepaßten Reparationsforderungen) auch zu falschen Schlüssen führte, erwies sich als ein politischer Irrtum, dem er mit nahezu allen Experten seiner Zeit unterlag.[13])

Erzbergers persönlichem Einsatz war es zu verdanken, wenn die entsprechenden Gesetzesvorlagen zur grundlegenden Neuordnung des deutschen Finanz- und Steuersystems von der Nationalversammlung so rasch verabschiedet werden konnten. Dabei fand der Finanzminister von seinen Fraktionskollegen, insbesondere den Gewerkschafts- und Arbeitervertretern, die erforderliche parlamentarische Hilfe. Als Regierungspartei war das Zentrum für die Ergebnisse und Konsequenzen der Finanzreform in „vollem Maße" verantwortlich.[14]) Die Partei, die bisher stets für die Steuersouveränität der Einzelstaaten eingetreten war, hatte damit in dieser wichtigen Frage einen bemerkenswerten Kurswechsel vollzogen. Über die unitarischen Auswirkungen der Steuergesetzgebung bestand kein Zweifel.[15])

Die Zentrumsparlamentarier hielten die Vorteile einer reichseinheitlichen und gleichmäßigen steuerlichen Veranlagung für größer als manche Nachteile[16]) von Einzelgesetzen, gegen die sich Bedenken erhoben (z. B. Umsatzsteuer, Reichsnotopfer).[17]) Sie rechtfertigten ihre Politik mit der aus der Finanznot des Reiches und seinen außenpolitischen Verpflichtungen erzwungenen Notwendigkeit, die Verteilung des Finanzbedarfs grundlegend zu verändern. Die Fraktion nahm den Widerstand der BVP-Abgeordneten in Kauf und sogar die formelle

[12]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 379, 386.

[13]) Nach *Brüning* (s. Anm. 5), S. 358, ist von allen „maßgebenden Persönlichkeiten" das Wesen der Inflation in seiner Auswirkung auf die Steuer- und Finanzpolitik nicht erkannt worden.

[14]) Vgl. *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 61.

[15]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Zehnter* am 5. Dezember 1919 zum Landessteuergesetz. Sten. Berichte, Bd. 331, S. 3873. Ähnlich die des Abg. *Burlage* vom 22. November 1919 zur Reichsabgabenordnung; ebd., S. 3673.

[16]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Herold* auf dem 1. Reichsparteitag (s. Anm. 2, S. 40) sowie im Plenum der Nationalversammlung am 28. Februar 1920. Sten. Berichte, Bd. 332, S. 5463 f.

[17]) Zur (allerdings ungenügend belegten) Stellungnahme des Zentrums zu den einzelnen Finanzreformen vgl. *Seibert*, Die großen politischen Parteien und die Erzbergersche Finanzreform, passim (Zentrum insbesondere S. 18 f., 30, 40, 44 f.). Ferner *Höfler*, Erzbergers Finanzreform, passim.

Separation der BVP, zu der eine Rede Erzbergers vom 4. Januar 1920 in Stuttgart[18]) — in der er sich unter hemdsärmeliger Beiseiteschiebung „historischer Bedenklichkeiten" für weitere Schritte zugunsten des Einheitsstaats aussprach — nicht wenig beitrug.

Das Zentrum hatte jedoch noch andere Gründe, den auch in den eigenen Reihen heftig umstrittenen Reichsfinanzminister parlamentarisch zu stützen: Erzberger verstand es nicht nur meisterhaft, das Vertrauensverhältnis zu seiner Fraktion und sein soziales Bekenntnis immer wieder betont herauszustellen[19]), sondern er war auch der einzige Zentrumspolitiker, der überhaupt nach einem eigenständigen politischen Konzept handelte, das er „mit Kraft und Nachdruck"[20]) in die Tat umsetzte. Demgegenüber trat die Tätigkeit der Minister Bell und Giesberts in der Reichsregierung vollständig in den Hintergrund. Eine Preisgabe Erzbergers durch seine Fraktion hätte als Preisgabe einer Politik aufgefaßt werden müssen, die auf eine Gesundung der Reichsfinanzen abzielte und sich auf ein bewußt soziales Programm (Existenzminimum, Kindergeld, Familienprivileg) stützte. Die neue Einkommensteuer-Regelung brachte bis zu einem Einkommen von 15000 Mark keine Mehrbelastung gegen früher.[21]) Aus diesem Grunde hob die Partei ihre Zustimmung zu dieser Politik auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums am 15. September 1919[22]) und ebenso auf dem ersten Reichsparteitag am 15. Januar 1920[23]) eigens hervor. Es bedurfte erst eines äußeren, von seinen politischen Gegnern planmäßig herbeigeführten Anstoßes (Prozeß gegen Helfferich), um Erzberger von seinem Ministerposten abzulösen. Zu diesem Zeitpunkt (März 1920) waren die Fundamente der Finanzreform fest verankert.

[18]) Gedr. als Nr. 27 der Reihe „Politische Zeitfragen in Württemberg". Dazu vgl. *Schwend*, Bayern, S. 128 ff.

[19]) Vgl. *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 63 f.

[20]) So *Herold* (s. Anm. 2), S. 42.

[21]) Der soziale Geist der Steuergesetzgebung ist von *Brauns* (s. Anm. 5) besonders herausgestellt worden.

[22]) Hier machte sich der Abg. *Marx* zu einem warmen Fürsprecher der Politik Erzbergers, dessen (nicht näher erläuterte) Einzelmaßnahmen allerdings nicht immer die Zustimmung der Fraktion fänden: „Erzberger kann ein noch so bedeutender Mann sein, er wird es doch nicht fertig bringen, eine Fraktion von rund 90 Mann dauernd zu beeinflussen." Vgl. Bericht, S. 102. Ebd., S. 103: „Wenn Erzberger bei der Fraktion Anträge und Wünsche einbringt, die der Fraktion richtig erscheinen, so unterstützt sie dieselben, andernfalls lehnt sie diese ab. [...] Man sollte Erzberger nach seinen Taten beurteilen." Am 17. September 1919 billigte der Parteitag eine Resolution zur allgemeinen politischen Lage, in der sich folgende Sätze fanden: „Der Parteitag anerkennt die unabweisbare Pflicht, die Reichs- und Staatsfinanzen von Grund aus neu zu ordnen, und begrüßt die großzügige und entschlossene Art, wie dieser Neuaufbau der Finanzen in Angriff genommen worden ist. Er erkennt das redliche Bemühen der Fraktion [...] an, den Kriegs- und Revolutionsgewinn tunlichst restlos zu erfassen, die schwachen Schultern nach Möglichkeit zu schonen und die Lasten gerecht zu verteilen." Ebd., S. 269.

[23]) In seinem einleitenden Referat erklärte *Trimborn:* „Aber feststellen muß ich, daß niemals vorher bei einer großen Steuergesetzgebung soziale Gesichtspunkte in so umfassender Weise berücksichtigt worden sind wie jetzt. Dies hat uns im Zentrum den schweren Entschluß der Zustimmung wesentlich erleichtert." Vgl. Offizieller Bericht, S. 13.

Viertes Kapitel

Die Entwicklung der Rheinlandfrage

1. Neugliederungsbestrebungen im deutschen Westen

Als in der zweiten Maiwoche 1919 die alliierten Friedensbedingungen publiziert wurden, herrschte über deren Ausmaß und Härte im Rheinland Niedergeschlagenheit und Bestürzung. Die Annahme des Vertrags mußte für das linksrheinische Gebiet auf Jahre hinaus die Anwesenheit fremder Truppen bedeuten. Da allerdings von einer oft befürchteten Annexion linksrheinischen Gebiets nicht die Rede war, entfiel für die rheinischen „Aktivisten" ein wichtiges Argument ihrer Propaganda. Wenngleich sie auch vorerst ihre Pläne nicht aufgaben, so änderten sie jedoch ihre Begründung dafür. In Zukunft wurde als Preis für die Errichtung einer Rheinischen Republik eine erhebliche Milderung der Friedensbedingungen für das Gesamtreich erwartet. Das Drängen der Vorkämpfer für die rheinische Autonomie verquickte sich von nun an stärker mit den Interessen der französischen Politik.

Zum Verständnis der weiteren Entwicklung dieser Frage ist es notwendig, den Verlauf der Ereignisse seit Ende Januar zu schildern, um damit den Anschluß an die bereits früher behandelten Vorgänge[1]) zu gewinnen. Um in der für das Rheinland wichtigen Frage einer eventuellen Loslösung dieses Gebiets von Preußen Klarheit zu gewinnen, hatte der Kölner Oberbürgermeister nach Fühlungnahme mit Vertretern des Zentrums, der DDP und der SPD die inzwischen in die Nationalversammlung und in die Preußische Landesversammlung gewählten Abgeordneten des besetzten linksrheinischen Gebiets zusammen mit den Oberbürgermeistern der besetzten rheinischen Städte (insgesamt 84 Personen) zum 1. Februar 1919 nach Köln berufen. Es ist bis heute nicht zweifelsfrei geklärt, ob Adenauer ursprünglich die Absicht verfolgte, mit Hilfe dieses Gremiums die Loslösungsbestrebungen zu forcieren oder gar die Rheinische Republik proklamieren zu lassen, bevor sich die Nationalversammlung konstituiert hatte.[2]) Es spricht vieles dafür, daß der Kölner Oberbürgermeister die tatsächlichen Kräfteverhältnisse abtasten wollte und daß eine Warnung Scheidemanns um Vertagung einer Entscheidung[3]) nicht ohne Eindruck geblieben

[1]) S. oben S. 128.

[2]) Die entsprechenden Behauptungen von *Dorten*, La Tragédie Rhénane, S. 53, sind ebensowenig überzeugend wie die anderer Autoren, die ihm gefolgt sind (*Ilges-Schmid*, *Peck*, *Klein* u. a.).

[3]) Nach einer im Bundesarchiv (ZSg. 105) befindlichen Abschrift der Dorten-Memoiren in deutscher Fassung aus dem Jahre 1937 („Mein Verrat. Das rheinische Drama 1918—1924") soll Scheidemann — wie Adenauer am Abend des 31. Januar 1919 Dorten mitgeteilt habe — um Vertagung der Versammlung ersucht haben (S. 52).

ist. Jedenfalls gab Adenauer seine bisher gewahrte Reserve nicht auf. Am Vorabend der Beratungen versicherte er dem erstaunten Dorten, daß am 1. Februar nicht — wie er offensichtlich Dorten noch Mitte Januar mitgeteilt hatte[4]) — die Proklamation eines Rheinstaats beabsichtigt sei, sondern eine feierliche „Protestaktion" gegenüber der Welt, verbunden mit einem Treuegelöbnis zum Reich.

Unter den eingeladenen Persönlichkeiten befanden sich, insbesondere soweit sie dem Zentrum angehörten, zahlreiche Aktivisten der rheinischen Selbständigkeitsbestrebungen. Viele von ihnen waren in der Zuversicht nach Köln gekommen, daß sich Adenauer — den die etwa 65 Teilnehmer einstimmig zum Vorsitzenden wählten — zum Vorkämpfer ihrer Pläne machen und in einem „weltgeschichtlichen Akt"[5]) die Republik feierlich ausrufen werde.[6]) Einzelne Teilnehmer sollen bereits Ministerlisten angefertigt haben, auf denen Adenauer als Präsident erschien.[7])

Es kam jedoch anders. Während der ungewöhnlich langen Beratungen wurde der Entwurf einer Resolution verteilt, auf den sich vorher der am 7. Januar eingesetzte interfraktionelle Ausschuß geeinigt hatte. Diese Tatsache und der genau zu verfolgende Verlauf der Verhandlungen im Kölner Rathaus, an deren Beginn Adenauer die Hoffnung aussprach, zu einer „einstimmigen Entschließung" zu kommen, stützen die nachträgliche Aussage des Oberbürgermeisters[8]), daß es sein Ziel gewesen sei, den Heißspornen den Wind aus den Segeln zu nehmen und eine überstürzte Proklamation der Rheinischen Republik zu verhindern. Vor einer derartigen Aktion hatte auch ein Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Waffenstillstandskommission in Spa ausdrücklich gewarnt.[9])

[4]) Ebd., S. 50.

[5]) So in einem ungezeichneten Artikel über die Geschichte der Rheinlandbewegung, in: *Das Neue Reich* 6, 1924, S. 366.

[6]) Vgl. [*Dorten*], Die Rheinische Republik. Wiesbaden 1919, S. 34 f.; ferner *Dorten*, La Tragédie Rhénane, S. 53. Dazu die verfälschenden Darstellungen bei *Peck*, Adenauer, S. 36 ff., und *Klein*, Separatismus, S. 91. Die erst 1945 erschienene Darstellung von *Dorten* sollte bereits 1930 herauskommen. Am 8. Dezember 1930 war das Ausw. Amt in der Lage, verschiedenen Reichsministerien und preuß. Regierungsstellen ein ausführliches Inhaltsverzeichnis dieser Memoiren zu übermitteln, das durch einen Vertrauensmann der Botschaft in Brüssel nach Berlin gelangt war. Am 31. März 1931 teilte das Preuß. Innenministerium dem Auswärtigen Amt mit, daß Dorten von der französischen Regierung 75000 Franken erhalten habe, um von der Veröffentlichung abzusehen. Materialien im StA Koblenz, Abt. 403/16863.

[7]) So hieß es in dem in Anm. 5 zitierten Artikel.

[8]) Vgl. *King*, Foch versus Clémenceau, S. 36 f.

[9]) In einem Telegramm des Geh. Legationsrats *Trautmann* vom 31. Januar 1919 an das Ausw. Amt hieß es: „Versammlung [vom 1. Februar 1919] war ursprünglich bestimmt, ersten Schritt zur Gründung einer rheinisch-westfälischen Sonderrepublik zu bilden. Auf Versammlung sollte Resolution angenommen werden, bei der unter Betonung des Willens zur Zugehörigkeit zum Reich Notwendigkeit Zusammenschlusses der Länder am Rhein zu besonderem Freistaat ausgesprochen werden sollte. Resolution ist jetzt so umgestaltet, daß Vereinigung der Länder am Rhein nur für den Fall angestrebt werden soll, daß Nationalversammlung auf gesetzlichem Wege zu einer Aufteilung Preußens schreitet. Ich habe mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln während meiner

Adenauer eröffnete die Versammlung am 1. Februar 1919 in seiner Eigenschaft als Vertreter der Stadt Köln — wobei er alle parteipolitischen und konfessionellen Gesichtspunkte, aber auch alle „gefühlsmäßigen Erwägungen" ausgeschaltet wissen wollte — mit einem kurzen Rückblick auf die Bestrebungen zur Schaffung eines selbständigen Rheinlands im Rahmen des Reiches, wie sie seit dem 9. November 1918 an ihn herangetragen worden seien. Anschließend analysierte er die außenpolitische Situation des Reiches[10]), das die berechtigten französischen Sicherheitsforderungen realistisch einkalkulieren müsse. Adenauer bekannte sich als Anhänger des Einheitsstaates, der aber vorerst noch ausgeschlossen sei, weswegen eine „Umgruppierung" der Bundesstaaten erfolgen müsse. Die Voraussetzung dafür liege in einer Teilung Preußens auf gesetzmäßigem Wege im Sinne des Regierungsentwurfs der Reichsverfassung. Der Kölner Politiker sah nur eine Lösung, die den Forderungen Frankreichs Genüge tun und doch eine Schädigung des Reiches als Folge einer Abtretung des linksrheinischen Gebiets „vielleicht" vermeiden könne: die Gründung einer „Westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches", die auch rechtsrheinische Gebiete umfassen sollte. Dieser neue Bundesstaat würde die Außenpolitik „ganz Deutschlands in friedensfreundlichem Geiste" beeinflussen können. Adenauer schloß diesen Teil seiner Ausführungen, in denen er auch Einwände gegen seine Vorschläge berücksichtigte, mit der Feststellung: „Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich, oder wir werden eine Westdeutsche Republik; ein Drittes gibt es nicht." Der Oberbürgermeister befürwortete eine feierliche Erklärung der Versammlung gegen französische Annexionsgelüste und eine von der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ausgehende Initiative zur Errichtung einer „Westdeutschen Republik im Deutschen Reiche", die allerdings nur auf gesetzmäßigem Wege geschaffen werden dürfe. Als Antwort auf eine Bemerkung des Oberbürgermeisters von Aachen, Farwick (Zentrum), erklärte er es als das Ziel der Versammlung, eine „unter Umständen separatistische Bewegung" zu verhindern.

Der Kölner Oberbürgermeister verlas schließlich den Wortlaut des von dem interfraktionellen Ausschuß vorbereiteten Resolutionsentwurfs und befür-

---

Anwesenheit in Köln den partikularistischen Gedanken aus außenpolitischen Gründen bekämpft. Es sind aber starke Kräfte am Werk, die unablässig für dieses Ziel arbeiten." Pol. Archiv, Preußen Nr. 13, Bd. 6.

[10]) Sten. Protokoll im Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 1. Ein Auszug dieses Protokolls — nach einer ihm von P. Wentzcke, der 1932 von Adenauer Einblick in die Akten erhalten hatte, vermutlich unberechtigterweise überlassenen Abschrift — mit NS-verzerrter Kommentierung abgedr. bei *Schulte*, Münstersche Chronik 1919, S. 218 ff.; Auszüge auch bei *Weymar*, Adenauer, S. 74 ff. Ebd., S. 79, der Wortlaut der Resolution. Sie ist ferner abgedr. in einem Artikel „Die rheinische Politik und der ‚Fall Kastert-Kuckhoff'", in: *HPBl.* 164, 1919, S. 41, sowie bei A. *Köhler*, Deutsches Zentrum, S. 21, und *Peck*, Adenauer, S. 40. Die NS-beeinflußte Darstellung des bei der Sitzung anwesenden DNVP-Abg. *Klingemann* (in: Eiserne Blätter Nr. 26 vom 25. Juni 1933) ist abgedr. bei *Fuchs*, Die Bonner Universität, S. 27 ff.

wortete die Wahl eines kleinen Ausschusses. Dessen Aufgabe sollte es sein, die verschiedenen „wilden Komitees und wilden Bewegungen" auszuschalten, die Angelegenheit in ein „ordnungsmäßiges Bett" zu leiten und mit den Regierungen des Reiches und Preußens in Verhandlungen zu treten. Daraufhin wählten die Anwesenden unter Adenauer als Vorsitzendem einen „Westdeutschen Politischen Ausschuß" aus vier Zentrumsmitgliedern (Kaas, Schmittmann, Heß, Trimborn), zwei Sozialdemokraten und je einem Vertreter der DDP und der DVP.

Nicht ganz so reibungslos erfolgte die Annahme der Resolution, über deren Text zunächst in getrennten Sitzungen der einzelnen Gruppen beraten wurde. Dabei fand der erste Teil dieser Resolution, in dem unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht Protest gegen die in der ausländischen (im ersten Entwurf hieß es: französischen) Presse zutage tretenden Bestrebungen auf „Loslösung des linken Rheinufers oder eines seiner Teile von Deutschland" erhoben wurde, keinerlei Widerspruch. Der zweite Teil jedoch, in dem es darum ging, ob die Rheinische Republik sofort und ohne Rücksicht auf die künftige Reichsverfassung geschaffen werden sollte oder aber — wie im Entwurf vorgesehen — erst auf der Grundlage dieser Verfassung und unter „Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen", löste unter den Zentrumsvertretern heftige Diskussionen aus.[11])

Besonders Trimborn und Joos setzten sich lebhaft für eine baldige Volksabstimmung ein über die Frage, ob ein „Freistaat aus Ländern am Rhein im Verbande des Deutschen Reiches" gebildet werden sollte. Als es jedoch den Zentrumspolitikern weder gelang, diese Forderung (Trimborn: „Das deutsche Interesse steht bei uns an erster Stelle, und es steht über dem preußischen") noch eine etwas abgeschwächte Formel — wonach die Nationalversammlung unverzüglich die gesetzliche Grundlage für eine Aufteilung Preußens schaffen solle — durchzusetzen, stimmten sie schließlich trotz „außerordentlich schwerer" Bedenken (Trimborn) einem von Adenauer befürworteten Kompromißvorschlag zu.[12]) Danach sollte, „da die Teilung Preußens ernstlich erwogen

[11]) Vgl. deren zusammenfassende Wiedergabe auf Grund einer (heute nicht mehr zugänglichen) Niederschrift von Kuckhoff bei *Ilges-Schmid*, Hochverrat, S. 45 f. Dazu Diskussionsbemerkungen *Trimborns* im Plenum der Versammlung.

[12]) *Trautmann* (s. Anm. 9) berichtete am 2. Februar 1919 dem Ausw. Amt, die Kölner Sitzung habe zu einem „Mißerfolg des Zentrums" geführt, das vollendete Tatsachen habe schaffen wollen: „Durch Vermeidung jeder Festlegung auf die Republik und Einsetzung Kommission ist auch erreicht, daß die vielen wilden Propaganda-Komitees im Lande ihre Tätigkeit einstellen werden und daß vorläufig weiter nichts gemacht wird als Materialsammlung. Es dürfte sich in Weimar Gelegenheit bieten, auf Exzellenz Trimborn einzuwirken." Pol. Archiv, Preußen Nr. 13, Bd. 6. Am 7. Oktober 1932 teilte *Adenauer* im Zuge einer Korrespondenz über seine Haltung 1918/19 dem Berliner Verleger Bacmeister (der das Pamphlet von Ilges und Schmid gegen Adenauer und das Zentrum herausbrachte) mit, daß als Folge der Kölner Versammlung alle lokalen Ausschüsse verschwunden seien: „Der Hauptwert der Versammlung lag in der Herstellung der Einigkeit des ganzen rheinischen Volkes. Ich glaube, daß die Versammlung insofern geradezu eine historische Bedeutung hat." Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 6.

wird", dem erwähnten Ausschuß die „weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der Deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung" übertragen werden. Mit der einstimmig erfolgten Annahme dieser Resolution hatten, wie der preußische Landtagsabgeordnete Kuckhoff als Vertreter der rheinischen Aktivisten resignierend kommentierte, die Abgeordneten der besetzten Gebiete der Idee der Errichtung einer Rheinischen Republik vor dem Friedensschluß „eigentlich schon einen Grabstein" gesetzt.[13]) Zornerfüllt schrieb Dorten: „Der rheinische Klüngel hat die rheinische Freiheit eingesargt."[14]) Als Dorten am 6. März die Einberufung des Westdeutschen Politischen Ausschusses forderte, lehnte Adenauer dieses Ansinnen unter Hinweis auf entgegenstehende Bedenken in Berlin und beim Großen Generalstab ab.[15])

Der neugewählte Ausschuß trat nur ein einziges Mal (am 30. Mai) zusammen, wovon noch die Rede sein wird. Er vermochte jedoch durch seine Existenz und seine Funktion als Briefempfänger von zahlreichen Petitionen, die sich für die Bildung einer Westdeutschen Republik aussprachen, und als Klagemauer einen Teil des Druckes der weiterhin aktiven Rheinland-Republikaner aufzufangen und die Tätigkeit zahlreicher lokaler Komitees zu neutralisieren.[16]) So sah er seine Aufgabe darin, die „wilden Wogen der Bewegung" in ein „gesetzmäßiges Bett" zu leiten und die insbesondere von Dorten erstrebte Ausrufung einer autonomen Republik zu verhindern.[17]) Der günstigste Zeitpunkt dafür war

[13]) Um die Westdeutsche Republik, in: Allg. Rundschau Nr. 7 vom 22. Februar 1919, S. 104.

[14]) In der dt. Ausgabe seiner Memoiren (s. Anm. 3), S. 55.

[15]) Ebd., S. 57. Danach soll ferner *Froberger* am 7. März 1919 Adenauer als „abtrünnigen Opportunisten" bezeichnet haben.

[16]) Am 12. Februar 1919 berichtete *Froberger* dem Kölner Oberbürgermeister, er habe von französischen Journalisten erfahren, „daß die Franzosen nichts mehr von einer Westdeutschen Republik wissen wollen, weil sie darin nur einen Kniff erblicken, ihre Absichten auf den Rhein zu vereiteln". Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 1. In der in Anm. 6 genannten Broschüre *Dortens* heißt es (S. 35), nach der Zusammensetzung des Ausschusses sei es ohne weiteres klar gewesen, daß die Pläne zur Errichtung einer Westdeutschen Republik ein „Begräbnis erster Klasse" erfahren hätten.

[17]) Das geht aus einem Telegramm *Adenauers* vom 6. Februar 1919 an den Essener Oberbürgermeister Luther hervor, den er im „nationalen Interesse" bat, eine der Kölner Resolution zuwiderlaufende „Beschlußfassung" zu verhindern; die Stimmung in weiten Kreisen des besetzten linksrheinischen Gebiets sei derart, „daß sie durch eine ablehnende Stellungnahme höchstwahrscheinlich ein im nationalen Interesse tief bedauerliches selbständiges Vorgehen dieser Gegenden herbeiführen würde". Adenauer bat Luther, einen Beschluß herbeizuführen, „der Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offenläßt und den ich dem starken Drängen auf selbständiges Vorgehen entgegenhalten kann". Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 1. Dazu vgl. *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 197: „Im Jahre 1919 hatte Adenauer den Vorsitz eines Ausschusses zur Gründung der Rheinischen Republik übernommen, um die unterirdisch wachsende und ihm gefährlich erscheinende Bewegung des Separatismus in seine Hand zu bekommen." Ferner *Moldenhauer*, Von der Revolution zur Nationalversammlung, S. 19. Nach *Weymar*, Adenauer, S. 124, ist der Oberbürgermeister zunächst für die Schaffung eines rheinischen Bundesstaats eingetreten, „um dem Separatismus, der die Abtrennung des linken Rheinufers vom Reich propagierte, den Wind aus den Segeln zu nehmen".

ohnehin in dem Augenblick verpaßt, in dem die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung mit ihren Verfassungsberatungen begannen.[18])

Um so mehr verstärkten jetzt die Befürworter einer Rheinischen Republik — zu denen auch 200 rheinische Stadtverordnete und Gemeindevertreter gehörten, die auf der Hauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung des Rheinischen Zentrums am 11. Februar die Kölner Entschließung vom 1. Februar unterstützten[19]) — ihr Drängen, um eine Volksabstimmung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts zu erreichen. Sie entnahmen ihre zugkräftigsten Argumente der immer noch ungeklärten und teilweise chaotischen Lage im Reich und der Linie der preußischen Regierungspolitik.[20]) Als Folge der Kölner Kundgebung vom 1. Februar und der Proteste, die sich wenig später in der Nationalversammlung erhoben, wurde die Agitation für die Rheinisch-Westfälische Republik vorübergehend eingestellt[21]), ohne daß sich allerdings die „Kölnische Volkszeitung" bremsen ließ.[22])

In diesem ersten Stadium der Rheinlandbewegung war die Forderung nach einer Loslösung der Rheinprovinz aus dem preußischen Staatsverband zu keinem Zeitpunkt als offizielle Politik der Zentrumspartei verfochten worden.[23])

---

[18]) Das war von der *KV* befürchtet worden, wenn sie bereits am 5. Februar 1919 (Nr. 101) die Eröffnung der Landesversammlung als ein „Kuckucksei im Neste eines Singvogels" apostrophierte.

[19]) Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2. Vgl. *Ilges-Schmid*, Hochverrat, S. 56; *Peck*, Adenauer, S. 56. Nach *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 200, ist Carl Sonnenschein „selbstverständlich wie alle guten und organischen Patrioten" für die rheinische Republik gewesen. In einem Brief *Sonnenscheins* vom 12. Februar 1919 hieß es u. a.: „Die Angelegenheit der rheinischen Republik scheint unterdessen doch in Ordnung zu kommen. Ich habe mehr Vertrauen zur Sache, seit ich weiß, daß Adenauer hinter ihr steht. Verwaltungsmenschen wie er werden die Sache schon praktisch anfassen."

[20]) *Trautmann* (s. Anm. 12) unterbreitete am 2. Februar 1919 dem Ausw. Amt telegraphisch konkrete Vorschläge, mit denen der Autonomiebewegung entgegengetreten werden sollte. Danach sollte die Regierung zeigen, daß es ihr mit der Bekämpfung der „Spartakistenherrschaft" im Ruhrgebiet ernst sei, und „alle Gesetze unterlassen, die [...] als von vorübergehender Revolutionsgewalt oktroyiert und der gesetzgebenden Grundlage entbehrend angesehen werden". Die Regierung solle ferner „ernst machen mit den vom heutigen Vorwärts angedeuteten Absichten der Aufhebung Regiments der Arbeiter- und Soldatenräte" und in konfessioneller Hinsicht alle Gesetze vermeiden, „die geeignet sind, katholische Bevölkerung Westdeutschlands gegen die protestantische Mittel- und Ost-Deutschlands zu verstimmen". Dazu vgl. die Broschüre von *Faust*, Los von Berlin (1919).

[21]) Paul *Wentzcke* sprach Ende Februar (Rhein. Republik, in: Die Hilfe Nr. 9 vom 27. Februar 1919, S. 107) von einem „taktischen Rückzug" des Rhein. Zentrums, in dessen Reihen der Plan keineswegs aufgegeben worden sei, sondern in „Vorbesprechungen" weitergetrieben werde.

[22]) Die *KV* Nr. 106 vom 7. Februar 1919 behauptete, der Gedanke eines westdeutschen Freistaats gewinne ständig an Boden.

[23]) Vgl. Leo *Schwering*, Zentrum und Reichseinheit, in: *KV* Nr. 131 vom 16. Februar 1919. Am 11. Februar 1919 erklärte der Generalsekretär der Rhein. Zentrumspartei, *Jörg*, auf der Hauptversammlung der Kommunalpol. Vereinigung der Zentrumspartei in Köln, das Rhein. Zentrum habe sich mit der Frage eines Westdeutschen Freistaats „offiziell" bisher nicht befaßt. Er fügte hinzu: „Ich weiß wohl, gerade die Versammlung vom 4. Dezember hat uns die Sache bei den anderen Parteien gründlich verdorben." Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2. In

Wohl aber hatten sich führende rheinische Zentrumsmitglieder, vor allem in Köln, so stark für diese Bewegung engagiert, daß nach außen hin vielfach der Eindruck einer Parteiaktion entstehen mußte, zumal sich die Führung des Zentrums nicht offiziell distanzierte.[24]) Die Zweifel des Kölner Regierungspräsidenten v. Starck[25]) an der „Ehrlichkeit derjenigen, die ihr Festhalten am Deutschen Reich beteuern und dennoch für die westdeutsche Republik eintreten", waren gewiß nicht unbegründet. Sie waren aber ebenso gewiß in der hier ausgesprochenen Verallgemeinerung nicht zutreffend. Am 28. Februar übermittelte der Vorstand des Ende November 1918 gegründeten „Freiheitsbundes der deutschen Rheinlande" der Reichsregierung eine u. a. von Hoeber unterzeichnete Entschließung, in der es hieß: „Wir Rheinländer bekunden den festen und unabänderlichen Willen, am deutschen Vaterlande festzuhalten. [...] Wir Rheinländer lehnen daher jede auf Abtrennung des Rheinlandes oder des linken Rheinufers von Deutschland gerichtete Bestrebung mit aller Entschiedenheit ab."[26])

2. Klärung der Fronten

Als nach der in der zweiten Märzhälfte erfolgten Formulierung des Art. 18 der Reichsverfassung und der Übergabe der alliierten Friedensbedingungen eine neue Phase im Kampf um den Rhein begann, suchte die französische Regierung in verstärktem Maße Einfluß auf die rheinischen „Aktivisten" zu gewinnen. Mit ihrer Hilfe wollte der Oberbefehlshaber in Mainz, General Mangin, die Rheinische Republik ausrufen lassen und deren Verbleiben beim Reich dann als französisches „Zugeständnis" ausgeben. Wenngleich der Adressat einer entsprechenden, am 15. Mai durch den französischen Zensuroffizier in Aachen (Hauptmann Rostan, im Zivilberuf Bankier in Paris) übermittelten Offerte, der

---

einem Artikel von Joseph *Heß*, Zur Frage der Westdeutschen Republik (in: *KV* Nr. 136 vom 18. Februar 1919), fand sich der Satz: „Nie und in keinem Augenblick ist die Erörterung über die Westdeutsche Republik von uns mit irgendwelchen Parteiinteressen in Verbindung gebracht worden." Ähnlich hatte sich *Trimborn* in der Kölner Besprechung am 1. Februar 1919 (s. Anm. 10) geäußert, ohne auf Widerspruch von Vertretern anderer Parteien zu stoßen. Einige Jahre später schrieb *Hankamer*, Preußen und die Rheinlande, S. 116: „Niemals ist von der politischen Vertretung des katholischen Volksteils am Rhein auch nur die leiseste Andeutung von einer Abtrennung der Rheinlande vom Deutschen Reiche gemacht worden, auch damals nicht, wo Adolf Hoffmann im Porzellankasten des Kultusministeriums herumrumorte."

[24]) Die nachträgliche Behauptung *Stegerwalds* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919: „Wenn ein rheinischer christlicher Arbeitertag stattgefunden hätte, würden die Vertreter wohl geschlossen gegen die Errichtung einer solchen [Rheinischen] Republik gestimmt haben" (vgl. Bericht, S. 207), ist nicht nachprüfbar.

[25]) In einem Bericht vom 10. April 1919 an das preuß. Innenministerium. Vgl. *Klein*, Separatismus, S. 46.

[26]) Bundesarchiv R 43 I/2303.

Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung" Froberger, Bedenken gegen die angeblich auf Marschall Foch zurückgehenden Wünsche vorbrachte, so wollte Froberger doch einer Diskussion nicht ausweichen. Ihm schwebte, wie er Rostan gegenüber ausführte[1]), eine Rheinische Republik im Verbande des Reiches vor, die in „nahe Verbindung" mit Frankreich treten und sowohl die Garantie eines „Dauerfriedens und einer harmonischen Ordnung in Westeuropa" als auch eine Schranke gegen den Bolschewismus bilden sollte. Als Gegenleistung erwartete Froberger von Frankreich „bemerkenswerte Verbesserungen" des Friedensvertrags für Gesamtdeutschland.[2])

Da Hauptmann Rostan erklärt hatte, daß Foch wie Mangin bereit seien, über Milderungen der Friedensbedingungen zu verhandeln — was man auch nach Äußerungen britischer Militärs von Londoner Regierungsstellen glaubte[3]) —, folgte Froberger einer Einladung zu einem Gespräch mit General Mangin. Die von ihm telegraphisch aus Berlin gerufenen Kölner Zentrumsabgeordneten der Preußischen Landesversammlung Kastert und Kuckhoff erklärten sich bereit, mit nach Mainz zu fahren. Über das Ergebnis dieser Gespräche wollte Froberger anschließend Hauptmann Schwink informieren. Dieser unterrichtete seinerseits noch am 15. Mai auf Wunsch Frobergers die Reichsregierung, die Waffenstillstands- und die Friedensdelegation sowie den Regierungspräsidenten und den Oberbürgermeister von Köln über das bevorstehende Treffen.[4])

Bisher ist das berühmt-berüchtigte Mainzer Gespräch vom 17. Mai 1919 fast ausnahmslos verfälscht dargestellt worden. Infolgedessen ist es notwendig, an dieser Stelle auf Grund neuer Quellen (Berichte Frobergers, Schwinks, Kuckhoffs u. a.) auf den Gesprächsverlauf und dessen Nachspiel näher einzu-

[1]) Nach *Frobergers* Mitteilung vom 15. Mai 1919 an den Generalstabsoffizier im Brückenkopf Köln, Hauptmann Schwink, über sein Gespräch mit Rostan. *Schwink* übermittelte daraufhin sofort einen entsprechenden, „streng geheimen" Bericht an die Friedensdelegation in Versailles, an die Waffenstillstandskommission in Spa, an die Verbindungsstelle der OHL, an den Regierungspräsidenten und an den Oberbürgermeister in Köln. Noch am gleichen Tage erhielt Schwink einen Bericht *Frobergers* über die Beurteilung der Situation, wie er sie gegenüber Rostan dargelegt habe. Auch diesen Bericht leitete Schwink sofort an die eben genannten Dienststellen weiter. Vgl. Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2.

[2]) Das wird bestätigt durch einen Bericht des Kölner Regierungspräsidenten *v. Starck* vom 17. Mai 1919 an das preuß. Innenministerium. Vgl. *Klein*, Separatismus, S. 127.

[3]) Am 19. Mai 1919 berichtete Oberbürgermeister *Adenauer* in Berlin dem Regierungschef Scheidemann von einer Mitteilung des britischen Generals Clive (vom 17. Mai 1919), wonach „maßgebende britische Politiker" bereit seien, eine wesentliche Milderung der Friedensbedingungen für das „übrige Deutschland" herbeizuführen, wenn eine „Westdeutsche Republik im Rahmen des Deutschen Reiches" errichtet würde. Mitteilung *Adenauers* am 30. Mai 1919 im „Westdeutschen Politischen Ausschuß", bestätigt (ebd.) durch Hauptmann Schwink auf Grund seiner Gespräche mit Oberst Ryan (s. Anm. 16).

[4]) Nach einer weiteren Mitteilung *Adenauers* am 30. Mai 1919 (s. die vorige Anm.) hat er den Bericht Schwinks am 18. Mai 1919 in Berlin, wo er sich einige Tage aufhielt, erhalten und noch am gleichen Tage Unterstaatssekretär Albert in der Reichskanzlei übergeben, um ihn Scheidemann vorzulegen; das sei auch geschehen, wie er bei seinem Gespräch mit Scheidemann am folgenden Tage habe feststellen können.

gehen. Für die Beratungen hatte Froberger in sieben Punkten „Vorbedingungen" formuliert[5]), von denen Punkt 2 lautete: „Die Bevölkerung dieser Gebiete [der Rheinprovinz und Rheinpfalz] verlangt [...] die Vereinigung zu einem einheitlichen Bundesstaate im Rahmen des Deutschen Reiches." Ferner wurde (in Punkt 6) das Zustandekommen der neuen Rheinischen Republik nur unter der Bedingung für möglich gehalten, daß eine Milderung der Friedensbedingungen „in wesentlichen Punkten" erzielt werde und (Punkt 7) der Völkerbund die Erhaltung der Reservatrechte der neuen „Friedensrepublik" in auswärtigen Fragen garantieren würde.

An dem dreistündigen Treffen mit General Mangin und Hauptmann Rostan am Nachmittag des 17. Mai in Mainz[6]) nahm außer den drei Kölner Teilnehmern und Vertretern aus Aachen, Mainz und Wiesbaden auch Dorten teil. Über den Verlauf des Gesprächs stehen verschiedene Quellen zur Verfügung: einmal der von Froberger unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Köln erstattete Bericht[7]), sodann ein noch am gleichen Tage abgegangener Brief Mangins an einen unbekannten Adressaten[8]), ferner Erklärungen, die zwei Wochen später von Kastert und Kuckhoff abgegeben wurden — von denen noch die Rede sein wird —, und schließlich eine ausführliche Niederschrift Frobergers vom 31. Mai 1919.[9])

---

[5]) Abgedr. bei *Volz*, Novemberumsturz, S. 498 ff. Dazu vgl. *Ilges-Schmid*, Hochverrat, S. 73 ff.

[6]) Vgl. den Bericht Mangins bei *King*, Foch versus Clémenceau, S. 81. Dazu A. *Köhler*, Dt. Zentrum, S. 28; *Dorten*, La Tragédie Rhénane, S. 68 f.

[7]) Hauptmann *Schwink* übermittelte am 19. Mai 1919 je eine Abschrift des von ihm auf Grund mündlicher Mitteilungen Frobergers verfaßten Berichts (s. Anm. 9) an die in der Anm. 1 genannten Dienststellen. Ungeklärt ist, warum das Exemplar für die Reichsregierung erst am 26. Mai 1919 in Berlin eintraf. *Scheidemann* verlas den Bericht am 27. Mai 1919 in einer Kabinettssitzung. Bundesarchiv R 43 I/1837.

[8]) Abgedr. in: Revue de Paris 43/II, 1936, S. 517: „Cet après-midi, conférence de trois heures avec le Comité de la République rhénane. La question n'avance pas. L'heure est passée de se présenter à la Conférence de la Paix comme un état nouveau, et les protagonistes sont fort timides: ils prétendent que l'heure n'est pas venue de proclamer l'indépendance et se contentent de vouloir figurer ‚dans le cadre de l'État allemand'." Dazu vgl. *Volz*, Novemberumsturz, S. 499, Anm. 7.

[9]) Gerichtet an den Kölner Regierungspräsidenten v. Starck mit der Bitte um Weitergabe an die Reichsregierung. Bundesarchiv R 43 I/1837. Darin hieß es, daß die Niederschrift Schwinks vom 19. Mai 1919 (vgl. Anm. 7) nur auf mündlichen Mitteilungen beruht habe, „um sie möglichst rasch nach Berlin gehen zu lassen". Deren schriftliche Fixierung weise sinnentstellende Fehler auf. *Froberger* schlug vor, zur „Beruhigung des deutschen Volkes" seine anliegende Niederschrift, die auf Notizen basiere, die er sofort nach der Rückkehr niedergeschrieben habe, zu veröffentlichen (was nicht geschah). Danach hätten die Mainzer Besprechungen den Zweck gehabt, die lokalen rheinischen Autonomiebewegungen „in die richtigen Bahnen" zu lenken und Klarheit „über alle diese Dinge" zu schaffen. Nach seinen Angaben hat Froberger gegenüber Mangin keinen Zweifel daran gelassen, daß „niemand in der ganzen rheinischen Bevölkerung" eine Lostrennung vom Reiche erstrebe, sondern daß die rheinische Bewegung einen „mit Deutschland verbundenen rheinischen Bundesstaat" wolle. Alle deutschen Teilnehmer hätten entschieden den „vaterländischen Standpunkt" vertreten, besonders nachdrücklich Kastert und Kuckhoff. Den Gesamteindruck der Besprechung faßte Froberger in folgenden Punkten zusammen: 1. Die Franzosen hätten feststellen müssen, daß eine Lostrennung der Rheinlande vom Reich unter Mitwirkung der Bevölkerung „niemals" erfolgen könne. 2. Sogar eine bundesstaatliche Republik

Diese Zeugnisse lassen es als sicher erscheinen, daß zumindest die drei Kölner Gesprächspartner, von denen der gebürtige Elsässer Froberger schon auf Grund seiner Sprachkenntnisse den weitaus größten Teil der Unterhaltung bestritt, nur für eine Rheinische Republik im Verbande des Reiches eingetreten sind, wobei als Gegenleistung die Friedensbedingungen für das Reich gemildert werden sollten. Ebenfalls scheinen sie ihre Rolle als Boten ohne jegliche Legitimation genügend klar unterstrichen zu haben. Nach den übereinstimmenden Berichten hat General Mangin das französische Desinteresse an der von ihnen erstrebten Lösung erklärt.[10])

Das zunächst geheimgehaltene Treffen in Mainz vom 17. Mai wurde am 24. Mai bekannt, und zwar durch eine gezielte Indiskretion des sozialdemokratischen Abgeordneten Sollmann.[11]) Er veröffentlichte Auszüge aus dem „streng geheimen" Bericht des Hauptmanns Schwink vom 19. Mai in der „Rheinischen Zeitung".[12]) Daraufhin erhob sich ein Sturm in der Öffentlichkeit und in der Presse. Das Mainzer Treffen wurde pauschal als „Landesverrat" oder „Hochverrat" verurteilt. Die „Kölnische Volkszeitung", in deren Redaktion man die Initiatoren des Unternehmens vermutete, mußte sich scharfe Kritik auch von Zentrumsanhängern gefallen lassen.[13])

Die überraschte Zentrumsführung, die über die „berühmte Reise"[14]) nach

könne nur unter „wesentlicher Milderung" der Friedensbedingungen (und nach entsprechenden Verhandlungen mit der Reichsregierung) zustande kommen. 3. Von deutscher Seite seien die Rechte von Reichsregierung und Volksvertretung vollauf gewahrt worden.

[10]) Die Mitteilungen über den Inhalt der Besprechungen bei *Hirsch*, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 204 („Hochverrat"), sind unbelegt und unhaltbar.

[11]) Nach einem Schreiben *Sollmanns* vom 30. Mai 1919 an Scheidemann (Bundesarchiv R 43 I/1837) ist die Niederschrift Schwinks (s. Anm. 7) erst durch ihn der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht worden. Daß die Behauptung von *Klein* (Separatismus, S. 135 Anm. 213), wonach Froberger der Informant Sollmanns gewesen sein soll, nicht zutrifft, ergibt sich aus der folgenden Anm.

[12]) Am 29. Mai 1919 beklagte sich *Froberger* bei Erzberger darüber (ebd.), daß die von ihm der Reichsregierung übermittelten Informationen „zur sozialdemokratischen Parteiagitation durch deren teilweise Überlassung an die sozialdemokratische Parteipresse" verwendet worden seien. Froberger erwartete für die ihm daraus erwachsenen „Verunglimpfungen" den Schutz der Regierung und eine entsprechende Ehrenerklärung. Er habe über Hauptmann Schwink mit „größter Loyalität" in jedem Stadium der Gespräche Berlin unterrichtet und keinen Zweifel darüber gelassen, „daß mir nur daran lag, der zuständigen Regierungsbehörde das nötige Material zur Beurteilung der Angelegenheit" zur Verfügung zu stellen. Eine Antwort Erzbergers konnte nicht ermittelt werden. Am 1. Juni 1919 beantragte *Froberger* — offensichtlich ohne Erfolg — beim Kölner Regierungspräsidenten v. Starck eine „förmliche Untersuchung" darüber, warum seine Berichte vom 13., 15. und 19. Mai 1919 „gar nicht oder sehr spät" über Schwink an die Reichsregierung gelangt seien und warum der Bericht vom 19. Mai 1919 (s. Anm. 7) in der „Rheinischen Zeitung" erscheinen konnte, „bevor er in Berlin bekannt war".

[13]) Ein Berliner Zentrumsanhänger, Otto *Schaller*, teilte am 30. Mai 1919 Bachem mit, daß auch der westfälische Oberpräsident Würmeling seiner Entrüstung über die Haltung der KV Ausdruck gegeben habe. Nachl. Bachem 464.

[14]) So der Abg. *Heß* am 27. Juni 1919 in der Preuß. Landesversammlung. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 3, Sp. 2694.

Mainz vorher nicht informiert worden war, befand sich in einer „peinlichen Situation".[15]) Sie distanzierte sich sofort von dem Verhalten der Abgeordneten Kastert und Kuckhoff. Deren politischer Alleingang wurde am 23. Mai von der Landtagsfraktion, in der die beiden Parlamentarier Bericht erstattet hatten, „auf das entschiedenste" mißbilligt.[16]) Allerdings stand nicht die Gutgläubigkeit der beiden Parlamentarier in Frage, denen „ziemlich kopfloses" Handeln vorgeworfen wurde. Auch ihr Hinweis darauf, daß sie ihr Vorhaben der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht hätten, konnte ihnen nicht den Tadel ersparen, „im höchsten Grade unklug, um nicht zu sagen leichtfertig" gehandelt zu haben.[17]) Da Kastert und Kuckhoff auch bei ihrer heimischen Parteiorganisation keinen Rückhalt fanden[18]) — wenngleich deren Vorstand den Vorwurf des Hochverrats scharf zurückwies[19]) —, legten sie noch Ende Mai ihre Mandate nieder.[20]) Froberger, der gegen den Rat seiner Verleger die Reise unternommen

[15]) Vgl. *KV* Nr. 480 vom 22. Juni 1919. Carl *Bachem* schrieb am 28. Mai 1919 an v. Savigny: „Ein kopfloseres Unternehmen ist mir noch gar nicht vorgekommen." Wenige Tage später, am 2. Juni 1919 an Schaller (s. Anm. 13), nahm *Bachem* ausführlicher Stellung: „Was die jetzige Mainzer Geschichte angeht, so können Sie sich denken, mit welcher tiefen Betrübnis ich sie habe mit erleben müssen. Vom ersten Augenblick an habe ich mit allem Nachdruck und ohne alles Wanken den Standpunkt vertreten, daß das Unternehmen einer rheinischen Republik verfehlt war. [...] Aber es hat alles nichts genützt. Hier ist wieder einmal Politik gemacht worden mit einem geradezu polizeiwidrigen Dilettantismus." Bachem charakterisierte Froberger als einen ausgezeichneten Gelehrten mit „vortrefflichen Fähigkeiten für Literatur", aber: „Das Schlimme war, daß er sich auch für einen politischen Kopf hält." Nachl. Bachem 464. Fortsetzung des Zitats in Anm. 21.

[16]) S. Anm. 24. Im gleichen Sinne äußerte sich Reichsminister *Bell* am 27. Mai 1919 in einer Kabinettssitzung, in der er weiter ausführte, daß seine Partei mit dem Vorgehen der beiden Abgeordneten nichts zu tun habe. Bundesarchiv R 43 I/1837. Ebenso *Germania* Nr. 237 vom 27. Mai 1919 („Eine Hetze gegen das Zentrum"). *Adenauer* telegraphierte am 30. Mai 1919 aus Köln an Erzberger und Haenisch, er habe von der „Angelegenheit Kastert Kuckhoff erst mehrere Tage später gehört", da er in Berlin gewesen sei; er stehe „selbstverständlich der ganzen Sache vollständig fern". Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2. Diese Tatsache wurde in einer Besprechung am 31. Mai 1919 in Berlin (s. Anm. 31) von den Abgeordneten Falk, Busch und Stegerwald bestätigt. Ausführlich begründete *Adenauer* seine Stellungnahme am 30. Mai 1919 in Köln (s. Anm. 27).

[17]) So in einer Stellungnahme der Zentrumsfraktion der Preuß. Landesversammlung (vgl. *Germania* Nr. 288 vom 28. Juni 1919), in der die Behauptung zurückgewiesen wurde, die Abgeordneten hätten sich vor ihrer Reise des Einverständnisses der Reichsregierung versichert.

[18]) Wie sich in der Sitzung des Beirats der Rhein. Zentrumspartei am 3. Juni 1919 in Köln herausstellte. Nachl. Bachem 850.

[19]) Am 31. Mai 1919 brachte die Abg. *Teusch* der Reichsregierung die Meinung des „engeren Ausschusses der Zentrumsparteileitung" in Köln zur Kenntnis, wonach Kastert und Kuckhoff „in guter Absicht und in vaterländischem Interesse haben handeln wollen"; deren Handlungsweise könne nicht als „Landesverrat" bezeichnet werden. Bundesarchiv R 43 I/1837. Im Sinne dieser Ausführungen war auch ein mit „K." gezeichneter Artikel „Die rheinische Republik und der ‚Fall Kastert-Kuckhoff'" (in: *HPBl.* 164, 1919, S. 34 ff.) gehalten.

[20]) Wie *Kuckhoff* am 16. September 1919 auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums in Köln erklärte, „um die Einigkeit in der Partei zu retten"; ihre Bestrebungen seien „für das Deutschtum in den Rheinlanden gegen Preußen, im rheinischen und deutschen Interesse gegen die Bestrebungen von außen her" gerichtet gewesen. Vgl. Bericht, S. 192.

hatte[21]), schied am 2. Juni aus der Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" aus.[22]) Noch am 27. Mai hatte er Hauptmann Schwink von der Absicht Dortens informiert, am 29. Mai in Aachen und Wiesbaden die Rheinische Republik auszurufen, und ein sofortiges Eingreifen der Reichsregierung gefordert.[23])

Die preußische Zentrumsfraktion beließ es nicht bei der internen Rüge vom 23. Mai. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Herold distanzierte sich im Verlauf erregter Parlamentsdebatten am 27. und 28. Mai unter Bekanntgabe des entsprechenden Fraktionsbeschlusses vom 23. Mai[24]) von dem Vorgehen der beiden Abgeordneten und von der Politik der „Kölnischen Volkszeitung", die in den letzten Jahren mit der Zentrumspolitik nicht im Einklang gestanden habe: „Und oft sind wir darüber unzufrieden gewesen."[25]) Sein Fraktionskollege Heß ergänzte am folgenden Tage: „Eine westdeutsche Republik aus den Händen der Entente und speziell der Franzosen haben wir niemals gewollt und würden wir niemals wollen."[26])

Diese Auffassung lag auch der Stellungnahme der Zentrumsvertreter auf der ersten (und zugleich letzten) Sitzung des am 1. Februar gebildeten „Westdeutschen Politischen Ausschusses" am 30. Mai zugrunde. Dieser Ausschuß war von Oberbürgermeister Adenauer nach Köln einberufen worden, weil sich die Verhältnisse durch die Ereignisse der letzten vierzehn Tage so „zugespitzt" hätten.[27])

---

[21]) Schreiben von Carl *Bachem* vom 2. Juni 1919 an Schaller (Fortsetzung des in Anm. 15 abgedr. Auszugs): „Die Reise nach Mainz hat er gemacht, nachdem mein Bruder Franz ihm seine Zustimmung ausdrücklich verweigert hatte und nachdem mein Bruder Robert ihm auf meine Veranlassung auf das dringendste vorgestellt hatte, daß er unter keinen Umständen die Reise machen dürfe."

[22]) Dazu vgl. A. *Köhler*, Deutsches Zentrum, S. 28: „Die Haltung der Zentrumspartei war also so korrekt, wie sie nur gedacht werden kann."

[23]) Bericht *Schwinks* vom 27. Mai 1919, u. a. an Scheidemann und Erzberger. Bundesarchiv R 43 I/1837. Die Mitteilung Frobergers wurde von *Dorten* als „Verrat" bezeichnet. Bundesarchiv, ZSg. 105 (Dorten-Memoiren, S. 80). Im Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2, befindet sich eine Niederschrift *Kuckhoffs* über eine Unterredung zwischen Froberger, Kuckhoff, Dorten und Salm am 27. Mai 1919 in Bonn, bei der Dorten eine von General Mangin gebilligte Proklamation zur Ausrufung der Rheinischen Republik (am 29. Mai 1919 in Aachen) vorgelegt habe. Froberger und er, Kuckhoff, seien darüber „aufs äußerste erschreckt" gewesen und hätten vor der Gefährlichkeit dieses Unternehmens eindringlich gewarnt: „Wir könnten (auch für Kastert konnte ich all das bindend erklären) nichts mittun, was ohne die Reichsregierung und ohne die Abgeordneten und ohne den am 1. Februar gewählten Arbeitsausschuß geschehe. Dorten war unbelehrbar." Im Zusammenhang einer Untersuchung des „Separatismus" durch die neuen Machthaber erklärte *Kuckhoff* am 20. April 1933 dem Kölner Staatsanwalt, er sei am 27. Mai 1919 in Bonn bei Froberger „unerwartet" mit Dorten und einigen anderen Herren zusammengetroffen. Froberger und er hätten Dorten von der Sinnlosigkeit seines Vorgehens zu überzeugen gesucht. StA Koblenz, Abt. 403/16863.

[24]) Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 1851 (27. Mai 1919), 1913 ff. (28. Mai 1919). Über das Zustandekommen des Fraktionsbeschlusses berichtete der Abg. *Heß* in der Kölner Sitzung vom 30. Mai 1919 (vgl. Anm. 27).

[25]) Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 1915.

[26]) Ebd., Sp. 1935.

[27]) Das Folgende nach einer stenogr. Niederschrift. Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 4.

Adenauer teilte den Anwesenden im Beisein von Hauptmann Schwink mit, daß er sowohl Froberger (am 23. Mai) als auch Kastert und Kuckhoff (am 27. Mai) schwere Vorwürfe wegen ihrer Mainzer Reise und ihrer Fühlungnahme mit dem „Vaterlandsverräter" Dorten gemacht habe, was die anwesenden Abgeordneten Meerfeld (SPD) und Falk (DDP) bestätigen konnten.[28])

Allerdings hielt der Oberbürgermeister auf Grund der Berichte der Beteiligten das mißbilligende Urteil der Zentrumsfraktion vom 23. Mai für zu scharf, da Kastert und Kuckhoff nicht „irgendwie einen Vaterlandsverrat" begangen hätten. Adenauer kritisierte bei dieser Gelegenheit erneut, daß die Reichsregierung dem Rheinland nicht die gleiche Aufmerksamkeit widme wie Schlesien und Danzig und keine „rechte Empfindung" dafür besitze, was auf dem Spiele stehe.[29]) Er gab seinen dringenden Wunsch bekannt, aus dem Ausschuß auszuscheiden. Nach der Annahme der „die westlichen Provinzen betreffenden" Bedingungen des Friedensvertrags (langfristige Besetzung, Zollgrenze, Eingriffsmöglichkeiten der Alliierten in die Verwaltung) hielt er das Rheinland bei der Gefahr eines „jahrelangen Drucks" von außen auf „absehbare Zeit" für Deutschland verloren: „Ich werde mich selbstverständlich schwer hüten, in einem Kreise, der auch nur an Öffentlichkeit grenzt, eine solche Ansicht auszusprechen." Die Entscheidung über die weitere politische Gestaltung wollte Adenauer den gewählten Abgeordneten überlassen.

Während die Sprecher der SPD (Sollmann) und DDP (Falk) eine akute Gefahr für das Rheinland bestritten, stimmte Kaas dem Oberbürgermeister in der Beurteilung der Situation ebenso zu wie in der Kritik an der „Interessenlosigkeit" der Reichsregierung gegenüber den rheinischen Angelegenheiten. Der Trierer Abgeordnete gab dem Wunsch Ausdruck, daß es in Versailles gelingen möge, auf dem Umwege über eine Westdeutsche Republik „noch zu retten, was zu retten ist"; die rheinische Bevölkerung müsse die Möglichkeit einer legalen Verwirklichung ihrer Wünsche behalten, um explosive Äußerungen zu verhindern. Kaas berichtete bei dieser Gelegenheit, daß er zusammen mit seinem Fraktionskollegen Allekotte vor kurzem in Mainz und Wiesbaden zu Informationszwecken Gespräche (u. a. mit Dorten — der klar ausgesprochen habe, daß nur von einer Rheinischen Republik im Verbande des Reiches die Rede sein könne) geführt, aber ein Zusammentreffen mit General Mangin abgelehnt habe[30]); er forderte, klar zwischen „Landesverrätern" und denjenigen Politikern zu trennen, die auf legalem Wege und bisher in „ehrlicher Weise" für die Rheinische Republik eingetreten seien.

[28]) *Falk* fügte unter Hinweis auf entsprechende Äußerungen *Adenauers* in einer vertraulichen Sitzung der Kölner Stadtverordneten am 27. Mai 1919 hinzu, alle drei Fraktionen hätten dem Oberbürgermeister für seine Haltung „Beifall gezollt".

[29]) Diese Auffassung hatte *Adenauer* am 19. Mai 1919 in einem Gespräch mit Scheidemann gewonnen (vgl. Anm. 3), dessen Argumente er ausführlich referierte.

[30]) Am 27. Mai 1919; vgl. A. *Köhler*, Deutsches Zentrum, S. 27 f.; *Dorten*, La Tragédie Rhénane, S. 71.

Auf das Drängen von Abgeordneten aller Fraktionen hin erklärte sich Adenauer bereit, den Vorsitz des Ausschusses vorläufig weiterzuführen. Dabei erläuterte er noch einmal seine Auffassung, die Rheinische Republik zu errichten, um auf diese Weise mit der föderalistischen Neugestaltung zu beginnen; um so sicherer könne ein „westdeutscher Bundesstaat" dem Reiche erhalten bleiben. Diese Gedankengänge wiederholte Adenauer anschließend in Anwesenheit je eines Mitglieds der Versailler Friedensdelegation und der Waffenstillstandskommission, die beide Gremien „ins rechte Bild setzen" sollten. Der Oberbürgermeister unterstrich dabei die durch englische (General Clive) und französische Stellungnahmen (General Mangin) begründete Hoffnung, mit Hilfe eines Rheinischen Bundesstaats „vielleicht" eine wesentliche Milderung des Friedensvertrags für Deutschland zu erreichen; er bat den Vertreter aus Versailles, diese Gesichtspunkte dem Reichsaußenminister mitzuteilen und die Angelegenheit „auf das genaueste" zu prüfen. Der Ausschuß sprach abschließend den Wunsch aus, bei etwaigen Verhandlungen mit der Entente rheinische Abgeordnete zuzuziehen.

Inzwischen hatte das Mainzer Gespräch auch die Reichsregierung alarmiert, die in einem von der gesamten Presse verbreiteten Aufruf vom 28. Mai vor hochverräterischen Bestrebungen warnte. Auf Grund eines gleichzeitigen Kabinettsbeschlusses fand am 31. Mai in Berlin eine Besprechung mit den rheinischen Abgeordneten der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung statt, um eine einheitliche Stellungnahme über die Frage der Rheinischen Republik herbeizuführen. Bei dieser Gelegenheit standen die Sprecher des Zentrums nicht allein mit ihren Hinweisen auf den Ernst der Situation im besetzten Gebiet. Dessen Bevölkerung erstrebe, wie es der DDP-Abgeordnete Falk formulierte, zum großen Teil eine Loslösung von Preußen, die bei „langandauernder Besetzung" zum Verlust des Rheinlands führen könne.[31]) Die dem Zentrum angehörigen Reichsminister Bell und Erzberger wiesen Vorwürfe zurück, wonach das Reich „nicht genügend Interesse für das Rheinland" gezeigt habe. Bell betonte dabei ausdrücklich, daß die Zentrumspartei den Loslösungsbestrebungen „durchaus fernstehe". Der Abgeordnete Trimborn erwartete von der Regierung Verständnis für eine der „historischen Bedeutung" des Rheinlands entsprechende Stellung. Er plädierte dafür, die Frage einer Loslösung von Preußen, die weite Kreise namentlich auch auf dem Lande forderten, bis nach dem Friedensschluß nicht mehr zu erörtern. In diesem Sinne konnte Reichsminister David abschließend Einmütigkeit darüber feststellen, daß von einer Lostrennung der linksrheinischen Lande vom Reich keine Rede sein könne und daß alle Bestrebungen auf Separation von Preußen „von jetzt ab bis zu einem bestätigten Frieden" aufhören sollten. Ferner wurde beschlossen, daß Sachverständige aus den besetzten

[31]) Nach einem Protokoll im Bundesarchiv R 43 I/1837.

Gebieten die deutsche Friedensdelegation in Versailles über die Lage im Rheinland informieren sollten.[32])

Als weiteres Ergebnis dieser Berliner Konferenz wurde ein interfraktioneller Ausschuß gebildet, der künftighin für alle Rheinlandfragen zuständig sein sollte. Daraufhin löste sich am 5. Juni der am 1. Februar in Köln gebildete „Westdeutsche Politische Ausschuß" auf.[33]) Er war ohnedies nur ein einziges Mal (30. Mai) zusammengetreten, hatte jedoch als Adressat drängender Autonomieforderungen linksrheinischer Gruppen eine bremsende Wirkung ausgeübt. Wenige Tage später reiste die in den Berliner Verhandlungen am 31. Mai vorgeschlagene rheinische Sachverständigen-Kommission (Regierungspräsident und Staatskommissar für die besetzten Gebiete v. Starck, Oberbürgermeister Adenauer, Kommerzienrat Louis Hagen, die Zentrumsabgeordneten Kaas und Loenartz sowie der SPD-Abgeordnete Sollmann) nach Versailles. Dort erläuterten sie der deutschen Friedensdelegation die rheinische Situation und den Wunsch der Bevölkerung, unter allen Umständen beim Reich zu verbleiben.[34]) Von diesem Zeitpunkt an bestand bei allen Parteien des Rheinlands „absolute Einigkeit", die Frage der Rheinischen Republik „einstweilen ruhen zu lassen" und gegebenenfalls gemeinsam darüber zu beraten. Das Ziel, die Rheinlande für das Reich zu retten, wurde als gemeinsame Aufgabe empfunden.[35])

Damit war die rheinische Frage endgültig zu einer deutschen Frage geworden. Unter dem Eindruck des gescheiterten Dorten-Putsches vom 1. Juni verurteilten führende rheinische Zentrumspolitiker, die beiden Berliner Fraktionen und die lokalen rheinischen Zentrumsorganisationen[36]) aufs schärfste alle „vaterlandsfeindlichen Bestrebungen". Am 2. Juni ließ Reichsminister Erzberger bei der internationalen Waffenstillstandskommission eine Protestnote gegen die Bei-

[32]) In einer undatierten und nicht unterzeichneten Aufzeichnung über diese Besprechung heißt es, die Vertreter des Rheinlands hätten den „bestimmten Eindruck" gewonnen, daß die Reichsregierung der Eigenart und den berechtigten Wünschen der rheinischen Bevölkerung „volles Verständnis" entgegenbringe und gewillt sei, „rheinische Fragen gemeinsam mit den rheinischen Abgeordneten zum Besten des gesamten Deutschland zu regeln". Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 2.

[33]) Aufzeichnungen ebd.

[34]) Ein zusammenfassendes kurzes Protokoll über die Besprechung befindet sich ebd.

[35]) So hieß es in einem Schreiben des SPD-Abg. *Sollmann* vom 10. Juni 1919 an Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau in Versailles. Sollmann hatte die Einmütigkeit der Parteien auch Oberst Ryan, dem „politischen Kopf der britischen Besatzung im Rheinlande", mitgeteilt. Darauf erhielt er die Antwort, daß England kein Interesse an einem westdeutschen Staat habe, der unter französischen Einfluß gerate, und daß er (Ryan) es für eine „gute Politik" halten würde, den Kampf um die rheinische Republik einstweilen ruhen zu lassen. Bundesarchiv R 43 I/1837.

[36]) Vgl. die Entschließung des Beirats der Rhein. Zentrumspartei vom 3. Juni 1919 (Nachl. Bachem 850); Erklärung der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung vom 4. Juni 1919 (vgl. *Germania* Nr. 250 vom 4. Juni 1919); Erklärung der Abg. *Brauns* und *Hitze* im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung am 5. Juni 1919 (vgl. Protokolle, S. 429 f., 434); Erklärung des Abg. *Heß* am 27. Juni 1919 in der Preuß. Landesversammlung (vgl. Sitzungsberichte, Bd. 3, Sp. 269). Über die Haltung der lokalen Parteiorganisationen in Mainz, Aachen, Höchst-Homburg-Usingen und Wiesbaden vgl. *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 43 f.

hilfe französischer Besatzungsbehörden beim Dorten-Putsch überreichen. Diesem Protest war in Anlage eine einstimmige Kundgebung aller Abgeordneten „der rheinischen Lande" zur Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung beigefügt.[37]) Als am 17. Juni der preußische Staatskommissar für die besetzten Gebiete, der Kölner Regierungspräsident v. Starck, auf „nachhaltiges Drängen" rheinischer Abgeordneter[38]) Reichsvollmacht erhielt[39]), benutzte der Beirat des Rheinischen Zentrums diese Gelegenheit zu einem Appell an die Regierungen des Reiches und Preußens; beide Kabinette sollten nicht nur mit Worten, „sondern auch durch Taten" der rheinischen Bevölkerung — die keine Sondervorteile erstrebe, sondern für ihre berechtigten Interessen eintrete — „endlich gerecht" werden. Noch deutlicher äußerte sich der Abgeordnete Brauns[40]) am 5. Juni („Die Seele des Volkes im Westen wird hier in Berlin absolut nicht verstanden"), als er das undifferenzierte Vorgehen der Regierung gegen die teils legalen, teils illegalen rheinischen Sonderbestrebungen scharf kritisierte. Diese verschiedenen rheinischen Proteste hatten zur Folge, daß das Preußische Staatsministerium am 12. Juli beschloß, der Landesversammlung unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, um den Provinzialverbänden größere Selbständigkeit einzuräumen.[41])

[37]) Abgedr. bei *Volz*, Novemberumsturz, S. 508 ff.

[38]) So *Germania* Nr. 276 vom 21. Juni 1919. In einem Schreiben der Abg. *Teusch* an die Reichsregierung vom 31. Mai 1919 (s. Anm. 19) war der Wunsch der Kölner Zentrumsparteileitung ausgesprochen worden, daß bald ein Reichskommissar in das Rheinland kommen solle, „um dort die Verhältnisse und Stimmungen unter der Bevölkerung" kennenzulernen.

[39]) Bundesarchiv R 43 I/1349 und 1845. Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 249. Am 22. Oktober 1919 erklärte die *KV* Nr. 829, es sei nur der „Zugkraft der rheinischen Freiheitsbewegung" zu verdanken gewesen, „daß wir überhaupt einen Reichskommissar erhielten".

[40]) Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung. Vgl. Protokolle, S. 430.

[41]) Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 298.

3. Zentrums-„Halt" in der Rheinlandbewegung

Trotz aller noch so scharf ablehnenden Stellungnahmen einzelner Zentrumspolitiker konnte sich die Zentrumspartei auch weiterhin nicht auf eine verbindliche Erklärung in der Rheinlandfrage einigen. Einzelne Gruppen rheinischer Zentrumsanhänger gaben den Gedanken eines Freistaats noch keineswegs auf.[1]) Sie warfen den parlamentarischen Vertretern der Partei im Reichs- und preußischen Parlament vor, aus „schwächlicher Nachgiebigkeit" lebenswichtige Forderungen des Rheinlands und des Reiches preisgegeben und ihre eigenen Anhänger

[1]) Auf einer Sitzung des Beirats der Rhein. Zentrumspartei am 3. Juni 1919 in Köln traten u. a. *Mönnig* und *Bollig* „noch sehr warm" für die Rhein. Republik ein, während Carl *Bachem* (nach seiner Aufzeichnung; Nachl. Bachem 850) heftig dagegen opponierte und die Wiederaufnahme der früheren „großdeutschen Politik" befürwortete, bei der alle Länder in einem „einigen Deutschland" aufgehen sollten.

gegen verleumderische Vorwürfe nicht genügend in Schutz genommen zu haben. Diese Vorwürfe wies ein „maßgebender" Zentrumsabgeordneter der Preußischen Landesversammlung am 21. Juni in der „Germania" ausdrücklich zurück, wobei er allerdings eindeutig erkennen ließ, daß nicht einmal innerhalb der Rheinischen Zentrumspartei volle Einmütigkeit über die Rheinlandpläne herrsche.[2]) In der Tat behandelte die „Kölnische Volkszeitung" als Sprachrohr der Aktivisten die Rheinlandfrage weiterhin nach „eigener Überzeugung".[3]) Sie befand sich damit kurze Zeit später in einer Sackgasse, aus der sie eine Rückzugslinie suchen mußte.

Der Mehrheit des Rheinischen Zentrums dürfte der Trierer Abgeordnete Kaas aus dem Herzen gesprochen haben, als er am 13. Juni 1919 in einem stark beachteten Artikel „Rheinisch und deutsch" die Parole ausgab: „Das Ganze halt!"[4]) Aus Rücksicht auf das „gesamte vaterländische Interesse" forderte Kaas auch von den überzeugten Anhängern eines rheinischen Freistaats „äußerste Reserve" in der Behandlung der außenpolitischen Seite der rheinischen Frage. Aber auch dieser Vorstoß von Kaas blieb eine Einzelaktion. Eine Verlautbarung des Zentrums ließ weiterhin auf sich warten. Der Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei, der am 11. Juni beginnen sollte, wurde kurzfristig verschoben, zumal der Zeitpunkt aus äußeren Gründen (Schwierigkeiten von seiten der britischen Besatzungsbehörden; Abwarten des Friedensschlusses) nicht glücklich gewählt war. Entscheidend dürfte allerdings gewesen sein, daß die Parteiführung eine „öffentliche Rauferei" über die Rheinische Republik und den Fall Kastert-Kuckhoff[5]) unter allen Umständen vermeiden wollte.

Eine hektographiert versandte Erklärung der Kölner Redaktion vom 1. Juli[6]) kritisierte die „überbedächtige, unentschiedene und schwankende Haltung" maßgebender Zentrumskreise in der Frage einer Rheinischen Republik; wenngleich sich die Zeitung „zu mehreren Malen bewußt und gewollt" zurückgehalten

---

[2]) Nr. 276 vom 21. Juni 1919 („Zentrum und Rheinlandfrage").

[3]) Schreiben des Chefredakteurs *Hoeber* und des Verlegers Franz X. *Bachem* vom 27. Juni 1919 an Adenauer. Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 3. Am 28. Mai 1919 hatte Carl *Bachem* in anderem Zusammenhang an v. Savigny geschrieben, daß er von Anfang an gegen die „Extratouren" einer Rheinisch-Westfälischen Republik gearbeitet und seinen Brüdern „unausgesetzt und auf das dringendste" geraten habe, die Finger von der Sache zu lassen: „Aber es hat alles nichts genützt. Dieser Tollkopf von Froberger, der sich für einen hochpolitischen Kopf hält und nichts ist wie ein rechter Gschaftelhuber, hat zur Zeit den Dr. Hoeber eingewickelt und dann meine Brüder." Nachl. Bachem 464. Richtig bemerkt *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 45, daß sich die KV durch ihr „scharfes Drängen nach Aktivität" immer wieder von der Zentrumspartei isoliert habe.

[4]) *Trierische Landeszeitung* Nr. 131 (vielfach nachgedruckt); auszugsweise auch bei A. *Köhler*, Deutsches Zentrum, S. 39 f.

[5]) So in einer Aufzeichnung *Bachems* über die Sitzung des Beirats der Rhein. Zentrumspartei am 3. Juni 1919 (s. Anm. 1).

[6]) Nachl. Bachem 850.

habe, so hätten zwei Gründe die Redaktion gezwungen, diese Frage immer wieder aufzugreifen: einmal das „bündige Verlangen" weiter Volkskreise, die gedroht hätten, bei weiterer Zurückhaltung des Zentrums der Partei den Rücken zu kehren, und zum andern die Erörterungen dieses Themas seitens der „gegnerischen" Parteien und Zeitungen, die die Zentrumshaltung wahrheitswidrig dargestellt hätten. Die Redaktion nahm für sich in Anspruch, daß sie in jedem Stadium für eine legale Lösung der rheinischen Frage eingetreten sei. Sie fügte natürlich nicht hinzu, daß ihre Haltung den Zentrumsfraktionen erhebliche Schwierigkeiten bereitet hatte.[7])

Mit der rasch fortschreitenden Fertigstellung der Reichsverfassung trat die rheinische Frage in den Hintergrund. Im Rheinischen Zentrum setzte sich immer stärker die Auffassung durch, im Rahmen eines „unitarischen Reiches mit möglichst autonomen Reichsprovinzen"[8]) oder eines aus möglichst gleichwertigen Provinzen oder Ländern bestehenden „organischen deutschen Einheitsstaates"[9]) den eigenen Belangen durch weitgehende Selbstverwaltung Geltung zu verschaffen. Im Unterschied zu einigen unbelehrbaren Verfechtern einer Rheinischen Republik — die allein durch Aufteilung Preußens die Rheinlande für das Reich glaubten retten zu können[10]) — hatten einsichtige Beurteiler erkannt, daß sich mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht keine Neugliederung erreichen ließ[11]) und daß spätestens mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung (und damit des Artikels 18) das Ziel einer Rheinischen Republik aufgegeben werden müsse. Von diesem Zeitpunkt an war das gewichtigste Hindernis

---

[7]) Am 16. September 1919 übersandte das Auswärtige Amt der Reichskanzlei einen vertraulichen Bericht „von einer Persönlichkeit, die in der Selbständigkeitsbewegung für die Rheinlande steht". Danach hätten die „Aktivisten" in den letzten Wochen mehr und mehr die Rheinlandbewegung in die Hand bekommen. Diese sei so stark, „daß sie sich auch bereits gegen die offizielle Parteiführung des Zentrums und gegen die bisherigen Abgeordneten des Zentrums richtet, falls diese weiterhin abwartend, oder der Bewegung feindlich, gegenüberstehen". Dorten sei in der letzten Zeit auch in Köln bei den „Aktivisten" gewesen, um deren Organ, die „Kölner Volkszeitung" [!] für sich zu gewinnen: „Das ist bisher nicht unbedingt möglich gewesen. Die Mehrheit der Kölner dürfte nicht mit den Aktivisten einverstanden sein." Bundesarchiv R 43 I/1838.

[8]) So *Adenauer* am 23. Juli 1919 in Düsseldorf in einer Besprechung von Vertretern des Rheinlands mit dem preuß. Ministerpräsidenten Hirsch, der sich gegen eine Rheinische Republik aussprach. Vgl. *KV* Nr. 574 vom 25. Juli 1919. Am gleichen Tage kommentierte der Chefredakteur der KV (Nr. 576), *Hoeber:* „Was wir wollen, ist wirkliche Autonomie, freies Land im einigen Reich!"

[9]) So Carl *Bachem*, der eine Rhein. Republik „nach wie vor sowohl für verfehlt wie für undurchführbar" hielt, in einer Aufzeichnung vom 26. Juli 1919. Darin hieß es weiter, sein Vorschlag sei „die einzig mögliche Rückzugslinie" aus der Sackgasse, in der sich die KV befinde. Nachl. Bachem 850.

[10]) So z. B. (neben dem Vorstand der Nassauischen Zentrumspartei; vgl. *Volz*, Novemberumsturz, S. 463) Joseph *Kuckhoff*, Die nächste Zukunft der Länder am Rhein, in: Allg. Rundschau Nr. 31 vom 2. August 1919, S. 442 f.

[11]) Vgl. *Bachem* (s. Anm. 9): „Wenn wir innerhalb Deutschlands das Selbstbestimmungsrecht grundsätzlich zugeben, kommen wir niemals zur inneren Ruhe, weil dann auch eine zeitliche Beschränkung desselben unmöglich ist."

für die — wie sich Bachem ausdrückte[12]) — „leider unentbehrliche Zusammenarbeit" von Zentrum und Sozialdemokratie ausgeräumt.

Immerhin lag noch genügend innenpolitischer Zündstoff in der Luft, der auch rheinischen Zentrumsanhängern fernerhin Argumente für ihre Anti-Preußen-Aktivität lieferte. Insbesondere die weiterhin kritisierte mangelnde Rücksichtnahme der preußischen Regierung auf Belange des besetzten Gebiets und die sozialdemokratisch beeinflußte Personalpolitik erregten permanenten Ärger.[13]) Die Funktion einer „Klagemauer" erfüllte seit dem Juli 1919 ein parlamentarischer Beirat. Er bestand aus 18 Mitgliedern (darunter 7 Zentrumsabgeordnete) und war dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete als beratendes Gremium zur Seite gestellt.[14]) Der Beschluß der Reichsregierung vom 14. Juli, ohne Zustimmung „des in Frage kommenden Bundesstaates" keine Neubildungsbestrebungen zu unterstützen[15]), bedeutete eine zusätzliche Sicherung des Status quo.

Den vorläufigen Schlußstrich unter die Rheinland-Diskussion zog die Zentrumspartei Mitte September auf dem — insgesamt dreimal verschobenen — Parteitag des Rheinischen Zentrums in Köln, der als Vorbild für den künftigen Reichsparteitag dienen sollte.[16]) An ihm nahmen zeitweise auch Reichsminister

[12]) Ebd. Wenige Tage zuvor, am 20. Juli 1919 hatte Peter *Spahn* an Prälat P. M. Baumgarten geschrieben: „Die Bestrebungen um eine rheinische Republik werden voraussichtlich zu einer Loslösung von Berlin, nicht aber vom Reich zu Frankreich führen. Damit wiederholt sich ein Stück deutscher Vergangenheit, die im Gedächtnis der kurtrierischen und kurmainzischen Gebietsteile Nassaus noch recht lebendig ist. Die Loslösung von Berlin braucht nicht eine Trennung von Preußen zu sein." Vgl. *Patin*, Beiträge, S. 144.

[13]) Aus dem in Anm. 7 zitierten Bericht aus dem Rheinland (Mitte Sept. 1919) sind in diesem Zusammenhang folgende Passagen von Interesse: „Die Aktivistenbewegung ist auch von absoluten Gegnern des Anschlusses [des Rheinlands an Frankreich] im Zentrum schwer zu bekämpfen, da die Aktivisten für die sofortige Loslösung der Rheinlande von Preußen durchaus populäre und patriotische Gründe anzuführen wissen. Am volkstümlichsten ist die Kritik des Verhaltens der Regierung gegenüber den Rheinlanden. Die Nachrichten, daß als Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten nach dem Rheinlande fast ausschließlich sozialdemokratische Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsangestellte bestimmt seien, hat im Rheinlande ungemein viel böses Blut unter der katholischen Bevölkerung gemacht und viele Leute zu der Selbständigkeitsbewegung hingetrieben. Dazu kommt noch die Kulturpolitik des Ministers Haenisch." Nach der Meinung des ungenannten Berichterstatters hätte die Bewegung nichts mehr gehemmt, „als wenn möglichst viele religiös einwandfreie Katholiken und Parteigänger des Zentrums an alle verantwortungsreichen Verwaltungsstellen" des Rheinlands gesetzt worden wären. Diese hätten die Bewegung nicht mitmachen können, „wie ja auch das Verhalten der Zentrumsminister und Zentrumsführer des Rheinlandes beweist". Es wäre infolgedessen den Aktivisten viel schwerer gefallen, gegen die eigenen Leute des Zentrums vorzugehen „als gegen Sollmann und die ernannten, beziehungsweise in Aussicht gestellten sozialdemokratischen Verwaltungsbeamten".

[14]) Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 306.

[15]) Bundesarchiv R 43 I/1861.

[16]) So *Trimborn* in seiner Eröffnungsansprache. Vgl. Bericht, S. 6. In einer Aufzeichnung *Bachems* (ohne Datum) hieß es, daß die Parteileitung Angriffe wegen der wiederholten Verschiebung befürchtet habe. Die (letzte) Verschiebung des Parteitags vom August auf September war auf einer Sitzung des Beirats der Rhein. Zentrumspartei am 4. August 1919 folgendermaßen begründet worden: Einmal müsse die Erntezeit beendet sein; zum andern brauchten die Parlamentarier mindestens vierzehn Tage Ruhe, da sie von den Weimarer Arbeiten „völlig erschöpft" (so Brauns) seien. Nachl. Bachem 850.

Bell, der preußische Wohlfahrtsminister Stegerwald und Oberbürgermeister Adenauer teil. Es ist auffallend, daß bei diesem Treffen die Rheinlandfrage keineswegs im Vordergrund der Debatten stand, wenngleich sich die Delegierten darüber im klaren waren, daß das Ergebnis ihrer Verhandlungen über diese Frage für das Schicksal der Rheinischen Zentrumspartei entscheidend sein würde.[17]) Als Leiter des Parteitags behandelte Trimborn in seinem politischen Gesamtüberblick die rheinische Frage nur kurz im Zusammenhang mit der Entstehung des Artikels 18 der Reichsverfassung, der den „legalen Weg" zur Erfüllung der rheinischen Selbständigkeitsbestrebungen bedeute, „die von Anfang an meine volle Sympathie gehabt haben".[18])

Ausführlich befaßte sich der Bonner Abgeordnete Professor Lauscher mit der Rheinlandbewegung.[19]) Ausgehend von der Situation der außenpolitischen Bedrohungen und innenpolitischen Zustände im Winter 1918/19 entwickelte er die bekannten Beweggründe für die Parole „Los von Berlin!", der angesichts der sozialistischen Regierung und der preußischen Kulturkampfpolitik vornehmlich Mitglieder der Zentrumspartei „freudig" zugestimmt hätten. Lauscher behandelte die einzelnen Phasen der Rheinlandbewegung, die gegenseitigen Mißverständnisse, die rasch einsetzende Partei- und Pressehetze gegen das Zentrum, die Illusionen über den Zerfall des preußischen Staates („der doch viel fester gefügt war, als man angenommen hatte"), den Widerstand gegen die rheinischen Pläne in Westfalen und die Gegnerschaft gegen das Sonderstaatsprojekt innerhalb der Zentrumspartei. Lauscher betrachtete es als selbstverständlich, daß es sich für alle Zentrumsvertreter darum gehandelt habe, einen „legalen Weg" für die Erfüllung der rheinischen Wünsche zu finden, wie es durch die Formulierung von Artikel 18 der Reichsverfassung gelungen sei. Der Bonner Zentrumspolitiker ließ keinen Zweifel daran, daß es in Zukunft keinen anderen Weg geben dürfe als den von der Reichsverfassung vorgezeichneten.

Wie schon vor ihm andere Zentrumsvertreter, so betonte auch Lauscher, daß sich durch die „Not der Zeit und die Logik der politischen Entwicklung" die Entwicklung zum deutschen Einheitsstaat noch verstärken werde und daß die Gliedstaaten künftig nicht mehr Träger einer Staatshoheit sein würden. Er bekannte sich unter diesen Umständen zu einem „organisch gegliederten" Einheitsstaat aus sich „selbst verwaltenden Reichsländern" und forderte in diesem Rahmen ein autonomes rheinisches „Reichsland" in einem freien Deutschland. Trotz der Bitterkeit und Zwietracht, die durch die Rheinlandfrage in die Zen-

---

[17]) So *Marx*. Vgl. Bericht, S. 160.

[18]) Ebd., S. 52. In der in Anm. 16 erwähnten Aufzeichnung *Bachems* hieß es u. a., daß die Parteileitung Angriffe auf Trimborn „aus Kreisen der Aktivisten" erwartet und daß Trimborn infolgedessen daran gedacht habe, auf die „Wiederübernahme des Vorsitzes" von vornherein zu verzichten.

[19]) Ebd., S. 163 ff.

trumspartei hineingetragen worden sei, wollte Lauscher deren Einigkeit unbedingt gewahrt wissen.[20])

Die Kölner Diskussionen erwiesen zur Überraschung vieler Delegierter, daß diese Geschlossenheit tatsächlich vorhanden war. Da sich sowohl die Rheinland-Aktivisten, für die der Kölner Syndikus Karl Müller und der frühere Abgeordnete Kuckhoff sprachen, als auch deren Opponenten (vor allem Arbeitervertreter) jeglicher persönlicher Angriffe enthielten und stärker als die bisherige Tätigkeit die künftige gemeinsame Arbeit herausstellten, gelang es, eine Vermittlungs-Resolution durchzubringen. Sie fand gegen nur zwei Stimmen Annahme[21]) und bedeutete ein Bekenntnis zum „gesamtdeutschen Interesse", zur rückhaltlosen Anerkennung der Reichsverfassung mit ihren „auf die territoriale Neugliederung Deutschlands bezüglichen Bestimmungen". Als erstrebenswertes Endziel wurde die Schaffung eines „organischen deutschen Einheitsstaats" mit „autonomen Stammesländern" und für die „Zwischenzeit" weitgehende Autonomie für die einzelnen preußischen Provinzen gefordert. Der Kölner Parteitag verurteilte alle auf eine Loslösung vom Reiche hinzielenden Bestrebungen und erwartete von der Reichsregierung, daß sie den inneren Umbau des Reiches so rasch wie möglich in Angriff nehme.

Mit dieser Resolution hatte das Rheinische Zentrum — dem sich wenige Monate später auch der pfälzische Landesverband anschloß[22]) — eine einheitliche Grundlage für die Behandlung der Rheinlandfrage gefunden[23]) und diese Frage dem Problem der Neugliederung des Reiches auch offiziell untergeordnet. Das Maß der erwarteten Provinzial-Autonomie wurde nicht näher umschrieben. Der Unzufriedenheit und den Klagen in den eigenen Reihen war vorerst der Boden entzogen. Auch nach außen hin trat allmählich stärker die Tatsache in das Bewußtsein, daß der traditionelle Föderalismus des Zentrums angesichts der inneren Notlage und der außenpolitischen Situation des Reiches einen neuen Inhalt erhielt.[24]) Die Zentrumsmehrheit lehnte allerdings weiterhin den völlig

[20]) Nach Max *Braubach*, Aloys Schulte und die rheinische Geschichte (in: Rhein. Vierteljahrsbl. 22, 1957, S. 25), hat Schulte seine rhein. Freunde immer wieder gemahnt, an den bestehenden staatlichen Beziehungen der Rheinprovinz zumindest solange nichts zu ändern, bis das Reich wieder in sich gefestigt und frei von fremder Besatzung sein würde. In diesem Zusammenhang erwähnt Braubach ein Schreiben *Lauschers* vom 12. September 1920, in dem sich dieser mit einem vor der Aufteilung Preußens warnenden Gutachten Schultes auseinandergesetzt habe, mit dem Ergebnis, man müsse die Dinge reifen lassen.

[21]) Vgl. Bericht, S. 221 ff. Entwürfe dieser Resolution, deren letzte Fassung im wesentlichen von *Kaas* stammte, im Nachl. Bachem 850.

[22]) Auf einem Parteitag am 13. Januar 1920 sowie auf einer Vorstandstagung des Pfälzischen Zentrums am 18./19. Februar 1920 in Neustadt a. H. Vgl. *KV* Nr. 152 vom 25. Februar 1920.

[23]) *Kuckhoff* sprach indessen davon, daß die Resolution des Parteitags die rhein. Selbständigkeitsbestrebungen „durchkreuzt" habe; Der Einheitsstaat in rheinischer Verurteilung, in: Allg. Rundschau Nr. 1 vom 3. Januar 1920, S. 5. Zur Resolution ferner *Senger*, Die Politik der Zentrumspartei, S. 47 f.

[24]) Das hatte *Lauscher* im Rahmen seines Referats über die Rheinlandfrage bereits angedeutet, als er erklärte, niemand werde behaupten, daß der Föderalismus des Zentrumsprogramms ein

zentralistisch regierten und verwalteten Einheitsstaat ab.[25]) Bei der Beratung der kulturpolitischen Verfassungsabschnitte hatte es sich gezeigt, daß eine „möglichst einheitlich geformte demokratische Republik" auch den spezifischen Parteiinteressen am besten zu dienen vermochte.[26]) Die Zentrumspartei sprach sich künftighin für einen „organischen Einheitsstaat"[27]) aus, dessen innere Festigkeit durch eine Gliederung des Reiches auf der Grundlage der „Stammesgemeinschaft wie auch der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit"[28]) gesichert werden sollte. Wie diese Reichsgliederung konkret aussehen sollte, blieb weiterhin unerörtert.

Die überwiegende Mehrheit des Rheinischen Zentrums bemühte sich in Zukunft zusammen mit den Sozialdemokraten und den Demokraten darum, das „Deutschtum der Rheinlande gegenüber der Französierung" zu retten.[29]) Seit der Annahme der Reichsverfassung ließ sich eindeutig zwischen separatistischen Absichten und Bestrebungen zur inneren Neugliederung des Reiches scheiden. Die von der Besatzungsmacht unterstützte separatistische Tätigkeit von Dorten, Haas und Genossen wurde vom Zentrum entschieden verurteilt.[30]) Diese Haltung bestätigte der 1. Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 in einer Resolution, deren positiv gewendeten Inhalt der Abgeordnete Ulitzka mit dem Satz umschrieb: „Reichstreue ist wesentlicher Bestandteil der Zentrumsgesinnung."[31])

---

unantastbares Prinzip darstelle. Vgl. Bericht, S. 172. Symptomatisch für diese gewandelte Auffassung ist ein Schreiben *Adenauers* vom 25. Juli 1919 an Erzberger, in dem es hieß, er würde es begrüßen, wenn Deutschland ein „unitarischer Staat mit starker Zentralgewalt und verhältnismäßig großen Reichsprovinzen" würde. Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 3.

[25]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Brauns* am 25. Juli 1919 in der Nationalversammlung. Sten. Berichte, Bd. 328, S. 1897.

[26]) Vgl. *Schwend*, Bayern, S. 126.

[27]) So der preuß. Abg. *Bergmann* am 22. November 1919 in der KV Nr. 915.

[28]) So der Abg. *Lauscher* am 16. Dezember 1919 in der Preuß. Landesversammlung. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 7, Sp. 8260.

[29]) So lautete das Ergebnis einer Besprechung am 10. Januar 1920 in Köln zwischen Vertretern des Zentrums und der SPD. Nachl. Bachem 850.

[30]) Am 17. November 1919 hieß es in einem Bericht der Reichszentrale für Heimatdienst, daß Dorten u. a. dem Zentrum im Rheinland eine „Rheinische Volkspartei" entgegenstellen wollten, da die Mehrheit der Zentrumsanhänger sich von den separatistischen Plänen nicht einfangen lasse. Bundesarchiv R 43 I/1838. Am 21. November 1919 bekräftigten Vertreter der demokratischen Parteien des Rheinlands auf einer von Reichskanzler Bauer geleiteten Sitzung des Unterausschusses für Angelegenheiten der besetzten linksrheinischen Gebiete in Berlin ihren Willen, zum Schutze des Deutschtums eine Einheitsfront herzustellen, „unbeschadet der Bestrebungen, die auf eine Anwendung des Art. 18 der deutschen Verfassung abzielen". Nach einem vom Abg. *Hofmann-Ludwigshafen* angefertigten Protokoll im Nachl. Bachem 850.

[31]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 139, 142 sowie S. 26 (Ausführungen von J. *Wirth*). Am 19. Juni 1923 erklärte der Abg. *Schwering* im Preuß. Landtag: „Als aber einmal die Weimarer Verfassung und damit die Grundlage der Deutschen Reichsverfassung festlag, hat das Zentrum stets auf dem Standpunkt gestanden, auf dem es noch heute steht: solange der Fuß eines fremden Soldaten am Rheine steht, wird über diese Frage nicht gesprochen. Das ist auch heute noch die Anschauung meiner politischen Freunde." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 13, Sp. 18383.

Mit der im Herbst 1919 eingenommenen Haltung des Zentrums schien es auf den ersten Blick schwer vereinbar zu sein, daß die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung am 17. Dezember 1919 — gemeinsam mit den Koalitionsparteien: Sozialdemokraten und Demokraten — einem Antrag zur Annahme verhalf, der die Schaffung eines deutschen Einheitsstaats auf dem Wege über Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen befürwortete.[32]) Die rheinischen Zentrumssprecher hofften jedoch, auf diesem Wege am ehesten die verfassungsmäßig vorgesehene zweijährige Sperrfrist für alle Neugliederungsbestrebungen umgehen bzw. abkürzen zu können. Die parlamentarische Aktion blieb ohne Ergebnis[33]), zeigte aber, wie wenig die zentrale Frage des Reich-Länder-Verhältnisses ausdiskutiert war.

Der bereits erwähnte 1. Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 bekannte sich im Sinne der Resolution des rheinischen Parteitags zum „organischen Ausbau" des Reiches mit möglichst gleichwertigen Ländern auf landsmannschaftlicher Grundlage und zu der verfassungsmäßig vorgesehenen Möglichkeit, neue Länder zu schaffen. Im Unterschied zu rheinischen Abgeordneten und Delegierten (Trimborn, Hoeber), die für eine Umgestaltung Preußens auf dem nach Artikel 18 möglichen Wege plädierten und Preußen im Reich aufgehen lassen wollten, befürworteten andere Sprecher (Erzberger, Schreiber) eine starke Zentralgewalt des Reiches.[34]) Weder jetzt noch später kamen konkrete Vorschläge für eine Reichsreform zur Sprache.

Eine Tagung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei am 3. Februar 1920 in Köln bestätigte die Rheinlandbeschlüsse des Reichsparteitags. Sie distanzierte sich gleichzeitig von einer neugegründeten, zum größten Teil aus bisherigen Anhängern des Zentrums zusammengesetzten Rheinischen Volksvereinigung[35]), die im Widerspruch zur Verfassung eine Aufhebung der zweijährigen Sperrfrist und die Bildung eines eigenen rheinischen Parlaments verlangte.[36]) In der Resolution des Provinzialausschusses hieß es eindeutig, daß diejenigen Zentrumsmitglieder, die an ihrer Mitgliedschaft bei der Rheinischen Volksvereinigung und an irgendwelcher gemeinsamen politischen Arbeit mit Dorten festhalten würden, aus der Zentrumspartei ausgeschlossen seien. Darüber hinaus warnten alle rheinischen Parteien (mit Ausnahme der USPD) in einer gemeinsamen Erklärung vom 3. Februar vor der Mitgliedschaft in der Rheinischen Volksvereinigung, die mit ihren Bestrebungen „außerhalb der Ver-

[32]) Vgl. *Schulthess* 1919/I, S. 505 f.

[33]) Dazu vgl. *Schwend*, Bayern, S. 125.

[34]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 9, 11 *(Trimborn)*, 31 *(Hoeber)*, 32 *(Erzberger)*, 93 *(Schreiber)* und 137 (Resolution Nr. 4).

[35]) Vgl. *KV* Nr. 98 vom 4. Februar 1920.

[36]) Vgl. *KV* Nr. 96 vom 4. Februar 1920. Nach einer Mitteilung *Dortens* ist die Vereinigung deswegen gegründet worden, weil nach den Vorgängen des Mai 1919 mit einer Unterstützung dieser Pläne durch das Zentrum nicht mehr zu rechnen war. Bundesarchiv ZSg. 105 (Dorten-Memoiren, S. 97).

fassung“ stehe.[37]) Das hinderte allerdings die Bayerische Volkspartei nicht, wenige Wochen später die neue rheinische Splittergruppe im Reichstagswahlkampf zu unterstützen.

[37]) Vgl. *KV* Nr. 98 vom 4. Februar 1920; *Schulthess* 1920/I, S. 21.

VIERTER TEIL

Zentrumspolitik im republikanischen Alltag

Erstes Kapitel

Von Krise zu Krise

1. Das Dilemma einer Koalitionspartei

„Der Eindruck ist sehr weit verbreitet, daß wir mit dem jetzigen Regierungssystem dem allgemeinen Niedergang zutreiben."
Alois Fürst zu Löwenstein am 19. April 1920.[1])

Mit der Annahme der Reichsverfassung hatte die Nationalversammlung nach den Worten Trimborns ihre Aufgabe verhältnismäßig schnell und gut gelöst und eine „neue Periode unserer politischen Entwicklung" abgeschlossen.[2]) Die Verfassung bildete für das Zentrum die Grundlage aller künftigen Arbeit. In der Partei kam der Wille zum Ausdruck, genauso wie an der „Größe des alten Bismarckschen Reiches" so auch am Aufbau des neuen Reiches nach Kräften mitzuarbeiten; nur zu gut war man sich bewußt, daß es galt, neue „fortschrittliche Ideen voll sittlichen Inhalts" in die Massen der Anhänger zu tragen[3]) — so z. B. in der Außenpolitik die vor allem von Erzberger propagierte Idee des Völkerbunds[4]) —, um deren Vertrauen zu festigen oder neu zu gewinnen. Den Exponenten des Zentrums in der Regierung und in den Parlamenten mußte es darauf ankommen, ein Maximum eigener programmatischer Forderungen im politischen Alltag durchzusetzen.

Aller Skepsis im eigenen Lager zum Trotz vollzog sich die sachliche Arbeit sowohl innerhalb der Fraktion[5]) — wenn man von kleineren Reibungen insbesondere mit den weiblichen Abgeordneten, an deren Anwesenheit sich die älteren Parlamentarier erst gewöhnen mußten[6]), absieht — als auch innerhalb

[1]) An Carl Bachem. Nachl. Bachem 465.

[2]) Am 30. Juni 1920 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 47.

[3]) So Leo *Schwering*, Das deutsche Zentrum und der Völkerbund, in: Allg. Rundschau Nr. 35 vom 30. August 1919, S. 506.

[4]) In einem Artikel „Reichszentrum und außenpolitische Schulung" (ebd. Nr. 52 vom 27. Dezember 1919, S. 808) forderte Leo *Schwering* die Heranbildung von außenpolitischen Sachverständigen und die Formulierung außenpolitischer Programme.

[5]) In den ungedruckten Erinnerungen von Wilhelm *Marx* hieß es dazu: „Es war geradezu wunderbar, daß in der Fraktion des Zentrums selbst nach kurzer Zeit völlige Übereinstimmung wenigstens über die hauptsächlichsten und grundlegenden Fragen herrschte." Nachl. Marx XXXII.

[6]) Das fiel dem Fraktionsvorsitzenden und Junggesellen *Gröber* besonders schwer, der eines Tages herausplatzte: „‚Meine Geduld ist zu Ende, ich kann das »Gekreisch« von denen Weibsleut' nicht mehr ertragen.' Daraufhin verließen die 6 mit ihren Kaffeetassen im Gänsemarsch den Fraktionssitzungssaal und machten einige Tage Streik." Mitgeteilt von *Müller-Fulda* am 24. Juli 1928 an Bachem. Nachl. Bachem 883. Dazu mündl. Mitteilungen von Frau C. Teusch.

der Weimarer Koalition und der kleinen schwarz-roten Koalition reibungslos.[7]) Nach einer Beobachtung von Ernst Troeltsch entdeckten führende Sozialdemokraten, daß das Zentrum die „besten staatsmännischen Köpfe" der Nationalversammlung habe, daß seine Wissenschaft „universal gerichtet und ansehnlich" sei, daß seine „demokratischen Grundzüge unerschütterlich feststehen und an seiner Religion selber einen Halt hätten, daß das soziale Verständnis bei ihnen größer und bereitwilliger sei als bei den Demokraten."[8])

Seit dem Austritt der DDP aus der Regierungs- und Koalitionsverantwortung (20. Juni 1919) war der Einfluß der Zentrumsminister in der Regierung gewachsen und damit insbesondere der Einfluß Erzbergers. In ihm sahen schon zeitgenössische Beobachter erstaunt oder verärgert den starken Mann und den wirklichen Leiter des Kabinetts[9]), der zusammen mit Ebert die „tatsächliche Regierung" bildete.[10]) Er wurde nicht selten in maßloser Überschätzung der Kräfteverhältnisse als kleiner Diktator betrachtet.[11]) Auf ihn konzentrierte sich immer stärker der Haß der Rechtsparteien und der „Entrechteten" von 1918. Erzberger wurde planmäßig zur negativen Symbolfigur der neuen Republik gestempelt und als die Personifikation von Waffenstillstand und Niederlage, von Revolution und Volkssouveränität angeprangert. An seiner Person und Politik begannen sich erneut die Geister zu scheiden, auch im Zentrumslager.

Seit dem Sommer 1919 konnten auf Grund der als „gemeinsame Herrschaft Erzbergers und der Sozialdemokratie" apostrophierten Tätigkeit der Regierung[12]) die für die Existenz des Reiches notwendigen Fundamente schnell und

---

[7]) Am 20. Juli 1919 schrieb der Abg. *Spahn* an Prälat P. M. Baumgarten u. a.: „Ohne die Sozialdemokratie ist eine Reichsverwaltung nicht möglich [. . .]: Meine Stellung zur Sozialdemokratie hat sich nicht geändert, ich anerkenne das weite Entgegenkommen, das sie uns in der Verfassung hat zuteil werden lassen und das der Kirche ihr Arbeitsfeld erweitert und ihr die Arbeit auf diesem Gebiete erleichtert." Vgl. *Patin*, Beiträge, S. 144.

[8]) Vgl. Spektator-Briefe, S. 71 (8. Juli 1919).

[9]) So der Kölner Oberbürgermeister *Adenauer* am 10. Juli 1919 an Reichsrat v. Buhl. Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 3. *Bachem* (Zentrumspartei, Bd. 8, S. 286) nennt Erzberger die „Seele" der Kabinette Scheidemann und Bauer.

[10]) So in einer nachträglichen Aufzeichnung des früheren Abg. *Müller-Fulda* vom 28. Juli 1928, in der Reichskanzler Bauer folgendermaßen charakterisiert wurde: „Persönlich unbedeutend und viel eher als freisinniger Wadenstrümpfler anzusprechen als als Sozialdemokrat". Nachl. Bachem 888.

[11]) *Troeltsch* schrieb in einer Mischung von Bewunderung und Ärger am 8. Juli 1919 (Spektator-Briefe, S. 72 f.): „Worauf seine [Erzbergers] Stellung fußt, ist nicht zu erfahren: sein bekanntes Büro, seine immer bereite Arbeitskraft, seine Entschlossenheit und Schlauheit, seine volkstümliche Banalität, seine Skrupellosigkeit, seinen Sieg über Brockdorff, seinen Zentrumsanhang, alles das kann man zur Erklärung heranziehen, aber für mein Gefühl reicht es nicht aus. Aber dem sei, wie ihm wolle, Erzberger ist der Herrscher des Kabinetts, und fragt man nach der kommenden Diktatur, so ist vielfach die Antwort: Wir haben sie schon, es ist die Diktatur Erzberger."

[12]) Dazu vgl. *Troeltsch*, ebd., S. 94 (12. Januar 1920): „Zwischen den furchtbaren Extremen von links und rechts bahnt sich die Reichsregierung ihren Weg, so gut es gehen will. Eine andere Regierung ist heute nicht möglich. Ihr Zerfall würde das Wegfallen jeder Regierung und damit den Bürgerkrieg bedeuten."

zielbewußt gelegt werden. Zu den Leistungen der „vereinfachten Partei- und Regierungskonstellation“[13]) — unbelastet von „Verschleppungstaktik und Quertreibereien“ der DDP[14]) — zählte vor allem die Annahme der Verfassung. Dazu gehörte ferner die Durchbringung der grundlegenden Finanz- und Steuergesetze Erzbergers, in deren Rahmen es der SPD nicht gelang, das Privateigentum auf Umwegen dadurch zu beseitigen (oder zumindest erheblich einzuschränken), daß man es im Zuge der Finanz- und Steuergesetzgebung übermäßig belastete.

Dem Eintreten der Zentrumsabgeordneten, insbesondere von Herold, war es zu verdanken, daß die land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen nicht nach dem Verkaufs-, sondern nach dem Ertragswert zur Steuerzahlung veranschlagt wurden. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß nach dem Urteil des rheinischen Abgeordneten Joseph Heß[15]) in der Fraktion der Nationalversammlung wie in der Fraktion der Preußischen Landesversammlung keine Frage intensiver diskutiert worden ist als die Agrarfrage. Mag das auf der einen Seite eine Art Wiedergutmachung (oder Ausdruck eines schlechten Gewissens) für die Behandlung agrarischer Repräsentanten vor den Wahlen vom Januar 1919 gewesen sein[16]), so bleibt doch festzuhalten, daß diese Politik geschlossen vertreten wurde, trotz der Querschüsse, die das Zentrum gerade aus bäuerlichen Kreisen erhielt.[17])

Schließlich muß als Verdienst der Koalition auch die Tatsache gewertet werden, daß es allen außenpolitischen Bedrohungen, separatistischen Gefahren und lokalen Bürgerkriegssituationen zum Trotz gelang, die Einheit des Reiches zu wahren. Nicht zuletzt war es diese außenpolitische Gemeinsamkeit, auch in Fragen der Grenzsicherung im Osten und eines günstigen Ausgangs der bevorstehenden Abstimmungen in einzelnen Grenzgebieten, die die Regierungskoalition im Reich zusammenband.

Die von der Koalition erreichten Erfolge verblaßten allerdings nach außen angesichts der alles überschattenden Not als Folge des Krieges und des Friedens-

[13]) So *Germania* Nr. 355 vom 7. August 1919, wo darauf hingewiesen war, daß Zentrumspartei, Zentrumsfraktion und das „deutsche Volk als Ganzes“ über die Leistungen der Koalition befriedigt sein könnten.

[14]) So *Müller-Fulda* (vgl. Anm. 10). In der *KV* Nr. 773 hieß es am 2. Oktober 1919, unmittelbar vor dem Wiedereintritt der DDP in die Regierung: „In mancher Beziehung war das Regieren ohne die Demokraten sogar leichter als mit ihnen.“

[15]) Auf der Generalversammlung der Christl. Bauernschaft in Köln am 18. Februar 1920. Vgl. *KV* Nr. 134 vom 19. Februar 1920. S. auch Anm. 22.

[16]) So erklärte *Heß* (s. die vorige Anm.): „Man muß dem Zentrum gerechterweise zugestehen, daß es sich [. . .] sehr erfolgreiche Mühe gegeben hat, die taktischen Mißgriffe, die der Partei in der aufgeregten Zeit bei den ersten Wahlen nach der Revolution unterlaufen waren, durch eifrigste Beachtung der bäuerlichen Interessen wieder gutzumachen.“

[17]) Am 18. Oktober 1919 beklagte sich *Trimborn* in einem Schreiben an Jörg lebhaft über Angriffe aus der Bauernschaft, insbesondere von seiten des Frhrn. v. Loë, gegen die sich auch die Landwirte in der preußischen Fraktion nicht zur Wehr gesetzt hätten. Nachl. Bachem 850.

vertrags. Aus diesem Grunde wirkten sich die Leistungen in der Regierungs- und Koalitionsmitarbeit für die Zentrumspartei keineswegs vorteilhaft aus. Im Gegenteil: Die Koalitionspolitik entwickelte sich zu einer nie versiegenden Quelle von Verdächtigungen und Angriffen aller Art, auch aus den eigenen Reihen. Sie gipfelten in dem Vorwurf, das Zentrum sei allzu abhängig von den Wünschen des (weitaus stärkeren) sozialdemokratischen Partners. Die Zentrumsabgeordneten sahen sich bald gezwungen, stärker von den Sozialdemokraten abzurücken und den Unterschied zwischen einer politisch bedingten Arbeitsgemeinschaft und einer (nicht vorhandenen) Gesinnungsgemeinschaft herauszustellen.

Dieses Vorgehen erwies sich besonders in Preußen als notwendig, da die Tätigkeit des SPD-Kultusministers Haenisch im katholischen Volksteil mit latentem Mißtrauen verfolgt wurde.[18]) Spätestens seit der Zustimmung der Reichstagsfraktion zum zweiten Weimarer Schulkompromiß, die Ausbrüche heftiger Kritik in den eigenen Reihen ausgelöst hatte, wußten die Zentrumsabgeordneten, wie empfindlich ihre Wählerschaft auf kulturpolitische Entscheidungen reagierte. An der Tatsache, daß weiterhin die „christlichen Kulturideale" das sicherste Bindeglied für den innerparteilichen Zusammenhalt bildeten[19]), war nicht zu rütteln.

Mancherorts erhob sich die Frage, ob nicht der Preis, den das Zentrum für die Teilnahme in der Koalition zahlen mußte, zu hoch sei angesichts möglicher unerwünschter, von der Partei mitzuverantwortender Auswirkungen. Durch die Zusammenarbeit mit dem atheistischen Marxismus, so wurde argumentiert, drohe der „absolute Gegensatz zwischen Christentum und Sozialismus" zu verwischen, so daß das „Seelenheil" ernstlich in Gefahr geraten könne.[20]) Seit dem Sommer 1919 mehrten sich in der Zentrumswählerschaft Stimmen, die nicht nur die vermeintlich unnötige Kompromißfreudigkeit der Zentrumsfraktion in kirchen- und kulturpolitischen Angelegenheiten kritisierten, sondern

[18]) Vgl. insbesondere die Stellungnahmen der Abg. *Lauscher* (3. Dezember 1919; vgl. Sitzungsberichte, Bd. 6, Sp. 7157), *Kloft* (17. November 1919; ebd., Bd. 5, Sp. 6585) und *Heß*, der am 9. Juli 1919 in der Landesversammlung Kultusminister Haenisch empfahl, „einmal darüber nachzudenken, ob es für einen Staatsmann jetzt nichts Wichtigeres gibt, als in Zeiten, wie wir sie durchleben, wo nichts dringender nottäte als sorgfältig geschonte Einigkeit, mit derartigen Fragen [in bezug auf die Schulpolitik] an das Haus heranzutreten". Vgl. ebd., Bd. 3, Sp. 3234.

[19]) Auf dem Provinzialtag des Berliner Zentrums am 21. September 1919 erklärte der Abg. *Faßbender:* „Der Kampf für die christlichen Kulturideale, wie ihn das Zentrum führt, dürfte deshalb ein ausreichender Grund sein, alles zu vermeiden, was das Zentrum in seinem Bestande gefährden könne." Vgl. *Germania* Nr. 434 vom 22. September 1919.

[20]) So in einem langen Artikel des Trierer Rechtsanwalts A. *Kneer;* vgl. *KV* Nr. 41 vom 15. Januar 1920. Ähnliche Klagen fanden sich bereits vorher in einem Artikel des Kölner Oberlandesgerichtsrats *Mosler*, den die *KV* am 28. August 1919 veröffentlichte und den *Das Neue Reich* übernahm (12. Oktober 1919, Nr. 2, S. 30). In einem zweiten Artikel von *Kneer*, „Freie Meinungsäußerung" (*KV* Nr. 116 vom 12. Februar 1920), wiederholte der Autor seine Bedenken unter Hinweis auf das „begeisternde Echo", das seine voraufgegangenen Ausführungen gefunden hätten.

überhaupt die Teilnahme an der Koalition als Fehler bezeichneten. Aufgespeicherter Mißmut und mürrische Unzufriedenheit kamen unverhohlen zum Ausdruck. Ein spürbares, teilweise zweifellos mehr emotional bedingtes als sachlich begründetes Unbehagen griff um sich. In einzelnen Fällen steigerte sich die Kritik bereits bis zur grundsätzlichen Ablehnung des Systems. Ein Vorstandsmitglied des Rheinischen Zentrums, Bürgermeister Biesenbach aus Rheinbreitbach, schrieb am 28. November: „Im Volke steht man der Politik immer indolenter gegenüber. Nicht etwa aus Mangel an Interesse, sondern aus Ekel an der Katzbalgerei in der Nationalversammlung, und aus einem Gefühl der Verzweiflung heraus, daß diese Regierung und dieser Parlamentarismus keine Rettung bringen kann.“[21])

Im Katalog der konkreten Beschwerden standen Klagen über die mangelnde Fühlungnahme zwischen den Abgeordneten und den Parteianhängern obenan, gefolgt von Vorwürfen wegen des Hinauszögerns einer klärenden Aussprache im Rahmen eines allgemeinen Parteitags. Seine Einberufung war vom Reichsparteiausschuß wiederholt zugesagt, aber immer wieder verschoben worden. Eine neu entfachte Aktivität einzelner Standes- und Berufsgruppen (Politische Arbeiterkomitees, Bauernvereine[22]), Zusammenschlüsse von Mittelständlern und Akademikern)[23]), die ihre wirtschaftlichen Belange vernachlässigt glaubten, drohte das Zentrum in ein „politisches Kartell verschiedener Interessengruppen“[24]) aufzulösen. Ernsthaft drohte die Sezession rheinischer Bauern (unter Führung des Freiherrn von Loë) und Mittelständler aus der alten Partei.[25]) Ihr Zusammenhalt war in Zukunft mehr denn je gefährdet. Mit dem Ruf nach einer stärkeren Parteiführung und nach einer schlagkräftigen, demokratisch aufgebauten Organisation verband sich Kritik an der Reichstagsfraktion, die sich zu Unrecht als maßgebende Instanz der Gesamtpartei verstehe. In der

[21]) An Carl Bachem. Weiter hieß es: „Die Wut über die Skandale im Untersuchungsausschuß [gemeint ist wohl die Vernehmung der früheren Heerführer] ist gerade unter unseren Parteigenossen ungemein groß. Man begreift es nicht, daß Angehörige des Zentrums es noch mit ihrer Mannesehre vereinigen können, dieser Gesellschaft anzugehören.“ Nachl. Bachem 465.

[22]) Mitte Dez. 1919 trat Carl *Bachem* in der Redaktion der KV zugunsten der bäuerlichen Forderungen ein, um die Bauern — wie er dem Redakteur der KV, Breuer, am 21. Dezember 1919 schrieb — „jetzt mit aller Kunst und List bei der Zentrumsstange“ zu halten. Nachl. Bachem 465. Diesem Zweck diente auch das Referat von *Heß* auf der Generalversammlung der Christl. Bauernschaft in Köln am 18. Februar 1920 (s. Anm. 15).

[23]) In zwei Schreiben von A. *Grunenberg* (Düsseldorf) an Carl Bachem vom 25. Juni und 21. Juli 1919 kam die Verbitterung über das Zentrum besonders in den Kreisen der Intelligenz zum Ausdruck. Hier sei man „besonders ungehalten darüber, daß das Zentrum eingewilligt habe, daß so unverhältnismäßig viele Arbeiter in das Parlament eingezogen seien“. Grunenberg schloß seinen erstgenannten Brief mit dem Satz: „Wir scheinen vor sehr ernsten *inneren* Parteischwierigkeiten zu stehen.“ Nachl. Bachem 464, 850. Am 30. März 1920 erging in Düsseldorf ein Aufruf zur Gründung einer „Vereinigung der Selbständigen und der akademischen Berufe in der Zentrumspartei Düsseldorf“; Exemplar ebd. 850.

[24]) So *WAZ* Nr. 33 vom 6. September 1919.

[25]) Vgl. *Trimborns* Schreiben vom 5. Februar 1920 an den Generalsekretär des Rhein. Zentrums, Jörg, bei *Cardauns*, Trimborn, S. 188.

Forderung nach einem zeitgemäßen Parteiprogramm kam das Verlangen zum Ausdruck, angesichts der Koalitions- und Kompromißpolitik sowie der nüchternen Gesetzgebungs- und Regierungsarbeit die „eigenen Ideale und Grundsätze" stärker herauszustellen.[26]) Insbesondere in westdeutschen Arbeiterkreisen herrschte die Ansicht, daß sich die Zentrumsminister nicht energisch genug im Kabinett durchzusetzen vermochten.[27]) Alte Klagen über mangelnde Fühlung zwischen der Reichstagsfraktion und der Parteipresse lebten wieder auf.

Die Kritik im Zentrum verstummte auch nicht nach dem 3. Oktober 1919, seit dem die DDP wieder in der Regierung vertreten war. Die mit der Wiederaufnahme der Weimarer Koalition verbundene Verbreiterung der parlamentarischen Basis fand im Zentrum günstige Aufnahme.[28]) Die im Auftrage des Reichskanzlers von Erzberger geführten Verhandlungen mit den Demokraten waren rasch zum Abschluß gelangt, da der Reichsminister des Innern, David, auf sein Ressort zugunsten eines DDP-Politikers verzichtete.[29])

Für die Weimarer Zentrumsfraktion bedeutete es einen schweren, von Trimborn als „wahrhaft unersetzlich" bezeichneten Verlust[30]), als ihr Vorsitzender Adolf Gröber am 19. November 1919 im Reichstagsgebäude einem Herzschlag erlag. Gröber, scherzhaft als „Patriarch der deutschen Volksvertretung" charakterisiert, zählte zu den angesehensten und kenntnisreichsten Parlamentariern der Nationalversammlung. Er war von allen Flügeln innerhalb der eigenen Partei als lebendige Verkörperung des Zentrumsideals respektiert worden. Als Württemberger bildete er stets eine lebendige Brücke zum bayerischen Zentrum. Als Berufspolitiker (Amtsrichter a. D.) gehörte er keiner Interessengruppe an und konnte als ausgleichendes Element manche Spannungen mildern und glätten. Sein Nachfolger in der Leitung der Fraktion, Trimborn, trat sein Amt zum Jahresende 1919 in einem Augenblick an, in dem sich Partei und Fraktion in einer höchst kritischen Situation befanden. Trimborn fiel gleichzeitig die Aufgabe zu, die bisher in der Hauptsache von Gröber geleisteten Vorarbeiten für den 1. Reichsparteitag des Zentrums abzuschließen und den Termin für

---

[26]) So der Abg. *Joos* am 15. September 1919 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln' wo er näher auf die „Verdrossenheit" der katholischen Arbeiterwähler des Zentrums in Westdeutschland einging, die am Vortage bei einem Verbandstreffen zum Ausdruck gekommen sei. Der wichtigste Wunsch dieser Kreise sei eine stärkere Einbeziehung und ein Sichtbarwerden des „sittlichen Kulturgedankens" in der „materiellen Politik und Gesetzgebungsarbeit". Vgl. Bericht, S. 71 ff.

[27]) Den Zentrumsministern übermittelte *Joos* (s. die vorige Anm.) den Wunsch, ruhig „etwas weniger rücksichtsvoll" zu sein und nach dem Beispiel der SPD-Minister auch „den andern etwas zu schlucken" zu geben (S. 73).

[28]) Vgl. *Germania* Nr. 445 vom 28. September 1919.

[29]) Schreiben des Reichskanzlers *Bauer* vom 26. September 1919 an David. Bunde sarchiv R 43 I/1304.

[30]) In seiner Rede bei der Trauerfeier für Gröber am 23. November 1919 im Reichstagsgebäude in Berlin, an der Reichspräsident und Reichskanzler teilnahmen.

den wiederholt verschobenen Zusammentritt des Parteitags zu bestimmen (19.—22. Januar 1920).[31])

Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß zu Beginn des Jahres 1920 zahlreiche Zentrumswähler vom Januar 1919 die Partei lieber in einer Koalition mit bürgerlichen Gruppen ohne Teilnahme der Sozialdemokraten gesehen hätten.[32]) Dem widerspricht nicht das Vertrauensvotum, das der 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 der Reichstagsfraktion für ihre Beteiligung an der Regierungskoalition aussprach.[33]) Das geschah nämlich erst, nachdem die prominentesten Politiker der Fraktion die Notwendigkeit der Koalition unter Hinweis auf die parlamentarische Konstellation in Weimar und die damit gegebene Zwangslage des Zentrums, aber auch unter Verweis auf die erreichten Erfolge gegenüber zahlreichen Kritikern eindringlich hervorgehoben hatten. Aber noch aus einem anderen Grunde war es den Delegierten des Berliner Parteitags zu diesem Zeitpunkt schlechterdings nicht möglich, das Treffen mit einem Mißklang enden zu lassen; denn einige Tage zuvor hatte die Bayerische Volkspartei ihre seit dem Februar 1919 bestehende Arbeitsgemeinschaft mit der Fraktion des Zentrums in der Nationalversammlung abrupt aufgekündigt und mit diesem Schritt die im November 1918 eingeleitete Separation von der Mutterpartei abgeschlossen.

Das Zentrum konnte fortan nicht mehr vom Anspruch und Selbstverständnis her als alleinige Vertreterin der politischen Belange der deutschen Katholiken auftreten. Im Zentrumsturm klaffte eine Bresche. Die alte Parole „Heraus aus dem Turm" war allzu wörtlich befolgt worden — allerdings nicht im Sinne ihrer Urheber. Die Mainlinie im politischen Katholizismus des Reiches verlief nunmehr analog der regionalen Gliederung innerhalb des deutschen Episkopats, wie sie in den getrennten Bischofskonferenzen von Fulda und Freising Ausdruck fand, die erst seit 1933 zu gemeinsamen Beratungen zusammentraten.

Die Zukunft des Zentrums, wie ein Leitartikel der „Kölnischen Volkszeitung" vom 21. Januar 1920 überschrieben war[34]), schien ernsthaft gefährdet, wenn es der Partei nicht gelingen würde, dem in den eigenen Reihen so deutlich spürbaren

[31]) Auf einen Glückwunsch von Carl *Bachem* vom 10. Dezember 1919 zur Übernahme des Fraktionsvorsitzes („Vor allem freut es mich, daß kein Bayer an die Spitze gekommen ist"), in dem die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß es Trimborn gelingen möge, die Fraktion zusammenzuhalten, antwortete *Trimborn* am 13. Dezember 1919: „Ich bin mir wohl bewußt, daß die Fraktion niemals in einer schwierigeren Lage gewesen ist. Es wäre mir eines der schmerzlichsten Geschicke meines Lebens, wenn während meiner Amtszeit Fraktion und Partei auseinandergingen. Ich würde hierin ein großes Unglück für Volk, Vaterland und Kirche erblicken." Nachl. Bachem 465.

[32]) Vgl. *KV* Nr. 116 vom 12. Februar 1920. Damit korrigierte das Blatt sein früheres Eintreten für die Linkskoalition, von der die *KV* Nr. 193 vom 10. März 1919 geschrieben hatte, der Versuch, mit der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten, müsse auf jeden Fall unternommen werden, auch wenn er fehlschlagen sollte.

[33]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 136.

[34]) Nr. 57.

Zug nach rechts Rechnung zu tragen. Es mehrten sich Stimmen, die den konservativen Parteiflügel gestärkt wissen wollten (z. B. durch Wiedereintritt des Adels in seine alte Partei- und Fraktionsstellung) und die aus der Furcht vor einem weiteren „Linksabmarsch" katholischer Arbeiterwähler für den Austritt aus der Koalition plädierten. Die Separation der BVP zwang das Zentrum, sich aufs neue der Möglichkeiten und Grenzen einer Volks- und Mittelpartei bewußt zu werden, deren wichtigste Klammer nach wie vor in der gemeinsamen konfessionellen Grundlage bestand.

2. Die Separation der Bayerischen Volkspartei

Die Separation der BVP war von Georg Heim planmäßig herbeigeführt[1]) und, überraschend für alle Nichteingeweihten, auf einer Landesversammlung am 9. Januar 1920 in München mit großer Mehrheit beschlossen worden.[2]) Sie wurde in erster Linie mit der Unterstützung von einheitsstaatlichen Bestrebungen durch die Zentrumsfraktion, die man als Preisgabe des traditionellen Parteiprogramms empfand, und vor allem mit dem robusten Vorgehen Erzbergers (zuletzt in seiner Stuttgarter Rede vom 4. Januar 1920) begründet.[3]) Auf den als „Sozialisten" verschrienen Reichsfinanzminister konzentrierten sich seit langem Haß und Groll der BVP-Führer Heim[4]) und Held[5]), da er einzelstaatlichen Reservatrechten grundsätzlich ablehnend gegenüberstand und die Existenz der Länder in Frage stellte.

---

[1]) Vgl. *Schwend*, Bayern, S. 126 ff.; *Renner*, Heim, S. 190. Dazu *Ringelmann*, BVP, S. 253. Der Abg. *Heß* sprach am 18. Februar 1920 davon, daß Heim aus „stark persönlich gefärbten" Gründen die Bayern vom Zentrum „losmanövriert" habe. Vgl. *KV* Nr. 134 vom 19. Februar 1920.

[2]) Nach Alois *Hundhammer*, Geschichte des Bayerischen Bauernbundes, München 1924, S. 172, kam der „meiste Widerstand" von Arbeitervertretern, „die mit der herrschenden Strömung im Zentrum zum Einheitsstaat neigten. [...] Neben den staatspolitischen Gesichtspunkten gab auch der Widerstreit zwischen Konsumenten und Produzenten in der großen und umfassenden Partei Anlaß zu Spannungen."

[3]) Eine bemerkenswert falsche Information übermittelte der Unterstaatssekretär des Ausw. Amtes, *von Haniel*, am 2. Februar 1920 dem Vatikanbotschafter von Bergen, wenn er ihm mitteilte, die BVP habe aus „taktischen Gründen" einen lediglich formellen Trennungsbeschluß gefaßt, um Heim den Wind aus den Segeln zu nehmen. Pol. Archiv, Deutschland Nr. 162, Bd. 11.

[4]) Georg *Schreiber* hat seinerzeit dem Verf. berichtet, daß ihm *Heim* bei seinem Weggang aus Regensburg (wo Schreiber 1915—1917 an der Hochschule lehrte) sinngemäß gesagt habe: Sie kennen doch Erzberger [aus der Vorkriegszeit]; können Sie mir nicht Material besorgen, das ich gegen ihn verwenden kann?

[5]) Der Landtagsabg. *Held* erklärte am 9. Januar 1920 auf der Landesversammlung der BVP: „Wenn die Zentrumspartei im Reich Wert darauf legt, daß wir Verbindung mit ihr haben, dann soll sie den Abg. Erzberger zu den Sozialdemokraten abschieben." Zit. von Fritz *Nienkemper*, in: Allg. Rundschau Nr. 3 vom 17. Januar 1920, S. 34. In einem Aufsatz „Die Trennung der Christlichen Volkspartei vom Zentrum" (in: Die Grenzboten 79, 1920, S. 118) behauptete Martin *Spahn*, daß Erzberger für die Auffassung des ihm bislang parteipolitisch verbundenen katholischen Bauern zusehends mehr zum Sozialisten werde.

Die BVP gab sich als Hort des Föderalismus aus.[6]) Sie wollte auch weiterhin in allen weltanschaulichen Fragen mit dem Zentrum einig gehen. Vertreter der BVP nahmen an dem 1. Reichsparteitag des Zentrums (19.—22. Januar 1920) nicht mehr teil[7]), obschon abgesprochen war, daß der Bamberger Domkapitular Abg. Leicht die Gedächtnisrede auf Gröber halten sollte.[8]) Drei Reichstagsabgeordnete (zwei aus der Pfalz, einer aus Unterfranken) blieben allerdings weiterhin in der Zentrumsfraktion.[9]) Daß die Separation der BVP bei der Kurie — die seit der Jahreswende 1918/19 konsequent ihr Interesse an der Erhaltung der deutschen Reichseinheit erkennen ließ[10]) — alles andere als freundliche Kommentare auslöste[11]), sei ebenso nur am Rande erwähnt wie eine falsche Prophetie des Auswärtigen Amtes, wonach eine dauernde Trennung der BVP vom Reichstagszentrum unwahrscheinlich sei.[12])

Nicht nur die Münchener Ereignisse vom 9. Januar, die für die Zentrumsführung ebenso wie für zahlreiche BVP-Abgeordnete der Nationalversammlung überraschend kamen, sondern auch der Verlauf des Berliner Reichsparteitags zeigten, daß der Zentrumsführung nicht nur ein enger Kontakt nach Bayern und Verständnis für die Motive der stark agrarisch-konservativ geprägten BVP

---

[6]) Einige Jahre später (5. März 1924) erklärte *Kaas* im Reichstag, die BVP habe sich deswegen vom Zentrum getrennt, weil ihre föderalistischen Gesichtspunkte dort nicht das „Entgegenkommen fanden, das man glaubte beanspruchen zu können". Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12607.

[7]) Zur Eröffnung des Parteitags am 19. Januar 1920 erklärte dessen Vorsitzender *Fehrenbach:* „Ich weiß, welchen körperlichen Schmerz und welche tiefe seelische Trauer unsere lieben und verehrten Kollegen aus Bayern in der Nationalversammlung ergriffen hat, daß sie heute an dem Parteitag nicht teilnehmen können." Vgl. Offizieller Bericht, S. 4.

[8]) Vgl. *KV* Nr. 3 vom 2. Januar 1920. An seiner Stelle hielt *Fehrenbach* die Rede.

[9]) Vgl. *Pfeiffer*, Zentrumspartei, S. 87.

[10]) Das ergibt sich aus der Berichterstattung des Vatikanbotschafters *v. Bergen* und des bayer. Vatikangesandten *v. Ritter* (s. auch die folgende Anm.).

[11]) Am 1. Februar 1920 übermittelte das Ausw. Amt dem Vatikanbotschafter folgende Information: „Geschäftsträger München [Graf Zech] berichtet, daß Nuntius Pacelli [. . .] Vertretern Bayerischer Volkspartei, die erklärten, Schisma zwischen ihnen und dem Zentrum liege ebenso wie Trennung Bayerns vom Reich im Interesse Kirche, da diese im katholischen Bayern bessere Behandlung fände wie im vorwiegend protestantischen Reich, erwidert habe, nach bisherigen Erfahrungen sei Gegenteil der Fall." Pol. Archiv, Preußen Nr. 2 Nr. 2b, Bd. 9. Nach einem Bericht des bayer. Vatikangesandten *v. Ritter* vom 7. Februar 1920 aus Rom hat die Trennung der BVP vom Zentrum in vatikanischen Kreisen „Aufsehen" erregt. Über eine Unterredung mit Kardinalstaatssekretär Gasparri berichtete Ritter: „Der Kardinal nahm von meinen Äußerungen [daß Bayern beim Reiche bleiben müsse] mit Befriedigung Kenntnis, weil er, wie ich schon berichten durfte, die Erhaltung des Deutschen Reiches in seinem bisherigen Umfange dringend wünscht. [. . .] Insoweit der Vatikan Sonderinteressen für Bayern hegt, liegen diese ausschließlich, in Anlehnung an alte Traditionen, auf religiösem und kulturellem Gebiete. [. . .] Es hat ihn [Gasparri] daher auch peinlich berührt zu hören, daß man in Bayern dem Vatikan die Absicht unterschieben will, einen engeren Anschluß Bayerns an Österreich und damit separatistische Strömungen im Deutschen Reiche zu fördern. Da die Geistlichkeit in Bayern sich der Politik des Abgeordneten Heim anschließen dürfte, um der Loslösung Bayerns vom Reiche zu dienen, so könne dies der Vatikan nicht billigen." BGStA München, MA 1943, Dt. Reich Nr. 1064.

[12]) So *Haniel* am 2. Februar 1920 (s. Anm. 3).

fehlten, sondern daß auch die Fühlung zu ihrer eigenen bäuerlichen Wählerschaft im übrigen Reichsgebiet mangelhaft war. Unter dem Ansturm tagespolitischer Erfordernisse und der durch die Finanz- und Wirtschaftsnot des Reiches erzwungenen Notwendigkeit, die Reichskompetenz und Reichsverwaltung erheblich auszudehnen, aber auch infolge der teilweise erheblich gestörten Informations- und Reisemöglichkeiten schwanden Einsicht und Verständnis für die konservative Beharrlichkeit der eigenen, vor allem der bäuerlichen Anhänger. Die Abgeordneten in Weimar neigten dazu, das im Lande vorhandene Mißtrauen gegenüber der unitarischen Entwicklung zu unterschätzen.

Die nachteiligen Erfahrungen mit der von Berlin zentral gesteuerten Kriegszwangswirtschaft beeinflußten nach wie vor die politische Meinungsbildung besonders im deutschen Westen und Süden. Das Zentrum bekam die gerade in den Kerngebieten des deutschen Katholizismus vorhandene traditionelle, durch die turbulenten Vorgänge nach der Revolution und die allgemeine Notlage noch verstärkte Aversion gegen Berlin und Preußen massiv zu spüren. In der Weimarer Zentrumspolitik glaubte man vielfach einen allzu starken Einfluß unitaristisch eingestellter christlicher Gewerkschaftsvertreter festzustellen. Als Exponent der Berliner „Mißwirtschaft" und geradezu als Hauptschuldiger allen zeitgenössischen Elends galt Erzberger, den auch viele Zentrumsanhänger als waschechten „Sozialisten" ablehnten.

Selbst wenn es stimmen mag, daß der Münchener Parteitagsbeschluß vom 9. Januar 1920 die Einheit und Geschlossenheit der BVP rettete[13]), so sprengte er die politisch-parlamentarische Einheitsfront der deutschen Katholiken[14]), wie sie seit einem halben Jahrhundert allen Belastungen zum Trotz bestanden hatte. Die scharfe Kritik der BVP an der Koalitionspolitik des Zentrums entbehrte nicht eines falschen Tones, da die Partei zu diesem Zeitpunkt in Bayern an der gleichen Koalition — die zudem viel stärker unter sozialistischem Einfluß stand — festhielt. Die von München in die Wege geleitete Separation erfolgte zu einem Zeitpunkt, in dem das Zentrum ohnehin zur Genüge mit innerparteilichen Schwierigkeiten zu tun hatte. In Zukunft mußte sich die Zentrumspartei nicht nur gegenüber den zwar zahlenmäßig geringen, aber dafür um so lautstarker hervortretenden „nationalen" Katholiken — die sich um Martin Spahn in der DNVP zu sammeln begannen[15]) — wehren, sondern nicht selten auch ge-

[13]) Vgl. *Schwend*, Bayern, S. 130.

[14]) Am 20. April 1920 schrieb Carl *Bachem* an Eisele, die Tätigkeit von Heim sei in dieser Hinsicht „noch verhängnisvoller" als die von Erzberger. Nachl. Bachem 465.

[15]) Eine Erklärung der DNVP am 2. Januar 1920 kündigte an, daß in Zukunft besondere Ausschüsse von Protestanten und Katholiken gebildet würden, um Parteileitung und Fraktionen in konfessionellen Fragen „sachverständig" zu beraten. Einige Monate später wurde in Berlin unter Leitung von Spahn ein Politisches Kolleg als „Mittelpunkt sachpolitischer Forschung und Lehrarbeit" gegründet. Vgl. Aktenstücke und Anmerkungen eines Katholiken zur jüngsten deutschen Parteienfrage, in: Der dt. Führer 1, 1922, S. 459 f.

genüber extremen Äußerungen aus den Reihen der BVP, die einen „Pendelschlag nach rechts“[16]) vornahm.

Die Aufgabe der Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum zog den Rückzug der BVP aus der Verantwortung im Reich nach sich. Die Folge war, daß auf Drängen Heims nach einigem Hin und Her Reichsschatzminister Mayer-Kaufbeuren aus der Regierung ausschied.[17]) Der allgemein beliebte und angesehene Politiker, der sich innerhalb des Zentrums stets als Vermittler zwischen Berlin und München bewährt hatte und nicht zu den Anhängern Heims zählte, gab auch sein Mandat auf.[18]) Da der Posten des Reichsschatzministers bis zum Rücktritt des Kabinetts Bauer Ende März 1920 nicht wieder besetzt wurde[19]), schwächte sich die Position des Zentrums in der Regierung. Ein am 2. Februar unternommener Versuch des Reichskanzlers, die festgelaufenen Verhandlungen wegen der Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich dadurch wieder in Gang zu bringen, daß ein „Fachmann“ (Oeser) die Nachfolge des Reichsverkehrsministers Bell antreten und der Zentrumspolitiker Bell in das Reichsschatzministerium überwechseln sollte, scheiterte. Die Gründe für diesen Fehlschlag lassen sich aus den Akten nicht rekonstruieren; sowohl Bell als auch Trimborn

[16]) Vgl. *Schwend*, Bayern, S. 130.

[17]) In einer undatierten Aufzeichnung des BVP-Abg. *Irl*, Der Sturz des Ministers Dr. Mayer, heißt es: Bei der Vorberatung des Parteitagsbeschlusses über die Trennung vom Zentrum sei nicht klar zum Ausdruck gekommen, daß damit auch der Austritt der Mitglieder der Nationalversammlung aus der Regierungskoalition zu erfolgen habe. In einem am Abend des 12. Januar 1920 vom Vorstand der BVP dem Abg. Irl nach Berlin mitgegebenen Schreiben an die Reichstagsabgeordneten der BVP sei der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, „daß das bisher gute Verhältnis zur Zentrumsfraktion aufrechterhalten und sie ihren Einfluß geltend machen sollten, daß der Abgeordnete Minister Dr. Mayer im Interesse Bayerns die Leitung des Reichsschatzministeriums beibehalten könne“. Noch vor dem Eintreffen Irls in Berlin sei der Inhalt des Schreibens durch ein Telegramm zurückgenommen worden. Während ein Teil der Vorstandsschaft der BVP — in erster Linie der Parteivorsitzende Staatsminister Speck — Mayer-Kaufbeuren in seinem Amt als Reichsschatzminister belassen wollte, habe sich ein anderer Teil, insbesondere Heim, gegen Mayers Verbleiben im Kabinett ausgesprochen. Es sei nicht gelungen, den Minister, der am 13. Januar 1920 seine Demission ankündigte, im Amt zu halten.

[18]) Dazu heißt es bei *Irl* (s. die vorige Anm.): „Dr. Mayer gab am 17. Februar 1920 auch seine Mitgliedschaft bei der Nationalversammlung auf. Seine Freunde hatten ihn davon abzuhalten versucht, mit dem Hinweis darauf, daß der übereilte Münchner Beschluß in seiner kulturpolitischen Auswirkung nur dadurch abgeschwächt und schließlich wieder gutgemacht werden könnte, wenn die Freunde des Zentrums auf ihren Posten blieben. Da jedoch auch Abg. Leicht zum Ausdruck brachte, daß er [. . .] sein Mandat niederzulegen gedenke, da er nicht gegen seine politische Überzeugung handeln, aber auch die Parteidisziplin nicht verletzen wolle, verharrte Dr. Mayer bei seinem Entschluß und legte sein Mandat nieder. Er wollte auch nicht mehr parteigebunden sein, um dem Reich in seiner Not dienen zu können. Seinen seit Jahren hervorragend tätigen Abgeordneten wollte der Wahlkreis Schwaben aber nicht aufgeben. Die schwäbischen Urwähler hatten ihrem langjährigen Abgeordneten seine vorzeitige Mandatsniederlegung übelgenommen und drängten auf seine Wiederwahl. Entgegen seinem Wunsche ist Dr. Mayer von ihnen präsentiert und zur Reichstagswahl im Juni 1920 von den Parteiinstanzen im Wahlkreis wieder aufgestellt und gewählt worden.“

[19]) Am 27. Januar 1920 schrieb ein Beamter des Ministeriums *(Walther)* an Mayer: „Wir sind hier immer noch führerlos; es sind bereits Verhandlungen mit dem dritten Kandidaten für den Ministerposten eingeleitet“. Nachl. Mayer-Kaufbeuren.

und Erzberger hatten dem von Reichskanzler Bauer vorgeschlagenen Ressortwechsel zugestimmt, zumal Mayer-Kaufbeuren seinerseits Bell als geeigneten Nachfolger für den von ihm aufgegebenen Posten in Vorschlag gebracht hatte.[20])

Der am 14. Januar aus der Regierung ausgeschiedene Reichsschatzminister übernahm im Zuge eines umfassenden Revirements im auswärtigen Dienst[21]) die höchst undankbare Aufgabe des deutschen Geschäftsträgers in Paris.[22]) Von dort aus mahnte er in Zukunft seine engeren Parteifreunde wiederholt vor politischen Alleingängen.[23]) Das erwies sich um so notwendiger, als die BVP Übergriffe nicht scheute und vor der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 im Rheinland die von allen dort vertretenen Parteien abgelehnten föderalistischen und separatistischen Splittergruppen (unter der Bezeichnung „Rheinische Volksvereinigung") unterstützte. Wenn bayerische Föderalisten gehofft haben sollten, unter ihrer Führung eine föderalistische Bewegung auf Reichsebene ins Leben rufen zu können, so erwies sich das bald als ein Irrtum. Der Graben zum Zentrum vertiefte sich immer mehr.[24]) Die politische Marschroute der BVP ging in Zukunft eindeutig nach rechts, ohne jedoch einen klaren Standort im Parteiengefüge der

[20]) In einem Schreiben *Bauers* an Trimborn vom 2. Februar 1920 hieß es u. a., er lege bei der vorgesehenen Lösung „naturgemäß" Wert darauf, daß das Zentrum in der Regierung entsprechend vertreten bleibe und daß die „hervorragenden parlamentarischen Eigenschaften" Bells dem Kabinett erhalten blieben; das könne durch den auch von Erzberger unterstützten Wechsel Bells in das Reichsschatzamt geschehen, „das einer eigentlich fachmännischen Erfahrung nicht in gleichem Maße" bedürfe wie das Reichsverkehrsministerium. Bauer versicherte ausdrücklich, daß dem Anspruch des Zentrums „für den späteren Fall einer Neubesetzung des Reichsverkehrsministeriums" nicht vorgegriffen werden solle. Wohl in Hinsicht auf den Widerstand der BVP gegen die Verreichlichung der Eisenbahnen wies der Reichskanzler darauf hin, daß die vorgeschlagene Lösung eine „gewisse Entlastung" für das Zentrum bedeuten würde. In seiner telegraphischen Antwort vom 5. Februar 1920 stimmte *Trimborn* „vorgeschlagener Kombination unter Voraussetzung baldigen Ausgleichs an anderen Stellen" zu. Bundesarchiv R 43 I/974.

[21]) Die Um- und Neubesetzungen waren keineswegs eine Folge der seit 1917/18 — nicht zuletzt von Handels- und Wirtschaftskreisen — geforderten umfassenden Reform des auswärtigen Dienstes und des Auswärtigen Amtes. Den Regierungsparteien gelang es in der Folge nur vereinzelt, eigene Kandidaten in die „Karriere" einzuschleusen. Diejenigen Politiker, die jetzt zum Leiter einer diplomatischen Mission ernannt wurden, waren — außer Mayer-Kaufbeuren — nur Otto Landsberg-SPD (Brüssel) und Samuel Sänger-DDP (bereits interimistisch in Prag tätig), während Adolf Müller-SPD in Bern bestätigt wurde. Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 11 f.

[22]) In einer Aufzeichnung Carl *Bachems* vom 23. Februar 1920 hieß es dazu: „Man sollte die Diplomatenposten ruhig wieder Diplomaten der alten Schule übertragen. Dieses Handwerk ist viel zu schwer für einen, der nichts davon versteht. Ich fürchte darum auch, daß Mayer-Kaufbeuren in Paris wenig imponieren und wenig Erfolg haben wird. Gerade darum habe ich es sehr bedauert, daß ausgerechnet wieder das Zentrum diesen am meisten exponierten diplomatischen Posten besetzen mußte." Nachl. Bachem 886.

[23]) Materialien im Nachl. Mayer-Kaufbeuren. Dazu *Schwend*, Bayern, S. 131: „Er ging, ohne persönlich seine innere Verbindung mit der Zentrumspartei zu lösen."

[24]) Über separatistische Neigungen der BVP berichtete der preuß. Gesandte in München, *Graf Zech*, wiederholt nach Berlin. So hieß es am 2. März 1920: „Die Behauptung, die BVP stehe unbedingt auf dem Boden der Reichseinheit, ist gleichbedeutend mit der Negierung des Separatismus in Bayern überhaupt." Zech hielt es für unbestreitbar, daß Teile der Partei mit dem Gedanken einer Abtrennung Bayerns vom Reich „kokettieren und namentlich um die Jahreswende stark kokettiert haben". Bundesarchiv R 43 I/1872.

Weimarer Zeit finden zu können. Aus der bayerischen Perspektive wurde der Kurs des Zentrums, der auf die Bildung einer republikanischen Mitte abzielte, in zunehmendem Maße abgelehnt.

3. Bestandsaufnahme auf dem 1. Reichsparteitag (Januar 1920)

„Eine allgemeine Aussprache war nie notwendiger als im jetzigen Augenblick." Germania Nr. 357 vom 8. August 1919.

Der Ruf nach einem Reichsparteitag des Zentrums, dem ersten in der fast 50jährigen Geschichte der Partei, war seit dem November 1918 nicht mehr verstummt. Der unmittelbar vor dem Kriege ins Leben gerufene Reichsparteiausschuß als eine „lose Verbindung" über den regionalen Parteiorganisationen[1]) bestand zu einseitig aus Senioren und Honoratioren und vermochte die Zentrumsanhängerschaft nicht entsprechend zu repräsentieren. Das Selbstverständnis als Volkspartei verlangte nach einem gewählten Führungsgremium.[2])

Das Drängen nach dem Zusammentritt eines Reichsparteitags und nach einer „rückhaltlosen Aussprache" über Geist und Politik der Partei verband sich stets mit der Forderung, eine einheitlich aufgebaute, demokratisch gewählte und schlagkräftige Parteiorganisation sowie eine bessere Parteipresse zu schaffen. Auf der Tagung des Rheinischen Zentrums Mitte September in Köln[3]) und auf dem Provinzialparteitag des Berliner Zentrums am 21. September 1919[4]) wurden entsprechende Vorschläge für den Reichsparteitag formuliert, der zudem die Aufgabe zugewiesen erhielt, neue Begeisterung für das Zentrumsprogramm zu wecken.[5]) Als auf unablässiges Drängen hin[6]) das Reichsgeneralsekretariat Anfang August 1919 mitteilte, daß der Parteitag im Herbst stattfinden solle, löste diese Bekanntgabe zahlreiche zustimmende Kommentare aus. Ihr Tenor wurde jedoch zusehends unwilliger („Wir kommen unter allen Parteien zuletzt und wahrlich spät genug!")[7]), als im September immer noch kein Termin fest-

[1]) So *Brauns* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 17. September 1919. Vgl. Bericht, S. 330.

[2]) Auf dem Provinzialparteitag der Berliner Zentrumspartei am 21. September 1919 erklärte der Redakteur Karl *Spiecker:* „Der Ruf nach einem Reichsparteitag ist ein Ruf nach Demokratie, ist ein Ruf nach Vertrauen." Vgl. *Germania* Nr. 434 vom 22. September 1919.

[3]) Vgl. Bericht, S. 392 f.

[4]) Vgl. *Germania* Nr. 434 vom 22. September 1919.

[5]) So der Vorsitzende des Berliner Provinzialparteitags (s. Anm. 2) *Schönborn.*

[6]) Am 29. April 1919 forderte auch eine Versammlung des Augustinus-Vereins in Düsseldorf, möglichst bald einen Reichsparteitag einzuberufen. Vgl. *Germania* Nr. 197 vom 3. Mai 1919.

[7]) So *Germania* Nr. 387 vom 26. August 1919. Sehr energisch kam Anfang September die Forderung eines Reichsparteitags in einer Verlautbarung der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz zum Ausdruck, der sich die *WAZ* Nr. 33 vom 6. September 1919 anschloß. In der *Germania* Nr. 357 vom 8. August 1919 hatte Hugo *Gördes* (Berlin) eine konkrete Wunschliste für den Parteitag formuliert.

stand und als sich die Mitte Oktober verbreitete Nachricht[8]), daß der ersehnte Reichsparteitag „endgültig" am 14. November in Berlin beginnen werde[9]), als unzutreffend erwies. Diesmal mußte die Tagung wegen eines Verkehrsstreiks kurzfristig abgesagt werden.

Die Hauptlast der Vorarbeiten lag bei Gröber, von dem auch der Entwurf für eine neue Parteiorganisation stammte, über den die Reichstagsfraktion Anfang November beriet.[10]) Am 18. November, einen Tag vor seinem Tode, wurde von Gröber die erste Januarhälfte 1920 als neuer Termin für den Reichsparteitag ins Auge gefaßt.[11]) Zu diesem Zeitpunkt hatte der bereits seit Wochen erkrankte Fraktionschef die Vorbereitung des inzwischen auch von ihm als dringend notwendig empfundenen Parteitags allerdings schon an den Vorsitzenden der Rheinischen Zentrumspartei, Trimborn, abgegeben.[12]) In seiner Eigenschaft als Fraktionschef konnte Trimborn schließlich am Vormittag des 19. Januar 1920 in Berlin den 1. Reichsparteitag eröffnen. Der Zeitpunkt dafür war insofern gut gewählt, als nach der Annahme der Reichsverfassung und der grundlegenden Steuergesetze das Ende der Nationalversammlung und damit die Wahl des ersten Reichstags in Aussicht standen. Die politische Lage hatte sich angesichts der unmittelbar voraufgegangenen Berliner Straßenkämpfe und der bevorstehenden Abstimmungen in Oberschlesien zwar noch keineswegs stabilisiert. Sie erlaubte jedoch einen kritischen Rückblick auf die Tätigkeit des Zentrums in den vierzehn Monaten seit dem Ende des verlorenen Krieges und eine Fixierung des eigenen Standorts im Rahmen des neuen Parteiensystems.

Im Mittelpunkt der viertägigen Diskussionen standen Auseinandersetzungen über die bisherige Koalitionspolitik. Diese Frage wurde auch in der Zentrumspresse vor, während und nach der Berliner Tagung am ausführlichsten behandelt. Alle prominenten Redner aus den Reihen der Reichstagsfraktion — Fehrenbach, Trimborn, Erzberger, Becker-Arnsberg, Mausbach, Kaas, Spahn — verteidigten die Koalition mit der SPD, zu deren Eingehen man sich „schweren Herzens" (Kaas) und aus „rein politischen Gründen" (Mausbach) entschlossen habe.

---

[8]) Vgl. *KV* Nr. 817 vom 18. Oktober 1919.

[9]) Vgl. *Germania* Nr. 517 vom 9. November 1919.

[10]) Vgl. *Trimborns* Schreiben vom 10. November 1919 an Jörg (bei *Cardauns*, Trimborn, S. 185), worin — ohne nähere Angaben — die Rede davon war, daß Porsch, Herold, Brauns und Trimborn „nicht mit allen Teilen" des Entwurfs einverstanden seien. In einem Nachruf auf Gröber (in: Allg. Rundschau Nr. 49 vom 6. Dezember 1919, S. 746) hieß es, er habe am Zustandekommen der neuen „Richtlinien für die Parteiarbeit" den hervorragendsten Anteil. Am 23. Oktober 1919 konnte die *Germania* Nr. 487 einen Entwurf der „Verbandssatzung" der Zentrumspartei veröffentlichen.

[11]) Vgl. sein Schreiben vom 18. November 1919 an Mausbach bei *Cardauns*, Gröber, S. 158.

[12]) Vgl. *Trimborns* Schreiben vom 18. und 21. Oktober 1919 an Jörg bei *Cardauns*, Trimborn, S. 185. Es ist möglich, daß die aus der *Pfälzer Zeitung* Nr. 17 vom 21. Januar 1920 übernommene Mitteilung (in *HPBl.* 165, 1920, S. 181) zutreffend ist, wonach die Verschiebung des Parteitags auf Gröber zurückging, der alles habe selbst machen wollen und der in Weimar überlastet, übermüdet und reizbar gewesen sei.

Immer wieder wurde die „dira necessitas“ (Trimborn) einer praktischen und nicht geistigen Weggenossenschaft unterstrichen. Diese Argumente vermochten jedoch das von zahlreichen Delegierten, besonders deutlich von Frauen, zum Ausdruck gebrachte Unbehagen über die Linkskoalition[13]) nicht zu beseitigen. Es zeigte sich, daß die Abgeordneten ihre eigenen Vorbehalte und Bedenken über die Beteiligung an der Regierung in der Wählerschaft nicht entsprechend publik gemacht hatten. Einige Delegierte, wie die zum rechten Parteiflügel zählenden Vertreter des Adels (Frhr. von Kerckerinck zur Borg) und der Industrie (ten Hompel)[14]), forderten unverblümt, die „Vernunftehe“ mit der SPD zu lösen.

Dennoch gelang es zum Abschluß des Parteitags, einstimmig eine Resolution durchzubringen, die die Koalitionspolitik billigte und der Fraktion ein Vertrauensvotum erteilte.[15]) Das geschah allerdings erst, nachdem der zum neuen Parteivorsitzenden gewählte Abgeordnete Trimborn verbindlich erklärt hatte, daß sich alle Ausführungen über die Koalitionspolitik auf die bisherige Koalition bezogen hätten. Damit blieb die „Aktionsfreiheit für später“ ausdrücklich gewahrt.[16]) Der zum Abschluß des Parteitags erlassene und von Trimborn unterzeichnete Aufruf des neuen Parteivorstands an die Wähler[17]) ging mit keinem Satz auf die bisherige oder künftige Koalitionspolitik des Zentrums ein. Mit dieser Taktik gelang es der Partei, zunächst innerhalb der eigenen Reihen, den Anschluß nach rechts wieder herzustellen und auch dem vom „Sturm der Revolution“ in die „hintere Reihe“ des Zentrums gedrängten Adel (Trimborn)[18]) eine Brücke zur künftigen Mitarbeit zu bauen.

Neben der Koalitionspolitik beherrschten zwei andere, in engem Zusammenhang miteinander stehende Themen die Verhandlungen des Berliner Parteitags. Zum einen ging es um die Frage, wie eine drohende Aufsplitterung des Zentrums in einzelne Berufsstände verhindert werden könne; zum andern um das Ausmaß, in dem sich das Zentrum als eine politische und nicht konfessionelle, einseitig weltanschaulich orientierte Partei verstanden wissen wollte.

Zahlreiche Delegierte, die in den Vorstellungen vom geschlossenen Zentrumsturm aufgewachsen waren, erlebten mit Erstaunen, wie massiv einzelne Interessenvertreter für die Belange ihres Berufsstands (und für sie allein) eintraten. Dieses Vorgehen profitierte davon, daß die Richtlinien der Partei vom 30. Dezember 1918 kein umfassendes wirtschaftspolitisches Programm enthielten, sondern sich in allgemeinen Wendungen vom Schutz des Privateigentums und

---

[13]) Vgl. besonders die Ausführungen der Delegierten *Gosewinkel* (Offizieller Bericht, S. 104) und des Abg. *Mausbach* (ebd., S. 108). Dazu die Bedenken des Delegierten Pfarrer *Walzer;* ebd., S. 24.

[14]) Vgl. ebd., S. 19, 58.

[15]) Vgl. ebd., S. 136.

[16]) Vgl. ebd., S. 56.

[17]) Vgl. *KV* Nr. 65 vom 24. Januar 1920.

[18]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 17. Dazu die Ausführungen des *Fürsten Löwenstein*, ebd., S. 2.

der Förderung der Wirtschaft zum Besten des Gesamtwohls erschöpften; Wirtschaftspolitik blieb weitgehend auf Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege eingeschränkt. Da das ethisch und moralisch begründete Postulat „Die Wirtschaft muß versittlicht werden" keinerlei politische Konzeption enthielt, suchte jede Gruppe die allgemein umschriebene „Förderung" der einzelnen Wirtschaftszweige nach Kräften für ihre speziellen Interessen in Anspruch zu nehmen.

Die Kritik wegen angeblich mangelnden Verständnisses und ungenügender Rücksichtnahme auf ihre „berechtigten" Mandatswünsche, die bei der Aufstellung der Kandidatenlisten an der Jahreswende 1918/19 nicht berücksichtigt worden seien, nahm ungewöhnliche Formen an. Sie steigerte sich in einem Einzelfall (Eßer-Euskirchen) bis zu der kaum mehr verhüllten Drohung mit einer Abkehr des gewerblichen Mittelstands vom Zentrum.[19]) Kaum weniger deutlich äußerten sich Vertreter agrarischer Belange (v. Loë, Wigge), die bereits auf dem voraufgegangenen Kölner Parteitag des Rheinischen Zentrums im September 1919 einen speziellen „Bauerntag" durchgesetzt hatten.[20]) Sie erreichten in Berlin eine eigene Resolution des Parteitags, in der anerkannt wurde, daß die landwirtschaftlichen Belange in der Zentrumsfraktion stärker als bisher vertreten werden müßten.[21])

Eine weitere Resolution befürwortete — als Ergebnis entsprechender Forderungen — die Bildung eines Ausschusses aus Vertretern der Landwirtschaft, der Arbeiter- und der Beamtenschaft, der dem Parteivorstand Vorschläge zur praktischen Wirtschaftspolitik unterbreiten sollte.[22]) (Dieser Ausschuß trat niemals zusammen. Der Beschluß zu seiner Gründung entsprach der alten Taktik der Partei, strittige Fragen durch Überweisung an einen Ausschuß zu „erledigen".) Ein anderer Antrag schließlich sprach sich gegen gesonderte berufsständische Vereinigungen innerhalb der Parteiorganisation aus.[23]) Er empfahl statt dessen, für die einzelnen Berufsstände Beiräte im Rahmen der örtlichen Parteiinstanzen zu schaffen. Mit Hilfe dieses Rezepts hoffte man die „parteipolitische Gruppierung einzelner Stände"[24]) einigermaßen neutralisieren zu können. Entsprechende Beiräte auf überregionaler Ebene bestanden bereits

---

[19]) Am 30. September 1919 hatte *Trimborn* an Eßer geschrieben, er hoffe, daß die Verhandlungen des Parteitags der Rheinischen Zentrumspartei (15.—17. September 1919) „auch in den Kreisen des Handwerks einigen Eindruck" gemacht hätten, und vertraue darauf, „daß Sie und die übrigen Führer des rheinischen Handwerks, wie bisher, mit Erfolg bemüht bleiben werden, unsere Handwerker bei der Stange zu halten". Nachl. Eßer.

[20]) Bereits am 29. Januar 1919 hatten „mehrere hundert in Köln versammelte rheinische Landwirte" den Beschluß gefaßt, sich im Rahmen der Zentrumspartei eine „eigene kraftvolle Organisation" zu schaffen. Vgl. Bericht, S. 26.

[21]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 137. Daß die Mißstimmung in landwirtschaftlichen Kreisen gegenüber dem Zentrum sachlich nicht berechtigt sei, sondern aus der Zwangswirtschaft, den neuen Steuergesetzen usw. resultiere, wies der Abg. *Herold* im einzelnen nach. Vgl. ebd., S. 44 f.

[22]) Ebd., S. 137.

[23]) Ebd., S. 138.

[24]) Vgl. *Brauns*, ebd., S. 76.

zur Interessenvertretung von Handel und Industrie, Landwirtschaft, Mittelstand, Beamtenschaft und Arbeiterschaft.

Daß bei einem Nachgeben gegenüber derart robust angemeldeten Einzelinteressen die Arbeitsfähigkeit künftiger Parlamentsfraktionen erheblich leiden würde, konnte nur ein interessenunabhängiger Geistlicher, der Vorsitzende des Badischen Zentrums, ungeschminkt aussprechen. Schofer ging sogar noch einen Schritt weiter und forderte, im Hinblick auf die Zahl und Qualität der erforderlichen Fachleute für die Arbeit in den Parlamenten und Regierungen in verstärktem Umfang für akademisch vorgebildete Abgeordnete Sorge zu tragen, um „fruchtbare Gemeinschaftsarbeit" leisten zu können.[25]) Unter diesem Gesichtspunkt trat der badische Zentrumsführer konsequenterweise auch dafür ein, die Studentenschaft zu gewinnen, die in zunehmendem Maße zur politischen Rechten abwandere. Den Ausführungen Schofers, denen sich die beiden geistlichen Professoren Mausbach und Schreiber anschlossen[26]), ist zu entnehmen, daß bereits zu diesem Zeitpunkt nur noch Kleriker in der Lage waren, den verschiedenen Gruppen gleichmäßig ins Gewissen reden und ausgleichend wirken zu können. Damit erhielt der Kleriker als Abgeordneter und Politiker auf Reichsebene eine neue Funktion. Sie sollte acht Jahre später den Ausschlag geben für die Wahl des Prälaten Kaas zum Parteiführer.

Der Überspannung des berufsständischen Gedankens auf dem 1. Reichsparteitag suchten die führenden Zentrumspolitiker traditionelle kulturpolitische Ideale als „ausgleichendes Gegengewicht" und als „verbindende Linie" entgegenzustellen. Einmal mehr mußte das kulturpolitische Parteiprogramm dazu dienen, die unbedingt notwendige Mäßigung der wirtschaftlichen Interessenvertretung und die Möglichkeit der Überbrückung materieller Interessengegensätze innerhalb der Zentrumspartei[27]) zu gewährleisten. Auf diese Weise erhielten auch in Zukunft die „idealen kulturellen Güter" dominierendes Gewicht, da sie — nach Herold[28]) — „höher" standen als wirtschaftliche und materielle Erwägungen.

So war es kein Zufall, daß als letzter Redner des Parteitags der Abgeordnete Marx (Leiter der Katholischen Schulorganisation) die Delegierten geradezu beschwor, alle wirtschaftlichen Erwägungen gegenüber den „wichtigen idealen

[25]) Ebd., S. 88.

[26]) *Mausbach* forderte u. a., bereits „fertige Führer", kenntnisreiche und erfahrene Männer in die Parlamente zu schicken, damit die Fraktionen nicht bei der Besetzung von Ministerien in Verlegenheit gerieten. Vgl. ebd., S. 92. *Schreiber* plädierte für eine Schulung der akademisch gebildeten Zentrumsanhänger, um zu verhindern, daß sich weite Kreise der Intellektuellen von der Partei abwenden würden. Er trat für die Herausgabe eines „politischen Handlexikons" und die Einrichtung von regelmäßigen „kulturpolitischen Konferenzen" ein, um innerparteiliche Aussprachemöglichkeiten zu schaffen. Vgl. ebd., S. 93 f., und den Aufsatz von *Schreiber*, Kulturpolitische Konferenzen, in: *KV* Nr. 3 vom 2. Januar 1920.

[27]) So der Abg. *Brauns*. Ebd., S. 75.

[28]) Vgl. ebd., S. 45.

Forderungen" des künftigen Reichsschulgesetzes zurückzustellen: „Es gilt hier, die heiligsten Güter zu retten!"[29]) Marx machte sich damit zum eindringlichsten Sprecher des traditionellen Appells an die konfessionelle Gemeinsamkeit, aus deren Sicht heraus ein Zerfall des Zentrums die „heiligsten Güter" der Nation in Frage stellen mußte. Angesichts dieser Interpretation war es dann bezeichnenderweise ein Kleriker, Heinrich Brauns, der vor der Illusion warnte, daß das ideelle Moment (insbesondere im Hinblick auf den rechten Flügel der Partei) in der Lage sei, wirtschafts-, sozial- und „allgemeinpolitische" Differenzen zu überbrücken.[30])

Nahezu alle prominenten Politiker (Trimborn, Fehrenbach, Brauns, Stegerwald) hoben den Charakter des Zentrums als einer politischen Partei sowie einer Partei des ganzen Volkes und nicht einer sozial oder wirtschaftlich ausgerichteten „Klasse" eigens hervor. Spontanen Beifall spendeten die Delegierten den Worten des evangelischen Sprechers v. Rehbinder: „Die evangelische Zentrumsbewegung besteht heute noch."[31]) Dennoch vermochte eine derartige Akklamation nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der im Winter 1918/19 mancherorts — vornehmlich in Berlin — unternommene Versuch, das Zentrum zu einer „Christlichen Volkspartei" umzubilden, zu diesem Zeitpunkt längst als gescheitert gelten mußte. Die Befürworter eines neuen Parteinamens[32]) sprachen nur für eine kleine Minderheit.[33]) Von einer Änderung der „Firma" konnte keine Rede mehr sein.[34]) Im Zusammenhang eines Antrags über die Parteiorganisation hieß es, das Zentrum suche seine Anhänger unter dem religiösgläubigen Volksteil.[35]) Diese Formel entsprach der herkömmlichen Inter-

[29]) Ebd., S. 136.

[30]) Ebd., S. 75.

[31]) Ebd., S. 83. Dazu auch die Ausführungen von *Brauns*, ebd., S. 76.

[32]) Dazu gehörten der Kölner Parteisekretär *Schaeven* und der Gewerkschaftssekretär Jakob *Kaiser*. Vgl. ebd., S. 96. Vgl. auch *Stegerwalds* Ausführungen. Ebd., S. 51. Eine Entschließung des Provinzialtags des Berliner Zentrums vom 21. September 1919 hatte empfohlen, den Namen „Zentrum (Christliche Volkspartei)" zu wählen. Vgl. *Germania* Nr. 434 vom 22. September 1919.

[33]) Die von Dunkmann zusammen mit Giesberts und Briefs 1919 ins Leben gerufene Zeitschrift „Deutsche Monatshefte für christliche Politik und Kultur" mußte ihr Erscheinen bald wieder einstellen.

[34]) Als Carl *Bachem* im Mai 1920 von der Redaktion des „Handbuchs der Politik" gebeten wurde, für die geplante 3. Auflage den Beitrag über die „Christliche Volkspartei" zu schreiben, lehnte er (30. Mai 1920) ab und schlug Beyerle vor (den Artikel schrieb schließlich M. Pfeiffer), wobei er hinzufügte: „Warum wollen Sie den Artikel ‚Zentrum' fallenlassen? Das Zentrum besteht doch noch nach wie vor, [. . .] ohne jede Unterbrechung seiner historischen Kontinuität. [. . .] Es ist ja gewiß richtig, daß die Anhänger des Zentrums in *Berlin* als Christliche Volkspartei in den Wahlkampf eingetreten sind. Aber diese Berliner Firmenänderung war höchst voreilig, entsprach durchaus nicht den Intentionen der ganzen Zentrumspartei und ist in keiner Weise maßgebend, da für die Zentrumspartei Berlin doch nicht Deutschland ist." Nachl. Bachem 464.

[35]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 137. Entsprechend hieß es im Aufruf des Parteivorstands vom 22. Januar 1920: „Den wertvollen religiös-sittlichen Kräften wollen wir einen überragenden Einfluß auch im öffentlichen Leben sichern. Sie allein können unser Volk innerlich erneuern." Vgl. *KV* Nr. 65 vom 24. Januar 1920.

pretation, die den politischen Charakter der Zentrumspartei als wertvollste Windthorstsche Tradition betrachtete.[36])

Wenn in Berlin der Abgeordnete Brauns mit besonderem Nachdruck dafür eintrat, allen „religiös und national, sozial und demokratisch" denkenden Personen Gelegenheit zu verschaffen, dem Zentrum beizutreten, und wenn er weiter forderte, für nichtkatholische Zentrumsanhänger sichere Mandate zu schaffen[37]), so befand er sich damit nur im Einklang mit der von ihm wie von Stegerwald bereits früher vertretenen Ansicht. Sie entsprach jedoch nicht den Intentionen der überwiegenden Mehrzahl der Parteitagsdelegierten. Der Satz in dem Aufruf des Parteivorstands vom 22. Januar 1920[38]) „Wir sind und bleiben eine politische Partei" konnte schwerlich außerhalb des katholischen Volksteils werbenden Anklang finden, wenn darin gleichzeitig von den „großen Idealen, die ein halbes Jahrhundert uns Kraft und Begeisterung gaben", die Rede war und wenn es weiter hieß, daß der Reichsparteitag diese Ideale von neuem zum „Leitstern unseres politischen Handelns" erhoben habe.

Dieses Handeln jedoch setzte eine politische Geschlossenheit des Zentrums voraus, die auf dem Reichsparteitag derart oft gefordert und beschworen wurde, daß schon allein deswegen ihr Vorhandensein — trotz aller einstimmig angenommenen Resolutionen — bezweifelt werden muß. Wiederum war es der Abgeordnete Brauns, der kein Hehl aus den „vorhandenen Absplitterungsbestrebungen, vor allem auf der rechten Seite der Zentrumspartei", machte.[39])

Von einer allgemeinen Bejahung der Republik oder auch nur von ihrer stillschweigenden Anerkennung durch die Delegierten konnte keine Rede sein. Selbst die eindeutig demokratisch geprägten Parteiführer mußten ihr Eintreten für die Republik eigens begründen. Fehrenbach sprach in seinem Nachruf auf Gröber davon, daß sich Gröber aus „Erwägungen des kalten Verstandes" und in „kühler Würdigung" politischer Notwendigkeiten „genötigt" (!) gesehen habe, die neue Republik anzuerkennen.[40]) Trimborn machte gleichsam in Vorwegnahme entsprechender Einwände kein Hehl daraus, daß die Zustimmung zur republikanischen Staatsform einen Bruch des alten Zentrumsprogramms bedeute, „wonach die Partei eine monarchische ist". Er bezeichnete die Tatsache, daß die Partei jetzt auch (!) „erklärte Republikaner" zulasse, ausdrücklich als eine Schwenkung; das Lebensinteresse des Vaterlands erfordere es jedoch, sich auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse zu stellen. Es war allerdings nur konsequent und taktisch geschickt, wenn Trimborn

[36]) Vier Wochen später schrieb der Abg. *Lauscher:* „Der Satz: das Zentrum ist keine katholische, überhaupt keine konfessionelle, sondern eine politische Partei, bleibt nach wie vor unwiderlegt und unwiderlegbar." Vgl. *KV* Nr. 156 vom 26. Februar 1920.

[37]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 75 ff.

[38]) S. Anm. 17.

[39]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 75.

[40]) Vgl. ebd., S. 3.

anschließend die Annahme der Verfassung durch das Zentrum als Bekenntnis zur Republik wertete und von daher alle monarchistischen Bestrebungen verwarf.[41])

Vereinzelt auftauchende Klagen über die allzu rasche Preisgabe der Monarchie durch die Partei[42]) wurden mit einem Hinweis auf die freiheitlichen Errungenschaften der Verfassung beantwortet.[43]) Daß auch für den linken Flügel des Zentrums die Republik nicht als Selbstzweck galt, umschrieb der Arbeitersekretär und Abgeordnete Becker-Arnsberg mit dem lapidaren Satz: „Die deutsche Republik wird bleiben, wenn sie sich bewährt, und sie wird verschwinden, sofern sie sich nicht bewährt.“[44]) Einig waren sich die Delegierten in der Betonung „treu nationaler“ Gesinnung[45]), in der sich das Zentrum von keiner anderen Partei übertreffen lassen wollte, einig auch darin, daß es notwendig sei, möglichst rasch ein neues Parteiprogramm auszuarbeiten. Ebenso bestand Einmütigkeit darüber, keine jener Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Rheinische Republik abzielten. Die „organische“ Neugliederung eines dezentralisierten Einheitsstaats sollte auf der Grundlage der Verfassung durch die Schaffung möglichst „gleichwertiger“ Länder auf landsmannschaftlicher Grundlage herbeigeführt werden.[46]) Auf dieser Basis hoffte man auch am ehesten den allseits befürworteten Anschluß Österreichs erreichen zu können.

Nach den Debatten der voraufgegangenen Monate war die Einmütigkeit verständlich, mit der die Delegierten die von Brauns zwingend begründete Notwendigkeit anerkannten, eine einheitliche Reichsorganisation der Partei zu schaffen. In Zukunft sollten sich nicht mehr auf lokaler oder überregionaler Ebene konfessionelle Verbände als Organisationen der Partei betätigen.

Die zum Abschluß des Parteitags erfolgte Neuwahl der Führungsspitze unterstrich das während der viertägigen Debatten zutage getretene Bestreben, den bisherigen Kurs weder zu ändern noch gar die Partei von Grund auf neuzugestalten. Sie ließ eher die Zementierung des Status quo erkennen. Die Spitze des neuen Reichsparteivorstands bildeten ein Vorsitzender (Trimborn) und vier Ehrenvorsitzende (Fehrenbach, Herold, Hitze, P. Spahn) nebst vier stellvertretenden Vorsitzenden (Burlage, Hedwig Dransfeld, Porsch, Stegerwald). In dieser Gruppe, die keinen Angehörigen des Adels und keinen württembergi-

---

[41]) Vgl. ebd., S. 8.

[42]) Vgl. etwa die Ausführungen des Delegierten *Auffenberg*. Ebd., S. 28.

[43]) Dabei benutzte *Fehrenbach* folgende Argumentation: „Aber ich kann mir nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß nach den großen Umwälzungen vor 100 Jahren, da die Monarchien in die üppigste Blüte schossen, die Kirche ihres Vermögens beraubt wurde. Die jetzige Revolution hat ihr nicht einen Pfennig genommen.“ Vgl. ebd., S. 3.

[44]) Ebd., S. 33.

[45]) Vgl. insbesondere die Ausführungen *Schofers*. Ebd., S. 88.

[46]) Vgl. den Antrag Nr. 4. Ebd., S. 137. Ähnliche Forderungen vertrat der Vorstand des Pfälzischen Zentrums auf einer Tagung am 18./19. Februar 1920 in Neustadt a. H. Vgl. *KV* Nr. 152 vom 25. Februar 1920.

schen oder hessischen Vertreter aufwies, dominierten eindeutig die alten routinierten Parlamentarier (nur Stegerwald und Frau Dransfeld gehörten der Fraktion erst seit 1919 an). Unter ihnen befanden sich so ausgesprochene Parteiveteranen wie Hitze (Abgeordneter seit 1882) und Herold (seit 1889); Stegerwald, mit 45 Jahren das jüngste Vorstandsmitglied, blieb der einzige Arbeitervertreter. Mit Ausnahme von Porsch, der Mitglied der Preußischen Landesversammlung war, gehörten alle übrigen Politiker der Nationalversammlung an. Das Durchschnittsalter dieser neunköpfigen Führungsspitze lag mit 64 Jahren (ohne die beiden parlamentarischen Neulinge Stegerwald und Frau Dransfeld sogar mit gut 69 Jahren) erheblich höher als das der Fraktion der Nationalversammlung (50 Jahre).

In den weiteren Parteivorstand wurden außerdem zwölf Beisitzer — darunter zwei Geistliche, zwei Angehörige des Adels sowie Vertreter der Arbeiterschaft, des Mittelstands, der Landwirtschaft und der Zentrumspresse —, vier Schriftführer und zwei „Rechner" gewählt. Der ebenfalls neugewählte Reichsparteiausschuß bestand aus mehr als 60 Mitgliedern, darunter zehn Frauen. Ihm gehörten ex officio die Vorsitzenden der Landes- bzw. (in Preußen) der Provinzialverbände an. Er ließ in seiner ausgewogenen Zusammensetzung den Versuch erkennen, einen repräsentativen Querschnitt der Wählerschaft darzustellen.[47])

Die unmittelbar vor Beginn des Parteitags erfolgte Separation der Bayerischen Volkspartei kam in den viertägigen Berliner Verhandlungen kaum zur Sprache. Die Zentrumsparlamentarier, die wußten, daß für die Mehrzahl der BVP-Abgeordneten der Nationalversammlung der Münchener Parteitags-Beschluß überraschend gekommen war, wollten alles vermeiden, was den Bayern neuen Stoff für ihre Argumentation geliefert hätte.

Daß sich Erzberger während des Reichsparteitags fast ganz zurückhielt, erklärt sich in erster Linie daraus, daß am 19. Januar 1920 sein Prozeß gegen Helfferich in Berlin begann. Der Reichsfinanzminister ergriff im Verlaufe des Parteitags nur am ersten Tage das Wort. In einem Diskussionsbeitrag verteidigte er überaus temperamentvoll die Koalition mit der SPD und trat dafür ein, eine starke Zentralgewalt zu schaffen (bei „weitgehender Dezentralisation"), aber keinen Einheitsstaat nach französischem Muster.[48]) Mit seinem Hinweis, der aus möglichst gleichwertigen Ländern bestehende Einheitsstaat sei not-

[47]) Auf Einwände hin, den Ausschuß noch zu vergrößern, entgegnete der Abg. *Burlage*, es sei kein Hochgenuß gewesen, in dieser Kommission zu sitzen. Vgl. Offizieller Bericht, S. 144. Zu den Mitgliedern des Ausschusses gehörte auch der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Alois Fürst Löwenstein. Vgl. *Friese*, Alois Fürst zu Löwenstein, S. 375: „Für den Reichstag hat der Fürst nicht mehr kandidiert. Dieser im Parlament so sehr geschätzte Mitarbeiter und Berater war dennoch kein Freund des Parlamentarismus. [...] Wie er vorher ein treuer Anhänger der Zentrumspartei gewesen war, so stellte er ihr im Vorstand des Reichsausschusses (bis 1932) auch dann noch seinen Rat und seinen Namen zur Verfügung, als schon der Bruch mit der lauteren Tradition begann, freilich ohne selbst je seine Linie zu verlassen."

[48]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 31 f.

wendig, um Separationen verhindern, einen späteren Anschluß Österreichs ermöglichen und die nationale Gesinnung des Zentrums sichtbar zutage treten lassen zu können, erntete er stürmischen Beifall.

Dieser Beifall konnte indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dem „Problem Erzberger“[49]) reichlich Sprengpulver für das Zentrum steckte, in dem er ebenso leidenschaftliche Gegner wie begeisterte Anhänger besaß. Ihre Ansichten prallten in einer fast vierstündigen geschlossenen Sitzung des Parteitags am Nachmittag des zweiten Verhandlungstags hart aufeinander. Da über diese Sitzung bisher keinerlei Interna bekannt geworden sind, läßt sich der „Frontverlauf“ nicht genauer abgrenzen. Ein von dem Bielefelder Parteisekretär Fritz Zinnecke eingebrachter Antrag, dem Reichsfinanzminister ein Vertrauensvotum auszusprechen, wurde — wie der Antragsteller selbst formulierte[50]) — „zurückgezogen auf den Hinweis angesehener Parteifreunde hin, daß es den parlamentarischen Gepflogenheiten nicht entspreche, eine Aktion zu unternehmen, die so gedeutet werden könnte, als ob man zu Dingen Stellung nehmen wollte, die Gegenstand eines schwebenden Prozesses sind“.

Nach einer einstimmig angenommenen Resolution des Parteitags zu urteilen, waren Anschuldigungen gegen die „persönliche Ehre“ des Reichsfinanzministers nicht vorgebracht worden. Die Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe wollte man dem schwebenden Gerichtsverfahren überlassen. Nach der ausweichenden Formulierung der Resolution bestand für den Parteitag kein Anlaß, Erzberger aus Gründen, „die in seiner Person liegen“, das Vertrauen zu versagen. Der Hinweis, daß die Politik der Koalitionsregierung und damit im wesentlichen auch die Politik Erzbergers von der Zentrumsfraktion gutgeheißen worden sei[51]), bedeutete jedoch in der Sache eine Genugtuung für Erzberger. Das kam auch in der Presse gebührend zum Ausdruck.[52]) Die Ansicht Zinneckes,

---

[49]) So die *KV* Nr. 66 vom 24. Januar 1920 in einem rückschauenden Artikel über den Reichsparteitag.

[50]) Zentrumsparteitag und Prozeß Erzberger—Helfferich, in: *KV* Nr. 79 vom 29. Januar 1920. *Zinnecke* teilte dieses Faktum mit, da die Deutsche Tageszeitung gemeldet hatte, daß ein Antrag, Erzberger das „Vertrauen sans phrase“ auszusprechen, „unter dem Druck der gegen Herrn Erzberger herrschenden Stimmung zurückgezogen werden mußte“.

[51]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 73.

[52]) Vgl. *KV* vom 24. Januar 1920 (s. Anm. 49), die u. a. schrieb: „Kurz zusammengefaßt ist der Sinn dieser beiden Beschlüsse [der geschlossenen Sitzung] der, daß die Fraktion sich mit der Person und gewissen Eigenheiten seiner Persönlichkeit und seines politischen Auftretens nicht identifiziert, daß aber das, was man ‚Erzberger-Politik‘ nennt, Zentrumspolitik ist, für die das Zentrum verantwortlich zeichnet, und daß das, was man Erzberger zum Vorwurf machen kann, nicht auf dem Gebiet der großen politischen Fragen liegt [. . .].“ Das Blatt erklärte unter Hinweis auf die Diskussionen innerhalb der Fraktion: „Wer also in den Fragen, in denen das Zentrum mit dem Abgeordneten Erzberger einig ist, Erzberger schlägt, der trifft gleichzeitig das Zentrum. Darüber müssen sich alle unsere Parteifreunde im klaren sein.“ Die KV warnte abschließend vor einem Hereinfallen auf die deutschnationalen Phrasen über Erzberger, den „gefühlsmäßig zu verehren und zu ihm als einem großen Mann aufzuschauen“ kein Parteifreund verpflichtet sei: „Wem gewisse Eigenheiten seiner politischen Persönlichkeit nicht gefallen, der mag ruhig bei seiner Meinung bleiben. Er ist darum ein nicht minder guter Zentrumsmann.“

daß die in Berlin anwesenden Delegierten bei einer Abstimmung über ein Vertrauensvotum mit Vierfünftel-Mehrheit für Erzberger eingetreten wären[53]), hat jedenfalls in der Zentrumspresse, soweit wir sehen, keinen Widerspruch erfahren.

Das Ergebnis der viertägigen, mit Ausnahme der Erzberger-Diskussion ohne Zwischenfälle verlaufenen Verhandlungen in Berlin ist nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Neu in der Geschichte von Zentrumstagungen war die Anwesenheit weiblicher Delegierter, die allerdings auch nicht im entferntesten eine dem Prozentsatz weiblicher Wähler entsprechende Teilnehmerzahl stellten und auch in dem 25köpfigen erweiterten Reichsparteivorstand nur mit zwei Delegierten vertreten waren.[54]) Die Zusammensetzung des Parteitags-Präsidiums (Präsident: Fehrenbach, Stellvertreter: Porsch, Fürst Löwenstein, Elfes) und des neugewählten Reichsparteiausschusses zeigt das Bemühen, das Zentrum als politische Heimstatt für alle Berufsstände und Volksschichten zu erweisen. Die wiederholte Betonung des allgemein politischen Charakters der Partei vermochte jedoch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Weg zu einer Christlichen Volkspartei auch jetzt nicht beschritten worden war. Als einziger evangelischer Vertreter gehörte der Berliner Rechtsanwalt v. Rehbinder dem 60köpfigen Parteiausschuß an.

Die robuste Art der innerparteilichen Interessenvertretung, das Hervorkehren berufsständischer Sonderwünsche, das Auftreten zahlreicher Delegierter als „Standes"-Sprecher, die Formierung der Parteisekretäre zu einer geschlossenen Gruppe, die mangelnde Einigkeit in entscheidenden politischen Fragen (Koalition, Anerkennung der Republik) machten es notwendig, die erstrebte Einheit und Geschlossenheit des Zentrums und seinen Anspruch als einer „echten Volkspartei" immer wieder und teilweise geradezu beschwörend heraufzurufen.[55])

Wenn die in zahlreichen Diskussionsbemerkungen zutage getretene Mißstimmung, insbesondere über die Koalitionspolitik der Fraktion, oft mehr gefühlsmäßig als sachlich bedingt war[56]), so zeigte das, wie wenig die Fraktion für ihre Politik bei der Wählerschaft um Verständnis geworben hatte.

Da die Referate des Parteitags, in der Grundlinie aufeinander abgestimmt, sämtlich von Mitgliedern der Fraktion der Nationalversammlung gehalten wurden und da die übrigen Delegierten nur als Diskussionsredner zu Wort

---

[53]) S. Anm. 50.

[54]) Die Abg. Dransfeld (Köln) als stellv. Vorsitzende, die Abg. Beyerle (Konstanz) als Schriftführerin.

[55]) Seine Eröffnungsansprache beendete der Leiter des Parteitags *Fehrenbach* mit den schon 1891 beim Requiem für Windthorst von Fürstbischof Kopp benutzten Worten: „Seid einig, einig, einig". Vgl. Offizieller Bericht, S. 4. Unter dem 22. Januar 1920 schrieb *Bolz:* „Alles in allem glaube ich doch, daß die Partei erhalten bleibt und nicht übermäßig verlieren wird." Zit. bei *Miller*, Bolz, S. 155.

[56]) Darauf machte die *KV* (Nr. 64 vom 23. Januar 1920) ausdrücklich aufmerksam: „Wir haben niemanden gehört, der uns hätte sagen können, wie man an dem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie im neuen Deutschland hätte vorbeikommen können."

kamen, zeigte sich kein neues politisches Talent aus dem Kreise der Teilnehmer. Die dem Zentrum angehörenden Mitglieder der Reichsregierung und der Länderministerien (Bell, Giesberts, Erzberger, Stegerwald, v. Brentano, Wirth) traten — mit Ausnahme Stegerwalds, der ein Referat hielt — nicht besonders hervor, wenn man von der Diskussion um Erzberger absieht, die jedoch nicht mit seiner Funktion als Reichsfinanzminister zusammenhing. Von führenden Politikern der Landesverbände des Zentrums gewann nur Schofer an Profil. Von den im Januar 1919 neugewählten Mitgliedern der Nationalversammlung empfahl sich in erster Linie Brauns durch seine realistischen Analysen und seine durchdachten Organisationspläne für größere Aufgaben. Das Fehlen eines unbestrittenen Parteiführers machte sich nachteilig bemerkbar. Der einige Wochen vor der Berliner Tagung verstorbene Abgeordnete Gröber war ebenso wie sein Nachfolger Trimborn der Politik und Geschichte des Zentrums in seiner hierarchisch-patriarchalischen Ausprägung der Zeit vor 1914 verhaftet.

Ob das Experiment des Berliner Parteitags „in allen Teilen" als gelungen gelten konnte[57]) und ob die neu beschlossene Parteiorganisation in der Lage sein würde, aus einer Partei von Honoratioren und geborenen Mitgliedern eine moderne und zugkräftige Mitgliederpartei zu entwickeln, mußte erst die Zukunft erweisen. Der von Trimborn unterzeichnete Aufruf des Parteivorstands an die Mitglieder des Zentrums[58]) sprach optimistisch von den „großen Idealen" der Parteigeschichte, die von neuem zum Leitstern des politischen Handelns erhoben worden seien, und betonte den politischen Charakter der Partei. Das „ehrliche und entschlossene Bekenntnis" zur neuen demokratischen Verfassung gab in dieser präzisen Verbindlichkeit schwerlich der Meinung aller Delegierten Ausdruck.[59]) Es verband sich mit einem allgemein formulierten Bekenntnis, „sozialen Geist" in Gesetzgebung und Verwaltung zu verwirklichen und das viel zitierte Gemeinwohl als oberstes Gesetz der Wirtschaft anzusehen.

Eine nicht näher umschriebene neue Gliederung des Reiches nach landsmannschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten wurde als Lebensnotwendigkeit hingestellt, wobei sich das Zentrum als „Hort landsmännischer Eigenart" ausgab. Bei den unverbindlichen und schablonenhaften Formulierungen über das Zueinander von Reichseinheit und Stammeseigenart, über die „Förderung der Gütererzeugung" und des „Wohls des gesamten deutschen Volkes" erschienen die indirekten Forderungen nach einer Neugliederung des

[57]) So Wilhelm *Elfes*, Zentrumsparteitag, in: Dt. Monatsh. für christl. Politik und Kultur 1, 1920, S. 329.

[58]) S. Anm. 17.

[59]) Die *KV* Nr. 66 vom 24. Januar 1920 schrieb: „Es gibt in unseren Reihen Republikaner und Monarchisten. [...] Für beide ist in den Reihen des Zentrums Platz. Das Zentrum [...] verlangt von keinem seiner Anhänger, der die Monarchie für eine bessere Staatsform hält als die Republik, daß er diese Überzeugung preisgibt. Nur das *eine* muß verlangt werden, daß jeder Zentrumsmann die Verfassung anerkennt und daß für ihn jede Änderung der Verfassung auf einem anderen als gesetzmäßigen Wege ausgeschlossen ist."

Reiches als die einzigen konkreten Anhaltspunkte dieses Aufrufs, die ein politisches Nahziel bedeuten konnten. In seinen allgemein gehaltenen Wendungen ließ der Aufruf das Dilemma des Zentrums erkennen, das in dem Ringen um einen permanenten innerparteilichen Interessenausgleich zu viel Kraft verbrauchte. Daß davon in einer öffentlichen Stellungnahme der Parteiführung keine Rede sein konnte, ist um so verständlicher, als dieser Aufruf ja nicht nur eine — zwangsläufig harmonisierende — Bilanz des Parteitags bieten wollte, sondern bereits den Auftakt für den bevorstehenden Wahlkampf bildete. Erst vom Ausgang der kommenden Wählerentscheidung her mußten sich Rückschlüsse darauf ziehen lassen, inwieweit die konfessionelle Gemeinsamkeit weiterhin das entscheidende politische Bindeglied darstellte.

4. Die Krise um Erzberger

„Erzberger ist das Verhängnis für das Zentrum und damit für die deutschen Katholiken." Dompropst v. Pichler (Passau) am 30. Mai 1920.[1])

Wie wenig fundiert die im Januar 1920 auf dem Berliner Parteitag proklamierte Einmütigkeit in Wirklichkeit war, trat im Verlauf der nächsten Wochen zutage. Immer stärker begann sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß von *dem* Augenblick an die Tage des Zentrums gezählt sein würden, von dem es nicht mehr alle Berufsgruppen umschließe.[2]) Der am 19. Januar 1920 begonnene Erzberger-Prozeß[3]) entwickelte sich trotz des indirekten Vertrauensvotums für den Reichsfinanzminister, das der Parteitag ausgesprochen hatte, zu einem Problem für die Zentrumspartei, „das alle anderen Probleme in sich schloß".[4]) Auf der einen Seite wollte und konnte die Partei keineswegs die Erzberger zur Last gelegte, für einen Zentrumspolitiker als ungewöhnlich geltende „Vermischung von Geschäften und Politik"[5]) billigen, auf der anderen Seite erlaubte

[1]) An Carl Bachem. Nachl. Bachem 465.

[2]) So der Abg. *Heß* auf der Generalversammlung der Christl. Bauernschaft am 18. Februar 1920 in Köln. Vgl. *KV* Nr. 134 vom 19. Februar 1920. Der Biograph des Trierer Bischofs Michael Felix Korum, *Treitz*, schrieb 1925 (Korum, S. 170), das Vertrauen des Bischofs in die Entwicklung der Zentrumspartei sei im Laufe des Krieges und der Nachkriegszeit keineswegs gewachsen: „Er hielt es für ein Fundamentalunglück, daß dieselbe zum Ausgangspunkte ihrer Politik im allgemeinen nicht mehr so sehr die großen einigenden Ideen, vielmehr die einseitigen, trennenden Sonderinteressen nehme, und sprach manchmal die Befürchtung aus, daß die sog. unpolitischen Organisationen mit ihrem rein wirtschaftlichen Programm den Untergang des alten Zentrums bedeuten müßten, weil sie in Wirklichkeit neue Parteien darstellten."

[3]) Vgl. das entsprechende Kapitel bei *Epstein*, Erzberger, S. 392 ff.

[4]) So Wilhelm *Elfes*, Zentrumsparteitag, in: Deutsche Monatsh. für christl. Politik und Kultur 1, 1920, S. 330.

[5]) So in einer Aufzeichnung von Carl *Bachem* vom 3. Februar 1920 für seinen Bruder F. X. Bachem, in der es weiter hieß: „Namentlich in den Kreisen der Zentrumspartei galt bisher die Politik als ein Ehrenamt, welches freiwillig übernommene Pflichten für die Sache der Kirche,

es jedoch die zügellose Hetze in der Öffentlichkeit der Zentrumspresse nicht, sich ausdrücklich von dem amtierenden Reichsfinanzminister zu distanzieren, dessen Politik nach wie vor von der Fraktionsmehrheit gedeckt wurde.

Erzberger, der weiterhin dem Parlament angehörte, besaß in seiner württembergischen Wählerschaft einen ungeschwächten Rückhalt. Das bewies eindeutig eine ausgedehnte Versammlungsreise im Januar 1920.[6]) Die Fraktion, die über die Frage einer weiteren Tätigkeit Erzbergers als Abgeordneter zu entscheiden hatte, hielt sich auffallend zurück. Die Mehrheit der Abgeordneten, wenngleich nicht die Mehrheit des Fraktionsvorstands[7]), stand zu diesem Zeitpunkt noch auf seiten des Ministers. Sie konnte sich jedoch aus falsch verstandenem Respekt vor der in diesem Prozeß alles andere als „unabhängigen" Justiz nicht zu einer verbindlichen Stellungnahme entschließen. Im Lande machte man sich bereits Gedanken über einen möglichen Nachfolger im Reichskabinett, falls Erzberger „fallen" sollte.[8]) Gegen dessen politische Führungsrolle wurde besonders von der älteren Generation konservativer Zentrumsvertreter Sturm gelaufen. Erzberger galt als das entscheidende Hindernis für eine vom rechten Flügel der Partei angestrebte Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts[9]), „von allem anderen ganz abgesehen".[10])

---

des Staates und des Volkes bedingt und keinerlei Ansprüche darauf gibt, aus der politischen Tätigkeit auch das nötige finanzielle Entgelt zu gewinnen." Nachl. Bachem 886. Wenige Tage später (14. Februar 1920) schrieb *Bachem* dem gleichen Adressaten: „Von allen Zentrumspolitikern, die ich kennengelernt habe, ist Erzberger der einzige, welcher mit der Politik Geld gemacht hat. Er hat sogar den Grundsatz aufgestellt, daß, wer Politik treibe, auch von der Politik leben dürfe. Das würde unter Windthorst einfach undenkbar gewesen sein. Auch bei Lieber, Spahn und allen andern war das undenkbar." Ebd.

[6]) Vgl. *Miller*, Bolz, S. 156: „Das schwäbische katholische Volk jubelte ihm aufrichtig zu, trotz und gerade wegen der unehrlichen Angriffe gegen ihn."

[7]) Dafür spricht der in Anm. 25 zitierte Vorstandsbeschluß.

[8]) Am 3. Februar 1920 schrieb *Bachem* (s. Anm. 5): „Wenn jetzt Erzberger fällt, würde ich dafür sein, daß das Zentrum die Nachfolge im Reichsfinanzministerium unbedingt ablehnt. [. . .] Das Finanzministerium ist das wichtigste Ressort, es gebührt sich, daß dieses Ressort von der führenden Sozialdemokratie übernommen wird. Meinethalben kann es auch ein Demokrat [sein], wenn er Lust dazu hat, aber auf keinen Fall noch einmal ein Zentrumsmann."

[9]) In dem nicht datierten Durchschlag eines Schreibens (vermutlich aus dem Jan. 1920), das *ten Hompel* an die Mitglieder des Handels- und Industriebeirats richtete, wurde an die „Gefahren" der Linkskoalition erinnert: „Je höher man diese Gefahren einschätzt, um so größeren Wert müssen die von mir vertretenen Kreise von Handel, Industrie und Gewerbe darauf legen, daß diese ‚Vernunftehe' [. . .] nicht zu einer dauernden wird, sondern baldmöglichst zu einer Lösung gebracht wird. [. . .] Die Zentrumspartei will die Partei aller Berufsstände sein. Es werden daher auch die Kreise des Handels, der Industrie und des Gewerbes sowie die besitzenden Stände Anspruch darauf erheben dürfen, daß auch ihre Interessen in weitgehendster Weise wahrgenommen werden." Nachl. ten Hompel.

[10]) So in einem Schreiben *Bachems* vom 10. Februar 1920 an Trimborn, in dem es eingangs hieß: „Mein erster Artikel gegen die Aufnahme von Erzberger in die Fraktion wird heute fertig. Ich habe auch an Hankamer [Essen] geschrieben, daß er die Aktion unterstützt. Nun käme viel darauf an, daß auch die Germania mittut. [. . .] Kannst Du als Fraktionschef nicht in diesem Sinne an die Germania schreiben? Auch wäre nötig, daß die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz mitmacht." Nachl. Bachem 465.

Das am 26. Januar auf Erzberger verübte Attentat, bei dem der Minister verletzt wurde, löste eine Welle von persönlichen Sympathiekundgebungen aus. Sie bedeuteten jedoch keineswegs ein politisches Vertrauensvotum und blieben in dieser Hinsicht auch ohne stärkeren Nachhall.[11]) Der umstrittene Zentrumspolitiker wurde in zunehmendem Maße als eine Belastung für Fraktion und Partei empfunden, „wie sie noch niemals dagewesen ist".[12]) Die allgemein verbreitete Aversion gegen Erzberger diente manchen Kreisen als willkommener Vorwand, um das Verschwinden des unstabilen parlamentarischen Koalitionsministeriums zu fordern. An dessen Stelle wünschte man sich ein aus „tüchtigen Köpfen" und unpolitischen Fachleuten zusammengesetztes „Kombinationsministerium", das zunächst einmal „Ordnung" schaffen sollte.[13]) Diese Argumentation belegt ein frühes Unbehagen am Parteienstaat und Parlamentarismus Weimarer Prägung, das sich im Laufe der Jahre weiter vertiefte.[14])

Nachdem sich Erzberger im Zusammenhang mit der Publikation der von seinen politischen Gegnern gestohlenen Steuerakten am 24. Februar von seinem Ministeramt hatte beurlauben lassen, erwartete man sein baldiges Ausscheiden aus der Regierung.[15]) Zwei Wochen später, am 12. März, zog der Ausgang des Berliner Prozesses den Rücktritt des Ministers nach sich, den ihm wohlmeinende Freunde bereits zu einem früheren, taktisch günstigeren Zeitpunkt nahegelegt hatten.[16]) Die Zentrumsfraktion unternahm keinen Versuch, ihr prominentes Mitglied in der Öffentlichkeit in Schutz zu nehmen. Erzbergers politische Gegner triumphierten. Aber auch zahlreiche Zentrumsanhänger atmeten erleichtert auf[17]), da der Partei eine schwierige Entscheidung abgenommen

[11]) Am 14. Februar 1920 kritisierte Carl *Bachem* (s. Anm. 5): Bei „Gelegenheit des Attentats" habe die Kölnische Volkszeitung zur Verteidigung Erzbergers mehr getan, „als kühle Kritiker gut finden werden". Der betreffende Artikel habe zu sehr Erzbergers persönliche Verdienste hervorgehoben.

[12]) Ebd.

[13]) So *Bachem* an Trimborn (s. Anm. 10).

[14]) Die Problematik der späteren Brüningschen Konzeption ist vorweggenommen, wenn *Bachem* (s. Anm. 10) den Vorschlag entwickelte, dieses neue „Geschäftsministerium" (als dessen Chef er sich Trimborn wünschte) solle zwar Neuwahlen in Aussicht stellen, aber nicht sofort ausschreiben: „Wenn ein solches Ministerium sich bewährt, könnte es sein, daß das Volk, der ewigen Wählerei müde, seine Meinung dahin äußert, daß es ruhig weiter amtieren soll."

[15]) Vgl. *Haußmanns* Notiz über die Sitzung des Interfrakt. Ausschusses vom 29. Februar 1920: „Man ist einig, daß er [Erzberger] gehen muß." Schlaglichter, S. 302. Die *KV* Nr. 188 vom 9. März 1920 schrieb in einem vom 6. März 1920 aus Berlin datierten Bericht, daß mit dem Ausscheiden Erzbergers mit Sicherheit zu rechnen sei.

[16]) Das geht aus einem Schreiben *Haußmanns* vom 3. März 1920 an Fehrenbach hervor, in dem kritisiert wurde, daß sich die Zentrumsfraktion „in dieser Sache" zu passiv verhalten habe. Nachl. Haußmann 109.

[17]) Am 27. Februar 1920 hatte *Trimborn* im Auftrage des Fraktionsvorstands dem Reichskanzler mitgeteilt, daß es nicht wünschenswert sei, die Suspendierung Erzbergers von seinem Amte vor dem Erlaß des Urteils im Helfferich-Prozeß aufzuheben. Nachl. Bachem 888.

worden war. Eine große politische Karriere war beendet.[18]) Das Zentrum hatte keinen Finger gerührt, um zu verhindern, daß sein umstrittenster Politiker kaltgestellt wurde, der zu diesem Zeitpunkt auch den Gedanken erwog, sein Mandat niederzulegen.[19])

Das Ausscheiden Erzbergers aus der Reichsregierung blieb ohne Einfluß auf den Bestand der Koalition. Es löste jedoch lebhafte Spekulationen aus. Sie bewegten sich zum einen um die Möglichkeiten von Erzbergers Nachfolge im Kabinett bzw. um eine Neuverteilung der Ministersitze, zum anderen um die entscheidende Frage, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, das Steuer der Zentrumspolitik mehr nach rechts zu drehen. Der innere Zusammenhang der Regierungskoalition war ohnehin nicht mehr besonders eng, da das Kabinett stärker durch „persönliche Verhältnisse und besondere Beziehungen"[20]) — also vor allem durch die Person Erzbergers — als durch gemeinsame sachliche Zielsetzungen zusammengehalten wurde. Besonnene Stimmen im Zentrumslager warnten allerdings davor, sich mit der äußersten Rechten anzubiedern, da die DNVP dafür nicht die erforderlichen Voraussetzungen besitze.[21]) Das zeigte sich sinnfällig bei den Vorgängen des 13. März 1920 im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch.

Die Berliner Ereignisse zwischen dem 13. und 16. März und ihr Nachspiel bis hin zur Regierungsneubildung Ende März — die im folgenden Kapitel behandelt werden — ließen den Fall Erzberger und die daraus resultierende Krise innerhalb der Zentrumspartei für wenige Wochen vollständig in den Hintergrund treten. Dieser Zeitraum endete am 17. April, als im Verlauf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums in Berlin angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl die Gesamtsituation der Partei zur Sprache kam. Das Ergebnis heftiger Debatten über den Fall Erzberger bildete ein mit großer Mehrheit (49:10 Stimmen) gefaßter Beschluß, den zurückgetretenen Minister zu ersuchen, mit Rücksicht auf den Ausgang seines Prozesses für die kommenden Wahlen nicht zu kandidieren.[22])

Der diesem Beschluß zugrunde liegende Antrag war von Fehrenbach „im Interesse der Partei, der Fraktion und der Persönlichkeit Erzbergers" begründet worden. Dabei hatte der badische Zentrumspolitiker ausdrücklich die „Ehrenhaftigkeit und lautere Gesinnung" Erzbergers hervorgehoben und den heiklen

[18]) Am 2. März 1920 urteilte Carl *Sonnenschein* über Erzberger: „Er hat große Fehler gemacht, an denen die deutschen Katholiken schwerer tragen müssen als die übrigen Deutschen, aber es war weniger böser Wille als die Tragik, die von ihm Unmenschliches forderte und die ihm nicht ein paar Figuren zur Seite stellte, die ihn hätten in Zügel nehmen können. Neben einem größeren und sicheren Führer wäre Erzberger zweifellos untadelhaft geworden." Vgl. *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 224 f.

[19]) Nach einer hektogr. Aufzeichnung (über den Kapp-Putsch) im Nachl. Pfeiffer.

[20]) Vgl. *Troeltsch*, Spektator-Briefe, S. 111 (29. Februar 1920).

[21]) Vgl. *KV* Nr. 188 vom 9. März 1920.

[22]) Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 134.

Versuch unternommen, dessen Persönlichkeit in ihren Vorzügen und Schwächen gerecht zu werden. Trotzdem hatte Fehrenbach keinen Zweifel daran gelassen, daß es der dringende Wunsch der Partei und Fraktion sei, Erzberger in den nächsten Jahren nicht parlamentarisch tätig zu sehen.[23])

Nach diesem Beschluß des Parteiausschusses, der dem Zentrum mehr als nur momentane „Verlegenheiten"[24]) ersparen sollte, lebte die Diskussion um den Fall Erzberger neu auf. Eine Mehrheit des Vorstands der Fraktion (7:3 bei 2 Enthaltungen) sprach sich gegen Erzbergers weitere parlamentarische Tätigkeit aus.[25]) Der württembergische Politiker wußte jedoch die Mehrheit der Fraktion, in der sich vor allem Giesberts und Wirth für ihn einsetzten, auf seiner Seite.[26]) Er erklärte sich infolgedessen nur bereit, sein Mandat solange nicht wahrzunehmen, bis das Reichsgericht über die von ihm beantragte Revision des Berliner Urteils entschieden habe. Die Frage einer erneuten Reichstags-Kandidatur wollte er von seinen württembergischen Wählern beantworten lassen[27]), deren Votum ihm nicht zweifelhaft sein konnte. Bei vielen seiner Anhänger galt Erzberger seit dem Ausgang des Prozesses als politischer Märtyrer.[28])

Am 14. Mai bekannte sich das Württembergische Zentrum eindeutig — der Exekutivausschuß mit 20 gegen 10 Stimmen bei 5 Enthaltungen[29]), der Parteitag

---

[23]) Vier Wochen später sah sich *Fehrenbach* infolge eines „unerhörten Vertrauensmißbrauchs" gezwungen, seine Berliner Ausführungen zu veröffentlichen (vgl. *KV* Nr. 373 vom 16. Mai 1920). Er wies dabei auf die „Kollisionen" zwischen den Interessen der Partei und seiner Freundschaft zu Erzberger hin und erwähnte, daß er sich nur auf Drängen „maßgebender politischer Freunde" zu seiner Rede entschlossen habe. Fehrenbach glaubte, die delikate Frage in „ruhiger, sorgfältig abwägender Weise" behandelt zu haben, „wenigstens wurde mir das von Herrn Erzberger befreundeter, württembergischer Seite bestätigt".

[24]) So in einer Erklärung des Vorstands des *Augustinus-Vereins* vom 21. April 1920. Nachl. Bachem 888.

[25]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 415, unter Bezugnahme auf das Pamphlet von S. *Upclair*, Erzberger kommt wieder. Berlin 1920, S. 24. Das Datum des Vorstandsbeschlusses ist hier nicht mitgeteilt. Nach *Epstein* haben sich nur Wirth, Schofer und Müller-Fulda entschlossen hinter den „gefallenen Minister" gestellt. Die voraufgegangene Abstimmung in der Sitzung des Reichsparteiausschusses ist bei Epstein nicht erwähnt.

[26]) Nach einer Mitteilung *Trimborns* vom 29. April 1920 an Bachem. Nachl. Bachem 890.

[27]) Dazu hieß es in einem Schreiben von Carl *Bachem* vom 20. April 1920 an Dompropst Pichler in Passau: „Trotz allem steht nach wie vor ein großer und wahrscheinlich sogar der größte Teil der Fraktion auf seiten Erzbergers. Als es sich darum handelte, ob Erzberger sein Mandat niederlegen müsse, hat die größte Zahl der Mitglieder, die das Wort ergriffen, sich dagegen erklärt, obwohl der Vorstand geschlossen und mit vollem Nachdruck dafür eintrat, daß die Niederlegung des Mandats notwendig sei. Erzberger hatte zuerst halb und halb zugesagt, daß er sein Mandat niederlege. Nachdem er dann aber mit seinen württembergischen Landsleuten Rücksprache genommen hatte, machte er seinen Entschluß von der Stellungnahme in Stuttgart abhängig." Nachl. Bachem 465.

[28]) In nachgelassenen Aufzeichnungen *ten Hompels* heißt es: Die Begeisterung für Erzberger insbesondere in Kreisen der Arbeiter und der unteren Beamtenschaft sei so weit gegangen, daß er in Versammlungen auf die Schulter gehoben worden sei. Nachl. ten Hompel.

[29]) Dieses Ergebnis betrachtete *Bachem* (s. Anm. 27) als für Erzberger „doch eigentlich in höchstem Maße blamabel".

in Stuttgart mit 356 gegen 27 Stimmen — zu seinem prominenten Parteiführer. Sein Name erschien an der Spitze der württembergischen Landesliste, so daß Erzbergers Wiederwahl außer Frage stand.[30]) Damit blieben, wie sich Carl Bachem ausdrückte[31]), die Schwierigkeiten für die Fraktion bestehen, was „allerdings eine große Gefahr für die Zukunft"[32]) bedeuten konnte. Ganz gleich, wie sich die neue Fraktion künftig zu ihrem umstrittensten Mitglied stellen würde: Die Zentrumspartei befand sich seinetwegen am Vorabend der Reichstagswahl in einer „abscheulichen Lage".[33])

[30]) Vgl. *KV* Nr. 369 vom 15. Mai 1920; *Epstein*, Erzberger, S. 416.

[31]) Vgl. Anm. 27. Am 20. April 1920 wurde *Bachem* — gegenüber Eisele, jetzt Redakteur der Münchener „Allgemeinen Rundschau" — noch deutlicher: „Die Erregung gegen Erzberger ist in vielen Kreisen derart, daß ein Zusammenbleiben der Fraktion, wenn Erzberger wieder aufgenommen werden sollte, kaum mehr denkbar ist; dann ist es natürlich mit dem Zentrum als einer großen politischen Partei völlig zu Ende, und der deutsche Katholizismus wird schutzlos der roten Bewegung ausgeliefert." Nachl. Bachem 465.

[32]) In seiner Antwort an Bachem (s. Anm. 27) vom 30. Mai 1920 ging *Pichler* noch weiter und schrieb: „Ich stehe mit großer Sorge der Entwicklung gegenüber. Erzberger ist das Verhängnis für das Zentrum und damit für die deutschen Katholiken; die Zersetzung wird nicht stillstehen, wenn er nicht ausgeschaltet wird, zumal ein starkes Gegengewicht leider sich nicht zeigt. Ich wollte Dich informieren, damit Du die Gefahr kennst. Vielleicht hast Du Gelegenheit, Herrn Dr. Spahn etc. aufmerksam zu machen, damit das Zentrum und seine Ideale nicht von einem skrupellosen Geschäftemacher ruiniert werden." Ebd.

[33]) So *Bachem* am 31. Mai 1920 an Pichler. Ebd.

5. Gegen Rechts-Putsch und Links-Diktatur

Der Berliner Kapp-Putsch vom 13. März, der die Reichsregierung keineswegs vollständig überraschte[1]), wurde von der Zentrumspartei als „Umsturzbewegung" und damit als Anschlag auf die verfassungsmäßige Regierung und Staatsform sofort und mit Nachdruck verurteilt. Das geschah bereits am Nachmittag des 13. März von seiten der in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung unter Führung von Trimborn. Die Zentrumsvertreter verwarfen den Putsch als ein „Verbrechen am deutschen Volk", das den Wiederaufbau stören werde und die Gefahr eines Bürgerkriegs heraufbeschwöre.[2]) Ebenso scharf sprachen sich die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung aus.[3]) In gleichem Sinne äußerten

[1]) In einer Kabinettssitzung am 12. März 1920 hatte Reichswehrminister *Noske* über das „Bevorstehen eines militärischen Putsches" berichtet, worüber bereits „seit einiger Zeit" sichere Nachrichten vorlägen. Bundesarchiv R 43 I/1354.

[2]) Die Erklärung ist abgedr. bei *Fortmann*, Kapp-Putsch (in: *Albert*, Koalitionspolitik), S. 9. Sie ist ferner von dem Abg. *Wiedemann* am 30. März 1920 in der Preuß. Landesversammlung verlesen worden, wobei der Sprecher unter Hinweis auf die Ablehnung jeder Revolution hinzufügte, daß die Zentrumspartei von ihrem Standpunkt „nicht einen Augenblick" lang abgewichen sei. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10513 ff.

[3]) Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 50.

sich noch am 13. März auch führende Mitglieder der Rheinischen (Mönnig) und der Kölner Zentrumspartei (Rings)[4]), die sich am 14. März ausdrücklich hinter die Erklärung der Berliner Zentrumspolitiker vom Vortage stellten.[5])

Nicht minder konsequent wiesen die Zentrumsabgeordneten Herold und Burlage in Gesprächen mit den DVP-Abgeordneten Stresemann und Leidig am 14. März einen Vorschlag der DVP zurück, wonach sowohl Kapp verschwinden als auch die nach Stuttgart ausgewichene Regierung Bauer zurücktreten sollte, um Platz für ein neues Koalitionskabinett (Allparteienregierung) zu schaffen.[6]) In interfraktionellen Besprechungen zwischen Vertretern der drei Koalitionsparteien am 15. und 16. März ergab sich volle Einmütigkeit in der Beurteilung der Lage und in der Absicht, unter allen Umständen an der verfassungsmäßigen Regierung festzuhalten.[7]) Als Ausbruch des politischen Wahnsinns verurteilte die „Kölnische Volkszeitung" am 17. März die Kapp-„Revolte", die in geradezu verhängnisvoller Weise alle günstigen Aussichten auf eine Revision des Friedensvertrags zu zerstören drohe.[8]) Die Parteifreunde im Lande wurden aufgefordert, treu zur gesetzmäßigen Regierung zu stehen. Als Folge der neugeschaffenen Situation beschlossen die Regierungsparteien am 16. März, die Neuwahlen zum Reichstag möglichst bald ausschreiben zu lassen[9]) und die ohnehin durch die Vakanz im Reichsschatzministerium, durch den Rücktritt Erzbergers und den vorgesehenen Ressortwechsel von Bell in Aussicht stehende Regierungsumbildung nicht länger hinauszuschieben.

In der für den 18. März nach Stuttgart einberufenen Sitzung der Nationalversammlung verurteilten Sprecher der drei Regierungsparteien, für das Zentrum Fehrenbach und Burlage, einmütig den verbrecherischen Militärputsch.[10]) In nicht minder scharfer Form lehnte am gleichen Tage der Provinzialvorstand des Rheinischen Zentrums jede gewaltsame Veränderung der verfassungsmäßigen

[4]) Vgl. Mitt. der Zentralstelle der Rhein. Zentrumspartei Nr. 1, April 1920, S. 9.

[5]) Vgl. *KV* Nr. 206 vom 16. März 1920.

[6]) Vgl. *Fortmann*, Kapp-Putsch, S. 9 f. Die von *Hartenstein*, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei, S. 162 f., wiedergegebene Version der DVP-Seite über dieses Gespräch ist erheblich zu modifizieren. Hartenstein kommentiert sehr vorsichtig, „offenbar" seien im Zentrum „einige Leute" bereit gewesen, den Putschisten ziemlich weit entgegenzukommen, weist aber selbst darauf hin, daß eine Fortsetzung der Gespräche nicht stattgefunden habe: „Vermutlich waren die Vertreter des Zentrums den Stresemannschen Gedankengängen denn doch nicht so ‚geneigt', um sich von einer solchen Verbindung [mit den Rechtsparteien] viel Gutes zu erhoffen."

[7]) Vgl. *KV* Nr. 209 vom 17. März 1920, wo es weiter hieß: „Auch für die Zentrumspartei muß diese eigentlich selbstverständliche Tatsache ausdrücklich hervorgehoben werden, damit Zweifel auf der einen Seite und trügerische Hoffnungen, denen man auf der anderen Seite begegnen könnte, gründlich zerstört werden."

[8]) S. die vorige Anm. Nach einer nicht näher erläuterten Mitteilung des Abg. *Herschel* in einem Nachruf auf Trimborn (in: *Germania* Nr. 452 vom 31. Juli 1921) sind Trimborn, Burlage und Herschel am dritten Tage des Kapp-Putsches im Demokratischen Klub in Berlin für einige Stunden in Haft gehalten worden.

[9]) Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 54.

[10]) Ebd., S. 60 ff.

Zustände ab. Der letzte Abschnitt dieser Erklärung bekannte sich — offensichtlich im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagsneuwahlen — eigens zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Zentrumspolitik und behielt der Partei für die Zukunft jegliche Entscheidungsfreiheit vor.[11]) Vier Tage später schloß sich der Provinzialausschuß des Rheinischen Zentrums dieser Erklärung an und verlangte auch seinerseits die baldige Ausschreibung der Wahlen zum Reichstag. Der Ausschuß sah die Politik der Berliner Zentrumsfraktionen durch die „gegenwärtigen Ereignisse" vollauf gerechtfertigt und sprach den Zentrumsabgeordneten ausdrücklich Dank und Anerkennung für ihre Arbeit aus.[12])

In Berlin war zu diesem Zeitpunkt von Wahlvorbereitungen noch keine Rede. Hier hatten die Zentrumsvertreter in den nächsten Tagen genügend damit zu tun, einen als Reaktion auf den Rechts-Putsch nunmehr von der Gegenseite unternommenen Versuch abzuwehren, eine linkssozialistisch-gewerkschaftliche Diktatur aufzurichten. Unter Ausnutzung der kritischen Situation verlangten die Gewerkschaftsführer mit Legien an der Spitze weitgehende politische Zugeständnisse[13]), so Aufnahme ihrer Vertreter in die umgebildeten Regierungen des Reiches und Preußens, Reinigung der Verwaltung von „gegenrevolutionären" Personen, Vorlage neuer Sozialgesetze, Beginn der Sozialisierung und Auflösung der „konterrevolutionären" militärischen Formationen.[14]) Es ging ihnen um eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnung im sozialistischen Sinne[15]), also praktisch um die Fortsetzung der im November 1918 steckengebliebenen „Revolution". Den Vertretern der Regierungsparteien — vom Zentrum: Trimborn, Herold, Becker-Arnsberg, Stegerwald und Wentrup — gelang es trotz langer und erregter Debatten in der Nacht vom 18. zum 19. März nicht, die Führer der Berliner Streikleitung von ihren extremen Postulaten abzubringen.

Die Forderungen der Gewerkschaften wurden auf einer gemeinsamen Sitzung von Zentrumsabgeordneten der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung am 19. März rundweg abgelehnt. Auch eine anschließende Beratung des Interfraktionellen Ausschusses führte zu keiner Verständigung, die dann erst in den frühen Morgenstunden des 20. März zustande kam. Dem in dieser „denkwürdigen" Nachtsitzung[16]) geschlossenen Kompromiß zwischen den Gewerkschaften und den Koalitionsparteien stimmten die Zentrumsvertreter nur unter größten Bedenken und mit einigen Vorbehalten (Zustimmung der

[11]) Vgl. *KV* Nr. 215 vom 19. März 1920.

[12]) Vgl. Mitteilungen (s. Anm. 4), S. 11 f.

[13]) Nach einer Aufzeichnung Carl *Bachems* vom 2. April 1920 ist in einer Sitzung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 22. März 1920 von der „Erpresserpolitik" Legiens die Rede gewesen. Nachl. Bachem 850.

[14]) Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 69 f.; dazu Heinz Josef *Varain*, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung von Carl Legien (1890—1920). Düsseldorf 1956, S. 174 f.

[15]) Vgl. *Erdmann*, Die Zeit der Weltkriege, S. 120.

[16]) So *Herschel* (s. Anm. 8). Dazu vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 187.

beiden Berliner Zentrumsfraktionen, Erlöschen der Abmachungen bei den Neuwahlen zum Reichstag) zu.[17]) Angesichts eines drohenden Bürgerkriegs fanden die als unvermeidlich angesehenen Zugeständnisse am folgenden Tage das Plazet der wieder vollzählig in Berlin versammelten Zentrumsfraktion der Nationalversammlung.

Als sich das Kapp-Unternehmen wenige Tage später nahezu spurlos verflüchtigt hatte, löste diese Zustimmung scharfe Kritik bei vielen Zentrumsanhängern aus. Von den gleichen Kreisen wurde auch das Bielefelder Abkommen vom 23./24. März[18]) als zu weitgehende Konzession der Regierung an gewerkschaftliche Forderungen kritisiert[19]), ebenso die „unbegreifliche Langmut" gegenüber kommunistischen Aufstandsversuchen im Ruhrgebiet.[20]) Demgegenüber konnten die Berliner Zentrumsvertreter mit guten Gründen darauf verweisen, daß ein anderes Verhalten die Fortdauer des Generalstreiks, die sofortige Proklamation einer Räterepublik — im Sinne der Forderungen der „Roten Armee" im Ruhrgebiet[21]) —, die Bildung einer reinen Linksregierung[22]) und einen Bürgerkrieg zur Folge gehabt hätten, zumal die Entente mit einer Sperre der Lebensmittellieferungen gedroht habe. Manchen Kritikern im Zentrum wollte es allerdings nicht recht einleuchten, inwiefern eine Revolution von rechts verwerflicher sein sollte als eine von links: „Was Scheidemann und Ebert durften, durften Kapp und Lüttwitz auch. [...] Wenn Kapp bestraft werden soll, dann auch die Helden der Novemberrevolution 1918."[23])

Derartige Stimmen vermochten jedoch die Zentrumsfraktion nicht zum Austritt aus der Regierungskoalition zu bewegen. Denn in diesem Augenblick war an ein Zusammengehen mit den Rechtsparteien, die mehr oder weniger aktiv die Kapp-Putschisten unterstützt (oder zumindest mit ihnen sympathisiert) hatten, überhaupt nicht zu denken. Infolgedessen festigte sich rasch die Ansicht, daß die bisherige Politik der Zentrumsfraktion durch die jüngsten Berliner Ereignisse vollauf gerechtfertigt worden sei[24]) und daß die Zentrumsabgeordneten für die von ihnen eingenommene klare Haltung keinen Tadel, sondern

---

[17]) Vgl. *Fortmann*, Kapp-Putsch, S. 11.

[18]) Dazu vgl. Carl *Severing*, 1919/20 im Wetter- und Watterwinkel. Bielefeld 1927, S. 177 ff.

[19]) Die *KV* Nr. 277 vom 11. April 1920 sprach von einer „gewerkschaftlichen Nebenregierung".

[20]) Auf einer Sitzung des Provinzialausschusses der Westfäl. Zentrumspartei am 12. April 1920 in Hamm. Vgl. *KV* Nr. 293 vom 17. April 1920.

[21]) Dazu vgl. Werner T. *Angress*, Weimar Coalition and Ruhr Insurrection, March—April 1920, in: The Journal of Modern History 29, 1957, S. 1 ff.

[22]) Am Nachmittag des 22. März 1920 hatte Reichskanzler *Bauer* in einer Besprechung von Vertretern der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Fraktionen u. a. zugesagt, er wolle auch mit den „bürgerlichen Fraktionen" über die Bildung einer reinen Arbeiterregierung verhandeln. Bundesarchiv R 43 I/2662.

[23]) Aus der Kölner Sitzung vom 22. März 1920 (vgl. Anm. 13).

[24]) So in einem Referat des Vorsitzenden der Münsterischen Zentrumspartei, Prof. *Konen*, am 18. März 1920 in Münster. Vgl. *KV* Nr. 230 vom 24. März 1920.

„Dank und Anerkennung" verdient hätten.[25]) Das Festhalten am Rechtsboden der Verfassung galt für die überwiegende Mehrheit der Parteianhänger als die einzige Möglichkeit, um zu einer Beruhigung und Gesundung des Staatslebens zu kommen; die Weimarer Koalition erschien als vollauf gerechtfertigt.[26])

Da der Reichsparteiausschuß infolge der „Ungunst der Verhältnisse" nicht zusammentreten konnte, zog die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung am 26. März als Sprachrohr der Gesamtpartei die Bilanz aus den Umsturzversuchen. Sie verurteilte in außerordentlich scharfer Form das Berliner „Verbrechen" und den „Hochverrat" Kapps, der eine Revolution von links ausgelöst und das Volk in den Bürgerkrieg getrieben habe. Noch einmal wurde klargestellt, daß die Zentrumspartei „keinerlei Teil an solchem verbrecherischen Tun" gehabt und sich ebenso konsequent gegen Pläne nach einer links-extremen „Klassenregierung" ausgesprochen habe. Die Fraktion erneuerte ihr Bekenntnis zur Weimarer Koalition und forderte zur Geschlossenheit im bevorstehenden Wahlkampf auf, um als Partei der Mitte, der Ordnung und der Verfassungstreue ein Bollwerk gegen jeden Klassenegoismus und jede Revolution bilden zu können. Unter den sechs Forderungen zur Lage stand der Einsatz für die Weimarer Verfassung an der Spitze. Weiter wurden die „Organisation" einer verfassungstreuen Wehrmacht, die „Ahndung aller gewaltsamen Umsturzbestrebungen" und die „Durchführung einer sozialen Demokratie" gefordert. Pathetisch-unpräzis hieß es abschließend: „Demokratie in deutschem und christlichem Geiste ist das politische Ideal, für das wir leben und sterben!"

Zum Sterben indes rief vorerst niemand auf. Im Gegenteil: Die letzten Märztage waren mit einer Fülle von sehr lebendigen Verhandlungen über die längst vorgesehene Umbildung der Regierung ausgefüllt. Nach dem von der SPD erzwungenen Ausscheiden von Noske, dem sich die Zentrumsvertreter vergeblich widersetzt hatten[27]), waren drei Ressorts neu zu besetzen (Nachfolge von Mayer-Kaufbeuren, Erzberger und Noske). Die Kabinettsbildung erwies sich infolge des Drucks der Gewerkschaften[28]) als äußerst kompliziert, zumal auch das preußische Kabinett durch den Rücktritt des Innenministers Heine (17. März) mitbetroffen war. Die von den Gewerkschaften verlangte Bildung einer reinen Arbeiterregierung vermochte die SPD gegen den Widerstand des Zentrums

[25]) So hieß es in einer Entschließung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 22. März 1920 (s. Anm. 13). Dieser Ausschuß bestätigte im übrigen die Kundgebung des Vorstands des Rhein. Zentrums vom 18. März 1920 (s. Anm. 11). Er ging noch in einigen Punkten darüber hinaus und sprach sich u. a. gegen eine Verfassungsänderung durch das Parlament aus, um neue Beunruhigungen zu vermeiden.

[26]) Vgl. das Vorwort (S. 4) von *Mausbachs* Schrift „Kulturfragen in der deutschen Verfassung", das vom 25. März 1920 datiert ist.

[27]) In der Kabinettssitzung am 20. März 1920 hatte Reichsarbeitsminister *Brauns* vorgeschlagen, „einstweilen" an Noske festzuhalten, damit die SPD-Fraktion nicht „nach links gedrängt" werde. Bundesarchiv R 43 I/1354.

[28]) Eberhard *Pikart*, Berufsbeamtentum und Parteienstaat (in: Zs. für Politik NF 7, 1960, S. 228), spricht von einem „Druck von unten" auf die SPD-Minister im Reich und in Preußen.

und der DDP nicht durchzusetzen. In Verhandlungen vom 23. bis 25. März ließ sich um so weniger Einigkeit erzielen, als die Gewerkschaftsführer massive personalpolitische Pressionen ausübten und auf ihrem Veto gegen eine Ministerkandidatur von Eugen Schiffer und Wilhelm Cuno, der vom Zentrum als Reichsfinanzminister in Aussicht genommen war, bestanden.[29]) Am 26. März erklärte das Kabinett Bauer seinen Rücktritt.

Als „fast selbstverständliche Konsequenz" aus dieser Situation[30]) erwartete man die Übernahme des Reichskanzleramts durch Legien. Da sich jedoch Legien wie auch andere Gewerkschaftsführer der Übernahme der Verantwortung entzogen, erhielt am Abend des 26. März der bisherige Außenminister Hermann Müller (SPD) den Auftrag zur Regierungsbildung. Er konnte bereits am folgenden Morgen ein Kabinett präsentieren, das sich wiederum aus Vertretern der Weimarer Koalition zusammensetzte. Das Zentrum entsandte als neue Mitglieder den Abgeordneten und bisherigen badischen Finanzminister Wirth (Finanzen)[31]), der zunächst als Reichsschatzminister vorgesehen war und sich nach Kräften gegen seine Nominierung gesträubt hatte[32]), und Ministerialdirektor Hermes (Ernährung) — der nicht dem Parlament angehörte — in die Regierung. Giesberts (Post) und Bell (Verkehr) behielten ihre Ressorts. Das im März 1919 als selbständiges Ressort aus dem Kriegsernährungsamt geschaffene Reichsernährungsministerium, das im September 1919 mit dem Reichswirtschaftsministerium vorübergehend vereinigt worden war (Abteilungsleiter: Hermes), wurde auf Drängen des Zentrums (Herold) wieder als Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft verselbständigt.[33]) Gemäß einer Koalitionsabsprache schied Bell bereits vier Wochen später (28. April), nach Abschluß der Verhandlungen zur Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich, aus dem Kabinett aus. Sein Ressort übernahm der nur vier Wochen als Reichsschatzminister tätig gewesene frühere Reichskanzler Bauer, während das Reichsschatzministerium vor den Reichstagswahlen keinen neuen Leiter erhielt.[34])

[29]) Dazu neuerdings *Becker*, Eine Niederschrift Wirths, S. 244 ff.

[30]) Vgl. *Varain*, Freie Gewerkschaften, S. 178.

[31]) Am Abend des 24. März 1920 notierte *Bolz:* „Es ist mir das Reichsschatzministerium angetragen worden. Ich bin froh, daß ich den Mut fand, entschieden abzulehnen." Vgl. *Müller*, Bolz, S. 164.

[32]) Wirth wollte nicht das „demokratische Feigenblatt" für eine Regierung abgeben, zu der auch Cuno gehörte. Vgl. *Becker*, Eine Niederschrift Wirths, S. 251 f. Ferner *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 95.

[33]) Hermes gehörte bis dahin nicht dem Zentrum an. Vgl. *Reichardt*, Hermes, S. 64.

[34]) In einem Schreiben vom 29. März 1920 unterrichtete der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, *Albert*, im Auftrage des Reichskanzlers den Zentrumsvors. Trimborn (mit Abschrift an P. Spahn) über den Verlauf der Regierungsbildung. Danach sollte zunächst das Zentrum den Reichsfinanz- und Reichsschatzminister stellen. Nachdem Cuno die Übernahme des Finanzministeriums abgelehnt habe, sei sogleich Wirth benannt worden. Der bisherige Reichskanzler Bauer habe das Reichsschatzministerium nur übernommen, „bis ein anderer Kandidat vom Zentrum präsentiert werde", da er das Verkehrsressort beanspruche. Unmittelbar nach der Übernahme der Reichseisenbahnen durch das Reich solle Bell sein Ressort an Bauer abgeben, während das Zentrum bis zu diesem Zeitpunkt (ca. Mitte April) „für Neubesetzung des Reichsschatzministeriums zu sorgen haben würde". Bundesarchiv R 43 I/1304.

Die Kabinettsneubildung in Preußen nach dem Kapp-Putsch geschah ebenfalls auf der Grundlage der Weimarer Koalition, wobei das Zentrum zwei Minister (Stegerwald: Volkswohlfahrt; am Zehnhoff: Justiz) stellte.[35]) Die Homogenität der beiden Berliner Regierungen wurde vom Zentrum als Ausdruck einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse begrüßt.

Wenngleich in der Folge von den extremen gewerkschaftlichen Forderungen der März-Tage praktisch nicht mehr die Rede war, so hielt dennoch im Zentrumslager die Verärgerung über ein gewisses Nachgeben gegenüber diesem Druck weiterhin an.[36]) Der praktisch bereits angelaufene Wahlkampf, die noch keineswegs beigelegte Erzberger-Krise und das als zu zaghaft kritisierte Vorgehen der Regierung gegen linksradikale Aufständische im rheinisch-westfälischen Industriegebiet[37]) erhitzten aufs neue die Gemüter. Nicht nur einem pessimistischen Beobachter wie Carl Bachem erschien es zu diesem Zeitpunkt „kaum mehr möglich, die Partei zusammenzuhalten"[38]), von der sich jetzt auch führende christliche Gewerkschaftler im Sinne von Stegerwalds stärker „nationaler" und interkonfessioneller Konzeption distanzierten.[39]) Ganze Berufsstände drohten

---

[35]) Nach *Stegerwald*, Aus meinem Leben, S. 15, scheiterte sein Versuch, bei dieser Gelegenheit aus dem Kabinett auszuscheiden, am Widerstand seiner Fraktion. Ebenso *Weber*, Stegerwald, S. 49. Am 30. März 1920 sprach der Abg. *Wildermann* namens der Zentrumsfraktion der neuen preuß. Regierung das Vertrauen aus, wobei er darauf hinwies, daß sich die Koalition bewährt habe. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10522 f.

[36]) Am 29. März 1920 hieß es in einem Aufruf des Vorstands der Rhein. Zentrumspartei, daß der Parteileitung die Stimmung der Zentrumsanhänger bekannt sei und daß in Kürze eine „große Aufklärungsversammlung" stattfinden solle. Vgl. *KV* Nr. 248 vom 30. März 1920.

[37]) Solche Kritik kam auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums vom 17. bis 19. April 1920 in Berlin zur Sprache. In dieser Hinsicht seien, wie Alois *Fürst zu Löwenstein* am 19. April 1920 an Carl Bachem schrieb, „sehr starke Töne gegen die Regierung geredet worden, besonders von Lensing". Nachl. Bachem 465. Am 10. April 1920 hatte die Zentrumspartei des Wahlkreises Essen dem preuß. Innenminister eine Entschließung übermittelt, in der u. a. folgende Forderungen enthalten waren: Aufhebung aller Räte, Eingrenzung des Bielefelder Abkommens, Entwaffnung der Bevölkerung, Bestrafung der Verschwörer „von rechts und links". Bundesarchiv R 43 I/2657.

[38]) So am 30. März 1920 an Alois Fürst zu Löwenstein, wobei es weiter hieß: „Heute verlangen unsere Angehörigen in erster Linie Schutz gegen die Revolution. Wenn das Zentrum darin nicht alles leisten kann, was wünschenswert wäre, lassen sie ihren Unmut an der Führung der Partei aus. Dabei wird an vielen Stellen jetzt vergessen, daß die letzten Aufgaben der Zentrumspartei noch höher sind als Schutz gegen die materielle Revolution. [...] Auch hier in Köln sind wir in einer ganz verzweifelten Lage, was das Zusammenhalten der Partei anlangt." Nachl. Bachem 465.

[39]) Am 2. April 1920 machte der Parteisekretär des Zentrums in Düren, Josef *Hilngrainer*, Bachem auf ein Rundschreiben des Generalsekretärs der Christl. Gewerkschaften vom 24. März 1920 zur künftigen Reichstagswahl aufmerksam. Darin fände sich ein Satz — „Wir müssen gemeinsam mit den konfessionellen Arbeitervereinen alle Kräfte entfalten, um den politischen Willen der christlichen Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen" —, der Verwirrung stiften und die Arbeiter gegen das Zentrum wankend machen könne. Hilngrainer glaubte, daß damit eine antisozialistische Arbeiterpartei propagiert werden solle (Nachl. Bachem 850). Daß seine Vermutung zutraf, ergab noch im gleichen Jahre der Verlauf des Gewerkschaftskongresses in Essen.

die alte Fahne zu verlassen[40]), während die Verfechter der BVP-Lösung die von ihnen verfolgte Politik gerechtfertigt sahen.[41])

Einen plastischen Eindruck der aufgetauchten Schwierigkeiten im Rheinland vermittelt ein Schreiben Bachems vom 20. April 1920 an seinen alten parlamentarischen Mitstreiter Pichler[42]): „Auf der einen Seite gehen weite Arbeiterkreise daran, anscheinend unter Führung Stegerwalds, eine christliche, antisozialistische Arbeiterpartei zu gründen. Auf der anderen Seite sind weite Bauernkreise dabei, eine einheitliche Bauernpartei zu propagieren. Schließlich legen jetzt auch nächstens die Intellektuellen los, um mit dem Mittelstand die ganze Linksentwicklung und die gesamte Koalitionspolitik des Zentrums aufzuhalten. Derer, die demgegenüber stramm für das Zusammenhalten der Partei arbeiten, werden leider immer weniger, und was daraus wird, weiß Gott allein. Jedenfalls bleibe ich bei denen, die alles daran setzen, das Zentrum zusammenzuhalten und es in der alten Verfassung in die weitere Zukunft hinauszuleiten. Genauso denken auch Trimborn und die oberste Spitze der Partei in Köln."

Die damit genügend gekennzeichnete Mißstimmung im Zentrum konnte auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses vom 17. bis 19. April in Berlin nicht aus der Welt geschafft werden.[43]) Eine zum Abschluß dieser Tagung veröffentlichte Entschließung vermied es, auf Einzelheiten einzugehen. So kamen der Fall Erzberger und auch der Kapp-Putsch nicht direkt zur Sprache. Der Parteiausschuß suchte nach traditioneller Weise ebenso wie eine voraufgegangene Tagung des Zentralausschusses der Badischen Zentrumspartei[44]) der politischen Richtungslosigkeit durch den Hinweis auf die überzeitlichen Zentrumsgrundsätze entgegenzuwirken. Der Fraktion der Nationalversammlung wurde für ihre Politik und Mitarbeit bei der Verfassungsgestaltung ein uneingeschränktes Vertrauensvotum ausgesprochen. Dem Vorwurf, die Partei habe ihre alten Grundsätze aufgegeben, wurde mit einer klassischen Antwort begegnet: Nicht die Grundsätze hätten sich geändert, sondern die Zeiten.

Der Reichsparteiausschuß hielt einen deutlichen Hinweis auf die „christliche Staatsweisheit" für angebracht, die keine bestimmte Staatsform vorschreibe. Ebenso deutlich lautete die Antwort auf Angriffe wegen der Koalitionspolitik:

---

[40]) Nach den Ausführungen des westfäl. Oberpräsidenten *Würmeling* in einer Zentrumsversammlung am 18. März 1920 in Münster. Vgl. *KV* Nr. 230 vom 24. März 1920.

[41]) In einem Schreiben des Passauer Dompropstes *Pichler* vom 6. April 1920 an Carl Bachem hieß es: „Ich habe, wie Du weißt, immer mit ganzer Seele für die Einigkeit und das Zusammenhalten gewirkt; angesichts der letzten Entwicklung könnte ich das nicht mehr. Der übermächtige Einfluß Erzbergers hat unheilvoll gewirkt, aber daß das Zentrum auch die allerletzten Maßnahmen der Regierung stützen würde, hätte ich nicht für möglich gehalten. [...] Bei uns führt die Haltung des Berliner Zentrums dahin, daß alles dem Dr. Heim recht gibt; von einer Vereinigung ist keine Rede mehr, davon dürfte man selbst im engsten Kreise kaum mehr reden." Nachl. Bachem 465.

[42]) Als Antwort auf dessen Schreiben vom 6. April 1920 (s. die vorige Anm.).

[43]) Vgl. *KV* Nr. 301 vom 20. April 1920.

[44]) Vgl. *Albert*, Koalitionspolitik, S. 3.

„Wer ein solches Zusammenwirken beanstandet, verdächtigt und bekämpft, verfehlt sich an Volk und Vaterland." Angesichts des bevorstehenden Wahltermins erhielt der traditionelle Schlußaufruf zur Einheit und Geschlossenheit des Zentrums eine besonders präparierte Spitze: Wer die Einheit der Partei gefährde, versündige sich an den „unvergänglichen Idealen" und Interessen, die das Zentrum wahrzunehmen berufen sei.[45])

[45]) Ebd., S. 3 f.

Zweites Kapitel

Die Niederlage der Weimarer Koalition

1. Wahlkampf aus der Defensive

Die Besorgnisse um die Einheit und Zugkraft der Partei waren verständlich angesichts der am 6. Juni 1920 stattfindenden Reichstagswahl. Ihrem Ausgang vermochten die drei Koalitionsparteien, die sich gegen die bedenkenlose Agitation der extremen Parteien nicht entsprechend wehren konnten, angesichts der politischen und wirtschaftlichen Notlage keineswegs mit besonderer Zuversicht entgegenzusehen. Im Zentrum rechnete man mit einem Anwachsen der oppositionellen Stimmen.[1])

Den Wahlkampf mußte die in „stärkster politischer Gärung"[2]) befindliche Zentrumspartei, die mit inneren Schwierigkeiten zu rechnen hatte „wie wohl noch bei keiner früheren Wahl"[3]), aus einer taktisch ungünstigen Defensivposition führen. Selbst unbestreitbare Erfolge wie z. B. die Tatsache, daß Kirche und Schule „durch die Stürme der Revolution" hinübergeleitet werden konnten[4]), ließen sich propagandistisch nicht entsprechend auswerten, weil mit ihrer Diskussion sofort die Frage der Koalitionspolitik auftauchen mußte. Daran aber entzündete sich nach wie vor die innerparteiliche Kritik, deren Ausmaß und Stärke die Zentrumsparlamentarier lange unterschätzt hatten. Die von der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung erzielten politischen Ergebnisse waren viel zu wenig in das allgemeine Bewußtsein gedrungen.[5])

Die mit unverminderter Heftigkeit auftretenden Kritiker der Koalitionspolitik[6]) — auf deren Abwehr folglich das Schwergewicht der Agitation gelegt

---

[1]) Vgl. *KV* Nr. 406 vom 29. Mai 1920.

[2]) So *KV* Nr. 306 vom 21. April 1920.

[3]) So Franz *Wetzel*, Spaltung des Zentrums in eine christlich-demokratische und katholisch-konservative Partei?, in: Allg. Rundschau Nr. 22 vom 29. Mai 1920, S. 289.

[4]) So *Trimborn* in seiner Rede bei der Abschiedsfeier der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung. Vgl. *KV* Nr. 325 vom 28. April 1920.

[5]) Nach *Trimborn* (s. die vorige Anm.) erklärte sich die Tatsache, daß die Leistungen der Nationalversammlung bisher nicht die verdiente Anerkennung gefunden hätten, einmal „durch die Agitation der der Koalition abgeneigten Parteien" und zum andern daraus, „daß wir infolge der parlamentarischen Überlastung nicht in der Lage waren, unsere Tätigkeit durch Versammlungen ins rechte Licht zu setzen".

[6]) In der Allg. Rundschau Nr. 17 vom 24. April 1920 (S. 219 f.) faßte Hans *Eisele* die Vorwürfe noch einmal zusammen: einseitige Linksorientierung, Abhängigkeit von der SPD, Zurückstellen eigener programmatischer Forderungen, keine Distanzierung gegenüber der Linken, zu geringe

werden mußte[7]) — erhielten seit Ende März Zuzug aus anderen Gruppen unzufriedener Wähler. Weite Kreise verurteilten, wie bereits erwähnt, die vermeintlich unnötige Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber gewerkschaftlich-linksextremen „Erpressungsversuchen" unmittelbar nach dem Kapp-Putsch und die Bevorzugung der „roten" Gewerkschaften im Bielefelder Abkommen. In der Öffentlichkeit wurde die alte Frage, ob das Zentrum als die berufene Vertretung des deutschen politischen Katholizismus in der bisherigen Form weiterbestehen könne oder ob es einem „tiefgreifenden Wandlungsprozeß" unterworfen werden müsse[8]), erneut aufgegriffen. Die Tatsache, daß Erzberger in Württemberg wiederum als Reichstagskandidat aufgestellt worden war, erwies sich als Sprengpulver für die Partei.[9]) Der Zwiespalt in den Grundsätzen erschien gleichsam in dem Zwiespalt über Erzberger personifiziert, wie es Martin Spahn einige Tage nach der Wahl umschrieb[10]) und in diesem Zusammenhang ergänzte: Dieser Zwiespalt sei durch Erzberger „plakatmäßig zur Anschauung gebracht, vergröbert und mit stärkerer Leidenschaft" erfüllt worden.

Aber damit nicht genug. Im Verlauf des Wahlkampfs erwuchs dem Zentrum eine organisierte Gegnerschaft aus dem Lager des deutschen Katholizismus selbst. Neben einer gegen das Zentrum polemisierenden katholischen „Görres-Korrespondenz" — von einem Schwiegersohn Peter Spahns, dem Kölner Rechtsanwalt Karl Görres herausgegeben — rief eine „Nationale Arbeitsgemeinschaft deutscher Katholiken" in Berlin[11]) zur Wahl der Deutschnationalen Volkspartei auf. Unter deren Fittichen machte ein neugebildeter Katholikenausschuß

Selbständigkeit innerhalb der Koalition. Er kam zu dem Schluß: „Der Feind steht links, der Feind aller unserer Grundsätze, auf denen wir als Zentrumsanhänger und als praktische Katholiken fußen." Demgegenüber verteidigte *ten Hompel* am 20. Mai 1920 in einer Wahlversammlung die Koalitionspolitik, die es verhindert habe, daß wirtschaftliche Maßnahmen getroffen wurden, „die unserem kranken Wirtschaftskörper weitere tiefe Wunden geschlagen hätten". Nachl. ten Hompel.

[7]) Das kam besonders auf der im letzten Kapitel erwähnten Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums vom 17.—19. April 1920 in Berlin zum Ausdruck. Vgl. ferner den Artikel von Reichsminister *Giesberts*, Zentrum und Koalition, in: Der Zentrumswähler für das Jahr 1920, S. 297 ff., in dem Giesberts die „unabweisbare Notwendigkeit" hervorhob, die die „staatserhaltende Partei" des Zentrums zur Koalition mit der Sozialdemokratie („die sich zudem im Besitz der Macht befand") geführt habe. In der Abwehr von Vorwürfen formulierte *Giesberts* (S. 299): „Wenn also das Zentrum in der Koalitionsregierung an den positiven Staatsaufgaben mitarbeitet, so liegt darin nicht eine Preisgabe seiner Grundsätze, sondern [...] gerade die Wahrung dieser Grundsätze. Die Aufgabe, innerhalb der Neuregelung der staatlichen Verhältnisse die christliche Weltanschauung mit zur Geltung zu bringen, macht es dem Zentrum zur Pflicht, sich an der Koalitionsregierung zu beteiligen."

[8]) So *Wetzel* (s. Anm. 3), S. 289.

[9]) So Hans *Eisele* am 29. Mai 1920 an Bachem. Nachl. Bachem 465. Ähnlich der Trierer Rechtsanwalt A. *Kneer* in der *KV* Nr. 396 vom 25. Mai 1920 („es gärt an manchen Stellen").

[10]) Nach den deutschen Reichstagswahlen, in: Das Neue Reich Nr. 39 vom 27. Juni 1920, S. 632.

[11]) Der erste Bericht in der *KV* darüber — ohne Namensnennung der betreffenden Persönlichkeiten — findet sich am 15. April 1920 (Nr. 289). Der Abg. Maximilian *Pfeiffer* schrieb am

unter dem Vorsitz des Freiherrn Engelbert v. Landsberg-Vehlen viel von sich reden.[12]) In Aufrufen und Flugschriften dieses Ausschusses wurde das Zentrum als „Mitbegründerin der konfessionslosen unchristlichen Schule" und als Bündnispartner der SPD massiv angegriffen.[13])

Der im Herbst 1919 entbrannte Verfassungsstreit loderte wieder auf.[14]) Die konservativ eingestellten Katholiken gaben sich in der Öffentlichkeit als betont „national" und „vaterlandsliebend". Damit wurde gegenüber den Zentrumsanhängern der Eindruck erweckt, als sei der alte Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit berechtigt, auch wenn das Schimpfwort „Reichsfeinde" nicht ausdrücklich benutzt wurde. Daß die DNVP den katholischen Zuzug begrüßte und für ihre Zwecke propagandistisch auswertete, versteht sich von selbst.[15]) Die „Rechtskatholiken", die neben antidemokratischer und antirepublikanischer

---

12. Juli 1920 an seinen Bruder Anton (Generalsekretär der BVP): „Die Görres-Korrespondenz wird herausgegeben von einem Schwiegersohn unseres Kollegen Spahn. Der Vater sitzt in allen Kommissionen und in allen führenden Stellungen der Fraktion trotz beträchtlicher körperlicher Schwäche, Sohn [Martin Spahn] und Schwiegersohn beschimpfen uns." Nachl. Pfeiffer.

[12]) Engelbert Frhr. v. Landsberg-Vehlen aus Drensteinfurt bei Münster hatte sich bereits an der Jahreswende 1918/19 zur DNVP bekannt. In einem Referat im Rahmen der Staatspolit. Arbeitsgemeinschaft der DNVP am 13. Juni 1919 in Hamburg hatte er des näheren ausgeführt, warum er die Politik des Zentrums als einen Widerspruch gegen die kathol. Weltanschauung empfand und warum er die DNVP für geeignet hielt, alle diejenigen Katholiken aufzunehmen, „die aus nationalpolitischen, wirtschaftspolitischen und vor allem aus religiös-kulturellen Gründen sich beim Zentrum nicht mehr wohl fühlen". Ein gedruckter Text seiner Rede (S. 91 ff. des „15. Arbeitsabends" der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft) befindet sich im StA Hamburg, Nachl. Carl Petersen 38.

[13]) In *Der Zentrumswähler für 1924* hieß es, der Katholikenausschuß habe ferner Werbeschreiben versandt an solche Persönlichkeiten, „die in katholischen Kreisen ein gewisses Ansehen genießen" und möglichst auch in katholischen Organisationen tätig seien (S. 193). Einige Monate später, am 3. Dezember 1920, erklärte der Abg. *Gronowski* gegenüber den Vertretern der DNVP in der Preuß. Landesversammlung: „Nach den Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte, die wir als Zentrum mit Ihrer Unduldsamkeit, Ihrer Ungerechtigkeit gemacht haben, weigere ich mich zu glauben, daß die von Ihnen als nationalgesinnt bezeichneten Katholiken zu Ihren Parteien gegangen sind, um dort die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche wirksamer zu schützen und zu verteidigen. Nein, jenen Herrschaften paßt die ganze Richtung nicht, ihnen paßt die Sozialpolitik des Zentrums nicht, ihnen paßt die Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht, ihnen paßt die Demokratie nicht und ihnen paßt die Republik nicht." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 11, Sp. 14540.

[14]) In zwei Artikeln beschäftigte sich Carl *Bachem* mit den Schlagworten „Verfassung ohne Gott" und „Wir müssen zurück zu dem Zentrum der Windthorst und Mallinckrodt". Vgl. *KV* Nr. 418 vom 2. Juni 1920 und 420 vom 3. Juni 1920.

[15]) Rückblickend umschrieb Otto *Kunze* (Streiflichter, in: Allg. Rundschau Nr. 32 vom 10. August 1929, S. 613) diesen Sachverhalt folgendermaßen: „In der Deutschnationalen Volkspartei fanden sie [die Katholiken] gute Aufnahme. Denn der politische Protestantismus der Rechten war damals sehr kleinlaut. Vor dem Ansturm der kirchen- und besitzfeindlichen Linken suchte er Hilfe bei den Katholiken. Sie durch ehrliche Verständigung beim Zentrum zu erlangen, hinderten ihn religiöse und noch mehr preußische Vorurteile. Um so gelegener kamen ihm die deutschnationalen Katholiken."

Einstellung auch antisemitischen Gefühlen Ausdruck gaben[16]), sahen sich von den Zeitschriften „Hochland" und „Historisch-Politische Blätter" unterstützt, auch ohne daß deren Herausgeber immer offen die Belange der DNVP verfochten. Der Fall Erzberger bildete für manche Zentrumsanhänger, insbesondere auch Adlige und Intellektuelle, den willkommenen äußeren Anlaß[17]) für einen Übertritt zu den Deutschnationalen.[18]) Nach der voraufgegangenen Separation der BVP erhielt durch die secessio der „Rechtskatholiken" der Anspruch des Zentrums, allein die politischen Interessen der katholischen Bevölkerung zu vertreten, eine weitere Einbuße.

Zu den schärfsten und konsequentesten Gegnern des Zentrums bis 1933 hin — wo er dann mit anderen Gesinnungsgenossen zunächst die Nationalsozialisten unterstützte — entwickelte sich der in Neuß amtierende Landrat Hermann Freiherr v. Lüninck. Er gab sich als unermüdlicher publizistischer Verfechter der „alten Ideale" und Grundsätze des Zentrums aus[19]) und brandmarkte die Entwicklung des Zentrums von einer sozial-konservativen Partei der Mitte zu einer „liberal-sozialen und demokratisch-sozialen Linkspartei", die das Prinzip der „Grundsatzlosigkeit in der praktischen Politik" vertrete.[20]) In seiner Kritik am Zentrum sah er sich unterstützt von adligen Gesinnungsgenossen, besonders aus dem rheinisch-westfälischen Raum sowie aus Schlesien. Als sich der Verein katholischer Edelleute Deutschlands auf seiner Generalversammlung am 24. Februar 1920 in Münster im Anschluß an ein Referat Lünincks

---

[16]) Vgl. Martin *Spahn*, Das deutsche Zentrum und die Wahlen, in: Das Neue Reich Nr. 32 vom 9. Mai 1920, S. 512: „Vom sozialorganisatorischen [!] Gesichtspunkt aus ist die Verfassung ein glatter Versager. Ihr Urheber, der Berliner Jude Preuß, lebt und webt ausschließlich in den Gedankengängen des westlerischen Konstitutionalismus." (Vgl. dazu auch Anm. 21). Nach *Schreiber*, Deutsche Kirchenpolitik, S. 306 f., sind Versuche Stegerwalds gescheitert, Martin Spahn in Westfalen als Reichstagskandidat des Zentrums für diese Wahl aufstellen zu lassen.

[17]) Bezeichnend für den angeblichen Zusammenhang zwischen einer Preisgabe des föderativen Gedankens durch das Zentrum und der Aufnahme von Ideen der „westlichen Demokraten" — welcher Vorgang wiederum mit den Namen Erzberger verbunden wurde — ist der Angriff von Heinrich *Schrörs* (Die christl. Volksparteien in Deutschland, in: Das Neue Reich Nr. 40 vom 4. Juli 1920, S. 653 f.) gegen das Zentrum.

[18]) Dafür ist besonders bezeichnend ein am Vorabend der Reichstagswahl veröffentlichter Artikel von Hans *Eisele*, Reaktion, in: Allg. Rundschau Nr. 23 vom 5. Juni 1920, S. 303 f. Die folgende Charakterisierung des evang. badischen Publizisten Adam *Röder* von 1925 (Der Weg des Zentrums, S. 16) trifft zweifelsohne nur eine Seite der Angelegenheit: „Der zu den Deutschnationalen abgesplitterte Teil ist nicht groß genug, um als politisch zu bewertender Bestandteil beachtet zu werden. Es gilt von ihm, was oben von den abgesplitterten Demokraten und Liberalen gesagt wurde: Leute, denen das Materielle — in irgendeiner Form — über das Ideale geht; mittlere und größere Fabrikanten, Agrarier und ein kleiner Teil irregeleiteter Bauern, unzufriedene Akademiker, die es nicht verwinden können, daß der Prolet — auch wenn er etwas kann — ihnen gleichgestellt sein soll."

[19]) In einem Schreiben *Bachems* vom 10. Februar 1920 an Trimborn war die Rede von dem „törichten Landrat" v. Lüninck, „der sich als Kandidat des Zentrums aufstellen ließ und dann nur Reden *gegen* das Zentrum hielt". Nachl. Bachem 465.

[20]) Das Zentrum am Scheideweg, in: HPBl. 165, 1920, bes. S. 55, 68, 117. Zustimmend äußerte sich Heinrich *Schrörs*, in: Das Neue Reich Nr. 25 vom 21. März 1920, S. 390 ff.

zur Wiederherstellung der Monarchie „auf legalem Wege“ bekannte[21]), löste diese Aktion ein unterschiedliches Echo aus. Während Lüninck die Kundgebung als Schlag *gegen* die Zentrumspartei interpretierte[22]), distanzierte sich der Leiter der münsterischen Versammlung, Hermann Graf zu Stolberg-Westheim, von dieser Auslegung.[23]) Alois Fürst zu Löwenstein benutzte diese Gelegenheit, um nach eingehender Würdigung der Kundgebung seine Ansicht kundzutun, wonach auch in Zukunft nur Zentrum bzw. BVP als die politische Vertretung der deutschen Katholiken gelten könnten.[24])

Derartige positive Stellungnahmen erleichterten der Zentrumspartei den Kampf gegen die insbesondere in Kreisen der Akademiker und der Bauern vorhandenen „Rechts“-Tendenzen.[25]) Daneben mußte speziell das westdeutsche Zentrum einen nicht minder heftigen Kampf gegen partikularistisch eingestellte Sonderbündler führen, die sich vom Rheinischen Zentrum abgesplittert hatten. Die neu gebildete und von der BVP unterstützte „Rheinische Volksvereinigung“ machte lautstarkes Aufheben von ihrem Sonderdasein. Sie rekrutierte sich nahezu ausschließlich aus Bauern- und Mittelstandskreisen, zu denen einige Kleriker traten, darunter der Bonner Kirchenhistoriker Heinrich Schrörs. Als Sammelbecken unzufriedener Zentrumsanhänger[26]) gab sich diese Vereinigung als „positive Reformpartei“ aus, um das Zentrum von innen her zu reformieren. Ihre Propaganda spekulierte in erster Linie auf den tiefsitzenden Verdruß vieler

[21]) Vgl. *KV* Nr. 165 vom 1. März 1920. Bemerkenswert ist der letzte Punkt der Kundgebung: „10. Den Einfluß rassefremder Elemente als der Hauptträger des verderblichen Wuchergeistes, der Korruption und des arbeitslosen Gewinnstrebens aus dem öffentlichen Leben Deutschlands möglichst auszuschalten.“ Dazu schrieb einige Wochen später der frühere Abg. Alois *Fürst zu Löwenstein* (Der kathol. Adel Deutschlands und die Politik, in: Allg. Rundschau Nr. 14 vom 3. April 1920, S. 185): „Das Zentrum hat bisher jeden Antisemitismus abgelehnt. Die Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre werden aber auch dem Zentrumsmann den Wunsch erlauben, ‚den Einfluß rassischer Elemente [...] auszuschalten‘. Im Lichte der Münchener Räteregierung z. B. betrachtet, wird dies niemand — der ehrlich-deutsche Jude am wenigsten — als rohen Antisemitismus verurteilen können.“

[22]) In einer Zuschrift, die die *Deutsche Tageszeitung* (Berlin) Nr. 112 vom 1. März 1920 veröffentlichte. Vgl. *KV* Nr. 203 vom 13. März 1920.

[23]) Im *Westfäl. Volksblatt* (Paderborn) Nr. 70 vom 12. März 1920, in dem es u. a. hieß: „Gewiß sind die Teilnehmer der Versammlung einig in der Mißbilligung der Entwicklung der Zentrumspartei; einer Mißbilligung, die von weiten Zentrumswählerkreisen entschieden und zunehmend geteilt wird. An den alten Zentrumsgrundsätzen will man aber auch weiterhin festhalten. [...] Gerade die Entschließung beweist, daß der katholische Adel nicht schmollend beiseite stehen, sondern positiv mitwirken will, daß zahlreiche seiner Mitglieder bereit sind, diese Mitwirkung innerhalb der Zentrumspartei zur Geltung zu bringen, soweit dazu die Möglichkeit geboten wird.“

[24]) S. Anm. 21. Auszugsweise abgedr. in: Das Neue Reich Nr. 31 vom 2. Mai 1920, S. 508 f.

[25]) Auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 1. November 1920 erklärte der Abg. *Herold:* „Akademiker und Landwirtschaft (Bauernvereine) haben den letzten Wahlkampf gegen die Zentrumspartei geführt, die Mitglieder der Bauervereine selbst aber haben treu zum Zentrum gehalten.“ Nachl. ten Hompel.

[26]) Am 31. Mai 1920 charakterisierte Carl *Bachem* (an Dompropst Pichler) die neue Vereinigung als ein „buntes Durcheinander von Leuten, die einfach mit dem Zentrum unzufrieden“ gewesen seien. Nachl. Bachem 465.

Zentrumswähler über die Koalitionspolitik, aber nicht minder auf die latenten rheinischen Antipathien gegen Berlin.[27])

Wenngleich es dem Zentrum nicht schwerfiel, das von der Volksvereinigung geforderte rheinische Sonderparlament als eine Konzession an die Wünsche der französischen Besatzungsmacht zu entlarven[28]), so blieb diese Splittergruppe dennoch ein ernst zu nehmender Gegner, auch wenn die von ihr präsentierte Kandidatenliste für die Reichstagswahl aus einer „Sammlung von unbekannten und unbedeutenden Leuten, die nur einig sind in dem Gedanken, dem Zentrum Schaden zuzufügen"[29]), bestand. Es war vorauszusehen, daß die von der BVP unterstützten rheinischen Reformer[30]) dem Zentrum „einigen Abbruch" tun würden[31]), um so mehr, als der Versuch scheiterte, mit der BVP — aus deren Reihen soeben noch zahlreiche Abgeordnete an der Abschiedsfeier der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung in Berlin teilgenommen hatten[32]) — in einem Wahlabkommen die beiderseitigen Interessen gegeneinander abzugrenzen.[33])

---

[27]) Gegen die neue Partei nahmen Anhänger des Zentrums in zahllosen Zeitungsartikeln und Wahlreden Stellung, auch in einer eigenen Broschüre „Zentrum und Rheinische Volksvereinigung", herausgegeben vom Generalsekretariat der Rhein. Zentrumspartei.

[28]) Ein unter Leitung *Trimborns* gefaßter entsprechender Beschluß des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei vom 3. Februar 1920 (vgl. *KV* Nr. 96 und Nr. 98, beide vom 4. Februar 1920) wurde am 19. April 1920 vom Reichsparteiausschuß gebilligt. Vgl. *KV* Nr. 301 vom 20. April 1920.

[29]) So *Bachem* (s. Anm. 19).

[30]) Das Auftreten *Heims* auf einer Wählerversammlung der „Volksvereinigung" in Köln kommentierte Carl *Bachem* in dem bereits erwähnten Schreiben an Pichler vom 31. Mai 1920 (s. Anm. 26) mit den Worten: „Was würde man wohl in München sagen, wenn jetzt rheinische Zentrumspolitiker dorthin kämen und in Landesversammlungen gegen die Bayerische Volkspartei sprechen wollten?"

[31]) So *KV* Nr. 381 vom 19. Mai 1920.

[32]) Vgl. *KV* Nr. 325 vom 28. April 1920.

[33]) Am 3. Mai 1920 bezeichnete der BVP-Abg. *Schirmer* (Pasing) in einem Schreiben an den Chefredakteur der Augsburger Postzeitung, Merkle, den derzeitigen Gesandten in Paris (Mayer-Kaufbeuren) als denjenigen Mann, „der die engere Verbindung zwischen B.V. und Zentrum wieder zuwege brächte". Mayer sei bereit, „zu dem angegebenen Zwecke" wieder ein Mandat anzunehmen. Nachl. Mayer-Kaufbeuren. Am 29. Mai 1920 suchte sich *Mayer-Kaufbeuren* von Paris aus über das Bündnis der BVP mit der Christl. Volkspartei Klarheit zu verschaffen. Auf eine entsprechende Anfrage hin antwortete der führende BVP-Politiker und bayer. Finanzminister *Speck* am 29. Mai 1920 telegraphisch: „Mit christlicher Rheinlandpartei nur Reichslistenverbindung zur Verwertung von Reststimmen für christliche Parteien, da Verhandlungen mit Zentrum wegen Mandatszahl scheiterten." Ausführlicher war die telegr. Antwort des ebenfalls befragten Legationsrats *v. Prittwitz* im Ausw. Amt vom 30. Mai 1920: „Aufstellung gemeinsamer Reichswahllisten Bayerischer Volkspartei mit vom Zentrum abgesplitterter rheinischer christlicher Partei und nassauischer Rechtspartei ist erfolgt, nachdem Einigung über gemeinsame Reichsliste zwischen Bayern und Zentrum mißlungen. [...] Die Bayern beanspruchten Mithereinnahme rheinischer Volkspartei in gemeinsame Liste und zweite Rangstelle. Zentrum ablehnte ersteres grundsätzlich, letzteres, weil Bayern Kreislistenverbindung, daher kein nennenswerter Überschuß für Reichsliste möglich; anbot Bayern 8. Stelle. Bündnis zwischen Bayern und Rheinländern vermutlich schon vorher verabredet. Bei Gründung rheinischer Partei Heim

Von einem Versuch des Zentrums, ähnlich wie an der Jahreswende 1918/19 größere Teile der evangelischen Bevölkerung eigens anzusprechen und als Wähler zu gewinnen, ist in den Wochen des Wahlkampfs ebensowenig zu spüren[34]) wie von einer klaren politischen Konzeption. Die Partei schloß weder ein befristetes Wahlbündnis mit bürgerlichen Parteien noch richtete sie den Wahlkampf konzentrisch gegen die Sozialdemokratie. Die Zentrumspolitiker vermieden es peinlich, sich auf eine bestimmte Koalition festzulegen. Die vollständige Entschlußfreiheit der künftigen Reichstagsfraktion wurde hier zum ersten Mal zum Prinzip erhoben.[35]) Das Dilemma vom Januar/Februar 1919 (Wahlkampf gegen die SPD und anschließend Koalitionsbildung mit der SPD) war noch zu frisch in der Erinnerung. Der Wahlaufruf des Parteivorstands forderte die Bildung einer tragfähigen Regierung aus den Reihen aller „wertvollen"(!) Volksgruppen. Wie sollte eine solche Defensivtaktik der betont herausgestellten „Notwendigkeit einer starken Mitte" die erforderliche Durchschlags- und Überzeugungskraft verschaffen?

Der Wahlaufruf des Reichsparteivorstands stellte die ganz allgemein umschriebene „Idee der christlichen Volksgemeinschaft" heraus. Sie sollte durch die üblichen schablonenhaften und unverbindlichen Postulate nach Förderung und Schutz für alle einzeln aufgezählten Berufszweige erreicht werden. Konkret wurden die Vorlage eines Reichsschulgesetzes und die Beseitigung der preußischen Hegemonie gefordert, ohne allerdings dafür einen Weg zu bezeichnen. Der Appell an die Wähler vergaß nicht einen Hinweis auf die „erhabenen Ziele" der Partei.[36])

Für derartige Ziele einzutreten wurde jedoch den Zentrumsanhängern nicht leicht gemacht. Die Annahme einer Reichstagskandidatur durch Erzberger

---

als Redner angekündigt; Kandidat Bothmer sprach in Köln namens bayerischen Volks. Künftige Fraktionsgemeinschaft offiziell noch nicht beschlossen, aber bayerische Partei ankündigt bereits Kristallisation deutscher Föderalisten im Reichstag um Bayerische Volkspartei. [BVP-]Korrespondenz nimmt scharf Stellung gegen Zentrum; Zusammengehen sei ausgeschlossen wegen voraussichtlichen Wiedereintritts Erzbergers." Ebd.

[34]) In einem Bericht über die Tagung des Reichsparteiausschusses (s. Anm. 28) heißt es sehr vage: „Die Vertretung der [...] evangelischen Bevölkerung wurde erörtert."

[35]) Vgl. *KV* Nr. 301 vom 20. April 1920 und den Artikel von Reichsminister *Giesberts*, Zentrum und Koalition, in: Der Zentrumswähler für das Jahr 1920, S. 302. In einer viel beachteten Stellungnahme „Vor den Wahlen" verteidigte Alois *Fürst zu Löwenstein* (in: Allg. Rundschau Nr. 20 vom 15. Mai 1920, S. 263 f.) die Taktik der Partei, ließ aber keinen Zweifel daran, daß er einem Wahlbündnis mit den bürgerlichen Parteien den Vorzug geben würde. Den gleichen Gedanken hatte bereits früher die *KV* Nr. 306 vom 21. April 1920 vertreten.

[36]) Vgl. *KV* Nr. 336 vom 3. Mai 1920; *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 89 ff. Der Aufruf des Vorstands der Rhein. Zentrumspartei (vgl. *KV* Nr. 343 vom 5. Mai 1920) wurde nur in einem Punkt deutlicher als der Aufruf des Reichsparteivorstands. Er forderte, bei der „organischen inneren Umbildung des Reiches" auf die rhein. Selbständigkeit Rücksicht zu nehmen.

löste weithin heftigen Unwillen aus.[37]) In ganz anderem Ausmaß als vor der Wahl zur Nationalversammlung erwies sich die Aufstellung der Kandidatenlisten als Quelle langwieriger und unliebsamer Schwierigkeiten. Es kostete unverhältnismäßig große Mühe, nach dem Schematismus-Verfahren die Vertreter der Berufsstände in den einzelnen Wahlkreisen entsprechend zu plazieren.[38]) Beachtliche Erfolge erzielten dabei in erster Linie die Landwirte, die im Rheinland die Zahl ihrer Kandidaten verdoppeln konnten.[39]) Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich im Januar der Reichsparteitag des Zentrums als eine Art Wiedergutmachung einmütig dafür ausgesprochen hatte, bei der nächsten Wahl in größerem Umfang Vertreter bäuerlicher und agrarischer Interessen zu berücksichtigen. Als Folge dieser Politik mußten einige Frauen von den oberen Plätzen der regionalen Kandidatenlisten zurücktreten, obwohl über den prozentualen Anteil weiblicher Zentrumswähler volle Klarheit herrschte.

Auch die Vertreter der Arbeiterschaft konnten die von ihnen bei der Wahl zur Nationalversammlung errungene dominierende Stellung[40]) nicht halten, ohne daß allerdings deswegen aus Kreisen der Arbeiterschaft Unzufriedenheit laut

---

[37]) Für die bereits wiederholt gekennzeichnete Unzufriedenheit mit dem Zentrum ist ein Schreiben des Benrather Brennereibesitzers Carl *Dreckmann* an die Düsseldorfer Zentrumspartei bezeichnend, mit dem er am 14. Mai 1920 seinen Austritt aus der Partei erklärte: „Bestimmend waren für mich insbesondere die Verdrängung des rechten Flügels aus seiner bisherigen Stellung innerhalb der Partei und das Versagen der Partei in wirtschaftlichen Fragen durch das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Die unbestimmte und lavierende Haltung der Partei in der Koalitionsregierung, welche sich unter anderem in der Abschaffung der Nationalfarben, dem Eintreten für den Untersuchungsausschuß, für das Bielefelder Abkommen und teilweise für den Maifeiertag sowie in der Besetzung wichtiger Staatsstellen mit Parteileuten statt mit Fachleuten kundgab, hat vielfach Enttäuschung hervorgerufen. Das Zentrum trägt weiterhin einen Teil der Schuld an den verworrenen Zuständen im Innern des Vaterlandes, welche durch die schwache Haltung der Regierung gegenüber den Aufrührern im Ruhrgebiet und die unentwegte Beibehaltung der die wirtschaftliche Kraft des Volkes untergrabenden Kriegsgesellschaften charakterisiert werden. Insbesondere aber hat mich zu dem Austritt die Tatsache bewogen, daß die gefährliche und zersetzende Tätigkeit des Abgeordneten Erzberger, die in meinen Kreisen seit Jahren großen Ärger und Anstoß erregt hat, sowohl während des Krieges wie vorher von der *eigenen* Partei nicht erkannt worden ist. Wenn ich auch andererseits die großen Verdienste der Partei, namentlich auf kulturellem Gebiete, sehr zu würdigen weiß, und die gewaltige Arbeit, die geleistet ist, nicht unterschätze, so muß ich doch aus den oben angeführten Gründen bitten, von meiner Kandidatur [die ihm angeboten worden war] Abstand zu nehmen." Stadtarchiv Düsseldorf XXI/97.

[38]) Bereits am 15. September 1919 hatte Redakteur *Teipel* (Opladen) auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln kritisiert, daß die „kommenden Kandidaten wieder fast ausschließlich vom Interessenstandpunkt aus ausgesucht werden. Wenn Sie haben wollen, daß das sittliche Element in unserer Fraktion stark hervortritt, dann sorgen Sie dafür, daß auch gewisse wissenschaftliche Theoretiker in unserem Parlament vertreten bleiben und nicht allein die Interessen." Vgl. Bericht, S. 95.

[39]) Vgl. *KV* Nr. 364 vom 13. Mai 1920.

[40]) Der Kölner Diözesan-Arbeiterpräses *Kleine-Nathland* bezeichnete es nicht als Überschreitung des „Standesrechts" (!), wenn sich unter den 35 Abgeordneten der 5 westlichen preuß. Wahlkreise 9 Vertreter des „handarbeitenden Standes" befänden. Vgl. *KV* Nr. 342 vom 5. Mai 1920.

wurde.[41]) Die Tatsache, daß in Berlin eine eigene parteiinterne Ausgleichsstelle für strittige Fälle bei Aufstellung der Kandidatenliste geschaffen werden mußte[42]), erweist zur Genüge, wie stark die Ansichten auseinandergingen. Die schließlich als Wahlkandidaten herausgestellten Persönlichkeiten bildeten ein berufsmäßig weitgehend paritätisch zusammengesetztes Gremium. Das Zentrum geriet dadurch allerdings ernsthaft in Gefahr, sich zu einem „Zweckverband wirtschaftlicher Gruppen"[43]) zu entwickeln. Im Sinne des eingestandenen „Nachholbedarfs" wurde auch der Reichsparteiausschuß ergänzt. Unter 15 neuen Mitgliedern befanden sich nicht weniger als 5 Redakteure und 2 Industrielle (F. Klöckner, ten Hompel).[44])

Angesichts „häßlicher Interessenkämpfe"[45]) und schwelender Spannungen bedeutete es um so mehr, daß sich die katholischen Arbeitervereine nachdrücklich zum Zentrum bekannten[46]), ebenso auch zahlreiche Geistliche. An ihrer Spitze stand der Paderborner Weihbischof v. Hähling, der dabei ausdrücklich

---

[41]) Die *KV* Nr. 364 vom 13. Mai 1920 sprach von einem „gerechten Ausgleich", dem die Arbeitervertreter „keine unsachlichen Schwierigkeiten" entgegengesetzt hätten. *ten Hompel* gab in einer Wahlrede in Münster am 20. Mai 1920 (s. Anm. 6) „seiner hohen Genugtuung darüber Ausdruck, daß [...] unter Zustimmung der Vertreter aller Stände für den Wahlkreis Westfalen-Nord eine Industrie-Kandidatur an sicherer Stelle" geschaffen worden sei und daß gerade auch die Vertreter der Arbeiterschaft dafür „mit Wärme" eingetreten seien.

[42]) Höchst aufschlußreich ist ein von *Trimborn* unterzeichnetes Schreiben dieser Ausgleichsstelle vom 10. Mai 1920 an Wilh. Marx, der im Wahlkreis 25 (Düsseldorf) hinter Giesberts an 2. Stelle nominiert worden war: „Nach übereinstimmenden Nachrichten kann die 4. Stelle im Wahlkreis Düsseldorf, an welche Frau [Helene] Weber gesetzt ist, nicht als absolut sicher angesehen werden. Es muß aber [...] der höchste Wert darauf gelegt werden, daß Fräulein Weber, die eine hervorragende Kraft darstellt, der Fraktion unter allen Umständen erhalten bleibt. Die Versammlung hat darum ausnahmslos beschlossen, an den dortigen Wahlkreis die dringende Bitte zu richten, Frau Weber einen besseren, absolut sicheren Platz zu geben. [...] Wenn es nicht geschähe, so würde das üble Rückwirkungen haben auf die gesamte Anhängerschaft der Partei unter den Frauen, die zahlenmäßig die der Männer überragt. Diejenigen bewährten Frauen, die wiederaufgestellt sind, müssen unter allen Umständen auch gewählt werden." Daraufhin erhielt Trimborn postwendend die Antwort, daß beschlossen worden sei, Giesberts an die erste, Marx an die zweite, Verbandsdirektor Schlack an die dritte und Frau Weber an die vierte Stelle zu setzen. Ausschlaggebend dafür sei die Erwägung gewesen, „daß das vierte Mandat gesicherter sei mit der Besetzung von Frau Direktorin Weber als mit der des Herrn Verbandsdirektors Schlack. Nunmehr besteht die Möglichkeit, die Frauen restlos zur Wahlurne heranzuholen, und auch die mehr oder weniger verärgerten Kreise des Mittelstandes haben keine Ursache fernzubleiben. Steht aber der Genossenschaftler Schlack an vierter Stelle, dann werden weite Kreise des Mittelstandes nicht wählen, und auch die Frauen werden weniger interessiert sein, wenn ihre Kandidatin ohnehin als gewählt betrachtet werden kann." Stadtarchiv Düsseldorf XXI/97.

[43]) Vgl. *KV* Nr. 292 vom 16. April 1920. Warum Carl Sonnenschein eine Kandidatur zum Reichstag abgelehnt hat, ist aus der Biographie *Thrasolts*, die nur das Faktum verzeichnet (S. 225), nicht ersichtlich.

[44]) Vgl. *KV* Nr. 301 vom 20. April 1920.

[45]) So der Abg. *Eßer* im Herbst 1920. Vgl. *KV* Nr. 745 vom 25. September 1920.

[46]) Auf dem Verbandstag der Kathol. Arbeitervereine Westdeutschlands am 14. Mai 1920 in Düsseldorf. Vgl. *KV* Nr. 370 vom 15. Mai 1920.

die Koalitionspolitik des Zentrums verteidigte.[47]) Dennoch fehlte eine ähnlich wirksame geistliche Wahlparole wie im Winter 1918/19, als der Partei das „christentumsfeindliche Gebrüll" Adolf Hoffmanns[48]) zugute gekommen war.

Im Zentrum wußte man, daß zahlreiche bisher sichere Stimmen schon allein deswegen verlorengehen würden, weil die überwiegend katholische Bevölkerung der im Westen und im Osten abgetrennten Reichsgebiete nicht mehr ihr Votum abgeben konnte. Aber trotz aller Unsicherheit und Ungewißheit über den Wahlausgang vertraute man auf den traditionellen Wählerstamm („Das Zentrum ist nicht mit einigen Trompetenstößen umzublasen")[49]) und glaubte, den Abend des 6. Juni mit der zuversichtlichen Gewißheit abwarten zu können, daß auch im neuen Reichsparlament keine tragfähige Mehrheit ohne das Zentrum möglich sein werde.[50])

[47]) Vgl. *KV* Nr. 405 vom 28. Mai 1920.

[48]) So Martin *Spahn* (s. Anm. 16), S. 511.

[49]) So *KV* Nr. 354 vom 9. Mai 1920.

[50]) So *KV* Nr. 406 vom 29. Mai 1920.

2. Risse im Zentrumsturm:

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920

„Die Zentrumspartei ist stets der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht geblieben, und unsere Wähler werden, wie sie seit Jahrzehnten für uns gewählt haben, auch weiter für uns stimmen, ob wir im Dezember wählen oder im Januar oder Februar."

Abg. Hager am 7. Oktober 1920.[1])

Der Ausgang der Wahl war durch eine geringere Wahlbeteiligung als im Vorjahre (78,4 statt 82,7 v.H.) und durch ein sprunghaftes Anwachsen der Stimmen für die rechts- und linksextremen Parteien auf Kosten der DDP und der SPD gekennzeichnet. Er bedeutete eine entscheidende Niederlage für die Parteien der Weimarer Koalition (Rückgang von 76 auf 44 v.H. der Mandate). Der kaum begonnene Versuch des staatspolitischen Parteienkompromisses war damit gescheitert. Die Republik konnte sich von nun an nicht mehr auf eine tragfähige parlamentarische Mehrheit stützen. Das parlamentarische System geriet in eine mehr oder weniger offene Dauerkrise.[2])

Auch das Zentrum mußte am 6. Juni 1920 Verluste hinnehmen, wenngleich es von den drei Regierungsparteien mit 3845001 Stimmen (= 13,6 v.H.; 1919: ohne BVP 15,1 v.H.) weitaus am besten abschneiden konnte. Von den 70 Man-

[1]) In der Preuß. Landesversammlung. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 12904.

[2]) Vgl. *Conze*, Die deutschen Parteien, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 16.

daten, die der Partei nach dem Ausscheiden der BVP im Januar 1920 verblieben waren, behielt das Zentrum 68 (von insgesamt 459).[3]) Der beträchtliche Rechtsruck der Wahl kam der BVP zugute, die einen Stimmenzuwachs von 3,7 auf 4,2 v.H. verzeichnen konnte und 21 Mandate, also 3 mehr als 1919, gewann.[4]) Erneut zeigte sich, daß die Wahlbeteiligung in den Gebieten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung, besonders auffallend in Köln (83,7 v.H.) und Oppeln (87,5 v.H.), erheblich unter dem Reichsdurchschnitt lag (Ausnahmen: Münster und Düsseldorf), insgesamt um 3 v.H.[5]) Auf Grund der in 18 Wahlkreisen teilweise getrennt vorgenommenen Stimmabgabe von Männern und Frauen ergab sich, daß die Wählerschaft des Zentrums zu 59 v.H. — in einzelnen badischen Gebieten zu einem noch erheblich höheren Prozentsatz — aus Frauen bestand.[6]) Um so größer war deren Erstaunen, als sich herausstellte, daß als Folge des erwähnten Schematismus-Verfahrens und des Kampfes der einzelnen Berufsstände um die Plazierung auf den Kandidatenlisten dem Reichstag nurmehr 3 weibliche Zentrumsabgeordnete (1919: 5) angehörten (= 4,4 v.H. der Fraktionsstärke. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen betrug 7,7 v.H.).

Eine Aufgliederung des prozentualen Anteils der für das Zentrum abgegebenen Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen ergibt sich aus der Tabelle auf der folgenden Seite, bei der die Zahlen von 1919 wegen des veränderten Wahlgebiets (Abtrennung vom Reichsgebiet; Neubildung von Wahlkreisen) und anderer Umstände (Eingliederung der heimgekehrten Soldaten; geändertes Wahlverfahren) nicht zum Vergleich herangezogen werden können.

Einen relativ unbedeutenden Stimmenzuwachs (von jeweils weniger als 1 v.H.) gewann das Zentrum nur in den Wahlkreisen Württemberg[7]), Weser-Ems, Frankfurt/O., Pommern und Baden. Ganz allgemein waren in katholischen Diasporagebieten (Ausnahme: Baden) die geringsten Einbußen (von weniger als

[3]) Da die Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten Oberschlesiens, Ostpreußens und Schleswig-Holsteins erst im Febr. 1921 bzw. im Nov. 1922 zur Wahl gehen konnte, behielten diejenigen Abgeordneten, die 1919 in diesen Gebieten gewählt worden waren, vorerst ihr Mandat. Die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz errechnete einen Ausfall von 4 Mandaten durch den Verlust von Danzig, Posen und dem Saargebiet. Vgl. *KV* Nr. 443 vom 11. Juni 1920.

[4]) Auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses am 31. Oktober 1920 erklärte Reichsarbeitsminister *Brauns* rückblickend: „Falls in Bayern unter der Flagge Zentrum gewählt worden wäre, würden dort nicht so viel Stimmen aufgebracht sein wie jetzt für die BVP." Nachl. ten Hompel.

[5]) Vgl. *Schauff*, Die deutschen Katholiken, S. 57, 60. Ob besonders „Akademiker und Mittelstand in großer Zahl" ihr Wahlrecht nicht ausübten, wie Martin *Spahn* glaubte (Nach den deutschen Reichstagswahlen, in: Das Neue Reich Nr. 39 vom 27. Juni 1920, S. 633), läßt sich nicht nachprüfen. Nach *Zeender*, The German Catholics, S. 371, haben zahlreiche Katholiken, die 1919 zur Wahl gegangen sind, seitdem nicht mehr gewählt.

[6]) Vgl. *Schauff*, ebd., S. 65, 67; *Bremme*, Die politische Rolle der Frau, S. 76. In Köln wurden für das Zentrum 33000 männliche und 49000 weibliche Wahlstimmen abgegeben. Vgl. *KV* Nr. 473 vom 25. Juni 1920. Für Baden: *Schauff*, ebd., S. 64 f.

[7]) *Bolz* schrieb am 10. Juni 1920: „In Württemberg hat sich das Zentrum glänzend gehalten, leider nicht überall so im Reich." Vgl. *Miller*, Bolz, S. 171.

Zentrumsstimmen in v.H.	Zahl der Wahlkreise	Namen der Wahlkreise
10—1	18	Ostpreußen, Liegnitz, Frankfurt/O., Südhannover-Braunschweig, Thüringen, Berlin, Potsdam II und I, Dresden-Bautzen, Magdeburg, Hamburg, Osthannover, Merseburg, Schleswig-Holstein, Pommern, Leipzig, Mecklenburg, Chemnitz-Zwickau
20—11	4	Breslau, Weser-Ems, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt
30—21	3	Westfalen-Süd, Düsseldorf-Ost, Württemberg
40—31	3	Oppeln, Westfalen-Nord, Baden
50—41	1	Düsseldorf-West
60—51	2	Koblenz-Trier, Köln-Aachen

1 v. H.) zu verzeichnen. In ähnlichen Grenzen blieben die Verluste in Westfalen-Süd, Breslau und Liegnitz. Demgegenüber erfolgten die stärksten Einbrüche in den „Zentrumsturm" in den überwiegend katholisch besiedelten Wahlkreisen Köln-Aachen (51,9 statt 59,7 v. H.), Oppeln (40,1 statt 48,4 v.H.) und Düsseldorf-West (42 statt 49,8 v. H.).

Außer diesen zuletzt genannten Wahlkreisen zeigten auch andere Gebiete mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von über 55 v. H. — mit Ausnahme Badens — einen relativ stärkeren Stimmenrückgang (Trier, Münster, Koblenz) als diejenigen Gebiete, in denen der Anteil zwischen 30 und 43 v.H. (Arnsberg, Breslau, Wiesbaden, Minden, Hessen) betrug (Ausnahme: Württemberg). Unter den Gebieten, die einen katholischen Bevölkerungsanteil zwischen 14 und 22 v.H. aufwiesen (Erfurt, Kassel, Liegnitz, Hannover) und in denen das Zentrum geringfügige Verluste erlitt, konnte nur Oldenburg, wo die wählenden Katholiken „nahezu ausnahmslos" für das Zentrum stimmten[8]), einen Stimmenzuwachs (um 6 v.H.) melden. Nach der Trennung von der BVP war das Zentrum zu fast 80 Prozent eine Partei des Landes Preußen geworden[9]), wo ihr Stimmenanteil bei 17,7 v.H. lag. Nach Gemeindegrößen umgerechnet, entfielen auf die Partei in Orten bis zu 2000 Einwohnern 39 v.H., in Orten von 2000 bis 5000 Einwohnern 15 v.H., mit 5000 bis 10000 Einwohnern 9 v.H. und mit über 10000 Einwohnern 37 v.H. der Gesamtstimmen.[10]) Der Anteil evangelischer Wähler ist nicht zu ermitteln.[11])

[8]) Vgl. *Franz*, Wahlen in Niedersachsen, S. 46.

[9]) Vgl. *Schauff*, Katholiken, S. 51.

[10]) Vgl. *Striefler*, Deutsche Wahlen, S. 55.

[11]) Am 21. Juni 1922 erklärte der Abg. *Heß* im Preuß. Landtag: „Wir [...] haben gar keine Ahnung davon, welche evangelische Christen uns wählen. [...] Es bleibt Tatsache, daß die überwiegende Masse der Katholiken hinter dem Zentrum steht." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 11050.

Die für die Januarwahl von 1919 festgestellte Relation zwischen dem prozentualen Anteil der katholischen Wahlberechtigten in den einzelnen Gebieten und den für das Zentrum abgegebenen Stimmen veränderte sich geringfügig zuungunsten des Zentrums. Von den Stimmen der wahlberechtigten (nominellen) Katholiken (29,5 v.H. aller Wählenden) erhielt das Zentrum 60,3 v.H. (1919 einschließlich BVP: 62,8 v.H.), ohne Berücksichtigung der Frauen 54,2 v.H. und ohne Berücksichtigung der Frauen und der Diasporagebiete 51,5 v.H.[12]) Von den Stimmen der bekenntnistreuen Katholiken fielen dem Zentrum etwa 75 v.H. zu. Durch den Wahlausgang war die Zentrumspartei im Reichstag von der zweiten an die dritte Stelle zurückgefallen, dicht gefolgt von DNVP und DVP.

Die Zentrumspresse — deren erste Kommentare: „Der Zentrumsturm steht fest"[13]), rasch abgeschwächt werden mußten — erklärte die Stimmenverluste zum Teil mit der Wahlflauheit[14]) und in den westlichen Reichsgebieten mit der durch die „Rheinische Volksvereinigung" (1 Mandat) — die sich auch „Christliche Volkspartei" nannte — in die katholische Wählerschaft getragene Verwirrung.[15]) Über das Ausmaß der „nicht ernst genug zu beachtenden Schwächung" der Partei[16]) gab man sich kurze Zeit später keinen Illusionen hin. Die nüchterne Einsicht lautete: Das Zentrum habe nicht gesiegt, sei aber auch nicht untergegangen.[17])

Als wichtigste Gründe für den Stimmenverlust galten die Verärgerung früherer Zentrumswähler über die Koalitionspolitik des letzten Jahres und die damit im Zusammenhang stehende, durch den Fall Erzberger verschärfte Parteikrise[18]) sowie über die Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften nach dem Kapp-Putsch. Als vordringlich wurde eine verstärkte Aufklärung der Wählerschaft bezeichnet.[19]) Mit unverhohlener Schadenfreude nahm

[12]) Vgl. *Schauff*, Katholiken, S. 76.

[13]) So *KV* Nr. 430 vom 7. Juni 1920.

[14]) Vgl. *KV* Nr. 433 vom 8. Juni 1920. In seiner Stellungnahme zur Regierungserklärung Fehrenbachs vom 30. Juni 1920 bezeichnete *Trimborn* die große Wahlflauheit als ein „nicht gerade besonders gutes Zeichen für die politische Reife des deutschen Volkes." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 48.

[15]) Nach der *KV* Nr. 441 vom 10. Juni 1920 verzeichneten Köln (Verlust von 35000 Stimmen) und Aachen (Stadt und Landkreis 15700 Stimmen) den stärksten Rückgang für das Zentrum.

[16]) So *KV* Nr. 435 vom 8. Juni 1920. Acht Jahre später sprach Reichsarbeitsminister *Brauns* (Das Zentrum, S. 81) von „schweren Rückschlägen", die das Zentrum 1920 erlitten habe.

[17]) So *KV* Nr. 451 vom 14. Juni 1920. Die Behauptung des Abg. *Gronowski* (auf dem Parteitag des Preuß. Zentrums am 12. Dezember 1920 in Berlin; vgl. *KV* Nr. 976 vom 13. Dezember 1920), die Mehrzahl der Zentrumswähler seien Landwirte und Arbeiter, kann schon deswegen nicht zutreffen, weil die weiblichen Wähler das größte Kontingent stellten.

[18]) *Troeltsch* notierte unter dem 1. Juli 1920 (Spektator-Briefe, S. 142): „Dem Zentrum hat natürlich Erzberger, d. h. in Wahrheit sein Kompromiß mit stark demokratischer Richtung und mit sozialistischen Steuergedanken, daneben die Persönlichkeit Erzbergers, geschadet." Nach *Treitz*, Korum, S. 170, hat sich der Trierer Bischof trotz seiner Kritik an der Erzbergerschen Politik „noch mit seinen Krücken zur Wahlurne geschleppt" und seine Stimme für das Zentrum abgegeben.

[19]) Vgl. *KV* Nr. 443 vom 11. Juni 1920.

man zur Kenntnis, daß der einzige für die „Volksvereinigung" gewählte Abgeordnete (Deermann-Köln) trotz starken Drängens von Heim nur durch eine denkbar knappe Mehrheit (7:5 Stimmen bei 4 Enthaltungen) als Hospitant bei der BVP-Fraktion Aufnahme fand.[20])

Von einigen „Rechtskatholiken" wurde der Wahlausgang begrüßt und als Beginn einer „Massenbekehrung des deutschen Volkes" interpretiert[21]), während andere darin den Bankerott der Parteipolitik erblickten[22]) und das Ergebnis als „höchst unerfreulich" für die politischen Interessen des deutschen Katholizismus bezeichneten.[23]) Die Schicksalskurve der Zentrumspartei verlief weiterhin gleichmäßig abwärts.

[20]) Vgl. *KV* Nr. 470 vom 24. Juni 1920.

[21]) So Heinrich *Schrörs*, Die christl. Volksparteien in Deutschland, in: Das Neue Reich Nr. 40 vom 4. Juli 1920, S. 653.

[22]) Ebd. Nr. 38 vom 20. Juni 1920, S. 616, schrieb Martin *Spahn:* „Von der Parteipolitik ist kein Heil mehr für Deutschland zu erwarten."

[23]) Martin *Spahn*, ebd. Nr. 39 vom 27. Juni 1920, S. 632.

3. Sozialstruktur, landsmannschaftliche Herkunft und altersmäßige Gliederung der Zentrumsfraktion

Das bemerkenswerteste Kennzeichen in der sozialen Zusammensetzung der neugewählten Reichstagsfraktion war die erheblich zurückgegangene Zahl der Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter (von 24 auf 13).[1]) Bereits nach der Aufstellung der Kandidatenlisten war erkennbar, daß sich der Ruck nach links vom Januar 1919 nicht fortsetzen würde. In der folgenden Aufgliederung fehlt ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen der Fraktion von 1919, in denen die Vertreter der BVP einbegriffen waren.

Die neue Zentrumsfraktion zählte zwei Adlige in ihren Reihen (wiedergewählt war der hessische Justizminister v. Brentano, neugewählt der frühere Landrat und jetzige Koblenzer Regierungsrat v. Guérard), aber kein Mitglied des grundbesitzenden Adels. Die Zahl der Richter und Rechtsanwälte betrug 9, die Zahl der sonstigen Beamten (einschließlich v. Guérard) 7, zu denen 4 Lehrer kamen. Die Zahl der Vertreter agrarischer Belange (einschließlich der Weinbau- und Gutswirtschaft) ebenso wie die der Industrie und des Handels war auf 15 gestiegen. Von den 2 hauptberuflichen Redakteuren (Joos, Fortmann) ist Joos den Vertretern der Arbeiterschaft zuzurechnen. Der Fraktion gehörten 5 selbständige Handwerker und kleinere Kaufleute an. Unter den 8 Klerikern befanden sich nicht weniger als 4 Universitätsprofessoren (Hitze, Kaas, Lauscher, Schreiber), wovon wiederum wie 1919 (Hitze und Mausbach) zwei der Theolo-

[1]) Vgl. *Frey*, Christliche Gewerkschaften, S. 91, 108.

gischen Fakultät der Universität Münster (Hitze, Schreiber) angehörten. Die 3 weiblichen Abgeordneten (Dransfeld, Neuhaus, Teusch) sahen sich in einer hoffnungslosen Minderheit.[2]) Die soziale Schichtung der Fraktion dürfte ein vergleichsweise getreues Spiegelbild der Zentrumswählerschaft gebildet haben.

Mehr als die Hälfte der 68 Parlamentarier stammten aus den beiden Provinzen Rheinland (24) und Westfalen (13), gefolgt von Schlesien (9) und Baden (6), Württemberg und Hessen (je 4). Die restlichen 8 Abgeordneten kamen aus den übrigen Reichsgebieten. Im Fraktionsvorstand dominierten dementsprechend die rheinisch-westfälischen Vertreter. Von den 68 Parlamentariern hatten 50 bereits der Nationalversammlung angehört, 14 dem Reichstag seit 1912 oder länger. Mit Ausnahme des verstorbenen Abgeordneten Gröber und des freiwillig von seinem Mandat zurückgetretenen Abgeordneten Müller-Fulda waren sämtliche Mitglieder des Vorstands der letzten Fraktion wiedergewählt. Zu den neugewählten Abgeordneten zählten u. a. Bornefeld-Ettmann, Höfle, v. Guérard, ten Hompel, Klöckner und Schreiber. Das Durchschnittsalter der neuen Fraktion betrug (genau wie im Januar 1919) 50 Jahre. Senior der Fraktion war Spahn mit 74, jüngstes Mitglied Frau Teusch mit 32 Jahren. Im einzelnen ergab sich folgendes Bild, das der entsprechenden Aufschlüsselung von 1919 fast entsprach (rechts daneben zum Vergleich die Altersverhältnisse des Gesamtreichstags):

Abgeordnete		
unter 30 Jahren	—	4
30 bis 39 Jahre	10	110
40 bis 49 Jahre	26	208
50 bis 59 Jahre	18	143
60 bis 69 Jahre	12	60
70 bis 79 Jahre	2	10
über 80 Jahre	—	—
zus.	68	535

Nicht weniger als 9 Abgeordnete hatten seit 1917 ein Ministeramt im Reich oder in den Bundesstaaten bzw. Ländern bekleidet oder amtierten noch als Reichs- bzw. Staatsminister. Kurze Zeit später traten zwei weitere Parlamentarier (Fehrenbach und Brauns) zu dieser Gruppe hinzu. 9 Abgeordnete gehörten gleichzeitig auch einem Landtag an, eine größere Zahl kommunalen oder regionalen Wahlkörperschaften (Kreistag, Provinziallandtag).

[2]) In einem Artikel „Die Frauenmandate des Zentrums" (in *KV* Nr. 238 vom 29. März 1924) schrieb die Abg. *Dransfeld:* „Als aus den Reichstagswahlen [...] 1920 die Zentrumsfraktion nur mit drei Frauenmandaten hervorging [...], war die Aufregung groß." Martin *Spahn* (Nach den deutschen Reichstagswahlen, in: Das Neue Reich Nr. 39 vom 27. Juni 1920, S. 633) kommentierte: Die Abgeordneten der Nationalversammlung Helene Weber und Maria Schmitz, „die wohl unter den durchweg verehrungswürdigen weiblichen Mitgliedern der Fraktion [...] am meisten politisches Urteil bewiesen hatten", seien „ausgeschifft worden".

Als Vorsitzender der Fraktion wurde Trimborn in seinem Amt bestätigt. Das galt auch für seine bisherigen Stellvertreter Becker-Arnsberg und Burlage[3]) sowie die bisherigen Mitglieder des erweiterten Vorstands. Erst im Oktober 1920 kam es zu neuen Wahlen (im Zusammenhang mit einer neuen Diskussion um Erzberger). Daraufhin schieden die aktiven Reichsminister aus dem Vorstand aus, der seitdem aus folgenden Abgeordneten bestand: Bell, Blum, Diez, Dransfeld, Herschel, Herold, Hitze, Marx, Spahn, Stegerwald, ten Hompel und Teusch.[4]) Erzberger gehörte von diesem Zeitpunkt an nicht mehr dem Vorstand an. Der Frankfurter Mittelschullehrer Jean Albert Schwarz war bereits vorher zum Geschäftsführer der Fraktion gewählt worden.[5])

Nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags stellte sich heraus, daß das Zentrum durch den Ausgang der Wahl erheblich an parlamentarischem Gewicht verloren hatte. Die Fraktion konnte bei der Besetzung der Ausschüsse nur noch knapp auf die Hälfte der Zahl der früheren Mitglieder Anspruch erheben.[6])

[3]) Vgl. *KV* Nr. 468 vom 24. Juni 1920. Eine Neuwahl der Fraktion am 20. Oktober 1920 bestätigte diesen Beschluß. Vgl. *KV* Nr. 820 vom 21. Oktober 1920.

[4]) Vgl. *KV* Nr. 918 vom 24. November 1920.

[5]) Vgl. *KV* Nr. 493 vom 3. Juli 1920.

[6]) Vgl. Peter *Spahn*, Deutschlands Aufbau, in: *KV* Nr. 487 vom 1. Juli 1920.

FÜNFTER TEIL

Gab es 1920—1922 eine „katholische Demokratie"?

Erstes Kapitel

Übergangslösung Fehrenbach

1. Regierungsbildung auf neuer Koalitionsgrundlage

„Wir haben einen Weltkrieg verloren. Wir sind uns dessen noch nicht recht bewußt." Reichsarbeitsminister Brauns am 1. Mai 1921.[1])

Acht Tage nach dem für die Weimarer Koalitionsparteien unglücklichen Wahlausgang entrang sich angesichts der neugeschaffenen parlamentarischen Situation einem Kommentator der „Kölnischen Volkszeitung" der Stoßseufzer: „Die Entscheidung durch die Nichtwähler hat das Reich in eine geradezu unmögliche Lage gebracht."[2]) Als diese Zeilen im Druck erschienen, hatten bereits der bisherige Reichskanzler Müller und der DVP-Politiker Heinze — der es sich nach dem Urteil Trimborns[3]) „sehr leicht gemacht hatte" — den ihnen vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Daraufhin erhielt am 14. Juni Trimborn diesen Auftrag. Der Zentrumsvorsitzende nahm ihn mit dem Vorbehalt an, daß er selbst als Reichskanzlerkandidat nicht in Frage komme. Die von Trimborn und Fehrenbach geführten langwierigen Verhandlungen, die erst am 25. Juni mit der Bildung einer Koalition der bürgerlichen Mitte (DDP, Zentrum, DVP) endeten, sind in großen Zügen bekannt.[4]) Das Verhalten des Zentrums kann aus neuen Quellen näher beleuchtet werden.

Durch den Beschluß der SPD, sich weder an der alten Koalition noch an einer Regierung mit „Elementen der Rechtsparteien" zu beteiligen, und durch die nicht minder deutliche Absage der BVP an eine Regierung zusammen mit der SPD befanden sich die Zentrumsführer in einer mißlichen Ausgangslage. Carl Bachems Prognose, sechs Tage vor der Wahl niedergeschrieben, schien sich als richtig zu erweisen: Es wäre möglich, daß die Situation nach dem 6. Juni 1920 noch schwieriger sein würde als die im Januar 1919 nach den Wahlen zur Nationalversammlung.[5])

---

[1]) Auf einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Köln. Vgl. *KV* Nr. 333 vom 3. Mai 1921.

[2]) *KV* Nr. 451 vom 14. Juni 1920. Vgl. auch den Kommentar von *Bolz* vom 15. Juni 1920 bei *Miller*, Bolz, S. 174.

[3]) Am 15. Juni 1920 in einer Sitzung der Zentrumsfraktion. Nachl. ten Hompel.

[4]) Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 155 ff. und die zeitgenössische Arbeit von *Maurenbrecher*, Die Taktik der Parteien bei der Regierungsbildung Sommer 1920, bes. S. 69 ff. („Die Verhandlungen des Zentrums").

[5]) An Dompropst Pichler. Nachl. Bachem 465.

Im Vordergrund aller Diskussionen innerhalb der Zentrumsfraktion stand zunächst die Frage, ob die bisherige Koalition weitergeführt oder umgebildet werden sollte. Trotz aller voraufgegangenen innerparteilichen Kritik an der „Linkskoalition" befürwortete die Mehrzahl der Abgeordneten (ebenso wie die der DDP) ein weiteres Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Dabei sollte allerdings der DVP die Möglichkeit für einen späteren Beitritt offengelassen werden. Einem vor allem von Trimborn und Stegerwald ins Auge gefaßten reinen Geschäftsministerium[6]) gab man selbst als Übergangslösung wenig Chancen angesichts der bevorstehenden Konferenz von Spa, der „Schicksalsstunde des deutschen Volkes".[7]) Immerhin wurde eine solche Lösung für den Fall ins Auge gefaßt, daß es nicht gelingen sollte, die DDP zum Eintritt in eine Koalition mit der DVP (was gleichbedeutend gewesen wäre mit einer Regierung ohne SPD) zu bewegen.

Eindeutig lehnte die Zentrumsfraktion eine Koalition mit der DNVP ab, wenngleich Trimborn mit deren Vertretern Fühlung aufnahm, die mehr als ein „reiner Höflichkeitsbesuch" war.[8]) Ein politisches Zusammengehen mit der extremen Rechten kam allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage. Es hätte den Eindruck erwecken müssen, daß von seiten des Zentrums eine Regierung „ohne und gegen Demokratie und Arbeiter" beabsichtigt sei.[9]) Immerhin wurde die Fühlungnahme mit der DNVP von einigen Zentrumsabgeordneten im Hinblick auf künftige Koalitionsbildungen als ein positiver Schritt gewertet.[10]) Demgegenüber wollten prominente Abgeordnete des demokratischen Flügels wie Brauns, Wirth, Bolz und Fehrenbach den Trimborn erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben wissen, falls die SPD nicht angesichts der

[6]) In der Fraktionssitzung am 15. Juni 1920 (s. Anm. 3). Dazu vgl. ein Schreiben des Bürgermeisters von Rheinbreitbach und Vorstandsmitglieds des Rhein. Zentrums, *Biesenbach*, vom 10. Juni 1920 an Carl Bachem: „Heute vormittag hatte ich eine zweistündige Unterredung mit Karl Trimborn. Ich traf ihn in aufgeräumter Stimmung und großer geistiger Frische. Auch Trimborn sieht eine Art von Geschäftsministerium für den zunächst vielleicht einzig gangbaren Ausweg an. Ich habe ihm dringend zugeraten, den Kanzlerposten als Interimisticum anzunehmen, falls die Konstellation dazu führen sollte. Trimborn als Rheinländer stände da in der Mitte zwischen Preußen und Süddeutschland. Ich habe auch die Empfindung, als ob der Deutschen Volkspartei die Kanzlerschaft Trimborns noch am meisten genehm wäre. Sollte es so kommen, so habe ich ihm dringend empfohlen, die Stelle des Reichsfinanzministers mit einem hervorragenden, nicht dem Zentrum angehörenden Fachmann zu besetzen den Versuch zu machen und überhaupt zu suchen, tüchtige Fachleute in die leitenden Stellen zu bringen. Trimborn schien die Lage zwar für verwickelt, aber nicht für unentwirrbar anzusehen und machte mir den Eindruck, als ob er mit ziemlich fertigen Plänen die heutige Reise anträte." Nachl. Bachem 465.

[7]) So der Abg. *v. Brentano* in der Fraktionssitzung am 15. Juni 1920 (vgl. Anm. 3).

[8]) Laut Mitteilung *Trimborns* in einer Fraktionssitzung am Nachmittag des 16. Juni 1920. Nachl. ten Hompel.

[9]) Vgl. *Trimborns* Stellungnahme zur Regierungserklärung am 30. Juni 1920 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 47.

[10]) Das ergibt sich aus Ausführungen *ten Hompels* vor den Handels- und Industriebeiräten des Zentrums am 12. Juli 1920. Nachl. ten Hompel.

außenpolitischen Situation ihre ursprünglich ablehnende Haltung — die in der Zentrumsfraktion noch nicht als letztes Wort galt — ändern würde.[11])

Als Ergebnis entsprechender Fraktionsbeschlüsse vom 15. Juni begann Trimborn unter Einsatz seines bekannten Vermittlungstalents erneut, mit Vertretern der DDP und SPD zu verhandeln. Auf starkes Drängen von Trimborn[12]) und Ebert hin erklärte sich Fehrenbach in einem langen Gespräch mit dem Reichspräsidenten am späten Abend des 15. Juni bereit, gegebenenfalls das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen.[13]) Das geschah auf Grund einer Mitteilung Eberts, daß die SPD unter keinen Umständen der neuen Regierung beitreten werde, da sie sich „gewissermaßen vom Schlachtfelde zurückziehen" müsse, um wieder Terrain gegen die USPD zu gewinnen. Erst diese Flucht aus der Verantwortung bedeutete praktisch den Bruch der alten Koalition. In dieser Situation schien es nur einem Politiker der Zentrumspartei zu gelingen, eine neue Regierung zustande zu bringen. Vor seiner definitiven Zusage bat Fehrenbach allerdings den Reichspräsidenten, Mayer-Kaufbeuren die Reichskanzlerschaft anzubieten, da er selbst sich dieser Stellung „nicht recht gewachsen" fühle und da auch die DDP, die DVP und die SPD den BVP-Politiker als Kanzler akzeptieren würden.[14])

Diesem Vorschlag entsprechend wurde Mayer am Vormittag des 16. Juni in einem Telegramm Eberts „auf das allerdringlichste" gebeten, das Reichskanzleramt zu übernehmen.[15]) Noch bevor in Berlin die Antwort des Geschäftsträgers in Paris vorlag, erklärte Fehrenbach am Nachmittag dieses Tages seine Bereitschaft, im vaterländischen Interesse gegebenenfalls die Bürde des Reichskanzleramts auf sich zu nehmen. Dazu bekam er bereits am folgenden Tage Gelegenheit, nachdem Mayer-Kaufbeuren das Angebot Eberts abgeschlagen hatte.[16]) Fehrenbach empfand seinen Entschluß als „schweres Opfer", zu dessen

[11]) So *ten Hompel* am 12. Juli 1920 (s. die vorige Anm.).

[12]) Das teilte *Stegerwald* am 23. März 1924 in einer Wahlkundgebung in Hagen mit. Vgl. *KV* Nr. 225 vom 24. März 1924. Dazu vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 189.

[13]) Nach dem Urteil von *Gessler*, Reichswehrpolitik, S. 376, hatte sich Fehrenbach als Präsident der Nationalversammlung durch „redliche Unparteilichkeit und die Gewandtheit seiner weichen, aber festen Hand auf allen Seiten des Parlaments" Vertrauen erworben. Ebd., S. 377, heißt es, Fehrenbach und Ebert hätten sich freundschaftlich nahegestanden.

[14]) Mitteilung *Fehrenbachs* in einer Sitzung der Zentrumsfraktion am 16. Juni 1920 (s. Anm. 8).

[15]) Nachl. Mayer-Kaufbeuren.

[16]) Die telegraph. Antwort *Mayers* vom Abend des 16. Juni 1920 lautete (ebd.): „Minderheitskoalition auch bei zugesicherter loyaler Haltung Mehrheitssozialisten angesichts der großen inneren Differenzen und äußeren Schwierigkeiten für Durchführung der gewaltigen tiefeinschneidenden verantwortungsvollen Maßnahmen der Innenpolitik und Außenpolitik nach meiner festen Überzeugung ungenügend und nicht tragfähig. Habe diese Überzeugung schon in Münchener Rede 4. Juni Ausdruck gegeben und Erklärung [Hermann] Müllers bedauert. Diese Erwägung für mich zwingend, da ich Versuch mit ungenügenden Mitteln nicht verantworten zu können glaube. Hätte ohnedies Bedenken aus Zugehörigkeit zu kleiner Fraktion und hieraus folgenden bekannten Schwierigkeiten." Auf Grund dieses Telegramms sind die Spekulationen hinfällig, die *Maurenbrecher*, Regierungsbildung, S. 81 f., an die Kandidatur Mayers knüpfte.

Annahme er sich erst bereit fand, nachdem kein anderer Politiker die höchst undankbare Aufgabe übernehmen[17]) und in die Bresche springen wollte.[18]) Die Wahl des 68jährigen süddeutschen Demokraten, den die „Kölnische Volkszeitung" als „durch und durch Zentrumsmann" charakterisierte[19]), konnte als Gewähr dafür gelten, daß eine Koalitionsabsprache mit der extremen Rechten praktisch ausgeschlossen sein würde.

Nach schwierigen Verhandlungen gelang es Trimborn und Fehrenbach, die Gegensätze zwischen DDP und DVP zu überbrücken und am 22./23. Juni eine Koalition von Zentrum, DVP und DDP zustande zu bringen.[20]) Unter dem Vorsitz Fehrenbachs gehörten dem Kabinett drei Vertreter der DVP, zwei der DDP und vier des Zentrums an. Hinzu kamen zwei parteilose Fachminister (Simons und Groener). Die SPD erklärte sich bereit, das Minderheitskabinett für die Zeit bis zum Ausgang der Konferenz von Spa zu tolerieren. Die BVP hatte für eine eventuelle Teilnahme an der Koalition derart weitgehende Bedingungen gestellt[21]), daß es den Regierungsparteien nicht schwer fiel, auf die Mitarbeit dieser kleinen Partei in der Koalition zu verzichten.[22])

Als Ergebnis von Verhandlungen innerhalb der Zentrumsfraktion behielten Giesberts (Post), Hermes (Ernährung) — der weiterhin nicht dem Parlament angehörte — und Wirth (Finanzen) ihre Ressorts, während Brauns auf Vorschlag von Trimborn[23]) am 27. Juni das Reichsarbeitsministerium übernahm. Damit amtierte zum ersten Mal ein katholischer Geistlicher als Reichsminister in Berlin,

---

[17]) Am 15. Juni schrieb *Bolz:* „Schließlich wird aber das Zentrum doch die undankbare Aufgabe übernehmen müssen." Zit. bei *Miller*, Bolz, S. 174. Am 30. Juni 1920 erklärte *Trimborn* im Reichstag: Die Größe des Opfers, das Fehrenbach gebracht habe, „wissen wir vielleicht mehr als die anderen Mitglieder dieses hohen Hauses vollauf zu würdigen, und der Dank dafür wird in unseren Reihen niemals erlöschen." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 48.

[18]) Das erklärte *Fehrenbach* am 24. Juni 1920 dem bayer. Gesandten in Berlin, v. Preger, nach dessen Bericht vom 25. Juni 1920. BGStA München, Gesandtschaft Berlin Nr. 94.

[19]) Vgl. *KV* Nr. 462 vom 22. Juni 1920.

[20]) *Trimborns* Mitteilung vom 16. Juni 1920 an Bachem: „Mit der Bildung des neuen Ministeriums werde ich, wie es scheint, zurechtkommen", erwies sich als verfrüht. Nachl. Bachem 465. In hinterlassenen Aufzeichnungen *Schreibers* heißt es, Fehrenbach habe ein „großes Opfer" gebracht: „‚Der Präsident des Männergesangvereins soll Reichskanzler werden', so ironisierte er sich selbst."

[21]) Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 158. Bei den dort abgedruckten Bedingungen handelt es sich jedoch bereits um eine gemilderte Fassung. Der vom 12. Juni 1920 datierte erste Entwurf (im Nachl. Mayer-Kaufbeuren) umfaßte 8 Punkte, von denen die beiden ersten folgendermaßen lauteten: „1. Rückkehr zur bundesstaatlichen Form des Reiches unter Wiedereinführung eines dem Reichstag gleichberechtigten Bundesrates und Recht der einzelnen Staaten, ihre Staatsform und Staatsverfassung selbst zu bestimmen. 2. Recht der Staaten, in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit mit auswärtigen Staaten im Rahmen der Reichspolitik Verträge abzuschließen und Vertreter bei auswärtigen Staaten zu bestellen." Diese Erstfassung publizierte der *Berliner Lokalanzeiger* am 2. August 1920 mit dem Kommentar: „Diese Forderungen bedeuten nichts anderes als die Rückkehr zu [...] 1870 und 1871."

[22]) Eine Abschrift des Schreibens, mit dem der BVP-Abg. *Leicht* am 19. Juni 1920 diese Bedingungen Fehrenbach übermittelte, befindet sich im Bundesarchiv R 43 I/1304.

[23]) Mitteilung *Trimborns* in einer Fraktionssitzung am 23. Juni 1920. Nachl. ten Hompel.

nachdem es Fehrenbach einige Mühe gekostet hatte, die dafür erforderliche Zustimmung des Kölner Erzbischofs zu erhalten.[24]) Ausgerechnet dieser geistliche Sozialpolitiker sollte, zusammen mit Geßler, die längste Amtszeit (bis 1928) aller Minister der Weimarer Ära erreichen. Mit Ausnahme von Hermes zählten die Zentrumsminister dieser Regierung einschließlich des Reichskanzlers zum linken Flügel der Partei.

Da sich die Zentrumsfraktion zur Kabinettsbildung nicht „gedrängt" hatte[25]), war der Ärger in ihren Reihen um so größer, als sich am 23. Juni, nach Vorlage der zwischen den Parteien mühsam ausgehandelten Kabinettsliste, neue Schwierigkeiten ergaben. Die DVP wollte nunmehr vier Ressorts (Finanz, Wirtschaft, Verkehr und Post) durch Fachleute besetzt wissen. Es bedurfte einer ultimativen Drohung Fehrenbachs mit seinem Rücktritt, um diese Forderungen aus der Welt zu schaffen. Sie hinterließen jedoch nachhaltige Spuren. Die Zentrumsfraktion war sich darüber im klaren, daß der DVP-Vorstoß insbesondere gegen die Minister Wirth und Giesberts zielte.[26]) Wirth erklärte sich sofort bereit, die Leitung des Finanzministeriums abzugeben, zumal er einer Regierung mit der DVP „innerlich fremd" gegenüberstehe.[27]) Nicht wenige Abgeordnete des Zentrums empfanden die Übernahme des Finanzministeriums durch ein Mitglied der eigenen Fraktion ohnehin nicht als eine glückliche Lösung für die Partei, wollten jedoch aus „Prestige-Rücksichten" (v. Brentano) auf dieses Ressort nicht verzichten. Ein solcher Verzicht hätte allzuleicht als Abkehr von der Erzbergerschen Finanz- und Steuerpolitik gedeutet werden können.

Bei vielen Zentrumsparlamentariern entlud sich der Groll gegen die DVP und den „schädlichen Einfluß"[28]) ihrer Industriegruppe (Everling, Stinnes), von der man — nach Trimborns Worten — glaubte, daß sie als Folge des politischen „Durcheinanders" auf eine weitere Rechtsorientierung spekuliere. Demgegenüber galt die DVP-Gruppe um Heinze und Kardorff als „ehrlich" (Trimborn) und verständigungsbereit. Volle Einmütigkeit bestand bei den Zentrumsabge-

---

[24]) In einem Telegramm vom 25. Juni 1920 bat der Reichskanzler den Kölner Erzbischof „dringendst und herzlichst", seine Bedenken zurückzustellen, da keine geeignete Persönlichkeit für das zur Erhaltung des „sozialen Friedens wichtigste Ministerium" vorhanden sei. Fehrenbach sah keinen Weg, auf Brauns, der „nur aus vaterländischem Pflichtgefühl" seiner Kandidatur zugestimmt habe, zu verzichten. Auf dieses Drängen hin gab Erzbischof *Schulte* seinerseits Brauns „Freiheit der Entschließung aus rein vaterländischen Gründen", bat aber den Reichskanzler, auch die Meinung des Breslauer Fürstbischofs (als Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz) einzuholen. *Bertram* erklärte umgehend telegraphisch sein Einverständnis „mit Belassung freier Entschließung" für Brauns. Bundesarchiv R 43 I/1304.

[25]) Vgl. *KV* Nr. 458 vom 21. Juni 1920.

[26]) Mitteilung des Abg. *ten Hompel* am 12. Juli 1920 (s. Anm. 10).

[27]) Fraktionssitzung vom 23. Juni 1920 (s. Anm. 23). In diesem Zusammenhang erklärte *Wirth*, er werde sich überlegen, ob er mit der DVP „noch einmal in einem Kabinett sitzen werde", und weiter (nach dem Protokoll): „Die Großindustrie spekuliere nur auf einen vorläufigen Zerfall des Reiches, um sich an den Steuern vorbeizudrücken und um dann wieder von rechts aufzubauen."

[28]) So *Brauns* und *Stegerwald;* ebd.

ordneten darüber, vom Koalitionspartner keine „sozialpolitische Zensur" hinzunehmen. Auch wollte man im Sinne der alten Taktik, gute Fühlung nach allen Seiten zu halten, nicht gänzlich mit der SPD als den „Koalitionsfreunden von gestern" brechen. Das Zentrum rechnete es sich als Verdienst an, daß es gelungen war, nunmehr mit der DVP führende deutsche Wirtschaftskreise der „offiziellen Politik" anzunähern.[29])

Noch bevor die Regierung Fehrenbach ihre Geschäfte übernehmen konnte, mußte sich die Zentrumspartei erneut mit dem leidigen Fall Erzberger beschäftigen. Erzberger hatte durch die Annahme des ihm zugefallenen Reichstagsmandats Unruhe und Unwillen in den eigenen Reihen ausgelöst. Dennoch zeigte sich die Fraktion, nicht zuletzt im Hinblick auf den für das Zentrum günstigen Wahlausgang in Württemberg — der offensichtlich der Zugkraft Erzbergers mit zu verdanken war —, um einen Ausgleich bemüht.[30]) Auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses am 23. Juni[31]) in Berlin konnte in Anwesenheit Erzbergers allerdings keine Einigkeit über die Art seiner politischen Mitarbeit erzielt werden. Schließlich wurde jegliche Stellungnahme bis zum Abschluß des in Leipzig anhängigen Revisionsverfahrens des Erzberger-Prozesses vertagt. Der umstrittene Abgeordnete erleichterte seinen Gegnern in den eigenen Reihen diesen Entschluß dadurch, daß er „zwecks Ausheilung eines Halsleidens" darauf verzichtete, an der bevorstehenden Sommertagung des Reichstags teilzunehmen.[32])

[29]) So rückblickend der Abg. *Joos*, Die Zentrumspartei in Koalitionen, in: Polit. Jahrb. 1927/28, S. 160.

[30]) Am 10. Juni 1920, vier Tage nach der Reichstagswahl, hatte *Biesenbach* an Bachem geschrieben (s. Anm. 6): „Die Aktion gegen Erzberger, die demnächst in der Zentrumspresse unternommen werden soll, billigt Trimborn, doch rät er, dabei mit äußerster Vorsicht zu verfahren und die Unmöglichkeit, Erzberger in die Fraktion aufzunehmen, nicht zu scharf hervorzuheben." Am 16. Juni 1920 schrieb *Trimborn* an Carl Bachem, es seien Bestrebungen im Gange, mit Erzberger zu einem Ausgleich zu kommen: „Ich bitte daher in der Presse jetzt zu schweigen." Nachl. Bachem 465.

[31]) Bei *Epstein*, Erzberger, S. 416, heißt es irrtümlich: 24. Juni.

[32]) Vgl. *KV* Nr. 470 vom 24. Juni 1920.

2. Zustimmung zum Regierungsprogramm

> „Die neue Regierung [...] muß von vornherein zwischen rechts und links lavieren. Der sich daraus ergebende Kurs der Mitte ist aber vielleicht der einzige, der in den jetzigen Zeiten überhaupt gesteuert werden kann." Bayer. Gesandter von Preger am 25. Juni 1920.[1])

Mit der Regierung Fehrenbach und der neuen parlamentarischen Konstellation begann für die Zentrumspartei ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Nach-

[1]) Bericht an das Bayer. Staatsministerium des Äußern. BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 94.

kriegszeit. Fehrenbach — als dessen Nachfolger Löbe (SPD) das Reichstagspräsidium übernahm, während der Zentrumsabgeordnete Bell zum 2. Vizepräsidenten gewählt wurde — war der erste Zentrumskanzler der Weimarer Republik. Da dem Kabinett außer dem Reichskanzler noch vier Zentrumsmitglieder angehörten, bestand für die Partei die Möglichkeit, in stärkerem Maße als bisher eigene programmatische Ziele verwirklichen zu können.

Durch die Bildung einer Koalition der bürgerlichen Mitte, der Konsequenz aus der politischen Abstinenz der Sozialdemokratie, wurde den Gegnern einer Linkskoalition innerhalb des Zentrums das Hauptargument ihrer bisherigen Kritik entzogen.[2]) Die schwierige Situation der Partei besserte sich vorübergehend. Die Distanzierung von der SPD zeigte zunächst „gute Wirkung".[3]) Es bestand begründete Aussicht auf ein Ende des heftigen Verfassungsstreits, da die neue Koalition schwerlich revolutionäre oder kirchenfeindliche Maßnahmen treffen oder den sozial- und kulturpolitischen Besitzstand mindern würde. Da das Zentrum auch in der Regierung in Preußen (ebenso wie in Baden, Hessen und Württemberg) vertreten war und in Bayern seit Ende März 1920 die BVP die Regierung übernommen hatte, schien die revolutionäre Epoche abgeschlossen.

Arthur Rosenberg läßt mit dem Amtsbeginn des Kabinetts Fehrenbach die Ära der „katholischen Demokratie"[4]) beginnen, die er bis zum Ende der Kanzlerschaft Wirths (November 1922) datiert. Selten dürfte mit einer eingängigen Formel ein geschichtlicher Zusammenhang weniger zutreffend umschrieben worden sein als mit dieser. Von einem konfessionell beeinflußten oder gar geprägten Zeitraum, noch dazu von einer vermeintlich praktizierten „katholischen Demokratie"[5]), kann um so weniger die Rede sein, als die parlamentarische Minderheit des Zentrums (13,6 v.H.) ebensowenig in der Lage war, „katholische" Politik zu machen wie eine andere Partei etwa „evangelische" oder „konfessionslose" Politik. Die Kanzlerschaft Fehrenbachs, der ein altgedienter und allgemein geschätzter Parlamentarier, aber alles andere als eine „starke Führernatur" war[6]), erwies sich rasch als eine ausgesprochene Übergangs-, um nicht zu sagen Verlegenheitslösung. Mit Recht hat man diese zehn Monate

---

[2]) Auf dem sauerländ. Katholikentag in Arnsberg Ende Juni 1920 dankte der Paderborner Weihbischof *v. Hähling* der Partei für die von ihr geleistete Arbeit und auch für den Eintritt in die Regierung. Vgl. *KV* Nr. 488 vom 1. Juli 1920.

[3]) Nach Mitteilungen *Trimborns* auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses am 31. Oktober 1920. Nachl. ten Hompel.

[4]) So lautet die Überschrift des 6. Kapitels seiner „Geschichte der Deutschen Republik".

[5]) *Rosenberg* vermeidet es, auch nur anzudeuten, was er unter „katholischer Demokratie" versteht (oder unter deren Alternative). In dem betreffenden Kapitel fehlt jeder Hinweis auf konkrete Erfolge des Zentrums oder auch nur auf entsprechende Initiativen in dieser angeblich entscheidend konfessionell geprägten Ära.

[6]) Vgl. Hermann *Sacher*, Fehrenbach, in: Staatslexikon, Bd. 1[5], 1926, Sp. 1816. Noch eindeutiger *Wirth*, Die Festigung der Republik, S. 315: „Er war eine weiche Natur, die sehr leicht bei gegensätzlicher Auffassung der Probleme zu starken Gemütsausbrüchen neigte."

als eine Zeit „vorbereitender Umschichtungen im Leben der Parteien“[7]) bezeichnet.

Weder mit dem Namen des ebenso wort- wie stimmgewaltigen und gleichermaßen sangesfreudigen Reichskanzlers noch mit dem einzelner Mitglieder seines Kabinetts verbinden sich politische Entscheidungen — es sei denn negative (Spa, Konflikt mit Bayern, fortschreitende Inflation) —, die im Gedächtnis der Zeitgenossen oder der Nachwelt Spuren hinterlassen hätten. Der bayerische Gesandte in Berlin, von Preger, hat nach einem langen Gespräch mit dem Reichskanzler, unmittelbar nach dessen Ernennung, Fehrenbachs vortreffliche persönliche Charaktereigenschaften hervorgehoben („anständig, gemütvoll, liebenswert, der mit Takt, Geschick und Humor im Parlament die aufeinanderplatzenden Geister zu besänftigen und zu bändigen verstand“); Preger würdigte ferner Fehrenbachs zum Ausgleich neigendes Temperament, dem es zweifellos auch in vielen Fällen gelingen werde, die Differenzen innerhalb der Koalitionsparteien und innerhalb des Kabinetts auszugleichen und Risse zu verkleistern. Der bayerische Beobachter machte allerdings gleichzeitig in seinem Bericht nach München[8]) kein Hehl daraus, daß Fehrenbach nicht das Format eines Reichskanzlers besitze, wie er jetzt notwendig sei: „eine starke, entschlossene Persönlichkeit, die mit überragender Sachkenntnis den unbeugsamen Willen verbindet, das als richtig Erkannte auch in die Tat umzusetzen.“ Fehrenbach selbst sah in dem Gespräch mit Preger am 24. Juni seine Aufgabe darin, „ausgleichend und vermittelnd“ zu wirken. Wie sollte von diesem biederen, „unbedingt ehrlichen alten Mann“[9]), der jeglichen Kampf scheute und stets allzusehr nach Ausgleich und Verständigung strebte[10]), als Reichskanzler politische Initiative oder Führung ausgehen?

[7]) So *Schwarz*, Weimarer Republik, S. 66.

[8]) S. Anm. 1.

[9]) So in dem einige Monate später (26. Oktober 1920) niedergeschriebenen Urteil über Fehrenbach („gütig, wohlwollend, väterlich“) bei *Viscount d'Abernon*, Memoiren, Bd. 1. Leipzig o. J., S. 96. Eine positive Würdigung Fehrenbachs findet sich bei *Gessler*, Reichswehrpolitik, S. 376 f., wo es (S. 376) u. a. heißt: „Er war kein Staatsmann in einem anspruchsvolleren Sinn; aber es kam seinem Kabinett sehr zugute, daß der bald 70jährige eine jahrzehntelange Praxis als Parlamentarier hatte, daß er das politische Geschäft vor und hinter den Kulissen gründlich kannte, daß er frei von Ressentiments war. Er war, ähnlich wie später Marx, der gegebene Mann zur Führung eines Kabinetts, das an sich nur auf einer parlamentarischen Minderheit basierte.“ Zusammenfassend urteilte Gessler: „Fehrenbach war ein verehrungswürdiger Mann.“

[10]) Vgl. *Sacher* (s. Anm. 6): „Fehrenbachs gesamter politischen Arbeit eigen war Sinn für politische Wirklichkeiten und Begrenztheiten. Über Spaltungen hinweg strebte er stets die innere Einheit, die Volksgemeinschaft, an. In seinen Bemühungen um den Ausgleich von Reibungen im eigenen Lager oder um eine Verständigung mit andern Parteien war seine den Kampf scheuende Natur bisweilen unter Verzicht auf Folgerichtigkeit und Festigkeit fast zu entgegenkommend, etwas zu kompromißfreudig. Als Alemanne war Fehrenbach fast naturgemäß Demokrat, aber nie ein radikaler; seine parteipolitische Einstellung ging eher nach rechts, ohne daß er dabei aufhörte, ein echter Volksmann zu sein. Die Staatsform war ihm keine Frage der Weltanschauung.“ Vgl. ferner den Nachruf auf Fehrenbach von Franz *Wetzel*, in: Allg. Rundschau Nr. 15 vom 10. April 1926, S. 225 f.

Die Erklärung, die der Regierungschef am 28. Juni im Reichstag abgab[11]), enthielt keine neue politische Konzeption. Im Gegenteil: Die Tatsache, daß der Kanzler eigens den Konsensus aller Kabinettsmitglieder zu seinem Programm hervorhob, bezeugt die schwache Position des Kabinettschefs. Fehrenbach streifte eingangs die Schwierigkeiten der Regierungsbildung, bevor er auf die zentrale Frage der auswärtigen Politik im Schatten der bevorstehenden Konferenz von Spa näher einging. Der Reichskanzler distanzierte sich bei dieser wie bei späterer Gelegenheit vom Schuldbekenntnis des Versailler Vertrags und bekannte sich zu dessen Verpflichtungen, die erfüllt werden müßten, „soweit das überhaupt möglich ist".[12]) Den inneren Wiederaufbau wollte er im Zeichen einer Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform weitergeführt wissen. Als konkrete Ziele seiner Regierung — die sich teilweise mit den Zielsetzungen der Zentrumsfraktion deckten — nannte Fehrenbach eine Neuregelung des gesamten Bildungswesens und des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche[13]), die Ausgestaltung des Beamtenrechts, die Schaffung eines Verfassungsgerichts, Maßnahmen zur geistigen und körperlichen Ertüchtigung der Jugend und zur Linderung der Not der deutschen Wissenschaft.

Sein Versprechen, die Länderrechte zu achten, verband der Reichskanzler mit der Erklärung, den Willen der Bevölkerung zur etwaigen Umbildung von Ländern oder Landesteilen zu respektieren — allerdings mit dem einschränkenden Zusatz, soweit dem kein „überwiegendes Reichsinteresse" entgegenstehe. Mit einer Reorganisation der Reichswehr sollte die Kluft zwischen Volk und Wehrmacht überbrückt werden. Den Wiederaufbau der Wirtschaft wollte der Reichskanzler mit einer Sanierung der Reichsfinanzen (konkret: mit weiteren Steuererhöhungen) beginnen. Fehrenbach stellte einen Abbau der Zwangswirtschaft in Aussicht, um die landwirtschaftliche Produktivkraft voll wiederherzustellen. Er versicherte, die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen Sozialisierungsgesetze loyal auszuführen, die Tätigkeit der Sozialisierungskommission nicht einzuschränken und einen vorbereitenden Reichswirtschaftsrat einzuberufen. Unter den weiteren politischen und wirtschaftspolitischen Zusagen fand sich (im Sinne des Zentrumsprogramms) auch der Hinweis, das ländliche Siedlungswesen zu fördern. Im Bewußtsein seines „Opfergangs" konnte Fehrenbach die SPD daran erinnern, daß sie trotz ihres freiwilligen Verzichts auf die Mitarbeit

---

[11]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 9 ff.

[12]) Ähnlich in einer Rede in Köln am 15. November 1920. Vgl. *KV* Nr. 895 vom 16. November 1920; *Schulthess* 1920/I, S. 295.

[13]) Damit bekannte sich Fehrenbach zum Abschluß eines Reichskonkordats mit der Kurie, das von der Reichsregierung bereits seit dem Herbst 1919 angestrebt wurde. Durch die zwei Tage später (30. Juni 1920) erfolgte Akkreditierung eines Nuntius beim Reich traten diese Pläne in ein neues Stadium. Dazu vgl. *Schreiber*, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 9 ff.; *ders.*, Deutsche Kirchenpolitik, S. 309 ff.; *Deuerlein*, Reichskonkordat, S. 15 ff.; *Morsey*, Zur Geschichte des Reichskonkordats, S. 237 ff.; *ders.*, Reichskonkordat, in: Staatslexikon Bd. 6[6], 1961, Sp. 797 ff.

in der Regierung Verpflichtungen gegenüber einer Regierung besitze, die gewillt sei, mit der Arbeiterschaft und für sie zu regieren.

Zwei Tage später, am 30. Juni, meldete sich Trimborn nach einer am 26. Juni voraufgegangenen Diskussion in der Zentrumsfraktion[14]) sehr ausführlich, aber zugleich sehr zurückhaltend zur Regierungserklärung zu Wort.[15]) Der Zentrumsvorsitzende bezeichnete die „Durchführung" des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus und der außen- und innenpolitischen Festigung des Reiches als die vordringlichsten Aufgaben. Ihre Lösung solle auf der Grundlage der Reichsverfassung in Zusammenarbeit mit allen Kräften geschehen, die auf dem Boden der Verfassung positiv mitzuwirken gewillt seien. Trimborn benutzte die Gelegenheit, um die frühere Koalition des Zentrums mit der SPD gegenüber Vorwürfen aus den eigenen Reihen ausdrücklich als einen „Akt staatsmännischer Pflicht und Klugheit" zu verteidigen. Im „Interesse des Vaterlandes" bedauerte er es, daß sich die Sozialdemokratie — die zusammen mit dem Zentrum die Annahme des Versailler Friedens auf sich genommen habe — nunmehr den Konsequenzen dieser Politik entzogen habe. Der Zentrumssprecher ließ keinen Zweifel daran, daß seine Fraktion darauf hinarbeiten werde, die parlamentarische Basis der Koalition zu verbreitern.

In betont vorsichtiger Form ging Trimborn auf das Verhältnis zu den Deutschnationalen ein, mit denen eine gedeihliche Koalition noch nicht möglich sei.[16]) Er erinnerte daran, daß zwischen dem Zentrum und der Rechten, „zu der wir Jahrzehnte hindurch in freundlichen Beziehungen standen", manche Berührungspunkte beständen. Seine Fühlungnahme mit den Vertretern der Deutschnationalen hätte dem Ziele gedient, alle Kräfte zu sammeln, die am Wiederaufbau des Reiches mitarbeiten wollten. (In diesem Sammlungsgedanken kam das innenpolitische Leitmotiv der Zentrumspolitik zum Ausdruck, das in verschiedenen Variationen in den folgenden Jahren stets wiederkehrte.) Nach Trimborns Worten wäre es für das Zentrum bequemer und parteipolitisch vorteilhafter gewesen, in die Opposition zu gehen, aber — wie er es mit der Standardformel der Partei für ihre permanente Regierungsbeteiligung gleichsam entschuldigend umschrieb: „Dem Ruf des Vaterlandes haben wir uns niemals versagt."

Daß Trimborn im Verlauf seiner Rede nur kurz — mit der Forderung, die Lasten des Versailler Vertrags zu mildern — auf außenpolitische Fragen einging,

[14]) Protokoll im Nachl. ten Hompel.

[15]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 47 ff. An der Reichstagssitzung nahm der soeben in Berlin akkreditierte Apostol. Nuntius Erzbischof Pacelli als Zuhörer teil. Vgl. *KV* Nr. 488 vom 1. Juli 1920.

[16]) Der Abg. *ten Hompel* erklärte in einer Sitzung der Handels- und Industriebeiräte am 12. Juli 1920, für eine rein bürgerliche Regierung einschließlich der äußeren Rechten seien die Verhältnisse noch nicht reif. Vorläufig wäre es töricht, „auch nur den Versuch zu machen, gegen oder selbst nur ohne die wohlwollende Neutralität der SPD eine Regierung zu bilden". ten Hompel hoffte allerdings auf die Möglichkeit eines späteren Zusammengehens mit der DNVP. Nachl. ten Hompel.

erklärte sich aus der bevorstehenden Konferenz von Spa, für die die Zentrumsfraktion dem Kabinett keine Schwierigkeiten in den Weg legen wollte. Sehr energisch riet der Parteivorsitzende in einer zweifellos vorher abgesprochenen Formel der Regierung, unerfüllbaren Forderungen in Spa „ein entschiedenes Nein" entgegenzusetzen. Im übrigen stellte er sich hinter die von Fehrenbach ausgesprochenen Ziele: Frieden und Wiederaufrichtung von Handel und Verkehr.

Dem vom Reichskanzler entwickelten innenpolitischen Programm spendete der Zentrumsführer in längeren Ausführungen Beifall, meldete jedoch einige „ergänzende Betrachtungen" an, so die vordringliche Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu sichern und die Disziplin und Autorität „namentlich im Heere und in der Beamtenschaft" zu stärken. Diese Aufgabe erfordere mehr als ein 100000-Mann-Heer zuzüglich von Sicherheitspolizei und „Ortswehren". Der Zentrumssprecher hielt eine Finanzkatastrophe für drohend, falls es nicht gelinge, die Steuergesetzgebung der Nationalversammlung („ein gelungenes Werk") auch energisch anzuwenden und größte Sparsamkeit in der Verwaltung zu erreichen. In diesem Zusammenhang kritisierte Trimborn den aufgeblähten Verwaltungsapparat, setzte sich jedoch im gleichen Atemzuge ebenso energisch für die Rechte der Beamten ein wie für den Schutz des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstands. Eine Sozialisierung kleinerer Gewerbe- und Handwerksbetriebe lehnte Trimborn strikt ab, der allerdings die vom Reichskanzler angekündigte Fortführung der Sozialreform begrüßte. Den Abbau der Zwangswirtschaft wollte das Zentrum nur in Etappen vorgenommen wissen.

Mit der lapidaren Feststellung „Unsere politische Macht ist gebrochen" forderte der Zentrumsvorsitzende schließlich als „Ersatz für diesen Verlust" verstärkte Pflege von Kunst, Wissenschaft und Technik. Von „besonderer Bedeutung" für Erziehung und Bildung hielt er die Gestaltung des Reichsschulgesetzes. Mit einem Aufruf, Ordnung und Ruhe zu wahren und „tüchtig zu arbeiten", schloß der Zentrumsvorsitzende seine Ausführungen, die betont auf einen Gleichklang mit der Regierungserklärung abgestellt waren.[17])

Das auch von Trimborn wiederholt hervorgekehrte „Opfer", das Partei und Fraktion des Zentrums mit der Übernahme des Reichskanzleramts durch Fehrenbach gebracht hätten, ist um so auffälliger, als daneben keine Stimme laut wurde, die die Kanzlerschaft eines Zentrumsparlamentariers als politischen Erfolg für die eigene Partei gewertet hätte. Das Selbstvertrauen des Zentrums stand in keinem erkennbaren Verhältnis zu dem erreichten Maß von parlamentarischem Einfluß und politischer Verantwortung. Nirgendwo kam eine mehr oder weniger selbstverständliche Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß in einer höchst kritischen Situation ein Mitglied der eigenen Fraktion an das Steuer des Reichsschiffes gerufen worden war.

[17]) Die *KV* Nr. 488 vom 1. Juli 1920 kommentierte, Trimborns Reden seien keine Sensation, „aber um so wertvollere Bausteine zum Wiederaufbau des Deutschen Reiches".

3. Ruhige Monate unter einem schwachen Kanzler

„Die Reichstreue ist der nationale Akkord, der muß immer aufs schärfste angeschlagen werden."

Trimborn am 30. Oktober 1920.[1])

Im Laufe des Sommers 1920 blieb es verschiedenen Zentrumsabgeordneten vorbehalten, im Anschluß an Trimborns Grundsatzreferat bei den laufenden Etats- und Gesetzesberatungen den Katalog eigener Wünsche und Forderungen zu konkretisieren. Den Anfang dazu machte in der Reichstagsdebatte über das unbefriedigende Ergebnis der Verhandlungen von Spa, bei denen Fehrenbach keine überzeugende Rolle gespielt hatte[2]), am 27. Juli der frühere Parteivorsitzende Peter Spahn.[3]) Er forderte eine neue außenpolitische Initiative und setzte sich lebhaft dafür ein, möglichst rasch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu verbessern, mit dem das Reich wieder „in das richtige Verhältnis" gelangen müsse; dabei solle Polen als Brücke und nicht, wie es zuvor der SPD-Abgeordnete Stampfer gefordert hatte, als Scheidewand dienen. In diesem Drängen nach einer aktiven Ostpolitik sprach Spahn namens einer Mehrheit der Fraktion[4]), auch wenn er sich im gleichen Atemzuge vielleicht etwas betonter als diese Mehrheit in der Frage der Reichsgliederung zum Prinzip des Föderalismus bekannte. In dieser außenpolitischen Initiative, in deren Linie auch eine Verständigung mit Polen für notwendig gehalten wurde[5]), zeigte sich ein neuer Kurs, den kurze Zeit später andere Zentrumspolitiker, insbesondere Joseph Wirth, aufnahmen und weiterführten.

Drei Tage nach Spahns Rede begründete der Breslauer Abgeordnete Herschel bei der ersten Lesung des vorläufigen Reichswehrgesetzes unter dem Zwang der außenpolitischen Situation die Zustimmung des Zentrums zur Aufgabe der

[1]) Auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses in Berlin. Nachl. ten Hompel.

[2]) Vgl. *Schreiber*, Deutsche Kirchenpolitik, S. 315, wo von Fehrenbachs „überlautem Pathos" in Spa die Rede ist. Dem steht folgendes Urteil *Gesslers* entgegen (Reichswehrpolitik, S. 376 f.): „Zur Konferenz von Spa ging er — wie ich — ohne die geringsten Illusionen; versteht sich, daß wir es weder die anderen noch das eigene Volk merken lassen durften. Sein dortiges Auftreten war ein Beispiel von Würde, weil es ohne jede falsche Prätention nichts weiter als natürliche Menschenwürde gab. Aber für diese Würde in der Form bürgerlich-schlichten, anspruchslosen Gehabens hatte ein recht großer Teil der Öffentlichkeit, bei dem das Forsche nach wie vor hoch im Kurs stand, noch sehr wenig Verständnis." Weitaus kritischer als Gessler äußerte sich *Wirth* über Fehrenbachs Auftreten in Spa; vgl. *Wirth*, Die Festigung der Republik, S. 315.

[3]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 288.

[4]) Die *KV* Nr. 572 vom 30. Juli 1920 schrieb, daß Spahn „wohl allgemeine Zustimmung" finden werde. In einer Fraktionssitzung am 20. Oktober 1920 setzte sich der Abg. *ten Hompel* nachdrücklich für ein zunächst wirtschaftliches Zusammengehen mit Rußland ein, warnte allerdings bei der „Unsicherheit und Unübersichtlichkeit" der russischen Verhältnisse vor „allzu frühzeitigen Hoffnungen". Nachl. ten Hompel.

[5]) Am 24. November 1920 warnte der Abg. *Schreiber* im Reichstag vor einer Gefühlspolitik (Oberschlesien!) gegenüber Polen, mit dem das Reich zu einem Modus vivendi kommen müsse. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 1225.

Wehrpflicht. Der Fraktionssprecher ließ ausdrücklich erkennen, daß seine Partei die allgemeine Wehrpflicht gern beibehalten hätte. Das entsprach durchaus der alten Zentrumslinie, wobei Herschel höchstens eine etwas eigenwillige Begründung für die Notwendigkeit der Wehrpflicht („körperliche Ertüchtigung"; Bedeutung des Militärs als „Schutz für Ordnung und Unterordnung") beisteuerte.[6]) Bereits drei Wochen früher hatte die „Kölnische Volkszeitung" — im Sinne der Regierung — gefordert, wenigstens ein Heer von 200000 Mann zur „Sicherung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, des sozialen Aufbaus und zum dürftigsten Schutze des Eigentums" beibehalten zu können.[7]) In Spa hatte die Regierung inzwischen ohne Gegenleistung der 100000-Mann-Grenze zustimmen müssen.

Sobald die außenpolitischen Diskussionen etwas abgeklungen waren, hielt die Zentrumsfraktion den Zeitpunkt für gekommen, innen- und kulturpolitische Forderungen anzumelden. In der ersten Augustwoche war es der Abgeordnete Rheinländer, der sich für eine stärkere Initiative des Reiches in Schulfragen aussprach (Ausbau der Schulabteilung im Reichsinnenministerium) und darauf drängte, daß die „in Rede stehenden Schulgesetze" sobald wie möglich dem Parlament vorgelegt werden sollten.[8]) Rheinländer ließ dabei keinen Zweifel darüber aufkommen, daß das Zentrum nicht die geringste Verschlechterung des Weimarer Schulkompromisses hinnehmen werde. Was seine Fraktion darunter verstand, umschrieb der Abgeordnete folgendermaßen: Wenngleich — wie er zugeben mußte — die einschlägigen Verfassungsartikel „etwas dehnbar" seien, dürften sie nicht dazu benutzt werden, „um die christliche Schule noch mehr beiseite zu schieben und einzuengen"; das Zentrum werde keinen Zoll breit über die Grenzen des Weimarer Schulkompromisses hinausgehen. Das erwies sich vorerst auch gar nicht als notwendig.

Im Herbst 1920 wurde dann ein Thema angeschlagen, das die Partei in regelmäßigen Abständen schon immer beschäftigt hatte: die imparitätische Personalpolitik vornehmlich in Preußen. Der preußische Landtagsabgeordnete Faßbender machte als Sprecher seiner Fraktion die „fürchterlichen sittlichen Zustände" in Berlin und die „Gewaltpolitik" der USPD für die Loslösungsbestrebungen im Osten und Westen des Reiches verantwortlich.[9]) Im gleichen Atemzuge wurde die einseitig sozialistisch orientierte Personalpolitik als Folge der Berliner „Machtpolitik" kritisiert. Damit hatten die alten Klagen über die imparitätische Besetzung der Beamtenstellen im Reichs- und Staatsdienst zuungunsten des katholischen Volksteils eine neue Stoßrichtung erhalten. Die von der SPD betriebene bzw. ihr zum Vorwurf gemachte Personalpolitik in Preußen blieb

[6]) Vgl. ebd., S. 443 f.

[7]) *KV* Nr. 502 vom 6. Juli 1920.

[8]) Am 3. August 1920; vgl. Sten. Berichte, Bd. 344, S. 641 f.

[9]) Am 22. September 1920; vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 12347 f.

trotz der SPD-Zentrum-DDP-Koalition ein dauernder Stein des Anstoßes.[10]) Immer wieder meldeten Zentrumssprecher den Anspruch der Partei auf eine entsprechende Vertretung in den „Regierungsstellen" und im auswärtigen Dienst an, ohne allerdings genügend geeignete Bewerber präsentieren zu können.[11]) Das hinderte die Partei nicht, hartnäckig auf dem politischen Anspruch zu bestehen, für die Fehler des „alten Systems" entschädigt zu werden.

Die Tatsache, daß Anfang September 1920 die Abgeordneten Stresemann, Schiffer und (vom Zentrum) Burlage an Fehrenbach herantraten, um eine engere Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien zu erreichen[12]), ist symptomatisch. Sie darf in erster Linie als Ausdruck eines weit verbreiteten Gefühls gelten, dem innerhalb des Kabinetts besonders drastisch Geßler Ausdruck verlieh[13]), daß die Regierung die Zügel allzusehr schleifen lasse und ihre politische Führungsaufgabe nicht wahrnehme. Dennoch dachte die Regierung nicht daran, die Stellung freiwillig zu räumen und dem Drängen der SPD nachzugeben, Neuwahlen ausschreiben zu lassen oder gar die Sozialdemokratie als Partner in die Minderheitskoalition aufzunehmen. Gegen derartige Erwägungen wandte sich insbesondere Reichsarbeitsminister Brauns, der die Einbeziehung der SPD vom außenpolitischen Standpunkt aus als „äußerst bedenklich" bezeichnete, aber dafür seinerseits baldige Neuwahlen befürwortete, um nicht „plötzlich an die Luft" gesetzt zu werden. Es ist kein Zufall, daß Brauns bei dieser Gelegenheit sein altes Wunschziel einer neuen Parteiengruppierung entwickelte, die sich nach seinen Plänen als Folge einer „entschiedenen" Politik der Regierung — an der es eben mangelte! — bei Neuwahlen von selbst einstellen werde.

---

[10]) Am 8. Juli 1920 erklärte der Abg. *Sprenger* in der Preuß. Landesversammlung: „Denn es bedeutet heute noch nicht viel, wenn wir über zwei Oberpräsidenten und eine Handvoll Regierungspräsidenten verfügen, wenn wir beobachten müssen, daß wir z. B. [. . .] im Ministerium des Innern wie auch im Kultusministerium Abteilungsleiter bis heute noch gar nicht besitzen." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11756. Auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 31. Oktober 1920 in Berlin machte der Delegierte *Hager* (M.Gladbach) darauf aufmerksam, daß so viele „November-Zentrumsleute" mit Hilfe der Partei in Staatsstellungen drängten; das Zentrum müsse sich in dieser Hinsicht „größte Zurückhaltung" auferlegen. Nachl. ten Hompel.

[11]) Auf der in der vorigen Anm. genannten Sitzung des Reichsparteiausschusses ging Reichskanzler *Fehrenbach* kurz auf Paritätsklagen ein mit dem Hinweis, daß nicht genügend katholische Anwärter zur Verfügung ständen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß mehr Katholiken in die untersten Stellen einrückten. Nachl. ten Hompel. Unter der Überschrift „Bresche" unterstützte die *KV* Nr. 885 vom 12. November 1920 die Paritäts-Forderungen. Einige Monate zuvor hatte Carl *Bachem* die Tatsache begrüßt (Schreiben vom 27. Juli 1920 an Trimborn), daß „jetzt so viele" kathol. Juristen in die Regierungskarriere hineindrängten, und den Parteivorsitzenden gebeten, diesen Kandidaten behilflich zu sein. Daraufhin hatte *Trimborn* geantwortet, es sei „zum Lachen", daß so viele Juristen Landrat werden wollten: „Dabei sind die Aussichten in der Richter- und Staatsanwaltskarriere noch niemals so gut gewesen wie jetzt!" Nachl. Bachem 945.

[12]) Mitteilung *Fehrenbachs* in einer Kabinettssitzung am 9. September 1920. Bundesarchiv R 43 I/1480.

[13]) Ebd.

Zwei Monate später trat Stegerwald, der ähnliche Vorstellungen wie Brauns ebenfalls seit Jahren vertrat, mit seinem „Essener Programm" an die Öffentlichkeit. Davon wird noch zu sprechen sein. Ohne daß bisher ein Beleg dafür zu erbringen ist, darf angenommen werden, daß Brauns und Stegerwald ihre Projekte in der letzten Zeit gemeinsam weiter entwickelt hatten, genauso, wie sie Ende Oktober 1920 und dann wieder im Sommer 1922 gemeinsam damit in der Fraktion und dann auch in der Öffentlichkeit hervortraten.

Im Zusammenhang mit der Beratung der oberschlesischen Frage, die häufig die Zentrumsfraktion beschäftigte[14]), kam im Oktober 1920 die Frage der „gliedstaatlichen Autonomie" des Reiches erneut zur Sprache.[15]) Im Interesse der Erhaltung Oberschlesiens, wo die Abstimmung bevorstand, sprachen sich dabei die schlesischen Zentrumsabgeordneten (Ulitzka, Ehrhardt) im Sinne ihrer bisherigen Politik[16]) für eine stärkere Autonomie Oberschlesiens aus. Die Verantwortung für den Ausgang der bevorstehenden Abstimmung schob der in Ostpreußen gewählte Abgeordnete Fleischer der preußischen Regierung und denjenigen Parteien zu, die sich weiterhin gegen die Gewährung der Autonomie sträuben würden. Demgegenüber hielt Stegerwald in der Linie der preußischen Regierungspolitik die vorgeschlagene Lösung im Interesse der Reichseinheit für bedenklich, da das Rheinland und Hannover dem schlesischen Beispiel folgen würden. Dieses Argument entkräftete jedoch Kaas mit dem Hinweis, daß die Zugehörigkeit zu Preußen für den Westen kein „reichsstärkendes Moment" sei; er begrüßte es, daß die schlesische Frage „den Art. 18 der Reichsverfassung in Fluß" bringe. Erzberger und Trimborn traten energisch dafür ein, Oberschlesien sofort die gliedstaatliche — also nicht nur die provinzielle — Autonomie zu

[14]) Am 10. Februar 1920 hatte *Erzberger* (als Reichsfinanzminister) dem Reichskanzler vorgeschlagen, den Zentrumsabgeordneten Pfarrer Ulitzka aus Ratibor zum Abstimmungskommissar für Oberschlesien zu ernennen (Bundesarchiv R 43 I/350), nachdem am 20. Januar 1920 in einer Besprechung in der Reichskanzlei in Anwesenheit von Ulitzka unter vier Kandidaten auch der Abg. Herschel zur Debatte gestanden hatte (ebd. 43 I/1844). Ende November 1919 war der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westpolen, der SPD-Abg. Hörsing, von seinem Amt zurückgetreten, weil er mit dem Oberschlesischen Zentrum in Konflikt geraten war. Hörsing bekämpfte die schlesischen Autonomieforderungen. Vgl. ebd.

[15]) Am 19. Oktober 1920 in einer Fraktionssitzung. Nachl. ten Hompel.

[16]) Am 29. April 1920 hatte *Ulitzka* in einer Besprechung mit dem Reichskanzler und verschiedenen Reichsministern sowie dem preuß. Ministerpräsidenten Braun die „Bewilligung der Autonomie an Oberschlesien zur Herbeiführung eines günstigen Abstimmungsergebnisses" als „unbedingt erforderlich" bezeichnet. Ulitzka dachte dabei „selbstverständlich an eine Autonomie, die Oberschlesien den Charakter eines Bundesstaates im Deutschen Reiche" verleihe. Im Protokoll heißt es dann weiter: „Reichskanzler *Müller* stellt nach eingehender Aussprache fest, daß die Reichsregierung — ohne der Preußischen Regierung vorgreifen zu wollen — voraussichtlich geneigt sein werde, in der Autonomiefrage den vorgetragenen Wünschen zu entsprechen. Am zweckmäßigsten würde es vielleicht sein, kurze Zeit vor dem Termin der Abstimmung durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz Oberschlesien die Autonomie zu sichern. Die Autonomie selbst würde selbstverständlich erst nach der Abstimmung in Kraft treten." *Braun* sprach sich ähnlich aus, ohne allerdings die Stellungnahme der preuß. Regierung zu präjudizieren. Bundesarchiv R 43 I/350.

gewähren.[17]) Hingegen warnte Lauscher[18]) davor, den durch die Reichsverfassung gelockerten „preußischen Block" durch weitere Autonomie der Provinzen zu zerschlagen, wie es z. B. auch führende Kreise des Rheinischen Zentrums verlangten.

Der Vorstand des Rheinischen Zentrums und der Vorstand der Zentrumsfraktion des Provinziallandtags hatten eine Initiative von seiten der Reichsregierung gefordert, um noch vor Ablauf der verfassungsmäßig festgelegten zweijährigen Sperrfrist[19]) die vorgesehenen Abstimmungen unter der Bevölkerung vornehmen zu können.[20]) Für die „Übergangszeit" sollten die Autonomie der einzelnen Provinzen ausgestaltet und dem Reich keine weiteren Kompetenzen übertragen werden.[21]) Dazu kam es jedoch nicht. Noch einmal war es dann Lauscher, der am 30. Oktober in der Preußischen Landesversammlung den Zusammenhang der Bewegung zur Loslösung von Preußen in Verbindung mit einer Neugliederung Deutschlands hervorhob, aber die von einem „größeren Teil" des deutschen Volkes verlangte Neugliederung des Reiches nicht über eine „planlose Zerschlagung" des bisherigen staatlichen Gefüges erreicht wissen wollte. Lauscher bezeichnete als Richtschnur der erstrebten Neugliederung des Reiches die Überlegung: „Wie halten wir das deutsche Volk am besten zusammen?"[22])

Polen hatte inzwischen, um das Plebiszit in Oberschlesien zu seinen Gunsten zu beeinflussen, Mitte Oktober 1920 ein Gesetz erlassen, wonach Oberschlesien in Polen volle Autonomie zugesagt wurde. Daraufhin erklärte sich die Reichsregierung nach längeren Verhandlungen mit dem unentschiedenen preußischen Kabinett — das in einer Sonderregelung für Oberschlesien eine „gefährliche Wirkung auf die Einheit des Reiches" erblickte, da andere Provinzen das gleiche Begehren stellen und damit die Zerstückelung Preußens einleiten würden[23]) —

[17]) In der *KV* Nr. 637 vom 21. August 1920 begründete *Ulitzka* noch einmal das Eintreten des Schles. Zentrums für eine „weitest mögliche Selbständigkeit Oberschlesiens im Rahmen des Deutschen Reiches", insbesondere in kulturellen Fragen.

[18]) Fraktionssitzung am 21. Oktober 1920. Nachl. ten Hompel.

[19]) In der Preuß. Landesversammlung bezeichnete der oberschles. Abg. *Beyer* am 28. Oktober 1920 den Art. 18 als notwendiges Ventil, um die „hochgehenden Wogen" im Rheinland und in Hannover in der Loslösungsbewegung zu beruhigen. Dieses Ventil dürfe nicht durch ein verfassungsänderndes Gesetz verschlossen werden. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 13268.

[20]) Vgl. *KV* Nr. 706 vom 13. September 1920. Ebd. Nr. 656 (27. August 1920) hatte sich der preuß. Landtagsabg. *Grebe* für die Neugliederung ausgesprochen.

[21]) Der entsprechende Beschluß der rhein. Zentrumsgremien, die in Düsseldorf tagten, ist abgedr. in *KV* Nr. 847 vom 30. Oktober 1920.

[22]) Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 13391 ff. Die *KV* Nr. 866 vom 6. November 1920 präzisierte die rhein. Wünsche mit den Sätzen: „Das Zentrum weiß sich frei von Haß gegen Preußen, es verlangt nicht eine überstürzte Zerschlagung Preußens, aber es kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß Preußen zuliebe das ganze deutsche Volk um die Rechte und Möglichkeiten gebracht werde, die ihm die Reichsverfassung geschenkt hat. Der legale Weg [der Volksabstimmung] muß offenbleiben."

[23]) So der preuß. Ministerpräsident *Braun* am 21. Oktober und am 25. Oktober 1920 im Ausw. Ausschuß des Reichstags. StA Ludwigsburg E 131 R 2/1.

mit einer Abänderung des Art. 167 der Reichsverfassung (Aufhebung der zweijährigen Sperrfrist für eine Volksabstimmung) durch den Reichstag einverstanden, um Oberschlesien „beim Deutschen Reiche zu behalten".[24]) Die Regierung erhoffte von der Gewährung der Autonomie, für die erneut die oberschlesischen Zentrumsabgeordneten Herschel und Ulitzka eintraten, bei der bevorstehenden Abstimmung, eine Steigerung der deutschen Stimmen „um mindestens 25 %".[25])

Am 4. November kündigte Reichsfinanzminister Wirth die versprochene Regierungsvorlage im Reichstag an, die sowohl die Zustimmung der preußischen Staatsregierung als auch des „ganz überwiegenden Teiles" der betroffenen Bevölkerung gefunden habe. Dabei wies Wirth („Ich bin kein fanatischer Zentralist") gleichzeitig auf drei neue Klammern der Reichseinheit hin: Die Einheit der Reichseisenbahnen, der Reichspost- und der Steuerverwaltung. Nach Wirths Ansicht hatte insbesondere die Reichssteuerverwaltung dazu beigetragen, einen Umbau innerhalb der Länder zu verhindern.[26]) Am 25. November wurde das Autonomiegesetz von Reichskanzler Fehrenbach im Reichstag vertreten[27]) und anschließend von Herschel begrüßt.[28]) Der Zentrumssprecher wies dabei ausdrücklich darauf hin, daß sich sämtliche Parteien in Oberschlesien für die Autonomie ausgesprochen hätten, und richtete an die Adresse der Alliierten die Warnung, daß nach einem Verlust dieses Industriegebiets — abgesehen von allen anderen Gründen — die im Friedensvertrag festgesetzten Reparationen nicht mehr erfüllt werden könnten. Herschel unterstrich sodann die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts auch für künftige internationale Fragen (Österreich). Die Abstimmung zum Schluß der Reichstagssitzung ergab eine große Mehrheit für die Regierungsvorlage bezüglich der Autonomie für Oberschlesien. Damit war — gegen die Stimmen der DNVP und der KPD — Artikel 167 der Reichsverfassung mit Zweidrittel-Mehrheit abgeändert worden.[29]) Ein Antrag der USPD, der eine eigene Kommission forderte, um eine Neugliederung des Reiches vorzubereiten, fand keine Mehrheit.[30])

Wie wenig angesichts der Behandlung solcher Sachfragen von „katholischer Demokratie" die Rede sein kann, beweist zudem eine handfeste politische Differenz zwischen den beiden Zentrumsministern Wirth und Giesberts, die Wirth am 17. September zu einem formellen Rücktrittsgesuch veranlaßte. Der

---

[24]) So Reichsaußenminister *Simons* am 21. Oktober 1920. Ebd.

[25]) Ebd.

[26]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 345, S. 959. Weniger optimistisch hatte sich am 31. Oktober 1920 *Stegerwald* (auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses) geäußert: Das Reich sei noch nicht stark genug, um einen Föderativstaat zusammenhalten zu können. Nachl. ten Hompel.

[27]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 345, S. 1251 ff.

[28]) Ebd., S. 1255 ff.

[29]) „Die Bestimmungen des Artikel 18 Absatz 3 bis 6 treten erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft."

[30]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 345, S. 1268 f.

Reichspostminister hatte gegen einen Entwurf zur Reichsbesoldungsordnung opponiert und höhere Beamtengehälter gefordert, um die Beamtenschaft „aus der gefährlichen nervösen Unruhe" herauszubringen.[31]) Erst als einige Tage später die Vorlage des Reichsfinanzministers als Kabinettsbeschluß verabschiedet wurde[32]), zog Wirth sein Rücktrittsgesuch zurück.

Die unterschiedlichen Auffassungen der Koalitionsparteien über Finanz- und Steuerfragen, insbesondere über die weitere Erhebung des Reichsnotopfers, wogegen die DVP-Fraktion opponierte, stellten die Zusammenarbeit der Regierung ernsthaft in Frage. Wirth sah daraus einen „Ruin des Parlamentarismus und der Regierung" heraufziehen, zu dessen Abwehr er eine engere Fühlung mit den Koalitionsparteien empfahl.[33]) Der Reichsfinanzminister war sich nur zu gut bewußt, daß seine Person und Politik für die DVP, die angesichts des schwachen Zentrumskanzlers ungewöhnlich starken Einfluß auf die Entscheidungen des Kabinetts gewonnen hatte, schon lange einen Stein des Anstoßes bildete. Wiederholten Angriffen der Rechtspresse gegen ihn bereitete er dadurch ein Ende, daß er am 20. Dezember im Kabinett drohte, in der Öffentlichkeit auf die unsoziale Haltung maßgebender DVP-Politiker hinzuweisen, die ursprünglich nicht bereit gewesen seien, Kindergeld für Beamte zu bewilligen.[34]) Die Aversion Wirths — der sich von Fehrenbach nur schwach unterstützt sah — gegen die DVP wuchs. Für deren unverhältnismäßig starke Position (und damit umgekehrt für die schwache Stellung der Zentrumsminister) ist die Tatsache bezeichnend, daß Wirth — wie er im Kabinett mitteilte — bereits im Juni gegenüber Stresemann seinen Rücktritt angeboten habe, falls seine Person ein Hindernis für die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien darstellen sollte.[35])

Zu diesem Zeitpunkt (Ende 1920) waren durch ein Zusammentreffen verschiedener Umstände (Erzbergers Wiederkehr in die Politik, Brauns' und Stegerwalds Pläne zur Umgruppierung des deutschen Parteiensystems) die Fundamente der Zentrumspartei ins Wanken geraten. Zudem gab es politische Gegensätze nicht nur zwischen Wirth und Giesberts, sondern auch zwischen Wirth und ten Hompel; gegen Hermes erhoben sich Vorwürfe wegen haushaltsrechtlicher Inkorrektheiten eines höheren Beamten seines Ressorts. In dieser Atmosphäre kostete es Trimborn ein Höchstmaß von Geschicklichkeit und Kraft, um die Gemüter zu beruhigen und Partei und Fraktion zusammenzuhalten.

---

[31]) Ebd., S. 1269.

[32]) Bundesarchiv R 43 I/1304.

[33]) Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 253.

[34]) Bundesarchiv R 43 I/1362.

[35]) Ebd.

4. Politische Bilanz um die Jahreswende 1920/21

„Vieles [. . .] hat sich grundstürzend geändert. [. . .] Bloß der Turm des Zentrums steht noch unerschütterlich, und ich glaube, wir werden uns noch lange in diesem Turm wohl fühlen."

Abg. Porsch am 12. Dezember 1920.[1])

Die von der Regierung Fehrenbach verfolgte Politik, die auf „Verständigung unter Vermeidung leidenschaftlicher Parteikämpfe" gerichtet war[2]), vermochte weder die innenpolitische Lage zu stabilisieren und die fortschreitende Inflation aufzuhalten noch von den Alliierten ein Entgegenkommen in der Reparationsfrage zu erreichen.[3]) Die aus realistischer Einsicht gewonnene Erkenntnis des Reichskanzlers: „Wir sind militärisch gebrochen, politisch stillgelegt und ringen wirtschaftlich um den kärglichen Lebensatem"[4]), kennzeichnete den Ernst der Situation, dem die Regierung mit dem Programm „Sparsamkeit und Arbeit" begegnen wollte.[5]) Darin wurde sie von der Zentrumsfraktion unterstützt, die dem Kabinett Fehrenbach am 28. Oktober 1920 im Reichstag durch Trimborn erneut das Vertrauen aussprach.[6])

Auf Grund der Fraktionsdebatten, die dieser Erklärung voraufgegangen waren — und von denen bereits im Zusammenhang mit den Diskussionen über das Brauns-Stegerwald-Projekt die Rede war —, auf Grund von Trimborns ausführlicher Reichstagsrede am 28. Oktober sowie des Verlaufs der Verhandlungen auf einer zweitägigen Sitzung des Reichsparteiausschusses am 30./31. Oktober und des Verlaufs der Parteitage des Preußischen Zentrums (12./13. Dezember 1920) sowie des Rheinischen Zentrums (10. Januar 1921) lassen sich zum Jahreswechsel 1920/21 folgende Linien der Zentrumspolitik erkennen:

1. *Außenpolitik:* Das Zentrum ging davon aus, daß es scharf zu trennen gelte zwischen dem bolschewistischen Regime und dem russischen Volke. Während man das Regime ablehnte und ein Übergreifen des Bolschewismus mit allen Mitteln zu verhindern suchte, wollte man gleichzeitig mit dem russischen Volk

[1]) Auf dem 1. Reichsparteitag des Preuß. Zentrums in Berlin. Vgl. *KV* Nr. 976 vom 13. Dezember 1920.

[2]) So *Fehrenbach* am 30. November 1920 an Schofer. Durchschlag im Nachl. Mayer-Kaufbeuren.

[3]) Nach *Epstein*, Erzberger, S. 376, unternahm die Regierung nichts, um den Fortgang der Inflation, die wachsende Machtstellung der Schwerindustrie und die Sonderentwicklung der Reichswehr zu verhindern.

[4]) Am 27. Oktober 1920 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 345, S. 786.

[5]) Vgl. *Wirths* Ausführungen am gleichen Tage. Ebd., S. 790 ff.

[6]) Ebd., S. 817 ff. Nach der *KV* Nr. 851 vom 31. Oktober 1920 verzichtete der Zentrumsvorsitzende auf alle Rhetorik und richtete den Nachdruck allein auf den sachlichen Inhalt seiner Rede und „auf die Förderung des Allgemeinwohls".

in „Frieden und Freundschaft" leben und mit diesem Volk möglichst bald in gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch treten[7]). Daneben bestand die Bereitschaft, trotz aller Vorbehalte (Oberschlesien!) auch mit Polen bessere diplomatische Beziehungen herzustellen, eingedenk der von Erzberger geprägten Formel: „Ein zertrümmertes Polen heißt Siegeszug des Bolschewismus."[8])

Als Voraussetzung für den Wiedereintritt in die Gemeinschaft der Völker und damit für den Beginn von erfolgversprechenden Verhandlungen zur Regelung der Reparationsfrage hielt die Zentrumspartei eine Verständigung mit Frankreich für die „an sich" richtige Politik des gesunden Menschenverstands, vor allem vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Angesichts der unnachgiebigen französischen Haltung galt jedoch eine von beiden Ländern gemeinsam getragene Kontinentalpolitik für absehbare Zeit als undenkbar. Anlaß zu permanenter Kritik bildeten die Methoden der französischen Besatzungspolitik und die wie ein Damoklesschwert drohenden, in ihrer Höhe nicht fixierten Reparationsforderungen. Es bestand durchaus die Bereitschaft, die im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen soweit wie möglich zu erfüllen, schon um eine sonst drohende Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets zu verhindern.

Als möglich und wünschenswert wurde von Zentrumsseite eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA und eine Verbesserung des politischen Klimas zu Italien bezeichnet.[9]) Von Großbritannien, dessen politische Struktur

---

[7]) Eine bemerkenswerte Fehleinschätzung des Regimes, die nach den zugänglichen Quellen einen Einzelfall darstellt, gab Reichsarbeitsminister *Brauns* am 31. Oktober 1920 auf der Tagung des Reichsparteiausschusses: „Der Bolschewismus ist am Absterben, wenn dieser überwunden, könne vom Osten die Gesundung kommen. Die Furcht vor dem Bolschewismus hat sich in Deutschland zu einem Bolschewistenkoller ausgewachsen. Er halte dies für einen Unsinn." Nachl. ten Hompel.

[8]) Am 20. Oktober 1920 in einer Fraktionssitzung. Ebd. Fast die gleichen Worte benutzte *Trimborn* am 28. Oktober 1920 im Reichstag (s. Anm. 6).

[9]) In einer Fraktionssitzung am 5. November 1920 kamen zwei außenpolitisch bemerkenswerte Vorgänge zur Sprache. *Trimborn* berichtete von einer Delegation Tiroler Katholiken, die sich bemüht hätten, „beim Zentrum Anschluß zu finden", um mit Hilfe der Partei den Vatikan für ein Eintreten zugunsten einer „guten Behandlung" der Tiroler Bevölkerung seitens der Italiener zu gewinnen. Der Parteivorsitzende hatte — nach seinen Worten — den Delegierten geraten, „sich durch geistige Ideen gemeinsam mit den deutschen Katholiken zu verbinden", insbesondere durch Teilnahme an den deutschen Katholikentagen. Der oberschles. Abg. *Herschel* berichtete von dem „seinerzeitigen Besuch" einer Delegation der italien. Populari, der es gerade umgekehrt daran gelegen habe, den Einfluß des Zentrums zugunsten eines Einwirkens auf die Tiroler „im Sinne eines Anschlusses an Italien bzw. Aufgebung der Anschlußbestrebungen an Deutschland" zu mobilisieren. Als Gegenleistung hätten die Populari nach Möglichkeit „für gute Behandlung der Tiroler Bevölkerung und für gute Beziehungen zu Deutschland" Sorge tragen wollen. *Trimborn* verlas daraufhin einen Brief eines Populari-Politikers, in dem dieser sich für die „liebenswürdige Aufnahme" der Delegation bedankte und den Vorschlag machte, eine christliche Organisation auf internationaler Ebene („weiße Internationale") zu gründen. Aus dem Protokoll (Nachl. ten Hompel) geht nicht hervor, ob diese Fragen in der Fraktion weiter behandelt worden sind.

und Gedankenwelt den führenden Zentrumspolitikern merkwürdig fern lag, war kaum die Rede. Es ließ sich vorerst nicht recht erkennen, wohin die britische Regierung in der Reparationsfrage steuerte und welches Gewicht ihr bei den Entscheidungen der Alliierten zukam. Der Völkerbund galt als unfähig zur Lösung der internationalen Streitfragen. Ein unverbindlicher Appell der Zentrumsfraktion zur Einigkeit unter den europäischen Staaten mußte vorerst ebenso unverbindlich bleiben wie ein besonderes Gedenken für die Auslandsdeutschen. Für deren Minderheitenschutz trat allerdings die Partei in der Folge besonders aktiv und erfolgreich ein im Rahmen einer besonders geförderten Auslandskulturpolitik.

2. *Innenpolitik:* Ausgangspunkt und verbindliche Richtschnur aller Aktionen blieben das Bekenntnis zum Reich und zu der in der Reichsverfassung mit Hilfe des Zentrums verankerten starken Zentralgewalt. Preußen sollte seine „hegemoniale Vorzugsstellung" verlieren, ohne daß die Partei allerdings im Rahmen der Debatten über die Neugliederung des Reiches im Sinne eines „ehrlichen Föderalismus" praktikable Vorschläge entwickelte. Eindeutig war zu erkennen, daß die Neigung wuchs, die Frage der Reichsreform — die ja in der Hauptsache Preußen betraf — vorerst zurückzustellen[10]) und dafür stärker den Wunsch nach größerer provinzieller Selbständigkeit in den Vordergrund zu rücken. Um jedoch die Möglichkeit einer Neugliederung auf dem von der Reichsverfassung vorgezeichneten Wege nicht dem Zufall örtlicher Agitation zu überlassen und um einen harmonisch gegliederten und leistungsfähigen Gesamtorganismus zu bekommen, wurde die Reichsregierung aufgefordert, einen einheitlichen Plan vorzulegen.[11])

Klar erkennbar ist das Bemühen der Zentrumsfraktion, in der Reichs- und preußischen Staatsverwaltung mehr Beamte aus den eigenen Reihen unterzu-

[10]) Bei der Beratung der preuß. Verfassung in der Landesversammlung erklärte der Abg. *Oppenhoff* am 26. November 1920: „Wir wollen nicht die Aufteilung Preußens im jetzigen Augenblick, wir wollen sie überhaupt nicht mit mechanischen Mitteln herbeigeführt sehen, wir wollen sie nur, wenn und sobald das Volk sie will und die Interessen des gesamten Deutschland dadurch nicht gefährdet, sondern gefördert werden. Wir wollen insbesondere nicht Preußens Auseinanderfallen in so viele einzelne Staaten, als es jetzt Provinzen hat, wir wollen vielmehr die Provinzen ihrer Selbständigkeit und ihrer Eigenart froh werden lassen, damit sie sich wohlfühlen als Teile des Staates Preußen, und zugleich wollen wir, ohne die Einheitlichkeit Preußens zu schädigen, die Überleitung erleichtern, wenn demnächst durch andere Maßnahmen, auf die uns hier keine Einwirkung zusteht, das einheitliche Deutsche Reich mit starker Dezentralisation der Erfüllung entgegengeht." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 11, Sp. 14011. Ähnlich bekannten sich wenige Tage später (1. Dezember 1920) die Abg. *Reineke* und *Lauscher* (am 10. Januar 1921 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln) zur Neugliederung nur auf dem von der Reichsverfassung vorgezeichneten Wege. Ebd., Sp. 14376, und *KV* Nr. 26 vom 11. Januar 1921. Zum Abschluß des Rhein. Parteitags schrieb die *KV* (Nr. 30 vom 12. Januar 1921): Bei der Behandlung der Rheinlandfrage seien in „imponierender Weise" die Einigkeit von Fraktion und Wählerschaft zum Ausdruck gekommen.

[11]) Am 3. November 1920 konstituierte sich in Berlin unter dem Vorsitz von Graf Roedern die vom Reichsminister des Innern berufene „Zentralstelle für die Neugliederung des Reiches". Vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 291.

bringen; Anfang 1921 glaubte man, ein systematisch betriebenes „Zurückdrängen" von Zentrumsleuten feststellen zu können.[12]) Der noch von der Kriegszeit her aufgeblähte Apparat der Reichsverwaltung sollte verkleinert werden. Die Kritik an der SPD wegen ihrer „Abstinenz" bei der Regierungsbildung führte nicht dazu, daß alle Brücken zur sozialdemokratischen Fraktion abgebrochen wurden, mit der das Zentrum vielleicht wieder einmal „notgedrungen" eine Koalition eingehen müsse.[13]) In den Wahlrechtsdebatten plädierten die Zentrumsparlamentarier dafür, das Verhältniswahlrecht beizubehalten, das den „großen Minoritäten" eine gerechte Vertretung sichere.[14])

3. *Finanz- und Wirtschaftspolitik:* Als politisch vordringliche Aufgabe galt die Ordnung des Finanz- und Wirtschaftslebens. Die Zentrumsfraktion lehnte den Gedanken eines Staatskonkurses ab — da er im Kommunismus enden würde —, ebenso den Plan einer Zwangsanleihe. Um die Forderung nach „rücksichtsloser Sparsamkeit" zu realisieren, vermochte das Zentrum allerdings nur sehr vage Vorschläge zu machen (Herabsetzung einzelner Haushaltsansätze), solange Höhe und Zahlungsmodalitäten der Wiedergutmachungsleistungen nicht bekannt waren. Die laufenden Zahlungen sollten mit Sachlieferungen erfüllt werden, um die Produktion anzukurbeln. Als weitere produktive Maßnahme wurde landwirtschaftliche Siedlungstätigkeit empfohlen. Da der Partei eine eigene Wirtschaftskonzeption jenseits der Ablehnung des „einseitigen Sozialismus" und des „schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus" fehlte, sollte ein entsprechendes Programm im Zuge der vorgesehenen neuen Richtlinien ausgearbeitet werden. Eindeutig ist das Bestreben der Zentrumspartei zu erkennen, immer deutlicher von weiteren Sozialisierungsbestrebungen abzurücken[15]) und unter dem Gesichtspunkt höchstmöglicher Produktionssteigerung der Privatinitiative wieder größeren Spielraum einzuräumen.[16]) Scharfe Kritik fanden Lebensmittelwucher und „praktischer Materialismus" in Industrie und Handel.

[12]) So in einer Fraktionssitzung am 23. Februar 1921. Nachl. ten Hompel. Am 13. Januar 1921 erkannte *Lauscher* in der Preuß. Landesversammlung den „guten Willen" der Regierung zur „Besserung" an, forderte jedoch, daß „namentlich in der Betätigung dieses guten Willens" ein erheblich schnelleres Tempo zutage treten müsse. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 12, Sp. 15678.

[13]) So *Trimborn* am 31. Oktober 1920 (s. Anm. 7). Dazu vgl. *Joos*, Die Zentrumspartei in Koalitionen (in: Polit. Jahrb. 1927/28), S. 160: Das Zentrum habe nicht mit den „Koalitionsfreunden von gestern" gebrochen.

[14]) So der Abg. *Hager* am 7. Oktober 1920 in der Preuß. Landesversammlung. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 12906 f.

[15]) Vgl. die Ausführungen *Eßers* am 27. Oktober 1920 in der Preuß. Landesversammlung (ebd., Sp. 13200 f.) und *Trimborns* am 28. Oktober 1920 im Reichstag (s. Anm. 6). Nach der *KV* Nr. 851 vom 31. Oktober 1920 ist *Trimborn* in seinen Ausführungen über die Sozialisierung nicht „über das allgemein Grundsätzliche" hinausgegangen. Die *KV* kommentierte weiter: „Das Zentrum ist modern genug, um sich der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß wir nach neuen Wirtschaftsformen suchen müssen und daß der Arbeiterschaft im Wirtschaftsprozeß eine andere Stellung eingeräumt werden muß, als sie bisher hatte."

[16]) In der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 31. Oktober 1920 hatte Reichspostminister *Giesberts* davor gewarnt, die Sozialisierungsfrage zum „Sprengpulver" für die Partei werden zu

4. *Kulturpolitik:* Unter Hinweis auf die notwendige sittliche Wiedererstarkung des Volkes, die mit entsprechendem Einwirken auf die Jugend beginnen müsse, wollte das Zentrum die Schulfrage mit „ganz besonderer Aufmerksamkeit" behandelt wissen. Von dem in der Verfassung vorgesehenen Reichsschulgesetz, auf dessen Vorlage die Partei drängte, erhoffte man eine Verbesserung des Weimarer Schulkompromisses, der als äußerste Grenze dessen galt, „was wir anderen Meinungen über die Einrichtung des Schulwesens einzuräumen gewillt und in der Lage sind". Daneben wurde der Abschluß eines Konkordats mit der Kurie sowohl für das Reich als auch für Preußen befürwortet.[17]) Besonderes Augenmerk wandte die Reichstagsfraktion der Not der deutschen Wissenschaft zu, zu deren Linderung in der Folge laufend konkrete finanzielle Hilfsmaßnahmen vorgeschlagen und durchgesetzt wurden.[18])

Es dürfte in erster Linie Trimborns politischer Geschicklichkeit zu verdanken gewesen sein, daß die beiden regionalen Parteitage des Preußischen und des Rheinischen Zentrums, die an der Jahreswende 1920/21 im Abstand von vier Wochen stattfanden, auf eine „glänzende Rechtfertigung" der Zentrumspolitik[19]) hinausliefen. Die Delegierten stimmten sowohl der neuen Koalitionspolitik des Zentrums im Reich (mit der DVP) als auch der alten Koalitionsbasis in Preußen (mit der SPD) zu. Sie äußerten sich zudem anerkennend über die von Zentrumsabgeordneten erreichten Errungenschaften in der preußischen Verfassung (Freiheit der Kirche, Aufgabe des straffen Zentralismus zugunsten einer größeren Freiheit der Provinzen).[20])

Auf beiden Parteitagen stand die Frage zur Debatte, wie es dem Zentrum gelingen könne, in stärkerem Umfang als bisher katholische Studenten und Akademiker für die Ziele der Partei zu gewinnen und insbesondere Studenten

---

lassen; Privatinitiative und Privateigentum müßten unter allen Umständen erhalten bleiben. Nachl. ten Hompel. In einer Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am 21. Januar 1921 empfahl auch *Trimborn* (neben Rießer, Stresemann und Schiffer) dem Reichswirtschaftsminister, die Regierungsvorlage über die Frage weiterer Sozialisierung bis nach den preuß. Landtagswahlen (Ende Febr.) zurückzustellen, damit sich die SPD nicht im Wahlkampf von vornherein auf eine „negative Stellungnahme" festlege. Bundesarchiv R 43 I/1028.

[17]) Am 6. Januar 1921 begründete Reichsinnenminister *Külz* in einem Schreiben an die Chefs der Länderregierungen die Notwendigkeit eines Reichskonkordats, dessen Grundzüge in 9 Punkten („Richtlinien") zusammengefaßt waren. Die Zentrumsfraktion der Preuß. Landesversammlung hatte bereits im November 1920 beantragt, in der preuß. Verfassung den Abschluß eines Konkordats zu verankern (Antrag Nr. 3344). Am 27. Januar 1921 teilte das Preußische Staatsministerium dem Reichsinnenministerium mit, daß neben „außen- und innerpolitischen Erwägungen" auch „schwerwiegende rechtliche und tatsächliche Gründe" für ein selbständiges preuß. Konkordat sprächen. StA Hannover, Abt. P, Tit. II. 1, Bd. 10.

[18]) Vgl. *Schreiber*, Die Not der deutschen Wissenschaft, passim.

[19]) Vgl. *KV* Nr. 975 vom 13. Dezember 1920.

[20]) In diesem Zusammenhang erklärte der Abg. *Lauscher* am 12. Dezember 1920 in Berlin: „Wir haben [bei den Beratungen der preuß. Verfassung] unseren Einfluß als Minderheitspartei außerordentlich ausgenutzt. Vieles ist uns gelungen, alles aber nicht." Vgl. *KV* Nr. 975 vom 13. Dezember 1920.

aus dem deutschnationalen Lager abzuziehen.[21]) Ausdrücklich wurde die zunehmende Agitation des deutschnationalen Katholikenausschusses zurückgewiesen, der sich als Vortrupp der DNVP gegen das Zentrum mißbrauchen lasse.[22]) Solche Abwehrmaßnahmen und auch konkrete Hinweise auf die Gefahr, die der Existenz des Zentrums durch „Überspannung der Ständeinteressen" drohe[23]), waren von aktuellem Bezug angesichts der im Februar 1921 bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen. In deren Schatten mußte auf beiden regionalen Parteitagen die Einigkeit in den eigenen Reihen besonders unterstrichen werden.

Das gleiche Bemühen zeigte sich in einem Aufruf, den das „Politische Komitee der Arbeiterzentrumswähler Deutschlands" (Albersmann, Brust, Elfes, Giesberts, Gronowski, Joos, Kloft, Schlack, Stegerwald, Wieber) am 27. Dezember 1920 zugunsten der Zentrumspartei erließ.[24]) Darin fand sich der folgende Satz: „Wir wollen nicht vergessen, daß große Parteien infolge ihrer Vielgestaltigkeit in der Zusammensetzung naturgemäß nicht alle Wünsche jedes einzelnen Standes oder gar jedes einzelnen Wählers restlos erfüllen können." Dieser Aufruf verdient deswegen erwähnt zu werden, weil eine solche realistische Einsicht keineswegs auch für andere „Stände" innerhalb der Zentrumspartei selbstverständlich war.

---

[21]) Auf dem Parteitag des Preuß. Zentrums am 13. Dezember 1920 erklärte ein Diskussionsredner, daß zwei Drittel der kathol. Studenten im Lager der Deutschnationalen ständen. Vgl. *KV* Nr. 978 vom 14. Dezember 1920. Wenige Tage später beklagte A. *Grunenberg* (Düsseldorf) in der *KV* Nr. 1021 vom 30. Dezember 1920 die parteipolitische Abstinenz der „Intelligenz", als deren Aufgabe er es bezeichnete, zusammen mit dem „vierten Stand" an der Erfüllung des Stegerwaldschen Programms zu arbeiten.

[22]) Vgl. Hans *Pfeiffer*, Akademiker und Zentrum, in: Allg. Rundschau Nr. 14 vom 2. April 1921, S. 166 f.

[23]) Vgl. *KV* Nr. 27 vom 11. Januar 1921. Am 18. Dezember 1920 hatte in Berlin zwischen Vertretern der Zentrumspartei und der Landwirtschaft unter Vorsitz des preuß. Justizministers am Zehnhoff eine Besprechung stattgefunden, um Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die bevorstehenden Wahlen zum Preußischen Landtag zu vermeiden. Man einigte sich darauf, den „Gedanken der ausgesprochenen Ständekandidaturen" einzuschränken, und war sich darüber im klaren, daß die Auflösung in „Ständeorganisationen" die Existenz der Partei in Frage stellen würde. Vgl. *KV* Nr. 998 vom 20. Dezember 1920. In der *Germania* Nr. 1 vom 1. Januar 1921 forderte Chefredakteur August *Hommerich* an Stelle der „Standeskandidaturen" mehr politische Kandidaturen: „In keiner Partei kommt es weniger als bei uns auf die Zahl der Vertreter eines Standes an, um seine Interessen gewahrt zu sehen, denn bei uns geben die Gründe, nicht die Stimmen den Ausschlag für die Stellungnahme der Fraktion in den einzelnen Fragen."

[24]) Vgl. *WAZ* Nr. 2 vom 8. Januar 1921.

5. Abgesang einer Übergangsregierung

Die deutsche Politik in den ersten Monaten des Jahres 1921 stand im Schatten außenpolitischer Ereignisse. Der Kampf um die Abstimmung in Oberschlesien, das Ringen mit den Alliierten um die Festsetzung der Reparationssumme („Pariser Diktat") und die daran anschließenden Verhandlungen um Annahme oder Ablehnung des „Londoner Ultimatums" lösten auch in der Zentrumsfraktion des Reichstags lebhafte Debatten aus.

Der Abbruch der Londoner Verhandlungen, der durch widersprüchliche Sachverständigen-Gutachten (falsche Berechnung der deutschen Vorleistungen, die von den Alliierten als zu niedrig abgelehnt wurde) forciert wurde, fand zunächst die Zustimmung der Fraktion[1]), rief aber mit zunehmender Kenntnis der Hintergründe starke Kritik hervor.[2]) Im ersten Moment wurden die alliierten Forderungen (Pariser Beschlüsse) als „unannehmbar" bezeichnet.[3]) Schon frühzeitig war der Gedanke an einen Regierungswechsel erwogen worden, um den Ernst der Lage auch nach außen hin deutlich zu machen.[4]) Trimborn sprach am 12. März 1921 im Reichstag aus, daß nicht die Verelendung, sondern nur die wirtschaftliche Unterstützung Deutschlands „verständige Entschädigungsforderungen" überhaupt möglich mache.[5]) Angesichts der verfahrenen Situation plädierte Reichsarbeitsminister Brauns dafür, das „Parteigetriebe" ganz auszuschalten, um „aktive auswärtige Politik" nach einer „entschiedenen großen Linie" treiben zu können.[6]) Besonnene Stimmen warnten vor einem Abgleiten in „Chauvinismus und Revanchelust"; sie wollten trotz aller augenblicklichen Bedrängnis das Streben nach einer christlichen Völkergemeinschaft nicht aufgegeben wissen.[7])

Angesichts der auf das Reich zukommenden neuen finanziellen Belastungen arbeiteten einzelne Zentrumsabgeordnete auf den Sturz von Reichsaußenminister Simons hin, dem die Schuld am negativen Ausgang der Londoner Verhandlungen

---

[1]) Vgl. *Trimborns* Ausführungen im Reichstag am 12. März 1921. Sten. Berichte, Bd. 348, S. 2849.

[2]) So z. B. *Spahn* in der Fraktionssitzung am 23. April 1921. Nachl. ten Hompel. In den später niedergeschriebenen Erinnerungen von Wilhelm *Marx* heißt es dazu: „Die sog. Erfüllungspolitik habe ich [. . .] auch schon deshalb für richtig gehalten, weil mir stets die Vorkommnisse nach der Konferenz von Spa vorschwebten: Das Nein von Fehrenbach und Simons, die ungeheuren Triumphe nach ihrer Rückkehr in die Heimat und einige Wochen später völliger Zusammenbruch und völliges Nachgeben!" Nachl. Marx III.

[3]) So *Trimborn* am 5. und 12. März 1921 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 348, S. 2661, 2849.

[4]) So *Trimborn* in einer Fraktionssitzung am 31. Januar 1921. Nachl. ten Hompel.

[5]) Sten. Berichte, Bd. 348, S. 2850 ff.

[6]) Ausführungen in einer Fraktionssitzung am 23. April 1921 (s. Anm. 2).

[7]) So Albert *Maas*, Zum außenpolitischen Zentrumsprogramm, in: *KV* Nr. 276 vom 13. April 1921.

zugeschoben wurde.[8]) Die Mehrheit der Fraktion, der eine Kabinettskrise in diesem Augenblick unerwünscht war[9]), befürwortete — im Sinne des Reichskanzlers — eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts und links[10]), um nicht eine Minderheitsregierung mit derartiger politischer Verantwortlichkeit zu belasten. Eine Verbreiterung allein nach rechts wurde nach wie vor abgelehnt.[11]) Manche Abgeordnete hielten den Eintritt der DNVP in die Koalition ohnehin für „kaum erträglich".[12])

Der Ausgang der Wahlen zum Preußischen Landtag (am 20. Februar 1921), der auch dem Zentrum — allerdings in weitaus geringerem Umfang als der SPD und DDP — Verluste zugunsten der Rechtsparteien brachte[13]), bestätigte den allgemeinen Rechtsruck, wie er in der Reichstagswahl vom Juni 1920 offen-

---

[8]) Ob die Befürworter eines Rücktritts von Simons, insbesondere Andre und Diez, mit ihrem Vorstoß den Posten des Reichsaußenministers für Erzberger freimachen wollten (wie ten Hompel annahm; Niederschrift über die Fraktionssitzungen vom 22. und 23. April 1921), ist nicht mit Sicherheit auszumachen. In einem Schreiben vom 30. November 1920 hatte sich *Fehrenbach* bei Schofer über Erzberger beklagt und in diesem Zusammenhang geschrieben, Erzberger betrachte sich „in Übereinstimmung mit gewissen badischen und württembergischen Zentrumspolitikern als den einzigen wirklich staatsmännischen Kopf, der den Posten des Reichskanzlers einnehmen muß, wenn Deutschland nicht zugrunde gehen soll". Durchschlag im Nachl. Mayer-Kaufbeuren.

[9]) So *Bell* in einer Fraktionssitzung am 24. April 1921. Nachl. ten Hompel.

[10]) Am 4. Februar 1921 schrieb die *Germania* Nr. 57, daß die Frage der Kabinettserweiterung zur Zeit nicht dringlich sei, „obwohl wir heute noch wie vordem den Standpunkt vertreten, daß die Grundlagen des heutigen Kabinetts wenn irgend möglich zu erweitern sind".

[11]) So *Trimborn* in einer Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am 4. Februar 1921. Nach *Fehrenbach* war eine Verbreiterung nur nach rechts „unangängig". Bundesarchiv R 43 I/1028. Die *Germania* Nr. 60 vom 5. Februar 1921 sprach sich dafür aus, „weit eher" eine Regierungsverbreiterung nur nach links vorzunehmen als nur nach rechts.

[12]) So *Burlage* in der Fraktion am 23. Februar 1921. Nachl. ten Hompel.

[13]) Auf das Zentrum entfielen 18,1 v.H. der Wählerstimmen. Wenn man berücksichtigt, daß in den Abstimmungsgebieten bzw. in den bereits abgetrennten Gebieten nicht gewählt werden konnte, so hatte das Zentrum noch „gut abgeschnitten". Vgl. *KV* Nr. 141 vom 21. Februar 1921. Nach dem Kommentar der *Germania* Nr. 86 vom 21. Februar 1921 besaß das Zentrum die „zuverlässigste Wählerschaft"; Partei und Wähler seien nicht durch „irgendeine Agitationskonjunktur" miteinander verbunden. In einer Sitzung der Reichstagsfraktion am 23. Februar 1921 äußerte sich *Trimborn* befriedigt über den Ausfall der Preußenwahlen.

Bei dieser Wahl gelangte der evang. Berliner Rechtsanwalt *v. Rehbinder* über die Zentrumsliste zu einem Mandat. Er war der einzige evangelische Abgeordnete der Landtagsfraktion des Zentrums. Die Zahl der Doppelmandatare hatte sich verringert; nur noch 4 Abgeordnete gehörten gleichzeitig auch dem Reichstag an: Busch, Herold, Lauscher, Schulte-Breslau. Eine Zusammenstellung der *KV* Nr. 159 vom 27. Februar 1921 über die „Vertretung der verschiedenen Berufsstände" in der Zentrumsfraktion des Landtags (84 Abg.) ergab folgendes sehr grobflächige Bild, bei dem weder bei den weiblichen Abgeordneten noch bei den Geistlichen eine nähere Angabe gemacht wurde:

16 Arbeitervertreter
14 Vertreter der Landwirtschaft
11 Juristen
8 Frauen
7 Handwerker
6 Lehrer
6 mittlere Beamte
5 Geistliche
3 höhere Beamte
2 Studienräte
2 Vertreter von Industrie und Handel
2 Professoren
1 Arzt
1 kaufmännischer Angestellter.

kundig geworden war. Er rückte noch einmal die Möglichkeit in greifbare Nähe, zu einer im Reich wie in Preußen von den gleichen Parteien getragenen Koalitionsregierung zu gelangen[14]), d. h. im Reich die Sozialdemokratie und in Preußen die DVP in die Koalition einzubeziehen.[15]) Da sich jedoch die Kabinettsbildung in Preußen, mit der begonnen werden sollte, in erster Linie infolge des Taktierens der SPD einige Wochen lang hinzog[16]), kam auch ein Umbau der Koalition im Reich nicht zustande.

Die Regierung Fehrenbach war durch die Reparationsverhandlungen mit den Alliierten weiterhin vollauf in Anspruch genommen. Sie vermochte sich allerdings nicht zu einer eindeutigen Haltung durchzuringen und hoffte — vergeblich — von gegensätzlichen Auffassungen im Lager der Entente profitieren zu können. Reichsfinanzminister Wirth stand nicht allein mit seiner Kritik an der Untätigkeit und Zwiespältigkeit der von ihm mitgebildeten Regierung, die „immer nur mit allgemeinen Andeutungen und Redensarten" arbeite, anstatt „positive Vorschläge" zu entwickeln.[17]) Die Unsicherheit und Unausgeglichenheit der auswärtigen Politik — für die man in erster Linie die Bürokratie des Auswärtigen Amtes verantwortlich machte[18]) — wurde eklatant deutlich, als Reichspostminister Giesberts unter Zustimmung einer Fraktionsmehrheit seine Bereitschaft erklärte, eher der von den Alliierten angedrohten Besetzung des Ruhrgebiets zuzustimmen als den alliierten Reparationsforderungen.[19])

---

[14]) Die *KV* Nr. 144 vom 22. Januar 1921 war dafür eingetreten, die „Vereinheitlichung" der Regierungskoalition nicht länger aufzuschieben. Der Interfrakt. Ausschuß der Koalitionsparteien hatte am gleichen Tage beschlossen, ein „einheitliches Vorgehen" bei der Neubildung der preußischen Regierung anzustreben. Bundesarchiv R 43 I/1028. Am folgenden Tage hatte *Trimborn* allerdings diese Frage in einer Sitzung der Reichstagsfraktion als „noch nicht spruchreif" bezeichnet. Nachl. ten Hompel.

[15]) In der Allg. Rundschau Nr. 10 vom 5. März 1921 befürwortete der preuß. Abg. *Grebe* die Aufnahme der DVP in die bisherige Regierungskoalition (S. 109 f.), die damit über eine starke Mehrheit verfügen würde.

[16]) Vgl. *Grebe*, Die Regierungsbildung in Preußen, ebd., Nr. 13 vom 26. März 1921, S. 154 f.

[17]) Auf einer Sitzung des Fraktionsvorstands am 16. Juni 1921 teilte Reichskanzler *Wirth* mit, daß ein Zwiespalt im Kabinett Fehrenbach vorhanden gewesen sei und sich „trotz geschickter Vermittlung" des Reichskanzlers ausgewirkt habe. Nachl. ten Hompel. Wenige Tage später, auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses am 29. Juni 1921, wurde *Wirth* noch deutlicher: „Der innere Zwiespalt des Kabinetts Fehrenbach war ein offenes Geheimnis." Reichsminister *Giesberts* erklärte in diesem Zusammenhang: Die Lage in den letzten Monaten unter dem Kabinett Fehrenbach sei „unerträglich" gewesen. Ebd. Ähnlich hatte *Erzberger* schon Monate vorher der Regierung vorgeworfen, daß sie „wohl klagt und jammert, aber nicht führt". Mitgeteilt in einem Schreiben *Fehrenbachs* vom 30. November 1920 an Schofer (s. Anm. 8).

[18]) In einer Fraktionssitzung am 23. April 1921 erklärte Reichsarbeitsminister *Brauns:* Eine klare „amerikanische Politik" sei vom Auswärtigen Amt bisher nicht verfolgt worden. Das liege nicht so sehr an Simons als vielmehr an der Bürokratie des Auswärtigen Amtes, die noch ganz von den alten Deutschnationalen durchsetzt sei. Nicht Simons müsse gestürzt werden, sondern Staatssekretär v. Haniel. Der Abg. *Schreiber* ergänzte: „Haniel ist unmöglich." (S. Anm. 8.)

[19]) Am 1. Februar 1921 in der Reichstagsfraktion. Dabei gab allerdings *ten Hompel* seiner Überzeugung Ausdruck, „daß die Entente vor der Wahrmachung ihrer Drohung selbst letzten Endes zurückschrecken werde". Nachl. ten Hompel. Über die „große Hilflosigkeit und Direktions-

Wesentlich auf die Initiative von Reichsarbeitsminister Brauns ging der Vorschlag zurück, den amerikanischen Präsidenten Harding als Vermittler im Reparationskonflikt mit Frankreich und England einzuschalten (Note der Reichsregierung vom 24. April). Dieser ungenügend vorbereitete Vorstoß scheiterte und rief bei einzelnen Zentrumsabgeordneten scharfe Kritik hervor, noch bevor er den äußeren Anlaß zum Rücktritt des Kabinetts bildete.[20]) Die Mehrheit der Fraktion stützte allerdings weiter die Regierung Fehrenbach nach dem Motto: „Wer Regierung angreift, greift auch das Zentrum an, das Regierung führt."[21]) Der Abgeordnete Schreiber gab zu, daß sich die Zentrumsfraktion ebenso wie bei der Annahme des Versailler Vertrags über die „Stärke der Volksstimmung" gegen die Annahme der neuen alliierten Forderungen getäuscht habe. Aus einer realistischen Analyse der Situation resultierte seine Forderung, um der Erhaltung der politischen Einheit willen das Kabinett Fehrenbach zu stützen („sonst kommt Sozialdemokratie zur Geltung und gefährdet insbesondere unsere Außenpolitik")[22]), dessen Führungslosigkeit nach außen und nach innen immer stärker sichtbar wurde.

Im Frühjahr 1921 stand eine Zeitlang die Regierungsbildung in Preußen im Vordergrund der Berliner Zentrumspolitik. Während nach dem Zusammentritt des neuen Landtags am 10. März die Wahl des Präsidiums (Leinert-SPD; Porsch-Zentrum; v. Kries-DNVP; Garnich-DVP) ohne Schwierigkeiten verlief, ließ sich zunächst keine Einigkeit über die Kabinettsbildung erzielen. Die Sozialdemokratie bestand darauf, die bisherige (Weimarer) Koalition fortzusetzen. Das Zentrum gedachte im Sinne einer Absprache mit seinen DVP-Partnern in der Regierung Fehrenbach „aus vaterländischen Rücksichten" diese Koalition durch die Aufnahme der DVP zu erweitern und damit zu festigen.[23]) Ein etwaiges Zusammengehen mit der DNVP war dabei nicht in Aussicht genommen. Nach

---

losigkeit", die in der auswärtigen Politik unter Fehrenbach herrschte, beklagte sich nachträglich auch Carl *Bachem* (am 28. Mai 1921 an Trimborn), der über Einzelheiten anläßlich einer Sitzung des Rhein. Provinzialausschusses der Zentrumspartei am 27. Mai 1921 von Bell orientiert worden war. Nachl. Bachem 850.

[20]) Am 30. April 1921 beschäftigte sich die *Germania* Nr. 225 mit Gerüchten über eine Kabinettskrise und gab u. a. eine Meldung der Vossischen Zeitung wieder, wonach mit dem Außenminister auch der Reichskanzler zurücktreten werde.

[21]) So der Abg. *Wieber* in einer Fraktionssitzung am 23. April 1921 (s. Anm. 18).

[22]) Ebd. *Bolz* stimmte zu: „Jetzt keine Ministerstürzerei." Am 7. März 1921 bezeichnete *Schreiber* im Westfäl. Merkur (Nr. 110) die Zentrumspartei als so stark mit ihren Wählermassen verwachsen, daß sie es nicht nötig habe, bei außenpolitischen Handlungen „immer wieder peinliche Rücksichten" auf ein Plus oder Minus von Wählerstimmen zu nehmen.

[23]) Vgl. *KV* Nr. 188 vom 10. März 1921 („Die Regierungsbildung in Preußen") sowie eine entsprechende Entschließung der Landtagsfraktion des Zentrums (abgedr. bei *Grebe*, Die Regierungsbildung in Preußen [s. Anm. 16], S. 155) und die Ausführungen des Abg. *Herold* am 22. April 1921 im Preuß. Landtag (Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 651). Der Abg. *Crone-Münzebrock* bezeichnete es in der *KV* Nr. 258 vom 7. April 1921 „im Interesse" der Partei als erwünscht, daß die Volkspartei die Verantwortung für die Regierung in Preußen mit übernehme.

vier Wochen „Kuhhandelns" infolge des Verhaltens der „Randparteien" DVP und SPD[24]), die sich nicht verständigen konnten, kam schließlich eine Einigung über die Wahl Stegerwalds zum Ministerpräsidenten zustande (9. April), der sich zu dieser Aufgabe nicht gedrängt und nicht einmal ein Mandat im Landtag angenommen hatte.[25])

Die Zentrumspresse sprach wieder ausgiebig von dem „großen Opfer", das Stegerwald auf dringendes Ersuchen seiner Fraktion gebracht habe.[26]) Seine Bemühungen um eine Kabinettsbildung, für die ihm von seiner Fraktion freie Hand gelassen wurde[27]), führten jedoch nur zu einem Teilerfolg (21. April)[28]), da er sich auf ein Minderheitskabinett aus Angehörigen des Zentrums und der DDP stützen mußte, in das einige parteilose Fachbeamte eintraten. Außer Stegerwald, der die Leitung des Wohlfahrtsministeriums beibehielt, entsandte das Zentrum nur den bisherigen Justizminister am Zehnhoff[29]) in die Regierung, deren Erweiterung nach rechts immer wieder gefordert wurde, da sie als eine „Schicksalsfrage" der Partei galt.[30])

Der neue Ministerpräsident, der sich gegenüber der SPD mit seiner Forderung nach einer großen Koalition (Einbeziehung der DVP) nicht durchgesetzt hatte, wurde von der SPD hartnäckig attackiert[31]), die mit ihrem Drängen nach Wiederherstellung der Weimarer Koalition offensichtlich auf einen Wiedereintritt in die Reichsregierung zielte.[32]) Stegerwald hoffte von der preußischen Basis aus „zur Herbeiführung gleichartiger und gefestigter Regierungsverhält-

---

[24]) So *Germania* Nr. 167 vom 8. April 1921.

[25]) In einem Artikel „Bindungen" (in: *Germania* Nr. 194 vom 19. April 1921), in dem *Stegerwald* nachwies, daß weder er noch die Zentrumsfraktion vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten gegenüber der SPD bestimmte Bindungen eingegangen seien, hieß es: Bis zum 8. April 1921 habe er sich um die Regierungsbildung nicht gekümmert, weil er nicht mehr dem Landtag angehöre und weil seit Monaten sein Entschluß festgestanden habe, nicht mehr in die neuzubildende Regierung einzutreten. Stegerwalds Ausführungen wurden von dem Abg. *Gronowski* bestätigt (ebd. Nr. 199 vom 21. April 1921), der die Verhandlungen mit der SPD geführt hatte. Dazu vgl. *Stegerwalds* Ausführungen vom 22. April 1921 im Preuß. Landtag. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 688.

[26]) Vgl. *Germania* Nr. 172 vom 10. April 1921.

[27]) Vgl. *Germania* Nr. 183 vom 14. April 1921 und die Ausführungen *Herolds* vom 22. April 1921 (s. Anm. 23).

[28]) Über die Schwierigkeiten der Regierungsbildung vgl. *Schulthess* 1920/I, S. 119 f., sowie *Stegerwald*, Aus meinem Leben, S. 16.

[29]) Der bayer. Gesandte in Berlin, *v. Preger*, charakterisierte am Zehnhoff in einem Bericht vom 23. April 1921 als einen „behaglichen Rheinländer, der die Führung seines Ministeriums hauptsächlich seinen Geheimräten überläßt, die nach alter Schule weiter arbeiten". BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 95.

[30]) Der Vors. der Münsterischen Zentrumspartei, *Reineke*, bezeichnete in der *KV* Nr. 381 vom 21. Mai 1921 die „Belastung von links", der das Zentrum ausgesetzt sei, als „zu schwer".

[31]) Vgl. *Germania* Nr. 422 vom 20. Juli 1921: „Der mißglückte Sturmangriff gegen Stegerwald".

[32]) Diese Auffassung vertrat der DDP-Abg. *Schiffer* in einer Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am 6. April 1921. Bundesarchiv R 43 I/1028.

nisse in Preußen und im Reich" beitragen zu können.[33]) Daß und warum er mit diesem Plan bereits ein halbes Jahr später scheiterte, wird noch zu zeigen sein. Nachdenkliche Beobachter im Zentrum sahen bereits zu diesem Zeitpunkt, welche nachteiligen Folgen sich aus dem „unerquicklichen Schauspiel" um die preußische Regierungsbildung — das Bolz als Zeichen „politischer Unreife" wertete[34]) — für den „jungen Parlamentarismus in Deutschland" ergeben mußten: „Der Schaden [in Preußen] trifft das ganze deutsche Volk."[35])

Im Windschatten der großen Politik und der preußischen Querelen hatte der vom Reichsparteiausschuß Anfang November 1920 bestellte Ausschuß zur Ausarbeitung neuer Parteirichtlinien inzwischen einen Entwurf fertiggestellt, der vom Reichsparteiausschuß am 18./20. März 1921 in Berlin beraten wurde. Das Ergebnis dieser Diskussionen war die Bildung eines Redaktionskomitees, das dem Entwurf die endgültige Fassung geben sollte.[36]) Zu diesem Zeitpunkt stand bereits fest, daß der für Mitte April vorgesehene Reichsparteitag nicht stattfinden würde. Trimborn wollte den Gesamtparteitag erst dann einberufen, wenn ein von der Programm-Kommission sorgfältig durchberatener und sowohl vom Reichsparteiausschuß als auch von den einzelnen Landesverbänden angenommener Entwurf der neuen Parteirichtlinien vorlag. Der Zentrumsvorsitzende war fest entschlossen, unter allen Umständen an der „alten Partei" festzuhalten

[33]) Vgl. *Stegerwald*, Aus meinem Leben, S. 16.

[34]) Vgl. *Miller*, Bolz, S. 190.

[35]) So der preuß. Abg. *Grebe* in: Allg. Rundschau Nr. 16 vom 16. April 1921, S. 193. *Der Deutsche* Nr. 10 vom 12. April 1921 kommentierte: „Wenn etwas dazu in der Lage ist, die Unhaltbarkeit und Reformbedürftigkeit des politischen Parteiwesens im neuen Deutschland unwiderleglich zu beweisen, dann ist es die gegenwärtige innerpolitische Lage in Preußen." — Daß auch eine Rückkehr zur Weimarer Koalition im Reich für Preußen nicht ohne Folgen bleiben konnte, liegt auf der Hand. In einem ausführlichen Bericht des bayer. Gesandten in Berlin, *v. Preger*, vom 23. April 1921 (s. Anm. 29) heißt es über die preußische Kabinettsbildung u. a., eine Wiederherstellung der alten Regierungskoalition sei an der festen Haltung des Zentrums gescheitert, „das unter allen Umständen einen Ruck nach rechts infolge des gesamten Wahlausfalles und auch nach der Stimmung seiner eigenen Partei für notwendig hielt. Um aber die Sozialdemokratie nicht allzu sehr zu reizen, verzichtete Stegerwald, dem die Kampfstellung der Sozialdemokratie gegenüber seinem Kabinett persönlich außerordentlich schmerzlich ist, auf die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung und bildete eine Minderheitsregierung [. . .], nachdem er sich vorher die Unterstützung dieser ‚Übergangsregierung' durch beide Rechtsparteien gesichert hatte. Ob nun diese Übergangsregierung einen Übergang nach rechts oder wieder nach links bilden wird, läßt sich schwer voraussagen. [. . .] Führen dort [im Reich] die Verhältnisse zum Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, was rasch der Fall sein kann, so wird auch Preußen sich einer Koalition der Mitte nicht entziehen können. Kann sich aber die bisherige Regierung im Reich halten, so wird auch die gegenwärtige preußische Regierung recht lange im Amt verbleiben können und wird durch die Natur der Dinge, je schärfer die Sozialdemokraten sie bekämpfen werden, immer weiter nach rechts getrieben werden. Einstweilen befindet sich jedenfalls die Sozialdemokratie in der Rolle des betrübten Lohgerbers, dem die Felle davongeschwommen sind und der, über seine eigene Ungeschicklichkeit wütend, diese Wut an seinem bisherigen Nachbar und Freunde — dem Zentrum — ausläßt."

[36]) Vgl. *KV* Nr. 217 vom 22. März 1921.

und sich nicht auf das „Stegerwaldsche Rezept" einzulassen.[37]) Er benutzte seinerseits eine Feierstunde anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens des Zentrums Ende April 1921 — an der auch Vertreter der BVP teilnahmen — dazu, um die evangelische Bevölkerung zum Eintritt in das Zentrum einzuladen.[38]) Als die Hauptaufgabe der Partei nannte er in diesem Zusammenhang das Bestreben, für die (nicht näher erläuterte) „richtige Auslegung der Verfassung" Sorge zu tragen.

Die glatte Ablehnung des deutschen Vermittlungsangebots durch die amerikanische Regierung führte am 4. Mai 1921 zum „sang- und klanglosen" Rücktritt[39]) der Regierung Fehrenbach. Bereits am folgenden Tage erging das „Londoner Ultimatum", das unter Androhung des Einmarsches von alliierten Truppen in das Ruhrgebiet die vorbehaltlose Annahme der von den Alliierten festgesetzten und auf Jahrzehnte berechneten Reparationszahlungen forderte.[40]) Die Tür zu neuen Verhandlungen blieb geschlossen. Da zum gleichen Zeitpunkt in Oberschlesien der (dritte) polnische Aufstand in vollem Gange war, befand sich das Reich in einer verzweifelten Situation, die in mancher Hinsicht derjenigen des Juni 1919 glich, als es um Annahme oder Nichtannahme des Versailler Vertrags ging.

---

[37]) Schreiben vom 5. April 1921 an ten Hompel. Nachl. ten Hompel. Im Zuge der Beratungen der Programmkommission erhielt ein Mitarbeiter des Reichsgeneralsekretariats der Partei, Otto *Timmermann*, den Auftrag, einen „Überblick über die bisherige Zusammenarbeit von Evangelischen mit den Katholiken im Zentrum" zu schaffen. Am 24. Februar 1921 erbat er dazu von Carl Bachem Hinweise aus der früheren Zentrumspolitik. In *Bachems* Antwort vom 28. Februar 1921, die inhaltlich höchst dürftig ausfiel, hieß es zum Schluß: „Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen meine große Freude auszusprechen für Ihr eifriges Wirken für eine Verbindung von gläubigen Katholiken und gläubigen Protestanten. Ich habe mich ja früher selbst in diesem Sinne außerordentlich eifrig bemüht, leider ohne irgendwelchen fühlbaren Erfolg." Nachl. Bachem 465.

[38]) Vgl. *KV* Nr. 309 vom 25. April 1921.

[39]) So *KV* Nr. 358 vom 13. Mai 1921. Der Artikel versuchte etwas krampfhaft, Fehrenbachs innenpolitische Verdienste hervorzuheben, wobei es hieß, daß er die — nicht näher bezeichneten — innerpolitischen Aufgaben „glatt und gut" erfüllt habe.

[40]) In einer Fraktionssitzung am 5. Mai 1921 erklärte *Klöckner*, die alliierten Bedingungen seien „erschütternd". Nachl. ten Hompel.

Zweites Kapitel

Der Zentrumsturm wankt

1. Erzbergers Wiederkehr und das Brauns/Stegerwald-Projekt einer neuen Volkspartei

„Gegenüber Erzberger gibt es keine Gleichgültigkeit, sondern nur Ablehnung oder Zustimmung." KV Nr. 282 vom 15. April 1921.

Während die Regierung Fehrenbach infolge des außenpolitischen Drucks und der immer noch ungeklärten Höhe der Reparationszahlungen kein Rezept gegen die fortschreitende Inflation fand, erlebte das Zentrum, die stärkste Stütze dieser Regierung, innere Auseinandersetzungen, die die Partei bis an den Rand einer Spaltung führten. Die neue, bisher schwerste Krise der Nachkriegszeit, verknüpfte sich mit den Namen von zwei Antipoden im Zentrumslager, die beide zu den stärksten politischen Potenzen der Partei gehörten und die jeder für sich ein Programm verkörperten: Erzberger und Stegerwald.

Daß Erzberger unvermindert Sprengpulver für seine Partei bedeutete, wurde im Spätherbst 1920 deutlich, als der Abgeordnete nach der Sommerpause des Reichstags seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnahm. Den Anlaß zu einem unvermittelten Zusammenprall der Gegensätze bildete die von Trimborn in einer Fraktionssitzung am 19. Oktober vorgeschlagene Wiederwahl der bisherigen Fraktionsvorsitzenden (Trimborn, Stellvertreter: Becker-Arnsberg und Burlage) einschließlich des erweiterten Vorstands. Diesem Gremium gehörte von Weimar her auch Erzberger noch an. Um Kontroversen nach Möglichkeit auszuschließen und eine Diskussion einzelner Kandidaturen zu vermeiden, beabsichtigte Trimborn, den Vorstand nur durch die Zuwahl von Marx und Frau Teusch ergänzen zu lassen.[1]) Diese Taktik mißlang gründlich. Zur allgemeinen Überraschung erhob der neugewählte Abgeordnete ten Hompel Einspruch gegen die weitere Zugehörigkeit Erzbergers zum Fraktionsvorstand. ten Hompel erkannte an, daß sich Erzberger in den vergangenen Monaten „abkommensgemäß" zurückgehalten habe, beantragte jedoch, entsprechend früheren Beschlüssen der Fraktion und des Reichsparteivorstands, zur Kandidatur Erzbergers solange keine Stellung zu nehmen, wie dessen Prozeßverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

[1]) Protokoll im Nachl. ten Hompel. Auf einer Tagung des Reichsparteiausschusses am 31. Oktober 1920 erklärte *Trimborn*, daß, wenn nicht ten Hompel am 19. Oktober 1920 Einspruch erhoben hätte, dieser von anderer Seite zu erwarten gewesen sei. Ebd.

Dieser Vorstoß wirkte wie ein Stich ins Wespennest. Ein schwacher Versuch Trimborns, eine Debatte des Falles Erzberger zu vertagen, damit sich zunächst der Reichsparteiausschuß dazu äußern könne, schlug fehl. Auch ein Antrag von Kaas, der sofort angenommen wurde, die Wahl des Vorstands deswegen aufzuschieben, weil dieser „unter dem Gesichtspunkt des Unitarismus und Föderalismus" zu einseitig zusammengesetzt sei, vermochte eine erregte Diskussion nicht zu verhindern. Deren Verlauf ließ zum ersten Mal genauer erkennen, in welche Lager die Fraktion — die schließlich nur den alten dreiköpfigen Vorstand bestätigte[2]) — in der Erzberger-Frage gespalten war.

Klar zeichnete sich eine Linie zwischen (nord-)west- und süddeutschen Abgeordneten ab, worauf Burlage warnend hinwies. Für den in Württemberg „ordnungsgemäß" (Trimborn) wiedergewählten Abgeordneten Erzberger setzten sich außer Wirth (er habe früher nicht zu dem „Kometenschweif" Erzbergers gehört) fast ausschließlich Gewerkschaftsvertreter ein: Ersing (man möge verhindern, daß neben der Mainlinie noch eine Neckarlinie entstehe), Isenmann (auf den aus „Kapitalistenkreisen" angegriffenen Erzberger könne die Fraktion schon deswegen nicht verzichten, weil es ihr an „führenden Männern" fehle), Schlack, Wieber (die Fraktion würde durch eine „Ausstoßung" Erzbergers „gewissermaßen" das Gerichtsurteil anerkennen; Rücksichten auf die Intellektuellen dürften nicht so weit gehen, Erzberger zu opfern) und Giesberts. Gegen Erzberger opponierten Schulz-Gahmen (unter Hinweis auf die Gefahr einer drohenden Spaltung der Fraktion) und Burlage (insbesondere die Intellektuellen ständen gegen Erzberger; die Fraktion könne eine weitere „Belastung" nicht ertragen), indirekt auch Trimborn, Kaas, Baumann und in besonders scharfer Form Stegerwald, der allerdings ausdrücklich hinzufügte, daß er Erzberger nicht „dauernd politisch tot" wissen wolle.[3])

[2]) Vgl. *KV* Nr. 820 vom 21. Oktober 1920.

[3]) Im Nachl. ten Hompel befindet sich eine undatierte Aufzeichnung „Aus den Erinnerungen eines Reichstagsabgeordneten", in der dieser Vorgang anschaulich festgehalten ist: „Als daher nach einleitenden und begrüßenden Worten der Vorsitzende feststellte, daß die Fraktion [. . .] sich hiermit widerspruchslos konstituiere, meldete ich mich sofort zum Wort und erklärte, daß ich gegen die Zugehörigkeit des Abgeordneten Erzberger auf Grund des Verlaufes des Helfferich-Prozesses Einspruch erheben müsse. [. . .] Die Wirkung meines Einspruches war noch größer, als ich erwartet hatte. Längere Zeit herrschte völlige Erstarrung, man konnte wirklich die berühmte Nadel fallen hören. Selbst [. . .] Trimborn vergaß zu fragen, ob jemand das Wort dazu wünsche. Schließlich fand der intimste Gesinnungsgenosse Erzbergers, sein Freund Dr. Wirth, das erste Wort. Blaß vor Erregung, wechselte er, Zornesblitze schleudernd, die Farbe nach hochrot und überschüttete mich mit der ihm eigenen Redegewalt mit einem Strom von Anschuldigungen und Verdächtigungen. [. . .] Dr. Wirth hat die Verdächtigungen nach einigen Wochen — nachdem ich ihn wiederholt in Fraktionssitzungen erinnert hatte — in aller Form als irrtümlich von ihm erhoben, zurückgenommen.

Trotz der ungeheuren Entrüstung, die mein Vorgehen bei den Anhängern Erzbergers ausgelöst hatte, muß mein Vorgehen bei dieser Gruppe, die wohl den größeren Teil der Fraktion darstellte, doch wohl einen solchen Eindruck gemacht haben, daß, als Trimborn [einige Wochen später] bei den Wahlen zum Fraktionsvorstand zu meiner Überraschung auch mich vorschlug, sich kein Widerspruch erhob. [. . .] Ich habe geglaubt, darin eine stille Anerkennung seitens des

Mit einem Hinweis auf die so sichtbar zutage getretene „geographische" Trennungslinie leitete Erzberger sehr geschickt seine Entgegnung ein: Württemberg, Baden und Hessen hätten zu ihm gestanden; das gegen ihn ergangene politische „Fehlurteil", vor dem er nicht zu kapitulieren gedenke, sei für jeden Politiker längst aufgehoben. In der ihm eigenen forschen Art ging Erzberger dann unvermittelt zum Angriff über und erwähnte als Beispiel für die Nützlichkeit seiner weiteren parlamentarischen Mitarbeit die Einzeltatsache, daß der Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums verschiedene „Ungeheuerlichkeiten" aufweise.[4]) Erzberger glaubte, bisher genügend Opfer gebracht zu haben, ohne dafür jemals Dank erhalten zu haben. Er prophezeite eine Spaltung der Fraktion für den Fall, daß man zu scharf gegen ihn vorgehen würde. Da Erzberger sich schließlich bereit erklärte, aus dem Vorstand der Fraktion auszuscheiden und vorerst auf Reden im Plenum sowie auf jede Mitarbeit in Parlamentsausschüssen zu verzichten, und da er weiter die Bildung eines von Burlage vorgeschlagenen Ausschusses akzeptierte, der sich mit seiner Angelegenheit beschäftigen solle, wurde sein „Fall" (nach bewährter Zentrumstradition) erneut vertagt.

Erzberger fühlte sich keineswegs geschlagen und nahm an den Fraktionsberatungen der nächsten Tage unverdrossen regen Anteil. Getreu seiner Angewohnheit, stets mit neuen politischen Ideen hervorzutreten, entwickelte er am 20. Oktober konstruktive Vorschläge, um die Wirtschaftsnot zu überwinden. So befürwortete er die Einführung eines zweijährigen „nationalen Dienstwirtschaftsjahres" als Militärdienstersatz und propagierte (in Aufnahme der von Wissell vertretenen Pläne) den Gedanken einer „organisierten", nicht sozialisierten Wirtschaft auf genossenschaftlicher Basis.[5]) Die ihm vorschwebenden Sozial- und Wirtschaftsideen im Sinne des „christlichen Solidarismus" — die bald darauf einen Niederschlag in zwei Schriften fanden[6]) — sollten nach Erzbergers Vorstellungen gleichzeitig die Grundlage eines „zugkräftigen Wirtschaftsprogramms" des Zentrums bilden, um der Partei damit auf der bisherigen weltanschaulichen Grundlage neue Wählerschichten zu erobern.

Mit den zuletzt entwickelten Ideen, der eigenen Partei neue Anhänger zu gewinnen, befand sich Erzberger — dessen wirtschaftspolitische Vorschläge

---

Vorsitzenden und seiner alten Garde erblicken zu dürfen für den Vorstoß, durch welchen ich eine unmögliche Lage, in welche die Fraktion geraten war, ‚ins Rollen' gebracht hatte. Ich habe nachher im stillen manchen kräftigen Händedruck erhalten von damaligen Reichstagskollegen, auch von solchen, von denen ich es nicht mal erwartet hatte."

[4]) In seiner Replik entgegnete *Brauns*, offensichtlich höchst verärgert, dieses Vorgehen sei „echt Erzberger"; dieser habe die außerordentlich hohen Anfangskosten des Reichsarbeitsministeriums in Vergleich gesetzt zu dauernden Jahresausgaben an Renten.

[5]) Nach einem Fraktionsprotokoll. Nachl. ten Hompel.

[6]) Vgl. das Kapitel „Erzbergers politische Haltung 1920—1921" bei *Epstein*, Erzberger, S. 418 ff.

keinen Anklang in der Fraktion fanden[7]) — im Gegensatz zu einer von Stegerwald und Brauns entwickelten Konzeption, deren Publikation wenige Wochen später die ohnehin gelockerten Fundamente des Zentrumsturms ins Wanken brachte. Dabei waren die Pläne der beiden vom Volksverein geprägten Sozialpolitiker keineswegs neu. Beide hatten sie bereits während des Krieges und dann nach dem November-Umsturz wiederholt vorgetragen. Ihr Kerngedanke lautete: Eine Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland könne nur durch eine Neu- bzw. Umgruppierung des Parteiensystems erreicht werden. Dem für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Wiederaufbauarbeit unfähigen Sozialismus dürfe dabei unter keinen Umständen die Führung überlassen werden. Infolgedessen sei eine neue Mittelpartei auf interkonfessioneller Grundlage notwendig, für die sich — nach Stegerwalds Worten — bereits die von ihm geleitete christlich-nationale Arbeiterbewegung und auch einige, nicht näher umschriebene „kirchliche Instanzen" ausgesprochen hätten.

Als Stegerwald diese Konzeption am 19. Oktober in der Fraktion — nach Ausweis der uns zugänglichen Quellen: zum ersten Male — ausführlich entwickelte, geschah das im Zusammenhang mit heftigen Seitenhieben auf Erzberger, der im evangelischen Lager wie ein rotes Tuch wirke und infolgedessen einer „vaterländischen Notwendigkeit" geopfert werden müsse. Selbstredend lehnte Erzberger einen politischen Selbstmord kategorisch ab, wobei ihm Giesberts zu Hilfe kam, der ein „Fallenlassen" Erzbergers nicht als Voraussetzung ansah, um Stegerwalds Pläne realisieren zu können. Erzberger hielt Stegerwalds Idee, die evangelischen Arbeiterkreise für eine neue Mittelpartei zu gewinnen, für rundweg illusorisch und bezeichnete statt dessen als „näherliegende Aufgabe" den Versuch, die (angeblich) 4 Millionen Stimmen katholischer Arbeiter, die bei der letzten Reichstagswahl nicht für das Zentrum gestimmt hätten, der Partei wiederzugewinnen. Gerade dieses Unterfangen aber hielt Stegerwald nur auf dem Boden der ihm vorschwebenden interkonfessionellen christlichen Volkspartei für möglich.

Da zunächst offensichtlich keine Rede davon war, ob das Zentrum in der projektierten neuen Partei aufgehen oder aber sich so rasch wie möglich auflösen solle, ist es nicht verwunderlich, daß Stegerwald — jedenfalls nach Ausweis des Protokolls — in der Fraktion nur Brauns auf seiner Seite fand. Der Reichsarbeitsminister fügte den Gedankengängen Stegerwalds noch ein weiteres Argument hinzu, das eine „große neue Bewegung" notwendig mache: die Tatsache, daß die Existenz des Zentrums im wesentlichen auf dem Frauenwahlrecht basiere. Brauns ließ keinen Zweifel daran, daß Erzberger in jedem Falle für die neue Partei, sollte sie Zuzug aus dem evangelischen wie aus dem sozialdemo-

[7]) Am 20. Oktober 1920 (s. Anm. 5) erklärte *ten Hompel:* „Die Tatsache, daß Herr Erzberger, der doch als findiger Kopf gilt, nichts Besseres zu finden gewußt hat als das Wirtschaftsdienstjahr, zeigt, daß die Sache nicht so einfach ist."

kratischen Lager erhalten, „tatsächlich sowohl nach rechts als auch nach links" ein Hindernis bedeute.

Die zugänglichen spärlichen Quellen erlauben kein Urteil darüber, warum das hiermit aufgeworfene Problem, bei dem es schließlich um die Lebensfrage der Partei ging, in den ausgiebigen Fraktionsdebatten der nächsten Tage nicht weiter behandelt worden ist. Zweifellos war den meisten Abgeordneten allein der Gedanke an eine mögliche Preisgabe des Zentrums höchst unsympathisch, und gewiß fühlten sich viele von ihnen nicht recht „zuständig" zur Diskussion dieser Frage, die in erster Linie die eigentlichen Parteigremien (Reichsparteivorstand und -ausschuß sowie Reichsparteitag) anging. Ein Hinweis von Giesberts läßt erkennen, daß Stegerwald seinen Plan mit Gewerkschafts- und Arbeitervereinssekretären bereits erörtert hatte, ohne in diesen Vorgesprächen allerdings (wie dann in der Fraktion) Erzberger als „Hindernis" zu bezeichnen. Auf Vorschlag des Parteiveteranen Hitze, das von Stegerwald und Brauns aufgeworfene Problem als noch nicht spruchreif vorläufig nicht „anzurühren", vertagte die Fraktion am 20. Oktober erneut die unliebsamen Debatten. Sie wurden wenige Tage später im Reichsparteiausschuß fortgesetzt und fanden am 5. November noch ein kurzes Nachspiel in der Fraktion, als der Abgeordnete Diez das inzwischen bekanntgewordene Ausscheiden Erzbergers aus der aktiven Politik „in bewegten Worten" beklagte und der Fraktion vorwarf, einen so verdienten Mann einfach „fallengelassen" und damit Helfferich einen Triumph bereitet zu haben.[8]) Demgegenüber brachte ten Hompel als Sprecher der Gegenseite klar zum Ausdruck, daß in akademischen und landwirtschaftlichen Kreisen eine außerordentlich scharfe Stimmung gegen Erzberger herrsche.

Die Zentrumspartei konnte es sich nicht leisten, neben dem ungeklärten Fall Erzberger auch noch einen — damit aufs engste verbundenen — Fall Stegerwald-Brauns heranreifen zu lassen. Für den 30. Oktober war der Reichsparteiausschuß zu einer zweitägigen Sitzung nach Berlin zusammengerufen, um „vorweg" die leidige Erzberger-Frage zu klären und damit den Druck zu beseitigen, „der auf uns allen liegt" (Trimborn).[9]) Bei dieser Gelegenheit kam dann gleichzeitig das Projekt einer neuen Mittelpartei ausgiebig zur Sprache.

Unter Hinweis darauf, daß sich die Reichstagsfraktion eine Entscheidung über die weitere parlamentarische Tätigkeit des umstrittenen Politikers vorbehalte, gab Trimborn dem Ausschuß von einem neuen Abkommen mit Erzberger Kenntnis, an dessen Zustandekommen der badische Zentrumsführer Schofer (wiederum ein Geistlicher als Vermittler!) im Einverständnis mit dem Fraktionsvorstand mitgewirkt habe. Danach hatte Erzberger zugesagt, „bis auf weiteres", eventuell ein Jahr lang, den Sitzungen des Plenums und auch der Fraktion fernzubleiben. Auf diese Weise wurde der bisherige „Schwebezustand"

[8]) Protokoll im Nachl. ten Hompel.

[9]) Auch die folgenden Zitate nach einem Protokoll. Ebd.

aufrechterhalten und vermieden, daß ein Antrag auf Ausschluß des umstrittenen Abgeordneten aus der Fraktion einging.[10])

Im Verlauf einer heftigen Debatte zwischen einem württembergischen Vertreter (Graf) auf der einen Seite — der Erzbergers Programm „über alle Körbe" lobte — und zwischen Trimborn und Brauns auf der anderen Seite wies der offensichtlich verärgerte Parteiführer expressis verbis darauf hin, daß Erzberger weder die Formulierung der Schul- noch der Wirtschaftsfrage in der letzten Erklärung des Fraktionssprechers im Reichstag „maßgebend" beeinflußt habe. Daß sich Trimborn gezwungen sah, mit seinem Rücktritt zu drohen, falls sich eine Erzberger-Fraktion bilden sollte, zeigt, wie nahe die Fraktion vor einer Spaltung stand. Diese konnte nur durch die Annahme des von Schofer ausgehandelten Kompromisses verhindert werden. Zu den schärfsten Gegnern Erzbergers zählte zu diesem Zeitpunkt Reichskanzler Fehrenbach, der Erzberger wegen seiner „Unfähigkeit, im Interesse der großen Parteisache politisch ein persönliches Opfer" zu bringen, als „geradezu unheimlich" charakterisierte.[11])

Aber trotz der erregten Diskussionen des Falles Erzberger, trotz der von Trimborn, Fehrenbach und Brauns abgegebenen politischen Situationsberichte — von denen noch die Rede sein wird — beherrschte ein anderes Thema die Verhandlungen des Parteiausschusses: Die Frage einer Reform oder gar Umbildung des Zentrums. Die wenige Tage vorher von Brauns und Stegerwald aufgeworfene Problematik hatte Trimborn inzwischen so weit aufgeschreckt, daß er von „Erwägungen" berichtete, zur Festigung der „Lage" das Zentrumsprogramm zu erweitern und neu zu beleben.

Von der laut Protokoll ohne Widerspruch akzeptierten Voraussetzung ausgehend, daß eine künftig etwa notwendig werdende Koalition mit der Sozialdemokratie für die Zentrumspartei „äußerst bedenklich", für die deutsche Außenpolitik aber „verhängnisvoll" sein würde (Brauns)[12]), erläuterte zunächst

[10]) Die *KV* Nr. 853 vom 2. November 1920 bezeichnete die im Falle Erzberger getroffene Regelung als ein „im allgemeinen befriedigendes Ergebnis".

[11]) In einem vier Seiten langen Schreiben *Fehrenbachs* an Schofer (Durchschlag im Nachl. Mayer-Kaufbeuren) vom 30. November 1920. Darin beklagte sich der Reichskanzler über einen fünf Tage zuvor in der Freiburger Tagespost erschienenen Artikel über Erzberger, der einen unqualifizierten Angriff gegen ihn, Fehrenbach, darstelle. Der Reichskanzler entwickelte die Gründe, aus denen heraus er ein Ausscheiden Erzbergers aus der Politik „für einige Zeit" befürwortete, und wies auf neue Angriffe des württembergischen Politikers gegen die Reichsregierung hin. Fehrenbach teilte in diesem Zusammenhang mit, er habe sich vergeblich bemüht, Erzberger in der Diplomatie — was der Reichspräsident abgelehnt habe — oder in der Wirtschaft (über den Großindustriellen Silverberg) — was Erzberger abgelehnt habe — unterzubringen. Seine negative Meinung über Erzberger, der sich für den einzig geeigneten Reichskanzler halte („Katastrophen-Politiker"), werde durch Urteile von Südekum und Fürst Bülow bestätigt. Fehrenbach schloß mit dem Hinweis, daß eine weitere politische Tätigkeit Erzbergers eine „Wiederannäherung Bayerns" ausschließen und den Abfall „weiter Kreise" in Rheinland und Westfalen vom Zentrum bedeuten würde. — Auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 29. Juni 1921 wurde Fehrenbach von *Erzberger* beschuldigt, er habe versucht, ihn über den „November-Zentrumsmann" Silverberg nach Italien abzuschieben. Nachl. ten Hompel.

[12]) Mit fast den gleichen Worten hatte *Brauns* in einer Kabinettssitzung am 9. September 1920 den Eintritt der SPD in die Regierung abgelehnt. Bundesarchiv R 43 I/1480.

der Reichsarbeitsminister seine Konzeption. Sie zielte darauf ab, das seit dem Kulturkampf in stetigem Rückgang befindliche Zentrum, das einen viel zu hohen Prozentsatz weiblicher Wähler aufweise, zu einem Gegengewicht gegen den Sozialismus zu entwickeln. Das könne allerdings nicht im bisherigen Parteirahmen gelingen, da dem Zentrum die „Eroberungskraft zur Erbreiterung" fehle. Die einzige Möglichkeit zur „Sanierung der Volksgemeinschaft" sah Brauns in der Gründung einer neuen Mittelpartei, die einen Umbau des Parteiengefüges nach sich ziehen würde. Zur Gründung der neuen Partei seien notwendig: ein klares Programm in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, eine eindeutige Stellung zur Republik und „Klarheit in der Frage des Deutschtums". Da die Arbeiterschaft inzwischen politisch „gesättigt" sei, wollte Brauns vor allem die „intellektuellen Kreise" angesprochen wissen. Die Basis der neuen Partei sollten die im Deutschen Gewerkschaftsbund bereits interkonfessionell organisierten Beamten, Angestellten und Arbeiter bilden. Wenn der neue Anstoß von dort her das Zentrum nicht „bereit" finde, so prophezeite Brauns, werde die Partei an Arterienverkalkung zugrunde gehen: „Seien wir nicht kleinlich, die Zeit ist nie günstiger gewesen."

Diese Konzeption wurde mit Nachdruck von Giesberts unterstützt — der allerdings zu vorsichtigem Vorgehen riet, „damit nicht mehr verloren als gewonnen wird" und damit die Zentrumspartei nicht „zwischen rechts und links" aufgerieben werde —, während Stegerwald in einer Art Korreferat (also umgekehrt wie in der Fraktion zehn Tage zuvor) Brauns' Gedankengänge weiterführte. Bemerkenswert war sein Hinweis auf drei „Zufälligkeiten", denen die Rettung des Zentrums nach dem 9. November 1918 zu verdanken gewesen sei: 1. dem Wahltermin (eine Wahl im Dezember 1918 hätte eine „absolute sozialistische Mehrheit" ergeben), 2. der Gründung der DDP (die die sonst „nach links abfließenden Massen" auffangen konnte) und 3. der Tätigkeit Adolf Hoffmanns. Eine „starke bürgerliche Mittelpartei" auf dem Boden einer „christlichen Volkskultur" hielt Stegerwald aus außenpolitischen Gründen (für die Wiederaufrichtung Deutschlands sei Stetigkeit erforderlich), innenpolitischen Erwägungen (mit dem stets nach links schielenden Sozialismus sei kein Wiederaufbau möglich) und sozialpolitischen Notwendigkeiten (Rücksichtnahme auf die Arbeiterbewegung) für notwendig. Bei ihrer Gründung erwartete Stegerwald eine „energische Mitwirkung" der Kirche; die nicht für das Zentrum abgegebenen Stimmen katholischer Wähler, die er mit 4,5 Millionen bezifferte, könnten nicht aus eigener Kraft des Zentrums zurückgewonnen werden. Das Programm der neuen „christlichen Mittelpartei", die sich als eine stabile Stütze der Regierung bewähren solle, könne auf der Grundlage der von Franz Hitze in den achtziger Jahren entwickelten sozialen Gedanken basieren.

Der preußische Wohlfahrtsminister überraschte die Mitglieder des Reichsparteiausschusses mit dem Hinweis, daß zur Realisierung des Projekts bereits alle Schritte eingeleitet worden seien: Auf dem in drei Wochen stattfindenden

Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Essen werde ein entsprechendes Programm verkündet; die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung sei ebenso wie die Gründung einer großen Volksbank (um den Einfluß des „jüdischen Bankwesens zu unterhöhlen") in Aussicht genommen; er selbst habe große Geldbeträge zur Verfügung gestellt bekommen bzw. in Aussicht. Stegerwald gab sich zwar keinen Illusionen darüber hin, daß „gleich alle evangelischen Kreise" kommen würden, rechnete aber dennoch mit einem Zustrom von großen Teilen der evangelischen Arbeiterschaft.

Es dürfte recht ernüchternd gewirkt haben, als Reichsfinanzminister Wirth das so optimistisch umschriebene neue Projekt — das ausgerechnet in einem Augenblick entwickelt werde, in dem das Zentrum einen „maßgebenden Einfluß" im Reich ausübe — als „geradezu grotesk" verwarf. Wirth hielt die Zeit noch keineswegs für reif, um den „konfessionellen Riß" im politischen Raum derart überbrücken zu können. Auch fehle denjenigen Kreisen, auf deren Zustrom Stegerwald rechne, der zur Parteigründung erforderliche „ideale Schwung"; die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse ständen der „Aufrollung der inneren Frage" hemmend entgegen. Da bei der fortschreitenden Inflation die Mark „vielleicht erst bei 5 v.H. und weniger" ihres Wertes stabilisiert werden könne, sah Wirth die Gefahr heraufziehen, daß der Mittelstand proletarisiert werden könne; das sei schlimmer als der Sozialismus und würde den sozialen Konflikt verschärfen. Da auch im katholischen Volksteil ein Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden bestehe, wollte Wirth das Zentrum in seiner gegenwärtigen Form in das folgende Jahr hinübergerettet wissen, „bis unsere Lage evtl. durch eine außenpolitische Wendung besser geworden ist". Andernfalls würden Verhältnisse eintreten, bei welchen jeder Versuch, „im Innern auf eine andere Bahn zu kommen, gänzlich aussichtslos und überflüssig ist".

Nach dem uns vorliegenden Protokoll stellten sich die Abgeordneten Herschel (es gelte, das Bestehende zu erhalten) und Schreiber auf den Standpunkt Wirths. Der letztgenannte Abgeordnete wies dabei insbesondere auf die Schwierigkeiten im kulturpolitischen Bereich hin, die eine „Erbreiterung" der Partei nach sich ziehen würde. Ein ernstes Hindernis, um die Ideen von Brauns und Stegerwald realisieren zu können, sah Schreiber in der Tatsache, daß der deutsche Katholizismus infolge eines Mangels an Persönlichkeiten „in kultureller Beziehung" nicht in der Lage sei, die Führung zu übernehmen. Der münsterische Abgeordnete hielt ebenso wie Wirth die konfessionelle Trennungslinie für „größer als angenommen wird". Er wies auf Schwierigkeiten z. B. beim katholischen Klerus als Folge der „Einbürgerung neuer Elemente" hin.

In seiner Antwort auf die verschiedenen Gegenargumente machte Brauns einige Zugeständnisse in bezug auf die Einschätzung der Lage (der konfessionelle Riß sei noch nicht überbrückt; die wirtschaftliche Notlage sei in Rechnung zu stellen, dürfe jedoch kein Hindernis bedeuten). Nicht ganz klar ist jedoch, wie-

weit er mit der Formulierung „es solle nichts Neues geschaffen werden" den Bestand des Zentrums gewahrt wissen wollte. Noch einmal bekräftigte Brauns sein Hauptziel, gegenüber dem Sozialismus das „absolute Übergewicht" zu bekommen. Der Gedanke der Zukunft sei eine „gebundene, geordnete Wirtschaft" und die Schaffung einer interkonfessionellen Partei, in der der Katholizismus als „Sauerteig" wirken solle. Brauns verstieg sich dazu, die Realisierung des Programms nicht nur als Staatsnotwendigkeit, sondern auch als eine religiöse Pflicht zu bezeichnen.

Es war zweifellos keine leichte Aufgabe für Trimborn, die Ergebnisse der Diskussionen abschließend zusammenzufassen. Der Zentrumsvorsitzende löste sie, indem er ganz offensichtlich die Akzente verschob und damit die Problematik entschärfte. Trimborn sprach mit keinem Wort von einer Preisgabe des Zentrums, sondern nur von der notwendigen „Erbreiterung" der Parteibasis; diese sei durch die Vorlage eines neuen Programms und durch Überlegungen, wie man Anhang in anderen Kreisen und eine „breite Volksbasis" erhalten könne, anzustreben. Um aus einem vom Zentrumsvorsitzenden klar erkannten Dilemma („Unsere Schlagworte ziehen nicht mehr. Wir reden immer von Wirtschaftsproblemen, ohne etwas zu bieten") herauszukommen, sollte ein neues soziales Programm an Gedanken Franz Hitzes anknüpfen: „Hitze und der Volksverein haben uns 20 Jahre geholfen". Trimborn wehrte sich dagegen, einseitig auf eine Arbeiterpartei hinzusteuern. Er wollte unter allen Umständen den Namen „Zentrum" beibehalten und nur dessen Interkonfessionalität stärker hervorgehoben wissen.

Als Ergebnis dieser Aussprache wurde beschlossen, eine eigene Kommission zu bilden, um die zur Sprache gekommenen „wichtigen Fragen" weiter beraten und programmatische Richtlinien ausarbeiten zu können. Ein Gesamtparteitag der Zentrumspartei sollte im Frühjahr 1921 stattfinden[13]), wurde aber schließlich auf den Januar 1922 verschoben.

Zieht man das Fazit der Oktober-Diskussionen von 1920, so ergibt sich, daß die Richtung Brauns-Stegerwald — die sich auf den Arbeiterflügel in der Partei und Fraktion stützte — für ihre Ideen weder in der Fraktion noch im Reichsparteiausschuß eine Mehrheit gefunden hatte.[14]) Mit der Bildung einer eigenen

[13]) Mitteilung *Trimborns* in einer Fraktionssitzung am 5. November 1920. Nachl. ten Hompel.

[14]) Der kurze Bericht der *KV* (Nr. 853 vom 2. November 1920) über die Sitzung des Parteiausschusses sprach nur zusammenfassend von einem „in jeder Hinsicht ersprießlichen Verlauf" der Tagung. Wenige Tage später kam die *KV* jedoch — ohne Hinweis auf die Berliner Diskussionen — auf den Kern der Frage zurück. In einem Artikel „Das Parteiwesen im neuen Deutschland" (Nr. 890 vom 14. November 1920) hieß es, die „Neuschichtungen" im deutschen Parteiwesen seien noch keineswegs abgeschlossen: „Auch wir selbst haben nach rechts wie nach links Besitzstand zu verteidigen, wobei es sicher durchaus unangebracht wäre, sich auf die bloße Verteidigung zu beschränken."

Programmkommission — deren Mitglieder nicht alle namentlich bekannt sind[15]), zu denen aber Stegerwald gehörte[16]) —, war den allzu weit vorgepreschten Reformern der Wind praktisch aus den Segeln genommen worden. Diese Kommission trat bereits vierzehn Tage später (14. November) zu ihrer ersten Sitzung zusammen, also (gewiß nicht zufällig) unmittelbar vor Stegerwalds Programmrede vom 21. November in Essen. Ein ausdrücklicher Hinweis auf den Einladungen, die zur ersten Sitzung ergingen, besagte, daß die Richtlinien des Zentrums vom 30. Dezember 1918 den Beratungen zugrunde gelegt werden sollten.[17]) Dieser Hinweis ließ erkennen, daß höchstens an gewisse Reformen, nicht aber im entferntesten an eine Preisgabe der Partei gedacht war.[18]) Unter diesen Umständen bedeutete die Stegerwald-Rede in Essen für die Zentrumsführung keine Überraschung mehr.

[15]) Am 5. November 1920 teilte *Trimborn* in einer Sitzung der Reichstagsfraktion mit (s. Anm. 13), daß eine Kommission von 25—30 Mitgliedern zur Aufstellung programmatischer Richtlinien gebildet werden solle; dieser Kommission sollte eine „Reihe von Hilfsarbeitern" aus dem Generalsekretariat der Zentrumspartei und von der Zentrale des Volksvereins beigegeben werden. Nachl. ten Hompel.

[16]) Vgl. *Ritter*, Volksverein, S. 384. Ritter war selbst Mitglied des Ausschusses.

[17]) Exemplar im Nachl. Bachem 465.

[18]) Die Behauptung von *Ritter*, Der Weg des politischen Katholizismus, S. 191 (ähnlich: Volksverein, S. 384), Trimborn habe erst durch Stegerwalds Essener Rede den entscheidenden Anstoß zu dem Entschluß erhalten, ein neues Parteiprogramm ausarbeiten zu lassen, ist unzutreffend.

2. Stegerwalds „Essener Programm": Ein gescheiterter Vorgriff auf die Zukunft

Am 21. November 1920 trat Stegerwald auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Essen in einer mit großer Spannung erwarteten Rede mit seinem berühmt gewordenen Programm an die Öffentlichkeit.[1]) Als Folgerung aus „jahrzehntelangen Beobachtungen"[2]) hatte er dessen Grundzüge — wie im voraufgegangenen Kapitel erstmals nachgewiesen werden konnte — bereits am 20. Oktober in der Reichstagsfraktion des Zentrums und am 30./31. Oktober in einer Sitzung des Reichsparteiausschusses entwickelt, assistiert von Heinrich Brauns. Diese Grundgedanken aber hatte Brauns bereits auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums am 17. September 1919[3]) und ebenso auf dem 1. Reichs-

[1]) Gedruckt unter dem Titel „Die christlich-nationale Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volks"; ferner in: Niederschrift der Verhandl. des 10. Kongresses der christl. Gewerkschaften Deutschlands, S. 182 ff. Als Broschüre unter dem Titel „Deutsche Lebensfragen" erschienen. Berlin 1921 (61 Seiten).

[2]) So *Stegerwald* Anfang Jan. 1921 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln, wo er eigens hervorhob, daß seine Rede kein „Augenblicksprodukt" gewesen sei. Vgl. *KV* Nr. 30 vom 12. Januar 1921.

[3]) Vgl. Bericht, S. 326 f.

parteitag des Zentrums am 21. Januar 1920 in Berlin vorgetragen (Forderung nach einer „breiten, große Wählermassen erfassenden Mittelpartei", die, „religiös und national, sozial und demokratisch" ausgerichtet, Anhänger aller Konfessionen und Angehörigen aller „Stände" offenstehen solle).[4]) Brauns' entscheidender Anteil am Zustandekommen des sogenannten „Stegerwald-Programms" ist bisher von der Forschung ebenso vollständig übersehen worden wie sein voraufgegangener und fehlgeschlagener Versuch vom November 1918, eine entsprechende interkonfessionelle Volkspartei zu bilden, von dem bereits früher die Rede war.

Statt dessen ist in einer merkwürdigen Verlagerung der wirklichen Gewichte nahezu durchgängig Brünings Anteil an der Formulierung des Stegerwaldschen Redeentwurfs erheblich übertrieben und überschätzt worden.[5]) Ebenfalls ist bisher die relativ schwache Reaktion des Zentrums auf das Essener Programm falsch beurteilt — falls überhaupt zur Kenntnis genommen — worden, da nicht bekannt war, daß Stegerwalds Konzeption die Parteiführung keineswegs überraschte. Erst in Kenntnis dieser Umstände läßt sich das politische Echo auf die Essener Rede zutreffend würdigen.

In einem Zeitpunkt, in dem weite Kreise des deutschen Volkes den Kapitalismus am „Ende seines Könnens" sahen, den Glauben an die „Heilwirkung des marxistischen Sozialismus" verloren hatten und von der Wirksamkeit bzw. Wirkungslosigkeit der zersplitterten politischen Parteien keine Schicksalswende

[4]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 75 f.

[5]) Zuletzt bei *Zeender*, German Catholics and the Concept of an Interconfessional Party, S. 435, wo es heißt, Stegerwalds Programm sollte richtiger „the Stegerwald–Brüning speech" genannt werden. Gegenüber Äußerungen aus dem Kreise Stegerwalds (vgl. etwa *Weber*, Stegerwald, S. 67), wonach Brüning bei der Ausarbeitung der Rede „geholfen" habe, und ähnlich zurückhaltenden Formulierungen von *Nobel* (Brüning, S. 25) und *Beer* (Brüning, S. 35) schätzen nahezu alle anderen Autoren Brünings Anteil erheblich höher ein (vgl. etwa *Brühl*, Brüning, S. 18; Gerd *Buchheit*, Franz v. Papen. Breslau 1933, S. 21 f.; *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 350; *Ullmann*, Essener Programm, S. 900; *Buchheim*, Christliche Parteien, S. 412; *Becker*, Wirth, S. 364, und in: Zs. für die Gesch. des Oberrheins 110, 1962, S. 200 [in der Rez. von H. G. Wieck]; *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 225). Unergiebig: *Deutz*, Stegerwald, S. 87 f. Laut eigener — allerdings mit Vorsicht zu bewertender — Aussage *Brünings* (Schreiben von Ende 1945 an Maier-Hultschin; zit. bei Hans-Georg *Wieck*, Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 131) war er der Verfasser der Rede; vgl. auch *Grebing*, Zentrum, S. 87 Anm. 11. Nach *Ritter*, Volksverein, S. 383, hatten an der „von langer Hand" vorbereiteten Rede außer Brüning auch Theodor Brauer und Martin Spahn mitgewirkt. Die Mitarbeit Spahns wird auch von seinem Sohn C. P. Spahn bestätigt. In einem Aufsatz von Martin *Spahn*, Mein Wechsel der politischen Partei (Das Neue Reich Nr. 8 vom 20. November 1921) heißt es umschreibend (S. 138): „Ich hatte miterlebt, wie sie [die Erneuerungsbestrebungen] innerlich in Stegerwald reiften." Sehr abgewogen Max-Leo *Schwering*, Stegerwald, in: Staatslexikon 7[6], 1962, Sp. 674: Stegerwald sei nicht der einzige christl. Politiker seiner Zeit gewesen, „der solche Ideen entwickelte und in der Öffentlichkeit vortrug. Aber seine Essener Forderungen blieben nachhaltig im Bewußtsein der eigenen und späterer Generationen haften." Die nicht belegte Behauptung von *Becker* (in: *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 225 Anm. 151), wonach auch Brauns die Rede mitformuliert habe, trifft nicht zu. Richtig urteilt *Schwering*, Frühgeschichte der CDU, S. 51, Stegerwald habe bei Brüning keine geistigen Anleihen aufzunehmen brauchen.

mehr erwarteten[6]), knüpften sich an Stegerwalds Programmrede übertriebene Zukunftserwartungen. Nicht wenige Teilnehmer waren mit der Hoffnung nach Essen gekommen, Zeuge einer neuen Parteigründung zu werden.[7]) Sie wurden von Stegerwalds Ausführungen enttäuscht. Der Gewerkschaftsvorsitzende wollte nach seinen Worten mit Hilfe einer „großen gemäßigten Partei" auf der Grundlage „positiv christlicher Gesinnung" zu festen parlamentarischen Mehrheiten und damit zu einer Konsolidierung des zersplitterten Parteiensystems kommen. Auf diese Weise sollte zugleich der Sozialdemokratie die führende Stellung entrissen werden. Stegerwald proklamierte die politische Zusammenfassung aller „positiv christlichen Elemente" unter nationalem, demokratischem und sozialem Vorzeichen. An die Stelle einer rationalistischen und mechanistischen „westlichen" Demokratie sollte eine „organische" Demokratie („möglichst ausgedehnte Teilnahme des Volkes an der Selbstverwaltung") treten.

Stegerwald lehnte den Gedanken einer neuen Arbeiterpartei (Klassenpartei) ausdrücklich ab und erwartete Zuzug aus allen Volksschichten, „besonders auch aus den intellektuellen". Der Deutsche Gewerkschaftsbund sollte den Kern der künftigen interkonfessionellen politischen Einheitsfront bilden, die unter eine vierfache „zündende Losung" gestellt wurde: deutsch, christlich, demokratisch, sozial.

Die erstrebte Mittelpartei sollte mit Hilfe eines gewerkschaftlichen Aktionskomitees und einer politischen Tageszeitung gegründet werden. Eine eigene „Volksbank" sollte den Kleinaktionären der Arbeiterschaft auf dem Wege zum Mitbesitz den nötigen Rückhalt bieten.[8]) Stegerwald versprach, seine „künftige Arbeitskraft" ganz den neuen Aufgaben zu widmen, „die in diesen Tagen hier besprochen werden". Die Tatsache, daß die Delegierten des Essener Kongresses ausdrücklich auf eine Diskussion der Rede verzichteten, um deren Wirkung nicht abzuschwächen[9]), unterstrich deren wegweisende Aufgabe und deutete darauf hin, daß innerhalb der führenden Gewerkschaftspolitiker die Dinge inzwischen „reiflich überlegt" worden waren.[10])

Der „Mahnruf von Essen"[11]), in dem Stegerwald die „Forderung der Volks-

---

[6]) So in einem ersten Kommentar des *Zentralblatts* Nr. 25 vom 6. Dezember 1920, S. 281. Dort hieß es ferner (S. 281 f.): „So blickte denn nicht nur die christliche Arbeiterschaft, sondern ein großer Teil des deutschen Volkes überhaupt, nach Essen, in der Erwartung, daß vielleicht von hier aus ein Lichtstrahl in die Wirrnis der Tage hineinleuchte und den Ausweg zeige für eine bessere Zukunft."

[7]) Mündl. Mitteilungen von L. Schwering und R. Heinen, die in Essen anwesend waren.

[8]) Dazu vgl. *Jostock*, Der deutsche Katholizismus, S. 181.

[9]) Nach den Worten des Berliner Delegierten *Tremmel*. Vgl. Niederschrift des Kongresses, S. 235.

[10]) Vgl. auch *Zentralblatt* Nr. 26 vom 20. Dezember 1920, S. 301. Ferner *Ritter*, Der Weg des politischen Katholizismus, S. 185.

[11]) So *Stegerwald*, Zusammenbruch und Wiederaufbau, S. 17.

gemeinschaft als die deutsche Lebensfrage schlechthin [...], die im Innern den einigen Staat und nach außen die Weltgeltung Deutschlands" erreichen sollte, propagierte[12]), fand ein zwiespältiges Echo in der deutschen Öffentlichkeit. Der Widerhall war allerdings außerhalb der Christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei keineswegs so stark, wie man nachträglich vielfach anzunehmen geneigt ist. Ein zustimmendes, teilweise direkt begeistertes Echo kam eigentlich nur von Christlichen Gewerkschaftlern.[13]) In deren Reihen hatte bereits einige Monate zuvor Lorenz Sedlmayr die programmatischen Forderungen Stegerwalds ausgesprochen.[14]) Hier feierte man die Essener Tagung überschwenglich als eine Programmkundgebung „hinreißender Art", von der man nichts weniger als eine „Erneuerung der Welt im christlichen Sinne" erhoffte. Die Durchschlagskraft des neuen Programms, das als Willenskundgebung von rund zwei Millionen Gewerkschaftsmitgliedern galt, wurde von Anfang an maßlos überschätzt. Die Gründung eines Aktionskomitees, einer Tageszeitung und einer Bank galten unbesehen als „stärkste Bürgschaft" für die Realisierung des Programms, dessen „markiger Lapidarstil" besonderes Lob fand.[15]) Der glänzende Verkauf des sofort verbreiteten Textes von Stegerwalds Rede — innerhalb von zwei Wochen waren 100 000 Exemplare abgesetzt[16]) — weckte illusionäre Hoffnungen.

Das Echo in der Zentrumspresse, die Stegerwalds Rede ausführlich kommentierte, war ebenso kritisch wie in den Kreisen der katholischen Arbeiterbewegung. Allgemeine Übereinstimmung bestand darin, daß eine dem Sozialismus gewachsene Einheitsfront erforderlich[17]) und daß nach Möglichkeit die Parteienzersplitterung zu beseitigen sei.[18]) Auf der einen Seite betrachtete man Stegerwalds Konzeption lediglich als Wiederaufnahme der 1906 von Julius Bachem erhobenen Forderung: „Heraus aus dem [katholischen] Turm", wogegen sich kaum ernsthafte Einwände erhoben. Auf der anderen Seite bestand keinerlei Klarheit über die Begriffe „deutsch-christlich-demokratisch-sozial". Völlig offen war die Frage,

---

[12]) So *Stegerwald*, Nicht Klassen, sondern Stände!, in: Die Einheit der nationalen Politik (1925), S. 89.

[13]) Eduard *Stadtler* allerdings glaubte (Was fordert die Stunde von der christl. Gewerkschaftsbewegung?, in: Deutsche Arbeit 6, 1921, S. 176) eine durch die Essener Tagung ausgelöste „allgemeine Hoffnungsseligkeit" in weitesten Kreisen des Volkes feststellen zu können. Ausgesprochen positiv wertete der DVP-Abg. *Moldenhauer* (Parteien und Parteiungen, in: Die Westmark 1, 1921, S. 5 ff.) Stegerwalds Programm.

[14]) In einem Artikel „Her mit der christlich-nationalen Volkspartei!", in: Deutsche Arbeit 5, 1920 (April), S. 137 ff.

[15]) Vgl. Theodor *Brauer*, Der Essener christliche Gewerkschaftskongreß, ebd., 6, 1921, S. 1 ff.

[16]) Nach Mitteilung *Stegerwalds* auf dem Parteitag des Preuß. Zentrums am 12. Dezember 1920 in Berlin. Vgl. *KV* Nr. 975 vom 13. Dezember 1920.

[17]) Vgl. *KV* Nr. 917 vom 23. November 1920.

[18]) Um dieses Zieles willen wollte Adolf *Leweke* (Gewerkschaft, Parteien und Räte, in: Deutsche Arbeit 6, 1921, S. 93) auf Kosten der Parteien ein Rätesystem eingeführt sehen („schlechter als die Parteien macht es die Räteorganisation sicher nicht"), dem allein die „verantwortliche Regelung der Wirtschaft" überlassen bleiben sollte.

ob Stegerwald die neue Partei auf der Zentrumsbasis aufbauen oder gar die Zentrumspartei an die Gewerkschaftsbewegung binden wollte — oder ob er an die Gründung einer neuen Partei dachte.[19]) Dabei war dann fraglich, ob sie nach „rechts" schwenken würde, um die von dort aktivistisch vordrängende nationale Bewegung unter die eigene Kontrolle zu bringen, oder „links" stehenbleibe, um den Stimmungen der Arbeiterschaft in mehr oder weniger radikalen Formen gegen rechts Luft zu schaffen.[20])

Für den Fall einer Parteineugründung wurde Stegerwald von vornherein der geschlossene Widerstand des Zentrums in Aussicht gestellt[21]), das nicht gewillt sei, sich seine Ziele von einer „wirtschaftlichen Organisation" vorschreiben zu lassen.[22]) Offen kam der naheliegende Verdacht zum Ausdruck, daß Stegerwalds Plan einer neuen parteipolitischen Mitte in erster Linie von den Erfordernissen und Notwendigkeiten der von ihm geleiteten Gewerkschaftsorganisation — deren Mitglieder sich über verschiedene und miteinander rivalisierende Parteien bis hin zur DNVP verteilten — aus konzipiert worden sei. Stegerwald mußte den Vorwurf hinnehmen, daß er die eigenen Kräfte weit überschätze, die politischen Gegebenheiten falsch beurteile und Widerstände ebenso unterschätze[23]) wie die konfessionelle Zerrissenheit. Man bezweifelte, daß es selbst der „starken Stoßkraft" der Gewerkschaftsbewegung gelingen werde, die innenpolitischen „Klüften" zu überwinden; wenn das gelingen sollte, dann nur mit entschiedener Nachhilfe derjenigen Mitglieder und Abgeordneten aus dem Lager der Christlichen Gewerkschaften, die nicht dem Zentrum angehörten.[24]) Deutlich genug gab man schließlich der realistischen Ansicht Raum, daß sich Stegerwalds Ziel nicht „von einem auf den andern Tag" verwirklichen lasse[25]) und — wenn überhaupt — dann nur im Zusammenwirken mit anderen Parteien[26]) und mit denjenigen „Berufsständen"[27]), die nicht auf dem Gewerkschaftskongreß vertreten waren.

---

[19]) Die *KV* Nr. 926 vom 26. November 1920 beschwichtigte etwas voreilig: „Eine Loslösung vom Zentrum wird von keiner Seite beabsichtigt." Im Rückblick sah der Abg. *Joos* die Sache anders (Christl. Arbeiterbewegung und Reform des Parteiwesens, in: *WAZ* Nr. 30 vom 30. Juli 1921): „Stegerwald hat taktisch so verfahren, daß er sowohl in dem einen wie in dem andern Sinne verstanden werden konnte."

[20]) Vgl. *Stadtler* (s. Anm. 13), S. 177.

[21]) So z. B. die *Koblenzer Volkszeitung* Nr. 543 (zit. in der *KV* Nr. 926 vom 26. November 1920).

[22]) So die Dortmunder *Tremonia* Nr. 323 vom 24. November 1920, die „unentwegt" an der „alten Firma Zentrum" festhalten wollte und jede Neuorientierung nur über das Zentrum für richtig hielt.

[23]) So in der *Koblenzer Volkszeitung* (s. Anm. 21). Einige Jahre später bezeichnete August H. *Berning* (Von politischen Grundkräften, in: Die Schildgenossen 4, 1924, S. 147) den Plan Stegerwalds als „großen Fehlgriff", da sein Versuch, eine neue Mitte künstlich zu schaffen, ein „Verkennen parteibildender Momente und Elemente" bedeutete.

[24]) So *KV* Nr. 920 vom 24. November 1920.

[25]) So *KV* Nr. 917 vom 23. November 1920; *WAZ* Nr. 49 vom 4. Dezember 1920.

[26]) So *Essener Volkszeitung* Nr. 297 (zit. in der *KV* Nr. 920 vom 24. November 1920).

[27]) So *WAZ* Nr. 49 vom 4. Dezember 1920.

Die Folge einer zunächst planlos treibenden Diskussion, in deren Verlauf sich kein prominenter Zentrumsführer zu Wort meldete, war eine vorübergehende Unsicherheit im Zentrumslager. Als jedoch bald auch Gewerkschaftsvertreter erkennen ließen, daß nicht an eine eventuelle Preisgabe des Zentrums gedacht sei, gelang es der Partei rasch, eine Gefahr für ihre Existenz abzuwenden. Die überzeugendste Argumentation von seiten des Zentrums lautete: Die Partei arbeite seit langem daran, die von Stegerwald aufgestellten Ziele zu verwirklichen; sie erfülle längst einige der neuen Forderungen.[28]) Einen etwa erforderlichen Um- und Ausbau des deutschen Parteiensystems hielt man nur auf der Zentrumsgrundlage für möglich.[29]) In dem Maße, in dem das überkommene Parteiengefüge weiterhin unangetastet blieb, verstärkte sich der Eindruck, daß die Zentrumspartei die Verkörperung der Stegerwaldidee darstelle.[30])

[28]) Am 12. Dezember 1920 erklärte der Dortmunder Verleger *Lensing* auf dem Parteitag des Preuß. Zentrums in Berlin, daß der Kern der Stegerwaldschen Ideen „für uns alle, die wir seit Jahrzehnten im Zentrum arbeiten", nichts Neues bedeute. Vgl. *KV* Nr. 976 vom 13. Dezember 1920. Ähnlich der Abg. *Herold* am 1. November 1920 auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses. Nachl. ten Hompel.

[29]) So z. B. die *Gelsenkirchener Zeitung* Nr. 263 (zit. in der *KV* Nr. 920 vom 24. November 1920). Sehr präzis hieß es in der *WAZ* (Nr. 49 vom 4. Dezember 1920): „Die Grundsätze: christlich, deutsch, demokratisch und sozial sind Grundsätze, die bisher in der Zentrumspartei am lebendigsten waren. [...] Und wenn die katholischen Arbeiter, wie wir in der WAZ wiederholt zum Ausdruck brachten, auch nicht wunschlos dem Zentrum gegenüberstehen, so vergessen sie doch keineswegs, was die Zentrumspartei für sie *war* und heute noch *ist*. Ohne Zentrumspartei wäre die heutige christliche Arbeiterbewegung undenkbar, wie die Zentrumspartei selbst freilich auch ohne starken Anhang in der christlichen Arbeiterschaft nicht sein könnte. [...] Wie immer die große christliche Volkspartei der Zukunft auch gestaltet werden soll, der Kern des heutigen Zentrums muß darin wiederzufinden sein, wenn jene Partei den an sie geknüpften Erwartungen entsprechen soll."

[30]) Vgl. *Stadtler* (s. Anm. 13).

3. Das Ende der Debatten um die „Volkspartei"

Die neugegründete Berliner Tageszeitung „Der Deutsche", die vom 1. April 1921 an erschien, vermochte der erhofften Partei nicht zum Leben zu verhelfen.[1]) Die sachlichen Voraussetzungen dazu waren auch in der Folgezeit nicht gegeben, die ideologischen Fronten und konfessionellen Positionen zu sehr versteift, Main- und Neckarlinie nicht verschwunden, die persönlichen Voraussetzungen

[1]) Die *WAZ* (Nr. 49) hatte bereits am 4. Dezember 1920 geschrieben: „Das parlamentarische Komitee und die Tageszeitung werden zunächst vollauf zu tun haben, auf allen Seiten den parteipolitischen Übereifer auf ein vernünftiges Maß zurückzudrängen, eine einheitliche Auffassung der christlichen Arbeiter den großen nationalen Fragen gegenüber herbeizuführen und die Parteien zu veranlassen, dem Programm und den Bedürfnissen der christlichen Arbeiterschaft in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen."

nicht günstig.[2]) Stegerwald hatte seinen Einfluß erheblich überschätzt. Aus dem protestantischen Lager kam kaum ein positives Echo.[3]) Keiner der „arrivierten" Partei- oder Gewerkschaftsführer — einschließlich Stegerwald — dachte daran, sich ganz der neuen Aufgabe zu widmen und die von ihnen eingenommenen Partei-, Gewerkschafts- und Staatsämter aufzugeben. Das erwartete Echo aus dem Kreis der evangelischen Arbeiter- und Angestelltenführer in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung blieb aus; eine politische Blockbildung von der Gewerkschaftsbasis aus hätte das Ende der Christlichen Gewerkschaften bedeuten können. Das „Sprengpulver"[4]), das in Stegerwalds Plänen steckte, gelangte nicht zur Explosion. Das Essener Programm blieb ein Ruf zur Sammlung und zur Einigkeit[5]), eine Kampfansage ohne Kampfwillen.[6]) Stegerwald hatte ein Wunsch- und Fernziel, aber nicht den Weg zur Realisierung dieses Zieles gezeigt.[7]) Das Ergebnis der Essener Aktion war für die christlich-nationale Ge-

[2]) Vgl. die rückblickende Würdigung der Stegerwaldschen Initiative durch Hermann *Ullmann*, (Essener Programm, S. 898 f.): „Hier wurden Forderungen zusammengefaßt, die seit der Gründung des Bismarckstaates immer wieder aufgetaucht, aber nie erfüllt worden waren. Die ‚politisch Heimatlosen', die auf das Ganze der Nation Gerichteten, horchten auf; alle, die mit dem ‚Reich' von 1871 und mit der Republik von 1918 unzufrieden waren, ohne sich mit bloßer Negation zu begnügen. [...] Das Programm selbst sprach von einer Zusammenfassung der Richtungen: Ketteler, Stoecker und Naumann. Besonders die durch das Kriegs- und Volkstumserlebnis Hindurchgegangenen, die Frontgeneration, [...] und die Jungen, die noch von keiner Partei gebunden waren, spürten: hier wurde das von der Republik ohne Neuschöpfung übernommene alte Parteischema durchbrochen. Hier war eine Bewegung von Nichtbesitzenden, Arbeitnehmern, soziale Forderungen Erhebenden, die weder ‚links' standen noch als internationalistische Gefolgschaft des Großhandelskapitals gelten konnten, aber auch nicht als Gefolgschaft der sozialen Reaktion und des immobilen Kapitals. Im Mittelpunkt stand das Streben nach *Selbsthilfe* und *Selbstverwaltung*. Man verstand es, daß die Innenpolitik vor allem als Grundlage für eine gesunde Außenpolitik zu gestalten sei. Ausgleich zwischen Ost und West, Protestantisch und Katholisch lag im Wesen der Bewegung."

[3]) *Brünings* nachträgliche Behauptung vom 1. Januar 1946 (an Maier-Hultschin), 1920 seien Protestanten „in großer Zahl" bereit gewesen, der Zentrumspartei beizutreten (zit. bei *Wieck*, Die Entstehung der CDU, S. 131), ist aus zeitgenössischen Quellen nicht zu belegen. Sie hatte 1945/46 im Rahmen der CDU-Frühgeschichte eine konkrete politische Absicht.

[4]) So Hans *Pfeiffer*, Akademiker und Zentrum, in: Allg. Rundschau Nr. 14 vom 2. April 1921, S. 167.

[5]) Eine abgewogene Interpretation der Rede, die ihre Bedeutung als Mahnruf ebenso herausstellt wie die Unmöglichkeit, nach Stegerwalds Plänen eine neue Partei zu bilden, gab der Landtagsabg. der BVP, Msgr. C. *Walterbach* (Präses der süddeutschen Arbeitervereine) in einem Aufsatz „Christlich-nationale Arbeiterschaft und Politik", in: Soziale Revue 21, 1921, S. 1 ff.

[6]) So *Stadtler* (s. im vorigen Kap., Anm. 13), S. 177. Dazu vgl. *Buchheim*, Christliche Parteien, S. 413: „Die christlich-demokratische Partei Stegerwalds hätte ein fruchtbarer Ersatz für die Deutschnationalen sein sollen, und sie hätte das Zentrum in seiner alten Form beseitigt."

[7]) Bemerkenswert ist, daß sich Max *Scheler* (Der Friede unter den Konfessionen, in: Hochland 18/I, 1920/21, S. 483 f.) zu Stegerwalds Ideen bekannte, von deren Realisierung er eine „starke Entpolitisierung und geistige Erweckung der religiös-kulturellen Mächte" des Katholizismus erhoffte. Scheler sah in den von Stegerwald geschilderten Notwendigkeiten, „die zu der von ihm geforderten Umgestaltung und Weiterentwicklung der bisherigen christlichen Volkspartei drängen", nur die andere Seite derjenigen Notwendigkeiten, „die eine Umformung der religiös-kulturellen Wirksamkeit des Katholizismus gebieten. Weder die religiös-kulturellen Kräfte noch die politische Aktion, die im alten ‚Zentrum' aneinander gebunden, aber auch aneinander gefesselt waren, können in dieser Form sich so regen, wie es die neue Weltlage erheischt."

werkschaftsbewegung alles andere als ermutigend.[8]) Besonders enttäuscht zeigten sich diejenigen Gewerkschaftstheoretiker, die — wie Theodor Brauer — „mit gläubigem Optimismus" das Umsichgreifen einer großen Volksbewegung erwartet hatten.[9])

Die Zentrumspartei, deren Führung und Reichstagsfraktion von dem neuen Programm nicht überrascht worden war, verhielt sich der Essener Initiative gegenüber weiterhin vollständig passiv. Gleichsam als mahnender Abschluß der innerparteilichen Diskussionen war bereits in einem früheren Stadium mitgeteilt worden, daß der Reichsparteiausschuß auf seiner letzten Sitzung Anfang November eine Kommission „zur erneuten Durchprüfung und Ausgestaltung" des spezifischen Zentrumsprogramms eingesetzt habe.[10]) Von dieser neuen programmatischen Grundlage erhoffte man einen Brückenschlag auch zur Bayerischen Volkspartei hinüber.[11])

In der Folge zeigte sich, daß Stegerwald trotz seiner Inanspruchnahme durch sein Amt als preußischer Staatsminister nicht gesonnen war, seinen Appell von Essen in Vergessenheit geraten zu lassen und das Ergebnis der Programmberatungen des Zentrums untätig abzuwarten. Sowohl auf dem ersten Parteitag der Preußischen Zentrumspartei am 12./13. Dezember in Berlin[12]) als auch auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums vom 10. bis 12. Januar 1921 in Köln[13]) setzte er sich mit den inzwischen aufgetretenen Kritikern an seinen Plänen auseinander. Dabei präzisierte und modifizierte er manche Einzelheiten und gab zu, daß er sich nicht über die Frage geäußert habe, auf welchem Wege das von ihm angestrebte Ziel zu erreichen sei. Dennoch ließ Stegerwald auch weiterhin die entscheidende Frage offen, ob er die „Zusammenfassung des Parteiwesens" auf dem Wege einer Erweiterung des Zentrums oder der Verschmelzung des Zen-

[8]) Überspitzt heißt es bei *Stadtler* (s. Anm. 6), S. 178: „Die parteiüberwindende und parteiumbildende Aktion des Essener Kongresses zeitigte demnach das Resultat, daß sowohl in der Zentrumspartei wie in der Sozialdemokratie die Macht der alten Parteitaktiker, gegen die man in Essen vorging, auf Kosten der Elemente gestärkt wurde, die innerlich sich zu den Ideen und Zielen des Essener Gewerkschaftskongresses bekannten. Man erzielte das Gegenteil von dem, was man hatte erreichen wollen. Das gleiche ‚Resultat' erreichte die Aktion auch bei den beiden Rechtsparteien."

[9]) Um die Essener Ideen, in: Deutsche Arbeit 6, 1921, S. 202. Vgl. *Grebing*, Stegerwald, S. 24: „Er scheiterte an der Trägheit der bürgerlichen Parteien, aber auch am Widerstand des Zentrums und selbst Teilen der Christlichen Gewerkschaften." Drastisch heißt es bei *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 223: Außer Stegerwalds „bezahlten Schreiberlingen" habe niemand auf sein „totgeborenes Programm" (ebd., S. 225) reagiert.

[10]) Vgl. *KV* Nr. 926 vom 26. November 1920.

[11]) Die *WAZ* Nr. 49 vom 4. Dezember 1920 schrieb: „Wir haben das Vertrauen, daß das Programm den Bedürfnissen unserer Zeit gerecht wird, um alle christlich-, deutsch-, demokratisch- und sozialgerichteten Deutschen auf sich zu vereinigen. [...] Denn von der Formulierung dieses Programms, von dem politischen Willen, der darin zum Ausdruck kommt, hängt außerordentlich viel ab für die parteipolitische Neugestaltung in Deutschland."

[12]) Vgl. *KV* Nr. 975 vom 13. Dezember 1920.

[13]) Vgl. *KV* Nr. 30 vom 21. Januar 1921.

trums mit breiten Wählerschichten anderer Parteien erstrebe; neu gegenüber Essen — wo er auf andere Auffassungen im Kreise der Gewerkschaftsangehörigen Rücksicht nehmen mußte — war seine in Berlin ausgesprochene Aufforderung an einen Großteil der Zentrumswähler, ihre politische Gedankenwelt umzustellen und im sozialen wie im „staatsbejahenden" Sinne zu vertiefen.

Auch auf dem Parteitag des Preußischen Zentrums ergab die Diskussion, wie wenig Anklang Stegerwald mit seinen Ideen gefunden hatte. Während ein Redner um „weitere Klärung" der Stegerwaldschen Pläne ersuchte, die vielfach Unruhe hervorgerufen hätten, apostrophierte eine Delegierte unter allgemeiner Zustimmung gerade die Zentrumspartei als „das, was Herr Stegerwald fordert". Bezeichnend war der Fortgang dieser Diskussion, der gleichzeitig ihr Ende bedeutete: Der in der Preußischen Zentrumspartei einflußreiche Dortmunder Verleger Lensing — der Stegerwalds Ideen aus der Sorge geboren sah, daß das Zentrum noch mehr als bisher den Wünschen der breiten Wählermassen Rechnung tragen und auch (!) neue Gedanken in sich aufnehmen müsse — warnte davor, „Gespenster zu sehen"; Lensing plädierte dafür, die „Einzelheiten" (!) der Stegerwaldschen Pläne den „zuständigen Parteiinstanzen" zu überlassen.

Ganz in diesem Sinne beendete dann auch Porsch als Vorsitzender der Preußischen Zentrumspartei und dieses Parteitags die Berliner Debatten mit dem bemerkenswert vordergründigen Hinweis, daß in der letzten Sitzung des Reichsparteiausschusses die Gedanken Stegerwalds besprochen worden seien. Dieses Faktum reichte für Porsch aus, um die Delegierten zu ermahnen, „das Weitere vertrauensvoll den zuständigen Instanzen" zu überlassen.[14])

In diesem Hinweis wird man weniger eine besondere Gläubigkeit an den unfehlbaren Entscheid besagter Instanzen sehen dürfen als vielmehr die Taktik der Führungsgeneration des Zentrums, grundsätzlich alle strittigen Fragen in kleinem und kleinstem Kreise zu beraten bzw. zu vertagen, um nach außen hin den Anschein eines festen Turmes wahren zu können. So war es nicht verwunderlich, daß sich an der erwähnten und relativ kurzen Berliner Diskussion kein prominenter Parteiführer oder Abgeordneter beteiligte. Anders verhielt es sich auf dem Kölner Parteitag des Rheinischen Zentrums Anfang Januar 1921, auf dem Stegerwald übrigens von einer Reform — und nicht mehr von einer völligen Umgestaltung — des Parteiensystems sprach und in diesem Zusammenhang als „ersten und stärksten Anstoß" für seine Gedanken die „außenpolitische Not" bezeichnete. Bei dieser Gelegenheit sah sich der anwesende Parteivorsitzende Trimborn zu einer Antwort auf die provozierend-konkrete Frage des Gewerkschaftssekretärs Jakob Kaiser, ob die Zentrumspartei an der von Stegerwald geforderten „Umbildung" des Parteiensystems mitarbeiten wolle, gezwungen. Trimborns Antwort war ein klares „Ja", wobei er allerdings sogleich hinzufügte,

[14]) Es ist bezeichnend, daß in der *KV* (s. Anm. 12) am Schluß der Wiedergabe von Stegerwalds Rede ein Hinweis wie „Zustimmung", „Beifall" oder ähnlich fehlt, wie er bei den Wiedergaben aller übrigen Reden mitgeteilt ist.

daß das Zentrum auf keinen Fall zu einer reinen Arbeiterpartei werden dürfe, sondern wie bisher eine „alle Stände umfassende christliche Volkspartei" bleiben müsse. Vor Trimborn hatte Giesberts in anderem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, daß eine gleichberechtigte Mitwirkung evangelischer Volkskreise im Zentrum nicht an dessen Leitung gescheitert sei, sondern an dem „Mangel an Organisation und Disziplin" in der Partei selbst.[15])

Mit zunehmendem Abstand vom November 1920 gewann das Essener Programm legendäre Züge.[16]) Stegerwald kam bei jeder Gelegenheit darauf zurück, mußte aber schließlich einsehen, daß seinen Plänen jeder praktische Erfolg versagt blieb. Daraus erklärt es sich, daß er 1924 seine Ziele rückblickend anders akzentuierte, wenn er erklärte, daß er an die Zentrumspartei als Grundstock einer großen christlichen Volks- und Staatspartei gedacht habe.[17]) Demgegenüber interpretierte Brüning im gleichen Jahre 1924 die Bedeutung des Essener Programms vollständig anders. Danach hätten die Christlichen Gewerkschaften dieses Programm — wie er pathetisch erklärte — dem gesamten Volke „in weitherzigster Weise" zur Verfügung gestellt, „um im Geiste der Gemeinschaft" und des christlichen Ideals die vorhandenen Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch praktische Arbeit zu überbrücken. Brünings nächster Satz ist allerdings mindestens ebensosehr für seine eigene Biographie wie für die damalige Situation der Christlichen Gewerkschaften aufschlußreich: „Nichts wirkt verbitternder und seelisch verwüstender, als wenn ein warmherziges und offenes Angebot zur Verwirklichung eines großen Ideals zurückgestoßen wird."[18])

Zu diesem Zeitpunkt hatte das Essener Programm vom November 1920 längst ein „Begräbnis erster Klasse" erfahren.[19]) Fünfundzwanzig Jahre später gehörte Stegerwald — der noch in den Jahren des Zweiten Weltkriegs gegenüber dem NS-Staat eine bemerkenswert entgegenkommende Haltung eingenommen hatte[20]) — zu den Mitbegründern der Christlich-Sozialen Union im Raume Würzburg, die er zunächst „Christlich-Soziale Arbeiter-, Bürger- und Bauern-Partei" genannt wissen wollte.[21])

---

[15]) Vgl. *KV* Nr. 27 vom 11. Januar 1921.

[16]) In einem Bericht des bayer. Gesandten in Berlin, *v. Preger*, vom 23. April 1921 über die Kabinettsbildung in Preußen hieß es, Stegerwalds Ideal sei eine große, auf nationalem und christlichem Boden stehende Arbeiter- und Bürgerpartei: „Er möchte den engen Parteirahmen des Zentrums sprengen und aus dem Zentrumsturm in das Freie gelangen. [...] Persönlich ist er ein absolut anständiger, dabei hochintelligenter Mensch, der bei allen Parteien große Achtung genießt." BGStA München, Gesandtschaft Berlin, MA 1935, Nr. 95.

[17]) Auf einer Kundgebung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands am 23. März 1924 in Hagen. Vgl. *KV* Nr. 225 vom 24. März 1924. Genau so unzutreffend war die nachträgliche Behauptung *Stegerwalds* (Schreiben vom 27. März 1927 an ten Hompel), die nach der Revolution auftretende Sozialisierungspsychose sei von der christlichen Arbeiterbewegung „insbesondere auf ihrem großen Essener Kongreß im Jahre 1920" zerschlagen worden. Nachl. ten Hompel.

[18]) Gemeinschaftsideal und Sozialpolitik, in: Das Junge Zentrum 1, 1924.

[19]) So *Schwering*, Frühgeschichte der CDU, S. 50.

[20]) Darüber beabsichtige ich gelegentlich eine Dokumentation vorzulegen.

[21]) Vgl. *Wieck*, Die Entstehung der CDU, S. 229.

Drittes Kapitel

Die republikanische Ära der Zentrumspolitik

1. Das Ringen um die Annahme des Londoner Ultimatums und die Regierungsbildung unter Wirth

> „Daß wir keinen Bismarck zur Verfügung haben und daß, selbst wenn wir einen hätten, er nicht im Handumdrehen die Szene ändern könnte, darüber werden sich ja auch wohl die Leute mit den schärfsten kritischen Brillen klar sein."
>
> KV Nr. 340 vom 6. Mai 1921.

Unter dem Druck des auf sechs Tage befristeten Londoner Ultimatums bemühten sich die Parteiführer nach Fehrenbachs Rücktritt fieberhaft, eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Ein Beschluß des Vorstands der Zentrumsfraktion, genau wie im Vorjahre dem Reichspräsidenten entweder Botschafter Mayer-Kaufbeuren — von dem man wußte, daß er Ebert genehm sein würde — oder den preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald als Nachfolger Fehrenbachs vorzuschlagen, mußte revidiert werden. Stegerwald lehnte seine Kandidatur ab[1]) und warnte die Zentrumsfraktion davor, sich alle Verantwortung aufladen zu lassen. Auch Mayer, der in diesen Tagen in Berlin weilte, konnte sich nicht zur Übernahme des Reichskanzlerpostens entschließen.[2]) Infolgedessen plädierte ein Teil der Zentrumsabgeordneten dafür, Stresemann zu nominieren, um damit die DVP, die den Versailler Vertrag abgelehnt hatte, wenigstens an die neuen Reparationsabmachungen zu binden. Die Zentrumsfraktion erklärte sich am 5. Mai 1921 bereit, ein Kabinett Stresemann zu unterstützen und die bisherigen Reichsminister Brauns, Hermes und Giesberts als Ressortchefs in einem solchen Kabinett zu belassen. Gegen das weitere Verbleiben von Wirth als Reichsfinanzminister[3]) waren inzwischen von den Rechtsparteien, die in Wirth den Befürworter der „direkten Steuergesetzgebung" bekämpften[4]), erhebliche Bedenken

[1]) Der Abg. *Pfeiffer* bezeichnete in einer Fraktionssitzung am 5. Mai 1921 (Nachl. ten Hompel) eine Kandidatur Stegerwalds deswegen als „unmöglich", weil die Entente in der „Verbindung der preußischen und Reichspolitik eine Provokation erblicken würde". Für eine mögliche Personalunion zwischen dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten finden sich anderwärts keine Belege.

[2]) Vgl. *Germania* Nr. 239 vom 7. Mai 1921.

[3]) Für Wirth traten am 5. Mai 1921 nach dem Protokoll der Fraktionssitzung (s. Anm. 1) insbesondere die Abgeordneten *Ersing*, *Schlack* und *Schreiber* (gegen *Lauscher*) ein.

[4]) So heißt es in einem Bericht des württemb. Gesandten *Hildenbrand* vom 6. Mai 1921 aus Berlin. Stadtarchiv Ludwigsburg E 131 R 2/1.

angemeldet worden, auch von seiten der BVP, die zu diesem Zeitpunkt noch einen Sitz im neuen Kabinett anstrebte.

Der Versuch des Zentrums, die bisherige Regierungskoalition zu erhalten und durch Aufnahme der SPD zu erweitern, scheiterte am Widerstand der DVP-Abgeordneten. In dieser Situation kam wieder einmal dem Verhalten des Zentrums besondere Bedeutung zu. Der Entschluß, eventuell erneut die Kanzlerschaft zu übernehmen, würde die Annahme des Londoner Ultimatums bedeuten. Über die Tatsache, daß die von der Entente mit „allen Gewaltmitteln erpreßten" neuen finanziellen Forderungen de facto ebenso unerfüllbar sein würden wie die des Versailler Vertrags, herrschte volle Einmütigkeit.[5]) Die Diskussionen spitzten sich daher auf die Frage zu, ob es dennoch zu verantworten sei, in der Hoffnung auf eine allmähliche Besserung der Lage oder auf eine beginnende Einsicht der Alliierten[6]) das Ultimatum anzunehmen. Am 7. Mai stand fest, daß außer der DVP auch die BVP das Londoner „Diktat" (wegen der von der Entente verlangten Auflösung der Einwohnerwehren) ablehnen werde.[7])

Unter diesen Umständen gewannen in der Zentrumsfraktion diejenigen Stimmen die Oberhand, die eine möglichst starke Regierung forderten, um alle wirtschaftlichen Kräfte zusammenfassen zu können. Nach Ansicht der Fraktion bestand bei der inneren Zerrissenheit und „moralischen Haltlosigkeit" weiter Volkskreise[8]) die Gefahr, durch eine Ablehnung der alliierten Forderungen neue Sanktionen (Ausdehnung des besetzten Gebiets im Westen) heraufzubeschwören. In deren Gefolge, so befürchtete man, werde es Frankreich im Augenblick der kritischen Situation in Oberschlesien gelingen, die Einheit des Reiches zu zerschlagen.[9]) Um das unter allen Umständen zu verhindern, sprach sich schließlich eine Mehrheit der Zentrumsfraktion gegen eine kleine, nicht näher zu umschreibende Minderheit — die allerdings nicht zu einer innerfraktionellen Flügelbildung führte[10]) — dafür aus, das Ultimatum anzunehmen.[11])

[5]) Eine zusammenfassende Wiedergabe der Diskussion innerhalb der Fraktion findet sich in einem Referat des Abg. *ten Hompel* auf der Sitzung des Handels- und Industriebeirats am 26. September 1921. Nachl. ten Hompel.

[6]) In der Fraktionssitzung am 5. Mai 1921 (s. Anm. 1) sprach *Becker-Arnsberg* die Überzeugung aus, daß die Entente „nur" auf 50 Milliarden Mark bestehen werde und die Restsumme allein aus innerpolitischen Gründen angefordert habe.

[7]) Mitteilung *Trimborns* in einer Sitzung der Zentrumsfraktion vom 7. Mai 1921. Nachl. ten Hompel.

[8]) In dem in Anm. 5 erwähnten Referat *ten Hompels* heißt es dazu: „Den Heroismus, der zum Ertragen derartiger Drangsale [weiterer Sanktionen] nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, sondern bei der ganzen Bevölkerung erforderlich ist, haben wir [...] dem deutschen Volke in seiner heutigen Geistesverfassung nicht geglaubt zutrauen zu dürfen."

[9]) Nach einer undatierten Aufzeichnung im Nachl. ten Hompel über die Motive der Zentrumsabgeordneten zur Annahme des Londoner Ultimatums.

[10]) Diese Tatsache hob die *KV* Nr. 517 vom 9. Juli 1921 ausdrücklich hervor.

[11]) Für das „schwere innere Ringen" in der Zentrumsfraktion vgl. *Bolz'* Schreiben vom 7. und 9. Mai 1921 bei *Miller*, Bolz, S. 191. In einer Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am 9. Mai 1921 erklärte der noch amtierende Reichsaußenminister *Simons*, die Ablehnung des Ultimatums — zu

Zu diesem Entschluß hatte ein entsprechendes Votum von Botschafter Mayer-Kaufbeuren (9. Mai) entscheidend beigetragen[12]), der wegen seiner Haltung aus den Reihen der BVP heftig angegriffen wurde.[13]) Ganz offensichtlich spekulierten einzelne Zentrumsabgeordnete auf eine künftige Uneinigkeit im Lager der Alliierten, die sich auf längere Sicht für die deutschen Interessen günstig auswirken könne. Von vornherein war man sich des „Vorbehalts der Leistungsmöglichkeit"[14]) ebenso bewußt wie der schmerzlichen Tatsache, daß die Annahme des Ultimatums eine „Anerkennung des Systems der Sanktionen" bedeuten würde.[15]) Die fortdauernde „Katastrophenpolitik" der Rechtsparteien zwang das Zentrum zu einer ebenso verantwortungsvollen wie unpopulären Entscheidung.

Um nicht allein deren Risiko zu übernehmen, beschloß die Fraktion am 9. Mai, dem Ultimatum nur dann zuzustimmen, wenn sich auch die übrigen bürgerlichen Parteien in diesem Sinne entscheiden würden. Als am Abend des gleichen Tages feststand, daß die Mehrheit der DVP-Fraktion gegen das Ultimatum war, zeichnete sich als einzig mögliche Lösung für die Regierungsneubildung die Wiederaufnahme der Weimarer Koalition ab. Damit stand die Zentrumsfraktion vor der schwerwiegenden Frage, ob man der SPD — deren Zusage zum Eintritt in die Regierung noch nicht vorlag — gegebenenfalls die Besetzung des Kanzlerpostens überlassen oder diesen „mit Rücksicht auf außenpolitische Wirkungen" für die eigene Partei in Anspruch nehmen solle.[16]) Bei dieser Alternative fielen die Würfel zugunsten der eigenen Partei. Als aussichtsreicher Kandidat für den Vorsitz in einer neuformierten Koalitionsregierung Weimarer Prägung galt zu diesem Zeitpunkt der noch amtierende Reichsfinanz-

---

der er neige — werde eine „schwere Gefahr" für das deutsche Wirtschaftsleben bedeuten: „Wir werden sowohl das oberschlesische als auch das Ruhrgebiet verlieren"; zudem bestehe die Gefahr eines Bürgerkriegs. Nachl. ten Hompel. Vgl. ferner die Ausführungen des Abg. *Bell* auf der Sitzung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 27. Mai 1921. *KV* Nr. 396 vom 28. Mai 1921.

[12]) In einer Sitzung der Zentrumsfraktion. Nach dem Protokoll (Nachl. ten Hompel) machten Mayers Ausführungen „großen Eindruck". In einer anschließenden Sitzung des Interfrakt. Ausschusses (ebd.) erklärte *Mayer-Kaufbeuren:* „Die Annahme ist berechtigt, daß Frankreich die 50% Abgabe beseitigt wegen des heftigen Widerstands der Finanzkreise." Nach einem Bericht des bayer. Gesandten in Berlin, *v. Preger*, vom 11. Mai 1921 hat Mayer in der Zentrumsfraktion mit „starkem Optimismus" den Standpunkt vertreten, daß das Ultimatum tragbar sei. BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 95.

[13]) Am 23. Mai 1921 schrieb *Mayer-Kaufbeuren* aus Paris an seine Frau, diese Angriffe ließen ihn kalt: „Meines Verbleibens in der BVP wird ohnedies nicht mehr lange sein. [...] Der Posten hier ist recht hart! Ich bin ihn bald überdrüssig!" Nachl. Mayer-Kaufbeuren.

[14]) So der Abg. *Schlack* in einer Fraktionssitzung am 23. April 1921. Nachl. ten Hompel.

[15]) So Reichsaußenminister *Simons* in einer Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am 9. Mai 1921 (s. Anm. 11).

[16]) Nach einer Niederschrift *ten Hompels* über die Sitzung des Fraktionsvorstands am späten Abend des 9. Mai 1921, an der er selbst nicht teilgenommen hatte. Nachl. ten Hompel.

minister Wirth, dessen Kandidatur Reichspräsident Ebert begünstigte.[17]) Die Entscheidung sollte am Vormittag des 10. Mai in einer Sitzung des Vorstands der Zentrumsfraktion fallen.

Inzwischen hatten jedoch, am Abend des 9. Mai, auf Drängen von Brauns und zusammen mit ihm die Abgeordneten Stegerwald, Kaas und ten Hompel versucht, den zu einer Sitzung des Preußischen Staatsrats in Berlin weilenden Oberbürgermeister von Köln und Präsidenten des Staatsrats, Konrad Adenauer, zur Annahme der Reichskanzler-Kandidatur zu bewegen. Adenauer hatte sich Bedenkzeit bis zum folgenden Morgen erbeten.

Am Vormittag des 10. Mai lag insofern eine veränderte Situation vor, als Ebert bis zum Mittag des gleichen Tages von den Parteien unter Androhung seines Rücktritts eine Lösung der Krise verlangte. Der Reichspräsident wollte das Ultimatum nicht durch das zurückgetretene Kabinett beantwortet wissen und sich nicht „vor ganz Europa" blamieren.[18]) Die SPD schien inzwischen zum Eintritt in die Regierung entschlossen. Nach einem Bericht über diese neue Lage, die Trimborn nach einem Gespräch mit dem Reichspräsidenten dem Fraktionsvorstand darlegte, erklärte Adenauer seine Bereitschaft zur Übernahme des Reichskanzleramts. Seine Bedingungen betrafen — nach einer Mitschrift ten Hompels — mit einer Ausnahme (freie Wahl der Minister) steuer- und wirtschaftspolitische Fragen und gingen im übrigen von keiner bestimmten Koalitionsbindung aus: 1. Die Parteien müßten seinem Steuerprogramm, vor allem den indirekten Steuern, ebenso zustimmen wie der Aufhebung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. 2. Es dürfe in nächster Zeit nicht sozialisiert werden. 3. Die neunte Arbeitsstunde müsse eingeführt werden. 4. Er müsse sich seine Minister unabhängig von den Parteien wählen und später eventuell wechseln können.[19]) Die Klärung dieser Fragen betrachtete der Staatsratspräsident als Voraussetzung, um das Reparationsproblem lösen zu können.

Obschon Adenauer seine Kandidatur ausdrücklich als durchaus ernstgemeint bezeichnet hatte und seine Bedingungen nicht etwa als „verklausulierte Ablehnung" aufgefaßt wissen wollte, kam es gar nicht erst zu entsprechenden Verhandlungen. Trimborn in seiner rheinischen Verbindlichkeit nannte Adenauers

---

[17]) Ebd. Dort hieß es ferner, allerdings in Klammern gesetzt: „Nebenbei soll auch Hermes genannt worden sein, dessen Kandidatur Trimborn sehr sympathisch gewesen sei."

[18]) Mitteilung *Trimborns* in der um 10 Uhr begonnenen Sitzung des Fraktionsvorstands am 10. Mai 1921. Der Zentrumsvorsitzende war um 9 Uhr beim Reichspräsidenten gewesen. Ebd.

[19]) Ebd. Möglicherweise war noch eine weitere Bedingung genannt worden, da sich in *ten Hompels* Niederschrift ohne jeden Zusatz die Ziffer 5 findet. In einer Aufzeichnung über eine Fraktionssitzung vom gleichen Tage (ebd.) ist allerdings wieder von vier Punkten die Rede, die jedoch den Inhalt des in der Vorstandssitzung erwähnten 4. Punktes nicht berücksichtigten. — Wegen der von ihm geforderten Verlängerung der Arbeitszeit wurde *Adenauer* kurz darauf in der Öffentlichkeit angegriffen. Er nahm dazu in einer Presseerklärung Stellung (vgl. *KV* Nr. 377 vom 20. Mai 1921: „Mehrarbeit!"): „Deutschland kann [die Reparationen] nur bezahlen, falls es gelingt, seine Produktion wesentlich zu erhöhen." Eine der Voraussetzungen dazu sei Mehrarbeit durch verlängerte Arbeitszeit.

Programm zwar „durchaus richtig", bezeichnete es jedoch im gleichen Atemzuge als „formell nicht durchführbar", da sich die Parteien keinesfalls darauf festlegen würden. Unter zunehmendem Zeitdruck angesichts des laufenden Ultimatums sprach sich die Mehrheit des Fraktionsvorstands für Wirth als Reichskanzler aus. Eine Minderheit (Brauns, Stegerwald und ten Hompel) wandte demgegenüber ein, daß der Reichsfinanzminister nicht den für eine „breite Basis" zur Ausführung des Ultimatums erforderlichen Kredit bei den Rechtsparteien besitze.[20])

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das entschiedene Eintreten von Trimborn und Spahn den Ausschlag zugunsten des von Ebert favorisierten Wirth[21]) gegeben hatte.[22]) Vermutlich waren beide Männer der Auffassung, in dieser kritischen Situation des Reiches nur einem erfahrenen Parlamentarier und bereits „gedienten" Minister, der zudem von der SPD ohne weiteres akzeptiert werden würde[23]), das Steuer der Regierung anvertrauen zu können. Ob oder inwieweit bei Trimborn und Spahn bzw. bei anderen Vorstandsmitgliedern der Fraktion gegen Adenauer gewisse persönliche Aversionen vorhanden waren oder sachliche Bedenken in bezug auf seine politische Qualifikation — die ja auch noch 1945 von früheren Zentrumsanhängern mit Brüning an der Spitze bezweifelt wurde[24]) — eine Rolle gespielt haben, ist bisher aus den Quellen nicht auszumachen. Zu diesem Zeitpunkt, am späten Vormittag des 10. Mai, stand noch nicht fest, ob Zentrum und SPD gezwungen sein würden, gegebenenfalls allein das Londoner Ultimatum anzunehmen.

---

[20]) Bei *ten Hompel* (s. Anm. 18) hieß es dazu: „Stegerwald und andere, die ihn [Adenauer] gesprochen, hatten den Eindruck, daß die Kandidatur so durchaus seriös war und daß es nur eines ernstlichen Versuches bedurft hätte, um dieselbe zu verwirklichen. Stegerwald, der auch entschieden auf dem Standpunkt stand, daß nur durch Adenauer, nicht aber durch Wirth eine breite Basis für die Ausführung des Ultimatums geschaffen werden könne, war über die Behandlung Adenauers außerordentlich erregt."

[21]) Nach der Niederschrift *ten Hompels* über die Vorstandssitzung vom 10. Mai 1921 (s. Anm. 18) hatte sich der Reichspräsident „offensichtlich schon ziemlich weit auf Wirth festgelegt". Nach einem Hinweis in *Der Deutsche* Nr. 34 vom 11. Mai 1921 stand Ebert einer Kanzlerschaft Wirths „ganz besonders sympathisch" gegenüber.

[22]) In der Niederschrift *ten Hompels* (s. Anm. 18) hieß es dazu: „Merkwürdigerweise bestätigte Trimborn später, daß er [am 10. Mai 1921] bei Ebert von der Kandidatur Adenauer gar nicht gesprochen habe [...], so daß man den Eindruck gewann, daß auch Trimborn und Spahn sich schon sozusagen auf Wirth festgelegt hatten oder haben festlegen lassen." Vgl. *Schreiber*, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 121: „Aber [...] Trimborn wechselte seine Entschlüsse. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf Josef Wirth. So sehe ich noch heute Trimborn und Peter Spahn in der damals stillen Wandelhalle [...] des Reichstags vor mir, wie sie auf Wirth einreden, die Kanzlerschaft zu übernehmen."

[23]) Wilhelm *Keil* (Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2. Stuttgart 1948, S. 234) nimmt für sich in Anspruch, Wirth „entdeckt" zu haben.

[24]) Vgl. z. B. das Schreiben des Osnabrücker CDU-Politikers und früheren Zentrumssekretärs Josef *Kannengießer* vom Febr. 1946 an G. Schreiber, in dem es hieß, Adenauer habe bei einer Tagung „nicht einen einzigen politischen Gedanken" von Bedeutung geäußert; er sei sicher kein politischer Führer von Format. Zit. bei Arnold J. *Heidenheimer*, Adenauer and the CDU. The Hague 1960, S. 67.

Im weiteren Verlauf dieses Tages traten neue Komplikationen auf. Zum einen ergab sich, daß die bisherigen Koalitionspartner des Zentrums, DDP und DVP, nicht bereit waren, in die neue Regierung einzutreten. Zum andern beanspruchte die Fraktion der SPD, die ihrerseits den Eintritt in eine Koalition mit der DVP ablehnte, in einem nur aus Zentrum und SPD zusammengesetzten Minderheitskabinett den Posten des Reichskanzlers. Die Sozialdemokraten nominierten dafür den früheren Inhaber dieses Amtes, Bauer. Sie beharrten jedoch nicht auf ihrer Forderung und erklärten sich schließlich dem Zentrum gegenüber damit einverstanden, Wirth als Regierungschef zu akzeptieren.[25])

Die Aussichten auf eine zeitweilige schwarz-rote Koalition und Minderheitsregierung wie im Sommer 1919 waren angesichts der bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen für die Zentrumsabgeordneten alles andere als verlockend. Dementsprechend hart fielen die Vorwürfe gegen die DVP aus, durch deren Flucht aus der Verantwortung das Zentrum in eine höchst unangenehme Lage hineinmanövriert worden war. Dennoch sahen die Zentrumsparlamentarier keine Möglichkeit, ebenfalls der Verantwortung ausweichen oder die leidige Frage auch nur vertagen zu können. Um so klarer wurde infolgedessen herausgestellt, daß die Unterzeichnung der Londoner Forderungen nur den Willen zum Ausdruck bringe, das Ultimatum zu erfüllen: „Ob wir es erfüllen können, bleibt zweifelhaft." Den zu erwartenden Angriffen aus den eigenen Reihen gegen die Koalitionsbildung allein mit der SPD beugte man mit der vorwurfsvollen Feststellung Trimborns vor: „Unsere Schuld ist es nicht, wenn die Orientierung der Politik nach links beginnt." Als Folge dieser Politik sah man eine Gefahr insbesondere für die anstehenden kulturpolitischen Fragen heraufziehen.

Ein letzter Appell Trimborns, bei der Abgabe des Votums über das Ultimatum die gefährdete Situation Oberschlesiens nicht zu vergessen, und entsprechendes Drängen des Parteiveteranen Peter Spahn, die Fraktion nicht in zwei Lager zu spalten, gaben am 10. Mai 1921 den Ausschlag. Die Fraktion entschloß sich nahezu einstimmig (gegen 2 Stimmen und bei 1 Enthaltung), im Reichstag, wenn auch mit „blutendem Herzen"[26]), für die Annahme des Ultimatums einzutreten.[27]) Weniger eindeutig war die Mehrheit in der Frage, ob das Zentrum in der neuen Regierung wieder den Reichskanzler stellen solle. Dagegen sprachen sich 14 Abgeordnete aus, darunter als gewichtigster Politiker der noch amtierende Reichskanzler Fehrenbach. Wirths drängende Bitte, ihn unter keinen

[25]) Nach dem Protokoll einer Sitzung der Zentrumsfraktion am 10. Mai 1921 (s. Anm. 12).

[26]) So *Fortmann*, Zentrum und Ultimatum, in: Der Zentrumswähler für das Jahr 1922, S. 166. Dort S. 171: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags war, wie beim Friedensschluß, diejenige Partei, welche von Anfang an in der Frage des Ultimatums die Führung hatte und welche, wie in Weimar, auch diesmal wieder das Vaterland über die Parteiinteressen gestellt hat." Vgl. auch Anm. 33.

[27]) Nach dem in Anm. 5 erwähnten Referat *ten Hompels* vom 26. September 1921 hätte die „überwiegende Mehrzahl" der Abgeordneten „gefühlsmäßig" lieber abgelehnt: „Wir haben aus Pflichtbewußtsein [...] uns entschlossen, gegen unsere Empfindungen den durchschlagenden politischen Erwägungen zu folgen."

Umständen als Kanzlerkandidaten zu nominieren, fand kein Gehör.[28]) Am folgenden Tage, 11. Mai, wurde er vom Reichspräsidenten zum neuen Regierungschef ernannt.[29])

Noch am gleichen Tage konnte Wirth die Ministerliste fertigstellen[30]), nachdem es ihm noch „im letzten Augenblick“[31]) gelungen war, die DDP — nicht aber die DVP — zum Eintritt in das Kabinett zu bewegen.[32]) Das Zentrum übernahm in einem der „kritischsten Augenblicke“ des Reiches[33]) erneut die Führung der deutschen Politik. Neben Wirth verblieben (mit Ausnahme von Fehrenbach) auch die drei Zentrumsminister des letzten Kabinetts in der neuen Regierung: Brauns (Arbeit), Hermes (Ernährung) und Giesberts (Post). Wirth übernahm zunächst auch die Leitung des Außenministeriums (23. Mai: Ernennung Rosens) und behielt die des Finanzministeriums bei.[34]) Damit war

[28]) Einige Monate später, am 1. Oktober 1921, erklärte der neue Fraktionsführer W. *Marx* im Plenum des Reichstags, daß Wirth das Amt nur übernommen habe auf „wiederholtes lebhaftes, ja geradezu gewaltsames Drängen“ der Fraktion hin. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 351, S. 4674. Auf einer Wahlkundgebung am 23. März 1924 in Hagen machte *Stegerwald* kein Hehl daraus, daß Wirth zur Übernahme der Kanzlerschaft „gepreßt“ werden mußte. Vgl. *KV* Nr. 225 vom 24. März 1924. Dazu mündl. Mitteilungen von J. Joos (†), G. Schreiber (†) und Frau Teusch. Vgl. ferner *Wirth*, Die Festigung der Republik, S. 319: „Der Druck der Parteifreunde, wie des Reichspräsidenten, mich diesem Rufe nicht zu versagen, war außergewöhnlich stark.“ In einem Schreiben vom 10. Mai 1941 an Botschafter von Bergen erklärte *Wirth*, 1921 sei ihm das Reichskanzleramt „sozusagen mit Gewalt aufgeladen“ worden. Pol. Archiv, Botschaft Vatikan, Spezialakte Wirth. Die Behauptung *Köhlers* (Lebenserinnerungen, S. 171), daß sich Wirth zum Reichskanzleramt „gestreckt“ hätte, ist nicht belegbar.

[29]) Am 7. Juni 1921 erklärte Ministerpräsident *Stegerwald* im Preuß. Landtag: Bei der letzten Kabinettsbildung im Reich habe der Reichspräsident „mit der Uhr in der Hand“ gesagt: Bis zu der und der Stunde muß die Regierungsbildung getätigt sein; „ich lasse mich nicht in der Welt blamieren, daß man letzten Endes die Stunde des Ultimatums herankommen läßt und keine Regierung hat.“ Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 1642.

[30]) In einer Unterredung mit dem Chefredakteur der Germania, Hommerich, erklärte Reichskanzler *Wirth* am 14. Mai 1921: Er habe sowohl der Zentrumsfraktion als auch den „berufenen politischen Faktoren“ zur Annahme des Ultimatums geraten. Die in wenigen Stunden erfolgte Regierungsbildung sei schließlich gelungen unter dem „wesentlichen Gesichtspunkt“, daß auch eine zweite bürgerliche Partei an der Regierung teilnähme. Vgl. *Germania* Nr. 259 vom 15. Mai 1921.

[31]) So *Schulthess* 1921/I, S. 160.

[32]) Auf einer Sitzung des Provinzialausschusses des Rhein. Zentrums in Königswinter am 27. Mai 1921 kritisierte der Abg. *Bell*, daß sich die DVP der Regierungsverantwortung entzogen habe. Vgl. *KV* Nr. 396 vom 28. Mai 1921; *Germania* Nr. 290 vom 29. Mai 1921. Prägnanter noch umschrieb *Wirth* diesen Sachverhalt auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums am 29. Juni 1921 in Berlin: Wenn eine Koalition von Scheidemann bis Stresemann nicht gelungen sei, so sei die „von allen guten Geistern verlassene“ DVP dafür verantwortlich; er habe sich „eifrigst“ bemüht, die Volkspartei mit in das Kabinett zu nehmen. Nachl. ten Hompel.

[33]) So *Wirth* am 29. Juni 1921 (s. die vorige Anm.). Nach der *Germania* Nr. 247 vom 11. Mai 1921 habe das Zentrum ähnlich wie in Weimar erneut ein „schweres Opfer“ gebracht und das Vaterland über die Parteiinteressen gestellt. Vgl. auch Anm. 26.

[34]) Nach einem Bericht des württemb. Gesandten in Berlin, *Hildenbrand*, vom 21. Mai 1921 hätten Cuno, Wiedfeldt, Melchior und Warburg die Übernahme des Reichsfinanzministeriums, Bergmann, v. Rosenberg und v. Bergen die Leitung des Ausw. Amtes abgelehnt. StA Ludwigsburg E 131 R 2/1.

gewährleistet, daß die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung des Ultimatums auch ausgeführt werden konnten.

Die „Kölnische Volkszeitung" kommentierte — angesichts der Tatsache, daß wieder ein Zentrumskanzler an das Steuer des Reiches getreten war — bemerkenswert resigniert: „Kabinettskrisen sind eine Erscheinung, an die man sich im neuen Deutschland gewöhnen muß und gewöhnt hat. Die Minister kommen und gehen, eine Wandlung im ungeheuren deutschen Elend tritt nicht ein."[35]) Demgegenüber glaubte die „Germania" am gleichen Tage unter Hinweis auf das erneute Opfer der Partei eher mit Stolz feststellen zu können: „Auf das Zentrum kann sich Deutschland verlassen wie auf keine andere Partei!"[36])

[35]) *KV* Nr. 353 vom 11. Mai 1921.

[36]) Nr. 248 vom 11. Mai 1921.

2. Wirths Bekenntnis zur Weimarer Republik

Mit dem 41jährigen Joseph Wirth war nicht nur der jüngste aller Reichskanzler in der Zeit von 1871 bis 1933 ernannt worden, sondern auch der Vertreter einer neuen Generation von Zentrumspolitikern, die auf Reichsebene erst 1918 „hochgekommen" waren.[1]) In ganz anderem Maße als sein um 27 Jahre älterer Vorgänger im Reichskanzleramt und engerer Freiburger Landsmann Fehrenbach (beide übrigens Junggesellen) bekannte sich der von Natur aus temperamentvolle Wirth, nach dem Urteil Gesslers die „betonte Energie"[2]), als überzeugter oder — wie er sich gern selbst nannte — „entschiedener" Republikaner.[3]) Wirth, der in der südwestdeutsch-demokratischen und sozialen Zentrumstradition wurzelte, glaubte an die Chance und Zukunft der Republik, deren Verfechter auf ihn ihre Hoffnungen setzten. Als sein Ziel betrachtete er die Verwirklichung des „sozialen Volksstaats", der die Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft integrieren sollte[4]), ohne daß der badische Zentrumspolitiker allerdings die praktische Ausgestaltung dieses „Volksstaats" näher umschrieben hätte. Wirth bedeutete die 1918/19 errungene Volkssouveränität etwas „Mythisch-Faszinie-

[1]) Vgl. *Fischart*, Wirth, in: Das alte und das neue System, Bd. 4, S. 32. Nach *Köhler* (Lebenserinnerungen, S. 171) hat sich Wirth mit Vorliebe einen „christlichen Demokraten" genannt und erst später den „Republikaner" hinzugefügt.

[2]) Reichswehrpolitik, S. 377. *Freund* (Zum Tode von Wirth, S. 11) bezeichnet Wirth als „draufgängerisch und ein Bild gesunder Lebensfreude, anscheinend von Vitalität strotzend und von glühender, mitreißender Beredsamkeit".

[3]) Willy *Hellpach* (Wirken in Wirren, Bd. 2. Hamburg 1949, S. 327) nennt Wirth einen „radikalen Demokraten".

[4]) Vgl. *Becker*, Wirth, S. 365. Nach *Griewank*, Wirth, S. 7, erstrebte Wirth eine „volkstümliche Verbindung zwischen Demokratie und Patriotismus, zwischen wahrer nationaler Gesinnung und demokratisch-sozialem Frei- und Gleichheitssinn".

rendes", dem er zumindest in seinem „stark emotional bedingten politischen Denken" breiten Raum einräumte.[5])

Es gehörte zu dem von Wirth eingeführten, seinen Vorstellungen wie seinem Temperament entsprechenden neuen politischen Stil, daß er als erster Kanzler der Republik — wie nach ihm etwa Stresemann und Brüning — seine verfassungsmäßige Befugnis, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, mit Energie wahrnahm.[6]) Wirth zählte zu den nicht wenigen Zentrumspolitikern, die sich nach dem 9. November 1918 ausschließlich als Politiker betätigten und nicht wieder ihren Beruf ausübten (wie auch Marx, Brauns, Giesberts, Fehrenbach). Die stärkste politische Waffe dieses Kanzlers, der sich auf keine badische Hausmacht (wohl aber auf das Vertrauen des badischen Zentrumsführers Schofer) und auf keine Gewerkschaft stützen konnte, war im parlamentarischen Kampf und im Umgang mit seiner eigenen Partei ein instinktsicheres politisches Reagieren und eine ungewöhnliche Beredsamkeit. Sie machte ihn zu einem der beliebtesten und volkstümlichsten Redner seiner Zeit, der in dieser Hinsicht in seiner Partei keinen Konkurrenten besaß und den Kontakt mit dem Volke immer wieder suchte.

Wirths Einstellung als „Linksrepublikaner" sowie sein soziales Empfinden und Handeln verschaffte ihm nicht nur in der Arbeiterschaft begeisterte Anhänger, sondern auch bei der Zentrumsjugend, auf die seine starke politische Individualität einen ungemein suggestiven Einfluß ausübte. Diese Jugend rebellierte gegen den Typ (nicht gegen die Vertreter) der älteren Honoratorengeneration, wie ihn die noch parlamentarisch aktiven Parteiveteranen Porsch, Herold und Spahn am ausgeprägtesten verkörperten. Wirth machte kein Hehl aus seiner Sympathie für den politisch bedeutenderen, aber auch anfälligeren Erzberger — mit dem er manche Züge gemein hatte — und dessen Konzeptionen.[7]) Er distanzierte sich nach außen hin weniger von den Christlichen Gewerkschaften und ihrem zeitweiligen Rechtsdrall als vielmehr von deren Exponenten Stegerwald, der ihm persönlich nicht lag, während er guten Konnex zu dem Vorsitzenden der Katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands, Joos, besaß.

---

[5]) So *Deuerlein*, Steuermänner der deutschen Politik, S. 45, der Wirth als „zornigen jungen Mann des Staates von Weimar" apostrophiert.

[6]) Vgl. *Gessler*, Reichswehrpolitik, S. 377. Am 8. Juni 1921 schrieb *Rathenau* an seine Mutter: „Wirth leitet die Kabinettssitzungen mit großer Autorität, eher zu kurz als zu lang, in einer sehr verbindlichen und gleichzeitig sachlichen Weise." Vgl. Walther *Rathenau*, Briefe, Bd. 2. Dresden 1926, S. 320.

[7]) Der bayer. Gesandte in Berlin, *v. Preger*, berichtete am 11. Mai 1921 seiner Regierung, Wirth stehe auf dem „linksten Flügel" des Zentrums und sei ein enger Freund Erzbergers: „Ein Freund Bayerns ist er nicht." BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 95. *Brockdorff-Rantzau* bezeichnete Wirth als den „Testamentsvollstrecker" Erzbergers. Vgl. Herbert *Helbig*, Die Träger der Rapallo-Politik. Göttingen 1958, S. 205. Ähnlich Martin *Spahn* (Erzberger und kein Ende, in: Die Grenzboten 80, 1921, S. 95): „Erzbergers Schützling Wirth erreichte die Führung des Reiches."

Wirth zählte, hierin Erzberger verwandt, zu den entscheidungsfreudigen Politikern, die keinem Entschluß aus dem Weg gingen und die nicht ängstlich auf eine Deckung ihrer Politik durch Fraktion oder Partei bedacht waren. Eine betont hervorgekehrte nationale Komponente und gute Verbindung zur Reichswehrführung (Seeckt) — bei der die Gefahr einer Abhängigkeit nicht ausgeschlossen war — erleichterten dem Kanzler seinen Weg zur geheimen Aufrüstung und zum Bündnis mit der Roten Armee, von dem später noch die Rede sein wird. Wirths „Ausweg" in die Rüstung und in das geheime Bündnis mit der Sowjetunion war keineswegs nur — wie M. Freund interpretiert hat[8]) — eine Kompensierung für die Demütigungen, die dem Kanzler von der Entente zugefügt worden waren.

Unmittelbar nach der Kabinettsbildung bekannte sich Wirth im Reichstag namens der neuen Regierung[9]) zur Annahme des Londoner Ultimatums. Angesichts der Ausweglosigkeit der Situation, die der vom Juni 1919 verzweifelt ähnlich war[10]), der drohenden äußeren Gefahren (Besetzung des Ruhrgebiets, Verlust von Oberschlesien und der aufs höchste gefährdeten Reichseinheit) forderte er den Reichstag auf, diesem Entschluß „nach gewissenhafter Prüfung" zuzustimmen.[11]) Im vollen Bewußtsein der Tragweite der wirtschaftlichen Folgen verband der Reichskanzler das „Ja" zur Annahme des Ultimatums mit dem Bekenntnis, „das Äußerste aufzubieten, um den uns auferlegten Lasten gerecht zu werden"; es gelte, die Gegner durch Leistungen und nicht durch Worte von der „Aufrichtigkeit unseres Wollens" zu überzeugen und dadurch eine Atmosphäre zu schaffen, „in der eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird".

Im Anschluß an Wirths Rede stimmte Trimborn für die Zentrumsfraktion dem Londoner Ultimatum in der Überzeugung zu, daß es für die Erhaltung und die Wiederaufrichtung Deutschlands keinen anderen Weg gäbe als die Unterschrift der Reichsregierung.[12]) Mit 220 Stimmen von SPD und Zentrum sowie einigen Stimmen von DDP und DVP nahm der Reichstag am 11. Mai gegen 172 Stimmen das Londoner Ultimatum an. Die deutsche Außenpolitik stand von nun an noch stärker als bisher schon unter dem Zwang, die alliierten Forderungen „im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen" zu erfüllen. Dadurch

[8]) Zum Tode Wirths, S. 12.

[9]) Am gleichen Tage notierte *Viscount d'Abernon*, Memoiren, Bd. 1, S. 193: „Die neue Regierung ist [...] ausgesprochen demokratisch und ganz frei — oder so frei wie ein Deutscher nur sein kann — von den alten nationalistischen Ansichten."

[10]) In einer Aufzeichnung *Wirths* vom 2. September 1933 über den Rapallo-Vertrag heißt es, die Lage des Reiches zur Zeit des Londoner Ultimatums sei so schwierig gewesen, „daß mancher Zeitgenosse glaubte, das Ende Deutschlands sei gekommen". Bundesarchiv R 43 I/3633. Vgl. *Rosenberg*, Deutsche Republik, S. 126: „Die Regierung Wirth trat ihr Amt in einer geradezu hoffnungslosen Situation an."

[11]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 349, S. 3629 f. Auch abgedr. bei *Wirth*, Reden, S. 25 ff.

[12]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 349, S. 3631.

sollte die Welt von dem „guten Willen" Deutschlands überzeugt werden, um den „Standpunkt des Rechts" für das deutsche Volk in Anspruch nehmen zu können.[13]) Diese Politik ging von der Annahme aus — die sich fünf Monate später als falsch erwies —, daß Oberschlesien entsprechend dem Ausgang der März-Abstimmung beim Reich verbleiben würde.

Für die Regierung Wirth ebenso wie für die Zentrumsfraktion stand die Politik der kommenden Monate unter der Parole: Durch Arbeit zur Freiheit! Mit der Ernennung des AEG-Direktors Walther Rathenau zum Reichsminister für Wiederaufbau trat am 28. Mai ein Mann in das Kabinett ein, mit dem zusammen Wirth diese Politik konsequent ausführte. Die Regierung betrachtete die „Erfüllung" der Reparationsforderungen als das einzige Mittel der Außenpolitik, um die Unsinnigkeit der alliierten Forderungen zu erweisen[14]), zu einer „Besserung der Weltatmosphäre" zu gelangen und zugleich das Reparationsproblem allmählich auf eine wirtschaftliche Basis überführen zu können.[15]) Daß der Weg der versuchten Erfüllung hart und die Zahl der Gegner groß sein würde, war den Zentrumsabgeordneten bewußt. Ihnen stand allerdings das größere Ziel vor Augen, die „Leistungspolitik" mit einer Politik der Verständigung, des Wiederaufbaus und damit der Völkerversöhnung zu verbinden.[16])

Der Kanzler ging sein außenpolitisches Ziel mit dem Mut zur Unpopularität an.[17]) Er besaß in seiner Fraktion und Partei, die bereit war, die Konsequenzen aus der Annahme des Ultimatums zu ziehen und die neuen Opfer zu leisten[18]), einen starken Rückhalt. Diese Tatsache wiederum ließ Wirth zum Fürsprecher einer „einigen deutschen Zentrumspartei" werden.[19]) Der zunehmend enger werdende politische und menschliche Kontakt des Reichskanzlers zu Rathenau wurde von manchen Zentrumsabgeordneten allerdings nicht ohne Argwohn betrachtet.

Nach der Annahme des Londoner Ultimatums begann sich die außenpolitische Situation des Reiches allmählich zu entspannen. Wie erhofft, trat eine zunehmende Entpolitisierung des Reparationsproblems ein. Die Reichsregierung tat in den

---

[13]) So *Wirth* am 25. Mai 1921 in einer Rede in Karlsruhe. Vgl. *KV* Nr. 394 vom 27. Mai 1921; *Wirth*, Reden, S. 31 ff.

[14]) Am 8. Juni 1921 schrieb *Rathenau* an seine Mutter: „Das Kabinett hat den entschiedenen Willen, sich als Versöhnungs- und Reparationskabinett zu fühlen und hat weder den Parteien noch dem Reichstag gegenüber von diesem Programm abzugehen brauchen." Vgl. *Rathenau* (s. Anm. 6), S. 320.

[15]) So Staatssekretär a.D. Heinrich *Hemmer* in der Einleitung von *Wirth*, Reden, S. 7.

[16]) Vgl. *Sell*, Die Außenpolitik des Zentrums, T. 2, S. 9.

[17]) Vgl. *Zimmermann*, Außenpolitik, S. 101.

[18]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Becker-Arnsberg* am 2. Juni 1921 im Reichstag. Sten. Berichte, Bd. 349, S. 3730.

[19]) So auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 29. Juni 1921 in Berlin. Nachl. ten Hompel.

folgenden Monaten alles, um den „ernsten Willen" des Volkes unter Beweis zu stellen, die deutschen Verpflichtungen zu erfüllen.[20]) Wirth zielte darauf ab, durch die „allmähliche innere Gesundung" des Volkes das Reich wieder zu einem „interessanten und wichtigen Faktor" für „irgendeine Weltmacht" werden zu lassen.[21]) Diesem Ziel glaubte er im Sommer 1921 durch eine Politik des „Lavierens" näherzukommen, wobei er die Gegensätze und Unstimmigkeiten im alliierten Lager auszunutzen gedachte. Zu diesem Zeitpunkt bereitete eine Lösung der oberschlesischen Frage die größten Sorgen. Der Reichskanzler vertrat insbesondere Großbritannien gegenüber die Ansicht, daß eine für das Reich günstige Lösung für die „friedliche innere demokratische Entwicklung Deutschlands" unbedingt erforderlich sei.[22]) Die Tatsache, daß die Zentrumspartei die Führung in der neuen Phase der deutschen Reparationspolitik übernahm, war die Konsequenz aus ihrer Politik seit der Annahme des Friedensvertrags und aus der Einsicht, die Erhaltung der Reichseinheit als „obersten Leitsatz" ihres politischen Handelns zu betrachten.[23])

Im Zentrum löste die Wiederaufnahme der Koalition mit der SPD, mit deren Hilfe ein umfassendes Steuerprogramm verwirklicht werden sollte[24]), alles andere als freundliche Kommentare aus. Gleich zu Beginn der neuen Ära wurde der Zuversicht Ausdruck verliehen, daß die Sozialdemokraten auf die Verwirklichung „irgendwelcher Sozialisierungspläne" verzichten würden.[25]) Die Zentrumsfraktion blieb von Anfang an darum bemüht, den engen Kontakt zur DVP nicht abreißen zu lassen. Ihre Aufnahme in die Reichsregierung wurde immer

[20]) Vgl. *Zimmermann*, Außenpolitik, S. 103. Dort auch die einzelnen Phasen dieser Erfüllungspolitik. Am 28. Mai 1921 schrieb Carl *Bachem* an Trimborn: „Nachdem jetzt durch die Annahme des Ultimatums der Kurs festgelegt ist, bleibt gar nichts anderes mehr übrig, als diesen Kurs entschlossen weiter zu steuern. Da dürfen jetzt alldeutsche und deutschnationale Treibereien in keiner Weise uns mehr beirren. Was werden wird, kann ja nun kein Mensch im voraus sagen; aber es muß jetzt mit aller Ruhe und Besonnenheit versucht werden, auf dem jetzt eingeschlagenen Wege das Deutsche Reich in eine bessere Zukunft zu retten." Nachl. Bachem 851.

[21]) Vgl. *Griewank*, Wirth, S. 3: „Reichskanzler Wirth betrieb diese Erfüllungspolitik vom Mai 1921 an in seiner Weise: klar, mutig, mit offenem Bekenntnis und gutem Willen. Er war zuerst wohl der Auffassung, daß die Erfüllung wirklich möglich sei; jedenfalls müsse man sie ehrlich versuchen, um Deutschland ein Leben in Einheit und in republikanischer Freiheit zu ermöglichen, ja um ihm überhaupt das Leben als Nation zu erhalten."

[22]) Nach Mitteilungen *Wirths* auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 29. Juni 1921 (s. Anm. 19). In der Forderung nach Aufhebung der Sanktionen und nach einem Verbleiben von Oberschlesien beim Reich bestand in der Zentrumspartei volle Einmütigkeit. Vgl. die entsprechenden Entschließungen des Parteiausschusses, in: *KV* Nr. 489 vom 30. Juni 1921.

[23]) Vgl. *Sell*, Die Außenpolitik des Zentrums, T. 2, S. 7. Dazu *Wirth*, Die Festigung der Republik, S. 304: „Im Vordergrunde unseres politischen Wollens stand immer das Reich und seine Einheit und die Sicherung seiner Grenzen im Osten und Westen."

[24]) Am 29. Juni 1921 (s. Anm. 19) erklärte *Wirth*, die Sozialdemokraten seien bereit, ein Programm indirekter Steuern „im größten Ausmaße" mitzumachen: Dieser Umschwung sei ein „historischer Augenblick".

[25]) Vgl. *KV* Nr. 354 vom 11. Mai 1921.

wieder gefordert, wenngleich sich die SPD dagegen sträubte.[26]) Da auch Stresemanns Partei ihrerseits darauf drängte, wieder in das Kabinett zu gelangen — schon um den vermeintlichen übergroßen Einfluß Erzbergers auf Wirth neutralisieren zu können —[27]), verloren die Zentrumsabgeordneten das Ziel nicht aus den Augen, die Regierungskoalition so rasch wie möglich auf eine breitere parlamentarische Basis zu stellen.[28]) Eine Schwierigkeit lag allerdings darin, daß einflußreiche Kreise der DVP nicht bereit waren, Wirth als Reichskanzler zu akzeptieren, wohl aber Stegerwald.

Das Programm seines Kabinetts hatte Wirth in der Regierungserklärung am 1. Juni in drei Worten zusammengefaßt: Verständigung, Wiederaufbau, Versöhnung. Als innenpolitische Forderung hatte er die „ehrliche und aufrichtige" Arbeit an der Durchführung der Reichsverfassung und den „Dienst am Volke in der demokratischen Republik" in den Vordergrund gerückt.[29]) Wenn Wirth bei anderer Gelegenheit den „großen Gedanken der sozialen Republik" herausstellte[30]) und sich immer wieder schützend vor die Reichsverfassung stellte, wenn er einmal ausdrücklich erklärte: „Wer sein Land liebt, der folge der Fahne der deutschen Republik"[31]), dann waren damit von seiten eines prominenten Zentrumspolitikers neue politische Töne angeschlagen.

Bei Wirth verband sich das konsequente Bekenntnis zur Republik mit der Überzeugung, daß es für die Reichspolitik entscheidend sein würde, „ob wir die in Deutschland linksgerichteten Elemente zur Mitwirkung an den Aufgaben des Reichs heranziehen können oder nicht".[32]) Dieses Ziel stand den Konzeptionen etwa von Brauns und Stegerwald diametral entgegen. Ein derart dezidiertes Bekenntnis zur demokratischen Republik und zum Gedanken des

[26]) Mitteilungen aus der Fraktionssitzung vom 3. Juni 1921. Nachl. ten Hompel. Am 18. Juni 1921 schrieb Otto *Kunze* in der Allg. Rundschau Nr. 25, S. 305: „Der Wunsch des Zentrums richtet sich auf die Deutsche Volkspartei, während die Sozialdemokratie die USP umwirbt." Der Vors. der Münsterischen Zentrumspartei, *Reineke*, forderte die „Erbreiterung" des Kabinetts nach rechts und schrieb (*KV* Nr. 381 vom 21. Mai 1921): Es sei zu bewundern, daß die Zentrumspartei „alle diese ungeheuren Belastungen nach Versailles, Spa, Paris, London überstanden hat. Das zeugt von der Stärke der Partei und von den gesunden Prinzipien, auf denen sie aufgebaut ist".

[27]) Vgl. den parteioffiziösen Artikel „Deutsche Volkspartei, Ultimatum und Kabinett Wirth", in: Deutsche Stimmen Nr. 23 vom 5. Juni 1921, S. 361 ff.

[28]) Vgl. *Germania* Nr. 430 vom 22. Juli 1921.

[29]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 349, S. 3709. Auch abgedr. bei *Wirth*, Reden, S. 41 ff. Nach der *Germania* Nr. 300 vom 2. Juni 1921 hatte Wirths Rede einen überzeugenden Eindruck von der Absicht der Regierung hinterlassen, an die Einlösung ihres Programms heranzugehen.

[30]) Bei einer Rede vor der Kaufmannschaft in Bremen am 1. August 1921. Vgl. *Wirth*, Reden, S. 153. Am Grabe Erzbergers in Biberach erklärte *Wirth* am 31. August 1921: „Das neue Deutschland kann nur bestehen auf christlicher, sozialer Grundlage." Vgl. *KV* Nr. 618 vom 1. September 1921; *Wirth*, Reden, S. 173.

[31]) Am 4. September 1921 auf einer Kundgebung der Zentrumspartei Berlins. Vgl. *KV* Nr. 629 vom 5. September 1921; *Wirth*, Reden, S. 185.

[32]) So in einer Kabinettssitzung am 13. Juni 1921. Bundesarchiv R 43 I/1368.

„sozialen Fortschritts im sozialen Frieden“[33]) hatte außer Erzberger bisher kein führender Zentrumspolitiker abgegeben. Mit der Regierungsübernahme durch Wirth begann eine republikanische Ära in der Geschichte der Zentrumspartei. Daraus ergaben sich schon kurze Zeit später parteiinterne Reibungen, die das Ausmaß der Gegensätze erkennen ließen.

Bereits am 27. Juni kam es in einer Fraktionssitzung zu einem Konflikt zwischen Wirth und Trimborn, der sich an der Frage des Verhaltens Wirths bei der Reichstagsabstimmung über die Handelsflagge entzündete. Wirth hatte sich nicht nur — wie Trimborn ihm nahegelegt hatte — der Stimme enthalten, sondern auch andere Abgeordnete vor der Abstimmung zum Verlassen des Saales bewogen. Wirths eindeutige Begründung lautete: Mit „Hergt und Genossen“ zusammen könne er keine Politik machen.[34]) Diese betont hervorgekehrte Distanzierung des Reichskanzlers gegenüber den Deutschnationalen blieb für ihn auch in der Folgezeit bestimmend. Im Reichstag setzte sich Wirth, der hier ganz in der von Erzberger vorgezeichneten Linie stand, wiederholt mit Helfferich scharf auseinander. In dieser Haltung wußte sich der Kanzler mit einem großen Teil der Zentrumsanhänger einig. Andere Kreise allerdings, insbesondere innerhalb des Adels und der Akademikerschaft, zogen um so deutlicher einen Trennungsstrich zur alten Partei[35]), deren Handeln unter dem Zeichen der unpopulären „Erfüllung“ stand und die diese Politik zudem in einer umstrittenen Koalition mit der „Linken“ vertrat.

Daß es wenige Wochen nach der Amtsübernahme der Regierung Wirth gelang, auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses am 29. Juni die Erzberger-Diskussion vorerst zu beendigen, sicherte Wirth die ungeschmälerte Unterstützung durch die eigene Fraktion, in die kurz darauf der Tod von vier prominenten Politikern eine spürbare Lücke schlug. Bevor wir auf diese Ereignisse eingehen, muß Erzbergers letzte politische Initiative und der Abschluß seines „Falles“ zur Sprache kommen.

---

[33]) Dieser Ausdruck bei *Griewank*, Wirth, S. 4.

[34]) Nachl. ten Hompel. Nach den ungedruckten Erinnerungen von Georg *Schreiber* soll Trimborn zu Wirth gesagt haben: „Herr Reichskanzler, das kommt mir nicht wieder vor. Merken Sie es sich.“

[35]) Das bedauerte Konrad *Beyerle* zu Beginn einer Aufsatzserie „Parlamentarisches System — oder was sonst?“ in der Allg. Rundschau Nr. 25 vom 18. Juni 1921, wo es (S. 306) hieß: „Wir können das Edelgut der katholischen Intelligenz in unseren Reihen nicht entbehren“, um die „Einheit der katholischen Sache“ nicht aufs Spiel zu setzen. In dem gleichen Zusammenhang konstatierte Beyerle, daß es mit politischer Schulung in akademischen Schichten oftmals „nicht weit her“ sei. Am 18. Februar 1922 beklagte es Carl *Bachem* in einem Schreiben an den Fürsten Löwenstein als einen Fehler, daß sich in Rheinland und Westfalen „leider viele Adelige, die früher feste Anhänger“ des Zentrums gewesen seien, gegen die Partei aussprächen. Bachem hielt es für notwendig, mit diesen Herren einmal „zwei Stunden unter vier Augen“ zu sprechen, wodurch sie „sicher wieder ganz vernünftig“ würden und mit dem Verhalten des Zentrums versöhnt werden könnten: „Wenn sie aber auf ihren Gütern sitzen und weiter Kirchturmspolitik treiben, und wenn sie unter sich sind, reden sie sich in einen immer größeren Ärger gegen das Zentrum hinein.“ Nachl. Bachem 975.

3. Erzbergers letzter Auftritt

Im Frühjahr 1921 hatte Erzberger, da ihm eine Wirksamkeit in der Fraktion verschlossen blieb, eine „Propagandareise im Lande“[1]) begonnen, um sein politisches „Come back“ vorzubereiten. Seinem Temperament entsprechend ging es ihm dabei weniger um seine Rehabilitierung — da er den parteiischen Urteilsspruch des Berliner Gerichts nicht anerkennen konnte — als vielmehr um den Versuch, durch neue Ideen und Konzeptionen die Zentrumspolitik zu befruchten und dadurch gleichzeitig wieder in das politische Blickfeld treten zu können. In zahlreichen Reden und Artikeln[2]), deren Zusammenfassung bereits kurze Zeit später in Form von zwei Broschüren im Druck vorlag[3]), entwickelte er in Weiterführung seiner bereits Ende 1920 in der Zentrumsfraktion vorgetragenen Gedanken auf der Grundlage eines eigenwilligen „Christlichen Solidarismus“ (Rettung der Gesellschaft vor Kommunismus und marxistischem Sozialismus durch eine praktische christliche Gesellschaftsordnung) konkrete Aufgaben als Beginn einer neuen Ära der deutschen Sozialpolitik. Dazu gehörten in erster Linie die Einführung von „Werksgenossenschaften“ (Mitbestimmung und Mitbeteiligung der Arbeiter in den Betrieben als Weiterentwicklung der früheren Arbeiterausschüsse und der in der Verfassung verankerten Betriebsräte), die Klassenkämpfe und -gegensätze überwinden sollten. Dazu kam der Vorschlag eines sogenannten nationalen Arbeitsdienstjahrs, das den Militärdienst ersetzen und das Problem des Arbeitermangels in der Landwirtschaft und im Bergbau lösen sollte. Erzberger gedachte mit Hilfe des „Christlichen Solidarismus“ auf der Grundlage der von ihm 1919/20 eingeleiteten Finanz- und Steuerpolitik das politische und gesellschaftliche Leben Deutschlands umzuwandeln, um die Wiederkehr der alten Kräfte ebenso zu verhindern wie eine Diktatur der Linken.[4])

Als Erzberger Mitte April 1921 eine forcierte Versammlungstätigkeit vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet aus begann und dabei für seine Pläne bei der Arbeiterschaft begeisterte Zustimmung fand, rückte er wieder in den Brennpunkt des politischen Kampfes. Die Zentrumspartei mußte wohl oder übel zu seinen Ideen Stellung nehmen; denn gegenüber Erzberger gab es nach wie vor keine Gleichgültigkeit, sondern nur Ablehnung oder Zustimmung.[5]) Seine

[1]) So *Epstein*, Erzberger, S. 418.

[2]) So in vier Fortsetzungen in der *WAZ* Nr. 16—19 vom 16. April bis 7. Mai 1921.

[3]) Christlicher Solidarismus als Weltprinzip. — Der Solidarismus. Europas Rettung und Zukunft. Beide Broschüren sind im Verlag des M.Gladbacher Volksvereins erschienen.

[4]) Vgl. die ausführliche Wiedergabe seiner Ideen bei *Epstein*, Erzberger, S. 419 ff. Der württemb. Zentrumsabg. *Andre* brachte am 17. Mai 1922 im Reichstag die Rede auf Erzbergers Ideen und gab dabei seinem Wunsche Ausdruck, daß „gerade der Geist des christlichen Solidarismus in unserer Sozialgesetzgebung mehr Eingang und Geltung finden möchte“. Andre glaubte, daß durch praktische soziale Reformarbeit im Sinne der Erzbergerschen Ideen für die deutsche Arbeiterschaft eine „neue, bessere Zeit“ anbrechen würde. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 354, S. 7309.

[5]) So *KV* Nr. 282 vom 15. April 1921.

Vorschläge über die Werksgenossenschaften wirkten auch diesmal wieder, wie selbst Trimborn zugestehen mußte, „durch die Neuheit der Idee und durch die großzügige Art der Darstellung faszinierend".[6]) Ihre von Erzberger geforderte Aufnahme in den Entwurf des neuen Parteiprogramms des Zentrums, an dessen Diskussion sich der rührige Zentrumspolitiker eifrig beteiligte, konnte nur dadurch verhindert werden, daß eine weitere Prüfung als notwendig bezeichnet wurde.[7]) Der Versuch, den (über seine Anhänger in der Fraktion wie im Lande) immer noch einflußreichen Abgeordneten am besten durch dessen „Interessierung" zu bannen[8]), führte diesmal zu keinem Erfolg. Erzberger ging im Verlauf seiner Vortragskampagne zu massiven Angriffen auf die verfehlte Außenpolitik der — inzwischen zurückgetretenen — Regierung Fehrenbach über[9]), wobei er auch Brauns nicht schonte[10]), den er schon im Vorjahre attackiert hatte.

Da Erzberger bei den katholischen Arbeitervereinen um so begeistertere Zustimmung fand[11]), je mehr Stegerwald und die von ihm geleiteten Christlichen Gewerkschaften gegen seine neuen Ideen in massiver Form polemisierten[12]),

---

[6]) Am 5. April 1921 an ten Hompel, dem er auf eine entsprechende Beschwerde hin mitteilte, daß Erzberger in die Beratung des neuen Parteiprogramms eingeschaltet worden sei und bereits entsprechende Anträge gestellt habe, die bewiesen, daß er den Entwurf mit Eifer geprüft habe. *Trimborn* fuhr dann fort: „Wollte man Erzberger so für den Entwurf interessieren, daß er ihn nicht als Waffe gegen die Partei benutzen kann, — so mußte man ihn auch an den Beratungen beteiligen. Besser, daß er jetzt seinen Einfluß geltend machte, als daß er auf dem Parteitage die Führung einer süddeutschen Opposition übernahm und das Werk schwer gefährdete. [...] Daß Erzberger demokratischen Ideen und Wünschen der Arbeiterschaft nicht entgegentreten, sie vielmehr unterstützen würde, — darüber bin ich mir nie im unklaren gewesen. Ich kenne die Psyche des Herrn Erzberger ganz genau." Nachl. ten Hompel.

[7]) Ebd. *Trimborn* fügte dieser Mitteilung den Satz an: „Schade war und höchst bedauerlich, daß Hitze nicht da war. Seine Autorität hätte *hier* durchgeschlagen."

[8]) *Trimborn* ebd.: „Bei dem großen Einfluß, den nun Erzberger einmal in Württemberg und Baden (Dr. Schofer ist der glühendste Verteidiger Erzbergers!) hat, war diese Gefahr am besten durch dessen Interessierung [am Entwurf des neuen Parteiprogramms] zu bannen! — Wer die süddeutsche Zentrumspsyche nur einigermaßen kennt, wird mir darin recht geben."

[9]) Vgl. seinen Artikel „Das teuerste Ministerium der Welt", in: Das Tagebuch (Berlin) Nr. 2 vom 21. Mai 1921, S. 609 ff. Dazu *Epstein*, Erzberger, S. 427 f. In einer Sitzung des Fraktionsvorstands am 16. Juni 1921 bezeichnete *Stegerwald* das linksorientierte „Tagebuch" als „Schandblatt". Nachl. ten Hompel.

[10]) *Fehrenbach* wies die Vorwürfe entrüstet zurück und konterte mit Angriffen auf die Diskretion Erzbergers, der seine Informationen zum Teil von Reichsminister Giesberts erhalten habe. Vgl. *KV* Nr. 399 vom 28. Mai 1921.

[11]) Sein erster Vortrag im Westen des Reiches am 14. April 1921 war auf Einladung des Redakteurs der WAZ in M.Gladbach, Wilhelm *Elfes*, zustande gekommen. Elfes unterstützte in der WAZ, wenn auch mit gewissen Modifikationen, mehrfach Erzbergers Pläne. Vgl. besonders *WAZ* Nr. 24 vom 18. Juni 1921: „Die Werksgenossenschaften".

[12]) In einem auffallend scharfen Angriff gegen Erzberger schrieb Theodor *Brauer* (in: Der Deutsche Nr. 56 vom 7. Juni 1921), daß ihm die Lektüre des „Christlichen Solidarismus" geradezu „physischen Schmerz" verursacht habe, da Erzberger ausschließlich auf tagespolitische Zweckmäßigkeiten spekuliere. Die Errichtung der Werksgenossenschaften würde die „wirksamste Wegbereitung" für den Syndikalismus bedeuten. Erzbergers Forderung auf Mitbeteiligung der Arbeiter am Gewinn sei eine „politisch-pfiffige Lösung" der alten sozialen Losung vom Recht

zeichnete sich die Gefahr einer wiederauflebenden Rivalität oder gar Gegnerschaft zwischen den beiden Organisationen ab.[13]) Um eine Neuauflage des noch unvergessenen leidigen Gewerkschaftsstreits zu verhindern und der bereits eingetretenen, von den Rechtsparteien geschürten Verwirrung Einhalt zu gebieten, verlangten zahlreiche Zentrumsanhänger, die Angelegenheit so rasch wie möglich zu klären.[14])

In dem gegen den umstrittenen Politiker noch laufenden Steuer- und Meineidsprozeß zeichnete sich ein für Erzberger günstiger Ausgang ab. Es war zu erwarten, daß Erzberger wieder in der Fraktion erscheinen würde. Daraufhin berief Trimborn eilends den Reichsparteiausschuß zum 29. Juni nach Berlin. Er wollte die Erzberger-Frage endgültig geregelt wissen, die „eine solche Form angenommen habe, daß er sie auf keinen Fall laufenlassen könne", um nicht der Partei noch größeren Schaden zuzufügen.[15]) Bereits vorher jedoch, am 16. Juni, beschäftigte sich der Fraktionsvorstand ausgiebig mit dieser Frage.

Dabei standen sich die alten Fronten in unverminderter Schärfe gegenüber. Eindeutig *gegen* Erzberger nahmen Stegerwald (Erzberger habe zu keiner Zeit weniger Boden im Zentrum gehabt als heute), ten Hompel („untragbar"), Fehrenbach (er könne mit Erzberger unmöglich zusammen in einer Fraktion

---

auf den vollen Arbeitsertrag. Brauers Ausführungen wurden von der *KV* Nr. 429 vom 8. Juni 1921 nachgedruckt. Auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 29. Juni 1921 bezeichnete *Erzberger* diesen Artikel als eine „Irreführung der Zentrumswähler"; Nachl. ten Hompel. Das *Zentralblatt* Nr. 14 vom 4. Juli 1921 polemisierte in gedämpfter Form gegen Erzbergers Idee der Werksgenossenschaften.

[13]) Nach einem Artikel des Gewerkschaftssekretärs Eduard *Bernoth*, Die christlich-nationalen Arbeiter und die parteipolitischen Fragen (in: *Germania* Nr. 403 vom 12. Juli 1921) hatte Erzberger nach seinem Rücktritt als Reichsminister „nicht in einer einzigen Versammlung" der Christl. Gewerkschaften gesprochen, sondern „lediglich" in Versammlungen der kathol. Arbeitervereine.

[14]) Vgl. *KV* Nr. 433 vom 10. Juni 1921. In diesem Artikel („Erzberger und kein Ende") war von der „rastlosen agitatorischen Tätigkeit" des Abgeordneten die Rede. Der neue Generalsekretär der Rhein. Zentrumspartei, *Hamacher*, schrieb am 31. Mai 1921 dem Vorsitzenden des Düsseldorfer Zentrums, Generaldirektor Adams, daß sich Erzberger in Bahnen bewege, „die der Partei wie auch den Arbeitervereinen selbst und dann letzten Endes auch unserer ganzen Sache auf jeden Fall nicht gerade zum Nutzen gereichen". Stadtarchiv Düsseldorf XXI/4. In der DVP-Zeitschrift *Deutsche Stimmen* Nr. 23 vom 5. Juni 1921, S. 361 ff. wurde vor einem „Block Erzberger-Scheidemann-Breitscheid" gewarnt (S. 365) als einem „Block des katholischen, mehrheitlichen und unabhängigen Sozialismus, dem in der Person Erzbergers der große Demagoge und Führer erwächst, der dem deutschen Sozialismus bis jetzt gefehlt hat". In diesem Zusammenhang hieß es über den angeblichen Einfluß Erzbergers: „Kennzeichnend für den maßgebenden Einfluß Erzbergers sind auch die planmäßigen Bestrebungen, alle einflußreichen Stellen im Reiche mit persönlichen Anhängern Erzbergers und katholischen und anderen Sozialisten zu besetzen. So ist der neue Reichsminister des Äußeren, Dr. Rosen, als früherer Gesandter im Haag von der Zeit her, in der Erzberger als Chef der deutschen Auslandspropaganda die Zentrale dieser Propaganda im Haag errichtete, seit längerer Zeit mit Erzberger in engerer Verbindung. Der den Chef der Reichskanzlei, Geheimrat Albert, vorläufig ablösende Geheimrat Brecht ist eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, und der voraussichtliche neue Pressechef der Reichsregierung, Dr. Höfle, ist ebenfalls ein Anhänger des linken Zentrumsflügels. Auch Dr. Hemmer, der langjährige Sekretär Erzbergers, wird für maßgebende Posten im Reiche genannt."

[15]) So *Trimborn* in einer Sitzung des Fraktionsvorstands am 16. Juni 1921. Nachl. ten Hompel.

sitzen) und Becker-Arnsberg Stellung. Ebenso entschieden traten die Anhänger Erzbergers *für* ihn ein: Diez (Wirth solle offenbar genauso beseitigt werden wie Erzberger) und besonders Wirth. Da keinerlei Übereinstimmung erzielt werden konnte, mußte eine Klärung der Angelegenheit der inzwischen einberufenen Sitzung des Reichsparteiausschusses vorbehalten bleiben. Unmittelbar vor dem Zusammentritt dieses Gremiums veröffentlichte Stegerwalds Sprachrohr „Der Deutsche" am 27. Juni einen Leitartikel, der die in der letzten Zeit aufgetretenen Gegensätze abzuschwächen suchte.[16])

Die Verhandlungen im Reichsparteiausschuß am 29. Juni standen — nach einem Referat von Reichskanzler Wirth über die politische Lage — eindeutig im Zeichen des Falles Erzberger.[17]) Trimborn formulierte den entscheidenden Punkt in der Frage, ob die weitere parlamentarische Mitarbeit des umstrittenen Abgeordneten mit den Interessen der Zentrumspartei noch vereinbar sei. Nach Ton und Inhalt seines Referats verneinte der Parteivorsitzende diese Frage. Daraufhin erhielt zunächst Erzberger, der unmittelbar zuvor durch ein Berliner Gericht vom Vorwurf des Meineids freigesprochen worden war und dieses Faktum als entscheidenden Sieg wertete, das Wort zu einer ausführlichen Stellungnahme. Er benutzte die ihm günstig erscheinende Gelegenheit zu scharfen Angriffen auf Fehrenbach und Brauns (sowie auf den mit Fehrenbach zurückgetretenen Außenminister Simons). Erzberger berichtete dann von seiner Mitarbeit am Entwurf des neuen Zentrumsprogramms und erklärte deutlich genug, daß für ihn die Einheit der Partei im Vordergrund stehe. Diese Einheit könne allerdings nicht dadurch aufrechterhalten werden, daß man ihn den Deutschnationalen opfere: Man solle sich nicht täuschen, nach Erzberger komme Wirth an die Reihe; jeder, „der es wage, den Besitz anzufassen, werde angegriffen und politisch totgemacht". Erzberger appellierte an die Fraktionskollegen, seiner Arbeit in den Revolutionstagen zu gedenken, in denen er der einzige gewesen sei, der das Zentrum erhalten und zusammen mit wenigen anderen die Einigkeit der Partei gerettet habe, die nicht durch ihn bedroht sei. Auf Grund seiner 25jährigen Arbeit für die Partei beanspruche er Gerechtigkeit.

---

[16]) Abgedr. auch in der *KV* Nr. 485 vom 28. Juni 1921. Darin hieß es u. a., man könne Erzberger nicht einfach zum linken und seine Gegner zum rechten Flügel der Partei zählen. Vielmehr seien zahlreiche rechtsgerichtete Kreise im Zentrum der Ansicht, daß die tiefste Wurzel des Kampfes gegen Erzberger auf „antikatholische Instinkte" zurückzuführen sei, weshalb sie „erst recht" zu Erzberger ständen. Im linken Parteiflügel seien viele Arbeiter der Meinung, daß Erzberger hauptsächlich deswegen verfolgt werde, weil er mit seiner Steuerpolitik den Besitz „kräftig angefaßt" habe. Die Mehrheit im Zentrum sei mit der Art, in der Erzberger meistens Politik mache, nicht einverstanden und könne in ihm nicht den „geeigneten Mann" zur Führung des Zentrums und zum Wiederaufbau des deutschen Staats- und Wirtschaftslebens anerkennen. — Einige Tage vorher hatte die *KV* geschrieben (Nr. 479 vom 25. Juni 1921), es gäbe Leute, die „überall Erzberger wittern" und seinen Namen bewußt mißbrauchten, „um politische Kinder zu schrecken" und parteipolitische Geschäfte zu machen.

[17]) Der Verlauf der Verhandlungen geht aus Niederschriften von *Bachem* und von *ten Hompel* hervor. Nachl. Bachem 520 und Nachl. ten Hompel. Beide Protokollanten zählten zu den Gegnern Erzbergers.

In einer „sehr geschickten und sehr vorsichtigen Rede" (Bachem) suchte der Abgeordnete Joos den politischen Leistungen Erzbergers gerecht zu werden, der das „Opfer eines tragischen Schicksals der Umstände" (ten Hompel) geworden sei. Joos ließ trotz allem Verständnis für die Person und die Situation und trotz aller Anerkennung der Verdienste des ihm politisch nahestehenden Kollegen keinen Zweifel daran, daß dessen „Wiederbetätigung" für die Partei zum Nachteil ausschlagen würde: „Das Schicksal hat ihn zum Sprengpulver gemacht." Er erwartete deswegen von Erzberger das Opfer des zeitweiligen Rücktritts von jeder öffentlichen Tätigkeit.[18]) Im gleichen Sinne, aber schärfer im Ton, äußerten sich auch Lensing, C. Bachem, Mönnig und Brauns. Der Reichsarbeitsminister führte — unter Beiseitelassung aller persönlichen Momente — die sachliche Kernfrage darauf zurück, daß es derzeit im Zentrum zwei Richtungen gäbe, von denen die eine (wie Erzberger und Wirth) mit der SPD, die andere (wie Brauns und Stegerwald) mit „rechtsstehenden Kreisen" zusammenarbeiten wolle. Anschließend trat Wirth klar für Erzberger ein. Der Reichskanzler erklärte zwar seine Bereitschaft, die „mehr konservativ gerichtete" Richtung zu respektieren, sprach sich jedoch eindeutig zugunsten der „demokratischen" Richtung aus, um auf diese Weise die katholischen SPD-Wähler zurückzugewinnen.

Demgegenüber polemisierte Stegerwald massiv gegen Erzbergers politische Ansichten, mit denen er seit 15 Jahren nicht übereinstimme, ohne das in der Öffentlichkeit hervortreten zu lassen. Der preußische Ministerpräsident sprach sich im Sinne der von Brauns aufgeworfenen Grundsatzfrage für eine allgemeine politische Orientierung des Zentrums nach rechts aus, für die Erzberger ein Hindernis darstelle.[19]) Stegerwald drohte, bei einem Wiedereintritt Erzbergers in die Fraktion seinen „Kram in Preußen hinzuschmeißen" und Erzberger in der Fraktion entgegenzutreten. Nach einer Replik Erzbergers (Was Luther vor 400 Jahren getrennt habe, könne Stegerwald nicht einen) verteidigte anschließend neben Giesberts und Elfes insbesondere Andre seinen württembergischen Kollegen, dessen Gedanke der Werksgenossenschaften in der „großen Masse" eingeschlagen habe.

[18]) Bei *ten Hompel* (ebd.) heißt es zum Abschluß von Joos'Ausführungen: „Starke Zustimmung von der überwiegenden Mehrheit." *Bachem* schreibt: „Die Anhänger Erzbergers wurden sehr unruhig, und dann legte einer nach dem andern zu seinen Gunsten los." In einem ausführlichen Nachruf auf Erzberger von *Joos* (*WAZ* Nr. 36 vom 10. September 1921) fand sich das Eingeständnis, daß sich durch die Hetze der Rechtsparteien gegen Erzberger auch die eigenen Parteifreunde hätten einschüchtern lassen: „Wir bedauern unendlich, daß in dieser letzten Phase Persönlichkeiten und Blätter unserer eigenen Partei mit dem Gegner zugleich aufs Kampffeld rückten."

[19]) Bereits am 16. Juni 1921 hatte sich *Stegerwald* ähnlich im Fraktionsvorstand (s. Anm. 15) geäußert und dabei angedroht, Erzberger gegebenenfalls in der Öffentlichkeit einmal so darzustellen, „wie er wirklich ist" und welche politischen Stadien er durchlaufen habe: als christlicher Gewerkschaftler, katholischer Facharbeiter, Redakteur, Annexionist und Pazifist: „Jetzt ist er auf einmal wieder Arbeiterfreund." Stegerwald erklärte, sich nicht von dem zum „Wiederaufbau ganz ungeeigneten" Erzberger seine 25jährige Lebensarbeit, die Gewerkschaftsbewegung, zertrümmern zu lassen.

Nach stundenlangen Beratungen — in deren Verlauf ten Hompel einen bereits von 12 Mitgliedern des Reichsparteiausschusses (darunter Blum, Fortmann, v. Rehbinder, Herschel, Frau Neuhaus, C. Bachem, Lensing und Marx) unterschriebenen Antrag, Erzberger möge sich aus freien Stücken von einer „Betätigung im Leben der Partei" zurückhalten, nicht offiziell einbrachte[20]) — gelang es einer kleinen Kommission, mit dem unverwüstlichen Optimisten Erzberger[21]) ein Übereinkommen zu treffen. Danach wollte er sich aus der parlamentarischen Arbeit zurückziehen und die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit von der gesamten politischen Lage abhängig machen, wobei er bestrebt sein werde, die Einigkeit in der Partei und in der Fraktion zu pflegen.[22])

Diese Vereinbarung wurde erst durch einen Zusatz, der nicht veröffentlicht wurde, voll verständlich. Danach verpflichtete sich Erzberger, seine politische Tätigkeit nicht ohne vorherige Absprache mit dem Vorstand der Reichstagsfraktion wieder aufzunehmen. Im Falle einer Dissonanz sollte beiden Seiten die Möglichkeit freistehen, erneut den Reichsparteiausschuß anzurufen. Als Zeitpunkt seines Wiedereintritts in die Fraktion bezeichnete Erzberger den Zusammentritt des Reichstags nach der Sommerpause im Herbst 1921.[23]) Bei der namentlichen Abstimmung über die Annahme des erreichten Kompromisses stimmte von den 57 Anwesenden nur Spahn dagegen, während sich vier Mitglieder — darunter C. Bachem — der Stimme enthielten.[24])

Das Ergebnis dieser Verhandlungen — die nach dem Urteil Bachems ein „höchst betrübendes und niederdrückendes Bild" boten, während die „Germania", die nach wie vor auf seiten Erzbergers stand, in einem nichtssagenden Artikel den sachlichen Verlauf der Debatten hervorhob[25]) — bedeutete erneut ein Ausweichen vor einer klaren Entscheidung. Es scheint, daß die Gegner Erzbergers, die mit Sicherheit zahlreicher waren, als es das Abstimmungsergebnis erkennen ließ, für die Zukunft weniger auf die politische Einsicht und Zurück-

[20]) „Aus der ganzen Stimmung" der Versammlung heraus hielt es *ten Hompel* für möglich, daß sein Antrag von mehr als Zweidritteln der Anwesenden unterstützt worden wäre. *Bachem* hingegen kritisierte die ungenügende Führung der Aktion gegen Erzberger durch ten Hompel, die „eigentlich ins Wasser gefallen" sei.

[21]) Nach ten Hompels Niederschrift hat *Erzberger* erklärt: „Ich kann innerhalb 24 Stunden von Lloyd George an Nachrichten haben, was ich will." Bei Bachem wird folgende nicht minder falsche Prophetie *Erzbergers* festgehalten: „Das gegenwärtige Kabinett [...] kann sich keine vier Wochen mehr halten."

[22]) Vgl. *KV* Nr. 489 vom 30. Juni 1921; *Schulthess* 1921/I, S. 213.

[23]) Nach der Niederschrift *ten Hompels* ist diese Zeitangabe von Trimborn nicht zur Kenntnis genommen worden, da bereits Aufbruchstimmung geherrscht habe.

[24]) Vgl. *Germania* Nr. 372 vom 30. Juni 1921. Bei *Bachem* (s. Anm. 20) heißt es dazu: „Es wurde scharf gedrückt, daß sich nun alles auf den Boden dieser Verständigung stellen möge. [...] Ich selber habe alsbald bedauert, daß ich nicht ebenfalls entschieden mit Nein gestimmt hatte. [...] Auffallend war mir, daß Porsch, Herold und die anderen älteren Mitglieder der Fraktion [Hitze und Burlage fehlten wegen Krankheit] nicht das Wort nahmen."

[25]) Nr. 378 vom 2. Juli 1921. In Nr. 381 vom 3. Juli 1921 wurde Erzberger als ein „überaus entschiedener Demokrat" bezeichnet.

haltung Erzbergers rechneten[26]) als vielmehr auf eine unbedachte Äußerung von ihm, um ihn abschütteln zu können.[27]) Es bestand jedenfalls nur geringe Aussicht, die leidige Frage endgültig vor Beginn des bereits einmal verschobenen Reichsparteitags klären zu können, der im November 1921 stattfinden sollte.

Der Rückzug Erzbergers aus der parlamentarischen Tätigkeit trug mit dazu bei, den „inneren Zusammenhang" in der Fraktion zu stärken.[28]) Von dem inzwischen im Entwurf vorliegenden Parteiprogramm, das der Reichsparteitag verabschieden sollte, erwartete die Parteiführung, daß es einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Wiedergewinnung einer einheitlichen politischen Linie bedeuten würde. Die Aussicht darauf, daß sich die innerparteiliche Situation zum Besseren entwickeln könne, war nicht ganz unberechtigt. In diesem Augenblick starben kurz hintereinander vier prominente Zentrumspolitiker, darunter auch Erzberger. Seine Ermordung am 26. August 1921 löste einen Schock aus, der die Regierung zum Handeln und die Zentrumspartei zu einer Stellungnahme zwang, die mehr als nur berechtigte Abscheu vor der feigen Mordtat zum Ausdruck brachte. Erzbergers Tod gab der Zentrumspartei neue Probleme auf.

---

[26]) Eduard *Stadtler* nannte die Vereinbarung mit Erzberger einen „mehr als schwächlichen Kompromiß"; Erzberger und kein Ende, in: Die Grenzboten 80, 1921, S. 91 ff. In diesem Zusammenhang kritisierte Stadtler auch Spahn, der keinen Kampfwillen entwickelt habe. Ebd., S. 97, hieß es, daß sich Fehrenbach, der „wütige Gegner" Erzbergers, vor der Teilnahme an der Sitzung „gedrückt" habe.

[27]) Darauf könnte *Bachems* Mitteilung hindeuten, daß Trimborn, „der vorher in der allerentschiedensten Weise sich gegen Erzberger erklärt hatte", der Vereinbarung beigetreten sei, „indem er die Hoffnung hatte, daß, wenn Erzberger mit dem Vorstande in Verbindung trete, um wieder öffentlich aufzutreten, es ihm gelingen werde, ihn davon zurückzuhalten; evtl. werde er kein Bedenken tragen, den Reichsausschuß wieder einzuberufen". Am 5. Juli 1921 schrieb Carl *Bachem* an Trimborn, Erzberger habe in einem im Pariser „Journal" veröffentlichten Interview nicht nur wiederum das Kabinett Fehrenbach attackiert, sondern „auch noch andere geradezu unglaubliche Taktlosigkeiten" gesagt. Falls das Interview Erzbergers *nach* der Verständigung vom 29. Juni 1921 gegeben worden sei, so möge Trimborn die „nötigen Maßnahmen" ins Auge fassen. Der Brief wurde von Bachem „wegen bevorstehender Operation Trimborns" — an deren Folgen der Parteivorsitzende kurz darauf starb — nicht abgeschickt. Nachl. Bachem 520.

[28]) In einem Schreiben *Trimborns* vom 10. Juli 1921 an Hitze hieß es: „Die Fraktion hat gut gearbeitet. Im allgemeinen ward die Einigkeit aufrechterhalten. Der innere Zusammenhang machte offensichtliche Fortschritte." Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 191.

4. Kritische Monate für Partei und Regierung

„Bei der Übernahme der Verantwortung wird, wie bisher, auch in Zukunft immer die Zentrumspartei in vorderster Linie stehen."

Reichskanzler Wirth am 4. September 1921.[1])

Im Sommer 1921 schien es, als würden die Grundfesten des Zentrumsturms durch eine Abfolge widriger Umstände erschüttert. Der Tod von vier prominenten Zentrumspolitikern innerhalb von sechs Wochen riß eine Lücke in die Führungsschicht der Partei. Kurz hintereinander starben der Senior der Sozialpolitik Franz Hitze (10. Juli), der Parteiführer und Fraktionsvorsitzende Carl Trimborn (25. Juli), der stellvertretende Parteivorsitzende und die „rechte Hand" Trimborns[2]), Eduard Burlage (19. August), und Matthias Erzberger (26. August). Ihnen folgte einige Monate später (8. November) der angesehene badische Zentrumsführer aus der Vorkriegszeit Theodor Wacker. Am 12. September schrieb die „Kölnische Volkszeitung", die Totenklage wolle „landauf, landab schier kein Ende" nehmen.[3])

Mit dieser Totenklage verbanden sich Gefühle des Abscheus und der Empörung über den Mord an Erzberger, durch den dieser Politiker zum „Märtyrer der deutschen Republik" wurde.[4]) Die „Germania" bezeichnete den Mord als ein Werk der Hetze seitens der Rechtsparteien und ihrer Presse.[5]) In einer eigenen Kundgebung rief der Reichsverband der Windthorstbunde die Zentrumsjugend auf, sich ehrlich zur Verfassung zu bekennen und damit den ernsten Willen zu zeigen, „das neuerbaute Vaterhaus zu erhalten und zu schützen".[6]) Ein „grollen-

[1]) Auf einer Zentrumskundgebung in Berlin. Vgl. *Wirth*, Reden, S. 187.

[2]) Vgl. den Nachruf aus der Feder des Abg. *Herschel*, in: *Germania* Nr. 508 vom 22. August 1921. Nach Herschels Angaben hätte Burlage die besten Aussichten gehabt, Trimborns Nachfolge im Parteivorsitz zu übernehmen. S. auch die folgende Anmerkung.

[3]) Nr. 649. Bei der Trauerfeier der Zentrumsfraktion für die vier Parteiführer am 2. Oktober 1921 im Plenarsaal des Reichstags waren der Reichspräsident und das Reichskabinett mit Reichskanzler Wirth an der Spitze anwesend. Die Trauerrede hielt der Abg. *Becker-Arnsberg*, der den Abg. Burlage einen „Meister der Innenarbeit" nannte; vgl. *KV* Nr. 710 vom 3. Oktober 1921. Nach einer Formulierung von Joseph *Joos*, Trimborn tot (in: *WAZ* Nr. 31 vom 6. August 1921), riß der Tod von Hitze eine „klaffende Lücke im Rate", der von Trimborn eine Lücke im „Organismus des Parteilebens selber".

[4]) Vgl. *Epstein*, Erzberger, S. 441. Der Abg. *Joos* schrieb (in: *WAZ* Nr. 36 vom 10. September 1921): Der Mord an Erzberger sei das entsetzliche Ende eines „seit Jahr und Tag in steigender Verwilderung von den Rechtsparteien" gegen Erzberger geführten Kampfes.

[5]) Nr. 521 vom 27. August 1921: „Politischer Mord!" Noch deutlicher wurde der Leitartikel der folgenden Ausgabe (Nr. 522 vom 27. August 1921) unter der Überschrift: „Das Opfer der deutschnationalen Hetze".

[6]) Vgl. Um Volk und Staat (1927), S. 14.

der Donner" rollte durch die Volksmassen[7]), die in „tiefe Gärung" gerieten[8]), so daß man explosive Entladungen befürchten mußte. Noch am Tage des Erzbergermords erklärte Wirth gegenüber Vertretern aller Parteien, daß er „Maßnahmen" ergreifen werde, da es lediglich mit einer Mahnung zur Ruhe an die Bevölkerung nicht getan sei.[9]) Am folgenden Tage machte sich der Reichskanzler bei der Eröffnung des 61. Katholikentages in Frankfurt a. M. — an dem Erzberger teilnehmen wollte — zum Sprecher der erregten Massen („In den deutschen Gauen fließt noch Blut"), um zu verhindern, daß „aus der Saat der letzten Tage" neues Unheil erwachsen würde.

Die Reichsregierung handelte rasch, wobei in diesem Falle die persönliche Betroffenheit Wirths ebenso eine Rolle spielte wie ein elementares Kampf- und Abwehrbedürfnis gegen die extreme Rechte.[10]) Am 29. August erging eine Verordnung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in Deutschland. In einem gleichzeitig erlassenen, von Wirth unterzeichneten Aufruf der Reichsregierung kam die Besorgnis zum Ausdruck, „daß die öffentlichen Sitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten und die Grundlagen von Reich und Staat zu erschüttern drohen", und daß eine „zügellose Agitation" am Werke sei, um die Fundamente des neuen Reiches zu untergraben.[11]) Denjenigen Organisationen und Gruppen, die in der gefährlichen Lage des Reiches „aus Haß gegen die demokratisch-republikanische Staatsform" zur Verachtung der Verfassung, zur Übertretung der Gesetze und zum Mord an politischen Gegnern aufriefen, wurde rücksichtsloser Kampf angesagt. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Staat — wie Wirth zwei Tage später, am 31. August, am Grabe Erzbergers in Biberach erklärte — in Gefahr.[12]) Der Konflikt mit Bayern verschärfte sich bis zum Rücktritt des Kabinetts von Kahr. Es schien so, als ob der tote Erzberger die politische Entwicklung „noch stärker beeinflussen würde, als es der lebende getan".[13])

Die Ermordung Erzbergers überschattete den Verlauf des Frankfurter Katholikentags[14]), der nach achtjähriger Unterbrechung im Zeichen eines weithin

[7]) Vgl. Otto *Kunze*, in: Allg. Rundschau Nr. 37 vom 10. September 1921, S. 489. Dort weiter: „Erzberger war ein Begriff geworden, ein Programm, ein Schlagwort. Deshalb wurde er nicht mehr wie ein Mensch bekämpft."

[8]) So Reichskanzler *Wirth* am Tage nach dem Mord auf dem Frankfurter Katholikentag. Vgl. *Schulthess* 1921/I, S. 254.

[9]) Bundesarchiv R 43 I/1020.

[10]) Dazu vgl. *Jasper*, Schutz der Republik, S. 37 (mit Hinweis auf W. Keil). Jasper hat für seine insgesamt vorzügliche Arbeit die wichtigen einschlägigen Akten der Reichskanzlei nicht benutzt.

[11]) Vgl. *Schulthess* 1921/I, S. 255 f.

[12]) Vgl. *Wirth*, Reden, S. 173.

[13]) So der Abg. *Joos*, Das Zentrum am Scheideweg, in: *WAZ* Nr. 37 vom 17. September 1921.

[14]) In *Wirths* Frankfurter Rede hieß es (Reden, S. 169): „Niemand, der es nicht miterlebt hat, kann sich eine Vorstellung machen von der unerhörten Bewegung, die die Kunde von der Ermordung Erzbergers [...] auslöste." Nach einer Aufzeichnung *Bachems* vom 3. September 1921 stand die Generalversammlung „natürlich weithin" unter dem Eindruck der Ermordung Erzbergers. Nachl. Bachem 314.

beachteten „Bekenntnisses der deutschen Katholiken zum Vaterlande“[15]) stand. Daß neben zahlreichen Abgeordneten des Zentrums und der BVP zum ersten Mal ein aktiver Reichskanzler und ein preußischer Ministerpräsident an einem Katholikentag teilnahmen[16]), zeigte den Wandel der Zeit. Wirth wurde in Frankfurt überall mit starkem Beifall begrüßt, der auch seinem beschwörend vorgetragenen Appell galt, die Verfassung zu achten und zu schützen. Der Reichskanzler verlieh vor diesem Forum nicht nur — erwartungsgemäß — der Verbundenheit zu Erzberger Ausdruck, sondern gedachte auch der übrigen jüngst verstorbenen Zentrumsführer. Er beklagte die politischen Meinungsverschiedenheiten im katholischen Lager und stellte als gemeinsames Ziel das „große, einige und christliche deutsche Vaterland“ heraus.[17])

Wie sehr es in Frankfurt an der hier geforderten Gemeinsamkeit mangelte, erwies das Nachspiel, das sich an Wirths Rede, die als zu politisch empfunden wurde, anschloß. Die Folge war, daß von den Veranstaltern der Generalversammlungen, dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, künftighin krampfhaft versucht wurde, jeden politischen Akzent von den Katholikentagen fernzuhalten.[18]) Wie wenig das gelang, zeigte sich bereits im folgenden Jahre in München, wo allerdings paradoxerweise der politische Akzent von einem Kirchenfürsten (Faulhaber) hineingebracht wurde, und auch bei späteren Gelegenheiten (Münster 1930, Essen 1932).

---

[15]) So lautete die Überschrift eines Leitartikels der *KV* Nr. 636 vom 7. September 1921.

[16]) Dazu vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 343: „Der Besuch war so stark wie früher, aber unter den Besuchern fanden sich diesmal auch hohe Staats- und Reichsbeamte.“ In einer Aufzeichnung *Bachems* (s. Anm. 14) heißt es dazu ausführlicher: „Charakteristisch und neu für die Generalversammlung war zweierlei: Zunächst, daß zum ersten Male der Reichskanzler, der preuß. Ministerpräsident Stegerwald und eine ganze Reihe von sonstigen Ministern offiziell an ihr teilnahmen, der Reichskanzler Wirth sogar bei der Begrüßungsversammlung eine sehr schöne Rede hielt. Wo er sich zeigte, wurde er mit gewaltigem und ungeteiltem Beifall begrüßt, was aber zweifellos der Tatsache des Kanzlerbesuches galt, nicht so sehr seiner besonderen politischen Richtung, welche doch von vielen, wie man hörte, sehr kritisch angesehen wurde. Sodann die Gleichberechtigung der Frauen.“

[17]) Vgl. *Schulthess* 1921/I, S. 253 f. Nach einer Aufzeichnung von Carl *Bachem* über die Frankfurter Generalversammlung (s. Anm. 14) ist die häufige Erwähnung Erzbergers „durchweg in vernünftiger Begrenzung“ geschehen, so daß eine „Mißstimmung bei den rechts gerichteten Teilen der Generalversammlung“ vermieden worden sei.

[18]) Der Präsident des Zentralkomitees, Alois *Fürst zu Löwenstein*, bedauerte Wirths Rede. In der Vita des Fürsten von *Friese* (S. 376) heißt es dazu: „Fürst Alois hat später mit ihm [Wirth] einen überraschend scharfen Briefwechsel darüber geführt und ihn gebeten, von einem Besuch des Münchener Katholikentages 1922 abzusehen. Er bat aus diesem Anlaß auch den bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld, sich in seinen Begrüßungsworten jeder politischen Stellungnahme zu enthalten. [...] Durch Reichskanzler Dr. Marx befürchtete Fürst Alois solche Zwischenfälle [wie 1922 in München] auf dem Katholikentag in Hannover 1924 nicht. Trotzdem schrieb er ihm deshalb und entschuldigte sich gleichzeitig: ‚Nachdem ich mit Herrn Reichskanzler Wirth so scharf aneinandergeraten bin, möchte ich den Anschein vermeiden, als habe ich einem anderen Reichskanzler gegenüber die Generalversammlung nicht rechtzeitig gegen politische Auswertung geschützt.‘“

In Frankfurt ging der preußische Zentrumsabgeordnete Heß noch einen Schritt weiter als Wirth, wenn er seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, daß ein früherer Zusammentritt des Katholikentags unter den deutschen Katholiken jene Klarheit hätte herbeiführen können, die man von der jetzigen Tagung erhoffe.[19]) Für den inneren Gesundungsprozeß des Reiches sei es von „unabsehbarer Bedeutung", daß im katholischen Volksteil volle Einmütigkeit herrsche, da die deutschen Katholiken nur aus dieser Geschlossenheit heraus ihre „deutsche Sendung" erfüllen könnten. Heß beklagte die infolge der Umwälzung von 1918 eingetretene innere Zerrissenheit der deutschen Katholiken, von denen noch manche mit „schwerer seelischer Not" der Republik gegenüberständen, die es zu respektieren gelte. Der rheinische Abgeordnete ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß sich die überwiegende Mehrzahl „unserer Glaubensgenossen" mit dem Volksstaat abgefunden habe, wobei vielen der Abschied von einer Monarchie, die die Katholiken nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt habe, nicht gerade schwergefallen sei[20]); die Bejahung des Staates müsse unabhängig von der Staatsform erfolgen. Heß schloß mit einem Appell an die Akademiker, nicht abseits zu stehen, sondern zielbewußt an der „deutschen Zukunftsarbeit" Anteil zu nehmen und damit zur Geschlossenheit des deutschen Katholizismus beizutragen.

Die Teilnahme des Reichskanzlers und zahlreicher Parlamentarier verlieh dem Katholikentag eine politische Note, die auch außerhalb des Zentralkomitees nicht ohne Kritik blieb. Das betonte Hervorheben der Einigkeit weckte in manchen Kreisen die voreilige Hoffnung, daß es in absehbarer Zeit wieder zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei kommen werde.[21]) Die beschwörenden Appelle von Frankfurt vermochten jedoch nicht die Spannungen im innerkatholischen Lager[22]) auszugleichen.[23]) Sie verschärften sich noch infolge der zunehmenden Aktivität von seiten „rechts-

---

[19]) Vgl. Die Reden, S. 76 ff.

[20]) *Heß* erklärte in diesem Zusammenhang, daß sich an den Schwierigkeiten für das berufliche Fortkommen der kathol. Akademiker „auch heute noch absolut nichts" geändert habe. Ebd., S. 80. Diesen Punkt nahm der Abg. *Schreiber* in seinem Referat „Die Bildungsaufgaben des Katholizismus" auf, indem er darauf hinwies, daß der Katholizismus „hochschulpolitisch" immer noch benachteiligt werde: „Wir wünschen kein Wohlwollen mehr. Wir fordern vielmehr unser verfassungspolitisches Recht und unsere Freiheit." Ebd., S. 147.

[21]) So der württemb. Abg. Josef *Andre*, Bayerische Volkspartei und Zentrum, in: Das Zentrum Nr. 15 vom 15. Dezember 1921, S. 317.

[22]) Der Abg. *Joos* kennzeichnete in der *WAZ* (Nr. 36 vom 10. September 1921) die von deutschnationalen Katholiken herausgegebene neueste Nummer einer „Görres-Korrespondenz für Zentrumswähler und Zentrumspresse" als „haßerfülltes Elaborat", die jene Giftatmosphäre mitgeschaffen habe, „in der es für Erzberger auf die Dauer kein Leben mehr geben konnte".

[23]) Vgl. demgegenüber *Troeltsch*, Spektator-Briefe, S. 208 (12. Dezember 1921): „Im übrigen dürfte die Ermordung Erzbergers das Zentrum wieder stärker geeinigt haben. Der Verlauf des Katholikentages scheint das zu beweisen."

stehender" Katholiken.[24]) Die Zentrumsführer sahen aus der deutschnationalen Agitation nicht zuletzt ernste Gefahren für die deutsche Außenpolitik erwachsen.[25])

Durch den spektakulären Übertritt Martin Spahns zur Deutschnationalen Volkspartei — unmittelbar nach dem Mord an Erzberger — erhielten die Kritiker des „Linkskurses" der Zentrumspartei neuen Auftrieb. Damit dämmerte die Möglichkeit herauf, daß sich die deutschen Katholiken in einen „nationalistisch-aristokratischen" und in einen „national-demokratischen Teil" spalten könnten.[26]) Im deutschnationalen Lager rechnete man fest damit, daß nicht nur zahlreiche katholische Akademiker, sondern auch größere Kreise der Christlichen Gewerkschaften mit Stegerwald an der Spitze dem Beispiel Spahns folgen würden. Wenngleich diese Erwartungen weder jetzt noch später eintrafen, so machten die wenigen katholischen Persönlichkeiten in der DNVP von ihrem politischen Sonderdasein um so mehr publizistisches Aufheben. Es stand in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl und ihrem Einfluß im gesamtdeutschen Katholizismus.

Die Wochen und Monate der „führerlosen" Zeit im Zentrum, das vertretungsweise von Porsch, Frau Dransfeld und Stegerwald geleitet wurde[27]), bedeuteten für die Partei eine Zeit permanenter Spannungen. Jetzt zeigte sich, daß keineswegs nur die Person und Politik Erzbergers dem ersehnten Ausgleich im Wege gestanden hatte. Der Ruf nach einer neuen programmatischen Grundlage wurde lauter. Trimborn hatte nicht umsonst — wie es der Abgeordnete Joos ausdrückte[28]) — dieser Frage so viel „verständnisvolles Interesse" entgegengebracht und entsprechend vielen langwierigen und schwierigen Kommissionsberatungen präsidiert. Dem Zentrum fehlte Trimborns Autorität und seine ausgleichende Art, als binnen kurzem neue Gefahren heraufzogen.

---

[24]) Seit dem 1. April 1921 erschien in Berlin als „Organ des Reichsausschusses der Katholiken in der DNVP" die Wochenschrift „Katholisches Korrespondenzblatt", hrsg. von P. Lejeune-Jung und J. Pritze. In einem Kommentar der *Germania* zum Erscheinen des Korrespondenzblatts (Nr. 189 vom 16. April 1921) hieß es, es sei für eine Partei ein beschämendes Zeugnis, wenn sie für ihre katholischen Anhänger eine besondere Organisation schaffen müsse. Das Blatt verwies darauf, daß im Zentrum niemals eine besondere evangelische Organisation nötig gewesen sei, und erinnerte an die vergeblichen Versuche der früheren „Staats-", „Septennats-" und „Nationalkatholiken" (1873, 1887, 1893, 1907), den Zentrumsturm durch „katholische Sturmtruppen" zum Einsturz zu bringen.

[25]) Nach einer Aufzeichnung *Bachems* vom 18. Juli 1921 hat Jakob *Kaiser* folgende Äußerungen Wirths und Stegerwalds wiedergegeben: Um Oberschlesien stehe es schlecht; wenn die Entscheidung zuungunsten Deutschlands ausfalle, würde sich die Reichsregierung gegenüber der deutschnationalen Welle nicht halten können; eine eventuelle Neuwahl würde eine starke Verschiebung nach rechts bringen, was eine „furchtbare Zuspitzung" der Lage zur Folge haben müsse. Nachl. Bachem 850.

[26]) So hieß es in einem abwägenden Aufsatz von Joseph *Joos*, Das Zentrum am Scheideweg (in: *WAZ* Nr. 37 vom 17. September 1921), der Spahns Übertritt nicht leicht nahm und sein Urteil mit einer ausführlichen Würdigung der Persönlichkeit und der Bedeutung von Spahn begründete.

[27]) Vgl. *KV* Nr. 588 vom 21. August 1921.

[28]) S. Anm. 3.

Kaum war der Schock über den Mord an Erzberger — dem „Motor demokratischer Gedanken“[29]) — abgeklungen, als die deutschnationale Agitation, wie es Erzberger richtig prophezeit hatte, zum Angriff auf den Reichskanzler ansetzte. Wirth blieb seinerseits die Antwort nicht schuldig. Durch eine Abfolge temperamentvoller, fast immer frei gehaltener Reden warb er um Verständnis für eine sozial ausgerichtete demokratische Republik. Dabei schreckte er vor massiven Formulierungen gegen die reaktionäre und nationalistische Rechte nicht zurück, während er die sozialistische Linke stets wohlwollend behandelte. Insbesondere seine Wendung vom 1. September (in einem Ausschuß des Reichstags): Im Falle eines zwischen Proletariat und Bürgertum stattfindenden Kampfes werde er auf seiten des Proletariats zu finden sein, verübelten ihm zahlreiche Zentrumsanhänger. Der Bestand des Zentrums hing von einer Politik des Ausgleichs und der „aktionsfähigen Mitte“, und nicht von einseitiger Rechts- oder Linksorientierung, ab.[30]) Immer lauter wurden die Stimmen, die infolgedessen die Regierung durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei erweitert wissen wollten.[31]) Auch im Vatikan fand man keinen rechten Geschmack an dem wieder erneuerten Bündnis des Zentrums mit der SPD, das mißtrauisch beobachtet wurde.[32]) Allerdings gibt es keinen Anhaltspunkt dafür, daß von seiten der Kurie diesem Mißtrauen gegenüber Zentrumspolitikern Ausdruck verliehen worden wäre.

In Preußen trat Stegerwald, in dessen Kabinett die Sozialdemokraten mit aller Macht hineindrängten, im Sinne der von ihm stets geforderten starken Mitte ebenfalls für die große Koalition ein[33]), um möglichen Unruhen als Folge

[29]) So *KV* Nr. 610 vom 29. August 1921.

[30]) Vgl. den Leitartikel „Was uns im Zentrum nottut“, in: *Germania* Nr. 564 vom 14. September 1921.

[31]) In einer „Vorbemerkung“, mit der der Abg. *ten Hompel* einen Bericht über die Fraktionssitzung vom 27. September 1921 einleitete, hieß es: „Durch verschiedene recht extreme Äußerungen des Reichskanzlers [...] war auch in weiten Zentrumskreisen eine schwere Besorgnis entstanden darüber, ob der Kurs unserer Reichspolitik zu weit nach links ginge und ob das Zentrum eventuell eine solche Politik mitmachen würde.“ Nachl. ten Hompel. Die DVP arbeitete seit langem zielbewußt auf den Eintritt in die Regierung hin. Bereits am 5. Juni 1921 hatten die *Deutschen Stimmen* (Nr. 23, S. 367) geschrieben: „Möge unter Führung des Zentrums, das heute über das Schicksal der deutschen Zukunft zu entscheiden hat, jene Umbildung der Regierung zur nationalen Einheitsfront wahr werden, die das ganze deutsche Volk ersehnt und deren zwingende Voraussetzungen gegeben sind seit den Tagen des Vertrages von Versailles.“

[32]) Am 2. Dezember 1921 berichtete der Botschafter beim Hl. Stuhl, *v. Bergen*, er habe am gleichen Tage bei Kardinalstaatssekretär Gasparri „erneut“ die Notwendigkeit einer politischen Zusammenarbeit des Zentrums mit der Mehrheitssozialdemokratie dargelegt: „Es ist zweckmäßig, auf diese Frage, die hier interessiert, von Zeit zu Zeit zurückzukommen.“ Pol. Archiv, Büro Reichsminister 70, Bd. 1.

[33]) Vgl. *Der Deutsche* Nr. 136 vom 8. September 1921; *Germania* Nr. 541 vom 3. September 1921 und *Stegerwalds* nachträgliche Interpretation „Zur Vorgeschichte der großen Koalition in Preußen“, in: *KV* Nr. 943 vom 12. Dezember 1922, sowie *Stegerwald*, Aus meinem Leben, S. 16. Der Provinzialausschuß des Rhein. Zentrums gab am 12. September 1921 in Köln dem Wunsche Ausdruck, in Preußen zu einer Verbreiterung des Kabinetts zu gelangen. Vgl. *KV* Nr. 651 vom 13. September 1921.

der Ermordung Erzbergers besser Herr werden zu können. Da Stegerwald jedoch nicht bereit war, die USPD zu den Beratungen über eine Umbildung der Regierung heranzuziehen, wohl aber die DVP, kam es zu keiner Einigung.[34]) Auch dadurch wurde die Politik Wirths, die anfangs mehr als die der früheren Regierungen nach „einigermaßen klaren Zielen und Lösungen" strebte[35]), mit Unausgeglichenheiten und Unklarheiten belastet. Von Wirth glaubte man — wie sich bald herausstellen sollte, zu Unrecht —, daß er sich einer Aufnahme der DVP in die Regierung ernsthaft widersetzen würde. Die zum Schutz der Republik erlassene Notverordnung vom 29. August 1921 blieb ohne durchschlagende Wirkung; die inneren Fronten verhärteten sich weiter. Die „Kölnische Volkszeitung" hielt es für notwendig, in diesem Zeitpunkt nachdrücklich auf die Verfassung als Bollwerk für alle Zentrumsanhänger hinzuweisen.[36]) Anfang September setzte sich Wirth gegen Vorwürfe zur Wehr, daß er in seiner Politik inkonsequent sei.[37])

Wie ein Fanal wirkte ein Artikel des Abgeordneten Joos „Um Dr. Wirth", der am 15. September 1921 in temperamentvoller Form („Erzberger ist erledigt. Die Wühlerei gegen den Reichskanzler Dr. Wirth ist in vollem Gange") die Deutschnationalen attackierte[38]) — da über Wirth ja insgesamt das Zentrum getroffen werden sollte[39]) — und zu um so festerem Zusammenstehen aufrief.[40]) Wenige Tage später polemisierte Joos in der „Germania"[41]) — wie bereits einige Wochen zuvor in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung"[42]) — gegen Stegerwalds

[34]) Vgl. *Severing*, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 332, der Stegerwald in diesem Zusammenhang als „Versager" bezeichnet.

[35]) Vgl. *Griewank*, Wirth, S. 4. Ebd. heißt es weiter: „Durch eine korrekte und friedliche Außenpolitik den Frieden und den Bestand Deutschlands zu wahren, den Gedanken des sozialen Fortschritts im sozialen Frieden zu pflegen und dabei das Ideal der ‚demokratischen freien deutschen Volksrepublik' möglichst weit zu verbreiten und fest zu begründen — das waren seine [Wirths] oft ausgesprochenen Grundgedanken."

[36]) Nr. 615 vom 31. August 1921.

[37]) Vgl. *Germania* Nr. 549 vom 7. September 1921.

[38]) *KV* Nr. 657; *Germania* Nr. 584 vom 22. September 1921.

[39]) Auf einer Sitzung der Reichstagsfraktion am 29. September 1921 verteidigte *Joos* seinen Artikel, der „aus der Stimmung im Lande" hervorgegangen sei. Da die Zentrumspresse zu den Treibereien gegen Wirth geschwiegen habe, seien die Parteifreunde im Lande „und besonders die Arbeiterkreise" sehr beunruhigt gewesen. Nachl. ten Hompel.

[40]) Drei Tage vorher, am 12. September 1921, hatte der Provinzialausschuß der Rhein. Zentrumspartei in Köln davor gewarnt, den Ansturm gegen Wirth aus den Reihen des Zentrums zu unterstützen. Vgl. *KV* Nr. 651 vom 13. September 1921. Am 1. Oktober 1921 schrieb die *KV* (Nr. 705), die Ausführungen in der Presse nach der Ermordung Erzbergers hätten gezeigt, daß die Deutschnationalen „keine Neigung verspüren, Einkehr bei sich selbst" zu halten.

[41]) Nr. 587 vom 23. September 1921: „Die Verantwortung Stegerwalds".

[42]) In grundsätzlichen Ausführungen unter dem Titel „Christliche Arbeiterbewegung und Reform des Parteiwesens" (Nr. 30 vom 30. Juli 1921) hatte *Joos* daran erinnert, daß man von Stegerwalds Hauptgedanken, der neuen Partei, nichts mehr höre und daß offensichtlich an Stelle der erwarteten Politisierung der Christlichen Gewerkschaften ein Erlahmen ihrer politischen Gestaltungskraft zu verzeichnen sei. Das Zentrum hingegen habe durch die inzwischen bereits geleistete Arbeit an dem Entwurf des neuen Parteiprogramms seine Basis „im Sinne und im Geist jener Essener Beschlüsse" verbreitert und ausgeweitet.

Parteikonzeption. Er kritisierte den Gewerkschaftsführer, der sich angeblich zum „Sturmbock preußisch-bayerischer nationalistischer Kreise" gegen Wirth gemacht habe, und stellte sich in einer aktuellen politischen Differenz zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler[43]) auf seiten Wirths.[44]) Daraufhin replizierte Stegerwald, der ebenfalls kein Blatt vor den Mund nahm und Joos' Ausführungen als „eine einzige große Schiefheit" bezeichnete, und erläuterte seinen Essener „Programm-Vortrag" vom November 1920.[45]) Stegerwald gab zu, daß seine Konzeption noch „einige Ergänzungsvorträge" nötig mache, die er aus Zeitmangel noch nicht habe ausarbeiten können. Er bekannte sich als Anhänger einer breiten Mitte mit einem starken Arbeiterflügel und als Verfechter einer Koalition von Scheidemann bis Stresemann. Der Ministerpräsident schloß mit einem Bekenntnis zu Wirth.[46])

Damit war jedoch diese parteiinterne Diskussion noch keineswegs beendet. Stegerwald hielt es für notwendig, bereits wenige Tage später mit einem großen Artikel „Neuorientierung des Parteiwesens" erneut sein Essener Programm zu interpretieren[47]), von dem er behauptete, daß es vielen christlichen Arbeitern neue politische Möglichkeiten gezeigt und „frischen Mut" zur politischen Betätigung wiedergegeben habe; für eine Neuorientierung des Parteiwesens nach der „praktisch-organisatorischen Seite" sei die seit dem Essener Kongreß verflossene Zeit viel zu kurz und er selbst durch eine „vorher nicht zu übersehende Zwangsläufigkeit" ministeriell festgelegt gewesen. In diesem Zusammenhang schwächte der preußische Ministerpräsident seine ursprüngliche Konzeption ab, wenn er als das Primäre des Essener Vortrags den Ruf nach einer steten Politik bezeichnete und als das Sekundäre die Umgestaltung des Parteiwesens.

Als Erfolg seiner Konzeption („mein Essener Programm marschiert im Eiltempo") und als einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Volksgemeinschaft wertete es Stegerwald, daß sich inzwischen die SPD mit der DVP in eine „politi-

[43]) Auf einer Sitzung des Überwachungsausschusses des Reichstags am 15. September 1921 hatte *Wirth* einen Bericht des preuß. Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weismann, verlesen, wonach sich verschiedene führende Mitglieder des Kapp-Putsches in Bayern aufhalten sollten. Dieser „Mißgriff" (so in einer Aufzeichnung ten Hompels vom 27. September 1921; Nachl. ten Hompel), der einen neuen Konflikt zwischen dem Reich und der bayerischen Staatsregierung einleitete, war um so folgenschwerer, als sich der Inhalt dieses Berichts später „als nicht voll vertretbar" erwies (ebd.).

[44]) *Jasper*, Schutz der Republik, S. 39, kommt zu folgendem Umkehrschluß: Die häufigen Hinweise auf die Einmütigkeit des Zentrums in bezug auf Wirth — für die Jasper übrigens keinen Beleg mitteilt — seien ein Beweis für die Spannungen zwischen dem Kanzler und seiner Partei.

[45]) Vgl. *Germania* Nr. 589 vom 23. September 1921; *Der Deutsche* Nr. 150 vom 24. September 1921; *KV* Nr. 686 vom 24. September 1921.

[46]) *Der Deutsche* hatte mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß kein sachlicher Gegensatz zwischen Wirth und Stegerwald bestehe, zumal der preuß. Ministerpräsident „sehr viel mehr staatspolitisch als parteipolitisch" interessiert sei. Vgl. Nr. 44 vom 24. Mai 1921 und Nr. 74 vom 28. Juni 1921 (dort das Zitat).

[47]) Vgl. *Germania* Nr. 598 vom 27. September 1921; *KV* Nr. 694 vom 27. September 1921; *Der Deutsche* Nr. 153 vom 28. September 1921.

sche Arbeitsgemeinschaft" eingelassen habe. Er wollte die Tatsache, daß das Zentrum überwiegend von Frauen gewählt werde, nicht zu einem politischen Dauerzustand werden lassen. Stegerwald erinnerte daran, daß es ihm nach der Revolution nicht gelungen sei, mit Hilfe der christlich-nationalen Arbeiterbewegung die Initiative zur Bildung einer breiten Christlichen Volkspartei zu ergreifen. Da trotz der „völlig veränderten Verhältnisse" das deutsche Parteiwesen in seiner „vorkrieglichen alten Unzulänglichkeit" weiterbestehe, fehle die für Deutschlands „Gedeihen" unentbehrliche „wahre deutsche Aufbaupartei". Stegerwald gab sich keinen Illusionen darüber hin, daß die Zentrumspartei auf Grund ihrer konfessionellen Tradition, ihrer Arbeitsweise und ihrer „organisatorischen Aufmachung" ihre führende Rolle beim Wiederaufbau nicht dauernd werde behaupten können. Diese Rolle müsse zwangsläufig entweder der SPD oder einer auf dem Boden der christlichen Weltanschauung und des Essener Programms — dessen Kernworte er jetzt neu umschrieb mit „warm deutsch, wahrhaft christlich, echt demokratisch und tiefgreifend sozial" — stehenden Partei zufallen.

Da Stegerwald jedoch den Zeitpunkt einer Parteineubildung für verpaßt ansah, so hielt er es für notwendig, Wege zu suchen, „wie sich die politisch gleichgesinnten und wahren Vaterlandsfreunde" im katholischen und im evangelischen Lager, die inzwischen ein neues Verhältnis zueinander gefunden hätten, in einem dauerhaften Parteiverband zusammenfinden könnten. Den Grundstock dafür hätte die Zentrumsfraktion zu bilden, der sich in der Art eines „großen christlichen Parteiverbandes" einige Dutzend Nichtkatholiken („allerdings größtenteils vom evangelischen Volke selbst gewählt") sowie andere „politische Köpfe" anschließen müßten. Von einer derartigen parlamentarischen Gruppierung mit mindestens 120 Abgeordneten erwartete der Zentrumspolitiker eine solche Durchschlagskraft, daß ohne sie „für alle Zeiten" (!) keine politische Koalition in Deutschland möglich sei.

Zu diesem Zeitpunkt bedeutete weniger die Sprengkraft der politischen Ideen Stegerwalds — der seine Ziele seit Essen erheblich zurückgesteckt hatte — eine Gefahr für das Zentrum als vielmehr die Tatsache, daß der preußische Ministerpräsident von der politischen Rechten für „nationalistisch gefärbte Vabanque-Politik" in Anspruch genommen und dabei als der Gegenspieler Wirths und als der kommende „starke Mann" herausgestellt wurde.[48]) Mit dem preußischen Ministerpräsidenten und Gewerkschaftsführer sollte die christliche Arbeiterschaft vom Zentrum abgezogen werden. Wenngleich die Mehrheit der katholischen Arbeiter solchen Plänen — „heute geknüpft an die Frage der Rechtskoalition, morgen an den Namen Erzberger, übermorgen an die Bayernfrage, dann wieder an die angebliche Linkskoalition Dr. Wirths" (Joos) — ablehnend gegenüberstand, blieben sie doch nicht ganz ohne Wirkung.

[48]) Vgl. den aufrüttelnden Artikel des Abg. *Joos*, Stegerwalds Verantwortung, in: *WAZ* Nr. 39 vom 1. Oktober 1921.

Daran hatte Stegerwald insofern Anteil, als er die stark in die Breite gewachsene christliche Gewerkschaftsbewegung zum Träger eines politischen Gedankens machen wollte. Die versuchte Politisierung der Gewerkschaften führte zu politischen Spannungen zwischen Vertretern der evangelischen deutschnationalen Gewerkschaftsgruppe und Angehörigen des Zentrums. Diese Spannungen wurden planmäßig von der deutschnationalen Presse (und auch von Martin Spahn) geschürt, um Stegerwald (und in Bayern: Heim) nach rechts herüberzuziehen. Die seit dem Essener Kongreß zu verzeichnende kritische Stimmung im Lager der katholischen Arbeiter gegen die Zentrumspartei schuf vorübergehend einen Zustand „parteipolitischer Heimatlosigkeit" (Joos), der dem Zentrum nicht erwünscht sein konnte.[49]) Von den rasch fortschreitenden Arbeiten an der Neufassung des Zentrumsprogramms hoffte man daher, daß sie dazu beitragen würden, der zunehmenden Parteiverdrossenheit[50]) den Boden zu entziehen.

[49]) Vgl. die Formulierung von Martin *Spahn:* „In Berlin kam der Gegensatz zwischen Stegerwald und Joos, zwischen den westdeutschen katholischen Arbeiterführern, die zu Wirth halten und ihn andrahten, und dem Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften unverhüllt zum Austrag." Zur innerpolitischen Lage, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 870 vom 15. Oktober 1921, abgedr. bei *Spahn*, Für den Reichsgedanken, S. 309.

[50]) In der *Allg. Rundschau*, die Stegerwalds Leistung positiv würdigte (vgl. z. B. Nr. 40 vom 1. Oktober 1921, S. 539: „Stegerwald [...] ist vielen eine Hoffnung deutscher Zukunft"), hieß es kritisch, daß Stegerwalds Konzeption eine „Erweichung des christlich begründeten Programms der Zentrumspartei" zur Folge haben würde. Vgl. Otto *Sachse*, Stegerwalds Parteipolitik, ebd. Nr. 41 vom 8. Oktober 1921, S. 562.

5. Vergebliche Vorleistungen der „Erfüllungspolitik"

Im Sommer und Herbst 1921 bildete das Zentrum alles andere als einen geschlossenen Kern, der als Magnet für eine neue politische Mitte hätte dienen können. Heftige Unzufriedenheit in der Beamtenschaft infolge der anhaltenden wirtschaftlichen Notlage entlud sich in scharfer Kritik am Zentrum als der verantwortlichen Regierungspartei.[1]) Als die Zentrumsfraktion nach einer dreimonatigen Sommerpause des Reichstags am 27. September wieder zusammentrat, zeigte es sich im Verlaufe von dreitägigen Debatten, wie sehr die Ansichten sowohl in der Frage einer weiteren Unterstützung des Kurses von Wirth als auch der Konzeption von Stegerwald, der besonders nachdrücklich das Zustandekommen der großen Koalition propagierte[2]), auseinandergingen und welche „ernsten Differenzen" in der Wählerschaft vorhanden waren.[3])

Hingegen bestand Einmütigkeit über die Nachfolge der verstorbenen Abge-

[1]) Vgl. *Höfle*, Die Beamtenpolitik der Zentrumspartei, in: Der Zentrumswähler 1922, S. 125: „Den Beamten muß immer wieder zu Gemüte geführt werden, daß im parlamentarisch regierten Deutschland die Regierungsparteien gleichmäßig die Verantwortung zu tragen haben."

[2]) Vgl. seine Ausführungen in einem Interview in: *Der Deutsche* Nr. 180 vom 29. Oktober 1921.

[3]) Vgl. *Miller*, Bolz, S. 197.

ordneten Trimborn und Burlage, an deren Stelle die Abgeordneten Wilhelm Marx und Theodor von Guérard mit „sehr großer Mehrheit“[4]) zum ersten bzw. zum dritten Fraktionsvorsitzenden gewählt wurden.[5]) Als zweiter Vorsitzender blieb Becker-Arnsberg im Amt.[6]) Mit der Wahl des Rheinländers und Richters Marx zum Fraktionsvorsitzenden — die dem Willen Trimborns entsprach[7]) und keine Kursänderung bedeutete — war de facto auch die Vorentscheidung für den Vorsitz der Gesamtpartei gefallen.[8]) Sie mußte satzungsgemäß vom nächsten Reichsparteitag getroffen werden. Ob die Wahl von Marx, eines hohen Richters und des Vorsitzenden der von ihm gegründeten Katholischen Schulorganisation, mit der bevorstehenden Beratung des Reichsschulgesetzes oder anderer kulturpolitischer Fragenbereiche in direktem Zusammenhang steht, ist nicht erweisbar, aber auch nicht völlig ausgeschlossen.[9]) Zweifelsohne war sie eine Entscheidung gegen einen wirtschaftlich orientierten Interessenvertreter oder einen der prominenten, aber auf eine bestimmte Richtung festgelegten Politiker (etwa Wirth oder Stegerwald). Im Zentrumslager bestand Einigkeit darüber, in Marx einen Mann „voll Klugheit und weiser Mäßigung, einen Mann von tadellosem Charakter“ gewonnen zu haben.[10])

[4]) Vgl. *KV* Nr. 695 vom 28. September 1921. Die *Zentrums-Parlaments-Korrespondenz* schrieb, die Wahl von Marx sei „so rasch und reibungslos verlaufen wie noch niemals zuvor“. Vgl. *Germania* Nr. 602 vom 29. September 1 921.

[5]) Nach einem „privaten streng vertraulichen Bericht“ über die Fraktionssitzung vom 27. September 1921 im Nachl. ten Hompel erfolgte die Wahl von Marx innerhalb von fünf Minuten gegen 3 Stimmen. Die *WAZ* Nr. 41 vom 16. Oktober 1921 kommentierte: In Marx habe die Fraktion einen Mann „voll Klugheit und weiser Mäßigung“ gefunden; neben ihm ständen ferner der „überraschend geistesfrische“ Spahn und der „kluge Landwirtschaftsvertreter“ Herold.

[6]) Dazu vgl. *Miller*, Bolz, S. 197: „Bolz sollte 3. Vorsitzender werden. Er habe selbstverständlich sofort abgesagt, berichtete er nach Hause [...].“

[7]) Auf der 2. Reichstagung des Verbandes der Windthorstbunde am 18. Juni 1922 in Godesberg erklärte *Marx*, Trimborn habe im Sommer 1921 für den Fall, daß die Operation, der er sich unterziehen mußte, „zu schlimmem Ende“ führen würde, die „ganze Frage der Nachfolgerschaft in der Fraktion“ mit ihm, Marx, besprochen. Vgl. *KV* Nr. 469 vom 19. Juni 1922.

[8]) In einem Artikel „Nach Trimborns Tod“ (in: Allg. Rundschau Nr. 34 vom 20. August 1921, S. 425 f.) hatte der Abg. *Herschel* gefordert, die „Kommandobrücke“ nicht lange leer zu lassen und rechtzeitig nach einem geeigneten Nachfolger Trimborns Ausschau zu halten: „Die Frage, ob der Nachfolger Trimborns Norddeutscher oder Süddeutscher sein soll, wird im Zentrum keine wesentliche Rolle spielen. [...] Eine Mainlinie darf und wird es in der Fraktion auch in Personalfragen nicht geben.“ Am 3. Oktober 1921 schrieb die *KV* (Nr. 710), die Führung der Partei läge bei Marx in „guten Händen“.

[9]) Bezeichnenderweise heißt es in dem Artikel des Abg. *Herschel* (s. Anm. 8) — ohne jeden direkten Bezug auf Marx (S. 426): „In unserer schweren Zeit tut nichts so not als Einigkeit. Man bedenke, welche Schwierigkeiten allein das Reichsschulgesetz bringen wird. [...] Was immer an Verschiedenheit sonstiger [politischer] Auffassungen gegeben sein mag, es muß zurücktreten hinter den Idealen, die vor einem halben Jahrhundert unsere Stifter zusammengeführt haben.“

[10]) Vgl. Anm. 5. Nach einer Wiedergabe in der *Germania* Nr. 602 vom 29. September 1921 hat die Deutsche Allg. Zeitung die Wahl folgendermaßen kommentiert: „Man geht nicht fehl, in Marx den typischen Vertreter der bisherigen bewährten Zentrumstradition zu erblicken, der, in Weltanschauungsfragen mit Entschiedenheit die unveränderlichen Ziele des Zentrums verfechtend, gleichzeitig in allgemeinen politischen Fragen einen volkstümlichen und demokratischen Standpunkt im besten Sinne vertritt.“

Die Diskussionen in der Fraktion vom 27. bis 29. September vollzogen sich im Zeichen einer „unerträglichen" Krise (Kaas) der Partei, aus der kein Hehl gemacht wurde.[11]) Peter Spahn konnte sich nicht erinnern, seit 1882 in der Fraktion „so scharfe Auseinandersetzungen" erlebt zu haben. Gegen Reichskanzler Wirth wurde der Vorwurf erhoben, daß er sich in der Öffentlichkeit zu stark nach links anlehne; im Lande sei nicht zum Ausdruck gekommen, ob etwa auch bei Wirth der Wunsch bestehe, die Koalition nach rechts hin zu verbreitern. Eine solche Verbreiterung, nach Möglichkeit im Reich und in Preußen zur gleichen Zeit, wurde als Erfordernis der Stunde bezeichnet, auch von Wirth selbst. Der Reichskanzler berichtete über seine von Reichspräsident Ebert unterstützten und bisher erfolgreich verlaufenen Versuche, die SPD und die DVP für die neue Koalitionsbasis zu gewinnen.[12])

Eine weitergehende Ausdehnung der Koalition nach links („von Breitscheid bis Spahn") lehnte die Fraktion ebenso ab wie einen Bürgerblock gegen die SPD. Ganz klar kam zum Ausdruck, daß Wirth als Reichskanzler im Amt bleiben müsse, „selbst bei noch stärkeren Klagen aus dem Lande" (Kaas). Zahlreiche Redner (insbesondere Bell, Herold, Brauns und Spahn) legten ihm jedoch nahe, sich in seinen Reden und Polemiken gegen die Rechte stärker zurückzuhalten. Einige Abgeordnete empfanden Wirths „andauernde einseitige Beteuerung" seiner persönlichen Stellung zur Republik deswegen als bedenklich, weil die Zentrumswähler „in bezug auf die heutige Republik" noch nicht reif seien (Kaas). Um nach außen hin nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als fehle der Zentrumspolitik eine einheitliche Linie, forderte die Fraktion, daß ihre Ansichten stärker berücksichtigt werden müßten. In Zukunft solle — wie es ten Hompel umschrieb — die Partei nicht immer hinter den Kanzler treten, sondern der Kanzler vor die Partei und vor die Fraktion, deren Aufgabe es sei, eine „zielbewußte Politik der Mitte" festzulegen. Die Fraktion war nicht länger bereit, dauernd aus Prestigegründen ein Ministerium zu stützen (Kaas). Man glaubte, den eigenen Wählern — von denen bekannt war, daß viele nur noch „aus einer gewissen traditionellen Gebundenheit und Trägheit" zum Zentrum hielten — keine weitere Belastungsprobe zumuten zu können.

Demgegenüber verteidigte sich Wirth mit dem Argument, daß er durch die Regierungsmaßnahmen nach dem Erzberger-Mord das „Losgehen eines Rechtsputsches" (von Bayern aus) verhindert habe; das Vorgehen des Rechtsradikalismus habe das Vertrauen im Ausland erschüttert und, als Folge davon, zu einer rapiden Verschlechterung der Valutalage beigetragen. Der Reichskanzler

[11]) Im Nachl. ten Hompel befindet sich ein Bericht über die Fraktionssitzung vom 27. September 1921 (s. Anm. 5) und eine längere zusammenfassende Niederschrift über die Fraktionssitzungen vom 27., 28., und 29. September 1921.

[12]) Wirths Haltung trug mit dazu bei, daß auf dem Görlitzer Parteitag der SPD vom 17. bis 24. September 1921 mit großer Mehrheit eine von der Parteiführung vorgelegte Resolution zur Annahme gelangte, die einem Zusammengehen der SPD mit der DVP die Wege ebnete.

schwächte seine viel kritisierte Formulierung, er werde im Falle eines Kampfes auf seiten des Proletariats stehen, erheblich ab („hypothetisch") und warf seinerseits der Fraktion vor, sie habe (ohne auf Einzelheiten einzugehen) in der Außenpolitik zu wenig mit gearbeitet.

Trotz der voraufgegangenen, teilweise sehr scharfen Kritik an Wirth wurde die von ihm vertretene Außenpolitik — als der „einzige Weg, um unsere Freunde im Ausland auf eine Revision des Versailler Vertrags vorzubereiten" (Kaas) — ebenso wie seine Steuerpolitik („sichtbares Opfer vom Besitz" und Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers) einmütig gebilligt. Die Fraktion wollte Wirth auch bei einer erweiterten Koalition als Kanzler nominiert wissen. Um eine drohende Abwanderung aus dem Zentrum, insbesondere in Kreisen der Akademiker und der Landwirtschaft, zu verhindern, wurde beschlossen, mit einer stärkeren Aufklärungs- und Werbetätigkeit an die Öffentlichkeit zu treten.

Das Ergebnis der dreitägigen Debatten faßte der neue Fraktionsvorsitzende Marx in folgenden vier Punkten zusammen:

„1. Festhalten an Verfassung. Freiheit im Innern. Reichskanzler soll möglichst wenig als Privatmann und Parteimann reden, sondern nur als Reichskanzler.

2. Wir vertreten den Zentrumsstandpunkt. Es gibt nach außen hin nicht rechts noch links. Aufklärung muß gefördert werden.

3. Es ist gegenseitiges Mißtrauen innerhalb der Fraktion und der Partei vorhanden, welches bekämpft werden muß.

4. Einigkeit draußen im Lande fehlt. Diese muß durch Aufklärung wieder hergestellt werden."

Eine Kommission von vier Abgeordneten (Bell, Joos, Herold, Lauscher) sollte eine den gefaßten Beschlüssen entsprechende Fraktionserklärung einschließich eines Vertrauensvotums für den Reichskanzler formulieren. Das geschah unter ausdrücklichem Hinweis auf die Geschlossenheit der Partei in allen grundsätzlichen Fragen.[13]) Da zu diesem Zeitpunkt die Beratungen über das neue Zentrumsprogramm nahezu abgeschlossen waren, erwartete man auch von dieser Seite her neuen Auftrieb für die Partei.

Eine im Anschluß an die mehrtägigen Fraktionsdebatten stattfindende Tagung des Reichsparteiausschusses billigte einstimmig die von der Fraktion gefaßten Beschlüsse.[14]) Dabei verlieh dieses Gremium ebenfalls dem Wunsche Ausdruck, möglichst rasch die DVP — an deren Adresse noch kurz zuvor die „Germania" heftige Vorwürfe wegen ihrer Agitation gegen die Regierung Wirth

[13]) Vgl. *Germania* Nr. 602 vom 29. September 1921. In der *WAZ* Nr. 41 vom 16. Oktober 1921 („Grundgedanken der Zentrumspolitik") hieß es (wohl von *Joos*): „Die große politische Aussprache in der Fraktion ergab größere Übereinstimmung und Einheit unter den führenden Männern, als sie Außenstehende erwarteten. Der Reichskanzler wurde von allen Seiten gestützt. Die Fraktion steht, wie Marx erklärte, geschlossen hinter ihm."

[14]) Vgl. *Schulthess* 1921/I, S. 284.

gerichtet hatte[15]) — in die Regierungskoalition aufzunehmen. Bereits drei Tage zuvor, am 28. September, hatten sich Vertreter der Regierungsparteien(Zentrum, SPD, DDP) und der DVP grundsätzlich über den Abschluß einer neuen Koalition geeinigt.[16]) Bei diesen Gesprächen hatten die Vertreter der drei Koalitionsparteien eindeutig erklärt, daß an Wirth als Reichskanzler — gegen den einflußreiche DVP-Politiker Sturm liefen und dabei versuchten, zwischen Wirth und seine Partei einen Keil zu treiben[17]) —, festgehalten werden müsse und daß auch aus außenpolitischen Gründen das Kabinett nicht geschlossen demissionieren solle.[18])

Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags kam es (1. Oktober) zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Reichskanzler und den Deutschnationalen, denen Wirth eine zunehmende Verhetzung des Volkes vorwarf. Diese habe in der Öffentlichkeit bis zu einer Atmosphäre geführt, „in der der politische Mord nicht zur Unmöglichkeit wird".[19]) In seinem Bestreben, einen neuen Rechtsputsch mit allen Mitteln zu verhindern und die deutsche Republik „vor Gewalt und vor Untergang" zu bewahren, wußte sich der Reichskanzler einig mit seiner Fraktion. Als deren Sprecher bekannte sich der neue Vorsitzende Wilhelm Marx entschieden zur Verfassung und zur bestehenden Staatsordnung, die im Augenblick keine Änderung, schon gar nicht auf gewaltsamem Wege, vertrage.[20]) Marx verteidigte — wie vor ihm Wirth — die Verordnung des

[15]) Vgl. Nr. 588 vom 23. September 1921, wo besonders scharf gegen Stresemann polemisiert wurde, dem der Artikel nahelegte, wegen seiner unqualifizierten Kritik an der Regierung Wirth die Parteiführung aufzugeben „und sich lieber anderen geschäftlichen Angelegenheiten zu widmen".

[16]) Nach einem „streng vertraulichen" Protokoll über eine „Vorbesprechung über die Erweiterung der Koalition zwischen Vertretern der bisherigen Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei bei dem Herrn Reichskanzler am 28. September 1921" (Bundesarchiv R 43 I/1304). Danach bestand Einigkeit über ein konkretes Steuerprogramm und über die „republikanische" Haltung der DVP. Bemerkenswert ist die Formulierung des ersten Punktes „Außenpolitik": „Es bestand Einmütigkeit darüber, daß für die Regierung im Verhältnis zum Westen die Zeit noch nicht gekommen sei, für England oder Frankreich zu optieren, daß vielmehr die Regierung sich freie Hand vorbehalten müsse. Das hindere nicht, daß man schon jetzt sagen könne, in der Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Rußlands, der von allen Parteien als offenes Ziel der deutschen Politik bezeichnet wurde, mit England und evtl. Amerika zusammenzugehen. Diese Tendenz sei nicht unvereinbar mit einer Politik friedlichen Einverständnisses mit Frankreich." Das bedeutete die Zustimmung zu Wirths Politik des „Lavierens".

[17]) Dagegen wandte sich ein scharfer Leitartikel der *Germania* Nr. 589 vom 23. September 1921. Am 26. September 1921 kam die Zeitung (Nr. 595) auf den Sachverhalt zurück, wobei sie ihre persönlichen Angriffe auf Stresemann abschwächte.

[18]) Dazu vgl. *Troeltsch*, Spektator-Briefe, S. 218 (7. Oktober 1921): „Das Kabinett Wirth hält sich eigentlich nur durch seine Unentbehrlichkeit für die auswärtige Politik und für die Lösung des oberschlesischen Problems, bedarf aber gerade dafür einer stärkeren Stützung und sicheren Dauer."

[19]) Vgl. *Wirth*, Reden, S. 203 f., 211.

[20]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 351, S. 4671 ff. In der *KV* Nr. 710 vom 3. Oktober 1921 hieß es, der Verlauf der Reichstagsdebatten am 1. und 2. Oktober 1921 habe gezeigt, „daß wir von einer Milderung unserer innerpolitischen Gegensätze noch weit entfernt sind".

Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als „Notwehrgesetz" des Staates. Er geißelte die von den Deutschnationalen systematisch betriebene Vergiftung der „Seele des Volkes" und bekannte sich ebenso eindeutig zu Reichskanzler Wirth wie zu einer Politik der Mitte und der Gemeinsamkeit. Er warnte davor, die Geduld des seit 1919 ununterbrochen in der Regierungsverantwortung stehenden Zentrums zu strapazieren; jede deutsche Politik müsse von der Tatsache der deutschen Niederlage ausgehen.

Wie sehr dieses Volk geschlagen war, zeigte sich wenige Tage später, als immer klarer wurde, daß Oberschlesien keineswegs dem Ausgang der März-Abstimmung entsprechend zwischen Deutschland und Polen geteilt werden würde. In einer Besprechung des Interfraktionellen Ausschusses unter Leitung des Reichskanzlers am 13. Oktober beschlossen die Vertreter der Regierungsparteien[21]), trotz der bedrohlichen Situation den Reichstag nicht einzuberufen, da eine einheitliche Kundgebung zugunsten von Oberschlesien nicht zu erwarten war. Vier Tage später hatte sich die Situation bereits so weit zugespitzt, daß in einer erneuten Besprechung des Ausschusses — wiederum in Anwesenheit von Wirth und einiger Reichsminister — die Frage des Rücktritts der Regierung zur Debatte stand.

Da zu diesem Zeitpunkt kein Zweifel mehr möglich war über den für das Reich ungünstigen Ausgang des alliierten Entscheids, sprach sich der Abgeordnete Marx — der zusammen mit Spahn und Becker-Arnsberg seine Fraktion vertrat — für eine Demission des Kabinetts aus. Marx hielt jeden anderen Schritt für „keinen genügenden Protest" und rechnete darauf, daß der Rücktritt insbesondere in England „sehr ernst" genommen werden würde.[22]) Während die anwesenden Mitglieder der Regierung vor einem Kabinettsbeschluß zunächst den endgültigen „Spruch der Parteien" (Wirth) in bezug auf eine etwaige Demission abwarten wollten, wandten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten energisch gegen den Rücktritt der Regierung. Sie legten, nach den Worten von Wels, auf das weitere Verbleiben des Reichskanzlers entscheidenden Wert, da Wirth die Garantie für jene Politik der „versuchten Vertragserfüllung" bedeute, die die Voraussetzung für die politische Mitarbeit der SPD bilde.

In diesem Augenblick war von einem zielbewußten Vorgehen der Regierung nichts zu spüren. Eine Entscheidung wurde vertagt und statt dessen mit DVP-Vertretern ein eventueller Beitritt der DVP zur Regierungskoalition erörtert, den die Zentrumsvertreter befürworteten.[23]) Sie wollten die seit Wochen an-

[21]) Bundesarchiv R 43 I/1028.

[22]) Ebd.

[23]) In einer Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am 18. Oktober 1921; ebd. Für eine Erweiterung der Koalition sprachen sich im Oktober zahlreiche Zentrumsstimmen aus. Vgl. z. B. *Allg. Rundschau* Nr. 40 vom 1. Oktober 1921, S. 539 f.; *KV* Nr. 751 vom 17. Oktober 1921; Entschließung der Kölner Zentrumspartei vom 18. Oktober 1921, in: *KV* Nr. 757 vom 19. Oktober 1921; Beschluß der Zentrumsfraktion des Reichstags vom 19. Oktober 1921, in: *KV* Nr. 759 vom 20. Oktober 1921. Dazu vgl. *Wirth*, Die Festigung der Republik, S. 328.

dauernden Differenzen in Steuerfragen, auf deren vorherige Klärung die SPD Wert legte, „angesichts der auswärtigen Gefahr und der Krise im Innern" (Marx) zurückgestellt wissen. Die Zentrumspolitiker drohten schließlich unverblümt damit, Wirth als Reichskanzler zurückzuziehen, wenn es nicht gelingen sollte, die DVP in die Koalition aufzunehmen.

Die SPD bestand jedoch darauf, zuvor das Finanzprogramm der erweiterten Regierung zu klären. Sie verlangte eine Erfassung der Sachwerte (Besitzsteuer) und lehnte eine bloße Kreditaktion der Industrie zur Bezahlung fälliger Reparationsleistungen — mit der sich die Zentrumsfraktion einverstanden erklärte — ebenso ab wie die Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers. Erst nach Bewilligung ihrer Hauptforderung wollte sie über neue Verbrauchssteuern und über die Frage der Regierungsumbildung mit sich reden lassen.[24]) Wirth war es jedoch in langen Verhandlungen mit Vertretern der Industrie, der Banken und der Landwirtschaft nicht gelungen, zu einer konkreten Übereinkunft über die steuerliche Erfassung der Sachwerte und die von der Industrie vorzunehmende Kreditaktion zu gelangen.[25]) Der Reichskanzler machte kein Hehl daraus, daß er ein „deutliches Opfer" des Besitzes erwarte. Dazu kam es jedoch nicht, da die Industrie von ihren anfänglichen Zusagen abrückte und den Vorschlag zur Debatte stellte, die Eisenbahnen wieder zu privatisieren und dann hypothekarisch zu belasten.[26]) Mitte Oktober begannen sich die Debatten immer mehr auf die Frage eines Verbleibens von Wirth als Reichskanzler zuzuspitzen.[27]) Die politischen Fronten versteiften sich.

Am 22. Oktober wurde die Entscheidung der alliierten Botschafterkonferenz in Genf bekannt, die Polen den weitaus größten Teil Oberschlesiens zusprach. Mit diesem Beschluß, den das Auswärtige Amt bereits seit einiger Zeit befürchtet und den es vergeblich zu beeinflussen versucht hatte[28]), war Wirths Politik der

[24]) Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Koalitionsparteien und der DVP am 3. Oktober 1921. Bundesarchiv R 43 I/2449.

[25]) In einer Sitzung beim Reichskanzler am 14. September 1921. Bei dieser Gelegenheit erklärte *Wirth*, es sei „von jeher" seine Absicht gewesen, die Basis der Regierung zu erweitern, aber man dürfe nicht überstürzt vorgehen. Ebd.

[26]) Dieser Vorschlag wurde von der Zentrumsfraktion in einer Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler am 11. November 1921 entschieden abgelehnt, ebenso übrigens von *Seeckt*, der ein eigenes Gutachten aus der militärischen Sicht dazu einreichte. Ebd.

[27]) Vgl. *KV* Nr. 759 vom 20. Oktober 1921. In einem Bericht des bayer. Gesandten in Berlin, *v. Preger*, vom 27. Oktober 1921 über die „Entscheidung über Oberschlesien und die Regierungsbildung" hieß es u. a., Stresemann habe in den voraufgegangenen Verhandlungen um die Koalitionserweiterung die Beseitigung Wirths angestrebt und die SPD dadurch zu „ködern" gesucht, daß er für diesen Posten den Abg. Löbe vorschlug. Die Sozialdemokraten hätten jedoch an Wirth festgehalten, zu dem sie offenbar das Zutrauen hätten, „daß er ihre Geschäfte besser besorgen würde als ihr eigener Parteigenosse, den sie als zu weich und Einflüssen von bürgerlicher Seite zu sehr zugänglich erachteten". BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 95.

[28]) Das ergibt sich aus Mitteilungen von Reichsaußenminister *Simons* im Ausw. Ausschuß des Reichsrats am 21. März 1921 und von Reichsaußenminister *Rosen* im gleichen Ausschuß am 17. Oktober 1921. StA Ludwigsburg E 131 R 2/1.

Vorleistung durch ehrliche „Erfüllung" gescheitert. Der Reichskanzler mußte eine politische Demütigung hinnehmen, die er persönlich nicht verwinden konnte. Sie erleichterte ihm in Zukunft sein Eintreten für die geheime Aufrüstung und das militärische Bündnis mit Moskau, auf das Wirth lebenslang mit merkwürdigem Nationaltrotz zurückblickte.[29])

Im Interfraktionellen Ausschuß einigten sich die Vertreter der drei Regierungsparteien in Anwesenheit des Reichskanzlers und zahlreicher Reichsminister darauf, sofort feierlichen Protest gegen die Genfer Entscheidung zu erheben. Nicht einhellig hingegen waren die Ansichten darüber, ob die Regierung Wirth nach dieser Aktion sofort zurücktreten und einer neugebildeten Regierung einen neuen Protestschritt überlassen solle. Die sozialdemokratischen Vertreter forderten das Verbleiben Wirths als Reichskanzler. Sie wollten einer Aufnahme der DVP in die Koalition nicht unter dem Druck einer sofortigen Entscheidung zustimmen. Demgegenüber hielt der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Marx, gegen eine Minderheit seiner Fraktion den Rücktritt des Kabinetts für notwendig. Dabei sollte Wirth als Kanzler einer „erweiterten Koalition" wieder in Frage kommen, falls er vom Reichspräsidenten den Auftrag zur Regierungsneubildung erhalten würde.[30]) Wie sehr dem Zentrum an einer Lösung im Sinne der erneut berufenen „Politik der Mitte" und an einer weiteren Zusammenarbeit mit der SPD lag, unterstrich Marx mit dem Hinweis, daß er — sei es in der bisherigen oder in einer erweiterten Koalition — auch mit einem sozialdemokratischen Reichskanzler einverstanden sein würde.

Die zugänglichen Quellen erlauben nicht den Schluß, daß der Zentrumsvorsitzende als Exponent einer Mehrheit der Fraktion darauf abzielte, Wirth als Reichskanzler abzulösen. Der Abgeordnete Joos machte einige Tage später kein Hehl daraus[31]), daß in der Zentrumsfraktion keine Einigkeit über die Demission Wirths geherrscht habe. Nach Ansicht der Mehrheit der Zentrumsfraktion (und auch der DDP) konnte ein Reichskanzler, der durch die Annahme des Londoner Ultimatums Oberschlesien zu retten unternommen und erklärt hatte, bei einem ungünstigen Bescheid über Oberschlesien zurücktreten zu müssen, bei dem Fehlschlag seiner Hoffnungen und Bemühungen nicht mehr im Amt bleiben, „ohne den letzten Respekt bei Freund und Feind zu verlieren".[32])

---

[29]) Dazu vgl. das spätere Kapitel „Rückblick auf die Ära Wirth".

[30]) Bundesarchiv R 43 I/1028. Im Nachl. Haußmann 64 befindet sich eine stichwortartige Niederschrift über die Sitzung, die im Sachlichen mit dem von Oberregierungsrat Brecht formulierten amtlichen Protokoll übereinstimmt.

[31]) In einem Artikel „Oberschlesien und das Kabinett Wirth", in: *Germania* Nr. 664 vom 28. Oktober 1921; *WAZ* Nr. 44 vom 5. November 1921. Danach war ferner in der Fraktion aus außenpolitischen Gründen die Demission des Kabinetts beschlossen worden, in „Verbindung mit dem politischen Ziel der breiten Koalition unter Vertrauenserklärung für Wirth".

[32]) So *v. Preger* (s. Anm. 27). Nach der *KV* Nr. 769 vom 23. Oktober 1921 war der Rücktritt notwendig geworden, „weil in den beiden an der Koalition beteiligten bürgerlichen Parteien [Zentrum und DDP] eine starke Strömung ein weiteres Verbleiben des Kabinetts [...] nicht für tunlich hielt".

Die Entscheidung fiel am Nachmittag des 22. Oktober in einer Sitzung des Reichsministeriums, in der gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Minister — die von einem „Fortgang" Wirths eine Beunruhigung der Arbeitermassen befürchteten — und auch gegen den Widerspruch von Groener und Rosen eine Demission des Gesamtkabinetts beschlossen wurde.[33]) Wirth wollte sie mit einem Protest gegen die Entscheidung der Entente verbinden. Das Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers — als Folge des „schlesischen Diktats", durch das eine „neue Lage" geschaffen sei, die auch die „Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit" verengen würde — ging noch am Abend des gleichen Tages an den Reichspräsidenten ab.[34]) Darin hieß es, daß die Regierung fünf Monate lang den „ernsten Willen zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit" erwiesen habe.

[33]) Bundesarchiv R 43 I/1028. Nach einem Bericht des bayer. Gesandten in Berlin, *v. Preger*, vom 27. Oktober 1921 (s. Anm. 27) haben Zentrum und DDP den Rücktritt der Regierung Wirth „sehr gegen den Willen des Reichskanzlers selbst und der Sozialdemokraten" erzwungen. Demgegenüber hieß es bei Otto *Kunze* (Allg. Rundschau Nr. 44 vom 29. Oktober 1921, S. 599): Das auf Drängen des Reichskanzlers zustande gekommene Entlassungsgesuch der Regierung entspreche dem „entschlossenen Charakter" Wirths: „Er stand uns manchmal zu weit links, ging oft zu heftig ins Zeug, aber stets trat er mutig für seine Ansicht ein und scheute sich nicht, die Folgen zu tragen."

[34]) Vgl. *Germania* Nr. 651 vom 23. Oktober 1921; *Schulthess* 1921/I, S. 291 f.

Viertes Kapitel

Der umstrittene Linkskurs

1. Rückkehr zur schwarz-roten Koalition: Die Bildung des 2. Kabinetts Wirth

Viele Anhänger der Zentrumspartei trauerten dem Rücktritt der Regierung weniger nach als breite Volksmassen, die in Wirth den Repräsentanten der Demokratie erblickten und seinen Abgang als Schlag gegen eben diese Demokratie empfinden mußten.[1]) Das Ziel der Zentrumspolitik, für das frühere Besprechungen bereits eine „gewisse Grundlage" geschaffen hatten[2]), stand sogleich fest: Die Herstellung einer möglichst breiten Basis für das neue Kabinett[3]), von dem man eine Fortsetzung der bisherigen Politik erwartete. Die Wiederaufnahme der alten Koalition galt in der Fraktion als „untunlich".[4]) Während die zurückgetretene Regierung Wirth die Amtsgeschäfte zunächst weiterführte, begannen die Verhandlungen der Parteiführer um die Neubildung des Kabinetts. Am 24. Oktober schrieb die „Germania": „Wir haben wieder einmal eine Lehre erhalten [...], daß der Rücktritt eines Kabinetts leicht und einfach zu vollziehen ist, daß aber damit die Schwierigkeiten [...] erst recht in Erscheinung treten."[5])

Nach den voraufgegangenen Fühlungnahmen schien es nicht schwer zu sein, die DVP in die bisherige Regierungkoalition einzubeziehen. Bereits am Abend des 24. Oktober erwies es sich jedoch, daß die Deutsche Volkspartei nicht gewillt war, die Verantwortung mit zu übernehmen. Sie widersetzte sich — gegen das Votum von Stresemann[6]) — der von den Alliierten verlangten Entsendung eines deutschen Sachverständigen nach Oberschlesien, der mit den Polen die Einzelheiten des Genfer Abkommens regeln sollte, und bestand auf einer ausdrücklichen Rechtsverwahrung gegen das alliierte „Diktat". Einen solchen Schritt lehnte die Sozialdemokratie ab, um nicht neue Zwangsmaßnahmen herauszufordern. Als am Vormittag des 25. Oktober feststand, daß eine große

[1]) Vgl. *Germania* Nr. 651 vom 23. Oktober 1921.

[2]) Vgl. *Germania* Nr. 652 vom 24. Oktober 1921.

[3]) Vgl. *KV* Nr. 769 vom 23. Oktober 1921.

[4]) Vgl. *KV* Nr. 770 vom 24. Oktober 1921 („Das Vakuum").

[5]) Nr. 652.

[6]) Der bayer. Gesandte *v. Preger* berichtete am 27. Oktober 1921 nach München, Stresemann habe sich in seiner Fraktion in einer „hoffnungslosen Minorität" befunden. BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 95.

Koalition nicht zustande kommen würde, machten Ebert wie auch Wirth und die Fraktionen der SPD und des Zentrums kein Hehl aus ihrer Verärgerung.[7]) Sie kritisierten die von der DVP vorgenommene „Flucht vor der Verantwortung“[8]) und bezweifelten, ob dadurch „auf absehbare Zeit“ ein Zusammengehen mit dieser Partei überhaupt möglich sein werde.[9])

Bei diesem Stand der Dinge hätte es nahegelegen, die bisherige Regierungskoalition weiterzuführen. Durch das Verhalten der DVP war jedoch die DDP-Fraktion derart unsicher geworden[10]), daß sie ein weiteres Zusammengehen mit den Sozialdemokraten möglichst vermeiden wollte. Um sich jedoch einen guten Abgang zu verschaffen, stellten sie die Person Wirths als Hindernis für ein weiteres Verbleiben in der Koalition hin. Damit war dem Zentrum, das sich auf Wirth festgelegt hatte, die Verantwortung zugeschoben.[11]) Der Vorstand der Fraktion sprach sich am Mittag des 25. Oktober gegen eine schwarz-rote Minderheitskoalition aus. Die Zeit zu einer Entscheidung drängte, da der Reichspräsident ähnlich wie bei der letzten Regierungsbildung einen raschen Entschluß forderte und diesem Verlangen durch die Androhung seines Rücktritts Nachdruck verlieh.[12])

---

[7]) Auf einer Versammlung der Düsseldorfer Zentrumspartei am 30. Oktober 1921 erklärte der Abg. *Marx*, die Fraktionssitzung der DVP am Abend des 24. Oktober 1921 sei der „dunkelste Punkt“ in der Geschichte der DVP. Vgl. *KV* Nr. 790 vom 31. Oktober 1921. In dem Bericht *Pregers* vom 27. Oktober 1921 (s. Anm. 6) hieß es: „Was nach dem Rücktritt der Regierung Wirth kommen solle, hatte sich jedoch keine der beteiligten Parteien recht überlegt. Man hoffte auf ein Zustandekommen der großen Koalition, ohne zu bedenken, daß die Deutsche Volkspartei ebenso wie bei den Verhandlungen über das Londoner Ultimatum durch das nationale Erregungsmoment, das die oberschlesische Frage in sich barg, gezwungen sein würde, bei ihrer Stellung zum Diktat der Entente vor allem auf die Anschauungen ihrer Wähler, die politisch mehr gefühls- als verstandesmäßig eingestellt sind, Rücksicht zu nehmen, wenn sie nicht deren Abwanderung in das deutschnationale Lager erleben wollte. Diese Rücksicht auf die Wählermassen schlug denn auch bei der DVP durch.“

[8]) So *Germania* Nr. 657 vom 26. Oktober 1921.

[9]) Nach Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen am späten Abend des 24. Oktober 1921, die *Marx* am folgenden Tage in einer Sitzung des Fraktionsvorstands bekanntgab. Nachl. ten Hompel. Am 24. Oktober 1921 hatte die *KV* Nr. 771 geschrieben, es würde in „weiten Parteikreisen“ nicht als Freude empfunden werden, wenn das Zentrum wieder den Reichskanzler zu stellen hätte.

[10]) Der bayer. Gesandte *v. Preger* umschrieb diesen Sachverhalt am 27. Oktober 1921 folgendermaßen (s. Anm. 6): „Die Demokraten, die bereits seit einiger Zeit ihr parteipolitisches Heil nur in einer engen Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei erblicken, da sie fürchten, sonst bei einer Wahl von dieser ganz aufgesogen zu werden, erklärten, ohne Deutsche Volkspartei nicht in eine Regierung gehen zu wollen, welche die Entscheidung der Entente annehme.“

[11]) Auf diese Vorgänge bezieht sich folgendes Urteil der *KV* Nr. 777 vom 26. Oktober 1921: „Es war ein jämmerliches Schauspiel, das in diesen dunklen Tagen in den Beratungszimmern des Reichstags aufgeführt wurde.“

[12]) Mitteilungen in der Vorstandssitzung am 25. Oktober 1921; s. Anm. 9. Am 30. Oktober 1921 erklärte *Marx* in Düsseldorf (s. Anm. 7), der Reichspräsident habe mit seinem Rücktritt gedroht. Vgl. *Wirth*, Die Festigung der Republik, S. 321: „Damals sah ich Ebert zum ersten Male vor dem Zusammenbruch seiner physischen und psychischen Kräfte. Er eröffnete mir [...] seinen Wunsch, mich für den nächsten Tag bereit zu halten, um seine Abdankung als Reichspräsident entgegennehmen zu können.“

In der gegen 15 Uhr eröffneten Sitzung der Zentrumsfraktion[13]) gingen die Ansichten über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer neuen Koalition nur mit der SPD erheblich auseinander. Als der Abgeordnete Marx nach einem Gespräch mit dem Reichspräsidenten den Entschluß der SPD mitteilte, weder allein die neue Reichsregierung zu bilden noch eine Koalition nur mit dem Zentrum einzugehen, schien eine Lösung der Regierungskrise weiter denn je entfernt zu sein. Der Reichspräsident weigerte sich, ein Geschäftsministerium zu berufen. Er drängte Wirth, unter „Hintanstellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten" erneut an die Spitze der Regierung zu treten. Sie sollte in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bieten, „daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe sowie die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft" lösen könne.[14]) Ebert gab dabei eigens seinem Bedauern Ausdruck, daß das seit Wochen von ihm und von Wirth angestrebte Ziel einer verbreiterten Koalition als gescheitert anzusehen sei.[15])

In dieser Situation gelang es Wirth, sich am Abend des 25. Oktober von der Zentrumsfraktion zu dem Versuch ermächtigen zu lassen, ein Kabinett zusammenzustellen, „so gut es ginge". Die Fraktion hatte vorher mit knapper Mehrheit (20 gegen 17 Stimmen) einen Antrag Fehrenbachs abgelehnt, eine Regierung allein aus Vertretern des Zentrums und der SPD zu bilden. Der anschließend — gegen vier Stimmen (darunter ten Hompel[16]) und Herschel) — angenommene Antrag, dessen gequälter Formulierung man den Kompromiß nur allzu deutlich anmerkte, lautete: „Das Zentrum hindert Herrn Wirth nicht, morgen (mit

[13]) Nachl. ten Hompel.

[14]) Vgl. *Schulthess* 1921/I, S. 293 f.

[15]) In dem Bericht *v. Pregers* vom 27. Oktober 1921 (s. Anm. 6) hieß es dazu: „Ein Lösungsversuch jagte den anderen. [...] Es war ein heilloser Wirrwarr. In diesem Chaos war es eine rettende Tat des Reichspräsidenten, als er [...] den bisherigen Reichskanzler ersuchte, eine Regierung ohne Rücksicht auf die Parteien aus Männern zu bilden, die die Gewähr dafür boten, die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe und die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft zu lösen, also eine Notregierung nicht der Parteien, sondern von Persönlichkeiten zustande zu bringen und zu versuchen, mit der so gebildeten Regierung das Vertrauensvotum der Kammer zu erlangen."

[16]) In einer „Bemerkung" hat *ten Hompel* ausführlich begründet, warum er den Antrag abgelehnt habe (Nachl. ten Hompel): „In den letzten Tagen habe ich persönlich in Vorstands- und Fraktionssitzungen den Standpunkt vertreten, daß ich mich zu der Zustimmung zur Entsendung eines [deutschen] Kommissars [nach Oberschlesien] voraussichtlich nicht entschließen könne. [...] Bezüglich der eventuellen Parteikonstellation habe ich den Standpunkt vertreten, daß wir nicht der alten Koalition beitreten sollten, also nur einer erbreiterten Koalition, unter gar keinen Umständen aber einer Koalition von nur Mehrheitssozialisten und Zentrum. In Konsequenz dieses Standpunktes habe ich dann gegen den zweiten Antrag, worin die Fraktion Wirth die Genehmigung zur Neubildung des Kabinetts erteilt, gestimmt und würde auch, wenn ich anwesend sein könnte, im Plenum [am 26. Oktober 1921] gegen die Entsendung eines Kommissars stimmen, wenn ich nicht mich auf Wunsch der Fraktion durch Abwesenheit der Stimme enthalte, ein Wunsch, der vom Reichskanzler Wirth ausdrücklich in der heutigen Fraktionssitzung denjenigen Mitgliedern der Partei gegenüber, welche nicht glaubten zustimmen zu können, ausgesprochen wurde."

einem neugebildeten Kabinett) vor dem Reichstag eine positive Lösung in der oberschlesischen Frage zu suchen, und wird das Kabinett Wirth unterstützen."[17])

Damit hatte der Reichskanzler auf doppelte Weise freie Hand erhalten, um ein neues Reichsministerium zu bilden, das er bereits am folgenden Tage dem Reichstag vorstellen konnte. Zu den vier Zentrumsmitgliedern des letzten Kabinetts (Wirth, Brauns, Giesberts, Hermes) traten vier (bisher drei) sozialdemokratische Minister (Bauer, Köster, Radbruch, R. Schmidt); Geßler und Groener blieben als parteilose Fachminister im Amt.[18]) Während die DVP sich konsequent der Regierung entzog, nahm die DDP eine zwiespältige Position ein und gestattete Geßler das Verbleiben im Kabinett. Wirth übernahm neben dem Kanzleramt „bis auf weiteres" auch die Führung der auswärtigen Angelegenheiten.[19]) Daß neben dem Posten des Vizekanzlers (Bauer) die wichtigen Ressorts für Inneres, Justiz und Wirtschaft sozialdemokratischen Ministern zufielen, wurde vielfach als Nachgiebigkeit Wirths gegenüber den Forderungen der Sozialdemokraten ausgelegt.

Im Zentrum wurde anerkannt, daß Wirth aus „Pflichtgefühl"[20]) wieder in die Bresche gesprungen war („so handelt ein Mann von Verantwortlichkeitsgefühl").[21]) An diese Tatsache knüpfte man die Hoffnung, daß er künftig von allen Kreisen des Zentrums unterstützt und verteidigt werde. In übertriebenem

[17]) Die *Germania* Nr. 657 vom 26. Oktober 1921 kommentierte, es sei „ganz selbstverständlich", daß die Fraktion Wirths Bemühungen „voll und ganz" billige und unterstütze.

[18]) Dadurch, daß sich Wirth jetzt an Einzelpersönlichkeiten der Parteien wandte, war eine neue Art der Kabinettsbildung geschaffen worden, worauf die *KV* Nr. 777 vom 26. Oktober 1921 hinwies. Der bayer. Gesandte *v. Preger* (s. Anm. 6) sah in diesem Vorgehen den „Bankerott" des parlamentarischen Systems.

[19]) Bei *v. Preger* (s. Anm. 6) hieß es dazu: „Dem bisherigen Reichskanzler kostete es keine allzu große Überwindung, das von ihm geforderte Opfer zu bringen. Die Sozialdemokraten und die USPD wußte er hinter sich; auch den linken Flügel des Zentrums hatte er auf seiner Seite; die Demokraten und vielleicht sogar die DVP waren ihm gleichfalls im Herzen dafür dankbar, daß er den Mut fand, den sie im Hinblick auf ihre Wähler und auf parteipolitische Rücksichten nicht gefunden hatten, sich in die Bresche zu stellen und zu tun, was zu tun bei unserer politischen Lage nun einmal unvermeidlich war. [...] Wirth hätte gern auch [außer Geßler] Schiffer und Rathenau wieder in sein Ministerium aufgenommen. Aber die Demokraten beschlossen nach längerer Beratung, Schiffer die Genehmigung hierzu zu versagen, während sie Rathenau den Wiedereintritt freistellten. Dieser zog aber einstweilen vor, aus dem Ministerium zu bleiben. Wie lange, wird die nächste Zukunft lehren. Das Ministerium wurde ihm jedenfalls offengehalten."

[20]) So *Germania* Nr. 660 vom 27. Oktober 1921.

[21]) So der Abg. *Joos*, Oberschlesien und das Kabinett Wirth, in: *Germania* Nr. 664 vom 28. Oktober 1921, wo es weiter hieß: „Was diesen aufrechten deutschen Mann von den nationalistischen Rechtsparteien trennt, das ist die klare Erkenntnis, daß deren Wege und Mittel in die Irre, in die Zersetzung und Hoffnungslosigkeit führen. Darum widersteht er ihren Zumutungen und läßt sich lieber von ihnen beschimpfen. Er sieht das Heil von Volk und Vaterland anders als sie. Man lese genau, was er über den Machtspruch der Botschafterkonferenz und über die Brüchigkeit der Rechtsgrundlage in seiner Rede sagte, und welche Rückwirkungen auf die Reparationsmöglichkeiten er davon ableitete. Wir können von nun an noch weniger ‚reparieren' als bisher, nach dieser Blutabzapfung in Oberschlesien. [...] Die Linien der Wirthschen Politik weisen so weit über das Heute hinaus."

Optimismus wagte man zu behaupten, daß die „formell koalitionslose Regierung" die „erdrückende Mehrheit" des Volkes hinter sich habe.[22]) Daraus wuchs die Hoffnung, daß sich das Kabinett zu einer echten Koalitionsregierung entwickeln werde.[23])

In seiner Regierungserklärung am 26. Oktober 1921 ging Wirth von der „schweren äußeren Lage" des Reiches und den „innenpolitischen Schwierigkeiten" aus. Er bezeichnete seine in dem „eiligen Drang der Stunde" gewonnenen Kabinettsmitglieder — ohne von einer parteigebundenen Koalition zu sprechen — als Mitarbeiter, die mit ihm „eines Glaubens sind, daß es nicht angängig ist, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Krisis der Regierungbildung oder durch eine handlungsunfähige Regierung auf das Spiel zu setzen."[24]) Der Reichskanzler bekannte sich zur Fortsetzung der bisherigen Politik: Durch Reparationsleistungen bis zur Grenze des Menschenmöglichen den guten Willen Deutschlands zu bekunden, um damit zur „Beseitigung des aus der Kriegsleidenschaft hervorgegangenen Mißtrauens der Völker untereinander" beizutragen. Auf diese Weise sollten die Grenzen sichtbar gemacht werden, die der Erfüllung durch die „natürliche Basis der Weltwirtschaft" gezogen seien. Gegen das „Diktat der Entente" gegenüber Oberschlesien sprach der Reichskanzler „feierliche Verwahrung" aus; durch die Abtrennung Oberschlesiens seien die deutschen Reparationsleistungen in Frage gestellt. Ohne auf andere außen- oder innenpolitische Fragen einzugehen, schloß Wirth seine Erklärung mit einem Appell zur Mitarbeit des Reichstags und mit der Bitte, der neuen Regierung das Vertrauen auszusprechen.

In der anschließenden Debatte wertete der oberschlesische Zentrumsführer Pfarrer Ulitzka den „Spruch von Genf" als „ungeheuerlich und unfaßbar".[25]) Er erkannte dabei an, daß Reichskanzler Wirth alles getan habe, um das „oberschlesische Spiel zu gewinnen", und lobte als leuchtendes Beispiel zur Nachahmung die geschlossene Einheitsfront der deutschen Parteien im voraufgegangenen Abstimmungs- und Volkstumskampf. Ulitzka sah durch den „rechtswidrigen und vernichtenden Spruch der Alliierten auch die Hoffnung schwinden, mit Polen zu dem dringend erwünschten friedlichen Verhältnis zu gelangen. Er beschuldigte die Alliierten, ein zweites Elsaß-Lothringen und damit einen beständigen Konfliktsherd geschaffen zu haben, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen werde.

Zum Abschluß der Debatten erhielt das „Kabinett der Not"[26]) ein von den

[22]) So *Germania* Nr. 660 vom 27. Oktober 1921. In diesem Zusammenhang schrieb das Blatt, bei der Regierungsbildung habe im Hintergrund das „Gespenst einer rein sozialistischen Regierung" gelauert.

[23]) Vgl. *Germania* Nr. 754 vom 6. Dezember 1921.

[24]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 351, S. 4733 ff.; *Wirth*, Reden, S. 215 ff.

[25]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 351, S. 4739 ff.

[26]) So *KV* Nr. 779 vom 27. Oktober 1921.

Abgeordneten Marx und Wels gemeinsam beantragtes Vertrauensvotum (230:132 Stimmen bei 9 Enthaltungen), das mit den Stimmen der überwiegenden Mehrheit des Zentrums, der SPD und der USPD zustande kam. Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei stimmten gegen die Regierung.[27]) Um so nachdrücklicher billigte der Reichsparteiausschuß des Zentrums auf einer Sitzung am 15./16. November die Haltung der Fraktion und die Politik des Reichskanzlers.[28])

[27]) In dem bereits mehrfach erwähnten Bericht *Pregers* (s. Anm. 6) vom 27. Oktober 1921 hieß es, die Annahme des Vertrauensvotums sei zu erwarten gewesen: „Nachdem uns durch Annahme des Waffenstillstands und des Versailler Diktats das Rückgrat gebrochen ist, bleibt gar nichts anderes übrig, als das Alphabet bis zum Ende durchzubuchstabieren, solange die breite Masse des Volkes [...] die tief beschämende Teilnahmslosigkeit gegen alle uns auferlegten Demütigungen und [das] uns zugefügte Unrecht zeigt, wie das leider zur Zeit noch der Fall ist."

[28]) Vgl. *KV* Nr. 835 vom 17. November 1921.

2. Kompromißpolitik

„In anderen Ländern arbeiten die Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus an deren Unterhöhlung; in Deutschland tun dies die demokratisch orientierten Parteien selbst."

Stegerwald am 3. November 1921.[1])

Mit dem neuen Kabinett setzte Wirth seine Politik der „Erfüllung" unbeirrt fort. Sie zog ihm in zunehmendem Maße den Haß von „Besitz, Kapital und Unternehmertum" zu, wo man nachteilige Folgen der Linksorientierung in Gesetzgebung und Verwaltung fürchtete und den als „katholischen Sozialdemokraten" apostrophierten Wirth[2]) ablehnte. Der Kampf gegen Wirth wurde nach einem Diktum des SPD-Abgeordneten Wels[3]) zu einem Kampf der Schwerindustrie und der Wirtschaft gegen den Staat, nachdem die Regierung den Vorschlag der Industrie abgelehnt hatte, an Stelle einer Kreditaktion die Eisenbahnen wieder zu privatisieren.[4]) Wirth wollte sich auf keinen Fall durch massiven Druck der Wirtschaft innenpolitisch in die Defensive drängen lassen, sondern entweder durch den Reichstag stürzen lassen „oder überhaupt nicht".[5]) Als die Abgeordneten Stinnes und Helfferich am 16. Dezember 1921 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags den Kanzler scharf angriffen, verteidigte

[1]) Vgl. *Der Deutsche* Nr. 185 vom 4. November 1921 (WTB-Interview).

[2]) So in einem Bericht des bayer. Gesandten in Berlin, *v. Preger*, vom 27. Oktober 1921. BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 95.

[3]) Am 16. Dezember 1921 im Ausw. Ausschuß des Reichstags, nach dem Bericht des württemb. Gesandten *Hildenbrand*. StA Ludwigsburg E 131 R 2/1.

[4]) Mitgeteilt in einer Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien (vom Zentrum: Spahn, Marx, Becker-Arnsberg) am 11. November 1921. Bundesarchiv R 43 I/2449.

[5]) Ebd.

Wirth seine Politik „als die einzig mögliche" und wiederholte, daß die Regierung nur in „offener Feldschlacht" im Parlament fallen werde.[6])

Für die Fortsetzung seines Kurses konnte er mit der Unterstützung der Zentrumsfraktion rechnen.[7]) Wenig Rückhalt hingegen fand er im Reichsrat, da der Reichskanzler auf ein besonders enges Verhältnis zu den Ländern keinen übermäßigen Wert legte.[8]) Er hielt sich in den nächsten Wochen nach außen hin stark zurück[9]), ohne jedoch sein Ziel einer stärkeren demokratischen und sozialen Ausrichtung und Fundierung der Republik aus den Augen zu verlieren.[10])

Zu einem ernsten Konflikt des Zentrums mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner kam es um die Jahreswende 1921/22 bei der Vorbereitung neuer Steuergesetze. In einer Frage, bei der es — wie sich der bayerische Gesandte in Berlin plastisch ausdrückte — „an den Geldbeutel" ging[11]), sprach sich der rechte Flügel der Zentrumsfraktion (Herold, Klöckner, ten Hompel) gegen eine schärfere steuerliche Erfassung der Sachwerte und des landwirtschaftlichen Besitzes aus.[12]) Die Begründung dafür lautete, diese Werte sollten nicht in ein „Faß ohne Boden" geworfen werden.[13]) Man geht schwerlich fehl in der Annahme, daß bei den Überlegungen der Abgeordneten die Rücksicht auf die bäuerlichen Wähler eine große Rolle gespielt hat. Vermutlich aus den gleichen Gründen lehnte die Zentrumsfraktion eine von der SPD vorgeschlagene Zwangsanleihe ab.[14]) Als sich dann auch in Einzelberatungen über weitere Steuerfragen

[6]) S. Anm. 3.

[7]) *Spahn* sprach sich am 16. Dezember 1921 nach den Ausführungen des Reichskanzlers (s. Anm. 3) für eine Weiterführung der Politik des Kabinetts aus.

[8]) Das beklagte *Preger* in einem Bericht vom 12. Januar 1922. BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 99. Unabhängig von der Rücksichtnahme auf einzelne Länder lag *Wirth* allerdings daran — wie er am 15. April 1922 dem württemb. Staatspräsidenten Hieber auf dessen Einladung zu einer Kundgebung in Stuttgart antwortete —, durch eine solche Veranstaltung zu einer „innigen Verbindung zwischen Berlin und dem Süden beizutragen". StA Ludwigsburg E 131 L 13.

[9]) Dazu vgl. *Bolz*' Mitteilung vom Dez. 1921 aus Berlin: „In den Ausschüssen des Reichstags wird fürchterlich gearbeitet. Die Gesetzesmühle läuft. Aber von den großen Fragen hört man nicht viel, weil keiner etwas weiß. Die Regierung hüllt sich in tiefes Schweigen und tut gut daran." *Miller*, Bolz, S. 202.

[10]) Dafür ist eine Besprechung mit den Parteiführern am 6. Dezember 1921 (vom Zentrum Spahn und Becker-Arnsberg) bezeichnend, in der Reichsinnenminister *Köster* über den Entwurf eines Gesetzes „zum Schutze der republikanischen Staatsform" berichtete und *Wirth* anschließend die Anwesenden ehrenwörtlich verpflichtete, „den Entwurf nicht aus der Hand zu geben und über die heutige Besprechung nichts verlauten zu lassen". Bundesarchiv R 43 I/1028.

[11]) S. Anm. 13.

[12]) Ausführungen des Reichsfinanzministers *Hermes* am 9. Januar 1922 in einer Kabinettssitzung. Bundesarchiv R 43 I/1374.

[13]) So in einer Besprechung der Parteiführer des Zentrums, der SPD und der DDP beim Reichskanzler am 16. Januar 1922, in der die Vertreter der SPD auf ihren Forderungen bestanden. *Wirth* lehnte einen Vorschlag der DDP-Vertreter „nicht grundsätzlich" ab, die DVP neben den Vorberatungen über den Steuerkompromiß auch zu Verhandlungen über ihren Eintritt in die Regierung heranzuziehen. Nachl. ten Hompel.

[14]) In einer Besprechung des Interfrakt. Ausschusses am 20. Januar 1922. Nachl. ten Hompel. Bei *Preger* (s. Anm. 8) hieß es dazu, der rechte Flügel des Zentrums lehne es ab, „um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen an sich selbst das Harakiri zu vollziehen".

keine Einigkeit ergab, glaubten die Zentrumsvertreter Grund zur Klage über den Mangel an Entgegenkommen seitens der SPD zu haben. Offensichtlich rechneten die sozialdemokratischen Abgeordneten darauf, daß sich Wirth — der die eigentlichen Steuerverhandlungen durch den eher dem rechten Zentrumsflügel angehörenden Reichsfinanzminister Hermes führen ließ — „hinter den Kulissen" in seiner Fraktion für die SPD-Forderungen einsetzen würde. Der Reichskanzler hatte allerdings früh genug zu erkennen gegeben, daß er sich durch eine provozierte Krise nicht zu einer Erweiterung der Koalition drängen lassen werde.[15])

Einem weit verbreiteten Unbehagen innerhalb des Zentrums, insbesondere bei der Akademikerschaft — das die Partei mit einer stärkeren politischen Aufklärung nicht beheben konnte[16]) — verlieh der Sozialtheoretiker Theodor Brauer im Dezember 1921 mit folgenden Worten Ausdruck[17]): „Herr Dr. Wirth gibt die Firma her und die Sozialdemokratie führt unter dieser Firma ihren Willen durch. Ist einmal das Allerschlimmste vorbei, dann wird Herr Dr. Wirth, heute der bürgerliche Vertrauensmann der Sozialdemokratie, von dieser selben Sozialdemokratie den obligaten Fußtritt erhalten."

Der im zweiten Kabinett Wirth verstärkt spürbare Einfluß der Sozialdemokraten, der böswillige Kritiker von einer „sozialistischen Regierung mit bürgerlicher Verzierung" sprechen ließ[18]), zog bereits am 3. November 1921 in Preußen den Rücktritt der Minderheitsregierung Stegerwald und den Eintritt der Sozialdemokraten in die bisher von DDP, Zentrum und DVP getragene Koalitionsregierung nach sich. Stegerwald, der seine Ministerpräsidentschaft „in der Hauptsache als Instrument zur Herbeiführung gleichartiger und gefestigter Regierungsverhältnisse in Preußen und im Reich" betrachtet und seit Monaten auf das Ziel einer großen Koalition in Preußen hingearbeitet hatte[19]), wurde

[15]) In einer Besprechung mit den Parteiführern am 11. November 1921. Bundesarchiv R 43 I/2449. Die Auffassung, daß Wirth sich gegebenenfalls hinter dem Rücken seiner Fraktion verständigen würde, stammte von *Preger* (s. Anm. 8), der darin die Gefahr erblickte, daß es dem Reichskanzler „im letzten Augenblick gelingt, seine Partei zu vergewaltigen und zu den Sozialdemokraten hinüberzuziehen, zumal es diesen mit der Forderung der steuerlichen Erfassung der Sachwerte in Wirklichkeit nicht allzu ernst zu sein scheint".

[16]) Ein Eichsfelder Zentrumsanhänger, H. *Thöne*, forderte (in: Das Neue Reich Nr. 17 vom 22. Januar 1922, S. 312) eine „großzügige Propaganda" für die von Wirth verfolgte Neuorientierung des politischen Denkens. Dieser Propaganda müßte es dann auch gelingen, einen Teil der Akademiker zu gewinnen. Der badische Zentrumsführer Josef *Schofer* schrieb (Gedanken zum kommenden Parteitag, in: Das Zentrum Nr. 1 vom 1. Januar 1922, S. 5): „Die Aufklärung [über die wahren Ziele des Zentrums] hat nicht so sehr das ‚Volk' notwendig, sondern mehr die ‚Intellektuellen', besonders die jüngere Generation, auch manche Publizisten."

[17]) In: *Der Deutsche* Nr. 189; zit. in: *Das Neue Reich* Nr. 14 vom 1. Januar 1922, S. 257. Es ist anzunehmen, daß Stegerwald diese Formulierung gedeckt hat.

[18]) So *Das Neue Reich* Nr. 14 vom 1. Januar 1922, S. 257 („Parteifragen in Deutschland"; o. Verf.).

[19]) Vgl. seine Erklärung vom 6. Juni 1921 im Preuß. Landtag. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 1583. Ferner *Stegerwald*, Aus meinem Leben, S. 16 f.: „In Preußen waren beide Parteien, Mehrheitssozialdemokraten und Deutsche Volkspartei, die neu zur Regierung herangezogen

das Opfer dieses Kabinettswechsels.[20]) Von der SPD planmäßig beiseite geschoben und von der DDP — die den Anlaß zum Rücktritt der Regierung gegeben hatte — fallengelassen[21]), wollte er keine Belastung für seine eigene Partei darstellen[22]) und seine Person nicht zu einem Hindernis für den Eintritt der Zentrumsfraktion in die Regierungskoalition werden lassen.[23])

Stegerwald lehnte es ab, den Posten des Wohlfahrtsministers zu übernehmen, und zog sich entsprechend einer früheren Ankündigung[24]) auf seine Tätigkeit als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds und der Christlichen Gewerkschaften sowie als Abgeordneter zurück, um von dort her seinen Ideen neuen Auftrieb zu verleihen. Er verstärkte seine früheren Mahnungen zur Stetigkeit in der Politik, zur Schaffung einer deutschen Volksgemeinschaft und zur Überwindung des Parteienelends.[25]) In der Umgebung Stegerwalds machte man trotz gegenteiliger Versicherungen der Fraktion[26]) kein Hehl aus der Ansicht, daß sich die Partei für ihr prominentes Mitglied nicht genügend eingesetzt habe.[27]) Als Vertreter des Zentrums, das bei diesem Regierungswechsel die „schwersten

---

werden sollten, die Nehmenden; sie wollten beide teilnehmen an der preußischen Verwaltung. Im Reich dagegen mußten beide Parteien die Gebenden sein: Die Deutsche Volkspartei mußte für Besitzsteuern, die Mehrheitssozialdemokraten für Verbrauchssteuern festgelegt werden, um die Lebensnotwendigkeiten des Reiches befriedigen zu können. [...] Das Ziel, weswegen ich die Ministerpräsidentschaft in Preußen übernommen, war damit bis auf weiteres zerschlagen. Nun trat ich zurück. Ich bin damals nicht, wie verschiedentlich fälschlicherweise behauptet wird, an der Politik in Preußen, sondern in Wahrheit ‚gescheitert' an der Politik im Reich." Für Stegerwalds Eintreten für die große Koalition („Die Große Koalition [in Preußen] kommt, weil sie kommen muß") vgl. *KV* Nr. 784 vom 29. Oktober 1921 und seine Ausführungen in einem WTB-Interview, die diesem Kapitel als Motto vorangestellt sind.

[20]) Am 8. November 1921 schrieb *Stegerwald* („Mein Rücktritt", in: *Der Deutsche* Nr. 188; *Germania* Nr. 686 vom 8. November 1921), er habe zäh für eine breite Koalition gekämpft und opfere sich gern „in diesem großen politischen Gedanken". *Braun*, Von Weimar zu Hitler, S. 109, spricht von einem „Eiertanz" Stegerwalds zwischen der Rechten und der Sozialdemokratie.

[21]) Vgl. *Germania* Nr. 674 vom 2. November 1921; 684 vom 6. November 1921.

[22]) Die *KV* Nr. 821 vom 11. November 1921 schrieb: „Die Art, wie man Stegerwald entgegengetreten ist, verletzt nicht nur die christliche Arbeiterschaft, sondern die ganze Zentrumspartei."

[23]) Vgl. die Ausführungen des preuß. Zentrumsabgeordneten *Bergmann*, Zur Regierungsbildung in Preußen, in: *KV* Nr. 809 vom 7. November 1921. Über die Phasen der Regierungsbildung unterrichtet *Grebe*, Die große Koalition in Preußen, in: Allg. Rundschau Nr. 47 vom 19. November 1921, S. 640 f. Dazu *Braun*, Von Weimar bis Hitler, S. 111.

[24]) Am 14. Juli 1921 im Preuß. Landtag. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 2, Sp. 2779.

[25]) Vgl. die ausführliche Begründung seines Schrittes in einem Artikel „Mein Rücktritt" (s. Anm. 20).

[26]) Demgegenüber erklärte der Abg. *Herold* am 10. November 1921 im Preuß. Landtag: „Wir sind mit aller Entschiedenheit und mit Nachdruck bis zum letzten Augenblick für Herrn Stegerwald eingetreten. Aber das große Ziel der erweiterten Koalition war nur zu erreichen, wenn wir von Stegerwald als Ministerpräsident Abstand nahmen. Auch Herr Stegerwald wollte das große Werk nicht an der Personenfrage scheitern lassen." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 3, Sp. 4158.

[27]) *Der Deutsche* Nr. 193 vom 13. November 1921 schrieb, daß im Falle von Porsch oder Spahn die Zentrumspartei anders gehandelt hätte „wie sie gegenüber Stegerwald gehandelt hat".

Opfer" brachte[28]), traten die Abgeordneten am Zehnhoff und Hirtsiefer als Leiter des Justiz- bzw. Wohlfahrtsministeriums in die am 5. November gebildete preußische Koalitionsregierung unter SPD-Führung ein.[29])

Der Regierungswechsel im Reich und in Preußen zog als unmittelbare Folge eine Erweiterung der Koalition in Württemberg nach sich, wo am 7. November 1921 die SPD in die zuletzt von Zentrum und Demokraten gebildete Regierung eintrat.[30]) Damit befand sich das Zentrum zu diesem Zeitpunkt sowohl im Reich als auch in Preußen, Württemberg und Hessen in einer Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten. Das war für die Mehrheit der Zentrumsanhänger alles andere als ein „Anlaß zu Jubelhymnen".[31]) Mit einem Gefühl der Bitterkeit und des Vorwurfs gegenüber der Parteiführung wurde es im Lande registriert, daß die Sozialdemokratie in keiner der verschiedenen Koalitionen das Finanzministerium übernahm, sondern im allgemeinen dem Zentrum überließ, da „Steuern machen" nichts Angenehmes sei und „nicht agitatorisch" wirke.[32])

Die im Oktober/November 1921 vorgenommene Regierungsumbildung im Reich und in einigen Ländern ließ den Zentrumsanhängern die Abhängigkeit von der „Linken" besonders deutlich ins Bewußtsein treten. Diese Tatsache trug mit dazu bei, in einer kritischen Rückschau aus Anlaß des Jahrestags der Verkündung des „Essener Programms" (21. November 1920) die Frage aufzuwerfen, ob bzw. was seitdem von der Stegerwaldschen Konzeption realisiert worden war. Die Antwort mußte allenthalben negativ ausfallen. Das Fehlen einer starken Führerpersönlichkeit, die sich an die Spitze der erstrebten „umfassenden Volksbewegung"[33]) gestellt hätte, war der Hauptgrund dafür, daß die hochgespannte programmatische Zielsetzung von Essen nicht verwirklicht wurde. Stegerwald selbst hatte sich, nicht zuletzt auch unter dem Druck seiner eigenen Parteifreunde, nicht entschließen können, die preußische Ministerstellung aufzugeben. Konfessionelle Gegensätze und ein traditionelles gegenseitiges Mißtrauen ließen sich nicht so rasch überwinden; der Zentrumsturm besaß immer noch ein stabiles, wenngleich schmales Fundament. Es gab keine nichtkatholische Massenorganisation, mit deren Hilfe ein „einheitlicher politischer Wille" geschmiedet werden konnte.[34]) Die Zentrumsführer hatten sich längst

[28]) So rückblickend *Grebe*, Die große Koalition in Preußen an der Arbeit, in: Allg. Rundschau Nr. 2 vom 14. Januar 1922, S. 15.

[29]) Am 14. November 1921 schrieb *Porsch* an Carl Bachem, er habe mit Adenauer und Kaas die Regierungsbildung eingehend besprochen: „Sie schieden mit einer im wesentlichen anderen Auffassung von mir, und zwar meinen Ausführungen beipflichtend, als wie sie gekommen waren." Nachl. Bachem 63.

[30]) Dazu vgl. *Miller*, Bolz, S. 198.

[31]) So *KV* Nr. 809 vom 7. November 1921.

[32]) So in dem in Anm. 21 erwähnten Artikel.

[33]) So Theodor *Brauer*, Der Sammelruf Stegerwalds, in: Das heilige Feuer 9, 1922, S. 28.

[34]) So der Abg. und württemb. Staatsminister *Bolz* auf dem Parteitag des Württemb. Zentrums am 11. Dezember 1921. Vgl. *KV* Nr. 907 vom 13. Dezember 1921; *Miller*, Bolz, S. 200.

darauf geeinigt, die Verwirklichung von Stegerwalds Ideen als „altes Zentrumsprogramm" auszugeben.

Stegerwald selbst sah keine Möglichkeit, von der Basis der Zentrumspartei aus zu der erstrebten interkonfessionellen Mittelpartei zu gelangen. Er hatte erkennen müssen, daß noch „sehr breite Kreise" im Zentrum in den kirchen- und schulpolitischen Fragen den „Eckstein und das Wesen der deutschen Politik überhaupt" sahen.[35]) Es dürfte ihm wenig Freude gemacht haben zu erleben, daß ein Teil der jungen katholischen Intelligenz, der sich begeistert für das Essener Programm erklärt hatte, infolge des weiterhin unveränderten Parteiensystems zu den Deutschnationalen hinstrebte. Die Hoffnung der Zentrumsführung, daß diese Kreise — vom „lutherischen Kampfgeist" in der DNVP abgestoßen — wieder zum Zentrum zurückfinden würden[36]), sollte sich nicht erfüllen.

Zum Jahreswechsel 1921/22 war von einem einheitlichen und geschlossenen Zentrum wenig zu spüren, wenngleich im Unterschied zu den früheren, leidenschaftlich geführten Diskussionen um Erzberger eine gewisse Beruhigung nicht zu verkennen ist. Die permanente politische Verantwortung und Belastung, die die Partei seit fast drei Jahren trug, hatte tiefe Spuren und Narben hinterlassen. Unterschiedliche Auffassungen über die Fragen der Staatsform und des Parlamentarismus, des rechten Verhältnisses von Zentralismus und Föderalismus standen unversöhnt nebeneinander. Das vor allem in der Reichstagsfraktion sichtbare Vordringen von „Geld- und Berufsinteressen" beschwor ernste Gefahren herauf.[37]) Die bei jeder Gelegenheit zutage tretenden Gegensätze verkörperten sich in nahezu reiner Form in zwei führenden Persönlichkeiten und Exponenten der Partei: in Wirth und Stegerwald.

Wirths bisweilen leidenschaftlich vorgebrachtes Bekenntnis zur demokratischen Republik und sein Festhalten an der Linkskoalition und Brauns' bzw. Stegerwalds antisozialistisches Konzept einer starken bürgerlichen Mittelpartei — die in der Lage sein sollte, ohne und gegen die Sozialdemokratie zu regieren und den Marxismus zu überwinden — schlossen einander aus. Ebenso unablässig wie Wirth versuchte, die Republik auch zum geistigen Besitzstand werden zu lassen[38]), vertrat Stegerwald eine christlich-nationale, „organische" Gesellschafts-

[35]) Auf einer Tagung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 5. März 1922. Vgl. *KV* Nr. 181 vom 6. März 1922.

[36]) So hieß es in einem Aufsatz von *Bolz* gegen Martin Spahns Artikel „Mein Wechsel der politischen Partei" (in: Das Neue Reich Nr. 8 vom 20. November 1921), in dessen Verlauf Bolz die Frage der Staatsform als „für lange Zeit nicht zu den Lebensfragen des deutschen Volkes" gehörig bezeichnete. Bolz glaubte, daß das Zentrum seine alte Werbekraft nicht verloren habe.

[37]) Das beklagte *Bolz* auf dem Parteitag des Württemb. Zentrums (s. Anm. 34) und fügte hinzu: Diese Gefahren seien überwindbar, „weil unser Programm den einzelnen Beruf in seine Schranken weise". Vgl. *Miller*, Bolz, S. 200.

[38]) In einem Aufsatz des badischen Zentrumsangehörigen Hans *Pfeiffer* (Wohin steuert das Zentrum?, in: Das Neue Reich Nr. 3 vom 16. Oktober 1921, S. 38) hieß es: „Will Dr. Wirth aus dem Zentrum eine republikanische Partei machen? Das wäre Sprengpulver, würde die Partei unweigerlich zerreißen."

und Staatsauffassung, auf deren Grundlage möglicherweise eine Annäherung von Zentrum und BVP zustande kommen konnte.

Daß es infolge dieser Gegensätze nicht zu einer Parteispaltung oder formellen Flügelbildung kam, verhinderte die beiden Politikern und ihren Anhängern gemeinsame, immer wieder verbindende und versöhnende konfessionelle Grundlage. Daneben machte sich der Zwang einer permanent in der Regierungsverantwortung stehenden Partei geltend, innere Streitigkeiten nicht bis zum Bruch in den eigenen Reihen zu treiben und damit eventuell selbst von der Regierung und von der Macht ausgeschaltet zu werden. Eine sozial derart heterogen zusammengesetzte Partei wie das Zentrum eignete sich nicht zur Opposition und den dafür erforderlichen politischen Stil. Die Folge war, daß unter dem Zwang zu einem dauernden Kompromiß im Zeichen des allseitigen Rufes zur Einigkeit und Geschlossenheit permanente Gegensätze überbrückt werden mußten, die im innerparteilichen Bereich und im politischen Raum zu unterschiedlichen Aktionen und Reaktionen führten. Die Glaubwürdigkeit einer programmatisch begründeten, aber faktisch nicht durchsetzbaren „christlichen Politik" erlag einer aus politischen Gegebenheiten und taktischen Gründen bedingten und nach außen hin immer stärker sichtbaren Kompromißbereitschaft.

Daraus resultierte die Gefahr einer dauernden „Aufweichung", die naturgemäß den Kritikern immer neue Angriffsflächen bot.[39]) Die innerparteiliche Kompromißpolitik, deren Ergebnis dann in den Verhandlungen mit den Koalitionspartnern im Kabinett ein weiteres Mal „aufgeweicht" wurde, erforderte ein Höchstmaß von Anpassung, das dem Zentrum vermöge seiner relativ weitgehenden programmatischen Ungebundenheit in konkreten Sachfragen je nachdem positiv als „Geheimnis" und „Kraft" zugeschrieben oder negativ als „Opportunismus" und „Taktik" angelastet wurde.

Unwillen in den eigenen Reihen und Kritik von außen führten dazu, daß der Vorwurf von angeblichen Gegensätzen zwischen den Zielen des „alten" (föderalistisch-monarchistisch eingestellten) und des „neuen" (unitaristisch-demokratisch orientierten) Zentrums immer wieder zurückgewiesen werden mußte.[40]) Die Gefahren, die aus der skizzierten Situation für den Zusammenhalt des Zentrums erwuchsen, waren in dem Maße gestiegen, in dem Wirth als Reichskanzler mit seinen republikanischen Appellen an die Öffentlichkeit getreten war

[39]) In diesem Zusammenhang verdient eine Bemerkung des Kuratus Clemens *Graf von Galen* (des späteren Bischofs von Münster) erwähnt zu werden: Am 3. Oktober 1921 erklärte Galen anläßlich einer Besprechung des Aufsichtsrates der Berliner Germania mit den leitenden Redakteuren: „Die Aufgabe für den katholischen Zentrums-Redakteur ist freilich jetzt ungeheuer schwierig, weil die Politik der Zentrumsminister (die allen gerecht werden müssen), der Zentrumsfraktion (als Koalitionspartei) und der Zentrumspartei oder besser der Katholiken (grundsätzliche Forderungen) sich nicht decken und nicht ganz decken können und doch alle drei gestützt und gefördert werden müssen." Vgl. Max *Bierbaum*, Nicht Lob nicht Furcht. Das Leben des Kardinals von Galen. Münster [5]1962, S. 178.

[40]) So z. B. von Josef *Schofer*, Gedanken zum kommenden Parteitag, in: Das Zentrum Nr. 1 vom 1. Januar 1922, S. 5.

und in dem er dafür bei den Parteien links vom Zentrum Sympathie und Zustimmung gefunden hatte. Daß Wirth nach der Demission seines Kabinetts Ende Oktober 1921 in stärkerem Maße von der SPD als von seiner eigenen Partei als neuer Kanzlerkandidat verlangt und unterstützt worden war, hatte viele Zentrumsanhänger nachdenklich gemacht. Die Lücke, die der nahezu gleichzeitige Tod von vier Parlamentariern in die Reihen der Parteiführer gerissen hatte, war noch nicht wieder geschlossen. Inzwischen hatten jedoch die parteiinternen Beratungen über die Richtlinien des Zentrumsprogramms abgeschlossen werden können, so daß der seit langem vorgesehene 2. Reichsparteitag einberufen werden konnte. Er sollte nach einem Beschluß des Reichsausschusses der Partei vom 16. November 1921 Mitte Januar 1922 in Berlin zusammentreten.[41])

[41]) Vgl. *KV* Nr. 835 vom 17. November 1921. Fünf Wochen später wurde die Dauer des Parteitags auf die Zeit vom 15. bis 17. Januar 1922 festgesetzt. Vgl. *KV* Nr. 937 vom 23. Dezember 1921.

3. Das Ergebnis des 2. Reichsparteitags (Januar 1922)

„Das Zentrum ist nicht Wirth, nicht Erzberger, nicht Stegerwald, Spahn oder Porsch, es ist die Partei des christlichen deutschen Volkes, das heute noch mehr als früher im katholischen Volksteil seinen Schwerpunkt hat."
Otto Kunze am 14. Januar 1922.[1])

Genau zwei Jahre nach der „Heerschau"[2]) vom Januar 1920 wurde der 2. Reichsparteitag des Zentrums am 15. Januar 1922 in Berlin eröffnet. Seine dreitägigen Verhandlungen, denen die Partei glaubte „mit ruhigem Gewissen" entgegensehen zu können[3]), standen im Zeichen der alten Zentrumsdevise, die „richtige Mitte zwischen den Interessengegensätzen [zu] suchen und zur Geltung [zu] bringen".[4]) Unter dem Präsidium des „Dienstältesten" aller deutschen Zentrumsparlamentarier, Felix Porsch[5]), der als der älteste Stellvertreter des verstorbenen Parteivorsitzenden Trimborn vom Reichsparteiausschuß im November 1921 mit der Leitung der Partei beauftragt worden war[6]), amtierten als stellvertretende Vorsitzende des Parteitags Frau Dransfeld, Gronowski, Marx,

[1]) Zentrumsparteitag, in: Allg. Rundschau Nr. 2, S. 13.

[2]) So *Porsch* zur Eröffnung des 2. Reichsparteitags am 15. Januar 1922. Vgl. Offizieller Bericht, S. 1.

[3]) So *Germania* Nr. 34 vom 14. Januar 1922 („Unser Parteitag").

[4]) So Reichsarbeitsminister *Brauns* im Verlaufe seines einleitenden Referats über die allgemeine politische Lage. Vgl. Offizieller Bericht, S. 10. Brauns war für den erkrankten Abg. Becker-Arnsberg eingesprungen. Vgl. ebd., S. 81 (*Marx*).

[5]) So *Porsch* zum Abschluß des Parteitags. Vgl. ebd., S. 110. Der schlesische Zentrumsführer gehörte seit 1881 dem Parlament an.

[6]) Vgl. *Porsch*, ebd., S. 1.

Mönnig und Graf Praschma. Die von 382 Delegierten besuchte Tagung verlief ganz im Sinne des „alten Zentrumsgeistes". Das bemerkenswerteste Politikum war das einstimmig angenommene Vertrauensvotum für die Politik der Regierung Wirth und der Reichstagsfraktion.[7])

Die noch 1920 leidenschaftlich umstrittene Koalitionspolitik stand überhaupt nicht mehr zur Debatte; die „Arbeitsgemeinschaft" mit der Sozialdemokratie[8]) fand keinen grundsätzlichen Kritiker.[9]) Selbst diejenigen Sprecher, die sich dafür einsetzten, die Koalition zur Deutschen Volkspartei hin zu erweitern — wobei Fehrenbach in eine solche Koalition nur diejenigen Persönlichkeiten der DVP einbeziehen wollte, die auf dem Boden der Verfassung ständen[10]) —, verzichteten auf jegliche Kritik an der derzeitigen Koalition. Auch die permanente Teilnahme der Reichstagsfraktion an der Regierung und die erneute Übernahme des Kanzleramts durch einen Zentrumspolitiker fanden einhellige Zustimmung, wobei der Gedanke der Mitverantwortung für Volk und Nation in den Vordergrund gerückt wurde. Mit dem traditionellen Rückgriff auf den legendären „alten Zentrumsgeist" verband sich ebenso traditionell ein Hinweis auf den politischen Charakter der Partei. Zahlreiche Redner bezogen sich auf die Gemeinsamkeit der christlichen Weltanschauung.[11]) Reichskanzler Wirth interpretierte in einer kurzen, lebhaft bejubelten Ansprache die Zentrumspartei höchst eigenwillig als ein „Mittel der Vorsehung", um christliche Gedankenwelt im öffentlichen Leben zu verteidigen und sicherzustellen.[12])

Als Folge dieses offensichtlich vorher abgesprochenen allgemeinen Rückgriffs auf die gemeinsame konfessionelle Grundlage kam es kaum zu Diskussionen um die „berufsständischen" Forderungen der einzelnen Interessengruppen. Die Einrichtung weiterer Beiräte für die verschiedenen Berufsgruppen bzw. die nachträgliche Anmeldung von deren Existenz beschwor keine Debatten herauf.[13]) Der von dem münsterischen Abgeordneten Professor Schreiber in Fortsetzung seiner Ausführungen auf dem 1. Reichsparteitag eingebrachte Vorschlag, durch

---

[7]) In einem Rückblick von *Marx*, Die Bedeutung des Parteitages vom Januar 1922 (in: Das Zentrum Nr. 3 vom 1. Februar 1922, S. 34) hieß es dazu: „Die Reichstagsfraktion war sich bewußt, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan und nach bestem Wissen und Gewissen namentlich die schwierigen Fragen der auswärtigen Politik entschieden zu haben."

[8]) So *Marx*. Vgl. Offizieller Bericht, S. 73.

[9]) Bereits vor Beginn des Parteitags hatte die *KV* (Nr. 32 vom 13. Januar 1922) geschrieben, man könne annehmen, daß die „Notwendigkeit der Koalitionspolitik" in den Kreisen des Zentrums gewürdigt und verstanden werde.

[10]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 23.

[11]) In seinem Rückblick sprach *Marx* (s. Anm. 7) von einem „Parteitag des offenen Bekenntnisses zum Christentum".

[12]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 96; *Wirth*, Reden, S. 235 ff.

[13]) In der Rhein. Zentrumspartei waren — einer Mitteilung der *KV* Nr. 35 vom 14. Januar 1922 zufolge — in der jüngsten Zeit Beiräte für Landwirtschaft und Weinbau sowie für Beamten- und Mittelstandsfragen neu eingerichtet worden.

kulturpolitische Beiräte ein „neues Band" um die Partei zu schlagen[14]), fand ein positives Echo. Mit Hilfe dieser Beiräte sollten insbesondere die „geistig schaffenden Kräfte" für die Partei gewonnen werden.[15])

Die Gewinnung bzw. Wiedergewinnung der akademisch gebildeten Kreise[16]) bildete ein Hauptthema des Parteitags. Zahlreiche Redner, unter ihnen Fehrenbach, beklagten die Tatsache, daß so viele Akademiker einschließlich mancher Geistlichen[17]) nicht das „rechte Verständnis" für die ausgleichende Tätigkeit des Zentrums aufbrächten.[18]) Insbesondere in der Studentenschaft glaubte man ein starkes Gefälle zu rechtsradikalen Parolen und Parteien registrieren zu können.[19]) Aus Kreisen der jüngeren Akademiker wurde wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Zentrumspolitik in stärkerem Maße geistig zu fundieren. Im Rahmen des Parteitags appellierte der Bonner Abgeordnete und Theologieprofessor Lauscher in einer eigenen Veranstaltung an die Akademiker, sich von nationalistischen Gedankengängen freizumachen und sich zur Republik als der „einzigen für Deutschland möglichen Staatsform", zur „Eingliederung in das Ganze des Volksorganismus" und zu der vom Zentrum erstrebten „christlichen Demokratie" zu bekennen.[20])

In seinem Referat „Ideen und Ziele der Zentrumspartei" rückte der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Marx — der an Stelle des erkrankten Abgeordneten Kaas sprach — die Weltanschauungsgrundlage der Partei so stark in den Vordergrund, daß dahinter die aktuellen politischen Fragen zurücktraten. Marx

[14]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 27.

[15]) So der Delegierte Gewerbeschullehrer *Schmerbeck* (Karlsruhe). Ebd., S. 33.

[16]) In einem Schreiben von *Porsch* vom 14. November 1921 an Carl Bachem hieß es: „Daß unsere Intellektuellen sich beschweren, verstehe ich, aber sie tragen selbst den größten Teil der Schuld. Sie haben sich früher nie sehr um die Partei gekümmert und leider nur zu geringen Teilen danach gestrebt, in ihr Einfluß zu gewinnen, haben es vielmehr besser gefunden, faul zu sein und zu kritisieren. [...] Ich habe aber doch gerade in der Jetztzeit schon erfreuliche Rückbildungen erfahren." Nachl. Bachem 523.

[17]) So Rechtsanwalt *Wigge* (Meschede). Vgl. Offizieller Bericht, S. 15.

[18]) So *Brauns*, ebd., S. 13. Am 6. März 1922 hieß es in einem Schreiben von Carl *Bachem* an Alois Fürst zu Löwenstein, die akademisch gebildeten Kreise in Köln „wie auch sonstwo" seien in hohem Maße gegen die Zentrumspartei verstimmt und wollten nicht einsehen, „daß die Richtung der Zentrumspolitik den heutigen Verhältnissen entsprechend direkt zwangsläufig" sei. Nachl. Bachem 465.

[19]) Auf einem voraufgegangenen regionalen Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Trier (am 4. Januar 1922) hatte der Generalsekretär des Rhein. Zentrums, *Hamacher*, ebenfalls auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Jugend für die Partei zu gewinnen. Vgl. *KV* Nr. 12 vom 5. Januar 1922.

[20]) Als Anhang gedruckt zum Offiziellen Bericht, S. 114 ff. Diese Rede hatte nach einer Aufzeichnung im Nachl. Marx II/1 einen außerordentlichen Erfolg. Dazu vgl. auch *Germania* Nr. 44 vom 19. Januar 1922. Das *Kathol. Korrespondenzblatt* (DNVP) Nr. 3 vom 21. Januar 1922 polemisierte gegen die Ausführungen Lauschers — der zugegeben habe, daß weite Kreise der Akademikerschaft der Republik ablehnend gegenüberständen — und schloß triumphierend: „Unser aber ist die Zukunft, denn wir, wir *haben* die Jugend."

hielt ein gezieltes Plädoyer für das Zentrum als christliche Volkspartei[21]), die in ihrer Politik seit 1919 nicht von den wesentlichen Grundsätzen des „alten Zentrums" abgewichen sei.[22]) Mit seinem Eingehen auf die Arbeitsgemeinschaft mit der SPD verband der Abgeordnete einen nachdrücklichen Hinweis auf die Erfolge, die mit Hilfe dieser Koalition erreicht werden konnten.[23]) Er unterstrich den Grundsatz der „bürgerlichen Toleranz" des Zentrums und bedauerte, daß sich noch nicht so viele Evangelische der Partei angeschlossen hätten, „wie es wünschenswert wäre".

Unter den wenigen von Marx angeschnittenen politischen Nahzielen stand die Forderung nach Parität im Hinblick auf den „Zutritt zu den öffentlichen Ämtern" an erster Stelle, gefolgt von der aktuellen Forderung (Vorlage eines Reichsschulgesetzes) nach Sicherstellung und Beibehaltung der konfessionellen Schule. Seine Interpretation des Zentrums als Verfassungspartei wollte Marx ausdrücklich nicht nur als Anerkennung der auf der Grundlage der Reichsverfassung bestehenden Republik verstanden wissen, sondern als eine Verpflichtung der Zentrumsangehörigen, „alles, was geschehen kann, zu tun, um unser Staatswesen zu fördern und zu heben". Marx forderte diejenigen Zentrumsanhänger, „die in der Monarchie die bessere Staatsform erblicken", zwar nicht direkt zum Umdenken auf, er verpflichtete sie jedoch, die Verfassung anzuerkennen.[24]) Ebenso selbstverständlich wie ein Bekenntnis der Partei zur Reichseinheit war es für den Fraktionsvorsitzenden, sich gegen einen „zentralistischen Einheitsstaat" auszusprechen. Ohne den Namen Stegerwalds — der übrigens auf dem Parteitag nicht ein einziges Mal das Wort nahm — oder Brauns' zu nennen, lehnte Marx eine Umgestaltung oder Umwälzung der Zentrumspartei und ihrer Grundsätze ab. Diese Grundsätze wollte er noch mehr als bisher im öffentlichen Leben zur Geltung gebracht wissen.

Der seit langem geforderten geistigen Neufundierung und grundsätzlichen politischen Ausrichtung des Zentrums wurde durch die Vorlage eines neuen Programms entsprochen, um dessen Ausgestaltung sich Trimborn mit besonderem

[21]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 72 ff. Dazu vgl. Otto *Sachse*, Das Ergebnis des Zentrumsparteitags, in: Allg. Rundschau Nr. 4 vom 28. Januar 1922, S. 41.

[22]) Diesen Gedankengang unterstrich *Marx* auch in seinem Rückblick auf den Parteitag (s. Anm. 7).

[23]) In einer Aufzeichnung im Nachl. Marx II/1 heißt es dazu: „Es ist merkwürdig, wie gerade in Akademikerkreisen die Stellung des Zentrums verkannt wird. Das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten und das Bekennen zur Republik haben viele Akademiker nicht verstanden. Ich habe gerade diese Punkte auch mit besonderer Betonung in meiner Rede behandelt und mit guten Gründen verteidigt. Besondere Zustimmung fanden meine Ausführungen, daß das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten keine Gesinnungsgemeinschaft, sondern lediglich eine Arbeitsgemeinschaft sei."

[24]) In einem Artikel des Berliner Senatspräsidenten *Paehler* „Zentrum und Staatsform" (in: *Germania* Nr. 54 vom 22. Januar 1922) hieß es, diejenigen Redner des Parteitags, die sich ausdrücklich zur Republik bekannten, hätten den meisten Beifall bekommen. Dieses Faktum läßt sich aus der Wiedergabe des Offiziellen Berichts nicht belegen, wo der jeweilige Beifall („langanhaltend", „stürmisch", „lebhaft" usw.) verzeichnet ist.

Eifer gekümmert hatte.[25]) Ein in wesentlichen Teilen von dem M.Gladbacher Volksvereins-Dezernenten Emil Ritter formulierter und in seiner Endfassung besonders von Joos redigierter Entwurf war seit Mitte November 1920 in einer eigenen Programm-Kommission von etwa 30 Personen, in der Regel unter dem Vorsitz Trimborns, durchberaten und sowohl von Vertretern „aller Berufsstände"[26]) als auch von „Sachverständigen aller in Frage kommenden Gebiete" geprüft und gutgeheißen worden.[27]) Nach einem Hinweis von Ritter, der diese Richtlinien in einer begeistert aufgenommenen Rede auf dem Reichsparteitag interpretierte, waren mehr als hundert Abänderungsanträge von Provinzialorganisationen, Landesparteien, Beiräten, Interessengruppen und auch Einzelpersonen eingegangen und großenteils berücksichtigt worden. (Auf deren Inhalt wird im folgenden Kapitel einzugehen sein.)[28])

Das neue Programm ging — nach Ritter[29]), der sich für das Zustandekommen der Richtlinien ein „großes Verdienst" erworben hatte[30]) — von der Tatsache aus, daß in der Zentrumspartei die Weltanschauung parteibildend geworden sei und daß sich aus der religiösen Überzeugung der Parteianhänger bestimmte Konsequenzen für das politische Leben ergeben müßten; die Mittelstellung der Partei wurde als eine Konsequenz ihres Charakters, aber nicht als Lebensprinzip der Partei begriffen. Die Zentrumspartei als „Gesinnungsgemeinschaft" auf positiv christlicher Grundlage empfand sich ebenso selbstverständlich als eine politische wie eine nationale Partei, die alle Schichten und Stände des Volkes umfassen wollte und als Verfassungspartei für eine betonte Mitarbeit im „Volksstaat" eintrat.[31])

Bemerkenswert an der Interpretation des eigenen Standorts war weniger die klare Absage an das „liberal-kapitalistische" und an das sozialistische Wirtschaftssystem als vielmehr die wiederholt zum Ausdruck gebrachte Sehnsucht nach „wahrer und starker" Volksgemeinschaft und deren organischem Aufbau.

---

[25]) Nach *Porsch* (Offizieller Bericht, S. 107) war Trimborn von der Notwendigkeit dieser Richtlinien so „fest durchdrungen" gewesen, daß er gegenüber Porsch mehrfach erklärt habe: „Ich berufe den nächsten Parteitag nicht eher, bevor ich nicht sicher bin, daß diese Richtlinien fertiggestellt sind."

[26]) So *Joos*, Zentrumsprogramm, S. 4.

[27]) Nach *Ritter* (Der Weg des politischen Katholizismus, S. 191, und Volksverein, S. 384) hatten sich an den Arbeiten der „Spezialkommission" auch Spahn, Herold, Hitze, Marx, Porsch, Stegerwald und zeitweilig auch Erzberger beteiligt.

[28]) In einer späteren, undatierten Aufzeichnung von Wilhelm *Marx* zur Geschichte dieser „Richtlinien" ist auch die Mitwirkung des Ministerialdirektors im preuß. Innenministerium v. Schoenebeck erwähnt, die sonst nicht belegt ist. Nachl. Marx II/1.

[29]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 61 ff.

[30]) Vgl. *Porsch*, ebd., S. 69, sowie *Marx* in einer kurzen Aufzeichnung über das Zustandekommen dieser Richtlinien (unter dem 16. Januar 1922). Nachl. Marx II/1.

[31]) In einem Rückblick von Helene *Weber*, Der Reichsparteitag und die Frauen (in: Das Zentrum Nr. 3 vom 1. Februar 1922, S. 35) hieß es, die Ausführungen Ritters hätten das Vertrauen zu dem „hohen Idealismus der Partei" gestärkt.

Die „gestaltlose Masse" sollte überwunden werden, um durch eine berufsständische Gliederung zur „wahren Solidarität" im wirtschaftlichen und sozialen Leben zu gelangen und damit zu einem Wohlfahrtsstaat, der das Wohl aller Stände zu fördern habe. Ziel der kulturpolitischen Bestrebungen sollte es sein, die „geistige und sittliche Volksgemeinschaft" im Sinne einer christlich-deutschen Volkskultur zu erneuern und zu festigen. Das neue Programm sollte neue Begeisterung für die alte Partei wecken. Nach dem Referat von Emil Ritter wurden die Richtlinien — als „Merkstein" in der Geschichte der Zentrumspartei gedacht[32]) — ohne Debatte einstimmig angenommen[33]), also auch mit den Stimmen derjenigen Politiker, die sich, wie z. B. Wilhelm Marx, ursprünglich gegen die Aufstellung eines neuen Parteiprogramms ausgesprochen hatten.[34])

Neben den Referaten von Marx und Ritter, die die geistigen Grundlagen des politischen Wirkens des Zentrums in den Vordergrund gerückt hatten, bildete das Referat des Generalsekretärs der Partei (seit 1. Juli 1920), Katzenberger, über Organisationsfragen einen dritten Höhepunkt der Tagung. Sein Bericht über die bisherige Tätigkeit des Generalsekretariats und sein Eintreten für den weiteren planmäßigen Ausbau der erst nach der Revolution ins Leben gerufenen einheitlichen Parteiorganisation wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. (Über den von Katzenberger referierten Stand der Parteiorganisation ist in dem Kapitel über die Organisation des Zentrums die Rede.)

Der Parteitag brachte einmütig seine Bereitschaft zum Ausdruck, in Zukunft sowohl das organisatorische als auch das finanzielle Fundament des Zentrums zu stärken. Dadurch sollte ebenso wie durch den betonten Rückgriff auf die traditionellen geistigen und konfessionellen Grundlagen die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei neu belebt und manifestiert werden. Diesem Ziel diente in besonderem Maße die zum Abschluß der Tagung vorgenommene Neuwahl des Parteivorstands. Der von Porsch verlesene Vorschlag für die gleichzeitige Wahl von 4 Ehrenvorsitzenden, 1 Parteivorsitzenden und dessen 4 Stellvertretern, 13 Beisitzern, 4 Schriftführern und 2 „Rechnern" wurde ohne Diskussion und ohne Einzelwahlgänge einstimmig angenommen.[35]) Danach waren die Parteiveteranen und bisherigen Ehrenvorsitzenden Fehrenbach, Herold und Spahn wiedergewählt, zu denen (an Stelle des verstorbenen Hitze) Porsch trat.

---

[32]) So der Abg. *Herold;* Offizieller Bericht, S. 69 (möglicherweise Druckfehler für „Markstein").

[33]) Ebd., S. 70.

[34]) In einer späteren Aufzeichnung von *Marx* (s. Anm. 30) heißt es: „Ich muß eingestehen, daß ich von vornherein für die Aufstellung eines solchen ‚Parteiprogramms' nicht sehr begeistert war. Ich sagte, man sei nun beinahe vierzig Jahre ausgekommen, ohne ein neues Programm aufzustellen. Das alte Soester Programm habe noch immer ausgereicht und seine Schuldigkeit getan. Es komme darauf an, die altbewährten Grundsätze der Zentrumspartei auszuführen und durch Wort und Tat dem Volke bekannt zu geben."

[35]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 106.

Das wichtigste Ergebnis war die Wahl des neuen Parteivorsitzenden. Sie fiel — offensichtlich einem Wunsche Trimborns entsprechend — auf Wilhelm Marx, den Prototyp des akademisch gebildeten und schon durch seine richterliche Tätigkeit als Vermittler besonders geeigneten, zudem nicht-interessengebundenen Parlamentariers und Politikers. Zu den bisherigen stellvertretenden Parteivorsitzenden Frau Dransfeld und Stegerwald traten (an Stelle von Burlage und Porsch) der Großindustrielle und Abgeordnete Klöckner und der Kölner Justizrat Mönnig. Von den bisher amtierenden 12 „Beisitzern" schieden zwei (Albersmann und Bayersdörfer) aus, während die übrigen zehn (Brauns, v. Brentano, Eßer, Graf, Graw, Joos, Freiherr v. Kerckerinck zur Borg, Lensing, Fürst Löwenstein-Wertheim und Schofer) in diesem Amt verblieben. Zu neuen Beisitzern wurden gewählt: Hofmann (Ludwigshafen), Frau Philipp (Pforzheim) und Professor v. Martin (München), mit dem ein evangelisches Zentrumsmitglied in den Parteivorstand gelangte, der eigens zu diesem Zweck um einen Platz erweitert wurde.

Wenngleich der Berichterstatter für die Wahl des Parteivorstands, Landesökonomierat Graw (Wormditt), ausdrücklich hervorhob, daß der Vorstand keine Vertretung von Standesinteressen darstellen solle[36]), so ist doch nicht zu verkennen, daß die von zwei Ausschüssen „eingehend beratene" Liste (so Graw) die Exponenten der einzelnen Stände und Landschaften einigermaßen gleichmäßig zu berücksichtigen suchte. Nicht entsprechend vertreten fanden sich allerdings die weiblichen Delegierten, die infolgedessen ohne Mühe den Beschluß durchsetzten, daß für den Fall des Ausscheidens eines Mitglieds aus dem Reichsparteivorstand („sofern es nicht der Vorsitzende ist") eine Frau zu wählen sei.[37])

In seiner Schlußansprache unterstrich Porsch, genauso wie Fehrenbach zum Ausklang des 1. Parteitags 1920, mit Genugtuung die Einmütigkeit der Partei, wie sie auf der Tagung zum Vorschein gekommen sei. Er hob noch einmal die Geschlossenheit hervor, mit der das Zentrum hinter Reichskanzler Wirth stehe, und wies alle Versuche zurück, zwischen der Politik des alten und des neuen Zentrums zu unterscheiden.[38]) Als ein Bekenntnis der „wirklich nationalen Gesinnung" des Zentrums schloß Porsch den Parteitag am 17. Januar — am Vorabend des Reichsgründungstags — mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf „unser geliebtes, deutsches Vaterland".[39])

Von den insgesamt fünf Resolutionen, die vom Parteitag angenommen wurden, galten nicht weniger als vier denjenigen Gebieten dieses Vaterlandes, die (wie

[36]) Vgl. ebd.

[37]) Ebd.

[38]) In einem „Die Heerschau des Zentrums" überschriebenen Artikel der *KV* Nr. 41 vom 16. Januar 1922 hieß es dazu: „Tiefgreifende Differenzen in den entscheidenden Fragen der inneren und der äußeren Politik gibt es in unserer Partei nicht. [...] Das Zentrum ist stark genug, um auch Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen zu ertragen, wenn sie nur nicht an die Wurzeln der Zentrumsidee rühren."

[39]) Ebd., S. 110. In diesem Sinne bezeichnete Helene *Weber* (s. Anm. 31) als „Leitstern" des Zentrums das „große christliche Ideal" und den „vaterländischen Gedanken".

Oberschlesien) nicht mehr oder (wie das Saargebiet) noch nicht wieder zum Reich gehörten oder aber (wie die besetzten westlichen Gebiete) „schwere Leiden und Lasten für das ganze Vaterland" zu tragen hatten. Die fünfte Resolution schließlich sprach der Parteileitung und der Reichstagsfraktion des Zentrums das Vertrauen aus für die von ihr eingeschlagene oder unterstützte „weise Politik der Mitte", die zur „Versöhnung aller Klassen" und zur „Einigung aller Deutschen" beitragen könne.[40])

Der zweite Reichsparteitag hatte, weit stärker noch als der vor zwei Jahren voraufgegangene, eine integrierende Funktion erfüllt. Die auf diesem „Parteitag der Kraft"[41]) zum Ausdruck gekommene Einmütigkeit über die Berliner Beschlüsse einschließlich der neuen Richtlinien, von Marx als „hocherfreuliches und wertvolles Ergebnis" kommentiert[42]), ließ erkennen, daß die Parteiführung nicht umsonst an die übergeordneten Gesichtspunkte und die „großen Grundlinien" appelliert hatte. Die „Germania" stand in diesem Moment nicht allein mit ihrer Zuversicht, daß sich die Stimmungswerte, die dieses Treffen geschaffen habe, nach draußen in „Machtwerte" umsetzen würden.[43]) Die in nahezu allen Referaten und zahlreichen Diskussionsbemerkungen erörterten Möglichkeiten, die katholischen Akademiker einschließlich der Studentenschaft in der Zentrumspartei zu halten bzw. der Partei wiederzugewinnen, erweisen allerdings zur Genüge, daß sich im Zentrumsturm neue Risse zeigten.

[40]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 112. Nach Heinrich *Vockel*, Zentrumsjugend und Zentrumsparteitag (in: Das Zentrum Nr. 3 vom 1. Februar 1922, S. 35), war der seit dem Waffenstillstand eingeschlagene „Opferweg der Reichstagsfraktion" einmütig als „richtig" gutgeheißen worden.

[41]) So *Germania* Nr. 42 vom 18. Januar 1922.

[42]) S. Anm. 30.

[43]) S. Anm. 41.

4. Ein neues Programm für die alte Partei

„Wer nun in Zukunft sich ein Urteil über die Zentrumspartei erlaubt, muß dieses Programm zugrunde legen." Joseph Joos.[1])

Die am 16. Januar 1922 vom Reichsparteitag in Berlin einstimmig angenommenen „Richtlinien" des Zentrums[2]) bildeten das bis zum Ende der Republik gültige Programm der Partei. Sie gliederten sich in einen kürzeren grundsätzlichen Teil und einen längeren Abschnitt „Aufgaben praktischer Politik"; er

[1]) Zentrumsprogramm, S. 4 f.

[2]) Abgedruckt: *Germania* Nr. 42 vom 18. Januar 1922; *Offizieller Bericht*, S. V ff.; *Schreiber*, Grundfragen der Zentrumspolitik, S. 201 ff. (mit der falschen Datierung: 10. Januar 1922); *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 109 ff. (mit der falschen Datierung: 9. Januar 1922); *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 8, S. 369 ff.; *Traumann*, Organisations-Handbuch, S. 11 ff. (nur Teil I); *Mommsen*, Parteiprogramme, S. 486 ff.; *Treue*, Parteiprogramme, S. 130 ff. (nur Teil II).

konkretisierte in fünf Kapiteln (Auswärtige Angelegenheiten; Staatsordnung und Verwaltung; Finanzwesen und Steuern; Wirtschaft und Arbeit; Volkswohlfahrt und Kultur) die „Grundsätze" in ihrer Anwendung auf die politischen Zeitfragen. Die beiden Eingangssätze der „Richtlinien" umschrieben in aller Deutlichkeit den Charakter des Zentrums als christlicher und nationaler Volkspartei, die sich bewußt zur deutschen „Volksgemeinschaft" — ein Terminus, den insbesondere Stegerwald „gangbar" gemacht hatte[3]) — bekannte.[4]) Im Rahmen der erstrebten „christlichen Völkergemeinschaft" sollte auch die „Weltgeltung" Deutschlands ihren Platz finden.

Von der Anerkennung der „christlichen Staatsauffassung" aus bestimmte sich das Zentrum als Verfassungspartei und Gegnerin jeden gewaltsamen Umsturzes. Es folgte ein Bekenntnis zu dem in Weimar geschaffenen deutschen Volksstaat, zur Reichseinheit[5]) — in deren Rahmen das „Eigenleben der Länder" zu schützen und zu pflegen sei — und zu einem starken Gemeinschaftsbewußtsein im staatlichen Leben. Eine in „christlich-sozialem Geiste" geführte Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der sich die Anerkennung des Privateigentums und der Unternehmertätigkeit verband, sollte eine „Übermacht des Kapitals" verhindern und einer gerechten Güterverteilung dienen. Unter Abweisung von Klassenkampf und Klassenherrschaft traten die Richtlinien für einen berufsständischen Aufbau des Wirtschaftslebens ein. Im Rahmen einer planvollen staatlichen Sozialpolitik waren dem „Wohlfahrtsstaat" Aufgaben der Wohlfahrtspflege und Volksfürsorge zugewiesen, „die gemeinsam mit der freien und kirchlichen Liebestätigkeit zu lösen sind".

Die deutsche Kulturpolitik sollte nach den Richtlinien auf die Erneuerung und Festigung der „geistigen und sittlichen Volksgemeinschaft" abzielen, das „christlich-deutsche Geisteserbe" schützen und die Freiheit und Unabhängigkeit der kirchlichen Gemeinschaften wahren. Die „Leitgedanken" waren folgendermaßen zusammengefaßt: Nationale Freiheit und Erneuerung, christliche Staatsauffassung, Volksstaat und Reichseinheit unter Wahrung des Eigenlebens der Länder, sittliche und soziale Wirtschaftsordnung, christlich-deutsche Volkskultur, christliche Völkergemeinschaft.

---

[3]) Vgl. Otto *Sachse*, Die neuen Richtlinien der Zentrumspartei, in: Allg. Rundschau Nr. 6 vom 11. Februar 1922, S. 63.

[4]) Dazu vgl. *Joos*, Zentrumsprogramm, S. 4: „Am meisten hat das volkliche Element in sich erhalten unsere Zentrumspartei. Zwar immer unter Spannung und in steter Gefahr, verdunkelt und getrübt zu werden, aber es hat sich gehalten, mehr als in irgendeiner andern deutschen politischen Partei." Etwas weiter (S. 5) heißt es dann bei Joos: „Weil sie [die Zentrumspartei] mehr als irgendeine Partei Volksbegriff in sich trägt, darum spürte sie es elementar, welche tiefgehenden Wandlungen im Volksbewußtsein unter dem gewaltigen Erleben und unter den Enttäuschungen des Weltkrieges vor sich gegangen. Diesen Wandlungen folgte sie."

[5]) Am 20. Juni 1921 hatte der Abg. *Pfeiffer* im Reichstag erklärt: „Die Reichseinheit ist das höchste Ziel und die größte Aufgabe der verwirrten Gegenwart." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 350, S. 4000.

Die Anwendung dieser Prinzipien auf die „Aufgaben praktischer Politik" erfolgte im zweiten Teil des Programms. Unter der Überschrift „Auswärtige Angelegenheiten"[6]) wurde die Gleichberechtigung Deutschlands im weitesten Sinne — einschließlich der Befreiung der besetzten Gebiete — gefordert, aus der sich auch der Anspruch auf „angemessenen Kolonialbesitz" ableitete. Deutsch-Österreich sollte die Freiheit erhalten, in der Anschlußfrage selbständig zu entscheiden.[7]) Großer Wert wurde auf „innige Geistesgemeinschaft" und auf enge Wirtschaftsbeziehungen mit den Auslandsdeutschen gelegt. Der relativ kurze zweite Abschnitt „Staatsordnung und Verwaltung" forderte ein festes Arbeitsprogramm als Grundlage einer stabilen Koalition, entschiedene Abwehr aller Umsturzbewegungen, Erhaltung des Berufsbeamtentums und erweiterte Befugnisse für die provinziale Selbstverwaltung. Bei der „organischen Neugliederung" des Reiches sollten die Bedürfnisse und Eigenarten der einzelnen Länder und Stämme mit den Lebensnotwendigkeiten des Reiches in Einklang gebracht werden.

Während sich das dritte Kapitel Finanzwesen und Steuern mit einigen Gemeinplätzen begnügte (Forderung nach äußerster Sparsamkeit und gerechter Verteilung der Lasten), war dem vierten Abschnitt „Wirtschaft und Arbeit" besonders viel Raum zugemessen worden. In nicht weniger als 17 Punkten standen Schutz und Förderung des Privatunternehmers und des Mittelstands im Vordergrund. In diesem Zusammenhang galt der Landwirtschaft ein besonders umfangreicher Schutz- und Förderkatalog.[8]) Mit der Anerkennung des Privateigentums verband sich das Ziel, die Zahl der Eigentümer zu vermehren. Eine „lebensvolle Ordnung" der Wirtschaft sollte durch berufsständischen Aufbau von unten und durch wirtschaftliche Selbstverwaltungskörperschaften erreicht werden. Die von den katholischen Arbeitervereinen und insbesondere von Erzberger vertretene Forderung, die Arbeitnehmer am Betriebseigentum bzw. am Ertrag (in Form der Werksgenossenschaften usw.) zu beteiligen, fand keinen ausdrücklichen Niederschlag. Über die Sozialisierung und Kommunalisierung hieß es, sie dürfe nur dann erfolgen, wenn sie dem Gesamtwohl diene und die

[6]) Die *KV* Nr. 950 vom 30. Dezember 1921 hatte dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß in dem neuen Programm der auswärtigen Politik „größere Aufmerksamkeit" gewidmet werde und „im Interesse der politischen Erziehung der Wählerschaft" gewisse Leitgedanken (wie die Solidarität der Völker) „nach und nach Gemeingut der Parteimitglieder würden".

[7]) Einige Wochen später, am 18. Februar 1922, sprach der Abg. *Schreiber* im Reichstag von dem „großen Ziel, das da heißt: Anschluß von Deutsch-Österreich an Gesamt-Deutschland!" Weiter erklärte er: „Und gerade unsere Kreise sind es immer wieder gewesen, die im deutschen Lande den Gedanken der großdeutschen Idee aufrechterhalten haben." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 353, S. 5957.

[8]) Dazu vgl. *Joos*, Zentrumsprogramm, S. 11: „Als politische Partei, die das Gemeinsame zu betonen hat, hat sich das Zentrumsprogramm auf die wesentlichsten Punkte beschränkt." Und weiter: „Die christliche Arbeiterbewegung beispielsweise (bei bäuerlichen und handwerkerlichen Interessenbewegungen wird es nicht anders sein) geht in manchen Einzelheiten und Forderungen weiter."

Ertragsfähigkeit steigere. In traditionellen Formeln wurde der Schutz der einzelnen Berufsstände gefordert.

Der umfängliche letzte Abschnitt „Volkswohlfahrt und Kultur" befaßte sich in allgemeinen Wendungen — die sich zwischen „Förderung von" und „Schutz vor" bewegten — mit Fragen des Jugendschutzes und der Wohlfahrtspflege, der Wohnungsfürsorge und Siedlung, der Erziehung, des Schul- und Hochschulwesens, der Volksbildung, der Notlage der deutschen Wissenschaft, den öffentlichen „Kulturstätten" und der Presse. Ein Schlußsatz bezeichnete die aus „schwerster Volksnot" erwachsenen Richtlinien als Dienst am Aufbau des Vaterlands und des Volkes, um es im Geiste des Christentums und der „Hingabe an das Gemeinwohl" einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Der Versuch, dieses von einer positiv-christlichen und betont nationalen Grundlage[9]) aus formulierte, ebenso umfangreiche wie großenteils sehr allgemein gehaltene Programm zu würdigen, stößt insofern auf Schwierigkeiten, als — wie in Parteiprogrammen üblich — „für jeden etwas" anzutreffen war. Die Richtlinien standen ganz in der Tradition des alten Zentrums.

Der Einsicht in die politische Notlage des Reiches entsprach es, daß sich keine phrasenhaften und goldene Jahre verheißenden Formeln eingeschlichen hatten. Auffallend ist jedoch, daß das Wort „Demokratie" — und entsprechend „demokratisch" — in dem umfänglichen Text fehlte. Ebenso fehlte eine klare Stellungnahme zum Völkerbund, während vom „Wiederaufbau" des Völkerrechts ausdrücklich die Rede war. Entscheidender jedoch ist das Fehlen eines eindeutigen Bekenntnisses zur Republik, das man durch ein Bekenntnis zum „deutschen Volksstaat" umging, „dessen Form durch den Willen des Volkes auf verfassungsmäßigem Wege bestimmt wird" — also nicht: (ein für allemal) bestimmt worden war.[10]) Mit dieser Formulierung, die man als „klug und wohlbegründet" empfand[11]), konnten und sollten die Anhänger einer monarchischen

[9]) Vgl. *Joos*, ebd., S. 9: „Aus dem Meinungsstreit, aus der Wirrnis der Willensrichtungen und Strebungen gilt es heute den nationalen Gedanken rein und klar heraus zu retten. Er ist nationalpolitisch das Höchste." Dazu vgl. Emil *Ritter*, Die nationale Grundlage des neuen Zentrumsprogramms, in: Das Zentrum Nr. 18 vom 15. September 1922, S. 1 ff.

[10]) *Joos*, Zentrumsprogramm, S. 8: „Welche Form der deutsche Volksstaat letzten Endes annehmen wird, wissen wir heute nicht. Unser Programm verlegt die Entscheidung in den Willen des Volkes, das auf verfassungsmäßigem Wege bestimmen soll. Ob Republik, ob Monarchie? Der Streit ist müßig. Das deutsche Volk durchlebt Jahre der Prüfung und des Versuchs. Sicher ist, daß wir zu der alten Form von früher nicht mehr zurückkehren können. Die parlamentarische Regierungsweise scheint uns mehr Methode als Grundsatz. Auch sie ist ein Versuch."

[11]) So der Abg. *Joos* auf einer Tagung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 5. März 1922. Vgl. *KV* Nr. 182 vom 6. März 1922. In einem Vortrag über die Stellung der Geistlichkeit zum öffentlichen Leben am 27. Oktober 1922 in Meppen führte der Abg. *Schreiber* aus, daß die Zentrumspartei in „kluger und vornehmer Zurückhaltung" niemand auf das Bekenntnis Republik oder Monarchie verpflichte, vielmehr „im besten Sinne thomistischer Staatsphilosophie" und der Rundschreiben Papst Leos XIII. das Wohl des Staatsganzen als das „entscheidende Pflichtmoment" bezeichne. Vgl. *KV* Nr. 840 vom 3. November 1922.

Staatsform zufriedengestellt werden.[12]) Dahinter stand die Auffassung, daß die parlamentarische Regierungsform nicht als Grundsatz, sondern als Methode angesehen wurde.

Ein nicht minder wichtiger Kompromiß betraf das Verhältnis von Reich und Ländern. Hier war de facto das traditionelle föderalistische Grundprinzip des Zentrums erheblich abgeschwächt, wenn Schutz und Pflege des Eigenlebens der Länder im Rahmen der Reichseinheit als Postulat auftauchten. Jedes weitere Eingehen auf den Föderalismus wurde vermieden. Auf diese Frage traf in besonderem Maße zu, was der parteioffiziöse Kommentar von Joos mit dem Satz umschrieb: „Die Zentrumspartei hat sich neuen Bedingungen angepaßt."[13])

Der wirtschaftspolitische Teil der Richtlinien basierte auf dem sogenannten christlichen Solidarismus, der den Klassenkampf wie den „Kapitalismus" gleichermaßen ablehnte. Er wollte statt dessen die sozialen Triebkräfte des Berufsgedankens und der Berufsgemeinschaft stärken und ein starkes Gemeinschaftsbewußtsein entwickeln, das aus der Solidarität aller Schichten und Berufsstände wachsen sollte. Der berufsständische Aufbau[14]) sollte sich auf der Grundlage der organisierten Selbsthilfe und der freien Genossenschaften entwickeln.[15]) Von der christlich-sozialen Basis der Richtlinien aus wurden Wirtschaftsliberalismus und Wirtschaftssozialismus gleichermaßen abgelehnt.[16])

[12]) In diesem Sinne hieß es in einem ausführlichen Kommentar von Hans *Pfeiffer* (Die alten und die neuen Richtlinien der deutschen Zentrumspartei, in: Das Neue Reich Nr. 22 vom 26. Februar 1922, S. 428): „Das Hauptgewicht in dem Ausdruck ‚Volksstaat' soll also nicht in der äußeren Form, sondern im inneren Gehalt, in der lebendigen Anteilnahme des Gesamtvolkes am Geschicke des Staates bestehen. In der Tat kann dann auch in diesem Sinne eine Monarchie sogar weit mehr den Namen Volksstaat verdienen denn eine Republik und vielleicht auch umgekehrt."

[13]) Vgl. Zentrumsprogramm, S. 6.

[14]) Nach *Ritter*, Der Weg des politischen Katholizismus, S. 195 f., war es eine „Herzensangelegenheit des greisen Franz Hitze, daß der berufsständische Gedanke in das Programm aufgenommen wurde". Hitze habe in einer vertraulichen Denkschrift dargelegt, daß erst mit der neuen berufsständischen Ordnung sein sozialpolitisches Lebenswerk die „letzte Erfüllung" finde.

[15]) Auf dem Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Trier am 4. Januar 1922 hatte der Generalsekretär des Rhein. Zentrums, *Hamacher*, erklärt, die Partei wolle dem Berufs- und Ständegedanken zur Auswirkung verhelfen durch Schaffung von berufsständischen Beiräten. Vgl. *KV* Nr. 12 vom 5. Januar 1922.

[16]) In einem Aufsatz von Franz August *Schmitt*, Der Solidarismus in dem neuen Programm der deutschen Zentrumspartei (in: Soziale Revue 22, 1922, S. 203 ff.), hieß es (S. 206), die Formulierung des Programms, die „im Hinblick auf die Beeinflussung von Wirtschaft und Gesellschaft" besonders „glücklich" sei, enthalte die „ganze Gesellschaftstheorie" des Christentums: „Kein mechanischer Zwangsstaat, dessen Konsequenz auch die Vergesellschaftung der Produktion und der Produktionsmittel wäre, sondern die Betonung des Naturrechtes: das freischaffende Individuum mit dem freien Verfügungsrecht über seine Mittel soll von seinem Gewissen getrieben sein, der Allgemeinheit zu dienen. Nicht mechanische Eingliederung, sondern Freiheit mit Verantwortung ist das hier formulierte Gesellschaftsideal der christlichen Nächstenliebe." Damit seien die Grenzlinien gegenüber dem Liberalismus und dem Sozialismus gezogen. Das Programm enthalte keine eigentlich neuen Forderungen und decke sich „wohl im wesentlichen" mit dem, was der Solidarismus erarbeitet und gelegentlich kundgetan habe (S. 209). Das grundlegend

Zum Schutz des „christlich-deutschen Geisteserbes" forderten die Richtlinien die Freiheit und Unabhängigkeit der kirchlichen Gemeinschaften. Sie wandten sich auch gegen die Trennung von Staat und Kirche. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche wurden überhaupt nicht behandelt, um auch auf diese Weise den interkonfessionellen Charakter des Zentrums zu unterstreichen.[17]) Mit Hilfe des massierten Hervorkehrens der christlichen Basis sollte eine neue weltanschauliche Grundlage geschaffen werden, zu der sich auch die nach der Revolution aus dem Zentrum abgewanderten Katholiken wieder bekennen konnten. Die Tatsache, daß die Richtlinien sowohl den Republikanern als auch den Monarchisten, den Unitariern wie den Föderalisten und darüber hinaus den einzelnen Berufsständen gerecht zu werden suchten, entsprach dem Streben nach Ausgleich, das als Maxime alle politischen Taten und Äußerungen des Zentrums durchzog.[18]) In diesem Sinne konnte auch das neue Programm als „weiterer Fortschritt" auf dem Wege zur erstrebten Einigung des deutschen Volkes empfunden werden.[19])

Wie sehr dieses Werk, auf das das Zentrum „wahrhaft mit größter Befriedigung" blickte[20]), dennoch nur „Programm" blieb (oder mit den Worten von Ritter: im Archiv der Partei begraben wurde)[21]) und wie wenig es den Geist und die Politik der Partei zu bestimmen vermochte, wird noch zu zeigen sein.

Neue bestände darin, daß sich das Zentrum programmatisch auf die „solidaristischen Formeln" geeinigt habe. Es trage dabei allerdings auch den „Kompromißcharakter, der dem Solidarismus zugrunde liegt, den Zwang, von Fall zu Fall nach der Verhältnislage Stellung zu nehmen", in sich.

[17]) Dazu vgl. Hans *Pfeiffer* (s. Anm. 12; Fortsetzung in Nr. 24 vom 12. März 1922, S. 449): „Je öfter ich den Abschnitt ‚Staat und Kirche' [...] lese, um so mehr wird mein erster Eindruck erhärtet: dieser Abschnitt ist mit einer merkwürdigen Zurückhaltung geschrieben, vermeidet ängstlich eine namentlich hinsichtlich katholisch-kirchlicher Belange schärfer herausgeschnittene Zielrichtung und Normierung der Verhältnisse." Pfeiffer war aufgefallen, daß die Richtlinien von „kirchlichen Gemeinschaften" sprachen, während früher immer von „Religionsgesellschaften" die Rede war.

[18]) Vgl. *Mommsen*, Parteiprogramme, S. 486: „Die ‚Richtlinien' zeigen das Zentrum am Endpunkt seiner Entwicklung von einer rein konfessionellen, kirchenpolitischen, im wesentlichen oppositionellen Partei zu einer zwar noch auf katholischer Basis ruhenden, aber echten politischen Partei." Diese Kommentierung berücksichtigt nicht, daß die Zentrumspartei auch von jeher eine politische Partei war und daß — ganz abgesehen davon — auch eine „konfessionelle Partei" eine „politische" sein kann.

[19]) So *Stegerwald* am 20. Januar 1922 in einer Rede in Berlin. Vgl. *KV* Nr. 58 vom 21. Januar 1922.

[20]) So *Marx* in einer späteren undatierten Aufzeichnung, in der es weiter hieß: „In der Folge trat aber das ein, was ich gefürchtet hatte: in den kommenden Jahren ist eigentlich niemals von dem Inhalt der Richtlinien eine den großen Mühen der Ausarbeitung entsprechende praktische Anwendung gemacht worden. Nur wenige Redner nahmen bei ihren Ausführungen auf die Richtlinien Bezug. Vieles ist aber in der Praxis der Gesetzgebung geltendes Recht geworden." Nachl. Marx II/1.

[21]) Der Weg des politischen Katholizismus, S. 198.

Fünftes Kapitel

Das Zentrum als Stütze des 2. Kabinetts Wirth

1. Von Cannes bis Rapallo

„Sie haben die Einheit Deutschlands gerettet."
Premierminister Lloyd George
in Genua zu Reichskanzler Wirth.[1])

Der Versuch, die innere Geschlossenheit der Partei, die der 2. Reichsparteitag nach außen hin wiederhergestellt hatte[2]), ebenso wie den Geist der neuen Richtlinien in politische Aktionen im Sinne der vielzitierten „Volksgemeinschaft" umzusetzen, kam dem von Wirth verfolgten Kurs zugute. Der Reichskanzler fand für seine Politik, wie er sie erneut am 26. Januar 1922 in einer programmatischen Rede im Reichstag umriß und begründete[3]), den Beifall der Fraktion und wachsendes Verständnis im Lande.[4]) Wirth konnte darauf verweisen, daß es bei den Verhandlungen in Cannes Anfang Januar zum ersten Male gelungen sei, den deutschen Standpunkt „in freier Weise und anders als in einem Verhör",

[1]) S. Anm. 35.

[2]) Als ein Vertreter des „alten" Zentrums schrieb Carl *Bachem* am 18. Januar 1922 Felix Porsch: „Der Parteitag ist nun vorbei. Wenn er so großartig und einheitlich verlaufen ist, wie es nach den Zeitungsberichten den Anschein hat, dann kann man Euch wirklich von Herzen gratulieren. Die Erzberger-Periode scheint vollständig überwunden und der innere Geist der Partei durchaus wieder konsolidiert zu sein. [. . .] Auch mit den neuen Richtlinien bin ich sachlich durchaus einverstanden, obwohl nach wie vor die große Ausführlichkeit derselben ein gewisses Mißbehagen in mir erzeugt." Nachl. Bachem 465.

[3]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 352, S. 5557 ff. In diesem Zusammenhang umschrieb *Wirth* die Ziele dieser Politik folgendermaßen: „[. . .] im Innern: Erhaltung und Wiederaufbau des Reichs, Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Kriegsschäden durch innere Konsolidierung der Nation, in der auswärtigen Politik aber: Mitarbeit Deutschlands an der Herstellung eines wahren Friedens in der Welt, und als Mittel hierzu von unserer Seite unsere feste Bereitwilligkeit, die Lasten Deutschlands [. . .] bis zur Grenze der Leistungsmöglichkeit zu erfüllen, in der Überlegung und Überzeugung, daß nur durch praktische Leistungen die Leistungsgrenze wirklich festgestellt werden kann und daß nur die weltwirtschaftlichen Folgen der deutschen Leistungen die Welt über die wirkliche Natur und Größe der deutschen Reparationsbelastung aufklären können. Im Mittelpunkt aller Probleme und alle anderen überschattend steht die Reparation, die eine Frage sowohl der äußeren wie der inneren Politik ist."

[4]) In dem in Anm. 2 erwähnten Schreiben *Bachems* hieß es dazu: „Wirth ist ein ganzer Kerl und imponiert vor allem durch den tiefen Ernst seiner Auffassung. Ich war nicht immer mit allem einverstanden mit dem, was er gesagt und getan hat, aber er ist eine echte Führernatur, und einem solchen Führer muß die Partei folgen, ohne durch demokratische Übertreibungen dem Führer seine Arbeit allzusehr zu erschweren."

also anders als 1920 in Spa, zu vertreten. Von der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz in Genua erhoffte der Reichskanzler eine „vernünftige und mögliche Lösung" der Reparationsfrage.

Im Zusammenhang seiner Ausführungen über den Ausgleich des Staatshaushalts umriß Wirth auch den Inhalt des unmittelbar vor der Reichstagssitzung zustande gekommenen Steuerkompromisses, den er als das Resultat eines schweren Kampfes natürlicher und gegebener Gruppierungen, aber auch „prinzipieller Auffassungen" bezeichnete; die „mitarbeitenden Parteien" (SPD, DDP, Zentrum, BVP, DVP) hätten sich in einem Ausgleich direkter und indirekter Steuerbelastungen geeinigt.[5]) Der Reichskanzler appellierte an die wirtschaftliche Vernunft der Völker, da die gesamte Weltwirtschaft unter den ökonomisch untragbaren Zahlungsverpflichtungen Deutschlands nicht weiter bestehen könne.

Als der Fraktionschef und neugewählte Parteivorsitzende Wilhelm Marx am folgenden Tage im Plenum der Politik Wirths vorbehaltlos zustimmte[6]), behauptete er allzu kühn, daß diese Politik bisher nicht nur zielstrebig, sondern auch erfolgreich gewesen sei.[7]) Marx fügte hinzu — und dachte dabei vermutlich in erster Linie an manche Zentrumsanhänger im Lande —, daß sich die Zahl derer mehre, „die einsehen und zugeben, daß die konsequent durchgeführte Politik Wirths zur Zeit die einzig mögliche und richtige ist, wenn das Wohl des deutschen Volkes und Vaterlandes gewährleistet sein soll". Der Zentrumsführer verlieh sodann unter lebhaftem Beifall seiner Fraktion dem Wunsch Ausdruck, die gegenwärtige Regierungskoalition zu erweitern. Die fünf Parteien, deren Verhandlungen der neue Steuerkompromiß zu verdanken sei, wollte er „noch enger als bisher" zusammengeschlossen wissen, damit sie weiterhin „gemeinschaftlich die Politik Deutschlands und des Volkes" unterstützten. Marx sah in einer breiteren Koalitionsbasis einen weiteren Schritt zu der vom Zentrum erstrebten Volksgemeinschaft und zur inneren Konsolidierung der Nation, die notwendig sei, um endlich aus dem deutschen Elend herauszukommen.[8])

An Stelle eines engeren Zusammengehens vertiefte sich jedoch im Laufe der nächsten Tage und Wochen der Graben sowohl zwischen den bisherigen Koalitionspartnern (Zentrum/SPD und indirekt DDP) untereinander als auch zwi-

[5]) Für die Einzelheiten vgl. Sten. Berichte, Bd. 352, S. 5561.

[6]) Ebd., S. 5583 ff.

[7]) Diese Tatsache wurde vom Generalsekretär des Zentrums, *Katzenberger*, als „Zeichen innerer Geschlossenheit" der Partei gewertet. Vgl. *Germania* Nr. 81 vom 2. Februar 1922.

[8]) Ähnlich in den Beratungen des Interfrakt. Ausschusses am 10. Februar 1922 (s. Anm. 10). In der gleichen Richtung sprach sich auch der Abg. *Blum* am 4. Januar 1922 auf dem Zentrumsparteitag des Regierungsbezirks Trier aus. Vgl. *KV* Nr. 12 vom 5. Januar 1922. Andere Motive machte *Stegerwald* geltend, als er am 1. April 1922 (vgl. *KV* Nr. 258) eine breitere Koalition forderte, weil sonst die Geschlossenheit und Entfaltungskraft der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung gefährdet sei.

schen ihnen gemeinsam und der DVP.[9]) Es kam zu erheblichen Differenzen über den Steuerkompromiß, den Wirth möglichst rasch im Reichstag durchbringen wollte. Die DVP-Vertreter, die sich noch keineswegs über den Beitritt zur Koalition einig waren, wollten diesem Kompromiß nur unter der Bedingung „persönlicher und sachlicher Garantien"[10]) zustimmen, unter denen sich auch die Forderung nach einem Rücktritt des Reichspostministers Giesberts befand.[11])

Einen weiteren Streitpunkt bildete die Ernennung Rathenaus zum Außenminister (31. Januar 1922), die die DVP als Affront auffaßte, weil Wirth in Kenntnis eines entgegenstehenden Beschlusses der DVP-Fraktion „durch die Vorwegnahme der Besetzung eines derartigen wichtigen Amtes"[12]) den Koalitionsverhandlungen vorgegriffen habe. Die Zwangslage, in der sich der Reichskanzler in diesem Falle befunden hatte — da Rathenau seine Ernennung nicht zum Gegenstand politischer Erwägungen gemacht wissen wollte[13]) —, wurde von

[9]) Der bayer. Gesandte in Berlin, *v. Preger*, hatte bereits am 12. Januar 1922 nach München berichtet: „Insolange Cannes und die Steuerfrage nicht geklärt sind, ist natürlich an eine Verbreiterung der Koalition durch Eintritt der Demokraten und der Deutschen Volkspartei nicht zu denken. Bei der Deutschen Volkspartei scheint überhaupt der Flügel, der für den Eintritt in die Koalition ist, immer mehr an Boden zu verlieren, namentlich seit es Stresemann nicht gelungen ist, als Bedingung für ihren Eintritt die Ausschiffung Wirths durchzusetzen." BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 99.

[10]) So der DVP-Abg. *Becker-Hessen* in einer Besprechung des Interfrakt. Ausschusses in Anwesenheit von Wirth und Hermes am 10. Februar 1922 (Bundesarchiv R 43 I/1028; eine priv. Niederschrift befindet sich im Nachl. des Abg. ten Hompel, der an den Besprechungen teilgenommen hatte). Was mit den „persönlichen" Garantien gemeint war, ergibt sich aus dem in der folgenden Anmerkung zit. Brief Rießers ebenso deutlich wie aus den Worten *Beckers*, wonach die beiden Minister an der Spitze von Post und Eisenbahn drei Jahre lang geschlafen hätten.

[11]) In einem Schreiben des DVP-Abg. *Rießer* vom 29. Januar 1922 an seinen Sohn Hans — den späteren Botschafter der Bundesrepublik bei der UNO — hieß es, bei den Steuerkompromiß-Verhandlungen habe die DVP-Fraktion trotz der Überzeugung, daß der Besitz bereits jetzt bis zur „äußersten Grenze" belastet sei, „der Hinzufügung von 1 Milliarde Goldmark — jetzt 40 Milliarden Papiermark — Zwangsanleihe, je 40% Notopfer und der neuen laufenden Vermögenssteuer" schließlich zugestimmt, „weil wir eine Regierungskrise in der gegenwärtigen Lage dem Ausland gegenüber für schädlich hielten, obwohl die Sozialdemokraten dieses ‚neue sichtbare Opfer des Besitzes' [. . .] aus rein parteipolitischen Erwägungen forderten. Bei unserer Entschließung fügten wir aber hinzu, daß uns bis zur Verabschiedung der Steuergesetze ‚persönliche und sachliche' Garantien für eine sparsamere und kaufmännischere Wirtschaft, insbesondere in den Staatsbetrieben (Post, Telegraphie etc.), gegeben werden müßten. Das bedeutete evtl. die Entfernung von Giesberts und Groener, aber nicht unseren Eintritt in die Koalition, über die wir selbst uns noch nicht schlüssig und in keiner Weise einig sind. Einig waren wir darüber, daß wir nicht unsere Zustimmung zum Kompromiß von unserem Eintritt in die Regierung abhängig machen wollen, und einig auch darüber, daß wir, falls wir das ohne Eintritt in die Regierung können, Rathenaus von Wirth geplante Ernennung zum Außenminister verhindern wollen." Zur Verfügung gestellt von Dr. Hans Rießer, dem ich dafür zu Dank verpflichtet bin.

[12]) So der Abg. *Becker-Hessen* in der Besprechung des Interfrakt. Ausschusses am 10. Februar 1922 (s. Anm. 10).

[13]) In der Besprechung am 10. Februar 1922 (s. Anm. 10) wurde *Wirth* noch deutlicher und erklärte, daß die Situation kritisch gewesen sei, da bei einer Verzögerung der Ernennung Rathenaus der Eindruck erweckt worden wäre, als ob um dessen Person zwischen den Parteien „geschachert" werden solle.

der DVP nicht anerkannt, die zudem die von Wirth-Rathenau verfolgte Außenpolitik („beständiges Anbändeln" mit Frankreich statt mit England) für „verderblich" hielt.[14]) Schließlich herrschte Unstimmigkeit, selbst bei den Kabinettsmitgliedern, über die Art der Beilegung eines großen Eisenbahnerstreiks. Hier gingen auch die Ansichten von Wirth und Hermes auseinander, der dem Reichskanzler vorwarf, mit Vertretern der Streikenden verhandelt zu haben. Es gelang Wirth nur mit Mühe, eine Kabinettskrise zu vermeiden.[15])

Diese Differenzen veranlaßten Reichskanzler Wirth, am 15. Februar vom Reichstag ein Vertrauensvotum zu fordern, das er mit 220 gegen 185 Stimmen erhielt. Dabei stimmte außer der DNVP und der Linken auch die DVP gegen Wirth[16]), während sich die BVP der Stimme enthielt. Fühlungnahmen, die am Tage vor der Abstimmung auf Einladung von P. Spahn zwischen Vertretern des Zentrums, der SPD und der DVP stattgefunden hatten, um die DVP zum Eintritt in die Regierungskoalition zu gewinnen, waren ergebnislos verlaufen, da die DVP-Abgeordneten auf einem Rücktritt der Regierung Wirth beharrt hatten.[17]) Ohnehin stand über diesen Verhandlungen kein günstiger Stern. Der SPD-Vorsitzende Müller-Franken hatte sich einige Tage zuvor, am 10. Februar[18]), gegen eine große Koalition ausgesprochen, wenngleich Wirth und Marx seine Stellungnahme nicht als das letzte Wort in dieser Angelegenheit betrachteten. Am 22. Februar war immer noch nicht entschieden, ob mit der Annahme des Steuerkompromisses auch eine Umbildung der Regierung auf der Basis der großen Koalition stattfinden sollte. Wirth befürwortete diese Lösung[19]), die allerdings gegen den Widerstand der SPD nicht zustande kam.

Dagegen gelang es den Regierungsparteien, sich mit der DVP über die Steuervorlagen zu verständigen. Der in den Verhandlungen mit den Parteivertretern erreichte Steuerkompromiß bedeutete einen „unbestreitbaren Erfolg" des Kabinetts Wirth[20]) und zudem einen persönlichen Erfolg des Reichskanzlers,

---

[14]) So der DVP-Abg. *Rießer* in einem zweiten Schreiben vom 16. Februar 1922 an seinen Sohn (s. Anm. 11).

[15]) Nach den Protokollen der Besprechungen des Reichskanzlers und der Reichsminister mit den Parteiführern am Vormittag des 5. Februar 1922 und der anschließenden Kabinettssitzung. Bundesarchiv R 43 I/1374.

[16]) In dem Schreiben *Rießers* vom 29. Januar 1922 (s. Anm. 11) hieß es u. a.: „Ich sagte ihm [Reichsminister Hermes, am 27. Januar 1922] auch, daß die schweren letzten Verhandlungen wesentlich leichter gewesen wären, wenn *er* (an Stelle Wirths) Kanzler wäre."

[17]) Vgl. die entsprechende Erklärung der DVP vom 15. Februar 1922; *KV* Nr. 129 vom 16. Februar 1922; *Schulthess* 1922, S. 20.

[18]) S. Anm. 10.

[19]) In einer Kabinettssitzung am 21. Februar 1922, in der er auf baldige Klärung der Lage drängte. Bundesarchiv R 43 I/1374.

[20]) So *KV* Nr. 74 vom 27. Januar 1922. In einem Schreiben *Wirths* vom 18. März 1922 an van Calker hieß es, wenn auch die Annahme des Steuerkompromisses „einen kräftigen Schritt vorwärts" bedeute, „so sind wir damit natürlich weder innen- noch außenpolitisch über den Berg". Bundesarchiv R 43 I/1451.

der am 4. März im Reichstag für die Zustimmung des Parlaments zu dieser Vorlage plädierte.[21]) Eine ausführliche Rede Wirths am 28. März, in der er — als Antwort auf eine Note der Reparationskommission — die Erfüllungspolitik der Regierung erneut verteidigte und wiederum den Zusammenhang zwischen einer Sanierung der Reichsfinanzen und der Reparationsfrage unterstrich[22]), war der letzte Appell zur parlamentarischen Verabschiedung des Steuerkompromisses als eines „integrierenden Bestandteils unserer Außenpolitik" und gleichzeitig die Begründung für die vom Kabinett bei der Entente geforderte (und abgelehnte) Stundung der für 1922 fälligen Reparationen.

Durch ihren Vorsitzenden Marx trat die Zentrumsfraktion am 29. März erneut geschlossen hinter die Politik der Reichsregierung, die den Beweis erbringen solle „für unseren guten Willen, den Friedensvertrag soweit als irgend möglich zu erfüllen".[23]) Marx benutzte die Gelegenheit, um unter ausdrücklichem Hinweis auf die Politik der Zentrumspartei, die auf den „Grundsätzen des Christentums und auf den Fundamenten christlicher Wahrheit" aufbaue, gegenüber den „ungerechten, rechtswidrigen und in sich unsinnigen" Forderungen der Entente jene Grenzen des Völkerrechts aufzuzeigen, „wo das Recht aufhört und das bittere, einst zu büßende Unrecht anfängt". Nach einem scharfen Angriff auf die rein demagogische Agitation der Deutschnationalen äußerte der Zentrumsführer seine Zufriedenheit darüber, daß es — insbesondere durch den positiven Ausgang der Verhandlungen um den Steuerkompromiß — gelungen sei, in weiten Volkskreisen für die Politik der Regierung in zunehmendem Maße Unterstützung und Anerkennung zu finden. Der Parteiführer ignorierte offensichtlich die Kritik, die der Abgeordnete v. Papen am Vortage im Preußischen Landtag an der „Erfüllungspolitik" des Reichskanzlers geübt hatte.[24])

[21]) „Wollen wir in der Welt ernst genommen werden — und das ist unser Wunsch —, so müssen wir dieses Werk, das wir mit so heißem Bemühen begonnen und sachlich weitergeführt haben, nun auch zum endgültigen Abschluß bringen. Um das bitte ich Sie, um das ersuche ich Sie dringend." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 353, S. 6173.

[22]) „Die Reichsregierung und die mit ihr arbeitenden Parteien hatten die Hoffnung, durch diese positive innere Arbeit des Aufbaues und der Sanierung der deutschen Finanzen die auswärtige Politik des Reichs zu fördern, die darauf gerichtet ist, das Problem der deutschen Reparationsleistungen [. . .] allmählich so zu lösen, daß zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und den ihm auferlegten Lasten ein vernünftiger Ausgleich gefunden wird." Vgl. ebd., S. 6613.

[23]) Vgl. ebd., Bd. 354, S. 6638 ff. Einige Tage vorher, am 14. März 1922, hatte der Abg. *Schwering* im Preuß. Landtag erklärt: „Meine politischen Freunde haben die Erfüllungspolitik deshalb unterstützt, weil sie glaubten, daß man den Versailler Frieden [. . .] nicht besser ad absurdum führen könne als dadurch, daß man ihn in die Tat umsetze. Wir sind sogar der Überzeugung, daß, je lebendiger man den Versailler Friedensvertrag macht, desto eher man in der Lage sein wird, ihm das Lebenslicht auszublasen." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 6, Sp. 8187.

[24]) Vgl. ebd., Sp. 8609. *Papen* erkannte den „Grundgedanken" der Wirthschen Politik „auch heute noch als durchaus richtig" an, erklärte aber: „Die Entwicklung der letzten Wochen legt uns indessen die Frage vor, ob und inwieweit wir uns heute noch auf dem richtigen Wege be-

Marx war es auch, der namens seiner Fraktion ein Vertrauensvotum für Wirth beantragte — das zweite innerhalb von sechs Wochen —, das am 30. März 1922 mit der „imposanten Mehrheit“[25]) von 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Enthaltungen erfolgte.[26]) Als wenige Tage später, am 4. April, der Reichstag in dritter Lesung die Steuergesetze verabschiedete, konnte die Regierung mit neugewonnener Autorität den bevorstehenden Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz in Genua entgegensehen.[27]) Wenngleich sie vom Verlauf und Ausgang dieser Verhandlungen „nicht zuviel“ erhoffte[28]) und eine Zeitlang ernstlich schwankte, ob die deutsche Delegation überhaupt die Reise antreten sollte, so hielt der Reichskanzler doch die Diskussion des russischen und mitteleuropäischen Problems für zweckmäßig und eine „gewisse Aktivität“ in Genua schon aus innenpolitischen Gründen für notwendig.[29]) Wirth versprach sich davon offensichtlich positive Rückwirkungen für eine Erweiterung der parlamentarischen Koalitionsbasis. Die Annahme der Steuervorlagen im Reichstag hatte das Verhältnis des Zentrums zum sozialdemokratischen Koalitionspartner

---

finden, dem Wege, der sich die Erhaltung des Reiches, seiner Souveränität und der Lebensfähigkeit seines Wirtschaftsorganismus zum Ziel gesetzt hat. Wir sehen, daß alle unsere Opferbereitschaft, die Bereitwilligkeit, Hab und Gut bis zum Ausmaß des Erträglichen zur Wiederherstellung des Friedens zu opfern, auf der Gegenseite keinerlei Anerkennung gefunden hat.“ Aus welcher Richtung seine Kritik kam, wurde in folgendem Satz deutlich: „Das Steuerkompromiß, das neben den schon bestehenden Steuern aller Art auch der Landwirtschaft unerhörte neue Lasten auferlegt, das unsere gesamte Wirtschaft wie eine Zitrone auspreßt, genügt der Entente nicht.“

[25]) So der Abg. *Lauscher* auf einer Zentrumsversammlung am 11. April 1922 in Köln. Vgl. *KV* Nr. 288 vom 12. April 1922.

[26]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 353, S. 6735.

[27]) Am 28. März 1922 hatte *Wirth* im Reichstag erklärt: „Entweder wird Genua der große Stern sein, der über dem wiederzugenesenden Europa leuchtet, oder es wird nur ein Irrlicht sein, dem die hoffenden Völker zustreben, um bald zu erkennen. daß sie nur noch tiefer in den Sumpf geraten sind. Vor dieser Entscheidung stehen wir. Noch aber ist sie nicht gefallen, und bis dahin ist es unsere Pflicht, alles zu versuchen, um Deutschland und Europa den Weg des Verderbens zu ersparen.“ Vgl. ebd., Bd. 353, S. 6622.

[28]) So Reichsaußenminister *Rathenau* in einer Sitzung des Reichsministeriums am 31. März 1922. Bundesarchiv R 43 I/1451. Auf einer Zentrumsversammlung in Köln am 11. April 1922 warnte der Abg. *Lauscher* davor, auf die Konferenz von Genua „überschwengliche Hoffnungen“ zu setzen. Vgl. *KV* Nr. 288 vom 12. April 1922. Bereits am 26. Januar 1922 hatte *Wirth* im Reichstag erklärt: „Wir werden nach Genua gehen [. . .] mit offenem Visier und mit der Devise [. . .]: Verständigung aller Nationen, der armen und der reichen Nationen, der Sieger und der Besiegten, zu dem gemeinsamen Ziel der Wiederherstellung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen.“ Vgl. Sten. Berichte, Bd. 352, S. 5558. Dazu Karl Dietrich *Erdmann*, Deutschland, Rapallo und der Westen (in: Vierteljahrsh. für Zeitgesch. 11, 1963, S. 107): „Die Reichsregierung sah der Konferenz nur mit gedämpften Erwartungen entgegen.“

[29]) Nach seinen Ausführungen am 5. April 1922 in einer Sitzung des Ministerrats beim Reichspräsidenten. Bundesarchiv R 43 I/1451.

erheblich verbessert[30]), so daß nunmehr auch eine Zusammenarbeit mit der DVP möglich schien.[31])

Das Ergebnis der Konferenz von Genua, bei der die Diskussion der Reparationsfrage ausgeschlossen blieb, wurde im Zentrum keineswegs begeistert aufgenommen.[32]) Immerhin betrachtete man es als einen Fortschritt, daß „endlich" direkte Verhandlungen und persönliche Fühlungnahmen mit den leitenden Staatsmännern des Auslands zustande gekommen waren[33]) und daß sich Atmosphäre und Verlauf der Beratungen „vorteilhaft" von früheren Konferenzen unterschieden.[34]) Als positiv galten der Sieg des Wirtschaftsgedankens in der Politik und die Tatsache, daß sich die Weltöffentlichkeit über die Bedeutung des Wiederaufbauproblems klar geworden sei, bei dessen Lösung man die „Hauptbeteiligten" künftig nicht mehr werde ausschalten können. Das Diktum Lloyd Georges zu Wirth: „Sie haben die Einheit Deutschlands gerettet"[35]), konnte der Reichskanzler zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich mitteilen. Vor seiner Fraktion erklärte Wirth am 26. Mai trocken: „In den Zeitungen stand mehr, als in Genua passiert ist."[36])

---

[30]) Im Zusammenhang einer Abwehr von DNVP-Angriffen (Helfferich) verteidigte der Abg. *Herold* am 17. März 1922 im Reichstag die von den „bürgerlichen" Koalitionspartnern gegenüber der SPD genommenen Rücksichten: „Wir können es doch nur mit Freuden begrüßen, wenn die Sozialdemokratie energisch an dem Wiederaufbau des Vaterlandes mitarbeitet, statt daß sie in die Opposition tritt. Mögen die Ansichten über die besten Wege, um zu einer Gesundung zu kommen, auch zwischen den Koalitionsparteien einigermaßen verschieden sein, aber ich glaube, einen so großen Teil der Bevölkerung für die positive Arbeit mit heranzuziehen, ist wirklich eine große und wichtige Aufgabe zur Förderung unseres Staatswesens. Wir sollten uns also nach der Richtung bemühen, mit der Sozialdemokratie gemeinsam dem Wohle des Vaterlandes zu dienen." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 353, S. 6333.

[31]) Dafür trat insbesondere *Stegerwald* ein. In einem Artikel „Das Essener Programm" in der *Germania* Nr. 210 vom 1. April 1922 behauptete er, die gegenwärtige Reichsregierung erweise sich immer mehr als ein „großer staatspolitischer Fehler".

[32]) Am 29. April 1922 erklärte Reichsminister *Giesberts* vor kathol. Arbeitern in Nürnberg: „Was Positives aus Genua herauskommt, wird sich erst später zeigen." Vgl. *KV* Nr. 417 vom 30. Mai 1922. In der *KV* Nr. 379 vom 16. Mai 1922 hieß es rückblickend: „Die Konferenz hat uns nichts geschadet, auf der anderen Seite jedoch einigen Nutzen gebracht." Am 26. April 1922 billigte der in Königswinter versammelte Provinzialausschuß der Rhein. Zentrumspartei die in Genua verfolgte Politik. Vgl. *KV* Nr. 325 vom 27. April 1922.

[33]) So der Abg. *Marx* in einer Besprechung der Parteiführer (vom Zentrum: Marx, v. Guérard, Spahn, Becker-Arnsberg) mit einigen Reichsministern am 3. Mai 1922. Bundesarchiv R 43 I/2452. In einem Telegramm der Reichskanzlei vom gleichen Tage, mit dem Reichskanzler Wirth in Genua über den Verlauf der Parteiführerbesprechung informiert wurde, hieß es: „Marx befriedigt [über Ausführungen des Reichsfinanzministers] und dankt Delegation und Hermes." Ebd. Bereits zwei Tage vorher hatte Ministerialdirektor *Wever* im Auftrage Wirths den Abg. Spahn „allgemein informiert". Ebd. 2451.

[34]) So der Abg. *Bell* in einer Umfrage der „B.Z. am Mittag" von Anfang Mai 1922. (Der mir vorliegende Zeitungsausschnitt ist undatiert.)

[35]) Mitgeteilt von *Wirth* auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 7. Januar 1923 in Köln. Vgl. *KV* Nr. 14 vom 8. Januar 1923.

[36]) Nachl. ten Hompel.

Ungleich stärker als das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz fand der Abschluß des Vertrags von Rapallo ein positives, wenngleich gedämpftes Echo.[37]) Man kehrte zunächst die wirtschaftliche Bedeutung der „Osterüberraschung" von Genua hervor[38]), sah mögliche politische und wirtschaftliche Gefahren gebannt[39]) und den ersten Augenblick genutzt, als „selbständiger Faktor der europäischen Gesamtpolitik" und gleichberechtigte Nation wieder in Erscheinung zu treten.[40]) Die Partei begrüßte den Vertrag — der (nach den Worten Wirths)[41]) verhindert habe, daß sich die Alliierten mit Rußland auf dem Rücken des Reiches verständigten — als Beginn einer weiteren internationalen Verständigung, an der Deutschland das größte Interesse habe[42]), und als ein „moralisches Aktivum", das später Früchte tragen werde.[43]) Ausdrücklich wurde die Geschlossenheit hervorgehoben, mit der das deutsche Volk in dieser Frage hinter der Regierung stehe.[44]) Als wenige Tage vor Wirths Rückkehr aus Genua der Reichskanzler auf eine einjährige Regierungszeit (10. Mai) zurückblicken konnte, verwies die Zentrumspresse mit Genugtuung auf die in diesem Zeitraum trotz aller Hemmnisse erreichten, von der Zentrumspartei mitgetragenen Erfolge („und trotzdem: wir sind weitergekommen"). Die Ära der „Ultimatumspolitik" galt als beendet: „Vor einem Jahr diktierte man, jetzt verhandelt man mit uns."[45])

Erst allmählich wurde es deutlich, daß der Rapallo-Vertrag nicht ein überraschender Schachzug, sondern das Ergebnis längerer Vorarbeiten und eines günstigen Augenblicks gewesen war[46]), um zu verhindern, daß sich der „Ring des Vertrages von Versailles" vollends schließen würde. Die äußere Gefahr

[37]) Zu dieser Haltung dürfte die Äußerung von Reichsfinanzminister *Hermes* am 3. Mai 1922 in einer Besprechung mit den Parteiführern (s. Anm. 33) nicht ohne Einfluß geblieben sein, daß der Vertragsabschluß bei den Mitgliedern der Finanzkommission in Genua keine „Verstimmung" zurückgelassen habe.

[38]) Vgl. *Germania* Nr. 256 und 259 vom 18. und 19. April 1922.

[39]) So *Bell* (vgl. Anm. 34).

[40]) Vgl. *KV* Nr. 310 vom 21. April 1922.

[41]) Am 18. April 1922 in einer Kabinettssitzung. Bundesarchiv R 43 I/2451.

[42]) So der Abg. *Bell* am 7. Mai 1922 auf einer Zentrumsversammlung in M.Gladbach. Vgl. *KV* Nr. 359 vom 9. Mai 1922.

[43]) So der Abg. *Klöckner* auf einer Zentrumskundgebung am 6. Juli 1922 in Trier, wobei er erklärte, es sei notwendig gewesen, nach den fortgesetzten Konferenzen und Erwägungen „einmal etwas Positives" zu schaffen. Vgl. *KV* Nr. 520 vom 7. Juli 1922. In einer Flugschrift von 1928 hieß es rückblickend, Rapallo sei die „erste selbständige Regung der deutschen Außenpolitik nach dem Zusammenbruch" gewesen. Vgl. *Neun Jahre Zentrumspolitik*, S. 4.

[44]) Vgl. die Ausführungen des Abg. *Loenartz* am 16. Juni 1922 im Preuß. Landtag. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10650.

[45]) So *KV* Nr. 361 vom 9. Mai 1922.

[46]) So *Wirth* in der Zentrumsfraktion am 26. Mai 1922, wobei es der Reichskanzler (nach einer Niederschrift im Nachl. ten Hompel) als die „größte Dummheit" bezeichnete, wenn jetzt wegen des Zeitpunkts des Vertragsabschlusses eine große Debatte entstünde.

Bdes olschewismus glaubte Wirth gebannt zu haben; noch nicht beseitigt sah er eine mögliche bolschewistische Gefahr infolge innerer Wirren.[47]) Er wertete es als Positivum, daß es ihm gelungen war, sich zweimal als erfolgreicher Vermittler zu den Sowjets zu betätigen, und zwar sowohl für die Kurie[48]) als auch (auf Wunsch von Lloyd George) für die britische Delegation.[49]) Als der Reichskanzler am 29. Mai vor dem Reichstag den Rapallo-Vertrag als „ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk" würdigte[50]), stimmte der Abgeordnete Marx als Sprecher der Zentrumsfraktion dieser Interpretation zu.[51]) Der Vertrag entspreche der vom Zentrum in den letzten Jahren verfolgten Politik, „ein Band zu schlingen zwischen dem Westen Europas und dem großen Slawentum und durch bessere Verträge mit dieser Vormacht des Slawentums für bessere wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu sorgen".[52])

Der Zentrumsvorsitzende verwies vor dem Forum des Reichstags darauf, daß die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte allein der Politik der Koalitionsparteien zu verdanken gewesen seien. Zu diesen Erfolgen rechnete Marx in erster Linie die Tatsache, daß es gelungen sei, die Einheit des Reiches aufrechtzuerhalten. Andere Zentrumssprecher betrachteten es nicht zuletzt als Verdienst ihrer Partei, daß die Politik des Erfüllungswillens[53]) bisher gute Früchte getragen und zu der erstrebten Versachlichung des Reparationsproblems geführt habe. Als Folge dieser Politik stellten sie eine wachsende Einsicht bei den Alliierten fest, anzuerkennen, daß die Bedingungen des Versailler Vertrags und des Londoner Ultimatums unerfüllbar seien.

---

[47]) In einer nachträglichen Aufzeichnung *Wirths* vom 2. September 1933 über den Rapallo-Vertrag heißt es, angesichts der verzweifelten Lage des Reiches sei die „nicht unbedenkliche Anknüpfung" mit Rußland die einzige Möglichkeit gewesen, „ins Freie zu kommen". Bundesarchiv R 43 I/3633.

[48]) Nach den Mitteilungen *Wirths* (s. Anm. 46) war er von einem Vertreter des Papstes — wie sich aus einem Schreiben *Wirths* vom 20. September 1922 an Kardinal Schulte ergibt: Erzbischof Pizzardo (Bundesarchiv R 43 I/185) — um eine Intervention zugunsten des kirchlichen Vermögens und der kirchlichen Freiheiten in Rußland gebeten worden: „Wir haben dann den Vertreter des Papstes direkt mit Rußland in Verbindung gebracht." Dafür habe sich der Papst eigens bedankt. Dazu vgl. *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 285.

[49]) Das geht aus zwei Schreiben *Wirths* aus Genua vom 10. Mai 1922 an P. Spahn hervor, deren Inhalt für einen „ganz engen Kreis" der Fraktion bestimmt war. In dem ersten Schreiben hieß es u. a. „streng vertraulich", daß zwischen ihm und Rathenau „keinerlei Differenzen über die Außenpolitik" beständen. Die beiden Briefe befinden sich im Besitz von Herrn Ministerialrat C. P. Spahn (Bad Godesberg), dem ich für die Möglichkeit der Einsichtnahme zu danken habe.

[50]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 355, S. 7675; *Wirth*, Reden, S. 345. Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln am 7. Januar 1923 erklärte *Wirth*, der Wille zur „wahren und aufrichtigen Verständigung mit dem großen russischen Volke" habe ihn zum Abschluß dieses Vertrags bestimmt: Die europäische Geschichte beweise, daß, solange Deutschland und Rußland sich freundschaftlich gegenüberstanden, es beiden Völkern gut ergangen sei. Vgl. *KV* Nr. 14 vom 8. Januar 1923.

[51]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 355, S. 7682 ff.

[52]) Ebd., S. 7684.

[53]) So der Abg. *ten Hompel* am 22. Juni 1922 im Reichstag; vgl. ebd., S. 7964.

2. Am Rande neuer Krisen

Wirths Politik, für die der Reichskanzler am 31. Mai 1922 ein erneutes Vertrauensvotum des Reichstags erhielt, erwies sich allerdings nicht so unumstritten, wie es nach den eben zitierten Ausführungen des Reichskanzlers und des Zentrumsvorsitzenden den Anschein haben mochte. Differenzen zwischen dem Reichskanzler und Reichsaußenminister Rathenau auf der einen und Reichsfinanzminister Hermes auf der anderen Seite blieben nicht verborgen. Hermes, der für einen stärker westlich orientierten Kurs plädierte[1]), war in Genua als scharfer Kritiker des „Russenvertrags" aufgetreten[2]), nachdem er zunächst in Unkenntnis des Vertragsinhalts dessen Abschluß begrüßt hatte.[3]) Er hatte inzwischen in Paris mit Mitgliedern der Reparationskommission über eine Auslandsanleihe verhandelt und in diesem Zusammenhang ohne Vorwissen des Kabinetts gegenüber den Alliierten auch eine mögliche weitere Erhöhung der Steuern und eine „Nachprüfung" des deutschen Staatshaushalts in Aussicht gestellt (die dann zustande kam).[4])

Tiefgreifende sachliche Differenzen und nicht minder starke persönliche Animositäten zwischen Wirth und Hermes — die noch Jahrzehnte später in gleicher Intensität vorhanden waren[5]) — führten Ende Mai zu einer Regierungskrise[6]),

---

[1]) In einer Kabinettssitzung am 25. April 1922 in Genua bezeichnete er es als Aufgabe der Regierung, alles zu vermeiden, was das Verhältnis zu Frankreich noch mehr komplizieren würde. Bundesarchiv R 43 I/2451. S. auch die folgende Anm.

[2]) Vgl. *Erdmann*, Deutschland, Rapallo und der Westen (s. das vorige Kap. Anm. 28), S. 131. In einer Kabinettssitzung am 18. April 1922 hatte *Hermes* kritisiert, daß der Vertragsabschluß im Kabinett nicht besprochen worden sei. Bundesarchiv R 43 I/2451. Der Reichsfinanzminister hielt die Schaffung eines „geeigneten Bodens für die Gestaltung der Reparationsfrage" für wichtiger als den Abschluß des Vertrags, „von dem man nicht absehen könne, welche Früchte er Deutschland bringe". Außer dem Russenvertrag müsse die deutsche Delegation auch einen „Fonds von Vertrauen" bei den westlichen Alliierten für die Reparationsfrage mit nach Hause bringen.

[3]) Das ergibt sich aus dem Protokoll der Ministerratssitzung vom 21. April 1922 in Genua. Ebd.

[4]) Ein Referat von *Hermes* vor der Reichstagsfraktion des Zentrums am 27. Mai 1922 ist in einer Niederschrift im Nachl. ten Hompel überliefert.

[5]) In einem Schreiben *Wirths* vom 26. November 1948 an Heinrich Köhler hieß es: „Für mich ist Adenauer der Reaktionär. Dazu kommt Dr. Hermes, um das Maß voll zu machen." Zit. bei Josef *Becker*, Parteigründungen im deutschen Südwesten nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zs. für die Gesch. des Oberrheins 110, 1962, S. 199 Anm. 7.

[6]) Die *KV* Nr. 470 vom 26. Mai 1922 berichtete über Auseinandersetzungen im Reichskabinett, bei denen die Kanzlerfrage aufgeworfen worden sei. Der Abg. *ten Hompel* kommentierte seine Niederschrift (s. Anm. 4) mit folgenden Sätzen: „Es läßt sich nicht leugnen, daß alte und neue persönliche und sachliche Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister bestehen bzw. bestanden. Hermes soll, wie man erzählt, eine völlige Schwenkung seiner Politik vorgenommen haben. Das habe schon in Genua angefangen, wo Hermes gegen den Rapallo-Vertrag Einwendungen gemacht habe. Nachdem er bislang seine Politik ‚englisch' orientierte, habe er plötzlich auf das französische Pferd gesetzt. Außerdem soll Hermes sich mit den Mehrheitssozialisten und auch mit den Unabhängigen über sein Vorgehen in Paris und in der Steuerfrage verständigt haben [. . .]. Die Stellung des Kanzlers innerhalb der Sozialdemokratie gilt dagegen nicht mehr als fest, da er sich energisch gegen neue Steuern ausgesprochen habe; merkwürdiger-

als sich herausstellte, daß Wirth mit seiner Auffassung in der Minderheit blieb.[7]) Sie konnte zwar bald beigelegt werden, ließ jedoch unzweideutig erkennen, daß die Koalition einer ähnlichen Belastungsprobe kaum noch einmal gewachsen sein würde und daß der Anspruch des Reichskanzlers, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, keineswegs ohne Widerspruch akzeptiert wurde. Daß sich auf Grund von Wirths Temperament sachliche Gegensätze leicht ins Persönliche verlagerten und dadurch verschärften, bedauerten die Zentrumsführer, von denen sich insbesondere Marx und Spahn dann auch mit Erfolg um die weitere Zusammenarbeit zwischen Wirth und Hermes bemühten.[8])

Ein Sturz der Regierung Wirth zu diesem Zeitpunkt hätte den noch nicht ratifizierten Vertrag von Rapallo in Frage stellen und französischen Plänen Vorschub leisten können, die darauf hinausliefen, das Rheinland zu neutralisieren und separatistischen Gruppen (Smeets und Genossen) Auftrieb zu verschaffen. Gegen diese Absichten führte das Rheinische Zentrum im Verein mit den übrigen Parteien außer der KPD unter dem Motto „Reich und Rhein gehören zusammen“[9]) seit Monaten einen erbitterten Kampf[10]), in dem es sich vom

weise wird auch die Haltung des Kanzlers zum Rapallo-Vertrage von einem Teile der Sozialdemokratie nicht gebilligt. —

Der Gegensatz Wirth-Hermes ist besonders durch die bekannte Haltung von Hermes bezüglich des Zugeständnisses neuer Steuern in Höhe von 60 Milliarden hervorgerufen, worin Wirth eine Durchkreuzung seiner Politik erblickt. [. . .] Die wichtigste Tatsache ist, daß die Zugeständnisse von Hermes unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt sind, daß eine Anleihe in ganz erheblicher Höhe Deutschland bewilligt wird. Äußerst zu bedauern ist es, daß die Differenzen nicht im Schoße des Reichskabinetts geregelt, sondern in der Öffentlichkeit in sensationeller Weise behandelt wurden.“

[7]) Mitgeteilt von *Marx* in einer Sitzung der Zentrumsfraktion am 26. Mai 1922. Nachl. ten Hompel. In einem Schreiben *Wirths* von Ostern 1941 aus Luzern an den Seeckt-Biographen v. Rabenau hieß es, in der Regierung habe Hermes die „Opposition gegen Rapallo, gegen Rathenau und gegen mich“ angeführt: „Es war ein bitteres Ringen hinter den Kulissen.“ Pol. Archiv, Inland IIg 526.

[8]) Nach einer Aufzeichnung von *Marx* (von Anfang April 1922) bestand zwischen Wirth und Hermes „kein besonders warmes Verhältnis“. Er habe alle Augenblicke Verhandlungen führen müssen, um Meinungsverschiedenheiten auszuräumen: „Meist habe ich an Exzellenz Spahn eine sehr erfahrene und einflußreiche Hilfe. Selbst Wirth muß sich vor der großen Erfahrung und der Weisheit dieses bewährten Politikers beugen.“ Nachl. Marx II/1.

[9]) So *KV* Nr. 357 vom 8. Mai 1922. Am 13. April 1922 hatte der Vorsitzende der Rhein. Zentrumspartei, *Mönnig* (Köln), dem in Genua weilenden Reichskanzler mitgeteilt, daß die Rhein. Zentrumspartei „als die weitaus stärkste politische Partei“ des Rheinlandes vor der schweren Aufgabe stehe, in großem Umfang polit. Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Zentrumswählerschaft besonders in der Eifel und an der Mosel werde durch die französische Propaganda beeinflußt, die sich gegen die Steuerlast und die Verwaltung, gegen Regierung und Gesetzgebung, „gegen Reich und vor allem Preußen“ richte. Die Aufklärungsarbeit der Zentrumspartei werde von der Überzeugung ausgehen, daß das Rheinland „lieber die Besatzung noch länger tragen würde, als auf Kosten seiner Lebensverbindung mit dem Reiche von dieser gewiß schwer zu tragenden Last befreit zu werden“. Unter der Devise „Reich und Rhein“ solle der Gedanke vertreten werden, den Wirth zum Leitstern seiner Politik gemacht habe, die Einheit des Reiches und der Wirtschaft „durch alle Widerstände hindurchzuführen“. Bundesarchiv R 43 I/471.

[10]) Der Provinzialausschuß der Rhein. Zentrumspartei faßte am 26. April 1922 in Königswinter nach einem Referat des Abg. *Lauscher* eine (von Carl Bachem entworfene) Resolution,

Reichskanzler voll unterstützt sah.[11]) Als im Zeichen der bevorstehenden Abtrennung von Oberschlesien am 13. Juni im Reichstag eine Regierungsvorlage eingebracht wurde, die die Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung (der eine Abstimmung über eine innere Neugliederung des Reiches vorsah) in die Wege leiten sollte, begrüßte die Zentrumsfraktion den auf Grund dieser Vorlage möglichen „Umbau des Reichshauses".

Der rheinische Abgeordnete Lauscher wies allerdings bei der zweiten Lesung dieser Vorlage (am 1. Juli) darauf hin, daß angesichts der „schwierigen Lage des deutschen Volkes" von dem verfassungsmäßigen Abstimmungsrecht „nur mit äußerster Besonnenheit und mit dem denkbar höchsten Ausmaß vaterländischer Gewissenhaftigkeit" Gebrauch gemacht werden könne; seine Partei wolle die Interessen des Vaterlands allen „Wünschen der engeren Heimat" vorangestellt wissen.[12]) Das bedeutete nichts anderes als den Willen, die Abstimmung vorerst zu vertagen, um jede Möglichkeit einer Beeinflussung der Bevölkerung des besetzten Gebiets durch das Ausland zu verhindern. Eine baldige Volksabstimmung im Rheinland war den Regierungsparteien aber noch aus einem anderen Grunde höchst unerwünscht: Man befürchtete, sie würde den Separatisten günstig sein, die eine durch die Getreideumlage hervorgerufene Teuerung propagandistisch gegen die Regierung ausspielten.[13])

An Stelle eines Plebiszits verlangten die Zentrumsvertreter eine weitergehende Dezentralisation innerhalb Preußens (stärkere Provinzialautonomie). Dabei gaben sie sich keinen Illusionen darüber hin, daß unter den gegebenen Verhältnissen an eine Aufteilung Preußens vorläufig nicht zu denken war. Mit einem von Stegerwald geforderten Umbau des Reiches und der Länder, in dessen Rahmen Preußen als „Reichsland" im Reich aufgehen sollte[14]), hat sich die Zentrumspartei nicht identifiziert. Ihre rheinischen Vertreter nutzten jetzt wie vorher jede Gelegenheit, die Drangsale und Leiden der Bevölkerung des besetzten

---

in der es hieß, daß das Rheinland einer Lockerung seines Verhältnisses zum Reich oder einer „sonstigen Veränderung seiner politischen Verhältnisse" niemals zustimmen werde, „um dadurch eine Erleichterung seiner Besatzungslast zu erkaufen". Vgl. *KV* Nr. 325 vom 27. April 1922. Nach einer Niederschrift *Bachems* über diese Tagung (Nachl. Bachem 855) war es ihm nicht möglich gewesen, eine noch weitergehende Formel zur Abstimmung zu bringen, wonach auch die Agitation „Los von Preußen" aufgegeben werden sollte. Eine ähnliche Resolution gegen die Neutralisierungspläne faßten einen Tag später die Vertreter der in Königswinter zusammengekommenen „vereinigten Parteien". Vgl. *KV* Nr. 328 vom 28. April 1922; A. *Köhler*, Deutsches Zentrum, S. 54. Auf zahlreichen Zentrumsversammlungen dieser Zeit wurden Treuegelöbnisse für das Rheinland abgegeben; vgl. z. B. *KV* Nr. 359 vom 9. Mai 1922 *(Bell)*.

[11]) Vgl. das Telegramm *Wirths* vom 15. Juni 1922 an die in Godesberg versammelten Teilnehmer der 2. Reichstagung der Windthorstbunde *(KV* Nr. 461 vom 16. Juni 1922), die dem Reichskanzler am 16. Juni 1922 „deutschen Treugruß vom deutschen Rhein" sandten. Bundesarchiv R 43 I/2657.

[12]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 355, S. 7779; ebd. Bd. 356, S. 8227 ff.

[13]) Nach den Ausführungen von Reichskanzler *Wirth* und des Abg. *Kaas* im Ausw. Ausschuß des Reichstags am 21. Juli 1922. BGStA München, Gesandtschaft Berlin, Nr. 99.

[14]) Vgl. Zusammenbruch und Wiederaufbau (erschienen im Juli 1922).

Gebiets und auch des Saargebiets hervorzuheben und dafür Verständnis bei der übrigen Reichsbevölkerung und Hilfe von seiten der Regierung zu finden.[15]) Bei diesem Bemühen schlichen sich nicht selten markige vaterländische Töne ein, die die „nationale" Haltung der Partei immer wieder unter Beweis stellen sollten.[16])

Gegen Ende Juni 1922 war nach dem Ausgang der Konferenz von Genua, nach dem Abschluß des Vertrags von Rapallo, nach dem Abschluß deutsch-dänischer und deutsch-polnischer Abkommen und nach der vom Auswärtigen Ausschuß des Reichstags erteilten Zustimmung zu drei Abkommen über Reparationsleistungen[17]) eine gewisse außenpolitische Konsolidierung erreicht. Sie konnte auf den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung im Innern nicht ohne Einfluß bleiben. Nachdem Mitte Juni Versuche der DVP, das Zentrum zur Aufgabe der Linkskoalition zu bewegen, um statt dessen selbst in die Regierung zu gelangen, gescheitert waren, schien die Stabilität des Kabinetts Wirth und der Koalition stärker denn je zu sein. Um die Koalition keiner neuen Belastung auszusetzen, entschloß sich die Zentrumsfraktion am 21. Juni, die seit Wochen stockenden Beratungen des Reichsschulgesetzes, an dessen Zustandekommen der Partei besonders gelegen war[18]) — da es um die Gleichberechtigung der Bekenntnisschule neben der Gemeinschaftsschule ging —, einem Regierungsvorschlag entsprechend vorerst zu vertagen.

Im Bildungsausschuß des Reichstags hatten sich die bisherigen politischen Fronten zeitweise dadurch verkehrt, daß für Einzelfragen eine knappe Mehrheit von Zentrum, DVP und DNVP einer Minderheit (SPD und DDP) gegenüber-

---

[15]) Bei einer Besprechung des Reichskanzlers mit dem Vorstand der Städtevereinigung der besetzten rhein. Gebiete am 20. Juli 1922 sicherte *Wirth* auf konkrete Beschwerden hin, die Oberbürgermeister *Adenauer* vorbrachte (stärkere finanzielle Unterstützung, Verteilung der „Besatzungsschäden" auf das ganze Reich), Abhilfe zu. Bundesarchiv R 43 I/185.

[16]) Besonders eindeutig zum Abschluß einer Rede des Abg. *Bell* am 21. Juni 1922 im Reichstag: „Die Saarbevölkerung und die Bevölkerung des ganzen Rheinlandes mag versichert sein, daß deutsche Regierung und deutsches Volk sie niemals im Stich lassen werden, daß ihre Leiden unsere Leiden sind, daß ihre Klagen und Beschwerden sich gestalten zu unseren Klagen und unseren Beschwerden. Wir aber rufen ihnen [. . .] zu: harrt aus, auch euch wird die Stunde der Erlösung schlagen! Eure deutsche Treue, eure deutsche Gesinnung haben wahrlich die Feuerprobe bestanden." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 355, S. 7941.

[17]) Vgl. *Schulthess* 1922, S. 73.

[18]) Der vom Zentrum vertretene „Bildungsgedanke", der sich in der Forderung nach der Gleichberechtigung der Bekenntnisschule manifestierte, wurde am 23. Januar 1922 im Reichstag von dem Abg. *Rheinländer* mit folgenden pastoralpädagogischen Sätzen umschrieben: „Wir wollen gottesfürchtige, deutsche Menschen erziehen, [. . .] die ihr Volk und ihr Land kennen und lieben und die bewußt Schicksalsgemeinschaft mit ihrem Volke betätigen, die im Staatsgeist und in Staatsgesinnung sich dienend in das Staatsganze einfügen, Menschen, die in ihrer Persönlichkeit edles Menschentum verkörpern, die über den Kreis ihrer Volksgenossen hinaus auch alle Menschen der Welt als ihre Brüder anerkennen; gottesfürchtige Menschen, die in der Beziehung zu Gott ihren Halt, ihre ganze Lebensrichtung finden, die nach dem Willen Gottes ihr Leben einrichten und in der Vereinigung mit Gott ihr letztes und höchstes Ziel erblicken." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 352, S. 5487.

stand (15 gegen 13 Stimmen), während das Stimmenverhältnis in der Regel 14 zu 14 betrug. Im Plenum des Reichstags lagen die Mehrheitsverhältnisse allerdings so, daß dort den Zentrumsanträgen schwerlich ein Erfolg beschieden gewesen wäre.[19]) Die Fraktion wollte es nicht darauf ankommen lassen, einem Schulgesetz, das ihren Vorstellungen entsprach, mit Hilfe einer Zufallsmehrheit zur Annahme zu verhelfen.[20])

Zu diesem Zeitpunkt waren sich die beiden Regierungsparteien trotz strittiger wirtschafts- und finanzpolitischer Fragen (Zwangsanleihe, Getreideumlage), über die selbst innerhalb der Zentrumsfraktion keine volle Einmütigkeit herrschte[21]), darin einig, jede innenpolitische Krise zu vermeiden. Von einer Auflösung des Reichstags nach einer Abstimmungsniederlage der Koalitionsparteien über die Frage der Getreideumlage befürchteten sie eine Spaltung des Volkes und ihrer eigenen Parteien.[22])

Der Zentrumsführung konnte in diesem Augenblick um so weniger an neuen Erschütterungen liegen, als es ihr soeben erst gelungen war, eine „Revolte" innerhalb des Jungzentrums zu verhindern und dadurch die Gefahr einer neuen Grundsatzdiskussion zu bannen. Auf der 2. Reichstagung des Verbands der Windthorstbunde Deutschlands am 18. Juni in Godesberg hatten Vertreter

---

[19]) Dazu vgl. Wilhelm *Marx*, Zum Reichsschulgesetz, in: Allg. Rundschau Nr. 21 vom 27. Mai 1922, S. 241 f., und — wesentlich ausführlicher — in: Kirchl. Handbuch 11, 1922/23, S. 64 ff., wo es abschließend hieß: „Ob es gelingen wird, auf dem Wege der Verhandlung zwischen den Parteien zu einer Einigung zu kommen, kann bis heute, Ende 1922, in keiner Weise übersehen werden. Mehrfache Erklärungen der im Ausschuß tätigen Zentrumsabgeordneten lassen erkennen, daß die Partei, wie selbstverständlich, fest entschlossen ist, in keiner Weise die Rechte der konfessionellen Schule beeinträchtigen zu lassen, vielmehr die volle Gleichberechtigung dieser Schulart mit den andern zu behaupten und zu verteidigen."

[20]) So *Marx*, Zum Reichsschulgesetz (s. die vorige Anm.), S. 242. Ferner Ausführungen des Abg. *Lauscher* auf einer Kölner Zentrumsversammlung am 11. April 1922; vgl. *KV* Nr. 288 vom 12. April 1922. Am 5. Mai 1923 erklärte *Lauscher* im Preuß. Landtag: „Die Zentrumsfraktion im Reichstag hat alles aufgeboten, um in geduldigen, mühseligen Verhandlungen eine Grundlage für eine Mehrheitsbildung im Reichstag zu schaffen [. . .] Die Schuld daran, daß es nicht gelungen ist, das Reichsschulgesetz schneller und erfolgreicher zu fördern liegt daran, daß die Gegenseite es an dem Entgegenkommen hat fehlen lassen, das sie in früheren Stadien — ich erinnere an das erste Weimarer Kompromiß — bewiesen hat." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 12, Sp. 16977. Am 22. Juni 1923 erklärte der Abg. *Wildermann* im Preuß. Landtag: „Wir verlangen, daß in den Schulgesetzen des Reiches und der Länder der Bekenntnisschule dasselbe Maß von Licht und Luft gegeben wird wie jeder anderen Schulart auch. Nur durch ehrliche Durchführung dieser vollen Gleichberechtigung kann unser Vaterland — darüber sollten doch gar keine Zweifel bestehen — vor einem Kulturkampf bewahrt werden, dessen Folgen nicht abzusehen wären." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 13, Sp. 18799.

[21]) So der Abg. *Becker-Arnsberg* auf einer Parteiführerbesprechung bei Reichskanzler Wirth am 17. Juni 1922 (s. die folgende Anm.), in der er auch auf die außenpolitischen Folgen eines Getreideumlagegesetzes (erhöhte Separatistengefahr) hinwies, falls dieses Gesetz von der Entente für die Rheinlande außer Kraft gesetzt werden sollte. Im Falle von Neuwahlen nach einer Ablehnung des Gesetzes würden Konsumenten gegen Produzenten stehen und damit auch ein Riß durch die einzelnen Parteien gehen.

[22]) So Reichskanzler *Wirth* in einer Besprechung mit führenden Abgeordneten des Zentrums, der SPD und der DDP am 17. Juni 1922. Bundesarchiv R 43 I/1020.

einiger katholischer Jugendverbände, insbesondere Nikolaus Ehlen, ihrem „unvergorenen Idealismus“[23]) freien Lauf gelassen und schärfste Kritik am Zentrum und seinen parlamentarischen Vertretern wegen angeblicher mangelnder Vertretung katholischer Grundsätze geübt.[24]) In dieser Situation war es dem Abgeordneten Joos durch einfühlende, auf das Empfinden der Jugendlichen abgestimmte Ausführungen zum Thema Jugendbewegung und Parteien gelungen, einen Brückenschlag zwischen den Generationen herzustellen.

Demgegenüber hatte der Parteivorsitzende Marx einen härteren Ton angeschlagen und alle Vorwürfe gegen die Interkonfessionalität des Zentrums und dessen angeblichen „Verrat“ am katholischen Glauben als ein Wiederaufleben des Integralismusstreits zurückgewiesen: „Die Fraktion stirbt eher, als sich nochmals einer Diskussion darüber [über die Frage der Konfessionalität] hinzugeben.“ Daß Marx in dieser Lebensfrage der Partei so energisch sprechen konnte, darf als Symptom für die innere Sicherheit und Geschlossenheit gelten, mit der das Zentrum im Frühsommer 1922 auftrat.

[23]) So *KV* Nr. 469 vom 19. Juni 1922.

[24]) Solche Vorwürfe waren einige Wochen vorher in der Broschüre des Pfarrers *Haeuser* (Augsburg), Wir deutschen Katholiken und die moderne revolutionäre Bewegung, erhoben worden. Das hatte die *KV* Nr. 272 vom 7. April 1922 veranlaßt (ähnlich *Germania* Nr. 227 vom 5. April 1922), die Broschüre als eine „unerhörte Verunglimpfung der erdrückenden Mehrheit des deutschen katholischen Volkes, des Zentrums und seiner Führer“ zu kritisieren.

3. „Der Feind steht rechts!“ — aber nur für Wirth

„Jetzt muß offen bekannt werden, wo jeder hin will. Das wollen und müssen wir wissen.“ Abg. Marx am 25. Juni 1922.[1])

In diesem Augenblick innenpolitischer Ruhe und innerparteilicher Windstille veränderte der Mord an Reichsaußenminister Rathenau (24. Juni) mit einem Schlage die politische Situation. In unvergleichlich stärkerem Maße als nach der zehn Monate zuvor erfolgten Ermordung Erzbergers beherrschte auch die Zentrumsanhänger der Gedanke: „Jetzt heißt's handeln!“, um die Staatsautorität mit „eiserner Entschlossenheit“ zu wahren.[2]) Wenige Stunden nach dem Verbrechen geißelte Reichskanzler Wirth — der die Nachricht von dem Attentat in einer Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums erhielt[3]) — im

[1]) Im Reichstag; vgl. Sten. Berichte, Bd. 356, S. 8048.

[2]) So *KV* Nr. 488 vom 25. Juni 1922.

[3]) Bei *Schofer*, Mit der alten Fahne in die neue Zeit, S. 133, wird dieser Augenblick anschaulich geschildert: „Der Reichsausschuß des Zentrums war gerade zu einer Beratung im Fraktionszimmer des Reichstages zusammengetreten. Die Wasser der Debatte plätscherten ruhig dahin. Reichskanzler Dr. Wirth erschien, freudig begrüßt. Die Verhandlungen gingen weiter. Da kommt ein Diener und ruft den Kanzler an das Telephon. In tiefer Bestürzung kehrt er wieder und stößt die Nachricht heraus: ‚Rathenau ist ermordet!‘ Alles springt auf, fragende Stimmen zittern

Reichstag mit scharfen Worten die von Rechtskreisen zielbewußt gesteuerte „Mordhetze" im Reich, die nur ein Glied sei in einer Kette „wohlvorbereiteter Anschläge" auf die Republik: „So wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr in Deutschland."[4]) Noch am Abend des gleichen Tages gab Wirth im Reichstag als politische Forderung der Stunde den Wortlaut der inzwischen vom Reichspräsidenten unterzeichneten „Verordnung zum Schutze der Republik" bekannt.[5])

Im Zentrum war man sich bewußt, daß es in diesem Augenblick, wie der Partei- und Fraktionsführer Marx am folgenden Tage (einem Sonntag) im Plenum ausführte[6]), um den Bestand der Republik ging und daß die Entscheidung laute: „Halten wir an der republikanischen Verfassung fest oder nicht?"[7]) Marx bemühte sich ganz offensichtlich darum, die leidenschaftlichen Debatten nicht weiter zu erhitzen. Er geißelte in einer für ihn bemerkenswert scharfen Rede die Mordhetze der deutschnationalen Presse — ohne eine direkte Mitschuld der DNVP an der Ermordung Rathenaus zu behaupten — und unterstützte namens seiner Fraktion die Maßnahmen des Kabinetts gegen die politische Rechte. Er wies in diesem Zusammenhang das von der DNVP beanspruchte „nationale" Monopol scharf zurück. Marx charakterisierte das von den Koalitionsparteien geleistete „verantwortungsvolle Arbeiten im Dienste des Vaterlandes" als die wirkliche „nationale Gesinnung"; darin lasse sich das Zentrum von niemandem übertreffen. Der Zentrumsführer gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß „glücklicherweise" die „nationale Betätigung" seiner Partei von „immer weiteren Kreisen, namentlich auch in den akademisch gebildeten und intellektuell gerichteten Kreisen", anerkannt werde. Der Parteivorsitzende erneuerte feierlich das Bekenntnis des Zentrums zur Reichsverfassung, deren gewaltsame Änderung ein Verbrechen am Staatswohl sei, und verlangte von allen Parteien eine „feste, unumwundene Erklärung" zu dieser Frage.

Marx ließ keinen Zweifel daran, daß seine Fraktion jederzeit bereit gewesen sei, die Regierungskoalition zu erweitern, daß aber in diesem Augenblick zunächst die Entwicklung der Dinge abgewartet werden müsse. Nach einem scharfen Angriff auf Helfferich und seine Gesinnungsgenossen, die sich mit ihrer „wahn-

---

durcheinander. Der Kanzler erhebt sich impulsiv von dem Stuhl, auf dem er Platz genommen, und ruft es nochmals in die entsetzten Menschen hinein: ‚Rathenau ist ermordet! Jetzt heißt's handeln!' Mit diesem Wort verläßt er den Saal und eilt auf seinen Posten, um Schlimmeres zu verhüten, vor allem um die Staatsordnung zu retten."

[4]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 355, S. 8034 f. Am 26. Juni 1922 erklärte der Abg. *Heß* im Preuß. Landtag, die Verantwortung für den Mord trügen diejenigen, „die die Stimmung auf dem Gewissen haben, aus der heraus der Mord geboren ist". Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 11311.

[5]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 355, S. 8037 ff.

[6]) Ebd., Bd. 356, S. 8045 ff.

[7]) Am 26. Juni 1922 erklärte *Heß* (s. Anm. 4): „Die Methode, die man gegen ihn spielen ließ, glich ja aufs Haar jener, mit der man seinerzeit Erzberger einkreiste, und Walther Rathenau wußte, daß am Schlusse dieser Methode der Mord lauert. [. . .] Es steht mehr auf dem Spiel als eine Staatsform, — das Vaterland ist in Gefahr!" Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 11313.

witzigen Agitation" am deutschen und rheinischen Volk versündigten, appellierte Marx an die Entente, „zu überlegen, ob sie nicht durch Entgegenkommen an das deutsche Volk" eher auf eine Erledigung der Kriegsschulden rechnen könne als durch den bisher beschrittenen „grausamen Weg". Nach den Worten des Parteiführers war das Zentrum einmütig bereit, Wirths Politik zu unterstützen.

Unmittelbar darauf trat der Reichskanzler, zum dritten Male innerhalb von zwei Tagen, ans Rednerpult.[8]) In einer Antwort an den DNVP-Führer Hergt machte er erneut die deutschnationale Agitation für die Mordatmosphäre im Reich verantwortlich und würdigte gleichzeitig die politischen Verdienste Rathenaus. Wirth benutzte diese Gelegenheit, um geradezu beschwörend eine gemeinsame Außenpolitik und die Stabilisierung der deutschen Demokratie zu fordern. Dabei wies er ähnlich wie vor ihm Marx auf die entscheidende Wechselwirkung zwischen dem Bestand der Demokratie in Deutschland und den alliierten Reparationsforderungen hin. Er präzisierte seine eigene Stellung an der Seite der „großen Scharen des arbeitenden Volkes" und schloß dann seine Rede mit der berühmt gewordenen, an die Adresse der Deutschnationalen gerichteten Anklage: „Da steht der Feind — und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts."[9])

Es darf als sicher gelten, daß sich auch die Zentrumsabgeordneten an dem „stürmischen langanhaltenden Beifall", den das Stenogramm an dieser Stelle verzeichnet[10]), beteiligten und von der Notwendigkeit des bevorstehenden Kampfes gegen die „rechtsradikale Gefahr"[11]) überzeugt waren. Ebenso sicher aber war bereits einige Tage später bei der Mehrzahl dieser Abgeordneten eine bemerkenswerte Ernüchterung und Distanzierung von der hinter Wirths Urteil erkennbaren Grundhaltung zu verzeichnen. Der in einem Augenblick politischer Hochspannung, unter dem unmittelbaren Eindruck des Verlusts von Rathenau, dem sich Wirth persönlich besonders eng verbunden fühlte, geprägte Satz wurde zum geflügelten Wort. Er haftete dem Reichskanzler seitdem an, darf aber nicht unbesehen auch als Ansicht der Zentrumsfraktion interpretiert werden. Ein Aufruf der Partei vom 25. Juni[12]) verurteilte zwar auf das schärfste den Mord und die Hetze und forderte die Wählerschaft auf, geschlossen hinter die Regierung zu treten und ein Beispiel für Ruhe und Ordnung zu geben; da jedoch keinerlei Maßnahmen zur Abwehr künftiger Angriffe auf die Republik

[8]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 356, S. 8054 ff.; *Wirth*, Reden, S. 397 ff.

[9]) In einem Schreiben vom 13. Januar 1934 aus Basel an Staatssekretär Lammers wies *Wirth* energisch Vorwürfe zurück, nach denen er 1922 erklärt haben solle, *der* (allgemeine) Feind stehe rechts. Unter Bezugnahme auf das ihm vorliegende unkorrigierte Stenogramm seiner Rede schrieb Wirth: „Von mir stammt das Wort: ‚Dieser Feind steht rechts', und diesen Feind habe ich zunächst bestimmt als jenen Feind, der da steht, wo Mephisto sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt." Bundesarchiv R 43 I/3633.

[10]) Sten. Berichte, Bd. 356, S. 8058.

[11]) So *KV* Nr. 494 vom 28. Juni 1922.

[12]) Vgl. *Germania* Nr. 376 vom 25. Juni 1922; *Schulthess* 1922, S. 345 f.

und ihre Träger vorgeschlagen oder gefordert wurden, so ließ dieser Aufruf einen „deutlich bremsenden Unterton" hörbar werden.[13])

Anläßlich einer großen Zentrumskundgebung in Köln am 29. Juni bestand bei den Teilnehmern Einmütigkeit in ihrem Protest gegen die Mordtat und in ihrer Zustimmung zu der Forderung des preußischen Landtagsabgeordneten Schwering, endlich den Beamtenkörper „gründlich" zu reinigen, da in Preußen immer noch 90 v.H. aller höheren Beamtenstellen mit Anhängern der Deutschnationalen besetzt seien.[14]) Aber weder in dieser noch in anderen Parteikundgebungen wurde jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt darauf gedrängt, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen. Im Gegenteil.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags gehörte zu den schärfsten Opponenten des vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für den 4. Juli ausgerufenen Demonstrationsstreiks und Protestumzugs in Berlin, an dem sich die Christlichen Gewerkschaften ebenso wie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften nicht beteiligten. Die führenden Zentrumspolitiker verurteilten am 1. Juli die erklärte Absicht der linksgerichteten Gewerkschaften, auf Regierung und Parlament einen Druck auszuüben, um „endlich" das nachzuholen, was nach dem Kapp-Putsch versäumt worden sei.[15]) Das Diktum des Gewerkschaftsführers Wissell, daß die Regierung der für die Republik und gegen die „Reaktion" demonstrierenden Arbeiterschaft Dank statt Vorwürfe schulde, beeindruckte mehr den dafür empfänglichen Reichskanzler — der den Parteiführern äußerste Vorsicht bei ihren Reden anriet, um nicht die erregten Arbeiter durch ein „Abrücken aus der Kampffront" zur Selbsthilfe zu treiben — als die Zentrumsvertreter. Diese befürworteten zwar energische Maßnahmen der Regierung, wollten sie jedoch lieber auf dem Verordnungs- als auf dem Gesetzgebungswege erlassen wissen. Infolgedessen bemühten sie sich, „einige Bestimmungen" (so Marx) zu entschärfen und zu erreichen, daß über die Fassung des Gesetzes auch mit DVP und BVP verhandelt werden sollte.

Die Rede des Abgeordneten Bell bei der ersten Lesung des Entwurfs des „Gesetzes zum Schutze der Republik" am 5. Juli 1922 im Reichstag[16]) offenbarte das Dilemma der Zentrumspartei. Gewiß bekannte sich deren Sprecher mit Nachdruck zur Reichsverfassung und der durch sie „geborenen Staatsform"; ebenso eindeutig verurteilte er das verwerfliche Gebaren derjenigen „Volksgenossen", die Verfassung und Demokratie zu vernichten trachteten; nicht minder klar befürwortete er drastische Strafen, um das verbrecherische Treiben

[13]) Vgl. *Jasper*, Schutz der Republik, S. 62.

[14]) Vgl. *KV* Nr. 499 vom 30. Juni 1922.

[15]) Nach den Ausführungen des Gewerkschaftsführers *Graßmann* in einer Besprechung des Reichskanzlers mit Vertretern der Koalitionsparteien (vom Zentrum: Marx, Spahn, Stegerwald und v. Guérard) und des ADGB am Nachmittag des 1. Juli 1922. Bundesarchiv R 43 I/1867.

[16]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 356, S. 8291 ff.; dazu *Jasper*, Schutz der Republik, S. 77.

der „Mörderzentralen" verurteilen und eindämmen zu können.[17]) Dennoch ließ Bell keinen Zweifel darüber aufkommen, daß seine Fraktion sich im Ausschuß dafür einsetzen werde, den Regierungsentwurf „auszugestalten" — also zu entschärfen —, damit die Vorlage eine „möglichst große Mehrheit" im Plenum finde. Diese Vorbehalte bedeuteten eine unverkennbare Distanzierung von den Absichten des Reichskanzlers, dem es ausdrücklich darum ging, die Zustimmung der USPD zu erhalten[18]) und kein Gesetz zu schaffen, „das gleichzeitig den Kampf gegen links eröffne".[19]) Die von Bell angemeldeten Vorbehalte ließen zudem die von Wirth erwartete Rücksichtnahme auf die USPD vermissen. Die als Ergebnis langer Debatten[20]) eingeschlagene Taktik der Zentrumsfraktion ist unschwer zu erkennen: Bei scharfer Abwehr extremer Positionen Rücksichtnahme auf die Rechtsparteien[21]), zumal die Demokraten und die Linke ohnehin die von Wirth geforderte scharfe Fassung des Gesetzes befürworteten. Die Regierung wollte sich die Möglichkeit verschaffen, die höchst unterschiedliche Situation „im Kampfe gegen links und gegen rechts" ausgleichen zu können.[22])

Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs am 11. Juli ließ Bell, wiederum nach einem vorangestellten Bekenntnis zur Republik[23]), erneut das Dilemma seiner

[17]) In einer Entschließung der Düsseldorfer Zentrumspartei, die dem Reichskanzler am 27. Juni 1922 übermittelt worden war, hieß es: „Rathenau fiel als Opfer einer unerhörten Hetze deutschvölkischer Kreise gegen die junge deutsche Republik, die zuviel Langmut gegenüber dieser Hetze bewiesen hat." Stadtarchiv Düsseldorf XXI/9.

[18]) So *Wirth* in einer Besprechung mit den Vertretern der Koalitionsparteien am Nachmittag des 28. Juni 1922. Bundesarchiv R 43 I/1867. Dabei hielt der Reichskanzler das Zustandekommen des Gesetzes „mit nur einseitiger Anwendbarkeit nach rechts" für unbedingt geboten.

[19]) So *Wirth* am Nachmittag des 29. Juni 1922 in einer Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder (ebd.), in der er seine Ziele eindeutig umschrieb: Keine Auflösung des Reichstags, Vorgehen gegen die „unglaubliche Verhetzung" durch die Rechtspresse, durchgreifende Maßnahmen der Regierung („wenn sie sich nicht selber aufgeben wolle") und Eindämmen der monarchistischen Tätigkeit (durch die die Arbeiterschaft zum Aufruhr gereizt werden sollte, damit die Monarchisten „im allgemeinen Wirrwarr" die Regierung an sich reißen könnten).

[20]) In einer Tagebuchnotiz von *Marx* heißt es: „Mit dem 5. Juli 1922 beginnt eine sehr unruhige Zeit. Es ist die erste Lesung des Republikschutzgesetzes. Dr. Bell redet für die Fraktion. Vor und nach der Sitzung finden Fraktionssitzungen statt, die sich sehr lange hinziehen. Wir müssen eingehend die gesamte politische Lage besprechen, um einen einheitlichen Standpunkt einnehmen zu können." Nachl. Marx II/1.

[21]) Bei der Besprechung am 28. Juni 1922 (s. Anm. 18) hatte sich der Abg. *Marx* gegen eine ausschließliche Anwendung des vorgesehenen Republikschutzgesetzes gegen die Rechte erklärt, da Angriffe auf die republikanische Staatsform auch von der Linken kommen könnten. *Marx* und *Spahn* hatten in diesem Zusammenhang vor einem überstürzt erlassenen Gesetz gewarnt, insbesondere vor Ausnahmeregelungen.

[22]) Bei der Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 29. Juni 1922 (s. Anm. 19) hatte Vizekanzler *Bauer* zugegeben, daß sich die Regierung im Kampf gegen links und rechts in einer „durchaus verschiedenen Lage" befinde: Im Kampf gegen links werde sie von weiten Kreisen des Volkes und vom „gesamten Staatsapparat" unterstützt, „die ihr im Kampf gegen rechts nicht ohne weiteres die volle Unterstützung gewährten".

[23]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 356, S. 8422 ff. Nach *Miller*, Bolz, S. 210, hat sich Bolz über die Verhandlungen zur Schaffung des Republikschutzgesetzes „höchst despektierlich" ausgesprochen.

Fraktion erkennen. Das Zentrum wollte angesichts der „elektrischen Hochspannung" zwar den Zweck des Gesetzes voll und ganz erfüllt sehen, aber gleichzeitig den Charakter des Rechtsstaats gewahrt wissen; aus dem Gesetzestext sollten sich keine Ausnahmegesetze oder Maßnahmen ableiten lassen, um die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Gleichsam mit erhobenem Zeigefinger mahnte Bell, selbst in Zeiten „höchster Erregung" nicht die Nerven zu verlieren.

In diesen Debatten wurde das Grundproblem der Weimarer Republik offenkundig, das Reichskanzler Wirth im weiteren Verlauf der Plenarverhandlungen am 11. Juli mit dem prägnanten Satz umschrieb: Die deutsche Republik sei nicht lebensfähig, „wenn durch Gewalt von irgendeiner Seite, durch eine untergeordnete Gewalt diese Regierung geschützt werden muß".[24]) Wirth wußte, daß es auf eine „seelische Wiedergesundung" des innerlich zerrissenen Volkes ankam.[25]) Er gab sich keinen Illusionen darüber hin, daß das Schutzgesetz etwa Republikaner heranziehen werde.[26]) Genau diese Argumentation machte sich der Abgeordnete Bell — der während der drei Lesungen als Sprecher der Zentrumsfraktion auftrat — bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs am 12. Juli zu eigen.[27]) Nach seinen Worten erforderte der Schutz der Republik „weitergehende und wichtigere Maßnahmen und Imponderabilien": Ruhe und Sicherheit im Staatsleben, „moralische Eroberungen" für die republikanische Idee und die Sicherung des rechtsstaatlichen Charakters der Republik. Trotz dieser Bedenken stimmte die Zentrumsfraktion am 18. Juli für die Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik und des damit verbundenen Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.[28])

Die Zentrumsabgeordneten hatten während der knapp zweiwöchigen Beratungen des Republikschutzgesetzes nicht nur vor der Frage einer „härteren" oder „weicheren" Fassung des Gesetzes — mit den entsprechenden Konsequenzen — gestanden, sondern auch unter massivem Druck des SPD-Koalitionspartners, der unter Ausnutzung der Situation die Aufnahme der USPD in die Regierung

---

[24]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 356, S. 8446.

[25]) So in einem Geleitwort in: Das Zentrum Nr. 14 vom 15. Juli 1922, S. 1.

[26]) Aus Anlaß einer Rede des bayer. Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld über „Demokratie und Republik" am 10. Juli 1922 in München kommentierte die *KV* Nr. 533 vom 12. Juli 1922: Die zuverlässigsten Stützen der neuen Verfassung säßen in den Mittelparteien; dennoch sei die Republik nur den Sozialisten „Herzenssache": „Die Liebe und das Singen lassen sich nicht erzwingen." In einem von der KV Nr. 578 vom 28. Juli 1922 publizierten (ungezeichneten) Leserbrief hieß es, zum Schutze der Republik bedürfe es „republikanischer Charaktere"; Gesetze und Verordnungen könnten nicht das Übel mit der Wurzel beseitigen.

[27]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 356, S. 8485.

[28]) Dazu erklärte der Abg. *Höfle*, Der Fid des Beamten könne nur so aufgefaßt werden, daß der Beamte auf den Boden der Verfassung zu treten habe, daß er aber nicht gezwungen werde, „die bestehende Staatsordnung als solche für richtig und zweckmäßig anzuerkennen". Höfle bezeichnete es als selbstverständlich, daß die Beamten das Recht besäßen, den Rechtsparteien und der Bayer. Volkspartei anzugehören. Vgl. ebd., S. 8587.

verlangte.[29]) Diesem Ansinnen konnten sich die Zentrumsabgeordneten angesichts der bevorstehenden Verschmelzung der beiden Linksparteien nicht grundsätzlich widersetzen. Die Stellung der Fraktion war infolge des starken „Zuges nach links“[30]), den der Rechtsradikalismus ausgelöst hatte, schwieriger geworden.

Da jedoch bei einer Vereinigung von SPD und USPD das sozialistische Übergewicht in der Koalition erdrückend groß werden mußte, sahen nicht wenige Zentrumsabgeordnete die „sozialistische Republik“ bereits im Kommen; sie glaubten ihre Fraktion deswegen vor „noch nie“ dagewesene ernste und folgenschwere Entscheidungen gestellt.[31])

Die Fraktion benutzte deshalb im Einverständnis mit der DDP die Pression der SPD zu dem Versuch, auch die DVP in die Regierungskoalition einzubeziehen.[32]) Der Augenblick schien denkbar günstig, um die Koalition und Regierung aus der Gefahrenzone einer zu schwachen und zu unsicheren Mehrheit herausmanövrieren zu können. Die vom Zentrum an die DVP gerichtete Anfrage, ob die Partei bereit sei, eine „gesunde Sozialpolitik nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform“ mitzutragen, wurde von der DVP positiv beantwortet; sie gab zudem ihrer „wesentlichen Übereinstimmung“ mit den von Zentrum und DDP vertretenen Anschauungen Ausdruck und erklärte sich bereit, in die Regierung einzutreten.[33]) Das scheiterte jedoch am grundsätzlichen Widerspruch der SPD (10. Juli), die so weit ging, mit der Reichstagsauflösung zu drohen.[34]) Einen Wahlkampf unter der Parole „Mord und Wucher“[35]), d. h. über die Frage des Republikschutzes und des „Brotwuchers“

---

[29]) In einer Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern am 28. Juni 1922 (s. Anm. 18) hatte der SPD-Abg. *Müller-Franken* erklärt, die USPD sei nach dem Tode Rathenaus in ihrer Auffassung „umgewandelt“ und zur „positiven Mitarbeit“ bereit, da sie „anscheinend“ die Auflösung befürchte; eine Einigung der sozialistischen Parteien sei zu erwarten.

[30]) So *KV* Nr. 517 vom 6. Juli 1922. Die *KV* Nr. 496 vom 28. Juni 1922 hatte als Folge der „nationalistischen Verheerungen“ auf die sich verstärkenden Angriffe gegen die Kirche hingewiesen.

[31]) So hieß es in einem „von parlamentarischer Seite“ stammenden Leitartikel „In ernster Stunde“, in: *KV* Nr. 524 vom 8. Juli 1922.

[32]) Vgl. *KV* Nr. 517 vom 6. Juli 1922. Dazu die Tagebuchnotizen von *Marx* (Forts. der in Anm. 20 zit. Auszüge): „Die Sozialdemokraten haben an uns das Ansinnen gestellt, die Unabhängigen in die Regierung aufzunehmen. Es wird zunächst beschlossen, mit den Demokraten zusammen einen Brief an die Deutsche Volkspartei zu richten mit der Anfrage, ob sie bereit sei, die Regierung mitzumachen.“

[33]) Vgl. den entsprechenden Briefwechsel, in: *KV* Nr. 519 vom 7. Juli und Nr. 523 vom 8. Juli 1922; *Schulthess* 1922, S. 88 f.

[34]) Vgl. *KV* Nr. 527 vom 10. Juli 1922; *Schulthess* 1922, S. 89. Die *KV* Nr. 523 vom 8. Juli 1922 kommentierte: Der Grund für die ablehnende Stellungnahme der SPD habe in parteipolitischen Erwägungen gelegen.

[35]) So *Wirth* in der Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 29. Juni 1922 (s. Anm. 19).

— da zum gleichen Zeitpunkt auch die Getreideumlage strittig war —, konnte sich das Zentrum ebensowenig wie der Reichskanzler leisten.

Die massive Pression des SPD-Koalitionspartners — der seinerseits unter dem Druck der USPD und der linksgerichteten Gewerkschaften stand[36]) — beeindruckte offensichtlich den Reichskanzler so sehr, daß er bereit war, seiner Fraktion die Aufnahme der USPD in die Regierung vorzuschlagen.[37]) Es gelang jedoch dem Parteivorsitzenden Marx sehr rasch, dieses Vorhaben, das offensichtlich nur von wenigen Abgeordneten unterstützt wurde, zu vereiteln[38]) und den von den Gewerkschaften ausgeübten Druck auf das Parlament[39]) abzuwehren.[40]) Marx wußte sich dabei im Einverständnis mit dem weitaus größten Teil der Zentrumsanhänger, die eine Koalition mit der USPD grundsätzlich

---

[36]) Vgl. *Schulthess* 1922, S. 93. In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Koalitionsparteien am 1. Juli 1922 (s. Anm. 15) hatte der SPD-Abg. *Müller-Franken* den Wunsch seiner Fraktion zum Ausdruck gebracht, die USPD durch ihre Beteiligung an der Verantwortung für die Republik mit einzuspannen. Ob sich darauf für die SPD ein Ausscheiden aus der Regierungskoalition ergeben würde, stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest.

[37]) In einer undatierten Aufzeichnung des Abg. *ten Hompel* „Die letzten Wochen der Kanzlerschaft Wirth" (Nachl. ten Hompel) heißt es dazu rückblickend: „Er [Wirth] wollte es mit der Sozialdemokratie nicht ganz verderben und setzte sich seinerzeit beim Zentrum dafür ein, im Sommer 1922 den Ansprüchen der USPD stattzugeben, in die Regierung aufgenommen zu werden. Dieses scheiterte an dem einmütigen Widerstand der Zentrumsfraktion."

[38]) Dazu vgl. eine Aufzeichnung von *Marx:* „Am 13. ist in der Fraktion große Kampfesstimmung. [. . .] Ich gehe hin und höre, daß eine Stimmung vorhanden ist, daß man sich auch einem Kabinett anschließen solle, in dem Unabhängige sich befänden. Ich warne mit aller Entschiedenheit, einen solchen Beschluß zu fassen. Es gelingt mir auch, die Sache zu einem guten Ende zu bringen. Man hält mir vor, daß ich ja auch schon einmal von der Möglichkeit gesprochen hätte, mit den Unabhängigen eine Koalition zu bilden. Ich entgegne, daß die Bildung einer Koalition doch etwas anderes sei als die Bildung einer Regierung und zudem hätte ich gesagt, ich sei nur der Meinung, wenn das Vaterland in Gefahr stehe und nicht anders gerettet werden könne. Diese Voraussetzung sei aber jetzt nicht vorliegend!" Nachl. Marx II/1.

[39]) Vgl. *KV* Nr. 536 vom 13. Juli und Nr. 540 vom 14. Juli 1922. In der *Germania* Nr. 394 vom 17. Juli 1922 hieß es u. a.: „Schließlich besteht Deutschland nicht nur aus Sozialdemokraten. [. . .] Das Zentrum müßte sich schließlich selbst aufgeben, wenn es die unter mehr oder minder versteckten Drohungen vorgebrachten Forderungen unbesehen hinnehmen wollte." Auf einer Tagung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei in Köln am 14. August 1922 erklärte der Abg. *Joos*, die Demonstrationssucht nach dem Mord an Rathenau habe die Linke dazu verführt, der Regierung eine Art Nebenregierung durch die Gewerkschaften aufzudrängen. Wirth sei „ehrlich bemüht" gewesen, nicht zu weit zu gehen und sich auch keineswegs nach links drängen zu lassen. Vgl. *KV* Nr. 635 vom 18. August 1922.

[40]) Die *KV* Nr. 534 vom 12. Juli 1922 schrieb, daß nach der Weigerung der SPD, die DVP in die Regierung aufzunehmen, für das Zentrum eine Erweiterung der Koalition nach links nicht mehr in Frage komme. Vgl. ferner *Miller*, Bolz, S. 211: „Mit der überwältigenden Mehrheit der Fraktion war Bolz entschieden gegen diese [von der SPD geforderte] Verbreiterung der Regierungsbasis. Er fällte in diesem Zusammenhang [13. Juli 1922] ein hartes Urteil über den greisen Spahn, der keine Grundsätze mehr habe, und über den Fraktionsvorsitzenden Marx, der politisch kein starker Mensch sei. ‚Ich nehme an, daß wir drum herumkommen und daß die anderen sich hüten werden, die Reichstagsauflösung zu betreiben. Allgemein nimmt man an, daß eine Auflösung uns nicht schlecht bekommen würde.'"

ablehnten.[41]) Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Sommerpause des Reichstags (18. Juli), der erst Mitte Oktober wieder zusammentreten sollte, und der in den nächsten Wochen erwarteten Verschmelzung der SPD und der USPD wurden schließlich alle weiteren Diskussionen über eine neue Koalitionsbasis zunächst vertagt.

Inzwischen hatten sich die politischen Gewichte zuungunsten der Linksparteien verschoben. Seit Mitte Juli liefen bereits die Verhandlungen über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte, zu der sich die Reichstagsfraktionen der DVP, des Zentrums und der DDP zusammenschließen wollten. Der BVP sollte der Beitritt offenstehen. Dieser Plan war zum einen als Antwort und Abwehr der voraufgegangenen sozialdemokratischen Pression und des zu erwartenden Zusammenschlusses von SPD und USPD gedacht.[42]) Er sollte aber gleichzeitig die wiederholt vorgebrachten Forderungen des Zentrums verwirklichen, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik „nach außen und innen stetiger und fester zu gestalten" und die parlamentarische Arbeit zu erleichtern.[43]) Das vereinte Bemühen von Zentrum und DDP hatte verhindert, daß es zu einer Reichstagsauflösung und damit zu einem Wahlkampf kam, der im Zeitpunkt einer kaum überstandenen „Krisis der deutschen Politik und Wirtschaft"[44]) neue Unruhe in die Bevölkerung getragen hätte.

Am Beginn der Reichstagsferien atmeten die Zentrumsabgeordneten erleichtert auf, da krisen- und katastrophenreiche Wochen vorüber waren. Die Aussichten auf die Bildung des sozialistischen Blocks wie der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte trugen dazu bei, die politische Situation zu entspannen. Die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft wurde ausdrücklich als weder gegen die Linke noch gegen die bestehende Regierungskoalition gerichtet interpretiert.[45]) Vorerst jedoch kam es weder zur Koalitionserweiterung noch zur Bildung der

---

[41]) Am 11. Juli 1922 hatte die *KV* (Nr. 529) ausführlich eine überaus scharfe Stellungnahme der Württemb. Zentrumskorrespondenz abgedruckt, in der es u. a. hieß: Schon die Tatsache des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung wäre „im Hinblick auf die Struktur unserer Partei nur sehr schwer zu ertragen". Die Entscheidung läge zwar bei der Reichstagsfraktion, die jedoch bedenken möge, daß die Stimmung der Wähler im Reich und nicht zuletzt im Süden ein wesentlicher Faktor für ein gedeihliches politisches Arbeiten bleibe. Nach der *KV* Nr. 534 vom 12. Juli 1922 stammte der Widerspruch gegen die Aufnahme einer Koalition mit den Unabhängigen „gerade aus Süddeutschland und von den Arbeitervertretern".

[42]) Vgl. *KV* Nr. 543 und 544 vom 15. Juli und Nr. 546 vom 16. Juli 1922.

[43]) Vgl. *Schulthess* 1922, S. 96.

[44]) So lautete die Überschrift eines Leitartikels des Abg. Wilhelm *Busch*, in: *KV* Nr. 554 vom 19. Juli 1922. Busch prophezeite darin, daß auf dem Zentrum als der Partei der Sammlung und des Ausgleichs in den kommenden Monaten eine besondere Aufgabe und Verantwortung ruhen werde.

[45]) So der Abg. *Bell* in *KV* Nr. 566 vom 24. Juli 1922.

Arbeitsgemeinschaft der „verfassungstreuen Mitte".[46]) In dieser Situation war die Zentrumspartei darauf bedacht, im Sinne ihrer Sammlungsparole die Politik „weder nach links noch nach rechts" abgleiten zu lassen und zu einer Verbreiterung des Regierungskerns zu gelangen.[47]) Dabei blieb die Frage offen, ob mit dem Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit und einer gemeinsamen Politik der „verfassungstreuen" Arbeitsgemeinschaft das Ende der Regierung Wirth in Aussicht stand.

Es mußte auffallen, daß am 9. Juli 1922 ein Leitartikel der „Kölnischen Volkszeitung" unter der allgemein gehaltenen Überschrift „Gedanken zur Koalitionspolitik"[48]) einen scharfen Trennungsstrich zwischen der staats- und parteipolitisch bedingten — mehr taktischen bzw. partiellen — Gegnerschaft des Zentrums gegen die DNVP und der grundsätzlichen, kulturpolitisch bedingten Gegnerschaft gegen den Sozialismus gezogen hatte. Folgerichtig galt der Gegensatz zur DNVP als „zeitbedingt", der zum marxistisch-atheistischen Sozialismus als „unbedingt". Unter diesem Gesichtspunkt hatten sich die Reibungsflächen zwischen den „christlich gesinnten Volksschichten" und den Sozialisten nicht vermindert, sondern vermehrt. Die „Arbeit am Volke" wurde immer noch zum größten Teil als „Abwehrkampf gegen den Sozialismus" verstanden.

Auch wenn man unterstellt, daß diese von der Kölner Redaktion formulierten Ausführungen nicht von Berliner Zentrumsführern inauguriert worden sind, sondern in erster Linie als Ausdruck der Verärgerung über den negativen Ausgang der jüngsten Diskussionen um das Reichsschulgesetz zu gelten haben, so bezeichnen sie doch genau den Kurs der künftigen Zentrumspolitik. In der gleichen Richtung einer scharfen Trennung zwischen grundsätzlicher Ablehnung des Sozialismus und Akzeptierung der SPD als politischer (Koalitions-)Partei bewegten sich die Gedankengänge, mit denen der Abgeordnete Joos als Vorsitzender der Westdeutschen Katholischen Arbeitervereine am 1. Oktober zu den „Aufgaben der deutschen Republik" Stellung nahm.[49])

Der hier sichtbar werdende neue Kurs des Zentrums, dessen Exponenten sich in ganz anderem Maße als früher Erzberger und jetzt Wirth von der SPD distanzierten, verband sich mit dem Namen von Wilhelm Marx, der dabei die Mehrheit der Fraktion hinter sich wußte. Wirths vielbejubelter Erfolg am 25. Juni 1922 im Reichstag und die von ihm durchgesetzte Annahme des Republikschutz-Gesetzes sollten sich infolgedessen bald als Pyrrhussieg erweisen. Dem Reichskanzler selbst war es bereits bei der Beratung des Gesetzentwurfs

[46]) Nach *Jasper*, Der Schutz der Republik, S. 90, hat die DDP diese Bezeichnung durchgesetzt (anstatt „bürgerliche Mitte"), um eine allzugroße Abgrenzung von der Linken zu verhindern.

[47]) Vgl. *KV* Nr. 568 vom 25. Juli 1922.

[48]) Nr. 525.

[49]) Vgl. *KV* Nr. 766 vom 5. Oktober 1922.

klar gewesen, daß er neben den parteipolitischen Widerständen auch auf das Veto der süddeutschen Länder, insbesondere Bayerns, stoßen werde.[50]) Die von dort her gegen die Person und Politik Wirths kommenden Bedenken konnten auf die Berliner Opposition und die Gegnerschaft in den Reihen der eigenen Fraktion nicht ohne Auswirkung bleiben.

[50]) Vgl. *Wirths* Ausführungen in einer Besprechung mit den Parteiführern am 28. Juni 1922 (s. Anm. 18).

4. Neuauflage des Zentrumsstreits

In diesem Augenblick, in dem der Reichstag seine Sommerferien begann, nachdem die wochenlang hochgepeitschten politischen Wogen abgeebbt waren, schuf der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern neuen innenpolitischen Zündstoff. Darunter hatte die Zentrumspartei zwar nicht unmittelbar zu leiden, wenn man davon absieht, daß ihr an einer Verhärtung der Fronten zur BVP nicht gelegen sein konnte. Den Zentrumspolitikern lag zudem sehr daran, daß der für Ende August nach München einberufene Katholikentag nicht abgesagt werden mußte. Von dieser Veranstaltung erhofften zahlreiche Katholikenführer einen neuen Impuls zu gemeinsamem politischen Vorgehen der deutschen Katholiken und zu einer Annäherung zwischen Zentrum und BVP.[1]) Beide Parteien hatten sich nach der Annahme des Republikschutz-Gesetzes noch weiter voneinander entfernt.[2]) Die Tatsache, daß es allen Schwierigkeiten zum Trotz gelungen war, einen prominenten westdeutschen Zentrumspolitiker — den Kölner Oberbürgermeister und Vorsitzenden des Preußischen Staatsrats Adenauer — als Präsident des Katholikentags zu nominieren[3]), wurde in diesem

[1]) In einem Schreiben von Carl *Bachem* an den Vorsitzenden des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Fürst zu Löwenstein, vom 18. Februar 1922 hieß es: „Der bevorstehende Münchener Katholikentag muß vor allem ein deutscher Katholikentag der überlieferten Art werden. Es darf kein bayrischer Katholikentag werden, muß aber doch so gefingert werden, daß die politische Rückwirkung auf die Bayern nicht dem allgemeinen deutschen Interesse sich entgegengestaltet. Hier fallen in meinen Augen die Interessen des gesamten deutschen Vaterlandes und des gesamten deutschen Katholizismus durchaus zusammen." Nachl. Bachem 975.

[2]) In den Akten der Reichskanzlei (Bundesarchiv R 43 I/1867) befindet sich eine Aufzeichnung von Anfang Sept. 1922 — ohne Datum und Unterschrift —, in der die Subvention einer hauptsächlich in Franken verbreiteten, gegen die BVP gerichteten Zeitschrift „Neues Volk" befürwortet wurde; da der „reichsfreundliche Flügel" der BVP auf jede „aktive Politik" verzichte, sei es zweckmäßig, alles zu unterstützen, „was irgendwie den Keim zur Wiederherstellung des alten Zentrums in Bayern in sich tragen könnte". Bei der „zunehmenden Radikalisierung der BVP unter Heim" empfehle es sich deswegen, die Entwicklung der „Christlich-Sozialen Partei" (Vitus Heller) zu fördern, auch wenn damit „nur kleine Wirkungen" zu erzielen seien.

[3]) Darüber unterrichtet ein Briefwechsel zwischen Alois *Fürst zu Löwenstein* und Carl *Bachem* vom 16. bis 22. Februar 1922 (s. Anm. 1). Danach schieden zwei von Löwenstein ins Auge gefaßte Kandidaten (Graf Stolberg-Westheim, Vors. des Bonifatiusvereins, und Frhr. v. Kerckerinck zur Borg) deswegen aus, weil sie auf der „schwarzen Liste" des Zentrums ständen. Da anderseits infolge einer „bedauerlichen Intoleranz" in Bayern prominente Parteiführer des Zentrums

Sinne als Brückenschlag über den Main und als Zeichen guten Willens auf beiden Seiten empfunden.

Ausgerechnet in diesem Zeitpunkt, vier Wochen vor Beginn der Münchener Veranstaltung, kam es innerhalb des Zentrums zu einer neuen Grundsatzdiskussion über die eigentliche Problematik der Partei. Sie rief große Verwirrung und Ratlosigkeit hervor, da erst fünf Monate zuvor der Reichsparteitag einstimmig ausführliche „Richtlinien" verabschiedet hatte und da zum anderen die neue Diskussion längst im Gang war, bevor die Parteiführung sich darin einschaltete oder richtiger sie nach Kräften zu bremsen und abzuschwächen suchte.

Den äußeren Anlaß des neuen Zentrumsstreits bildete eine gemeinsame Tagung von Reichsparteivorstand und Reichsparteiausschuß vom 23. bis 26. Juni 1922 in Berlin. In deren Verlauf standen Maßnahmen zur inneren und äußeren Stärkung der Partei zur Debatte. So kam es zu dem Beschluß, das Reichsgeneralsekretariat, dessen Bestand durch die fortschreitende Inflation und den unzureichenden Beitragseingang der Landesorganisationen gefährdet war, aufrechtzuerhalten. (Davon ist in einem späteren Kapitel noch die Rede.) Ferner sollte ein „gut arbeitender" parteiamtlicher Pressedienst eingerichtet und ein Reichswirtschaftsbeirat als Spitzengremium der verschiedenen Standesbeiräte gebildet werden, um die Parteileitung sowohl „bei besonderen wirtschaftlichen Fragen" als auch bei der Aufstellung künftiger Kandidatenlisten zu beraten. Schließlich wurde die Parteiführung ersucht, die Auswahl der Kandidaturen von „Frauen und politischen Persönlichkeiten" schon jetzt ins Auge zu fassen. So weit, so gut; handelte es sich doch mehr oder weniger um die Beratung von Routine-Angelegenheiten.

Nun platzte mitten in die „ruhig dahinplätschernde" Debatte[4]) die Meldung von der Ermordung Rathenaus. Unter dem unmittelbaren Eindruck dieses Geschehens (24. Juni) und der dadurch ausgelösten hochgradigen Erregung, die eine bürgerkriegsähnliche Situation befürchten ließ, kam es — wahrscheinlich auch unter Zeitdruck, da am gleichen Tage noch zwei Reichstagssitzungen stattfanden — zu einem weiteren Beschluß, der sich als eine Bombe mit Zeitzünder

---

vom Münchener Lokalkomitee ebenso abgelehnt würden wie „Saupreußen", bat *Fürst Löwenstein* den Kölner Justizrat, sich als Präsident zur Verfügung zu stellen: „Der Name Bachem ist auch im bayrischsten Bayern von bestem Klang. Ihr parlamentarischer Ruhm stammt aus dem ‚alten Zentrum', an den Schlechtigkeiten der Neuzeit sind Sie unschuldig. Endlich sind Sie Rheinländer, also Mußpreuße, und in den Augen Münchens nicht schwarz-weiß angestrichen." *Bachem* lehnte das Angebot postwendend ab — sowohl wegen seines Gesundheitszustandes als auch wegen seiner unitarischen Einstellung, die ihn früher mit Held in Konflikt gebracht habe — und empfahl: Adenauer, Justizrat Mönnig (Vors. des Rhein. Zentrums), Landesökonomierat Bollig (den „klügsten und angesehensten Bauern von ganz Rheinland") und den Krefelder Reichstagsabg. Blum (einen „bescheidenen Mittelbauern"). Daraufhin gab *Fürst Löwenstein* die ersten drei Namensvorschläge nach München weiter: „Herrn Blum habe ich gar nicht erst genannt, weil er als aktiver Reichstagsabgeordneter doch abgelehnt würde, im übrigen habe ich den Münchner Herren kräftig ins Gewissen zu reden versucht, doch ihre Intoleranz nicht allzusehr zu übertreiben."

[4]) S. S. 457, Anm. 3.

erweisen sollte. Es ging darum, den politischen Charakter des Zentrums und der Zentrumspresse auch äußerlich stärker als bisher in Erscheinung treten zu lassen. Zu diesem Zweck sollten bei künftigen Wahlen eine größere Anzahl nichtkatholischer Persönlichkeiten aufgestellt werden, „ohne Rücksicht darauf, daß diese Kandidaten eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben". (Mit Hilfe der Reichsliste konnte die Parteiführung bestimmte Kandidaten entsprechend günstig plazieren.)

Dieser Beschluß war auf Drängen von Reichsarbeitsminister Brauns gefaßt worden[5]), der damit nur die von ihm und Stegerwald seit Jahren vertretene Linie der Interkonfessionalisierung des Zentrums konsequent weiterführte. Er fand seine Begründung in einem eigenen „Aufruf für die große christliche Partei der Mitte", der die Unterschrift des Parteivorsitzenden Marx trug. Dieser Aufruf ging von der Voraussetzung aus, daß „endlich" Taten notwendig seien, um das gegenwärtige deutsche Elend („Der tiefere Grund dieses Elends liegt bei den Parteien") zu überwinden. Zur „Vereinfachung und Vereinheitlichung" des deutschen Parteiensystems wurde eine verfassungstreue und sozial orientierte starke Partei als notwendig bezeichnet, die ihre Wurzel in allen Landesteilen haben müsse. Allein die Zentrumspartei sei geeignet, sich zu dieser großen und starken Mitte auszuwachsen und den Kern einer Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte zu bilden.[6])

Sei es nun, daß in der allgemeinen Erregung über den Rathenau-Mord die Sorge vor neuen Unruhen alle anderen Erwägungen zurückdrängte, oder sei es, daß die gespannte politische Situation einschließlich regionaler Zeitungsstreiks nicht als geeigneter Zeitpunkt galt, um die Beschlüsse des Reichsparteiausschusses und den entsprechenden Aufruf zu publizieren: Außer einer kurzen Meldung über die Berliner Tagung erschienen keine weiteren Angaben über Verlauf und Ergebnis der Debatten des Reichsparteiausschusses. Erst volle vier Wochen später berichtete die Zentrumspresse über die in Berlin am 25. Juni gefaßten Beschlüsse und veröffentlichte den von Marx unterzeichneten Aufruf.[7]) Ausdrücklich hieß es, die Publikation sei seinerzeit wegen der Erregung über den Rathenau-Mord unterblieben.[8]) Es fehlte jeder Hinweis darauf, ob nicht

---

[5]) Vgl. *Germania* Nr. 327 vom 26. Juni 1922.

[6]) In den Spektator-Briefen von *Troeltsch* heißt es unter dem 7. Juli 1922 (S. 283): Das Zentrum wolle mit diesem Programm „in zwölfter Stunde" eine Aufgabe übernehmen, die durchzuführen der DDP nicht gelungen sei; hinter dem Beschluß des Parteiausschusses stehe der Gedanke, „in der Republik, nicht gegen die Republik die Ordnungskräfte zu sammeln, in letzter Stunde die Einigung um die Lebensinteressen von Staat und Regierung zu bewirken".

[7]) Vgl. *KV* Nr. 565 vom 23. Juli 1922; *Germania* Nr. 405 vom 23. Juli 1922; *Traumann*, Organisations-Handbuch, S. 246 f. Bei *Schulthess* 1922, S. 96, ist unter dem Datum des 23. Juli 1922 von einem „Aufruf für eine große christliche Partei der Mitte" die Rede.

[8]) Demgegenüber schrieb *Troeltsch*, Spektator-Briefe, S. 284, unter dem 7. Juli 1922: „Nur der Zeitungsstreik hat das Bekanntwerden dieser Beschlüsse verhindert, die keine geheimen sind."

Reichsarbeitsminister Brauns durch zwei voraufgegangene Artikel in der „Germania“[9]) die Publikation der Berliner Beschlüsse überhaupt erst veranlaßt hatte.

Brauns, von dem man inzwischen wußte, daß er „mit besonderem Eifer“ die Juni-Beschlüsse vertrat[10]), hatte in den genannten Artikeln die Vorgeschichte des Beschlusses vom 25. Juni dargelegt. Der Reichsarbeitsminister, der die Ohnmacht und Unstabilität der Regierung aus nächster Nähe zur Genüge kennengelernt hatte, ging davon aus, daß eine Vereinheitlichung des deutschen Parteiwesens notwendig sei, da das parlamentarische Regierungssystem feste Mehrheiten benötige; in der gegenwärtigen politischen Lage sollten die Konfessionen keine Scheidewand zwischen den Parteien bilden. Dem starken sozialistischen Block wollte er eine nicht minder starke bürgerliche Arbeitsgemeinschaft — allerdings nicht einen Bürgerblock gegen die SPD — entgegengesetzt wissen, für die die (interkonfessionelle) Zentrumspartei den politischen Kristallisationskern abgeben sollte. Es fällt nicht schwer, in diesen Gedanken die älteren Linien der Brauns-Stegerwaldschen Konzeption wiederzufinden. Allerdings zielte Brauns' Projekt stärker auf eine mittelparteiliche als auf eine nach rechts gerichtete Parteibildung ab.

Als sich nach diesem Vorstoß, der teilweise „wie eine Fanfare“[11]) wirkte, herausstellte, daß er gleichsam einen Kommentar zu den von den führenden Parteigremien gebilligten Beschlüssen bildete, setzte ein gelinder Sturm im Zentrumslager ein.[12]) Der Beschluß des Parteiausschusses, so lautete der Tenor der ablehnenden Stimmen, habe im Grunde nichts Neues gesagt, sei aber trotzdem ein Fehler, da er die „Lehren der Vergangenheit und die Anschauungen des katholischen Volkes“[13]) nicht berücksichtige. Unter den kritischen Stellungnahmen, die eindeutig überwogen, befanden sich auch die Stimmen einzelner

---

[9]) Nr. 393 vom 16. Juli 1922 und Nr. 395 vom 18. Juli 1922.

[10]) So Hans *Pfeiffer*, Umgestaltung der deutschen Zentrumspartei?, in: Das Neue Reich Nr. 48 vom 27. August 1922, S. 942. Deutschnationale Katholiken, die Brauns' Versuch einer „Revolutionierung der eigenen Partei“ bespöttelten, bezeichneten den Reichsarbeitsminister, der ebensowenig ein ideologisierender Reformator wie eine „politische Kampfnatur“ sei, als „tagesopportunistischen Taktiker“. Vgl. den Artikel „Zentrumsdämmerung“, in: *Kathol. Korrespondenzblatt* Nr. 38 vom 30. September 1922.

[11]) So *KV* Nr. 594 vom 3. August 1922.

[12]) Einige Wochen später kommentierte die *Germania* (Nr. 458 vom 23. August 1922) abschwächend, der Aufruf habe überall „große Beachtung“ gefunden. Ein ansonsten unbekannter Kritiker des Zentrums aus dem „integralen“ Lager (*Ecker*, Die neue politische Vertretung des kathol. Volksteils, S. 24) behauptete, durch die Berliner Beschlüsse würde den Katholiken „zugemutet, entgegen den Gesetzen der Moral Andersgläubige zu wählen, [. . .] die katholische Belange weder vertreten können noch wollen. [. . .] Restloser konnte das Zentrum die Wurzel seiner Kraft und Stärke nicht beseitigen.“

[13]) So *Pfeiffer*, Umgestaltung (s. Anm. 10), S. 941.

Abgeordneter (Joos, Herschel).[14]) Kein prominenter Parteiführer oder Abgeordneter sprang Brauns bei, den die „Germania" unterstützte.[15])

Den Gegnern der neuen Berliner Beschlüsse fiel es nicht schwer, daran zu erinnern, daß die Zentrumspartei von jeher evangelischen Bürgern offengestanden habe, daß sich jedoch zu keiner Zeit — auch nicht um die Jahreswende 1918/19 — protestantische Wählermassen zu ihr bekannt hätten. Man befürchtete, daß eine verstärkt propagierte Interkonfessionalisierung dem Zentrum keine neuen Wähler und Anhänger zuführen, sondern im Gegenteil binnen kurzer Zeit das Ende der Partei einleiten werde.[16]) Der Zentrumsmann war gewohnt, seine Partei als eine „in sich geschlossene religiös-ethisch-politische Einheit" aufzufassen[17]) und sein Vertrauen auf die katholischen Grundsätze zu gründen, die „tatsächlich im Zentrum maßgebend waren".[18]) Der kulturpolitische Teil wurde als Kern des Zentrumsprogramms in „engstem sachlichem und geschichtlichem Zusammenhang mit dem deutschen Katholizismus" stehend empfunden.[19]) Die Ansicht war weit verbreitet, daß eine Realisierung der neuen Beschlüsse den erwarteten Zuzug aus dem evangelischen Lager abhalten und nur zu einer starken Abwanderung der bisherigen Wähler führen werde.[20])

Die entscheidende Frage der Kritiker, zu denen auch der badische Zentrums-

---

[14]) Zu den wenigen positiven Stimmen gehörte eine von der *KV* Nr. 614 am 10. August 1922 veröffentlichte Stellungnahme eines saarländ. Zentrumsmannes, der die in dem Aufruf zum Ausdruck kommende „christliche Weltanschauung" begrüßte.

[15]) Vgl. den Leitartikel „Die christliche verfassungstreue Partei der Mitte" in Nr. 414 vom 28. Juli 1922. Einige Tage vorher (Nr. 407 vom 25. Juli 1922) hatte die Zeitung einen Aufsatz des evang. Prof. Karl *Dunkmann*, Die republikanisch-christliche Front, veröffentlicht, in dem sich der Verf. betont zur Verfassung und zur Republik bekannte.

[16]) Die *Augsburger Postzeitung* vom 29. Juli 1922 (abgedr. in: Das Neue Reich Nr. 50/51 vom 23. September 1922, S. 984) schrieb in diesem Zusammenhang: „Eine Partei, wie sie Dr. Brauns errichten will, wird bald in sich zusammenfallen." Anders interpretierte August H. *Berning* (Mitarbeiter im Berliner Generalsekretariat des Zentrums) die „falsche Methode" Brauns', durch Aufstellung evangel. Kandidaten auch entsprechende Wählerschichten gewinnen zu können: „Derartige Vorgänge zeugen von einem starken Rückgang und Verblassen des eigentlich Politischen, von dem Nachlassen der volklichen Grundkräfte in der Partei und der immer krasseren Zweckeinstellung." Von politischen Grundkräften, in: Die Schildgenossen 4, 1924, S. 147.

[17]) So Joseph *Joos*, in: Augsburger Postzeitung Nr. 178 vom 4. August 1922.

[18]) So Pfarrer *Graf Clemens von Galen*, Zentrum und katholische Konfession, in: Allg. Rundschau Nr. 41 vom 14. Oktober 1922, S. 482.

[19]) So der *Bayer. Kurier* vom 26. Juli 1922, abgedr. in: Das Neue Reich (s. Anm. 16), S. 984.

[20]) Theodor *Brauer* formulierte am 12. August 1922 noch präziser (abgedr. in: Das Neue Reich Nr. 49 vom 3. September 1922, S. 968): „Die Zentrumspartei wird [. . .] in der Hauptsache durch Weltanschauungsmotive zusammengehalten. Sie ist tatsächlich die Partei der deutschen Katholiken. [. . .] Nur deswegen [weil die Partei sich der katholischen Interessen annehme] hat die Zentrumspartei die vielen Krisen überstehen können, die notwendigerweise von dem Augenblick an über sie hereinbrechen mußten, wo man begann, im politischen Leben dem immer geschlossener auftretenden Willen der Interessengruppen Rechnung zu tragen." *Pfeiffer* (s. Anm. 10), S. 942, schrieb, die Gegner des Zentrums wüßten genau, daß das Zentrum zerfallen würde, wenn das kathol. Band gelockert oder gar zerrissen würde.

führer Prälat Schofer gehörte[21]), lautete: Was sollte mit einer forcierten Wahl von nichtkatholischen Abgeordneten für die Zentrumspartei gewonnen werden, wenn als sicher galt, daß derartige Vorleistungen nicht honoriert werden würden?[22])

Selbst der Sozialismus, aus dessen Lager sich die Reformer neuen Zulauf erhofften — so wurde weiter argumentiert —, sei nur durch „religiöse Mittel" zu überwinden, nicht aber mit „verschwommenen allgemeinen, politischen Grundlinien".[23]) Wiederholt kam dabei zum Ausdruck, daß man bei den deutschen Katholiken, gerade auch bei der Jugend und den Jungakademikern, in ganz anderem Maße als früher einen neuen Sinn für ein aus der Weltanschauung resultierendes „grundsatztreues" katholisches Handeln glaubte feststellen zu können.[24]) Die Folgerung dieser Kritiker, die folgerichtig auch den Beschluß, die Parteipresse zu interkonfessionalisieren, als „Attentat auf den Katholizismus" verurteilten[25]), lautete: Die deutschen Katholiken sollten sich im politischen Bereich durch stärkeres Zurückgreifen auf die katholischen Grundsätze zunächst einmal untereinander einigen. Dann würden sie politisch stark genug sein, um den Kern einer stabileren Koalition zu bilden.

Den neuen Zentrumsstreit vom Hochsommer 1922 suchten die der DNVP angehörenden Katholiken zu nutzen, indem sie Stegerwald gegen Brauns ausspielten.[26]) Einmal mehr zeigte es sich, daß die Zentrumsführung — ebenso wie bei anderen Gelegenheiten die Reichstagsfraktion — mit der Wählerschaft ungenügenden Kontakt besaß. Noch Ende Juli sah sich Marx in einer Zentrums-

[21]) *Schofer* erklärte eindeutig, daß das Zentrum in Baden auf Zuzug aus anderen als kathol. Kreisen nicht rechnen könne. Vgl. *Germania* Nr. 458 vom 23. August 1922.

[22]) Vgl. *Pfeiffer* (s. Anm. 10): „Ich verstehe überhaupt nicht aus meiner katholischen Weltanschauung heraus, wie man dazu kommt, nun auf einmal den katholischen Zentrumswählern nichtkatholische Abgeordnete aufoktroyieren zu wollen." Ähnlich hieß es in einem ungezeichneten Artikel „Heraus aus dem Turm?", in *HPBl.* 170, 1922, S. 613 ff.

[23]) So *Augsburger Postzeitung* (s. Anm. 16, S. 983). Bei *Pfeiffer* (s. Anm. 10, S. 942 f.) hieß es, die „scharfe Herausschälung" des Zentrums als interkonfessionelle Partei werde dem Zentrum weder Zuwachs von links, noch von rechts, noch aus dem protestantischen Lager bringen, sondern ihren Zerfall einleiten. In der gleichen Ausgabe der Allg. Rundschau (S. 373 f.) richtete Theodor *Frhr. von Cramer-Klett* einen scharfen Angriff auf die Zentrumsführung, deren Opportunismus er „dasselbe jämmerliche Ende" vorhersagte, das die „einst so berühmte nationalliberale Partei" gefunden habe. Diese Ausführungen bezeichnete die Redaktion als „Notrufe des katholischen Gewissens" (ebd., S. 375).

[24]) Vgl. *Pfeiffer* (s. Anm. 10, S. 943) und besonders deutlich in einer Stellungnahme der Allg. Rundschau Nr. 32 vom 12. August 1922, S. 375. Das Streben der Jugend nach stärkerer religiöser Ausrichtung der Politik, aber auch die aus dieser Haltung resultierende Kritik der Windthorstbunde an der Zentrumspartei, an derem allzu leichten Sich-Abfinden mit den gegebenen Verhältnissen (anstatt die Verhältnisse zu ändern) kam in einem Artikel von Nikolaus *Ehlen*, Von Zentrum, Windthorstbund und neuer Jugend (in: *KV* Nr. 952 vom 15. Dezember 1922) zum Ausdruck.

[25]) Vgl. *Pfeiffer* (s. Anm. 10, S. 943).

[26]) Im *Kathol. Korrespondenzblatt* Nr. 28 vom 22. Juli 1922 hieß es, Stegerwald sei ein Mann mit einem Zukunftsprogramm, Brauns ein Tagespolitiker und Parteitaktiker. Vgl. ferner einen nicht gezeichneten Artikel „Zentrumsdämmerung", in: Der dt. Führer 1, 1922, S. 468 ff.

versammlung in Münster zu dem abschwächenden Hinweis gezwungen, daß der Aufruf nichts Neues schaffen und nicht die „alten Grundsätze" zurückdrängen wollte.[27]) Zwei Wochen später, am 13. August, hielt es der Parteivorsitzende für notwendig, die noch immer hochgehenden Wogen weiter zu glätten und „mannigfache Mißverständnisse und über das Ziel hinausgehende Folgerungen" richtigzustellen.[28]) Nach Marx' erneut abschwächender Interpretation bedeuteten die Berliner Beschlüsse keine Reform der Zentrumspartei „in grundsätzlichem Sinne"; die Richtlinien vom Januar 1922 würden unverändert in Kraft bleiben. Den Ende Juni gefaßten Beschluß, in Zukunft in stärkerem Maße evangelische Kandidaten aufzustellen, bezeichnete der Parteivorsitzende als tatsächliche Konsequenz aus dem „seit je grundsätzlich festgehaltenen politischen Charakter" der Partei. Von einer „Verdrängung" bewährter Abgeordneter könne ebensowenig die Rede sein wie von der Preisgabe der Vertretung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben, insbesondere des Eintretens für die konfessionelle Schule.

Einen Tag später schwächte Marx vor dem Provinzialausschuß des Rheinischen Zentrums erneut die Juni-Beschlüsse ab, wobei er ebenso wie in seinem Zeitungsartikel gleichsam als Entschuldigung für den Aufruf des Reichsparteiausschusses auf die gewaltigen Erschütterungen und auf den der Republik drohenden „tiefen Abgrund" hinwies, den die Ermordung Rathenaus gezeigt habe. Für den notwendigen Zusammenschluß aller Gutgesinnten („gleichviel welcher Konfession und welchem Stande sie angehörten") habe das Zentrum als Mittelpartei die Tore öffnen wollen.[29]) Es sei niemals beabsichtigt gewesen, die Grundsätze der Partei aufzugeben, „namentlich nicht nach der katholischen Seite".[30]) Marx' Fraktionskollege Joos fing — als Korreferent in Köln — einen Teil der Kritik der rheinischen Delegierten dadurch auf, daß er kein Hehl aus dem „Mangel an rechter Fühlung" zwischen den Abgeordneten und den Parteianhängern machte und zugab, daß durch den Aufruf vom 25. Juni die Wählerschaft des Zentrums stark beunruhigt worden sei. Insbesondere sei keine Rücksicht auf die Jugend und auf deren „scharf betonte weltanschauliche Einstellung" genommen worden.[31]) Joos erwartete eine „Rettung aus der augenblicklichen Not" allein durch die Verwirklichung des Gedankens der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Wenn auf dieser Sitzung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrums-

[27]) Vgl. *Germania* Nr. 418 vom 31. Juli 1922.

[28]) „Reform der Zentrumspartei?", in *KV* Nr. 622 vom 13. August 1922; *Germania* Nr. 441 vom 13. August 1922.

[29]) *KV* Nr. 635 vom 18. August 1922.

[30]) So in der Wiedergabe einer Aufzeichnung von Carl *Bachem*; Nachl. Bachem 855.

[31]) Vgl. *KV* Nr. 635 vom 18. August 1922. Bei *Bachem* (s. die vorige Anm.) heißt es konkreter: „Darauf [sprach] *Joos* als Korreferent, welcher sachlich richtig, leider jedoch ohne die gebührende Schonung der Persönlichkeit von Marx die Inopportunität des ganzen Vorgehens und die Schiefigkeit [!] der einzelnen Sätze [des Aufrufs] darlegte."

partei „mehr als neun Zehntel" der Teilnehmer den umstrittenen Aufruf der Parteiführung bedauerten und mißbilligten[32]), so läßt dieses Zahlenverhältnis (selbst wenn es erheblich zu hoch gegriffen sein sollte) zur Genüge die Widerstände erkennen, gegen die schon Brauns und Stegerwald mit ihrer früheren Konzeption einer Parteiumgruppierung nichts hatten ausrichten können.[33]) Die Kritiker des neuen Kurses fanden allerdings diesmal infolge der Art und Weise, in der der Aufruf der Parteiführung veröffentlicht bzw. nicht veröffentlicht worden war, günstigen Boden für ihre Argumente. Wenn man Bachems Mitteilung folgen kann, so stammte die Idee der Aktion vom 25. Juni allein von Brauns, dem es dann gelungen sei, Marx zur Unterzeichnung des Aufrufs zu gewinnen.[34]) Offensichtlich in Kenntnis dieser Entstehungsgeschichte dämpfte die „Kölnische Volkszeitung" am 3. August 1922[35]) die hochgehenden Wogen der Kritik in den eigenen Reihen mit dem vielsagenden Urteil: Man werde gut daran tun, auf die unmittelbare praktische Bedeutung der ganzen Diskussion dieser Angelegenheit keine allzu großen Erwartungen zu setzen.

In der Tat: Die Beschlüsse des Reichsparteiausschusses und der Aufruf vom 25. Juni wirkten sich in der Folge ebensowenig aus wie Stegerwalds neuer Anstoß in seinem Buch „Zusammenbruch und Wiederaufbau", das Ende Juli erschien und sein Essener Programm interpretierte und weiterführte.[36]) Da keine Wahlen vor der Türe standen, brauchte insbesondere die scharf kritisierte

[32]) Nach *Bachem* (ebd.), der weiter festhält, daß „nur ganz einzelne Stimmen aus Arbeiterkreisen" für den Aufruf eingetreten seien und daß es ihm, Bachem, gelungen sei, eine kritische Debatte dadurch zu verhindern, daß er Schluß der Diskussion beantragt habe.

[33]) Im Zusammenhang der heftigen Kritik an den Berliner Beschlüssen plädierte *Das Neue Reich* (Nr. 48 vom 27. August 1922, S. 943 f.) für die „allmähliche Wiedereinführung starker stabiler Autoritätskörper — Kaiser und Stammesherzöge —", um dadurch das Parlament „brauchbar" zu machen und die Verfassung durch eine „Weiterdrehung nach rechts" fortzuentwickeln, bis der „organische Zusammenhang" mit der deutschen Überlieferung wieder hergestellt sei. Die Redaktion verhöhnte diejenigen Politiker, die die deutsche Republik „auf der Grundlage des Parlamentsabsolutismus" verewigen wollten.

[34]) In der erwähnten Aufzeichnung *Bachems* (Forts. von Anm. 32) heißt es dazu (offensichtlich nach Mitteilungen von Marx): Bei der Sitzung am 23./25. Juni habe Brauns die in dem Aufruf fixierten Ideen in „ähnlicher Formulierung" vorgetragen: „In der folgenden Diskussion hat dann niemand gegen die jetzt besonders beanstandeten Sätze Einspruch erhoben; das nahm Brauns als positives Einverständnis. Die jetzt publizierte Formulierung hat weder dem Reichsparteivorstand noch dem Reichsparteiausschuß vorgelegen; sie ist *von Brauns allein formuliert*, und es ist dann Brauns gelungen, Marx zur Unterzeichnung zu bewegen, indem er ihm vorhielt, das sei so beschlossen worden und da habe er einfach die Pflicht, es zu veröffentlichen. Marx hat sich zuerst gesträubt, dann aber leider nachgegeben."

[35]) Nr. 594: „Parteiung und Partei".

[36]) *Stegerwald* behauptete darin u. a., sein Essener Vortrag sei nicht allseitig verstanden worden, und präzisierte seinen Standpunkt im Negativen in folgenden zwei Punkten (S. 18 f.): 1. Er wolle verhindern, daß für den Augenblick eine „lediglich auf Parteirücksichten" aufgebaute, aber nicht den Staatsnotwendigkeiten Rechnung tragende Koalition geschaffen werde, da die Sozialdemokratie an dem „gegenwärtigen Elend" des deutschen Volkes „mindestens den gleichen Teil der Schuld" trage wie das alte Regime. 2. Es solle verhindert werden, daß der gläubige evangelische Volksteil Deutschlands in eine „feindliche Stellung gegenüber dem neuen Staat" hineinmanövriert werde. Als Forderungen der Stunde bezeichnete Stegerwald eine Koalition „so breit wie nur irgend möglich", wobei sich „selbstverständlich" alle an der Staatsführung Be-

Zusage des Parteiaufrufs, eine größere Zahl evangelischer Reichstagskandidaten aufzustellen, nicht gleich in die Praxis umgesetzt zu werden. Der Zentrumsführung war infolge einer Reihe von finanz- und steuerpolitischen Gesetzen, die die Zentrumsfraktion im Reichstag mitbeschlossen hatte (Reichsmietengesetz, Zwangsanleihe, Getreideumlage) und deren Folgen die besitzbürgerlichen und bäuerlichen Angehörigen der Partei besonders trafen, ohnehin nicht daran gelegen, die Wählerschaft der Partei zu beunruhigen.[37])

teiligten auf den „Boden der gegenwärtigen Staatsform" zu stellen hätten (S. 22). Der am meisten umstrittenen Frage nach der „Zerschlagung der Zentrumspartei" wich Stegerwald erneut aus, wenn er die organisatorische Form für das politische Zusammenwirken zwischen Protestanten und Katholiken, „ob in einer gemeinsamen Partei oder in einem engeren Kartell", nicht als das Entscheidende bezeichnete, sondern die „Herstellung einer einheitlichen politischen Ideenbasis des christlich-deutschen Volkes für den Wiederaufbau".

[37]) Auf der Provinzialausschuß-Sitzung des Rhein. Zentrums in Köln am 14. August 1922 erklärte *Marx*, daß die Partei infolge dieser Gesetze in den vergangenen Monaten „schwersten Belastungen" ausgesetzt gewesen sei. Vgl. *KV* Nr. 635 vom 18. August 1922.

5. Politische Dissonanzen auf dem Münchener Katholikentag

Angesichts dieser Situation kam führenden Zentrumspolitikern der bevorstehende Münchener Katholikentag sehr gelegen, während andere wegen der Haltung der BVP zur Reichspolitik mit Besorgnis neue Spannungen daraus erwachsen sahen.[1]) Mit einer Teilnahme von Reichskanzler Wirth — wie 1921 in Frankfurt — war auf Grund des unliebsamen Nachspiels vom Vorjahre nicht zu rechnen. Sie wurde zudem durch die systematische Agitation von bayerischen Rechtskreisen ausgeschlossen.[2]) Im allgemeinen jedoch durfte man hoffen, daß

[1]) Der württemb. Arbeitersekretär Abg. *Andre* warnte in der Schwäb. Arbeiterzeitung „unsere Leute" davor, „zu große Opfer" wegen des Besuchs der Münchener Veranstaltung zu bringen: „Solange die Bayerische Volkspartei im Verein mit der bayerischen Regierung systematisch den Konflikt mit dem Reiche sucht und den Trennungsstrich zwischen dem Reichszentrum und der Bayerischen Volkspartei immer noch mehr zu verbreitern und zu vertiefen sich bemüht und solange die wahren und letzten Absichten über das eigentliche Ziel der derzeitigen bayerischen Politik nicht klar zu erkennen sind, tun wir meines Erachtens gut daran, von unseren Leuten keine zu großen Opfer wegen des Besuches des diesjährigen Katholikentages zu verlangen. So ist mir persönlich bekannt, daß man in München gerade nicht wünscht, daß der Reichskanzler Dr. Wirth am Katholikentag teilnimmt. Wer hinter der Politik Wirths steht, wird gut daran tun, die Konsequenzen zu ziehen und ebenfalls wegzubleiben." Abgedr. im Kathol. Korrespondenzblatt Nr. 31 vom 12. August 1922.

[2]) Ebd. Nr. 32 vom 19. August 1922 schrieb Max *Buchner:* „Wenn Männer wie Herr Dr. Wirth als Söhne unserer Kirche nach München kommen [. . .], so werden sie in München herzlich willkommen sein. Wenn aber Herr Dr. Wirth als Reichskanzler, als der erste Repräsentant der derzeitigen Regierungskoalition im Reiche und als Träger eines parteipolitischen Systems in München auftreten wollte, das wir deutschnationalen Katholiken sowohl aus unserem christlich-katholischen Empfinden heraus wie aus nationalen Beweggründen aufs schärfste befehden zu müssen glauben [. . .], so wird Herr Dr. Wirth auf keinen übermäßig freundlichen Empfang bei der Münchener Tagung rechnen können." — Der Gedanke, daß anderen Katholiken die Teilnahme bayer. Prinzen ebenso unsympathisch sein könnte, ist Buchner wohl nicht gekommen.

diese kirchliche Veranstaltung mit dazu beitragen würde, die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Die früheren Katholikentage hatten oft genug Gelegenheit geboten, die gemeinsame religiöse Grundlage der politisch in verschiedenen Lagern organisierten deutschen Katholiken stärker zu unterstreichen.[3]) Das gelang jedoch in München nicht. Trotz eines äußerlich glanzvollen Tagungsablaufs — den westdeutsche Beobachter als einen Gipfelpunkt „blühenden Barocks", aber deswegen gleichzeitig auch als den „vollen Ausklang der Stilperiode unserer Katholikentage der letzten zwanzig Jahre" empfanden[4]) — ließ diese stark besuchte Veranstaltung das ganze Ausmaß der Spannungen hervortreten, die zwischen dem Zentrum und der BVP, zwischen dem preußisch und bayerisch geprägten politischen Katholizismus in seinem Verhältnis zur Republik bestanden. In München zeigte es sich, daß die Mainlinie innerhalb des deutschen Katholizismus nach wie vor bittere Realität war.

Der deutsche Katholikentag von 1922 vermochte die „rein religiöse Linie"[5]) nicht zu halten. Die spürbare „vaterländische" Aufmachung, das betont wittelsbachisch und antireichisch gefärbte Klima[6]), die allerorts gegen das Zentrum zum Ausdruck kommende Aversion: diese Atmosphäre bildete allein schon ein bemerkenswertes Politikum. Aber dabei blieb es nicht. Die spezifisch politischen Akzente und Nachwirkungen dieser Veranstaltung, die von seiten der Zentrumspartei nicht unwidersprochen hingenommen wurden, gingen von den Äußerungen des Münchener Kardinals Faulhaber aus.

In seiner Eröffnungsansprache am 27. August verurteilte der Erzbischof, dem die bayerischen Katholiken eine ungewöhnliche Zuneigung entgegenbrachten[7]), die Revolution vom November 1918 als „Meineid und Hochverrat"; sie bleibe in der Geschichte „erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet". Faulhaber erklärte in diesem Zusammenhang: „Auch wenn der Umsturz ein paar [!] Erfolge brachte, wenn er den Bekennern des katholischen Glaubens den Weg zu den höheren Ämtern weit mehr als früher erschloß, — ein sittlicher Charakter wertet nicht nach den Erfolgen, eine Untat darf der Erfolge wegen nicht heiliggesprochen werden."[8])

---

[3]) Die *KV* Nr. 659 vom 26. August 1922 mahnte in einer Vorschau auf München, die politische Trennung nicht zu einer Lockerung der gemeinsamen Klammer auf religiösem Gebiet werden zu lassen.

[4]) So der Abg. *Joos*, Der Münchener Katholikentag, in: Das Zentrum Nr. 19 vom 1. Oktober 1922, S. 293.

[5]) Ebd.

[6]) Zu Veranstaltungen der kathol. Studentenverbindungen waren Ludendorff und Kahr erschienen. In einem Grußwort zum Katholikentag hatte das *Kathol. Korrespondenzblatt* (Nr. 33 vom 26. August 1922) von „unserem wittelsbachischen Herrscherhaus" gesprochen.

[7]) Vgl. Friedrich *Fuchs*, Der Münchener Katholikentag, in: Hochland 20, 1922, S. 105: „Es war, als ob das bayerische Volk seine Verehrung von der Person des Königs, die ihm genommen ist, auf den Kirchenfürsten übertragen hätte."

[8]) Vgl. Die Reden, S. 4. Dazu *Lutz*, Demokratie, S. 95 ff.

Es bedarf an dieser Stelle keiner näheren Begründung, von welchen katholischen Kreisen die rigorose Verurteilung der Revolution und die negative Wertung der Verfassung „ohne den Namen Gottes" durch Kardinal Faulhaber begrüßt wurden[9]), die bei den demokratisch und republikanisch orientierten deutschen Katholiken helle Empörung auslösten. Zum Dolmetsch dieser Mehrheit des katholischen Volksteils, die es schmerzlich empfinden mußte, daß ausgerechnet diese religiöse Veranstaltung zu einer Demonstration gegen die neuen politischen Zustände und für eine Restauration der Wittelsbachischen Monarchie mißbraucht wurde, machte sich Oberbürgermeister Adenauer, dessen Wahl zum Präsidenten dieses Katholikentags nicht zuletzt eine Reverenz gegenüber dem besetzten Gebiet dargestellt hatte.[10]) Adenauer erließ am 28. August einen dringenden Appell zur Wiederherstellung der religiösen Einheit, allerdings in einer Form, die deutschen Katholiken als Zentrumsparole nur zu geläufig war: „Sammelt alle wieder um die alte Fahne ...".[11])

Der Kölner Oberbürgermeister benutzte dann seine öffentliche Schlußansprache bewußt dazu[12]), um mit einem eindringlichen Ruf zur Einigkeit eine nicht minder klare Antwort auf Faulhabers provozierende politische Äußerungen zu verbinden.[13]) Er wies mit Nachdruck auf die Gefahr hin, im staatlichen Leben „Gefühlsmomenten" nachzugeben, und beklagte die zutage getretene „Verschiedenheit unserer Beurteilung", in der er eine Gefahr für die Aktionsfähigkeit des deutschen Katholizismus bei der Verteidigung seiner religiösen Grundsätze sah.[14]) Adenauer ließ keinen Zweifel daran, daß hinter den

[9]) Vgl. die Ausführungen von Max *Buchner* im Kathol. Korrespondenzblatt Nr. 35 vom 9. September 1922, in denen es im Anschluß an ein Lob für Kardinal Faulhaber, der in „unzweideutiger, klarer Weise" die Revolution gekennzeichnet habe, hieß: „Überhaupt hat der Katholikentag uns rechtsstehende Katholiken von neuem davon überzeugt, daß in diesen Massen unserer katholischen Glaubensbrüder ein ausgesprochenes vaterländisches Bewußtsein, ein Verständnis für die Notwendigkeit der Bildung einer großen christlich-vaterländischen Kampffront gegen Links lebt, daß hier auch ein entschiedener Widerspruch zu der ‚Opportunitätspolitik', die maßgebende politische Führer der deutschen Katholiken seit 1917 einschlagen zu müssen glaubten, vorhanden ist, wenn auch vorerst dieses Bewußtsein noch schlummert."

[10]) So *Adenauer* im Provinzialausschuß der Rhein. Zentrumspartei am 22. September 1922 in Köln, auf der außer ihm noch Joos, Hoeber und Frau Dransfeld über den Verlauf des Katholikentags berichteten. Nachl. Bachem 950.

[11]) Vgl. Die Reden, S. 46.

[12]) Mitteilung *Adenauers* am 22. September 1922 (s. Anm. 10).

[13]) Vgl. Die Reden, S. 204 f. Nach einer Aufzeichnung von Wilhelm *Marx* war Faulhaber während Adenauers Rede „immer mehr nervös" geworden; er habe Anstalten getroffen aufzubrechen. Der Kardinal habe jedoch seinen Hut nicht finden können, so daß es Adenauer gelungen sei, die Rede rasch zu beenden und den Kardinal um den Schlußsegen für den Katholikentag zu bitten. Nachl. Marx II/1. Diese Beobachtung wird auch von *Adenauer* (s. Anm. 10) bestätigt. Nach *Joos* (s. Anm. 4, S. 294) wurde Adenauer nach seiner Schlußrede mit Schimpfworten überschüttet. Dazu auch mündliche Auskünfte von J. Joos.

[14]) In einer biograph. Würdigung Faulhabers durch Hugo *Lang* (in: Lebensläufe aus Franken, Bd. 6, S. 163) hieß es, daß Faulhabers Rede allen Trägern und Freunden der Weimarer Republik „contre coeur" ging, auch gegen alle Staatsräson, „wenn nicht gegen die Staatstreue zu verstoßen schien". Nach Lang besaß der Kirchenmann Faulhaber „sehr wenig Sinn für Politik, selbst für Kirchenpolitik".

Ansichten des Kardinals, die „aus Verhältnissen örtlicher Natur" zu erklären seien, nicht die Gesamtheit der deutschen Katholiken stehe.[15]) Dabei kam es ihm überaus gelegen, daß er sich auf den „kristallklaren Vortrag" des angesehenen münsterischen Theologen Prälat Mausbach berufen konnte.

Mausbach hatte unter dem Thema „Christliche Staatsordnung und Staatsgesinnung"[16]) eine „rechte Staatsgesinnung" der Katholiken gegenüber der Republik gefordert und eindringlich die Bedeutung des deutschen Katholizismus als Einigungsfaktor für die politische Zerrissenheit des Volkes hervorgehoben. Der von Mausbach wie von Adenauer erlassene Appell zur nationalen Einigkeit fand bezeichnenderweise nur bei der Behandlung außenpolitischer Zusammenhänge — so wurden Vertreter bzw. Grußadressen von Katholiken aus Österreich, aus dem Saarland und aus Danzig mit ebenso demonstrativem Beifall begrüßt wie alle Äußerungen über die „unsittliche" Härte des Versailler Vertrags — allgemeine Resonanz.

Kardinal Faulhabers Vorwürfe und die entsprechenden „Münchener Nachklänge"[17]), in deren Gefolge Stegerwalds Rede auf dem Katholikentag zur Überwindung der Sozialdemokratie durch den christlichen Volksteil[18]) fast unbemerkt unterging, verliehen der kaum zur Ruhe gekommenen Diskussion innerhalb der Zentrumspartei neuen Auftrieb.[19]) Die nach München gekommenen Zentrumsführer empfanden die bayerische Antipathie zum Reich, das allzusehr mit „internationaler Sozialdemokratie" gleichgesetzt wurde, als besorgniserregend. Während extreme Vertreter des „weiß-blauen" Sonderstatus — wie etwa der bayerische Gesandte am Vatikan — die monarchistischen Herztöne und die antirepublikanischen Attacken des Kardinals als „apostolischen und politischen Freimut" begrüßten[20]), registrierte man im Zentrumslager mit Sorge das Echo auf

[15]) Unmittelbar nach dem Schlußsegen des Kardinals (s. Anm. 13) erhob *Faulhaber* gegenüber dem Oberbürgermeister heftige Vorwürfe wegen seiner Ausführungen, die *Adenauer* ebenso scharf zurückwies. Nach der Aufzeichnung Bachems (s. Anm. 10).

[16]) Vgl. Die Reden, S. 181 ff.

[17]) So lautete die Überschrift eines Leitartikels der *KV* Nr. 698 vom 10. September 1922, in der u. a. die propagandistische Ausschlachtung der Faulhaber-Rede durch die deutschnationale Agitation (z. B. Max *Buchner*, in: Kathol. Korrespondenzblatt Nr. 35 vom 9. September 1922) bedauert wurde. Eine indirekte Kritik des Kardinals bedeutete der Satz, daß für die erfolgreiche Tätigkeit des Zentrums jene „größeren Freiheiten" sprächen, deren sich seit 1919 die kathol. Kirche in Deutschland zu erfreuen habe.

[18]) Deutsche Volksgemeinschaft und wirtschaftlicher Wiederaufbau, in: Die Reden, S. 81. *Stegerwald* hatte den Versailler Vertrag als „unsittlich" und die Katholiken in den Ländern der Vertragsalliierten als Mitschuldige an einem Vertrage bezeichnet, „der jedem Katholizismus und seiner ewigen Sittennorm einfach Hohn spricht". Ebd., S. 83.

[19]) Dazu vgl. die nachträgliche Schilderung dieses Vorgangs von Bundesminister a. D. Hans *Schuberth* (Meine Jahre mit Adenauer, in: Echo der Zeit Nr. 41 vom 13. Oktober 1963): „Unsere, der jungen katholischen Garde, Haltung dazu [Monarchisten gegen Republikaner] war Ablehnung Adenauers, Zorn gegen den kölnischen Oberbürgermeister."

[20]) Der bayer. Vatikangesandte *v. Ritter* schrieb am 13. September 1922 nach München: Es sei nicht das erste Mal, daß dieser „Freimut" des Kardinals „den Herren der Reichsregierung und sogar den Angehörigen des linken Zentrumsflügels" nicht ganz bequem sei. BGStA München, Gesandtschaft Rom, Nr. 979.

den Katholikentag. Man glaubte in der Veranstaltung den Auftakt zu einer „großangelegten monarchistisch-antirepublikanischen Aktion" sehen zu können.[21])

Da es für die Zentrumspresse kaum möglich war, die eigentliche Kernfrage des Konflikts kritisch zu behandeln und massiv gegen die politische Kurzsichtigkeit des Münchener Kirchenfürsten zu polemisieren, konnte die deutschnationale Agitation die Faulhaber-Rede gegen das Zentrum ausschlachten.[22]) Dagegen vermochte eine so ruhige und leidenschaftslose Stimme wie die des angesehenen BVP-Reichstagsabgeordneten Konrad Beyerle nicht anzukommen, die „gegenseitiges Ertragen" als das Gebot der Stunde forderte und die deutschen Katholiken aufrief, sich auch innerlich auf die Seite der Republik zu stellen.[23]) Diese Republik — das zeigten die Diskussionen im Sommer 1922 deutlich genug — wurde auch im katholischen Lager noch keineswegs als selbstverständlich, geschweige denn als begrüßenswert empfunden.[24]) Die entscheidende Frage war auch in München offengeblieben: Ob der neue Staat lediglich loyal anerkannt, im übrigen aber eine Restauration des alten Systems erhofft und erstrebt werden solle, oder ob die Weimarer Republik innerlich bejaht und, wie sich ein kritischer Beobachter ausdrückte[25]), als ein „relativ taugliches Mittel zur Verwirklichung des katholischen Gedankens" ergriffen werden solle.

Gerade diese innere Einstellung zur Republik, über deren Notwendigkeit nach dem Rathenau-Mord größere Übereinstimmung herrschte als vorher, wurde durch den neuentfachten Zentrumsstreit keineswegs beschleunigt. Innerhalb weniger Wochen zeigte es sich, daß von den Teilnehmern der Sitzung des Reichsparteiausschusses im Juni — vielleicht außer Brauns — niemand so recht die Tragweite der Berliner Beschlüsse übersehen hatte. Der Münchener Katholiken-

---

[21]) So *Bachem* in der in Anm. 10 erwähnten Aufzeichnung. Auf dem Verbandstag der Kathol. Arbeitervereine in Essen am 1. Oktober 1922 erklärte der Abg. *Joos*, norddeutsche „Wühler" wollten über München den Versuch unternehmen, die Weimarer Verfassung aus den Angeln zu heben. Vgl. *KV* Nr. 766 vom 5. Oktober 1922.

[22]) Vgl. besonders *Kathol. Korrespondenzblatt* Nr. 34, 35 und 36 vom 2., 9. und 16. September 1922. Der als „Parade-Katholik" in der DNVP charakterisierte Abg. *Wallraf* erklärte Ende Okt. auf dem DNVP-Parteitag in Görlitz, daß Faulhaber ausgesprochen habe, was die deutschnationalen Katholiken von der bisherigen Zentrumspolitik scheide. Vgl. *KV* Nr. 837 vom 1. November 1922.

[23]) Katholik und Republikaner, in: Allg. Rundschau Nr. 35 vom 2. September 1922, S. 411: Da sich sowohl im „Heerlager der Republikaner als auch der Monarchie" Katholiken befänden, müßten sie sich im Zeichen des „In dubiis libertas" auf einem Katholikentag begegnen. „Die Unterdrückung jedes aufrechten Bekenntnisses zur Republik aber ist heute der Wegbereiter der Restauration."

[24]) Diese Tatsache beklagte der Abg. *Joos* am 1. Oktober 1922 (s. Anm. 4), wobei er hervorhob, daß sich die kathol. Arbeiterschaft Westdeutschlands eindeutig zum „Volksstaatgedanken" bekenne. Vgl. *KV* Nr. 766 vom 5. Oktober 1922. Am 17. Mai 1922 hatte der Abg. *Andre* im Reichstag seinem Bedauern Ausdruck verliehen, daß auch ein „guter Teil der Arbeiterschaft" noch nicht das richtige Verhältnis zum republikanischen Staat gefunden habe. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 354, S. 7309.

[25]) Vgl. Friedrich *Fuchs*, Der Münchener Katholikentag, in: Hochland 20, 1922, S. 102.

tag erwies dann genügend deutlich, wie wenig Einigkeit über die politischen Grundfragen im innerkatholischen Bereich vorhanden war. Daran vermochten nachträgliche wohlwollende oder harmonisierende Interpretationen[26]) ebensowenig etwas zu ändern wie die betonte Bekundung der inneren Geschlossenheit, die z. B. auf dem Parteitag des Badischen Zentrums in Villingen überzeugend zum Ausdruck kam.[27]) Jede vorübergehende Verwirrung oder zeitweilige Ratlosigkeit im katholischen Lager wirkte sich zum Nachteil für die Zentrumspartei und zum Vorteil für die antirepublikanische und antidemokratische Agitation der deutschnationalen Katholiken aus.[28])

[26]) Wie z. B. der Abg. *Bell* in einer Rede auf dem sächs. Katholikentag in Chemnitz am 1. Oktober 1922, die unter dem bezeichnenden Thema stand: „Vaterländische Ziele und Aufgaben der deutschen Katholiken" und die in einer Mahnung zur Einigkeit ausklang. Vgl. *KV* Nr. 759 vom 3. Oktober 1922.

[27]) Vgl. *KV* Nr. 723 vom 20. September 1922. In diesem Bericht aus Karlsruhe hieß es ausdrücklich, daß der Parteitag nicht den Austrag oder Ausgleich von Richtungsgegensätzen notwendig gehabt habe, sondern sich auf dem „starken Fundament" eines geschlossenen Bekenntnisses zu den „bewährten Grundsätzen eines schlechthin freudigen Zusammenstehens für den Schutz und Wiederaufbau des neuen Staates" bewegt habe.

[28]) In einem Artikel von Wilhelm *Marx*, Das Reichsschulgesetz und die deutschnationale Agitation, in: *Germania* Nr. 567 vom 26. Oktober 1922, hieß es einleitend: Die DNVP scheine „in jüngster Zeit" ihre ganze Kraft auf eine Verdächtigung der Tätigkeit der Zentrumsfraktion im Reichstag konzentrieren zu wollen.

6. Ein neues Bekenntnis zur alten Parteilinie

Der Zusammenschluß von SPD und USPD verbesserte keineswegs die Aussichten für die weitere Zusammenarbeit des Zentrums mit dem bisherigen Koalitionspartner. Die neue sozialistische Blockbildung wurde im Zentrum mit vorsichtiger Zurückhaltung kommentiert. Immer wieder kam zum Ausdruck, wie wenig die gegenwärtige Koalition „ideal" sei, obschon sie, wie man erklärte, „für das Vaterland ersprießliche Arbeit" geleistet habe.[1]) Für das Gros der Zentrumspartei blieb das unverrückbare Ziel die große Koalition[2]), während Stegerwald demgegenüber eine Arbeitsgemeinschaft allein derjenigen bürgerlichen Parteien erstrebte, die sich zur Anerkennung der Republik bereit erklärten.[3])

Die neue Gewichtsverteilung in der Koalition, die Verwirklichung der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" und der bevorstehende Wiederbeginn der Reichstagsarbeit boten dem Reichsparteiausschuß des Zentrums, der zusammen mit dem Reichsparteivorstand vom 15. bis 17. Oktober 1922 in Berlin zusammentrat, genügend Diskussionsstoff. Es ging um den politischen Kurs, in dessen Zeichen

[1]) So *KV* Nr. 719 vom 18. September 1922.

[2]) Vgl. *Germania* Nr. 538 vom 8. Oktober 1922: „Die große Koalition liegt im Zuge der Zeit."

[3]) Vgl. seine Ausführungen zur innenpolitischen Lage auf einer Versammlung in Friedenau am 12. September 1922. *Germania* Nr. 494 vom 13. September 1922.

die erstrebte „Volksgemeinschaft" zu erreichen sein würde, und dazu um die Beilegung des seit Ende Juli schwelenden Zentrumsstreits. Mit welchen Hoffnungen man dem Ergebnis dieser Verhandlungen entgegensah, ergibt sich aus dem Satz des Pfarrers Clemens Graf von Galen: „Möge die neue Tagung in ruhiger Zeit zu erneuter Abwägung vielleicht übereilter Maßnahmen führen und Männer vereint finden, die der politischen Vertretung des deutschen katholischen Volkes die bewährte Grundlage, das einigende Prinzip und die Quelle des Vertrauens der bisherigen Zentrumswähler erhalten!"[4])

Nach den Diskussionen der letzten Wochen durften die Zentrumsanhänger gespannt sein, in welcher Form die Führungsgremien ihre Juni-Beschlüsse, die praktisch auf eine Umbildung der Partei hinausliefen, konkretisieren oder variieren würden.[5]) Da folglich die „dringendsten Fragen" der Partei und der Politik zur Diskussion standen[6]), fanden sich die Mitglieder des Reichsparteiausschusses und des Parteivorstands nahezu vollständig in Berlin ein. Unter den Teilnehmern der Tagung, in deren Verlauf sich auch zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete des Zentrums zu Wort meldeten, befanden sich 15 Frauen.[7])

Eine erste kurze Pressenotiz, wonach der Parteivorsitzende Marx und Reichsarbeitsminister Brauns zu Beginn der Berliner Beratungen über den Verlauf der Juni-Tagung — also über das Zustandekommen der Beschlüsse über eine stärkere „Interkonfessionalisierung" der Partei — und den umstrittenen Aufruf berichtet hatten[8]), machte auch für Außenstehende den Schwerpunkt der Debatten deutlich. Dennoch schien es zunächst so, als ständen aktuelle politische Fragen im Vordergrund der Diskussionen, an denen sich auch Reichskanzler Wirth beteiligte.[9]) Deren Ergebnis kam in vier Entschließungen zum Ausdruck. Sie galten Fragen der Parteiorganisation — die an akutem Geldmangel leide, zu einer Verkleinerung des Generalsekretariats gezwungen sei und durch das Pressesterben in ihrer Arbeit gehemmt werde —, der Volksernährung, der „Not der Rheinlande" (Abwehr des Smeets-Separatismus) und der antireligiösen sächsischen Schulpolitik. Nach einem Referat des Abgeordneten Hofmann-Ludwigshafen über das Verhältnis von Zentrum und BVP wurde einmütig beschlossen,

[4]) Zentrum und katholische Konfession, in: Allg. Rundschau Nr. 41 vom 14. Oktober 1922, S. 482.

[5]) Die *KV* Nr. 790 vom 14. Oktober 1922 warnte davor, nach den Diskussionen des letzten Sommers von der bevorstehenden Tagung etwas anderes zu erwarten als die Bekräftigung der „vollen inneren Geschlossenheit der Partei". Bei dem politischen Beharrungsvermögen der Massen, das keine Umwälzung des deutschen Parteilebens erwarten lasse, dürfe nicht von Zentrumsseite eine Sache ins Rollen gebracht werden, „an deren Ende vielleicht weitere Zersplitterung" statt der erhofften Vereinfachung des Parteiwesens stehen könne.

[6]) Vgl. *KV* Nr. 800 vom 18. Oktober 1922.

[7]) Diese Tatsache hob die *KV* Nr. 805 vom 20. Oktober 1922 eigens hervor.

[8]) Vgl. *KV* Nr. 794 vom 16. Oktober 1922.

[9]) Die *KV* Nr. 805 vom 20. Oktober 1922 erwähnte in einem Rückblick, daß der 76jährige Abg. Peter Spahn besonders diskussionsfreudig gewesen sei.

auf eine Wiederannäherung beider Parteien hinzuwirken, um dadurch auch den „Reichseinheitsgedanken" zu stärken.

Diese aktuellen Beratungsgegenstände und deren Ergebnisse — zu denen noch die Diskussion eines Referats der Abgeordneten Frau Dransfeld über die Gefährdung der christlichen Familie durch die staatliche Gesetzgebung (Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung unehelicher Kinder) gehörte — fanden in der Zentrumspresse und entsprechend im Zentrumslager nur verhältnismäßig geringe Aufmerksamkeit.[10]) Das Interesse konzentrierte sich ganz auf eine „sorgfältig durchberatene"[11]) längere Kundgebung von Reichsparteivorstand und Reichsparteiausschuß. Sie wurde unter dem Datum des 16. Oktober 1922, auffallenderweise mit den Unterschriften aller Mitglieder beider Führungsgremien, veröffentlicht.[12])

Das erklärte Ziel dieses „Rufes zur Sammlung"[13]) war es, die in jüngster Zeit hervorgetretenen „Mißverständnisse und Befürchtungen" auszuräumen. Deutlicher konnte sich die Parteiführung kaum von ihren eigenen Juni-Beschlüssen distanzieren.[14]) Nach einigen allgemein gehaltenen Hinweisen auf die wirtschaftliche Notlage und Verzweiflung des Volkes, auf die Verdienste des Zentrums für die Rettung der deutschen Einheit — deren Wahrung auch weiterhin allen „föderalistischen Sorgen" voranzugehen habe — kam der Aufruf zum Kern der Sache. Nach der geläufigen Umschreibung des Zentrums als „Ordnungspartei", die auf dem Boden der rechtmäßig zustande gekommenen Weimarer Verfassung stehe, wurde angesichts der Not des Vaterlandes zunächst der Appell zur Sammlung erneuert. Dann folgte eine beachtenswerte Ergänzung des Juni-Aufrufs durch den Hinweis, daß sich „nach alter geschichtlicher Entwicklung" in der Hauptsache das gläubige katholische Volk zum Zentrum bekannt habe und daß nichts geschehen sei, was diese Kreise bestimmen könne, „von dem Beispiel der Väter" abzugehen; das parlamentarische System fordere mehr als je zuvor „größte Einigkeit und Geschlossenheit". Als weitere bemerkenswerte Abschwächung der Juni-Beschlüsse muß die Formulierung gelten, daß auch in Zukunft Nichtkatholiken bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt werden sollten (also nicht mehr: eine „größere Zahl"). Trotz dieser im Zeichen einer Sammlungspolitik aller

[10]) Die Anregung der *KV* Nr. 805 vom 20. Oktober 1922, die Referate von Dransfeld und Hofmann als „klassische Dokumente einer von großen und idealen Gesichtspunkten inspirierten Zentrumspolitik" in der von Georg Schreiber herausgegebenen neuen Reihe „Schriften zur deutschen Politik" zu veröffentlichen (was nicht geschah), liest sich wie eine indirekte Entschuldigung dafür, daß die KV jeweils nur mit einem einzigen Satz die beiden Referate erwähnte.

[11]) So *KV* Nr. 805 vom 20. Oktober 1922.

[12]) Wortlaut in *KV* Nr. 802 vom 19. Oktober 1922; *Germania* Nr. 556 vom 19. Oktober 1922; *Broermann-Grobbel*, Unterm Zentrumsbanner, S. 96 ff. (ohne Unterschriften).

[13]) So *Germania* Nr. 554 vom 18. Oktober 1922.

[14]) Vgl. Otto *Kunze*, Weltanschauungspartei und politische Partei, in: Allg. Rundschau Nr. 28 vom 10. Juli 1924, S. 423: „Derselbe Reichsausschuß der Partei, der den Aufruf erlassen, bereitete ihm im Oktober 1922 ein Begräbnis erster Klasse."

„Gutgesinnten" für notwendig gehaltenen konfessionellen Öffnung sollten jedoch — und darin lag der Kern des Aufrufs — die traditionellen Aufgaben des Zentrums auf kulturellem Gebiet keine Einbuße erfahren. Im gleichen Atemzuge wurde dann die im Sommer ausdrücklich geforderte Interkonfessionalisierung der katholischen Presse abgeschwächt.

Der zweite und dritte Teil des Aufrufs faßte aktuelle politische und kulturpolitische Forderungen zusammen: Revision des Friedensvertrags, Kampf gegen die „Schuldlüge", Steigerung der Produktion, Bildung einer (nicht näher umschriebenen) deutschen „Volks- und Notgemeinschaft", Sicherung der Ernährung, Behebung der Wohnungsnot, Kampf gegen Kartelle und gegen die gesetzliche Erleichterung der Ehescheidung, gegen simultane „Zwangsschulen" und für die Freiheit und Gleichberechtigung der Privat- und Bekenntnisschulen. Diese Ziele sollten im Zeichen des Ausgleichs der Interessen und nach den Grundsätzen der christlichen Gerechtigkeit durch geschlossenenes Zusammenstehen unter der alten Fahne erreicht werden.

Der Oktober-Aufruf wurde als eine durch die „wildbewegte, gärende Zeit" geforderte neue und feste Grundlage der Partei empfunden.[15]) In ihm bekannten sich die Führungsgremien des Zentrums eindeutig zur traditionellen Parteilinie[16]), wobei sie allerdings stärker als bisher den Gegebenheiten Rechnung trugen. Die aus der gemeinsamen weltanschaulichen Grundlage selbstverständlichen kulturpolitischen Interessen der nahezu ausschließlich katholischen Anhänger und Wählerschaft der Partei bildeten weiterhin den Ausgangspunkt programmatischer Zielsetzungen. Unter diesen Voraussetzungen konnten die von Brauns wie von Stegerwald vertretenen Ideen und Ziele im Rahmen des Zentrumsprogramms nicht länger verfochten werden. Aber auch dem neuen Zentrumsaufruf kam, ähnlich wie nahezu allen voraufgegangenen Programmen, keine grundlegende und zukunftsweisende Bedeutung zu. Für die in einer Dauerkoalition mit wechselnden Partnern engagierten Minderheitspartei bestand infolge ihrer politischen Potenz oder Taktik immer eher die Möglichkeit, bestimmte Maßnahmen anderer Parteien verhindern als eigene programmatische Wünsche durchsetzen zu können. Die Tatsache, daß die Beratung und Publikation des Oktober-Aufrufs in einer Zeit höchster politischer Spannung und wirtschaftlicher Not erfolgte, erwies sich zudem für die Aufnahme und Interpretation der neuen Grundsatzerklärung als denkbar ungünstig.

---

[15]) So *KV* Nr. 805 vom 20. Oktober 1922.

[16]) Das begrüßte Carl *Bachem*, der am 7. November 1922 an Porsch schrieb, er freue sich, daß es gelungen sei, den „Brauns-Marxschen Aufruf" wieder „einigermaßen" ins Gleichgewicht zu bringen, und fortfuhr: „Es würde ja nichts geschadet haben, wenn die Korrektur etwas deutlicher und kräftiger ausgefallen wäre. Aber das wird wohl nicht durchzusetzen gewesen sein." Nachl. Bachem 465.

7. Gescheiterter Sammlungsruf: Rücktritt des Kabinetts Wirth

„Das deutsche Schiff sinkt — die ersten Boote, die von ihm abstoßen, tragen die Novemberleute." KV Nr. 873 vom 15. November 1922.

Noch vor der Wiederaufnahme der Reichstagsarbeit am 17. Oktober stand die Neuwahl des Reichspräsidenten zur Debatte, für die die Reichsregierung den 3. Dezember 1922 als Wahltag vorgesehen hatte, während die SPD auf einen früheren Termin drängte. Dem vom Zentrum ausgehenden und dann von einem bürgerlichen Mittelblock (DDP, Zentrum, BVP, DVP) angenommenen Vorschlag, die Wahl bis zum Jahre 1925 hinauszuschieben — um im Augenblick der „überaus schweren wirtschaftlichen und finanziellen Notlage" des Volkes keinen Wahlkampf führen zu müssen[1]) —, war am 18. Oktober Erfolg beschieden. Die Zentrumsfraktion hatte sich von vornherein dafür ausgesprochen, die Amtszeit Eberts zu verlängern, da sich der Reichspräsident der Sympathie weitester Bevölkerungskreise erfreue und auf eine „absolut einwandfreie" Amtsführung zurückblicken könne.[2]) Besonders aktiv hatte Reichskanzler Wirth diesen Entschluß unterstützt und dabei Ebert gegenüber deutschnationalen Angriffen in temperamentvoller Weise verteidigt.[3])

Den in der Reichspräsidentenfrage erzielten Erfolg wollte die Mehrheit der Zentrumsabgeordneten dazu ausnutzen, um die Koalition durch die Aufnahme der DVP in die Regierung zu erweitern und gleichzeitig auch die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" Wirklichkeit werden zu lassen.[4]) Diese Aktionen sollten zudem eine Antwort bilden auf den an die Regierung gerichteten, immer lauter werdenden „Ruf nach einem Programm"[5]) zur Behebung der wirtschaftlichen Not, die sich täglich verschärfte. Zu ihrer Überwindung entwickelte der Reichskanzler Vorschläge, die von dem bisherigen Kurs des Kabinetts abwichen. In einer Kabinettssitzung am 23. Oktober[6]) ließ Wirth erkennen, daß er die bisherige Reparationspolitik in Form von Geld- und Sachlieferungen an Frankreich nicht fortzusetzen gedenke. Er wollte den Kampf gegen den Hunger mit Maßnahmen

[1]) So der Abg. *Marx* als Sprecher der Parteien am 20. Oktober 1922 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 357, S. 8816 f.

[2]) So *Marx*, ebd., S. 8817. Die *KV* Nr. 780 vom 11. Oktober 1922 hatte sich für die Verlängerung der Amtszeit von Ebert eingesetzt, des „Präsidenten der großen Koalition".

[3]) Am 20. Oktober 1922 im Reichstag; vgl. Sten. Berichte, Bd. 357, S. 8824 f., 8840 f.; *Wirth*, Reden, S. 437 ff. Bisher ließ sich nicht ausmachen, was es mit folgender Mitteilung bei Friedrich *von Rabenau* (Seeckt. Aus seinem Leben 1918—1936. Leipzig 1940, S. 268 f.) auf sich hat: Im Mai 1922 sei zwischen Wirth und Seeckt die Frage einer Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten erörtert worden.

[4]) Bereits vor dem Beginn der neuen Reichstagssession hatte *Marx* erneut die rasche Einbeziehung der DVP (und der BVP) in die Regierungskoalition gefordert. Vgl. *KV* Nr. 766 vom 5. Oktober 1922.

[5]) So war ein Leitartikel der *KV* Nr. 816 vom 24. Oktober 1922 überschrieben.

[6]) Vgl. Bundesarchiv R 43 I/1381.

gegen die weitere Entwertung der Mark einleiten. Wirth zeigte sich entschlossen zur Konzentration der wirtschaftlichen (Mehrarbeit; Ausgleich der passiven Handels- und Zahlungsbilanz) wie der politischen Kräfte. Den Auftakt für entsprechende politische Maßnahmen sollte die seit längerem vorgesehene Kabinettsumbildung darstellen.

In einer vertraulichen Besprechung mit Parteiführern der SPD, DDP, des Zentrums, der BVP und der DVP noch am gleichen Tage ging der Reichskanzler davon aus[7]), daß die Regierung noch nie vor so schweren Tagen gestanden habe wie im gegenwärtigen Zeitpunkt. Wirth glaubte trotz allem, daß die bisher verfolgte Reparationspolitik das ihr gesteckte Ziel — die Gegenseite von der „Einsicht in die Unmöglichkeit" der geforderten Zahlungen zu überzeugen — „im wesentlichen" erreicht habe.[8]) Im Sinne seiner vier Wochen zuvor ausgegebenen Parole „Erst Brot, dann Reparationen"[9]) erläuterte der Reichskanzler den überraschten Parteiführern die Gründe für die beabsichtigte Kursänderung in der Reparationspolitik.

Einzelheiten seines neuen Programms gab Wirth dann am 24. Oktober in einer Sitzung der Zentrumsfraktion bekannt: Einschränkung der Sachleistungen, keine weitere Reduzierung des Goldbestandes, Ankurbelung des Exports, Abbau der Devisenordnung, Drosselung der Luxuseinfuhren. Dieses Programm wollte der Reichskanzler nach einem Kabinettsumbau in Angriff nehmen, den er für notwendig hielt, um ein einheitlich operierendes Kabinett zu bekommen. Wirth stellte seinen Rücktritt in Aussicht, falls die von ihm beabsichtigte Regierungsumbildung nicht gelingen sollte.[10]) Er ließ keinen Zweifel daran, daß er mit Hermes nicht länger zusammenarbeiten könne[11]) und daß auch der — offensichtlich seit dem Abschluß des Rapallo-Vertrags bestehenden — „Nebenregierung" des Reichspräsidenten ein Ende gemacht werden müsse. Nach entsprechenden Diskussionen innerhalb der Fraktion wurde das von Wirth entwickelte Aktions-

---

[7]) Nach einer Niederschrift des Abg. *ten Hompel*. Nachl. ten Hompel.

[8]) Einige Wochen vorher hatte die *KV* Nr. 684 vom 5. September 1922 („Grenzen der Erfüllungspolitik") darauf hingewiesen, daß die Politik des Kabinetts Wirth noch nicht zu Ende geführt sei und daß die konsequente Politik der Loslösung aus den „Klammern der Diktate" fortgesetzt werden müsse.

[9]) In einer Rede auf dem Industrie- und Handelstag in Berlin am 14. September 1922; vgl. *Wirth*, Reden, S. 427. In der *WAZ* Nr. 41 vom 4. November 1922 sah der Abg. *Joos* eine Rettung nur noch in einer Herabsetzung der Reparationen: „Man kann vom deutschen Volke Opfer verlangen und muß es, aber keine sinnlosen."

[10]) Nach einer Niederschrift im Nachl. ten Hompel.

[11]) Die Gründe lagen — nach *Wirths* Äußerungen in der Sitzung (s. die vorige Anm.) — in der Opposition des Finanzministers gegen den Rapallo-Vertrag und in Differenzen bezüglich der Abgabe des Reichsbankgoldes zur Deckung von Reparationslieferungen; Hermes habe den Goldschatz „unnötig gefährdet" und zudem in einer personalpolitischen Entscheidung (Abberufung des Finanzamtspräsidenten in Karlsruhe) ihm, Wirth, eine „persönliche Kränkung" zugefügt. Über Gegensätze zwischen Wirth und Hermes in der Formulierung des Textes des Republikschutzgesetzes vgl. *Jasper*, Der Schutz der Republik, S. 59 f., Anm. 12.

programm gebilligt. Aus den vorliegenden Quellen geht nicht hervor, ob in der Fraktion auch über den Fall Hermes diskutiert worden ist.

In weiteren Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Regierungsparteien bzw. den Parteien der „Arbeitsgemeinschaft" zeichneten sich im Laufe der folgenden Tage die Umrisse des neuen Aktionsprogramms ab: Den Alliierten sollte eine „positive Umgrenzung" verminderter Reparationsleistungen angeboten werden. Dafür erwartete die Regierung ein Moratorium, verbunden mit einer Reparations- oder Stabilisierungsanleihe, und die Zurückziehung der Besatzung. Um die Währung zu stabilisieren, wurden folgende Maßnahmen ins Auge gefaßt: Ausgabe von Goldschatzscheinen, Steigerung der Arbeitsleistung, Ausgleich des Haushaltsdefizits, Reformen der öffentlichen Verwaltung, der Arbeitslosenversicherung und des Steuerwesens.[12])

Da die Initiative zu dem neuen Aktionsprogramm vom Reichskanzler ausgegangen war, verwundert es, daß Wirth das endgültige Programm zwei Wochen später (7. November) den Fraktionen immer noch nicht vorzulegen vermochte. Diese Unentschlossenheit, hinter der sich die Absicht der Regierung erkennen ließ, die Parteien von den Verhandlungen mit der Reparationskommission auszuschließen, wurde sowohl von Wels (SPD) als auch von Marx kritisiert.[13]) Offensichtlich als Antwort auf diese Kritik erläuterte Wirth am 9. November den Parteiführern das in Form einer Note an die Reparationskommission gekleidete umfassende finanz- und wirtschaftspolitische Programm[14]), mit dem sich die Fraktionsvertreter vollauf einverstanden erklärten.[15])

Damit schien die sachliche Basis für die große Koalition gegeben zu sein. Die neue politische Initiative der Regierung — die ihre Note am 13. November der Reparationskommission übergab — wurde vom Zentrumsvorsitzenden Marx ausdrücklich begrüßt, da sie einer gefährlichen Passivität des Kabinetts ein Ende gemacht habe. Marx kritisierte allerdings in diesem Zusammenhang die bereits früher von Wirth bemängelte Verordnung gegen die Devisenspekulation[16]), die den unaufhaltsamen Kurssturz der Mark nicht aufgehalten, sondern im Gegenteil noch beschleunigt habe.[17])

---

[12]) Nach Aufzeichnungen im Nachl. ten Hompel.

[13]) In einer Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteivertretern am 7. November 1922. Bundesarchiv R 43 I/1020.

[14]) Ebd.

[15]) Am 14. November 1922 erklärte *Wirth*, er habe in seiner parlamentarischen Praxis noch keine solche Einigkeit erlebt wie bei der Behandlung dieser Note. Vgl. *KV* Nr. 874 vom 15. November 1922.

[16]) Dazu vgl. *Schulthess* 1922, S. 130.

[17]) Nach einer längeren — etwa Mitte Nov. niedergeschriebenen — Aufzeichnung des Abg. *ten Hompel*, Die letzten Wochen der Kanzlerschaft Wirth, war diese Verordnung während Wirths Urlaub (Mitte Sept. bis Okt.) auf Drängen des Reichswirtschaftsministers erlassen worden. Nachl. ten Hompel.

Die nunmehr als sicher erwartete Aufnahme der DVP in die Regierungskoalition, vielleicht aber auch die eben erwähnte Kritik des Zentrumsführers an einer Regierungsmaßnahme — die insofern einen allgemeinen „Mißstand" betraf, als sie eine mangelnde Fühlungnahme zwischen der Zentrumsfraktion und dem Reichskanzler beleuchtete — dürften Grund genug gewesen sein, daß sich Wirth am 24. Oktober zu einer allgemeinen politischen Aussprache in der Fraktion einfand.[18]) Sie trug in erheblichem Maße dazu bei, das „Klima" zu verbessern, zumal sich die Fraktion geschlossen hinter die Politik des Reichskanzlers stellte.[19]) Wirth sprach sich im Sinne der Mehrheit der Fraktion (und der „Arbeitsgemeinschaft") in aller Form für die Notwendigkeit aus, die DVP in die Koalition einzubeziehen. Damit trug er den politischen Gegebenheiten um so mehr Rechnung, als sich zu diesem Zeitpunkt Vertreter der SPD, der DDP, des Zentrums, der BVP und der DVP in interfraktionellen Gesprächen auf Vorschläge zur Abänderung der Devisenverordnung geeinigt und damit auch in dieser Frage die bisherigen Gegensätze ausgeräumt hatten. Damit deuteten alle Anzeichen auf ein reibungsloses und rasches Zustandekommen der großen Koalition hin, die in der letzten Zeit bereits „in der Stille" am Werk gewesen war.[20]) Das Schlagwort „Erfüllungspolitik" schien zum politischen Prinzip geworden zu sein.[21])

Am 10. November begann der Reichskanzler auf Ersuchen des Reichspräsidenten mit den angekündigten Verhandlungen, um das Kabinett zu ergänzen. Es ging ihm dabei in erster Linie darum, Persönlichkeiten zu gewinnen, die kraft ihres Ansehens dazu beitragen konnten, die „schwere Lage" des Winters zu überwinden und die im Ausland Vertrauen genossen, um eine Anleihe gewährt zu bekommen.[22]) Die parlamentarische Ausgangssituation erwies sich insofern als günstig, als das Außen- und das Wiederaufbauministerium sowie ein Ministerium ohne Portefeuille neu zu besetzen waren. Dennoch führten Wirths Verhandlungen[23]) bereits nach wenigen Tagen zu einer drohenden Regierungskrise, die den Rücktritt des Gesamtkabinetts erwarten ließ.[24]) Wieder einmal kam

[18]) Vgl. *KV* Nr. 819 vom 25. Oktober 1922. — Nach einem Hinweis *ten Hompels* (s. Anm. 7) war er es, der Marx auf die „dringende Notwendigkeit" aufmerksam gemacht hatte, stärkere Fühlung zwischen dem Kanzler und der Fraktion zu halten.

[19]) Vgl. *Germania* Nr. 602 vom 15. November 1922 („Das Zentrum für Wirth"); ähnlich an anderer Stelle der gleichen Ausgabe: „Der Sieg des Parteigeistes".

[20]) Vgl. *Germania* Nr. 602 vom 15. November 1922.

[21]) So *Wirth* am 7. Januar 1923 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. *KV* Nr. 14 vom 8. Januar 1923.

[22]) So *Wirth* am 10. November 1922 in einer Besprechung mit den Parteiführern. Bundesarchiv R 43 I/32.

[23]) Am 11. November 1922 hieß es in der *KV* Nr. 865, daß Cuno als Kandidat für das Amt des Außenministers genannt werde.

[24]) Vgl. *KV* Nr. 867 vom 13. November 1922: „Zur Frage der Regierungsumbildung" und *KV* Nr. 869 vom 14. November 1922: „Die Regierungskrise."

der Anstoß dazu von seiten der SPD. Ihre Reichstagsfraktion beschloß am Abend des 14. November mit „übergroßer Mehrheit“[25]), keine Koalition mit der DVP einzugehen. Dieser Entschluß bedeutete ein krasses Mißtrauensvotum für diejenigen SPD-Politiker, die noch am Vortage im Interfraktionellen Ausschuß zusammen mit den Abgeordneten der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft als Ergebnis des gemeinsam erarbeiteten Finanz- und Wirtschaftsprogramms die Note an die Reparationskommission mitberaten und gutgeheißen hatten.[26]) Der abrupte sozialdemokratische Kurswechsel wurde im Zentrum als „parteiegoistische Drückebergerei“[27]) scharf kritisiert. Er traf bei den Mittelparteien um so weniger auf Verständnis, als die SPD in Preußen zusammen mit der DVP in einer Koalition arbeitete und auch der Reichspräsident ausdrücklich für die große Koalition votiert hatte.[28]) Unter diesen Umständen gelang es Wirth weder durch Aufnahme prominenter Wirtschaftsführer ein von den Fraktionen weitgehend unabhängiges Kabinett zu bilden, noch die Aufnahme einzelner Vertreter der DVP in die Regierung zu erreichen.[29])

Da sich die Zentrumsabgeordneten am 13. November in Anwesenheit des Reichskanzlers im Sinne ihrer vielzitierten Sammlungsparole für die Aufnahme der DVP in die Koalition ausgesprochen hatten[30]) (ebenso auch die DDP und die BVP), um angesichts der drohenden Wirtschaftskatastrophe zu einer stabileren Regierung zu gelangen und auf diese Weise der letzten Krise überhaupt ein „positives Ziel“ zu geben[31]), waren die Fronten endgültig versteift.[32]) Reichskanzler Wirth, der „Mann des Vertrauens der Zentrumspartei und der Wähler“[33]), hatte sich darauf festgelegt, keine große Koalition ohne Teilnahme der Sozialdemokratie zu bilden. Das war vom Zentrumsstandpunkt aus, wie sich zeigen sollte, unklug. Denn nunmehr zog das SPD-Veto gegen eine Aufnahme von DVP-Vertretern in die Koalition automatisch den Rücktritt des Kabinetts Wirth nach sich.[34])

---

[25]) So Vizekanzler *Bauer* (SPD) in der Kabinettssitzung am späten Abend des 14. November 1922. Bundesarchiv R 43 I/1305.

[26]) Vgl. *Schulthess* 1922, S. 298.

[27]) So *KV* Nr. 874 vom 15. November 1922.

[28]) Mitteilung von *Wirth* am Abend des 14. November 1922 (s. Anm. 25).

[29]) Die *KV* Nr. 872 vom 15. November 1922 überschrieb ihren Leitartikel zu optimistisch: „Die Einigung auf dem Marsch.“

[30]) Vgl. *KV* Nr. 869 vom 14. November 1922. In den Erinnerungen von Wilhelm *Marx* heißt es, die DVP habe gegen Ende des Jahres 1922 „stürmisch“ ihre Aufnahme in die Regierung verlangt. Nachl. Marx XXIX.

[31]) So *KV* Nr. 871 vom 14. November 1922.

[32]) In der letzten Sitzung des Kabinetts Wirth am späten Abend des 14. November 1922 (s. Anm. 25) erklärte *Wirth* auf eine entsprechende Frage des Ministers Köster: Die Arbeitsgemeinschaft habe den Eintritt der DVP in die Regierung gewünscht und er habe sich „diesem ganzen Plan“ angeschlossen.

[33]) So *Germania* Nr. 602 vom 15. November 1922.

[34]) Nach *Gessler*, Reichswehrpolitik, S. 378, hat Ebert einen Kanzlerwechsel begünstigt (als Folge der seit Rapallo zwischen Ebert und Wirth zu verzeichnenden Entfremdung).

Dieser Rücktritt wurde vom Zentrum infolgedessen als Sturz der Regierung durch die Sozialdemokratie und als Affront empfunden.[35]) Dabei gab man sich keinen Illusionen darüber hin, daß die „Erfüllungs"-Politik des Kabinetts Wirth gescheitert war, aber in diesem Scheitern zugleich den klaren Beweis geliefert habe, daß eine ehrliche Erfüllung gegenüber den Reparationsforderungen unmöglich sei.[36]) Die Zentrumspresse konnte die wenig später vorgebrachte Behauptung des SPD-Abgeordneten Müller-Franken, wonach nur eine kleine Gruppe um Stegerwald in der Zentrumsfraktion die Aufnahme der DVP in die Regierung befürwortet habe, leicht als Zwecklüge zurückweisen.[37]) Wirth selbst hatte sich durch seinen Sturz als „Opfer der Idee der großen Koalition"[38]), die als „Gebot der politischen Logik"[39]) galt, auch in bürgerlichen Kreisen einen guten Abgang verschafft.[40]) Er selbst kritisierte das Verhalten der SPD kurze Zeit später („nicht klug") keineswegs so scharf wie viele seiner Fraktionskollegen[41]), zumal er der Auffassung war, daß bestimmte Kreise der DVP es „nicht so ganz ernst" mit dem Gedanken der großen Koalition gemeint hätten.[42])

Als direkte Folge des Verhaltens der SPD-Fraktion beschloß die Zentrumsfraktion am Vormittag des 15. November 1922, bei der Neubildung der Regierung keinerlei Initiative zu entwickeln und auch nicht den neuen Kanzler zu stellen.[43]) Die Fraktion gab dieser Taktik „einstweiliger Abstinenz"[44]) — in der eine starke Verärgerung zum Ausdruck kam, die man keineswegs verbarg[45]) — genü-

[35]) Das war die Auffassung der Zentrumsfraktion am Vormittag des 15. November 1922. Nachl. ten Hompel. Die *KV* Nr. 873 vom 15. November 1922 erschien mit der Balkenüberschrift „Der Sturz des Kabinetts Wirth" und kommentierte, die Regierung Wirth sei gestürzt, „weil die SPD es will"; dieser Partei schienen die „Sorgen um ihre Wähler" näher zu liegen als die großen und immer neu wachsenden „Nöte des ganzen Reiches". Der BVP-Abg. *Beyerle* schrieb am 27. November 1922 an Mayer-Kaufbeuren in Paris, das Kabinett Wirth sei den „Torheiten" der USPD zum Opfer gefallen. Nachl. Mayer-Kaufbeuren. Auf dem Parteitag der Badischen Zentrumspartei am 23. September 1923 in Karlsruhe erklärte der Abg. *Ersing*, die SPD sei für den Sturz des Kanzlers Wirth verantwortlich. Vgl. *KV* Nr. 702 vom 26. September 1923. Der Abg. *Eßer* kommentierte 1924 (Reichstagszentrum, S. 4), Wirth sei durch eine „Felonie" der vereinigten SPD gestürzt worden. In einer Flugschrift von 1928 *Neun Jahre Zentrumspolitik* hieß es rückblickend (S. 4): Die Sozialdemokraten hätten Wirth 1922 gestürzt, weil er die DVP mit in die Verantwortung habe ziehen wollen.

[36]) Vgl. *KV* Nr. 873 vom 15. November 1922.

[37]) Vgl. *KV* Nr. 902 vom 26. November 1922.

[38]) So *KV* Nr. 875 vom 16. November 1922.

[39]) So *Germania* Nr. 604 vom 16. November 1922.

[40]) So der Abg. *ten Hompel* in seiner in Anm. 17 erwähnten Aufzeichnung. Ähnlich *Bolz* in einem Schreiben vom 16. November 1922. Vgl. *Miller*, Bolz, S. 218.

[41]) Am 7. Januar 1923 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. *KV* Nr. 14 vom 8. Januar 1923.

[42]) Im Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. 2 (1931), S. 2048, formulierte *Wirth* allerdings, das Kabinett sei gestürzt worden.

[43]) Nachl. ten Hompel. Dazu *Bolz*' Schreiben vom 16. November 1922 (s. Anm. 40).

[44]) So *KV* Nr. 875 vom 16. November 1922.

[45]) Vgl. *Germania* Nr. 608 vom 18. November 1922: Nichts liege dem Zentrum ferner, als die Bildung einer neuen Regierung durch „eine Art Trotzkopf-Politik" zu erschweren, „aber über seinen eigenen Schatten kann auch das Zentrum nicht springen".

gend eindeutig Ausdruck, auch dem Reichspräsidenten gegenüber, der darüber „sehr unglücklich" war.[46]) Ebenso eindeutig fiel unter diesen Umständen das Vertrauensvotum für Wirth aus.

Dieses Votum bedeutete zugleich einen deutlichen Wink an die Adresse der DVP. Es gab darüber hinaus der Zuversicht Ausdruck, daß die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik weiterhin Gültigkeit behalten würden: „Das Marschtempo mag ein anderes sein, der Weg wird der gleiche bleiben."[47]) Spekulationen über mögliche Reichskanzlerkandidaten — genannt wurden u. a. Mayer-Kaufbeuren[48]) und Adenauer[49]) — begegnete die Zentrumsfraktion ebenso kühl wie der Persönlichkeit des am 16. November vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragten Hapag-Generaldirektors Wilhelm Cuno, gegen dessen Nominierung sie keinen Einspruch erhob.[50]) Man wußte nur zu gut, daß es auf absehbare Zeit angesichts der deutschen Notlage keinen „populären" Reichskanzler geben werde.[51])

8. Rückblick auf die Ära Wirth

Die Zentrumspartei hatte keinen Grund, mit besonderer Genugtuung auf die siebzehn Monate währende Kanzlerschaft Wirths zurückzublicken. Diese war in außenpolitischer Hinsicht durch einen verzweifelten Kampf um die Milderung der Reparationen (und zeitweilig um die Sicherung Ostpreußens und Oberschlesiens), in innenpolitischer Hinsicht durch einen fortschreitenden Verfall der Währung, durch Konflikte mit der bayerischen Regierung und durch permanente

[46]) Über den Beschluß der Fraktion unterrichtete *Marx* am späten Vormittag des 15. November 1922 den Reichspräsidenten; Nachl. ten Hompel. Ferner *KV* Nr. 874 vom 15. November 1922.

[47]) So *KV* Nr. 873 vom 15. November 1922.

[48]) In einem Schreiben des BVP-Abg. *Beyerle* vom 27. November 1922 an Mayer-Kaufbeuren (Paris) hieß es: „Die Art und Weise, wie München nun schon zum 3. und 4. Mal es unmöglich gemacht hat, daß Du in schwerster Not des Vaterlandes die Geschicke Deutschlands in die Hand nehmen durftest, hat mich angewidert über alle Maßen." Daraufhin antwortete *Mayer-Kaufbeuren* am 2. Dezember 1922, er habe erst von Beyerle erfahren, „daß eine Anfrage Eberts an die BVP betreffend meiner eventuellen Kandidatur auf den Reichskanzler-Posten ergangen und negativ vorbeschieden wurde. Es mag unglaublich klingen, aber es ist wahr, ich hab' hier weder von irgendeiner Seite (auch von Ebert nicht) irgendeine Anfrage erhalten, noch irgend jemandem irgendeine Mitteilung gemacht, aus der auch nur entfernt geschlußfolgert werden könnte, daß ich so etwas wünschte oder annehmen würde. [. . .] So also sieht meine ‚Kandidatur' aus!" In diesem Zusammenhang werden auch folgende zwei Sätze des BVP-Abg. *Schirmer* an Mayer-Kaufbeuren vom 22. Dezember 1922 verständlich: „Die Fraktion selbst hat ja wenig zu sagen. Die ‚große Politik' wird ja in München-Regensburg gemacht." Nachl. Mayer-Kaufbeuren.

[49]) Nach der *KV* Nr. 875 vom 16. November 1922 begann der Name Adenauer neuerdings bei jeder Regierungskrise eine Rolle zu spielen.

[50]) Vgl. *KV* Nr. 881 vom 18. November 1922.

[51]) So *KV* Nr. 873 vom 15. November 1922.

Bedrohung infolge lokaler kommunistischer und separatistischer Aufstände gekennzeichnet. Die zur Mordhetze treibende Opposition der Rechtsparteien, die Ermordung Erzbergers und Rathenaus und die zum Schutz der Republik erlassenen Maßnahmen hatten zeitweise zu bürgerkriegsähnlichen Situationen geführt. Wirths Kursänderung in der Reparationsfrage („Erst Brot, dann Reparationen!") kam ebenso zu spät wie seine Interpretation dieser Politik als „Befreiungspolitik". Er blieb der Prototyp des Kanzlers im Schatten von Versailles. Wie sehr die von der Zentrumsfraktion gestützte Erfüllungspolitik Wirths trotz gewisser Erfolge (Entpolitisierung des Reparationsproblems) gescheitert war und wie wenig sie die Weltmeinung zu beeindrucken vermocht hatte, erwies sich wenige Monate später, als alliierte Truppen in das Ruhrgebiet einmarschierten.

Der Abschluß des Rapallo-Vertrags als Auftakt einer neuen Ära konstruktiver deutscher Außenpolitik — in diesem Sinne weitaus enthusiastischer von den Nachfahren als von den Zeitgenossen gewürdigt — fand in der Zentrumspartei ein zurückhaltend positives, aber keineswegs begeistertes Echo. Der „Russenvertrag", auf den Wirth nicht von vornherein zielstrebig zugesteuert hatte, führte zu einer tiefgreifenden Entfremdung zwischen dem Reichskanzler und Reichspräsident Ebert.[1]) Sie trug mit dazu bei, das vorher ungetrübte und für viele Zentrumsanhänger allzu enge Verhältnis Wirths zur SPD (aber auch zur USPD) merklich abkühlen zu lassen. Durchaus zutreffend ist Wirths nachträgliches Urteil: „Die Sozialdemokratie und das Zentrum standen der Rapallopolitik völlig fern. Der Reichspräsident Ebert wie auch die Sozialdemokratische Partei waren Gegner der von mir und anderen inaugurierten Rapallopolitik."[2])

Zudem war Wirth im Ausbau der politischen oder wirtschaftlichen Beziehungen weder einen Schritt über Rapallo hinausgegangen[3]), noch hatte er diesen Erfolg gegenüber den Westmächten überhaupt auszuspielen vermocht. Die Politik des Reichskanzlers — allerdings nicht die Einleitung seiner Ostpolitik — wurde stark von Rathenau beeinflußt, dessen schillernde Kompliziertheit Wirth faszinierte. Die Folge dieser (im übrigen: gegenseitigen) Abhängigkeit war eine zunehmende Unsicherheit und Sprunghaftigkeit Wirths nach der Ermordung Rathenaus.[4]) Unter dem unmittelbaren Eindruck dieses Attentats ließ sich der Reichskanzler zu dem bekannten Diktum „Dieser Feind steht rechts!" hinreißen,

---

[1]) In einer Aufzeichnung *Wirths* vom 2. September 1933 über den Rapallo-Vertrag heißt es: „Ebert sei Gegner des ‚von uns versuchten Ausbruchs nach Osten' gewesen und habe aus seiner Abneigung gegen den Rapallo-Vertrag nie ein Hehl gemacht." Bundesarchiv R 43 I/3633.

[2]) Am 2. Mai 1933 an Hitler; ebd. In einem Schreiben *Wirths* von Ostern 1941 an den Seeckt-Biographen v. Rabenau hieß es: „Ebert hat weder Seeckt noch mir die Russenpolitik je verziehen. Der Bruch mit Ebert konnte auch nie repariert werden." Pol. Archiv, Inland IIg 526.

[3]) Vgl. Gustav *Hilger*, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918—1941. Berlin 1955, S. 171.

[4]) Nach *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 180, schien Wirths „guter Geist abgeschieden" zu sein.

dessen Folgen ihm seitdem anhafteten. Wirth begann sich zu isolieren, stärker zu konstruieren und damit den Boden der Tatsachen zu verlassen.[5])

Für die Rechtsparteien „untragbar", für seine eigene Partei, die seit langem Wirths enges Verhältnis zur SPD mißtrauisch beobachtete, erheblich belastet, fehlte ihm bald trotz ad hoc erteilter politischer Vertrauensvoten der Zentrumsfraktion das bisweilen blinde Vertrauen, das diese Partei ihren Führern entgegenzubringen pflegte. Eine zunehmende Distanz zu dem vom Parteivorsitzenden Marx verfolgten Kurs der „Volksgemeinschaft" — getragen von einer breiten Koalitionsbasis — und mehr noch zu der von Stegerwald propagierten bürgerlichen Volkspartei war ebenso unverkennbar wie eine zunehmende Verstimmung in der Zentrumsfraktion, in der Wirth nur selten auftauchte. Die Kunst des Zuhörens ging ihm ohnehin ab.

Wirths Stärke war ein politischer Instinkt, aus dem heraus er Entscheidungen fällte, die er dann mit einer mitreißenden Beredsamkeit vertrat, weniger im Parlament — wo seine eigene Fraktion seine unkontrollierbaren Ausbrüche und verletzenden Wendungen fürchtete — als in der Öffentlichkeit. Der Reichskanzler suchte und nutzte die Gelegenheit zu Reden im Lande und zum Kontakt mit der Bevölkerung, von deren Zustimmung (oder Zwischenrufen) er sich beflügeln, aber auch leicht hinreißen ließ. Gerade in solchen improvisierten Reden kam Wirths innenpolitisches Anliegen immer wieder zum Ausdruck: die vom Radikalismus bedrohte Republik durch staatspolitisches Verantwortungsbewußtsein und ein Bündnis der demokratischen Kräfte des Bürgertums und der Arbeiterschaft zu festigen.[6]) Den demokratisch-sozialen Traditionen seiner südwestdeutschen Heimat verpflichtet, empfand er die Bejahung der Republik als Herzenssache und nicht als Vernunftangelegenheit.

In dieser Hinsicht war Wirth der Exponent einer Minderheit in seiner Partei, der er deswegen in den folgenden Jahren noch manche unangenehmen Stunden bereitete. Das Zentrum als gleichsam verkleinertes Spiegelbild der deutschen Parteiengruppierung konnte derart einseitig ausgerichtete politische Potenzen, die ähnlich wie Erzberger ihr Ziel unbeirrt verfolgten und dadurch stets an den Fundamenten des Zentrumsturms — für deren Gefühls- und Traditionswert sie kein Gespür besaßen — rüttelten, nur schwer verkraften. Der permanent notwendige Ausgleich auf einer mittleren Linie vollzog sich nicht immer ohne Reibungen, zumal Wirth (auch hierin Erzberger verwandt, mit dem er die Verantwortungsfreudigkeit und den Mut zur Unpopularität teilte) der Unterstützung des Badischen Zentrums sicher war, ohne darin eine eigentliche Hausmacht zu besitzen.

Mit der von Wirth nach außen verfolgten und propagierten „Erfüllungspolitik" verbanden sich — gleichsam als Reaktion auf das Versailler „Unrecht"

[5]) Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 19. Januar 1920 hatte *Wirth* erklärt: „Wer sich in der Politik isoliert, hat ausgespielt." Vgl. Offizieller Bericht, S. 26.

[6]) Vgl. Heinrich *Scharp*, Wirth, in: Staatslexikon, Bd. 8[6], 1963, Sp. 717.

und als Antwort auf die fortgesetzten Demütigungen von seiten der Alliierten — eine geheime militärische Zusammenarbeit mit der Roten Armee, eine (finanzielle und militärische) Organisation des Abwehrkampfs in Oberschlesien, Maßnahmen zur Verteidigung von Ostpreußen und zur Sicherung der deutschen Waffentechnik. Es geht schwerlich an, eine solche Politik, in die vorerst außer Wirth kein anderer Zentrumspolitiker eingeweiht war[7]), katholischen Staatsmännern als eine „opportunistische Gewissenserweichung" anzulasten, „die an die Wurzel ging".[8]) Oberstes Gebot war die Sicherung der nationalen Selbstbehauptung des Reiches. Die um der Abwehr äußerer Bedrohungen willen getroffenen Maßnahmen haben Wirth in keinem Augenblick bedrückt (wohl aber seinen späteren Nachfolger und Parteifreund Marx). Viel eher mußte ihn die Möglichkeit beunruhigen, daß durch ein Bekanntwerden der geheimen Ostkontakte und Absprachen, deren intensive Förderung ihn eng an Seeckt, die Reichswehrführung und Politiker der Rechten anschloß bzw. von ihnen abhängig machte[9]), die Glaubwürdigkeit seiner Politik in Frage gestellt werden konnte.

Bei Wirth verband sich die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Revision des Versailler Vertrags mit der Zuversicht auf einen kommenden deutschen „Befreiungskampf". Sein schier unbändiger Drang, als „nationaler" Politiker zu gelten[10]), war so stark, daß er sich seinen Patriotismus noch Ende 1932 von Graf Westarp bescheinigen ließ[11]), und daß er sich trotz aller Demütigungen in

---

[7]) Auf Angriffe in der Öffentlichkeit und im Parlament hin verteidigte *Wirth* die Grenzschutz-Maßnahmen gegen Polen am 16. Dezember 1926 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 391, S. 8588 ff. In diesem Zusammenhang erklärte *Wirth* (S. 8588): „Für uns steht im Vordergrund das deutsche Land, das deutsche Volk, und ich spreche es ganz offen aus, daß auch die Frage der Republik und der Staatsform erst in zweiter Linie steht bei der Frage des Heils unseres Vaterlandes."

[8]) So *Lutz*, Demokratie im Zwielicht, S. 76.

[9]) In einem Schreiben *Wirths* vom 1. September 1933 aus Bern an Staatssekretär Lammers ist von der „alten treuen Freundschaft" zu Seeckt die Rede. Bundesarchiv R 43 I/3633. In einer Aufzeichnung *Wirths* vom 2. September 1933 über den Rapallo-Vertrag heißt es: „Ich habe mit Herrn General von Seeckt im besten Einvernehmen gearbeitet." Ebd. Am 22. Februar 1937 schrieb *Wirth* aus Rom an Botschafter von Hassell (Rom), er habe seit 1920 die Ehre gehabt, „in Fragen der Vorbereitung der nationalen Befreiung" neben Seeckt zu stehen. Am 10. Mai 1941 hieß es (an Bergen): Seeckt habe ihm zeit seines Lebens die „Freundschaft treu gewahrt". Pol. Archiv, Botschaft Vatikan, Spezialakte Wirth. Vgl. *Rabenau*, Seeckt, S. 309: „Was gerade Wirth mit Seeckt einte, war das Mitgehen in der Politik einer russophilen Richtung." *Gessler*, Reichswehrpolitik, S. 378: „Von Rapallo her datierte auch ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen Wirth und General v. Seeckt." Harold J. *Gordon*, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919—1926. Frankfurt a. M. 1959, S. 334: „Seeckt und Wirth mochten einander persönlich und arbeiteten sehr gut zusammen." Dazu neuerdings *Carsten*, Reichswehr, S. 143 ff.

[10]) Am 10. August 1933 schrieb er aus Luzern an Staatssekretär Lammers: „Meine nationalpolitische Ehre aber geht allem vor." Bundesarchiv R 43 I/3633.

[11]) Vgl. *Rabenau*, Seeckt, S. 298 f. In einer Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Ausw. Amt, *Luther*, vom 29. Mai 1941 heißt es: „In letzter Zeit wendet sich der frühere Reichskanzler Dr. Josef Wirth [...] in einer Unzahl von Schreiben an hochstehende deutsche Persönlichkeiten mit der Bitte, ihm bestätigen zu wollen, daß er während seiner Amtszeit durchaus im vaterländischen Sinne tätig gewesen ist." Pol. Archiv, Inland IIg 526.

der Emigration von 1933—1945 nicht entschließen konnte, entgegen dem Wunsche der NS-Regierung, über die von ihm seit 1920 eingeleitete oder unterstützte geheime militärische Wiederaufrüstung die Öffentlichkeit zu unterrichten.

Am 10. Februar 1933 wies der Zentrumspolitiker zum ersten Mal in einem Schreiben an Reichspräsident von Hindenburg, in dem er den „ungeschichtlichen und der Wahrheit widersprechenden Behauptungen" der Hitler-Regierung in ihrem Aufruf vom 1. Februar entgegentrat, ausführlich auf die von ihm geleistete, der Öffentlichkeit „naturgemäß verborgen gebliebene Arbeit" hin. Dieses — näher erläuterte — Bemühen habe dem Zweck gedient, „alles für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu tun, was nur irgendwie möglich war".[12]) Ende März 1933 verließ Wirth Deutschland, um in Wien — wie er am 24. Juni 1934 aus Wien an den Reichsfinanzminister schrieb — die (nicht näher umschriebene) „Arbeit von 12 Jahren abzuschließen".[13]) In wiederholten Eingaben vom Mai 1933 (unmittelbar an Hitler) bis in die Kriegsjahre hinein ersuchte Wirth — der seit dem Oktober 1933 keine Ministerpension mehr erhielt[14]) — vom Ausland her um die Erlaubnis, sich über die deutsche Außenpolitik gegenüber Polen und die Wehrpolitik seit 1920 öffentlich äußern zu dürfen, und sei es auch nur vor einem Ehrengericht.

In diesen Schreiben nahm der Exkanzler mit nahezu den gleichen Sätzen für sich in Anspruch, seit 1920 „bei Wiedererweckung des deutschen Wehrwillens" zusammen mit anderen initiativ gehandelt zu haben. Wirth zählte wiederholt die einzelnen Maßnahmen auf, die er mit „erheblichen Mitteln des Reiches ohne haushaltsmäßige Ermächtigung teils aus eigener Initiative und teils auf Ersuchen des Wehrministeriums" eingeleitet und durchgeführt habe, um die „nationale Befreiung und Erhebung des deutschen Volkes contra legem" vorzubereiten. Er bekannte mit Stolz, die Bestimmungen der Entwaffnung „systematisch umgangen" zu haben.[15]) Von militärischer Seite (Seeckt) sei wiederholt

[12]) Bundesarchiv R 43 I/3633. Das Schreiben wurde „zur Kenntnisnahme" an den Reichskanzler weitergeleitet. *Hitler* kommentierte eigenhändig: „Daß es den Herren des Zentrums nicht gelang, auch den letzten Rest deutscher Wehrfähigkeit zu vernichten, ist nicht ihnen, sondern den Generalen der Reichswehr zu verdanken." Zit. bei *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 347 Anm. 9.

[13]) Bundesarchiv ebd.

[14]) Mitteilung *Wirths* vom 4. Februar 1937 an Bergen; Polit. Archiv (s. Anm. 9).

[15]) Am 9. August 1940 gratulierte *Wirth* aus Luzern Krupp von Bohlen-Halbach zur Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes und teilte mit, daß er mit Genugtuung auf die Jahre 1920 bis 1923 zurückblicke, „wo wir beide gemeinsam mit Herrn Direktor Dr. Wiedfeldt neue Grundlagen für die Entwicklung der deutschen Waffentechnik durch Ihre große und hochbedeutende Firma legen konnten". Der Firma Krupp sei es 1921 durch seine, Wirths, Initiative mit Hilfe erheblicher Mittel des Reiches möglich gemacht worden, die „Erhaltung der Waffentechnik im Dienste des Reiches auf 10 Jahre" zu sichern. Ebd. Nach *Foerster* (Erlebte Weltgeschichte, S. 406 f.) hat Wirth der Fa. Krupp 40 Mill. Mark zur Aufrüstung bewilligt. Dazu vgl. auch Norbert *Mühlen*, Die Krupps. Frankfurt a. M. 1960, S. 138.

erklärt worden, „daß unter meiner Finanzminister- und Kanzlerzeit das System geheimer militärischer Vorbereitung" begonnen habe.

Wirth erhielt auf seine zahlreichen Ersuchen hin — noch in einem Schreiben vom 7. Juni 1942 aus Luzern legte er Wert auf den Hinweis, daß er seine „besonnene und vorsichtige" Haltung „selbstverständlich weiter innehalten" werde — nicht die Erlaubnis, zu den gegen ihn erhobenen Anwürfen Stellung zu nehmen.[16]) Seine verständliche Anhänglichkeit an Deutschland und insbesondere an die „über alles geliebte"[17]) engere badische Heimat[18]) und eine merkwürdige Loyalität auch gegenüber dem nationalsozialistisch gewordenen Deutschland[19]) hinderten ihn selbst im Exil, dieses „Verbot" zu negieren.[20]) Wirth, der sich 1941 einmal als den „kleinen Patrioten, den schweigsamen Joseph Wirth" bezeichnete[21]), lebte trotz aller „persönlichen Enttäuschungen"

[16]) Am 26. Juli 1933 teilte der Staatssekretär des Ausw. Amtes, *v. Bülow*, Staatssekretär Lammers mit, daß vom außenpolitischen Standpunkt aus eine Erörterung der mit dem Rapallo-Vertrag zusammenhängenden Fragen, „insbesondere der militärpolitischen Beziehungen zu Rußland", nicht erwünscht sei. Bundesarchiv R 43 I/3633.

[17]) So in einem Schreiben vom 13. September 1933 an das Reichsministerium des Innern. Ebd.

[18]) In einem Schreiben vom 1. Mai 1941 an Graf Westarp (Pol. Archiv, s. Anm. 9) hieß es: Ein Alemanne wie er mit seiner „unveränderlichen und unbeugsamen volklichen Eigenart und mit seiner unbändigen Unabhängigkeit" wahre seiner Heimat „unbeirrt um alle Schicksale und um allen Wandel des politischen Regimes" die Treue.

[19]) Am 10. August 1933 dankte *Wirth* Staatssekretär Lammers für den „freundlichen Rat", von öffentlichen Erörterungen absehen zu sollen: „Ich glaube, daß die Zeitumstände [. . .] so angetan sind, daß wir im Dienste Deutschlands bemüht sein sollten, erneut wie [. . .] 1920/21 und späterhin [. . .], die Isolierung Deutschlands zu durchbrechen. Es ist der heutigen Zeit anheimgestellt, vielleicht andere Wege zu finden, wie wir sie im Rapallo-Vertrag seinerzeit glaubten gefunden zu haben." Bundesarchiv R 43 I/3633. Kurz darauf schloß *Wirth* ein Schreiben vom 1. September 1933 aus Bern an Lammers mit dem Satz: „Niemals wird man mir irgendwie nachsagen können, daß ich mich aus irgendwelchen Gründen an einer Bewegung gegen Deutschland beteiligte." Ebd. In einem Schreiben vom 10. Oktober 1935 aus Rom an v. Bergen hieß es: „Ich habe mich noch so ein wenig umgehört und nirgends eine Spur gefunden, die darauf hindeuten könnte, daß von hier aus versucht würde, an einen neuen Aufbau einer Zentrumspartei zu denken. Ich würde selbst einem solchen Versuch nicht nur widersprechen, sondern ihn auch für unsinnig erklären." Polit. Archiv, Spezialakte Wirth. Sobald der Exkanzler in der Emigration seinen Aufenthalt wechselte, berichtete er das dem jeweiligen deutschen Botschafter in Rom, Wien oder Paris.

[20]) Nach *Foerster* (Erlebte Weltgeschichte, S. 407) hat das Luzerner Tageblatt im Aug. 1937 ein Interview mit Wirth veröffentlicht, in dem Wirth erklärt habe, daß der „fundamentale Teil der deutschen Aufrüstung" sein Werk sei: „Wirth hat dieses Interview später dementiert." — Es wäre an der Zeit, Wirths politische Tätigkeit in der Emigration zu erforschen, über die bisher nur bruchstückhafte Einzelheiten bekannt sind. Vgl. etwa Allen Welsh *Dulles*, Verschwörung in Deutschland. Zürich 1948, S. 86, 180; *Gessler*, Reichswehrpolitik, S. 379; Gerhard *Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart [3]1956, S. 258 f.; Friedrich *Funder*, Als Österreich den Sturm bestand. Wien und München [3]1957, S. 119 f.; Ernest *Pezet*, Contre Hitler et la guerre. Une Mission secrète du chancelier Wirth à Paris (Avril 1940), in: Revue Politique et Parlamentaire 224, 1958, S. 289 ff.; D. C. *Watt*, One Man's Opposition. Dr. Wirth's Anglo-French Contacts, 1939/40, in: The Wiener Library Bulletin 1963, S. 14; George N. *Shuster*, In Amerika und Deutschland. Frankfurt a. M. 1965, S. 161 f.

[21]) Am 1. Mai 1941 an Graf Westarp (s. Anm. 18); ähnlich Ostern 1941 an v. Rabenau (s. Anm. 2).

von der ihn tröstenden Einsicht, 1921/22 nicht nur das Reich und seine Einheit, sondern auch die „bürgerliche Gesellschaft" gerettet zu haben.[22]) Daß es dem Reichskanzler und seiner Partei 1921/22 trotz gefährlicher außenpolitischer Bedrohungen und innerer Schwierigkeiten gelungen war, die Einheit des Reiches zu wahren, nahmen schon zeitgenössische Beobachter als entscheidendes Verdienst der Kanzlerschaft „ihres" Politikers zu Recht in Anspruch.[23]) Ob Wirth in diesem Zeitraum auch die Rettung der „bürgerlichen Gesellschaft" erreicht — geschweige denn überhaupt erstrebt — hat, kann man mit guten Gründen bezweifeln.[24])

[22]) S. Anm. 16.

[23]) Einige Jahre später bezeichnete *Joos* (Die Zentrumspartei in Koalitionen, in: Polit. Jahrb. 1927/28, S. 161) die Ära Wirth als den „geschichtlich geforderten Versuch, einem letzten gewaltsamen Zugriff, einer letzten Bedrohung der so mühsam erhaltenen Reichseinheit zu begegnen".

[24]) Es dürfte sich lohnen, *Wirths* Vorstellungen von der „bürgerlichen Gesellschaft" nachzugehen, von der er am 25. Oktober 1919 auf dem Parteitag des Badischen Zentrums erklärt hatte, sie werde sich damit abfinden müssen, „daß der soziale Gedanke freigeworden ist und marschiert. Wir haben keinen Grund, uns für die alten Gewalten einzusetzen." Vgl. *Reiß-Vašek*, Die Umstellung der Zentrumspartei, S. 677.

SECHSTER TEIL

Krisenjahr 1923

Erstes Kapitel

Im Schatten des Ruhrkonflikts

1. Tolerierung einer Übergangsregierung

Gegen den Wirtschaftsführer Cuno bestanden in der Zentrumspartei keine Vorurteile, er besaß allerdings auch keine sonderlichen Sympathien.[1]) Der Katholik Cuno gehörte nach seinem Austritt aus der DVP (im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch) keiner Partei mehr an.[2]) Seine ablehnende Haltung gegenüber dem Rapallo-Vertrag erweckte gewisse Bedenken in der Zentrumsfraktion. Cuno galt als Anhänger einer entschiedenen westlichen Orientierung.[3]) Die Zentrumsabgeordneten wollten an der Politik Wirths festhalten und eine Verständigung mit Frankreich nicht mit einer Preisgabe der zum Osten angeknüpften Beziehungen erkaufen.[4])

Es gelang Cuno nicht, ein aus Vertretern verschiedener Parteien gebildetes Kabinett zusammenzustellen. Beim Zentrum bestand keine Neigung, sich an einer bürgerlichen Mehrheitsregierung zu beteiligen.[5]) Als Cuno daraufhin am 20. November von Reichspräsident Ebert den Auftrag erhielt, die Regierung „in freier Auswahl der Männer und der Ressorts" zu bilden[6]), mußte sich die Zentrumsfraktion darüber schlüssig werden, ob sie unter diesen Aspekten in der Regierung vertreten sein wollte oder nicht. Die Entscheidung fiel — ähnlich wie in der DDP- und DVP-Fraktion — zugunsten eines taktischen Kompromisses: die Zentrumsabgeordneten entschlossen sich, einerseits Cuno bzw. dem Reichspräsidenten keine Schwierigkeiten zu machen, wenn Cuno Wert darauf legen würde, einzelne Zentrumspolitiker als Minister im Amt zu halten bzw. neu zu gewinnen; sie wollten aber anderseits eine Unterstützung des Kabinetts allein

---

[1]) Vgl. *KV* Nr. 878 vom 17. November 1922: Cuno und Zentrumsfraktion ständen sich gegenseitig „frei" gegenüber.

[2]) *Cuno* erklärte dem Zentrumsvorsitzenden Marx gegenüber ausdrücklich, daß er sich nicht zum Zentrum rechne. Vgl. *KV* Nr. 878 vom 17. November 1922. In den später niedergeschriebenen Erinnerungen von *Marx* heißt es: „Cuno [. . .] stand uns politisch nahe, wollte allerdings nachher völlig parteilos sein." Nachl. Marx XXIX.

[3]) Vgl. *KV* Nr. 879 vom 17. November 1922.

[4]) Am 19. November 1922 schrieb die *KV* (Nr. 883), am Kabinett Cuno dürften keine Zentrumspersönlichkeiten beteiligt werden, die eine andere Politik als Wirth verfolgten.

[5]) Vgl. *Germania* Nr. 611 vom 20. November 1922 in einem Leitartikel unter der Überschrift „Reichstagsauflösung?"

[6]) So *Cuno* in seiner Regierungserklärung am 24. November 1922. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 357, S. 9099.

vom Programm und von der Politik des Kanzlers abhängig machen. Dabei setzte die Fraktion voraus, daß die außenpolitische Linie Wirths beibehalten werde. Diese Voraussetzung schien Cuno dadurch zu akzeptieren, daß er nicht — wie zunächst vorgesehen — den bisherigen Reichsfinanzminister Hermes als Reichsaußenminister wählte. Gegen einen solchen Ressortwechsel hatte sich das Zentrum mit Nachdruck ausgesprochen[7]), da sich die Ansichten von Hermes in den Reparations- und Ostfragen „nicht immer" mit der von der Fraktion verfolgten Politik in Einklang befunden hätten.[8])

Die Möglichkeit, den Kanzlerwechsel zu benutzen, um wenigstens für eine Zeitlang aus der Regierungsverantwortung auszuscheiden, ist in der Zentrumsfraktion offensichtlich nicht ernsthaft erwogen worden. Sonst wäre es schwerlich denkbar, warum entsprechende Vorschläge aus Zentrumskreisen sofort mit dem Argument zurückgewiesen wurden, die Partei würde damit ihre „besten Überlieferungen" leugnen und jenen Egoismus zur Richtschnur ihres Handelns machen, den das Zentrum noch soeben bei anderen Parteien — gemeint war die SPD — getadelt habe.[9]) Auch der Gedanke einer Regierung der „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft", die auf stille Duldung der DNVP würde rechnen können, stand im Zentrum nicht zur Diskussion. Nachdem Reichskanzler Cuno am 21. November 1922 sein neues Kabinett gebildet hatte, dem Brauns und Hermes ohne spezielle Fraktionsbindung weiterhin angehörten[10]), lehnte die Zentrumsfraktion ausdrücklich jede Mitverantwortung für das Zustandekommen dieser Regierung ab, deren Zusammensetzung nicht den Erfordernissen des Augenblicks (Große Koalition!) entspräche. Die künftige Haltung gegenüber der Re-

---

[7]) Vgl. *KV* Nr. 886 vom 20. November 1922.

[8]) Noch am Abend des 14. sowie am Vormittag des 15. November 1922 waren in der Zentrumsfraktion Differenzen zwischen *Wirth* und *Hermes* zur Sprache gekommen, die — auf einen Nenner gebracht — darin bestanden, daß Hermes geneigt war, Frankreich gegenüber „reichlich weit" entgegenzukommen. Aus dieser Haltung resultierten Differenzen über die Modalitäten weiterer Reparationslieferungen usw. Aufzeichnungen im Nachl. ten Hompel. Zu dem Konflikt zwischen Wirth und Hermes findet sich in einer Aufzeichnung von *Marx* folgende Stelle: „Am 4. November [1922] kommt Hermes zu mir und trägt mir einen Brief von Dr. Wirth vor, der wirklich ergreifend ist. Dr. Wirth scheint sich mit der Befürchtung zu tragen, es sei ihm das Schicksal von Erzberger bestimmt. Er spricht in diesem Briefe von der Möglichkeit, daß er bald abberufen werden könne und daß er es deshalb für seine Pflicht als Christ erachte, diejenigen um Verzeihung zu bitten, die er, wenn auch gegen Willen, beleidigt habe. Er nehme deshalb alle Vorwürfe, die er gegen Hermes erhoben habe, zurück und bitte allen Ernstes um Verzeihung." Nachl. Marx II/1.

[9]) Vgl. *KV* Nr. 880 vom 17. November 1922. Wenn die *KV* wenige Tage später (Nr. 892 vom 22. November 1922) versicherte, daß die von ihr beschriebene Stellung der Zentrumsfraktion gegenüber dem „werdenden Kabinett" Cuno in voller Übereinstimmung mit der Fraktion ausgesprochen worden sei, so dürfte diese „Übereinstimmung" sich insbesondere auf die Ablehnung von Vorschlägen bezogen haben, die für eine Opposition gegenüber der neugebildeten Regierung eintraten.

[10]) 1924 kommentierte der Abg. *Eßer* (Reichstagszentrum, S. 4): „Beide Minister waren sich darüber im klaren, welche Stellung die Fraktion zu der Regierung Cuno einnahm; sie haben in der Folge den Charakter des überparteilichen Kabinetts der Fraktion gegenüber stets gewahrt."

gierung sollte von deren Taten abhängig gemacht werden.[11]) Der am 24. November von Marx namens der Fraktion öffentlich zum Ausdruck gebrachte Dank an Wirth[12]) ließ erkennen, von welchen Maßstäben das Verhalten der Partei abhängig sein würde.[13])

Nachdem am Nachmittag des gleichen Tages Reichskanzler Cuno seine Regierungserklärung vor dem Reichstag abgegeben hatte[14]), klärte sich das Verhältnis des Zentrums zur neugebildeten Regierung. Die Fraktion begrüßte die von Cuno ausgesprochene Einladung zu gemeinsamer Arbeit und registrierte sichtlich beruhigt, daß sich der Reichskanzler als „Fortsetzer der alten Politik" bekannt habe.[15]) An dem Schlußbeifall für Cunos Rede beteiligten sich auch die Zentrumsabgeordneten.[16]) Die ausführliche Stellungnahme seiner Fraktion, die der Zentrumsvorsitzende Marx der Regierungserklärung widmete[17]), begann mit einer scharfen Antwort auf sozialdemokratische Angriffe über die Vorgeschichte des Rücktritts der Regierung Wirth, die nach Marx' Ausführungen über eine von der SPD herbeigeführten Krise gestürzt worden war. Der Zentrumsführer legte Wert auf den Hinweis, daß seine Fraktion am Zustandekommen des neuen Kabinetts nicht beteiligt gewesen sei und diesem Kabinett vollständig frei gegenüberstehe.

Marx sprach Wirth den Dank seiner Fraktion aus und erklärte sich dann mit den entscheidenden Punkten der von Cuno abgegebenen Regierungserklärung einverstanden (Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik, Sparsamkeit, Notwendigkeit einer Produktionssteigerung, Unterstützung des besetzten Gebiets, Bekenntnis zur Selbstbestimmung der Völker und zur Erhaltung der deutschen Länder). Die Versicherung des Zentrumsvorsitzenden, seine Fraktion werde das

[11]) Vgl. *KV* Nr. 890 vom 21. November 1922. Ähnlich *Germania* Nr. 618 vom 25. November 1922: Das Zentrum sei nicht gefragt worden und habe keinerlei Kenntnis gehabt von den Verhandlungen Cunos mit den einzelnen Ministern.

[12]) *Marx* erklärte in diesem Zusammenhang, die Zentrumsfraktion dürfe stolz darauf sein, dem deutschen Volke einen solchen Mann geschenkt zu haben, der dem Lande größte Dienste erwiesen habe. Vgl. *KV* Nr. 897 vom 24. November 1922. Die *KV* Nr. 873 vom 15. November 1922 hatte der Annahme Ausdruck gegeben, daß Wirths Verdienste „auch im Kreise der Partei, der er entstammt", ihre „gebührende Würdigung" erfahren würden. Zu diesen Verdiensten wurden sein „guter Wille, seine Arbeitsfreudigkeit und sein stark gebautes [!] Verantwortungs- und Pflichtgefühl" gerechnet; dagegengestellt wurde das (nicht näher umschriebene) „Wenige, was als Fehler oder als Zuviel an Temperament bei dieser oder jener Aktion" erschienen sei.

[13]) Als *Cuno* am 24. November 1922 in seiner Regierungserklärung Wirth und dessen Ministern den „herzlichen Dank" für die „Hingebung" aussprach, mit der diese Männer die „besten Kräfte" dem Reiche gewidmet hätten, verzeichnet das Stenogramm an dieser Stelle ein „Bravo!" nur bei der DDP-Fraktion. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 357, S. 9099.

[14]) Ebd., S. 9099 ff.

[15]) Vgl. *KV* Nr. 898 und Nr. 899 vom 25. November 1922. *Cuno* hatte u. a. erklärt: „Das [Wirthsche] Wort ‚erst Brot, dann Reparationen' fügt die Politik der alten und der neuen Regierung ohne Bruch ineinander." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 357, S. 9101. Bereits am 23. November 1922 hatte die *Germania* (Nr. 615) geschrieben: „Wirth geht, seine Politik bleibt."

[16]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 357, S. 9105.

[17]) Vgl. ebd., S. 9115 ff.

Programm der neuen Regierung unterstützen, klärte die Fronten und gab dem Zentrum die Möglichkeit, weiterhin einen wenigstens indirekten Einfluß auf die Gestaltung der Politik zu behalten. Für die Zentrumspartei bestand in diesem Zeitpunkt noch kein Zweifel daran, daß die von Wirth verfolgte Reparationspolitik „auf der ganzen Linie" gesiegt habe, was als „große Genugtuung" empfunden wurde.[18]) Daß das außenpolitische Ziel der letzten Regierung — das Exkanzler Wirth Anfang Januar 1923 rückblickend mit dem Satz umschrieb: „Wiedergewinnung der nationalen Freiheit"[19]) — auch unter Cuno das gleiche blieb, erwies sich um so deutlicher, je bedrohlicher sich die außenpolitische Situation des Reiches zuspitzte.[20])

Die zunehmende Aktivität separatistischer Kräfte im Westen des Reiches und die Gefahr einer Neutralisierung des Rheinlands bereiteten in diesen Wochen der Zentrumspartei, die im Rheinland den „wichtigsten politischen Faktor"[21]) darstellte, erhebliche Sorgen. In einer Abfolge von Aufrufen, Kundgebungen und Entschließungen machte sich die Rheinische Zentrumspartei und -presse zum Sprecher gesamtdeutscher Interessen und nationaler Belange.[22]) Einen Höhepunkt derartiger Treuebekenntnisse zur ungeteilten Reichseinheit bildete der Parteitag des Rheinischen Zentrums in Köln am 7. und 8. Januar 1923.[23]) Das Hauptreferat hielt Exkanzler Wirth, der nach einer Art Rechenschaftsbericht über seine Regierungstätigkeit — als deren Ziele er die Erhaltung der deutschen Einheit, die Wiedergewinnung der nationalen Freiheit und die Sicherung der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Reich bezeichnete — und nach einem Hinweis auf die Bedeutung des Rapallo-Vertrags ostentativ für Cuno eintrat. In dessen Regierung sah Wirth eine „Konsolidation der Kräfte" erreicht,

---

[18]) So der Parteivorsitzende *Marx*, Das Zentrum und die Erfüllungspolitik, in: Das Zentrum Nr. 23 vom 1. Dezember 1922, S. 341 f.

[19]) Am 7. Januar 1923 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. *KV* Nr. 14 vom 8. Januar 1923.

[20]) Auf einer Tagung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 25. April 1923 erklärte der Abg. *Lauscher*, das Kabinett Cuno habe zwangsläufig seine Politik auf der Note des Reichskanzlers Wirth vom 14. November 1922 aufbauen müssen. Vgl. *KV* Nr. 306 vom 27. April 1923. Am 16. Juli 1923 schrieb die *Germania* (Nr. 194), das Zentrum habe sich sofort hinter Cuno gestellt, weil dessen Regierung durch ihren Erfüllungswillen die außenpolitische Linie Wirths weitergegangen sei. Ähnlich einige Tage später in einem Artikel des Abg. *Joos*, Geduldsprobe (in: *KV* Nr. 529 vom 22. Juli 1923).

[21]) So *KV* Nr. 10 vom 5. Januar 1923.

[22]) Einige Monate später erklärte die *Germania* Nr. 270 vom 29. September 1923: „Es ist sicher keine Selbstüberhebung, wenn wir feststellen, daß die zuverlässigsten Stützen des Deutschen Reiches im Rheinlande die Bevölkerungskreise sind, die sich politisch zur Zentrumspartei bekennen."

[23]) Eine Entschließung des Parteitags erhob Einspruch gegen die „von Paris uns zugedachte neue Vergewaltigung", die anstatt zur Völkerversöhnung zu führen nur neuen Haß säe. Weiter hieß es nach einem Treuegelöbnis zu Volk und Vaterland: „Wir kennen die Pflicht, die diese Stunde dem Zentrum als der stärksten Partei in der westlichen Grenzmark des Reiches obliegt. [. . .] Stark wie die deutsche Eiche soll unser deutscher Wille sein. Reich und Rhein auf ewig ungeteilt!" Vgl. *KV* Nr. 14 vom 8. Januar 1923.

die man im bürgerlichen Lager vielfach herbeigesehnt habe.[24]) Das Problem, vor dem die neue Regierung stehe, sei das gleiche wie das, mit dem er zu ringen gehabt habe, „nur daß es sich ursprünglich von links leichter lösbar ansah als jetzt von der bürgerlichen nach der sozialistischen Seite".

Diese nach Inhalt und Tenor versöhnliche Rede Wirths mit ihrer „nach rechts ausgleichenden Tendenz"[25]) kennzeichnete die Situation der Zentrumspolitik um die Jahreswende 1922/23. Trotz der letzten Regierungskrise, über deren „Heraufbeschwörung und Begleiterscheinungen" das Zentrum Grund gehabt hätte, sich „ernsthaft" zu beklagen[26]), vermied es die Partei, sich in einen politisch gefährlichen Schmollwinkel zurückzuziehen. Sie nahm auch weiterhin „sehr tätigen Anteil" an der gesetzgeberischen Arbeit.[27]) Nicht nur die Rheinlandkrise erforderte eine ständige und enge Zusammenarbeit mit der Reichsregierung, sondern auch jene vielfach als „neuer Kulturkampf" empfundene Politik, zu der sich Sozialismus und Liberalismus in ihrem Eintreten für eine erleichterte Ehescheidung, für die Gleichstellung der unehelichen Kinder, für Straflosigkeit bei „Verbrechen gegen das keimende Leben" und für die Vorrangstellung der Simultanschule zusammenfanden. Da sich das Zentrum gerade in der Abwehr solcher Maßnahmen immer noch in erster Linie als „christliche Kulturpartei" verstand[28]), mußte auch zu diesem Zeitpunkt ein entsprechender Aufruf zum Kampf für Gewissensfreiheit und Elternrecht[29]) seine Funktion als Bindeglied für die Einheit und Geschlossenheit der Partei erfüllen.[30]) Diesem Aufruf ging eine umfassende, von der Katholischen Schulorganisation (Vorsitzender: Wilhelm Marx) veranstaltete Unterschriftensammlung für die Bekenntnisschule parallel.

[24]) Vgl. *KV* Nr. 14 vom 8. Januar 1923; *Germania* Nr. 7 vom 8. Januar 1923. Für die nach Wirths Rede angenommene Entschließung bedankte sich *Cuno* am 8. Januar 1923 telegraphisch bei Wirth. Bundesarchiv R 43 I/2657.

[25]) So *Der Deutsche* Nr. 6 vom 9. Januar 1923, wo die Rede weiter als „sehr wirksamer Schritt" zur Verwirklichung der „inneren Einheitsfront" bezeichnet wurde.

[26]) So *KV* Nr. 10 vom 5. Januar 1923.

[27]) So der Abg. *Blum* auf der Tagung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 25. April 1923 in Köln (s. Anm. 20). Blums Hinweis, daß die Reichsregierung am häufigsten auf Anträge der Zentrumsfraktion zurückgriffe, weil diese sich „stets als die klarsten und am gründlichsten durchgearbeitet" erwiesen, ist nicht nachzuprüfen.

[28]) Vgl. die begeistert aufgenommene Rede des Abg. Prof. *Lauscher*, Die Kulturpolitik des Zentrums, am 8. Januar 1923 auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln *(KV* Nr. 18 vom 9. Januar 1923), in der Lauscher ausdrücklich die Pflege und den Schutz der „christlichen Kulturgüter" auch für die Gegenwart als die vordringlichste Aufgabe bezeichnete.

[29]) Vgl. die Entschließung des Rhein. Parteitags (s. Anm. 27). Ferner *Marx*, Warum Kompromiß in der Schulfrage? *Germania* Nr. 103 vom 15. April 1923. Anfang Mai veröffentlichte die *KV* einen Artikel „Kommen wir zu einem Reichsschulgesetz?" in drei Fortsetzungen (Nr. 316, 320 und 334 vom 1., 3. und 8. Mai 1923).

[30]) Auf einer Feierstunde aus Anlaß des 70. Geb. des preuß. Zentrumsführers Porsch malte der Abg. *Fehrenbach* eindringlich die Gefahren eines neuen Kulturkampfs an die Wand. Er setzte sich bei dieser Gelegenheit auch mit den Kritikern des Zentrums auseinander („Wir haben Deutschlands Einheit gerettet") und warnte vor dem Aufflackern des Streits über Monarchie und Republik: „Die Republik ist für uns eine Tatsache und sie wird es für absehbare Zeit bleiben." Vgl. *KV* Nr. 332 vom 7. Mai 1923.

2. Innenpolitische Einigung im Zeichen des „passiven Widerstands"

„Die Erhaltung des Reiches ist oberster Grundsatz und Leitmotiv der Reparationspolitik des Zentrums." Abg. Marx am 1. Dezember 1922.[1])

Die wieder einmal im Zeichen kulturpolitischer Desiderata aktivierte innere Geschlossenheit des Zentrums bekundete sich wenige Tage später in eindrucksvoller Weise bei einem politischen Ereignis von großer Tragweite. Wie die Regierung und andere Parteien erhob auch das Zentrum sofort und wiederholt „flammenden Protest" gegen den Einmarsch alliierter Truppen in das Ruhrgebiet[2]) und die dadurch ausgelösten „himmelschreienden neuen Vergewaltigungen"[3]) eines wehrlosen Volkes.[4]) In der Reichstagssitzung am 13. Januar 1923 gelangte im Anschluß an eine Erklärung des Reichskanzlers und nach einer Rede Stresemanns, die auch mit der Zentrumsfraktion vorher abgestimmt worden war[5]), ein von Marx eingebrachter Antrag zur Annahme (283 gegen 12 Stimmen bei 16 Enthaltungen), in dem gegen den neuen „Rechts- und Vertragsbruch" feierlich Protest erhoben wurde. Die Regierung erhielt volle Unterstützung für die Anwendung aller zur entschlossenen Abwehr dieses „Gewaltaktes" zweckdienlichen Maßnahmen zugesagt.[6]) Dabei vermieden es die Zentrumsabgeordneten aus naheliegenden Gründen, solche „Maßnahmen" näher zu umschreiben oder die Regierung darauf festzulegen.[7])

Die Politik der Fraktion und der Partei — deren Einigkeit angesichts des

[1]) Das Zentrum und die Erfüllungspolitik, in: Das Zentrum Nr. 23 vom 1. Dezember 1922, S. 341.

[2]) Bereits am 21. Oktober 1920 hatte der Abg. *ten Hompel* in der Zentrumsfraktion erklärt, wenn Frankreich nach einem Vorwand suche, um die Finanzkontrolle zu verhängen und das Ruhrgebiet zu besetzen („und alle Anzeichen sprechen dafür, daß es dieses tut"), so könne das nur durch die „Verhältnisse der internationalen Politik" verhindert werden. Nachl. ten Hompel.

[3]) So der Abg. *Heß* am 25. Januar 1923 im Preuß. Landtag. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 14494 f.

[4]) Vgl. den von *Marx* unterzeichneten Aufruf in *KV* Nr. 25 und *Germania* Nr. 11 vom 12. Januar 1923. Auf einer „vaterländischen Kundgebung" am Abend des 10. Januar 1923 in Essen bezeichnete der Abg. *Bell* die neue Vergewaltigung als einen „Dolchstoß" in das Herz des deutschen Wirtschaftslebens. Vgl. *KV* Nr. 27 vom 12. Januar 1923. Am 31. Januar 1923 erklärte der Abg. *Schreiber* im Reichstag: „Die Neubesetzung im Westen wird von uns allen als eine ganze Kette von Eingriffen und von Rechtsbrüchen empfunden, als ein Eingriff in das Völkerrecht, als eine Verletzung des Vertrages von Versailles, weiterhin als ein Eingriff in die Staatshoheit und als ein Eingriff in das Privateigentum." Schreiber bezeichnete darüber hinaus diesen Eingriff noch als eine „schwere kulturelle Schädigung unseres Volkes", zu deren Linderung das Zentrum einen entsprechenden Antrag einbrachte. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 358, S. 9559 f.

[5]) Nach einer Aufzeichnung des Abg. *Marx*. Nachl. Marx II/1.

[6]) Vgl. *Schulthess* 1923, S. 12. Am 19. Juni 1923 erklärte *Schwering* im Preuß. Landtag: „Der passive Widerstand ist eine Tat, für die Deutschland denjenigen, die ihn unter schweren Mühen leisten müssen, nicht genug danken kann." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 13, Sp. 18382.

[7]) In den Erinnerungen von *Marx* (s. Anm. 5) heißt es weiter, daß Joos eine solche „bestimmte Programmerklärung" der Regierung gefordert habe, wogegen insbesondere Wirth opponierte.

außenpolitischen Druckes betont herausgestellt wurde[8]) — bewegte sich in den nächsten Wochen und Monaten in bezug auf das „Kern- und Mittelstück" der deutschen Existenz und Politik[9]), die Rhein- und Ruhrfrage, konsequent auf dieser Linie: nach außen hin wiederholter Protest gegen die „flagranten" französischen Vertragsbrüche und „brutalen" Völkerrechtsverletzungen[10]), nach innen volle Unterstützung der von der Regierung Cuno geförderten bzw. geduldeten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem passiven Widerstand[11]), der allzu überstürzt erklärt worden war. Die Zentrumsfraktion stimmte geschlossen für die Bewilligung zusätzlicher Gelder für die besetzten Gebiete (Markstützungsaktion, Rhein- und Ruhrhilfe usw.).[12]) Darüber hinaus ging die Fraktion, die sich bemühte, alle „Parteiansicht" (Marx) zurücktreten zu lassen, mit dem Kabinett auch darin einig, über Beginn und Fortschritte internationaler Verhandlungen und Fühlungnahmen (z. B. mit England und den USA) in bezug auf den Ruhreinbruch Reichstag und Öffentlichkeit nicht vorzeitig zu informieren.[13])

---

[8]) In einer Rede des Partei- und Fraktionsvorsitzenden *Marx* vor der Fraktion anläßlich seines 60. Geb. Vgl. *KV* Nr. 35 vom 16. Januar 1923.

[9]) So *Marx* am 7. März 1923 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 358, S. 9972.

[10]) So insbesondere in zwei Reichstagsreden der Abg. *Schreiber* und *Marx* am 14. Februar bzw. 7. März 1923. *Schreiber* sprach vom „Hammerschlag des französischen Imperialismus" auf das Ruhrgebiet. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 358, S. 9694. *Marx* fand noch stärkere Ausdrücke; vgl. ebd., S. 9973, sowie seine Rede am 16. April 1923, ebd., Bd. 359, S. 10552. Ferner die Ausführungen verschiedener Redner *(Marx, Herold, Hermes, Fehrenbach* u. a.) auf einer Kundgebung der Zentrumspartei am 11. März 1923 in Hagen aus Anlaß einer Tagung des Reichsparteiausschusses. Vgl. *KV* Nr. 183 vom 12. März 1923; *Germania* Nr. 70 vom 12. März 1923.

[11]) Vgl. die entsprechenden Erklärungen *Cunos* in einer Kabinettssitzung am 3. Februar 1923. Bundesarchiv R 43 I/1382. Bereits am 26. Januar 1923 hatte *Marx* den Reichskanzler namens der Zentrumsfraktion gebeten, möglichst rasch eine Besprechung mit den Abgeordneten des besetzten Gebiets einzuberufen. Bundesarchiv R 43 I/186. *Schreiber* forderte am 14. Februar 1923 im Reichstag die Regierung auf, alle französischen Übergriffe im besetzten Gebiet dem Auslande mitzuteilen, da diese Aufgabe „mit zur passiven Resistenz" des Abwehrkampfs gehöre. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 358, S. 9697.

[12]) Am 7. Februar 1923 drängte der Abg. *Schreiber* beim Staatssekretär der Reichskanzlei, Hamm, darauf, einen Betrag von 5 Mill. Mark an den westf. Oberpräsidenten Gronowski zu überweisen. Diese Summe sei notwendig für die „außerordentlich bedeutsame Tätigkeit" des Oberpräsidenten, dessen (preußische) Behörde zur Zeit eine „reichsbedeutsame Funktion" auszuüben habe. Zwei Tage später erhielt Schreiber die Antwort, daß der Betrag in Raten überwiesen würde, was Gronowski für zweckmäßiger halte. Bundesarchiv R 43 I/207.

[13]) Ergebnis einer Besprechung des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers v. Rosenberg am 12. April 1923 mit den Fraktionschefs der Regierungsparteien (vom Zentrum: Marx) über die Frage der Verhandlungsbereitschaft. Es ergab sich Übereinstimmung darüber, daß die Regierung über die Bereitschaft, einen amerikanischen Vorschlag anzunehmen — wonach eine internationale Sachverständigenkommission die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und danach die endgültige Reparationssumme festsetzen solle —, nicht hinausgehen könne. Auch über eine etwaige Garantieleistung der deutschen Industrie und über die von Frankreich wieder diskutierte Sicherheitsfrage sei zur Zeit nichts Neues zu sagen. Als ein ausführlicher Bericht über diese vertrauliche Besprechung am 13. April 1923 im *Berliner Tageblatt* erschien — auf Grund von Informationen durch den DDP-Vorsitzenden Petersen —, erklärten Stresemann, Marx und Leicht in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichskanzler, daß sie der Veröffentlichung „völlig fernstehen" und sie mißbilligten. Bundesarchiv R 43 I/1020.

Die Zentrumsabgeordneten begnügten sich mit der Ankündigung, von der Regierung „dereinst" für ihre Maßnahmen über Zeitpunkt und Modalität der Aufgabe des passiven Widerstands Rechenschaft zu verlangen.[14]) Am 25. Januar erklärte der Zentrumsabgeordnete Joseph Heß im Preußischen Landtag: „Wir stellen uns [. . .] auf jede Gefahr hin unter das Kabinett Cuno, — die Gefahr mag ausschauen, wie sie will."[15])

Die Zentrumsparlamentarier benutzten und suchten jede Gelegenheit, um französische Annexionsabsichten ebenso wie Pläne zur Neutralisierung des Rheinlands zurückzuweisen und der deutschen Öffentlichkeit die Zugehörigkeit des Rheinlands zum Reich[16]), aber auch die derzeit — nicht zuletzt durch die französische Kulturpropaganda — gefährdete Lage dieses Gebiets ins Bewußtsein zu rufen.[17]) Dabei geißelten sie die brutalen Methoden der Besatzungspolitik und den planmäßig erzeugten Völkerhaß.[18]) Einzelne Zentrumsführer (Marx, Kaas, auch der preußische Landtagsabgeordnete Wildermann) blieben in enger Verbindung mit dem Auswärtigen Amt und der deutschen Botschaft

---

[14]) So *Marx* am 16. April 1923 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 359, S. 10555. Diesen Ausführungen waren Diskussionen vorhergegangen, über die *Marx* in seinen Aufzeichnungen berichtet: „Am 11. April [1923] wurde in einer Vorstandssitzung der Fraktion wieder die Frage erhoben, ob auch seitens der Regierung alles geschehe, was nötig sei, um die Lage des besetzten Gebietes zu bessern. Ich habe dann mit aller Entschiedenheit ausgeführt, daß man endlich davon absehen solle, immer wieder Äußerungen der Regierung über ihre Tätigkeit zu provozieren. [. . .] Man solle vertraulich mit der Regierung verhandeln und werde dann schon erfahren, was alles geschehe. Ich habe dann in der folgenden Fraktionssitzung gleich von vornherein die Frage angeschnitten und meine Meinung mit aller Entschiedenheit vorgetragen, um die Sache endlich zu bereinigen. Ich hatte auch den Erfolg, daß sich sowohl der Vorstand wie auch später die Fraktion durchaus auf meinen Standpunkt stellten." Nachl. Marx II/1. Am 29. April 1923 forderte *Joos* in einem Artikel „Nationales Verantwortlichkeitsgefühl" (in: *KV* Nr. 311) von der Regierung „Organisation der Abwehr und Verhandlungspolitik". Das Zentrum sei nicht darüber informiert, was die Regierung alles in den letzten Monaten unternommen habe.

[15]) Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 10, Sp. 14511.

[16]) Vgl. *Heß* (ebd. Sp. 14502): „Keine Gewalt der Erde wird uns von unserm Vaterland, in welcher Form auch immer, innerlich loszureißen imstande sein."

[17]) Zu französischen „Annexionsgelüsten" und „Gewaltpolitik": *Marx* am 7. März 1923 im Reichstag (Sten. Berichte, Bd. 358, S. 9972) und am 16. April 1923 (ebd., Bd. 359, S. 10553); *Hermes* am 11. März 1923 in Hagen (s. Anm. 10). Gegen Neutralisierung: *Marx* am 16. April 1923 (ebd., S. 10554); *Lauscher* am 18. April 1923 (ebd., S. 10606). Vgl. ferner die auch von der Zentrumspartei mit unterschriebenen Proteste gegen den rhein. Separatismus bei *Schulthess* 1923, S. 97 (3. Mai 1923). Die Tagung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 25. April 1923 in Köln war ein einziges Bekenntnis zum Reich und zur Fortführung des passiven Widerstands. Vgl. *KV* Nr. 306 vom 27. April 1923. Auf der Tagung des Reichsparteiausschusses in Hagen am 11. März 1923 (s. Anm. 10) wurde der Wiesbadener Redakteur Geueke wegen seiner Unterstützung Dortens aus der Partei ausgeschlossen.

[18]) Zahlreiche Beispiele führte *Schreiber* am 14. Februar 1923 im Reichstag an (vgl. Sten. Berichte, Bd. 358, Sp. 9696), wobei er auch von den kulturellen und sozialhygienischen „Verwüstungen" im Westen sprach (Unterernährung, Seuchengefahr). Aus einem Schreiben des Staatssekretärs für die besetzten Gebiete, *Brugger*, vom 30. Mai 1923 an Reichskanzler Cuno geht hervor, daß der Abg. Joos seit dem 17. März 1923 wiederholt vorgeschlagen hatte, ein von allen rhein. Parlamentariern unterzeichnetes Manifest über den deutschen Standpunkt in der Frage des besetzten Gebiets ausländischen Parlamentariern zu übermitteln. Bundesarchiv R 43 I/188.

beim Hl. Stuhl bemüht, die Kurie als Vermittler zwischen der Reichsregierung und den Westmächten einzuschalten und die deutschen diplomatischen Bemühungen um kuriale Interventionen im Ruhrkampf zugunsten des Reiches zu unterstützen.[19])

In der Bevölkerung der besetzten Westgebiete verstärkte sich in den folgenden Monaten das Gefühl, von der Reichsregierung wie von der preußischen Regierung vernachlässigt und zurückgesetzt zu werden. In Berlin traten wiederholt Zentrumsparlamentarier für die Belange dieser bedrängten und notleidenden Bevölkerung ein. Für deren Abwehrkampf forderten sie gleichermaßen menschliches Verständnis, moralische Unterstützung und finanzielle Opfer aus den übrigen Reichsgebieten, da das Rheinland nach wie vor die Wacht im Westen halte.[20]) Der Gefahr eines übersteigerten Nationalismus, den die französischen Übergriffe im besetzten Gebiet zwangsläufig auslösten, suchten die Abgeordneten vergeblich dadurch zu begegnen[21]), daß sie an die Ideen des Völkerbunds und der internationalen Friedensbestrebungen appellierten.[22]) Mehr Erfolg hingegen hatten sie mit ihrem Bemühen[23]), den Reichsgedanken zu stärken und das nationale Verantwortungsgefühl zu vertiefen (Überwindung der Main- und Elbe-Linie, der politischen Sonderstellung der besetzten Gebiete und der Abschnürung von Ostpreußen). Auf diese Weise wollten sie den verschiedenen „Lockerungsmöglichkeiten des Reichsgedankens" ebenso wie der gerade unter dem „außen-

---

[19]) Diese Vorgänge sind noch nicht untersucht worden. Hier nur ein Hinweis: Nach einer Aufzeichnung des Ausw. Amtes vom 9. März 1923 sollte Kaas (durch Marx) veranlaßt werden, möglichst bald nach Rom zu reisen, um „in unserem Sinne aufklärend" zu wirken; der Domkapitular und Landtagsabgeordnete Wildermann werde in Kürze den münsterischen Bischof Joh. Poggenburg nach Rom begleiten, um dort über die Vorgänge im Ruhrgebiet „aus eigener Anschauung" zu berichten; dem Abg. Schreiber sei eine Reise nach Rom „schon mehrmals nahegelegt" worden, Schreiber wolle jedoch erst im Herbst fahren. Pol. Archiv, Büro Reichsminister 70, Bd. 1.

[20]) So der Abg. *Schreiber* am 14. Februar 1923 im Reichstag, wo er weiter ausführte: „Es ist in Norddeutschland und Mitteldeutschland längst noch nicht das psychologische Verständnis genügend vertieft und verbreitet, um all das seelisch und innerlich zu begreifen und zu erfassen, was eigentlich an Schwerem in den letzten acht Jahren über dem Rheinland gelegen hat." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 358, S. 9694. Am 19. April 1923 kritisierte der Abg. *Eßer*, daß das Drängen der Zentrumsabgeordneten auf laufende Aussprachen zwischen der Regierung und Abgeordneten des besetzten Gebiets bisher wenig Erfolg gehabt habe. Ebd., Bd. 359, S. 10637. Über den Empfang einer Vertretung von Abgeordneten verschiedener Parteien aus dem besetzten rhein. Gebiet durch Reichskanzler Cuno am 9. Juni 1923 vgl. *Schulthess* 1923, S. 112. Am 20. Juni 1923 kam es zu einer weiteren Besprechung bei Staatssekretär Brugger. Vgl. *KV* Nr. 445 vom 21. Juni 1923.

[21]) So z. B. *Schreiber* (s. die vorige Anm., S. 9696).

[22]) So erklärte *Marx* am 16. April 1923 im Reichstag, daß es zur Zeit „überaus schwer" sei, für diese Gedanken Stimmung zu machen. Und er fügte hinzu: „Die ganze Schuld fällt Frankreich zu." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 359, S. 10556.

[23]) Auf dem Parteitag des Württemb. Zentrums Anfang Febr. 1923 in Aalen begrüßte *Bolz* (ähnlich wie *Wirth)* den „nationalen Zug", der durch das deutsche Volk gehe. Vgl. *Miller*, Bolz, S. 221. Auf einer Zentrumskundgebung in Hagen am 11. März 1923 (s. Anm. 10) warnte Reichsfinanzminister *Hermes* vor „nationalistischem Überschwang". Dazu vgl. den Artikel von *Joos*, Nationales Verantwortlichkeitsgefühl, in: *KV* Nr. 311 vom 29. April 1923.

politischen Atmosphärendruck" gefährlichen Überspannung des föderalistischen Prinzips entgegenarbeiten.[24]) Ihr innenpolitisches Ziel blieben die politische Sammlung und die Verwirklichung des Volksstaatsgedankens.

In der uneingeschränkten Unterstützung der Politik des passiven Widerstands im Rhein- und Ruhrkampf des Jahres 1923 erwies sich das Zentrum als besonders angriffslustig, auch in der Sprache seiner Kundgebungen und Reden. Seine Vertreter hatten zum ersten Mal seit langer Zeit wieder das Bewußtsein, „daß wir im Recht sind".[25]) Aus dem beruhigenden Gefühl heraus, für den Sieg eben dieses Rechtes zu streiten, wurde auch die bisher vertretene Erfüllungspolitik als sittliche Verpflichtung aufgewertet. Im übrigen galt es als höchst erfreulich, daß „nun endlich" den Franzosen die innere Einigung des deutschen Volkes gelungen sei, die man selbst „seit langer Zeit" vergeblich erstrebt habe.[26]) Marx verstieg sich zu der Behauptung: „Das deutsche Volk steht einig da, geschlossen wie niemals zuvor."[27])

In diesem Sinne wurde die zeitweilige Überwindung aller Partei- und Klassenunterschiede im gemeinsamen passiven Widerstand aller Kreise der Bevölkerung überschwenglich begrüßt. Diesen Widerstand wertete der Zentrumsführer Marx expressis verbis als eine „sittliche Größe", die „bisher in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen ist".[28]) Die stillen „Heldentaten" der Rhein- und Ruhr-

[24]) So *Schreiber* am 14. Februar 1923 (s. Anm. 20, S. 9692 f.). In diesem Zusammenhang plädierte der Abgeordnete dafür, daß die bayer. Regierung den Trennungsstrich zu Hitler und seiner Bewegung möglichst deutlich und scharf ziehen solle: „Es gibt kaum größere Schädlinge des Föderalismus als die Arbeit dieser Kreise."

[25]) So *Marx* am 7. März 1923 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 358, S. 9974.

[26]) *Marx* (s. die vorige Anm.) drückte es so aus: Das deutsche Volk habe sich in seiner Gesamtheit „endlich wiedergefunden". Am 27. Juni 1923 bezeichnete es der Staatssekretär für die besetzten Gebiete, *Brugger*, in einem Schreiben an Reichskanzler Cuno als Verdienst der Parteien, daß der passive Widerstand weiter gewachsen sei; die Parteien gingen in „musterhafter Eintracht" vor, benötigten aber für ihren Abwehrkampf Geldmittel des Reiches. Bundesarchiv R 43 I/188.

[27]) Am 11. März 1923 in Hagen (s. Anm. 10). *Fehrenbach* formulierte bei dieser Gelegenheit: „Unser Volk hat sich endlich einmütig aus Zermürbung und Zerrüttung erhoben." Ähnlich *Wirth*, *Bolz*, *Joos*, *Heß* und andere Parlamentarier bei anderen Gelegenheiten. Nicht anders hieß es im *Zentralblatt* Nr. 5/6 vom 12. März 1923, S. 33 („Deutsche Sendung"): „An Rhein und Ruhr hämmert der Franzose dem deutschen Michel Nationalbewußtsein und sonstige wichtige Erkenntnisse ein. Das ist bei all den Leiden, die die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu erdulden, bei den Opfern, die sie zu bringen hat, der nächste positive Gewinn."

[28]) Ebd. Es kennzeichnet den nüchternen Sinn von *Marx*, wenn er dieser pathetischen Formel abschwächend die Worte „soviel ich weiß" beifügte. In der *KV* Nr. 443 vom 20. Juni 1923 nannte der Abg. *Joos* den moralischen Widerstand das einzige politische Machtmittel des deutschen Volkes. Im Vorwort einer Broschüre von Friedrich *Muckermann* S.J., „Tragikomisches von der Ruhr" (Münster 1923) — in der einige im Westf. Merkur erschienene Artikel über die Lage im Ruhrgebiet zusammengefaßt waren — hieß es (S. 2): „Daß sich diese in ihrem Grunde völkerversöhnende, in ihrem Charakter friedliche, in der Stunde der Gefahr aber unüberwindlich starke, aus dem Bunde von Deutschtum und gläubigem Christentum erwachsende Seelenhaltung zur Zeit erneuert und das ganze Volk in dem Wiederaufleben seiner besten Überlieferungen einigt, das scheint mir der große geistige Dauergewinn, der uns aus diesen schrecklichen Ereignissen zufließt und uns reichlich entschädigt für noch so schweres, aber doch einmal vorübergehendes Leid."

bevölkerung hielt Marx des „tiefgefühlten, unaussprechlichen Dankes der gesamten Nation" für sicher. In der planmäßigen Fortsetzung des passiven Widerstands[29]) sah die Zentrumsfraktion die einzige Möglichkeit, den Kampf für die Freiheit und Einheit des Reiches erfolgreich bestehen zu können.[30]) Dabei bekundeten die Abgeordneten allerdings bei jeder Gelegenheit den deutschen „Erfüllungs- und Leistungswillen" bis an die Grenze des Möglichen, gaben jedoch gleichzeitig mit dieser Bereitschaft der Hoffnung Ausdruck, daß aus einem „Geist des Friedens" die erstrebte Gemeinschaft der Völker Wirklichkeit werden möge.[31]) Als wirksamstes Mittel, um die Notlage des Volkes wenn nicht zu beheben, so doch wenigstens gemeinsam tragen zu können, betrachtete die Zentrumsfraktion das Zustandekommen einer großen Koalition. Die Sozialdemokraten wurden aufgefordert, ihre Parteiinteressen zurückzustellen und in die Regierung einzutreten, um „geeint mit dieser, den Gang an den Verhandlungstisch zu den Beratungen über die Zukunft des deutschen Volks" zu gehen.[32])

[29]) Einem Mitglied der Interalliierten Rheinlandkommission, dem belgischen Baron de Gail (einem gebürtigen Elsässer), erklärte der Kölner Oberbürgermeister *Adenauer* am 22. Januar 1923, daß nach Ansicht „sehr erfahrener" Arbeiterführer die Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebiets „den erbittertsten und evt. blutigsten Widerstand" leisten würde. Einige Wochen später, am 30. März 1923, ließ Adenauer seinen Gesprächspartner wissen, daß Deutschland den gegenwärtigen Zustand „noch eine Reihe von Monaten" aushalten könne und daß der Widerstand „aus der Bevölkerung selbst" erwachsen sei. Schreiben vom 7. Februar und 31. März 1923 an Reichskanzler Cuno. Pol. Archiv, Büro Reichsminister 14—1, Bd. 1.

[30]) Am 19. Juni 1923 bezeichnete der Abg. *Schwering* im Preuß. Landtag den passiven Widerstand als eine der „bewundernswertesten Leistungen" des deutschen Volkes. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 13, Sp. 18382. Dazu vgl. die Äußerungen von Carl *Bachem* an Fürst Alois Löwenstein vom 5. April 1923: „Wenn's nur endlich einmal etwas nach politischer Wiederauferstehung aussehen würde! Nachgegeben wird im Ruhrrevier unsererseits nicht. [. . .] Es ist jetzt die letzte Möglichkeit, uns der völligen Versklavung zu erwehren. Darum wird ausgehalten werden, bis zum äußersten. Nur wenn das Ausland eingreift, ist Hoffnung auf ein erträgliches Ende." Nachl. Bachem 975.

[31]) Vgl. besonders die Ausführungen des Abg. *Lauscher* am 18. April 1923 im Reichstag. Sten. Berichte, Bd. 359, S. 10607. Ähnlich der Abg. *Loenartz* am 20. April 1923 im Preuß. Landtag. Sitzungsberichte, Bd. 12, Sp. 16641.

[32]) So der Abg. *Schlack* am 8. Juni 1923 im Reichstag. Sten. Berichte, Bd. 360, S. 11231.

3. Zunehmende Kritik an der Regierung Cuno

> „Die deutsche Regierung geht vielleicht jetzt den schwersten Weg, den je eine deutsche Regierung gegangen ist, und ich meine, daß für diesen Weg zur Einigkeit des deutschen Volkes auch die Einigkeit der politischen Parteien [. . .] gehört." Abg. Schlack am 8. Juni 1923.[1])

Je länger der Ruhrkampf dauerte und je mehr Opfer an Blut und Geld er forderte — ohne die erhofften Ergebnisse zu erzielen —, desto lauter meldeten sich in den Reihen der Zentrumspartei, die sich am energischsten in der Abwehr

[1]) Im Reichstag; vgl. Sten. Berichte, Bd. 360, S. 11231.

der französischen Bedrohung hervorgetan hatte[2]), Stimmen zu Wort, die forderten, nach Verhandlungsmöglichkeiten Ausblick zu halten und konkrete Vorschläge zum Abbruch des Kampfes zu entwickeln.[3]) Als einer der ersten Warner trat Reichsarbeitsminister Brauns hervor, der Ende März in einer Kabinettssitzung (im Gegensatz zu Hermes) für eine „mittlere Linie" plädierte und aus dem passiven Widerstand kein System gemacht wissen wollte.[4]) Ende Juni warnte ein so prominenter westdeutscher Beobachter wie Adenauer den Reichskanzler in einer vertraulichen Aussprache davor, den Bogen zu überspannen.[5]) Andere Zentrumsvertreter wollten den Widerstand elastischer gestaltet wissen.[6]) Sie kritisierten die Taktik der Regierung, Verhandlungen von vornherein dadurch zu blockieren, daß die Summe von 30 Milliarden Mark als „unbedingte Höchstgrenze" der Reparationsleistungen angegeben wurde.[7]) Um die Belange des besetzten Gebiets bei den Reichsministerien wirkungsvoller vertreten zu können, teilten sich drei Zentrumsabgeordnete in die Arbeit, alle einschlägigen Angelegenheiten unter verschiedenen Gesichtspunkten (Lauscher:

---

[2]) So *Kluke*, Gestalten der Weimarer Republik, T. 5, S. 6.

[3]) In einer undatierten Aufzeichnung von *Marx* (April/Mai 1923) heißt es: „In der Fraktion ist keine Einigkeit über die ungemein schwierigen Fragen." In seiner Wahlkampfbroschüre von 1924 (Reichstagszentrum und besetztes Gebiet, S. 15) schrieb *Eßer*, Stresemann habe nachträglich bestätigt, „daß unsere Auffassung über den zweckmäßigsten Zeitpunkt des Abbruchs des Ruhrkampfes [Mai] richtig war". Eßer fuhr allerdings im gleichen Atemzuge fort: „Der Stimmung aber, die im deutschen Volke herrschte und die namentlich von nationalistischer Seite ohne Kenntnis der wirklichen Lage im besetzten Gebiet immer wieder aufgepeitscht wurde, mußte auch die Zentrumsfraktion Rechnung tragen, um sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, die Einheitsfront durchbrochen zu haben." Am 23. April 1923 erklärte der Abg. *Stieler* im Preuß. Landtag: „Wir wollen — das ist die einheitliche Meinung der Zentrumsfraktion —, daß jede Möglichkeit zu Verhandlungen ausgenutzt wird, um zum Frieden zu kommen und um die Leiden der Bevölkerung abzukürzen. [. . .] Jede Forderung der Franzosen, die eine Verletzung der Souveränität Deutschlands oder eine Zerreißung Preußens bedeutet, ist abzulehnen!" Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 12, Sp. 16743.

[4]) 29. März 1923; Bundesarchiv R 43 I/1382. Bei einer Besprechung von Vertretern der Reichsregierung und der preuß. Regierung mit Gewerkschaftsführern am 13. April 1923 erklärte Reichsfinanzminister *Hermes*, wegen Mangels an Mitteln brauche der Kampf nicht abgeschwächt zu werden; der Atem reiche noch lange aus. Vgl. *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 433.

[5]) Vgl. *Wentzcke*, ebd., S. 77.

[6]) Vgl. *Eßer*, Reichstagszentrum, S. 11, über eine Besprechung von Vertretern der Parteien des besetzten Gebiets (vom Zentrum: Eßer, Hofmann-Ludwigshafen, Lauscher, v. Guérard) mit dem Reichskanzler und mehreren Reichsministern am 15. Mai 1923 in Berlin: „Alle Wünsche, die auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiete lagen, erfuhren eingehende Darlegung. [. . .] Abg. Eßer schnitt mehrmals die Frage der Finanzierung des Ruhrkampfes an, blieb aber ohne jeden Bescheid seitens der Reichsregierung, wie überhaupt die ganze Aussprache ohne praktisches Ergebnis verlief."

[7]) Aufzeichnung von Marx (s. Anm. 3). Als *Marx* dieses Ergebnis längerer Fraktionsdebatten am 28. Mai 1923 dem Reichskanzler mitteilte, kam es „zu einer langen und erregten Debatte" mit Cuno. Am 30. April 1923 hatte *Brauns* in einer Kabinettssitzung dafür plädiert, aus innenpolitischen Gründen an der Summe festzuhalten, „auch wenn die Franzosen diese Nominalzahl kritisch zerreißen". Bundesarchiv R 43 I/1382.

politische und kulturelle; v. Guérard: Fürsorge- und Beamtenfragen; Eßer: wirtschaftspolitische Fragen) zu bearbeiten und weiterzuleiten.[8])

In diesen Monaten blieb die Zentrumspartei unnachgiebig gegenüber französischen Annexions- oder Neutralisierungsplänen im Rheinland und gegenüber separatistischen Bewegungen, die unter dem Schutz der Besatzungsmacht ihre Aktivität zunehmend verstärkten.[9]) Für das Zentrum bestand die Rheinlandfrage in dem Satz: Das Rheinland bleibt bei Preußen und beim Reich.[10]) Zusammen mit den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie erklärten die Vertreter der Zentrumspartei am 28. Juni, daß es eine Rheinlandfrage für Land und Volk nicht gäbe und daß jede Lockerung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Rheinprovinz zu Preußen eine Lösung derjenigen Bande bedeute, „die uns mit der deutschen Republik verbinden".[11]) Große Empörung löste das von der Rheinlandkommission am 18. Juli ausgesprochene Verbot des Katholikentags aus, der Ende August in Köln stattfinden sollte und zwangsläufig als eine machtvolle nationale Demonstration gewirkt hätte.[12])

---

[8]) Vgl. *Eßer*, Reichstagszentrum, S. 12.

[9]) In einer Aufzeichnung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, *Hamm*, von Ende Mai 1923 hieß es, daß der Koblenzer Zentrumspolitiker Loenartz mitgeteilt habe, ein „Rheinstaat" werde allgemein abgelehnt, insbesondere vom Rhein. Zentrum, auch von der KV. Loenartz wolle das Rheinland weder „verkauft noch verpfändet" wissen. Bundesarchiv R 43 I/188. Zum Abschluß der Verhandlungen des 66. Rhein. Provinziallandtags (25.—28. Juni 1923) in Barmen gab der Abg. *Mönnig* namens der Zentrumspartei, der SPD und der DDP/DVP eine Erklärung ab, die mit dem Satz schloß: „Eine rheinische Frage gibt es für uns, für das rheinische Volk nicht!" Vgl. Verhandlungen, S. 85. Am 26. Juni 1923 schrieb Carl *Bachem* dem Zentrumssekretär Hilngrainer: „Es ist doch wirklich kindisch, heute noch anzunehmen, daß wir ‚mehr erreichen würden', wenn wir den Franzosen den Gefallen tun, ein selbständiges Rheinland zu gründen." Nachl. Bachem 465.

[10]) So der Parteivorsitzende *Marx* auf einer Sitzung des Reichsparteivorstands am 16./17. Juni 1923 in Berlin. Vgl. *Germania* Nr. 167 vom 19. Juni 1923; *KV* Nr. 445 vom 21. Juni 1923. Am 8. Juni 1923 erklärte *Porsch* im Preuß. Landtag: „Jeder Versuch einer Loslösung rheinischen Landes vom Deutschen Reiche oder vom Preußischen Staat ist für uns vollkommen indiskutabel." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 13, Sp. 17756.

[11]) Vgl. *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 236 f. Am 2. Juni 1923 hatte W. *Cohnstaedt* (Frankfurter Zeitung) dem Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, mitgeteilt, daß innerhalb des Rhein. Zentrums der Gedanke einer Rhein. Republik („natürlich als Bundesstaat") wieder diskutiert werde. Bereits vier Tage später konnte Cohnstaedt ergänzend darauf hinweisen, daß von der Parteileitung des Zentrums, insbesondere von Brauns, eine „systematische Gegenwirkung" eingesetzt habe. Bundesarchiv R 43 I/188. Am 9. Juni 1923 erklärte der Abg. *Loenartz* im Preuß. Landtag: „Wir stehen auf dem Standpunkt der Erhaltung eines starken Preußens, nicht vom Standpunkt der Interessen Preußens aus, sondern vom Standpunkt der Interessen des Reiches aus; denn höher als Preußen steht uns das Reich." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 13, Sp. 17809.

[12]) Die Vorgeschichte des geplanten 63. Katholikentags — für den es ähnlich wie 1922 Schwierigkeiten bereitete, einen geeigneten Präsidenten zu finden — ergibt sich aus einem Briefwechsel im Nachl. Bachem 975. Darunter befindet sich eine Aufzeichnung *Bachems* vom 23. Juni 1923 mit folgendem charakteristischen Ausschnitt: „*Adenauer* teilt mit [in einer Sitzung des Kölner Lokalkomitees am gleichen Tage]: Schon vor 2 Monaten sei er informiert worden, Frankreich sei in London vorstellig geworden, daß die Besatzungsbehörde in Köln den Katholikentag in Köln verbieten solle. In der vorigen Woche sei er in Berlin bei unserem Minister des Äußern

Dem wachsenden Unbehagen über die Ergebnislosigkeit des passiven Widerstands[13]), über das Treibenlassen der rapide fortschreitenden Inflation und Teuerung auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger gab seit Ende Juli die Zentrumspresse — eingeleitet von der „Germania" am 27. und 30. Juli — dadurch Ausdruck, daß sie begann, Kritik an der Tatenlosigkeit Cunos zu üben und konkrete Maßnahmen von der „stärksten Regierung, die das Deutsche Reich nach der Revolution gehabt hat", zu fordern[14]), da es jetzt „ums Ganze" gehe.[15]) Dieser Ruf wurde wenig später mit der Aufforderung verstärkt, die parlamentarische Basis der Regierung zu verbreitern, da die Verantwortung zu groß geworden sei.[16]) Am 8. August stellte der Abgeordnete Giesberts die Frage zur Diskussion[17]), ob nicht die politische Plattform des Kabinetts erweitert werden sollte, um eine „starke, leistungsfähige Regierung" zu bekommen. Giesberts plädierte allerdings für ein taktisch richtiges Verhalten der Zentrumspartei, die auf keine Änderung in der Regierung hinarbeiten solle, ohne daß vorher die dafür notwendige parlamentarische Basis gesichert sei.

Im Verlauf einer dreitägigen Reichstagsdebatte über neue Steuervorlagen, die Reichskanzler Cuno mit einem trostlosen Überblick über den bisherigen Verlauf des Ruhrkampfs eröffnet hatte, entwickelte Marx namens seiner Fraktion am 9. August 1923 im Reichstag ein Programm zur Behebung wirtschaftlicher Notstände. Darin waren neben der Forderung, einen Goldschatz aufzubringen

---

v. Rosenberg gewesen; dieser habe wieder, veranlaßt durch den englischen Botschafter in Berlin, auf ihn eingewirkt, den Katholikentag fallenzulassen. Er habe aber entschieden abgelehnt; wenn die Franzosen den Katholikentag nicht haben wollten, sollten sie ihn offen verbieten; wir würden nur der Gewalt weichen; Rosenberg hat den moralischen Wert eines solchen Verbotes zuerst gar nicht erkannt, dann aber zugegeben. Nun sei es aber nötig, eine schriftliche entschiedene Ablehnung nach Berlin nachzusenden, welche Rosenberg dem englischen Botschafter mitteilen könne. *Maus* [Vors. des Lokalkomitees] legte den Entwurf eines solchen Schreibens vor. Wurde einstimmig genehmigt." Aus einem Bericht des Abg. *Kaas* vom 21. Juni 1923 aus Köln an Rosenberg geht hervor, daß Kaas auf Wunsch Rosenbergs mit dem Kölner Lokalkomitee (Adenauer) wegen der Formulierung dieses Schreibens Fühlung genommen hatte. Pol. Archiv, Büro Reichsminister 70, Bd. 1.

[13]) Am 11. Mai 1923 erklärte *Brauns* im Kabinett, „Kaufleute und Hotelwirte ließen etwas nach im Widerstand"; im übrigen sei der Abwehrkampf besonders von seiten der Arbeiterschaft „fest und energisch". Bundesarchiv R 43 I/1382.

[14]) Vgl. *KV* Nr. 501 vom 12. Juli 1923. In der *KV* Nr. 443 vom 20. Juni 1923 hatte *Joos* die mangelnde Steuergerechtigkeit und die schleppende Steuereinziehung kritisiert und die Regierung aufgefordert, sich auf die Führung zu besinnen.

[15]) So die Überschrift eines Leitartikels der *KV* Nr. 557 vom 3. August 1923, die einen Kommentar der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz abdruckte, in dem es u. a. hieß: „Schon längst hätte die Regierung erkennen müssen, daß durch die Vermehrung des Geldumlaufs allein der passive Widerstand nicht zu finanzieren ist." Dazu vgl. *Eßer*, Reichstagszentrum, S. 18: „Ende Juli 1923 hatte sich die finanzielle Lage Deutschlands derart verschlechtert, daß die Einstellung des passiven Widerstandes ein Postulat der Rettung des Vaterlandes vor dem völligen Untergang geworden war."

[16]) So insbesondere der badische Zentrumsführer *Schofer* am 31. Juli 1923 auf einer „Rheinkonferenz" der Zentrumspartei in Heidelberg, zu der Parteivertreter aus allen Teilen des besetzten Gebiets zusammengekommen waren. Vgl. *KV* Nr. 556 vom 3. August 1923.

[17]) Die politische Lage, in: *Germania* Nr. 217 vom 8. August 1923.

(um Lebensmittel zu beschaffen und die Währung zu beruhigen) und wertbeständige Anlagemöglichkeiten zu schaffen, drastische Sparmaßnahmen vorgesehen, darunter eine scharfe steuerliche Belastung der Vermögenssubstanz: „Höher als wirtschaftliche Werte steht uns das Leben der Nation." Zur raschen Durchführung dieser Maßnahmen erklärte sich die Fraktion bereit, der Regierung die erforderlichen Vollmachten und Ermächtigungen zu erteilen.[18]) Marx wollte die Gefahr allgemeiner Verwirrung abwenden und „alle verfügbaren Kräfte" der Nation zu dem „großen Rettungswerk" einer neuen nationalen Einigung zusammengefaßt wissen. Der Zentrumsführer ließ keinen Zweifel daran bestehen, daß der außerordentliche Ernst der Lage gebieterisch fordere, die Basis der Regierung zu verbreitern.[19])

Der Zeitpunkt dafür erschien um so günstiger, als auch die SPD für neue Steuergesetze eintrat, nachdem der Abgeordnete Müller-Franken bereits zwei Wochen zuvor die Mitarbeit seiner Partei für eine „Politik der Verständigung" in Aussicht gestellt hatte. Daraus leitete sich die Hoffnung ab, daß die Sozialdemokratie auch bereit sein würde, eine neue Koalition mitzutragen.[20]) Da deren Zustandekommen allerdings noch mit verschiedenen Unsicherheitsfaktoren belastet war, ging es den Fraktionsvorsitzenden der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft — Marx, Stresemann, Koch-Weser, Leicht — in einer Besprechung am 11. August darum, „zu retardieren" (Marx) und nicht den sofortigen Rücktritt des Kabinetts zu erzwingen. Die Parlamentarier steuerten jedoch zielbewußt auf den Sturz der Regierung hin, als sie am Nachmittag des gleichen Tages dem Reichskanzler ihren Entschluß mitteilten, ein Kabinett der großen Koalition bilden zu wollen[21]), ohne allerdings einen Termin dafür in Aussicht zu stellen und ohne den sofortigen Rücktritt der Regierung zu fordern. Dennoch bedeutete dieses Vorgehen für Cuno ein klares Mißtrauensvotum, um so mehr, als er am Morgen des 12. August aus verschiedenen Presseäußerungen — insbesondere aus der „Germania"[22]) — entnehmen konnte, daß die Mehrheitsparteien sein Kabinett praktisch abgeschrieben hatten.

Während bisher noch keine offiziellen Gespräche zwischen den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft und der SPD-Fraktion stattgefunden hatten, kam der

---

[18]) Bereits am 4. August 1923 hatte die Zentrumsfraktion die vom Reichsfinanzminister *Hermes* entwickelten verschärften Steuervorlagen der Regierung begrüßt und beschlossen, das Kabinett in dieser Richtung zu unterstützen. Vgl. *KV* Nr. 560 vom 4. August 1923.

[19]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 11771.

[20]) Nach einer Aufzeichnung im Nachl. Marx II/1 zum 11. August 1923.

[21]) Das ergibt sich aus den Mitteilungen des Reichskanzlers in einer weiteren Besprechung mit den Fraktionsführern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft am frühen Nachmittag des 12. August 1923 (Bundesarchiv R 43 I/1305) sowie aus *Cunos* Mitteilungen in einer unmittelbar voraufgegangenen Kabinettssitzung.

[22]) Nr. 221: „Die Mission des Reichstags." In diesem Artikel — den Marx nicht inspiriert hatte (s. Anm. 30) — hieß es, der Reichstag müsse imstande sein, in diesem „höchst kritischen Augenblick" ein Kabinett zu bilden.

Anstoß dazu jetzt von der SPD. Deren Reichstagsfraktion hatte am Abend des 11. August beschlossen, unverzüglich eine „stärkere als die gegenwärtige Regierung" zu fordern und in eine solche (unter bestimmten, näher fixierten Bedingungen gebildete) Regierung der großen Koalition einzutreten. Damit war die Bildung eines neuen Kabinetts so gut wie sicher, auch wenn der Vorstand der Zentrumsfraktion die Regierung Cuno so lange im Amt belassen wollte, bis ein anderes Ministerium bereit stände.[23]) Unter diesen Umständen sah der Reichskanzler die Voraussetzungen geschwunden, unter denen er seine Aufgabe übernommen hatte.

Am Mittag des 12. August 1923 entschloß sich das Kabinett Cuno zum Rücktritt. Dabei erfuhren einige Minister, darunter auch Hermes, erst jetzt aus dem Munde des Reichskanzlers, daß die Arbeitsgemeinschaft die Bildung einer großen Koalition für notwendig halte. Ein großer Teil dieser Kabinettssitzung galt einer lebhaften Diskussion über die Frage, ob bzw. in welcher Form dieser Rücktritt in dem Demissionsschreiben an den Reichspräsidenten als eine Folge der parteipolitischen Forderungen bezeichnet werden solle. Brauns, der sichtlich damit rechnete, auch in die neue Regierung zu gelangen, empfahl Cuno, das Demissionsschreiben nicht aus der „Stimmung der Vergangenheit" heraus zu formulieren, sondern seinen Inhalt der „neuen Lage" anzupassen.

Der rasche Entschluß zum Rücktritt der Regierung, den Cuno unmittelbar nach der Kabinettssitzung den Vorsitzenden der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mitteilte, überraschte die Parlamentarier. Sie sahen sich dadurch in eine „unangenehme Lage" versetzt (Marx) und befürchteten eine „außerordentliche Erschwerung" der Regierungsbildung[24]), zumal sich die BVP schleunigst von dem neuen Koalitionskabinett, wie es sich bereits abzeichnete, distanzierte.[25]) Auf Drängen Stresemanns („Wir haben noch nicht mit einem Wort über die große Koalition und ihre Bedingungen mit der Sozialdemokratie gesprochen") erklärte sich Cuno bereit, sein Demissionsschreiben bis zum Abend zurückzuhalten. Dadurch sollte den Parteien Gelegenheit gegeben werden, sich so rasch wie möglich über ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Die Vorsitzenden der in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Fraktionen legten großen Wert darauf, daß Cuno — wie es Marx umschrieb — sein Demissionsschreiben nicht so formuliere, daß es aussähe, als sei das Kabinett von den Parteien der Arbeitsgemeinschaft gestürzt worden.[26]) Umgekehrt wollte der Reichskanzler nicht den Eindruck aufkommen lassen, als habe er seit acht Monaten nur den Platzhalter für die große Koalition abgegeben. Er trug jedoch

---

[23]) Mitgeteilt von *Marx* in der in Anm. 21 erwähnten Besprechung des Reichskanzlers mit den Fraktionsvorsitzenden am Nachmittag des 12. August 1923.

[24]) So *Marx* am Mittag des 12. August 1923 in der Besprechung beim Reichskanzler (s. Anm. 21).

[25]) Mitteilung des Abg. *Leicht*, ebd.

[26]) In einer Besprechung des Reichskanzlers mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Arbeitsgemeinschaft am späten Nachmittag des 12. August 1923. Bundesarchiv R 43 I/1305.

nach langwierigen Diskussionen der „gegenwärtigen Lage" Rechnung, wofür ihm Marx den Dank der Parteiführer und der von ihnen vertretenen Fraktionen für seine Amtsführung aussprach.

In der Zentrumspartei trauerte man dem Abgang dieses Kabinetts nicht nach[27]), dem man allzu große Passivität insbesondere in der Finanz- und Steuerpolitik vorwarf.[28]) Die Kommentare der Zentrumspresse zum Regierungswechsel ließen erkennen, wie wenig sich die Partei in der Rolle wohlgefühlt hatte, die ihr zugewiesen gewesen war: de facto allen Maßnahmen der glücklosen Regierung zustimmen zu müssen, ohne doch entsprechenden Einfluß darauf nehmen zu können.[29]) Schon die Aussicht auf das Zustandekommen der lange erstrebten großen Koalition wurde als eine „Wendung zum Besseren" begrüßt.[30]) Wenig schmeichelhaft hieß es, das Kabinett Cuno sei an seiner Passivität zugrunde gegangen.[31]) Die eigentliche Kritik an der planlosen Weiterführung des passiven Widerstands meldete sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — erst später zu Wort.[32])

---

[27]) In einer Aufzeichnung des Ausw. Amtes für die deutschen Missionen im Ausland vom 10. September 1923 über den Rücktritt des Kabinetts Cuno hieß es: Auch in Kreisen der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums, habe man die politische Basis des Kabinetts für „nicht mehr genügend tragfähig" gehalten. Pol. Archiv, Vatikan geh. 1041.

[28]) Vgl. *KV* Nr. 582 vom 13. August 1923 „Von Cuno zu Stresemann". In einem Vortrag am 20. August 1923 in Berlin über die politische Lage machte der Abg. *Stegerwald* einen Unterschied zwischen gewissen außenpolitischen Erfolgen des Kabinetts Cuno („im wesentlichen eine Fortsetzung der Wirthschen Politik") und den finanz- und wirtschaftspolitischen Mißerfolgen: die „wahnsinnige Anspannung" der Notenpresse habe bereits eine „ungeheure Inflation und Verarmung der breiten Massen" herbeigeführt. Nach Stegerwalds Ausführungen war die Regierung „wiederholt zu einer aktiveren und gerechteren Steuerpolitik" aufgefordert worden. Vgl. *KV* Nr. 604 vom 21. August 1923.

[29]) Auf dem Parteitag des Badischen Zentrums am 23. September 1923 in Karlsruhe erklärte der badische Finanzminister *Köhler:* Die Rhein-Ruhr-Bevölkerung habe sich glänzend gehalten, „versagt" habe die politische Führung. Vgl. *KV* Nr. 702 vom 26. September 1923.

[30]) So *KV* Nr. 583 vom 13. August 1923. In einer späteren Aufzeichnung von *Marx* hieß es, Cuno sei auf „etwas merkwürdige Art" gestürzt worden. Cuno habe noch wenige Tage vorher mit ihm, Marx, eine Unterredung gehabt, in der er gefragt habe, ob das Zentrum ihn stürzen wolle: „Ich versicherte ihm, [. . .] daß davon keine Rede sein könnte. Wir wären nicht mit allen seinen Maßnahmen einverstanden, aber ihn zu stürzen sei meiner Meinung nach keine Veranlassung. Am Tage seines Sturzes rief er mich frühmorgens telephonisch an: Was das nun sei, die Germania [Nr. 221] bringe einen scharfen Artikel gegen ihn; wie verhalte sich das mit meiner Erklärung? Ich erwiderte ihm, daß ich die Germania noch gar nicht gelesen habe, auch den Artikel und seinen Verfasser nicht kenne." Nachl. Marx III. Vgl. Anm. 22.

[31]) So *KV* Nr. 582 vom 13. August 1923.

[32]) In diesen Zusammenhang gehört auch ein Schreiben des Kölner Oberbürgermeisters *Adenauer* vom 28. Dezember 1923 an einen ihm bekannten französischen Diplomaten in Paris, Arnaud, in dem es u. a. hieß: „Wir leiden viel mehr unter dieser heillosen Wirtschaft, als Sie sich vorstellen können. [. . .] Es war keine betrügerische Absicht, die Deutschland und seine verschiedenen Regierungen geleitet hat. Ich habe die Politik Cunos vom ersten Tage an aufs schärfste verurteilt, ihm das auch sofort gesagt, aber zu Ehren von Herrn Cuno muß ich sagen, daß er am allerwenigsten einen bewußten Betrug mit seinem Gewissen vereinbaren konnte. Er war unfähig, aber nicht schlecht." Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 7. In einer im Wahlkampf des Frühjahrs 1924 verbreiteten Broschüre von Friedrich *Sell*, Die Außenpolitik des Zentrums, T. 2, S. 26 f., hieß es, das Kabinett Cuno habe es nicht verstanden, die Tatsache des passiven Widerstands und den Eindruck, den er in der Welt gemacht hat, politisch auszuwerten.

Zweites Kapitel

Die bedrohte Reichseinheit

1. In der Großen Koalition unter Stresemanns Kanzlerschaft

Daß der Auftrag zur Kabinettsneubildung auf Vorschlag der Mehrheitsparteien an Stresemann erging und daß dieser bereits 24 Stunden später die neue Regierung präsentieren konnte, war nach Lage der Dinge nicht verwunderlich.[1]) Die Zentrumspartei begrüßte dieses rasche Handeln und erteilte dem neuen Reichskanzler reichlich Vorschußlorbeeren.[2]) Es galt als beträchtlicher Fortschritt, daß sich Stresemann freie Hand für die Auswahl seiner Mitarbeiter sichern konnte und nicht wieder mit dem „Handeln um die Ämterverteilung" beginnen mußte.[3]) Diese „Freiheit" schlug dann allerdings, wie sich rasch zeigte, zum Nachteil für die Zentrumspartei aus.

Stresemann gelang es nicht, dem rheinischen Oberpräsidenten Fuchs (Zentrum) gegen den Widerspruch der SPD-Fraktion die Leitung des Innenministeriums zu übertragen. Die SPD akzeptierte das von allen bürgerlichen Koalitionsparteien geforderte Verbleiben des Reichswehrministers Geßler in seinem Amt nur unter der Bedingung, daß dafür ein SPD-Politiker (Sollmann) als Minister des Innern berufen werde. Fuchs trat infolgedessen an die Spitze eines neu errichteten Ministeriums für die besetzten Gebiete, während Brauns die Leitung des Reichsarbeitsministeriums unangefochten beibehielt. Die in Zentrumskreisen kolportierte Vermutung, daß sich außer der SPD auch die Fraktion der DDP gegen einen Zentrumspolitiker als Innenminister ausgesprochen habe — weil zu dessen Aufgaben u. a. die Betreuung der kulturellen Belange des Reiches gehöre[4]) —, wurde wenig überzeugend dementiert.[5])

[1]) Über die Vorgeschichte vgl. *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 83 ff.

[2]) Vgl. *KV* Nr. 582 vom 13. August 1923: Stresemanns Reden zur Außenpolitik seien „seit längerer Zeit Höhepunkt der außenpolitischen Debatten" gewesen, ausgezeichnet durch „Vertrautheit mit den großen Zusammenhängen der Außenpolitik, durch einen guten politischen Instinkt, durch geschickte Formulierung und [. . .] durch einen unverkennbaren Zug nach Aktivität und des Drängens nach vorwärts".

[3]) Vgl. *KV* Nr. 583 vom 13. August 1923.

[4]) Vgl. *KV* Nr. 585 vom 14. August 1923, wo es ferner hieß, das Zentrum habe sich erst dann bereit erklärt, die Kandidatur des Oberpräsidenten Fuchs für das Innenministerium zurückzuziehen, nachdem ihm die Besetzung des neuen Ministeriums für die besetzten Gebiete durch Fuchs und außerdem die Besetzung des Postministeriums durch Giesberts in Aussicht gestellt worden sei. Das Blatt verwies darauf, daß „parteipolitische Wünsche" von der SPD und DDP bei der Kabinettsbildung angemeldet worden seien.

[5]) Die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz veröffentlichte folgende Darstellung über die Kabinettsbildung (abgedr. in *KV* Nr. 595 vom 17. August 1923): Der Verzicht auf die Besetzung

Schwierigkeiten bereitete die Besetzung des Reichspostministeriums, für dessen Leitung die Zentrumsfraktion den Abgeordneten Höfle vorschlug[6]), der dann auch — allerdings erst am 29. August — berufen wurde. Von Höfle durfte man annehmen, daß er fachlich qualifizierter war als Giesberts, der zunächst als Zentrumskandidat im Gespräch war[7]), und daß er insbesondere auf Grund seiner Beziehungen zu den Beamtengewerkschaften mit dem „wichtigsten Beamtenkörper" der Reichsverwaltung in dieser kritischen Inflationszeit besser auskommen würde.[8]) Hingegen gelang es Marx nicht, einen eigenen Kandidaten (Karl Spiecker) für das Amt des Pressechefs durchzubringen.[9]) Als eine Art Ausgleich für mancherlei Zurücksetzungen und „Unerquicklichkeiten", denen sich die Partei ausgesetzt fühlte[10]), traten die Zentrumsführer bei Stresemann dafür ein, neue Staatssekretäre aus den Reihen der Zentrumsmitglieder zu berufen.[11]) Die Vorgänge bei der Kabinettsbildung hatten in der Zentrumspartei

---

des Innenministeriums sei notwendig gewesen, um nicht die „angesichts der bedrohlichen Gesamtlage absolut erforderliche alsbaldige Bildung" einer Regierung und das Zustandekommen der Koalition zu verhindern. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich nur unter dieser Bedingung mit dem weiteren Verbleiben des Reichswehrministers einverstanden erklärt: „Es handelte sich also beim Zentrum um die Frage, ob es das alsbaldige Zustandekommen eines Kabinetts verhindern und damit die Gefahr einer Verschärfung der Ausstände und der Unruhen im Lande heraufbeschwören wollte, womit dann zugleich auch die Auflösung der großen Koalition unvermeidlich gewesen wäre, oder ob man auf die Besetzung des Ministeriums des Innern durch einen Zentrumsmann verzichten solle. Es waren also Fragen der schwersten Verantwortung, die für das Zentrum hier in Betracht kamen. Das Zentrum wird dem Urteil seiner Anhänger mit Ruhe entgegensehen."

Diese Ausführungen kommentierte die *KV* mit folgenden Sätzen: „Unwahr ist also, daß für die Entscheidung irgendwie konfessionelle Gesichtspunkte in der entscheidenden Sitzung von Bedeutung gewesen sind. In den Kreisen sowohl der Demokraten wie auch der Sozialdemokraten mag, als man von der Absicht des Zentrums, das Ministerium des Innern in Anspruch zu nehmen, erfuhr, von konfessionellen Bedenken gesprochen worden sein. Ein Verdacht in dieser Richtung ist ja nur allzu begründet. Jedenfalls ist er bei der maßgebenden Besprechung *nicht* zutage getreten."

[6]) Nach einer Aufzeichnung von Marx (etwa Mitte Aug. 1923). Nachl. Marx II/1.

[7]) Vgl. *KV* Nr. 585 vom 14. August 1923.

[8]) So *Schiff*, Höfle-Tragödie, S. 12, wo ferner darauf hingewiesen wird, daß Höfles Ernennung auch in linksstehenden Kreisen gut aufgenommen worden sei, weil er durch sein Eintreten für die unteren Beamten in den Ruf eines „linken Zentrumsmannes" gekommen sei.

[9]) Spiecker wurde einige Monate später Pressechef unter Reichskanzler Marx.

[10]) So die *KV* Nr. 588 vom 18. August 1923, die „entschiedenen Protest" dagegen erhob, daß einem Zentrumspolitiker die Qualifikation für die Leitung des Innenministeriums abgesprochen wurde: „Es gibt kein Ministerium, das irgendeiner Partei verschlossen sein dürfte."

[11]) Nach einer Aufzeichnung von *Marx* (etwa Mitte Aug.) hat er zusammen mit Stegerwald und v. Guérard dem Reichskanzler die Berufung Höfles empfohlen sowie die Berufung von „Herren, die uns nahestehen, als Staatssekretäre für diejenigen Ministerien, die nicht von Herren unserer Richtung besetzt sind". Weiter heißt es dann: „Bei Brauns findet eine Besprechung über die gesamte Lage [insbesondere Steuervorlagen und Beamtenbesoldung] statt, an der Brüning, Stegerwald und Becker [Arnsberg] teilnehmen." Diese Notiz ist der erste Hinweis auf eine politische Wirksamkeit des zweifelsohne von Stegerwald zu dieser Besprechung zugezogenen Brüning innerhalb der Zentrumspartei. Die späteren Mitteilungen bei *Ullmann*, Das Essener

eine gewisse reservierte Haltung gegen den neuen Kanzler („er muß erst zeigen, was er kann")[12]) zur Folge. Dennoch blieb kein persönlicher Stachel gegen Stresemann zurück, der in Zukunft im Zentrum die zuverlässigste Stütze seiner Politik fand. In der Folge entwickelte sich ein besonders enges Vertrauensverhältnis zwischen Stresemann und Wilhelm Marx.

Wenn Stresemann in seiner Regierungserklärung vor dem Reichstag am 14. August 1923 die neue Koalition als den „Zusammenschluß aller den verfassungsmäßigen Staatsgedanken bejahenden Kräfte" bezeichnete[13]), so entsprach diese Formulierung, die bewußt weder auf die Weimarer Demokratie noch gar auf die Republik bezogen war, auch der Auffassung vieler Zentrumsparlamentarier. Als deren Sprecher begrüßte Marx das neue Kabinett, das den lange vom Zentrum verfolgten Gedanken der großen Koalition verwirkliche und eine weitaus geschlossenere und stärkere Mehrheit hinter sich habe als die Regierung Cuno.[14]) Auf dieser „festen Grundlage", so hoffte Marx, würden sich die „außerordentlich schweren Aufgaben" leichter lösen lassen.[15]) Die Fraktion stimmte geschlossen für den von den Regierungsparteien eingebrachten Vertrauensantrag, der (bei 25 Enthaltungen) mit großer Mehrheit von 239 gegen 76 Stimmen zur Annahme gelangte.

Die Ernennung des rheinischen Oberpräsidenten Fuchs — der von den Franzosen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden war — zum Reichsminister für die besetzten Gebiete konnte als Beweis dafür genommen werden (ebenso wie die Ernennung des SPD-Abgeordneten Sollmann zum Innenminister), daß sich die Regierung gegen alle „offenen und versteckten Loslösungsbestrebungen" des Rheinlands wenden werde.[16]) Bereits am 15. August trugen westdeutsche Zentrumsabgeordnete dem neuen Minister die „dringendsten Wünsche und Beschwerden" ihres Gebiets vor.[17]) Dabei ging es in erster Linie um einen umfänglichen Katalog von „berechtigten" finanziellen Forderungen, mit denen das Reich die Notlage der Bevölkerung lindern und damit französischen Einwirkungen erfolgreicher als bisher begegnen sollte.

Programm (in: Deutsche Rundschau 76, 1950, S. 901 f.), über „ein paar Männer" (Wilhelm Gutsche, Oberstleutnant von Willisen und Brüning), die 1923 „tatsächlich Volk und Staat vor unvorstellbarem Unglück retteten", sind zu sehr auf eine nachträgliche Glorifizierung Brünings („der Mann, der 1923 die Krise meisterte") bedacht, als daß sie allzu wörtlich genommen werden sollten.

[12]) So *KV* Nr. 588 vom 15. August 1923.

[13]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 11839.

[14]) Zehn Tage später sprach der preuß. Landtagsabg. *Schwering* von dem „politisch stärksten Kabinett seit der Revolution". Vgl. *KV* Nr. 613 vom 24. August 1923.

[15]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 11843.

[16]) Vgl. *Severing*, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 425.

[17]) Ein Protokoll über diese Sitzung unter dem Vorsitz von Marx befindet sich im Nachl. Marx XXVIII. Dazu vgl. *Eßer*, Reichstagszentrum, S. 18.

Das vordringlichste Ziel des Stresemann-Kabinetts wurde von der Zentrumspartei voll unterstützt: alle Kräfte auf eine Lösung des Ruhrkonflikts zu konzentrieren. Am 23. August bestand in einer Sitzung des Reichskabinetts unter Einschluß preußischer Minister Einigkeit darüber, daß der passive Widerstand angesichts der trostlosen Finanzlage des Reiches und der außerordentlich weit fortgeschrittenen Demoralisierung der Bevölkerung vor Einbruch des Winters aufgegeben werden müsse. Stresemann wertete es in diesem Zusammenhang bereits als „ehrenhaften Ausgang", wenn es gelingen würde, die Souveränität des Reiches aufrechtzuerhalten.[18]) Am 30. August beschloß das Kabinett auf Vorschlag von Minister Fuchs, den Widerstand im Einvernehmen mit Vertretern des besetzten Gebiets „umzuformen", da das Reich vor dem Zusammenbruch stehe (Luther).[19]) Wenngleich Fuchs der Ansicht war (am 6. September), daß der Ruhrkampf „noch einige Wochen" lang durchgehalten werden könne, falls er von Berlin aus weiterhin finanziert würde — was nicht möglich war —, fiel am 7. September die Entscheidung, den Kampf abzubrechen, nachdem am Vortage eine entsprechende Einigung des Reichskanzlers mit den Führern der Koalitionsparteien und den Vertretern des besetzten Gebiets zustande gekommen war.[20]) Der Entschluß zur Aufgabe des passiven Widerstands fand, wenngleich „schweren Herzens", die Billigung des Zentrums.[21]) Dessen Anhänger wurden in dieser Stunde, in der sich das Vaterland wieder einmal „in Gefahr" befand, zu Disziplin, Mut und Vertrauen aufgerufen.[22]) Es herrschten keine Illusionen über den „sieglosen Ausgang" des ungleichen Ringens[23]): „Wir haben den Kampf an der Ruhr verloren."[24]) Wiederholt wurde jetzt auch öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß dieser aussichtslose Kampf schon zu einem erheblich früheren Zeitpunkt hätte abgebrochen werden müssen.[25]) Die Einheit des Reiches stand auf des Messers Schneide.

---

[18]) Bundesarchiv R 43 I/1387.

[19]) Ebd.

[20]) Vgl. *Kamper*, Rheinlandkrise, S. 36 f., wo es weiter (S. 38) heißt, daß die rhein. Parteiführer von der Dringlichkeit überrascht waren, mit der die Reichsregierung die Einstellung des passiven Widerstands forderte. Als Vertreter der Frankfurter Zeitung in Köln war Kamper, besonders auch durch Mitteilungen aus Kölner DDP-Kreisen, ausgezeichnet informiert.

[21]) Vgl. *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 161; *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 135; *Kamper*, Rheinlandkrise, S. 40.

[22]) Vgl. *KV* Nr. 695 vom 24. September 1923.

[23]) So der Leiter der westdeutschen Landesgeschäftsstelle der Christl. Gewerkschaften, Karl *Zurnieden*, am 26. September 1923 in *KV* Nr. 702.

[24]) So der Abg. *Joos*, Nach dem Kampf, in: *KV* Nr. 722 vom 4. Oktober 1923.

[25]) *Joos* (s. die vorige Anm.) erklärte, daß die Regierung Cuno „früh genug" darauf aufmerksam gemacht worden sei, diplomatisch aktiv zu werden. In einer Redeskizze des Abg. *ten Hompel* vom 10. Dezember 1923 findet sich der Satz: „Standpunkt Hermes, daß passiver Widerstand auf der Höhe seiner [des Reiches] Kraft so oder so zu Ende geführt werden müsse, hat sich als richtig erwiesen." Nachl. ten Hompel. Daß der Ruhrkampf viel zu spät abgebrochen wurde, war übrigens auch die Meinung von Kardinalstaatssekretär Gasparri, die Bischof *Schreiber* von Meißen am 24. Dezember 1923 Reichskanzler Marx zur Kenntnis brachte. Der Bischof schrieb

Wie gering die tatsächliche Übereinstimmung der Koalitionsparteien war, nachdem sie gemeinsam den Abbruch des passiven Widerstands vertreten hatten, erwies sich Anfang Oktober 1923, als es im Kabinett und bei den Koalitionsparteien zu Unstimmigkeiten über das von Stresemann geforderte Ermächtigungsgesetz kam. Mit dessen Hilfe wollte der Reichskanzler einschneidende finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen durchsetzen und der Reichsregierung „größere Bewegungsfreiheit" in den „kommenden schweren Zeiten" verschaffen.[26]) Schwerwiegende Differenzen bestanden über die in diesem Zusammenhang vorgesehene Verlängerung der Arbeitszeit (durch Umwandlung des Arbeitszeitgesetzes, das den Achtstundentag festlegte) — die die SPD nicht durch Ermächtigungsgesetz geregelt wissen wollte — und über die Möglichkeit, einen Konflikt mit Bayern zu vermeiden, dem wiederum die SPD nicht ausweichen wollte.

Die gegensätzlichen Ansichten der Flügelparteien der Koalition ließen sich um so weniger überbrücken, als innerhalb der beiden Fraktionen selbst stark abweichende Auffassungen über das zweckmäßigste Vorgehen herrschten. Der rechte Flügel der DVP, „der niemals mit dem Herzen bei der großen Koalition war"[27]) und unter zunehmendem deutschnationalen Druck auf den Bruch hinsteuerte, wollte die Sozialdemokraten, deren Kabinettsmitglieder von ihrer Fraktion allzu abhängig erschienen, aus der Regierung ausbooten.[28])

Demgegenüber stimmte die Zentrumsfraktion mit dem Reichskanzler — wie Marx am Vormittag des 2. Oktober in der Parteiführerbesprechung erklärte[29]) — darin überein, den Konflikt mit Bayern durch „Klugheit und vorsichtige Zurückhaltung" beizulegen und nicht auf einen Bruch hinzutreiben. Die Fraktion

---

dazu: „‚Wenn Deutschland', so sagte der Kardinalstaatssekretär [am 3. November 1923] wörtlich, ‚einig bleibt und wenn die deutsche Regierung die Bildung eines Rheinstaates unter französischer Hegemonie zunichte macht, dann hat Frankreich auf Sicht den Weltkrieg doch verloren' — ferner äußerte sich der Kardinalstaatssekretär: ‚Ich verstehe die frühere deutsche Regierung nicht. Der passive Widerstand an der Ruhr mag vielleicht anfänglich Sinn und Zweck gehabt haben, obwohl ich im Interesse Deutschlands nie dafür war. Aber nachdem die deutsche Regierung einsehen mußte, daß er die beabsichtigten Wirkungen nicht erzielen würde, hätte sie ihn, etwa im März d. J., entschlossen abbrechen müssen.'" Nachl. Marx IV. In einer Wahlkundgebung am 23. März 1924 in Elberfeld erklärte Reichskanzler *Marx*, der passive Widerstand sei vergeblich gewesen und zu spät aufgegeben worden. Vgl. *KV* Nr. 224 vom 24. März 1924.

[26]) So Reichskanzler *Stresemann* in einer Besprechung mit den Parteiführern der Koalitionsparteien (vom Zentrum: Marx und v. Guérard) am Vormittag des 2. Oktober 1923. Bundesarchiv R 43 I/1869.

[27]) So *KV* Nr. 719 vom 3. Oktober 1923.

[28]) Vgl. die Ausführungen des DVP-Fraktionsvorsitzenden *Scholz* am 2. Oktober 1923 (s. Anm. 26), der u. a. erklärte, daß die Ruhe im Lande von der Ernährung abhängig sei, die Ernährungsfrage aber nur geregelt werden könne, „wenn die Deutschnationalen mitarbeiteten". Auf der Tagung des Provinzialausschusses des Rhein. Zentrums am 9. Oktober 1923 in Köln wurde wiederholt auf das „auffallend starke Hervortreten rechtsradikaler Strömungen" bei der jüngsten Kabinettskrise hingewiesen. Vgl. *KV* Nr. 743 vom 11. Oktober 1923.

[29]) S. Anm. 26.

war bereit, dem Kabinett durch ihr Votum für ein Ermächtigungsgesetz stärkere Selbständigkeit zu geben, da das Parlament in Gefahr sei „abzuwirtschaften", weil es sich in „Parteistreitigkeiten bewege und keine positive Arbeit" leiste. Die am stärksten umstrittene Frage der Arbeitszeitverlängerung wollte das Zentrum jedoch nach einem Vorschlag von Reichsarbeitsminister Brauns außerhalb des Ermächtigungsgesetzes geregelt wissen, um auf diese Weise der SPD entgegenzukommen. Im Sinne ihrer bisherigen Sammlungsparole befürwortete die Fraktion angesichts der gefährdeten Lage des Reiches weiterhin eine „große Zusammenfassung" unter Ausschaltung aller Parteistreitigkeiten (Marx). Sie trat klar für den Fortbestand der gerade erst geschlossenen Koalition ein[30]), die sich schon wieder in einer Krise befand.

Eine Minderheit der Zentrumsfraktion, die sich gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der SPD und für eine Fühlungnahme mit den Deutschnationalen aussprach, wurde von Stegerwald — der offensichtlich beeindruckt war von einem der Führer des von ihm geleiteten Christlichen Gewerkschaftsbunds, dem DNVP-Abgeordneten Behrens — angeführt. Er wollte die nach seiner Ansicht erforderliche neue Produktionsgrundlage auf der Basis einer neuen Währung mit Hilfe einer verlängerten Arbeitszeit erreichen.[31]) Die überwiegende Mehrheit der Fraktion stellte sich jedoch am 2. Oktober hinter den Reichskanzler und lehnte den Eintritt von deutschnationalen Politikern in das Kabinett ab.[32])

Als Reichswirtschaftsminister von Raumer (DVP) noch am 2. Oktober auf Drängen seiner Parteifreunde seinen Rücktritt erklärte[33]), war die Krise da, die bereits am folgenden Tage zur Demission des Kabinetts führte.[34]) Der Traum jener großen Koalition, der jahrelang das „Ziel heißen Wünschens und Strebens" gewesen war[35]), schien ausgeträumt. Im Zentrum — dessen Vorsitzender Marx vergeblich versucht hatte, die Sozialdemokraten bei der Stange zu halten, um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, als sei die SPD einer Intrige der Arbeitsgemeinschaft zum Opfer gefallen[36]) — wurden die Differenzen zwischen den Flügelparteien der Koalition als unbegründet kritisiert. Man empfand

[30]) Die *Germania* Nr. 273 vom 2. Oktober 1923 („Die Differenzen in der Koalition") schrieb, das Zentrum sei nicht gewillt, an der Frage einer möglichen Verbreiterung der Regierung die große Koalition scheitern zu lassen.

[31]) Aus einer Niederschrift des Abg. *ten Hompel* über die Sitzung der Zentrumsfraktion am Abend des 2. Oktober 1923 ergibt sich, daß Stegerwald — gegen Wirth — eine „positive Politik" mit der SPD für undurchführbar hielt. Nachl. ten Hompel.

[32]) Vgl. *KV* Nr. 719 vom 3. Oktober 1923.

[33]) Dazu vgl. *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 120 f.

[34]) Vgl. die Einzelheiten bei *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 140 ff.

[35]) So *KV* Nr. 720 vom 3. Oktober 1923.

[36]) Aufzeichnung *Stresemanns* vom 3. Oktober 1923 über eine Besprechung mit Marx; Nachl. Stresemann 1762. Vgl. *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 142. Nach einer Mitteilung von *Brauns* in einer Fraktionssitzung am Abend des 2. Oktober 1923 hat er am Vortage in einer Kabinettssitzung Hilferding auf dessen Frage erklärt, daß „grundsätzlich" keine Rede davon sein könne, die SPD aus der Regierung zu drängen. Nachl. ten Hompel.

kein Verständnis für diese so überaus „leichtfertig“[37]) vom Zaume gebrochene „frivole Krise“[38]), die als „Schmach“ bezeichnet wurde.[39]) Die Zentrumsfraktion, die nicht wie die beiden Flügelparteien durch inneren Zwiespalt gelähmt war, blieb darum bemüht, zwischen DVP und SPD zu vermitteln. Um der Sozialdemokratie entgegenzukommen, wurde beschlossen, die Sicherung des Achtstundentags und anderer sozialpolitischer Errungenschaften nicht im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes, sondern in einem eigenen Arbeitszeitgesetz zu regeln.[40])

Die Zentrumspresse verlieh einer weitverbreiteten Stimmung Ausdruck, wenn sie die Kabinettskrise als schwere Einbuße für das parlamentarische System kritisierte; durch solche Vorgänge würden der ohnehin immer lauter erhobene Ruf nach dem Diktator und die „Sehnsucht nach Kraft und Führung“ nur neue Nahrung erhalten.[41]) Noch drastischer gab Stegerwald seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß von einer breiten Regierungskoalition ebensowenig wie von den Parteien noch Hilfe zu erwarten sei: „Dafür ist es zu spät.“ Stegerwald befürwortete die Bildung eines „kleinen homogenen Kabinetts“, dem der Reichstag durch Ermächtigungsgesetz weitgehende Vollmachten übertragen solle.[42])

Aber Stegerwald setzte sich auch dieses Mal mit seiner Ansicht nicht durch. Die Mehrheit der Zentrumsfraktion unterstützte in dieser Situation „allgemeiner Zerfahrenheit“[43]) den von Marx nicht aufgegebenen Versuch, die alte Regierungsbasis wieder herzustellen. Die große Koalition galt der Mehrheit der Zentrumsabgeordneten nach wie vor als geeignete Zusammenfassung der wirtschaftlichen

---

[37]) So *KV* Nr. 720 vom 3. Oktober 1923.

[38]) So *Germania* Nr. 275 vom 4. Oktober 1923.

[39]) So *KV* Nr. 723 vom 4. Oktober 1923 („Das deutsche Elend“), wo es u. a. hieß: „Wir können nicht finden, daß die innerpolitischen Fragen die Bedeutung haben, die ihnen von den Parteien zugemessen wird.“

[40]) So nach dem Protokoll der Fraktionssitzung vom 3. Oktober 1923 (Nachl. ten Hompel); ferner *KV* Nr. 722 vom 4. Oktober 1923: „Die Krise besteht weiter.“ In einem Artikel der *KV* Nr. 725 vom 5. Oktober 1923 über Stresemanns Bemühungen um die Regierungsneubildung hieß es, die Zentrumsfraktion sei von dem Wunsch geleitet gewesen, in der Frage des Achtstundentags eine „der deutschen Wirtschaft nützliche und auch der Arbeiterschaft gegenüber vertretbare Lösung“ zu finden und diese Frage aus dem Ermächtigungsgesetz herauszunehmen.

[41]) So *KV* Nr. 721 vom 3. Oktober 1923. Ähnlich *Germania* Nr. 275 vom 4. Oktober 1923. Einige Wochen zuvor hatte Otto *Kunze* in der Allg. Rundschau (Nr. 31 vom 2. August 1923, S. 367) geschrieben: Die Demokratie in Deutschland befinde sich im Zustand der Zersetzung; das Volk habe kein Vertrauen mehr zu „Wahlen, Mehrheitsbeschlüssen, Parlamenten, Parteien oder sonst etwas Unpersönlichem in der Politik. Es ruft nach einem Diktator oder z. B. in Bayern [. . .] nach dem König.“ Am 5. Oktober 1923 kommentierte die *KV* Nr. 727: Die tiefste Wurzel des gegenwärtigen Übels liege in dem „elenden Zustand unseres Parteilebens“, ohne dessen „radikale Änderung“ und ohne Umstellung „bestimmter Parteien im Sinne größerer Wahrhaftigkeit“ keine Besserung möglich sei. Vgl. *Kamper*, Rheinlandkrise, S. 67: Der Glaube an die Wunderkraft der Diktatur, der von „Interessenten und Schwärmern“ längst verkündet worden sei, schien jetzt große Massen widerstandslos zu ergreifen.

[42]) Vgl. *Der Deutsche* Nr. 231 vom 3. Oktober 1923. Ähnlich am 7. Oktober 1923 (Nr. 235).

[43]) So *KV* Nr. 727 vom 5. Oktober 1923.

und politischen Kräfte[44]) und als beste Gewähr für eine ruhige Entwicklung sowie „größtmögliche Garantie" für die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität.[45])

Um den als „unerträglich" kritisierten Zustand[46]) und diese „größte Krise des Reiches seit seinem Bestehen"[47]) so rasch wie möglich zu beenden, stimmte die Fraktion am Abend des 5. Oktober einmütig einem Antrag Herolds zu, der Regierung einer neuen großen Koalition selbst ohne die „Sicherstellung" eines Ermächtigungsgesetzes beizutreten, wenn die erforderlichen Gesetze im „beschleunigten Verfahren" mit einfacher Mehrheit im Reichstag durchgebracht werden könnten.[48]) Verhandlungen zwischen den bisherigen Koalitionsparteien (an denen für das Zentrum Brauns, Becker-Arnsberg und Andre teilnahmen) führten in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober 1923 zu dem Ergebnis, die wichtigsten Bestimmungen des neuen Arbeitszeitgesetzes mit den Sozialdemokraten so festzulegen[49]), daß ihre Annahme im Reichstag gesichert war. Am späten Vormittag des 6. Oktober stimmte die Zentrumsfraktion dieser Übereinkunft zu. In dem am gleichen Tage auf der Grundlage der großen Koalition gebildeten 2. Kabinett Stresemann behielten die drei Zentrumsvertreter (Brauns, Höfle, Fuchs) ihre Ressorts.

Der Abgeordnete Bornefeld-Ettmann hatte sich mit seinem Vorschlag nicht durchsetzen können, daß die Fraktion als Gegenleistung für ihr Zugeständnis, die sozialpolitischen Belange aus dem vorgesehenen Ermächtigungsgesetz herauszunehmen, eine Abänderung der „übertrieben hohen" Steuern verlangen solle. Die Bedenken Bornefelds, der wegen des erzielten Kompromisses Angriffe der bäuerlichen Bevölkerung gegen das Zentrum befürchtete, zerstreuten andere Fraktionsmitglieder (Stegerwald, ten Hompel, Herold). Sie argumentierten dabei mit dem bemerkenswerten Hinweis, daß das neue Kabinett Stresemann mit einem bürgerlichen Finanzminister „überhaupt einen stärkeren bürgerlichen Einschlag" haben werde als die letzte Regierung; bei „einheitlicher Vertretung" der Fraktionspolitik könnten die Folgen trotz der vorgebrachten Bedenken „sehr wohl" getragen werden.[50])

---

[44]) Vgl. *Germania* Nr. 275 vom 4. Oktober 1923: Das Zentrum habe in den beiden letzten Tagen versucht, die Differenzen auf dem Boden der großen Koalition auszugleichen. Ähnlich *Germania* Nr. 278 vom 7. Oktober 1923 („Die schwarze Woche") und *KV* Nr. 733 vom 8. Oktober 1923 („Nach dem Sturm").

[45]) So *Germania* Nr. 278 vom 7. Oktober 1923.

[46]) In einer Fraktionssitzung vom 5. Oktober 1923. Vgl. *Germania* Nr. 276 vom 5. Oktober 1923.

[47]) So *KV* Nr. 727 und 728 vom 5. und 6. Oktober 1923.

[48]) Nachl. ten Hompel; ferner *KV* Nr. 730 und 731 vom 6. Oktober 1923.

[49]) Vgl. *KV* Nr. 731 vom 6. Oktober 1923; *Schulthess* 1923, S. 185.

[50]) Nachl. ten Hompel.

2. Der Anteil von Zentrumspolitikern an der Währungsstabilisierung

Die Realisierung des Rentenmark-Projekts auf der Grundlage des Helfferichschen Planes, die zur Stabilisierung der Währung führte, ist von Zentrumspolitikern entscheidend beeinflußt worden. Der Generalsekretär der Handels- und Industriebeiräte der Partei, Wilhelm Fonk, hat in einer 1924 zum Reichstagswahlkampf erschienenen und in der einschlägigen Literatur nicht beachteten Flugschrift der Zentrumspartei zum ersten Male darauf hingewiesen[1]), daß es den Bemühungen des Abgeordneten ten Hompel gelungen sei, die vom damaligen Reichsfinanzminister Hilferding vorgebrachten Einwände gegen das Rentenmarkprojekt — denen sich das Kabinett bereits angeschlossen hatte — gegenstandslos zu machen. Aus späteren Aufzeichnungen und Briefen von ten Hompel und Lammers[2]) läßt sich der genaue Ablauf dieser Aktion rekonstruieren, der in der einschlägigen Literatur nirgendwo erwähnt ist.

Am 21. August 1923 wurde Helfferichs Plan[3]) einer Roggenwährung der neu gebildeten Regierung Stresemann (Finanzminister: Hilferding; Ernährungsminister: Luther) vorgelegt, nachdem Helfferich darüber bereits seit dem 7. August mit einzelnen Mitgliedern des Kabinetts Cuno (Rosenberg, Hermes und Cuno) und am 18. August auch mit Stresemann und Mitgliedern seiner Regierung gesprochen hatte.[4]) Am 29. August fanden weitere Besprechungen im Reichsfinanzministerium statt, an denen unter dem Vorsitz Hilferdings Vertreter der Wirtschaft und der Banken teilnahmen. Am 3. September wurde ein Währungsausschuß des Reichsverbands der Deutschen Industrie eingesetzt, um den inzwischen bereits erheblich modifizierten Plan Helfferichs weiter zu erörtern. Diesem Gremium gehörte auch das Vorstandsmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie, der Berliner Rechtsanwalt und Wirtschaftsberater Clemens Lammers, an (der 1924 als Zentrumsabgeordneter in den Reichstag einzog). Die Vorschläge dieses Ausschusses des Reichsverbands liefen darauf hinaus, auf der Basis des Helfferichschen Projekts der Sachwertbelastung als Sicherungsgrundlage und des Goldes als Rechnungsgrundlage eine Goldnotenbank zu schaffen und eine Milliarde Goldnoten herauszugeben. Dieses Projekt wurde schließlich am 5. September vom Finanzministerium akzeptiert. Die interessierten Wirtschaftskreise erwarteten die Annahme der am 8. September von den Sachverständigen fertiggestellten Pläne in einer Kabinettssitzung am 10. September.

---

[1]) S. 22 ff. Ferner *Fonk*, Die Wirtschaftspolitik des Zentrums, in: Nationale Arbeit, S. 271. Dazu mündl. Auskünfte von W. Fonk.

[2]) Im Nachl. ten Hompel.

[3]) Vgl. *Beusch*, Währungsverfall, S. 27 ff., 116 ff. (Wortlaut nebst späteren Variationen).

[4]) Vgl. Friedrich *Ramhorst*, Die Entstehung der Deutschen Rentenbank (Veröffentl. des Reichsverbandes der Dt. Industrie, H. 20). Berlin 1924, S. 6; Karl *von Lumm*, Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter. Leipzig 1926, S. 102 f., 108.

Zu ihrer großen Überraschung lehnte das Kabinett die Vorlage ab.[5]) Hilferding hatte sich inzwischen auf starkes Drängen seiner Fraktion hin für einen anderen Sanierungsplan — entwickelt vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat — entschieden. Der Finanzminister argumentierte mit dem Hinweis, daß es fraglich sei, ob die Industrie den Goldbetrag (von 500 Millionen) aufbringen wolle, daß es bedenklich sei, für die Belastung der Gesamtwirtschaft den Roggenwert zugrunde zu legen und daß die Hypothekenbelasteten zugleich Anteilseigner der neu zu gründenden Bank (und ihres Reingewinns) sein würden. Der Finanzminister — aus dessen Argumentation klar hervorging, daß er (im Sinne seiner Fraktion) eine direkte Einflußnahme des Reiches an der neuen Bank sichergestellt wissen wollte — schlug seinerseits vor[6]), eine selbständige Goldnotenbank mit Hilfe der Reichsbank zu gründen (100 Millionen Grundkapital, 80 Millionen zur Zeichnung ausgelegt). Zur Ergänzung dieser Maßnahme sollten Teile des Helfferichschen Projekts herangezogen werden (hypothekarische Belastung des Besitzes usw.). Hilferding verkannte nicht, daß dem von ihm unterstützten Plan „große Bedenken" entgegenstünden: „nämlich die Gefahr der völligen Entwertung der Papiermark bis zur Repudiation". Nach einer anschließenden Diskussion im Kabinett, in deren Verlauf Stresemann auf äußerste Beschleunigung der Stabilisierung drängte und die sofortige Leistung einer „erheblichen Barzahlung" an Frankreich als Voraussetzung für jede Verständigung bezeichnete, beschloß die Regierung, dem von Hilferding vorgetragenen Plan zuzustimmen. Die Öffentlichkeit sollte zunächst nur von dem Entschluß unterrichtet werden, eine Goldnotenbank zu gründen, jedoch nicht über „weitere Erwägungen betreffend den Helfferichschen Plan".

Das geschah am 11. September. Am folgenden Tage trat daraufhin Helfferich selbst mit seinem Projekt, das er bisher auf Wunsch der Reichsregierung geheimgehalten hatte, in der „Kreuzzeitung" an die Öffentlichkeit. Damit begann eine heftige Diskussion. Diejenigen Wirtschaftskreise, die ebenso wie das Direktorium der Reichsbank den Plan Helfferichs als die einzige Rettung betrachteten (und ihr Veto gegen das Hilferdingsche Projekt anmeldeten), sahen sich in einer „verzweifelten Lage" (ten Hompel), da jeder Tag die katastrophale Währungssituation und Ernährungslage verschlimmerte. Am Vormittag des 13. September suchte ten Hompel in einer auf seine Veranlassung einberufenen Sitzung des Vorstands der Zentrumsfraktion von den drei anwesenden Ministern Brauns, Fuchs und Höfle die Gründe für den Kabinettsbeschluß vom 10. September zu erfahren. Es zeigte sich, daß alle drei Minister „nur ganz oberflächlich von der ganzen Sache" wußten — keiner von ihnen hatte sich laut Kabinettsprotokoll am 10. September in der entscheidenden Sitzung zu Wort gemeldet — und nicht die Tragweite des Entschlusses bzw. der Alternative begriffen hatten. Unter

[5]) Vgl. *Ramhorst*, Rentenbank, S. 19; *Lumm*, Helfferich, S. 109. Die folgenden Einzelheiten nach dem Protokoll der Kabinettssitzung vom 10. September 1923. Bundesarchiv R 43 I/2440.

[6]) Vgl. *Beusch*, Währungsverfall, S. 140 f. („Plan Hilferdings").

diesen Umständen gelang es ten Hompel und dem von ihm herbeigerufenen Rechtsanwalt Lammers, unterstützt von Mitgliedern des Fraktionsvorstands, die Minister Höfle und Fuchs (Brauns hatte die Sitzung vorzeitig verlassen) von der Zweckmäßigkeit des Helfferich-Projekts und von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Angelegenheit in einer Kabinettssitzung erneut aufzugreifen.

Inzwischen hatte sich auch die Reichsbank mit gewissen Modifikationen (Gründung der neuen Bank, „Reichsrentenbank", durch das Reich) für Helfferichs Projekt ausgesprochen.[7]) Auf Grund der Zentrumsinitiative[8]) entschloß sich das Kabinett, in dem Luther der schärfste Gegner des Hilferdingschen Planes war, seinen voraufgegangenen Beschluß zu revidieren.[9]) Der Finanzminister sollte im Sinne der von ihm entwickelten Vorschläge das Helfferichsche Projekt beschleunigt weiter verfolgen. Am 15. und 16. September wurde unter Vorsitz Luthers Helfferichs Entwurf durchgreifend umgestaltet (klare Herausstellung der Goldbasis).[10]) Am 18. September rief Hilferding den inzwischen nach Italien abgereisten Helfferich telegraphisch nach Berlin zurück.[11]) Hilferding legte am 19. September einen auf der Grundlage des Helfferich-Planes beruhenden Gesetzentwurf über die Schaffung einer „Bodenmark" mit einer auf Goldmark lautenden Belastung des Besitzes vor. Am 15. Oktober — nach Abbruch des Ruhrkampfs und nach der Umbildung des Kabinetts Stresemann (Finanzminister: Luther; Wirtschaftsminister: Koeth) — erging schließlich die Verordnung zur Errichtung der Rentenbank.

3. Kritik am parlamentarischen System

„Die tiefste Wurzel des Übels liegt in dem elenden Zustand unseres Parteilebens." KV Nr. 727 vom 5. Oktober 1923.

Die außergewöhnlich lange Rede, mit der der Abgeordnete Bell am 8. Oktober namens der Zentrumsfraktion zur Regierungserklärung Stresemanns vom 6. Ok-

[7]) Aufzeichnung der Reichskanzlei vom 18. September 1923. Bundesarchiv R 43 I/2440.

[8]) In einer Redeskizze *ten Hompels* vom 10. Dezember 1923 heißt es über diese Vorgänge: „Ergebnis Kabinettssitzung am 11. September: Gründung Goldnotenbank statt Ausgaben Rentenmark. Wiederaufnahme des Rentenmarkprojektes (Währungsbank) durch Einfluß der inzwischen informierten Zentrums-Minister." Nachl. ten Hompel.

[9]) Wann das genau geschehen ist, läßt sich bisher noch nicht feststellen. Bei Karl-Bernhard *Netzband* und Hans Peter *Widmaier*, Währungs- und Finanzpolitik der Ära Luther 1923—1925. Basel, Tübingen 1964, S. 20 — wo mit keinem Wort von der Zentrumsinitiative die Rede ist —, heißt es sehr allgemein, daß in der Kabinettssitzung am 14. September 1923 die Währungsfrage „wiederum in keiner Weise" vorangekommen sei.

[10]) Dazu vgl. Hans *Luther*, Feste Mark — Solide Währung. Berlin 1924, S. 66; *ders.*, Die Stabilisierung der deutschen Währung, in: Zehn Jahre deutsche Geschichte, S. 168; *ders.*, Politiker ohne Partei, S. 116 f.

[11]) Vgl. *Lumm*, Helfferich, S. 111, wo die voraufgegangenen Vorgänge vom 13. September 1923 nicht erwähnt werden.

tober Stellung nahm[1]), schnitt nahezu alle aktuellen Fragen an. Sie vermittelt einen instruktiven Überblick über die Politik der Partei auf dem Höhepunkt der Staatskrise: Inflation, Konflikt mit Bayern, Putsche, Rheinlandkrise. Bell ging aus von der Kritik an der gerade überstandenen Regierungskrise, die er allerdings insoweit als unberechtigt bezeichnete, als sie auf eine grundsätzliche Kritik an der Republik und am Parlamentarismus abziele. Der Zentrumssprecher erneuerte den Sammelruf seiner Partei zur „vaterländischen Gemeinschaftsarbeit", um in deren Zeichen allen inneren Parteihader zu überwinden. Ohne daß die „innere Gesinnung" des einzelnen und einzelner Parteien „irgendwie angetastet" werden solle, müsse der Wiederaufbau auf dem Boden der Verfassung — von Demokratie oder Republik war keine Rede — vor sich gehen.

Bell verteidigte die Notwendigkeit des über Bayern verhängten Ausnahmezustands, begrüßte aber die von Stresemann geübte weitgehende Zurückhaltung gegenüber München. Er wußte allerdings auch keinen Weg zu nennen, um den erstrebten Ausgleich mit Bayern zu erreichen und den „berechtigten Wünschen" der Länder Rechnung tragen zu können. Die Konsequenzen des von der Regierung geforderten Ermächtigungsgesetzes wurden von dem Zentrumsabgeordneten im einzelnen dargelegt (befristeter Verzicht auf die Rechte des Parlaments), aber auch die Zustimmung der Fraktion zu diesem Gesetz in Aussicht gestellt. Nach sehr allgemein gehaltenen Ausführungen über das Verhältnis von Wirtschaft und Politik verlangte Bell von dem neuen Steuersystem eine schärfere Belastung des Besitzes und der „leistungsfähigen Kräfte". Hier wie bei seiner Forderung nach rascher Währungsstabilisierung und äußerster Sparsamkeit entwickelte der Abgeordnete keine konkreten Vorschläge. Die Tatsache, daß es gelungen sei, mit den Sozialdemokraten zu einer Übereinkunft über eine verlängerte Arbeitszeit zu kommen, galt als besonderer Gewinn.

Zur Aufgabe des passiven Widerstands ließ sich der Zentrumssprecher auf keine nachträgliche Polemik ein, wenngleich aus seinen Worten („im Interesse der historischen Wahrheit") zur Genüge deutlich wurde, daß gerade auch aus rheinischen Zentrumskreisen „eindringliche Mahnungen" an die Regierung gelangt seien, um des Endziels willen den Höhepunkt des passiven Widerstands zu Verhandlungen „unter Abbruch dieses Widerstands" auszunutzen. Bell wollte indes aus der „tiefbedauerlichen Ergebnislosigkeit" dieser Aktion nicht den Rückschluß gezogen wissen, daß man sich zur gemeinsamen Abwehr gar nicht erst hätte aufraffen sollen. Allein die Tatsache, daß der Widerstand acht Monate lang angedauert habe, müsse als Ruhmesblatt gewertet werden.

Da sich jede Spekulation auf die Uneinigkeit der Alliierten als verfehlt herausgestellt habe, hielt es der Fraktionssprecher für richtig, eine „einheitliche Linie unserer ehemaligen Kriegsgegner" zur gemeinsamen Verständigung herbeizuführen. Trotz aller bitteren Erfahrungen der Vergangenheit bekenne sich das

[1]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 11958 ff. Die Erklärung *Stresemanns* ebd., S. 11933 ff.

Zentrum auch weiterhin zur ehrlichen Verständigungs- und Erfüllungspolitik und zur Bekundung des „praktischen Erfüllungswillens bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit". Dem Einwand, daß alle deutschen Reparationsangebote bisher zwecklos gewesen seien, setzte Bell die alte Zentrumstaktik — die im Kulturkampf wie in der sozialen Gesetzgebung mit „rühmlichem Erfolg" angewandt worden sei — entgegen: trotz aller Ablehnungen immer von neuem mit Anträgen hervorzutreten, um in einem Kampf um das Recht die Weltöffentlichkeit von der deutschen Erfüllungsbereitschaft zu überzeugen.

Zur Frage des besetzten Gebiets erklärte der Zentrumsabgeordnete kurz und bündig, daß die Bewohner des Rhein- und Ruhrgebiets alle separatistischen Bestrebungen verurteilten und sich in ihrer Treue zum deutschen Vaterland von niemand übertreffen ließen.[2]) Umgekehrt erwarte die Bevölkerung in den deutschen Westgebieten stärkere materielle und wirtschaftliche Hilfe von der Regierung und die Förderung von Maßnahmen, um den Gegensatz zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet zu überbrücken.[3]) Wenn Bell in diesem Zusammenhang auf das schärfste (und direkt auf den Reichskanzler gezielt) davor warnte, das Rheinland seinem Schicksal zu überlassen, so galt dieser Appell bestimmten Strömungen innerhalb der Reichsregierung, von denen noch die Rede sein wird. Weder ein rheinischer Sonderstaat noch eine internationalisierte Zone dürften als Lösung in Frage kommen. Allein im Rahmen des Reiches könne das Rheinland seine übernationale Kulturmission und Verständigungsfunktion ausüben.[4])

Bell bezeichnete den aus der Notlage des Volkes erwachsenen „Verzweiflungsschrei" nach dem Diktator[5]) als ein „Phantom", da das „ganze Deutschland" zur Rettungsarbeit aufgerufen sei, wobei die Parteien besondere Verantwortung trügen. Im demokratischen Volksstaat sei staatsbürgerliche Erziehung zur Ausprägung des Gemeinsinns und der Bürgerpflichten ebenso notwendig wie — als Hauptaufgabe — die „sittliche Wiedererneuerung" als Voraussetzung der nationalen Wiedergeburt und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Bell warnte

---

[2]) Einen Tag nach Bells Rede verurteilte der Provinzialausschuß des Rhein. Zentrums am 9. Oktober 1923 in Köln alle separatistischen und putschistischen Pläne sowie französische Anbiederungen. Vgl. *KV* Nr. 736 vom 9. Oktober, 739 vom 10. Oktober und 743 vom 11. Oktober 1923. Vgl. ferner *KV* Nr. 775 vom 23. Oktober 1923 und Nr. 778 vom 24. Oktober 1923: „Die rheinischen Katholiken wollen weder mit den französischen Radikalen noch mit den französischen Nationalisten etwas zu tun haben. [. . .] Sie wollen als Deutsche beim Deutschen Reiche bleiben."

[3]) In Köln wurde am 9. Oktober 1923 (s. die vorige Anm.) ausführlich über entsprechende Maßnahmen diskutiert. In einem Leitartikel „Klarer Wille" (*KV* Nr. 783 vom 26. Oktober 1923) faßte *Joos* die rheinischen Forderungen in die Worte: Im Kampf gegen alle „Reichszerstörer" seien „Arbeit, wertbeständiges Geld und Brot" nötig.

[4]) Ähnlich hieß es in einem Artikel „Das Ende Deutschlands?" des Abg. *Ehrhardt* in *Germania* Nr. 280 vom 9. Oktober 1923: Deutschland könne sich aus seinem „furchtbaren Elend" nur erheben, wenn die Reichseinheit gewahrt werde.

[5]) Dazu vgl. die Formulierung *Ehrhardts*, Die deutsche Arbeiterschaft am Scheidewege (*Germania* Nr. 12 vom 12. Januar 1924): „Zur Zeit geht eine starke reaktionäre Welle durch das Land."

vor überspanntem Parteigeist und „gemeingefährlichem Pessimismus". Er schloß seine Ausführungen mit einem Appell an Reichskanzler Stresemann, hart zu bleiben, da er einen schweren Gang vor sich habe und bittere Enttäuschungen erleben werde; bei seinem „Kreuzweg durch Dickicht und Dornen" könne er sich auf die Zentrumspartei verlassen, die mit ihm marschieren werde zur Rettung des hartgeprüften Volkes.

Die Rede Bells ließ neben einer Globalzustimmung zur Regierungserklärung Stresemanns ein eigenständiges Aktionsprogramm der Zentrumsfraktion erkennen. Unüberhörbar ist der Versuch, jener Kritik auch in den eigenen Reihen zu begegnen, die sich bis zur Ablehnung des parlamentarischen Systems gesteigert hatte. Die wiederholten Hinweise auf die Verantwortung des Gesamtvolks, die Bereitschaft zur Fortsetzung der Verständigungs- und Erfüllungspolitik und das Eintreten für die bedrängte Bevölkerung in den besetzten Gebieten zielten ebenso in diese Richtung wie der spürbare Verzicht auf polemische Ausfälle gegen die Rechtsparteien. Die gehäuften Hinweise auf die verschiedenen Notstände galten nicht zuletzt der psychologischen Vorbereitung für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes, das der Regierung ungewöhnliche Vollmachten übertragen sollte.

Die Annahme des Gesetzes am 13. Oktober[6]) geschah, wie von Bell angekündigt, mit den Stimmen der Zentrumsfraktion. Sie wollte damit der Regierung Gelegenheit geben, den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf neuen Grundlagen beginnen und durch eine „Volksgemeinschaft der Arbeit"[7]) die Parteienzerklüftung und die innere Zerrissenheit überwinden zu können. Mit der Annahme des Gesetzes war zugleich die Gefahr einer Reichstagsauflösung gebannt, mit der Stresemann gedroht und für die er bereits das Plazet des Reichspräsidenten eingeholt hatte. Die Zentrumsfraktion forderte unmittelbar nach der Abstimmung im Plenum am 13. Oktober die Regierung — der Vollmachten übertragen worden seien, „wie sie wohl noch nie von einem Parlament einer Regierung anvertraut wurden" — auf, sofort Maßnahmen zur Ordnung der Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse in die Wege zu leiten und dazu die Machtmittel des Reiches einzusetzen.[8]) Offensichtlich als eine der Voraussetzungen dieser „Ordnung" hatte die Fraktion in einem voraufgegangenen Beschluß am Vortage die baldige Besetzung des

---

[6]) Die *KV* Nr. 751 vom 14. Oktober 1923 kommentierte unter der Überschrift „Endlich!": „Es war höchste Zeit, allerhöchste Zeit." Zur Vorgeschichte des Ermächtigungsgesetzes vgl. *Luther*, Politiker, S. 121 ff. Dort auch (S. 122 f.) der Wortlaut.

[7]) So der Abg. *Andre* am 9. Oktober 1923 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12047, 12052. *Stegerwald* trat am gleichen Tage in seiner Zeitung *Der Deutsche* (Nr. 236) für das Ermächtigungsgesetz ein.

[8]) Vgl. *KV* Nr. 751 vom 14. Oktober 1923; *Germania* Nr. 285 vom 14. Oktober 1923. Der Entwurf dieser Entschließung stammte in der Hauptsache von *ten Hompel*. *Lauscher* setzte einen Zusatz durch, wonach sich die Regierung insbesondere um Abhilfe der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des besetzten Gebiets (Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Ernährungsschwierigkeiten) kümmern solle.

Reichsernährungsministeriums „mit einem der Landwirtschaft nahestehenden Mann" gefordert.[9])

Das Gefühl, mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes zur zeitweiligen Selbstabdankung des Parlamentarismus beigetragen zu haben, war in Zentrumskreisen weit verbreitet. Allerdings besaß die Fraktion eine gewisse Kontrolle über die Ausübung der Vollmachten, die der Regierung erteilt waren, durch ihre Vertreter innerhalb des Kabinetts. Von diesen (drei) Reichsministern war zumindest der einflußreichste von ihnen, Reichsarbeitsminister Brauns, der auch von Stegerwald geteilten Auffassung, daß die politische Situation mit dem Reichstag „nicht mehr zu meistern" sei und daß mit einer parlamentarischen Regierung die Schwierigkeiten des kommenden Winters schwerlich überwunden werden könnten.[10]) Der Ruf nach einer Diktatur verstummte nicht. Zu diesem Zeitpunkt lockerten lokale Putsche und separatistische Bestrebungen im Rheinland, turbulente Zustände in Bayern und Sachsen und leidenschaftliche Auseinandersetzungen um Reich und Verfassung das innere Gefüge des Reiches. In der Zentrumspartei sah man den Austrag dieser Gegensätze „bis in die Tiefen des ganzen Volkes" hinein wachsen.[11])

[9]) Die Entschließung wurde dem Reichskanzler von *Marx* noch am gleichen Tage übermittelt. Bundesarchiv R 43 I/928.

[10]) So am 19. November 1923 in einer Kabinettssitzung. Ebd. 1390.

[11]) So *KV* Nr. 791 vom 29. Oktober 1923. In einem gleichzeitigen Leitartikel „Länder und Reich" trat der Abg. *Andre* für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Reich ein, um dem „Bruderkrieg" ein Ende zu machen und das Reich zu erhalten. In diesem Zusammenhang kritisierte Andre das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung gegen die „links gerichteten Volkskreise", während die Rechtsradikalen ein „größeres Maß politischer Freiheit" genössen.

4. Die Rheinlandkrise vom November 1923

> „Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, über die Verhandlungen mit der Reichsregierung im Jahre 1923 [. . .] zu reden, wird man sehen, daß es nicht der damaligen Reichsregierung, sondern lediglich den Rheinländern selbst zu danken ist, wenn sie heute noch bei Deutschland sind. Die Reichsregierung hatte uns vollständig preisgegeben."
>
> Oberbürgermeister Adenauer am 24. Juli 1926.[1])

Im Herbst 1923 zeichnete sich eine „Schicksalswende an Rhein und Ruhr"[2]) ab. Die Lage des Reiches nach dem Abbruch des passiven Widerstands Ende

[1]) Dieser Satz findet sich im Entwurf eines Schreibens vom 24. Juli 1926 an einen Berliner Oberstudiendirektor — der in einem Geschichtsbuch die Tatsachen falsch dargestellt hatte — und ist eigenhändig wieder gestrichen. Stadtarchiv Köln Abt. II, Nr. 253, Bd. 4.

[2]) So die Kapitelüberschrift bei *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 211, die dort mit einem Fragezeichen versehen ist.

September schien aussichtslos, der Verlust des Rheinlands unvermeidlich.[3]) Das Reichskabinett erwog seit Anfang Oktober eine außenpolitische Lösung, die unter der Bezeichnung Versackungspolitik bekannt geworden ist. Ausgehend von der katastrophalen Lage der Reichsfinanzen, der „tatsächlichen Annexion" des besetzten Gebiets und der Aussichtslosigkeit französischen Entgegenkommens wurden die Möglichkeiten und Auswirkungen einer Einstellung der ins Riesenhafte gewachsenen Zahlungen an das besetzte Westdeutschland diskutiert. Die „schmerzliche Folge"[4]) davon wäre eine finanzielle Verselbständigung dieses Gebiets gewesen, die politisch nur im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht möglich gewesen wäre. Damit zeichnete sich die Gefahr eines eigenen staatsrechtlichen Gebildes in Westdeutschland ab.[5]) Auf Drängen von Reichsfinanzminister Luther, den Brauns und Geßler unterstützten, sollten alle Zahlungen in dieses Gebiet (Beamtengehälter, Erstattung von Besatzungskosten, Zuschüsse an die Gemeinden usw.) mit Ausnahme der Erwerbslosenfürsorge aufhören und alle Reparationsleistungen auf Grund des Versailler Vertrags solange ausgesetzt werden, bis das Reich die „volle Verfügung" über das besetzte Gebiet wiedererlangt habe.[6])

Dieser Plan nahm in den folgenden Wochen festere Formen an. In einer Besprechung von Abgeordneten des besetzten Gebiets mit dem Reichskanzler und zahlreichen Reichsministern am 15. Oktober ließ Stresemann, der seinerseits unentschlossen war, die Parlamentarier in dem Glauben, daß die Regierung ihren Verpflichtungen weiterhin nachkommen werde.[7]) Die Antworten auf einen

[3]) Vgl. *Warburg*, Aus meinen Aufzeichnungen, S. 118, 121. Neuerdings Karl-Dietrich *Erdmann*, Nationale und übernationale Ordnung als Problem europäischer Geschichte, in: Evangel. Verantwortung 13, 1965, S. 14.

[4]) So *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 155.

[5]) Eine gute Analyse der „Versackungspolitik" findet sich bei *Kamper*, Rheinlandkrise, S. 25 ff. Danach waren auch zahlreiche „besonnene und ernsthafte" Bewohner des besetzten Gebiets durch die Überlegung bedrückt, daß Frankreich, „nachdem es sich ein lokales Pfand geschaffen hatte, auf dem Umwege über das besetzte Gebiet das ganze Reich nach Belieben auspowern und an jeder Gesundung hindern könne", wenn die Reichsregierung ihre Zahlungen in vollem Umfang weiter leiste. Die Frage sei gewesen, ob man nicht das besetzte Gebiet „versacken" lassen und den Franzosen erklären solle: „Ihr habt im besetzten Gebiet die Macht, übernehmt jetzt gefälligst auch die Verantwortung." Die Befürworter einer solchen Politik hofften, daß Frankreich den Schwierigkeiten nicht gewachsen sein würde, so daß sich die Abtrennung des Rheinlands, mit der man fest rechnete, nur als vorübergehend erweisen werde. Ebd. S. 43: Der „Versackungsidee" sei das eigenartige Schicksal widerfahren, „daß von denen, die sie damals mit Leidenschaft vertraten, es heute niemand mehr gewesen sein will".

[6]) Bereits am 9. Januar 1923 hatte Oberbürgermeister *Adenauer* folgende Information an Reichskanzler Cuno gelangen lassen: Nach Ansicht des Kölner britischen Bezirksdelegierten und des britischen Vertreters in der Alliierten Rheinlandkommission sei es im Augenblick unzweckmäßig, „wenn Deutschland als Antwort auf das Vorgehen Frankreichs erkläre, der Versailler Vertrag bestehe nicht mehr". Das Reich solle sich die Möglichkeit, „eine solche Konsequenz aus dem französischen Vorgehen zu ziehen", noch vorbehalten, „um je nach dem Laufe der Entwicklung davon Gebrauch zu machen". Bundesarchiv R 43 I/203.

[7]) Vgl. *Eßer*, Reichstagszentrum, S. 25: „Wir nahmen aus den Verhandlungen [mit der Regierung] den Eindruck mit, daß die Versackungstheorie im Kabinett vielleicht einzelne Fürsprecher gehabt hatte, aber von der Mehrheit abgelehnt wurde."

Katalog von zehn Fragen, die der Zentrumsabgeordnete Eßer am 6. Oktober formuliert hatte, lauteten überwiegend positiv.[8]) Rheinische Anstrengungen im „Kampf gegen den Untergang“[9]) wurden von der Zentrumsfraktion des Reichstags energisch unterstützt, die sich allen Bestrebungen, die auf eine zeitweilige Preisgabe des besetzten Gebiets hinausliefen, widersetzte.[10])

Da die Rheinlandkrise vom November 1923 bisher keine zureichende Darstellung gefunden hat, rechtfertigt sich der Versuch, die entscheidenden Vorgänge besonders im Kabinett etwas ausführlicher auf Grund neuerschlossenen Quellenmaterials zu behandeln. Auf diese Weise ergibt sich auch eine indirekte Analyse der Zentrumspolitik in dieser Frage, wie sie aus parteioffiziellem oder -internem Material nicht zu belegen ist.

Im Reichskabinett standen sich die Fronten, wie aus einer ausgiebigen Diskussion am 20. Oktober hervorging[11]), unversöhnlich gegenüber: Luther wollte durch „rücksichtslose Drosselung“ der Ausgaben der Inflationswirtschaft ein Ende bereiten und keine weiteren Zahlungen (mit Ausnahme der Erwerbslosenfürsorge) in das besetzte Gebiet leisten, da die von Frankreich künstlich herbeigeführte Arbeitslosigkeit die Hauptursache für das finanzielle Chaos im Reich bilde.[12]) Demgegenüber vertraten die Reichsminister Fuchs und Sollmann die Gegenposition. Fuchs befürchtete, daß die Einstellung der Reichszuschüsse, die Sollmann als „Aufkündigung des Rheinlandes von Berlin aus“ bezeichnete, „wahrscheinlich“ den Verlust des besetzten Gebiets „für immer“ zur Folge haben würde. Stresemann vertagte angesichts dieser folgenschweren Situation einen Kabinettsbeschluß. Er faßte allerdings die Möglichkeit eines Bruches mit dem besetzten Gebiet ins Auge und erklärte, nicht ohne Sinn für historische Dramatik, ein solcher Bruch müsse mit dem Händedruck stattfinden: „Wir kommen wieder!“ Der Reichskanzler hatte am Vortage telegraphisch die Aus-

---

[8]) Ein Durchschlag des Fragebogens und der Antwort darauf befindet sich im Nachl. Geßler 57 (Bundesarchiv).

[9]) Vgl. das entsprechende Kapitel bei *Kamper*, Rheinlandkrise, S. 61 ff. *Wentzckes* Polemik gegen Kamper (vgl. Ruhrkampf, Bd. 2, S. 452) ist nicht begründet. Wentzcke zählte zu den Parteifreunden und Bewunderern von Jarres, dem er 1925 den 2. Band seines Werkes „Rheinkampf“ gewidmet hatte.

[10]) Sitzung des Interfrakt. Ausschusses am Vormittag des 8. Oktober 1923. Über das Ergebnis dieser Besprechung mit Vertretern der Regierung, die weitere Finanzhilfe zusagten, berichtete Reichsminister *Fuchs* am Nachmittag des gleichen Tages in einer Ministerbesprechung. Bundesarchiv R 43 I/453. Vgl. *Eßer*, Reichstagszentrum, S. 23: „In der Zentrumsfraktion des Reichstages erhob sich sofort gegen diese Wahnideen, die man alsbald in dem schönen Worte ‚Versackungstheorie‘ zusammenfaßte, der allerschärfste Widerspruch.“

[11]) Bundesarchiv R 43 I/453. Dazu vgl. *Zimmermann*, Außenpolitik, S. 207: „Es sickerte durch, daß im Schoß des Kabinetts die Minister, die die Aufrechterhaltung der Wertbeständigkeit der Rentenmark für ausschlaggebend hielten, für die sogenannte Versackungspolitik eintraten.“ Der Hinweis von *Schulz*, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 313 Anm. 114, daß die Aufgabe des Rhein- und Ruhrgebiets vom Kabinett nur bis zum 6. Oktober 1923 erörtert worden sei, ist zu berichtigen.

[12]) So am 13. November 1923 in einer Kabinettssitzung. Bundesarchiv R 43 I/189.

landsvertretungen des Reiches auf die „unabsehbaren Folgen" der französischen Unnachgiebigkeit vorbereitet: „Im besetzten Gebiet muß jetzt unmittelbar mit Eintreten chaotischer Verhältnisse, mit Hungerunruhen und Arbeitslosigkeit gerechnet werden."[13])

Wenige Tage später bereits sah Reichsfinanzminister Luther — wie er am 24. Oktober dem Reichskanzler mitteilte[14]) — den Zeitpunkt gekommen, in dem das Reich angesichts des „völlig trostlosen Zustands unserer Finanzen" nicht mehr imstande sein werde, Zahlungen an das besetzte Gebiet zu leisten. Die Überlegungen innerhalb der Regierung verdichteten sich dahin, die Besatzungsmächte vor aller Welt als allein verantwortlich für die Bevölkerung an Rhein und Ruhr hinzustellen.

Gegen die im Reichskabinett erörterte Preisgabe des Rheinlands[15]) wehrten sich Vertreter der rheinischen Parteien und der rheinischen Städte, die der Regierung einen Separatismus mit umgekehrtem Vorzeichen zum Vorwurf machten und dabei gleichzeitig Klarheit zu gewinnen suchten über die Absichten der Besatzungsmächte. Im Rheinland wurden unterschiedliche Vorschläge zur Rettung des gefährdeten Gebiets entwickelt. Bei den bürgerlichen Parteien zeichnete sich eine „gewisse Grundeinstellung im Sinne einer Verselbständigung von Rhein und Ruhr" ab.[16]) Auf einer von den Führern der Koalitionsparteien im Rheinland kurzfristig einberufenen Konferenz am 24. Oktober 1923 in Barmen[17]) — die als Vorbereitung einer für den folgenden Tag angesetzten Besprechung mit Vertretern der Reichsregierung in Hagen diente — kam allgemein die Befürchtung zum Ausdruck, daß vom Reich her keine Hilfe mehr zu erwarten sei. In dieser bedrohlichen Situation sahen Sprecher der rheinischen Parteien (außer der SPD) in der Schaffung eines neuen westdeutschen Rechtsgebildes die einzige Möglichkeit für den lebenswichtigen Ausgleich mit Frankreich.

Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer — der nach Ansicht von Jarres[18]) die Auffassung „großer Teile" des Rheinischen Zentrums zum Ausdruck brachte — ging über seine früheren, um die Jahreswende 1918/19 entwickelten Gedankengänge hinaus; er bezweifelte, ob in diesem kritischen Augenblick, in dem die Gefahr bestehe, daß in Kürze ein großer Teil der Rheinprovinz unter der Herrschaft der Separatisten oder der Besatzungsbehörden stehe, eine etwaige Lösung

[13]) Ebd. 39.

[14]) Ebd. 190.

[15]) Dazu vgl. *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 180: „Die Einsicht, daß die Rentenmark unter keinerlei Umständen vom ‚Loch im Westen' verschlungen werden durfte, wurde jetzt zum Bestandteil der großen und allgemeinen deutschen Staatspolitik." Ferner *Geßler*, Reichswehrpolitik, S. 281: „Ich stellte mich grundsätzlich auf den Standpunkt Dr. Luthers, da bei einem neuen Sturz der Rentenmark Rhein und Ruhr für uns doch verloren seien."

[16]) So *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 178.

[17]) Nach einer Besprechung mit Vertretern der preuß. Regierung am 22. Oktober 1923 in Köln. Bundesarchiv R 43 I/1838.

[18]) In einem Schreiben an Stresemann vom 31. Oktober 1923. Nachl. Jarres vorl. 49.

des Rheinlands von Preußen noch genügend und wirksam sein werde.[19]) Er hielt es für notwendig, sich „äußersten Falles" auch mit dem Gedanken abzufinden, daß eine Loslösung vom Reiche im Wege der Verständigung erfolge und daß das neu zu schaffende Rechtsgebilde („die gelindeste Lösung würde natürlich die für uns liebste sein") zur Brücke zwischen Deutschland und Frankreich werden könne. Adenauer hoffte, bei einer „derartigen staatsrechtlichen Formung" das Reich von den Verpflichtungen des Versailler Vertrags entlasten und für das besetzte Gebiet eine Reduzierung der Reparationen und den Abzug oder zum mindesten eine wesentliche Erleichterung der Besatzung sowie dasVerschwinden des alliierten Rheinlandausschusses erreichen zu können. Er forderte Vollmachten für die Spitzen der politischen Parteien, um in gegenseitigem Vertrauen und behutsamem Vorgehen Verhandlungen mit dem Feind aufnehmen zu können. Aus dem ungewissen Nebel der Meinungen zeichnete sich, wie der DDP-Vertreter Falk (Köln) hervorhob, ein neuer Staat ab. Nach dem Zeugnis von Jarres stellten die Barmer Verhandlungen den Tiefpunkt der damaligen verzweifelten Stimmung und Depression dar.[20])

Jedoch bestand bereits am folgenden Tage, 25. Oktober, in mehr als sechsstündigen Diskussionen in Hagen[21]) zwischen etwa 50 Vertretern des besetzten Gebiets und Reichskanzler Stresemann, der in Begleitung der Reichsminister Fuchs und Sollmann sowie des preußischen Ministerpräsidenten Braun von Berlin gekommen war, insofern eine veränderte Situation, als sich die Wortführer der verschiedenen Richtungen weniger deutlich als am Vortage äußerten und „geflissentlich aneinander vorbeiredeten".[22]) Jarres, der als Verhandlungsleiter zunächst einen Rückblick auf die Barmer Beratungen gab, teilte eingangs mit, daß der Abgeordnete Kaas inzwischen namens des Zentrums jeden voreiligen Schritt abgelehnt habe und daß die westfälischen Zentrumsvertreter eine Ablösung der besetzten Gebiete mißbilligten. Diese Tatsache bestätigten Kaas und das Reichsratsmitglied Lensing (Dortmund), der hinzufügte: „Wir bleiben bei Preußen und dem Reich."[23])

---

[19]) Der Verlauf dieser Verhandlungen ist aus der zusammenfassenden Wiedergabe zu rekonstruieren, die am folgenden Tage in Hagen erfolgte (s. Anm. 21). Dazu vgl. *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 221.

[20]) So in einer vom 20. November 1926 datierten 16seitigen Aufzeichnung „Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung". Nachl. Jarres vorl. 49.

[21]) Nach dem stenogr. Protokoll im Bundesarchiv R 43 I/264 und im Nachl. Fuchs 71. Die Anwesenheitsliste nebst Notizen von *Jarres* über die Sitzung befindet sich im Nachl. Jarres vorl. 49. Dazu vgl. *Kamper*, Rheinlandkrise, S. 82; *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 181; *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 222 f.

[22]) So in einem Schreiben von *Jarres* vom 31. Oktober 1923 an Stresemann (s. Anm. 18).

[23]) Ähnlich sprach sich der westfäl. Zentrumsabg. *Gilsing* (Bochum) am 9. November 1923 in einer Sitzung des Fünfzehnerausschusses in Köln aus; Bericht im Nachl. Stresemann 1764. In einem Schreiben vom 31. Oktober 1923 an Stresemann (s. Anm. 18) hieß es, die augenblickliche Haltung des Rhein. Zentrums sei die, „von jedem freiwilligen Schritte Abstand zu nehmen und die Dinge ruhig abzuwarten".

Nach einem Überblick über die trostlose Lage der Reichsfinanzen versicherte Stresemann, der von der deprimierten Stimmung nicht unbeeindruckt blieb, aber das Ausmaß der Gefahr unterschätzte, daß die Regierung das besetzte Gebiet nicht seinem Schicksal überlassen werde. Die Rheinländer vermochten allerdings von ihm keine konkreten Zusagen über die lebenswichtige Weiterzahlung der Reichsmittel und über die Zukunft des besetzten Gebiets zu erhalten. Im Gegenteil verstärkte sich bei ihnen der Eindruck, daß sie auf sich selbst gestellt bleiben würden. Adenauer, der in diesem Falle ausdrücklich auch namens der Zentrumsvertreter sprach — ohne daß ersichtlich ist, wieweit diese seine Ausführungen im einzelnen billigten[24]) —, glaubte die Gefahr einer Separatistenherrschaft mit „absoluter Sicherheit" prophezeien zu können. Er erkannte die schwierige Situation des Reiches und der Länder an, „die trotz des besten Willens uns nicht helfen können". Der Oberbürgermeister hielt den von Stresemann angedeuteten Weg, wonach ein Gremium von Parteivertretern mit den Franzosen in Verhandlungen eintreten sollte, für etwas „ungemein Gefährliches". Wie am Vortage unterstrich er, daß alles, „was wir hier tun", von der „reinsten Liebe zum Reich" getragen sei und daß eine Lösung gefunden werden müsse, die das „heißeste und höchste Ziel", die „Wiedervereinigung", möglichst erleichtere.

Unter dem Eindruck ständig neu eintreffender Nachrichten von weiterem Vordringen separatistischer Gruppen ermächtigte Stresemann einen überparteilichen Fünfzehnerausschuß von Vertretern des besetzten Gebiets, Verhandlungen mit den französischen Behörden über Wirtschafts-, Ernährungs- und Verkehrsfragen aufzunehmen, „nur nicht über Politik".[25]) Er gab ferner sein Einverständnis zur Ausgabe wertbeständigen rheinischen Notgelds, da er die neue Währung nicht in das besetzte Gebiet abfließen sehen wollte. Der „Vertrauensausschuß" (Jarres), dessen Befugnisse damit denkbar unklar blieben, war sich darin einig, daß das besetzte und unbesetzte Gebiet von der Reichsregierung nicht unterschiedlich behandelt werden dürfe.

Das für alle Beteiligten unbefriedigende Ergebnis der Hagener Verhandlungen, bei denen sich der Reichskanzler expressis verbis nicht über voraufgegangene Kabinettsbeschlüsse hinwegsetzen wollte, bestärkte „maßgebende, wenn auch zahlenmäßig kleine Gruppen" des Rheinischen Zentrums[26]) in der Ansicht, daß von der Regierung konkrete Hilfe vorerst nicht zu erwarten und daß mit einem weiteren Verbleiben des Rheinlands im preußischen Staatsgefüge nicht zu

[24]) *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 224, bezeichnet Adenauer (und L. Hagen) als Sprecher einer „kleinen, aber rührigen ‚Bewegungspartei'".

[25]) Bei der Mitteilung von Theodor *Eschenburg* (Das Problem der deutschen Einheit nach den beiden Weltkriegen, in: Vierteljahrsh. für Zeitgesch. 5, 1957, S. 112), wonach *Stresemann* in der Hagener Sitzung ohnmächtig zusammengebrochen sein soll, handelt es sich vermutlich um eine Verwechslung mit der Sitzung vom 13. November 1923 (s. Anm. 51), in der der Reichskanzler (nach Mitteilung *Adenauers;* s. Anm. 54) einen Herzanfall erlitt.

[26]) So *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 231.

rechnen sei. Eine dringende Mahnung des Rheinischen Zentrums, „von jedem freiwilligen Schritte Abstand zu nehmen und die Dinge ruhig abzuwarten, zwischenzeitlich aber auf internationalem Wege auf Beseitigung der heutigen unhaltbaren Verhältnisse zu dringen“[27]), warnte indes — ähnlich wie Vertreter der Christlichen Gewerkschaften — übereifrige Parteigänger vor selbständigem Vorgehen: „Wir bleiben in Wirklichkeit im Rheinlande *nicht* beim Reich, wenn unsere Unterhändler den französischen Wünschen entgegenkommen.“[28]) Um so nachdrücklicher bemühten sich in der Folge der Kölner Bankier Louis Hagen und einzelne rheinische Zentrumspolitiker, darunter Adenauer, die Genehmigung der Reichsregierung zur Gründung einer rheinischen Goldnotenbank als Grundlage einer wertbeständigen Währung zu erhalten, von der allein man eine Ankurbelung der Wirtschaft erhoffte.[29]) Am 3. November mahnte Stresemann prominente rheinische Vertreter (Adenauer, Jarres, Hagen, Moldenhauer), die von der Regierung geduldeten Verhandlungen mit dem französischen Oberkommissar Tirard nur unter Beachtung verfassungsmäßiger Grundlagen zu führen.[30])

Sehr rasch stellte es sich heraus, daß im Reichskabinett über die Frage, ob die bisherigen Reichszuschüsse in das besetzte Gebiet weitergezahlt werden sollten, keineswegs jene Einigkeit herrschte, von der Stresemann in seiner Hagener Erklärung ausgegangen war. Angesichts der von Tag zu Tag wachsenden Gefahr für das Rheinland[31]) forderten rheinische Zentrumskreise rasche Hilfsmaßnahmen.[32]) Als Anfang November die sozialdemokratischen Minister, von denen insbesondere Sollmann alle Maßnahmen getroffen wissen wollte, „um das Rheinland zu erhalten“[33]), aus der Regierung Stresemann austraten — wovon noch die Rede sein wird —, gewannen die Befürworter einer harten Lösung die

---

[27]) Ebd., S. 232.

[28]) Ebd., S. 272. Ähnlich *Joos* („Klarer Wille“) in *KV* Nr. 783 vom 26. Oktober 1923.

[29]) Am 4. November 1923 teilte *Hagen* dem Reichskanzler mit, die Vorarbeiten für die Rheinische Goldnotenbank seien „beinahe vollendet“. Bundesarchiv R 43 I/2440.

[30]) Ebd.

[31]) Am 2. November 1923 schrieb der Kölner Oberbürgermeister *Adenauer* an den Berliner AEG-Direktor Hamspohn: „Es besteht für das Rheinland große Gefahr. Frankreich und Belgien arbeiten ganz konsequent daran, die schwerbewaffneten Sonderbündler [. . .] vorzuschieben, um sagen zu können, die Rheinländer selbst haben einen neutralen Staat gewollt. [. . .] Können Sie nicht dafür sorgen, daß angesehene Leute aus London einmal nach hier kommen, um eine Untersuchung der ganzen Verhältnisse zu veranstalten? Ist nicht dasselbe [. . .] bezüglich angesehener Persönlichkeiten aus Frankreich und Belgien möglich? Es ist aber höchste Eile geboten, da die Gefahr wirklich drohend ist. Die Bevölkerung fängt an, mürbe zu werden. Es muß uns gelingen, die Frage, was aus dem Rheinland werden soll, zu einer von einem internationalen Forum zu entscheidenden zu machen. Wenn es lediglich eine Frage bleibt, mit der sich Deutschland, Frankreich, Belgien und die Rheinlande beschäftigen, so sind wir verloren.“ Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 4.

[32]) Vgl. *KV* Nr. 809 vom 6. November, Nr. 816 vom 8. November und Nr. 824 vom 11. November 1923.

[33]) So in einer Kabinettssitzung am 2. November 1923. Bundesarchiv R 43 I/189.

Oberhand. Am 2. November erklärte zwar Brauns im Kabinett, ihm sei kein wirtschaftliches Opfer zu schwer, „um uns Rhein und Ruhr zu erhalten", er wollte jedoch nicht — da die Franzosen offensichtlich nach „tatsächlicher Annexion" einen rheinischen Pufferstaat errichten wollten — weiterhin deutsche „Vorleistungen" gezahlt wissen.[34]) Die Situation verschärfte sich angesichts der bevorstehenden Ausgabe der Rentenmark, die am 15. November in Umlauf gesetzt werden sollte. Man wollte die neue Währung nicht von der Besatzungsmacht beschlagnahmen und durch das „Loch im Westen" abfließen lassen, um damit das Chaos für das ganze Reich heraufzubeschwören.[35])

Am 7. November gab Luther in Abwesenheit des Ministers für die besetzten Gebiete dem Kabinett einen Überblick über den trostlosen Zustand der Reichsfinanzen: Die schwebende Reichsschuld betrage 21 Trillionen, am 15. November aber etwa 100 Trillionen Papiermark = eine Milliarde Goldmark. Wenn nicht die Ausgabe der Rentenmark ein „totaler Fehlschlag" werden solle, so müßten die Ausgaben des Reiches drastisch eingeschränkt und alle Zahlungen einschließlich der Erwerbslosenfürsorge — die allein bis Ende des Monats ungefähr 72 Millionen Goldmark verschlingen würde — eingestellt werden.[36]) Diesen Standpunkt unterstützte Brauns, der Frankreichs Verantwortung für sein Vorgehen in einer Erklärung der Regierung vor der Weltöffentlichkeit klargestellt wissen wollte. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden, da es Frankreichs Ziel sei, das Reich finanziell zu ruinieren und dadurch separatistische Bewegungen hervorzurufen. Stresemann wollte allerdings noch keinen Termin für die Einstellung der Zahlungen an das besetzte Gebiet genannt wissen, die eine „absolute Hungersnot" nach sich ziehen werde.

Zur gleichen Zeit bekannten sich die Teilnehmer des 67. Rheinischen Provinziallandtags in Barmen als „treue Glieder" des Reiches und erwarteten, daß das Leid der Westmark von dem unbesetzten Gebiet „bis zum letzten" geteilt werde.[37]) Als Zentrumssprecher unterstrich der Abgeordnete Loenartz (Koblenz) die Entschlossenheit seiner Partei, jeden Versuch einer Lostrennung des Rheinlands vom Reich zurückzuweisen. Er ersuchte die Regierung um ihre Zustimmung zur Errichtung einer rheinischen Notenbank und einer wertbeständigen Währung. Die lebensnotwendige Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland sollte durch Verhandlungen „berufener rheinischer Männer" angebahnt werden. Dabei teilte der Zentrumssprecher nicht mit, daß von Köln aus bereits Verhand-

---

[34]) Ebd.

[35]) In dem zur Reichstagswahl im Frühjahr 1924 erschienenen Buch von *Schreiber*, Grundfragen der Zentrumspolitik, hieß es bemerkenswert vage: „Vertreter der Versackungstheorie waren hauptsächlich die ostelbischen Kreise und gewisse Teile der Schwerindustrie." (S. 28).

[36]) Bundesarchiv R 43 I/2440.

[37]) Vgl. Verhandlungen, S. 103, 105 f. Dazu Johannes *Horion*, Die Entwicklung der provinziellen Selbstverwaltung in der Rheinprovinz, in: Die rheinische Provinzial-Verwaltung. Düsseldorf 1925, S. 55.

lungen mit der Besatzungsmacht wegen der Separatistenunterstützung durch die Franzosen und wegen der Errichtung einer Goldnotenbank begonnen hatten.[38]) In vertraulich geführten interfraktionellen Besprechungen während der Barmer Tagung wurde von Zentrumsabgeordneten eine Trennung von Preußen als unvermeidlich bezeichnet.[39])

Am 9. November, am Tage des Münchener Hitler-Putsches, gelang es Reichsminister Fuchs — der an den Verhandlungen des Rheinischen Provinziallandtags in Barmen teilgenommen hatte — mit dem Hinweis auf die Stimmung „heller Verzweiflung" im besetzten Gebiet, einen Kabinettsbeschluß herbeizuführen, der die Gründung einer Rheinischen Goldnotenbank ebenso konzedierte wie weitere Fühlungnahmen privater Kreise mit den Besatzungsmächten.[40]) Reichskanzler Stresemann, der sich inzwischen von den erneut vorgebrachten Argumenten Luthers hatte beeindrucken lassen, hielt nun auch seinerseits nach Einführung der Rentenmark die Einstellung der Reichszuschüsse in das besetzte Gebiet für notwendig, die das Kabinett im Einvernehmen mit der preußischen Regierung beschloß. Luther sollte eine Insolvenzerklärung der Regierung vorbereiten und darin Frankreichs Verantwortung vor der Welt klar herausstellen. Damit hatte sich das Kabinett auf die Versackungspolitik festgelegt.

Die am 10. November erfolgte Ernennung des früheren Duisburger Oberbürgermeisters Jarres — der nach seiner Ausweisung durch die Franzosen seit April 1923 als Verbindungsmann zwischen der Reichsregierung, der preußischen Regierung und den örtlichen Abwehrleitungen im besetzten Gebiet fungierte — zum Reichsminister des Innern ergab eine neue Gewichtsverteilung innerhalb des Kabinetts. Jarres zählte, wie Stresemann wußte, zu den Verfechtern einer harten Lösung des Ruhrkonflikts: Aufkündigung des Versailler Vertrags, Provozierung eines europäischen Konflikts. Jarres, der sich der Gefahren dieser Politik für das Rheinland durchaus bewußt war[41]), vermochte noch am späten Abend des 10. November Luther von der Publikation des verhängnisvollen Kabinettsbeschlusses vom Vortage abzubringen, als dessen Folge er die sofortige Separation des Rheinlands befürchtete.[42])

In langwierigen Verhandlungen am folgenden Tage zwischen Stresemann, Luther, Fuchs und Jarres (auf einer Eisenbahnfahrt nach Halle, wo Stresemann

---

[38]) So *Jarres* (s. Anm. 20), der dazu kommentierte: „Diese Tatsache berührte in den verschiedenen Fraktionen recht peinlich, wenn auch dieserhalb besondere Vorwürfe nicht zu erheben waren."

[39]) Ebd.

[40]) Bundesarchiv R 43 I/1389.

[41]) Vgl. *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 155; *Gessler*, Reichswehrpolitik, S. 389: „Jarres vertrat die sogenannte Versackungsthese." Ferner *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 181.

[42]) *Wentzcke* (Ruhrkampf, Bd. 2, S. 254; Der Freiheit entgegen, S. 206) wertet auf Grund von entsprechenden Mitteilungen von Jarres dessen Eintritt in die Regierung als Wendepunkt; am gleichen Tage hätte das „abwärts rollende Rad des rheinischen Schicksals seine Bewegungen" ausgesetzt.

zum Abschluß des DVP-Landesparteitags sprach)[43]) ergab sich trotz starken Widerstands von Luther[44]) Einigkeit darüber, dem besetzten Gebiet bis zum 25. November einen Kredit von 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechendes Votum der Reichsregierung vom 12. November bedeutete die Aufhebung des Kabinettsbeschlusses vom 9. November, der nach den Worten Stresemanns bei Vertretern des besetzten Gebiets auf Widerstand gestoßen sei. Jarres setzte es, von Brauns unterstützt, durch, daß dem besetzten Gebiet die — nicht näher definierte — Freiheit gegeben werden sollte, „die Dinge selbst in die Hand zu nehmen", allerdings in einer Form, die keine Preisgabe dieses Gebiets bedeute. Ferner sollte in einer Kundgebung an die Welt zum Ausdruck gebracht werden, daß alle Leistungen aus dem Versailler Vertrag solange ruhen würden, bis der Rechtszustand dieses Vertrags im besetzten Gebiet wiederhergestellt worden sei.[45])

Für den folgenden Tag waren westdeutsche Vertreter nach Berlin gebeten worden, um von der Auffassung der Reichsregierung in Kenntnis gesetzt zu werden und dann ihre Vorstellungen dazu erläutern zu können. Der Versuch, das Einverständnis der rheinischen Repräsentanten zur Einstellung der Reichszuschüsse — der auch Reichspräsident Ebert zugestimmt hatte — und damit zur faktischen Aufgabe des Rheinlands zu bekommen, mißlang jedoch. Die Reichsregierung erhielt nicht das erhoffte Alibi; die Pressevertreter, die bereits zur Entgegennahme einer entsprechenden Erklärung zusammengerufen worden waren, warteten vergebens.[46]) In nicht weniger als drei Kabinettssitzungen im Laufe des 13. November mit Vertretern der von der Besatzung betroffenen Länder und des westdeutschen Fünfzehnerausschusses wurde über das Schicksal des besetzten Gebiets beraten[47]), dessen Problem Jarres als Finanzproblem bezeichnete, da das Gebiet de facto vom Reich getrennt sei.

[43]) Vgl. *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 207, wo dieser wichtige Vorgang in dem unscheinbaren Satz versteckt ist: „Im Salonwagen Besprechung über Rhein und Ruhr." Falsch ist die Behauptung von *Zimmermann*, Außenpolitik, S. 207, Stresemann habe „bis zum äußersten" gegen die Pläne der „Versackungspolitiker" im Kabinett gekämpft.

[44]) Schreiben vom 12. November 1923 an Stresemann. Bundesarchiv R 43 I/40.

[45]) Ebd. 1389. Dazu *Stresemann*, ebd., S. 211 f., wo der Zusammenhang allerdings mehr verhüllt als klargestellt wird. Seinem „energischen" Eingreifen vom 10./11. November 1923 hat es *Jarres* später zugeschrieben, daß der „Versackungsbeschluß" des Kabinetts vom 9. November 1923 widerrufen und statt dessen ein Mittelweg gefunden wurde, der zusammen mit den Micum-Verträgen die Situation gerettet habe. Vgl. Anm. 20.

[46]) Vgl. *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 214; *Weymar*, Adenauer, S. 120.

[47]) Bundesarchiv R 43 I/189; Durchschlag der Protokolle im Nachl. Stresemann. Eine großenteils stichwortartige Niederschrift *Adenauers* über die dritte Beratung befindet sich im Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 4 (auszugsweise abgedr. in: Schätze aus 5 Jahrhunderten. Dokumente in Nachlässen und Sammlungen des Kölner Stadtarchivs. Köln 1963, S. 45). Dazu vgl. die beiden Erklärungen *Jarres'* vom 9. September und vom 21. November 1924 in der Kölnischen Zeitung, abgedr. bei *Kamper*, Rheinlandkrise, S. 46 f. Ferner *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 257 f. Bei *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 214 f., wird das Ergebnis dieser drei Sitzungen in zwei nichtssagenden Sätzen wiedergegeben. Die drei Protokolle gedr. bei *Morsey*, Die Rheinlande (z. Z. im Druck).

Der Reichskanzler, der sich unentschlossen zeigte, wollte dem Fünfzehnerausschuß die Entscheidung darüber zuschieben, wie man aus der „überaus schwierigen Situation" herauskommen könne. Während Luther den rheinischen Städten die Ausgabe von Notgeld vorschlug, wollte Jarres Vertretern der rheinischen Bevölkerung, gegebenenfalls dem Fünfzehnerausschuß, die Ermächtigung eingeräumt wissen, ihrerseits mit den Besatzungsbehörden direkt über Verwaltungs- und Wirtschaftsmaßnahmen zu verhandeln („Erweiterung der Selbstverwaltung, aber Festhalten am Reich"). Gegen eine Übertragung derart weitgehender Befugnisse, die nach den Worten des hessischen Gesandten v. Biegeleben einen neuen Staat zur Folge haben würde, wehrten sich die Vertreter der Länder. Der preußische Ministerpräsident Braun wollte statt dessen eher das besetzte Gebiet „gewissermaßen" seinem (nicht näher definierten) „Schicksal" überlassen.[48]) In der Abendsitzung, die um 20 Uhr 30 begann, ohne daß sich die Regierung über ihre Haltung schlüssig geworden wäre, kam es zu einer dramatischen Zuspitzung der Gegensätze: „Die Entscheidung stand auf des Messers Schneide."[49])

Als gewichtigster Wortführer in der „einhelligen Abwehrfront" der Rheinländer gegen das Versackenlassen[50]) trat Adenauer auf.[51]) Er bestritt kategorisch, daß sich das Reich in der von Luther geschilderten finanziellen Notlage befinde, und erklärte wörtlich, selbst wenn die neue Rentenmark infolge der Zahlungen an das besetzte Gebiet genauso wie die Papiermark „in einen Abgrund" getrieben werde, so müsse das Rheinland dennoch mehr wert sein „als ein oder zwei oder selbst als drei neue Währungen".[52]) Adenauer bezweifelte überdies, daß eine Lösung des Reparationsproblems ohne Schaffung einer wertbeständigen Währung möglich sei. Er behauptete, daß der Reichsfinanzminister die neue Währung retten wolle mit dem Hintergedanken, das Rheinland preiszugeben, „um dadurch von Reparationen freizukommen".[53]) Diesen Vorwurf wies Luther scharf zurück. Die Sitzung wurde ohne Ergebnis geschlossen.[54])

---

[48]) Vgl. demgegenüber die anders akzentuierte Version Otto *Brauns* in seinen Memoiren (Von Weimar zu Hitler, S. 129), gegen die *Weymar*, Adenauer, S. 121, polemisiert.

[49]) So ein Teilnehmer der Sitzung, der SPD-Politiker Johann *Meerfeld*, in einem Rückblick „Rheinische Schicksalstage", in: Rhein. Zeitung (Köln) Nr. 11 vom 26. Januar 1949.

[50]) Ebd.

[51]) Verlauf und Ausgang dieser Verhandlungen sind von *Adenauer* zu verschiedenen Zeiten in leicht unterschiedlichen Versionen mitgeteilt worden (s. Anm. 54). Sie basieren auf der in Anm. 47 erwähnten Niederschrift, der infolgedessen der größte Quellenwert zukommt.

[52]) Dazu vgl. *Erdmann*, Die Zeit der Weltkriege, S. 136, der diesen Satz zitiert.

[53]) Dazu vgl. *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 182: „Nur leidenschaftlichste Einwände schallten uns entgegen. Der Widerstand war so stark, daß unsere [. . .] außenpolitischen Gedanken kaum mehr Gegenstand der Erörterungen wurden."

[54]) In einer Sitzung des Fünfzehnerausschusses am 24. November 1923 in Köln erstattete *Adenauer* (in Anwesenheit von Teilnehmern an der Kabinettssitzung) Bericht über die Vorgänge vom 13. November 1923 in Berlin (Stadtarchiv Köln, Abt. II, Nr. 253, Bd. 4), wo die rheinischen

Der überparteiliche Fünfzehnerausschuß behielt seine Vollmachten zu Verhandlungen mit dem französischen Oberkommissar, die in den folgenden Tagen und Wochen ohne Ergebnis weitergeführt wurden. Dabei ging es um eine Reduzierung der vom Reich zu leistenden Zahlungen in das besetzte Gebiet und über ein eigenes Besteuerungsrecht. Die Reichsregierung stellte ihre finanziellen Verpflichtungen nicht ein, wenngleich deren Aufhören wie eine „Drohung über dem Rheinland schwebte".[55]) Die Steuern aus dem besetzten Gebiet flossen weiterhin Reich und Ländern zu. Die Entscheidung blieb offen. Einer „Dolchstoßlegende" wollte sich keine der beiden Seiten aussetzen.[56]) Auch die rheinischen Repräsentanten befanden sich in einer „furchtbaren Seelenlage"[57]), da sie ihrerseits ohne Zustimmung der Regierung nicht handeln wollten.

Gegen die vorgesehene Preisgabe des besetzten Gebiets erhoben die Zentrumsabgeordneten des Reichstags, die erst jetzt von den Absichten der Regierung erfuhren, in einer Sitzung der Fraktion am folgenden Tage energischen Einspruch, besonders Kaas. Wenngleich die Parlamentarier die Zwangslage der Regierung anerkannten, so mißbilligten sie dennoch deren beabsichtigtes Vorgehen gegen-

---

Vertreter „mit größter Entschiedenheit" gegen den Beschluß eingetreten seien, die Erwerbslosenfürsorge einzustellen. Die Regierung habe sich damit einverstanden erklärt, daß bei der faktischen Ausschaltung ihrer Macht im besetzten Gebiet und bei der katastrophalen Zuspitzung der Verhältnisse im Rheinland „eine Art tatsächliche Regierung" geschaffen werde, die mit der Besatzungsmacht verhandeln, Verordnungen erlassen und die Währungsfrage klären solle; das bedeute jedoch keine Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse.

Im Herbst 1933 nahm *Adenauer* gegen Vorwürfe (u. a. von Paul Wentzcke in den Süddeutschen Monatsheften) wegen seiner angeblich „separatistischen" Haltung im Winter 1923/24 Stellung und schrieb in diesem Zusammenhang am 2. September 1933 an Marx (nach einer kurzen Schilderung der Haltung des Kabinetts Stresemann in der Sitzung am 13. November 1923): Die Vertreter des Rheinlands hätten sich mit aller Entschiedenheit gegen die Pläne der Regierung zur Wehr gesetzt und „zunächst" erreicht, daß die vorgesehene Mitteilung an die Presse unterblieben sei. Nachl. Marx XXIX; abgedr. in: Schätze aus 5 Jahrhunderten (s. Anm. 47), S. 47. Etwas akzentuierter hieß es in einem Schreiben vom 10. August 1934 an Göring (gedr. bei *Bertsch*, Herren mit Vergangenheit, S. 51): „Die anwesenden Rheinländer erhoben unter meiner Führung entschiedensten Einspruch gegen diese Absichten der Reichsregierung, die unbedingt zur Vernichtung Deutschlands geführt hätten. Es kam zu so erregten Auseinandersetzungen, daß ein Reichsminister Tätlichkeiten zwischen mir und einem anderen Minister befürchtete; der Reichskanzler Stresemann erlitt einen Anfall von Herzschwäche. Die Reichsregierung zögerte gegenüber diesem entschiedenen Widerspruche mit der Durchführung ihres Beschlusses." Dazu vgl. *Weymar*, Adenauer, S. 120 ff., mit weiteren Einzelheiten und die nicht überzeugende Polemik gegen Weymar bei *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 199 f.

[55]) So *Erdmann*, Zeitalter der Weltkriege, S. 136.

[56]) Vgl. *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 259. Am 28. August 1924 behauptete *Stresemann* im Reichstag, es habe in der Sitzung am 13. November 1923 keine parteipolitischen Gegensätze gegeben; von einem „Fallenlassen" des Rheinlands sei keine Rede gewesen. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 381, S. 1019. Demgegenüber vgl. *Wentzcke*, Der Freiheit entgegen, S. 208: Als die rhein. Vertreter Berlin den Rücken kehrten, „ließen sie den Reichsgedanken als einen Traum schöner Vergangenheit hinter sich".

[57]) So *Jarres* (s. Anm. 20).

über dem Rheinland.[58]) Das Kabinett beharrte jedoch bei seiner Haltung und beschloß am 15. November, die Bezahlung der Besatzungskosten sofort einzustellen und vom 25. November ab auch die Erwerbslosenfürsorge. Statt dessen sollte die Weltöffentlichkeit um caritative Hilfe gebeten und die Verantwortung der Besatzungsmächte klar herausgestellt werden.[59]) Keine Einigung ergab sich über zwei Vorschläge von Brauns — den Rheinländern die Zahlungseinstellung mitzuteilen und ihnen die Freiheit der Entschließung zu geben („sie sollten jedoch deutsch bleiben, dadurch würden sie von allen Gewissensbedenken befreit") — und von Luther/Jarres. Danach sollten die Vollmachten der bestehenden Selbstverwaltungskörperschaften, insbesondere der Provinzialverwaltung, erweitert werden.

Am folgenden Tage standen im Kabinett, das nach wie vor gespalten war, insgesamt drei Vorschläge zur Diskussion, um dem besetzten Gebiet „Handlungsfreiheit zur Erhaltung der Wirtschaft und des Lebens der Bevölkerung" (Luther) geben zu können[60]): 1. durch eine Kundgebung den rheinischen Vertretern eine „gewisse Absolution" zu erteilen „für das, was geschehen" — womit offensichtlich auf Verhandlungen mit Tirard Bezug genommen war, die mit Zustimmung der Regierung begonnen worden waren[61]) —, 2. den Fünfzehnerausschuß oder 3. den bestehenden (und ad hoc zu erweiternden) Selbstverwaltungsorganen auf dem Wege der Verordnung mit Hilfe von Artikel 48 der Reichsverfassung politische und wirtschaftliche Notvollmachten zu übertragen. Während Jarres und Luther für den dritten Weg plädierten, sprach sich Brauns, unterstützt von Höfle, für eine Kombination des ersten und dritten Vorschlags aus. Die vollziehende Gewalt sollte jedoch keinem Ausschuß übertragen werden, um damit nicht einen Beitrag zur vorübergehenden Verselbständigung des besetzten Gebiets zu leisten. Stresemann wollte unter keinen Umständen den Fünfzehnerausschuß mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet wissen. Das Kabinett beschloß, im Sinne des ersten Vorschlags den Vertretern der besetzten Gebiete nur eine „den Gewissenskonflikt behebende" mündliche Erklärung abzugeben.[62]) Dieser Be-

[58]) Nach Mitteilungen von *Brauns* im Reichskabinett am 15. November 1923 (Bundesarchiv R 43 I/1389) und einer Aufzeichnung im Nachl. Marx II/1. Vgl. ferner *KV* Nr. 833 vom 15. November 1923. Eine Entschließung der Tagung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 18. November 1923 in Hamm sprach sich für die unbedingte Erhaltung der Reichseinheit aus. Vgl. *KV* Nr. 845 vom 19. November 1923.

[59]) Bundesarchiv R 43 I/1389.

[60]) Ebd.

[61]) Darauf wies *Kaas* am 5. Dezember 1923 im Reichstag ausdrücklich hin, wobei er hinzufügte, daß diese Gespräche mit dem französischen Oberkommissar nicht als „abschließende Verhandlungen" gedacht gewesen seien. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12302.

[62]) So hieß es in einem Schreiben *Luthers* vom 16. November 1923 an Stresemann, mit dem sich der Reichsfinanzminister von diesem Kabinettsbeschluß distanzierte. Luther befürchtete, daß dieser Weg, „wenn auch auf der Grundlage der Okkupation, so doch rein tatsächlich" zu einem „staatsartigen Gebilde" führen würde, da das von der Regierung nicht näher bezeichnete Organ „zur Ausübung jeder Art öffentlicher Vollmacht" seine Zuständigkeit aus eigenem Willensentschluß entnehmen und später nur schwer wieder zu beseitigen sein werde. Luther gab zu, daß

schluß bedeutete „sozusagen ein weltgeschichtliches Alibi" des Reiches (Luther) für die möglichen Folgen der künftigen Vorgänge.[63])

Am 17. November fand eine Beratung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten derjenigen Länder statt, deren Gebiete teilweise besetzt waren. Dabei erläuterte Fuchs die Beschlüsse des Kabinetts, nach denen keine besonderen Vollmachten für den Fünfzehnerausschuß vorgesehen waren: „Von Verrat gegenüber der rheinischen Bevölkerung kann keine Rede sein."[64]) In einer anschließenden Besprechung mit Vertretern des Fünfzehnerausschusses teilte dessen Mitglied Moldenhauer (DVP) mit, daß sich der Ausschuß über die Notwendigkeit einer Art von Direktorium einig sei, nicht aber über die Frage, ob für dessen Vollmachten eine ausdrückliche Ermächtigung der Regierung erforderlich sei oder ob deren stillschweigende Billigung genüge. Daraufhin legte der Reichskanzler das Dilemma der Reichsregierung dar, die „gewissermaßen unter der Vormundschaft des Verwaltungsrats der Rentenbank" stände. Stresemann erklärte, es sei etwas anderes, ob sich das besetzte Gebiet „Freiheit fürs Leben" schaffe oder sich formell vom Reich trenne. Adenauer, der jetzt die trostlose Lage der Reichsfinanzen zugab, bezeichnete es dennoch als unmöglich, das besetzte und unbesetzte Gebiet unterschiedlich zu behandeln. Es sei ein Fehler gewesen, eine bestimmte Summe als Zahlungsgrenze zu fixieren. Adenauer sah nunmehr keine andere Möglichkeit für das besetzte Gebiet, als möglichst rasch Wege zur Selbsthilfe zu suchen. Von weiteren Verhandlungen mit Tirard versprach er sich wenig, nachdem voraufgegangene Gespräche — über die verschiedene Teilnehmer berichteten — zu keinem Ergebnis geführt hätten, da Tirard die Rheinländer über ihr Schicksal entscheiden lassen wolle. Die Situation blieb weiterhin gespannt.

Am 21. November warnten Vertreter der Koalitionsparteien Reichskanzler Stresemann vor der Absicht, in seiner für den folgenden Tag vorgesehenen Regierungserklärung für eine unterschiedliche Behandlung des besetzten Gebiets in der Frage der Erwerbslosenfürsorge einzutreten.[65]) Der Zentrumssprecher (von Guérard) erwartete von Stresemann zudem eine Zusage, daß die Quartierlasten vom Reich erstattet würden. Der Reichskanzler ging in seiner Rede am folgenden Tage jedoch nur sehr zurückhaltend auf diese Fragen ein — das Reich werde zunächst nur die Zahlungen für die „normale" (also nicht auch die „künstliche") Erwerbslosigkeit weiter leisten —, während der Zentrumsvorsitzende

---

die gleiche Entwicklung auch auf dem von ihm vorgeschlagenen Wege eintreten könne, hielt diese Möglichkeit aber für weniger gefährlich, weil sie nicht so unmittelbar auf die „staatsartige Selbständigkeit" des Okkupationsgebiets hinleite. Bundesarchiv R 43 I/190. Abgedr. bei *Morsey*, Die Rheinlande (s. Anm. 47).

[63]) S. die vorige Anm.

[64]) Protokoll im Bundesarchiv R 43 I/1389. Dazu vgl. *Zimmermann*, Außenpolitik, S. 209.

[65]) Das ergibt sich aus dem Protokoll der Kabinettssitzung vom 22. November 1923. Bundesarchiv R 43 I/190.

Marx anschließend durchgreifende Sofortmaßnahmen forderte, um das Schicksal des besetzten Gebiets zu erleichtern, das der Zentrumsfraktion „in erster Linie" am Herzen liege. Er würdigte den Abwehrkampf gegen den Separatismus und hielt es für eine Ehrenpflicht, die „deutschen Brüder" im besetzten Gebiet bis zur äußersten Grenze des Möglichen zu unterstützen.[66]) Als vordringlich nannte Marx die Regelung der zerrütteten Währungsverhältnisse, zunächst durch schleunige Anerkennung einer eigenen Goldnotenbank. Die Situation im Westen hatte sich inzwischen auch durch die Weigerung der Reichsbank, das umlaufende Notgeld einzulösen, weiter verschlechtert. Das am 23. geschlossene Abkommen des Bergbaulichen Vereins mit den Franzosen (Micum-Verträge) konnte nur als „kleiner Lichtblick" für die Zukunft gelten.[67])

An demselben 23. November wurde die Regierung Stresemann gestürzt, ohne eine Entscheidung über das Schicksal der besetzten Gebiete getroffen zu haben, die in einer der nächsten Kabinettssitzungen fallen sollte.[68]) Dieser Aufschub erwies sich als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Rettung des Rheinlands, die endgültig aber erst Anfang 1924 (nach dem sichtbar gewordenen Gelingen der Währungsreform, mit dem sich eine schlagartige innenpolitische Beruhigung verband, nach dem allmählichen Wirtschaftsaufschwung als Folge der Micum-Verträge und nach einer Änderung der vordem starren französischen Haltung) als gesichert gelten konnte.

Der Historiker braucht die hypothetische Frage, welche Folgen die Durchsetzung der Versackungspolitik nach den (wechselnden) Vorstellungen der Reichsregierung oder die Verwirklichung etwa der Adenauerschen Vorstellungen im Sinne der Schaffung eines rheinischen Staatsgebildes mit weitgehenden Rechten und Vollmachten nach sich gezogen hätte, nicht zu beantworten. Daß die Rettung des Rheinlands so schnell gelang, hat niemand erwarten können. Luther scheute sich nicht, bereits ein Jahr nach der „Schicksalswende" zu behaupten, das

---

[66]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12201 ff.

[67]) So *Adenauer* in einer Sitzung des „Verhandlungsausschusses" für das besetzte Gebiet am 24. November 1923 in Köln (s. Anm. 54). Bei dieser Gelegenheit entwickelte der Oberbürgermeister, um einen Zerfall des Reiches zu verhindern, als einen „Verzweiflungsschritt in größter Not" erneut seinen Plan, das Rheinland zu einem Bundesstaat innerhalb des Reiches zu erklären, um es nicht zu einer „französischen Kolonie" werden zu lassen. Auf diesem Wege, der insbesondere für Preußen ein „Opfer" darstellen würde, könne dieses Gebiet bei einer längeren Dauer der Krise für das Reich gerettet werden und gleichzeitig einen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich einleiten; Deutschland brauche eine „lange Friedenszeit". Der Verwirklichung dieses Planes, der den Abzug der Besatzungsmacht und der Rheinlandkommission einschloß, gab Adenauer selbst nur die Chance von 1 Prozent. Die Mehrzahl der Teilnehmer (darunter Hugo Stinnes) hat, in der Hoffnung, durch die Verwirklichung dieses Projekts eine Lösung der „politischen Frage" und des Reparationsproblems in die Wege leiten zu können, Adenauers Versuch zugestimmt, zur Lösung der politischen Frage zu kommen. Dazu vgl. *Kamper*, Rheinlandkrise, S. 106 f.

[68]) Laut Beschluß vom 22. November 1923 (s. Anm. 65).

Reich habe nie (!) daran gedacht, die Rheinlande sich selbst zu überlassen.[69]) Der Vorwurf der „Versackungspolitik", der wenig später wechselseitig erhoben wurde und sich mit dem des „Separatismus" verband, war nicht berechtigt, soweit er besagen sollte, daß jemand bereit gewesen sei, die deutschen Westgebiete auch nur für eine begrenzte Zeit vom Reiche trennen zu wollen, um damit eigene Ziele (sei es die Rettung „Restdeutschlands" oder des Eigenlebens der Rheinlande) durchsetzen zu können.[70])

Das Rheinische Zentrum hat in dieser zentralen Frage keine einheitliche Konzeption vertreten. Den von Adenauer entwickelten Vorstellungen lag der Gedanke der Friedenssicherung und der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zugrunde, die durch eine enge deutsch-französisch-luxemburgische Wirtschaftsunion unterbaut und gefestigt werden sollte. Diese insbesondere in ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen allzu weit der Gegenwart vorauseilenden Gedankengänge des Kölner Oberbürgermeisters waren keineswegs identisch mit denen seiner Partei, wenngleich er oft genug als deren Repräsentant auftrat oder als solcher angesehen wurde. Das Zentrum hat es 1923 ebenso wie 1918/19 vermieden, in dieser Lebensfrage seinen Mitgliedern und Wählern eine bestimmte Marschroute vorzuzeichnen. Wie sehr die Rheinische Zentrumspartei durch die unterschiedliche Haltung ihrer Mitglieder zwischen den Extremen von Ultrapreußentum und Superföderalismus in Mitleidenschaft gezogen worden war, geht aus einem Stoßseufzer des Bonner Abgeordneten Lauscher hervor, der es zum Jahresende 1923 als seine vordringlichste Aufgabe ansah, die „vollständig auseinandergeratene" Rheinische Zentrumspartei so rasch wie möglich wieder auf eine einheitliche Linie zu bringen.[71]) Das war um so notwendiger, als in wenigen Monaten eine Reichstagsneuwahl bevorstand.

5. Unrühmliches Ende der Großen Koalition

Der Regierung der Großen Koalition gelang es trotz einer Reihe erfolgversprechender Einzelmaßnahmen auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes (Umstellung der Steuern und Eisenbahntarife auf Goldbasis, Beginn allgemeiner Sparmaßnahmen einschließlich eines Beamtenabbaus um 25 Prozent) nicht, der außenpolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden und den Reparationsdruck zu

[69]) In einer Übersicht vom Nov. 1924 über die Entwicklung der Finanzlage vom Sept. 1923 bis Dez. 1923. Nachl. Jarres vorl. 49. Demgegenüber urteilte der Kölner SPD-Politiker Johann *Meerfeld* (s. Anm. 49) rückblickend: „Die Reichsregierung wollte im Herbst 1923 das Rheinland preisgeben. Daran ist nicht zu rütteln, daß diese Absicht bestand."

[70]) Am 5. September 1933 schrieb *Adenauer* an Jarres, er halte derartige Vorwürfe gegen Jarres für ungerecht, da dessen Vorschlag einen anderen Sinn und Zweck gehabt habe als den, mit dem das Wort „Versackungspolitik" verbunden werde. Nachl. Jarres vorl. 49.

[71]) Am 24. Dezember 1923 an Adenauer. Stadtarchiv Köln Abt. II, Nr. 253, Bd. 4.

lindern. Auch kam kein gemeinsames Vorgehen wegen der von der SPD kritisierten ungleichen Behandlung von Sachsen und Bayern und wegen der vermeintlich einseitigen Personalpolitik in der Reichswehr zustande.[1]) In der Zentrumspartei erhob sich Kritik an Stresemanns Taktik, innenpolitische Probleme zu erledigen bzw. nicht zu erledigen.[2])

Es bedeutete für die Zentrumsfraktion keine Überraschung, als hinter den Ende Oktober ausgesprochenen ultimativen Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion[3]) — nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands, schärferem Vorgehen gegen Bayern, Rückzug der Reichswehr aus Sachsen — die Frage stand, „ob die bürgerlichen Parteien den Winter über mit oder ohne Sozialdemokratie regieren wollten".[4]) Die Zentrumsabgeordneten waren sich zunächst nicht ganz einig über diese Frage[5]), wenngleich sich die Mehrheit entschlossen zeigte, an der großen Koalition festzuhalten. Von den Zentrumsministern sprach sich Höfle für, und Brauns ebenso deutlich gegen die weitere Zusammenarbeit mit der SPD aus, die das Kabinett unter massiven Druck gesetzt habe.[6]) Die Mehrzahl der „bürgerlichen" Reichsminister (in besonders scharfer Form Geßler) vertrat den Standpunkt, daß die bayerische Frage mit der SPD nicht zu lösen sei. Anderseits jedoch verkannte man nicht, daß ein Weiterbestand der Koalition aus außenpolitischen Gründen vorteilhaft sein würde.[7]) Dennoch wurden die ultimativen Forderungen der SPD abgelehnt. Der Rücktritt der drei sozialdemokratischen Reichsminister am Abend des

---

[1]) Die nachgiebige Politik der Reichsregierung gegenüber Bayern hatte der preußische Ministerpräsident in einem Schreiben an den Reichskanzler vom 25. August 1923 scharf kritisiert. *Braun* beanspruchte die Bayern gemachten Zugeständnisse auch für Preußen und schrieb, es gehe auf die Dauer nicht an, „daß das Reich die Länder um so schlechter behandelt je reichstreuer sie sind". Bundesarchiv R 43 I/2327.

[2]) So in einer Redeskizze des Abg. *ten Hompel* vom 10. Dezember 1923. Nachl. ten Hompel.

[3]) Vgl. *Schulthess* 1923, S. 208; *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 191 f.

[4]) So der Reichsminister des Innern, *Sollmann* (SPD), in einer Sitzung des Reichsministeriums vom 1. November 1923. Bundesarchiv R 43 I/1390.

[5]) Die *KV* Nr. 793 und 796 vom 30. und 31. Oktober 1923 trat für den Weiterbestand der Koalition ein. Anläßlich einer Tagung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 9. Oktober 1923 in Köln hatten die Abg. *Lauscher* und *Kaas* Kritik an der Koalition mit der SPD zurückgewiesen unter Hinweis auf die Politik der Deutschnationalen, mit denen es in der Außenpolitik keinen gemeinsamen Weg gäbe; infolgedessen müsse das Zentrum auch weiterhin mit der „irregeführten Linken" zusammengehen, „ohne dabei selbstverständlich irgendwie unsere Grundsätze preiszugeben". Vgl. *KV* Nr. 743 vom 11. Oktober 1923.

[6]) Nach dem Protokoll einer Besprechung der „bürgerlichen Mitglieder des Reichskabinetts" am Vormittag des 2. November 1923. Bundesarchiv R 43 I/1390. In der Sitzung des Reichsministeriums am Vortage (s. Anm. 4) war *Stresemann* noch deutlicher geworden: Es müsse unter allen Umständen der Anschein vermieden werden, daß das Kabinett unter „marxistischem Druck" stehe. Am Nachmittag des 2. November 1923 sprach der Reichskanzler im Kabinett von der „marxistischen Diktatur". Ebd.

[7]) Vgl. insbesondere die Ausführungen *Stresemanns* in der Sitzung des Reichsministeriums am 2. November 1923. Vermächtnis, Bd. 1, S. 192 f.

2. November, den die Zentrumsfraktion vergeblich zu verhindern gesucht hatte[8]), ließ ein Rumpfkabinett Stresemann im Amt.

In wiederholten Beratungen, die sich bis zum 7. November hinzogen, mußte sich die bemerkenswert unentschlossene Zentrumsfraktion[9]) über ihre Haltung zu der veränderten Situation klarwerden. Schließlich kam es zu dem Beschluß, für das Kabinett Stresemann in seiner jetzigen Zusammensetzung, also unter Ausschluß der SPD-Mitglieder, die notwendige parlamentarische Basis zu suchen und eine politische Linie zu verfolgen, die weder monarchistischen Bestrebungen noch sozialdemokratischen Wünschen Vorschub leisten würde.[10]) Eine Bürgerblockregierung, also Hereinnahme der DNVP in das Kabinett, wurde von Marx kategorisch abgelehnt.[11])

Es besteht kein Zweifel daran, daß angesichts der politischen und wirtschaftlichen Notlage des Reiches der Zug nach rechts und die Sehnsucht nach einem autoritär regierenden Direktorium oder gar nach einem Diktator, die zu diesem Zeitpunkt im deutschen Volke verstärkt zum Ausdruck kam[12]), auch in Zentrumskreisen Eingang gefunden hatten.[13]) Deren Führung zeigte sich indessen bemüht, diesen Zug nach rechts aufzufangen und in das Bett eines „Ordnungsstromes" zu leiten, um ihn unter Kontrolle behalten zu können. Aus diesem Grunde wurde eindeutig jede verfassungswidrige Umgestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern abgelehnt und ein starkes Preußen als Notwendigkeit für ein starkes Reich bezeichnet.[14]) Nicht minder eindeutig fiel die Ver-

---

[8]) Mitteilung von Reichspostminister *Höfle* in einer Kabinettssitzung am 2. November 1923 (s. Anm. 6). Ferner *Marx'* Rede am 22. November 1923 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12201.

[9]) Eine Debatte in der Fraktion am 4. November 1923 erbrachte noch keine endgültige Klarheit. Vgl. *KV* Nr. 809 vom 6. November 1923. Ferner Mitteilungen *Brauns'* über diese Sitzung, in: *KV* Nr. 824 vom 11. November 1923. Dazu vgl. *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 195 (5. November 1923): „Haltung des Zentrums unbestimmt."

[10]) Vgl. *KV* Nr. 816 vom 8. November 1923. Der Hinweis auf die monarchistischen Strömungen dürfte im Zusammenhang stehen mit einem Antwortschreiben von Kardinal *Faulhaber* vom 6. November 1923 an Reichskanzler Stresemann, in dem es u. a. hieß: „Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Treue des bayrischen Volkes zu seinem Königshause das Recht der völkischen Selbstbestimmung für sich in Anspruch nimmt. Das alles darf aber nur auf verfassungsmäßigem und unblutigem Wege geschehen, nicht durch Umsturz und gewalttätige, blutige Eingriffe in den Gang der Entwicklung." Abgedr.: *KV* Nr. 812 vom 7. November 1923; *Germania* Nr. 309 vom 7. November 1923; *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 131. Die *KV* Nr. 817 vom 9. November 1923 kommentierte, Kardinal Faulhaber habe „in ausgezeichneter Weise den tieferen Anschauungen Ausdruck gegeben, die in der großen Mehrheit des bayerischen Volkes leben".

[11]) Vgl. *Stresemanns* Ausführungen in einer Fraktionssitzung der DVP am Vormittag des 6. November 1923. Vermächtnis, Bd. 1, S. 199.

[12]) Vgl. *KV* Nr. 817 vom 9. November 1923. In einer Rede in Halle am 11. November 1923 sprach *Stresemann* vom „Ruf nach der Diktatur". Vgl. Vermächtnis, Bd. 1, S. 207.

[13]) In einer Kabinettssitzung am 19. November 1923 erklärte Reichsarbeitsminister *Brauns*, er „müsse überhaupt zweifeln, ob man mit einer parlamentarischen Regierung durch die Schwierigkeiten des kommenden Winters hindurchkomme". Bundesarchiv R 43 I/1389.

[14]) So in einer Entschließung der Zentrumsfraktion des Preuß. Landtags vom 30. Oktober 1923. Vgl. *Germania* Nr. 302 vom 31. Oktober 1923.

urteilung des Münchener Hitler-Putsches vom 8./9. November aus. Ebenso klar lautete der negative Entscheid über einen Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung, den einzelne Zentrumsabgeordnete für zweckmäßig und unbedenklich hielten[15]), während sich andere — in erster Linie Wirth — sehr heftig dagegen aussprachen.[16]) Die Rücksicht auf die bedrohten Rheinlande wollte man „jetzt und noch lange Zeit"[17]) als Richtschnur der deutschen Politik angesehen wissen.

Da in diesem Zeitpunkt eine Reichstagsneuwahl insbesondere wegen der Rückwirkung auf das besetzte Gebiet[18]) ernsthaft nicht in Frage kam, sprach sich die Zentrumsfraktion am 16. November trotz mancher Bedenken für den Weiterbestand der Regierung Stresemann aus.[19]) Die Zeit für eine andere Konstellation schien noch nicht reif.[20]) Als der Reichskanzler am 22. November mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag trat, rechnete man allerdings selbst in den Reihen der Koalitionsparteien nicht mit der Annahme eines Vertrauensvotums durch das auseinanderstrebende Parlament, auch kaum mehr mit der Chance, das von dem SPD-Abgeordneten Wels am 20. November angekündigte Mißtrauensvotum verhindern oder abwehren zu können.[21]) Den Reichstag sah man im Begriff, die „größte von vielen Dummheiten" seit seinem Bestehen zu machen.[22])

In seiner Regierungserklärung am 22. November stellte Stresemann nicht Maßnahmen zur Behebung der Notlage des besetzten Gebiets (wovon im vorigen Kapitel die Rede war), sondern zur Belebung der Wirtschaft in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Das beklagte Marx um so mehr (wenngleich indirekt),

---

[15]) In einer Aufzeichnung des Abg. *Marx* heißt es: „Am 13. November [1923] halten wir eine Fraktionssitzung, bei der viel hin und her geredet wird über die Lage, ohne daß ich erkennen kann, was man eigentlich will. Endlich kommen aber doch einige Redner damit heraus, daß man den Deutschnationalen doch die Möglichkeit des Beitritts zur Regierung gewähren solle. Ich trete dagegen entschieden auf und führe aus, daß wir das Verhältnis zum Ausland, das sich allmählich bessere, ganz entschieden verschlechtern würden, wenn die Rechtsparteien in der Regierung vertreten seien. Selbst Herr von Guérard spricht sich dahin aus, daß solche außenpolitische Gesichtspunkte vielleicht früher von Bedeutung gewesen wären, jetzt aber keine Bedeutung mehr hätten! Ich bin wirklich etwas bedrückt, daß man solche Gefahren, wie ich sie sehe, heraufbeschwören will!" Nachl. Marx II/1.

[16]) *Marx* (ebd.) kommentiert einen Plan Wirths, aus der Fraktion auszuscheiden: „Das könnte doch unangenehme Folgen haben." Am 16. November 1923 erkrankte Wirth an einem Herzleiden (so daß er mit den Sterbesakramenten versehen wurde; vgl. *Germania* Nr. 313 vom 17. November 1923), das ihn in den folgenden Monaten dazu zwang, sich aus der Politik zurückzuziehen.

[17]) Vgl. *KV* Nr. 817 vom 9. November 1923.

[18]) So Reichpostminister *Höfle* in einer Kabinettssitzung am 19. November 1923, in der *Brauns* eine Auflösung zumindest als diskutabel bezeichnete. Bundesarchiv R 43 I/1389.

[19]) Vgl. *KV* Nr. 839 vom 17. November 1923.

[20]) So *Joos*, Besinnung, in: *Germania* Nr. 319 vom 22. Oktober 1923.

[21]) Vgl. *KV* Nr. 847 vom 20. November 1923.

[22]) So *KV* Nr. 852 vom 23. November 1923.

wenn er darauf hinwies[23]), daß die Zentrumspartei sowohl die Große Koalition zu erhalten gesucht habe als auch aus der gleichen „vaterländischen Gesinnung" heraus die jetzige Regierung Stresemann und deren Außenpolitik unterstütze, unbeschadet mancher Bedenken über einzelne Maßnahmen und Unterlassungen des Reichskabinetts auf innerpolitischem Gebiete.[24])

Der Zentrumsführer, der den „unfruchtbaren Parteihader" bedauerte, billigte ausdrücklich die von der Regierung unternommenen Schritte gegen Sachsen und Thüringen und auch das mit weniger fester Hand angewandte Vorgehen gegen Bayern, dessen Verhältnis zum Reich er „baldigst" wieder in verfassungsmäßige Bahnen geleitet wissen wollte: „Wir beklagen es aufs tiefste, daß in München gewisse führende Persönlichkeiten sich unter Mißbrauch der nationalen Bewegungen im Volke zu umstürzlerischen Schritten hinreißen lassen." Abschließend bezeichnete der Zentrumsvorsitzende die Steigerung der Produktion in der Wirtschaft und Landwirtschaft — durch Annahme des Arbeitszeitgesetzes, Sparsamkeit im Reichshaushalt und Bereitstellung wertbeständiger Zahlungsmittel — als vordringliche Aufgabe. Marx forderte etwas unvermittelt zum Abschluß seiner Rede das deutsche Volk auf, den Glauben an eine bessere Zukunft des Vaterlandes nicht zu verlieren und vereint an seiner Rettung zu arbeiten.

Diese „Rettung" schien einen Tag später weiter denn je entfernt. Auf Grund eines von der SPD-Fraktion — entgegen der Warnung Eberts — eingebrachten Mißtrauensvotums verweigerte eine Mehrheit des Reichstags (230 : 155 Stimmen) das vom Reichskanzler hartnäckig geforderte Vertrauensvotum. Stresemann, der sich vergeblich „tapfer und geschickt" gewehrt hatte[25]), reichte unverzüglich die Demission des Kabinetts ein. Zum erstenmal seit 1919 war eine Reichsregierung „in offener Feldschlacht" gefallen.[26]) Die Parlamentskrisis lag sichtbar zutage. Resigniert fragte die „Kölnische Volkszeitung", die die „Totengräber" der Regierung Stresemann kritisierte: „Wie viele Kabinette müssen wir noch begraben, bis endlich einmal eins länger als ein Jahr leben kann?"[27])

---

[23]) Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12201 ff.

[24]) Diese Kritik wurde im Zentrum keineswegs überall geteilt. In einer kurzen Würdigung Stresemanns in *KV* Nr. 857 vom 24. November 1923 („Eine herostratische Tat") hieß es: „Innenpolitische Notwendigkeiten beurteilte er — es darf in Paranthese hinzugefügt werden: in weitgehender Übereinstimmung mit der Zentrumspartei — von der hohen Warte überparteilich, volksgemeinschaftlich und auf die Versöhnung der Gegenseite gerichteten Denkens." Am 3. Dezember 1923 nannte der Abg. *Joos* in einem Artikel „Parlamentskrise" (in: *KV* Nr. 879) Stresemanns innenpolitische Gedankengänge „erleuchtet und wirksam".

[25]) So *Joos* (s. die vorige Anm.).

[26]) So *KV* Nr. 857 vom 24. November 1923; vgl. ferner *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 244 ff.; *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 207 f.

[27]) Nr. 857 vom 24. November 1923.

6. Auftakt zur Ära Marx

„Es ist geradezu die historische Aufgabe des Zentrums geworden, in Zeiten höchster Bedrängnis das Schiff des schwergefährdeten Reiches zu steuern." Reichsminister Höfle am 1. Januar 1924.[1])

Die Überschrift eines Leitartikels der „Kölnischen Volkszeitung" vom 24. November „Was nun?"[2]) kennzeichnet die Situation der Ratlosigkeit und des grollenden Zornes, die in der Zentrumspartei über die „überflüssige und gefährliche Kabinettskrise" (Joos) herrschte, in der manche Beobachter den Anfang vom Ende der demokratischen Staatsform sehen wollten.[3]) Im Zentrum machte man die Sozialdemokratie für den Sturz der Regierung und die dadurch hervorgerufene neue Krise verantwortlich. Aufs schärfste wurden die offen zutage getretenen Auswüchse der „Parteienmißwirtschaft" und die Lähmungserscheinungen des formalen Parlamentarismus kritisiert[4]), dem es ebenso an „innerem Gehalt" wie an jener Verantwortlichkeit fehle, die für eine zielbewußte Politik notwendig seien.[5])

Der Mangel an politischer Disziplin innerhalb der Parteien und das Fehlen demokratischer Führerpersönlichkeiten lösten in verstärktem Maße den Ruf nach einem kleinen Direktorium „als Diktatur ungestörter Aufbauarbeit" aus[6]), da im „neuen Deutschland" zuviel geredet werde.[7]) Als sich bereits am Tage nach dem Sturz der Regierung herausstellte, daß sich die SPD wieder einmal „seitwärts in die Büsche" schlug[8]) und unter keinen Umständen bereit war, eine neue Regierung zu bilden, erhielt die Aversion innerhalb des Zentrums gegen diese

---

[1]) *KV* Nr. 1 (Neujahrsaufruf).

[2]) Nr. 855. In dem gleichzeitigen Leitartikel der *Germania* (Nr. 321 vom 24. November 1923) „Die neue Regierungskrise" wurde die Heraufbeschwörung dieser Krise als ein Unglück bezeichnet.

[3]) Vgl. *KV* Nr. 13 vom 5. Januar 1924 („Parteien und Führer"). Dazu *Wentzcke*, Ruhrkampf, Bd. 2, S. 276: „In denselben Stunden, da man in Düsseldorf und in Koblenz, in Köln und Bonn um die Erhaltung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung und des deutschen Staatsgedankens rang, versagten Reden und Abstimmungen im Reichstage dem Kabinett, das diese Verhandlungen deckte, das Vertrauen!"

[4]) Vgl. insbesondere die Leitartikel „Die Totengräber" und „Der deutsche Jammer" in *KV* Nr. 857 und 858 vom 24. November 1923. Ferner *KV* Nr. 874 vom 1. Dezember 1923 (unter „Streiflichter"): „Durch die jüngsten Kabinettskrisen ist die Art, wie in Deutschland das parlamentarische System gehandhabt wird, erneut bloßgestellt."

[5]) Vgl. *KV* Nr. 13 vom 5. Januar 1924.

[6]) So *KV* Nr. 854 von 23. November 1923.

[7]) So *KV* Nr. 857 vom 24. November 1923. Ähnlich *KV* Nr. 874 vom 1. Dezember 1923: „Wer es gut mit dem Parlament meint, wer wünscht, daß es arbeitsfähig und führend wird, wird es begrüßen, wenn die Auswüchse des Parlamentarismus bekämpft und beschnitten werden."

[8]) So *KV* Nr. 858 vom 24. November 1923, wo weiter darauf hingewiesen wurde, daß sich die SPD „noch jedesmal, wenn es am nötigsten war", der Verantwortung entzogen habe; insbesondere wenn ein schwerer Winter bevorgestanden habe, „zog sich die Sozialdemokratie in die Winterquartiere der Opposition zurück".

Partei neue Nahrung.[9]) Demgegenüber bedeutete es zwar nicht in sachlicher, so doch in psychologischer Hinsicht einen Vorteil, wenn man voller Ingrimm feststellen konnte: „Man kennt aber die Verantwortlichen. Und das ist gut so."[10])

Angesichts der geradezu „verhängnisvollen Situation", in der sich das Rheinland bei einer längeren „Regierungslosigkeit" befand[11]), bestand in der Zentrumsfraktion Einigkeit darüber, jede Abkehr von der bisherigen außen- und innenpolitischen Linie zu verhindern und eine möglichst rasche Kabinettsbildung zu unterstützen. Damit verband sich eine klare Absage an eine Koalition mit den Deutschnationalen, deren Opposition man in diesem Zusammenhang als „für die Dauer gegeben" hinstellte.[12]) Anderseits aber galt die Sozialdemokratie, die soeben noch den demokratischen Gedanken „so skrupellos" für Parteizwecke mißbraucht habe, in diesem Zeitpunkt als mindestens ebenso gefährlich für den Staat wie eine Partei der offenen Opposition.[13]) Damit befand sich die Zentrumsfraktion in einem Dilemma, in dem sich als einzige Lösung eine parlamentarische Minderheitsregierung der Mitte anzubieten schien.[14]) Aber auch bei diesem Ergebnis wäre eine Tolerierung durch jene SPD notwendig gewesen, der man in diesem Augenblick noch vorwarf, sie habe durch den Sturz der Reichsregierung die Münchner „Niederlage der Hitlerleute" vom 9. November nachträglich in einen Sieg verwandelt.[15])

Während sich in den nächsten Tagen nacheinander zunächst der Abgeordnete von Kardorff (DVP), dann Reichsinnenminister Jarres und schließlich der frühere Reichsminister Albert erfolglos um eine Kabinettsbildung bemühten, verhielt sich das Zentrum „äußerst reserviert".[16]) Dessen Vorsitzender Marx hatte es (am 24. November) strikt abgelehnt, das ihm von Reichspräsident Ebert angebotene Reichskanzleramt zu übernehmen.[17]) Die Reichstagsfraktion des

---

[9]) In der *KV* Nr. 857 vom 24. November 1923 hieß es: „Alle Geduld hat ein Ende; und so möchten wir glauben, daß die Zentrumspartei demnächst und endgültig prüft, ob ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie [. . .] nicht einer Änderung bedarf."

[10]) Ebd.

[11]) Vgl. *KV* Nr. 858 vom 24. November 1923 („Zur Kabinettskrise").

[12]) In dem Leitartikel „Die Totengräber" vom 24. November 1923 (s. Anm. 4) hieß es: Die Deutschnationale Volkspartei werde „niemals ein den Zeitläuften entsprechendes Verhältnis zum Prinzip der Demokratie" finden.

[13]) Ebd.

[14]) Vgl. *Germania* Nr. 321 vom 24. November 1923.

[15]) S. Anm. 12.

[16]) So *KV* Nr. 859 vom 25. November 1923.

[17]) In einer Aufzeichnung *Marx'* heißt es, er habe am Vormittag des 24. November 1923 das Angebot Eberts abgelehnt, „weil das Zentrum oft genug die Last des Kanzleramtes getragen habe und nur Undank dafür geerntet habe. Ich nenne Kardorff als ausgezeichneten Kandidaten." Nachl. Marx II/1. Am 2. Dezember 1923 gab die Abg. *Dransfeld* (in *Germania* Nr. 329) bekannt, daß das Zentrum zunächst den Beschluß gefaßt habe, die Führung der neuen Regierung abzulehnen, „falls sie ihm angeboten werden sollte". Bei *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 255, ist als Kanzlerkandidat auch Adenauer genannt.

Zentrums gab in diesem Zeitpunkt eindeutig zu erkennen, daß für sie nur Stresemann als Außenminister im neuen Kabinett in Frage kommen würde. Nach dem Scheitern der ersten Versuche zur Regierungsbildung nahm Stegerwald den Auftrag des Reichspräsidenten an, die Möglichkeiten für eine Kabinettsbildung zu sondieren. Seinem Unternehmen war kein Erfolg beschieden, so daß er den Auftrag zurückgab.[18])

Immerhin erbrachten die Verhandlungen, die dieser auf einen Rechtskurs festgelegte Zentrumspolitiker auch mit den Unterhändlern der DNVP geführt hatte, zur Überraschung vieler Zentrumsanhänger Klarheit darüber, daß die Deutschnationalen in die Regierung hineindrängten und für diesen Preis bemerkenswert weitgehende Zugeständnisse in Aussicht stellten. Sie erklärten sich damit einverstanden, ihre bisherigen Postulate — darunter die alte Forderung, den Versailler Vertrag als ungültig zu erklären[19]) — aufzugeben, verlangten jedoch als Vorbedingung für ihren Eintritt in das Reichskabinett die Auflösung der Preußen-Koalition mit den Sozialdemokraten und den Eintritt von DNVP-Vertretern in die preußische Regierung. Dieses Junktim wurde von den drei bürgerlichen Parteien der Preußen-Koalition eindeutig abgelehnt, ebenso auch von der Reichstagsfraktion des Zentrums, wenngleich zunächst auch Zentrumsabgeordnete die Aufnahme der DNVP in die Reichsregierung befürwortet hatten.[20]) In dieser Situation blieb den „Regierungsmachern“[21]) nichts anderes übrig, als ohne Rücksichtnahme auf die DNVP vorzugehen. Der Reichspräsident war nicht bereit, einem aus Vertretern der DDP, des Zentrums und der

---

[18]) Gegenüber sozialdemokratischen Angriffen im Wahlkampf des Frühjahrs 1924 erklärte *Stegerwald* („Märchen“, in: *KV* Nr. 251 vom 3. April 1924), er habe den Auftrag des Reichspräsidenten zur Kabinettsbildung nicht angenommen, „aber vom Mittwoch, den 28. November vormittags 8 Uhr bis Donnerstag, den 29. November nachts 12 Uhr, also rund 39 Stunden, unausgesetzt durchgearbeitet“, um die Schwierigkeiten für die neue Regierungsbildung auszuräumen, „wofür mir sowohl der Herr Reichspräsident wie Herr Reichskanzler Marx wärmsten Dank ausgesprochen haben. Wenn die Sozialdemokraten wegen politischer Unreife davonlaufen und andere Leute sich um die Lebensnotwendigkeiten des Reiches bemühen, dann nennt das die sozialdemokratische Agitation: ‚Bürgerliche Sammlung gegen die Sozialdemokratie!‘“

[19]) Am 29. November 1923 schrieb die *KV* (Nr. 869): Die Linie, innerhalb deren sich die deutsche Außenpolitik zu vollziehen habe, sei vorgeschrieben; alle Möglichkeiten des Widerstandes seien endgültig erschöpft: „Die sog. Politik des Zerreißens des Versailler Vertrags hat [. . .] den Vorzug der Klarheit: Sie führt [. . .] in den Abgrund.“ In einer Reichstagsrede am 5. März 1924 erklärte der Abg. *Kaas*, bei der letzten Regierungskrise habe es sich gezeigt, daß die Deutschnationalen bereit gewesen seien, das, „was bis dahin im Lande als selbstverständliches Postulat aufrechter nationaler Politik hingestellt worden war“, schlankweg preiszugeben. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12600.

[20]) Am 27. November 1923 berichtete die *KV* Nr. 863 aus Berlin (Meldung vom Vortage), innerhalb der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sei über die Einbeziehung der DNVP noch keine Entscheidung gefallen. Am 28. November 1923 sprach sich die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags (ebenso wie die DVP- und DDP-Fraktion) für den Versuch aus, ein Reichskabinett unter Zuziehung der DNVP zu bilden. Vgl. *KV* Nr. 871 vom 30. November 1923.

[21]) Vgl. *Stresemanns* Artikel in der *Zeit* vom 9. Dezember 1923: Die Art, in der die DNVP die preußische Koalition zerschlagen wollte, „mußte naturgemäß das Gegenteil der angestrebten Wirkung haben“. Vgl. *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 258.

DVP gebildeten Kabinett Blankovollmacht für eine Auflösung des Reichstags zu geben.[22])

In dieser verfahrenen Situation zeichnete sich am Nachmittag des 28. November als „letzter Ausweg"[23]) die Bildung einer Regierung unter der Kanzlerschaft des Zentrumsvorsitzenden ab. Marx besaß weit über seine Partei hinaus allgemeines Ansehen. Diese Kandidatur wurde nachdrücklich von Stresemann, mit dem sich Marx besonders gut verstand[24]), unterstützt, da Aussicht bestand, daß ein Kabinett Marx sowohl von rechts als auch von links toleriert werden würde. Stresemann hatte sich bereits vorher gegenüber Stegerwald bereit erklärt, das Amt eines Außenministers anzunehmen, wenn er von den Fraktionen der neuen Koalition darum ersucht werden würde.[25])

Am Nachmittag des 29. November nahm Marx — der sich angesichts der verfahrenen Situation nicht länger sträubte — vom Reichspräsidenten den Auftrag zur Kabinettsbildung an, die ihm bereits am folgenden Tage gelang. Mit seiner Ernennung zum Regierungschef stellte die Zentrumspartei „mit großer Selbstüberwindung"[26]) in dieser „schicksalsschweren Zeit"[27]) zum dritten Male seit 1919 einen Reichskanzler und einen Mann, der als die „geachtetste und beliebteste Persönlichkeit" der Fraktion und der Gesamtpartei galt.[28]) Dabei

---

[22]) Nach einer Mitteilung *Stegerwalds*, in: *Der Deutsche* Nr. 281 vom 1. Dezember 1923. Stegerwald erklärte ferner, sein Versuch habe gezeigt, daß sich die Wiederaufnahme der großen Koalition als unmöglich erwiesen habe (wegen des Mißtrauens der SPD gegenüber Stresemann) und die Bildung einer Regierung der Weimarer Koalition ebenso wie die Bildung einer Regierung mit freigewählten Mitarbeitern nicht die anstehenden Aufgaben hätte lösen können. Die Aufnahme der DNVP sei an deren Forderungen nach Auflösung der preuß. Koalition gescheitert.

[23]) So *KV* Nr. 871 vom 30. November 1923.

[24]) In einer undatierten Aufzeichnung von *Marx* aus den 30er Jahren heißt es: „Die Zentrumsfraktion hat mir wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie Stresemann nicht das Vertrauen schenke, was ich ihm entgegenbrachte. Jedenfalls habe ich ihm stets die Treue bewahrt, weil er m. E. [als Außenminister] die Politik durchführte, die ich und das Zentrum für die richtige hielt." Nachl. Marx III.

[25]) Schreiben vom 28. November 1923 an Marx als Antwort auf dessen Schreiben vom 24. November, in dem *Marx* dem letzten Regierungschef namens der Zentrumsfraktion für seine „opferfreudigen Mühen" und „echt vaterländische Aufopferung" gedankt hatte. Vgl. *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, S. 247 f. In *Stresemanns* Schreiben hieß es ferner: „Es hat mich sehr gefreut, aus dem Beschluß Ihrer Fraktion zu ersehen, daß meine Arbeit während der Kanzlerschaft [...] wenigstens in bezug auf den in ihr liegenden Willen so objektiv anerkannt worden ist. Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auch Ihnen zu danken für die Art und Weise, in der Sie mich während dieser Zeit als Fraktionsführer oft unterstützt und in meiner Arbeit gestärkt haben. Ihr ruhiges, abwägendes und leidenschaftsloses Urteil [...] ist mir stets von besonderer Bedeutung gewesen. Stets hatte ich die Empfindung, daß Sie von dem Gedanken ausgehen, dem Mann, der an anderer Stelle stand, in seinem Streben gerecht zu werden, und daß Sie sich dabei von jeder Parteipolitik fernhielten, die so leicht dazu verführt, die Dinge unter einem schiefen Gesichtswinkel anzusehen."

[26]) So *Schreiber*, Grundfragen der Zentrumspolitik, S. 17.

[27]) So der Fraktionsvors. Abg. *Fehrenbach* in einem Neujahrsgruß an die Zentrumsanhänger. Vgl. *KV* Nr. 1 vom 1. Januar 1924.

[28]) So der Abg. *Giesberts* in *Germania* Nr. 327 vom 30. November 1923.

herrschte Klarheit darüber, daß Marx — „ganz Deutschland kennt den vortrefflichen Mann“[29]) — mit der Übernahme des Amtes, das er nicht erstrebt hatte, ein großes persönliches Opfer brachte.[30]) Nicht nur im Zentrum, das die Nominierung des Vorsitzenden mit gemischten Gefühlen betrachtete[31]), wußte man, daß angesichts einer derartigen politischen und wirtschaftlichen Misere keine Lorbeeren zu ernten waren.

Nachdem es Marx gelungen war, eine Minderheitsregierung auf der Grundlage der bisherigen Koalition der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zu bilden, erschienen die Deutschnationalen als die „eigentlich Blamierten und Demaskierten“ der letzten Tage. Wenngleich sie der Reihe nach nahezu sämtliche früheren Forderungen geopfert hatten (nach Errichtung einer Diktatur, Einstellung der Reparationszahlungen, nach Nichtigkeitserklärung des Versailler Vertrags, auf Ausbootung Stresemanns), so waren sie dennoch nicht zu ihrem Hauptziel gelangt, die preußische Verwaltung in die Hand zu bekommen „wie einst im Mai“.[32]) Die Tatsache, daß die Verhandlungen mit der zwiegesichtigen DNVP endgültig gescheitert waren, wurde nunmehr vom Zentrum ebenso erleichtert aufgenommen und begrüßt wie die Tatsache, daß man vor solchen Verhandlungen, in deren Verlauf sich die Deutschnationalen „demaskiert“ hatten[33]), nicht zurückgeschreckt war.[34])

Daß es Marx gelang, den BVP-Abgeordneten Emminger als Reichsjustizminister zu gewinnen, wurde in Zentrumskreisen besonders begrüßt. Die Hereinnahme der unter dem Druck der Deutschnationalen stehenden BVP in die

---

[29]) So *KV* Nr. 871 vom 30. November 1923.

[30]) In einer Rede vor dem Handels- und Industriebeirat der Kölner Zentrumspartei teilte der Abg *v. Guérard* am 13. Dezember 1923 mit, Marx sei zur Übernahme des Kanzleramts gedrängt worden und habe dann vor der Fraktion erklärt: „Ich bin bereit, meine unzulänglichen Kräfte in den Dienst des Vaterlands zu stellen; möge Gott mir die erforderliche Kraft schenken.“ Vgl. *KV* Nr. 912 vom 15. Dezember 1923. Auf einer Wahlkundgebung am 23. März 1924 in Hagen erklärte *Stegerwald*, er habe dem Reichspräsidenten gegenüber Marx als Reichskanzler vorgeschlagen; Marx habe zur Übernahme dieses Amtes „schwer bearbeitet“ werden müssen. Vgl. *KV* Nr. 225 vom 24. März 1924. Ferner *Spiecker*, Ein Jahr Marx, S. 9.

[31]) In einem „Die Opfertat des Zentrums“ überschriebenen Artikel der Abg. *Dransfeld* (in: *Germania* Nr. 329 vom 2. Dezember 1923) hieß es: „Wer Marx kennt, der weiß, daß er zum höchsten Beamtenposten [!] des deutschen Volkes geht wie etwa ein Verurteilter zum Schafott.“ Wenige Tage später schrieb der Abg. *Joos*, das Zentrum habe seinen Fraktionschef für das Führeramt im Reich hergegeben, nachdem andere Lösungsversuche gescheitert seien. Vgl. *Germania* Nr. 333 vom 6. Dezember 1923.

[32]) So der Abg. *Ehrhardt* in einem Artikel „Politische Verantwortungslosigkeit“, in: *Germania* Nr. 344 vom 17. Dezember 1923. Ähnlich der preußische Abg. *Grebe*, ebd. Nr. 356 vom 30. Dezember 1923.

[33]) So *Germania* Nr. 328 vom 1. Dezember 1923.

[34]) Vgl. den Leitartikel der *KV* Nr. 872 vom 30. November 1923 unter dem bezeichnenden Titel „Die Waffenablieferung der Deutschnationalen“ sowie die Stellungnahme des Abg. *Kaas* im Verlauf einer Reichstagsrede am 5. März 1924 (Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12600). Zu den nachträglichen Kritikern der Verhandlungen mit den Deutschnationalen zählte *Wirth*, wie aus seinem offenen Brief an Joos vom 12. Januar 1924 (vgl. *Wirth*, Unsere politische Linie, S. 40) hervorgeht.

Koalition galt als günstiges Vorzeichen eines baldigen Ausgleichs zwischen dem Reich und Bayern auf der Basis des „Rechtes und der Interessen" beider Partner.[35]) In diesem Sinne mußte auch die Ernennung des neuen Reichswirtschaftsministers Hamm (DDP) aufgefaßt werden, der früher als bayerischer Handelsminister amtiert hatte. Von den Zentrumsabgeordneten blieben die Minister Brauns und Höfle im Amt, wobei Höfle neben seinem bisherigen Ressort (Post) auch kommissarisch die Leitung des Ministeriums für die besetzten Gebiete übernahm, da Fuchs — ein Mann mit „heimatliebendem Herzen"[36]) — auf seinen Posten als Oberpräsident nach Koblenz zurückkehrte.

Die Kanzlerschaft Marx' bedeutete das Ende der republikanischen Ära der Zentrumspolitik. Das neue Leitwort „Volksgemeinschaft", in dessen Zeichen die innere Zerklüftung überwunden werden sollte, übte ganz im Sinne seiner Verfechter weitaus mehr Anziehungskraft nach rechts als nach links aus. Die politischen Auswirkungen der Inflation und der seit 1918/19 erfolgten Bevölkerungs- und Gesellschaftsumschichtung traten erst einige Jahre später in Erscheinung.

Der Bruch der großen Koalition im Spätherbst 1923, der mit der Stabilisierung der Währung und dem Ende der innerdeutschen Putsche und Aufstände zusammenfiel, bedeutete den tiefsten innenpolitischen Einschnitt in der Geschichte der Weimarer Republik seit ihrem Bestehen. Mit der Übernahme der Regierung durch Marx begannen die wenigen ruhigen Jahre der Republik. Sie standen außenpolitisch im Zeichen des Wiedereintritts in den Kreis der Nationen, einer vorläufigen Fixierung der Reparationsleistungen, einer beginnenden Aussöhnung mit Frankreich und anderen Nachbarländern. Innenpolitisch ging der Kurs als Folge der Wählerentscheidungen von 1924 und 1925 so weit nach rechts, daß zeitweilig die DNVP der Reichsregierung angehörte. Das Zentrum wurde periodisch von neuen Krisen heimgesucht — aber der alte Turm hielt vorerst trotz weiterer Risse allen Stürmen stand. Die Existenz der Partei blieb auch in den folgenden Jahren aufs engste mit dem Schicksal der Weimarer Republik verknüpft.

---

[35]) So *KV* Nr. 874 vom 1. Dezember 1923.

[36]) So Reichskanzler *Marx* in seiner Regierungserklärung am 4. Dezember 1923 im Reichstag. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 361, S. 12296.

SIEBENTER TEIL

Die Last der Tradition

Erstes Kapitel

Das Führerproblem im Zentrum

1. Der gouvernementale Politiker: Peter Spahn

Jahrzehntelang bildete die Reichstagsfraktion das eigentliche Führungsgremium der Zentrumspartei. Die Politik der Fraktion wurde allerdings nicht entscheidend von dem nominellen Fraktionsvorsitzenden oder von dem gewählten Fraktionsvorstand bestimmt, sondern meistens von einem allseits anerkannten „geborenen" Parteiführer.[1]) Zwei Jahrzehnte lang hatte Windthorst diese Stellung, wenn auch nicht unangefochten, eingenommen. Dabei stützte er sich für die innerfraktionelle Meinungsbildung jeweils auf wechselnde Gruppen und Mehrheiten, in der Regel auf die Mitkämpfer der ersten Jahre. Nach seinem Tode (1891) wuchs der „christliche Demokrat" Ernst Lieber gegen den Widerstand des agrarisch-konservativen Flügels in die Rolle des Parteiführers hinein. Er leitete eine neue Ära in der Geschichte des Zentrums ein. Die bewußte Bejahung der „nationalen" Reichspolitik (Unterstützung der ausgreifenden Flotten- und Kolonialpolitik) erleichterte das unverhältnismäßig rasche Hineinwachsen des katholischen Volksteils in das Wilhelminische Deutschland.

Die Tatsache, daß die Zentrumspartei in der Opposition aufgewachsen und groß geworden war, prägte noch lange den Stil der Partei- bzw. Fraktionsführung. In ihr bestimmten wenige „kluge Alte" die politische Taktik, die ja im Vordergrund stehen mußte. Der traditionelle Autoritätsglaube und das sorgsam gepflegte Ansehen der Kulturkampfveteranen taten ein übriges, um den „Großkopfeten"[2]) weiterhin beruhigt zu folgen.

Erster Stellvertreter des langjährigen Fraktionsvorsitzenden Alfred Graf Hompesch (1893—1909) war seit 1897 Peter Spahn (zweiter Stellvertreter der spätere Domdekan Franz Schädler und seit 1903 Adolf Gröber). Nach Liebers Tod (31. März 1902) ging die Fraktionsführung und damit die Parteileitung praktisch auf ein Kollegium über, in dem prominente Vertreter einzelner Gruppen eine Rolle zu spielen begannen. Dadurch schwächte sich die Führerautorität wesentlich ab. Als am 9. Februar 1909 zum ersten Mal — nach dem Tode des 83jährigen Grafen Hompesch — über den Fraktionsvorsitz durch Zettelwahl abgestimmt wurde, siegte mit großem Vorsprung Hertling über Spahn. Dabei

---

[1]) Für diesen Zusammenhang vgl. *Nipperdey*, Organisation der politischen Parteien, bes. S. 280 ff.

[2]) So Hans *Rechberg*, Das Führerproblem im Zentrum, in: Allg. Rundschau Nr. 39 vom 24. September 1925, S. 629.

war auch Trimborn als Kandidat ins Spiel gebracht worden, ohne allerdings ernsthaft als Vorsitzender in Frage zu kommen. Die west- und süddeutschen Abgeordneten dürften den Ausschlag für die Wahl Hertlings gegeben haben. Spahn war tief verletzt und verärgert.[2a]) Zwischen ihm und Hertling kam es zu keiner engeren Zusammenarbeit[3]), zumal Spahn offensichtlich in der Fraktion keine besonderen Sympathien besaß.[4]) Als Hertling drei Jahre später die Leitung des Bayerischen Staatsministeriums übernahm, trat jedoch Spahn, damals Oberlandesgerichtspräsident in Kiel, durch Zuruf einstimmig gewählt[5]), an die Spitze der Fraktion.

Innerhalb dieses Gremiums war inzwischen eine verstärkte Flügelbildung zu verzeichnen. Deren Exponenten traten sowohl als Sprecher einer politischen Konzeption (wie z. B. Erzberger auf der einen und Hans Graf Praschma auf der anderen Seite) als auch einer landsmannschaftlichen Gruppe (z. B. Fehrenbach und Domdekan Schädler) auf und wurden als solche respektiert. Das verbindende Element stellten neben den Geistlichen (Hitze, Pichler) vor allem die nicht interessengebundenen Akademiker, fast ausnahmslos Juristen, dar.[6]) Sie fanden sich sowohl unter den Anhängern einer mehr demokratischen (Gröber, Fehrenbach, Trimborn) als auch einer mehr konservativen Richtung (Hertling, Porsch, Bell). Längst war Erzberger zu einer politischen Potenz sui generis geworden. In den Jahren von 1912—1917 vollzog sich ein permanenter Kampf zwischen ihm und Spahn, der zu Erzbergers Gunsten endete.

Im Juli 1917 gab Spahn nach seinem Eintritt in die preußische Regierung Reichstagsmandat und Fraktionsvorsitz auf. Daraufhin rückte Gröber ohne Kampfabstimmung an seine Stelle. Als dann im November 1917 Hertling das Reichskanzleramt und im Mai 1918 Fehrenbach das Reichstagspräsidium über-

---

[2a]) In einer Aufzeichnung *Bachems* vom 10. Februar 1909 hieß es: „Gegengründe gegen die Wahl Spahns waren: 1. Sein Beruf, Jurist. 2. Seine Beamtenstellung und mangelnde Unabhängigkeit. 3. Seine Tätigkeit in Kiel, dreitägige Abwesenheit in der Woche. 4. Seine Hauspolitik [. . .]. 5. Die ganze Art seines persönlichen Verkehrs mit den Abgeordneten. 6. Seine Gewohnheit, eigene Wege zu gehen und plötzlich die Fraktion vor fait accomplis zu stellen. 7. Der Zylinderhut." Nachl. Bachem 283.

[3]) Am 11. September 1910 klagte *Müller-Fulda* gegenüber Hertling über den Dualismus in der Fraktionsführung: „Die Gepflogenheit der Minister, sich in allen wichtigen Fragen an Spahn zu wenden und mit diesem Abmachungen zu treffen, bestand in letzter Zeit zum Teil noch fort, sie hat aber jetzt keine innere Berechtigung mehr." Nachl. Hertling 37.

[4]) Am 21. Februar 1912 schrieb *Hertling* an Cardauns: „Fremd stand mir von den maßgebenden Leuten wohl nur Spahn gegenüber, der aber [. . .] in der Fraktion jeden Einfluß und namentlich jede Sympathie verlor. Außer Wellstein, Hitze, vielleicht auch Fehrenbach, hat er kaum mehr Freunde." Nachl. Cardauns.

[5]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 7, S. 390.

[6]) In einem Artikel „Mehr politische Kandidaturen!" erinnerte der Chefredakteur der *Germania*, August *Hommerich*, am 1. Januar 1921 (Nr. 1) an Spahns Wort von den 42 Juristen in der Fraktion bei seinem Eintritt in den Reichstag (1884). Hommerich fuhr dann in recht eigenwilliger Interpretation fort, gerade die Rechtskundigen seien „von Natur aus die gegebenen Träger der erhabenen Rechtsideen", mit deren Vertretung das Zentrum stehe und falle.

nahm, bekleideten drei prominente Zentrumspolitiker führende Staatsämter. Mit dem Eintritt von Gröber, Trimborn und Erzberger als Staatssekretäre in die Regierung des Prinzen Max von Baden (Anfang Oktober 1918) waren die drei einflußreichsten Zentrumsabgeordneten an die Exekutive gebunden, ohne allerdings ihr Mandat aufgeben zu müssen.

Zum Verständnis des Führerproblems im Zentrum erweist sich eine kurze Charakteristik derjenigen Persönlichkeiten als notwendig, die von Spahn bis Marx die Fraktion bzw. Partei leiteten und repräsentierten.

Peter Spahn, dessen politische Vergangenheit sich bereits für die Angehörigen der Weltkriegsgeneration „ins Sagenhafte" verlor[7]), war 66 Jahre alt, als er 1912 die Fraktionsführung übernahm. Als Sohn eines Wagenmeisters im Rheingau hatte er als Musterbeispiel des „staatstreuen" katholischen und preußischen Beamten auf der juristischen Leiter Sprosse um Sprosse bis zum Oberlandesgerichtspräsident in Kiel und Frankfurt a. M. erklommen.[8]) Seit 1882 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und seit 1884 auch des Reichstags erwarb sich Spahn als Vorsitzender des Reichstagsausschusses zur Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs besondere Verdienste um das Zustandekommen dieses Werkes, für das ihm die Universitäten Tübingen und Löwen den Ehrendoktor verliehen.

Von 1914—1917 amtierte Spahn als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und von 1909—1917 als erster Vizepräsident des Reichstags, in dessen Reihen er zunehmendes Gewicht gewonnen hatte. Unter seiner führenden Mitwirkung setzte das Zentrum den von Lieber eingeleiteten Kurs zur positiven Mitarbeit in der Reichspolitik fort. Insbesondere bei den Verhandlungen mit Reichskanzler v. Bülow, mit dem Spahn jede wichtige Vorlage der Regierung vorab erörterte[9]), erwies sich der Zentrumsführer als geschickter Politiker. Kein großes Gesetz (Handelsgesetzbuch, Militärgesetze, Steuergesetze, die große Zolltarifvorlage von 1902, die Verfassung für Elsaß-Lothringen) kam ohne seine Mitwirkung zustande. Nicht minder bedeutsam war sein Einfluß auf die Gestaltung der sozialen und wirtschaftspolitischen Gesetze (Anerkennung der Arbeiterberufsvereine). Dazu besaß er einen guten Blick für die Aufgaben der Verwaltung.[10]) Spahns Zylinder galt unter der Reichskanzlerschaft v. Bülows als das Führerzeichen des Zentrums in der damaligen Reichspolitik.[11]) Das änderte sich 1909, da Spahn (nomi-

---

[7]) So *Fischart*, Das alte und das neue System, Bd. 3, S. 26.

[8]) Vgl. Martin *Spahn:* „Mein Vater ist durchaus in der Tradition des preußischen Beamten aufgewachsen." In: WUA 7/II, S. 231.

[9]) Nach dem Urteil seines Sohnes (ebd.) fuhr Spahn „regelmäßig alle Jahre nach Norderney" zu Bülow, um mit ihm die geplanten Vorlagen der Regierung durchzusprechen.

[10]) Vgl. Hermann *Sacher*, Spahn, in: Staatslexikon 4^5, 1931, Sp. 1742.

[11]) So *Rechberg*, Führerproblem, S. 628. Vgl. auch *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 402 f. In den ungedruckten Erinnerungen Georg *Schreibers* heißt es, Spahns Zylinder sei geradezu in „mythische und sagenhafte Züge" gewachsen.

neller Fraktionschef bis 1912 war Hertling) dem neuen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg kritisch gegenüberstand, weil es den Anschein hatte, als wolle Bethmann die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranziehen.[12]) In dem Maße, in dem Bethmann dann eine Kampfstellung gegen die SPD bezog, milderten sich die Spannungen. Zu Bethmann fanden die Zentrumsführer nicht das gleiche gute persönliche Verhältnis wie zu Bülow.

Spahn war weder ein auf die Massen wirkender Politiker noch ein glänzender Redner. Er erschien als ein geborener Vorsitzender. Infolge einer Stimmbändererkrankung konnte er nur sehr leise sprechen. Die große Bedeutung dieses Politikers lag in seiner Fähigkeit als ausgleichender Verhandlungsleiter und in seiner unermüdlichen gesetzgeberischen Mitarbeit in den Ausschüssen des Reichstags.[13]) In seiner Fraktion war er nicht besonders beliebt, da er ein wenig herablassend wirkte[14]) und eine auffallende Temperamentlosigkeit an den Tag legte.[15]) Zudem stand der „trockene, oft langweilige Jurist“[16]) im „Geruch des Gouvernementalen“.[17]) Insbesondere bei den Anhängern der Kölner Richtung blieb Spahns Führerschaft nie unbestritten, wenngleich er im Gewerkschaftsstreit, wie alle führenden Zentrumspolitiker, an der Seite der Gladbacher gestanden hatte.

Spahn war ein unermüdlicher Vorkämpfer für die Freiheitsrechte des Volkes und ein Gegner aller Ausnahmegesetze, wobei ihm der Kampf um die Freiheit der Kirche und für die Gleichberechtigung der Polen „Herzensangelegenheit“ war.[18]) Er betätigte sich häufig als juristischer Fachschriftsteller. Spahn gehörte zu den zahlreichen arbeitsfreudigen Doppelmandataren und Dauerparlamentari-

---

[12]) Vgl. Martin *Spahn* (s. Anm. 8), S. 235 (25. Februar 1927).

[13]) Vgl. *Sacher* (s. Anm. 10): „Neben überragenden Kenntnissen, einer unermüdlichen Arbeitskraft und einer seltenen Arbeitsfreude waren seine Stärke die juristische Schärfe seines Geistes, sein klares, von jeder Enge freies Urteil, seine den willigen Denkfähigen überzeugenden sachlichen Begründungen.“

[14]) Am 29. Juli 1909 schrieb der Abg. Friedrich *Graf von Galen* an Hertling, er habe sich in einer (näher beschriebenen) politischen Angelegenheit an Spahn gewandt. Dieser jedoch habe ihn „mit ein paar nichtssagenden Worten“ abgefertigt: „Es war ihm offenbar nicht der Mühe wert, mit einem so tief unter ihm stehenden gewöhnlichen Sterblichen zu sprechen.“ Nachl. Hertling

[15]) Darüber klagte *Hertling* am 6. Oktober 1914 (an Porsch), wobei es weiter hieß, daß Spahn die Fraktion mit der gleichen Temperamentlosigkeit führe „oder vielmehr nicht führe“. Nachl. Bachem 934.

[16]) So *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 218.

[17]) Vgl. *Rechberg*, Führerproblem, S. 628.

[18]) So in einer Ansprache *Gröbers* bei der Festfeier der Zentrumsfraktion aus Anlaß des 70. Geb. von Spahn am 23. Mai 1916. Vgl. den gedruckten Bericht, S. 10. Dieser Satz ist (ohne Quellenangabe) zit. bei *Sacher*, Spahn, Sp. 1743, wo es ferner heißt: „Spahn war eine der maßvollsten und beherrschtesten Persönlichkeiten, die je an der Spitze einer Partei standen, stets aber auch ein Mann der Selbständigkeit und der Widerstandskraft, nie ein willenloser Gefolgsmann, stets ein Gegner jedes ostentativen Sichgebens, jeder Popularitätssucht und Demagogie, stets ausgezeichnet durch ernste Sachlichkeit, strenge Objektivität und vornehme Gesinnung, durch kühle Besonnenheit im großen Sturm, durch wortkarge, skeptische Zurückhaltung gegenüber jedem parlamentarischen Neuigkeitsgeschwätz.“

ern (1918 noch Mitglied des Herrenhauses) im Zentrum, wie sie für diese Partei charakteristisch sind. Er war ein Vertreter der „herkömmlichen Ordnung, ein Mann streng konservativer Gesinnung", selbstverständlich ein scharfer Gegner der Sozialdemokratie, dem es 1918 nicht leicht fiel, sich in die neuen Verhältnisse einzugewöhnen.[19]) Nach außen hin wirkte der persönlich anspruchslose und zurückhaltende Politiker, dessen umfassende Bildung hervorzuheben ist, wie ein „alter Gelehrter".[20]) Daß Spahn seinen Sohn Martin und seinen Schwiegersohn Görres (den Herausgeber einer „Görres-Korrespondenz") seit 1921 im deutschnationalen Lager sehen mußte — 1924/25 gehörten Spahn sen. und jun. gleichzeitig dem Reichstag an —, hat ihn nicht am „alten Zentrum" irre werden lassen[21]), dessen Tradition er in seinen Vorzügen wie in seinen Schwächen verkörperte.[22])

In Erzberger erwuchs ihm, schon seit 1906, ein Gegner, dem er je länger um so weniger gewachsen war und gegen den er 1920 im Erzberger-Prozeß aussagte. Es ist charakteristisch, daß sich Spahn in der Fraktionsführung oft stark gehemmt sah durch das Verfahren der Reichsämter und des Preußischen Kriegsministeriums, einzelne Abgeordnete (insbesondere Erzberger) auf unterschiedliche Weise direkt für ihre jeweiligen Vorlagen zu gewinnen, ohne die Fraktionsführung zu verständigen.[23]) Mit einem spürbaren Schwinden der körperlichen Kräfte wurde Spahns Einfluß in der Fraktion im Laufes des Weltkriegs immer geringer.[24]) Die nachlässige Art der Parteiführung[25]) wurde selbst von seinen

---

[19]) Vgl. das Urteil Martin *Spahns* (in: WUA 7/II, S. 232): „Für die Denkart eines Mannes, wie es mein Vater war, war das System von 1895 bis 1917 wie geschaffen, und er hat bis an seinen Tod daran gehangen."

[20]) So *Verus*, Peter Spahn, in: Deutsche Handels-Warte 12, 1924, S. 253.

[21]) In einem Schreiben *Spahns* vom 14. August 1922 an Reichskanzler Wirth hieß es u. a.: „Die Presse soll mitgeteilt haben, das Auswärtige Amt hätte meinen Sohn zu Ausbildungsvorträgen heranziehen wollen. Sie hätten ihn gestrichen. Die Tatsache an sich berührt mich nicht, ihre Veröffentlichung aus Ihrer Kanzlei hätte mir aber erspart werden können." Darauf antwortete Staatssekretär *Hemmer* am 19. August 1922 im Auftrage Wirths, daß die erwähnte Pressenotiz weder vom Ausw. Amt, noch von der Reichskanzlei oder der Pressestelle der Reichsregierung herausgegeben worden sei. Bundesarchiv R 43 I/2657.

[22]) Im Rahmen der Festfeier zu seinem 70. Geb. (s. Anm. 18, S. 23) erklärte *Spahn:* „Ich bin in meinem ganzen Leben und in meiner ganzen Tätigkeit von dem Grundsatz ausgegangen, nicht in mein Geschick einzugreifen und es selbst ändern zu wollen; was Gott fügte, nahm ich an, so wie er es fügte."

[23]) Vgl. Martin *Spahn*, in: WUA 7/II, S. 237.

[24]) Als konkretes Beispiel einer stillen und mühevollen, aber nach außen nicht hervortretenden politischen Leistung nannte *Gröber* auf der Festfeier vom Mai 1916 (s. Anm. 18, S. 9) die Tatsache, daß der in den letzten Tagen zustande gekommene Kompromiß der bürgerlichen Parteien über die Kriegssteuern „wesentlich ein Verdienst" Spahns sei.

[25]) Nach einer Aufzeichnung Carl *Bachems* vom 28. Februar 1916 hatte Spahn Einladungen zu einer Tagung nach München verschickt „ohne Angabe des Zweckes und der Eingeladenen". Bachem fuhr fort: „Also ähnlich wie in Frankfurt und Düsseldorf: ohne alle Sorgfalt, mit größter Oberflächlichkeit. Zuerst das Amt, dann noch einmal das Amt etc. und ganz zuletzt die politische Leitung der Fraktion und Partei als Nebenamt. Warum benutzt er keinen jüngeren Abgeordneten für die bürokratischen Arbeiten?" Nachl. Bachem 851.

alten Freunden kritisiert. Spahns Berufung zum preußischen Justizminister (Juli 1917) war eine ehrenvolle Ernennung[26]), zugleich aber auch eine Entfernung aus der aktiven Zentrumspolitik, der die neue „Exzellenz" verärgert und enttäuscht zunächst den Rücken kehrte.

Als Peter Spahn 1919 als Abgeordneter wieder in die Nationalversammlung und 1920 in den Reichstag zurückkehrte, gewann er den früheren Einfluß nicht mehr zurück. Dafür hatte er sich mit seinen 75 Jahren politisch zu sehr „selbst überlebt".[27]) Der Rat des „überraschend geistesfrischen" Spahn[28]) wurde jedoch vom Fraktionsvorstand und von den Parteivorsitzenden Gröber, Trimborn und Marx oft in Anspruch genommen, ob auch ebensooft befolgt, entzieht sich unserer Kenntnis.[29]) Wirth legte während der Zeit seiner Kanzlerschaft großen Wert auf die Pflege guter Beziehungen zu Spahn, der die Zentrumsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vertrat.[30])

Spahn ist einer der vielen Zentrumspolitiker, die sich im Vollbesitz ihrer Geistes- und Schaffenskraft[31]) trotz zunehmender Vereinsamung (insbesondere nach dem Tode von Gröber und Hitze) und trotz fortschreitenden körperlichen Verfalls[32]) nicht von ihrem Mandat trennen konnten, dessen Pflichten Spahn

---

[26]) In einem Nachruf von Wilhelm *Hankamer* (in: Essener Volkszeitung vom 2. September 1925, zit. bei *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 403) heißt es dazu: „Aus eigener Kraft, durch eisernen Fleiß hat er sich zur Höhe des Ministersessels emporgerungen, der ihm indessen unter dem alten System wie so mancher anderen bedeutenden katholischen Persönlichkeit versagt geblieben wäre."

[27]) So *Fischart*, Das alte und das neue System, Bd. 3, S. 30. Am 26. Mai 1921 schrieb *Spahn* an Carl Bachem: „Bis jetzt haben die Kräfte gehalten, aber auf wie lange noch? [. . .] Wir leben zurückgezogen und betreuen Haus und Garten. [. . .] Die Politik packt mich noch, aber auch nur in destillierter Form. Rechtsausschuß, Wahlprüfungsgericht und zur Zeit Geschäftsordnung sind mein Altenteil, das mich befriedigt." Nachl. Bachem 465.

[28]) So *WAZ* Nr. 41 vom 16. Oktober 1921.

[29]) In einem Nachruf auf den am 1. September 1925 verstorbenen Spahn auf dem 5. Reichsparteitag des Zentrums in Kassel am 16. November 1925 bezeichnete der Parteivors. *Marx* den Verstorbenen als einen Mann, der „einfach unersetzlich" sei. Spahn habe eine „geradezu divinatorische Erkenntnis" mancher kommenden Entwicklungen besessen und mit einer „absolut zutreffenden Entscheidung" den Beratungen der Fraktion jederzeit eine bestimmte Richtung gegeben und Entscheidungen vorgeschlagen, die sich später als die „absolut richtigen" herausgestellt hätten. Vgl. Offizieller Bericht, S. 6.

[30]) Das ergibt sich auch aus dem Wortlaut seines Glückwunschschreibens zum 75. Geb. Spahns am 22. Mai 1921. Bundesarchiv R 43 I/2657.

[31]) Das hob *Marx* (s. Anm. 29) eigens hervor gegenüber anderen, „vielfach auch bei uns" verbreiteten Ansichten.

[32]) Vgl. die plastische Schilderung von *Bolz* (Ende April 1920): „Der alte Spahn hat große Löcher hinter die Ohren bekommen. [. . .] Er ist alt." Bei *Miller*, Bolz, S. 168. Weniger respektierlich heißt es bei *Fischart*, Das alte und das neue System, Bd. 3, S. 22 (1920): „Eine schlanke, aber wacklige Gestalt. Ein Mann von Jahren. [. . .] Die Beine schieben sich vor. Der schiefe Turm von Pisa fängt an zu gehen." Weiter wird hier auf Spahns Schwerhörigkeit und auf seine leise Stimme hingewiesen, die ihn auch früher schon als „Flüsterer und Lispeler der Fraktion" ausgezeichnet habe.

weiterhin gewissenhaft erfüllte.[33]) Er zählte zu der Generation großer Zentrumspolitiker, die alle in den Sielen starben (gest. 1. September 1925). Peter Spahn gehörte jahrzehntelang zum „eisernen Inventar des Zentrums“[34]) und war 1925 mit fast 80 Jahren der zweitälteste Abgeordnete des Reichstags.

[33]) In einer Sitzung des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei am 14. August 1922 in Köln erklärte *Marx*, Spahn habe bei der gesetzgeberischen Tätigkeit der letzten Zeit „übermenschliche und unermüdliche Arbeit“ geleistet. Vgl. *KV* Nr. 635 vom 18. August 1922.

[34]) So *Verus*, Spahn (s. Anm. 20), S. 253.

2. Ein politischer Praktiker: Adolf Gröber

Als Spahn im August 1917 als Justizminister in die preußische Regierung eintrat, übernahm Adolf Gröber ohne Diskussion die Nachfolge im Vorsitz der Reichstagsfraktion.[1]) Nur wenige Jahre jünger (geb. 1854) als Spahn, war der als Sohn eines Goldschmieds geborene Württemberger genau wie jener in der Richterlaufbahn aufgestiegen (zuletzt Landgerichtsdirektor) und ebenfalls seit Jahrzehnten sowohl Mitglied des Reichstags (seit den Septennatswahlen von 1887) als auch einer einzelstaatlichen (württembergischen) zweiten Kammer (seit 1889), in der er seit 1895 den Vorsitz der Zentrumsfraktion innehatte. Mit Spahn gemeinsam war Gröber die „Arbeitsamkeit und die Gewissenhaftigkeit“ in der Wahrnehmung des parlamentarischen Amtes.[2]) Seine Lebensarbeit jedoch gehörte so stark dem Parlament, daß er — im Gegensatz zu Spahn — die richterliche Tätigkeit nicht ausübte.

Gröber, dessen „tiefgläubige, kindlich fromme Gesinnung“[3]) immer wieder hervorgehoben wurde, war genau wie Spahn ein unermüdlicher Vorkämpfer für die staatsbürgerlichen Rechte und Interessen des katholischen Volkes, die Freiheit der katholischen Kirche und die Beseitigung der Reste der Kulturkampfgesetzgebung.[4]) Er mühte sich insbesondere, das „Bewußtsein der Verantwortung für das öffentliche Leben“ im katholischen Volksteil zu wecken.[5]) Anders als sein Vorgänger jedoch war der temperamentvollere und reizbare, nicht selten derbschwäbische Gröber mit dem wallenden Patriarchenbart ein allseits beliebter

[1]) Zwei Tage nach Gröbers Tod erklärte *Trimborn* in der Zentrumsfraktion, er wisse aus zuverlässigen Berichten, daß Windthorst und Lieber in Gröber den künftigen Fraktionschef gesehen hätten. Vgl. *Germania* Nr. 535 vom 21. November 1919.

[2]) So Joseph *Joos*, Im Weimarer Parlament, in: *WAZ* Nr. 21 vom 14. Juli 1919.

[3]) So *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 277. Schärfer *Epstein*, Erzberger, S. 58: Gröbers patriarchalische Erscheinung und seine Lebensweise hätten ihn in den Ruf eines Heiligen gebracht.

[4]) Vgl. Alfons *Noppel*, Adolf Gröber, in: Stimmen der Zeit 98, 1920, S. 524: „Seine Gerechtigkeit scheute vor keinen Konsequenzen zurück. Er verlangte Freiheit und Gerechtigkeit für seine Glaubensgenossen, aber auch für Andersdenkende.“

[5]) So Ernst *Deuerlein*, Gröber, in: Staatslexikon 3[6], 1959, Sp. 1033. Dort ist auch die Literatur über Gröber zusammengestellt, wobei *Hagen*, Gestalten, Bd. 3, S. 97 ff., zu ergänzen ist.

echter Volksmann und Volksredner, als Referent auf den Katholikentagen besonders geschätzt. Das Diktum „Der Gröber ist wohl gröber als der Lieber, aber der Gröber ist uns lieber als der Lieber", das in der Fraktion umging[6]), ist dafür bezeichnend.

Sein organisatorisches Talent (Gründer des Württembergischen Zentrums und des württembergischen Landessekretariats des M.Gladbacher Volksvereins[7]), Initiator einer „Zentralstelle für kirchliche Statistik", Verfasser einer Geschäftsordnung des Württembergischen Landtags und der Katholikentage), verband sich mit einem überzeugenden Einsatz für die von ihm vertretene Sache. Seine führende Tätigkeit als Vorstandsmitglied des Volksvereins, sein Interesse an der sozialpolitischen Gesetzgebung und seine entschiedene Förderung der Christlichen Gewerkschaften waren Ausfluß seiner süddeutsch-demokratischen Grundeinstellung[8]), die sich mit einem konsequenten Eintreten für die Stärkung des monarchischen Gedankens verband. Glänzende Beredsamkeit, immenser parlamentarischer Fleiß — er galt als „Arbeitsbiene" des Reichstags[9]) — und juristisch-praktisches Aufgreifen aller politischen Fragen machten ihn zu einem vielbeschäftigten Mitglied zahlreicher Parlamentsausschüsse.

Als politischer Pragmatiker verband Gröber den Scharfsinn eines berufsmäßigen Juristen mit der kirchenpolitischen Vertrautheit eines Theologen[10]), wobei ihm allerdings jede spekulative Sicht abging. Seine Wirkung auf akademische Kreise blieb relativ gering, ebenso seine Ausstrahlung auf eine spätere Generation. Als Politiker und Mensch war Gröber gleichermaßen geschätzt.[11]) Sein langjähriger Reichstagskollege Carl Bachem hat ihn als „durch und durch großdeutsch" gesinnt bezeichnet und als das Muster eines süddeutschen Reichstagsabgeordneten, „welcher alle partikularistischen Einseitigkeiten vermied und offen ablehnte".[12])

Wenngleich sein Wirken zunächst der politischen Organisation und Führung der württembergischen Katholiken galt (seit 1895 als Vorsitzender der von ihm

---

[6]) Nach den ungedruckten Erinnerungen von Georg *Schreiber*.

[7]) Über die Initiative, die der „anerkannte Laienführer des württembergischen Katholizismus" dabei entwickelte, vgl. *Ritter*, Volksverein, S. 176 f.

[8]) In einem Nachruf der *Germania* Nr. 534 vom 20. November 1919 war von einem „süddeutschen Demokraten von echtem Schrot und Korn" die Rede.

[9]) Der *Vorwärts* schrieb in einem Nachruf (zit. in *Germania* Nr. 534 vom 20. November 1919): „Der parlamentarische Fleiß Gröbers war kaum zu übertreffen." *Trimborn* bezeichnete Gröber am 21. November 1919 (s. Anm. 1) als den arbeitsfreudigsten Zentrumsparlamentarier, den es je gegeben habe.

[10]) So *Mausbach* auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920. Vgl. Offizieller Bericht, S. 92.

[11]) In einem Nachruf auf Gröber (in: *Das Neue Reich* Nr. 12 vom 21. Dezember 1919, S. 193) hieß es: „Das katholische Deutschland verliert an ihm einen seiner besten Männer." Die Abg. Hedwig *Dransfeld* widmete Gröber in der *KV* vom 28. November 1919 einen ehrenvollen Nachruf, in dem insbesondere seine menschlichen Qualitäten hervorgehoben wurden.

[12]) In: Deutsches Biograph. Jahrb., Bd. 2, S. 390.

gegründeten regionalen Zentrumsfraktion), so wuchs Gröber doch seit der Jahrhundertwende stärker in die Reichspolitik hinein. Als Autor des Toleranzantrags, als Mitarbeiter an der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, als Fraktionssprecher in Militär- und Steuerfragen und als Stütze des „demokratischen" Zentrumsflügels[13]) — wobei er länger als ein Jahrzehnt seine schützende Hand über seinen Landsmann Erzberger hielt — fand er zunehmende Aufmerksamkeit auch außerhalb seiner Partei.

Als „getreuer Eckart der katholischen Belange" breitete Gröber seinen „weiten Mantel schirmend über die Polen und die Arbeitervertreter aus", wenn der „feudale Flügel" der Partei allzu dreist sein Haupt erhob.[14]) Der Schwerpunkt seiner vielseitigen parlamentarischen Tätigkeit lag in der Behandlung juristischer, namentlich strafrechtlicher, etatsrechtlicher und sonstiger staatsrechtlicher Angelegenheiten.[15]) Als Parteispezialist für alle völkerrechtlichen Fragen vertrat er einen „überstaatlich christlich-katholischen Standpunkt", den der von ihm protegierte Erzberger als sein gelehriger Schüler weiterführte.[16]) Es war kein Geheimnis, daß Gröber mit zunehmendem Alter nicht so leicht jüngere Abgeordnete aufkommen ließ.

Im Krieg unterstützte er auf der Seite der „alten Generation"[17]) mit der überwiegenden Mehrheit der Fraktion eine entschlossene Kampfführung (uneingeschränkter U-Boot-Krieg). Er war ein Gegner der Friedensresolution, an deren Vorberatung er wegen längerer Erkrankung nicht teilnehmen konnte. Im Sommer 1917 an die Spitze der Fraktion und damit auch des Reichsparteiausschusses berufen, entwickelte er sich nur langsam zum Verfechter eines Verständigungsfriedens und einer Parlamentarisierung der Reichsleitung, die er dann als Staatssekretär in der Regierung des Prinzen Max von Baden auch auf der Regierungsebene mit vorantreiben konnte. Gröber trat nunmehr mit Nachdruck dafür ein, die Volksrechte zu erweitern und die Stellung des Parlaments zu stärken.[18]) Er war jedoch alles andere als ein Republikaner und versuchte

---

[13]) In einem Nachruf von R. *Grießer* (Allg. Rundschau Nr. 49 vom 6. Dezember 1919, S. 746) hieß es: „Er war ‚Demokrat' im guten alten Sinn; seine demokratische Ader trieb ihn zur Auflehnung gegen alles, was die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte und Freiheiten des Volkes, insbesondere der Schwachen, schmälern und unterdrücken wollte."

[14]) Vgl. *Fischart*, Das alte und das neue System, Bd. 1, S. 376.

[15]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 277.

[16]) *Fischart*, ebd., S. 379.

[17]) Vgl. Martin *Spahn*, in: WUA 7/II, S. 234 (25. Februar 1927).

[18]) Vgl. *Cardauns*, Gröber, S. 132 f.: „In Nr. 509 der Berliner ‚Germania' vom 31. Oktober 1918 veröffentlichte Gröber mit seinem Namen zur Verteidigung der Regierungspolitik einen Artikel ‚Der tiefere Sinn unserer Verfassungsänderungen', den man als das politische Glaubensbekenntnis seines Lebensabschlusses bezeichnen darf. Er lautet (mit einigen Kürzungen): ‚Der Zug der Zeit geht weiter in der Richtung der Vermehrung der Volksrechte, und es ist unsere Pflicht, die Entwicklung mit Rat und Tat zu begleiten und zu beeinflussen. Dabei kommt uns als Katholiken insbesondere zugute, daß unser Glaube die Frage nach der besten Staatsverfassung durchaus offen läßt. Wir können von ihm aus so gut Aristokraten wie Demokraten sein. Letzten

buchstäblich bis zur letzten Minute am 9. November 1918, die Monarchie zu retten. Er hatte auf ein glückliches Ende des Krieges gerechnet und darauf seine Hoffnungen gesetzt.

Der Ausgang des Krieges und der Ausbruch der Revolution, über die er „tief erschüttert" war[19]), bedeuteten für Gröber einen „ganz besonderen Schmerz".[20]) Es dauerte einige Wochen, bis er sich wieder in die politische Arena begab. Die Neuformierung des Zentrums vollzog sich zunächst ohne seine Mitwirkung. Erst auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses am 30. Dezember 1918 trat Gröber wieder in Erscheinung.[21]) Beim Zusammentritt der Zentrumsfraktion in der Weimarer Nationalversammlung wurde er wie selbstverständlich an die Spitze der Fraktion gewählt. In dieser Eigenschaft sowie kraft seines Amtes als Vorsitzender des Reichsparteiausschusses mußte er wiederholt in grundsätzlichen Erklärungen zu den neuen Gegebenheiten Stellung nehmen. Das tat er als Prototyp des Zentrumsmannes, der weiterhin die Revolution verurteilte, aber auf dem vielzitierten Boden der neuen Tatsachen und der neues Recht begründenden Reichsverfassung für die aktive Mitarbeit in und an der neuen Republik eintrat.

Die Umstellung auf die neue Zeit fiel ihm um so schwerer, als seine Gesundheit zu wünschen übrigließ, Gröber aber dennoch — wie gewohnt — alles allein erledigen wollte. Infolgedessen war er ständig überlastet und reizbar.[22]) In seinem Wesen traten immer stärker konservative und selbst aristokratische Züge hervor, die ihn alle „demokratischen Übertreibungen" ablehnen ließen.[23]) Zu den zahlreichen neugewählten Abgeordneten, die nicht nur infolge der

---

Endes entscheidend dürfen wir immer nur das höchste Interesse des Vaterlandes finden. Jede Staatsform ist in sich zulässig und gerecht, wenn durch sie der wesentliche Zweck des Staates, das Gemeinwohl, erfüllt werden kann, und die Staatsform ist die beste und im Einzelfall erstrebenswerte, die diesem Gemeinwohl am vollkommensten gerecht wird. Das aber scheint unter den heutigen Umständen ohne Zweifel diejenige zu sein, die eine erweiterte Mitwirkung des Volkes an allen Entscheidungen über sein Dasein und seine Entwicklung ins Auge faßt. Und das ist es, was wir in den letzten Wochen in die Wege geleitet haben.' "

[19]) In einer Aufzeichnung *Bachems* vom 21. April 1928 heißt es, Stadtpfarrer Rau von Heilbronn habe ihm berichtet, Gröber sei über den Ausbruch der Revolution „tief erschüttert" gewesen und habe mit Rau die Frage erörtert, „ob es zulässig sei, auf den Regenten einen Druck auszuüben, um ihn zum Rücktritt von der Krone zu bewegen". Nachl. Bachem 883.

[20]) So hieß es in dem Nachruf *Fehrenbachs* am 19. Januar 1920 auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums. Vgl. Offizieller Bericht, S. 2 f. Ferner *Hagen*, Gestalten, Bd. 3, S. 122: „Nach Ausbruch der Revolution verließ Gröber krank und abgekämpft Berlin und kehrte in seine schwäbische Heimat zurück."

[21]) Die Formulierung von *Joos*, wonach sich Gröber, „von Hause aus Demokrat", ganz von selbst in die „neue Zeit" eingefügt habe (Im Weimarer Parlament, in: *WAZ* Nr. 21 vom 14. Juli 1919), ist entsprechend zu modifizieren.

[22]) So in einem anonymen Artikel „Die Erschütterung der Deutschen Zentrumspartei", in: *HPBl.* 165, 1920, S. 184.

[23]) So *Bachem* (s. Anm. 12), S. 390.

unruhigen Monate die alte „Einordnung und Unterordnung“[24]) vermissen ließen, ergab sich nicht das früher in der Fraktion herrschende Vertrauensverhältnis.[25]) Noch weniger Kontakt fand der alte und immer etwas zugeknöpft wirkende Junggeselle[26]), der in Berlin stets bei Ordensschwestern wohnte und von ungewöhnlicher persönlicher Anspruchslosigkeit war, zu den weiblichen Abgeordneten. Für deren Tätigkeit vermochte er — hierin gewiß keine Einzelerscheinung in der Fraktion — kein rechtes Verständnis aufzubringen.[27])

Gröber war es vergönnt, noch die Annahme und Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung zu erleben, an deren Zustandekommen er tätig mitgewirkt hatte. Drei Monate später setzte ein Herzschlag dem Leben des 65jährigen Politikers im Reichstagsgebäude ein Ende, an der Stätte jahrzehntelanger politischer Wirksamkeit.[28]) Seine letzten Worte im Reichstag am 19. November 1919 lauteten: „Ich habe das Meinige getan, an den Jungen ist es, weiter zu arbeiten.“[29]) Ein Führer „ganz großen Stils“ war der in einem für die Zentrumspartei höchst kritischen Augenblick Verstorbene zweifellos nicht[30]), wohl aber die Verkörperung und das Vorbild eines volksverbundenen und pflichtbewußten Berufsparlamentariers und Politikers. Ihm war es beschieden, zu einem hervorragenden Teil an dem Auszug des deutschen Katholizismus aus dem konfessionellen Ghetto und an der Überwindung der Kulturkampfatmosphäre beizutragen. An der Trauerfeier für Gröber im Reichstagsgebäude nahmen der

---

[24]) Vgl. *Hagen*, Gestalten, Bd. 3, S. 123.

[25]) Vgl. *Hagen*, ebd.: „Gröber tat mit ihnen nicht leicht, verstand sie nicht mehr recht und nahm, öfters übermüdet und überreizt, ihnen gegenüber kein Blatt vor den Mund. So gab es Verstimmungen und Reibereien.“ Dazu *Cardauns*, Gröber, S. 116: „Für die Stellung des Fraktionsvorsitzenden [. . .] brachte er hervorragende Eigenschaften mit: einen Idealismus, dem die Sache über alles ging, eine riesige Arbeitskraft, aber es fehlte ihm eine Eigenschaft, die für den Leiter unentbehrlich, für den Vorsitzenden schwer entbehrlich ist: das disponierende Talent, die Fähigkeit, im Detail andere für sich arbeiten zu lassen, worin Windthorst Meister war, mit zunehmendem Alter und wachsender Kränklichkeit auch mehr und mehr die Leichtigkeit des Verkehrs mit den Kollegen. Er zog sich zurück, arbeitend vom frühen Morgen bis in die späte Nacht, sein Arbeitszimmer im Reichstagsgebäude war unter dem Namen ‚der Dachsbau‘ bekannt.‘,

[26]) Vgl. *Joos* (s. Anm. 2): „Partei und Parlament sind des Junggesellen [Gröber] Braut geworden.“

[27]) Dazu vgl. *Cardauns*, Gröber, S. 142: „Die Weiblichkeit konnte sich nicht des gleichen Entgegenkommens erfreuen wie sein männlicher Bekanntenkreis. Ein ihm durchaus wohlgesinnter Gewährsmann hat mir zugegeben, Gröber habe ‚es mit den Damen nicht gekonnt‘, auch einmal mit der Faust auf den Tisch schlagend, von Weiberkram gesprochen.“

[28]) Vgl. dazu die Tagebucheintragung von Conrad *Haußmann* (Schlaglichter, S. 294) unter dem 19. Oktober 1919: „Gröbers Straßenohnmacht [. . .] bleibt aber ein Vollbeweis von ‚Hinfälligkeit‘. Er war schon im Kabinett sehr matt und schlummerig. Mich beschäftigt dieses Sic transit gloria ecclesiae parlamentaricae. Denn ich sah ihn auch wachsen und kannte seine großen und guten Eigenschaften.“

[29]) Vgl. *Miller*, Bolz, S. 153. Ein Stimmungsbild über die Trauerfeier der Fraktion findet sich bei Wilhelm *Keil*, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2. Stuttgart 1948, S. 189 f.

[30]) Vgl. K. *Hofmann*, Gröber, in: Staatslexikon 2^5, 1926, Sp. 845: „Zum Führer ganz großen Stils mögen ihm die Abwälzung des Details auf andere, das großzügig disponierende Talent und der unwiderstehliche Schwung der Form, Persönlichkeit und Idee gefehlt haben.“

Reichspräsident, der Präsident der Nationalversammlung, der Reichskanzler, der Präsident der Württembergischen Volkskammer und Vertreter aller Fraktionen der Nationalversammlung teil. Ihre Anwesenheit bezeugt am eindringlichsten das Ansehen und die Wertschätzung, die dem verstorbenen Zentrumsführer auch außerhalb seiner Partei entgegengebracht wurden.

3. Der Mann des Ausgleichs: Carl Trimborn

Zu Gröbers Nachfolger im Vorsitz der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung wurde ohne Widerstände und „so gut wie einstimmig“[1]) der mit ihm seit 1874 befreundete[2]) Führer des Rheinischen Zentrums, Carl Trimborn, gewählt.[3]) Nicht minder reibungslos vollzog sich dessen Wahl zum Vorsitzenden der Gesamtpartei, die wenige Wochen später auf dem ersten Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 erfolgte. Die Tatsache, daß überhaupt kein anderer Kandidat genannt wurde, bezeugt die bereits von den Zeitgenossen beklagte Erscheinung, daß es an „erprobten Führern“ in der Partei mangelte.[4])

Im gleichen Jahre (1854) wie Gröber geboren, wirkte Trimborn dennoch wesentlich jünger und lebhafter als der Württemberger.[5]) Zusammen mit Gröber gehörte der einer kinderreichen Familie (als drittes von 14 Kindern) entstammende Trimborn zur Generation der „Alten“, die ihre entscheidenden politischen Eindrücke im ausgehenden 19. Jahrhundert erhalten hatten. Er wuchs in einer

---

[1]) So der Abg. Hans *Herschel*, Nach Trimborns Tod, in: Allg. Rundschau Nr. 34 vom 20. August 1921, S. 426. In einem voraufgegangenen Nachruf in *Germania* Nr. 452 vom 31. Juli 1921 hatte *Herschel* von einer einstimmig erfolgten Wahl berichtet.

[2]) Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 19.

[3]) An die Wahl knüpfte Carl *Bachem* folgende Überlegungen (in einem Schreiben an Trimborn vom 10. Dezember 1919): „Vor allem freut mich auch, daß kein Bayer an die Spitze gekommen ist. Denn dann wäre die Fraktion auf eine ganz schiefe Bahn gekommen. [...] Eigentlich wäre ja ein Schlesier an der Reihe gewesen, aber einerseits dürfte keiner zur Verfügung gestanden haben und andererseits wäre es auch wirklich zuviel gewesen [...], nachdem Porsch als Schlesier [und als Vorsitzender des Preußischen Zentrums] gleichzeitig die Landtagsfraktion führt.“ Nachl. Bachem 465.

[4]) Vgl. Konrad *Beyerle* in seinem Nachruf auf Trimborn, in: Allg. Rundschau Nr. 32 vom 6. August 1921, S. 403.

[5]) In einem Nachruf hat der Abg. *Herschel* (in: *Germania* Nr. 452 vom 31. Juli 1921) die Erscheinung Trimborns folgendermaßen beschrieben: „Ein etwas untersetzter Mann von wenig mehr als Mittelgröße. Ein volles rundes Gesicht. Wenn er nach kargem Urlaub vom sonnigen Unkel a. Rh. zurückkehrt, ist es tief gebräunt wie das eines Landwirts oder Soldaten. Das leicht ergraute Haar ist auf dem Scheitel schon gelichtet, vorn aber noch ganz voll. Der etwas struppige Schnurrbart ist fast weiß. Auf der festen geraden Nase sitzt eine große Hornbrille. Durch ihre kreisrunden Gläser blicken zwei freundliche, aber auch feste Augen den Beschauer forschend an. Eine Hand liegt wegen Schwerhörigkeit oft am Ohr, um die Schallwirkung zu erhöhen. Die Stimme klingt etwas hoch, namentlich in freudiger oder anderer Erregung. Ausgesprochener Dialekt kündet den Sohn des heiligen Köln, den Rheinländer mit all seinem Temperament und seinem goldenen Humor.“

politisch interessierten Familie auf: Sein Vater, ein Kölner Rechtsanwalt, war einige Jahre lang als Reichstagsabgeordneter (für Krefeld) tätig gewesen, während ein Bruder seiner Mutter dem Preußischen Abgeordnetenhaus und dem Reichstag des Norddeutschen Bundes angehört hatte. Als aktives Mitglied der katholischen studentischen Bewegung und des Kölner Vinzenzvereins entwickelte Trimborn bereits früh ein starkes demokratisches und soziales Verständnis. Von der Pike auf diente er sich in der Partei empor, ein seltener Fall in der Abfolge der Zentrumsführer. Besondere organisatorische Fähigkeiten erwies er beim Aufbau der Rheinischen Zentrumspartei, deren überkommene Notabeln-Führung er durch einen demokratischen Umbau ablöste. Auf die Initiative dieses „Organisator Rhenaniae“[6]) entstand 1903 ein Generalsekretariat in Köln[7]); 1905 trat der erste regionale Parteitag zusammen. Als Vorsitzender des Rheinischen Zentrums, des größten Landesverbands der Gesamtpartei, konnte sich Trimborn seitdem auf eine starke Hausmacht stützen. Zu seinem 60. Geburtstag im Jahre 1914 widmete ihm die Rheinische Zentrumspartei eine Festschrift, in der u. a. Hitze und Marx die Verdienste ihres Fraktionskollegen hervorhoben.

Seit 1896 gehörte Trimborn dem Reichstag und wie seine beiden Vorgänger in der Fraktionsführung dem Preußischen Abgeordnetenhaus an, seit 1907 dem Vorstand der Reichstagsfraktion.[8]) Im Gegensatz zu dem im Rheingau gebürtigen Spahn, der seine letzten Lebensjahre in Berlin verbrachte, und im Unterschied auch zu dem Württemberger Gröber, der ebenfalls häufiger in Berlin weilte, blieb Trimborn in Köln und (seit 1917) in Unkel a. Rh. ansässig. Er verleugnete nie seinen rheinischen Dialekt. 1906 unternahm er eine dreimonatige Reise durch die USA.

Ebenso wie seine beiden Vorgänger in der Fraktionsführung hatte Trimborn ein juristisches Studium absolviert. Er war dann allerdings nicht — wie Spahn und Gröber — in die Richterlaufbahn eingetreten, sondern hatte sich, wie sein Vater, als Rechtsanwalt in Köln niedergelassen. Von 1893 bis 1913 gehörte er dem Kölner Stadtparlament an. Im Rheinland entwickelte sich Trimborn zum namhaftesten Kommunalpolitiker des Zentrums und zum Vorkämpfer der Forderung, daß auch in den kommunalen Körperschaften der Zentrumsgedanke zur festen Organisation von Zentrumsfraktionen führen müsse, „um die liberale

[6]) Vgl. *KV* Nr. 584 vom 30. Juli 1922.

[7]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 248; Bd. 7, S. 423; *Ritter*, Volksverein, S. 271; Josef *Jörg*, Trimborn, in: Staatslexikon 5[6], 1932, Sp. 422: „Trimborn war der erste, der die Bedeutung einer straffen, rein parteipolitischen Organisation der Zentrumspartei erkannte und sie zunächst mit Eifer und Ausdauer in der Rheinprovinz durchführte. [...] Beachtenswert dabei war, daß er in die allgemeine Organisation noch für die einzelnen wirtschaftlichen Gruppen besondere berufsständische Körperschaften einbaute.“

[8]) Am 27. November 1907 schrieb *Trimborn* an seine Frau: „[...] ich soll Generalsekretär des Fraktionschefs Grafen Hompesch werden; mit der Anwartschaft, später Chef zu werden. Ich hoffe ernstlich, daß der Kelch noch einmal an mir vorübergeht.“ Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 184 f.

Gewaltherrschaft in diesen Körperschaften zu brechen".[9]) Auf seine Initiative entstand 1910 eine eigene „Kommunalpolitische Vereinigung" der Partei, die eine in Köln erscheinende Zeitschrift „Kommunalpolitische Blätter" herausgab.[10]) Bereits 1904 hatte Trimborn seine Rechtsanwaltschaft niedergelegt, um sich ebenso wie Gröber ganz der Politik widmen zu können. 1913 gab er auch sein Mandat als Kölner Stadtverordneter auf. Glänzende persönliche Anlagen als Mensch, als Redner und Organisator hatten ihm inzwischen einen raschen politischen Aufstieg verschafft.

Kennzeichnend für Trimborn blieben sein starkes soziales Interesse und seine sozialpolitische Tätigkeit sowohl im kommunalen Bereich (Gesellenverein, Vinzenzkonferenz) als auch im parlamentarischen Raum und im Rahmen des Verbandskatholizismus. Bei der Gründung des Volksvereins übernahm er auf Drängen Windthorsts das Amt des 2. Vorsitzenden (1890). Er verfaßte die ersten Aufrufe und baute eine mustergültige, damals als Vorbild geltende Organisation von Geschäftsführern und Vertrauensmännern auf. Er leitete jahrelang deren Konferenzen, hielt Einführungsversammlungen in den einzelnen Landesteilen und machte in seiner geistreichen, „herzgewinnenden, von katholischem Glaubenseifer durchglühten Eigenart" den Sinn der Volksvereinsarbeit im Lande volkstümlich.[11]) Ende 1914 — nach dem Tode des ihm befreundeten Franz Brandts' — übernahm Trimborn den Vorsitz des Vereins.[12])

Im Reichstag stand Trimborn zunächst im Schatten von Franz Hitze. Nach dessen Erkrankung (1902) — die Hitze zu einer Einschränkung seiner Abgeordnetentätigkeit zwang — trat Trimborn als der „soziale Redner und Führer" der Reichstagsfraktion in den Vordergrund.[13]) In der Geschichte der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung, die seinem Verhandlungsgeschick das Zustandekommen mancher Gesetze verdankte, steht sein Name neben dem seines Freundes Hitze, der 1921 wenige Tage vor ihm starb.[14]) Im Parlament wandte sich Trim-

---

[9]) Vgl. *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 249; *ders.*, Trimborn, in: Deutsches Biograph. Jahrb., Bd. 3, S. 264.

[10]) Mit Otto *Thissen* zusammen veröffentlichte *Trimborn* im Verlag des Volksvereins in M.Gladbach das Werk „Soziale Tätigkeit der Stadtgemeinden", das 1910 in vierter Auflage erschien. In dem Nachruf von *Herschel* (s. Anm. 1) hieß es: „Sein Interesse blieb der Gemeinde treu. ‚Wenn Sie sich für Kommunalpolitik interessieren, dann werden Sie mein Freund', sagte er einst einem jüngeren Zentrumsabgeordneten."

[11]) Vgl. Joseph *Joos*, Trimborn tot, in: *WAZ* Nr. 31 vom 6. August 1921.

[12]) In einer Gedächtnisrede auf dem Frankfurter Katholikentag am 30. August 1921 würdigte der Bamberger Prälat und BVP-Abg. *Leicht* Trimborns Tätigkeit als „Seele" des Volksvereins. Vgl. Die Reden, S. 173 ff. Ferner *Ritter*, Volksverein, passim.

[13]) Zum 60. Geburtstag Trimborns (1914) schrieb Franz *Hitze:* „Als Trimborn 1896 in den Reichstag und Landtag eintrat, war er, schon von Natur aus mit einem starken Tropfen echt demokratischen und sozialen Öles gesalbt, durch eine reichliche Betätigung im Vinzenzverein, in dem Gesellenverein und den katholischen Arbeitervereinen, vor allem aber seit 1891 als zweiter Vorsitzender des Volksvereins [...] für das Spezialgebiet der Sozialpolitik gleichsam prädestiniert." Abgedr. in: Das Zentrum Nr. 6 vom 1. August 1921.

[14]) Über das politische Zusammenarbeiten beider Männer vgl. Michael *Gasteiger*, Dr. Franz Hitze und Dr. Karl Trimborn gest., in: Soziale Revue 21, 1921, S. 641 ff.

born insbesondere Fragen des Arbeiter- und Beamtenrechts, der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, der Handwerks- und Mittelstandsförderung zu. Infolge seiner glänzenden Redegabe fand er stets das Ohr des Hauses.[15]) Während des Gewerkschaftsstreits stand er wie alle Zentrumsführer auf seiten der interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften. Im Weltkrieg tat Trimborn Dienst in der Zivilverwaltung im besetzten Belgien, zuletzt als Generalreferent für das Unterrichtswesen in Brüssel. In dieser Position konnte seine vermittelnde und ausgleichende Art manche Spannungen mildern.[16]) Seit August 1917 wieder in Berlin, erlebte Trimborn den Ausgang des Krieges als Staatssekretär in der kurzlebigen Regierung des Prinzen Max von Baden.

Nach dem Ausbruch der Revolution kehrte er tief deprimiert in seine rheinische Heimat zurück, ohne sich sofort — genau wie Spahn und Gröber — an der Neuformierung des Zentrums zu beteiligen. Seit Anfang Dezember 1918 trat Trimborn als Anhänger der „Los von Berlin-Bewegung" in Erscheinung. Der Gedanke eines Rheinischen Bundesstaats, zumindest aber einer weitgehenden Provinzialautonomie, ließ ihn bei den Weimarer Verfassungsberatungen zum prominentesten Vorkämpfer seiner Fraktion für eine föderative Neugliederung des Reiches werden. Dazu sollte der unter seiner tätigen Mithilfe zustande gekommene Artikel 18 der Reichsverfassung den legalen Weg eröffnen. Die Einheit des Reiches zu erhalten, blieb sein oberstes Ziel.[17]) Trimborns politische Grundrichtung bezeichnete sein Freund Carl Bachem als „klar und bestimmt demokratisch", doch nicht ohne eine „innere konservative Hemmung".[18])

---

[15]) Vgl. *Jörg*, Trimborn, Sp. 422 f.: „Im Reichstag und im preußischen Landtag beschäftigte sich Trimborn neben kulturellen und juristischen Fragen (Gerichtsverfassung, Straf- und Zivilprozeß) namentlich mit der Sozialpolitik. In beiden Parlamenten war er stets der Generalredner seiner Fraktion zu deren Fragen. Besonders warm nahm er sich des gewerblichen Mittelstandes, der Handwerker, der Beamten und Arbeiter an. In der auf seine Anregung 1904 gegründeten und bald recht bedeutsam gewordenen ‚Kommission für Handel und Gewerbe' des preußischen Landtags war er stets Vorsitzender. Mit den Gesetzen über die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, das Versicherungswesen, die Sonntagsruhe, das Vereins- und Versammlungswesen, die Konkurrenzklausel, den Handwerkerschutz, den sog. kleinen Befähigungsnachweis, das Genossenschaftswesen, den unlauteren Wettbewerb, den Frauen- und Kinderschutz, das Koalitionsrecht und die Berufsvereine, das Reichsarbeitsamt, die Beamtenfragen, die Bergarbeiterfragen, die Frage der Arbeitslosigkeit, die Witwen- und Waisenfürsorge usw. ist sein Name aufs engste verknüpft. Sein Antrag betr. die Gewerbeförderung (1902) wirkte bahnbrechend weit über Deutschland hinaus; hier legte er auf Grund einer eingehenden Studienreise nach Österreich ein ganzes wohldurchdachtes System von Maßnahmen zur praktischen Förderung des Handwerks nieder."

[16]) Vgl. *Beyerle* (s. Anm. 4), S. 404: „Aus eigenem Miterleben kann ich bezeugen, daß [...] sich Trimborn auch in Belgien als Politiker von Weitblick bewährte. [...] Gerechtigkeit und Mäßigung waren auch hier seine Leitsterne." Ohne weitere Begründung schrieb die *Germania* in ihrem ersten Nachruf auf Trimborn (Nr. 439 vom 26. Juli 1921): „Was unter Leitung Trimborns auf diesem [...] Gebiet [des Unterrichtswesens] geleistet worden ist, gehört zum Wichtigsten, was überhaupt deutsche Hand in Belgien geschaffen hat."

[17]) Das unterstrich der Abg. *Becker-Arnsberg* am 2. Oktober 1921 bei der Trauerfeier der Zentrumsfraktion für Trimborn. Vgl. *KV* Nr. 710 vom 3. Oktober 1921.

[18]) Vgl. *Bachem* (s. Anm. 9), S. 265.

Die großen politischen Entscheidungen der beiden folgenden Jahre (Aufrechterhaltung der Weimarer Koalition, Annahme des Londoner Ultimatums, Bildung der Regierungen Fehrenbach und Wirth) hat Trimborn aktiv mit beeinflußt. Seinem auf Versöhnung der Gegensätze und Ausgleich von Spannungen angelegten Charakter[19]) schmerzte besonders die politische Uneinigkeit unter den deutschen Katholiken und die Separation der Bayerischen Volkspartei.[20]) Als vielbeschäftigter Fraktionsvorsitzender ebenso wie als Parteichef war er gleichermaßen korrekt und zuverlässig[21]), dazu „viel zugänglicher" als Gröber.[22]) Trimborn besaß ein „feines Gefühl" für eine Mittellinie, auf der sich auseinanderstrebende Meinungen zusammenführen ließen.[23]) Er betrachtete es als seine Hauptaufgabe, die Einheit von Fraktion und Partei zu wahren, in deren inneren Auseinandersetzungen er stets eine ausgleichende Stellung einnahm.[24]) Im Gegensatz zu Gröber schätzte der rheinische Politiker die Arbeit der Frauen für die Partei positiv ein. Die Vorarbeiten für das neue Zentrumsprogramm, dessen Annahme (Januar 1922) er nicht mehr erleben sollte, hat er unermüdlich gefördert, die meisten Kommissionssitzungen selbst geleitet. Obwohl keine eigentliche Kämpfernatur, trat Trimborn doch stets für das von ihm als richtig erkannte Ziel mit „charaktervoller Entschiedenheit" ein.[25])

[19]) Bezeichnend dafür ist sein Bekenntnis an Julius Bachem (26. März 1898): „Wenn ich etwas von Ihnen zu lernen stets bestrebt war, so ist es die Kunst, gespaltene Meinungen wieder in dem großen Zentrumsgedanken zu vereinen." Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 49.

[20]) In der Gedächtnisrede des Prälaten *Leicht* am 30. August 1921 (s. Anm. 12, S. 175) hieß es: „Ich weiß aus manchen vertraulichen Besprechungen, wie sehr Trimborn die soziale und politische Zerklüftung, die Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze, die Kampfesstimmung zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern beklagte, wie er förmlich litt unter dem Gedanken, daß auch die Einigkeit und der Zusammenschluß der deutschen Katholiken durch diese unselige Entwicklung bedroht war. ‚Das eine', so sprach er wiederholt zu mir, ‚das eine möchte ich noch erleben, daß auch die Bayern sich wieder mit uns vereinigen.'"

[21]) Am 20. April 1920 verteidigte Carl *Bachem* Trimborn gegenüber dem Passauer Dompropst Pichler, der zwei Wochen zuvor den Rücktritt Trimborns als Fraktionsvorsitzender befürwortet hatte, da er „nicht als Führer in dieser Zeit" passe. Bachem wunderte sich über dieses Urteil und schrieb: „Dem steht gegenüber, daß alle Mitglieder der Fraktion anerkennen, Trimborn sei, was die Geschäftsführung anlangt, der beste, korrekteste, fleißigste und zuverlässigste Geschäftsführer, den sie seit langer Zeit gehabt habe. Was aber seine Politik anlangt, so darfst Du nicht übersehen, daß er gar keine eigene Politik vertritt, sondern lediglich die Politik der Fraktion. [...] Nicht nur die jüngeren Mitglieder und die Arbeitervertreter haben diese Politik gebilligt, sondern auch die ältesten, erfahrensten und erprobtesten Mitglieder des Zentrums [...], so daß Trimborn mit vollem Gewicht als Vertreter der ganzen Fraktion auftreten konnte." Nachl. Bachem 465.

[22]) Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 188.

[23]) So *Bachem*, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 249.

[24]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 11. Januar 1921 in Köln erklärte *Trimborn:* „Im großen und ganzen bin ich mit den verschiedenen Ständen ganz gut ausgekommen, und das ist in der Zentrumspartei nicht ganz leicht." Unter großer Heiterkeit fügte er hinzu: „In meinen alten Tagen habe ich dann noch [in der Fraktion] mit Damen fertig werden müssen." Vgl. *KV* Nr. 29 vom 12. Januar 1921.

[25]) Vgl. *Der Deutsche* Nr. 101 vom 29. Juli 1921. Dazu *Jörg*, Trimborn (s. Anm. 7), Sp. 421: Trimborn sei trotz seiner ausgleichenden Art ein Politiker von „großer Tatkraft" gewesen.

Der Zentrumsvorsitzende war bei allen Parteien hoch angesehen[26]), wobei man nicht zuletzt auch seinen „goldenen Humor" selbst in der „kritischsten Situation"[27]) zu schätzen wußte.[28]) Mit seiner „sonnigen Heiterkeit"[29]) und seinem ausgleichenden Temperament vermochte er auch Erzberger und Wirth zu zügeln, Menschen zusammenzuführen und zusammenzuhalten. Seine Fähigkeit als Meister des Ausgleichs war geradezu die Voraussetzung für die Leitung einer derart heterogenen Fraktion und Partei, die er in der Art der überkommenen Honoratiorenführung[30]) zusammenzuhalten suchte „wie eine Familie".[31]) Wie bei seinen Vorgängern in der Parteiführung war auch Trimborns Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit in der Vertretung politischer und kirchlicher Interessen unbestritten.[32]) Aus seiner langjährigen parlamentarischen Praxis und seiner demokratischen Grundauffassung resultierte eine nüchterne Besonnenheit, die der Zentrumspartei in der Zeit des Hineinwachsens in die Weimarer Republik zugute kam.[33])

Ein Urteil des Abgeordneten Joos, der Trimborns Wirken in Mönchengladbach aus nächster Nähe beobachten konnte und der ihn dann zwei Jahre lang als

---

[26]) Nach einer Rede Trimborns in der Nationalversammlung schrieb die *KV* Nr. 284 vom 14. April 1920: „Trimborn bewies auch heute wieder sein bekanntes Geschick, in konzilianter Form unter Umständen auch recht unangenehme Dinge zu sagen, die von allen Seiten verstanden werden, ohne daß sich jemand verletzt fühlt."

[27]) So der Abg. *Herold* in einer Ansprache in der letzten Sitzung der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung am 20. Mai 1920. Vgl. *KV* Nr. 386 vom 21. Mai 1920.

[28]) Anläßlich eines Fraktionsessens im Frühsommer — vermutlich Juni — 1921 verlas der Abg. *Hofmann-Ludwigshafen* eine von ihm verfaßte „Bierzeitung", in der es über Trimborn hieß: „Trimborn, unser guter Vater / Schlichtet Zwietracht, dämpfet Hader / In der christlichen Partei / Ohne Lärm und viel Geschrei / Denn sein kölnscher Mutterwitz / Wirkt wie ein geölter Blitz / Manchmal auch als Feuerspritz. / Seine große Sympathie / Zwang selbst Andre auf die Knie. / [...] Wie der große Wotan seine Raben / Macht er dienstbar sich zwei Knaben / Fortmann von der CPC [Zentrums-Parlaments-Korrespondenz] / Und den kleinen Hemmerle [Redakteur der Germania]. / Aber wenn die Sach' wird ärger / Ruft er seinen Katzenberger [Generalsekretär des Zentrums]. / Fleißig wie ein Honigbienchen / Schwärmet um ihn das Christinchen [Teusch]. / Trotzdem führt er auch Beschwerde / Über faule Zentrumspferde. / Undank, Ärger ist der Lohn / Für die Führung der Fraktion. / [...] Unerschrocken, offen, heiter / Der geborene Zentrumsleiter. / Gibt's einen hier in unsrer Mitt' / Der sich nicht freut, wenn er ihn sieht?" Nachl. ten Hompel.

[29]) So *Joos* (s. Anm. 11).

[30]) In einem Nachruf des Abg. *Herschel* auf Burlage (gest. 19. August 1921) hieß es, Burlage sei im „inneren Betrieb" die rechte Hand Trimborns gewesen. Vgl. *Germania* Nr. 508 vom 22. August 1921.

[31]) So *Herschel* in einem Nachruf (s. Anm. 1).

[32]) In dem von August *Pieper* verfaßten Totenzettel war von Trimborns „frischer Unmittelbarkeit seines Wesens", seinem „goldenen Frohsinn", seinem „ausgeprägten Rechts- und Freiheitsgefühl" sowie von seinem „gläubigen, frommen Sinn" und seiner „Liebe zu Kirche, Volk und Vaterland" die Rede. Materialien Emil Ritter.

[33]) Vgl. *Jörg*, Trimborn, Sp. 421 f.: „Sein gesundes fortschrittliches Streben auf guter demokratischer Grundauffassung verband er in glücklicher Weise mit einem feinen Verständnis für die Tradition des geschichtlich Gewordenen."

Fraktionschef erlebte, ist kennzeichnend für den Rheinländer[34]): „Wer den alternden Trimborn in den letzten Jahren an der Arbeit gesehen, [...] immer dabei, immer aufmerksam, in zäher Ausdauer, unermüdlich, den faßte Bewunderung. Dieser Mann hätte das Leben wahrhaftig leichter haben können. Aber er hielt sich gebunden an die Pflicht. Das ungeheure Erleben des Zusammenbruchs und der Umwälzung hat ihn nicht erdrückt, nicht abseits getrieben vom Volke und der Arbeit am Volksleben. Er stellte sich mitten hinein, verzichtete auf höchste Staatsämter und wählte die opferreichste und bei den augenblicklichen Zeitläuften vielleicht auch undankbarste Aufgabe der Führung in Partei und Fraktion.“[35])

Trimborn starb im Alter von fast 67 Jahren (an den Folgen einer Operation) wie viele der großen Zentrumspolitiker in den Sielen. In einem Beileidsschreiben von Reichskanzler Wirth an Trimborns einzige Tochter hieß es[36]): „Für Familie, Vaterland und Partei starb Ihr Herr Vater allzu früh. Das Vaterland brauchte in seiner großen Not seiner dringend, brauchte seine staatspolitische Gesinnung, sein sicheres Urteil, seine zum Ausgleich geschaffene, gütige Persönlichkeit, seine rastlose Schaffenskraft, sein Führertum, Eigenschaften, mit denen er auch die Zentrumspartei durch die politischen Erschütterungen der Zeit sicher geleitet.[37]) Der Schmerz um sein Fehlen überwiegt die Bewunderung über die dem Dienste der Allgemeinheit und des Reichs gewidmete glänzende Lebensarbeit. Mit der Reichsregierung trauert das deutsche Volk am Sarge dieses Mannes, dessen hervorragende Charaktereigenschaften ihm Freunde in allen Schichten und bei allen Parteien schufen.“

[34]) S. Anm. 11.

[35]) In der Todesanzeige des Parteivorstands und der Zentrumsfraktion — die wegen eines Druckerstreiks in Köln einige Wochen später erschien — hieß es: „Wir verlieren in ihm unseren Vater, der uns unersetzlich ist.“ Vgl. *KV* Nr. 561 vom 12. August 1921.

[36]) Bundesarchiv R 43 I/2657.

[37]) Im Entwurf gestrichen: „und zum Bollwerk des staatserhaltenden Gedankens gemacht hat“.

4. Exponent des mittleren Kurses: Wilhelm Marx

Trimborns Nachfolge als Fraktions- wie als Parteiführer trat, wiederum einhellig gewählt, ohne daß ein anderer Kandidat zur Debatte stand[1]), Wilhelm Marx an: wie sein Vorgänger Rheinländer, wie seine beiden letzten Vorgänger Jurist und wie Trimborn eine auf Ausgleich bedachte Natur. Neun Jahre jünger

[1]) Die Vermutung des Abg. *Herschel* in einem Nachruf auf den am 19. August 1921 verstorbenen Abg. Burlage (in: *Germania* Nr. 508 vom 22. August 1921), wonach Burlage „wohl einstimmig“ auf dem nächsten Parteitag zum Nachfolger Trimborns gewählt worden wäre, ist andernorts nicht erwähnt. In den ungedruckten Erinnerungen von Georg *Schreiber* ist von einem „ausgezeichneten Zusammenspiel“ zwischen Trimborn und Burlage, dem „pflichtbewußten“ Fraktionsgeschäftsführer, die Rede.

(geb. 1863) als Gröber und Trimborn, gehörte auch der in Köln geborene Sohn eines Volksschulrektors lange Jahre gleichzeitig dem Preußischen Abgeordnetenhaus (seit 1899) und dem Reichstag (seit 1910) an. Marx absolvierte, darin Spahn verwandt, eine höchst erfolgreiche preußische Richterlaufbahn, die ihn in verschiedenen Etappen über Elberfeld, Köln, Düsseldorf und Limburg 1922 als Senatspräsident nach Berlin führte. Als aktiver Vorkämpfer für die Bekenntnisschule leitete er seit 1911 die von ihm begründete „Katholische Schulorganisation" in Düsseldorf. Schul- und Erziehungsfragen galt seitdem seine besondere Aufmerksamkeit.

Da nur der geringste Teil seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Zentrumspartei, die er bis Ende 1928 leitete, in die von uns behandelte Epoche fällt und da Marx seine Zeit als Reichskanzler, als Reichsminister und Kandidat für die Reichspräsidentenwahlen noch vor sich hatte, mag hier eine knappere Charakteristik genügen.

Marx verbanden neben einer persönlichen Freundschaft manche Eigenschaften mit Trimborn: rheinisches Temperament und „fröhliches Gemüt"[2]), aktive Teilnahme an der Leitung des Volksvereins (dessen Vorsitz er als Nachfolger Trimborns 1922 übernahm) und der Rheinischen Zentrumspartei (vor 1919), Unabhängigkeit von innerparteilichen Flügelbildungen und feste Verankerung im katholischen Glauben. Der Parteitag des Rheinischen Zentrums im September 1919 in Köln kommentierte mit Schmunzeln die Bemerkung Trimborns, daß Marx und er „zwei geheimrätliche politische Zwillinge" seien.[3]) Anders als der temperamentvollere Trimborn strahlte der bedächtige, wie ein Gelehrter wirkende Marx größere Ruhe und Würde aus. Eine „seltene Herzensfrömmigkeit und Güte" trug ihm die unbedingte Zuneigung seiner Mitarbeiter ein.[4])

Marx gehörte zu jenem „vornehmen Typ" von Zentrumspolitikern[5]), die keine persönlichen Gegner kannten und bei allen Parteien ein großes Maß von Beliebtheit und Vertrauen besaßen. Besonnenheit, Gelassenheit, Güte und unbedingte Zuverlässigkeit hat man ihm nachgerühmt[6]), auf der anderen Seite Unschlüssigkeit und Nachgiebigkeit vorgeworfen. Seine Stärke lag in der vermittelnden und friedensstiftenden Tätigkeit innerhalb der eigenen Fraktion und der verschiedenen Koalitionen. Zu Fragen seines speziellen politischen Arbeitsgebiets, der Schul- und Kulturpolitik, äußerte er sich häufig in Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen.

In ganz anderem Maße als seine Vorgänger vertrat Marx als „Treuhänder der Mitte"[7]) den Gedanken der Volksgemeinschaft, dessen Zwiespältigkeit er sich

[2]) So Johannes *Giesberts*, Marx 25 Jahre Parlamentarier, in: *KV* Nr. 472 vom 22. Juni 1924.

[3]) Vgl. Bericht, S. 409.

[4]) Vgl. das entsprechende Urteil bei Max *von Stockhausen*, Sechs Jahre Reichskanzlei. Erinnerungen und Tagebuchnotizen 1922—1927, hrsg. von Walter Görlitz. Bonn 1954, S. 99.

[5]) So *Luther*, Politiker ohne Partei, S. 268.

[6]) Vgl. *Verus*, Wilhelm Marx, in: Deutsche Handels-Warte 11, 1923, S. 55.

[7]) So *Gessler*, Reichswehrpolitik, S. 382, wo sich eine positive Beurteilung von Marx findet.

durchaus bewußt war.[8]) Weit stärker als seine beiden Vorgänger bekannte er sich auch innerlich zur Republik. Als er Ende November 1923 in einem Augenblick höchster Gefahr für das Reich und den deutschen Parlamentarismus das Reichskanzleramt übernahm, widmete ihm Erich Dombrowski im „Berliner Tageblatt" einen langen Artikel, in dem er u. a. schrieb: „Marx beansprucht sicher nicht, die starke Faust und das scharfe Profil Bismarcks zu haben. Er ist ein kleiner, lebhafter Sechzigjähriger, dessen Güte sich in einem lächelnden Antlitz spiegelt, ein Gemisch von Gutmütigkeit und scharfem, durchdringendem Geist, einer von den Typen, wie man sie in seiner rheinischen Heimat findet. Er ist die gewinnende, versöhnliche Persönlichkeit, die man braucht, wenn die streitenden Parteien keine Möglichkeit sehen, durch einen Sieg die Entscheidung herbeizuführen und man unter allen Umständen zu einer gütlichen Einigung kommen muß. Er kann deshalb der Mann sein, den die Stunde fordert."[9])

Insoweit die Stunde einen Politiker forderte, der einen ausgesprochenen Kurs der Mitte steuerte, um die von ihm erstrebte „Volksgemeinschaft" Wirklichkeit werden zu lassen, war Marx dieser Mann. Willy Hellpach hat ihn bereits Mitte der zwanziger Jahre als den „idealtypischen" Zentrumspolitiker bezeichnet[10]), Carl Severing fast 25 Jahre später — sinngemäß gleich — als „Mann der geraden politischen Mitte".[11])

5. Überkommene Honoratiorenführung

Überblickt man die Reihe der Fraktions- bzw. Parteivorsitzenden von Spahn über Gröber und Trimborn bis hin zu Marx in dem Dezennium von 1912 bis 1922/23, so ergeben sich zunächst folgende Feststellungen: Drei der vier Zentrumspolitiker entstammten dem Rheinland, keiner kam aus Westfalen, Hessen oder Schlesien (dessen Zentrumspatriarch Porsch zusammen mit dem westfälischen Parteiveteranen Herold die Stellung in Preußen hielt) und keiner aus Baden, das die Reichskanzler Fehrenbach und Wirth stellte. Alle vier Zentrumspolitiker gelangten in relativ hohem Alter an die Spitze der Fraktion (Spahn mit

[8]) Vgl. Hans *vom Wannsee*, Kanzler Marx, in: Deutsche Handels-Warte 15, 1927, S. 517: „Schlagwort und taktischer Begriff ‚Volksgemeinschaft' werden immer mit Marx' Namen verknüpft bleiben, denn sie spiegeln in ihrer äußeren Wirklichkeitsfremdheit — Koalition von Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten — bei konkretem taktischem Ziel — moralische Belastung der Rechten, Mittelpolitik mit Fühlung zur Linken — ein gut Teil seines Wesens."

[9]) Abgedr. bei *Spiecker*, Ein Jahr Marx, S. 11 f. In der späteren Charakteristik (1924) Marx' bei *Fischart*, Das alte und das neue System, Bd. 4, S. 267, hieß es folgendermaßen: „Ein ehrlicher, anständiger, vornehmer Charakter. Ein überaus korrekter Mensch. Ein Jurist auch im politischen Zuschnitt. Einer, der jeden Tag anscheinend seine Lebensbilanz zieht und sich über seine Arbeit [. . .] wie ein Buchhalter registrierend genau Rechenschaft ablegt."

[10]) Kathol. Kulturoffensive und polit. Katholizismus, in: *Hoeber*, Die Rückkehr aus dem Exil, S. 143.

[11]) Mein Lebensweg, Bd. 2, S. 53.

66, Gröber mit 63, Trimborn mit 65 und Marx mit 58 Jahren). Diese Funktion hatten Gröber und Trimborn bis zu ihrem Tode, d. h. jeweils nur zwei Jahre lang, inne. Spahn starb 1925 als aktiver Abgeordneter, während Marx, der bis 1932 noch dem Reichstag angehörte, das Hitler-Reich unbehelligt überlebte (gest. 1946).

Alle vier Zentrumsführer waren Juristen, davon zwei Richter, alle jeweils länger als 30 Jahre als Abgeordnete des Reichstags und zeitweise zugleich auch des Preußischen (bzw. bei Gröber: des Württembergischen) Abgeordnetenhauses tätig, Spahn insgesamt 43 Jahre lang. Alle vier zählten zur Köln/Gladbacher-Richtung des Zentrums in der Vorweltkriegszeit und waren Förderer des Volksvereins, den Trimborn und Marx als Vorsitzende seit 1914 nebenamtlich leiteten. Alle traten wiederholt als Redner und Präsidenten der alljährlichen Generalversammlungen der deutschen Katholiken in Erscheinung, wobei Gröber die stärkste Begabung als Volksredner entwickelte.

Mit Ausnahme von Trimborn wuchsen die drei übrigen Zentrumsführer in bescheidenen Verhältnissen auf. Allerdings wandte sich gerade Trimborn später am stärksten der praktischen sozialpolitischen Tätigkeit und Gesetzgebung zu. Keiner von ihnen kann bei aller festen und selbstverständlichen Glaubensverankerung und individuellen Frömmigkeit als „klerikal" bezeichnet werden. Keiner von ihnen zählte zu den Exponenten eines bestimmten Flügels in der Fraktion oder Partei. Alle vier, Trimborn und Marx am stärksten, galten als unbedingte Verfechter eines mittleren Kurses.

Während Spahn gute Beziehungen zur „Obrigkeit" unterhielt und auf diese Weise manche politischen Erfolge erzielte, die seine Stellung festigten, besaß Gröber bei seinen württembergischen Wählern und bei der württembergischen Parteiorganisation einen starken Rückhalt. In gleichem Maße konnte sich Trimborn auf die gut organisierte Rheinische Zentrumspartei als Hausmacht stützen. Demgegenüber besaß Marx starke Rückendeckung im katholischen Verbandsleben (Schulorganisation, Volksverein, Zentralkomitee). Es entspricht der interessenunabhängigen Position der vier Zentrumsführer, daß keiner von ihnen einen direkten Draht zu einer Zeitung oder Pressekorrespondenz besaß (wie etwa Erzberger, Stegerwald, Joos u. a.), in deren Spalten er regelmäßig oder gelegentlich das Wort nahm. Der schreibfreudigste der vier Politiker war Marx, der redefreudigste Trimborn, der fleißigste Gröber, der schweigsamste Spahn.

Eine allen gemeinsame konservative Grundstimmung schwächte sich von Spahn bis zu dem um fast 20 Jahre jüngeren Marx nicht unerheblich ab. Hatte „Exzellenz" Spahn als Justizminister noch ein gutes Jahr lang dem alten Preußen gedient (1917/18), dem er zeitlebens verhaftet blieb, so kennzeichnete die nur fünfwöchige Tätigkeit Gröbers und Trimborns als Staatssekretäre (und ebenfalls „Exzellenzen") in der letzten kaiserlichen Regierung den unvermittelten Übergang zur Weimarer Republik, deren Politik dann „Geheimrat" Marx

(Geheimer Justizrat) einige Jahre später an der Spitze einer demokratischen Regierung leitete.

Es ist bezeichnend, daß unmittelbar nach dem Tode sowohl von Gröber (1919) als auch von Trimborn (1921) und Spahn (1925) jeder der Verstorbenen als „unersetzlich" für die Zentrumspartei bezeichnet wurde: Gröber aus dem Munde Trimborns, Trimborn von der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz, Spahn von Marx. Jeder der Verstorbenen verkörperte auf andere Weise ein Stück Parteitradition und Geschichte und bildete dadurch in den spannungsreichen inneren Auseinandersetzungen nach 1919 ein Element der Stabilität und des Zusammenhalts. Die Parteiführer gingen nicht als Sieger von Ausscheidungskämpfen einzelner Richtungen oder Flügel hervor, sondern wurden als Persönlichkeiten an dem Maß gemessen, in dem sie das „alte" Zentrum verkörperten. Das aber hieß konkret: Bekenntnis zum Zentrum als einer politischen und nicht weltanschaulich bestimmten Partei, Träger sozialer Überlieferungen[1]), Vorkämpfer für die staatsbürgerlichen Rechte und kirchlichen Freiheiten, äußere und innere Unabhängigkeit von einzelberuflicher oder gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Keiner der spezifischen Standesvertreter rückte in die politische Führerstellung ein. Zweifellos hätte eine dynamische und unausgeglichene Persönlichkeit wie Erzberger oder Wirth an der Spitze der Partei das Zentrum gesprengt.

Bei aller berechtigten Kritik an der bedächtigen oder unentschlossenen Art etwa von Spahn oder Marx, bei aller Kritik an dem Alleinarbeiter Gröber oder dem allzusehr nur reagierenden und ausgleichenden Trimborn ist zu berücksichtigen, daß es diesen „berufenen Führern" — wie ein Topos der Zentrumssprache lautete — gelang, ihre von politischen und sozialen Spannungen durchzogene Partei zusammenzuhalten. Damit retteten sie einen Wählerkern, der bis 1933 hin nicht dem Sog rein wirtschaftlich orientierter oder gar radikaler Parteien verfiel.

Um diesen Zusammenhalt zu sichern, bedurfte es seit Windthorsts Tod neuer Formen der Parteiführung. In dem Maße, in dem die späteren Zentrumsführer nicht mehr die unbestrittene Autorität der „kleinen Exzellenz" besaßen, mußte diese Aufgabe einem Kollegium zufallen. Es bestand etwa seit der Jahrhundertwende bis hin zum Ausbruch des Weltkriegs aus einer ziemlich konstanten Gruppe: Spahn, Hertling, Hitze, Herold, Gröber, Müller-Fulda, Trimborn, Porsch, Fehrenbach und — als Einzelgänger in dieser Honoratiorengruppe — Erzberger, der eine Art eigene Fraktion bildete und steigenden Einfluß gewann. Der Zentrumsstreit seit 1906 und der wenige Jahre später einsetzende Gewerkschaftsstreit zwangen die Partei, immer wieder ihre traditionelle Linie und Ge-

[1]) Als Ende 1927 der Gewerkschaftsführer und Abg. *Imbusch* dem damaligen Reichskanzler Marx das Fehlen von sozialem Verständnis und persönlichen Ehrgeiz vorwarf, den der Reichskanzler bei der Bildung der Rechtskoalition seinen Verpflichtungen zum sozialen Volksstaat übergeordnet hätte, kommentierte *Marx:* „Das ist allerdings wohl das stärkste, was einem Zentrumskanzler geboten werden kann, und zwar von einem Abgeordneten derselben Fraktion." Zit. bei *Becker*, Wirth, S. 408, Anm. 196.

schlossenheit unter Beweis zu stellen. Nach 1918/19 erhielten die regionalen und allgemeinen Parteitage die Funktion zugewiesen, diese Einigkeit zu demonstrieren, als Ausspracheforum zu dienen, mehr aber noch jener Politik zuzustimmen, die die jeweiligen Parlamentsfraktionen verfolgten.

Nahezu allen führenden Zentrumspolitikern (mit Ausnahme vielleicht von Wirth und Stegerwald, die aber jeweils nur einen bestimmten Kreis von Wählern ansprachen) fehlte jene Ausstrahlungskraft, wie sie sich in der Regel auf Grund politischer Erfolge zwangsläufig einstellt. Im Schatten der Niederlage von 1918 und des Versailler Vertrags, im Zeichen der Reparationen und der besetzten Gebiete, des wirtschaftlichen Chaos, der seelischen Not und der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mußte der Vorsitz in einer Regierungs- und Koalitionspartei, mehr aber noch die Übernahme des Reichskanzleramts einen Opfergang bedeuten. In der Situation nach 1918/19 kämpften die Zentrumsführer mit dem Rücken zur Wand. Der politische Kompromiß als einzige Möglichkeit verantwortlicher Staats- und Regierungsführung erforderte zwangsläufig eine Preisgabe eigener Ziele und eine permanente Rechtfertigung des eigenen Handelns. Mit einer Politik aus der Defensive waren jedoch keine spektakulären Erfolge zu erzielen. Bei dem Fehlen eines überzeugenden Führers gewannen die Reichsparteitage eine zusätzliche Funktion.[2]) Sehr präzis umschrieb der Kulturkampfveteran Porsch diesen Sachverhalt — der sich unter demokratischem Vorzeichen natürlich auch positiv deuten ließ — auf dem 3. Reichsparteitag des Zentrums am 27. Oktober 1924 mit dem Hinweis, daß das Zentrum unter dem „großen kleinen" Windthorst keine Parteitage gebraucht habe, daß es aber „jetzt, wo wir diesen Führer entbehren müssen", Aufgabe der Parteitage sei, „uns zu einigen und den rechten Weg zu benutzen".[3])

Versucht man, einen gemeinsamen Nenner für die vier Zentrumspolitiker und die Art ihrer Parteiführung zu finden, so wird man Spahn, Gröber, Trimborn und Marx (den letztgenannten allerdings mit gewissen Einschränkungen) als Männer des alten Reiches bezeichnen müssen. Sie suchten ihre Partei auf traditionelle Weise nach Art eines Honoratiorenvereins zu leiten. Dabei erschöpfte sich diese Aufgabe großenteils in einem permanenten Interessenausgleich innerhalb der eigenen Reihen, in erster Linie innerhalb der Reichstagsfraktion. Die Parteivorsitzenden verstanden sich weitaus besser mit den etablierten Gewalten, mit den Angehörigen der alten Führungsschicht und Bürokratie als mit ihren eigenen Interessen- und Jugendverbänden; nach 1918 fehlte ihnen zunächst der Kontakt zur Frontkämpfergeneration, mit der sie auch nicht den gleichen „nationalen" und „vaterländischen" Wortschatz benutzten.[4]) Ganz ähnlich ver-

[2]) Am 24. Januar 1920 schrieb die *KV* Nr. 66: „Die Zentrumsfraktion ist keine Hammelherde, die willen- und gedankenlos nach der Pfeife eines einzelnen Mannes tanzt."

[3]) Vgl. *KV* Nr. 840 vom 28. Oktober 1924.

[4]) Daß dieses Problem nicht nur für die Zentrumsführer galt, braucht hier nicht weiter erläutert zu werden.

hielt es sich mit dem Verhältnis zu den nichtkatholischen Parteianhängern und Wählern. Die vier Zentrumsführer besaßen außerhalb der eigenen Reihen hohes Ansehen und großen persönlichen Respekt, aber darüber hinaus keine politische Resonanz, die sich in Wählerstimmen niederschlug.

Das Vertrauen der führenden Politiker der Vorkriegsgeneration auf die immanente „Richtigkeit" der eigenen Sache war so selbstverständlich, daß ein Dialog mit der pluralistischen Gesellschaft oder gar der katholischen Kirche als unnötig galt. Das Ziel der Parteiführer blieb unverändert das gleiche: Das Erbe des „alten" Zentrums möglichst „rein" zu erhalten und zu tradieren. Das Bewußtsein von der — bisweilen unter providentiellen Vorzeichen gedeuteten — staatspolitischen Funktion der eigenen Partei als „Mitte" und „Mittler" im zersplitterten Weimarer Parteiensystem war so ausgeprägt, daß die eventuelle Preisgabe oder Umbildung des Zentrums zugunsten einer neuen Gruppierung (etwa im Sinne von Brauns/Stegerwald) ernsthaft überhaupt nicht diskutiert wurde. Die Zentrumsführer zehrten vom Erbe einer Tradition, die die tieferen Ursachen des Umbruchs von 1918 praktisch ausgeklammert ließ. Die Problematik der traditionellen „patriarchalischen" Führung wurde in dem Maße sichtbar, in dem die Partei in Gefahr geriet, sich als Dachverband von wirtschaftlich orientierten Interessengruppen betätigen zu müssen. Das Zugeständnis zur Bildung immer neuer Standesbeiräte schien die einzige Möglichkeit, um den alten Rahmen beibehalten zu können. War die Wahl von Marx zum Parteivorsitzenden (1922) noch einstimmig und unangefochten erfolgt, so verlief die Wahl seines Nachfolgers (1928) unter grundlegend veränderten innerparteilichen Verhältnissen und in äußeren Formen, die für die Zentrumspartei ein bemerkenswertes Novum darstellten.

Zweites Kapitel

Die unzureichende Organisation

1. Weder Honoratioren- noch Mitgliederpartei

„Die neue Zeit erfordert gebieterisch eine neue Organisation in demokratischem Geiste."

Carl Bachem am 15. September 1919.[1])

Zum Abschluß seines höchst instruktiven Kapitels über die Organisation der Zentrumspartei vor 1914 kommt Nipperdey[2]) zu der folgenden knappen Zusammenfassung: Die Zentrumspartei besaß keine eigentlichen Mitglieder, sondern hielt ihre Wählermassen mit Hilfe der katholischen Vereine, in erster Linie des M.Gladbacher Volksvereins, zusammen. Die Organisation beruhte auf einem Honoratiorensystem „mit von oben zugezogenen Repräsentanten der Berufe, Stände und Klassen". Das „Schwergewicht der Macht" lag bei den Provinzial- und Landesvorständen, wobei die lokalen Führungen ein beträchtliches Maß von indirektem Einfluß besaßen. Über die Politik entschied allein die Reichstagsfraktion. Diese Organisation entsprach der älteren „agrarisch-mittelständischen Gesellschaftsstruktur" der Zentrumswählerschaft und war ihrem politischen und gesellschaftlichen Bewußtsein angemessen. Die neu aufsteigenden Schichten der industriellen Massengesellschaft konnten in diese Organisationsform „nicht mehr eigentlich" eingefügt werden.

Inwieweit gilt diese Kennzeichnung auch für den von uns behandelten Zeitabschnitt?

Die durch den Weltkrieg und den Umsturz vom November 1918 gewandelte politische und gesellschaftliche Wirklichkeit, die Änderung des Wahlrechts und der Wahlkreiseinteilung zwangen die Zentrumspartei zum Aufbau einer eigenen reichseinheitlichen Organisation, wie sie vor 1914 nur in einzelnen Regionalverbänden, insbesondere im Rheinland, bestanden hatte.[3]) Aber auch hier, wo seit 1903 das erste Generalsekretariat der Gesamtpartei bestand — bezeichnenderweise mit durch die Initiative des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen

[1]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums in Köln. Vgl. Bericht, S. 15.

[2]) Vgl. Organisation, S. 292.

[3]) Zur Eröffnung des Parteitags der Rhein. Zentrumspartei am 15. September 1919 erklärte *Trimborn*, die Einrichtungen und die Tagungen des Rhein. Zentrums seien schon seit Jahrzehnten „für die übrigen Glieder" der Zentrumspartei „in vieler Beziehung vorbildlich" gewesen. Vgl. Bericht, S. 6.

Presse ins Leben gerufen[4]) —, war die Organisation durch die Kriegszeit „ein bißchen in Verwahrlosung" geraten.[5]) Der 1914 gegründete Reichs(partei)ausschuß von etwa 70 Mitgliedern unter Leitung des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, P. Spahn, war eine föderative Zusammenfassung der Fraktionen und Landesausschüsse bzw. Wahlkreisorganisationen.[6]) Seine Büroarbeit wurde von dem 1908 gegründeten Landesausschuß-Sekretariat der Preußischen Zentrumspartei wahrgenommen, das auch die entsprechenden Akten aufbewahrte.[7]) Von der Tätigkeit des Reichsausschusses spürten die Zentrumsanhänger im Lande, wo vielerorts auch weiterhin das katholische Pfarrhaus das „Hauptquartier" der lokalen Parteiorganisation bildete[8]), sehr wenig.[9])

Im Zeichen der Weimarer „Parteienherrschaft" und des Verhältniswahlrechts mußte es darauf ankommen, neue Wählerschichten zu mobilisieren und zur Festigung des gelockerten Zusammenhalts sowie zur Finanzierung der parteipolitischen Arbeit eine möglichst große Zahl eingeschriebener Mitglieder zu gewinnen. Bereits um die Jahreswende 1918/19 stand fest, daß das Zentrum entschlossen war, seinen Charakter als politische Partei und damit als interkonfessionelle Partei nicht aufzugeben. Der vorübergehende Zuzug evangelischer Wähler und Mitglieder führte dazu, daß der katholische Klerus, der sich vor 1914 in einigen Gegenden so gut wie geschlossen für das Zentrum betätigt hatte, als Wahlhelfer und katholische Vereine und Verbände als Schulungsorganisation der Partei nicht mehr in Erscheinung treten konnten. Selbst in ausschließlich katholischen Gebieten gingen künftig im Zeichen des „Verfassungsstreits" die politischen Ansichten oft genug weit auseinander. Auch war es fernerhin nicht mehr möglich, die seit 1921 wieder stattfindenden Generalversammlungen der deutschen Katholiken als Ersatz für eigene Parteitage anzusehen.

Zu den ersten Zentrumspolitikern, die die Notwendigkeit einer neuaufgebauten Parteiorganisation auf Reichsebene erkannten, gehörten Erzberger und Brauns.

---

[4]) Vgl. Wilhelm *Hankamer*, 25 Jahre Generalsekretariat der rheinischen Zentrumspartei, in: Augustinus-Blatt 32, 1928, S. 39 f.

[5]) So *Trimborn* am 18. September 1919. Bericht, S. 408.

[6]) Über das Entstehen des Reichsausschusses vgl. *Vierzig Jahre Zentrum*, S. 45 f. Die Vielfalt der Organisationsformen kommt anschaulich zum Ausdruck in den Glückwunschadressen, die im März 1911 dem Reichsausschuß zum 40jährigen Parteijubiläum übermittelt wurden. So gab es — um nur einige Beispiele anzuführen — in Ravensburg einen „Amtsvorstand der württembergischen Zentrumspartei", in Dresden einen „Zentrums-Wahlverein für das Königreich Sachsen", in Lohne einen „Vorstand der Oldenburgischen Zentrumspartei", in Fulda einen „Geschäftsführenden Ausschuß der Zentrumspartei im Regierungsbezirk Kassel", in Steglitz einen „Vorstand des Zentralausschusses der Zentrumspartei für Berlin und die Mark Brandenburg". Ebd., S. 35 ff.

[7]) Hinweis im Nachl. Bachem 854. Das Büro des Landesausschusses der Preuß. Zentrumspartei wurde ehrenamtlich von dem Abg. von Savigny geleitet.

[8]) So *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 156.

[9]) Vgl. die entsprechenden Klagen des Parteisekretärs *Gronowski* am 22. Januar 1920 auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums. Offizieller Bericht, S. 84. Ferner *Brauns*, ebd., S. 76.

Während Erzberger, seiner zupackenden Art entsprechend, bereits wenige Tage nach dem Novemberumsturz ein Reichsgeneralsekretariat in Berlin ins Leben rief — das mehr als ein Jahr später vom 1. Reichsparteitag formell sanktioniert wurde —, entwickelte sich Brauns zum konsequentesten Vorkämpfer einer reichseinheitlichen demokratisch aufgebauten Parteiorganisation[10]), wie sie nach dem Umsturz vom November 1918 von allen Seiten gefordert wurde. In diesem Zusammenhang fielen oft genug scharfe Worte gegen das frühere Honoratiorensystem[11]) und den „hierarchischen Charakter" der höchst unzureichenden Organisation.[12])

Die schwierigste Frage, vor die sich die Parteiorganisatoren gestellt sahen, lautete: Wie läßt sich aus der bisherigen Wählerpartei eine Mitgliederpartei machen, um die Mitglieder im Sinne der politischen Zielsetzung des Zentrumsprogramms fortlaufend schulen bzw. informieren zu können und sie damit auch außerhalb der Wahlkampfzeiten zu Werbeträgern der eigenen Ideen und Politik zu machen? In erster Linie galt es, einen Ersatz für den Ausfall des Volksvereins zu schaffen, der vor 1914 in großem Maßstab staats- und sozialpolitische Bildungsarbeit geleistet hatte. Seit dem November/Dezember 1918 verstummte nicht mehr der Ruf nach einem Parteitag und nach einer gewählten Führungsspitze, um den „Areopag zweifellos verdienter und geachteter Männer" und den „Rat der Alten" abzulösen.[13])

In der strittigen Frage, ob sich die Parteiorganisation auf der untersten Ebene auf eingeschriebene Mitglieder oder auf lokale Zentrumsvereine stützen solle, wurde den einzelnen Wahlkreisen zunächst volle Freiheit gelassen. Zentrumsvereine gab es in einigen Gegenden seit langem, wobei sich diese Vereine in der Regel an die bestehenden Pfarrsysteme anlehnten. Bis Anfang 1920 stellte sich heraus, daß die große Mehrzahl der lokalen Parteiorganisationen das System der eingeschriebenen Mitglieder für zweckmäßiger hielt.[14]) Der 1. Reichspartei-

[10]) In der *WAZ* Nr. 1 vom 26. Januar 1919 schrieb *Joos* unter der Überschrift „Das neue Zentrum": „Das bis in die jüngste Zeit in vielen Wahlkreisen beliebte System der Auslese und Ernennung von oben herab ist in der neuen Zentrumspartei nicht mehr denkbar. Alle Parteiinstanzen müssen aus wirklichen Wahlen der Parteianhänger hervorgehen, bis hinauf zu der obersten Instanz, dem Parteitag, der zusammentreten muß, sobald es die Zeitverhältnisse gestatten."

[11]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 16. September 1919 in Köln (s. Anm. 1) erklärte der Gewerkschaftssekretär Jakob *Kaiser:* „Ich spreche ein Wort aus, das einmal gesagt werden muß: Es wäre viel besser, gerade für die Kölner Zentrumspartei, wenn die Politik weniger hier in der Bürgergesellschaft gemacht würde, weniger bei den Weinflaschen, wie draußen im aktiven Leben." Vgl. Bericht, S. 213.

[12]) Vgl. *Germania* Nr. 197 vom 3. Mai 1919. Auf dem 1. Reichsparteitag (s. Anm. 9) erklärte *Gronowski*, ein allgemeiner Parteitag sei schon vor Jahrzehnten notwendig gewesen.

[13]) So *Germania* Nr. 98 vom 28. Februar 1919.

[14]) Vgl. die Ausführungen von *Brauns* auf dem 1. Reichsparteitag (s. Anm. 9). Offizieller Bericht, S. 77. Bereits am 23. April 1919 hatte sich der Vorstand der Rhein. Zentrumspartei für das System der eingeschriebenen Mitglieder entschieden. Nachl. Bachem 850.

tag vom Januar 1920 trug dieser Entwicklung Rechnung und beschloß, den Beitritt zur Zentrumsorganisation von der „Einzeichnung in eine Mitgliederliste" der Partei abhängig zu machen.[15]) Zugleich wurde der nähere Aufbau der Parteiorganisation sowie die Funktion der berufsständischen Beiräte festgelegt.

[15]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 137.

2. Aufbau der Parteiorganisation

Der Reichsverband der Zentrumspartei bestand nach der im Januar 1922 beschlossenen Satzung[1]) aus Orts- und Kreis-(Bezirks-)Verbänden, die in übergeordneten Landesverbänden bzw. in Preußen in Provinzialverbänden zusammengeschlossen waren. Jedes dieser Gremien kannte Parteiversammlungen, Parteivorstände und -ausschüsse. Die Wahlen zu den Vorständen der einzelnen Körperschaften sollten spätestens sechs Monate nach jeder Reichstagswahl erfolgen, wobei weitere Wahlen zulässig waren. Die Landesversammlungen der nichtpreußischen Länder und die Provinzialversammlungen Preußens hatten die Delegierten zum Reichsparteitag zu wählen. Deren Zahl richtete sich bemerkenswerterweise nicht nach der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, sondern nach der bei der jeweils letzten Reichstagswahl in den betreffenden Gebieten auf die Zentrumspartei entfallenden Stimmen (ein Delegierter auf 20000 Stimmen oder einen 10000 Stimmen übersteigenden Überschuß).

Außerhalb dieser Gliederung bestand ein Wahlkreisverband für jeden einzelnen Reichstagswahlkreis. Dieser Verband konstituierte sich jeweils vor den Reichstagswahlen, um die Kandidatenlisten aufzustellen. Er bestand aus gewählten Vertrauensleuten der Orts- und Kreisverbände, aus den Mitgliedern des Vorstands und des Ausschusses des Landes- bzw. Provinzialverbands, aus den Zentrumsabgeordneten des betreffenden Landes- oder Provinzialverbands und aus gewählten Vertretern der Presse, der Parteisekretariate und der regionalen Kommunalpolitischen Vereinigung. Der Reichsparteitag als „höchste Vertretung" des Zentrums setzte sich zusammen aus gewählten Beauftragten der Landes- bzw. Provinzialversammlungen, aus den Mitgliedern des Reichsparteivorstands und Reichsparteiausschusses, aus den Zentrumsabgeordneten des Reichstags, den Vorsitzenden der Landes- bzw. Provinzialverbände sowie den Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen in den einzelnen Landtagen. Der Reichsparteitag hatte den Reichsparteivorstand und Reichsparteiausschuß zu wählen, den Rechenschaftsbericht des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion zu hören, über Satzungen, Richtlinien, Grundsätze usw. zu beschließen und die

[1]) Abgedr. bei *Traumann*, Organisations-Handbuch, S. 31 ff. Dazu vgl. den wenig instruktiven Beitrag von Paul *Prange*, Die Organisation der Zentrumspartei, in: Nationale Arbeit, S. 445 ff.

Umlagen festzusetzen, die von den Landes- bzw. Provinzialverbänden aufzubringen waren.

Nach der 1922 beschlossenen Satzung sollte alljährlich ein vom Reichsparteivorstand einberufener Reichsparteitag stattfinden. Das geschah allerdings in der Praxis nicht: 1921 und 1923 fanden keine Gesamtparteitage statt, ebenfalls nicht 1926 und 1927. Der letzte Parteitag trat 1928 zusammen. Von der Möglichkeit, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, ist niemals Gebrauch gemacht worden. Die Leitung des Reichsparteitags lag 1920 und 1922 bei Porsch, 1924 bei Stegerwald — von diesem Parteitag wurde kein Protokoll ausgeliefert —, 1925 bei Marx und 1928 bei Mönnig.

Der Vorstand der Reichspartei bestand aus dem vom Reichsparteitag gewählten Vorsitzenden (Spahn und Gröber leiteten die Partei in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Reichsparteiausschusses; gewählte Vorsitzende waren 1920: Trimborn, 1922: Marx, 1924: Marx, 1928: Kaas) und zunächst vier, später sechs Stellvertretern (1920: Burlage, Dransfeld, Porsch, Stegerwald; 1922 und 1924: Dransfeld, Klöckner, Mönnig, Stegerwald; 1925: Klöckner, Mönnig, Schofer, Stegerwald, H. Weber; 1928: Hirtsiefer, Joos, Klöckner, Mönnig, Schofer, H. Weber) sowie vier Schriftführern und zwei Rechnern. Hinzu kamen noch zunächst zwölf und später (1928) insgesamt 56 Beisitzer. Ebenso stark wuchs die Zahl der Mitglieder des Reichsparteiausschusses (1920: 55, 1928: 222).

In dieser sprunghaften Ausweitung wurde das Bestreben sichtbar, möglichst viele „Stände" durch die Aufnahme ihrer Exponenten in den erweiterten Vorstand der Gesamtpartei zu integrieren. Daß diese derart planmäßig vergrößerten Gremien nicht die Weichen der Politik stellen konnten, lag auf der Hand. 1928 wurde infolgedessen ein eigener geschäftsführender Vorstand aus elf Mitgliedern (Kaas als Vorsitzender, außerdem: Beyerle, Eßer, Heß, ten Hompel, Kaiser, Fürst Löwenstein, Perlitius, Frau Wingerath, Stegerwald und Wirth) gebildet, der überdies zusammen mit den sechs stellvertretenden Vorsitzenden die heterogene Zentrumswählerschaft repräsentieren sollte. Die Würde eines Ehrenvorsitzenden, jeweils auf Lebenszeit, erhielten: 1920 Fehrenbach, Herold, Hitze und Spahn; 1922 Porsch und 1928 Marx. Von ihnen erlebte und überlebte nur Marx das Ende der Partei.

Der Reichsparteiausschuß setzte sich zusammen aus dem Reichsparteivorstand, aus den Vorsitzenden der Landes- bzw. Provinzialverbände, aus den Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen der Landtage, aus den Generalsekretären der Landes- bzw. Provinzialverbände, aus Mitgliedern der Landes- bzw. Provinzialversammlungen (ein Delegierter auf je 60000 Zentrumsstimmen), aus Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstands des Reichsverbands der Windthorstbunde sowie aus zwei Vertretern der Studentischen Ortsgruppen. Die Geschäftsführung des Reichsverbands der Partei geschah durch das Reichsgeneralsekretariat in Berlin, das einem Kuratorium aus Mitgliedern des Reichsparteivorstands und des Vorstands der Reichstagsfraktion unterstellt war.

3. Die Zusammensetzung des Parteiapparats

Das bereits Mitte November 1918 auf Initiative von Erzberger errichtete Reichsgeneralsekretariat in Berlin wurde zunächst hauptamtlich von dem Münchener Bibliothekar Maximilian Pfeiffer (Reichstagsabgeordneter seit 1907) geleitet, der „infolge der Revolution" aus dem bayerischen Staatsdienst ausgetreten war[1]) und seit Februar 1919 als Abgeordneter der Nationalversammlung (und 1920 dem Reichstag) angehörte. Infolgedessen ließ die Aktivität des Generalsekretariats, das im Wahlkampf um die Jahreswende 1918/19 sehr rührig gewesen war (durch Herausgabe von Broschüren und Wahlplakaten, Vermittlung von Rednern usw.), im Laufe des Jahres 1919 sichtlich nach.[2]) Dennoch beschloß der 1. Reichsparteitag im Januar 1920 einstimmig — ohne daß übrigens Pfeiffer einen Rechenschaftsbericht erstattet oder überhaupt das Wort ergriffen hätte —, das Reichsgeneralsekretariat weiterzuführen und erheblich auszubauen. An seine Spitze trat am 1. Juli 1920 Hermann Katzenberger, der zunächst starke Initiative entfaltete[3]), allerdings bereits zwei Jahre später die Stelle des Verlagsdirektors der Berliner „Germania" übernahm. Ihm folgte im Juni 1922 der bisherige Geschäftsführer des Reichsverbands der Windthorstbunde, Heinrich Vockel, der diese Tätigkeit bis zum Ende der Partei 1933 ausübte (Reichstagsabgeordneter seit 1930).

Seit Februar 1920 erschienen die vom Reichsgeneralsekretariat redigierten „Mitteilungen der Deutschen Zentrumspartei" (M. d. Z.), die „Windthorst-Blätter" (W. B.) und die „Zentrums-Akademiker-Blätter" (Z. A. B.). Diese drei Organe wurden im Mai 1921 zu einer zentralen „Halbmonatsschrift für politische Bildung" unter dem Namen „Das Zentrum" zusammengefaßt. Die Zeitschrift (laut Angabe im Titel begründet von Trimborn, Brauns, Burlage, Itschert, Katzenberger und Klöckner), die von unbekannter Seite eine erhebliche Starthilfe erhalten hatte[4]), mußte jedoch infolge Geldmangels ihr Erscheinen bald einstellen, um erst 1930 als Monatsschrift in neuem Gewande wieder an die Öffentlichkeit zu treten.

Nach dem vom 1. Reichsparteitag im Anschluß an ein entsprechendes Referat von Brauns („Vom rechten Aufbau und gediegenen Leistungen des Reichs-

[1]) Nach *Pfeiffers* Angaben im Reichstagshandbuch 1920 (S. 297), worin sich Pfeiffer übrigens auch als Gründer des Reichsgeneralsekretariats bezeichnete, eine Angabe, die er im Handbuch der Nationalversammlung noch unterlassen hatte.

[2]) Der Düsseldorfer Rechtsanwalt *Stocky* kritisierte auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums am 21. Januar 1920 die ungenügende Tätigkeit des Reichsgeneralsekretariats, das viel zu wenig Werbematerial herausgegeben habe. Vgl. Offizieller Bericht, S. 82.

[3]) Am 10. Juli 1921 schrieb *Trimborn* an Hitze: „Das Generalsekretariat in Berlin entwickelt sich ausgezeichnet." Vgl. *Cardauns*, Trimborn, S. 191. In seinen ungedruckten Erinnerungen hat Georg *Schreiber* die Gewinnung Katzenbergers als einen „guten Griff" Trimborns bezeichnet.

[4]) In dem in der vorigen Anm. genannten Schreiben *Trimborns* hieß es, für die Zeitschrift seien ihm kürzlich 120 000 Mark zur Verfügung gestellt worden.

sekretariats hängt die Zukunft der Partei wesentlich ab")[5]) beschlossenen Aufbau einer zentralen Parteiorganisation entwickelte sich das Reichsgeneralsekretariat innerhalb kurzer Zeit zu einem beachtlichen Apparat. Es entstanden eigene Dezernate für Jugendfragen und für Akademikerfragen, in deren Rahmen auch studentische Ortsgruppen der Partei betreut wurden. Im Januar 1922 betrug der Personalstand: 1 Generalsekretär, 1 Dezernent für Jugend- und Akademikerfragen, 1 Schriftleiter für die Zeitschrift „Das Zentrum" (zugleich Dezernent für „evangelische Fragen") und 12 Hilfs- und Schreibkräfte. Vorgesehen war eine Referentin für Frauenfragen.

Da die Finanzierung des Reichsgeneralsekretariats seit 1919 große Schwierigkeiten bereitete[6]) — so daß offensichtlich Stimmen laut wurden, die für eine Abschaffung oder Verkleinerung des zentralen Parteibüros plädierten —, erkannte der 2. Reichsparteitag im Januar 1922 ebenso wie eine Tagung des Reichsparteiausschusses am 23./25. Juni 1922 in einem eigenen Beschluß die „Notwendigkeit des Bestehens" des Reichsgeneralsekretariats an.[7]) Infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse erwies sich jedoch bereits im Herbst 1922 ein geringfügiger personeller Abbau der Zentralstelle als notwendig.[8]) Im Sommer des folgenden Jahres wurde auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses (16./17. Juni) beschlossen, trotz „beschränkten Personalbestands" das Reichsgeneralsekretariat aufrechtzuerhalten.[9])

Dessen Finanzierung erfolgte zunächst — nach einem Beschluß des 1. Reichsparteitags vom 22. Januar 1920[10]) — aus einer einmaligen freiwilligen Beitragszahlung der Mitglieder und sodann aus festgesetzten Abgaben der einzelnen Landes- bzw. Provinzialverbände. Diese sollten für 1920 für jede in ihrem Bereich abgegebene Zentrumswahlstimme 10 Pfennig abführen.[11]) Dieser Betrag wurde im September 1920 auf 3,3 Pfennig ermäßigt und für 1921 auf 6,6 Pfennig festgesetzt.[12]) Im Jahre 1921 flossen dem Reichsgeneralsekretariat rund

---

[5]) Vgl. Offizieller Bericht 1920, S. 78.

[6]) Auf einer Redaktionskonferenz der KV am 3. Januar 1919 berichtete F. X. *Bachem* über die Sitzung des Reichsparteiausschusses vom 30. Dezember 1918 in Frankfurt a. M., wo Pfeiffer u. a. mitgeteilt habe, daß für das Generalsekretariat „reichlich" Geld vorhanden sei, so daß die Kosten für das kommende Jahr gedeckt seien. Nachl. Bachem 523.

[7]) Vgl. *KV* 565 vom 23. Juli 1922.

[8]) Nach Mitteilungen *Vockels* auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses. Vgl. *KV* Nr. 805 vom 20. Oktober 1922.

[9]) Vgl. *Germania* Nr. 167 vom 19. Juni 1923; *KV* Nr. 445 vom 21. Juni 1923.

[10]) Vgl. Offizieller Bericht 1920, S. 137.

[11]) Vgl. ebd., S. 138.

[12]) Neben dem Reichsgeneralsekretariat mußten die Landes- bzw. Provinzialverbände auch ihre regionalen Sekretariate finanzieren. In einer hektogr. Denkschrift des Landessekretärs der Preuß. Zentrumspartei, *Klöcker*, vom 13. Mai 1921 hieß es, im Dez. 1920 sei beschlossen worden, daß die preuß. Provinzialorganisationen für jede in ihrem Bereich abgegebene Zentrumsstimme 5 Pfennig an die Preuß. Zentrumspartei abführen sollten. StA Düsseldorf XXI/3.

250 000 Mark zu.[13]) Da diesem Betrag Ausgaben von insgesamt 430 000 Mark gegenüberstanden, konnte die Differenz nur durch „einzelne größere Spenden" gedeckt werden.[14]) Die Namen dieser Spender sind nicht bekannt.

Für 1922 betrug der Etat-Voranschlag 900 000 Mark. Von den einzelnen Provinzial- bzw. Landesverbänden sollten laut Beschluß des 2. Reichsparteitags vom 17. Januar 1922 pro Zentrumswähler jeweils 30 Pfennig an die Reichsparteikasse abgeführt werden.[15]) Außerdem wurden „wohlhabende Parteifreunde" dringend aufgefordert, größere Beträge für das Reichsgeneralsekretariat zur Verfügung zu stellen. Ob und inwieweit das geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Auf den späteren Reichsparteitagen des Zentrums ist über die Finanzierung des Reichsgeneralsekretariats und der Partei nicht mehr öffentlich gesprochen worden. Das gleiche gilt für die Finanzierung der „Zentrumsparteischulen", von denen die erste im September 1922 in Recklinghausen eröffnet wurde, als „Pflanzstätte für die Verbreitung und Vertiefung" der Parteiideale.[16])

Die Zentrumspartei verfügte Anfang der zwanziger Jahre über 13 Generalsekretariate der einzelnen Landesverbände bzw. Provinzialverbände (Baden, Hessen, Pfalz, Freistaat Sachsen, Württemberg, Grenzmark, Hannover, Niederschlesien, Oberschlesien, Rheinland, Provinz Sachsen, Westfalen und Saargebiet). Die Zahl der haupt- und nebenamtlich geleiteten örtlichen Parteisekretariate ist nicht genau zu ermitteln. Auf dem 1. Reichsparteitag 1920 war von insgesamt 27 (hauptamtlichen) Parteisekretären die Rede.[17]) Für Anfang 1922 sind auf Grund der Mitteilungen des Generalsekretärs Katzenberger auf dem 2. Reichsparteitag exakte Zahlen nur für drei Landes- bzw. Provinzialverbände bekannt: Rheinland (23 hauptamtlich, 7 nebenamtlich tätige Parteisekretäre)[18]), Niederschlesien (8 bzw. 2) und Baden (6 bzw. 4). Insgesamt zählte die Partei zu diesem Zeitpunkt ungefähr 60 hauptamtlich tätige Parteisekretäre, für die ein eigener Pensionsfonds errichtet wurde.[19]) Eine Aufstellung aus dem Jahre 1925 führte insgesamt 60 Generalsekretariate und Sekretariate auf, von denen 6 nebenamtlich geleitet wurden, während andere (Berlin, Köln, Breslau) mit zwei oder mehr Parteibeamten besetzt waren.[20])

[13]) Nach Mitteilungen *Katzenbergers* auf dem 2. Reichsparteitag am 22. Januar 1922. Vgl. Offizieller Bericht, S. 48.

[14]) Ebd.

[15]) Vgl. ebd., S. 101.

[16]) So Reichskanzler *Wirth* in einem Grußtelegramm vom 10. September 1922. Bundesarchiv R 43 I/2657.

[17]) Vgl. Offizieller Bericht 1920, S. 144. In den Mitt. der Zentralstelle der Rhein. Zentrumspartei Nr. 1 (April) 1920, S. 23, werden 20 Parteisekretäre des Rhein. Zentrums namentlich aufgezählt. Daß allerdings nicht alle Genannten hauptamtlich tätig waren, ergibt sich daraus, daß für einen einzelnen Kreis (Birkenfeld) ein Geistlicher (Kaplan) aufgeführt ist.

[18]) Nach einem Bericht des Generalsekretärs der Rhein. Zentrumspartei vom Herbst 1924 (in: Mitt. der Rhein. Zentrumspartei Nr. 1, Oktober 1924, S. 5) war die Zahl von mehr als 20 Parteisekretariaten infolge der Inflation auf 12 haupt- und 9 nebenamtlich geleitete Sekretariate zurückgegangen.

[19]) Vgl. Offizieller Bericht 1922, S. 48.

[20]) Vgl. *Traumann*, Organisations-Handbuch, S. 235 ff.

4. Die Zahl der Mitglieder

Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder des Zentrums (Mindestalter 17 Jahre) läßt sich nur annähernd ermitteln. Eine Gesamtstatistik ist niemals veröffentlicht worden. Dem Reichsgeneralsekretariat war es zu keinem Zeitpunkt möglich, von allen regionalen Verbänden entsprechende Angaben zu bekommen.[1]) Folglich gab es auch keinerlei Berufsstatistik der Mitglieder. Der „Apparat" war noch viel zu sehr ehrenamtlich geleitet, viel zu wenig durchorganisiert und zu unabhängig von der Berliner Zentrale, als daß von dort aus dergleichen Befragungen erfolgreich hätten gestartet werden können. Immer noch gab es wie in der Vorkriegszeit genügend Anhänger des Zentrums, die zwar Beiträge oder Spenden entrichteten, aber nicht offiziell eingeschriebene Mitglieder waren.[2])

Aus verschiedenen Hinweisen läßt sich nur ein ungefähres Gesamtbild über die Mitgliederzahl gewinnen. Als relativ zuverlässig — wenngleich nach oben abgerundet — dürfen die Zahlen gelten, die der Generalsekretär des Zentrums, Katzenberger, im Januar 1922 auf dem 2. Reichsparteitag des Zentrums mitteilte. Danach ergäbe sich 1921/22 etwa folgendes Bild, das durch Hinweise aus anderen Quellen nur unwesentlich ergänzt wurde:

Landesverband	Mitteilung Katzenberger Zahl der		Andere Quellen Zahl der	
	Ortsgruppen	Mitglieder	Ortsgruppen	Mitglieder
Württemberg	324	40 000[3])	498	54 884[4])
Niederschlesien . . .	500	70 000		
Ostpreußen	195	65 000[5])		
Sachsen	42	5 000		5 000[6])

Für die beiden mit Abstand größten und „vorbildlich organisierten" Landes-

[1]) Mündl. Mitteilung von H. Vockel.

[2]) Auf dem 1. Reichsparteitag am 21. Januar 1920 in Berlin erklärte der Stuttgarter Parteisekretär *Reuter*, wer früher 20 Pfennig bezahlte, habe als Parteimitglied gegolten. Vgl. Offizieller Bericht, S. 85.

[3]) Darunter 10 000 bis 15 000 Frauen. Vgl. ebd. 1922, S. 46. Auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 war für Württemberg die Zahl von „höchstens 50 000" Mitgliedern genannt worden. Vgl. ebd. 1920, S. 85.

[4]) Nach einem Bericht der *KV* Nr. 922 vom 18. Dezember 1921 über den Parteitag des Württemb. Zentrums vom 11./12. Dezember 1921 in Stuttgart.

[5]) Nach einer Mitteilung des ostpreuß. Generalsekretärs der Zentrumspartei besaß das Zentrum im Frühjahr 1920 in Ostpreußen 52 000 Mitglieder. Vgl. *KV* Nr. 298 vom 19. April 1920.

[6]) Mitgeteilt auf dem 1. Reichsparteitag 1920 von dem Delegierten *Hille*. Vgl. Offizieller Bericht, S. 98.

verbände[7]) Rheinland[8]) und Westfalen liegen ebensowenig wie für einige andere Gebiete (Hessen, Pfalz) zuverlässige Zahlen vor. Dennoch dürfte die Gesamtmitgliederzahl des Zentrums 300000 kaum überschritten haben, wobei der Anteil evangelischer Mitglieder nicht ins Gewicht fiel.[9]) Bemerkenswert war der ungewöhnlich hohe Prozentsatz der Mitglieder im Verhältnis zur Zahl der für das Zentrum abgegebenen Wahlstimmen in Ostpreußen (Ermland), die zwei Drittel betrug[10]) (in Schlesien knapp ein Drittel).

Der Hinweis Katzenbergers auf die Verhältnisse in Sachsen, wo 90 v.H. aller Parteimitglieder zu den „minderbemittelten Kreisen" gehörten, während von den „vermögenden Katholiken" ein großer Teil der DVP und DNVP zuneige[11]), ist der einzige, wenngleich sehr dürftige Hinweis auf die Sozialstruktur der Mitgliederschaft.[12])

[7]) So *Katzenberger* 1922. Vgl. ebd. 1922, S. 47.

[8]) Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 17. September 1919 erklärte die Abg. *Dransfeld*, daß sich in einer (nicht genannten) rhein. Großstadt unter 65000 Mitgliedern 40000 Frauen befänden. Vgl. Bericht, S. 289. Nach einer Mitteilung des Kölner Zentrumsvorsitzenden *Rings* vom Juni 1920 zählte die Kölner Zentrumspartei 36000 Mitglieder. Vgl. *KV* Nr. 430 vom 7. Juni 1920. In einem Schreiben von *Adenauer* an Göring vom 10. August 1934 (*Bertsch*, Herren mit Vergangenheit, S. 44) heißt es, er sei „seit langer Zeit eingeschriebenes Mitglied" der Zentrumspartei gewesen.

[9]) Die Angaben darüber sind außerordentlich spärlich. In einem Bericht des Generalsekretärs der Rhein. Zentrumspartei vom Herbst 1924 (in: Mitt. der Rhein. Zentrumspartei Nr. 1, Okt. 1924, S. 6) hieß es: „Die Zahl der [...] evangelischen eingeschriebenen Mitglieder der Partei ist nach den bisher gemachten Einzelfeststellungen nicht allzu groß im Rheinland." Im Winter 1918/19 hatte sich in Königsberg eine evang. Ortsgruppe des Zentrums gebildet (vgl. *Germania* Nr. 133 vom 23. März 1919), die offensichtlich ohne Nachahmer blieb.

[10]) In einem Artikel „Das ostpreußische Zentrum im katholischen Abwehrkampf" von Carl *Stephan* (Allenstein) in *Germania* Nr. 28 vom 12. Januar 1922 hieß es, die Ostpreuß. Zentrumspartei sei einmal von Trimborn dafür gerühmt worden, daß sie mit „am besten und straffsten organisiert" sei.

[11]) Vgl. Offizieller Bericht 1922, S. 46.

[12]) Ein anderer Hinweis findet sich in einem Schreiben von Carl *Bachem* an Alois Fürst zu Löwenstein vom 6. März 1922. Danach bestand der „weitaus größte Teil" der Kölner Zentrumspartei aus Arbeitern. Nachl. Bachem 465.

5. Die Jugendorganisationen: Windthorstbunde und Studentische Ortsgruppen

Zu den Mitgliedern des Zentrums zählten auch die Angehörigen der 1895 in Essen gegründeten „Windthorstbunde", die sich 1900 zu einem eigenen Verband mit dem Sitz in Köln zusammenschlossen. Es handelte sich zunächst um eine Schulungsorganisation für die „junge Männerwelt" des Zentrums, die 1910 etwa 13000 Angehörige (organisiert in 186 Bunden)[1]), 1914 etwa 20000

[1]) Vgl. Erwin *Niffka*, Werden und Wirken [der Windthorstbunde], in: Um Volk und Staat (1927), S. 11. Über die Entwicklung des Karlsruher Windthorstbundes (gegr. 1902) vgl. *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 35 ff.

(300 Bunde) zählte[2]) und eine Zeitschrift „Windthorst-Blätter" herausgab. Die während des Krieges eingestellte Tätigkeit des Verbands lebte Ende 1918 auf anderer Ebene wieder auf.

Die nach dem Umsturz von 1918 in der katholischen Jugend entstandenen Jungzentrumsvereine, Kettelerbunde und Windthorstbunde — wobei die letzteren überwogen — entwickelten sich schnell zu spezifisch politischen Jugendorganisationen ohne förmlichen Anschluß an das Zentrum. Im September 1919 sprach sich der Parteitag des Rheinischen Zentrums dafür aus, die Windthorstbunde als „Jungmannschaft" der Partei und als Schulungsorganisation der Zentrumsjugend anzuerkennen und auszubauen.[3]) Die Eingliederung dieser Bunde in den Rahmen der Zentrumsorganisation wurde auf dem 1. Reichsparteitag 1920 „im Interesse der Einheitlichkeit der zu leistenden Arbeit" beschlossen.[4]) Parteivorstand und Parteiausschuß entwickelten Ende Oktober 1920 Richtlinien für die Errichtung von Windthorstbunden, die sich in den Rahmen der allgemeinen Parteiorganisation einfügen sollten.[5])

Auf Einladung des Reichsgeneralsekretariats kamen im Mai 1921 200 Vertreter lokaler Windthorstbunde in Fulda zu einer Tagung zusammen. Dort entstand der „Reichsverband der Deutschen Windthorstbunde", der seitdem alljährlich eine Reichstagung veranstaltete (1922: Godesberg, 1923: Hildesheim, 1924: Glatz).[6]) Den Vorsitz des Reichsverbands übernahm 1921 der Abgeordnete und spätere Reichsminister Höfle (Stellvertreter: Buhla und Vockel). Dem erweiterten Vorstand gehörten der Vorsitzende der Zentrumspartei, Trimborn, der Generalsekretär der Partei, Katzenberger, und je zwei Vertreter der Landes- bzw. Provinzialverbände an. Im April 1922 übernahm Heinrich Krone die Geschäftsführung des Reichsverbands, zu dessen Vorsitzenden er später aufrückte. 1922 bestanden im Reichsgebiet etwa 270 Windthorstbunde, deren Mitgliederzahl nicht bekannt ist.[7]) Sie dürfte 1933 etwa 30 000 betragen haben. Seit 1922 gehörten nach einem entsprechenden Beschluß des Reichsparteitags[8]) „bis zu vier Mitglieder" der Windthorstbunde dem Reichsparteiausschuß an.

Die Windthorstbunde betrachteten sich nicht nur als politische Jugendorganisation des Zentrums — dem sie durch das ausdrückliche Bekenntnis ihrer republikanischen Gesinnung (und später durch ihre Unterstützung des Reichs-

[2]) So der Verbandssekretär P. *Saupe*, Die Windthorstbunde und der Krieg, in: Allg. Rundschau Nr. 38 vom 19. September 1914, S. 673. Ferner *Cardauns*, Trimborn, S. 97.

[3]) Vgl. Bericht, S. 397.

[4]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 138.

[5]) Vgl. *Niffka* (s. Anm. 1).

[6]) Vgl. Heinrich *Krone*, Die junge katholische Generation in der Politik, in: Nationale Arbeit, S. 462 f.

[7]) Ebensowenig wie *Prange*, Organisation der Zentrumspartei (in: Nationale Arbeit) die Zahl der Mitglieder der Zentrumspartei nennt, gibt *Krone* ebd. (s. Anm. 6) die Zahl der Mitglieder der Windthorstbunde bekannt.

[8]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 102.

banners Schwarz-Rot-Gold) bisweilen zu weit gingen —, sondern auch als eine politische „Lebensgemeinschaft" und nicht Zweckgemeinschaft.[9]) Ihre Arbeit zielte im Sinne der zeitgenössischen jugendbewegten Aufbruchsstimmung darauf ab, einen „neuen Menschen" zu schaffen.[10]) Dadurch entwickelten sich die Bunde nicht selten zu verschworenen Gruppen, die mit Uniform, Abzeichen[11]) und Bannern auftraten und deren Ausdrucksformen in überaus markigen, „volks"- und „gemeinschafts"bezogenen Kundgebungen bestanden.[12]) Vom „Erlebnis der Volksgemeinschaft" und vom Ruf nach mehr Geistigkeit im Parteileben war viel die Rede. Hier wurden auch weiterhin jene großdeutschen Erinnerungen und Forderungen ausgesprochen[13]), die in der Zentrumspartei 1919/20 fast ganz verstummt waren. Daneben vertraten die Windthorstbunde besonders nachdrücklich den Gedanken der „sozialen Republik" einschließlich der Eingliederung der Arbeiterschaft in die Volksgemeinschaft.

Bis zum Schluß der Republik führten die Windthorstbunde, die seit 1924 die Monatsschrift „Das Junge Zentrum" herausgaben, ein Eigenleben in der Partei („Wir bitten um Freiheit. [...] Laßt uns ringen")[14]), ohne ihr jemals den Rücken zu kehren. Ihre führenden Vertreter gelangten seit 1924 (Dessauer) bzw. 1925 (Krone) und dann in stärkerem Umfang 1928 und 1930 in die Parlamente. In den Kreisen der Windthorstbunde wurde besonders der Gedanke eines von „Zahl und Parteilaune" unabhängigen Führertums gepflegt, der gegen Ende der zwanziger Jahre auch in der Gesamtpartei stärker zum Ausdruck kam.

Die Windthorstbunde hielten enge Fühlung mit den im Wintersemester 1918/19 an einzelnen Universitäten gegründeten Studentischen Ortsgruppen des Zentrums, deren planmäßigen Ausbau der 1. Reichsparteitag im Januar 1920 beschloß.[15]) Carl Sonnenscheins „Soziales Archiv" in Berlin betätigte sich nach

[9]) Vgl. *Krone* (s. Anm. 6), S. 464: Die Windthorstbunde sollten „Pflanzstätten des Gemeinschaftslebens" werden.

[10]) So *Krone* (s. Anm. 6), S. 463.

[11]) Es stellte auf blauem Grund das Symbol der deutschen Volksgemeinschaft, die Zusammenarbeit zwischen Hand- und Kopfarbeitern dar. Vgl. *Niffka* (s. Anm. 1), S. 14.

[12]) Als Beispiel für die Sprache mag ein Telegramm dienen, das die Teilnehmer der 2. Reichstagung am 16. Juni 1922 aus Godesberg an Reichskanzler Wirth richteten: „Tausend Vertreter der Deutschen Windthorstbunde entbieten dem hochverehrten Herrn Reichskanzler deutschen Treugruß vom deutschen Rhein. Wie des Reichskanzlers Opferleben gilt auch unser Wirken des Reiches Einheit [und] des deutschen Volkes Aufstieg. Dem wollen wir dienen mit der ganzen Kraft und Freude unserer Jugend, mit der Begeisterung und Hingabe unserer vaterländischen und christlichen Gesinnung und in treuer Gefolgsbereitschaft zu unseren Führern. Dr. Höfle, Dr. Buhla, Dr. Rochel." Bundesarchiv R 43 I/2657.

[13]) Eine Entschließung der 4. Reichstagung in Glatz 1924 bezeichnete die nationale Einigung aller Deutschen in einem föderalistischen Großdeutschland als „heiß erstrebtes" Ziel. Vgl. ebd., S. 465. In einer Entschließung der Reichstagung 1925 in Friedrichshafen wurde als erste Forderung die Wiedervereinigung Österreichs und Deutschlands „zum großdeutschen Reich" erhoben. Ebd.

[14]) Vgl. *Niffka* (s. Anm. 1), S. 16.

[15]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 137.

1918 auch als Parteisekretariat dieser Ortsgruppen.[16]) Sie bestanden 1920 in Bonn, Breslau, Freiburg, Köln, Marburg, Münster, Tübingen und Würzburg, 1922 auch in Berlin, Frankfurt, Gießen, Göttingen, Greifswald, Heidelberg, Jena, Königsberg und Leipzig.[17]) Mitgliederzahlen liegen für das Sommersemester 1920 vor aus Bonn (50), Marburg (21) und Münster (430).[18]) Zu den Referenten, die in einigen Städten für Einzelvorträge gewonnen werden konnten[19]), gehörten in Köln: Carl Bachem („Parlamentarismus und Zar"), Benedikt Schmittmann („Der organische Einheitsstaat"), Martin Spahn („Entwicklungsgeschichte des Zentrums") und Heinrich Konen („Die Physik und ihr Einfluß auf die Politik"); in Münster: Martin Spahn („Wirtschaft und Staat"), Joseph Mausbach („Kulturfragen in der Verfassung"), Wilhelm Marx („Die Notwendigkeit einer Mittelpartei mit den Grundsätzen des Zentrums") und Eduard Burlage („Das Zentrum seit Februar 1919"); in Marburg: Jakob Strieder („Die geistigen Grundlagen der Zentrumspolitik"). Eine 1920 begründete eigene Flugschriftenreihe kam über wenige Titel nicht hinaus.[20])

1926 schlossen sich die verschiedenen Gruppen zum „Reichsverband der Deutschen Zentrumsstudenten" zusammen.[21]) Nach der Satzung der Reichspartei gehörten seit 1920 zwei Vertreter der Studentischen Ortsgruppen dem Reichsparteiausschuß an. Der entsprechende Artikel der Satzung wurde vom 2. Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1922 ausdrücklich bestätigt und ferner beschlossen, diese Gruppen seitens der Partei nach Kräften zu unterstützen.[22])

6. Berufsständische Beiräte

Die nach 1918 neu entwickelte oder vielfach gesteigerte Politisierung einzelner Berufsstände und Interessengruppen machte sich in der Zentrumspartei, die Vertreter aller Berufe und Stände zu ihren Wählern und Mitgliedern zählte, in besonderem Maße bemerkbar. Der frühere Grundsatz, die Schaffung spezifisch berufsständischer Zentrumskomitees oder Vereinigungen nach Möglichkeit zu verhindern, ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, nachdem längst eigene Zu-

[16]) Vgl. *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 213 f.

[17]) Nach Mitteilung des Generalsekretärs *Katzenberger* auf dem 2. Reichsparteitag am 16. Januar 1922. Vgl. Offizieller Bericht, S. 41.

[18]) Nach einem Rundschreiben des Reichsgeneralsekretariats vom Sept. 1920 „Mitteilungen für die Studentischen Ortsgruppen der Zentrumspartei", in dem ein Fragekatalog nebst den eingegangenen Antworten abgedruckt ist. Exemplar im Besitz des Verf.

[19]) Ebd.

[20]) Nr. 1: Heinrich *Pesch*, Christlicher Solidarismus und soziales Arbeitssystem (1920); Nr. 3: Heinrich *Getzeny*, Das Problem des Nationalen im Lichte des Christentums (1920).

[21]) Vgl. *Prange*, Organisation (s. Anm. 7), S. 451.

[22]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 101.

sammenschlüsse der Bauernschaft und (seit der Kriegszeit) der Arbeiterzentrumswähler sowie des Mittelstands bestanden. Um der Gefahr vorzubeugen, daß sich die Berufsorganisationen radikalisierten oder zum Sprengpulver innerhalb der Partei entwickelten, suchte das Zentrum die Standesverbände in die Parteiorganisation einzugliedern und damit gleichzeitig zu neutralisieren. Auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums im September 1919 in Köln wurde in einer eigenen Resolution die Vereinigung der einzelnen Stände „auf dem Boden der Zentrumspartei" begrüßt, ein Beschluß über die Formen und Bedingungen der „Einreihung" dieser Vereinigungen in die Gesamtorganisation der Partei jedoch ausdrücklich vermieden.[1])

Der 1. Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 sprach sich in einem eigenen Antrag an den Reichsparteivorstand gegen besondere berufsständische Vereinigungen innerhalb der Parteiorganisationen aus. Er empfahl statt dessen die Schaffung von Beiräten für die einzelnen Berufsstände im Anschluß an die örtlichen, provinziellen und Reichsparteiinstanzen.[2]) Diese Beiräte, die zur „Aufklärung" der Parteiorgane und der Abgeordneten beitragen sollten, erhielten das wichtige Recht zugestanden (das ihnen im März 1925 wieder genommen wurde), Kandidatenvorschläge für die Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen zu machen. Auf diese Weise hofften die Parteiinstanzen, sich einer undankbaren Aufgabe entledigen zu können. Ferner erkannte der 1. Reichsparteitag formell eine neugegründete „Mittelstandsvereinigung" in der Partei an. Schließlich wurde beschlossen, aus Vertretern der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft und der Beamtenschaft einen eigenen Ausschuß zu bilden, der dem Parteivorstand Vorschläge zur praktischen Wirtschaftspolitik unterbreiten sollte. Es scheint, daß sich dieser Ausschuß, der bis zum Januar 1922 überhaupt nicht zusammengetreten war[3]), auch später niemals konstituiert hat. Ein eigener Reichswirtschaftsbeirat als „berufene Vertretung der verschiedenen Erwerbsstände", der auf einer Sitzung des Reichsparteiausschusses im Juni 1922 gefordert wurde[4]), ist ebenfalls nicht ins Leben getreten.

Bis Anfang 1922 gab es folgende berufsständische Beiräte: für Handel und Industrie, Landwirtschaft, Mittelstand, Arbeiterschaft, Beamte, Angestelltenschaft.[5]) Die meisten von ihnen bestanden in Rheinland und Westfalen und zählten bis zu 150 Mitgliedern. Im Rheinland bildete ein Wirtschaftsbeirat die Spitze der verschiedenen Einzelgremien[6]), ohne jedoch irgendeine Aktivität zu

[1]) Vgl. Bericht, S. 396.

[2]) Vgl. Offizieller Bericht 1920, S. 138.

[3]) Nach Mitteilung des Berliner Stadtverordneten *Lange* auf dem 2. Reichsparteitag 1922. Vgl. ebd. 1922, S. 53.

[4]) Vgl. *KV* Nr. 565 vom 23. Juli 1922. Die *Germania* Nr. 717 vom 17. September 1922 sprach erneut den Wunsch nach einem solchen Beirat aus.

[5]) Im März 1920 wurde in Düsseldorf ein Aufruf zur Gründung einer Vereinigung der Selbständigen und der akademischen Berufe erlassen. Nachl. Bachem 850.

[6]) Nach Mitteilungen des Generalsekretärs *Katzenberger*. Vgl. Offizieller Bericht 1922, S. 43.

entfalten. Auf Anregung des Abgeordneten Schreiber beschloß der Parteitag 1922 — der ganz allgemein die Bildung von Beiräten befürwortete —, ein neues Gremium für kulturpolitische Fragen zu errichten.[7]) Der Versuch der Parteileitung zu verhindern, daß diese verschiedenen „Beratungsgremien" eigene zentrale Instanzen in Berlin errichteten[8]), war zu diesem Zeitpunkt bereits gescheitert: Seit dem April 1921 bestand der Zentralbeamtenbeirat[9]), dem sich bald eine eigene Geschäftsstelle der Handels- und Industriebeiräte zugesellte. Zur besonderen Vertretung weiblicher Belange in der Partei trat im Juni 1922 ein Reichsfrauenbeirat ins Leben[10]), dessen Gründung der 2. Reichsparteitag beschlossen hatte.[11]) Den Vorsitz übernahm die Abgeordnete Hedwig Dransfeld, nach deren Tod (1925) die Abgeordnete Helene Weber.

Über die Gründung der Handels- und Industriebeiräte sind wir ausführlicher als über die der übrigen Beiräte unterrichtet.[12]) Der 1914 im Rheinland errichtete Handels- und Industriebeirat, dessen Gründung bereits in den 1890er Jahren und dann wieder im Jahre 1910 gefordert worden war (Fabrikant Albert Kern aus Aachen), verdankte sein Entstehen letztlich der Initiative von Trimborn. In einer Versammlung vom 22. Mai 1914 wurden Satzungen verabschiedet und vier Wochen später der erste Vorstand gewählt. Den Vorsitz übernahm Kommerzienrat Müller-Hoberg aus M.Gladbach (Stellvertreter: Rechtsanwalt Boss, M.Gladbach; Kassierer: Fabrikant Kern, Aachen). Dem Ausschuß, der sich „Vereinigung für Industrie und Großhandel" nannte, gehörten zu diesem Zeitpunkt bereits 120 Mitglieder an. Während des Krieges ruhte die Tätigkeit der Vereinigung.

Ende 1913 hatte sich auch in Westfalen auf Initiative des Dortmunder Fabrikanten Arnold Cremer ein Handels- und Industrieausschuß der Zentrumspartei zusammengefunden. Anfang 1914 lud der Vorsitzende des Westfälischen Zentrums, Herold, der bereits drei Jahre zuvor entsprechende Anregungen an die Wirtschaftskreise hatte ergehen lassen, zur formellen Gründung des Handels- und Industriebeirats nach Münster ein, die im Frühjahr 1914 erfolgte. Der im Frühjahr 1917 gefaßte Beschluß, der rheinischen Vereinigung beizutreten (die westfälische Gruppe zählte Ende 1918 nur 20 Mitglieder), wurde nicht ausgeführt.

[7]) Vgl. ebd., S. 27, 104.

[8]) Vgl. *Katzenbergers* und *Herolds* Ausführungen ebd., S. 44, 104.

[9]) Vgl. den Hinweis von *Lange* (s. Anm. 3), ebd., S. 53.

[10]) Vgl. Helene *Wessel*, Frauenarbeit in der Partei, in: Das Zentrum Nr. 14 vom 15. Juli 1922, S. 224.

[11]) Vgl. die „Endgültige Fassung der Richtlinien der Frauenbeiräte innerhalb der Deutschen Zentrumspartei", in: Offizieller Bericht 1922, S. 113.

[12]) Auf Grund einer aus dem Januar 1933 stammenden kurzen Aufzeichnung des Bocholter Fabrikanten Theodor *Schwartz*, eines Mitbegründers des Westfäl. Handels- und Industriebeirats. Nachl. ten Hompel. Dazu vgl. *Fonk*, Zentrum und Industrie, S. 31 f., und Ausführungen des Abg. *ten Hompel* auf der Generalversammlung der Handels- und Industriebeiräte im Januar 1926. Vgl. Mitt. Nr. 1 vom 1. Februar 1926, S. 4 f.

Nach Kriegsende erfolgte die Neubelebung der Beiräte von Westfalen aus.[13]) Im Winter 1918/19 und im Sommer 1919 entwickelten einzelne Mitglieder des westfälischen Ausschusses besondere Aktivität, um den Zentrumsabgeordneten der Nationalversammlung in der Frage der Sozialisierung, der Steuergesetzgebung, der Betriebsräte und Angestelltenausschüsse ihre Ansichten und Wünsche mitzuteilen.[14]) Im Sommer 1919 wurde der münsterische Generaldirektor ten Hompel zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses gewählt, dessen Leitung er 1920 übernahm (Mitglied des Reichstags 1920—1928). Seiner Initiative ist der Ausbau der Beiräte und auch die Errichtung eines eigenen Generalsekretariats in Berlin zu danken (1922), dessen Leitung Wilhelm Fonk übernahm, der später für kurze Zeit noch (1932/33) als Abgeordneter dem Reichstag angehörte. Die Wiedererrichtung des Beirats im Rheinland geschah erst im November 1919 (Satzungen vom 27. November 1919).[15]) Ein vorläufiger Arbeitsausschuß wurde am 9. Februar 1920 abgelöst und Verleger Robert Bachem (Köln) zum 1. Vorsitzenden gewählt.[16])

Im Juli 1923 vereinigten sich die regionalen Beiräte zu einem eigenen Reichsausschuß der Handels- und Industriebeiräte, der vom Januar 1925 an regelmäßige Tagungen veranstaltete. Aus den zunächst unregelmäßig herausgegebenen Rundschreiben an die Mitglieder des Ausschusses, in denen die erreichten Erfolge in der Vertretung wirtschaftspolitischer Interessen verzeichnet waren, entwickelten sich seit Januar 1925 eigene gedruckte „Mitteilungen", die in zwangloser Folge erschienen.

Neben den Beiräten ist noch die aus der Vorweltkriegszeit stammende und von Trimborn gegründete „Kommunalpolitische Vereinigung" als besonderes Parteigremium zu erwähnen. In ihr schlossen sich Zentrumsmitglieder der Gemeindeparlamente und Gemeindebeamte mit anderen Zentrumsmitgliedern zusammen, die der Kommunalpolitik besonderes Interesse entgegenbrachten. Die Vereinigung errichtete eine zentrale Geschäftsstelle in Köln, die von dem sehr rührigen Generalsekretär Reinhold Heinen geleitet wurde und mit zahlreichen Publikationen, Tagungen usw. hervortrat.[17]) Den geschäftsführenden Vorstand dieser Vereinigung bildeten Justizrat Mönnig und Konsul Maus in Köln. Den Ehrenvorsitz übernahm der Zentrumsvorsitzende Marx. Seit 1921 erschienen die von Heinen redigierten „Kommunalpolitischen Blätter".

[13]) In den Mitt. der Zentralstelle der Rhein. Zentrumspartei (Nr. 1 vom April 1920, S. 15) hieß es, die Westfäl. Zentrumspartei sei „mit gutem Beispiel" vorangegangen.

[14]) Ebd.: Der Westfäl. Handels- und Industriebeirat habe besonders bei den Verhandlungen des Betriebsrätegesetzes und der Steuervorlagen schon „ansehnliche Erfolge" durch sein Einwirken auf das Parlament verzeichnen können.

[15]) Exemplar im Nachl. Bachem 850.

[16]) S. Anm. 12.

[17]) Der Aktenbestand der Kommunalpolitischen Vereinigung im Stadtarchiv Köln — nicht erhalten ist allerdings der spezifisch „politische" Teil (z. B. über Personal- und Paritätsfragen) — ist bisher noch nicht ausgewertet worden. Er dürfte eine Fundgrube zur Kommunal-, Finanz- und Sozialgeschichte insbesondere des rheinisch-westfälischen Gebiets bilden.

Drittes Kapitel

Das Dilemma einer Wählerpartei

1. Am Rande eines Defizits

Der 1931 formulierte Satz des Zentrumsabgeordneten (1924—1933) Friedrich Dessauer: „Geld haben wir sozusagen nie, wenn uns nicht irgendeiner einmal etwas schenkt“[1]), umschreibt einen Sachverhalt, der auch für die voraufgegangenen Jahre der Weimarer Republik galt. Bereits 1922 klagte der Berliner Generalsekretär Vockel über akuten Geldmangel.[2])

Die Finanzierung der Partei, die in der Vorkriegszeit neben Mitgliedsbeiträgen in der Hauptsache durch private Sammlungen und Einzelspenden der „leistungsfähigen“ Mitglieder bestritten wurde[3]), erfolgte in erster Linie aus den Mitgliedsbeiträgen.[4]) Deren Höhe setzte der 1. Reichsparteitag im Januar 1920 auf mindestens 2 M. pro Jahr und der 2. Reichsparteitag im Januar 1922 auf mindestens 12 M. pro Jahr — für jedes zweite und weitere Familienmitglied konnte er ermäßigt werden — fest.[5]) Nach der Satzung der Zentrumspartei vom Januar 1922 war der Jahresbeitrag, der nach der Währungsstabilisierung von 1924 neu festgesetzt wurde und mindestens 2 M. pro Jahr betrug, an die örtliche Parteikasse zu entrichten.[6]) Wie wenig das geschah, geht daraus hervor, daß sich das

[1]) Vgl. Das Zentrum, S. 51. Ähnlich in den Mitt. der Zentralstelle der Rhein. Zentrumspartei Nr. 1, April 1920, S. 3: „Wir haben noch nicht einmal für das *allernotwendigste* die nötigen Mittel.“

[2]) Auf der Sitzung des Reichsparteiausschusses am 15./17. Oktober 1922 in Berlin. Vgl. *KV* Nr. 800 vom 18. Oktober 1922.

[3]) Im Okt. 1902 wurde ein Parteifonds errichtet zur Finanzierung des kommenden Wahlkampfs und zum Ausbau der Parteiorganisation. In dem von Graf Hompesch, Schädler und Spahn unterzeichneten Spendenaufruf hieß es, die Gelder seien für „Zwecke der Partei“ und nicht der Fraktion oder ihrer Mitglieder bestimmt. Nachl. Bachem 190. Aus einer Mitteilung von Fridolin *Bachem* vom Mai 1915 geht hervor, daß er seinen üblichen Wahlbeitrag von 100 M. auf einen Spendenaufruf der Kölner Zentrumspartei hin auf das Doppelte erhöht hatte. Carl *Bachem* spendete bei dieser Gelegenheit ebenso wie zwei seiner Brüder je 300 M., Bachems Mutter 500 M. Ebd. 852. 1916 zahlte Carl Bachem einen Jahresbeitrag von 500 M. Ebd.

[4]) In einer Entschließung des Reichsparteiausschusses vom 17. Oktober 1922 (s. Anm. 2) hieß es, die Zentrumspartei lebe „nur von den Einzelbeiträgen, die ihr aus der Masse der Wählerschaft“ (also nicht Mitgliederschaft!) zuflössen. Das Urteil von *Nipperdey*, Organisation, S. 399, wonach die Finanzierung der bürgerlichen Parteien nach 1918 „im wesentlichen unabhängig“ geblieben sei von den Mitgliederbeiträgen, trifft für das Zentrum nicht zu.

[5]) Vgl. Offizieller Bericht 1920, S. 137 f.; ebd. 1922, S. 102. Nach einem Bericht des Generalsekretariats der Rhein. Zentrumspartei vom Herbst 1924 blieb die Festsetzung des Parteibeitrags den einzelnen Ortsgruppen überlassen. Vgl. Mitt. der Rhein. Zentrumspartei Nr. 1, Okt. 1924, S. 5.

[6]) Vgl. *Traumann*, Organisations-Handbuch, S. 31. Entsprechend hieß es in den Satzungen vom 28. Oktober 1924 und vom 9. Dezember 1928. Exemplare im Besitz des Verf.

Reichsgeneralsekretariat in Berlin immer wieder gezwungen sah, die einzelnen regionalen Organisationen zu mahnen, die Beiträge regelmäßig und rechtzeitig einzuziehen. Nur die wenigsten lokalen Parteiorganisationen konnten sich einen hauptamtlich tätigen Kassierer leisten. Vom 1. April 1920 bis 1. April 1921 gingen im Generalsekretariat des Rheinischen Zentrums nur 50 v.H. der fälligen Beträge (10 Pfennig pro abgegebene Zentrumsstimme) ein.[7]) Im Sommer 1920 hatten nur 3 von insgesamt 66 Kreisverbänden des Rheinischen Zentrums ihre fälligen Beiträge an das Kölner Generalsekretariat abgeliefert, im Frühjahr 1921 immerhin 14 von 69 Kreisverbänden; den größten ausstehenden Einzelbetrag schuldete der Kreisverband Essen-Stadt (17000 M.).[8]) Nicht viel anders lagen die Verhältnisse in Baden.[9])

Drei vereinzelte Hinweise aus dem Jahre 1916 sowie 1919 reichen noch nicht aus, um generell sagen zu können, daß die wirtschaftlich schwächeren Mitglieder und die Arbeiter die treuesten Beitragszahler waren.[10]) Zumindest die Beamtenschaft dürfte ebenfalls zu den „pünktlichen" Zahlern gehört haben.[11]) Ein Parteisekretär des Zentrums[12]) stellte 1927 als Ziel die Forderung auf, ein Viertel aller Zentrumswähler als Mitglieder zu gewinnen, d. h. also nach dem Ausgang der Dezemberwahl von 1924 etwa 1 Million, und zur regelmäßigen Beitragsleistung heranzuziehen; erst dann sei die Finanzierung aller, auch der zentralen Parteisekretariate, durch die Beiträge der Mitglieder gesichert. Da die Zahl der Zentrumsmitglieder jedoch, wie bereits früher erwähnt, weit unter der Millionengrenze lag, befanden sich die Parteifinanzen dauernd am Rande des Defizits.

Neben den Mitgliederbeiträgen flossen dem Zentrum größere und kleinere

---

[7]) Nachl. Bachem 850.

[8]) Ebd. Im 1. Heft der Mitt. der Zentralstelle der Rhein. Zentrumspartei, April 1920, S. 3, hieß es: „Aber Beschlüsse dürfen nicht nur gefaßt, sondern sie müssen auch ausgeführt werden. Was helfen alle Beschlüsse, wenn ihnen nicht auch die Tat folgt?"

[9]) Vgl. den Hinweis bei *Köhler*, Lebenserinnerungen, S. 155, für die Zeit vor und nach 1918.

[10]) Am 17. Februar 1916 dankte der Schatzmeister der Kölner Zentrumspartei, Carl *Funk*, Carl Bachem für eine Spende von 500 M. und beklagte sich dabei, daß von den „potenten" Mitgliedern keine großen Beträge eingingen: „Wo bleiben [. . .] unsere sog. ‚stein-' und ‚millionenreichen' Bürger, die — bis aufs ‚Geben' — feste Stützen der ersten Wählerklasse sind? *Deren* Opfersinn habe ich zur Genüge kennengelernt. [. . .] Und das in dem treu katholischen Köln!" Ebd. Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln stellte Chefredakteur *Hankamer* (Essen) fest, daß während der Kriegszeit die „wirtschaftlich am schlechtesten Gestellten" am treuesten ihre Beiträge bezahlt hätten. Vgl. Bericht, S. 37. Am 17. September 1919 erklärte Carl *Bachem*, ebd. (S. 231): „Der Arbeiter geht uns voran in der Freigebigkeit für die Partei."

[11]) 1929 wurde aus einer (nicht genannten) Stadt des Rheinlands mitgeteilt, daß „Beamte, Angestellte und die Angehörigen der freien Berufe" die „besten und treuesten Zahler" seien im Unterschied zu den Angehörigen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstands. Von der Arbeiterschaft war hier überhaupt nicht die Rede. Vgl. Karl *Rhenanus*, Wie wir unsere Parteifinanzen in Ordnung brachten, in: Rhein. Zentrum 1929, S. 57.

[12]) Hans *Schreiber* (Düsseldorf) auf der Tagung der Parteibeamten des Zentrums am 20. April 1927 in Köln. Nachl. Henry.

Spenden zu, insbesondere in den zahlreichen Wahlkämpfen. Weder läßt sich deren Höhe ermitteln[13]) noch auch die Frage beantworten, ob damit in der Regel oder im Einzelfall bestimmte Auflagen verbunden waren.[14]) Ebensowenig ist zu klären, in welcher Höhe Spenden steuerpflichtig waren.[15]) Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch dem Zentrum für seinen Abwehrkampf in den Grenzgebieten (Ostpreußen, Oberschlesien usw., später im Rhein- und Ruhrkampf) Subventionen aus Reichsmitteln gezahlt worden sind. Die Reichstags- und Landtagsabgeordneten des Zentrums führten einen Teil ihrer Diäten (in der Regel 10 v.H.) an eigene Fraktionskassen ab, aus denen das Reichsgeneralsekretariat bzw. die Generalsekretariate der einzelnen Landesverbände Zuschüsse erhielten. So ist das Landessekretariat des Preußischen Zentrums in Berlin von 1918 bis 1922 „fast ausschließlich" von den Abgaben der preußischen Zentrumsabgeordneten finanziert worden.[16])

Da weder über die Zahl der Mitglieder des Zentrums noch über die Höhe des Beitragsaufkommens auch nur annähernd genaue Zahlen zu ermitteln sind, ist es nicht möglich, die Höhe des Etats der Gesamtpartei zu bestimmen. Von den Einnahmen und Ausgaben des Reichsgeneralsekretariats für 1921/22 war bereits im Zusammenhang mit dem Aufbau des Parteiapparats die Rede. Der im November 1919 aufgestellte Etat des Rheinischen Zentrums betrug 55000 M. (davon 28000 M. für Gehälter und 10000 M. als Beitrag zum Reichsgeneralsekretariat).[17]) Einen erheblichen, vermutlich sogar den größten Teil der Spenden erhielt die Partei aus den Kreisen des Industrie- und Handelsbeirats.[18]) Darüber liegen einige spärliche Anhaltspunkte vor, die gleichzeitig bestätigen, daß ein Teil dieser Gelder den regionalen Parteiorganisationen zufloß. So wurde der Westfälischen Zentrumspartei von ihrem regionalen Handels- und Industriebeirat

---

[13]) Aus einem Hinweis im Nachl. Bachem 852 ergibt sich, daß Carl *Bachem* am 1. Februar und 1. Mai 1919 je 100 M. an die Kölner Zentrumspartei gezahlt hat. In einem Kassenbericht des Generalsekretariats der Rhein. Zentrumspartei für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis zum 1. Mai 1921 ist außer den Beiträgen der Kreisverbände (in Höhe von 50096,50 M.) auch ein eigener Einnahmeposten „Notabeln und Verleger" (5555 M.) aufgeführt. Ebd. 850.

[14]) Auf dem 2. Reichsparteitag des Zentrums im Jan. 1922 in Berlin erklärte Chefredakteur *Hankamer*, dem Parteisekretariat in Essen seien „in einer sehr kritischen Stunde der Finanzlage im Wahlkreis Essen" 40000 M. angeboten worden, „die wir aber glattweg abgelehnt haben in Rücksicht auf entstehende Verpflichtungen und Konsequenzen, die hätten gezogen werden können". Vgl. Offizieller Bericht, S. 53.

[15]) Nach einer Mitteilung von Parteisekretär *Bitter* (Recklinghausen) auf dem 2. Reichsparteitag 1922 hat eine Ortsgruppe für eine Spende 15 v.H. Schenkungssteuer bezahlen müssen. Vgl. ebd., S. 56.

[16]) Mitteilung in einer Sitzung des Vorstands der Preuß. Zentrumspartei im Nov. 1922. Vgl. *KV* Nr. 904 vom 27. November 1922.

[17]) Nachl. Bachem 850.

[18]) Dem widerspricht nicht die Mitteilung bei *Dessauer*, Zentrum, S. 51: „Wenn wir sammeln, kriegen wir es von armen Leuten und manchmal von ganz fremden Menschen, von denen wir keine Ahnung gehabt haben, daß sie uns innerlich nahestehen."

am 1. Mai 1922 ein als Vorschuß gezahlter Betrag in Höhe von 35000 M. als „verlorener Zuschuß" zu den Kosten des Generalsekretariats bewilligt.[19])

Aus dem Protokoll einer Sitzung des gleichen Beirats am 22. März 1924[20]) ergibt sich etwas detaillierter, auf welche Weise solche Summen zusammenkamen. Danach sollten die Mitglieder des Industrie- und Handelsbeirats außer den laufenden Beiträgen — der Jahresbeitrag wurde neu auf 50 M. festgesetzt[21]), während der rheinische Handels- und Industriebeirat im November 1919 als Jahresbeitrag 100 M. zuzüglich einer Umlage bis zur dreifachen Höhe dieses Betrags beschlossen hatte[22]) — einen besonderen Wahlbeitrag abführen „in Höhe von 2 M. für jeden beschäftigten Arbeiter und Angestellten". Bei Firmen, die in der Hauptsache nur Angestellte beschäftigten, sollte jeweils ein Betrag zwischen 20 und 50 M. pro Angestellten gezahlt werden. Diese Zahlen galten als unterste Grenze, wobei erwartet wurde, daß jeder „nach seinen Verhältnissen" geben würde.

Der weitere Hinweis, wonach die eingehenden Summen insbesondere der Provinzparteileitung „und eventuell durch diese gegebenenfalls auch direkt den örtlichen Parteivertretungen" zugewendet werden sollten, läßt erkennen, wie schwierig es für die Berliner Zentralinstanzen war, jeweils an dem Spenden- und Sammelergebnis der einzelnen Landes- bzw. Provinzialorganisationen zu partizipieren. Das Reichsgeneralsekretariat war infolgedessen gezwungen, sich nach eigenen Spenden umzusehen und wiederholt Darlehen aufzunehmen, deren Rückzahlung dann nicht selten neue Schwierigkeiten bereitete.[23]) Einzelne Hinweise aus späterer Zeit deuten darauf hin, daß ten Hompel bis 1932 als Vorsitzender bzw. Schatzmeister der Handels- und Industriebeiräte der Zentrumspartei regelmäßig Beiträge und Spenden dieses Kreises übermittelt hat.[24])

[19]) Nachl. ten Hompel.

[20]) Ebd.

[21]) Nach den Satzungen der Handels- und Industriebeiräte (Exemplar im Besitz des Verf.) war die Höhe der Beitragszahlung über einen Mindestbeitrag hinaus den Mitgliedern „auf Grund der Selbsteinschätzung" überlassen; § 8 Abs. 2. Auf einer Sitzung des Reichsausschusses der Handels- und Industriebeiräte am 9. Januar 1925 in Berlin wurde beschlossen, den Beitrag auf jährlich mindestens 50 M. festzusetzen, von denen mindestens 30 M. an das Generalsekretariat der Handels- und Industriebeiräte abgeführt werden sollten. Vgl. Mitt. der Handels- und Industriebeiräte Nr. 1 vom 20. Januar 1925, S. 3.

[22]) Nachl. Bachem 850.

[23]) Am 8. September 1925 teilte Generalsekretär *Vockel* dem Parteivors. Marx mit, daß in der letzten Zeit 12000 M. Schulden (aus den Kosten der beiden Wahlkämpfe zur Reichspräsidentenwahl) abgezahlt worden seien, aber noch für mehr als 40000 M. Verpflichtungen vorlägen: „Die Eingänge aus dem Aufruf und dem Rundschreiben an die Handels- und Industriebeiräte lassen jetzt allmählich nach. [. . .] Unsere Schulden drängen selbstverständlich sehr. Dr. Katzenberger hat nach wie vor die größten Schwierigkeiten bei der Germania. Auch das Reichsbanner drängt sehr auf die Abtragung der Schulden." Nachl. Marx XXXII.

[24]) In einem Schreiben vom 31. Januar 1932 an ten Hompel sprach der Bocholter Fabrikant Theodor *Schwartz* (ein führendes Mitglied der Handels- und Industriebeiräte) von den „großen Summen", die ten Hompel „aus eigenen Mitteln und aus anderen Quellen" den Handels- und Industriebeiräten zugeführt habe. Nachl. ten Hompel.

2. Die zersplitterte Parteipresse

Im Unterschied zu anderen Parteien kannte das Zentrum keine unmittelbar von der Partei wirtschaftlich abhängige Presse.[1]) Die der Partei nahestehenden Zeitungen gehörten großenteils zur „Kleinpresse" und befanden sich fast ausnahmslos in Privatbesitz, wurden jedoch durch mehr oder weniger enge Fühlung mit lokalen oder zentralen Parteiinstanzen von der Partei gefördert und unterstützt.[2]) Es gibt keine auch nur einigermaßen vollständige Übersicht über die Zentrumspresse nach 1918/19.[3])

Nach einer offensichtlich relativ zuverlässigen Aufstellung aus dem Jahre 1925[4]), die in der Zeitungsforschung bisher nirgendwo beachtet worden ist, erschienen im gesamten Reichsgebiet insgesamt 276 Zeitungen, die im weiteren Sinne dem Zentrum zugerechnet wurden (nach Mosses Zeitungskatalog von 1926: 315).[5]) Ihre Auflagenhöhe ist nicht bekannt.[6]) Nach den verschiedenen Reichsgebieten aufgegliedert, betrug die Anzahl dieser Zeitungen in

Westfalen	81	Hohenzollern	5
Rheinland	64[7])	Sachsen und Thüringen	4
Baden	35	Oldenburg	3
Württemberg	24	Ostpreußen	2
Schlesien	18	Bayern (außer BVP-Presse)	2
Hannover	13	Brandenburg	2
Hessen	13	Bremen, Hamburg, Danzig,	
Saargebiet	5	Grenzmark, Sachsen (Freistaat)	je 1

[1]) Vgl. Emil *Dovifat*, Zeitung, in: Staatslexikon 6[5], 1932, Sp. 1540.

[2]) Ein Beschluß des 1. Reichsparteitags des Zentrums im Januar 1920 bezeichnete es als Pflicht jedes Zentrumsangehörigen, die Parteipresse nach jeder Richtung zu fördern. Vgl. Offizieller Bericht, S. 138.

[3]) Die relativ beste Übersicht aus der Zeit vor 1914 findet sich bei *Löffler*, Katholische Presse (1924).

[4]) Vgl. *Traumann*, Organisations-Handbuch, S. 254 ff., wo darauf hingewiesen ist, daß die dort abgedruckte Liste nach den vom Reichsgeneralsekretariat und den Landes- bzw. Provinzialsekretariaten des Zentrums zur Verfügung gestellten Unterlagen zusammengestellt wurde.

[5]) Für 1925 nennt Hans *Kapfinger* (Zum Problem der kathol. Presse, in: Das Heilige Feuer 13, 1925/26, S. 427 f.) die Zahl von 402 *kathol.* Zeitungen für das gesamte Reichsgebiet. Hingegen spricht Valmar *Cramer* (Zeitung, in: Staatslexikon 6[5], 1932, Sp. 1554 f.) für 1925 von 451 Zeitungen (nach: Augustinus-Blatt 1925, S. 25; auch übernommen bei *Kisky*, Augustinus-Verein, S. 227, und Otto *Groth*, Die Zeitung, Bd. 2. Mannheim 1929, S. 438) und für 1932 von 375. *Dovifat* (Zeitung, s. Anm. 1, Sp. 1541) weist dem Zentrum und der BVP für 1932 insgesamt 603 Zeitungen zu.

[6]) In den fünf Beiträgen des Sammelwerks „Nationale Arbeit" (1929) zum Thema Zentrum und Presse (W. Gries, J. Greiser, M. Horndasch, H. Scharp, E. Dovifat) fehlt jede Angabe über Auflagenhöhe oder Besitzverhältnisse der Zentrumspresse.

[7]) Demgegenüber hieß es in einem Bericht des Generalsekretärs der Rhein. Zentrumspartei vom Herbst 1924 (in: Mitt. der Rhein. Zentrumspartei Nr. 1, Okt. 1924, S. 5), die rhein. Zentrumspresse verfüge über rund 80 größere und kleinere Zeitungen.

Danach erschienen also in Westfalen und Rheinland zusammengenommen mehr als die Hälfte aller Zentrumsblätter, die weitaus meisten von ihnen (mehr als zwei Drittel) in kleinen Städten mit einer Einwohnerzahl unter 20000. Als bedeutendste und überregional verbreitete Zentrumszeitung sind die „Kölnische Volkszeitung" und die Berliner „Germania" zu nennen. Das Kölner Organ (Auflage 1922: 28000), das sofort nach Kriegsende einen auffallend starken Auflagenrückgang zu verzeichnen hatte (1918: ca. 42000) und am 1. Juli 1920 aus dem Eigentum der Familie Bachem an eine neugegründete GmbH. überging[8]), steuerte einen föderalistischen und antipreußischen Kurs (und vertrat z. B. in der Rheinlandfrage, aber auch gegenüber der Politik Erzbergers, keineswegs die Ansicht der Parteiführung). Demgegenüber unterstützte die „Germania" mit der kleinen Auflage von etwa 10000 Exemplaren als „Hauptorgan" des Zentrums eindeutig den zentralistisch-republikanischen Kurs im Sinne Erzbergers und Wirths. Im Auftrage Erzbergers erwarb 1920 der Direktor der Berliner Handels- und Disconto-Bank, Karl Semer, einen großen Teil der Aktien. Zweiter Großaktionär war der Industrielle und (seit 1920) Reichstagsabgeordnete Florian Klöckner.[9]) 1923 kaufte Franz von Papen von Semer 47 v.H. des Aktienkapitals des Verlags der „Germania". Im Einverständnis mit Klöckner übernahm er den Vorsitz des Aufsichtsrats.[10]) Seitdem begann zwischen Verlag und Redaktion ein in der deutschen Zeitungsgeschichte „wohl einzig dastehender Kampf" um die Unabhängigkeit der Redaktion[11]), der sich über Jahre hinzog.[12]) Engere geschäftliche Beziehungen zwischen den Verlagen der „Kölnischen Volkszeitung" und der „Germania" blieben in späteren Jahren auf einige gemeinsame Auslandsvertretungen beschränkt.[13])

Zu den bedeutendsten regionalen Zentrumsblättern (1922/24) zählten die Dortmunder „Tremonia" (deren Verleger Lambert Lensing lange Jahre den Vorsitz des Augustinus-Vereins innehatte) und die „Essener Volkszeitung" mit einer Auflage von je etwas über 40000 Exemplaren, der „Münsterische Anzeiger"

---

[8]) In Nr. 487 vom 1. Juli 1920 hieß es in einer von allen Redakteuren unterzeichneten Erklärung, die Haltung der Zeitung als katholisches und Zentrumsblatt werde auch in Zukunft die gleiche sein. Vgl. ferner Karl *Buchheim*, Kölnische Volkszeitung, in: Staatslexikon 4[6], 1959, Sp. 1128.

[9]) Vgl. *Groth*, Die Zeitung (s. Anm. 5), S. 441.

[10]) Vgl. *Papen*, Der Wahrheit eine Gasse, S. 136. Nach Friedrich Wilhelm *Foerster* (Erlebte Weltgeschichte, S. 621) soll Papen demgegenüber 1928 die Germania gekauft haben, weil sie einen Artikel von Foerster veröffentlicht hatte, der in der „nationalen Presse" einen Sturm der Entrüstung ausgelöst habe.

[11]) Vgl. Karl *Buchheim*, Germania, in: Staatslexikon 3[6], 1959, Sp. 796.

[12]) Demgegenüber heißt es bei *Papen*, Der Wahrheit eine Gasse, S. 137, er habe mit der Parteileitung des Zentrums „nicht eine einzige Auseinandersetzung" über die politische Linie des Blattes gehabt.

[13]) Vgl. *Cramer*, Zeitung (s. Anm. 5), Sp. 1553.

(37000) und die Bonner „Deutsche Reichszeitung“ (36000).[14]) Relativ niedrig waren (für das Jahr 1926) die Auflagen anderer führender Regionalblätter[15]): „Schlesische Volkszeitung“ (25000), „Rhein-Mainische Volkszeitung“ (22000; gegründet 1923), „Mainzer Journal“ (18000), „Deutsches Volksblatt“ (12000; Stuttgart) und „Badischer Beobachter“ (10000). Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl erschienen in Westfalen auf 18000 Einwohner eine katholische Zeitung, im Rheinland auf 27000 und in Bayern auf 44000.[16])

Die 1879 ins Leben gerufene CPC (Centrums-Parlaments-Correspondenz), seit 1912 geschäftlich und redaktionell von Franz Fortmann geleitet und gegen Kriegsende nur noch von acht Zeitungsverlegern als Gesellschafter getragen, löste sich Anfang 1920 auf. Bereits auf dem Parteitag des Rheinischen Zentrums im September 1919 hatte der Abgeordnete Brauns eine offizielle Parteikorrespondenz gefordert, da die CPC ein „mehr oder minder freies Institut“ sei und ihre Artikel „recht oft unter den Tisch der Parteipresse“ fielen.[17]) An Stelle der CPC wurde nach einem entsprechenden Beschluß des 1. Reichsparteitags vom Januar 1920[18]) am 2. Februar 1920 in Düsseldorf eine neue Zentrums-Parlaments-Korrespondenz GmbH. gegründet. Deren Direktion und Redaktion lag weiterhin bei Fortmann, der seit 1920 als Abgeordneter dem Reichstag angehörte. Den Vorsitz des neunköpfigen Aufsichtsrats — drei vom Vorstand der Zentrumspartei, drei vom Augustinus-Verein (einem Zusammenschluß katholischer Verleger und Redakteure), drei Verleger von Zentrumsblättern — übernahm Verleger Walter Münstermann (Gelsenkirchen), die Geschäftsführung Verleger G. Pfeiffer (Hagen i. W.). Mit dem Vorstand der Zentrumspartei traf die CPC-GmbH., deren Gesellschaftskapital 108000 M. betrug, eine Vereinbarung, wonach die Korrespondenz allen Zentrumsblättern gegen Leistung einer entsprechenden Umlage zugehen und wonach die in Betracht kommenden Zeitungsverlage als Gesellschafter der CPC-GmbH. beitreten sollten.

Aber auch die neue Gesellschaft erwies sich nicht als kapitalkräftig genug, um infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse bestehen zu können. Der auf dem 2. Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1922 beschlossene Ausbau der Korrespondenz[19]) kam aus Mangel an Geldmitteln nicht zustande.[20]) Am 1. Juli 1922 löste sich die CPC-GmbH., deren Pressedienst offensichtlich keinen

---

[14]) Auflagenangaben nach *Löffler*, Katholische Presse, S. 80. Die Angabe bei *Schaffrath*, Zentrumspresse, S. 234, wonach die Essener Volkszeitung 1920 in einer Auflage von 72000 Exemplaren erschienen sein soll, dürfte ebenso zu hoch liegen wie die Angabe der Gesamtauflage der rheinischen Zentrumszeitungen, die (ebd., S. 233) mit 700000 angegeben ist.

[15]) Zit. nach dem Kathol. Literaturkalender 15, 1926, S. 483 f.

[16]) Vgl. *Löffler*, Katholische Presse, S. 81.

[17]) Vgl. Bericht, S. 341.

[18]) Vgl. Offizieller Bericht 1920, S. 138.

[19]) Vgl. ebd. 1922, S. 105.

[20]) Vgl. *Kisky*, Augustinus-Verein, S. 133 f.

sonderlichen Anklang gefunden hatte[21]), auf. Zur politischen Information der Zentrumspresse wurde daraufhin mit dem Pressebüro Krauß in Berlin ein entsprechendes Abkommen über die Aufnahme und Verwertung von Nachrichten usw. der Zentrumspartei geschlossen. Eine einheitliche Berichterstattung für alle Zentrumsblätter lebte fortan nicht wieder auf. Die schon fast traditionell gespannten Beziehungen zwischen der Zentrumspartei bzw. der Reichstagsfraktion auf der einen und der Zentrumspresse — die stets auf ihre Unabhängigkeit bedacht war[22]) — auf der andern Seite bildeten auch weiterhin dauernden Anlaß zu Klagen von beiden Seiten. Weder beim Reichsgeneralsekretariat noch in der Fraktion gab es einen Pressesprecher.[23])

Es gelang keiner Zentrumszeitung, in bezug auf ihre Auflage und Aufmachung den Anschluß an die moderne Journalistik zu finden und dadurch auch außerhalb der eigenen Reihen gelesen und beachtet zu werden. Dafür fehlte es sowohl an führenden Leitartiklern als auch an eigenen Auslandskorrespondenten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, blieben die Zeitungen einer lokalen Bodenständigkeit verhaftet, die den Geruch des Provinziellen nicht los wurde.

---

[21]) Am 11. März 1921 erklärte der Abg. *Gronowski* im Preuß. Landtag: „Die Zentrumsfraktion ist nicht dafür verantwortlich, was die [Zentrums-]Korrespondenz schreibt." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 56.

[22]) In einer Resolution des 1. Reichsparteitags von 1920 hieß es über die Aufgaben der Zentrumspresse: „Die Parteipresse hat die Aufgabe, in freier Berichterstattung und freiem Meinungsaustausch ein getreues Bild des Parteilebens im Lande zu geben, die Parteimitglieder politisch zu schulen und die Interessen der Partei, insbesondere ihre Einheit und Geschlossenheit, zu wahren. Sie hat zwischen den Zentrumsfraktionen in Reich, Land und Gemeinde und den Wählern durch getreue Berichterstattung über die Verhandlungen der Volksvertretungen engste Fühlung herzustellen." Vgl. Offizieller Bericht, S. 138.

[23]) Eine vereinzelte Bemerkung des Pressechefs der Reichsregierung, *Heilbron*, in einer Kabinettssitzung am 9. September 1920: Die Zentrumspresse sei in der Hand ihrer Partei und arbeite tadellos (Bundesarchiv R 43 I/1480), ist wahrscheinlich in erster Linie als Kompliment an Reichskanzler Fehrenbach zu werten.

Ergebnisse

„Mit der alten Fahne in die neue Zeit"

Die Deutsche Zentrumspartei hatte im konstitutionellen System des Reiches vor 1918, in dem eine weitgehende Assimilierung führender Zentrumskreise an die „offizielle Staatshaltung" und eine bemerkenswerte „Verpreußung" zu verzeichnen waren[1]), eine parlamentarische Schlüsselstellung inne. Sie war jedoch unbeschadet aller faktischen politischen Mitbestimmung in einer traditionellen, wenngleich unterschiedlich schattierten Distanz zum Wilhelminischen Kaiserreich preußisch-protestantischer Prägung verblieben. Infolgedessen überstand die Partei in den letzten Jahren des Weltkriegs trotz tiefgreifender innerer Auseinandersetzungen und weithin sichtbarer Flügelbildungen, die sich nicht an der Frage des Verhältnisses zur Staatsform und Staatsordnung des Wilhelminischen Deutschlands entzündet und genährt hatten, zunächst ohne Einbußen den Umbruch des 9. November 1918. Diejenigen Kräfte, die auf eine stärkere Demokratisierung, auf die Durchsetzung der preußischen Wahlrechtsreform und auf eine „Entfeudalisierung" von Regierung und Verwaltung hingearbeitet und die Überspannung des Obrigkeitsstaats abgelehnt hatten, fanden sich zur Übernahme der Exekutive bereit.

Da die Ideengrundlage des Zentrums nicht auf die Monarchie festgelegt war, sondern auf eine abstrakte christliche Staatslehre, die der konkreten Anwendung weiten Spielraum ließ, brauchte die Partei weder ihren Namen noch ihren Wirkungsraum aus der Vorkriegszeit aufzugeben. Sie konnte im Sinne der traditionellen Parole „Mit der alten Fahne in die neue Zeit" — wie der einprägsame Titel eines Buches des badischen Zentrumsführers J. Schofer (1926) lautete — ziehen.[2]) Eine Selbstpreisgabe des Zentrums wurde aus den eigenen Reihen ebensowenig verlangt wie eine Umbildung zu einer anderen Parteienkonstellation von außen her gefordert. Im Gegenteil: Die sozialistische Kulturpolitik in einigen Ländern, die einen neuen Kulturkampf erwarten ließ, schien die Notwendigkeit der Existenz des alten Zentrums und die Aktualität seiner ursprünglichen Zielsetzung eindrucksvoll unter Beweis zu stellen.

---

[1]) Vgl. *Neumann*, Die deutschen Parteien, S. 39.

[2]) Dazu vgl. das zugespitzte Urteil von Oskar *Köhler:* „Man hat eine eigene Fahne, weder schwarz-weiß-rot noch schwarz-rot-gold, überhaupt ohne im engeren Sinn politische Farben. Darum kann man mit ihr in jede ‚neue Zeit' ziehen, wenn ihre Gesetze nur nicht gegen das ‚Naturrecht' verstoßen, und wenn vor allem dem eigenständigen Bereich des Katholizismus eine möglichst große Entfaltungsmöglichkeit gewährleistet bleibt." Der katholische Eigenweg seit dem 19. Jahrhundert, in: Der Katholizismus in Deutschland und der Verlag Herder 1801—1951. Freiburg i. Br. 1951, S. 5 Anm. 2.

Die Partei vermied es in Zukunft, die tieferen Ursachen des Umbruchs zu diskutieren oder gar Konsequenzen aus der eigenen Haltung in den letzten Jahren zu ziehen. Die Tatsache, daß die Monarchie von ihren Trägern widerstandslos preisgegeben worden war, erleichterte in entscheidendem Ausmaß den Eintritt des politischen Katholizismus in die Republik, der allerdings trotzdem mit vielfachen Hypotheken belastet blieb. Auf die konkrete Situation des 9. November und der Folgezeit fand sich das Zentrum genausowenig vorbereitet wie auf den Volksstaat von Weimar mit seinem politischen, gesellschaftlichen und sozialen Pluralismus. Selbst die Möglichkeit einer stärkeren Einflußnahme auf die Entschlüsse der Reichsleitung in der Spätzeit des Krieges als Folge der parlamentarischen Mehrheitskonstellation, der Reichskanzlerschaft Hertlings und schließlich des — keineswegs begeistert begrüßten — Eintritts führender Zentrumspolitiker in die kurzlebige Regierung des Prinzen Max von Baden hatte der Partei weit weniger Anteil an realer Macht und Einfluß auf die preußisch-konservativ geprägte Verwaltung verschafft als vielmehr formale Mitverantwortung („Sündenbock") für die Niederlage und deren Folgen eingebracht. Erzberger wurde zur negativen Symbolfigur der „Volkssouveränität" und der „Schmach von Versailles" gestempelt. Von seiten des Zentrums mußten Inhalt und Grenzen des künftigen politischen Wirkungsraums vollständig neu bestimmt werden.

In Carl Bachems Quintessenz von 1932, die Politik des Zentrums seit 1918 sei „zu mindestens drei Vierteln" einfach zwangsläufig gewesen[3]), kommt — selbst wenn man davon ausgeht, daß dieser Sachverhalt allzu grob umschrieben ist und nicht nur für das Zentrum zutraf — die problematische Situation dieser Minderheitspartei zum Ausdruck. Sie war zahlenmäßig zu schwach, um gestaltenden Einfluß nehmen zu können, infolge der parlamentarischen Konstellation aber zu stark, um ausschließlich das Zünglein an der Waage politischer Entscheidungen abzugeben. Das Zentrum blieb von rasch wechselnden Koalitionen abhängig, bildete aber gleichzeitig vom Februar 1919 bis zum Ende des Jahres 1923 die konstante Größe und den ruhenden Pol in den verschiedensten Regierungskonstellationen im Reich und in Preußen. Darüber hinaus stellte das antidoktrinär eingestellte Zentrum als ausgesprochene Koalitions- und Kompromißpartei, die nicht auf dem „teutonischen Entweder-Oder, sondern auf dem Sowohl-Als-auch" bestand[4]), während der wenigen Monate der Großen Koalition als Regulator und Moderator das Bindeglied zwischen den auseinanderstrebenden Flügelparteien dar. Auf Grund dieser Funktion und des Umstands, daß die Partei bis zum Jahresende 1923 außer zahlreichen Ministern in den Regierungen des Reiches und der großen Länder in Fehrenbach und Wirth bereits zwei Reichskanzler gestellt hatte, sind Kräfte und Einfluß der Partei ebenso wie die Möglichkeiten einer praktischen Durchsetzung eigener Kultur- und Sozialideen

[3]) Vgl. Zentrumspartei, Bd. 9, S. XXI.

[4]) So *Bracher*, Auflösung der Weimarer Republik, S. 90.

in unverhältnismäßig starkem Maße überschätzt worden.[5]) Bereits am 1. November 1922 glaubte die „Kölnische Volkszeitung" feststellen zu können, daß in den letzten vier Jahren keine „Zentrumspolitik" gemacht worden sei: „Die hätte in manchen Dingen anders ausgesehen."[6])

Infolge seiner ungewöhnlichen Koalitionsfähigkeit und -willigkeit fiel dem stets auf Ausgleich bedachten Zentrum[7]) die größte Verantwortung für das Ganze zu.[8]) Das bedeutete praktisch nichts anderes, als dauernd eigene Ziele zurückzustecken. Es gelang auch nicht annähernd, eine wie immer begründete „christliche Politik" zu treiben oder gar eine „katholische Demokratie" zu verwirklichen. Vielmehr verleitete eine aus politischen Gegebenheiten und taktischen Rücksichten bedingte und nach außen hin immer stärker zutage tretende Kompromißbereitschaft zu ständigem Taktieren und Lavieren. Dadurch verlor die Partei an Glaubwürdigkeit und machte es ihren einseitig oder vorgeblich „katholisch" und „national" argumentierenden Kritikern leicht, dem Zentrum „Verrat der Parteiprinzipien" — einschließlich des früher vertretenen Föderalismus — vorzuwerfen.

Die nach dem 9. November 1918 wiederholt umformulierten Richtlinien der Partei nahmen zunehmend weniger die Funktion eines festgefügten Fundaments ein. Sie wuchsen sich zu immer stärker gefächerten Einzelforderungen aus, die möglichst jeden Teil des Volks- und Gesellschaftsgefüges zu berücksichtigen suchten. Infolgedessen boten sie jede Möglichkeit, „fundamentale Gedanken"[9]) auf die jeweilige Lage anzuwenden. Der aus einer oft beschworenen „großen Vergangenheit" der Partei überkommene Schlachtruf: „Für Wahrheit, Recht, Freiheit!" hatte viel von seiner zündenden Kraft, nichts aber von seiner politischen Unverbindlichkeit verloren. Nur eine solche Parole bot die erforderliche Einigungsformel für die so heterogene Partei und verlieh ihr eine einzigartige

[5]) Auf einer Kundgebung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands am 23. März 1923 in Hagen erklärte *Stegerwald:* „Der Zentrumspartei gehörten [...] im letzten Reichstag nur 15 Prozent aller Abgeordneten an. Wer daher glaubt, daß [...] die Zentrumspartei die deutsche Politik zu 60 bis 70 Prozent im Sinne ihres Programms hätte beeinflussen oder dirigieren können, ist ein großer politischer Naivikus." Vgl. *KV* Nr. 225 vom 24. März 1924. Auf dem Münchener Katholikentag hatte *Adenauer* am 28. August 1922 davor gewarnt, den Einfluß „katholischer, christlicher Überzeugung auf die öffentlichen Dinge" zu überschätzen. Vgl. Die Reden, S. 45.

[6]) Nr. 837.

[7]) Auf dem 2. Reichsparteitag des Zentrums am 15. Januar 1922 erklärte *Brauns:* „Gerade darin [im Kampf gegen eine Politik der Extreme] erblicke ich neben anderen eines der größten Verdienste der Zentrumspartei um Deutschland in den schweren Tagen der Gegenwart. Wir sind sicher, daß eine künftige Geschichtsschreibung diese Verdienste anerkennen wird." Vgl. Offizieller Bericht, S. 12.

[8]) Am 18. November 1921 erklärte der Abg. *Gronowski* im Preuß. Landtag: „Abgeordnete der Zentrumspartei haben sich in den letzten drei Jahren mutig auf den führerlosen Reichswagen gesetzt, sonst wäre er in den Abgrund geraten." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 4356.

[9]) So *Dessauer*, Zentrum, S. 50 f., der fortfährt: „Als dynamische Partei assimiliert das Zentrum aus den Ideen der Zeiten stets Neues, läutert dies Aufgenommene an seinen Prinzipien und Postulaten und erneuert sich damit selbst."

politische Anpassungs- und Bündnisfähigkeit. Diese bedeutete weniger ein Geheimnis ihrer Kraft als vielmehr die Voraussetzung ihrer Existenz.

Die ausnahmslos in der Fraktionstätigkeit vor 1914, ja teilweise noch vor der Jahrhundertwende geprägte konservative, sozial relativ homogene ältere Führergeneration des Zentrums ergriff höchst selten die politische Initiative, um die Weichen für künftige Entscheidungen zu stellen. Im Bewußtsein der eigenen Schwäche und in richtiger Erkenntnis ihrer Grenzen pflegten die Zentrumspolitiker in der Regel Initiativen von anderer Seite abzuwarten, um dann vorsichtig zu reagieren, auszugleichen oder (etwa in den Ausschüssen des Reichstags) zu bremsen, so etwa in der Wahlrechtsfrage 1917/18, im Taktieren gegen eine Sozialisierung nach 1918, im Verhalten gegenüber Extremisten in den eigenen Reihen. Die entscheidend vom Zentrum getragenen politischen Leistungen wie etwa Erzbergers Finanzreform oder Wirths Außenpolitik ließen sich nicht in parteipolitisches Kapital ummünzen. Im ersten Fall war mit diesen Reformen die Erinnerung an die Separation der Bayerischen Volkspartei, an die Persönlichkeit Erzbergers, an die Preisgabe föderalistischer Überlieferungen und an eine stärkere steuerliche Erfassung des Besitzes verbunden, im letzten Fall die Verbindung mit der umstrittenen „Erfüllung", in beiden Fällen aber ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie.

Seit den Weimarer Verfassungsberatungen hatte sich das Verhältnis des Zentrums zur SPD spürbar abgekühlt. Die von der Richtung Brauns-Stegerwald befürwortete Umgruppierung des deutschen Parteiensystems zielte eindeutig gegen die Sozialdemokratie. Neben der insbesondere wirtschaftspolitisch bedingten Distanz verschärfte sich der weltanschaulich begründete Gegensatz wieder. Von kirchlicher Seite ist nicht versucht worden, die Zentrumspolitiker im Sinne einer Preisgabe der Koalition mit der SPD direkt zu beeinflussen. Aus den bisher bekannten Zeugnissen läßt sich jedoch entnehmen, daß sowohl im Episkopat — wo es einflußreiche Persönlichkeiten mit Kardinal Faulhaber an der Spitze gab, die der Weimarer Republik direkt ablehnend gegenüberstanden — als auch an der Kurie Bedenken gegen die permanente Koalition mit der SPD, vor allem in Preußen, bestanden. Derartige Bedenken wurden durch die lautstarken, pseudo-theologisch begründeten Vorwürfe von seiten der zur DNVP übergegangenen Katholiken dauernd wachgehalten. Diese Vorwürfe gelangten durch prominente Persönlichkeiten aus dem Lager der „rechtsstehenden" Katholiken oft genug unmittelbar in den Vatikan und erreichten nicht selten über diesen Umweg deutsche Bischöfe und führende Zentrumspolitiker. Derartige Querschüsse beunruhigten die Parteiführung in hohem Grade. Das belegen nicht nur die zahlreichen Antworten, zu denen sich das Zentrum gezwungen sah, sondern mehr noch der gereizte Ton, der nahezu alle derartigen Äußerungen durchzog.

Während nüchterne Beobachter in der Fortsetzung der politischen Arbeitsgemeinschaft mit der SPD unter den gegebenen Verhältnissen die „einzig

mögliche Politik" sahen[10]), gewannen nach dem Rücktritt Wirths und nach dem Sturz Stresemanns — die beide der SPD zum Vorwurf gemacht wurden — diejenigen Stimmen die Oberhand, die für eine Aufgabe der schwarz-roten Koalition plädierten. Aus dem Jahre 1923 ist folgendes Urteil Brünings überliefert: „Wenn die Sozialdemokratie in kritischen Momenten sich jeweils der Verantwortung entzieht, um das Odium auf die bürgerlichen Parteien abzuladen, so muß sie sich nicht wundern, wenn alle verantwortlich denkenden Kreise immer weniger Hoffnung haben, daß die Sozialdemokratie sich wirklich zu einer verantwortungsvollen, staatsmännisch geleiteten Partei entwickelt."[11]) Die zunehmende Verärgerung im Zentrumslager formulierte die „Kölnische Volkszeitung" am 24. November 1923 in einem Satz, der gleichzeitig ein politisches Wunschziel umschrieb: „Alle Geduld hat ein Ende, und so möchten wir glauben, daß die Zentrumspartei demnächst und endgültig prüft, ob ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie [. . .] nicht einer Änderung bedarf."[12])

Mit dem Beginn der Ära Marx war der Zeitpunkt dieser Änderung gekommen und damit, wie sich wenig später zeigte, das vorläufige Ende einer mehr erstrebten als verwirklichten republikanischen Periode des politischen Katholizismus. Der Kriegsausgang, die revolutionären Ereignisse und die Wirren der Folgezeit erwiesen sich für eine Aussöhnung der im Zentrum organisierten katholischen Bevölkerung mit dem neuen System nicht als günstig. Angesichts der konkreten Misere des staatlichen Alltags brauchte die Verfassungswirklichkeit der Weimarer Demokratie ihre Zugkraft nicht erst 1923 zu verlieren; sie ist niemals in der vielfach vorausgesetzten Form vorhanden gewesen.

Wie wenig es dem Zentrum gelang, sich innerlich auf das parlamentarische System einzustellen, zeigt beispielhaft die Tatsache, daß das Votum der Reichstagsfraktion zu allen großen und in diesen Jahren fast ausnahmslos unpopulären politischen Entscheidungen (angefangen vom Eintritt in die Koalitionsregierung im Februar 1919 über die Zustimmung zum Versailler Vertrag, zum Londoner Ultimatum usw.) ein „schweres Opfer" bedeuten mußte. Als noch entsprechend größer galt dieses „Opfer" im Falle der Regierungsübernahme durch einen Politiker aus den eigenen Reihen: Fehrenbach, Wirth, Marx und (in Preußen) Stegerwald. Die Auffassung, daß mit einem Zentrumskanzler der Partei zwar ein gehäuftes Maß an Verantwortung, aber auch ein ebensolches Maß an Macht und Einfluß zufielen — ebenso wie durch die Mitbeteiligung an den Regierungen einiger Länder, auf deren Politik das Zentrum vor 1918 entsprechend geringeren Einfluß besessen hatte —, tauchte nirgendwo auf. Der Gedanke von der Mitverantwortung christlicher Politiker gerade in Notzeiten der Nation und der

[10]) So *Lauscher* am 11. April 1922 auf einer Zentrumsversammlung in Köln. Vgl. *KV* Nr. 288 vom 12. April 1922.

[11]) Vgl. *Nobel*, Brüning, S. 31.

[12]) Vgl. *KV* Nr. 857.

Topos vom „Opfer des Zentrums" spielten bis 1930 hin (Brüning) eine wichtige Rolle. Er verband sich stereotyp mit dem Hinweis, daß allein die Zentrumspartei den Mut zur Verantwortung „auch in bösen Tagen" aufbringe.[13]) „Opfergedanke" und „Verantwortungsbewußtsein" zählten zu den gewichtigsten Argumenten, mit denen auf Reichs- und regionalen Parteitagen die Akklamation der Delegierten zur Politik der Reichstagsfraktion gesucht und erreicht wurde.

Die Möglichkeit, bei einem der zahlreichen Kabinettswechsel aus der Regierung auszuscheiden und — wenigstens zeitweise — als parlamentarische Opposition zu agieren, ist ernsthaft nicht diskutiert worden. Das Zentrum vermochte infolge seiner heterogenen Wählerschaft und der daraus resultierenden Spannungen, der Zusammensetzung seiner Reichstagsfraktion und der vornehmlich im kulturpolitischen Bereich vorhandenen Gemeinsamkeit nur dann mit Aussicht auf Erfolg zu opponieren, wenn es um die direkte Abwehr kirchenfeindlicher Maßnahmen ging. Zudem lag der Partei nicht der agitatorische und demagogische Stil, der die Weimarer Oppositionsparteien auszeichnete.

Die Tatsache des Mitregierens, ja möglichst der Regierungsführung, womit eine Einflußnahme insbesondere auf die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gesichert blieb, bedeutete ein entscheidendes Bindeglied der Wählerschaft. Aus der Position der Regierungsfähigkeit und der konkreten Funktion als Mitträger der Regierung mußte der traditionelle Appell an das „christliche" Verantwortungsbewußtsein ganz andere Resonanz finden. Zudem bedeutete die Übernahme der politischen Verantwortung in Erinnerung an die früheren Verleumdungen als „Reichsfeinde" und „antinational" angesichts des tiefsitzenden politischen und kulturellen Inferioritätskomplexes in den eigenen Reihen den sichtbaren Ausdruck wahrhaft nationaler Tätigkeit und nationalstaatlicher Einstellung.[14])

Für die Zentrumspartei galt das parlamentarische System nicht als Grundsatz oder weltanschauliches Postulat, sondern unter den gegebenen Verhältnissen als diejenige politische Daseinsform, die von einer Mehrheit der Parteianhänger als

---

[13]) Auf dem 2. Reichsparteitag des Zentrums am 17. Januar 1922 erklärte *Wirth:* „Es muß auch von uns heißen, wenn es sich darum handelt, die Geschichte dieser Tage zu schreiben: die Zentrumspartei hat doch Kerle an die Spitze gestellt, die den Mut zur Verantwortung auch in bösen Tagen gehabt haben." Vgl. Offizieller Bericht, S. 94.

[14]) Am 25. Juni 1922 (am Tage nach dem Mord an Rathenau) erklärte *Marx* im Reichstag, das Zentrum sei die einzige Partei, die noch niemals aus der Regierung ausgetreten sei. „Und wenn etwa in späteren Jahren jemand wieder einmal es wagen sollte, [...] uns den Vorwurf zu machen, daß wir die Partei über das Vaterland stellen, dann erkläre ich ihn als einen törichten, gewissenlosen Verleumder [...]. Es war eine schwere Aufgabe für uns, die wir mit der Beteiligung an der Regierung auf uns genommen haben; denn wenn wir die Parteiinteressen in erster Linie ins Auge hätten fassen wollen, dann hätten wir wohl ganz anders handeln müssen." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 356, S. 8048. Dazu vgl. *Holborn*, Prussia, S. 337: „The active and outgoing participation of the Center Pary in national affairs which the Weimar Republic brought about was one of the fortunate pages of recent German history."

die „allein mögliche" angesehen wurde.[15]) Im Frühjahr 1923 kritisierte der Abgeordnete Joos die „Kinderkrankheiten" des deutschen Parlamentarismus und prophezeite: „Er muß sie überwinden oder der Volkswille wird ihn beseitigen."[16]) Der Mitte der zwanziger Jahre erhobene Vorwurf von Willy Hellpach, daß die deutschen Katholiken wohl Bürger, aber nicht Bürgen der Demokratie sein könnten[17]) — der bereits damals als unzutreffend zurückgewiesen worden ist[18]) —, zielte in bezug auf die im Zentrum organisierten katholischen Staatsbürger ins Leere. Für sie stand „die" Demokratie zunächst gar nicht zur Debatte, sondern ein „wehrlos dem Vernichtungswillen seiner Feinde" ausgeliefertes Staatswesen[19]), gegen dessen Existenz sich eine Majorität der Bevölkerung (außerhalb des Zentrums!) bereits in der Reichstagswahl von 1920 ausgesprochen hatte.

Die Mehrheit der Zentrumsanhänger hatte sich bis Ende 1923 in der Tradition einer verfassungstreuen Partei auf den von der Weimarer Verfassung geprägten demokratischen Nationalstaat eingestellt. Die Partei vermied allerdings jedes programmatische Bekenntnis zur neuen Staatsform, auf deren Entstehen man weder Einfluß erhalten noch genommen hatte. Sie konnte sich auch nicht zu einer „freudigen", wohl aber zu einer „ehrlichen" Bejahung und gewissenhaften Pflichterfüllung im Rahmen der „nun einmal Wirklichkeit gewordenen Verhältnisse" entschließen.[20]) Bereits 1911 war von Hertling die Einsicht formuliert worden, daß der gedeihliche Bestand einer Republik „von dem Vorhandensein wahrhaft republikanischer Gesinnung" abhängig sei.[21]) Diese Gesinnung besaß im deutschen Katholizismus keine Tradition und ließ sich nicht erzwingen. Die ab 1922 gültigen Richtlinien des Zentrums, in denen das Wort „Demokratie" und

[15]) So *Germania* Nr. 1 vom 1. Januar 1924. Einige Jahre später schrieb *Joos* (Die Zentrumspartei in Koalitionen, in: Polit. Jahrb. 1927/28, S. 157): „Der oft rätselhafte Wechsel im Kommen und Gehen in den Koalitionen seit Weimar, diese plötzlichen Störungen im Verantwortungswillen der verschiedenen Parteien und das elementare Hervorbrechen agitatorischer Gesichtspunkte gegen das Politische, beruhen auf dieser inneren Spannung innerhalb der Parteien selbst."

[16]) Vgl. *KV* Nr. 182 vom 6. März 1922. Am 23. April 1921 erklärte der Abg. *Heß* im Preuß. Landtag: „Das deutsche Volk ist schon reif für den Parlamentarismus, aber der deutsche Parlamentarismus ist noch unreif." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 1, Sp. 755.

[17]) Später von *Hellpach* abgeschwächt zu der Formel: „Der Katholik wohl Bürger, aber der Katholizismus nicht Bürge der Demokratie." Vgl. Politische Prognose für Deutschland. Berlin 1928, S. 232.

[18]) Vgl. *Tischleder*, Der katholische Klerus, S. 69; Karl *Klein*, Bürger oder Bürge? in: Abendland 4, 1928, S. 76 f. Auf dem Erfurter Parteitag des Zentrums von 1926 wurde ausdrücklich erklärt, daß sich die Partei als Bürge der Republik fühle und in diesem Geiste handeln wolle. Vgl. *Brauns*, Zentrum, S. 82. Am 24. Dezember 1927 schrieb die *Frankfurter Zeitung* (Nr. 955): „Wenn man in Deutschland so etwas wie christliche Demokratie sucht, so findet man in der Kirche des Protestes und der Gewissensfreiheit fast nichts davon, während in der Kirche der Gebundenheit doch ein gut Stück von ihr lebendig ist."

[19]) So der Abg. *Lauscher* am 20. Februar 1922 im Preuß. Landtag. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 5, Sp. 7223.

[20]) Ebd.

[21]) Republik, in: Staatslexikon, Bd. 4^3, 1911, Sp. 643.

„demokratisch" ausgeklammert blieb, umgingen ein ausdrückliches Bekenntnis zur Republik durch ein Bekenntnis zum „deutschen Volksstaat".

Über die formale Loyalität einer Verfassungspartei und über eine traditionelle Distanz des Zentrums zur nationalen Kultur und ebenso zur hohen Bürokratie, zur Diplomatie und zur Reichswehr hinaus fühlte sich zunächst nur eine Minderheit der Partei (um Erzberger, Wirth und die Windthorstbunde) auch innerlich „Weimar" verbunden. Die mit dem Namen Wirth verknüpfte demokratisch-republikanische Ära der Zentrumspolitik endete zunächst mit dem Rücktritt Wirths vom Reichskanzleramt. Einer Mehrheit der Zentrumsanhänger schwebte als Ideal eine mehr emotional empfundene als rational begründete „Volksgemeinschaft", eine große nationale Synthese, konfessionelle Versöhnung und Zusammenfassung aller Volkskräfte vor Augen. Dafür galt im kleinen die eigene Partei, die einen Querschnitt der deutschen Sozialstruktur darstellte, als Vorbild. Der Gedanke der Volksgemeinschaft oder der „wahren deutschen Volkspolitik" (Stegerwald), in deren Zeichen seit 1920 die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung gefordert wurde, übte im Sinne seiner Verfechter eine ungleich stärkere Anziehungskraft nach rechts als nach links aus.

Die von Arthur Rosenberg entdeckte „katholische Demokratie" in den Jahren 1920—1922 hat ebensowenig existiert wie Rosenbergs weitere Behauptung zutrifft, wonach das Zentrum in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien die gesamte Verwaltung in der Hand gehabt habe.[22]) Die 1919 gehegte Hoffnung der Partei, als Folge des parlamentarischen Systems, der mit „geradezu brutaler Gewissenhaftigkeit" gegenüber den „Forderungen des Vaterlands" zurückgestellten eigenen Wünsche[23]) und der Mitübernahme der Regierungsverantwortung die traditionelle Imparitätspolitik ändern und auf diesem Gebiet zu einer „gerechten Lösung" gelangen zu können[24]), erfüllte sich nur in begrenztem Umfang. Die „Paritätsbeschwerden" über die Benachteiligung von Katholiken und speziell von Zentrumsmitgliedern bei der Besetzung von Beamten- und Verwaltungsstellen, vor allem in der Zentralinstanz, sowie von Lehrstühlen an Universitäten und Hochschulen[25]) hörten nicht auf.

---

[22]) Geschichte der Weimarer Republik, S. 200. Rosenberg vergaß, daß das Zentrum im Reich nur für kurze Zeit einmal (1930/31: Wirth) den Innenminister stellte und in Preußen nach 1918 nur einige Monate lang das Amt des Regierungschefs, niemals aber das des Innenministers oder Kultusministers besetzen konnte. Am 17. Juni 1922 erklärte der Abg. *Heß* im Preuß. Landtag: „Es gibt ganze Ministerien, in denen entweder das Zentrum oder die Demokraten oder die Sozialdemokraten oder alle drei zusammengenommen überhaupt nicht vertreten sind." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10777. Dazu neuerdings *Runge*, Politik und Beamtentum, passim.

[23]) So in einem Artikel „Die Imparität in den Reichsministerien", in: *Germania* Nr. 455 vom 20. Oktober 1924.

[24]) Vgl. *Trimborns* Ausführungen auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 15. September 1919 in Köln. Vgl. Bericht, S. 50.

[25]) Im Mai 1923 stellte *Lauscher* (*KV* Nr. 369 vom 23. Mai 1923) in bezug auf die imparitätische Behandlung kathol. Gelehrter an den preuß. Hochschulen fest, daß es im neuen Preußen „etwas (nicht viel!) besser" geworden sei. Besonders kraß sei die Imparität an seiner eigenen Universität (Bonn).

Angesichts der praktisch unveränderten Machtverteilung insbesondere im bürokratischen Bereich war es trotz aller „Anpassungsbereitschaft der Ämterpolitik“[26]) schwierig, in den nahezu intakt übernommenen Beamtenapparat Außenseiter einzubauen. Am 17. Juni 1922 behauptete der Abgeordnete Heß im Preußischen Landtag („und ich erwarte den Beweis des Gegenteils“), daß die drei Koalitionsparteien zusammengenommen in sämtlichen preußischen Ministerien noch nicht 5 v.H. der höheren Beamtenstellen besetzt hätten.[27]) Im übrigen fiel es dem Zentrum keineswegs leicht, genügend geeignete Kandidaten für den höheren Verwaltungsdienst zu präsentieren. Die Erfolge mit „Außenseitern“, vor allem im auswärtigen Dienst, waren alles andere als ermutigend. Eine planmäßige Nachwuchsförderung gab es nicht, wohl aber persönliche Protektion in zahlreichen Einzelfällen, wobei jedoch Ausmaß und Ergebnisse dieser Patronage noch nicht genügend überschaubar sind.[28]) Die vom Zentrum geforderte paritätspolitische Wiedergutmachung vollzog sich nur sehr langsam, am sichtbarsten zunächst in der Justizverwaltung[29]), und stand in keinem Verhältnis zu entsprechenden Bemühungen und Erfolgen der Sozialdemokratie[30]) und selbst der Deutschnationalen.[31]) Klagen über mangelnde Gleichberechtigung bei

---

[26]) So *Pikart*, Preußische Beamtenpolitik, S. 131.

[27]) Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10777.

[28]) Nach Angaben des Abg. *Sprenger* am 8. Juli 1920 in der Preuß. Landesversammlung galten nur zwei Oberpräsidenten und eine „Handvoll Regierungspräsidenten“ als Zentrumsanhänger, aber kein einziger der leitenden Beamten im preuß. Innen- und Kultusministerium. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11756. Dazu vgl. *Pikart*, Preußische Beamtenpolitik, S. 128. Nach *Thrasolt*, Sonnenschein, S. 217, hat sich Sonnenschein durch die Vermittlung von zahlreichen Kandidaten für offene Stellen bei Trimborn unentbehrlich gemacht. Es wäre vermutlich lohnend festzustellen, wie viele der von Sonnenschein wahllos vermittelten Bewerber sich später als „Fehlanzeige“ entpuppten.

[29]) Am 27. Januar 1922 erklärte der Abg. *Lauscher* im Preuß. Landtag, die preuß. Justizverwaltung sei die einzige Verwaltung, „in der man bis heute den ernsten Willen hat konstatieren können, wenigstens die schreiendste Imparität allmählich abzustellen.“ Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 5, Sp. 6698.

[30]) Am 29. April 1920 bezeichnete es der Abg. *Stieler* in der Preuß. Landesversammlung als einen für die Zentrumspartei unerträglichen Zustand, „daß in Westfalen, wo wir ¾ Millionen Stimmen aufgebracht haben, Staatskommissar und sämtliche Zivilkommissare einzig und allein nur von den Anhängern der Sozialdemokratie besetzt worden sind“. Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11247. *Faßbender* kritisierte am 22. September 1920 die Berliner „Macht- und Krippenpolitik“ der SPD, „die unzweifelhaft alles in den Schatten stellt, was wir unter dem alten Regime [...] erlebt haben“. Vgl. ebd., Bd. 10, Sp. 12348. Die Auffassung von Hans-Karl *Behrend* (Zur Personalpolitik des preuß. Ministeriums des Innern, in: Jahrb. für Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands 6, 1957, S. 177), daß sich der SPD-Koalitionspartner gegenüber den Forderungen des Zentrums „recht großzügig“ gezeigt habe, trifft in dieser Verallgemeinerung nicht zu.

[31]) Am 21. Juni 1922 erklärte *Heß* im Preuß. Landtag: „Was wir verlangen, und zwar namens der Koalitionsparteien, die Träger der Regierung sind, was ich insbesondere namens meiner Parteifreunde verlangt habe, ist nichts weiter als Parität und Gleichberechtigung. [...] Aber dafür müßte doch wenigstens gesorgt werden, daß nicht fortwährend neuer deutschnationaler Zuzug in die Ministerien stattfindet.“ Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 11047.

der Besetzung der vorhandenen Stellen rissen auch nach 1923 nicht ab.[32]) Dabei fiel es den Kritikern nicht schwer, ihre Beschwerden und Wünsche wie eh und je mit Statistiken zu unterbauen. Erst im Verlauf der Folgezeit erwies sich die Problematik einer allzu formal betriebenen Paritätspolitik, die von der Annahme ausging, daß dem Zentrum durch möglichst zahlreiche Beamte in der Reichs- und Länderverwaltung aus der eigenen Anhängerschaft ein größerer politischer Einfluß zuwachsen und gleichzeitig eine stärkere Integration gerade der Akademiker in die neue Staatsordnung erfolgen würde. Zu den „Märzgefallenen" von 1933 dürften nicht wenige der „Novemberzentrumsleute" zählen. Daß konfessionelle Vorurteile und Beweggründe bei der Ablehnung von katholischen Politikern durch Rechtskreise ebenso wie bei deren Kampf gegen das Zentrum eine Rolle gespielt haben[33]), sei in diesem Zusammenhang nur erwähnt.

Die innerparteiliche Kontinuität über den November 1918 hinweg und die Herkunft der Zentrumspolitiker aus dem kaiserlichen Deutschland ist ebenso unverkennbar wie die geistige Verwurzelung der Führergeneration des Zentrums im 19. Jahrhundert. Eine charakteristische Entfremdung zwischen der Nachkriegsgeneration und dem Parteileben in den ersten Jahren der Weimarer Republik führte im Zentrum dazu, daß die höchst aktiven Jugendorganisationen (Windthorstbunde) mit ihrem Bekenntnis zur Republik betont „links" vom offiziellen Parteikurs ihren Weg gingen oder richtiger marschierten, nämlich mit Uniform, Bannern und Abzeichen. Ihre jugendlich-begeisterungsfähigen Mitglieder hatten „draußen im Schützengraben" die Geburt eines neuen Staates, einer neuen Gemeinschaft und eines praktischen Tatchristentums erhofft. Sie mußten jedoch bald feststellen, daß ihre Schützengrabenvisionen und Zukunftsideen in der ernüchternden Wirklichkeit eines von Fieberschauern geschüttelten Reiches keinen Widerhall und keinen Eingang in die Programmatik und Politik der Zentrumspartei fanden.

Die seit 1921 im Reichsverband der Windthorstbunde zusammengeschlossene Zentrumsjugend begeisterte sich für einen demokratisch aufgebauten und sozialen, d. h. ihrer Auffassung nach antikapitalistisch eingestellten und föderalistisch gegliederten großdeutschen Volksstaat. Man erhoffte eine (nicht näher definierte) Vergeistigung des Staatslebens und der Politik, eine Versittlichung

[32]) Am 3. Dezember 1920 erklärte der Abg. *Gronowski* in der Preuß. Landesversammlung: „Wir verlangen keine Schaffung neuer Stellen für das Zentrum, aber Gleichberechtigung bei den vorhandenen." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 11, Sp. 14537. Auf der Generalversammlung der dt. Katholiken am 29. August 1921 in Frankfurt a. M. forderte *Schreiber* „verfassungsmäßiges Recht und Freiheit. Also nicht mehr gratia und favor, sondern ius und libertas". Vgl. Die Reden, S. 147.

[33]) Am 14. Juli 1922 berichtete der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, *Kuenzer*, dem Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hemmer, von einer scharfen Hetze gegen Wirth in antisemitischen Kreisen: Man spreche in diesen Kreisen das Bedauern aus, daß Rathenau gefallen sei an Stelle von Wirth: „In den dem Antisemitismus nahestehenden ultraprotestantischen Kreisen sagt man, Erzberger habe bewußt durch ‚seinen Verrat' das protestantische Kaisertum gestürzt, Wirth setze jetzt die Politik Erzbergers fort, die darauf hinziele, Deutschland zu rekatholisieren." Bundesarchiv R 43 I/3632.

der Verfassung und einen Wandel der Parteien zu Kulturgemeinschaften. In dem Maße, in dem deutlich wurde, wie wenig diese allzu romantischen Ziele zu realisieren waren, vertiefte sich die Kluft zwischen der Partei und den Windthorstbunden. Aus dieser Erkenntnis resultierte bei der Zentrumsjugend eine bemerkenswerte Ernüchterung. Man hörte auf, einen neuen Menschentyp zu propagieren; an Stelle theoretisierender und kritischer Gesellschaftsanalyse wandte man sich stärker der aktiven politischen Parteiarbeit, besonders in den Wahlkämpfen, zu.[34])

Die Windthorstbunde huldigten einem in weiten Kreisen der Jugend vorhandenen Führer- und Gefolgschaftsgedanken und bekannten sich zur Heraushebung eines von „Zahl- und Parteilaune unabhängigen politischen Führertums".[35]) Als ihren Mentor betrachteten sie zunächst Wirth — Erzberger nur in bedingtem Maße, da dessen politische Tätigkeit zu sehr mit persönlicher und wirtschaftlicher Geschäftigkeit verquickt war — und später Brüning. Eine Brücke zwischen Partei und Parteijugend versuchte Joseph Joos zu schlagen. Er verkörperte den Prototyp eines uneigennützigen und in seltener Weise zum Ausgleich befähigten Politikers. Joos mühte sich um die Vergeistigung der Politik und um das Verständnis der jungen Generation ebenso wie um die politische und gesellschaftliche Anerkennung und Eingliederung der Arbeiterschaft („die von unten kommen, haben es doppelt schwer") in den Weimarer Staat.

Der alten Führergeneration des Zentrums fehlte das Verständnis für die republikanische Begeisterung ihres Nachwuchses, der patriarchalisch-autoritäre Ermahnungen empfing, aber vorerst weder in Führungsstellen noch in Mandate einrücken durfte. Die Haltung einer traditionellen Unbekümmertheit gegenüber dem eigenen Nachwuchs[36]) wurde nicht aufgegeben, der Parteikörper nicht systematisch von unten her erneuert und verjüngt. Der Frontgeneration blieben die Tore zu politischer Wirksamkeit versperrt. Die Zentrumsjugend sah die Politik der Republik von „Männern des alten Reiches" geführt.[37]) Die überalterte Zentrumsfraktion und insbesondere ihre Führungsspitze vermochten nicht zu begreifen, warum sich große Teile der akademischen Jugend rechtsstehenden Parteien zuwandten. Nicht zufällig erfolgten aus den Reihen der Zentrumsjugend

---

[34]) Besonders seit der 3. Reichstagung der Windthorstbunde im Juni 1923 in Hildesheim. Vgl. [Johannes *Schauff*], Von der Jungzentrumsbewegung, in: Frankfurter Zeitung Nr. 470 vom 28. Juni 1923; *Niffka*, Werden und Wirken, in: Um Volk und Staat, S. 19 ff., unter der bezeichnenden Überschrift „Der Weg zum deutschen Staat".

[35]) So *Krone*, Die junge katholische Generation in der Politik, in: Nationale Arbeit, S. 466.

[36]) 1929 wies Johannes *Schauff* in einer Denkschrift für die Parteiführung nach (Ex. im Besitz des Verf.), daß bereits seit 1874 die Jugend nicht entsprechend der Bevölkerungsentwicklung der Zentrumspartei zugewachsen ist.

[37]) Vgl. Heinrich *Krone*, Jugend und Staat, in: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 175. Der später formulierte Satz des Abg. *Becker-Arnsberg:* „Man möchte mich hier auch gern zum alten Eisen legen, weil ich schon vor der Revolution Parlamentarier war" (23. März 1931 an A. Pieper; Nachl. Pieper), dürfte für frühere Jahre genauso Geltung haben.

die schärfsten Angriffe gegen die Aufsplitterung der Partei in wirtschaftliche Interessengruppen.

Obschon das Zentrum trotz seines unbestrittenen politischen Charakters so gut wie ausschließlich von katholischen Staatsbürgern gewählt wurde und damit den politischen Willen der Mehrheit des katholischen Volksteils repräsentierte, verlief die Linie der Wahlentwicklung und damit die „Schicksalskurve" der Partei (Schauff) weiterhin kontinuierlich abwärts. Das Zentrum vermochte nur im Appell an die gemeinsame konfessionelle Grundlage und an die daraus resultierenden vermeintlich unabdingbaren Forderungen — in erster Linie in Schulfragen[38]) — seinen alten „Turm" zu verteidigen. Die Einigungsformel für innere Krisen fand sich allein im Zeichen wirklich oder vermeintlich angetasteter „katholischer" Güter bzw. im Aufruf zur Sicherung der verfassungsmäßigen Errungenschaften in bezug auf die kirchlichen und religiösen Freiheiten. Unter diesen Umständen gelang kein Einbruch in neue Wählerschichten. Auf der überwiegend konfessionell-landschaftlichen Parteibasis blieb es ohnehin schwierig genug, die katholische Arbeiterschaft bei der Partei zu halten. Der Zuzug von protestantischen Wählern hatte sich auf die Wahl vom Januar 1919 beschränkt und als Strohfeuer erwiesen.

Trotz entsprechender programmatischer Bekenntnisse und trotz allen politischen Pragmatismus vermochte das Zentrum den Weg als politische Partei nicht konsequent zu Ende zu gehen und seine kirchen-, kultur- und schulpolitischen Postulate übergreifenden staats-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen einzuordnen. Die Partei besaß außerhalb der allgemein umschriebenen Forderung nach Sicherung des Privateigentums keine Wirtschaftskonzeption, die auch die tiefgreifenden Auswirkungen der wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung von 1918 — deren Folgen erst später hervortraten — berücksichtigt hätte. Als Aufgabe von „säkularer Bedeutung" galt nicht etwa die geistige Aneignung der Verfassung oder der Einsatz für konkrete sozial- oder wirtschaftspolitische Ziele, sondern — wie es Kaas Anfang 1920 umschrieb — die Sicherung der in der Reichsverfassung fixierten Freiheiten für Religion und Kirche.[39]) In dem Maße, in dem die 1919 gewonnene Verfassungs- und Rechtsgrundlage unangefochten und unumstritten blieb und kein neues kulturpolitisches „Kampfziel"

[38]) Am 11. Oktober 1921 richtete der Abg. *Wildermann* im Preuß. Landtag an die Adresse der Linken die Warnung: „Ich kann Ihnen nur das eine sagen [. . .]: wenn Sie es versuchen sollten, diesen Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen, dann können Sie überzeugt sein, dann bricht ein Kulturkampf aus, gegen den alles andere bisher ein Kinderspiel gewesen ist." Vgl. Sitzungsberichte, Bd. 3, Sp. 3685.

[39]) Am 22. Januar 1920 auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums in Berlin. Vgl. Offizieller Bericht, S. 126. Dazu vgl. Karl *Neundörfer*, Katholizismus und Zentrum im neuen Deutschen Reich, in: Das Neue Reich Nr. 7 vom 13. November 1921, S. 121: „Gewiß hatte das Zentrum auch ein soziales und wirtschaftliches Programm. Aber seine Erfolge bei den Wahlen verdankt es doch in erster Linie seinem Kampf für die gefährdete Stellung der Kirche."

auftauchte, wurde die Stellung des Zentrums innerhalb des katholischen Volksteils problematisch.[40])

Die Partei vermochte nicht, ihre innere Demokratisierung zu vollenden und eine eigene zentrale Organisation aufzubauen, die in der Lage gewesen wäre, ihrerseits als Bindeglied zu dienen. Die Generation der alten Zentrumsführer unterschätzte die Notwendigkeit ständiger Kontakte zu ihren Anhängern und den Wert einer kontinuierlichen Meinungs- und Willensbildung auch einer breiteren Öffentlichkeit. Das Zentrum konnte auch in Zukunft nicht auf die vor- und außerparlamentarische (Wahlkampf-)Hilfe katholischer Verbände, Organisationen und Zeitungen verzichten, wenngleich Episkopat und Klerus als Wahlhelfer nicht im entferntesten mehr die frühere Rolle spielten. Insbesondere der junge Klerus, soweit er von der Jugendbewegung und der liturgischen Bewegung geprägt war, distanzierte sich betont vom Verbands- und Parteileben. Dem Zentrum gelang nicht der Übergang zur modernen Massenpartei.

Das konsequente Eintreten für die Bekenntnisschule als des wichtigsten der noch verbliebenen vielzitierten „höchsten Güter" hatte einen realen Hintergrund, den nicht zufällig ein geistlicher Delegierter, Pfarrer Offenstein, auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums im Januar 1920 mit dem Satz umschrieb: „Durch den Verlust der Konfessionsschule verlieren wir [gemeint: vor allem in der Diaspora] auch einen großen Teil unserer Wählerschaft."[41]) Den Zentrumsführern fiel der Verzicht auf eine traditionelle „geistliche" Interpretation der eigenen Partei als eines Werkzeugs der Vorsehung für die deutschen Katholiken[42]) und auf die Rolle der Generalversammlungen der Katholiken als willkommene „Herbstmanöver" nicht leicht. Die innerparteilichen Diskussionen über die Frage, ob es notwendig oder opportun sein würde, die weltanschauliche Ausgangsbasis aufzugeben (Brauns/Stegerwald-Projekt) oder aber im Gegenteil (wie beispielsweise die Windthorstbunde forderten) noch stärker herauszustellen, klangen zwar seit 1922 ab, ohne daß jedoch die darin zum Ausdruck kommende Problematik der Partei ausgetragen worden wäre. Der Zentrumsstreit der Vorweltkriegszeit lebte nicht wieder auf, aber seine Schatten blieben.

Der „Kampf der Stände"[43]) innerhalb des Zentrums war zur politischen

---

[40]) Bezeichnend für eine politikferne Interpretation staatlichen Zusammenlebens ist etwa die Äußerung des württemb. Abg. *Andre* am 7. Mai 1923 im Reichstag: „Wenn nach den zehn Geboten Gottes gelebt wird, dann brauchen wir kein Gesetz zum Schutze der Republik, kein Gesetz über Versammlungsschutz, kein Gesetz über Geschlechtskrankheiten usw.; alle diese Fragen bedürfen dann keiner gesetzlichen Regelung." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 359, S. 10873.

[41]) Vgl. Offizieller Bericht, S. 135.

[42]) Die *Germania* Nr. 87 vom 16. März 1924 bezeichnete das Zentrum als Werkzeug für die deutschen Katholiken, „das die vom Herrgott geleitete Geschichte ihnen darbietet" und um das sie von Katholiken anderer Länder „vielleicht" beneidet würden. Ähnlich später auch *Dessauer*, Zentrum, S. 8 ff.

[43]) So *KV* Nr. 478 vom 27. Juni 1920. Auf dem Parteitag des Rhein. Zentrums am 17. September 1919 in Köln hatte *Trimborn* von den „schwierigen Standesfragen" gesprochen, die so leicht „Sprengpulver" für das Zentrum werden könnten. Vgl. Bericht, S. 267.

Existenzfrage der Partei herangereift. Er nahm insbesondere bei der jeweiligen Kandidatenaufstellung vor Reichstags- und Landtagswahlen Formen an, die bereits 1920 eine eigene Ausgleichsstelle erforderten. Es gelang zwar, die Interessenorganisationen auf dem Wege über berufsständisch gegliederte Beiräte zu institutionalisieren, nicht aber sie dadurch zu neutralisieren, geschweige denn zu integrieren. Das Vordringen von Geld- und Berufsinteressen in der Partei und in der Reichstagsfraktion ließ sich nicht rückgängig machen. Zu Anfang des Jahres 1924 schien für einen Kritiker aus den Reihen der Zentrumsjugend die politische Tätigkeit der Partei zu sehr in einem schematischen Ausgleich der Standesinteressen aufzugehen und eine große und einheitliche politische Linie von der Interessenpolitik überwuchert zu werden.[44])

In einem internen Kampf gegen politisch, sozial und wirtschaftlich divergierende Interessen und für einen vertretbaren Ausgleich auf der mittleren Linie einerseits und dem äußeren Einsatz zur Durchsetzung solcher bereits „ausgeglichener" Ziele im Rahmen des Parteienkompromisses andrerseits verbrauchte das Zentrum zu viel Kraft. Und doch konnte es auf dieses Ringen nicht verzichten, da die Existenz der Partei im Weimarer Verfassungssystem an ihrer Funktion als ausgleichender Mittelpartei hing. Würde diese Rolle und die Fähigkeit, mit rechts oder links zusammenzugehen, freiwillig aufgegeben — worauf einzelne Politiker abzielten — oder durch äußere Umstände verlorengehen, so konnte diese Entwicklung nicht ohne Einfluß auf das Schicksal der Republik bleiben, mit dem sich das Schicksal des Zentrums aufs engste verband.

Für diesen permanent notwendigen Ausgleich erwiesen sich die geistlichen Parlamentarier (Hitze, Mausbach, Brauns, Kaas, Lauscher, Schreiber, Ulitzka; in Baden Wacker und Schofer) in zunehmendem Maße als unentbehrlich. Damit übernahmen die „Zentrumsprälaten" — zu denen auch diejenigen Abgeordneten zählen, die wie etwa die als „linksstehend" geltenden Wacker und Brauns niemals zu Päpstlichen Hausprälaten ernannt worden sind[45]) — eine neue Funktion.

Die ersten Jahre des Weimarer Staates standen im Schatten der nicht verwundenen Niederlage, der Folgen des Versailler Vertrags sowie wirtschaftlicher Not und bürgerkriegsähnlicher Zustände. Weder innen- noch außenpolitisch zeigte sich ein Silberstreif am Horizont. Unter diesen Aspekten und angesichts einer gefährlichen Parteienzersplitterung und Volkszerklüftung blieb die Handlungsfreiheit deutscher Politiker, die vor 1918 keine Gelegenheit erhalten hatten, Regieren oder Verwalten zu „lernen", in einem schwer vorstellbaren Ausmaß beschränkt. Die Minusbilanz des „Systems" darf nicht allein den verantwortlich handelnden Politikern und Parteien zur Last gelegt werden, die 1918/19 in die Bresche sprangen. Das Zentrum wurde seit 1917 von einer Abfolge innerer Krisen geschüttelt: als Folge der Friedensresolution und der Wahlrechts-

[44]) Heinrich *Krone* an Wirth, in: *Wirth*, Unsere politische Linie, S. 55.

[45]) Das Kapitel über das Verhalten der Kurie gegenüber dem Zentrum seit 1887 (Septennatsstreit) ist noch nicht geschrieben.

diskussionen, des November-Schocks und der Mitverantwortung für Compiègne und Versailles, als Folge der „Linkskoalition" und des „Verfassungsstreits", der BVP-Separation und der Erzberger-Problematik, der Rheinlandfrage und der „Erfüllungspolitik", des Brauns/Stegerwald-Projekts und des Wirth-Kurses. Die Existenz der Partei, die trotz einer zunehmenden Zahl von Berufspolitikern keine überragende Führerpersönlichkeit in ihren Reihen zählte und die mehr eine bewahrende Funktion auszuüben als einen zukunftsweisenden Weg aufzuzeigen vermochte, stand wiederholt ernstlich in Frage.

Der Tod prominenter und, wenn auch auf jeweils anderen Gebieten, allgemein respektierter Führer (J. Bachem 1918, Hertling, Gröber und Wacker 1919, Trimborn, Erzberger, Hitze und Burlage 1921) bedingte einen raschen Personenwechsel in der Führungsspitze. Er trug nicht dazu bei, den Übergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern und etwa die Separation der Bayerischen Volkspartei wieder rückgängig machen zu können. Eine zunehmende Uneinigkeit innerhalb der deutschen Katholiken im gesellschaftspolitischen und sozialtheoretischen Bereich erschwerte und minderte die Handlungsfähigkeit des Zentrums, das sich nicht mehr als alleinige Vertreterin der politischen Belange des katholischen Volksdrittels ausgeben konnte. Der Eindruck des unerschütterlichen „Turmes" ließ sich nicht aufrechterhalten. Die Partei hoffte vergeblich auf eine konfessionelle Weltsolidarität („Weltgewissen"), also in erster Linie auf konkrete moralische und diplomatische Hilfestellung gegenüber Frankreich, die ihr politisch zugute gekommen wäre.

Trotz aller „historischen Vorbelastungen" des deutschen Parlamentarismus (E. Fraenkel) und trotz widrigster Zeitumstände ist es den Parteien der Weimarer Koalition und hier nicht zuletzt den vordem als „Reichsfeinde" diffamierten Zentrumspolitikern gelungen, die 1918 und mehr noch 1923 aufs höchste gefährdete Einheit des Reiches zu wahren. Diese Tatsache darf als die bedeutendste Leistung dieser Epoche und dieser Parteien gelten.

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Ungedruckte Quellen

1. Archive

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn.
Akten betr. Verhältnis des Reiches zur Kurie.
Akten betr. Loslösungsbestrebungen im linksrhein. Gebiet.
Akten betr. Besetzung des Rheinlands und des Ruhrgebiets.
Nachlaß Gustav Stresemann.

Stadtarchiv Bonn.
Nachlaß Johannes Henry.

Stadtarchiv Düsseldorf.
Akten der Zentrumspartei Düsseldorf.

Staatsarchiv Hannover.
Akten des Preußischen Staatsministeriums (Teilbestand).

Stadtarchiv Köln.
Akten betr. Rheinlandbewegung.
Nachlaß Carl Bachem.
Nachlaß Wilhelm Marx.

Bundesarchiv Koblenz.
Akten der Reichskanzlei.
Nachlaß Bernhard Fürst von Bülow.
Nachlaß Georg Graf von Hertling.
Nachlaß Karl Jarres.
Nachlaß Hartmann Frhr. von Richthofen.
Zeitgeschichtliche Sammlung 105 (Otto Jung).

Staatsarchiv Koblenz.
Akten des Oberpräsidenten der Rheinprovinz.
Nachlaß Johannes Fuchs.

Staatsarchiv Ludwigsburg.
Akten des Württembergischen Staatsministeriums.

Bayer. Hauptstaatsarchiv München, Abt. II: Geheimes Staatsarchiv.
Akten der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin.
Akten der Bayerischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl.

Staatsarchiv Münster.
Nachlaß August Pieper.

Deutsches Zentralarchiv Potsdam.
Akten der Reichskanzlei.

Pfälzische Landesbibliothek Speyer.
Nachlaß Maximilian Pfeiffer.

Bistumsarchiv Trier.
Nachlaß Michael Felix Korum.

Hauptstaatsarchiv Stuttgart.
Nachlaß Conrad Haußmann.

2. In Privatbesitz

Nachlaß Hermann Cardauns.
Nachlaß Thomas Eßer.
Nachlaß Wilhelm Mayer-Kaufbeuren.
Nachlaß Rudolf ten Hompel.
Materialien Emil Ritter.
Materialien August Wegmann.

3. Im Besitz des Verfassers

Brauns, Heinrich: San Elia und der Abschluß des Gewerkschaftsstreites in Deutschland (ungedr. Ms. um 1934).
Deuerlein, Ernst: Steuermänner der deutschen Politik. Ms. einer Sendung des Westdeutschen Rundfunks vom 7. September 1963.
Heß, Joseph: Welche parteipolitischen und weltanschaulichen Gesichtspunkte birgt das Problem Reich und Länder für die Zentrumspartei in sich? (ungedr. Ms. um 1929).
Irl, Martin: Der Sturz des Ministers Dr. Mayer[-Kaufbeuren] (ungedr. und undatiertes Ms.).
Joos, Joseph: Die von unten kommen, Joseph Joos erzählt an seinem 85. Geburstag aus seinem Leben. Ms. einer Sendung des Westdeutschen Rundfunks vom 13. November 1963.
Kluke, Paul: Gestalten der Weimarer Republik, Teil 5: Alfred Hugenberg und Ludwig Kaas. Ms. einer Sendung des Deutschlandfunks (1965).
Niffka, Erwin: Die deutschen Windthorstbunde (ungedr. Ms. 1934).
Schauff, Johannes: Die Schicksalskurve der Zentrumspartei. Akute und chronische Krisis (hektogr. Ms. 1928).
Schreiber, Georg: Politische Erinnerungen (ungedr. Ms.).
Schwartz, Theodor: Zur Geschichte der Handels- und Industriebeiräte der Deutschen Zentrumspartei (ungedr. Ms. 1933).

4. Mündliche Mitteilungen

Luise Becher (Wesseling).
Wilhelm Fonk (Nürnberg).
Reinhold Heinen (Köln).
Joseph Joos (St. Gallen) †.
Josef Kannengießer (Osnabrück).
Heinrich Krone (Bonn).
Emil Ritter (Fulda).
Johannes Schauff (München).
Georg Schreiber (Münster) †.
Leo Schwering (Köln).
Carl Peter Spahn (Bonn).
Christine Teusch (Köln).
Heinrich Vockel (Berlin).
Helene Weber (Bonn) †.
August Wegmann (Oldenburg i. O.).

B. Gedruckte Quellen

Quertreiber. Gegen die Quertreiber. Kundgebung der Deutschen Zentrumspartei im Städtischen Saalbau zu Essen am 15. Februar 1914. Essen 1914.
Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey (Quellen zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien. Erste Reihe, Band 1/I und 1/II). Düsseldorf 1959.

Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey (ebd., Band 2). Düsseldorf 1962.
Bericht über die erste Tagung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 23. Juni 1918. Krefeld 1918.
Schulte, Eduard: Münstersche Chronik zu Novemberrevolte und Separatismus 1918 (Veröff. der Hist. Kommission des Provinzialinstituts für Westfäl. Landes- und Volkskunde, Bd. 7). Münster 1936.
— Münstersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus Anfang 1919 (ebd., Bd. 10). Münster 1939.
Christliche Bauernschaft der Rheinlande. Bericht über die erste vorbereitende Versammlung am 29. Januar 1919 in Köln. Köln (1919).
Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der Rheinischen Zentrumspartei. Abgehalten in Köln. 15.—18. September 1919. Hrsg. vom Generalsekretariat der Rheinischen Zentrumspartei. Köln o. J.
Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Bd. 326 ff. Berlin 1919 ff.
Mündlicher Bericht des 8. Ausschusses über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches (Aktenstück Nr. 391 der Nationalversammlung). o. O. (1919).
Heilfron, Ed.: Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates. 9 Bde. Berlin (1920).
Die Weimarer Nationalversammlung, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, H. 46. Bonn 1960.
Sitzungsberichte der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung. Tagung 1919—1921. 12 Bde. Berlin 1919 ff.
Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 1. Wahlperiode 1921—1925. 17 Bde. Berlin 1922 ff.
Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode. Stenographische Berichte. Bd. 344 ff. Berlin 1920 ff.
Niederschrift über die Verhandlungen des 10. Kongresses der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten vom 20. bis 23. November 1920 in Essen. Köln 1920.
Offizieller Bericht des Ersten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei. Tagung zu Berlin vom 19. bis 22. Januar 1920. Berlin o. J.
Offizieller Bericht des Zweiten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei. Tagung zu Berlin vom 15. bis 17. Januar 1922. Berlin o. J.
Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Reichstages 1919—1928. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Zweite Abteilung, Bd. 7/II. Berlin 1928; Bd. 8 (Viktor Bredt, Der deutsche Reichstag im Weltkrieg). Berlin 1926.
Die Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 61. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main 27. bis 30. August 1921. Würzburg 1921.
Die Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27. bis 30. August 1922. Würzburg 1923.
Verhandlungen des 66. und 67. Rheinischen Provinziallandtags vom 25. bis 28. Juni 1923 und vom 6. bis 8. November 1923 im Rathause zu Barmen. Düsseldorf o. J.
Traumann, Josef: Organisations-Handbuch für Zentrumswähler. 2., erweiterte Aufl. Hildesheim (1925).
Schorr, Helmut J.: Stegerwald-Archiv. Inhaltsübersicht. [Köln 1964].

C. Zeitungen

Der Deutsche (Berlin) 1921 ff.
Germania (Berlin) 1918 ff.
Kölnische Volkszeitung (Köln) 1918 ff.
Westdeutsche Arbeiterzeitung (M.Gladbach) 1918 ff.

D. Zeitschriften

Abendland (Köln), Jg. 1, 1925 ff.
Allgemeine Rundschau (München), Jg. 14, 1917 ff.
Augustinus-Blatt (Düsseldorf), Jg. 13, 1913 ff.
Deutsche Arbeit (Berlin), Jg. 3, 1918 ff.
Deutsche Monatshefte für christliche Politik und Kultur (Berlin), Jg. 1, 1919/20.
Gelbe Hefte (München), Jg. 1, 1924 ff.
Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland (München), Bd. 159, 1917 ff.
Hochland (München), Jg. 15, 1917 ff.
Das Junge Zentrum (Berlin), Jg. 1, 1924 ff.
Katholisches Korrespondenzblatt (Berlin), Jg. 1, 1921 ff.
Mitteilungen der Deutschen Zentrumspartei (Berlin), Jg. 1, 1924 ff.
Mitteilungen der Handels- und Industriebeiräte der Deutschen Zentrumspartei (Berlin), Jg. 1, 1925 ff.
Mitteilungen der Rheinischen Zentrumspartei (Köln), Jg. 1, 1924 (ab 1925: Rheinisches Zentrum).
Das Neue Reich (Wien), Jg. 1, 1918/19 ff.
Petrus-Blätter (Trier), Jg. 7, 1917/18 ff.
Die Schildgenossen (Würzburg), Jg. 1, 1920 ff.
Stimmen der Zeit (Freiburg i. Br.), Jg. 47, 1917 ff.
Der Volksverein (M.Gladbach), Jg. 31, 1921 ff.
Der Weckruf (Berlin), Jg. 1, 1924 ff.
Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Krefeld), Jg. 17, 1917 ff.
Das Zentrum (Berlin), Jg. 1, 1921 ff.

E. Parteiprogramme

Bergsträßer, Ludwig: Politischer Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung (Der dt. Staatsgedanke, II. Reihe, Bd. 3). 2 Bde. München 1921/1923.

Broermann, Hans und *Grobbel, Karl:* Unterm Zentrumsbanner. Dokumente zur Zeitgeschichte. Berlin ^{2}1927.

Eltzbacher, Paul: Die neuen Parteien und ihre Programme. Berlin 1920.

Mahler, Karl: Die Programme der politischen Parteien in Deutschland nach dem Kriege. Leipzig ^{4}1919.

Mommsen, Wilhelm: Deutsche Parteiprogramme (Dt. Handb. der Politik, Bd. 1). München 1960.

Salomon, Felix: Die deutschen Parteiprogramme. 4. Aufl. hrsg. von Wilhelm Mommsen und Günther Franz. 3 Teile. Leipzig 1931/1932.

Treue, Wolfgang: Deutsche Parteiprogramme 1861—1961. Göttingen ^{3}1961.

F. Gesamtdarstellungen zur Parteiengeschichte

Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland (Dt. Handb. der Politik, Bd. 2). München ^{10}1960.

Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Der Reichstag. Aufsätze, Protokolle und Darstellungen zur Geschichte der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes 1871—1933 (Schriftenr. der Bundeszentrale für Heimatdienst, H. 58). Bonn 1963.

Die Entwicklungsgeschichte der großen politischen Parteien in Deutschland (Schrift. der Dt. Gesellschaft für Politik an der Univ. Halle-Wittenberg, H. 2). Bonn, Leipzig 1922 (Zentrum: S. 73 ff. Verf.: Martin Spahn).

Frank, Ludwig: Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags. Stuttgart 1911.

Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Parteien. Wiesbaden 1962.

Kluke, Paul: Die Geschichte der deutschen Parteien, in: Polit. Seminar der Staatsbürgerl. Vereinigung 1954 e. V. Zweite Tagung 1958, S. 24 ff.

Naumann, Friedrich: Die politischen Parteien. Berlin ^{2}1913.

Neumann, Sigmund: Die deutschen Parteien. Berlin 1932. Neuausgabe unter dem Titel: Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher. Stuttgart 1965.
Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953 (Schriften des Instituts für Polit. Wiss., Bd. 6). Stuttgart, Düsseldorf 1955.
Pfeiffer, Maximilian: Die Zentrumspartei, in: Handb. der Politik, Bd. 3. Berlin, Leipzig [3]1921, S. 80 ff.
Pollock, James K.: The German Party System, in: The American Political Science Review 23, 1929, S. 859 ff.
Rechtliche Ordnung des Parteiwesens. Probleme eines Parteiengesetzes. Frankfurt a. M. 1957.
Schuster, Georg: Die politischen Parteien, in: Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, hrsg. von Alois Meister. Bd. 3. Leipzig [6]1923, S. 181 ff. (Zentrum: S. 212 ff.).
Spahn, Martin: Die Parteien seit 1918, in: Süddeutsche Monatshefte 29, 1931/32, S. 440 ff.
Treue, Wolfgang: Die deutschen Parteien. Wiesbaden [2]1962.

G. Handbücher — Lexika

Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, hrsg. von Cuno Horkenbach. Berlin 1930.
Deutscher Geschichtskalender, hrsg. von Friedrich Purlitz. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution. Bd. 1. Leipzig o. J.
Handbuch der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Weimar 1919. Berlin o. J.
Handbuch der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung. Berlin 1919.
Handbuch der Preußischen Landesversammlung. Berlin 1921.
Herders Konversations-Lexikon. 2. Ergänzungsband in zwei Teilen („Herders Zeitlexikon"). Freiburg i. Br. [3]1921/1922.
Keiters katholischer Literaturkalender, Jg. 14 hrsg. von Karl Menne (Essen 1914), Jg. 15 hrsg. von Julius Dorneich (Freiburg i. Br. 1926).
Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland, hrsg. von H. A. Krose. Bd. 5 (1914/16) ff. Freiburg i. Br. 1916 ff.
Krose, H. A.: Konfessionsstatistik Deutschlands. Freiburg i. Br. 1904.
Maas, Georg: Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung. Lebensgang, Lebensarbeit, Lebensziele ihrer Mitglieder nach eigenen Angaben. Charlottenburg 1919.
Politisches Handwörterbuch, hrsg. von Paul Herre, 2 Bde. Leipzig 1923.
Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. 2 Bde. Berlin 1931.
Reichstags-Handbuch, I. Wahlperiode 1920. Berlin 1920.
Reichstags-Handbuch, II. Wahlperiode 1924. Berlin 1924.
Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918 ff., hrsg. von Wilhelm Stahl. NF 34. Bd. München 1922 ff.
Staatslexikon. Im Auftrag der Görres-Gesellschaft hrsg. von Hermann Sacher. 5 Bde. Freiburg i. Br. [5]1926/1932.
Staatslexikon. Recht — Staat — Wirtschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft. 8 Bde. Freiburg i. Br. [6]1957/1963.

H. Darstellungen zur Geschichte der Weimarer Republik

Apelt, Willibalt: Geschichte der Weimarer Verfassung. München 1946.
Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Schriften des Instituts für Polit. Wiss., Bd. 4). Stuttgart, Düsseldorf [3]1960.
— Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur [Gesammelte Aufsätze]. Bern, München 1964.
Buchheim, Karl: Die Weimarer Republik. München 1960.
Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918—1933. Köln 1964.
Deutsche Einheit, deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929. Berlin 1929.

Dorpalen, Andreas: Hindenburg and the Weimar Republic. Princeton N. J. 1964.
Erdmann, Karl-Dietrich: Die Zeit der Weltkriege, in: Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, hrsg. von Herbert Grundmann, Bd. 4. Stuttgart ^{8}1960 (verbess. Nachdruck).
Eschenburg, Theodor: Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik. München 1963.
Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik. 2 Bde. Erlenbach, Zürich, Stuttgart 1954/56.
Friedensburg, Ferdinand: Die Weimarer Republik. Hannover, Frankfurt a. M. ^{2}1957.
Herzfeld, Hans: Die moderne Welt 1789—1945. Teil II: Weltmächte und Weltkriege 1890—1945. Braunschweig ^{3}1957.
Jasper, Gotthard: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922—1930 (Tübinger Stud. zur Gesch. und Politik, Nr. 16). Tübingen 1963.
Kaufmann, Walter H.: Monarchism in the Weimar Republic. New York 1953.
Milatz, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für polit. Bildung, H. 66). Bonn 1965.
Poetzsch, Fritz: Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung (1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1924), in: Jahrb. des öffentl. Rechts der Gegenwart 13, 1925, S. 1 ff.
Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949.
Rosenberg, Arthur: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871—1918. Berlin 1930.
— Geschichte der Deutschen Republik. Karlsbad 1935.
Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I: 1919—1930. Berlin 1963.
Schwarz, Albert: Die Weimarer Republik (Handb. der dt. Gesch., hrsg. von Leo Just, Bd. IV/3). Konstanz 1958.
Schwend, Karl: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933. München 1954.
Striefler, Heinrich: Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen. Eine soziografische Studie über die Reichstagswahlen der Weimarer Republik. Düsseldorf 1946.
Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918—1928. Berlin (1928).
Zimmermann, Ludwig: Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik. Göttingen 1958.

I. Literatur

Adam, Margarete: Die geistigen Strömungen im deutschen Katholizismus, in: Die Tat 15, 1924, S. 721 ff.
Albert, August: Zentrum und Koalitionspolitik. Konstanz 1920.
Alexander, Edgar: Church and Society in Germany, in: Church and Society. Catholic Social and Political Thought and Movements 1789—1950, hrsg. von Joseph N. Moody. New York 1953, S. 325 ff.
— Adenauer und das neue Deutschland. Recklinghausen 1956.
Amelunxen, Rudolf: Kleines Panoptikum. Acht Männer und eine Frau. Essen 1957.
— Ehrenmänner und Hexenmeister. München 1960.
Andre, Joseph: Zentrum und Landwirtschaft (Polit. Zeitfragen in Württemberg, Nr. 26). Stuttgart 1918.
— Sozialpolitik, Zentrumspartei und andere Parteien (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei). Berlin 1924.
Aretin, Karl Otmar Frhr. von: Katholische Kirche und demokratischer Staat, in: Merkur 17, 1963, S. 1185 ff.
Bachem, Julius: Wir müssen aus dem Turm heraus!, in: Histor.-Polit. Blätter 137/I, 1906, S. 376 ff.
— Nochmals: Wir müssen aus dem Turm heraus!, ebd., S. 503 ff.
— Nochmals vom deutschen Zentrum, in: Hochland 4/II, 1907, S. 461 ff.
— Das Zentrum wie es war, ist und bleibt (Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, Bd.2). Köln 1913.
— Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers. Köln 1913.
— Der Krieg und die politischen Parteien (Der Weltkrieg, H. 9). M.Gladbach (1915).

Bachem, Karl: Zentrum, katholische Weltanschauung und praktische Politik. Krefeld 1914.
— Politik und Geschichte der Zentrumspartei. Im Anschluß an die Richtlinien für die Parteiarbeit vom 30. Juni 1918. Köln 1918.
— Die Frage der Provinzialautonomie und die nationale Entwicklung Deutschlands. Köln (1920).
— Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815—1914. 9 Bde. Köln 1927/1932.
— Adolf Gröber, in: Deutsches Biograph. Jahrb. Überleitungsband II: 1917—1920. Berlin, Leipzig 1928, S. 388 ff.
— Karl Trimborn, ebd. III: Das Jahr 1921. Berlin, Leipzig 1927, S. 263 ff.
Baron, Josef: Die Wahrheit über den Gewerkschaftsstreit. Als Ms. gedr. Berlin (1952).
Bauer, Clemens: Deutscher Katholizismus. Entwicklungslinien und Profile. Frankfurt a. M. 1964.
Baur, Hugo: Mein politischer Lebenslauf. Konstanz 1929.
Becker, Josef: Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927 bis 1928), in: Zs. für die Gesch. des Oberrheins 109, 1962, S. 361 ff.
— Heinrich Köhler 1878—1949, ebd. 110, 1963, S. 417 ff.
— Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, in: Die Welt als Geschichte 23, 1963, S. 149 ff.
— Eine Niederschrift Joseph Wirths über seinen Eintritt in das Reichskabinett 1920, in: Zs. für die Gesch. des Oberrheins 112, 1965, S. 243 ff.
Beer, Rüdiger Robert: Heinrich Brüning. Berlin 1931.
Bell, Johannes: Zentrum und Werdegang sowie Reform des Reichsstrafrechts und Strafprozesses. M.Gladbach 1920.
Bergmann, Johannes: Zentrum und besetztes Gebiet (Zentrumspolitik in Preußen, Nr. 15). Berlin 1920.
Bergsträsser, Ludwig: Der Riß im Zentrumsturm, in: Akadem. Blätter 25, 1910, S. 241 ff.
Bertram, Jürgen: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912 (Beitr. zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 28). Düsseldorf 1964.
Bertsch, Herbert: Herren mit Vergangenheit in der westdeutschen CDU/CSU-Führung. [Ost-] Berlin 1963.
Besser, Klaus: Adam Stegerwald, in: Deutsche Demokratie von Bebel bis Heuß, hrsg. von Friedrich Andreae und Sybil Gräfin Schönfeldt. Hamburg (1964), S. 133 ff.
Betz, A.: Beiträge zur Ideengeschichte der Staats- und Finanzpolitik des Zentrums (1870—1918 [20]). Regensburg ²1930.
Beusch, Paul: Währungsverfall und Währungsstabilisierung. Berlin 1928.
Beyer, Georg: Heinrich Pesch, in: Die Gesellschaft 3, 1926, S. 529 ff.
Beyerle, Konrad: Parlamentarisches System — oder was sonst? München 1921.
— Föderalistische Reichspolitik. München 1924.
— Katholik und Staatsverfassung, in: Abendland 2, 1927, S. 163 ff.
— Zehn Jahre Reichsverfassung. München 1929.
— Die Katholiken und der Volksstaat von Weimar, in: Katholische Staatslehre und volksdeutsche Politik, hrsg. von Godehard Josef Ebers. Freiburg i. Br. 1929, S. 85 ff.
— Mausbach in Weimar, in: Hochland 28/II, 1931, S. 93 ff.
Bierbaum, Max: Das Konkordat in Kultur, Politik und Recht (Schrift. zur dt. Politik, H. 19/20). Freiburg i. Br. 1928.
Bitter, Wilhelm (Hrsg.): Die Sozial- und Wirtschaftspolitik des Zentrums (Christliche Volkspartei) in Vergangenheit und Gegenwart. Recklinghausen (1920).
Blum, Johannes: Zentrum und Landwirtschaft (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin 1924.
Böhmer, Leo: Die rheinische Separatistenbewegung und die französische Presse. Phil. Diss. München 1928.
Bongard, Willy: Die Zentrumsresolution vom 7. Oktober 1916. Phil. Diss. Köln 1937.
Boom, Emil van den: Industrie und Zentrum (Vortragsskizze 58). M.Gladbach ³1925.
Borell, Adolf: Die soziologische Gliederung des Reichsparlaments als Spiegelung der politischen und ökonomischen Konstellationen. Phil. Diss. Gießen 1933.
Bozi, Alfred und *Niemann, Alfred* (Hrsg.): Die Einheit der nationalen Politik. Stuttgart 1925.

Brandt, Alexander von: Staat und Kirche (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei, Nr. 3). Berlin 1918.
Braubach, Bernhard: Der Bereich des politischen Katholizismus, in: Die Dioskuren 3, 1924, S. 216 ff.
Brauer, Theodor: Ein Wort zur Gewerkschaftsfrage, in: Hochland 11/II, 1914, S. 91 f.
Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler. New York (1940).
Brauns, Heinrich: Das Betriebsrätegesetz. M.Gladbach 1924.
— Zentrumsarbeit am Wiederaufbau Deutschlands. Osnabrück 1924.
— Wirtschaftskrisis und Sozialpolitik. M.Gladbach 1924.
— Das Zentrum, in: Volk und Reich der Deutschen, hrsg. von Bernhard Harms. Bd. 2. Berlin 1929, S. 62 ff.
Brauweiler, Heinz: Der Kern und die Bedeutung des „Zentrumsstreits", in: Hochland 11/II, 1914, S. 75 ff.
Bremme, Gabriele: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Göttingen 1956.
Brettle, Sigismund: Der Katholizismus und die neue Zeit. Karlsruhe 1919.
Briefs, Götz: Die wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen des Katholizismus, in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, Bd. 1, hrsg. von M. J. Bonn und M. Palyi. München, Leipzig 1925, S. 197 ff.
Brüggemann, Fritz: Die Rheinische Republik. München 1956 (hekt.).
Brühl, Heinrich Joseph: Brüning, unser Führer. M.Gladbach 1932.
Brüls, K. und *Budde, H.:* Gestalten der Vergangenheit, Wegbereiter der Zukunft. Lebensbilder christlich-sozialer Persönlichkeiten. Essen (1959).
Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland. München 1953.
— Warum das Zentrum unterging, in: Hochland 53, 1960/61, S. 15 ff.
— Die Frage nach der katholischen Partei, in: Zs. für Politik 10, 1963, S. 63 ff.
Buchner, Max: Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot in Vergangenheit und Gegenwart. München 1924.
— Kaiser Wilhelm II., seine Weltanschauung und die deutschen Katholiken. Leipzig 1929.
Cardauns, Hermann: Julius Bachem † (Der Weltkrieg, H. 98). M.Gladbach (1918).
— Adolf Gröber (Führer des Volkes, Bd. 30). M.Gladbach 1921.
— Karl Trimborn (Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern, Bd. 31). M.Gladbach 1922.
Cathrein, Viktor: Sozialdemokratie und Christentum oder: Darf ein Katholik Sozialdemokrat sein? Freiburg i. Br. 1919.
Christliche Gewerkschaftsbewegung, 25 Jahre (1899—1924). Berlin-Wilmersdorf 1924.
Conze, Werner: Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey. Düsseldorf 1960, S. 3 ff.
Decker, Georg: Die Zentrumskrise, in: Die Gesellschaft 2, 1925, S. 410 ff.
— Katholizismus und Sozialismus, ebd. 5, 1928, S. 289 ff.
Dempf, Alois: Demokratie und Partei im Katholizismus (Demokratie und Partei, H. 7). Wien 1932.
Dessauer, Friedrich: Das Rheinproblem (Flugschr. der Rhein. Zentrumspartei, H. 3). Köln 1923.
— Zeit der Wende. Der gesammelten politischen Aufsätze erste Folge (Volk im Werden. Schriftenr. der Rhein-Mainischen Volkszeitung). Frankfurt a. M. 1924.
— Das Zentrum (Die geistige Struktur der polit. Parteien Europas, hrsg. von Kurt O. Fr. Metzner). Berlin 1931.
Deuerlein, Ernst: Das Reichskonkordat. Beiträge zu Vorgeschichte, Abschluß und Vollzug des Konkordates zwischen dem Hl. Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933. Düsseldorf 1956.
— Verlauf und Ergebnis des „Zentrumsstreites" (1906—1909), in: Stimmen der Zeit 156, 1955, S. 103 ff.
— Der Gewerkschaftsstreit, in: Theolog. Quartalschrift 139, 1959, S. 40 ff.
— Der deutsche Katholizismus 1933 (Fromms Taschenbücher „Zeitnahes Christentum", Bd. 10). Osnabrück 1963.
Deutz, Josef: Adam Stegerwald. Gewerkschafter, Politiker, Minister 1874—1945. Köln 1952.
Diez, Carl: Die Lebensgeschichte eines Menschen. Konstanz 1929.
Donders, Adolf: Dompropst Professor Dr. Joseph Mausbach †, in: Akadem. Bonifatius-Korrespondenz 46, 1931/32, S. 68 ff.

Dorten, Hans A.: The Rhineland Movement, in: Foreign Affairs, Aprilheft 1925, S. 1 ff.
Dorten, J. Adam: La Tragédie Rhénane. Paris 1945.
Dransfeld, Hedwig: Das Zentrum und die Frauen (Zentrumspolitik in Preußen, Nr. 14). Berlin 1920.
Dunkmann, Karl: Religion, Konfession, Politik (Flugschr. für christl. Politik und Kultur, H. 1). Berlin 1919.
Dunne, Edward James: The German Center Party in Empire and Republic. Phil. Diss. Washington D. C. 1950 (Masch.).
Dyroff, Adolf (Hrsg.): Reden, Ansprachen und Vorträge des Grafen Georg von Hertling mit einigen Erinnerungen an ihn. Köln 1929.
Ebers, Godehard Josef: Reichsverfassung und christliche Staatslehre, in: Hochland 26, 1929, S. 564 ff.
Ecker, Alexander: Die neue politische Vertretung des katholischen Volksteils. Essen o. J.
Eggersdorfer, Franz Xaver: Die Krise des staatlichen Lebens in Deutschland und die Ideenwelt der Bayerischen Volkspartei (Flugschr. der Bayer. Volkspartei, Nr. 1). München 1929.
Eitner, Otto: Die Stärke der Protestanten und Katholiken in den einzelnen Reichstagswahlkreisen und die Sozialdemokratie, in: Histor.-Polit. Blätter 149, 1912, S. 687 ff.
Elben, Wolfgang: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution (Beitr. zur Gesch. des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 31). Düsseldorf 1965.
Enderle, Pius: Dr. Joseph Schofer. Karlsruhe 1957.
Epstein, Klaus: Erzberger's Position in the Zentrumsstreit before World War I, in: The Catholic Historical Review 44, 1958, S. 1 ff.
— Der Interfraktionelle Ausschuß und das Problem der Parlamentarisierung 1917—1918, in: Histor. Zeitschr. 191, 1960, S. 562 ff.
— Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin 1962.
Erfolglos, oder nicht? Von London 1921 bis London 1924 (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin 1924.
Erzberger, Matthias: Das deutsche Zentrum. Amsterdam ²1912.
— Reden zur Neuordnung des deutschen Finanzwesens. Berlin 1919.
— Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart, Berlin 1920.
— Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (Polit. Zeitfragen in Württemberg, Nr. 27). Stuttgart 1920.
— Christlicher Solidarismus als Weltprinzip. M.Gladbach 1921.
Eßer, Thomas: Zentrum und Mittelstand (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin 1924.
Eßer, Thomas und *Hofmann, Hermann:* Reichstags-Zentrum und besetztes Gebiet während des Ruhrkampfes (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin (1924).
Faßbender, Martin: Westdeutschland — los von Preußen? Berlin 1919.
— Revolution und Kultur (Flugschr. des Generalsekretariats der Dt. Zentrumspartei, Nr. 6). Berlin 1919.
Faulhaber, Michael: Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen (Zur religiösen Lage der Gegenwart, H. 1). München 1925.
Faust, Raimund: Los von Berlin. Ein freier Rheinstaat im Deutschen Reich. Trier (1919).
Fauth, Reinhold: Der Kampf um die Schule in der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung (1919—1921). Phil. Diss. Berlin 1948 (Masch.).
Ferber, Walter: Kleine Geschichte der katholischen Bewegung. Würzburg (1959).
Feuerbach, Walter [Walter Ferber]: Die rheinische Frage, geschichtlich gesehen, in: Schweizer Annalen, H. 2, 1945, S. 106 ff.
Fischart, Johannes [Dombrowski, Erich]: Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands. 4 Bde. Berlin 1919/1925.
Föhr, Ernst: Kulturkämpferei und Kulturpolitik. Karlsruhe 1925.
— Zur Geschichte des deutschen Katholizismus in der Weimarer Zeit, in: Anzeiger für die kathol. Geistlichkeit 67, 1957, S. 92 f.
Foerster, Friedrich Wilhelm: Erlebte Weltgeschichte. Nürnberg 1953.
Fonk, Wilhelm: Zentrum und Industrie (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin 1924.

Fortmann, Franz: Der Kapp-Putsch und das Zentrum (als Anhang in: A. Klöcker, Zentrum und Revolution). Berlin (1920).
— Die Tätigkeit der Deutschen Zentrumspartei im Reichstage vom 26. Juni 1920 bis 7. September 1921. Berlin 1922.
Fraenkel, Ernst: Historische Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus, in: Vierteljahrsh. für Zeitgesch. 8, 1960, S. 323 ff.
Franz, Günther: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867—1949 (Schrift. der Wirtschaftswiss. Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, N. F. Bd. 33). Bremen-Horn ²1953.
Franz-Willing, Georg: Die bayerische Vatikangesandtschaft 1803—1934. München 1965.
Freund, Michael: „Der Feind steht rechts!" Zum Tode von Reichskanzler a. D. Wirth, in: Die Gegenwart 11, 1956, S. 11 f.
Frey, Ludwig: Die Stellung der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu den politischen Parteien. Rechts- und staatswiss. Diss. Würzburg. Berlin-Wilmersdorf 1931.
Friese, Alfred: Alois Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg (1871—1952), in: Lebensläufe aus Franken, Bd. 6. Würzburg 1960, S. 365 ff.
Fuchs, Gustav: Die Bonner Universität in der Besatzungszeit. Bonn 1935.
Fürstenberg, Ferdinand Frhr. von: Die Schuld des Zentrums. Tatsachen und Folgerungen. Hamm (1931).
— An meine Kritiker. Hamm (1932).
Gasteiger, Michael: Dr. Franz Hitze und Dr. Karl Trimborn †, in: Soziale Revue 21, 1921, S. 641 ff.
Gedenkblatt zur Feier des vierzigjährigen Bestehens der Zentrumsfraktionen des Deutschen Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses am 21. März 1911 in der Kuppelhalle des Reichstages zu Berlin. o. O.
Gessler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner. Stuttgart 1958.
Gierse, Johanna: Sozial-romantische Richtungen im Katholizismus der Gegenwart. Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. Köln 1932.
Giesberts, Johannes: Das Zentrum und die kommenden Wahlen. Berlin 1924.
Gottwald, Adolf: Ziele und Erfolge der Zentrumsfraktion des preußischen Landtages 1921—1924. Tätigkeitsbericht, erstattet auf dem 2. preußischen Parteitag am 29. Oktober 1924 (Flugschr. der preuß. Zentrumspartei, Nr. 1). Berlin (1924).
Grebe, Friedrich: Die Pläne einer Aufteilung Preußens (Zentrumspolitik in Preußen, H. 2). Berlin 1919.
— Das Zentrum und die Gebildeten (Zentrumspolitik in Preußen, H. 6). Berlin 1919.
— Das Zentrum und die Landwirtschaft (Zentrumspolitik in Preußen, H. 8). Berlin 1919.
— Zentrum und Regierung (Zentrumspolitik in Preußen, H. 1). Berlin 1920.
— Das Zentrum als christliche Volkspartei (Zentrumspolitik in Preußen, H. 16). Berlin 1920.
— Sind wir national? (Schriftenr. des Reichsverbandes der dt. Windthorstbunde, Nr. 2). Berlin 1921.
— Zentrum und die deutschnationalen Katholiken (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin 1924.
Grebing, Helga: Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918—1933. Phil. Diss. Berlin 1953 (Masch.).
— Adam Stegerwald, in: Polit. Studien 6, 1956, S. 23 ff.
— Heinrich Brüning, ebd., S. 32 ff.
— Die Konservativen und Christlichen seit 1918, ebd. 9, 1958, S. 482 ff.
Griewank, Karl: Dr. Wirth und die Krisen der Weimarer Republik, in: Wiss. Zeitschr. der Univ Jena (Gesellschafts- und Sprachwiss. Reihe, Nr. 1), Jg. 1951/52, H. 2, S. 1 ff.
Gröber, Adolf: Das neue Reich. Rede (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei, Nr. 8). Berlin 1919.
Grosche, Robert: Der geschichtliche Weg des deutschen Katholizismus aus dem Ghetto, in: Der Weg aus dem Ghetto. Köln 1955, S. 9 ff.
Grunenberg, Andreas: Das Religionsbekenntnis der Beamten in Preußen. 3 Bde. Berlin 1914/1918.
Guérard, Theodor von, Lange-Hegermann, H. und *Schulz-Gahmen, P.:* Die große Steuerreform des Jahres 1922 (Schrift. zur dt. Politik, H. 4). Freiburg i. Br. 1922.

Gundlach, Gustav: Zur Soziologie der katholischen Ideenwelt und des Jesuitenordens. Freiburg i. Br. 1927.
— Katholische Arbeiterschaft im Volksstaat von Weimar, in: Das Bild des Arbeiters in der katholischen Sozialbewegung von den Anfängen bis zur Gegenwart. Köln (1960), S. 48 ff.
Guttmann, Bernhard: Die nächste Phase der Republik, in: Die Gesellschaft 3/I, 1926, S. 306 ff.
Haeuser, Philipp: Wir deutschen Katholiken und die moderne revolutionäre Bewegung. Regensburg ²1922.
Hagen, August: Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus. 3. und 4. Teil. Stuttgart 1954/1963.
Hankamer, Wilhelm: Preußen und die Rheinlande im Spiegelbild der Wahrheit. Essen 1924.
— Das Zentrum, die politische Vertretung des katholischen Volksteils. Essen 1927.
Hansen, Joseph: Geschichte des Rheinlandes von der französischen Revolution bis zur Gegenwart, in: Geschichte des Rheinlandes von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart, Bd. 1. Essen 1922, S. 239 ff.
Hanssler, Bernhard (Hrsg.): Die Kirche in der Gesellschaft. Der deutsche Katholizismus und seine Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert (Schriftenr. der Arbeitsgemeinschaft kath.-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland). Paderborn (1961).
Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918—1920 (Beitr. zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 22). Düsseldorf 1962.
Hartmann, Albrecht: Christliche Gewerkschaften von 1900—1914. Phil. Diss. Berlin 1952 (Masch.).
Hartmann, Therese: Die Entwicklung und Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften während des Krieges und der Übergangszeit. Staatswiss. Diss. Freiburg i. Br. 1922 (Masch.).
Haurand, P. W.: Das nationalökonomische System von Heinrich Pesch. M.Gladbach 1922.
Hefele, Hermann: Der Katholizismus in Deutschland. Darmstadt 1919.
— Der politische Katholizismus, in: Der Leuchter, hrsg. von Alexander v. Gleichen-Rußwurm. Darmstadt 1919, S. 127 ff.
Heim, Georg: Die Vorgänge in Weimar vor der Unterzeichnung *[*des Friedensvertrags*]*, in: Süddeutsche Monatshefte Jg. 1919, S. 259 ff.
Heinen, Ernst: Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion unter besonderer Berücksichtigung der „Kölnischen Volkszeitung" und der „Germania". Phil. Diss. Köln 1962.
Heinrich, Karl Borromäus: Das Gesicht des deutschen Katholizismus (Zur religiösen Lage der Gegenwart, H. 9). München 1925.
Held, Josef: Heinrich Held. Regensburg 1958.
Hermelink, Heinrich: Katholizismus und Protestantismus in der Gegenwart vornehmlich in Deutschland. Gotha, Stuttgart ²1924.
Herrfahrdt, Heinrich: Die Kabinettsbildung nach der Weimarer Verfassung unter dem Einfluß der politischen Praxis (Öffentl.-rechtl. Abhandl., H. 9). Berlin 1927.
Hertling, Georg Frhr. von: Politische Parteibildung und soziale Schichtung, in: Hochland 2/II, 1905, S. 46 ff.
[Hertling, Georg Frhr. von]: Vom deutschen Zentrum, in: Hochland 4/II, 1907, S. 221 ff., 465 ff.
— Erinnerungen aus meinem Leben. 2 Bde. Kempten, München 1919/1920.
— Reden, Ansprachen und Vorträge s. Dyroff.
Hertling, Karl Graf von: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. Br. 1919.
Heß, Joseph: Deutsche Lebensfragen. Eine Auseinandersetzung mit Martin Spahn. Düsseldorf 1914.
Heuss, Theodor: Friedrich Naumann. Stuttgart, Tübingen ²1949.
Heydt, Fritz von der: Die Parität bei der Anstellung der Beamten (Schriften des Verbandes dt. evang. Beamtenvereine, H. 2). Berlin 1931.
Hilpert, Friedrich: Die Grundlagen der bayerischen Zentrumspolitik 1918—1921. Phil. Diss. München. Berlin 1941.
Hirsch, Paul: Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen. Berlin 1929.
Hoeber, Karl: Der Streit um den Zentrumscharakter (Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, Bd. 1). Köln 1912.
— Die staatskirchenrechtliche Lage der Katholiken in Preußen (Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, Bd. 12). Köln 1918.

— Carl Bachem. Zu seinem 70. Geburtstag, in: Akadem. Monatsbl. 41, 1928/29, S. 22 ff.
— Geheimer Justizrat Dr. Karl Bachem. Zu seinem 70. Geburtstag, in: Augustinus-Blatt Nr. 9/10, 1928, S. 137 f.
— Franz Xaver Bachem. Ein deutsches Verlegerleben. Köln (1938).
Hoeber, Karl (Hrsg.): Die Rückkehr aus dem Exil. Dokumente der Beurteilung des deutschen Katholizismus der Gegenwart. Düsseldorf 1926.
Höfler, Gabriele: Erzbergers Finanzreform und ihre Rückwirkung auf die bundesstaatliche Struktur des Reiches, vorwiegend am bayerischen Beispiel. Phil. Diss. Freiburg i. Br. 1955 (Masch.).
Holborn, Hajo: Prussia and the Weimar Republic, in: Social Research 23, 1956, S. 331 ff.
Holdermann, Friedrich: Der Aufstieg des Zentrums, in: Deutsche Politik 3, 1918, 2, S. 109 ff.
[Hopmann, H.]: Das Zentrum auf Irrwegen? Auch eine Kriegsbilanz. Von einem rheinischen Zentrumsmann. Essen 1919.
Ilges, F. Walther: Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei 1918—1933. Die geplante Aufteilung Deutschlands. Berlin-Charlottenburg ^{2}1933.
Ilges, Walther und *Schmid, Hermann:* Hochverrat des Zentrums am Rhein. Neue Urkunden über die wahren Führer der Separatisten. Berlin-Charlottenburg 1934.
Illich, Hans: Über die Haltung der Zentrumspresse zur Parlamentarisierung 1917/1918. Phil. Diss. Würzburg 1932.
Irl, Martin: Lebenserinnerungen eines Handwerksmeisters. München 1949.
Jacobs, Ferdinand: Von Schorlemer zur Grünen Front. Zur Abwertung des berufsständischen und politischen Denkens. Düsseldorf 1957.
Jander, Inge: Die nachrichtenpolitische Haltung der „Germania" von 1917 bis zum Zusammenbruch des Zweiten Reiches. Phil. Diss. Königsberg 1942 (Masch.).
Jentsch, Karl: Das Zentrum als politische Partei, in: Die neue Rundschau 2, 1907, S. 1007 ff.
Joos, Joseph: Das neue Zentrum und die politische Neuordnung, hrsg. vom Generalsekretariat der Zentrumspartei. Neuß (1918).
— Zentrum und Arbeiterschaft. Köln 1920.
— Zentrumsprogramm und politische Zeitaufgaben (Schriftenr. über die neuen Richtlinien der
— Dt. Zentrumspartei, H. 2). Berlin (1922).
— Um das neue Deutschland (Volk im Werden). Frankfurt a. M. 1924.
— Die politische Ideenwelt des Zentrums (Wissen und Wirken, hrsg. von E. Ungerer, Bd. 54). Karlsruhe 1928.
— Am Räderwerk der Zeit. Augsburg (1948).
— So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse. Augsburg 1958.
— Die KAB in der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands. Köln 1963.
Jostock, Paul: Der deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus. Regensburg (1932).
— Der soziale Gedanke im deutschen Katholizismus, in: Volk im Glauben, hrsg. von Max Horst und Richard Hebing. Berlin (1934), S. 134 ff.
Kaas, Ludwig: Staat und Kirche im neuen Deutschland. Rede, gehalten auf dem Trierer Katholikentag am 12. Oktober 1919. Trier (1919).
— Der Ruf des Rheins, in: Trier und das Trierer Land in der Besatzungszeit 1918—1930. Trier (1930), S. 3 ff.
Kamm, Walther: Abgeordnetenberufe und Parlament. Die berufliche Gliederung der Abgeordneten in den deutschen Parlamenten im 20. Jahrhundert (Sozialwiss. Abhandl., Bd. 4). Karlsruhe 1927.
Kamper, Walter: Die Rheinlandkrise des Herbstes 1923. Frankfurt a. M. 1925.
Kampmann, Theoderich: Heinrich Brüning, in: Gelebter Glaube. Zwölf Porträts. Warendorf 1957, S. 24 ff.
Karrenberg, Friedrich: Christentum, Kapitalismus und Sozialismus. Darstellung und Kritik der Soziallehren des Protestantismus und Katholizismus Deutschlands seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin 1932.
Kaster, Johannes: Die christlich-sozialen Ideen und die Gewerkschaftsfrage (Soziale Tagesfragen, H. 45). M.Gladbach 1922.
Katholische Politik. Eine Sammlung von Vorträgen, gehalten bei Zusammenkünften des rheinisch-westfälischen katholischen Adels. Heft 1/2. Köln 1924 (als Ms. gedr.).

Katholizismus: Der deutsche Katholizismus im Weltkriege. Gesammelte Kriegsaufsätze aus der Zeitschrift „Theologie und Glaube". Paderborn 1915.
Keit, Ernst: Der Waffenstillstand und die Rheinfrage 1918/19 (Rhein. Archiv, H. 36). Bonn 1940.
Kessler, Harry Graf: Tagebücher 1918—1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli. Frankfurt a. M. 1961.
Kiefl, Franz Xaver: Katholizismus und Protestantismus im gegenwärtigen Deutschland, in: Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg, hrsg. von Georg Pfeilschifter. Freiburg i. Br. 1916, S. 319 ff.
— Kritische Randglossen zum Bayerischen Konkordat unter dem Gesichtspunkte der modernen Kulturideale und der Trennung von Staat und Kirche. Regensburg 1926.
— Die Staatsphilosophie der katholischen Kirche und die Frage der Legitimität in der Erbmonarchie. Regensburg 1928.
Kipper, Josef: Zum 50jährigen Zentrums-Jubiläum. Politisches Zitatenlexikon (Schriftenreihe des Reichs-General-Sekretariats der Dt. Zentrumspartei, Nr. 2). Opladen 1921.
Kisky, Wilhelm: Der Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse von 1878 bis 1928. Düsseldorf 1928.
Kißling, Johannes Baptist: Geschichte der deutschen Katholikentage. 2 Bde. Münster 1920/1923.
Klein, Peter: Separatisten an Rhein und Ruhr. Die konterrevolutionäre separatistische Bewegung der deutschen Bourgeoisie in der Rheinprovinz und in Westfalen November 1918 bis Juli 1919. [Ost-]Berlin 1961.
Kley, Otto: Das Zentrum und die Schule (Zentrumspolitik in Preußen, H. 4). Berlin 1919.
Klinke, Paul Werner: Die Deutsche Zentrumspartei und die demokratische Frage. Phil. Diss. Hamburg 1951 (Masch.).
Klinkenberg, Heinrich: Das Zentrum und die Rechte im Kampf um die christliche Schule seit 1918. Berlin-Karlshorst (1932).
Klöcker, Alois: Konfession und sozialdemokratische Wählerschaft. Statistische Untersuchung der allgemeinen Reichstagswahlen des Jahres 1907. Phil. Diss. Erlangen. M.Gladbach 1913.
— Die Zentrumsfraktion in der preußischen Landesversammlung. Berlin 1919.
— Zentrum und Revolution (Zentrumspolitik in Preußen, Nr. 17). Berlin (1920). Mit Anhang: F. Fortmann, Der Kapp-Putsch und das Zentrum.
— Die Konfession der sozialdemokratischen Wählerschaft. M.Gladbach 1923.
Köhler, A.: Deutsches Zentrum — Deutscher Rhein. Eine Untersuchung an Hand von Dokumenten und feststehenden Tatsachen. Trier 1932.
Köhler, Heinrich: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878—1949. Unter Mitwirkung von Franz Zilken hrsg. von Josef Becker (Veröffentl. der Kommission für geschichtl. Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe A, Quellen 11. Bd.) Stuttgart 1964.
Köllmann, Wolfgang: Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft 1850 bis 1914, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgesch. 50, 1964, S. 480 ff.
Kraemer, Klaus: Die rheinische Bewegung. Ihre Entstehung und ihre Begründung, ihre Freunde und ihre Gegner, deren Einwendungen und Bedenken. Wiesbaden 1919.
Kramer, Wolfgang: Zeitkritik und innere Auseinandersetzung im deutschen Katholizismus um die Jahrhundertwende im Spiegel der führenden katholischen Zeitschriften Deutschlands (1895—1914). Phil. Diss. Mainz 1956 (Masch.).
Kraneburg, Hans: Hitzes sozialpolitische Forderungen und ihre Verwirklichung in der Gesetzgebung (Soziale Tagesfragen, H. 46). M.Gladbach 1922.
Kremer, Willy: Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871—1918. Phil. Diss. Köln. Emsdetten 1934.
Krone, Heinrich: Das Junge Zentrum und die Wahlen (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin 1924.
— Jugend und Staat, in: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929. Berlin 1929, S. 172 ff.
Krueckemeyer, Heinrich: Zentrum und Katholizismus. Amsterdam 1913.
Krug, Philipp: Zentrum und Beamte (Zentrumspolitik in Preußen, H. 12). Berlin 1920.
Kudera, Lucian: Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken in der Publizistik (1900 bis 1914). Phil. Diss. Münster 1957 (Masch.).
Landé, Walter: Die Schule in der Reichsverfassung. Ein Kommentar. Berlin 1929.

Langemann, Ludwig: Deutschlands Erniedrigung und das Zentrum. Göttingen o. J.
Lauscher, Albert: Der Akademiker und die neue Zeit. Referat auf dem 2. Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei (Schriftenr. über die Richtlinien der Dt. Zentrumspartei, H. 3). Berlin 1922.
Lechtape, Heinrich: Der christliche Solidarismus nach Heinrich Pesch S. J. Freiburg i. Br. $^{2/3}$1922.
Löffler, Klemens: Geschichte der katholischen Presse Deutschlands (Soziale Tagesfragen, H. 50). M.Gladbach 1924.
Luckau, Alma: Unconditional Acceptance of the Treaty of Versailles by the German Government, Juni 22—23, 1919, in: The Journal of Modern History 17, 1945, S. 215 ff.
Lukassowitz, Victor: Wir Katholiken in der Deutschnationalen Volkspartei. Breslau 1921.
Luther, Hans: Politiker ohne Partei. Erinnerungen. Stuttgart 1960.
Lutz, Heinrich: Zu Erzbergers zweiter römischer Reise (Ostern 1915), in: Römische Quartalschr. 57, 1962, S. 268 ff.
— Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914—1925. München 1963.
— Über die Verantwortung der Gläubigen im Zeitalter der Gewalt. Bemerkungen zu römischen und deutschen Vorgängen von Leo XIII. bis 1945, in: Deutscher Katholizismus nach 1945, hrsg. von Hans Maier. München 1964, S. 163 ff.
Lutz, Otto: Die geistige Entwicklung des deutschen Zentrums, in: Das Neue Reich 7, 1925, S. 1167 ff., 1194 ff.
Maier, Hans: Kirche und Demokratie, in: Zs. für Politik 10, 1963, S. 329 ff.
— Staat und Kirche in Deutschland, in: Wort und Wahrheit 19, 1964, S. 53 ff.
Malowski, Peter: Was ist die deutsche Zentrumspartei? Berlin 1925.
Mauel, Johann Peter (Hrsg.): Zur Schulpolitik der Katholiken Deutschlands (Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, Bd. 14). Köln 1919.
Maurenbrecher, Max: Die Taktik der Parteien bei der Regierungsbildung Sommer 1920. Dresden 1920.
Mausbach, Joseph: Sozialismus und Christentum (Polit. Bildung, H. 2). Münster i. W. ^{2}1919.
— Die Kulturpolitik des Zentrums. M.Gladbach 1920.
— Kulturfragen in der Deutschen Verfassung. Eine Erklärung wichtiger Verfassungsartikel. M.Gladbach 1920.
— Religionsunterricht und Kirche. Aus den Beratungen des Weimarer Verfassungsausschusses (Schrift. zur dt. Politik, H. 3). Freiburg i. Br. 1922.
Meerfeld, Jean: Die deutsche Zentrumspartei (Sozialwiss. Bibl., Bd. 3). Berlin 1918.
Mehnert, Gottfried: Evangelische Kirche und Politik 1917—1919 (Beitr. zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 16). Düsseldorf 1959.
Meinertz, Max und *Sacher, Hermann* (Hrsg.): Deutschland und der Katholizismus. 2 Bde. Freiburg i. Br. 1918.
Meinhardt, Günther: Adenauer und der rheinische Separatismus. Recklinghausen 1962.
Meßner, Johannes: Der Weg des Katholizismus im 20. Jahrhundert („Neues Reich"-Bücherei, Nr. 6). Innsbruck, Wien, München (1929).
— Um die katholisch-soziale Einheitslinie („Neues Reich"-Bücherei, Nr. 9). Innsbruck 1930.
— Der katholische Staatsgedanke, in: Schweizer. Rundschau 34, 1934/35, S. 281 ff.
Meyer, Max H.: Die Weltanschauung des Zentrums in ihren Grundlinien. München, Leipzig 1919.
Michel, Ernst: Zur Grundlegung einer katholischen Politik (Volk im Werden. Schriftenr. der Rhein-Mainischen Volkszeitung). Frankfurt a. M. ^{2}1924.
Miller, Alfred: Ultramontanes Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung mit dem Zentrum und seinen Hintermännern. Breslau ^{3}1925.
Miller, Max: Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner. Stuttgart 1951.
Moldenhauer, Paul: Von der Revolution zur Nationalversammlung. Die Frage der rheinisch-westfälischen Republik. Bonn 1919.
Molt, Peter: Der Reichstag vor der improvisierten Revolution (Polit. Forsch., Bd. 4). Köln, Opladen 1963.
Monz, Heinz: Die politischen Wahlen in der Stadt Trier während der Weimarer Zeit, in: Kurtrier. Jahrb. 4, 1964, S. 84 ff.

Morsey, Rudolf: Immer links von der Mitte. Zum Tode von Joseph Wirth, in: Westfälische Nachrichten vom 7. Januar 1956.
— Aus westfälischer Wissenschaft und Politik. Landschaftliches und Universales im Lebenswerk von Georg Schreiber, in: Westfäl. Forsch. 10, 1957, S. 6 ff.
— Zur Vorgeschichte des Reichskonkordats aus den Jahren 1920 und 1921, in: Zs. der Savigny-Stiftung für Rechtsgesch. 75, Kan. Abt. 44, 1958, S. 237 ff.
— Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey. Düsseldorf 1960, S. 279 ff.
— Das Zentrum zwischen den Fronten, in: Der Weg in die Diktatur 1918—1933. München 1962, S. 95 ff.
— Die Deutsche Zentrumspartei zwischen Novemberrevolution und Weimarer Nationalversammlung, in: Dona Westfalica. Georg Schreiber zum 80. Geburtstage dargebracht von der Historischen Kommission Westfalens. Münster 1963, S. 239 ff.
— Die Rheinlande, Preußen und das Reich 1914—1945, in: Rhein. Vierteljahrsbl. 30, 1965 (z. Z. im Druck).
Muckermann, Friedrich: Tragikomisches von der Ruhr. Münster 1923.
Mulert, Hermann: Konfession und politische Parteien in Deutschland, in: Die Christliche Welt 47, 1933, Sp. 228 ff.
Muralt, Ferdinand: Politischer Katholizismus und politische Kultur in Deutschland, in: Hochland 30/II, 1933, S. 233 ff.
Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der Weimarer Republik, hrsg. von Karl Anton Schulte. Berlin, Leipzig (1929).
Neher, Anton: Konfession und soziale Schichtung im westlichen Deutschland (Bibliothek der Sozialwiss.). Rottweil 1931.
Neundörfer, Karl: Die politisch-religiöse Basis der Zentrumspartei, in: Die Schildgenossen 4, 1924, S. 135 ff.
— Zwischen Kirche und Welt. Ausgewählte Aufsätze aus seinem Nachlaß, hrsg. von Ludwig Neundörfer und Walter Dirks. Frankfurt a. M. 1927.
Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 (Beitr. zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 18). Düsseldorf 1961.
— Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Polit. Vierteljahresschrift 2, 1961, S. 262 ff.
Nobel, Alphons: Brüning (Männer und Mächte). Leipzig (1932).
[Offenstein, Wilhelm]: Der Kampf um das Reichsschulgesetz [Teil I]. 2., bedeutend vermehrte Aufl. der Schriften „Auf dem Wege zum Reichsschulgesetz" und „Wo bleibt das Reichsschulgesetz?" (Schulpolitik und Erziehung, Zeitfragen, H. 24). Düsseldorf (1925).
Otte, Waldemar: Das Zentrum in der deutschen Nationalversammlung in Weimar (Die dt. Katholiken und die neue Zeit, H. 1). Breslau 1919.
Papen, Franz von: Der Wahrheit eine Gasse. München 1952.
Pastor, Ludwig Frhr. von: Stiftspropst Dr. Franz Kaufmann 1862—1920. Freiburg i. Br. 1921. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, hrsg. von Wilhelm Wühr. Heidelberg 1950.
Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg (Beitr. zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 26). Düsseldorf 1964.
— Der deutsche Episkopat und das preußische Wahlrechtsproblem 1917/18, in: Vierteljahrsh. für Zeitgesch. 13, 1965, S. 345 ff.
Patin, Wilhelm: Beiträge zur Geschichte der deutsch-vatikanischen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten (Quellen und Darst. zur polit. Kirche, Sonderband A). Als Ms. gedr. Berlin 1942.
Peck, Joachim: Dr. Konrad Adenauer 1917—1952. [Ost-]Berlin 1952.
Pehl, Hans: Die deutsche Kolonialpolitik und das Zentrum (1884—1914). Phil. Diss. Frankfurt am Main. Limburg 1934.
Pesch, Heinrich: Nicht kommunistischer, sondern christlicher Sozialismus! Die Volkswirtschaft der Zukunft (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei, Nr. 4). Berlin 1918.
— Christlicher Solidarismus und soziales Arbeitssystem (Flugschr. des General-Sekretariats der studentischen Ortsgruppen der Dt. Zentrumspartei, Nr. 1). Berlin (1920).

Pfeiffer, Maximilian: Das Zentrum und die neue Zeit (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei, Nr. 1). Berlin 1918.
— Zentrum und politische Neuordnung (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei, Nr. 2). Berlin 1918.
— Kampf um die heiligsten Güter. Stimmen katholischer und evangelischer Kirchenbehörden (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei, Nr. 5). Berlin 1918.
— Deutschland vor dem Frieden. Berlin (1919).
Pfeilschifter, Georg (Hrsg.): Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg. Eine Abwehr des Buches La Guerre Allemande et le Catholicisme. Freiburg i. Br. ^{3}1916.
Pieper, August: Volksverein, Schulverein, Zentrumsverein (Soziale Auskunft 57). M.Gladbach ^{3}1921.
— Der deutsche Volksstaat und die Formdemokratie. M.Gladbach 1923.
Pieper, August (Hrsg.): Franz Hitze zum Gedächtnis. Erinnerungsblätter von Freunden. M.Gladbach 1921.
Pikart, Eberhard: Preußische Beamtenpolitik 1918—1933, in: Vierteljahrsh. für Zeitgesch. 6, 1958, S. 119 ff.
— Die Rolle der Parteien im deutschen konstitutionellen System vor 1914, in: Zs. für Politik NF 8, 1962, S. 12 ff.
Platz, Hermann: Die deutsche Kultur und der katholische Beamte (Kathol. Beamtenbücherei, H. 1). Köln 1929.
Politisches Jahrbuch 1925—1928, hrsg. von Georg Schreiber, 3 Bde. M.Gladbach 1925/1928.
Pribilla, Max: Politischer Katholizismus, in: Stimmen der Zeit 128, 1935, S. 342 ff.
Pritze, Johannes: Das Zentrum (Deutschnationales Rüstzeug Nr. 3). Berlin 1924.
Raederscheidt, G.: Die geistigen Grundlagen der Zentrumspartei, in: Abendland 4, 1929, S. 101 ff.
Rapp, Alfred: Die Parteibewegung in Baden 1905—1928. Karlsruhe 1929.
Reichardt, Fritz: Andreas Hermes. Neuwied a. Rh. 1953.
Reiß-Vašek, Edith: Die Umstellung der Zentrumspartei in den Jahren 1917—1919 und ihr publizistischer Widerhall in Süddeutschland mit besonderer Berücksichtigung der Haltung des „Badischen Beobachters", in: Gelbe Hefte VII/2, 1931, S. 595 ff., 659 ff.
Renner, Hermann: Georg Heim der Bauerndoktor. München 1960.
Rheinheimer, Hans: Die christlichen Gewerkschaften seit dem Zusammenbruch. Phil. Diss. Heidelberg 1923.
Rheinländer, Anton: Zentrum und Schulpolitik seit Weimar (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin (1924).
Rieder, Karl: Die Katholiken und der moderne Staat. Konstanz 1925.
Ringelmann, Richard: Die Bayerische Volkspartei. Ein Handbuch für die Wählerschaft. München 1920.
Ritter, Emil: Das Wesen der Deutschen Zentrumspartei. Referat, gehalten auf dem 2. Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei (Schriftenr. über die neuen Richtlinien der Dt. Zentrumspartei, H. 1). Berlin 1922.
— Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland. Breslau (1934).
— Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein. Köln 1954.
Röder, Adam: Der Weg des Zentrums (Ges. Reden und Schriften zur dt. Politik der Nachkriegszeit, H. 3). Berlin 1925.
Röhrken, Gustav: Die Zentrumspartei und ihr politisches Schrifttum im Kampf um die Selbständigkeit der Rheinlande. Phil. Diss. Münster. Bochum-Langendreer 1935.
Roeren, Hermann: Zentrum und Kölner Richtung. Trier 1913.
— Veränderte Lage des Zentrumsstreites. Trier 1914.
Rößler, Karl Joseph: Der Badische Landtag. Freiburg i. Br. 1949.
Rosenbaum, L.: Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847—1919. Frankfurt a. M. 1923.
Rosenberg, Alfred: Zentrum und BVP als Feinde des Deutschen Staatsgedankens (Völkisches Rüstzeug, H. 2). München 1924.
Rost, Hans: Die Parität und die deutschen Katholiken (Zeit- und Streitfragen der Gegenwart, Bd. 3). Köln 1914.

Rovan, Joseph: Le Catholicisme Politique en Allemagne (Histoire de la Démocratie chrétienne II). Paris 1956.
Ruether, Josef: Der katholische Staatsgedanke. Berlin 1925.
Runge, Wolfgang: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933 (Industrielle Welt, Bd. 5). Stuttgart 1965.
Ruppel, Edith: Zur Tätigkeit des Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland, in: Zs. für Geschichtswiss. 7, 1959, S. 297 ff.
Sacher, Hermann: Das neue Staatslexikon. Ein Programm, in: Jahresbericht der Görres-Gesellschaft für 1922. Köln 1922, S. 3 ff.
Schaffrath, Carl: Der Lokalisierungsprozeß der Zentrumspresse in der Rheinprovinz. Phil. Diss. Köln 1924 (Masch.).
Scharnagl, Anton: Staat und Kirche im neuen Reich, in: Görres-Gesellschaft, 1. Vereinsschrift 1921. Köln 1921, S. 12 ff.
Schauff, Johannes: Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871. Köln 1928.
Scheler, Max: Krieg und Aufbau. Leipzig 1916.
Schermann: Adolf Gröber, in: Württemb. Nekrolog für die Jahre 1918 und 1919. Stuttgart 1922, S. 169 ff.
Schieck, Hans: Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918. Phil. Diss. Heidelberg 1958 (Masch.).
Schieder, Theodor: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. München 1958.
Schiff, Victor: Die Höfle-Tragödie. Geschichte eines Justizmordes. Berlin 1925.
Schlund, Erhard OFM: Der Jungdeutsche Orden (Jungdo). München 1924.
— Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland. München 1924.
— Katholizismus und Vaterland. München [3]1925.
— Religion, Kirche, Gegenwart. München 1925.
Schmitt, Franz August: Der Solidarismus in dem neuen Programm der deutschen Zentrumspartei, in: Soziale Revue 22, 1922, S. 203 ff.
Schmittmann, Benedikt: Preußen-Deutschland oder Deutsches Deutschland? Bonn 1920.
Schöny, Otto: Die Rettung vor der Katastrophe. Die Politik des Kabinetts Marx unter dem Ermächtigungsgesetz und ihre Erfolge. Berlin (1924).
Schofer, Joseph: Erinnerungen an Theodor Wacker. Karlsruhe 1921.
— Politische Briefe über das alte und das neue Zentrum. Freiburg i. Br. 1922.
— Das Zentrum einst und jetzt. Karlsruhe 1924.
— Mit der alten Fahne in die neue Zeit. Freiburg i. Br. 1926.
Schreiber, Georg: Deutsche Kulturpolitik und der Katholizismus (Schriften zur dt. Politik, H. 1/2). Freiburg i. Br. 1922.
— Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches. Leipzig 1923.
— Grundfragen der Zentrumspolitik. Ein politisches Handbuch in Frage und Antwort. Berlin 1924.
— Zentrum und deutsche Politik. Ein Handbuch zu den Dezemberwahlen 1924. Berlin 1924.
— Joseph Mausbach (1861—1931). Sein Wirken für Kirche und Staat (Aschendorffs zeitgemäße Schriften 20). Münster 1931.
— Zwischen Demokratie und Diktatur. Persönliche Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches (1919—1944). Münster 1949.
— Der erste Entwurf des Reichskonkordats (1920/21), in: Gegenwartsprobleme des Rechts (Veröffentl. der Sektion für Rechts- und Staatswiss. der Görres-Gesellschaft, NF. H. 2). Paderborn 1950, S. 159 ff.
— Deutsche Kirchenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Gestalten und Geschehnisse der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Zeit, in: Hist. Jahrb. 70, 1951, S. 296 ff.
— Westdeutsche Charaktere. Daten und Erinnerungen an die Wissenschaftsgeschichte und Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte, in: Westfäl. Forsch. 9, 1956, S. 54 ff.
— Westdeutsche Wissenschaftspolitik im 20. Jahrhundert. Begegnungen mit W. Neuß, J. Mausbach, F. Hitze, ebd. 13, 1960, S. 71 ff.

Schrörs, Heinrich: Der Krieg und der Katholizismus. Kempten, München 1915.
— Deutscher und französischer Katholizismus in den letzten Jahrzehnten. Freiburg i. Br. 1917.
— Katholische Staatsauffassung, Kirche und Staat. Freiburg i. Br. 1919.
Schulemann, G.: Grundsätzliches zum Programm des Zentrums als einer christlich-demokratischen Volkspartei (Die dt. Katholiken und die neue Zeit, H. 5/6). Breslau 1919.
Schulz, Gerhard: Die CDU. Merkmale ihres Aufbaus, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953 (Schriften des Instituts für polit. Wiss., Bd. 6). Stuttgart, Düsseldorf 1955, S. 3 ff.
Schulz, Heinrich: Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes. Berlin 1926.
Schwering, Leo: Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union. Recklinghausen 1963.
Seibert, Margarete: Die großen politischen Parteien und die Erzbergersche Finanzreform. Rechts- und staatswiss. Diss. Greifswald 1934.
Sell, Friedrich: Die Außenpolitik des Zentrums. 2 Hefte. I. Waffenstillstand und Friedensvertrag; II. Reparationspolitik (Flugschr. der dt. Zentrumspartei 1924). Berlin (1924).
Senger, Gerhard: Die Politik der Deutschen Zentrumspartei zur Frage Reich und Länder von 1918—1928 (Hamburger Univ.-Abhdl. und Mitt. aus dem Seminar für öffentl. Recht, H. 27). Hamburg 1932.
Severing, Carl: Mein Lebensweg. 2 Bde. Köln 1950.
Snell, John L.: Die Republik aus Versäumnissen, in: Die Welt als Geschichte 15, 1955, S. 196 ff.
Sonnenschein, Carl: Der Katholizismus, in: Volk und Reich der Deutschen, hrsg. von Bernhard Harms. Bd. 1. Berlin 1929, S. 407 ff.
Spael, Wilhelm: Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert. Seine Pionier- und Krisenzeiten 1890—1945. Würzburg 1964.
Spahn, Martin: Deutsche Lebensfragen. Kempten, München 1914.
— Die Trennung der christlichen Volkspartei vom Zentrum, in: Die Grenzboten 79, 1920, S. 116 ff.
— Selbstbiographie, in: Deutscher Aufstieg, hrsg. von Hans v. Arnim und Georg v. Below. Berlin 1925, S. 479 ff.
— Für den Reichsgedanken. Historisch-politische Aufsätze 1915—1934. Festschrift für Martin Spahn zum 60. Geburtstag. Berlin, Bonn 1936.
[Spahn, Peter]: Festfeier der Zentrumsfraktion des Reichstags zum 70. Geburtstag ihres Ersten Vorsitzenden Dr. Peter Spahn am 23. Mai 1916. Berlin 1916.
Spiecker, Karl: Ein Jahr Marx. Die Rettung Deutschlands (Ges. Reden und Schriften zur Politik der Nachkriegszeit, H. 2). Berlin 1925.
Springer, Max: Loslösungsbestrebungen am Rhein (1918—1924). Berlin 1924.
Stadtler, Eduard: Erzberger und kein Ende, in: Die Grenzboten 80, 1921, S. 91 ff.
— Als Antibolschewist 1918/19 (Lebenserinnerungen, Bd. 3). Düsseldorf (1935).
Steffen, Franz: Deutschnationale Volkspartei, Christentum, Katholizismus. Berlin 1922.
— Das Zentrum einst und jetzt (Flugschr. der ostpreuß. Zentrumspartei, Nr. 4). Allenstein 1922.
Stegerwald, Adam: Arbeiterwähler und Zentrumspartei. Vortrag (27. Juli 1918). Krefeld (1918).
— Deutsche Lebensfragen. Vortrag, gehalten auf dem X. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen (Die Europäische Bücherei II). Berlin 1921.
— Zusammenbruch und Wiederaufbau. Berlin 1922.
— Aus meinem Leben. Berlin-Wilmersdorf 1924.
— Zentrumspartei, Arbeiterschaft, Volk und Staat. Berlin-Wilmersdorf (1929).
Steinke, Oskar: Es lebe die katholische Partei! Berlin 1925.
Stieler, G.: Zentrum und Arbeiterschaft (Zentrumspolitik in Preußen. Aufklärungsdienst des Landessekretariats der preuß. Zentrumspartei, Nr. 11). Berlin 1920.
Teipel, Heinrich: Krisis in der Zentrumspartei? (Flugschr. der „Bergischen Post"). Opladen (1920).
— Wir müssen aus dem Turm heraus! Gedanken zur Krise des deutschen Parteiwesens. Berlin 1925.
Thielmann, Josef: Die Presse der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands (Zeitung und Leben, Bd. XIII). München 1934.
Thieringer, Rolf: Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik. Phil. Diss. Tübingen 1954.
Thimme, Friedrich (Hrsg.): Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1916.

Thimme, Friedrich und *Rolffs, Ernst* (Hrsg.): Revolution und Kirche. Zur Neuordnung des Kirchenwesens im deutschen Volksstaat. Berlin 1919.
Thrasolt, Ernst: Dr. Carl Sonnenschein. Der Mensch und sein Werk. München 1930.
Tilmann, Engelbert: Die Abirrung des Reichstagszentrums von den katholischen Grundsätzen. Berlin 1918.
Tischleder, Peter: Staatsgewalt und katholisches Gewissen. Frankfurt a. M. 1927.
— Der katholische Klerus und der deutsche Gegenwartsstaat (Hirt und Herde, H. 16). Freiburg i. Br. 1928.
Treitz, Jakob: Michael Felix Korum, Bischof von Trier 1840—1921. München 1925.
Tremmel, Peter: Zentrum und Wohnungspolitik (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1924). Berlin 1924.
Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, hrsg. von Hans Baron. Tübingen 1924.
Ulitzka, Carl: Kirche und Republik, in: Fünf Jahre Reichsverfassung 1919—1924, hrsg. vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924. o. O.
— Erinnerungen, in: Archiv für schles. Kirchengesch. 12, 1954, S. 267 ff.
Ullmann, Hermann: Das Essener Programm. November 1920, in: Deutsche Rundschau 76, 1950, S. 897 ff.
Um Volk und Staat. Der Weg der deutschen Windthorstbunde, in: Das Junge Zentrum, H. 6/7, 1927.
Upclair, Sincton: Erzberger kommt wieder!!! (Deutscher Aufklärungsdienst für das In- und Ausland. Innere Politik, H. 1). Berlin (1920).
Vernekohl, Wilhelm (Hrsg.): Heinrich Brüning. Ein deutscher Staatsmann im Urteil der Zeit. Reden und Aufsätze. Münster 1961.
Verus: Der Herr Reichskanzler [Wirth], in: Deutsche Handels-Warte 10, 1922, S. 177 ff.
— Johann Giesberts, ebd. 10, 1922, S. 565 ff.
— Wilhelm Marx, ebd. 11, 1923, S. 53 ff.
— Dr. Felix Porsch, ebd. 11, 1923, S. 222 ff.
— Karl Herold, ebd. 11, 1923, S. 285 ff.
— Adam Stegerwald, ebd. 12, 1924, S. 129 ff.
— Christine Teusch, ebd. 12, 1924, S. 157 ff.
— Dr. Peter Spahn, ebd. 12, 1924, S. 252 ff.
Vigener, Fritz: Regierung und Parteien vor und nach der Revolution. Eine Wahlkampfrede (Aufklärungsschr. der DVP in Hessen, H. 7). Darmstadt 1919.
Vincke, Franziska: Die Arbeitnehmersozialpolitik des Zentrums unter besonderer Berücksichtigung ihrer ideologischen Grundlagen. Wirtschaftswiss. Diss. Münster. Bigge/Ruhr 1933.
Vockel, Heinrich: Die Zentrumspolitik der letzten 5 Jahre (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei). Berlin 1924.
Vogel, Rudolf: Deutsche Presse und Propaganda des Abstimmungskampfes in Oberschlesien. Phil. Diss. Leipzig 1931.
Volz, Hans: Novemberumsturz und Versailles 1918—1919 (Dokumente der dt. Politik, hrsg. von F. A. Six). Bd. III/1.2. Berlin 1942.
Wacker, Frieda: Die Haltung der Deutschen Zentrumspartei zur Frage der Kriegsziele im Weltkrieg 1914—1918. Phil. Diss. Würzburg. Lohr a. M. 1937.
Wagner, Georg — Amman, Rolf — Joos, Joseph: Die deutsche Jugendbewegung und die Partei (Schriftenr. des Reichsverbandes der Dt. Windthorstbunde, H. 5). Berlin (1922).
Walterbach, C.: Katholiken und Revolution. Eine Verteidigung gegenüber den Angriffen auf die Führer der deutschen Katholiken (Aus Kirche und Welt, H. 1). Berlin 1922.
Wannsee, Hans vom: Der Fraktionsführer [Fehrenbach], in: Deutsche Handels-Warte 14, 1926, S. 193 ff.
— Kanzler Marx, ebd. 15, 1927, S. 513 ff.
— Der Arbeitsminister [Brauns], ebd. 16, 1928, S. 421 ff.
— Adam Stegerwald, ebd. 15, 1929, S. 57 ff.
— Dr. Joseph Wirth, ebd. 15, 1929, S. 165 ff.
Warburg, Max M.: Aus meinen Aufzeichnungen. Glückstadt 1952 (Privatdruck).

Weber, Heinrich: Joseph Mausbachs gestaltende Mitarbeit an der neuen deutschen Reichsverfassung, in: Aus Ethik und Leben. Festschrift für Joseph Mausbach zur Vollendung des 70. Lebensjahres, hrsg. von Max Meinertz und Adolf Donders. Münster 1931, S. 232 ff.
— Franz Hitze, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 1 (Westfäl. Lebensbilder). Münster 1932, S. 318 ff.
[Weber, Helene]: Ernte eines Lebens. Blätter der Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h. c. Helene Weber am 17. März 1961, hrsg. von der Zentrale des Kathol. Deutschen Frauenbundes. Köln (1961).
Weber, Peter: Adam Stegerwald. Berlin 1932.
Weiß, Josef: Geheimrat Dr. Felix Porsch zum 75. Geburtstage, in: Academia 41, 1928, S. 8 ff.
Wende, Erich: C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik. Stuttgart 1959.
Wentzcke, Paul: Ruhrkampf. Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. 2 Bde. Berlin 1930/1932.
— Der Freiheit entgegen! Deutscher Abwehrkampf an Rhein, Ruhr und Saar. Berlin 1934.
Werner, Ruth: Die Wiener Wochenschrift „Das Neue Reich" (1918—1925). Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Katholizismus (Breslauer Histor. Forsch., H. 9). Breslau 1938.
Westarp, Graf: Am Grabe der Parteiherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918—1932. Berlin (1932).
Weymar, Paul: Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie. München 1955.
Wilhelm, Louise: Matthias Erzberger im Deutschen Reichstag 1903—1914. Phil. Diss. München 1962.
Wirth, Joseph: Unsere politische Linie im deutschen Volksstaat (Ges. Schriften zur dt. Politik der Nachkriegszeit, H. 1). Berlin 1924.
— Reden während der Kanzlerschaft. Berlin 1925.
— Die Festigung der Republik, in: Friedrich Ebert und seine Zeit. Ein Gedenkwerk über den ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik. Charlottenburg o. J., S. 303 ff.
— Le Centre allemand dans la nouvelle Europe, in: L'Esprit International Nr. 2, 1927, S. 147 ff.
— Das Zentrum zwischen den Parlamenten, in: Deutsche Republik 2, 1928, S. 909 ff.
Wirth, Joseph (Hrsg.): Der Aufbruch. Republikanische Flugschriften. Berlin, Frankfurt a. M. 1926.
Wolf, Alfred: Politik der christlichen Verantwortung. Breslau 1924.
Wynen, Arthur: Ludwig Kaas. Aus seinem Leben und Wirken. Trier 1953.
Zach, Lorenz: 50 Jahre Zentrum. Wirtschafts- und Sozialpolitik im Reichstag 1870—1921 (Schriftenr. des Reichsgeneralsekretariats der Dt. Zentrumspartei, Nr. 1). Berlin 1921.
Zeender, John K.: The German Center Party during World War I, in: The Catholic Historical Review 42, 1957, S. 441 ff.
— The German Catholics and the Presidential Election of 1925, in: The Journal of Modern History 35, 1963, S. 366 ff.
— German Catholics and the Concept of an Interconfessional Party 1900—1922, in: Journal of Central European Affairs 23, 1964, S. 424 ff.
Zentrophilus: Zeitgemäße Erneuerung des Zentrums! Hildesheim (1929).
Zentrum, Vierzig Jahre Zentrum! Der Reichsausschuß der Zentrumspartei! Das Zentrums-Programm erläutert durch Freiherrn von Hertling, Dr. Porsch, Dr. von Orterer, Dr. Schädler, Freiherrn von Landsberg, Dr. Carl Bachem. Berlin 1911.
Zentrumspolitik. Neun Jahre Zentrumspolitik. Leistung und Aufgabe (Flugschr. der Dt. Zentrumspartei 1928). Berlin 1928.
[Zentrum]. Die Beteiligung des Zentrums an der Regierung (Zentrumspolitik in Preußen. Aufklärungsdienst des Landessekretariats der Dt. Zentrumspartei, Nr. 1). (Berlin) 1919.
Das Zentrum eine konfessionelle Partei? Ein Beitrag zur Frage des interkonfessionellen Charakters (Polit. Bibl. H. 3, hrsg. vom Verband der Windthorstbunde Deutschlands). Elberfeld (1910).
Zentrum und Landwirtschaft in der Deutschen Nationalversammlung, hrsg. vom Reichsgeneralsekretariat der Dt. Zentrumspartei. Berlin (1919).
Der Zentrumswähler. Politischer Kalender für das Jahr 1912 [2. Jg.]. Bühl/Baden [5]1911.
Der Zentrumswähler für das Jahr 1920 [5. Jg.] — 1924 [8. Jg.]. Bühl/Baden.
Ziegler, Wilhelm: Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk. Berlin 1932.

Personenregister

Abs, Joseph 221
Adams, Clemens 395
Adenauer, Konrad 25, 48, 118, 120 ff., 126 ff., 195, 202, 207, 246 ff., 253, 256 ff., 263, 265, 267, 274, 382 f., 427, 452, 455, 467 f., 477 f., 490, 509 ff., 515, 530 f., 533 ff., 539 ff., 543 ff., 551, 592, 609.
Albersmann (Gewerkschaftler) 352, 436.
Albert, Heinrich 253, 307, 395, 551.
Allekotte, Joseph 150, 192, 258.
Althoff, Friedrich 34.
Amelunxen, Rudolf 21.
Andre, Josef 25, 185, 187, 190 ff., 196, 354, 393, 397, 403, 475, 479, 523, 529 f., 575, 619.
Aretin, Heinrich Frhr. von 74.
Astor, Jacob 150.
Auffenberg (Rechtsanwalt) 292.

Bachem, Carl 16 ff., 27, 36 f., 39 ff., 44 f., 47, 52, 55 ff., 63 ff., 70 f., 73, 84 ff., 98, 103 f., 110, 113 f., 127, 136 f., 139 ff., 145, 163, 171 f., 174, 185 ff., 193, 199 f., 215, 233, 235 ff., 255 ff., 261 ff., 273 f., 277 f., 282, 284, 290, 297 ff., 301 f., 304, 308 f., 312 ff., 329 f., 332, 334, 342, 356, 359, 390, 392, 396 ff., 402, 404, 427, 432, 443, 453 f., 467 f., 473 f., 478 f., 483, 509, 511, 560 f., 563 ff., 583, 592, 595, 599 ff., 608.
Bachem, Franz Xaver 38, 56, 66, 70 f., 100, 104, 123, 127, 129, 137, 203, 262, 297, 589.
Bachem, Fridolin 599.
Bachem, Julius 36 f., 39 ff., 50, 53 f., 57, 71, 94, 371, 574, 621.
Bachem, Robert 230, 598.
Bachem-Sieger, Minna 93.
Bacmeister, Walter 249.
Bassermann, Ernst 52.
Batocki-Friebe, Adolf von 94, 120.
Bauer, Gustav 54, 187, 189, 191, 206, 267, 274, 278, 283 f., 303, 305, 307, 384, 421, 461, 488.
Baumann, Carl 361.
Baumgarten, Paul Maria 193, 264, 274.
Baur, Hugo 63, 97.
Becher, Luise 21.
Becker-Arnsberg, Johannes 19, 81, 88, 94, 99 ff., 163, 171, 228, 286, 292, 304, 326, 360, 380, 389, 396, 400, 410, 414, 423 f., 430, 449, 456, 517, 523, 573, 617.
Becker-Hessen, Johannes 163, 445.
Becker-Nassau, Josef 150, 164.
Behrens, Franz 41, 521.
Bell, Johannes 17, 19 f., 22, 39, 73, 83, 100, 121, 126, 150, 164, 169 f., 187 ff., 193, 203, 234, 244 f., 256, 259, 265, 283 f., 296, 303, 307, 326, 335, 354, 356, 381, 385, 411 f., 449 f., 454 f., 460 ff., 465, 480, 504, 526 ff., 560.
Benedikt XV. 41, 55, 75.
Benigni, Umberto 39, 98.
Bergen, Diego von 109, 280 f., 385, 405, 493, 495.
Bergmann, Carl 385.
Bergmann, Johann 100, 154, 267, 426.
Bergmann, Theodor 150.
Bernhard, Georg 159.
Berning, August H. 373, 471.
Bernoth, Eduard 395.
Bertram, Adolf 46, 60, 65, 111, 114, 134, 333.
Bethmann Hollweg, Theobald von 42, 54, 56 f., 61, 67, 562.
Bettinger, Franciscus von 41.
Beyer, Eduard 344.
Beyerle, Konrad 22, 25, 80, 150, 160, 164, 192, 196 ff., 205, 238 ff., 290, 294, 392, 479, 489 f., 570, 573, 587.
Bayersdörfer, Michael 436.
Biesenbach, Gustav 277, 330, 334.
Bismarck, Otto Fürst von 35, 41, 142, 379, 578.
Bitta, Joseph 150, 183.
Bitter, Franz 37, 39.
Bitter, Wilhelm 601.
Blank, Lorenz 150.
Blos, Wilhelm 86.
Blum, Johannes 326, 398, 444, 468, 503.
Bock, Lorenz 25.
Bollig, Fritz 108, 130, 154 f., 261, 468.
Bolz, Eugen 19, 24 f., 163, 186, 192, 235, 295, 307, 321, 329 f., 332, 356, 358, 380, 410, 424, 427 f., 461, 464, 489, 507 f., 564.
Bornefeld-Ettmann, Franz 324, 523.
Boss (Rechtsanwalt) 597.
Bothmer, Karl Graf 317.
Brandts, Franz 131, 572.

Brauer, Theodor 38, 133, 178, 370, 372, 376 394 f., 425, 427, 471.
Braun, Heinrich 112.
Braun, Otto 343 f., 426, 534, 540, 546.
Brauns, Heinrich 16, 19, 36, 49, 71, 95 f., 99 f., 105, 122, 131, 140, 147, 155, 160, 164, 168 ff., 187 f., 192 f., 196 f., 213, 216, 221 f., 224 ff., 232, 241 f., 245, 260, 264, 267, 285 f., 288 ff., 306, 321, 323, 325, 329 f., 332 f., 342 f., 346 ff., 353, 355 f., 360, 362 ff., 379, 382 f., 385, 387, 391, 394, 396 f., 411, 421, 428, 430, 432 f., 436, 469 ff., 474, 479, 481, 483, 500, 510 ff., 514, 516 f., 521, 523, 525 f., 530 f., 537, 539, 542, 546 ff., 555, 582, 584 f., 588, 605, 609 f., 613, 619 ff.
Brauweiler, Heinz 47.
Brecht, Arnold 395, 416.
Bredt, Johann V. 18, 62.
Breitscheid, Rudolf 124, 126 f., 395, 411.
Brentano di Tremezzo, Otto von 86, 93, 127, 129, 150, 154, 172, 296, 324, 330, 333, 336.
Breuer, Joseph 277.
Briefs, Götz 120, 122, 131, 224, 229, 290.
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 117, 186, 260, 387.
Brüggemann, Fritz 123 f., 204.
Brüning, Heinrich 25, 27, 222, 242, 244, 299, 370, 375, 378, 383, 387, 517 f., 611 f., 617.
Brugger, Philipp 506 ff.
Brunner, Gottfried 36, 39.
Brust, August 352.
Buchner, Max 475, 477 f.
Bülow, Bernhard Fürst von 34, 52, 54, 57, 365, 561 f.
Bülow, Bernhard W. von 495.
Buhl, Franz von 64, 274.
Buhla, Ernst 593 f.
Burlage, Eduard 19, 81, 150, 168, 213, 225 f., 244, 292 f., 303, 326, 342, 354, 360 ff., 398, 400, 410, 436, 575 f., 587 f., 595, 621.
Busch, Wilhelm 165, 171, 256, 354, 465.

Calker, Fritz van 446.
Cardauns, Hermann 25, 36, 38, 40 f., 52, 57, 73, 79, 84, 121, 123, 154, 560, 567, 569 f., 574, 593.
Cathrein SJ., Viktor 134.
Clémenceau, Georges 122.
Clive, Sir Sidney 253, 259.
Coels von der Brügghen, Franz Frhr. von 154.
Cohausz SJ., Otto 134.
Cohnstaedt, Wilhelm 511.
Colshorn, Hermann 148.
Cramer-Klett, Theodor Frhr. von 472.
Cremer, Arnold 597.
Crone-Münzebrock, August 356.
Cuno, Wilhelm 307, 385, 487, 490, 499 ff., 505 ff., 512 ff., 518 f., 524, 531.

David, Eduard 109, 165, 168, 182, 184, 187, 190 f., 225, 259, 278.
Deermann, Bernhard 172.
Delbrück, Clemens von 35.
Delbrück, Hans 273.
Dernburg, Bernhard 174.
Dessauer, Friedrich 20, 594, 599, 601, 609, 619.
Dieterich, Alfred 113.
Dietrich-Potsdam, Hermann 164.
Diez, Carl 19, 97, 150, 163, 190, 192, 326, 354, 364, 396.
Dombrowski, Erich 578.
Donders, Adolf 234.
Dorten, Adam 24, 118, 121, 203, 205, 246 f., 250, 254, 257 f., 260 f., 263, 267 f., 506.
Dransfeld, Hedwig 19, 129, 140, 142 f., 145, 150, 185, 207, 292 f., 295, 325 f., 404, 430, 436, 477, 482, 551, 554, 566, 587, 592, 597.
Dreckmann, Carl 318.
Droste zu Vischering, Clemens Graf 52.
Dunkmann, Karl 134 f., 230, 290, 471.

Eberle, Joseph 131.
Ebers, Godehard J. 239 f.
Ebert, Friedrich 73, 84, 89, 114 f., 117, 176, 183 f., 187 f., 190 f., 212, 274, 305, 331, 379, 382 f., 411, 419 f., 484, 488, 490 f., 499, 539, 549, 551 f.
Eckert, Christian 123.
Egger OSB., Augustin 237.
Ehlen, Nikolaus 457, 472.
Ehrhardt, Franz 150, 227 f., 343, 528, 554.
Eibl, Hans 195.
Eisele, Hans 52, 56 f., 62, 64 f., 70, 282, 302, 311 f., 314.
Eisner, Kurt 118.
Elfes, Wilhelm 295 ff., 352, 394, 397.
Emminger, Erich 554.
Ersing, Joseph 20, 148, 150, 160, 222, 228, 231, 361, 379, 489.
Erzberger, Matthias 18 f., 23 ff., 27, 34, 36, 44, 51, 54 ff., 61 ff., 69 f., 72 ff., 84, 87 f., 90 ff., 96, 100 f., 104 f., 109, 114, 125, 127 ff., 133, 137 ff., 160, 163 f., 167 f., 170, 172 ff., 179 ff., 193, 204, 225, 234, 239, 242 ff., 255 ff., 259 f., 267 f., 273 ff., 278, 280, 282, 284, 286, 293 ff., 306, 308 f., 312, 314, 317 f., 323, 326, 333 f., 343, 346, 348, 354 f., 360 ff., 387 f., 391 ff., 408, 411, 428, 430, 434, 439, 443, 457 f., 466, 491 f., 500, 560 f., 563, 567,

575, 579 f., 584 f., 588, 604, 608, 610, 614, 616 f., 621.
Eßer, Thomas 20 f., 54, 155, 223 ff., 288, 319, 350, 436, 489, 500, 507, 510 ff., 518, 531 f., 587.
Esser OP., Thomas 39.
Everling, Otto 333.

Falk, Bernhard 256, 258 f., 534.
Farwick, Wilhelm 248.
Faßbender, Martin 89, 118, 120, 208, 276, 341, 615.
Faulhaber, Michael von 194, 239, 402, 476 ff., 547, 610.
Fehrenbach, Constantin 18 f., 39, 49, 51, 55 f., 63, 65, 72 ff., 83 ff., 88 f., 110, 123, 133, 160, 164, 168, 174, 181, 183, 281, 286, 290 ff., 295, 299 ff., 303, 323, 325, 329 ff., 339 f., 342, 345 ff., 353 ff., 359 f., 365, 379, 384 ff., 394 ff., 399, 420, 431 f., 435 f., 503, 505, 508, 553, 560, 568, 574, 578, 580, 587, 606, 608, 611.
Feinhals, Fritz 100.
Finke, Heinrich 22.
Fleischer, Paul 37, 343.
Foch, Ferdinand 253.
Foerster, Friedrich W. 604.
Fonk, Wilhelm 228, 524, 597 f.
Fortmann, Franz 91, 324, 384, 398, 575, 605.
Fournelle, Heinrich 37.
Franckenstein, Moritz Frhr. von 63, 74.
Frerker, Wilhelm 151.
Friedrich II. von Baden 85.
Fritzen, Aloys 49, 52.
Froberger, Joseph 118, 123, 126, 250, 253 ff., 262.
Frühwirth, Andreas 38.
Fuchs, Johannes 516, 518 f., 523, 525 f., 532, 534, 538, 555.
Fürstenberg, Ferdinand Frhr. von 238.
Funk, Carl 600.

Gail, Baron de 509.
Galen OSB., Augustin Graf von 238.
Galen, Clemens Graf von 194, 429, 471, 481.
Galen, Friedrich Graf von 69, 73 f., 562.
Garnich, Hugo 356.
Gasparri, Pietro 281, 405, 519 f.
Gerig, Otto 44.
Gerlach, Heinrich 74.
Gerstenberger, Liborius 129, 151, 155.
Geßler, Otto 331, 333, 336, 340, 342, 421, 488, 493, 495, 516, 531, 533, 538, 546, 577.
Getzeny, Heinrich 595.
Geueke, Franz 506.
Giesberts, Johann 20, 22, 51, 55, 57, 61, 67, 84, 89 f., 102, 135, 160, 164, 168, 170, 184, 186 f., 190, 192, 221, 223, 226, 241, 245, 290, 296, 301, 307, 311, 317, 319, 332 f., 345 f., 350, 352, 355, 361, 363 f., 366, 378 f., 385, 387, 394, 397, 421, 445, 449, 512, 516 f., 553, 577.
Gilsing, Anton 71, 176, 228, 534.
Glowatzki, Joseph 51.
Gördes, Hugo 285.
Göring, Hermann 541, 592.
Görres, Karl 238, 312, 563.
Gosewinkel (Lehrerin) 145, 172, 287.
Gothein, Georg 183.
Gottwald, Adolf 214.
Graf, Eugen 25, 365, 436.
Graßmann, Peter 460.
Grauert, Hermann von 79.
Graw, Josef 436.
Grebe, Friedrich 80, 88, 187, 215, 220, 344, 355 f., 358, 426 f., 554.
Gröber, Adolf 19, 25, 48 f., 51 f., 55 ff., 63, 65 ff., 70, 72 ff., 80, 82 ff., 88, 103, 110, 127, 129, 132, 160, 163 ff., 169 f., 176 ff., 182 f., 185, 187, 189, 192, 196 ff., 201 f., 209 f., 212 ff., 217, 219, 226, 231, 239 f., 273, 278, 281, 286, 291, 296, 325, 559 ff., 577 ff., 587, 621.
Groener, Wilhelm 119, 332, 417, 421, 445.
Gronowski, Johannes 20, 83, 100, 116, 196, 241, 313, 323, 352, 357, 430, 505, 584 f., 606, 609, 616.
Grunau, August 151.
Grunenberg, Andreas 277, 352.
Guérard, Theodor von 20, 324 f., 410, 449, 460, 510 f., 517, 520, 543, 548, 554.
Gutsche, Wilhelm 518.

Haas, Ludwig 267.
Haase, Hugo 89, 109, 112, 124.
Hackelsberger, Albert 20.
Haecker, Theodor 134 ff., 147, 195, 230.
Hähling von Lanzenauer, Heinrich 319, 335.
Haenisch, Konrad 111, 115 ff., 166, 212, 256, 264, 276.
Haeuser, Philipp 25, 238, 457.
Hagemann, Josef 151.
Hagen, Louis 260, 535 f.
Hagen, Rudolf von dem 90.
Hager, Paul 80, 90, 165, 320, 342, 350.
Hahn, A. 203.
Hamacher, Wilhelm 395, 432, 441.
Hamm, Eduard 505, 511, 555.
Hammer, Joseph 18.
Hamspohn (AEG-Direktor) 123, 536.
Haniel von Haimhausen, Edgar 280 f., 355.

Hankamer, Wilhelm 81, 99, 100, 111, 118, 154, 252, 298, 564, 584, 600 f.
Hansen, Joseph 25, 35, 119.
Harden, Maximilian 54.
Harding, Warren G. 356.
Hartmann, Felix von 44, 59 f., 111, 113 f., 116, 122, 134.
Hartmann, Ludo M. 231.
Hassell, Ullrich von 20, 493.
Haußmann, Conrad 84, 164, 167, 183, 185 f., 191, 196, 203, 210 f., 215, 299, 569.
Hebel, Benedikt 151, 155.
Heilbron, Friedrich 606.
Heile, Wilhelm 205.
Heim, Georg 87 f., 164, 176, 190, 192, 280 ff., 309, 316, 324, 409, 467.
Heine, Wolfgang 204, 206, 306.
Heinen, Reinhold 138, 371, 598.
Heiner, Franz 38 f.
Heinrichs, Adolf 60.
Heinze, Rudolf 329, 333.
Held, Heinrich 56, 280, 468.
Helfferich, Karl 55, 245, 293 f., 299, 361, 364, 392, 423, 449, 458, 524 ff.
Heller, Vitus 467.
Hellpach, Willy 25, 386, 578, 613.
Hemmer, Heinrich 389, 395, 563, 616.
Hemmerle, Eduard 575.
Henry, Johannes 21, 133.
Hergt, Oskar 392, 459.
Hermes, Andreas 20, 307, 332 f., 346, 379, 382, 385, 421, 424, 425, 435, 445 f., 449 f., 452, 485 f., 500, 505 ff., 510, 513 f., 519, 524.
Herold, Carl 19, 49, 51, 55, 57 f., 73, 110, 125, 127, 129, 159 f., 164 f., 170, 183, 185, 187 f., 192, 242, 244 f., 257, 275, 286, 288 f., 292 f., 303 f., 307, 315, 326, 354, 356 f., 374, 387, 398, 410 ff., 424, 426, 434 f., 449, 505, 523, 575, 578, 580, 587, 597.
Herschel, Hans 114, 119, 134, 137, 151, 170, 303 f., 326, 340 f., 343, 345, 348, 366, 398, 400, 410, 420, 471, 570, 572, 575 f.
Hertling, Georg Frhr. (Graf) von 21 ff., 33 ff., 37 ff., 47, 51 f., 54 ff., 60, 63, 65 ff., 70 ff., 79 f., 559 f., 562, 580, 613, 621.
Heß, Joseph 19, 119, 136, 140, 154 f., 165 f., 168, 171 f., 201, 207, 212, 230, 249, 252, 255, 257, 260, 275 ff., 280, 297, 322, 403, 458, 504, 506, 508, 587, 613 ff.
Heßberger, Maria 129.
Heuss, Theodor 118, 120, 182, 189, 210, 214.
Heydebrand und der Lasa, Ernst von 70.
Hieber, Johannes von 424.
Hildenbrand, Karl 379, 385, 423.
Hilferding, Rudolf 521, 524 ff.
Hille (Rechtsanwalt) 591.
Hilngrainer, Josef 17, 23, 88, 139, 141, 308, 511.
Hindenburg, Paul von 484, 494.
Hirsch, Paul 116, 120, 183 f., 255, 263.
Hirtsiefer, Heinrich 20, 427, 587.
Hitler, Adolf 165, 494, 508, 538, 579.
Hitze, Franz 19, 36, 48, 51, 73, 110, 131, 155, 160, 164, 170, 182, 196 f., 213, 222, 226 f., 260, 292 f., 324 ff., 364, 366, 368, 394, 398 ff., 434 f., 441, 560, 564, 571 f., 580, 587 f., 620 f.
Hoeber, Karl 23, 100, 107, 118, 121 ff., 172, 203, 252, 262 f., 268, 477, 578.
Höfle, Anton 135, 325, 395, 409, 462, 517, 523, 525 f., 542, 546 ff., 550, 555, 593 f.
Hörsing, Friedrich 343.
Hoffmann, Adolf 104, 110 ff., 120, 124, 135 f., 141, 148 f., 166, 320, 366.
Hofmann, Josef 103, 113.
Hofmann-Ludwigshafen, Hermann 20, 267, 436, 481 f., 510, 575.
Holdermann, Friedrich 61.
Hommerich, August 49, 91, 105, 139, 352, 385, 560.
Hompesch, Alfred Graf von 34, 559, 571, 599.
Horn, Albert 51.
Hüffer, Georg 17.
Hundhammer, Alois 155, 280.

Ilges, Walther 26, 121 ff., 127 f., 202, 246, 249, 251, 254.
Imbusch, Heinrich 151, 221, 224 ff., 580.
Irl, Martin 151, 164, 283.
Isenmann, Eduard 361.
Itschert, Peter 82, 90, 171, 588.

Jaeger, Eugen 51.
Jarres, Karl 21, 532 ff., 538 ff., 545, 551.
Jaud, Josef 151.
Jörg, Josef 93, 107, 126, 251, 275, 277, 286, 571, 573 ff.
Joos, Joseph 18 ff., 59, 80 f., 95 f., 100, 107, 130, 151, 154, 160, 185, 199, 249, 278, 324, 334, 350, 352, 373, 385, 387, 397, 400 f., 403 f., 406, 408 f., 412, 416, 421, 434, 436 ff., 457, 464, 466, 471, 473, 476 f., 479, 485, 496, 502, 504, 506 ff., 512, 519, 528, 536, 548 ff., 553, 565, 568, 572, 574, 579, 585, 587, 613, 617.

Kaas, Ludwig 20, 25, 27, 81, 115, 151, 155, 160, 169, 177, 203 f., 212, 215, 217 f., 220, 230, 233, 235, 249, 258, 260, 262, 266, 281, 286, 289, 324, 343, 361, 382, 411 f., 427, 432,

434, 454, 506 f., 512, 542, 546, 552, 554, 587, 618, 620.
Kahr, Gustav von 401, 476.
Kaiser, Jakob 100, 222, 290, 377, 404, 585, 587.
Kamp, Kaspar 165.
Kamper, Walter 519, 522, 531 f., 534, 539, 544.
Kannengießer, Josef 129, 138, 383.
Kapp, Wolfgang 300, 302 f., 305 f., 308 f., 312, 323, 407, 460, 499.
Kardorff, Siegfried von 333, 551.
Kastert, Bertram 86 f., 93, 95, 100, 105, 118, 120 ff., 202 f., 207, 248, 253 f., 256 ff., 262.
Katzenberger, Hermann 435, 444, 575, 588, 590 ff., 595 ff., 602.
Kaufmann, Carl Maria 36, 39, 41, 238.
Kaufmann, Franz 58.
Kautsky, Karl 112.
Keil, Wilhelm 383, 401, 569.
Kerckerinck zur Borg, Engelbert Frhr. von 154 f., 287, 436, 467.
Kern, Albert 597.
Kessler, Harry Graf 84.
Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von 375.
Kiefl, Franz X. 25, 238.
Kiene, Johannes 86, 172.
Kleine-Nathland, Hermann J. 318.
Klingemann, Karl 248.
Klöcker, Alois 44, 58, 156, 158, 160, 325, 589.
Klöckner, Florian 319, 359, 424, 436, 450, 587 f., 604.
Klöckner, Peter 21.
Kloft, Christian 43, 276, 352.
Kneer, August 276, 312.
Koch, Johann 152.
Koch-Weser, Erich 217, 513.
Köhler, Heinrich 19, 24, 39, 84 f., 172, 307, 370, 376, 385 f., 451 f., 491, 515, 562, 593, 600.
König, Christoph 90.
Köpke, Gerhard 109.
Köster, Adolf 421, 424, 488.
Koeth, Joseph 526.
Konen, Heinrich 305, 595.
Kopp, Georg von 37, 41, 49, 295.
Korum, Michael Felix 37, 180 f., 239, 297, 323.
Koßmann, Bartholomäus 89, 159.
Kreutz, Franz 152.
Kries, Wolfgang von 356.
Krone, Heinrich 593 f., 617, 620.
Kruchen, Eduard 101.
Krupp von Bohlen-Halbach, Gustav 494.
Kubetzko, Josef 152.
Kuckhoff, Joseph 87, 100, 122, 127, 140, 202 f., 248 ff., 253 f., 256 ff., 262 f., 266.
Kühlmann, Richard von 67 f., 72.
Külz, Wilhelm 351.
Kümmel, Conrad 23.
Kuenzer, Hermann 616.
Kunze, Otto 313, 391, 401, 417, 430, 482, 522.

Lammers, Clemens 20, 459, 493, 495, 524, 526.
Landsberg, Otto 124, 139, 184, 284.
Landsberg-Vehlen, Engelbert Frhr. von 313.
Lange, Robert 596 f.
Lauscher, Albert 20, 80, 83, 119, 131, 198 ff., 205 ff., 211, 213 f., 216, 222, 225, 227 f., 231, 239, 241, 265 ff., 276, 291, 324, 344, 349 ff., 354, 379, 412, 432, 448, 453 f., 456, 502 f., 506, 509 f., 529, 545 f., 611, 613 ff., 620.
Legien, Carl 304, 307.
Leicht, Johann 155, 281, 283, 332, 505, 513 f., 572, 574.
Leidig, Eugen 303.
Leinert, Robert 356.
Lejeune-Jung, Paul 404.
Lender, Franz X. 159.
Lensing, Lambert 66, 100, 108, 127, 308, 374, 377, 397 f., 436, 534, 604.
Leo XIII. 98, 240, 440.
Lerchenfeld, Hugo Philipp Graf von und zu 402, 462.
Letterhaus, Bernhard 38.
Leweke, Adolf 372.
Lieber, Ernst 34 f., 37, 298, 559, 561, 565 f.
Liebknecht, Karl 118.
Linneborn, Johannes 218 f.
Linz, Wilhelm 58, 165, 171.
Lloyd George, David 398, 443, 449, 451.
Loë, Clemens Frhr. von 154, 275, 277, 288.
Löbe, Paul 212, 214, 415.
Loebell, Friedrich W. von 34.
Loenartz, Friedrich 194, 260, 450, 509, 511, 537.
Löwenstein-Wertheim, Alois Fürst von 60, 129, 273, 293, 295, 308, 315, 317, 392, 402, 432, 436, 467 f., 509, 587, 592.
Löwenstein-Wertheim, Karl Fürst von 154.
Ludendorff, Erich 476.
Lüninck, Hermann Frhr. von 127, 232, 236, 238, 314 f.
Lüttwitz, Walther Frhr. von 305.
Luther, Hans 250, 519, 521, 524, 526 f., 531 ff., 537 ff., 549, 577.
Luther, Martin 493.

Lutz, Otto 238.

Maas, Georg 149.
Maercker, L. R. Georg 189, 191.
Magnis, Anton Graf 74.
Maier-Hultschin, Johannes Carl 370, 375.
Mallinckrodt, Hermann von 313.
Mangin, Charles M. E. 252 ff., 257 ff.
Martin, Alfred von 436.
Marx, Wilhelm 14, 16, 21, 39, 48, 57, 61, 81 ff., 88, 93, 95, 99 f., 103, 105, 107 ff., 113, 119 ff., 126 f., 135, 164 f., 168 f., 175, 190, 192, 210, 212, 214 ff., 219 f., 233 f., 238, 245, 265, 273, 289 f., 319, 336, 353, 360, 385, 387, 398, 402, 410, 412 ff., 419, 420, 423, 430 ff., 442, 444, 446 ff., 451, 453, 456 ff., 463 f., 466, 469, 472 ff., 477, 480 f., 483 f., 486 ff., 490, 492 f., 499 ff., 517 ff., 530, 541, 544, 547 ff., 561, 564 f., 571, 576 ff., 587, 595, 598, 602, 611 f.
Maus, Heinrich 203, 512, 598.
Mausbach, Joseph 20, 22, 41, 53, 81 f., 133, 136 ff., 155, 160, 165, 168 f., 173 f., 182, 196 ff., 204, 208, 210 ff., 231 ff., 237 ff., 286 f., 289, 306, 324, 478, 566, 595, 620.
Max, Prinz von Baden 72 f., 561, 567, 573, 608.
Maxen, Wilhelm 152, 155.
Mayer-Kaufbeuren, Wilhelm 19, 21, 73, 128, 133, 163, 187 ff., 283 f., 306, 316, 331, 379, 381, 489 f.
Meerfeld, Johannes 64, 115, 121, 123, 128, 207, 219, 258, 540, 545.
Meinecke, Friedrich 120.
Melchior, Carl 385.
Merkle (Chefredakteur) 316.
Michaelis, Georg 57, 67.
Mönnig, Hugo 203, 261, 303, 397, 431, 436, 453, 468, 511, 587, 598.
Moldenhauer, Paul 112, 118, 120, 250, 372, 536, 543.
Mosler (Oberlandesgerichtsrat) 276.
Muckermann SJ., Friedrich 48, 508.
Mühlberg, Otto von 42.
Müller, Adolf 109, 183, 284.
Müller, Karl 118, 266.
Müller, Richard 136.
Müller-Franken, Hermann 186, 307, 329, 331, 343, 446, 463 f., 489, 513.
Müller-Fulda, Richard 17, 20, 22 f., 51 f., 55, 64, 129, 152, 160, 163 f., 170, 185, 187 f., 193, 233, 273 ff., 301, 325, 560, 580.
Müller-Hoberg (Kommerzienrat) 597.
Müller-Neuwied, Heinrich 165.
Münstermann, Walter 605.
Mumm, Reinhard 215.
Naumann, Friedrich 33, 44, 47, 53, 148, 167, 188, 197 f., 209 f., 375.
Naumann, Victor 189.
Neuhaus, Agnes 143, 196, 325, 398.
Neumann, Sigmund 13, 25, 607.
Neundörfer, Karl 25, 33, 618.
Neuß, Wilhelm 112, 125.
Neuber, Franz 165.
Nienkemper, Fritz 40, 280.
Nörber, Thomas 85.
Noppel SJ., Alfons 565.
Noske, Gustav 182, 184, 190, 302, 306.

Oeser, Rudolf 283.
Offenstein, Wilhelm 215, 619.
Oppenhoff, Joseph 349.
Oppersdorff, Hans Graf von 37, 39, 44.
Otte, Waldemar 152, 190 f.

Pacelli, Eugenio 14, 168, 174, 235, 281, 338.
Paehler, Max 433.
Papen, Franz von 447, 604.
Payer, Friedrich von 190.
Perlitius, Ludwig 587.
Pesch SJ., Heinrich 132, 595.
Petersen, Carl 505.
Pfeiffer, Anton 88, 313.
Pfeiffer, G. 605.
Pfeiffer, Hans 147, 352, 375, 428, 441 f., 470 ff.
Pfeiffer, Maximilian 21, 57, 62, 73, 88 ff., 98, 104 ff., 110, 115 f., 119, 127, 129, 135 ff., 147, 152, 180 ff., 207, 281, 290, 313, 379, 438, 588 f.
Pfleger, Franz 63, 74.
Philipp, Klara 436.
Pichler, Franz von 23, 243, 297, 301 f., 309, 315 f., 329, 560, 574.
Pieper, August 17, 20 f., 23, 36, 38, 48 f., 131, 575, 617.
Pius X. 37, 39, 41.
Pius XI. 82, 175.
Pizzardo, Giuseppe 451.
Platz, Hermann 53.
Plenge, Johannes 114 f., 117.
Poggenburg, Johannes 507.
Porsch, Felix 19, 22 f., 34, 38, 40, 49, 57 ff., 64, 89, 91, 93, 103, 110, 114, 134, 165, 182, 220, 286, 292 ff., 346, 356, 377, 387, 398, 404, 426 f., 430, 432, 434 ff., 443, 483, 503, 511, 560, 562, 570, 578, 580 f., 587.
Praschma, Hans Graf 129, 154, 431, 560.
Preger, Konrad Ritter von 168, 332, 334, 336 f., 358, 378, 381, 387, 415 ff., 423 ff., 445.
Preuß, Hugo 120, 122, 314.
Prittwitz-Gaffron, Friedrich Wilhelm von 316.
Pritze, Johannes 404.
Puschmann, Alois 152.

Rabenau, Friedrich von 453, 491, 493, 495.
Radbruch, Gustav 421.
Raederscheidt, Georg 47.
Rathenau, Walther 163, 387, 389, 421, 445 f., 448, 451 ff., 457 ff., 461, 463 f., 468 f., 473, 479, 491, 612.
Rau (Stadtpfarrer) 568.
Raumer, Hans von 521.
Rechenberg, Albrecht Frhr. von 55, 89, 92 f., 129, 172, 233.
Rehbinder, Arno von 134, 230, 290, 295, 354, 398.
Reineke, Werner 349, 357, 391.
Reuß, Alexander 39.
Reuter (Parteisekretär) 100, 591.
Rheinländer, Anton 20, 152, 196, 209, 211, 213 f., 216, 341, 455.
Richter-Pfalz, Johann 44, 148.
Rießer, Hans 445 f.
Rießer, Jacob 351, 445 f.
Riezler, Kurt 117.
Ringelmann, Richard 87.
Rings, Anton 100, 303, 592.
Ritter, Emil 26, 35, 41, 44, 48, 80, 110, 129, 141, 238, 369, 370 f., 434 f., 440 f., 566, 571 f., 575.
Ritter von und zu Groenesteyn, Otto Frhr. 63, 281, 478.
Rochel (Journalist) 594.
Röder, Adam 314.
Roedern, Siegfried Graf von 349.
Roeren, Hermann 37, 39.
Rosen, Friedrich 385, 395, 415, 417.
Rosenberg, Arnold J. 169, 191, 234 f., 238.
Rosenberg, Arthur 26, 335, 388, 614.
Rosenberg, Frederic von 109, 385, 505, 512, 524.
Rostan (Capitain) 252 ff.
Rürup, Heinrich 112.
Ryan, Rupert Sumner 253, 260.

Sänger, Samuel 284.
Sagawe, Robert 152.
Salm-Reifferscheidt, Alfred Fürst zu 74, 107, 257.
Sandizell, Carl Theodor Graf von und zu 74.
Saupe, P. 593.
Savigny, Karl von 37, 129, 256, 262, 584.
Schädler, Franz X. 49, 51 f., 559 f., 599.
Schäfer, Heinrich 128.
Schaeven, Peter Joseph 290.
Schaller, Otto 255 ff.
Schauff, Johannes 18, 42 f., 143, 145 ff., 149, 157, 321 ff., 617 f.
Scheftelowitz, Isidor 135.
Scheidemann, Philipp 165, 169 ff., 177 f,. 182 ff., 186, 203, 217, 246, 253 ff., 257 f., 274, 305, 385, 395, 407.
Scheler, Max 33, 131, 375.
Scheüch, Heinrich 84.
Schian, Martin 118.
Schiffer, Eugen 179, 214, 307, 342, 351, 357, 421.
Schiffer, Karl 89, 152.
Schirmer, Karl 164, 316, 490.
Schlack, Peter 100, 319, 352, 361, 379, 381, 509.
Schlittenbauer, Sebastian 64, 87 f.
Schmedding, Adolf 125, 165.
Schmerbeck (Gewerbeschullehrer) 432.
Schmidt, Robert 421.
Schmidt-Conz, Albert 165, 172.
Schmitt, Franz August 441.
Schmittmann, Benedikt 249, 595.
Schmitz, Maria 143, 191, 325.
Schneider-Franken, Alexander 148, 152, 190.
Schönborn, Richard 285.
Schoenebeck, von 434.
Schofer, Josef 19, 23 f., 39, 81, 84 f., 109, 289, 292, 296, 301, 347, 354 f., 364 f., 387, 394, 425, 429, 436, 457, 472, 512, 587, 607, 620.
Scholz, Ernst 520.
Schopen, Edmund 37.
Schorlemer-Alst, Burghard Frhr. von 155.
Schreiber, Christian 519.
Schreiber, Georg 18 ff., 23 f., 29, 48, 114 f., 120, 126, 135, 194, 197, 215, 233 f., 239, 268, 280, 289, 314, 324 f., 332, 337, 340, 351, 355 f., 367, 379, 383, 385, 392, 403, 431, 437, 439 f., 482, 504 ff., 537, 553, 561, 566, 576, 588, 597, 616, 620.
Schreiber, Hans 600.
Schrörs, Heinrich 54, 80, 136 ff., 314 f., 324.
Schuberth, Hans 478.
Schüler, Edmund 109.
Schümmer, Wilhelm 153.
Schulte, Aloys 22 f., 53, 266.
Schulte, Karl-Anton 16, 18, 232, 354.
Schulte, Karl Joseph 110, 333, 451.
Schultz-Bromberg, Georg 191.
Schulz-Gahmen, Paul 361.
Schwartz, Theodor 597, 602.
Schwarz, Jean Albert 326.
Schwarze, Wilhelm 63.
Schwarzer, Rudolf 227.
Schwering, Leo 24, 27, 130, 136, 140, 142, 191, 251, 267, 273, 370 f., 378, 447, 460, 504, 509, 518.
Schwink, Otto 253 ff., 257 f.
Sedlmayr, Lorenz 100, 372.

Seeckt, Hans von 388, 415, 484, 491, 493 f.
Selbst, Joseph 113, 134.
Semer, Karl 604.
Severing, Carl 168 f., 305, 406, 518, 578.
Siebert, Clara 93.
Siebertz, Paul 238 f.
Silverberg, Paul 365.
Simons, Walther 332, 345, 353 ff., 380 f., 396, 416.
Smeets, Joseph 453, 481.
Solf, Wilhelm 66, 117.
Sollmann, Wilhelm 255, 258, 260, 264, 516, 518, 532, 534, 536, 546.
Sonnenschein, Carl 74, 104, 108, 133, 135 f., 138, 141, 147 f., 251, 300, 319, 594, 615.
Spahn, Martin 37, 52, 55, 63, 65, 69, 94 f., 227, 237, 280, 282, 312 ff., 320 f., 324 f., 370, 387, 404, 409, 428, 561 ff., 567, 595.
Spahn, Peter 16, 19, 23, 34, 44, 49, 51 f., 55 ff., 61, 63, 65 f., 72, 82 ff., 103, 110, 132, 138 f., 159 f., 164, 168, 171, 192 ff., 196 f., 200, 210, 226, 229, 231, 238, 240 f., 264, 274, 282, 286, 292, 298, 302, 307, 312 f., 325 f., 340, 353, 383 f., 387, 398 f., 410 f., 414, 423 f., 426, 430, 434 f., 446, 449, 451, 453, 460 f., 464, 481, 559 ff., 571, 573, 577 ff., 587, 599.
Spang, Alfred 229.
Speck, Karl 51, 283, 316.
Spiecker, Karl 285, 517, 554, 578.
Sprenger, Joseph 342, 615.
Stadtler, Eduard 94, 372 ff., 399.
Ständer (Parteisekretär) 230.
Stampfer, Friedrich 340.
Stapfer, Michael 153.
Starck, Karl von 252 ff., 260 f.
Stegerwald, Adam 19 f., 25, 46, 53, 61 f., 68, 71 f., 74, 80 f., 88, 94 f., 99 ff., 125, 128, 131, 140, 149, 160, 163 f., 168, 170 f., 195 ff., 200, 222 f., 229, 233, 252 f., 265, 290 ff., 296, 304, 308 f., 314, 326, 330 f., 333, 343, 345 ff., 352, 357 ff., 363 ff., 382 f., 385, 387, 391, 394 ff., 402, 404 ff., 423, 425 f., 430, 433 f., 436, 442, 444, 449, 454, 460, 469 f., 472, 474 f., 478, 480, 483, 489, 492, 515, 517, 521 ff., 529 f., 552 ff., 579, 581 f., 587, 609 ff., 614, 619, 621.
Stein, Johann Heinrich von 203.
Stephan, Carl 592.
Stezenbach, Gustav 234, 238.
Stieler, Georg 510, 615.
Stier-Somlo, Fritz 203.
Stinnes, Hugo 423, 544.
Stocky, Julius 68, 588.
Stöck, Christian 93.
Stoecker, Adolf 375.
Stöcker, Walter 207.
Stoffels, Elisabeth 165.
Stolberg-Westheim, Hermann Graf zu 315, 476.
Strachwitz, Alfred Graf von 154.
Stresemann, Gustav 14, 70 f., 148, 205, 303, 342, 346, 351, 379, 385, 387, 391, 407, 413, 415, 418, 445, 504 f., 510, 513, 514 ff., 529 ff., 541 ff., 546 ff., 551 ff., 611.
Strieder, Jakob 595.
Südekum, Albert 365.
Szczeponik, Thomas 153.

Taucher, Eugen 153.
Teipel, Heinrich 318.
ten Hompel, Rudolf 21, 155, 228, 287, 298, 301, 312, 319, 325 f., 330 f., 333, 338, 340, 346, 354 f., 359 f., 363 f., 378, 380 ff., 394 ff., 405, 407, 411, 420, 424, 445, 451 f., 464, 485 ff., 489, 504, 523 ff., 529, 546, 587, 597 f., 602.
Teusch, Christine 93, 129, 143, 160, 185, 191, 256, 261, 273, 325 f., 360, 385, 575.
Thissen, Otto 572.
Tilmann, Engelbert 69.
Timmermann, Otto 359.
Tirard, Paul 536, 542 f.
Tischleder, Peter 25, 239, 613.
Traub, Gottfried 204.
Traumann, Josef 437, 585, 590, 603.
Trautmann, Oskar 247, 249, 251.
Treffert, Joseph 45.
Treitscheid, Viktor 229.
Tremmel, Peter 153, 222, 371.
Trimborn, Carl 16, 19 f., 25, 39 f., 42, 44, 48 f., 51, 55, 65 ff., 73, 80 f., 83 f., 88, 93, 95, 99, 101, 103, 105, 107, 110, 117, 121 ff., 126 ff., 131, 139 ff., 154, 160, 163 f., 168, 170, 189, 193, 196 f., 199, 202 ff., 207, 222, 226 f., 233, 240 f., 245, 249, 252, 259, 264 f., 268, 273, 275, 277 f., 283 f., 286 ff., 290 ff., 296, 298 f., 301 ff., 307, 309, 311, 314, 316, 319, 323, 326, 329 ff., 338 ff., 342 f., 346 ff., 350 f., 353 ff., 358, 360 f., 364 f., 368 f., 377 f., 380, 382 ff., 388, 390, 392, 394 ff., 398 ff., 404, 410, 430, 433 f., 436, 560 f., 564 ff., 570 ff., 583 f., 587 f., 592 f., 597 f., 614, 619, 621.
Troeltsch, Ernst 274, 300, 323, 403, 413, 469.
Trotha, Adolf von 189.
Trunk, Gustav 85, 172, 236.

Ulitzka, Karl 20, 133, 138, 153, 155, 160, 205 f., 267, 343 ff., 422, 620.

Vockel, Heinrich 20, 149, 437, 588 f., 591, 593, 599, 602.
Vögler, Albert 179.
Vogelsang, Hermann 165, 172.

Wacker, Theodor 39, 48, 56, 400, 620 f.
Wahnschaffe, Arnold 41.
Wallraf, Max 479.
Walterbach, Carl 25, 239, 375.
Walzer (Pfarrer) 287.
Warburg, Max 385, 531.
Weber, Helene 20, 24, 143, 153, 160, 183, 191, 319, 325, 434, 436, 587, 597.
Wegmann, August 20.
Weidner, Albert 134.
Weismann, Robert 407.
Weisshaupt, Josef 172.
Wellstein, Georg 560.
Wels, Otto 414, 423, 486, 548.
Wentrup, Oskar 304.
Wentzcke, Paul 26, 113, 120, 248, 251, 510, 519, 531 f., 534 f., 538 f., 541, 550.
Werr, Joseph 63, 65.
Wessel, Helene 597.
Westarp, Kuno Graf von 70, 73, 493, 495.
Westrick, Ludger 129.
Wever, Karl 449.
Wieber, Franz 352, 356, 361.
Wiedemann, Albert 302.
Wiedfeldt, Otto 385, 494.
Wigge (Rechtsanwalt) 288, 432.
Wildermann, Rudolf 80, 90 f., 165, 171, 308, 456, 506 f., 618.
Wilhelm II. 71 f., 74, 79, 81, 84.
Willisen, Friedrich Wilhelm Frhr. von 518.
Wilson, Woodrow 75, 181 ff.
Windthorst, Ludwig 17, 36, 39, 60, 295, 298, 313, 559, 565, 569, 572, 580 f., 588.
Wingerath, Frau 587.
Wirth, Joseph 14, 18 ff., 24, 72, 81, 85, 132, 172, 231, 243, 267, 296, 301, 307, 330, 332 ff., 340, 345 ff., 355, 361, 367, 379, 382 ff., 396 f., 400 ff., 428 ff., 436, 443 ff., 461 ff., 466 f., 475, 481, 484 ff., 499 ff., 507 f., 521, 548, 554, 563 f., 574 ff., 578, 580 f., 587, 590, 594, 604, 608, 610 ff., 614, 616 f., 621.
Wirtz, Heinrich 108.
Wissell, Rudolf 362, 460.
Wittemann, Joseph 172.
Würmeling, Bernhard 255, 309.
Wust, Peter 25.

Zawadzki, Konstantin 153.
Zech-Burkersroda, Julius Graf von 235, 281, 284.
Zehnhoff, Hugo am 22, 171, 308, 352, 357, 427.
Zehnter, Johann Anton 153, 244.
Zettler, Marie 143, 153.
Zinnecke, Fritz 231, 294.
Zurnieden, Karl 519.

Weitere Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bonn

---

DAS ENDE DER PARTEIEN

Darstellungen und Dokumente

Hrsg. von *Erich Matthias* und *Rudolf Morsey*
Mit Beiträgen von *Siegfried Bahne, Hans Booms, Werner Conze, Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Erich Matthias, Alfred Milatz, Rudolf Morsey* und *Karl Schwend*
Leinen, 832 Seiten, mit 46 Abb.

DER INTERFRAKTIONELLE AUSSCHUSS 1917/18

Bearbeitet von *Erich Matthias* unter Mitwirkung von *Rudolf Morsey*
2 Halbbände, Leinen, zus. 1624 Seiten

DIE REGIERUNG DES PRINZEN MAX VON BADEN

Bearbeitet von *Erich Matthias* und *Rudolf Morsey*
Leinen, 699 Seiten

DAS KRIEGSTAGEBUCH DES REICHSTAGSABGEORDNETEN EDUARD DAVID (1914—1918)

In Verbindung mit *Erich Matthias* bearbeitet von *Susanne Miller*
Leinen, 370 Seiten

PROTOKOLLE DER SPD-REICHSTAGSFRAKTION 1898 bis 1918

Bearbeitet von *Erich Matthias* und *Eberhard* Pikart
2 Halbbände, Leinen, ca. 1150 Seiten

Volker R. Berghahn
DER STAHLHELM

Bund der Frontsoldaten 1918—1935
Halbleinen, ca. 300 Seiten

Jürgen Bertram
DIE WAHLEN ZUM DEUTSCHEN REICHSTAG VOM JAHRE 1912

Halbleinen, 276 Seiten

Heinz Boberach
WAHLRECHTSFRAGEN IM VORMÄRZ

Die Wahlrechtsanschauung im Rheinland 1815—1849 und die Entstehung des Dreiklassenwahlrechts
Halbleinen, 163 Seiten

Hans Booms
DIE DEUTSCHKONSERVATIVE PARTEI
Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff
Kart., 135 Seiten

Wolfgang Elben
DAS PROBLEM DER KONTINUITÄT IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION
Halbleinen, 194 Seiten

Johannes Erger
DER KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH
Halbleinen, ca. 500 Seiten

Karl-Georg Faber
DIE NATIONALPOLITISCHE PUBLIZISTIK DEUTSCHLANDS VON 1866 BIS 1871
Eine kritische Bibliographie
2 Halbbände, Kart., 680 Seiten

Walter Gagel
DIE WAHLRECHTSFRAGE IN DER GESCHICHTE DER DEUTSCHEN LIBERALEN PARTEIEN 1848—1918
Halbleinen, 198 Seiten

Wolfgang Hartenstein
DIE ANFÄNGE DER DEUTSCHEN VOLKSPARTEI 1918—1920
Halbleinen, 299 Seiten

Reinhard Jansen
GEORG VON VOLLMAR
Eine politische Biographie
Halbleinen, 139 Seiten

Erasmus Jonas
DIE VOLKSKONSERVATIVEN 1928—1933
Halbleinen, 198 Seiten

Max-Jürgen Koch
DIE BERGARBEITERBEWEGUNG IM RUHRGEBIET ZUR ZEIT WILHELMS II. (1889—1914)
Kart., 160 Seiten

Eberhard Kolb
DIE ARBEITERRÄTE IN DER DEUTSCHEN INNENPOLITIK 1918/19
Halbleinen, 432 Seiten

Wolfgang Köllmann
FRIEDRICH HARKORT
Bd. 1: 1793—1838
Halbleinen, 228 Seiten

Werner Liebe
DIE DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI 1918—1924
Halbleinen, 190 Seiten

Gottfried Mehnert
EVANGELISCHE KIRCHE UND POLITIK 1917—1919
Halbleinen, 254 Seiten

Hermann Meyn
DIE DEUTSCHE PARTEI
Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945
Halbleinen, 172 Seiten

Alfred Milatz
FRIEDRICH-NAUMANN-BIBLIOGRAPHIE
Kart., 177 Seiten

Thomas Nipperdey
DIE ORGANISATION DER DEUTSCHEN PARTEIEN VOR 1918
Halbleinen, 454 Seiten

Peter von Oertzen
BETRIEBSRÄTE IN DER NOVEMBERREVOLUTION
Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918—1919
Halbleinen, 377 Seiten

Reinhard Patemann
DER KAMPF UM DIE PREUSSISCHE WAHLREFORM IM ERSTEN WELTKRIEG
Halbleinen, 275 Seiten

Karl Rohe
DAS REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD
Halbleinen, ca. 520 Seiten

Hansjürgen Schierbaum
DIE POLITISCHEN WAHLEN IN DEN EIFEL- UND MOSELKREISEN DES REG.-BEZ. TRIER 1849—1867
Halbleinen, 248 Seiten

Ernst Schraepler
AUGUST-BEBEL-BIBLIOGRAPHIE
Kart., 169 Seiten

Winfried Steffani
DIE UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE DES PREUSSISCHEN LANDTAGS ZUR ZEIT DER WEIMARER REPUBLIK
Halbleinen, 384 Seiten

Gerhard Stoltenberg
DER DEUTSCHE REICHSTAG 1871—1873
Halbleinen, 216 Seiten

Gerhard Stoltenberg
DIE POLITISCHEN STRÖMUNGEN DES SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN LANDVOLKS 1918—1933
Halbleinen, 219 Seiten

Anneliese Thimme
HANS DELBRÜCK ALS KRITIKER DER WILHELMINISCHEN EPOCHE
Halbleinen, 167 Seiten

Heinz Josef Varain
FREIE GEWERKSCHAFTEN, SOZIALDEMOKRATIE UND STAAT
Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920)
Halbleinen, 207 Seiten

Hans Georg Wieck
DIE ENTSTEHUNG DER CDU UND DIE WIEDERGRÜNDUNG DES ZENTRUMS IM JAHRE 1945
Kart., 247 Seiten

Hans Georg Wieck
CHRISTLICHE UND FREIE DEMOKRATEN IN HESSEN, RHEINLAND-PFALZ, BADEN UND WÜRTTEMBERG 1945/46
Halbleinen, 230 Seiten

Hans-Günter Zmarzlik
BETHMANN HOLLWEG ALS REICHSKANZLER 1909—1914
Halbleinen, 160 Seiten

Sämtliche Veröffentlichungen im DROSTE VERLAG DÜSSELDORF